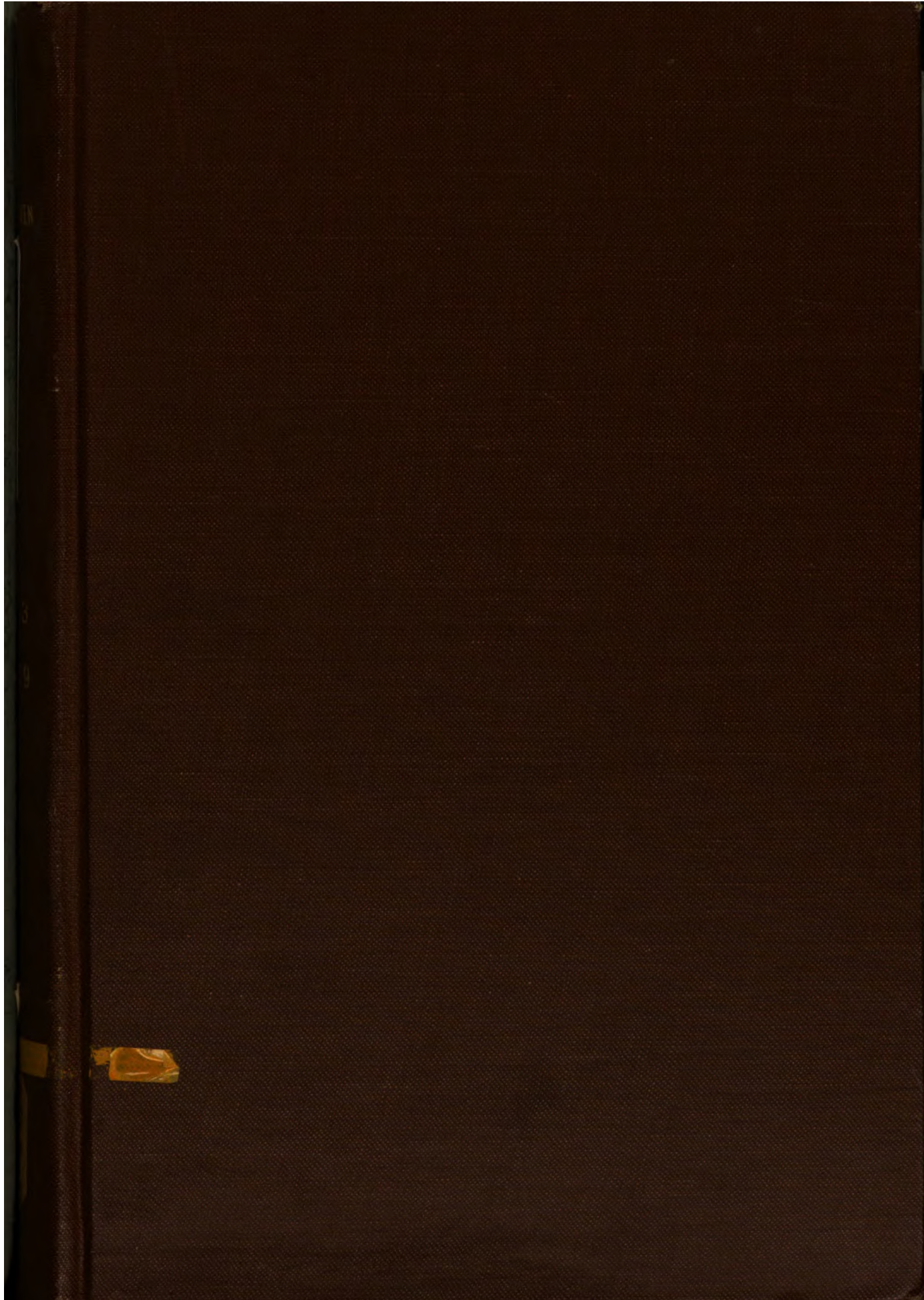






Die Grenzboten

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgegeben von Georg Cleinow

78. Jahrgang

Jährlich 52 Hefte

Nr. 27



28. Juni 1919. Von C. G. B. 1
- Volk in Not — eine Studienfahrt an der Ostfront. Von Überblickner 2
- Die Umwälzung in der Ukraine Ende 1918 und der Abtransport
des deutschen Besatzungsheeres. Von G. Franz, Major im
Generalstabe 10
- Der Räteaufbau. Von Dipl. cam. O. Leibrock 17
- Italien. Von Menenius 22
- Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens
Ende und Anfang (S. 241) — Materialien zur ostdeutschen Frage: Deutsche
Abende (S. 242) Deutsch-polnischer Ausgleich (S. 244) Die Unter-
drückung der Deutschen in Kongresspolen, ein lehrhafter Vorgang für
die Ostmarkdeutschen (S. 245) — Aus den deutschen Volksräten (S. 247) —
Pressestimmen: Polnische Presse (S. 248) — Kleine Nachrichten (S. 251)

Herausgegeben am 2. Juli 1919

1.25 Mark
das Heft

Berlin SW. 11
Tempelhofer Ufer 35a

12.— Mark
vierteljährlich

Anzeigen - Annahme durch
den Verlag der Grenzboten,
Berlin SW 11, und durch
alle Anzeigenexpeditionen.

Anzeigen

Anzeigenpreis: 60 Pf. die
3 gespaltene Nonpareille-
zeile oder deren Raum.
25 % Teuerungszuschlag.

Germania
Lebens-Versicherungs-Aktiengesellschaft
zu Stettin
Sicherheitsfonds 465 Millionen Mark

Lebensversicherung mit ärztlicher Untersuchung mit und ohne Einschluß der Invaliditätsgefahr

Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung mit durchweg garantierten Leistungen.

Aussteuer, Leibrenten, Unfall-, Haftpflicht-, Frauen- und Kinder-Versicherung.
Hervorragend günstige Bedingungen in allen Geschäftszweigen der Gesellschaft. Prospekte und jede weitere Auskunft kostenfrei.

Harry Vosberg: Zill Gulenspiegel.

Romödie in vier Aufzügen.

M. 3.75 geheftet.

Diese prächtige Schöpfung
Vosbergs wurde seinerzeit von
hervorragenden deutschen Bühnen
mit großem Erfolg aufgeführt.

Friedensherstellung:

gutes Papier, guter Druck!

Verlag der Grenzboten

G. m. b. H., Berlin.

Unterrichts - Anstalten

Dr. Fischersche Vorbildungsanstalt

Berlin W 57, Zietenstrasse 22-23 — Leiter Dr. Schünemann — Gegründet 1888

Für alle Schulprüfungen, auch für Damen, in Tages- u. Abendkursen. Empfehlungen aus ersten Kreisen, hervor-
ragende Erfolge, Stamm akkreditierter Lehrkräfte, Unterricht während der Kriegszeit ohne Einschränkung. Bis
1. Januar 1918 bestanden 5648 Zöggl., 1917 u. a. noch 33 Abitur. (8 Damen), 22 Prim., 144 Einjähr. Sonderkurse
für Kriegsteilnehmer.

Privat-Realschule mit Handelsfächern Alumnat Unterneubrunn (Thür.)

Gesunde Lage — — — + Sorgfältige Erziehung
Geeigneter Unterricht Dir.: Dr. phil. Knoll

Engelapotheke Regensburg 27



Homöop. Medizinal-
und Exportgeschäft.

Hauptvertretung der
Komplexen-Homöopathie
„System Mattei“.

Preislisten u. Broschüren kostenlos.

Ärztliche Leitung der Hauptvertretung
der Komplexen-Homöopathie System Mattei

Dr. med. Liertz, Regensburg, Wahlenstraße 21
Sprechstunden werktäglich 10—11 Uhr.

Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit

Ohrengeräusch, nerv. Ohrenschmerz
über unsere tausendfach bewährten
gel. gelb. Hörtrömmeln „Echo“, bequem
u. unsichtbar zu tragen. Arzt. empf. Glanz-
Dankschreiben. Institut Englbredt,
München S. 16, Kopuzinerstraße 9.

Schwere Leiden



Sind häufig die
Folgen vernach-
läss. Krampfadern.
Bei Aderentzdg.,
Geschwulst, Bein-
geschw., Krüds- od.
Aderbein-, Flechten
aller Art, Gelenkerkrank., Platt-
fuß, Rheuma, Gicht, Ischias, Ele-
fantiasis, verlangen Sie kostenlos:
Lehren und Ratschläge für
Bein- und Hautleiden und
deren Selbstbehandlung
von Dr. Ernst Strahl,
G. m. b. H., Hamburg G. 5.

Die Grenzboten

78. Jahrgang. Drittes Vierteljahr

Die

Grenzboten

Zeitschrift für
Politik, Literatur und Kunst

Herausgeber
Georg Kleinow

78. Jahrgang
Drittes Vierteljahr

Berlin
Verlag der Grenzboten G. m. b. H.
1919

70 1000
AIRBORNE

RT30

G7

v. 78:3

Inhaltsverzeichnis

Jahrgang 1919. Drittes Vierteljahr

	Heft	Seite		Heft	Seite
Politik, Geschichte, Kolonialwesen, Militär			Ostasiatischen Frage, Zur —, von Dr. jur. Kurt Ed. Imberg	85,	191
Außenpolitik, Zur Frage unserer künftigen —, von Dr. Karl Keller	33/34,	151	Österreichs Anschluss an Deutschland, Wiens Bedeutung für —, von Dr. Hans Rech- berger	36,	201
Balkanvertrags, von Renenius	36,	194	Österreich, Was ist's mit dem Anschluss — an Deutschland? von Dr. Hans Rechberger	31,	112
Bündnisse, von Renenius	33/34,	173	Östmark, Regierung und Volksratbewegung	30,	73
Barlandschaft, Die deutsche —	35,	198	Monroe-Schiffahrts-Doktrin, Die Möglichkeit einer —, von Dr. Richard Hennig	37,	237
Burichenschaften, Die Wiederpolitisierung der deutschen —, von Dr. Herbert d'Oleire	31,	103	Parteipolitik und Grenzdeutschum, von Dr. Max Hildebert Boehm	30,	83
China und Japan, von Renenius	29,	67	Perken, England und —, von Dr. jur. Kurt Ed. Imberg	36,	214
Deutschen Volkspartei, Die Politik der —, von Dr. Karl Buchheim	32,	128	Politisch-nationale Organisation, unsere mangelhafte — von Dr. Manfred Eimer	38,	261
Einheitsstaat, Vom Partikularismus zum —, von Dr. Manfred Eimer	31,	100	Reichsverfassung, Probleme der —, von Dr. Karl Hoffmann	28,	27
England und Feisen, von Dr. jur. Kurt Ed. Imberg	36,	214	Revolution und Kirche, von Prof. Dr. Karl Holl	28,	31
Frankreich und Elsaß-Lothringen, von Renenius	37,	244	Rußland, Die Entente und —, von Renenius	31,	116
Freiheit, Von der Pflicht zur —, von Dr. Max von Szeghepani	35,	188	Rußlands Kriegsvorbereitungen, Beiträge zu —. Aus russischen Originaldokumenten, von G. Franz, Major im Generalstabe	33/34,	161
Friedensverträge, Das Fazit des ersten —, von Renenius	28,	44	St. Germain, von Prof. Dr. Robert Sieger	37,	223
Friedensvertrags-Unterzeichnung (23. Juni 1919, von G. & B.	27,	1	Schwarzwald, von Prof. Dr. Robert Sieger	31,	108
Geist von 1867, Zurück zum —, von Prof. Dr. G. A. O. Kolischmann	38,	249	S. H. C., von Renenius	39,	292
Generalstabs Erben, Des Großen —, von Dr. Max von Szeghepani	37,	241	Siegerforgen, von Renenius	32,	139
Heer, Das — des Geistesreiches, von Dr. Max von Szeghepani	29,	45	Sonjettregierung und ihre Gegner, Die —, von G. Franz, Major im Generalstabe	38,	269
Heer, Nochmals das Führertum im —, von v. R.	36,	222	Sprachenpolitik, Deutsche — im besetzten Belgien, von Archivrat Dr. Hans Witte	32,	131
Irland, von Renenius	30,	90	Südrussland, Der neue Umschwung in —, von G. Franz, Major im Generalstabe	36,	211
Italien, von Renenius	27,	22	Tatsachen und Wahrheiten, von Albert Gaer- lein	35,	177
Japan, China und —, von Renenius	29,	67	Ukraine, Die Ummwälzung in der — Ende 1918 und der Abtransport des deutschen Belagungsheeres, von G. Franz, Major im Generalstabe	27,	10
Jugend, Geistige Weltfront und deutsche —, von Dr. Max Hildebert Boehm	28,	41	Ungarn, von Renenius	36,	219
Kaisers, Das Schicksal des —, von Dr. Karl Hoffmann	32,	121	Verfassungsarbeit, Das Ziel der —, von Dr. von Szeghepani	31,	97
Kaiserbader Beschlüsse, Die —. Auch eine Jahrhundertserinnerung, von Dr. Paul Wengde	38,	253	Volk in Not — eine Studienfahrt an der Ostfront, von Oberbinder	27,	2
Kiew, Die Zustände in — nach dem Ab- rücken der deutschen Truppen, von Dr. hub. phil. Hans Grosse	32,	136	Vorforum und Weltgeitung, von a. o. Pro- fessor G. Franz-Treutler	37,	225
Kubendorff, General, als Persönlichkeit. Nach seinen Kriegserinnerungen, von Dr. Max von Szeghepani	38,	265	Weltlos — ehlos! von Dr. von Szeghepani	28,	25
Nation, Sien wir eine — von Dr. Karl Buchheim	33/34,	145	Weltrevolution, Der Stand der —, von Dr. Richard Hennig	23,	35
			Zusammenbruch und Wiederaufbau, von Prof. Dr. Fritz Gariung	39,	273

Volkswirtschaftl. Verwaltung, Sozialwesen

Rohstoffvorräte, Die rationelle Ausnutzung unserer —, von Prof. Dr. W. Galtsoff . . .	30,	84
Polnische Handelsbeziehungen, Über deutsch- Mätaufbau, Der —, von Dipl. cam. O. Leibrod . . .	37,	234
Siedlungsmöglichkeiten im westlichen Orient, von E. Franz-Kreutler . . .	27,	17
Sozialisierung und Einzelwirtschaft, von Arthur Dir . . .	83/34,	158
Ungarisch-polnische, Die —, und die deutsche Wirtschaftspolitik, von Martin Ehrenforth Zins, Der — als Kriegsurkunde, von Geh. Admiralitätsrat P. Koch . . .	29,	52
	39,	290
	30,	281

Rechtsfragen, Bildung und Erziehung, Kirche

Extrordinariats, Die Aufhebung des — Regereien zur Hochschuleform, von einem noch Lebenden . . .	36,	206
Geist von 1807! Zurück zum —, von Prof. Dr. G. A. D. Goldschmann . . .	38,	249
Gymnasium, Das — und die neue Zeit, von Oberstudienrat Dr. Otto Stange . . .	29,	57
Kirche, Revolution und —, von Prof. Dr. Karl Holl . . .	28,	81
Reichsverfassung, Probleme der, — von Dr. Karl Hoffmann . . .	28,	27
Verfassungsarbeit, Das Ziel der —, von Dr. von Szegedynski . . .	31,	97

Literatur, Kunst, Philosophie

Neue Buchausgaben von Dr. R. Reikner . . .	29,	70
Holland, Edmond, und Paul Marqueritte, Die Entwicklung der französischen Literatur in den letzten Jahrzehnten, von Professor Adolf Hauner . . .	29,	62
Vollständigung und Ergänzung auf Capri, von Prof. Dr. Heinrich Jichallig . . .	83/34,	164

Bücherbesprechung

Ein B anstelle der Seitenzahl bedeutet
Bücherliste im Angeigenteil des betr. Heftes

Bahr, Hermann, Die Rote Korax . . .	30,	B
Beh, Prof. Dr. Bernhard, Unsere religiösen Erzieher (Dr. R. Reikner) . . .	29,	72
Bojunga, Studienanfallsdirektor Dr., Deutschunterricht und Deutschkunde (Geh. Budde) . . .	37,	247
v. Boetticher, Herm., Erlebnisse aus Freiheit und Gefangenschaft . . .	29,	B
Burckhardt, Jacob, Die Kultur der Renaissance in Italien (Dr. R. Reikner) . . .	29,	71
Carlgie, Thomas, Über Feldern und Felder- verehrung (Dr. R. Reikner) . . .	29,	72
Dehmelt, Richard, Zwischen Volk und Mensch- heit (Dr. A. Schacht) . . .	35,	200
Dürer, Albrecht, Das Leiden Christi . . .	30,	B
Eggeling, Bernhard von, Die russische Mobil- machung und der Kriegsausbruch . . .	30,	95
Fischer, Eugen, Das deutsche Volksschauspiel —, Worte englischer Minister (Peter) . . .	28,	47
Flugblätter für Deutsch-Oberreichs Recht (Prof. Dr. Rob. Sieger) . . .	37,	233
Frank und Nachschl., Rann Kaiser Wilhelm der Zweite ausgestellt werden? . . .	30,	96
Gymnasium und die neue Zeit, Das — (Oberstudienrat Dr. Otto Stange) . . .	29,	57
Hartmann, Dr. Charles V., Kriegesangelegen- auf Gibraltar und der Insel Man. Tage- buch eines Amerikaners . . .	27,	B
Habenstein, Martin, Vornehmheit und Lüg- lichkeit (Dr. Fritz Koepfle) . . .	32,	143
Hoffmann, Dr. Karl, Der kleinasiatische Gedanke (Dr. R. Buchheim) . . .	38/34,	147
Jacques, Norbert, Landmann Gal . . .	29,	B
Karlweis, Martha, Die Insel der Diana . . .	30,	B

Heft Seite

Keglerling, Graf Hermann, Deutschlands wahre politische Mission (Dr. R. G. Boehm) . . .	28,	42
Kneip, Jakob, Der lebendige Gott . . .	30,	B
Koch, Max, Deutsche Vergangenheit in deu- tscher Dichtung . . .	30,	B
Kosjuna, Krol Gustav, Das Weichselland ein uralter Heimatboden der Germanen . . .	82,	142
Kurz, Hermann, Vilarro . . .	29,	B
Leusch, Paul, Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie (Peter) . . .	30,	95
Leudendorff, Französische Fällung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg . . .	30,	94
—, Kriegserinnerungen (Dr. R. v. Szegedynski) . . .	38,	205
Mahholz, Werner, Deutsche Selbstbekenntnisse Mann, Thomas, Betrachtungen eines Un- politischen (Dr. R. G. Boehm) . . .	35,	B
Matthaei, Ad., Deutsche Baukunst im Mittel- alter, Deutsche Baukunst in der Renaissance- und Barockzeit . . .	28,	41
	29,	B
Roeller van den Bruck, „Das Recht der jungen Völker“ (Dr. R. G. Boehm) . . .	28,	43
Reichardt, Felix, Geschichte des preussischen Offizierskorps (Dr. R.) . . .	31,	120
Reuß, Fritz, Verbotene Kriegsmittel im See- krieg (Oberlandesgerichtsrat Dr. Sonntag) . . .	35,	199
Rühlmann, Prof. Dr., Die französische Schule und der Weltkrieg (Dr. Fritz Koepfle) . . .	30,	94
Rußlands Mobilmachung für den Weltkrieg (Major G. Franz) . . .	83/34,	161
Schäufel, Richard, Gedichte . . .	30,	B
Schulz-Mehrin, Otto, Sozialismus und Räte- organisation als Mittel zur Verbesserung der Gütererzeugung und -verteilung (Dipl. cam. O. Leibrod) . . .	37,	20
Strauß, Emil, Der Spiegel . . .	29,	B
Thimme, Friedr., und Ernst Kolff, Revo- lution und Kirche (Prof. Dr. Karl Holl) . . .	28,	81
Wahinger, Hans, Die Philosophie des Als Ob (Dr. R.) . . .	32,	144
Wersholen, Wilhelm, Erlösung . . .	29,	B
Wogl, Friedr., und Max Koch, Geschichte der deutschen Literatur (Dr. R. Reikner) . . .	29,	71
Weber, Georg, Weltgeschichte (Dr. R. Reikner) . . .	29,	70
Weigand, Wilhelm, Die Dörfelsteige . . .	29,	B

Mitarbeiter - Verzeichnis

Boehm, Dr. Max Hilbert, Geistige West- front und deutsche Jugend . . .	28,	41
—, Parteipolitik und Grenzbestimmung . . .	30,	83
Buchheim, Dr. Karl, Die Politik der Deutschen Volkspartei . . .	32,	128
—, Seien wir eine Nation! . . .	83/34,	145
Budde, Gerhard, „Deutschunterricht und Deutschkunde“, von Dr. Bojunga . . .	37,	247
G. A. D., 28. Juni 1919 . . .	27,	1
Goldschmann, Prof. Dr. G. A. D., Zurück zum Geist von 1807 . . .	38,	249
Dir, Arthur, Sozialisierung und Einzelwirt- schaft . . .	29,	52
Ehrenforth, Martin, Die tschechoslowakische und die deutsche Wirtschaftspolitik . . .	39,	290
Eimer, Dr. Ransreb, Vom Partikularismus zum Einheitsstaat . . .	31,	100
—, Unsere mangelhafte politisch-nationale Organisation . . .	38,	261
Franz, G., Major im Generalstabe, Die Umwälzung in der Ukraine Ende 1918 und der Abtransport des deutschen Be- satzungsheeres . . .	27,	10
—, Beiträge zu Russlands Kriegsvorberei- tungen . . .	83/34,	161
—, Der neue Umbruch in Südrußland . . .	36,	211
—, Die Sozialregierung und ihre Gegner Franz-Kreutler, E., Siedlungsmöglichkeiten im westlichen Orient . . .	38,	269
—, Volkstum und Weltgeitung . . .	33/34,	158
—, Große, Eub phil. Hans, Die Zustände in Kiew nach dem Abbruch der deutschen Truppen Galbraß, Prof. Dr. R., Die rationelle Aus- nutzung unserer Rohstoffvorräte . . .	37,	225
	32,	136
	30,	84

	Heft	Seite		Heft	Seite
Haertlein, Albert, Tatsachen und Wahrheiten	85,	177	Peter, Am Ausgang der deutschen Sozial-	80,	94
Hartung, Prof. Dr. Fritz, Zusammenbruch			demokratie, von Paul Vensch		
und Wiederaufbau	89,	278	R., Dr., „Geschichte des preussischen Offizier-		
Hennig, Dr. Richard, Der Stand der „Welt-			korps“ von F. Vriebatsch	81,	120
revolution“	28,	85	Rechberger, Dr. Hans, Was ist's mit dem		
— „Die Möglichkeit einer Monroe-Schiffahrts-			Anschluß Österreichs an Deutschland?	81,	112
Doktrin“	87,	237	— „Wiens Bedeutung für Österreichs An-		
Hoffenber, Ein noch —, Die Aufhebung des			schluß an Deutschland	86,	201
Extraordinariates	86,	206	Roepte, Dr. Fritz, „Die französische Schule		
Hoffmann, Dr. Karl, Probleme der Reichs-			und der Weltkrieg“ von Prof. Dr. Mühl-		
verfassung	28,	27	mann	29,	94
—, Das Schicksal des Kaisers	32,	121	—, „Bornehmtheit und Lügigkeit“ von R.		
Holl, Prof. Dr. Karl, Revolution und Kirche	28,	31	Havenstein	32,	143
Imberg, Dr. jur. Kurt Ed., Zur ostasiatischen			Schacht, Dr. R., „Zwischen Volk und Mensch-		
Frage	85,	181	heit“ von R. Dehmel	85,	200
—, England und Persien	86,	214	Sieger, Prof. Dr. Robert, Schwarzrotgold	81,	108
v. K., Nochmals das Führertum im Heer	83,	222	—, Et. Germain	87,	228
Reichner, Dr. R., Neue Buchausgaben	29,	70	Sontag, Oberlandesgerichtsrat Dr., „Ver-		
Keller, Dr. Karl, Zur Frage unserer künftigen			botene Kriegsmittel im Seekrieg“ von		
Augenpolitik	83/84,	151	Fritz Neuh	81,	199
Koch, Geh. Admiraltätsrat P., Der Zins			Stange, Oberstudienrat Dr. Otto, Das Sym-		
als Kriegsurkunde	89,	281	nastum und die neue Zeit	29,	57
Reibrod, Dipl. cam. O., Der Räteaufbau	27,	17	Szzyepanski, Dr. Mar von, Wehrlos —		
Renenius, Italien	27,	22	ehriol	28,	26
—, Das Fazit des ersten Friedensvertrages	28,	44	—, Das Heer des Gelotenstaates	29,	49
—, China und Japan	29,	67	—, Das Ziel der Verfassungsarbeit	81,	97
—, Irland	80,	90	—, Von der Pflicht zur Freiheit	85,	188
—, Die Entente und Rußland	81,	116	—, Des Großen Generalstabs Erben	87,	241
—, Siegelbogen	82,	189	—, General Lubendorff als Persönlichkeit	88,	255
—, Bündnisse	83/84,	173	Überbinder, Boit in Not — eine Studien-		
—, Balkanwirren	85,	194	fahrt an der Diktont	27,	2
—, Ungarn	86,	219	Wengde, Dr. Paul, Die Karlsbader Beschlüsse	88,	263
—, Frankreich und Elßaz-Lothringen	87,	244	Witte, Archivrat F. Hans, Deutsche Sprachen-		
—, S. S. C.	89,	292	politik im besetzten Belgien	82,	131
R. K., „Die Philosophie des Als Ob“ von			Zauner, Prof. Adolf, Edmond Rostand und		
Hans Baehinger	82,	144	Paul Rargueritte Die Entwicklung der		
d'Oleire, Dr. Herbert, Die Wiederpolitisi-			französischen Literatur in den letzten Jahr-		
erung der deutschen Burschenschaften	81,	108	zehnten	29,	62
Peter, „Worte englischer Minister“ von Eugen			Zschalig, Prof. Dr. Heinrich, Volksbildung		
Fischer	28,	47	und Sprichwort auf Capri	83/84,	164



to VIII
ABSTRACT



28. Juni 1919



as Unfassbare ist zur Wirklichkeit geworden. Das Reich Bismarcks liegt in Trümmern und deutsche Hände haben mit ihrer Unterschrift befundet, daß das Sehnen und die Arbeit von Generationen vergeblich gewesen ist.

Als wir am 1. August 1914 zu den Waffen griffen, da mußten wir wissen, daß es galt, die letzte große Probe zu bestehen, ob endlich das deutsche Volk den Platz in der Welt einnehmen sollte, der ihm gebührte. Diese Hoffnungen haben wir langsam Stück für Stück zu Grabe tragen müssen, und jetzt sind wir tiefer herabgeworfen, als je in der an Tiefpunkten so reichen deutschen Geschichte.

Um Sein oder Nichtsein, auf Leben und Tod ging der Kampf. Oft genug haben wir es gesagt, und oft genug haben wir versucht, aus dieser Einsicht die Kraft zu gewinnen zum Einsatz des Letzten.

Ein Volk von siebzig Millionen geht nicht unter, so hören wir oft. Ach ja, auch ein Siebzigmillionenvolk kann untergehen. Nicht Mann für Mann mit Frau und Kind, aber das, was mehr ist, als die Summe der einzelnen Volksgenossen, das Volk mit seinem einheitlichen Denken, Fühlen und Wollen, das kann zerbrechen und in wertlosen Teilen aufgehen in anderen Völkern und vielleicht den Boden für neue Völker bilden.

Sind wir soweit? Es ist wahr, ein Siebzigmillionenvolk kann nicht vernichtet werden von fremder Hand. Aber es kann durch eigene Schuld zugrunde gehen.

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Seien wir ehrlich! Es ist kein bloßer Zufall, es ist nicht die erdrückende Übermacht der Feinde gewesen, die uns in den Staub gedrückt haben. Gewiß, die Probe war grausam hart, aber wenn wir sie nicht bestanden, so lag doch bei uns die größte Schuld. Nicht der einzelne, nicht das System sind schuldig. Beide, System und Männer, waren doch nur der Ausdruck unseres tiefsten Wesens. Und was wir in der letzten Woche in Weimar erleben mußten, das wirkt wie eine letzte Bestätigung, daß das Schicksal, das uns trifft, uns auch zukommt. Tiefer kann ein Volk nicht sinken, als wir gesunken sind in den letzten Tagen vor der Entscheidung. Nicht, daß die Entscheidung gefällt wurde, aber wie sie gefällt wurde, rechtfertigt dies Urteil.

Und doch ist dies nicht das Ende unseres Volkes. Trotz allem, was geschehen ist, bleibt es doch einfache Wahrheit, daß kein Volk in dem Kriege erduldet und geleistet hat, was unser Volk erduldet und leistete. Gewiß, auch große Erbarmlichkeiten sind bei uns zutage getreten; aber beides, Gutes und Böses, ist doch aus dem gleichen Boden gekommen. Und wenn auch das Gute und Kräftige zuletzt überwuchert ist, so bleibt doch ein Boden, der fähig ist, auch gute Triebe zu treiben.

Aus dieser Einsicht können wir den Glauben schöpfen, daß auch wir einmal einen Weg finden werden, der zur Höhe führt. Aber betrügen wir uns nicht. Alles um uns und das Meiste in uns ist gegen uns. Nur der eigene Wille kann helfen. Aber wenn er da ist, und wenn er langsam aus dem tiefen Elend der Zeit wieder erwächst zu neuer Kraft, dann werden wir den Weg auch finden, dann kann in der Tat ein Siebzigmillionenvolk nicht untergehen.

Das alte Reich ist tot. Wir, die wir in ihm unseren Stolz sahen und auf es unsere Hoffnung gesetzt haben, wollen noch einmal zurücksehen und uns der Tränen nicht schämen, nun es in Trümmern am Boden liegt. Es wäre schon zu verstehen, wenn bei dieser Erkenntnis die letzte Kraft, die vielleicht noch in uns ist, zusammenbräche, und wir teilnahmslos alles über uns ergehen lassen würden, was noch weiter an Elend und Schande über uns hereinbrechen wird.

Hier liegt der Gefährpunkt. Wenn wir ihn nicht überwinden, wenn wir nicht mit jeder Faser uns empören gegen das, was der Feind uns auferlegt hat, und nicht aus dieser Empörung den steten Willen ziehen, nie anzuerkennen, wozu Gewalt uns zwang, dann erst wird das Urteil der Geschichte endgültig gegen uns ausfallen. In unserem Willen liegt unsere Zukunft. Das Wort ist wahr, denn in ihm sind auch alle Zweifel enthalten. Aber ein junges Geschlecht wächst heran. Ein Geschlecht, das glaubte vollenden zu können, was die Väter begannen, und das jetzt tiefer anfangen muß, als je die Väter es mußten. Aber gerade weil das Ziel uns nahe vor Augen stand, kennen wir seinen Wert und werden wir die Kraft zum Willen aufbringen, der mutig den Bau des neuen Deutschlands in Angriff nimmt.

C. G. R.



Volk in Not — eine Studienfahrt an der Ostfront

Von Überblickner



itten in den überquellenden Frühling hinein ging unsere Fahrt: Heraus aus dem Blätterwalde der Zeitungen, fort von der „öffentlichen“ Meinung zweier Duzend Beauftragter, heran an das Volk und seine Not. Wir haben mit den Bergarbeitern in Oberschlesien, mit den ausgedörrten, leberschurzigen Leuten am Hochofen, mit ihren Führern und Verführern, mit blonden und schwarzen, Alten und Jungen über Polen gesprochen. Von Breslau nach Oppeln, nach Beuthen und Rattowitz. In einem Kraftwagen ging die Reise durch das Gebiet der tausend Schlote: Königshütte, Bismarckhütte, Laurahütte, Rybnik, Zaborze, Lipine bis Slubno, wo die kohlen schwarze Przemsza und die weiße Przemsza zusammenfließen. Hier an der Dreikaiserecke Deutschlands, Österreichs und Rußlands lehrt ein Blick über die Grenzflüsse nach Polen, daß deutsche Ingenieure und deutsche Arbeit, den Andern unterirdischen Reichtums folgend, den Wohlstand, die Ordnung, den Aufbau, die hinter uns stehen, nach Polen hinübergetragen haben. „Eher lassen wir Oberschlesiens Industrie in Trümmer gehen, als uns polnischer Unkultur auszuliefern; dem Bürgertum reichen wir zu entschlossener Abwehr polnischer Eroberungssucht die Hand.“ Die ungelenkten Worte der Arbeiter und der Grenzschutzleute boten die schlüssige Rechtfertigung für die Ansprachen ihrer reddegewohnten Führer. In Königshütte, dessen fast 80000 Menschen zählende Bevölkerung sich ganz überwiegend aus Arbeitern polnischer Mundart zusammensetzt, in Rattowitz, dem Verwaltungszentrum der Berg- und Hüttenindustrie, haben Rundgebungen stattgefunden für das Verbleiben beim Deutschtum, die, eine gefährliche Gegenprobe des freien Menschenwillens zu der Staaten- und Grenzkonstruktion, hell auf bezeugen, wie man die sonst doch im Räte der Bier erfüllte und erkannte Psyche

der Völker verkannt hat. Was heißt es denn, wenn die deutschen Arbeiter sagen: „Sie werden uns nicht verbauen“, und wenn die polnischstämmigen von Kulturunterschieden reden? Es heißt Irredenta schaffen und bedeutet, daß der wasserpolnische Arbeiter in Schlefien — der übrigens, wie die Ausnahmlosigkeit aller erfragten Fälle zeigt, vom Hochpolnischen soviel versteht, wie der Bauer in Galus von der Mundart des Griesen — in die Vorschriften der Sozialversicherung und die Erleichterungen seiner Arbeitsbedingungen mehr Vertrauen setzt, als in die Versprechungen, die ihm aus polnischen Flugzeugen zuflattern und die ihm der Rechtsanwalt und der Arzt aus Posen mit „Brudergrüßen aus der großen polnischen Heimat“ überbringt.

Es war ein Bild vollkommener Erschlossenheit im Rahmen eines fast einheitlichen nationalen Zusammenschlusses Aller: Arbeiterschaft, Landvolk, Intellektueller, das die Fahrt landauf und landab bot. Die Masseneindrücke und die Meinungen der Mehrheit entscheiden.

Wir haben in Gieschewald ein Arbeiterdorf besucht. Es ist nicht nötig, über die Grenze nach Polen hineinzugehen, um ein Breiterdorf zu betrachten: Der Wunsch, in Gieschewald ein Arbeiterlandhaus zu besitzen, vermittelt sich ohne Vergleichsmöglichkeiten. Die Meinungen über das Deutschsein und -bleiben derer, die da unten wohnen, würden weder Paderewskis zufallspolitischer Einsicht in die Frage „unzweifelhafter Gebietszugehörigkeiten“ unklar bleiben, noch den Berufsflugen in Versailles.

In Oberschlesien regiert ein Staatskommissar. Hörnings sozialdemokratischzielbewusster Wille, seine persönlich-vorbestimmte Einstellung als Arbeiter in die Arbeiterfrage und die Lage der Industriebevölkerung des ganzen Stüttenbezirks, seine Energie hat auf die polnischen und spartakistischen Orger zweifellos ebenso brüsk wie tief gewirkt. Man sollte meinen, daß sein Blick für die ihn umgebenden Dinge und Verhältnisse bis zur Erkenntnis der Menschen seiner nächsten Umgebung hätte reichen können!

Unter Hörnings persönlicher Führung lernten wir Rattowitz das östliche, sehr östliche können. Wer um die Dämmerstunde die Querstraße in Rattowitz aufsucht, dem werden die Kasanjuden mit den langen Bärten, den tuschelnden Gesprächen und den servilen Gebärden auffallen. In Gruppen zu dreien, vieren wird da von der rotgestempelten deutschen Reichsbanknote und dem Bargold in Rollen bis zur Butter, dem Speck, der Kohle, dem Leder und allem sonst „greifbaren“ alles irgend erdentliches Schleichhandelsgut verschoben. Ich sprach von der häßlichen Unterwürfigkeit dieser Leute und frage eine der auffallendsten Erscheinungen aus Hörnings Umgebung, was man aus der brutalen Vergewaltigung des niederen russischen Judentums — nicht gelernt hat! Daß man im Zarukland mittelalterliche Ghettokultur zu erhalten wußte, ist nicht unbekannt. Wir wissen aber aus Sowjetrußland auch, daß blutige Gewalttat die jüdische Gegenwirkung auf unwürdiges Dasein war; nicht allein die verzehrende Sucht zur Minoritätenführung ist hier treibendes Moment. Wie konnte man in die Mitte einer psychologisch so schwierigen Aufgabe einen Kurhändlergeist und Händler setzen und diesen gerade mit den Befugnissen eines Polizeigewaltigen ausrüsten. Aber allem ist heute die Treue zur deutschen Verwaltung noch nicht verloren gegangen. Möge sie mit Gottes Hilfe nicht verloren gehen.

Die oberschlesische Industrie reicht nach Polen hinüber. Nicht nur in den Erdsträngen und Kohlenflözen. Sie hat ihre deutschen Ingenieure, Chemiker, Leiter gestellt. Ich zitiere hier den Berichtstatter des „Manchester Guardian“, unsern Reisebegleiter: „Eine unheilbare Ententeblumheit, wenn man diese deutsche Arbeit und ihre Zukunft polnischer Staatskunst unterstellt!“ Lloyd George sollte — übrigens ganz ohne persönliche Gefahr im Kraftwagen des Staatskommissars Hörning, der höchstens bisweilen ein Guhn zur Strecke bringt — einmal durch Oberschlesien fahren und die Arbeiter polnischer Zunge nach ihrem Zukunftsbegehre fragen. Hier ist die tausendfach gehörte Antwort: Schlesiens Kultur ist deutsch und will deutsch bleiben!

Es ist in diesen Tagen, wo eine vom Gegner zwangsweise liquidierte Kriegspolychose durch eine neue, vom Feind ostroptierte ersetzt werden soll, geschichtlich bemerkenswert, daß die von den in Oberschlesien weilenden Ententesachwaltern bewunderten deutschen Industriefürsten, die Führer von Hunderttausenden, in der bitter notwendigen Arbeit und nationalen Produktion, von Berlin aus zu den Polen hinüber „sozialisiert“ werden, während man, eifrigst unterstützt durch die in Kattowitz und im Industriebezirk weilenden zahlreichen mining experts, die angloamerikanische Staatsaufsicht in die deutsche Industrie hineinpolitisiert! Die Führer der ober-schlesischen Industrie kämpfen bis zur letzten Stunde, umringt von den Stimmungs- und Spionagen der Entente, um die Deutscherhaltung ihrer Arbeit. Wir Außenstehenden vermögen nicht zu glauben, daß die Groteske, dieses staunenswerte Werk deutscher Industrie zu polonisieren, dumme Wahrheit werden sollte. Was meint eigentlich das Außenministerium in Warschau, wenn es uns fremden Berichterstatlern erklären läßt: „das polnische Talent für Finanzwesen und Industrieorganisation wird den Deutschen verderblich werden?“ Glaubt man dort zu kritiklosen Lören zu sprechen? Wer den Weg aus Kattowitz über Sosnowice und Bendzin nach Krakau und Warschau nimmt, sieht auf diesem Wege die deutsche Geschichte der polnischen Industrie: Schlesien ist deutsch und will deutsch bleiben!

Diesem Programm, Oberschlesien, habt Ihr nun die gerade Linie der Ausführung gegenüberzustellen. In einem Grenzstaate läuft eigenstaatliches und fremdstaatliches Leben einander entgegen. Es läuft auch ineinander. Das bedingt Vorsicht, und deshalb fangen Meinungen und Wege nahe der Grenze an, gelegentlich frumm und gewunden zu werden. Oberschlesien bedenkt, daß Ihr zu einem Reiche gehört, das Euch schnurgerade, feste Dammwege bis zum polnischen Grenzpfahl gesichert hat.

II.

Breslau ist, wenn ich mich damit nicht in Widerspruch zu der maßgeblichen polnischen Auffassung setze, eine deutsche Stadt altdeutschen Rechts und uralte deutscher Kultur. Man muß da vorsichtig urteilen. Aber Berlin, von wo wir kamen, war uns nämlich von polnischer Seite mitgeteilt worden, daß diese Stadt einen slawischen Namen führe (Berwo = Szepter, Berlin = die Szepterhalterin), wie es denn in Kongreßpolen viele Orte dieses Namens gäbe. Aber Breslau aber beläßt ich kein einwandfrei ethymologisches, polnisches Material und war somit in der harten Lage, eigene Urteile finden zu müssen. In Breslau gibt es einen sozialdemokratischen Oberpräsidenten, einen Parteipolizeipräsidenten und einen Volksrat. Über deutsche Volksräte war uns bei der Abreise aus Berlin ein Vortrag gehalten worden. Sie sollen überparteilich sein, also alle Parteien aufzählen und einschließen, den Volkswillen verkörpern und sein Sprecher sein. In Breslau dürften demnach glückliche Parteiverhältnisse walten, denn zur Aufstellung dieses Volksrats scheinen, an deutschem Parteiwesen beurteilt, wohl nur zwei Parteien nötig gewesen zu sein. — Wenn es nur die rechten wären! — Als „Berufspolitiker“ ist im Breslauer Volksrat übrigens ein Kollege Baderewitsch tätig. . . .

III.

Die Fahrt von Breslau zu unserem nächsten Ziel Glogau geht durch weite ebene Strecken Ackerfläche und zeigt auf den in die Kornfelder eingeprengten, blanken Wiesen die Milchkühe für den verzweifelte Not leidenden deutschen Nachwuchs. Vielleicht hat der ekelhafte Zynismus der „Weekly Dispatch“, der von der künftigen „englischen Krankheit“ der deutschen Kinder sprach, ein Gutes bewirkt. Eine bessere Propaganda für den Entschluß zum Verbleiben dieser Landarbeiterstriche beim Deutschtum hätte kaum erdacht werden können. Man weiß hierorts jetzt, was eine einzige Kuh für zwanzig Kinder derjenigen bedeutet, die in den traurigen Mauern der Fabrikstädte Säuglingsmilch nicht täglich „erschleichen“ können. Aus dem Nachwerk von Versailles unmittelbar entsprang der Solidaritäts-

gebante der ostmärtischen Landbevölkerung mit ihren städtischen Klassengenossen, der mir in zahlreichen Äußerungen entgegentrat.

Wir melden uns beim Kommandanten des deutschen Grenzsches und sollen die Front sehen. Höchste Achtung vor den Männern, die es zuwege brachten, aus einem anarchischen Haufen Soldaten und aus diesen Soldaten disziplinierte Truppen zu formen. In Slubno, an der schwarzen Przemsza, hatten Grenzscheleute zu uns gesprochen von ihrer Heimat Diedenhofen und Saarbrücken. „Wir sind von Heim und Hof getrieben, hier können wir sie verteidigen.“ Als wir in Sarne bei Ramisch die Schützengräben und die Jägertruppe sahen, wurde uns das Schweigen der Ortspolen und die Ruhe der Ortsdeutschen auf dem Hintergrunde dieser Schutzwacht erklärlich. Ich möchte gerne glauben, daß die Truppe, des Wartens satt und haßerfüllt gegen einen ränkelsuchenden Gegner, voll Scham und Zorn war, hier an der Kette zu liegen, wie die Dogge, die an ihre Hütte gebunden, ohnmächtig knurrend zusehen muß, wie ein fremder Kläfflöter aus ihrem Napfe frißt. . . .

In Sarne steht auf dem Marktplatz ein Amtshaus. Bis hierher war der erste Polenüberfall vorgeedrungen. Auf weißem Papier kann nicht wiedergegeben werden, was dieser polnische Vortrupp sich hier, bei Behrlosen, an Unflat geleistet hat. Wenn die polnischen „Soldaten“ Führer gehabt haben, so kann ich die englisch-amerikanischen Urteile aus unserer Begleitung über die „polnische Kultur“ verstehen. In diese Amtszimmer war keine Granate geschlagen. Beileibe nicht. Aber der starke Arm des polnischen Heeres hatte kraftvoll alles Glas, Porzellan, Papier, Stuhlgebein, Türfüllung, Fensterkreuz zerrissen und zersplittert, und die kunstgeübte Hand irgendeines perversen Mülläufers dieser Horde hatte da mit Stoffen gemalt, die ehekens des Künstlers Selbstbildnis zeichnen sollten.

Von Ramisch ging die Reise über Guhrau nach Glogau. Wir schalten über den häufigen Aufenthalt zur Erneuerung unserer „Gummi“-reisen. Aber das half nicht. Gummi kommt über Hamburg und Hamburg liegt am Ende der deutschen Welt. In Neusalz, Grünberg, Jülichau, Meseritz, Birnbaum, Zilehne, Schönlanke, Schneidemühl und Ratel unterbrachen wir unsere Fahrt. Schließlich erreichten wir Bromberg und mußten unseren Wagen inmitten von Tausenden und aber Tausenden von Menschen, die mit schwarzweißroten Bändern und Schleifen geschmückt waren, stoppen lassen. Tief packte uns der Seelenschmerz der auf den Straßen auf- und niedermogenden Bevölkerung. Bei meinem weichherzigen norwegischen Kollegen und bei einem hahnebüchernen Amerikaner sah ich Tränen, als Bromberger Frauen schluchzend baten, ihre Heimat bei dem großen deutschen Mutterlande zu lassen. „Für dieses heilige Ziel“ — so sagte eine Arbeiterfrau — „will ich meinen glücklich aus dem Kriege heimgekehrten Mann jetzt hinopfern, damit uns unsere Kinder nicht verfluchen.“ Und Kinder sprangen in den Wagen und baten mit großen, dunklen Augen: „Lieber Herr, schreiben Sie, daß wir bei Deutschland bleiben.“ Bei dieser Fahrt durch ein fast reindeutsches Gebiet hatten wir seit Breslau in vierzehn deutschen Städten geweiht. Vierzehn Punkte nicht nach Wilsons Geschmack. Vierzehn Städte und Hunderte von Dörfern deutscher Gründung, altdeutschen Rechts und alter deutscher Kultur, umgeben von den Zeichen des Fleißes und Ordnungssinnes ihrer Einwohner, aber auch durchsetzt von kleinlichen, horizontweit schauenden Partei- und Klüngelanbetern.

IV.

Halbgebildete und gebildete Parteimänner aller Richtungen arbeiten fieberhaft, um ihre lokale Macht zu befestigen. Überall sucht eine unausgeglichene Demokratie nach ihren Autokraten. Überall schön im Vordergrund die sozialdemokratische Größe. Die schwarz-weiß-rote Notarde wird von der nur roten verfolgt und es scheint tiefste Zusammenhänge aufzudecken, daß — um nur rot zu erhalten — gerade schwarz-weiß überstrichen werden muß. Das wenig geschickt geführte Gespräch dreier bekannter Bromberger Parteipolitiker in Gegenwart und am gleichen Tisch mit den fremdbländischen Pressevertretern, denen die mitanwesende Regierung mit

äußerster Eingabe das draußen in der Bevölkerung gesehene Bild nationaler Einigkeit im Sitzungszimmer zu bekräftigen sich bemüht, bot den Anstalt zu Wildern, die dem Nationaldeutschen aus der Kenntnis der hohen außen- und innerpolitischen Einsicht seiner „Partei“ und Vereinsfunktionäre wohl vertraut ist. Vielleicht war wenigstens der Zufall weise, als er in dieses Milieu des Deutschen meist unkundige Engländer- und Amerikanerzeitungsleute schickte. Die Mehrzahl von ihnen werden die scharfen Gespräche und düstern Gebärden für Gwitterzeichen gehalten haben, die aus der sich festballenden Wolke nationalen Zornes und Schmerzes hervorzuckten. Habeant sibi! Ich kann mich nicht erinnern, im Ausland zu Zeiten schwerer Nationalfragen, in Anwesenheit landfremder Gegner innerpolitische Parteihandpunkte in dieser Weise verfochten gesehen zu haben.

Durch meine deutschen Freunde habe ich in Berlin vor unserer Fahrt einen Bund kennen gelernt, der mit dem Begriffe „Neues Vaterland“ arbeitet. Hier scheint von Gerlach an der Spitze zu stehen, der gewiß besonders tüchtig ist im Überstreichen von schwarz-weiß. Dieser Name wurde uns von Bromberg bis Rawitsch viel genannt, aber nicht so, wie wir etwa Arnold Winkelrieds gedenken, sondern man war der Meinung, daß von Gerlach gut täte, sich von Posen und von Deutschland fort in ein neues Vaterland zu begeben. Ich habe mich gefreut. Man brauchte nur diesen Namen zu erwähnen, dann sah man auch an Stelle der Quallenhaften: Deutsche. Dafür war dieser Mann aber, als wir bei Lubicz, südöstlich Thorn, das polnische Abschnittskommando besuchten, dort erstaunlich beliebt. Man scheint diese Angelegenheit ein wenig studieren zu müssen, obwohl die gewaltigen Eindrücke des Volksbekenntnisses zum Deutschtum in Bromberg Eintagsfliegen unstörend machten.

Es gab noch eine Überraschung: Wir hatten mit dem bedrohten Deutschtum, mit seinen Bromberger Repräsentanten sprechen wollen, die sich in einem prachtvollen öffentlichen Gebäude der Stadt, wie uns mitgeteilt wurde, versammelt hatten. Statt dessen trafen wir neben dem Katheder eines großen, schönen Vortragssaales eine Gesellschaft polnischer Herren, die polyglott geschäftig und mit dem Temperament von Fanatikern in meinen Begleitern und mir den Eindruck hervorriefen, als sollten wir so schnell als möglich zur Teilnahme an einer Konspiration herangezogen werden. Zwei Herren erschienen uns merkwürdig: Ein polnischer Aristokrat stellte sich vor, bat auf französisch deutsch sprechen zu dürfen, da er sich so am besten verständigen könne und entschuldigte dann das Adelsprädicat vor seinem Namen, daran dürfe ich mich nicht stoßen. Der Adel sei ohne jede Bedeutung. Glücklicherweise machten die Mitteilungen dieses Herrn den Eindruck seiner Einführung zunächst noch vergessen, denn ich habe noch nie so schnelle, entschlossene und leichtbewegliche Phantasie kennen gelernt. Wir kamen im Gespräch auf das bekannte Bromberger Ereignis: der Handgranatenwurf im Sikorskischen Hotel beim Vortrag des Geheimrats Kleinow. „Fünf Tote, fünfzehn Schwerverwundete, zahlreiche leichtverwundete Frauen und Kinder! Kleinow hat durch die Grenzschutzmannschaften Handgranaten in ein Fenster des dichtgefüllten Saales werfen lassen, weil er wußte, daß viele Polen anwesend waren. Er selbst hatte sich entfernt.“ Ich hatte soeben den amtlichen Bericht über den Vorfall gesehen. Alles, was dieser Herr mir sonst noch mitzuteilen wußte, reichte sich in seinem argen Durcheinander von unverantwortlicher Entstellung, Unterdrückung und Verdrehung von Tatsachen dem erstgehörten logisch an. Ein polnischer Redakteur hatte demgegenüber das Bestreben, seine ganz und gar maßlose Heße gegen alles Deutschtum in ein Gewand geschickt aufgemachten Objektivscheitens zu kleiden. Diese Fälle scheinen mir typisch. Deshalb mehr Einzelfälle aufzählen. „Never mind the Poles and what they said just read our reports. We form our own opinion.“ „Give them Danzig and they will ask for Plymouth“, sagten unsere englisch-amerikanischen Reisebegleiter. Die Statistiken, die Geschichte und die handgreifliche deutsche Kultur dieser Gegend zeigen genugsam, daß die irredenta germanica, die sich der polnische Landhunger hier schafft, von polnischer Staatskunst allein nicht wird überwunden werden

können. Hornig liefen Soldaten und Zivilisten hinter unserm Wagen her: „Wir sind Deutsche und bleiben deutsch!“

Armes deutsches Volk hier oben, dich wird kein französischer General zu lehren brauchen: „Soyez digne de votre nation.“

V.

Auf Bromberg floßen, hart von Nord, Nordost und Süd kommend, Gebiete deutsch-polnischer Gemischtsprachigkeit und suchten die uralte Ordensstadt Thorn mit abzuschneiden. Das Thorer Deutschtum kennt die schwere, die finstere Gefahr, die das fast konzentrisch anrückende Polentum bringt. Um die altersschwarzen Backsteinmauern, die Ordensbauten, die Türme der Johannis-, Marien- und Jacobskirche schwebt sie. In dem um 1250 begonnenen Bau des Altarhauses der Johanskirche findet sich im Mitteljoch das wohl älteste Sterngewölbe Deutschlands — vermutlich der erste schüchterne Versuch dieser für die Folgezeit so wichtigen Wölbungsart, hier finden wir Hans Apengeters (1327—50) bronzenen Portallöwentopf (an der Südseite des Altarhauses von St. Johannis), den einzigen seiner Art im ganzen Ordensland.

Trozig und fest, ohne „aufwendige Kraft“, wie die Mauern, Türme und Tore ihrer Stadt, so wie die ersten, im harten Kampf um die Existenz ringenden Einwohner, erschienen uns die Männer und Frauen, die unsere Abendsfahrt über die breite Weichselbrücke ins Stadttinnere geleiteten. Zehntausendel In innigem Gesange ihres alten Trugliedes: „Deutschland über alles.“ Wie die Bürger ist ihr Oberbürgermeister: schlicht, fest, gerade und wissend. Sein Entwurf einer Weichselstromaste sollte die ernsteste Beachtung gefunden haben, um dem polnischen Anspruch auf einen freien Meereszugang einen brauchbaren Weg zu weisen. Deshalb übrigens — so fragten wir uns — kommt die Schweiz ohne Meereszugang, ohne eigene Seeküste aus? Im Rathhause saßen wir uns mit den Thorer Bürgern über ihr Deutschsein und Deutschverbleiben ausgesprochen. Nur einer Meinung sind alle und aller Meinung ist die: Polnisch werden heißt, den Jahrhunderte währenden Aufbau deutscher Kultur — wie schon einmal in aller Zeit — in Jahrzehnten sich zerbröckeln sehen. Die stolzen Ordensbauten, die Kult- und Kulturstätten werden halten, was ihre Handwerker-Künstler versprochen haben, aber die polnische Staatskunst wird alles deutsches Wissen und neuen deutschen Fortschritt veröden. Als wir aus Thorn fortgingen, nahmen wir seiner Bürger Sorgen mit. . . .

VI.

Nordwärts ging die Fahrt. Über die Ordensstadt Kulm nach Graudenz. Der Wille von Thorn ist der Weg von Graudenz: „Wir halten an unserm Deutschtum fest, schrei auch der Pole vom Nachbarne.“ Die Haltung der Arbeiterschaft der Graudenz-Maschinenfabrik von Bengt mag als stärkster Ausdruck des Deutschwillens von Graudenz zitiert werden. Eines Arbeiters mit polnischem Namen, Worte sind mir am schärfsten im Gedächtnis: „Ich bin als Sozialdemokrat nicht freiwillig in den Krieg gegangen. Kommt aber der Kampf gegen Polen, so melde ich mich als erster hier und wenn wir Brot aus Stroh fressen sollten.“ Er sprach nicht für alle, aber die Zentralpolitik in Berlin hätte sich überzeugen mögen, daß es hier oben keine Polenfrage, sondern nur eine Magenfrage für die deutschen und polnischen Arbeiter und die Kleinbemittelten gibt. „Wenn wir billige und ausreichende Lebensmittel bekommen und unsere Arbeiterfortschritte behalten, so wollen wir Ihnen Mann für Mann unsern Willen, deutschzugehörig zu bleiben, bezeugen.“ Eine Variante des schon in Oberschlesien Gehörten. Keine Rationalitätenfrage, sondern die klare Erkenntnis, daß die Staatszugehörigkeit nach den realen Faktoren des sozialen und kulturellen Bessergestellten gewählt wird.

VII.

Nicht anders, aber schärfer und drängender wird dies in Marienwerder und Dirschau formuliert. Im Regierungsbereich Marienwerder, der zwei Drittel der

Gesamtprovinz Westpreußen ausmacht, zeigt sich eine absolute, nationale Einheit aller Parteien, die, falls erforderlich, zur Verteidigung ihrer Heimat mit den Waffen bereit wären. Die Stadt Marienwerder gehört zu dem gleichnamigen Kreis, der mit dem Kreise Stuhm und Rosenberg über seine staatliche Zugehörigkeit abstimmen soll. Hier ist der Abstimmungsmodus also besonders entscheidungswichtig. Grundsätzlich lehnen die drei Kreise irgendeine Abstimmung ab, da sie nie Polen zugehört und überwiegend deutsch bevölkert sind (die Stadt Marienwerder zählt über 97 Prozent Deutsche). Wir konnten aber als gemeinsame Meinung feststellen, daß, wenn überhaupt abgestimmt werden müsse, die Abstimmung nur unter der Leitung der bestehenden Organe der Selbstverwaltung vorgenommen werden dürfe und nicht unter der Aufsicht einer Entente-Kommission. Gerade hier verlangt man, daß die Beamten der Selbstverwaltungsbehörde mitzustimmen hätten, da sie zu zwei Dritteln Landeskinder seien und bei ihrer Ausschaltung Westpreußen der Anarchie ausgeliefert würde. Wir täuschen uns gewiß nicht (da auch die polnische Landarbeiterbevölkerung für Deutschland ist), daß hier der polnischen Sache zäher Widerstand geleistet wird. Die nationale Vergewaltigung, die in dem Entente-Polenland für dieses Gebiet auf Schritt und Tritt greifbar ist, könnte nicht augenfälliger gemacht werden, als durch die Linienführung der westlichen Gebietsgrenze, die keinesfalls nach völkischem, sondern ausschließlich nach dem Eisenbahninteresse Polens niedergelegt worden ist. Was bot eigentlich der Pole, den wir in Lubicz, südöstlich von Thorn, beim polnischen Grenzschutz besuchten? Man mag dem jungen, agitatorisch eifrigen polnischen Offizier, der uns führte, seine Sachverbrehungen als politische Phantasie anrechnen, seine Erklärung, die preußisch-feldgrauen Uniformen seiner Mannschaften seien „durch Kriegslist erlangt“, mag kriegsparteilich gerechtfertigt sein; aber sein Ausspruch: Wir werden die deutsche Kultur erhalten, mutete eigenartig an, wenn man sich im Dorfe Lubicz umsaß und — und geradewegs aus Preußen kam. Hier scheidet die Grenze einen mehr als hundertjährigen Vorprung deutscher Arbeit und Intelligenz. Wenn der Graudenzener Arbeiter nicht für alle Arbeiter polnischer oder deutscher Abstammung in Westpreußen sprach — das Dorf Lubicz spricht für alle Dörfer Polens.

Wer will die hier kommende Irredenta meistern? Wer sieht nicht ihre Vorläufer, ihren dumpf grossenden Aufstakt in den Kundgebungen Brombergs, Thorns, von Marienwerder und Dirschau? Durch das Land geht ein wilder Schmerz, ein drohendes Aufbegehren gegen die kulturwidrige Staatenkonstruktion und den Volkschacher; never mind the Poles — we form our own opinion sagen die Entente-Berichterstatter und doch akzeptiert man den Versailler Frieden und bläht die polnische Seifenblase?

VIII.

Was sagt Danzig? Man braucht weder die Marienkirche mit ihrem köstlichen und heute dem deutschen Kunstbesitz wohl besonders kostbaren Remling gesehen zu haben, noch das Upshagenhaus, den Ratssaal, das Kranentor oder die Weischläge, um zu wissen, daß man in einer urdeutschen Stadt ist. 98 Prozent der Danziger Einwohnerschaft sind Deutsche, deren Stellungnahme zum „Frieden“ der Entente am klarsten durch ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister Sahm veranschaulicht wird: „Danzig lehnt den Freistaatsplan ab. Es bestimmt frei selbst sein Verbleiben beim Reich und ist der Überzeugung, daß, ohne territoriale Veränderungen, für Polen nach dem Wilsonprogramm ein sicherer Meereszugang geschaffen werden kann. Ein Freihafen, die Neutralisierung der Weichsel und der in Frage kommenden Eisenbahnlinie bilden den Weg der praktischen Durchführung dieses Programms, das für Polen ausschließlich Vorteile bietet. Denn wie auch die endgültigen Friedensbedingungen ausfallen, ein freundschaftliches Verhältnis zu Polen ist erreichbar. Die Freistaatsidee, wie sie vorliegt, schlägt allen Lebensnotwendigkeiten Danzigs die Wurzel ab, da der Übergang der Souveränitätsrechte an Polen auf der einen Seite die Polonisierung des Freistaats, auf der anderen dessen Abwirtschaftung bedeutet.“

Hierzu einen Kommentar aus der Stimmung Danzigs. Nationale Fragen werden von der Intelligenz betrieben, die Kaufmannschaft hat, dem Wege ihres Handels folgend, internationale Gesichtspunkte, ohne freilich internationalistisch gesonnen zu sein. Die nationalen Kreise aber werden jede Einräumung einer wie auch immer gearteten Polenouveränität zur Entspannung ihrer Kreise in die irrelevantistische Stellung nutzen. Das geringste Maß Staatskunst auf der polnischen Seite sollte genügen, hier, wo der Handel, die Schlagader Polens zum Weltkörper, verlagert werden soll, zum ersten für Staatsruhe zu sorgen.

Von der Arbeiterschaft sprachen wir die der Schichauwerft. Was sie gesagt haben, will ich ausführlich wiedergeben: Der Arbeiterrat vertrat den Standpunkt deutscher Kultur und des durch die Revolution erreichten sozialen Fortschritts. Diese beiden Grundwerte durch die Polen zu verlieren, fürchten sie, und es war für mich schwer, den ernsten Männern zu verschweigen, was uns lachend und siegesicher vor wenigen Tagen durch den Vertreter der Polen in Lubicz gesagt und was nach den persönlichen Erfahrungen eines holländischen Korrespondenten in Warschau beim Außenministerium widerlegt worden war. „Deutsche Kultur, deutsche soziale Einrichtungen sind bei uns für alle uns anzugliedernden Gebiete gesichert“, hieß es in Lubicz, und in Warschau — Korruption von oben nach unten, schwerste Verwaltungshandlungen, aber ein Militarismus, wie ihn Preußen kaum je erlebt hat.

Danzig lebt am Hafen und in den Werften, wo stolze Reste der deutschen Kriegs- und Handelsflotte sterben. Panzerschiffe, teils abgetaktet, teils im Abbau, teils verwahrt, Torpedoboote in Schwimmdocks oder zusammengepflockt in Liegestellungen wie angstvolles Schlachtvieh, die Bug abgeschnitten, daß die Spanten und der vordere Raum sichtbar werden; längsseits eines Docks, unter dem Wahrzeichen des Hafens, dem Riesenfranz, einem Meisterstück deutscher Ingenieure, liegt der größte deutsche Handelsdampfer „Columbus“. 30000 Tonnen Raum! Von ihm und den Kriegsfahrzeugen redeten die Arbeiter. Wir sprachen mit Kommunisten, unabhängigen Sozialdemokraten und Mehrheitssozialisten. Eine Meinung tritt einhellig scharf hervor: keine Tonne Handelschiffsraum ohne Bezahlung der Entente. „Geben wir den ‚Columbus‘, den wir mit unseren Ingenieuren erbauten, unbezahlt an die Ententekapitalisten, so leisten wir den ersten Schritt zur unproduktiven, zur Sklavenarbeit bei Räubern!“ „Mögen sie Handelschiffsraum bei uns kaufen. Wir werden ihn bauen. Der kostenloser Ablieferung unserer Arbeit werden wir uns aufs schärfste widersetzen.“ Das sind die Ansichten der Schiffbauarbeiterschaft — ich habe keine Ausnahmen gefunden, und Danzig polnisch werden lassen, hieß beim Wortungewandtesten noch: sozialer Niedergang und Verfall an Unkultur.

Aber anderes mußten die vertraut Werdenben noch zu erzählen: die Weichsel hinauf fahren die Lebensmittelschiffe und die Schiffe mit Ausrüstung für das amerikanische Rote Kreuz in Polen. Im Danziger Hafen wird umgeladen. Als da eine Ladung ungeschickt angemacht war, fiel eine „Lebensmittelliste“ auf die Kaimauer und brach auf. Der betreffende Stauer war so bestürzt über den Inhalt wie wir zornig, als wir diese Nachricht vom Kapitän eines Regierungsdampfers bestätigt erhielten; in der Kiste lagen Patronentaschen und Geschosse, Ledertoppel und Monturen enthielten andere. Auf wieviel Wegen will man die ohnehin aufs höchste erregte Bevölkerung, der schon der eine Gallertransportweg mitten durchs Herz ging, noch weiter reizen und ist nicht, wie mir ein paar Schiffarbeiter sagten, „eine ‚Lusitania‘ genug der Lüge!“

Man kann sich die Schilderung unserer Eindrücke, die wir in Quaschin, einem Raschubendorf südwestlich Danzigs, als Schlußstein unserer Reise hatten, ersparen. Was da vorgebracht wurde, hieß als Formel: Befreit uns von den Viehlieferungen, gebt uns Viehfutter und laßt uns von der Polenpolitik frei, dann ist uns unsere Staatszugehörigkeit — gleichgültig.

IX.

Ein Abtreten der Ostgebiete an Polen wird sofort schwere Schädigungen für die deutsche Gesamtwirtschaft bringen. Die amtliche deutsche Statistik zeigt

eine wesentlich größere Zahl Deutscher als Polen im städtischen Gesamtbezirk, der durchgehend in den Schichten, die geistige und materielle Bildung und Fortschritt tragen, nahezu vollkommen deutsch ist. Die Lage der Entwicklung und des Fortschritts in jeder Beziehung bei Polen ist damit unschwer zu errechnen. Unter den geistigen Arbeitern ist die Sorge vor der Auflösung deshalb tiefempfunden, die Sorge der an Zahl überwiegenden Industriebevölkerung gilt den schlechten Löhnen und Arbeitsbedingungen.

Die Landbevölkerung, soweit sie polnisch ist, steht in einzelnen Bezirken der großen Frage aller mehr gleichgültig gegenüber, diejenigen aber, die zu Polen wollen, halten den Indifferenten die Wage. Die oberschlesische Polenbevölkerung dagegen will deutsch bleiben, sie ist so gut wie ausschließlich industriell und deshalb auch ausschließlich zu dem höheren deutschen Stande von Kultur, Wirtschaft und Sozialismus geneigt.

Lassen wir, die wir in vierzehntägiger Fahrt durch die Ostmark Land und Leute kennen lernen durften, unsern gemeinsamen Eindruck sprechen: Von Oberschlesien bis Danzig ein Volk in Seelennot um Heimat und Vaterland. Ein Wort hallt mir nach, das uns zukunftsbedingend macht für die Ruhe eines ganzen Kontinents: Wir sind Deutsche und wollen deutsch bleiben!



Die Umwälzung in der Ukraine Ende 1918 und der Abtransport des deutschen Besatzungsheeres

Von G. Franz, Major im Generalstabe



Der Aufstand in der Ukraine Ende 1918 begann seine Schatten vorauszuwerfen mit dem Beginn der Revolution in Österreich-Ungarn, seine Anfänge folgten sehr bald der Revolution in Deutschland. Als der Hetman Anfang November verlangte, das Sitschen-Regiment in Bjelaja Zerkow zu entwaffnen, war es bereits zu spät. Der Stein war bereits im Rollen. Der Herd des Aufstandes lag in Bjelaja Zerkow, sein Werkzeug war genanntes Regiment, eine vom Hetman geschaffene, verhältnismäßig gut disziplinierte und vornehmlich aus galizischen Ukrainern gebildete Truppe unter Führung von Offizieren, die meist ihre Ausbildung in der österreich-ungarischen Armee genossen hatten. Sie erhielten schnell starken Zuzug aus Galizien und aus der nach Hause flutenden k. u. k. Besatzungsarmee, von welcher sie auch in reichstem Maße teils freiwillig, teils gegen Bezahlung, teils mit Gewalt Ausrüstung und Waffen aller Art bekamen. Von den Revolutionären war sehr gut vorgearbeitet, der Zeitpunkt sehr glücklich gewählt und militärisch sehr geschickt disponiert. Es liegt auf der Hand, daß der Aufstand nur dann gelingen konnte, wenn unsere Truppe versagte. Letztere Gewißheit konnten sich die Aufständischen sehr leicht durch Agenten verschaffen, zumal die S.-Räte mit ihrem Programm nicht hinter dem Berge hielten.

Der Aufstand griff sehr schnell von Bjelaja Zerkow nach Zastow, Werbitschem und Kasatin über, den Widerstand der Hetmanorgane ohne Schwierigkeiten brechend und sich damit in den Besitz der wichtigsten Bahnknotenpunkte setzend. Aber nicht nur die für uns so wichtige Bahnlinie Kiew—Golobny mit den einmündenden Bahnen von Süden bekamen sie sehr schnell in ihre Hand, sondern überhaupt ein Gebiet, in dem gewaltige Vorräte aufgestapelt waren, nicht nur an Heeresgut aller Art aus der russischen Zeit, sondern vor allem auch von uns eingekaufte Vorräte an Zucker und Getreide, die des Abtransportes in die Heimat harren oder der Verpflegung der Truppen dienten. Wie geschickt die militärische Operations-

basis von der Aufstandsleitung gewählt war, wird damit ersichtlich. Sie übte einen Druck auf uns aus durch Bedrohung unserer Heimatverbindung, lag in einer an allen Hilfsmitteln unerschöpflich reichen Gegend, hatte direkte Verbindung mit den galizischen Ukrainern und lag nahe an Kiew. Denn wollten die Revolutionäre die Herrschaft im Lande tatsächlich gewinnen, so konnten sie nicht neben dem Hetman mit dem Sitz in einer der untergeordneten Provinzstädte existieren, sondern mußten Kiew besitzen.

Der Aufmarsch gegen Kiew war bei der Nähe der Aufstandsheimat mit einer zweigleisigen leistungsfähigen Bahn leicht und schnell durchzuführen; hemmend wirkte zunächst nur der Mangel an wirklichen Truppen. Die zahllosen bewaffneten Banden bedeuteten eher eine Gefahr als eine Macht. Während bereits im zweiten Monatsstritt des November Kiew von Westen durch Petlura abgeschnitten war, bildeten sich auch in der östlichen Ukraine, weniger im Süden, namentlich an den Bahnnotenpunkten Aufstandsherde, gegen die die Hetmankräfte machtlos waren, und die allmählich gegen Kiew vordrückten. Der Hetman mußte sich darauf beschränken, westlich um Kiew herum eine Stellung zu beziehen, in der seine schwache Besatzung sich mehrere Wochen lang mit den Revolutionären herumshoß, ohne daß beiderseits ein ernstlicher Wille, eine Entscheidung herbeizuführen, zu erkennen war. Ein schwacher Versuch, die Revolutionäre aus Richtung Bachmatsch aufzuhalten, führte zu dauernden Mißerfolgen der Hetmanleute, so daß, nachdem auch bei Tscherkassy die beiden Gruppen Ost und West sich über den Dnjepr die Hand gereicht hatten, mit einer allmählichen völligen Abschließung von Kiew gerechnet werden mußte. Die Verpflegung der annähernd eine Million Einwohner zählenden Stadt wurde damit kritisch.

Ein Vorstoß unsererseits aus Kiew gegen Borobjanka endete Anfang Dezember mit einem Vertrage, in dem festgelegt wurde, daß die Petluraleute eine bestimmte Linie westlich Kiew nicht überschreiten und auch im Lande ihre militärischen Operationen nicht weiter ausdehnen sollten. Da aber unsere militärische Lage trotzdem unhaltbar wurde, verpflichteten wir uns gegen die Zusicherung freien Abirakspores im Vertrage von Kasatin zur völligen Neutralität im Kampfe um Kiew. Am 14. Dezember brach in Kiew der Aufstand aus und nach Überwältigung geringen Widerstandes an der Front rückten am Nachmittag die Petluratruppen in die Stadt ein.

Unsere Lage während dieser Umwälzung war, kurz gesagt, die des Dritten, der keinen Platz hat, wo zwei sich prügeln. Wir mußten viel labieren und verhandeln, da wir keine Macht mehr hatten, unsere Rechte mit Gewalt durchzusetzen. Mit einem Schlage war unsere Macht, unser Einfluß und unser Ansehen dahin, nicht durch die Ereignisse an der Westfront, sondern weil jedermann in der Ukraine wußte, daß der deutsche Soldat nicht mehr gehorcht, daß die Disziplin untergraben und vernichtet, daß das deutsche Schwert zerbrochen war. Dahin war aller Dank für die Errettung vor den Bolschewiken, vergessen, daß wir als Retter aus der Not gerufen, gekommen und gefeiert waren. Wir waren plötzlich nur die lästigen Fremdlinge, die zum eigenen Vorteil im Lande waren, von der Hetmanpartei nicht mehr geschätzt, weil wir ihr nicht mehr helfen konnten, von der Petlurapartei gehaßt, weil wir angeblich das Land an der Verwirklichung seiner nationalen, sozialen Bestrebungen gehindert hatten.

Durch die Aufstandsbewegung drohte die ganze sorgfältig disponierte und aufgebaute Heimtransportbewegung zu verunglücken, da die Kämpfe der beiden Parteien an den Bahnen den Betrieb natürlich störten oder stellenweise sogar ganz unterbrachen, wo eine der beiden Parteien zum Schutz gegen die andere die Bahn zerstörte. Besonders betraf dies unsere Hauptverbindung nach der Heimat über Jaskow—Kasatin. Mit den Bahnen wurden auch allmählich alle Drahtverbindungen unbrauchbar, so daß wir mit der Provinz Wochen, ja Monate nur Verbindung durch Funker, Flieger oder ab und an durch Befehlsüberbringer hatten, denen es gelang, sich durchzusetzen; geregelte Befehlsübermittlung und planmäßiges Handeln wurden dadurch außerordentlich erschwert. Es ist kein

Zweifel, daß wir den Aufstand hätten im Keime ersticken können, wenn wir noch eine zuverlässige Truppe in der Hand der Führer gehabt hätten; es liegt aber auf der Hand, daß der Aufstand nur deshalb ausbrach, weil seine Leitung wußte, daß sie die deutschen Truppen nicht mehr zu fürchten hatte.

Bei den wenigen Meldungen, die von der Truppe zu uns gelangten — Fliegerverbindung hörte bald wegen Schnee und Frost ganz auf — war es schwer, ein richtiges Bild von der Größe und Bedeutung des Aufstandes zu bekommen. Allgemein aber wurde sein Umfang zunächst wohl unterschätzt. Es wurde nun natürlich bald die Frage akut, wie das Oberkommando und die Truppen sich den neuen Verhältnissen gegenüber zu verhalten hätten. Denn unser Heimtransport durfte nicht in Frage gestellt werden. Andererseits hatte die Truppe ein bewaffnetes Eingreifen gegen die Aufständischen nicht nur ganz kategorisch abgelehnt, sondern machte sogar aus ihren Sympathien für die Aufständischen kein Geheul. Es wurde daher die Formel gefunden: strikte Neutralität unserer Truppen im Streit der beiden Parteien; nur da, wo die Bahnen in Mitleidenschaft gezogen wurden, Eingreifen im Interesse unseres ungestörten Abtransportes, eventuell mit Gewalt, eine Formel, deren praktische Befolgung auf große Schwierigkeiten stieß, wie die Ereignisse, zahllose Meldungen und Anfragen der Truppe sehr bald bewiesen. Denn tatsächlich spielten sich alle Kämpfe an den Bahnen ab, störten den Betrieb, störten unseren Abtransport und warfen schließlich das ganze Programm des Oberkommandos über den Haufen.

So wäre sehr bald und sehr leicht ein Grund zum Vorgehen gegen die Aufständischen gefunden gewesen, aber unsere Truppe war dafür nicht zu haben, um so weniger, als geschickte Propaganda von der Weiskuristen her die Truppe vom Offizierskorps trennen wollte. Die Truppe blieb nicht nur im Lande draußen neutral, sondern begünstigte die Aufständischen, teils aus Sympathie, teils beeinflusst durch die Drohungen der immer stärker anschwellenden Banden. Ende November waren letztere tatsächlich Herren des ganzen Gebietes westlich des Dnjepr, waren Herren der Bahnen, sämtlicher Magazine, Waffen, Munitions- und anderen Depots. Vereinzelt kamen sogar Meldungen, daß deutsche Truppen entwaffnet und nach der Heimat abgeführt waren. Unsere theoretische Neutralität hatte also den Gang der Dinge nicht aufhalten können; tatsächlich war unser Abtransport völlig abhängig von dem guten Willen der Weiskuristen.

Es mußte ein Entschluß zum Handeln gefunden werden und es gelang, eine Expedition zum Vortoch aus Kiew heraus Richtung Jastow zum Freimachen der für uns so wichtigen Bahnstrecke Ende November in Bewegung zu setzen. Die Truppe hatte schließlich doch eingesehen, daß es sich um ihre glückliche Heimkehr oder um eine Wiederholung von 1812 handelte, und war mit Passion bei der Sache. Die Unternehmung stieß bei Borodjanka auf zähen Widerstand und endete am 28. November mit einer vorläufigen Waffenruhe, der am 2. Dezember der Vertrag von Kiew folgte. Das Direktorium verpflichtete sich, bis zum Eintreffen der Vertreter der Entente in Kiew und von Ententetruppen in der Ukraine jede operative Tätigkeit gegen die noch nicht besetzten Teile der Ukraine, insbesondere jede weitere Annäherung an Kiew einzustellen, ferner alles zu tun, um die deutschen Behörden bei Regelung des Betriebes auf den Eisenbahnen zu unterstützen, dem Abtransport des Besatzungsheeres keine Schwierigkeiten zu machen und schließlich die Lebensmittelversorgung deutscher Truppen und der Stadt Kiew in keiner Weise zu hindern.

In der Praxis änderte leider der Vertrag nicht viel an unserer schwierigen Lage. Die Stimmung unter den Aufständischen war durch das Eingreifen deutscher Truppen nicht besser geworden. Das Direktorium sah sich noch nicht am Ziel seiner Wünsche. Wohl hielten die Weiskuristen um Kiew einigermaßen Ruhe, da sie es doch nicht wagten, die starke deutsche Garnison der Stadt auf die Probe zu stellen; im Lande aber nahmen die Bandenkämpfe ihren Fortgang und führten zu einer weiteren Besetzung der Bahnlinien.

Allmählich wurde bekannt, daß fast sämtliche deutsche Truppen westlich von Kiew ihren Posten verlassen hatten und, stellenweise entwaffnet und beraubt, über

die ukrainische Grenze abgeschoben waren, teilweise wahrscheinlich ihren eigenen Wünschen entsprechend. Wie in Polen und im Etappengebiet, so hatten wir nunmehr auch in der Ukraine keinen Bahnschutz mehr und keinen Einfluß auf den Bahnbetrieb. Beide Strecken nach Brest waren unterbrochen, durch den Abtransport der westlichen Truppen das ganze Programm des Abtransportes gestört, das auf einem stufenweisen Abbau von Osten unter dem Bahnschutz der stehengebliebenen und dann folgenden Teile aufgebaut war. Lange war dieser neue, durch den Vertrag geschaffene Zustand auch nicht haltbar, zumal die Versorgungslage für Truppen und Bevölkerung in Kiew mit dem Abschneiden jeder Zufuhr von außerhalb bedrohlich wurde. Zudem hatte die Expedition Anfang Dezember gezeigt, daß die Aufstandsbewegung nicht nur von einzelnen Truppenteilen getragen war, sondern das gesamte Land ergriffen und in Bewegung gebracht hatte. Es wimmelte von bewaffneten harten Banden, denen teils befohlen war, alle deutschen Truppen zu entwaffnen, was anschließende völlige Ausplünderung bedeutete, teils die Verraubung deutscher Truppen als Lohn für ihren Anschluß an Petlura versprochen war. Geschickt genährt, griff ein starker Haß gegen die deutschen Truppen Platz, und aus den allmählich eingehenden Meldungen wurde ersichtlich, daß im ganzen Gebiet westlich Kiew die Verraubung so systematisch und planmäßig betrieben wurde, daß überhaupt kaum Transporte, namentlich aus dem Süden kommende, unbehelligt die Grenze erreichten. Ein Teil von ihnen wurde sogar über Galizien und Ungarn abgelenkt, wo sie rettungslos völliger Plünderung anheimfielen. Dabei drängte die Truppe nach Hause, die Hetmanschaft lag in den letzten Zügen; mit Waffengewalt war nunmehr nichts mehr zu erreichen, Fußmarsch größerer Truppenmassen in den Winter hinein aus Versorgungsrücksichten ein bedenkliches Unternehmen. So blieb nur übrig, erneut zu verhandeln.

Im Vertrage von Kasatin vom 11. Dezember wurde deshalb dem Besatzungsheere seitens des Direktoriums freier Abtransport und die Versorgung mit den nötigen Lebensmitteln zugesichert, wenn die deutschen Truppen gegen die republikanischen, speziell bei Kiew, nicht kämpfen würden.

Wie schwach die Widerstandskraft der Hetmanregierung war, beweist der 14. Dezember, an dem Kiew eigentlich ohne Widerstand in die Hände der Aufständischen fiel. Ein großer Teil der Hetmantruppe ging über, ein kleiner Teil wurde entwaffnet; wem von Offizieren es nicht gelang, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, wurde gefangen oder verhaftet.

Der Einzug des Direktoriums am 19. Dezember mit anschließender Parade bewies, welche stattliche Streitmacht Petlura in verhältnismäßig kurzer Zeit aufgebracht hatte.

Der Umschwung in Kiew selbst verlief verhältnismäßig harmlos. Straßenkämpfe fanden bis auf eine nur wenige Minuten dauernde Schießerei auf dem Kreschtschatik nicht statt. Durch Zufallstreffer waren namentlich in den westlichen Vorstädten einige wenige Opfer unter den deutschen Truppen zu beklagen. Wohl kamen in den nächsten Tagen in Kiew noch einige Reibereien, Entwaffnungen, Verraubungen, auch Todesfälle unter den deutschen Truppen vor, im allgemeinen kann man aber wohl sagen, daß in der Stadt die Ordnung voll gewahrt wurde. Böse dagegen sah es noch wochenlang in der Provinz aus. In Enamonta, Hunduljewka, Wobrinstaja, Gastow, Kasatin, Edolbunowo, Sarny, Korosten dauerten die Entwaffnungen und Verraubungen deutscher Truppen bis in den Anfang Januar hinein an, teilweise hervorgerufen durch die Energielosigkeit unserer Truppe, Verhandlungen der S.-Räte, Ungelichkeiten und vereinzelt wohl auch durch Provokation, meist aber waren sie planmäßig und wohl organisiert, so daß es da, wo wir uns zur Wehr setzten, zu beträchtlichen Kämpfen mit Verlusten kam.

Durch wiederholte energische Vorstellungen beim Generalstab und beim Direktorium seitens des Oberkommandos, des Gesandten und des S.-Rates gelang es allmählich, etwas Sicherheit und Ordnung zu schaffen. Wesentlich hat auch dazu die sich allmählich bahnbrechende Erkenntnis der Truppe beigetragen, daß

nur mit Waffengewalt hier durchzukommen, alle Nachgiebigkeit und Weichheit aber vom Übel sei.

Auch hier wirkte das Beispiel. Truppen die mit der Waffe feindlichen Widerstand brachen, gelangten wohl mit einigen Verlusten, im allgemeinen aber mit all ihrer Habe an die Grenze. Solche bekannt gewordenen Fälle forderten zur Nachahmung auf. Erwähnt sei nur das eine heijßische Dragoner-Regiment, das waffenlos und ausgeraubt an der Grenze ankam, sich neu bewaffnete, fecht machte und die durchfahrene Strecke von Banden säuberte. Sichlichen Eindruck machte auf die Ukrainer das Verhalten einer bayerischen Kavallerie-Brigade, die im Fußmarsch von der Küste des schwarzen Meeres durch den eigentlichen Aufstands-herd bis an die polnische Grenze zog, unterwegs Nachzügler, Versprengte, Gefangene und Verwundete an sich zog und allmählich zu einem stattlichen Heerhaufen von etwa 20000 Mann angewachsen den Schrecken aller heutigetierigen Banden bildete. Sehr bewährt hat sich die Organisierung der Truppenzüge in eine gewisse Gefechts-gliederung und Gefechtsbereitschaft. Die vordersten und letzten Wagen waren mit stets gefechtsbereiten Maschinengewehren, Minenwerfern und Geschützen besetzt, ebenso waren in der Mitte der langen Truppenzüge gefechtsbereite Maschinengewehre eingebaut; alle offenen Wagen hatten Tag und Nacht, beim Halten und während der Fahrt starke Wachen; sämtliche Befehlsstellen waren im Zuge untereinander und mit der von einer Offizierswache besetzten Lokomotive telephonisch verbunden; Verteilung des Transportes innerhalb des Zuges so, daß am Anfang und Ende schnell gefechtskräftige Verbände zur Hand waren.

Trotzdem blieb die Lage bedenklich. In Zetarnosslaw und Pawlograd belästigten Bolschewiken unsere Truppen, in Charkow wurden deutsche Stäbe und Truppen gefangen genommen, vom Petluraführer Polbalschan, mit dem sie gemeinsam gegen die Bolschewiken kämpfen sollten, schmäblich im Stich gelassen. In Nikolajew blieb eine Gruppe deutscher Truppen von dem besonders auffälligen Petlurageneral Grigorjew eingeschlossen, der ihnen in Aussicht stellte, daß sie „wie die Fliegen totgeschlagen würden“ oder „mit gesenkten Häuptern“ nach Deutschland zurückwandern müßten. Wie Grigorjew scheinen auch anderenorts Führer, Banden und Bandenführer sich bewußt über gutgemeinte Befehle des Direktatoriums hinweggesetzt zu haben. Es liegen Beispiele vor, daß Truppenkommandeure gegen ihre eigenen Leute machtes waren. Wie immer bei solchen Bewegungen, konnten die Führer sich nicht mehr durchsetzen. Bezeichnend dürfte die Äußerung des Obersten Tjujuni, des Chefs der Operationsabteilung sein, daß nur ein Teil der Truppen gegen die Polen, ein anderer gegen die Bolschewiken zu gebrauchen sei, daß für einen Kampf gegen die Deutschen aber alle Truppen zu haben seien.

An dem guten Willen der leitenden Stellen ist nicht zu zweifeln, aber sie hatten nicht die Macht und die Mittel, sich durchzusetzen. Es fehlte an geschulten Stäben und Personal. Unerfahrene, nicht gelernte und berufsmäßig gebildete Offiziere, mit dem Betriebe und der Disziplin in einem größeren Stabe gänzlich unvertraut, arbeiteten an der Zentralstelle. Die Folge war, daß der Chef der Operationsabteilung, ein sehr tüchtiger, energischer, schnell arbeitender Mann, früherer russischer Offizier, begeisterter, fast fanatischer ukrainischer Revolutionär, Oberst Tjujuni, überlastet war und an seinen Mitarbeitern keine zuverlässigen Gehilfen hatte. Seine Befehle drangen nicht durch. Er sowohl wie auch der Chef des Generalstabes, Ataman Osszli, ein sehr ruhiger klarer Mann, wollten durchgreifen. Beide waren aber die einzigen älteren Berufs-offiziere in leitenden Stellen; ein Schwarm unfähiger Dilettanten umgab sie als Helfer, von denen nichts zu erwarten war. Und so war es in allen anderen Zivil- und Militär-resorts; keine geschulten Beamten sondern Mistläufer, die bei dieser Gelegenheit ihr Geschäft machen wollten; vielleicht auch einzelne Idealisten und Fanatiker, deren Mangel an Können aber nicht durch guten Willen ersetzt werden konnte.

Noch einige Ausführungen über das Verhalten der Hetmanregierung in den kritischen Tagen sind erforderlich. In der Aufforderung, das Esitschen-Regiment

zu ent Waffen, lag die Erkenntnis der von dort drohenden Gefahr. Es folgte daraufhin Mitte November das Bekenntnis zum großrussischen Gedanken, die Abgabe an das national ukrainische Programm und die gesuchte Annäherung an das Donland und die Entente. Die Mobilisierung aller in Kiew lebenden Offiziere und endlich eine Mobilisierung der Zwanzig- bis Dreißigjährigen, die aber durch die Ereignisse überholt und nicht mehr zur Durchführung kam, sollten Veräumtes nachholen. Eine Armee bestand noch nicht. Seit dem Sommer wurde an ihrer Bildung gearbeitet. Von den geplanten acht Armeekorps bestanden nur die Kadres. Im November sollten die ersten Rekruten eingezogen werden. Als Truppe standen nur die Serdjuklen-Division in Kiew zur Verfügung, die aber noch keine rechte Kampfkraft besaß, sowie einige kleine Formationen, die mehr den Charakter einer persönlichen Schutzwache des Hetmans hatten. Die militärische Organisation trug den neuen, durch den Aufstand bedingten Verhältnissen nicht mehr Rechnung. Der Generalstab unter dem Oberstleutnant Slivinski als Chef (32 Jahre alt) war eine Friedensorganisation. Die allenthalben beginnenden militärischen Operationen forderten einen Oberbefehlshaber mit Stab. Am 19. November übernahm, vom Hetman auf der Durchreise zur Nordarmee in Kiew angehalten, Graf Keller den Oberbefehl mit einem meist aus großrussischen Offizieren der Nordarmee bestehenden Stabe, Chef General Elschin. Als Oberquartiermeister trat aus dem alten Generalstab General Sinkler hinzu. General Keller, 1857 geboren, bei Kriegsausbruch Kommandeur der 10. Kavallerie-Division in Charkow, eine mächtige imposante Erscheinung, vornehm und liebenswürdig, ausgesprochener großrussischer Monarchist, aber deutschfreundlich, stand im Rufe eines ganz besonders tapferen Soldaten. Wegen Differenzen mit dem Hetman, der ihm wohl nicht prononziert großrussisch genug war, trat er am 27. November den Oberbefehl an Fürst Dolgorukow, einen früheren Regimentskameraden des Hetman ab, blieb aber leider, um die Entente abzuwarten, in Kiew und fand hier ein trauriges Ende.

Dolgorukow (46 Jahre alt, bei Kriegsbeginn Kommandeur des Chevalier-Garde-Regiments in Petersburg) faßte den Oberbefehl anders auf, suchte Fühlung und Deckung bei der Entente, hatte unleugbar keine Sympathien für Deutschland, war abweisend und machte uns berechnet Schwierigkeiten, in gesuchter Ausnutzung formeller und schematischer Auslegungen Meinungsverschiedenheiten provozierend. Die Zusammenarbeit mit ihm bedeutete eine Kette fortgesetzter Reibungen, die häufig zu unerquicklichen persönlichen Auftritten führten. Er trieb ein zweifelhaftes Spiel mit uns und der Entente, diese immer gegen uns ausspielend und uns Vorgehen gegen die Abmachungen der Entente vorwerfend, deren angeblicher Vertreter, Hainnot, damals auffallend rege war. Darüber vergaß er wohl, daß er in erster Linie Soldat war. Jedenfalls mußten doch mit dem Moment, wo der Hetman im Kampf um Kiew nicht mehr auf uns zählen konnte, irgendwelche militärischen Entschlüsse gefaßt werden. Denn daß die wenigen Truppen an der Front nicht halten konnten, war seit langem klar. Entweder mußte Dolgorukow rechtzeitig verhandeln, um unter möglichst günstigen Bedingungen zu kapitulieren, oder den Widerstand ausbauen oder rechtzeitig einen Abzug auf das östliche Dneprufer vorbereiten. Unzweifelhaft ist, daß am 14. Dezember um 12½ Uhr, als in der Stadt schon Hetmantruppen entwaffnet waren und Panzerautomobile mit Aufständischen durch die Straßen fuhren, als bereits Meldungen vorlagen, daß die Truppen an der Front über- oder zurückgingen, noch kein Entschluß gefaßt war; daß vielmehr auf der Karte noch erwogen wurde, in welchen Stellungen näher an der Stadt man halten und wie man eventuell über den Dnepr abziehen könnte. Tatsächlich ist auch überhaupt kein Befehl mehr gegeben worden, denn um 1 Uhr war das ganze Generalstabsgebäude verlassen, am Nachmittag fragte der an der Front kommandierende General Kanzerow an, was er machen sollte, um 3½ Uhr war die Straße vor dem Generalstabsgebäude von Banden besetzt, das Haus bereits halb ausgeplündert und General Bronzki, ein Anhänger Petluras, bei dem Versuche, wenigstens im Hause die Ordnung einigermaßen zu halten. Er hatte gerade die Abdankungs-

urkunde¹⁾ des Hetmans erhalten, die im Gebäude abgegeben war. Der Hetman und die Herren seiner nächsten Umgebung hatten kurz vor 1 Uhr mittags zu Fuß, teils in Bauernkleidung das Hetmanpalais verlassen. Sie und Fürst Dolgorufow wurden von den Aufständischen nicht gefunden, leider aber Graf Keller, der einige Tage später in der Nacht vor der Sophientathedrale, angeblich bei einem Fluchtversuch, erschossen und um 700000 Rubel beraubt wurde.

Die Folge dieses unwürdigen und unrühmlichen Verhaltens seitens des Oberkommandos war die, daß den an der Front stehenden Offizier-Druschinen riß die Möglichkeit gegeben war, rechtzeitig abzubauen, einige tausend Offiziere gefangen und viele in den nächsten Tagen erschossen wurden. Gegen Abend übernahm Oberst Timischenko, der Führer der zuerst eingerückten Division, den Befehl in der Stadt, am Sonntag, den 15. Dezember, endlich Oberst Konowalez mit Stab.

Dieser „Stab des Belagerungskorps“, ursprünglich der Regimentsstab des Esischen-Regiments aus Bjelaja Zerkow, hob sich vorteilhaft gegen die übrigen militärischen Behörden ab. Er hatte die Einnahme von Kiew geleitet, und seinem verständigen Wirken war es zu verdanken, wenn in Kiew sehr bald geordnete Verhältnisse Platz griffen und nachher auch aufrecht erhalten werden konnten. Den Offizieren des Stabes, die alle mit Energie und Mührigkeit ihre Pflicht versahen, sind wir zu Dank verpflichtet.

Es hat wohl kaum jemals eine Eisenbahntransportbewegung unter größeren Widerständen zu leiden gehabt, als der Abtransport des Besatzungsheeres von etwa 300 000 Mann aus der Ukraine. Eine eigenartige Lage war es, dieses teilweise in Weuterei begriffene, auf einen riesigen Raum, 1000 Kilometer von der Heimat entfernt, verteilte Heer nach Hause zu führen durch ein im Aufruhr befindliches Gebiet, in dem sich die Hauptkämpfe naturgemäß an den Bahnen abspielen mußten; auf Transportwegen und mit Transportmitteln, über die ein anderer verfügte, der uns nicht besonders wohl gesonnen war! Die auf ukrainischer Spur mit ukrainischen Wagen laufenden Transporte mußten von den drei der Grenze zuführenden Schienenwegen in einen Weg über Brest-Prostken mit anderer Spur eingefädelt werden; mangels Unterkunft an der Grenze mußte der Zufluß hier mit der Abernahmefähigkeit der deutsch betriebenen Linie in Einklang gebracht werden; diese Schwierigkeiten zu überwinden erforderte an sich schon einen funktvoll aufgebauten, sorgfältig durchdachten und durchgearbeiteten Transportplan.

Fortgesetzte eisenbahntechnische Reibungen traten hinzu durch Mangel an Lokomotiven, Wagen, Heizmaterial und Schmiermitteln. Waren diese glücklich überwunden, warfen eigenmächtige Eingriffe der Truppen das mühsam aufgestellte Programm des Oberkommandos um. Ganze Truppenteile stellten Ultimatus, bis zu einem bestimmten Termin abbefördert zu werden, oder vor ihrem Abtransport andere Truppen nicht durchzulassen; fast alle glaubten berechtigte Gründe zu haben, in erster Linie abgefahren zu werden oder sich benachteiligt zu fühlen. Durch feste Vernunftgründe waren sie davon zu überzeugen, daß nirgends mehr als bei einer so komplizierten Transportbewegung die eigenen Interessen vor denen der Gesamtheit zurückzutreten haben. Dazu kam, daß die nördlichste Linie über Gomel—Pinsk ständig von den Bolschewiken bedroht war, diese außerdem über Charkow nachdrängten, und zeitweilig die Verbindung nach dem schwarzen Meere durch auffällige Banden, die sich keinem Direktorium unterordneten, gesperrt war. Dazwischen Truppentransporte der Hetmantruppen oder Aufständischen, an Bahnknotenpunkten Anhäufungen österreich-ungarischer Truppen, die völlig

¹⁾ Sie war vom Hetman eigenhändig in russisch (nicht ukrainisch) geschrieben und lautete:

Ich, Hetman der gesamten Ukraine, habe im Verlauf von siebeninhalf Monaten meine ganze Kraft daran gesetzt, das Land aus der schwierigen Lage zu bringen, in der es sich befand. Gott gab mir nicht die Kraft, mit dieser Aufgabe fertig zu werden. Jetzt, im Hinblick auf geschaffene Verhältnisse, lege ich mein Amt nieder, ausschließlich geleitet von der Rücksicht auf das Wohl der Ukraine.

Kiew, den 14. Dezember 1918.

Pawlo Skoropadski.

planlos der Heimat zustrebten; und dieser großen, nach Westen laufenden Strömung entgegen fluteten Tausende und Abertausende aus den Gebieten der Zentralmächte zurückkehrender russischer Kriegsgefangener. Das alles im russischen Winter mit endlosen Nächten, Schneeverwehungen und graufiger Kälte! Es waren für die verantwortliche Leitung lange, sorgenvolle Wochen! Alles in allem eine Unsumme von Frictionen, die den Abtransport fast zu einer unlösbaren Aufgabe zu machen drohten und schließlich nur gelingen ließen, weil die Leistungen der ukrainischen Eisenbahnen über Erwarten gute waren. Besonderes Verdienst hieran dürfte der ukrainische Feldbahnchef, Oberst Waranjuk haben, mit dem unsere Eisenbahn-Zentralstelle vortrefflich zusammenarbeitete. Trotz aller Schwierigkeiten gelang es, bis Ende Januar, einen Monat früher als planmäßig vorgesehen war, die gesamte Heeresgruppe mit Ausnahme der beiden Gruppen Charkow und Nikolajew nach der Heimat zu überführen. —

Als der Hetman im April an die Spitze der Regierung in Kiew trat, konnte er auf eine glänzende militärische Laufbahn zurückblicken. Mit 37 Jahren wurde er, aus der Garde Kavallerie hervorgegangen, 1910 Kommandeur des finn-ländischen Dragoner-Regiments Nr. 20 in Billmanstrand, 1912 General, nachdem er bereits 1911 den Befehl über das Leib-Garde-Reiterregiment in Petersburg übernommen hatte; im Kriege war er dann Führer eines Armeekorps. Reicher Grundbesitz und die Geschichte seiner Familie verbanden ihn mit der Ukraine. Die Hetmanschaft hat der Ukraine viel gutes gebracht; die begangenen politischen Fehler können dem Hetman nicht die Sympathien der Soldaten rauben. Unter seinen Nachfolgern, die das Volk gegen ihn in Bewegung gesetzt hatten, wurde es nicht besser. Heute ist die Ukraine erneut ein Opfer des großrussischen Volksschwärmus geworden. Nachdem auch Stanislaw an die Polen verloren gegangen, scheint sich das Direktorium selbst in der engeren Heimat, der galizischen Ukraine, nicht mehr halten zu können.

Am 28. Januar hatte das Direktorium bereits wieder Kiew verlassen müssen. Große Pläne wurden noch Mitte Januar gesponnen; man wollte Lemberg, Cholm, Brest von den Polen, Bessarabien von den Rumänen zurückerobern, im Osten den Kampf gegen das Donland aufnehmen und im Süden bis an die Meeresküste vordringen. Darüber vergaß man den gefährlichsten Gegner im Norden und verlor den Maßstab für die eigenen Mittel. Die Armee hatte noch Anfang November nur aus einem Regiment bestanden. Mit den zahlreichen neuen nur lose gefügten Verbänden konnte man nicht operieren wie mit einer geschulten Truppe. Nationale Begeisterung und guter Wille können wohl helfen, aber nicht den Mangel an Disziplin, Ausbildung und Organisation ersetzen. Wollen und Können standen in keinem Verhältnis zu einander.



Der Räteaufbau

Von Dipl. cam. O. Leibrock



Die Frage des Räteaufbaues steht mitten im Strome der Entwicklung, von dem wir nur wissen, daß er reichend ist, aber nicht, wo er mündet. Alle auftauchenden Pläne sind deshalb mehr oder weniger Konstruktionen ins Blaue hinein, die jederzeit von der Gefahr des Hinweggespültwerdens bedroht sind. Zwar ist der Friede jetzt da; es fehlt jedoch völlig der freie Ausblick über unsere tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung. Solange es aber hieran gebricht, wird es unmöglich sein, etwas Positives zu schaffen. Mit Artikel 34a der Reichsverfassung sind aber die Vorarbeiten schon in die Hand genommen; ich habe im Heft 26

der Grenzboten darauf hingewiesen. Diese Arbeiten nehmen ihren Fortgang. Der Verfassungsausschuß hat den Artikel 34a in der ersten und zweiten Lesung in veränderter Fassung angenommen. Der Wortlaut ist folgender:

1. Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.
2. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und im Reichsarbeiterrat.
3. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Lösung der gesamtwirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer oder sonst beteiligten Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und im Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, daß die wichtigsten Berufsgruppen entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.
4. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie die Vorlagen der Reichsregierung zu behandeln sind. Er kann dazu Vertreter abordnen, die wie Vertreter der Länder an den Verhandlungen teilnehmen können.
5. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.
6. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs.

Zu dem Entwurf wurde auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar zustimmend Stellung genommen, allerdings mit dem Hinweis, daß, wenn die Räte in einer den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Weise ausgestaltet werden sollen, folgende von Einzelheim aufgestellte Leitsätze zu beachten seien:

„Die vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen muß grundsätzlich den freien Berufsverbänden vorbehalten werden. Soweit diese Regelung zu Arbeitsgemeinschaften führt, die auch Produktionsfragen ergreifen, sind diese Arbeitsgemeinschaften als freibewegliche Bestandteile im Aufbau der Wirtschaftsräte zu berücksichtigen.

Bei dem Aufbau der Betriebsarbeiterräte ist davon auszugehen, daß die Betriebe Gemeinschaften mit eigenen Interessen sind, zugleich aber auch innerhalb der Wirtschaftsverfassung den höheren Organisationsstellen der Berufsvereine und Berufsgemeinschaften eingegliedert sein sollen. Die Ausübung der den Betriebsarbeiterräten zu überweisenden Mitwirkungs-, Informations- und Kontrollrechte darf deswegen den übergeordneten Interessen jener Stellen nicht widersprechen und muß an deren Bestimmungen gebunden sein.

Die Wirtschaftsverfassung kann erst dann als vollendet angesehen werden, wenn durch Ausschaltung des kapitalistischen Unternehmers das Interesse der Wirtschaftsgemeinschaft als leitendes Prinzip gesichert ist. Diese Ausschaltung kann nicht durch die Räte, sondern nur durch Gesetzgebungsakte des Staates erfolgen, dem allein die Verfügung über das Wirtschaftsrecht zusteht. Von der Regierung ist neben der Ausführung des Räteystems die planvolle Vorbereitung und Durchführung solcher Gesetzgebungsakte auf allen Wirtschaftsgebieten zu fordern, auf denen die wirtschaftlich-technischen Voraussetzungen für eine wirksame Sozialisierung vorhanden sind.

Neben den sozial-organisatorischen Aufgaben, die die Organe der Wirtschaftsverfassung zu lösen haben, müssen ihnen auch politische Funktionen zustehen, um in das Staatsleben sozialen Geist und soziale Lebendigkeit übertragen zu können.

Für die Gesetzgebung handelt es sich nicht um die Einräumung eines Mitbestimmungsrechtes. Eine berufsständische „Kammer der Arbeit“ ist grundsätzlich verfehlt, praktisch eine Komplizierung der Staatsgesetzgebung und politisch eine Gefährdung der demokratischen Weiterentwicklung zugunsten der Arbeiterklasse. Die politische Funktion der Räte der Gesetzgebung gegenüber ist auf das Recht der Beratung und Initiative nach dem Vorbild des Entwurfes einer Reichsverfassung zu beschränken.

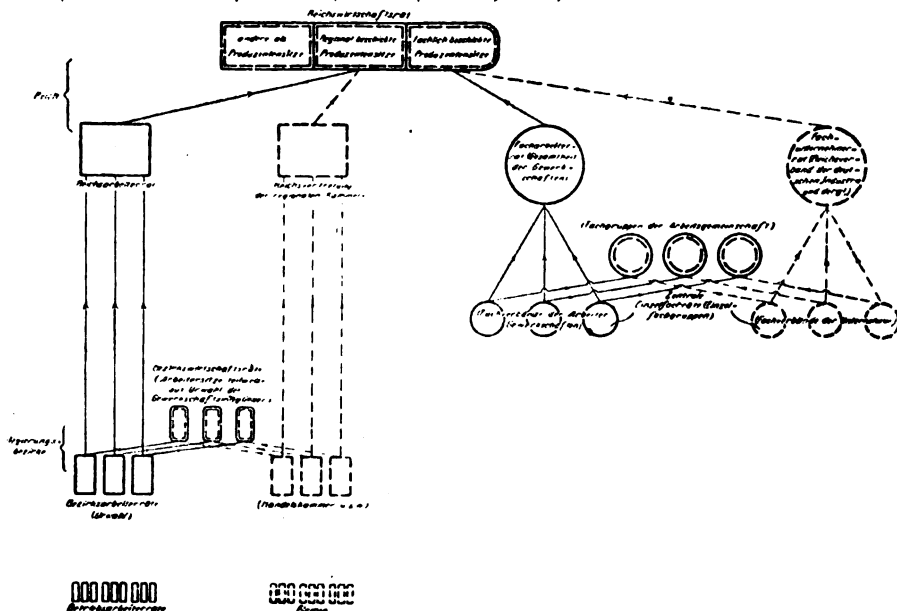
Für die Verwaltung muß ein Recht zur Information und Beschwerde für die Arbeiterräte und Wirtschaftsräte bezüglich aller Angelegenheiten, die ihren Interessentkreis berühren, gesichert werden, um der bürokratischen Kontrolle von oben eine soziale Kontrolle von unten gegenüberstellen zu können. Es ist die Aufgabe einer durchgreifenden Verwaltungsreformgesetzgebung, den Räten die Erfüllung dieser Aufgabe zu gewährleisten.

Die durch die Räte handlungsfähig gewordenen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaften haben die Keimkraft in sich, über den Staat hinaus Interessengemeinschaften überstaatlicher Art zu bilden, die vielleicht die einzig wahrhafte Grundlage einer Völkerverständigung bilden können.“

Weiter hat das Reichsarbeitsministerium den Vorentwurf eines Gesetzes über Betriebsräte zur Diskussion gestellt, auf den ich später noch zurückkomme. Bei den ersten Verhandlungen mit den Vertretungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wurde seitens dieser Behörde darauf hingewiesen, daß für den gesamten Aufbau des Räteystems ein besonderes Gesetz vorgesehen sei. Über den Inhalt dieses Gesetzes herrscht jedoch noch völlige Unklarheit und zwar bedauerlicherweise innerhalb des Kabinetts selbst. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die früheren demokratischen Minister Dernburg und Gothein im Gegensatz zu Wissell und Bauer von diesen Problemen, die ja in der „Möllendorfschen Planwirtschaft“ ihren Niederschlag finden, nichts wissen wollten, und selbst Wissell und Bauer sind verschiedener Meinung über den Aufbau. Das Reichswirtschaftsministerium wünscht die sachliche, das Reichsarbeitsministerium dagegen die regionale Gliederung. Da beide Behörden nicht aneinander gebunden sind, so stehen der deutschen Unternehmerschaft noch große Überraschungen bevor. Der Reichswirtschaftsminister hat in anerkennenswerter Weise seinen Plan der Öffentlichkeit übermittelt. In einem „Die Räte-Idee“ überschriebenen Artikel in Nr. 9 der „Neuen Zeit“ weist er darauf hin, daß die höchste Zinne des Ganzen, der Reichswirtschaftsrat, auf einem örtlichen und sachlichen Unterbau errichtet werden solle. Ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Unterstellen besteht allerdings noch nicht. Das Schwergewicht des Systems liegt aber auf der sachlichen Organisation. Die Organe des örtlichen Unterbaues sind die Bezirksarbeiterräte, welche aus Urwahlen durch die Arbeiterchaft eines Bezirks hervorgehen und die Bezirksunternehmerräte (in Gestalt von Handels-, Handwerks-, Landwirtschafts-, Ärzte-, Apotheker-, Rechtsanwaltskammern usw.). Beide Organe schließen sich zu einem paritätischen Bezirkswirtschaftsrat zusammen, dessen Wirkungsbereich einen Regierungsbezirk umfaßt. Die Bezirksarbeiter- und Unternehmerräte beschicken ihrerseits den Reichsarbeiter- und Unternehmerrat.

Der sachliche Unterbau basiert auf der Arbeitsgemeinschaft und deren sachlichen Unterverbänden, setzt sich also zusammen aus der „Gesamtheit der Gewerkschaften“ (Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband christlicher Gewerkschaften und Girsch-Dunder'schen Gewerkvereine) und der Gesamtheit der sachlichen Unternehmerverbände (Reichsverband der Deutschen Industrie und Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände). Auf beiden Seiten beruht also die Organisation auf zentralen Einzelsachräten sowohl der Arbeiter wie der Unternehmer, die sich außerdem in gemeinsamen zentralen Einzelsachräten (Arbeitsgemeinschaften) vereinigen sollen.

Neben den Produzenten sollen auch die Konsumenten im Reichswirtschaftsrat Berücksichtigung finden. Die nachstehende schematische Darstellung des Wirtschaftsministers wird den Plan leichter verständlich machen.



Eine Kritik dieses Planes dürfte in Anbetracht der noch völlig ungeklärten politischen Lage nicht am Platze sein.

Besondere Erwähnung verdient auch der vom Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung aufgestellte Organisationsplan. Er ist einfacher und unterscheidet sich von dem Regierungsvorschlag dadurch, daß die einzelnen Betriebsräte nach Fachgebieten oder Produktionszweigen zusammengefaßt werden sollen und die örtliche Gliederung völlig ausgeschaltet wird. In der Denkschrift¹⁾ wird gesagt, daß die Bezirksverbände, die die verschiedensten in ihren Interessen vielfach gegensätzlichen Produktionszweige umfassen, schwerlich fruchtbare Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet leisten, daß sie auf keinen Fall produktionstechnische Aufgaben bearbeiten können. Dazu sei die Gliederung nach Produktionszweigen notwendig. Die fachliche sich über das ganze Reich erstreckende Zusammensetzung der Wirtschaftszweige würde auch die Reichseinheit stärken, während umgekehrt die bezirksweise Gliederung partikularistische Bestrebungen begünstige.

Die Betriebsarbeiterräte sollen nach der Denkschrift zu Facharbeiterräten zusammengeschlossen werden. Diese Facharbeiterräte sollen koordiniert sein den Fachverbänden der Unternehmer (z. B. Verein Deutscher Maschinenbauanstalten). Jeder Facharbeiterrat würde sämtliche, in dem betreffenden Produktionszweig beschäftigten Arbeiterkategorien, z. B. sowohl Metallarbeiter wie Holzarbeiter wie Maler usw., umfassen, weil alle hinsichtlich der Produktion, z. B. hinsichtlich Stilllegung oder Zusammenlegung von Betrieben, die gleichen Interessen hätten. Daraus gehe hervor, daß die Gewerkschaften die Rolle der Facharbeiterräte nicht übernehmen könnten, denn sie umfassen ja die Arbeiter nach Berufen, z. B. Holzarbeiter, ohne Rücksicht darauf, ob diese Arbeiter nun in der Modellschlerei einer Maschinenfabrik oder in einer Möbelfabrik beschäftigt sind. Trotzdem sollen aber die Gewerkschaften als sozialpolitische Vertretungen der Arbeiter bestehen bleiben.

¹⁾ Sozialisierung und Räteorganisation als Mittel zur Verbesserung der Gütererzeugung und -verteilung von Otto Schulz-Mehrin. Druckschrift Nr. 1 des Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung. Zu beziehen durch die Verlagsabteilung des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin NW. 7.

Sowohl auf Seiten der Unternehmer wie auf Seiten der Arbeiter werden dann zwei parallele, arbeitsteilige Organisationsreihen nebeneinander herlaufen. Die Zusammenarbeit der Unternehmer und Arbeiter in sozialpolitischer Hinsicht erfolgt in den bereits bestehenden „Arbeitsgemeinschaften“, die den Wirtschaftsräten entsprechen. Die Denkschrift weist dann weiter darauf hin, daß, wenn den Wirtschaftsräten auch alle sozialpolitischen Aufgaben zugewiesen würden, dies nicht nur eine Überlastung wäre, sondern es würden auch auf der einen Seite die Gewerkschaften, auf der anderen die Arbeitgeberverbände und die eben gebildeten Arbeitsgemeinschaften ihre Daseinsberechtigung verlieren. Es sei nicht anzunehmen, daß sich diese aus einem natürlichen Bedürfnis entstandenen Organisationen ohne weiteres beseitigen ließen.

Der Plan beansprucht Beachtung, obwohl auch er noch mancherlei Durchführungen bedarf. Auf Grund der vorgeschlagenen Fachgliederung wäre es möglich, praktische Aufgaben der einzelnen Industriezweige wirklich zu lösen, und der Neigung zum bloßen Theoretisieren oder zur Diskussion politischer Fragen hemmend entgegenzutreten.

Mit dem Rätegedanken ist auch die Frage der Errichtung eines Wirtschaftsparlamentes wieder ins Rollen gekommen. Neben dem politischen Reichsparlament soll die berufsständische Vertretung stehen. Brauchen wir eine solche? Die Frage aufwerfen, heißt sie bejahend beantworten. Ein namhafter Vertreter der Landwirtschaft zeigte kürzlich die Notwendigkeit der Forderung an der Zusammenfassung der Nationalversammlung. Diese zählt 421 Abgeordnete, hiervon entfallen auf die produzierenden großen Berufsgruppen der Industrie, des Handels, Gewerbes und der Landwirtschaft 75 Mitglieder, also ganze 18 Prozent der gesamten Volksvertreter. Die übrigen 346 Mitglieder oder 82 Prozent gehören den freien Berufen an (Ärzte, Rechtsanwälte, Beamte, Schriftsteller usw.). Diese Zusammenfassung ist wirklich ein Hohn auf die Bedeutung der großen Berufswege als Träger der Produktion.

In welcher Weise nun unter diesen Verhältnissen die Entscheidungen der Parteien in wirtschaftspolitischen Fragen von den parteipolitischen Interessen und Grundfragen beeinflusst werden, bedarf keiner näheren Erörterung. Dem Gedanken der Flurbereinigung — Scheidung der Wirtschafts- und sozialen von den politischen Fragen — muß man deshalb natürlich zustimmen. Er wird ohne Zweifel reinlich durchgeführt zu einer Erneuerung des öffentlichen Lebens beitragen, denn Gutachten und Initiative von Berufsräten der verschiedensten Wirtschaftskreise werden dem Wirtschaftsleben nur nutzbringend sein. Ein solches Wirtschaftsparlament wird aber auch, wie Geheimrat Dr. Schweighöffer in der „Weltwirtschaftszeitung“ ausführte, eine einigende Kraft aufweisen, die man bei politischen Vertretungen vergebens sucht. In der politischen Volksvertretung werden stets die divergierenden Parteiinteressen überwiegen, im Wirtschaftsparlament des Reiches dagegen sollen die einigenden Tendenzen, die gemeinsamen Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes maßgebend und wirksam sein.

„Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Wirtschaft“, das muß die künftige Lösung sein! Eine industriell-organisatorische Gewalt soll neben die gesetzgebende, vollziehende und richterliche Gewalt treten.

Der Gedanke der Flurbereinigung, welcher auch im Programm Cohn-Ralski vertreten ist, wird leider durchkreuzt von Reichspostminister Giesbert, der dem Reichswirtschaftsrat von vornherein auch politische Rechte zuweisen will. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ließ er sich darüber wie folgt aus: „Die Erfahrungen mit den gewerkschaftlichen Organisationen zeigen uns, daß mit der Erreichung einer gewissen Machtposition ganz naturgemäß das Verlangen auftritt, nun auch politisch entsprechend gewertet zu werden und zur Geltung zu kommen. Es ist deshalb vorauszusetzen, daß auch die Durchführung des Rätegedankens im Sinne der Regierungsvorschläge in letzter Konsequenz nach einer Erweiterung auf politischem Gebiet drängen wird.“ Ob diese Auffassung Gemeingut des neuen Kabinetts wird, bleibt abzuwarten. Nach den Vorgängen auf dem oben erwähnten sozialdemokratischen Parteitag in Weimar zu urteilen, wo das Mehrkammerssystem

abgelehnt wurde, muß man sich mit diesem Gedanken wohl vertraut machen. Der jetzige Ministerpräsident Bauer wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß ein Wirtschaftsparlament eine große Gefahr für die Zukunft bedeute.

So ist also der augenblickliche Stand der Dinge. Unklar, verworren! — Es bleibt nun abzuwarten, was der Gesetzgeber bringen wird. Die Materie ist außerordentlich schwierig. Zum Nutzen unserer Volkswirtschaft hüte sich deshalb die Regierung vor voreiligen Schritten und behandle nicht die Arbeitgeber wie Schachfiguren. Die deutsche Unternehmerschaft will nicht das Trugbild einer „formalen“ Gleichberechtigung mit den Arbeitnehmern, welches in Wirklichkeit nur die Einleitung zu ihrer Erdrückung ist, sondern de facto „volle“ Gleichberechtigung.

Mit dem 15. November wurde in ehrlicher Absicht die Stufe erflommen, auf der die Arbeiter und Unternehmer wie ihre Rechte gegeneinander wachende und abwägende freundschaftliche Parteien untereinander leben, in sich das stolze Gefühl tragend, daß sie es sind, die den Fortschritt und den Wiederaufbau des Reiches gewährleisten und daß von ihrer gedeihlichen Gemeinschaftsarbeit ein großer Teil unserer Kulturentfaltung abhängt. Dieser Gedanke muß in unserem Volk tiefer Wurzeln schlagen, soll das Fundament der Volkswirtschaft nicht in Trümmer gehen. Noch ist es Zeit! Es bedarf nur des guten Willens zur Einsicht!

Italien



ürde Deutschland die Unterschrift verweigern, so wäre das sehr unklug gehandelt. Es wäre leicht zu beweisen, daß der Friede, sofern man nur die Gesamtlage Deutschlands, das lediglich den Krieg, den es selbst gewollt, verloren hat, in Betracht zieht, für den Besiegten mehr Chancen bietet, als für den Sieger und namentlich als für Frankreich. Selbst nach Zahlung der Ersatzkosten wird Deutschlands Lage nicht viel schlimmer sein als die unsrige. Deutschland wird dann ganz nah vor dem Ruin stehen, aber sind wir so weit davon entfernt?

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß diese wahrscheinlich ehrlich überzeugten und keineswegs zu bloßen Propagandazwecken niedergeschriebenen Worte Alexandre Barennes in „L'Heure“, was Frankreich betrifft, der Wahrheit sehr nahe kommen. Frankreich ist heute ein Sieger, der aus tausend Wunden blutet und dem selbst das zähe Festhalten an der ihm zunächst liegenden Beute, dem linken Rheinufer, nur unter Aufgabe anderer Ziele, die es bisher gleichfalls für wesentlich gehalten hat, möglich ist. Was aber von Frankreich, gilt in noch viel weiterem Maße für Italien, nur daß dem wohlwollenden Neutralen Frankreich gegenüber, das sich angegriffen und bedroht glaubte, ein gewisses Mitgefühl nicht unmöglich sein wird, während Italien nur die Früchte seiner „heilig-egoistischen“ Politik erntet.

Diese Politik zeigt in mancher Beziehung trotz aller nationalen Färbungsunterschiede eine merkwürdige Ähnlichkeit mit der deutschen vor dem Kriege. Die gleiche Hast und Unzulänglichkeit in der Vorbereitung, die gleiche geräuschvolle und überströmende, zugleich unsichere und blind anrennende Art des Verfechtens politischer Ansprüche, dieselbe Maßlosigkeit neben seltsamem Verkennen realer Möglichkeiten und tatsächlich maßgebender Faktoren. Erst jüngst noch hat das „Giornale d'Italia“ eine Charakteristik dieser Art, Politik zu machen, gegeben, die zu bezeichnend ist, um sie hier nicht anzuführen: „Italien muß, vom Auslande aus gesehen, durchaus den Eindruck eines völlig hysterischen Volkes machen. Seine Ausbrüche von Nationalismus, seine humanitären Krisen, seine Entrüstungsschreie, Proteste, Drohungen, Beleidigungen, der ständige Widerspruch zwischen seinen ungemessenen Ansprüchen und seiner geringen Anpassungsfähigkeit, all das hat uns die Sympathien des Auslandes auf die Dauer nicht nur entfremdet, sondern auch bewirkt, daß dieses gleichgültig über unser Geschick hinweggeht. Italien hat drei Jahre Krieg auf sich genommen, um sich die Feindschaft der Welt zuzuziehen. Zunächst hat es gar zuviel geredet. Die Durchschlagskraft unserer

leitenden politischen Gedanken, über die man verschiedener Meinung sein konnte, deren innere Macht jedoch unleugbar war, ist verschlänmt worden in einem ungeheuerlichen Strome mehr sentimental als juristisch gerechtfertigten Geschwäzes. Viel trägt daran Schuld die Ungewißheit, in der unsere öffentliche Meinung bis zur Friedenskonferenz über die Kriegsziele gehalten worden ist, viel auch unser Temperament, das die Geschäfte nicht mit kurzen Worten zu behandeln vernag, sondern sie mit unnützer und pompöser Rhetorik zu drapieren bestrebt ist. Hat etwa England, als Wilson sein Kaufschutgesetzbuch aufstellte, je über die Freiheit der Meere diskutiert? In der syrischen und türkischen Frage schwieg es, bis es die Welt vor eine vollzogene Tatsache stellen konnte und hütete sich, auf die Angriffe betreffs Irlands, Indiens oder Ägyptens zu antworten. . . . Selbst von Venizelos hätten wir lernen können, daß es nur durch stilles Verhandeln hinter den Kulissen des Pariser politischen Theaters möglich ist, sich einen guten Anteil am internationalen Kuchen zu sichern. Nur wir haben geglaubt, daß es zum Eintritt in den Tempel der Händler lediglich der Geißel unseres guten Rechtes bedürfte. Aber wir vergaßen, daß die Geißel schwächer war als die kräftigen Schultern der internationalen Pharisäer . . . Italien hat für immer aufgehört, das Land Machiavellis zu sein."

Es ist bezeichnend wie selbst in diesem Artikel, der sich der Mäßigung befleißigt und beruhigend wirken will, noch wütende Enttäuschung und bittere Ironie sich nicht unterdrücken lassen. In der Sache aber hat der Verfasser ohne Zweifel recht: wenn Machiavellis Größe gerade darin besteht, die Politik als die Wissenschaft klar erkannter staatsmännischer Möglichkeiten gelehrt zu haben, so läßt Italiens Politik schon seit langem nichts mehr von diesem Geiste verspüren. Es ging in den Krieg nicht mehr für reale Werte, die ihm ja reichlich geboten waren, sondern um „mit dem Sieger zu kämpfen und dadurch das gestörte Gleichgewicht der Welt wieder herzustellen“, um eine Zivilisation zu retten, die niemand angegriffen hatte, um sich mit wildem Sprunge zu einer maßgebenden Weltmacht zu erheben, während seine eigenen besonnenen Elemente leise zugestanden, daß es doch nur dem Druck dieser Weltmächte, der Furcht vor Bedrohung seiner Küsten wiche. Aber wenn all dies noch als Propagandamittel zur Kriegsbegeisterung entschuldigt werden, wenn man selbst für das Irredentageschrei noch Verständnis aufbringen konnte, was sollte man zu jener absurden, durchaus phantastischen und jeden festen Boden unter den Füßen verlierenden Kolonialpolitik sagen? Gewiß, Italien brauchte Stützpunkte im Mittelmeer, Rohstoffgebiete und Siedlungsland für seine Auswanderer, aber welche Verknennung des Durchsehbaren liegt darin, wenn Tittoni in seiner großen Senatsrede im Dezember 1918 behauptete: „Die Interessen Italiens im östlichen Mittelmeer sind von allererstem Range, und wenn andere Mächte in Kleinasien Landbesitz haben sollen, muß Italien auch welchen haben, wenn sie nur Einflusssphären oder Protektorate haben, muß Italien auch welche haben, und was wirtschaftliche oder kommerzielle Urteile betrifft, so hat Kleinasien für Italien ein ganz spezielles Interesse. Sollen die dortigen wertvollen Rohstoffe Mächten gesichert werden, die schon damit versehen sind und sie an Italien verkaufen würden? Frankreich und England, die sich bereits, als Italien noch zum Dreieund gehörte, dessen Mitwirkung bei der Systematisierung des westlichen Mittelmeeres sicherten, können jetzt, da Italien ihr nützlichster Verbündeter geworden ist, diese Mitwirkung im östlichen nicht ablehnen.“ Ihr nützlichster Verbündeter! Die Zeiten waren längst vorüber! Aber so spricht ein italienischer Staatsmann, obwohl die „Fortnightly Review“ bereits im März 1916 Italien wohlmeinend vorgehalten hatte, daß ohne die finanzielle Hilfe Englands auch alle Anstrengungen des italienischen Heeres unnütz seien, obwohl er wußte, daß weder in Spanien noch Amerika eine Kreditaufnahme Italiens ohne Vermittlung Englands möglich war, daß die Zeichnung der italienischen Kriegsanleihen in England ausschließlich den italienischen Staatsangehörigen gestattet, sonst aber verboten, die Anleihe auch nicht zum Handel an der Londoner Börse zugelassen worden war. Und trotz dieser Ohnmacht diese Ausdrücke! Was soll man dazu sagen, wenn der „Mattino“ im Februar 1917 schrieb: „Die

italienische Flagge muß den Fuß überschreiten, die französischen und englischen Entlasten in unsern Besitzungen im Roten Meer und Indischen Ozean müssen verschwinden. Italien muß darauf bestehen, daß ihm das gesamte tripolitanische Hinterland bis zu den Verbindungen mit der Kanobahn und seinen Kolonien am Indischen Ozean zuerkannt werde. Einzig und allein ein solches System aneinandergrenzender Kolonien kann den Anspruch des Vierverbandes, die deutschen Kolonien zu behalten, rechtfertigen.“ Und überall, wohin man in die jüngste Geschichte Italiens seit dem tripolitanischen Abenteuer blickt, die gleiche Diskrepanz zwischen Wunsch und Möglichkeit, zugleich aber ein Wünschen, das sich nicht auf eine Richtung beschränkt und in dieser still fortwirkt, sondern nach allen Seiten umgreift, gleichgültig ob es die erstrebten Positionen auch halten kann, ja auch nur zu nutzen genügend innere Kraft aufbringen kann. Raum hat Rußland im Sommer 1917 das panslawistische Programm aufgegeben, als Italien sich die Führerrolle auf dem Balkan anmaßt, und durch die voreilige Proklamation eines unabhängigen Albanien, die dann im letzten Augenblick als durch militärische Interessen veranlaßt ausgegeben werden mußte, nicht nur die Serben, sondern auch die Griechen verstimmt. Raum hat Frankreich sich angeschickt, in Brasilien das Erbe Deutschlands anzutreten, als auch die „Tribuna“ bereits eine Teilnahme Italiens am brasilianischen Rohstoffmarkt unter Ausschluß fremder Vermittlung forderte, und in Genua eine italienisch-brasilianische Handelskammer gegründet wurde. Selbst Armeniens Unabhängigkeit läßt Italien nicht schlafen, der „Corriere“ sprach von jener Nation, der Italien durch jahrhundertelange Freundschaft verbunden sei, und ein italienisches Komitee forderte, Italien solle auf der Friedenskonferenz bei der Entente für die Unabhängigkeit der armenischen Nation eintreten, die gerade so gut zu den Verbündeten zu zählen sei, wie Tschecho-Slowaken, Polen usw. All das ein halbes Jahr bevor Italiens Finanzen vor dem Zusammenbruch standen und das Kabinett des Sieges, kurz nachdem es in Fortsetzung dieser Politik, mit gänzlich unzulänglichen Mitteln die Versammlung der wirklichen Großmächte zu brüskieren versucht hatte, in katastrophaler Art in den Winkel geschleudert wurde. Mit Recht, da es sich zum Träger einer Politik gemacht hat, die Italien an den Rand des Abgrundes führte, einer Politik, deren falsche Richtung durch nichts besser bezeichnet werden kann, als durch den Zeitaussatz des „Mattino“ vom 18. Juni, der gegenüber der französischen Politik, die automatisch indirekt auch gegen Italien gerichtet sei, für ein Bündnis zwischen Italien, Deutsch-Osterreich, Ungarn und Rumänien eintritt. Also Drohung auf der ganzen Linie. Fraglich aber, ob diese freundlich eingeladenen Länder heute noch an einem innerlich zermürbten, verarmten, von Streiks und Unruhen fieberhaft geschüttelten Bundesgenossen, auf dem zum übrigen das Odium des Verräters lastet, noch Wert legen werden. Vae victoribus!

Menenius

An unsere Leser!

Die unerhörten Preissteigerungen der Buchdruckereien, Buchbindereien, die erhöhten allgemeinen Unkosten, die Entwertung des Geldes zwingen uns, den

Bezugspreis auf 12 Mark vierteljährlich

festzusetzen, für einzelne Hefte auf 1,25 Mark.

Dieser Preis gilt auch für die Folge für alle Nachbestellungen von Jahrgängen und Einzelheften.

Verlag der Grenzboten.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: Dr. Mathilde Reiskner in Berlin-Gatowsee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Post: vierter des Herausgebers: Amt Richterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dönhofs Kirche 88/87.



Wehrlos — ehrlos!

Von Dr. von Szecsepanski



it der Unterzeichnung des Friedensvertrages hat das Deutsche Reich aufgehört nicht nur eine Großmacht, sondern eine Macht überhaupt zu sein. Daran sind vornehmlich auch alle diejenigen mitschuldig, welche in dem Unheil und Wirrwarr, die durch die ganz unpolitische Form des Waffenstillstandsangebots über Deutschland gebracht wurden, in widerlichen Winkseleien vor Wilson und den Amerikanern sich ergingen, von Weltgewissen und einer Politik des Rechts fäselten und so ein verlieren an Hoffnung auf Hilfe von außen anstatt innere Kräftigung und Wiedererwerb nationaler Würde beförderten. Recht und äußere Politik haben ja so wenig miteinander etwas gemein wie Politik und Moral.¹⁾ Recht kann nur nach allgemein anerkannten und gesicherten Grundsätzen gefunden werden, während die Politik ihrem Wesen nach grundsatzlos ist: in dem Sinne nämlich, daß ihre Aufgabe im Abwägen nicht des Rechts, sondern des Erstrebenswerten und Erreichbaren, also im Herbeiführen von Kompromissen besteht. Das politische Urteil und das aus dem Recht stammende Urteil kommen auf ganz verschiedenen Wegen zustande, und die Gewichte auf der Wage des einen sind auf der des anderen nicht zu gebrauchen — ganz abgesehen davon, daß völkerrechtlichen Bindungen die Gesetzeskraft ewig fehlen wird, weil es erprobte Zwangsmittel gegen eine Nation nicht gibt, deren inneres Leben geordnet und deren Wille zum Leben unvergiftet ist.

Freilich wird, wie ja schon Machiavelli ausgesprochen hat, ein Staat seine augenblickliche Machtstellung nur behaupten können, wenn er auch zur Machtentwicklung fähig und bereit ist. Die dazu erforderliche Unabhängigkeit nach außen ist aber erst durch zweckentsprechende Entwicklung seiner Wehrkraft gewährleistet. Zu deren historischen Grundlagen nun gehörte in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht. Das Friedensbuch verlangt, die Unterzeichnung bedingt deren Abschaffung; das künftige deutsche Heer darf nur durch freiwillige Verpflichtung gebildet und ergänzt werden. Dies gleiche Prinzip der Werbung hat ja in Deutschland bereits Anwendung bei Aufstellung der vorläufigen Reichswehr gefunden. Doch war diese nur als eine Übergangsformation bis zum Neubau einer nationalen Wehrmacht gedacht, für deren Aufrichtung und Gliederung schon zahlreiche Vorschläge an das Licht getreten waren. Sie alle fußten auf dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht, für deren Beibehaltung auch die Parteien der Linken logischerweise sich ja bereits ausgesprochen hatten. Man hat der

¹⁾ Vergleiche hierzu die Aufsätze von Professor Otto v. d. Pfordten über „Ethik und Politik“ in Heft 48, 1914 und Heft 2, 1917 der Grenzboten.

Monarchie in Deutschland den Vorwurf gemacht, daß sie nach der französischen Revolution einst zwar von dem Volke die Übernahme wohl der schwersten Pflichten eines demokratischen Staates gefordert, nicht aber die entsprechenden inneren Freiheiten, die weitgehende Beteiligung der Gesamtheit an den Rechten im Staatsleben gegeben habe — und zwar bis zu ihrem Sturze nicht — Freiheiten, die das Verlangen des Blutopfers der Volksheere voraussetze. Dann darf man aber auch nicht an der anderen Unterlassung vorübergehen, daß es nämlich tatsächlich niemals zu einer Durchführung allgemeiner Dienstpflicht im Frieden gekommen ist, obwohl solche mehrfach gefordert wurde, nicht freilich von den Vertretern der Demokratie, wie man bei ihrer politischen Anschauung hätte erwarten sollen. Diese freilich stand im Gegensatz zu dem als natürliche Folge der monarchischen Staatsform entwickelten militärischen Geiste. Es waren die Bestrebungen des deutschen Wehr- und des deutschen Flotten-Vereins, die sich für die Heranziehung aller Staatsbürger für den Waffendienst schon im Frieden einsetzten, und zwar im Hinblick auf die sich vorbereitende kriegerische Auseinandersetzung mit dem Zweibund sowohl wie auch in der Erkenntnis, daß nur so mit der allgemeinen Wehrpflicht auch ein allgemeiner Wehrgeist herangezogen werden könne. Es war verhängnisvoll für die Ehrlichkeit dieses Wollens, daß dieselben Männer größtenteils auf den außenpolitischen Pfaden der gehäßten Alldeutschen wandelten und somit dem Verdacht nicht entgehen konnten, daß ihre innerpolitische Forderung imperialistischen Tendenzen dienen und solchen den Boden bereiten solle.

Jeder derartige Ehrgeiz ist ja für die Zukunft vereitelt. Die „bedingungslos unterzeichnenden“ Vertreter des deutschen Volkes haben der Verpflichtung zugestimmt, 12 Millionen ihrer Brüder fremder Herrschaft auszuliefern und die verbleibenden 60 Millionen in wehrlosem Stande zu belassen. Wir werden künftig nur noch eine Heeresmacht von 100000 Köpfen halten dürfen. Nun hat ja die Übernahme der Verpflichtung, den Sollstand der Heeresstärke auf eine bestimmt festgelegte Anzahl von Mannschaften zu beschränken, ihren wenn auch unrühmlichen Vorgang in der Geschichte. Napoleon der Erste gestattete dem verkleinerten Preußen nur ein Heer von 42000 Mann. Aber der neue Friede von Versailles stellt nicht nur die zahlenmäßige Höhe, sondern auch die Ergänzung und Gliederung der sogenannten Streitmacht, in Wahrheit nur eine Polizeitruppe, unter Kuratel der bisherigen Gegner und greift damit tief in das Selbstbestimmungsrecht des Reiches über sein Verfassungsleben ein. Die Grundlage der Wehrverfassung, die allgemeine Verpflichtung zum Heeresdienst, wird in ein Verbotsystem gewandelt, das Volksheer durch ein Söldnerheer ersetzt. Über die ernste Bedeutung dieser Neuerung dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: die Grundlagen der Heeresverfassung ändern, heißt die Staatsverfassung ändern. Dies Wort von Treitschke hat noch heute und auch in seiner Umkehr Geltung. Aber der Umsturz im Regierungssystem, der im November 1918 zur Einführung der Demokratie in Deutschland führte, erzwang an sich durchaus keine grundsätzlich veränderte Heeresergänzung, denn deren demokratisches Prinzip war ja dem Verfassungsprinzip des Staates weit vorausgeeilt. Selbst der sozialistische Staat würde zwar die Gestaltung der Heereseinrichtungen in verschiedenster Hinsicht zu beeinflussen vermögen, das ihnen zugrunde liegende System der allgemeinen Verpflichtung aber schwerlich anrühren, solange er Wert auf eine selbständige Behauptung in der Reihe der Nationen legt. Denn auch die bei den Sozialisten so beliebte Einführung des Milizsystems wäre doch nur denkbar unter pflichtmäßiger Beteiligung aller Volksgenossen an vorgeschriebenen Übungen im Waffenwert.

Dem deutschen Volke fehlt aber von nun an die Voraussetzung, den Grad seiner Wehrhaftigkeit und das Maß der persönlichen Anstrengung des einzelnen für die Zwecke des Ganzen, auch nur für die Ordnung im Innern, selbst bestimmen zu dürfen. Damit fehlt ihm aber nicht nur die Möglichkeit, seine Unabhängigkeit nach außen aufrechtzuerhalten, sondern auch die von ihm gewählte und beschlossene Staatsverfassung sicherzustellen. Denn ebensowenig wie irgendwelche Vorkehrungen oder Vorbereitungen zu einer Kriegsbereitschaft in Deutsch-

land getroffen werden dürfen, ebensowenig ist es erlaubt, daß Verbindungen oder Vereinigungen irgendwelcher Art im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Waffen sich unterrichten oder ausbilden lassen oder überhaupt mit militärischen Dingen sich beschäftigen. Die praktischen und die moralischen Folgen dieses Zustandes sind nur allzu klar. Die nationale Verteidigungskraft ist unter den toten Punkt herabgedrückt, die innere Unruhe verewigt; denn wenn es wirklich gelingt, 100000 disziplinierte Freiwillige unter den Waffen zu halten, so reicht diese Anzahl doch niemals aus, selbst in Verbindung mit Polizei und Gendarmerie, um auch nur die Ordnung oder Grenzschutzaufgaben durchzuführen. Damit ist aber schon die Entwicklung unserer inneren Kräfte auf anderen Gebieten, durch die das Ansehen des Reiches von neuem sollte gehoben werden können, unterbunden. Deutschland wird sich selbst zerfleischen oder die Kirchhofruhe einer unter fremdem Schwerte — denn nichts anderes ist der Völkerbund — lebenden Gemeinschaft auf sich zu nehmen haben. Der Begriff der Nationallehre aber muß vorläufig aus dem Sprachschatz der Deutschen ausscheiden. Auch der einzelne Deutsche wird kaum mehr Anspruch auf Ehrenhaftigkeit machen dürfen, denn Sklavenlos ist Verzicht auf Selbstachtung, mögen auch viele geneigt sein, durch Bildungsbüffel und geistigen Hochmut über diesen Mangel sich hinwegzusetzen: es ist ja eine alte Erfahrung und ein tägliches Erleben, daß geistige Bildung sehr gut mit Galstaffschen Ehrbegriffen sich verträgt.



Probleme der Reichsverfassung

Von Dr. Karl Hoffmann



oweit bei der äußeren und inneren Lage irgendeine Voraussicht überhaupt möglich sein kann, wird demnächst die Frage der neuen Reichsverfassung in den Mittelpunkt der Erörterungen und des Parteihaders rücken. Denn diese Frage trifft mit der Frage nach der Beschaffenheit unseres Daseins als Nation überein, sobald sich aus der ungefügen Blut der Hinterlassenschaften des Krieges und der Revolution erst einmal feste Tatsachen für unsere Lebensmöglichkeiten abheben. Allerdings soll schon in den nächsten Tagen oder Wochen die Nationalversammlung die fertigen Verfassungsgeetze erlassen. Aber in vieler Hinsicht können diese Gesetze bloß einen formalen Rahmen abgeben, auf dessen Inhalt oder praktische Anwendung es erst im Entscheidenden ankommt. Der Widerstreit der Gefühle oder Entwicklungskräfte wegen dieses wirklichen Inhalts und der Anwendung der erlassenen Gesetzgebung wird um so heftiger, brennender und geräuschvoller werden.

Von selbstverständlicher Bedeutung für die Verfassung des Reiches ist die Reichseinheit. Nachdem mit dem Abgang der deutschen Dynastien die geschichtliche Voraussetzung für die Territorialstaaten hinfällig geworden war, schien auch das Bestehen dieser Territorialstaaten selber und damit die Voraussetzung für den Föderalismus, für den bundesstaatlichen Charakter des Reiches hinfällig geworden zu sein. Es trat der Anschein auf, als ob nun die Zeit gekommen wäre, um die absolute Reichseinheit, die streng und rein durchgeführte unitarische Idee, so wie sie das äußerste Ideal der deutschen Bewegung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gewesen war, in der Art zu verwirklichen, daß sich eine Gleichung zwischen Reichsform und Staatseinheit einstellt und Staat und Reich zusammenfallen und eine einheitliche, mit sich selber identische Größe bedeuten. Jedoch diese logisch folgerichtige Entwicklung erfuhr schwerwiegende Hemmungen aus zweierlei Ursachen. Nicht nur warf sich ihr neben unserer schlimmen auswärtigen

und revolutionären Bedrängnis ein zäher Lebenswille der vorhandenen Territorialstaaten und der „berechtigten Eigenart der deutschen Stämme“ entgegen, die sich vielfach miteinander verknüpften, obwohl sie ihrem Wesen nach etwas Verschiedenes sind, sondern die absolute Reichseinheit selbst, der Unitarismus als Staatsseinheit des Reichs, ist inzwischen zum Problem geworden und die Idealhaftigkeit dieser Idee wird in Frage gestellt. Sie wird in Frage gestellt durch den Entwicklungs- und Freiheitswert eines anderen politischen Gedankens, nämlich des Selbstverwaltungsprinzips.

Der Zentralismus in einer unitarisch ausgeführten Staatsregierung der Reichsgewalt würde mit seinem unumgänglichen Ergebnis bürokratischer Formen in der Praxis die lebendigen Wirkungen der Selbstverwaltung aufheben, wie es beispielsweise in Frankreich der Fall ist. Tatsächlich hatte sich im Verlaufe des vorigen Jahrhunderts das deutsche unitarische Ideal eines vollkommenen Einheitsstaates in sehr starker Abhängigkeit von der französischen Staatsauffassung gebildet, unter dem Einfluß der Revolution und besonders der Julirevolution. Hiermit hatte man gleichzeitig die Vorstellungsart übernommen, als ob die politischen Freiheitswerte allein in der parlamentarischen Lebensform steckten, und darüber die Freiheitswerte des Selbstverwaltungsgebantens, so wie er vom Freiherrn vom Stein anfänglich gedacht war, vernachlässigt oder vergessen. Dieses ursprüngliche Lebensmoment des Selbstverwaltungsgebantens, der aus tiefsten Quellen des politischen Geistes kommt, springt nun, von den Gärungen der Revolution mit zutage gefördert, in der praktischen Not der Lösungen wieder hervor. So entsteht ein Problem für die Verfassungspraxis, vor welchem das alte unitarische Ideal zu einer bloßen Theorie geworden ist, die sich erst mühte rechtfertigen können.

Betrachten wir die grundsätzliche Seite dieses Problems, so zeigt sich uns folgendes. Wir sehen, daß in dem Gegensatz zwischen Selbstverwaltung und Zentralisation der Widerstreit zweier verschiedener und von Grund aus entgegengesetzter Staatsideen erscheint. Es ist der Widerstreit zwischen einer organischen und einer mechanistischen Auffassung vom Wesen des Staates und überhaupt der Gemeinschaft.

Für die mechanistische Auffassung beruhen die gemeinschaftsbildenden Kräfte in einer begrifflich hingesehten und mechanisch fortwirkenden Allgemeingültigkeit des Gedankens vom Staate, von der aus sich alle öffentlichen Gestaltungen, Berechtigungen oder Beschränkungen im Gesamtleben der einzelnen herleiten. Diese Auffassung schuf sich um die Wende des Mittelalters zur Neuzeit in Anlehnung an Denkweisen des römischen Rechts durch den Absolutismus, indem zunächst der Monarch als Träger und Repräsentant, eigentlich erst als Erzeuger des allgemeingültigen Staatsbegriffes austrat; und die große französische Revolution hat den inneren Mechanismus dieser Absolutheit der Staatsidee nur übernommen und weitergebildet, indem sie an Stelle des einzelnen Monarchen die gedachte Summe sämtlicher einzelner, die „Volksouveränität“, zum Träger einsetzte. Eine leibhaftige Vertretung dieser Summe, die praktisch nötig sein mußte, wurde in der parlamentarischen Form auf rein konstruktivem Wege hergestellt. Aber der lebendige wirkliche einzelne bleibt der „Idee“ dieses absoluten Staatsbegriffs nach wie vor untergeben und hat mit dem Ganzen des Gesamtdaseins keine andere Fühlung, als einerseits durch seinen Verkehr mit amtlichen Behörden, die den begrifflichen Willen dieses unsichtbaren Ganzen ausführen, und andererseits durch den seltenen und isolierten Gebrauch seines Stimmzettels.

Gingegen für die organische Auffassung vom Staate und der Gemeinschaft werden die gemeinschaftsbildenden Kräfte nicht erst aus der begrifflichen Idee einer gedachten Einheitlichkeit abgeleitet, um so von oben her durch die mechanisch-logische Verfestung von Grund und Folge nach und nach zu entstehen, sondern sie entstehen überhaupt nicht; sie haben es nicht nötig, konstruiert werden zu müssen. Sie sind einfach da als wirkliche Lebensverbände, die mit innerer Notwendigkeit und aus der eigenen Macht ihres Daseins sich selber verwalten. Hiernach steigen die gemeinschaftsbildenden Kräfte von unten auf, um zu wachsen.

Denn mit diesen Lebensverbänden wächst aus ihren gegebenen Keimzellen, der Familie und der Arbeitsgemeinschaft, in organischer Gliederung und in einem naturgemäßen schichtweisen Aufbau von Selbstverwaltungskörpern auf Selbstverwaltungskörpern in immer höheren, übergreifenden Formen am Ende das Gesellschaftsgefüge des „Staates“ hervor, als letztes Ergebnis. Der soziale Rang der einzelnen und ihre Bestimmungskraft für die öffentlichen Gestaltungen stufen sich von selbst ab nach Maßgabe der gegliederten, ebenfalls abgestuften, stufenweise sich selbst verwaltenden und in- und übereinandergreifenden Gesellschaftsverbände, in denen ein jeder auf irgendeine Art stets die engste unmittelbare Fühlung mit dem Gemeinschaftsdaßsein und den ihm zukommenden Platz hat. Der Ursprung dieser politischen Form liegt in der sländisch durchgebildeten Lebensgestaltung des germanischen Mittelalters auf der Grundlage des sogenannten Lehnsystems und des Gilden- und Zunftwesens. Die modernen Formen in unserer sozialen Struktur wären etwa Genossenschaften und besonders Gewerkschaften. Ein organisches Staatsgefühl von rein politischer Haltung aber gibt es gegenwärtig in jenen Tendenzen, die darauf ausgehen, die „Gliederstaaten“ zu natürlichen Stammesverbänden zu machen oder den geschichtlichen Stammeseinheiten eine staatliche Form zu erzwingen. Demgegenüber lebt in den beharrenden Kräften der bisherigen Territorialstaaten, die einst von dem Absolutismus der Dynastien geschaffen wurden, eine mechanistische Gefinnungsart weiter.

Wenden wir nun den Geist organisch empfindender Politik auf die Ausföhrung der deutschen Reichseinheit an, so würde sich ein schichtweiser Aufbau von Vereichen emporgegliederter Selbstverwaltungskörper ergeben. Angefangen mit der Gemeinde über Gau- oder Bezirksverbände und weiter über Stammesverbände oder Gliederstaaten hinweg oder durch sie hindurch hätte sich der Wuchs des von innen her bestimmten Gefüges aufzuentwickeln bis hin zum letzten Ganzen des Reiches. Es leuchtet ein, daß der Unitarismus einer zentralistischen Reichseinheit wesenhafte Binde- und Mittelglieder, wie die Gliederstaaten oder staatlichen Stammesverbände, glatt wegschwemmen müßte. Und fassen wir also die praktische Seite des heutigen Verfassungsproblems ins Auge, so entsteht einmal die Frage, wie die Reichsobergewalt und die gliederstaatlichen Selbstverwaltungsfunktionen gegeneinander abgewogen werden sollten, um beiden Genüge zu tun; und die andere Frage entsteht, wie die Artung und Abformung der Gliederstaaten nach tatsächlich wirkenden Stammesgefühlen mit dem Beharrungsvermögen der alten Territorialstaaten und mit politischen Notwendigkeiten (z. B. Preußen) in Einklang gebracht werden könnte. Wenn beispielsweise die Bildung eines gesamtthüringischen Staatswesens so gut wie gesichert erscheint, so hätte an dieser Stelle ein durchaus organisch gestimmtes Empfinden für gesunde Entwicklungspolitik das staatliche Gerümpel dürrer und abgetrockneter Mechanismen verzehrt. Wenn indessen die Idee Groß-Schwabens oder einer „alemannischen Republik“, wie es den Eindruck macht, keine Aussicht mehr auf irgendeinen Erfolg hat, so siegte hier umgekehrt die mechanisierte Staatsgefinnung in den vorhandenen Gebilden dynastischer Herkunft über einen organischen Trieb. Mit den Bestrebungen der niedersächsischen Stammesart Hannovers zur Trennung von Preußen ringt aber dieser organische Trieb nicht nur gegen die mechanische Fortdauer des Staates in seiner überkommenen Form mit ihren logisch gefolgerten Zwangsläufigkeiten, sondern in der praktischen Wirkung auch gegen die erforderlichen Machtmittel der Reichsobergewalt. Und die rheinländische Loslösungsgefahr, die allzu sehr in das außenpolitische Gebiet hinauswechself und zurzeit überhaupt den Umkreis der Reichseinheit und des nationalen Bestandes verläßt, ist ganz eine Sache für sich.

Der Sozialbedeutung der Gewerkschaften ist auf der gleichen organischen Linie durch die Revolution eine neue und starke Gegeninstanz von nebenbühlerischer Kraft entstanden, die ihre alte Macht überschattet: der Rätegedanke. Während die Gewerkschaft eine Arbeitsgemeinschaft nach Berufszweigen ist, wollen die Arbeiterräte solche Arbeitsgemeinschaften nach tatsächlichen Betrieben darstellen. Somit hat das Räteprinzip den Gewerkschaften gegenüber voraus, daß es mit seiner

Verwurzelung im naturgegebenen Verband, bei dem es entwicklungsartig ansetzt, gleichsam in tiefergelegene Schichten hinuntergreift und noch inniger von der vorhandenen Lebenswirklichkeit ausgeht, das heißt also, daß es überhaupt „organischer“ sein kann als jene; und im übrigen hatte es das andere und sehr wesentliche voraus, daß es ihm infolge seiner Entstehung, durch die brutale Kurve der Revolution und ihre hastige Eier nach irgendwelchen Neuschöpfungen, viel leichter fallen mußte, in die eigentliche Politik einzudringen, um sich dort als machthabender Faktor geltend zu machen. Daraus ergab sich die „Veranterung“ des Räteystems in der Verfassung.

Hierdurch, durch diese Veranterung — und das ist das Entscheidende, worauf es jetzt ankommt — flutete ein politisches Lebensgefühl von organischer Grundstimmung in das intimste Geäder der innenpolitischen Gestalten hinein. Der mechanistische Aufbau nach dem althergebrachten parlamentarischen Schema schien fraglich geworden und ins Wanken gebracht. Schnell wurde es zum Gemeingut aller Nachdenkenden in der politischen Welt, daß der Rätegedanke, sobald man ihn nur mit freiem Willen aufnimmt, ihn seiner Klassenhaft gebundenen, anarchoproletarischen Urform entwindet und auf sämtliche Glieder der Gesellschaftsnatur überträgt und sobald man ferner die Zucht der älteren gewerkschaftlichen Organisationsart in ihn einführt, um sie allenthalben zu verarbeiten —, daß dann der Rätegedanke ganz danach beschaffen sein könnte, damit neben der konstruierten Parlamentsvertretung aus ihm eine obere Kammer ständischen Charakters hervorgeht und diese obere Kammer als ein blütenhaft entwickelter Auszug des durchgegliederten Volksganges am Ende den Mechanismus der „Demokratie“ überwältigt. Aber die gewohnheitsmäßige Einstellung und Unbeweglichkeit der demokratischen Dogmen hat diese Gefahr rechtzeitig gewittert. Statt aus dem nun einmal veranferten Räteystem die vielbesprochene „Kammer der Arbeit“ zu machen, schnitt sie einen Reichswirtschaftsrat, das sogenannte Wirtschaftsparlament, daraus zurecht. Sie ließ den gleichsam anonymen Entwicklungssinn des Rätegedankens absichtlich im rein Wirtschaftlichen stecken, um ihm den Ausweg zu politischen Wirkungen zu verstopfen. Damit hat die mechanisierende Geinnungsweise der Demokratie, bloß um sich selber zu retten und den eigenen Machtbestand sichern zu helfen, einer neuen ungeklärten Fülle von organischer Lebendigkeit und politischer Lebenslust gewissermaßen die Öffnungsventile verstopft. Sie hat den naturgemäßen Vollzug in der Entfaltung dieser lebendigen Kräfte, die aus einem kompakten, unruhvollen Drang und Übermaß an Friedlosigkeit geboren sind, von vornherein die Spitze abgeklappt oder gar den Wuchs umgebrochen. Es ist selbstverständlich, daß Abstimmungen und Beschlüsse der Nationalversammlung bei weitem noch keine endgültige Regelung dieses Widerstreits aus elementarer Tiefe herbeiführen, und man darf gespannt sein, was daraus wird.

Es muß in der Tat ein ganz elementarer Widerstreit sein. Denn die mechanistisch ausgebildete Lebensart in der politischen Sphäre ist jetzt mit ihrer unbeirrten und allseitigen Durchführung demokratischer Grundsätze infolge der Revolution überall bis zu den letzten und äußersten Enden und bis zu der Stelle gelangt, wo sie sich selbst überschlägt. Sie gelangt jetzt dahin, daß sie in ihr Gegenteil umschlägt und durch diesen Umschlag ins Gegenteil ein empörtes Erwachen des Willens zu organisch bestimmter Politik notwendig hervorruft. Dieser antithetischen Wandlung aus der Tiefe herauf, die Schicksalsgeist in der Geschichte ist, kann der Gang der Dinge nicht ausweichen. Jedoch ob diese heilige Notwendigkeit nun wirklich schon aus dem Rätegedanken hervorbricht, ist keineswegs sicher. Der Rätegedanke scheint fast unwiderstehlich zu sein. Aber von sich selbst aus verläuft er beinahe absichtlich in einer dumpfen Abhängigkeit von dem zahlenmäßigen und somit doch wieder mechanisch gedachten oder wenigstens beeinflussten Begriffen der „Masse“. Er sitzt zu fest in den widerwärtigen Klammern seiner klassenrevolutionären Abkunft von der russischen Seite her; und gerade vermöge seiner hypothetischen Form als Kammer der Arbeit oder „der Produzenten“, die sich auf die „unselbständige“ Arbeitenden beschränkt und in labberndem Dümel die

anderen ausschalten möchte, die mit dem kurzfristigen Eigennutz kleiner Leute in den unteren Lagerungen verbleibt, habgierig in die Breite geht und sich querweg weiterfrisst wie ein platter Schwamm, statt aufwärts zu wachsen, selbst vermöge dieser immerhin mit Organismuskraften ausgestatteten Form steden klassenhafte Gebundenheit, Enge und Verhaftung und der flebrige Gang zum Niederen so tief in ihm drin, daß man zweifeln muß, ob er empfänglich genug ist und für eine ungehemmt entfaltete Ausgliederung, die zugleich in die Höhe steigt, jemals die erforderlichen Möglichkeiten aufbringt. Um so mehr darf man gespannt sein, was daraus wird.



Revolution und Kirche

Von Professor D. Karl Höll



Unter dem obigen Titel haben Friedrich Thimme und Ernst Kolff einen Sammelband von Aufsätzen veröffentlicht, der eine Selbstbetrachtung der Kirche über die durch den 9. November für sie geschaffene Lage darstellt.¹⁾ Klarheit zu verbreiten über die eingetretenen und noch möglichen Folgen der Umwälzung, Kräfte aufzurufen und Wege ins Neuland zu zeigen, ist der ausgesprochene Zweck des Unternehmens. Die Herausgeber waren bemüht, den weitestgehenden Gegenstand möglichst nach allen Seiten hin zu durchdringen. Das betundet sich ebenso in der planmäßigen Aufteilung des Stoffes, wie in der Auswahl der Mitarbeiter. Neben evangelischen Theologen, auf die die Mehrzahl der Beiträge entfällt, sind auch zwei Katholiken (Muth und von Brandt) und außer Thimme selbst noch ein weiterer Laie (Niedner) beigezogen worden. Immerhin kommt kein Vertreter eines schrofferen Standpunktes dabei zum Wort. Aber die Durchschnittsstimmung in beiden Kirchen dürfte durch das vorliegende Buch wohl richtig gekennzeichnet sein.

Ohne daß es irgendwo förmlich ausgesprochen wurde, sind sämtliche Verfasser darüber einig, daß die Beseitigung der monarchischen Gewalt als etwas Unwiderrufliches zu betrachten ist. Vielleicht hätte es der Aufrichtigkeit des Bekenntnisses zu der neuen Ordnung nicht geschadet, wenn gelegentlich auch der Verdienste, die der alte Obrigkeitsstaat trotz allem und allem um die Kirche gehabt hat, gedacht worden wäre. Am guten Willen wenigstens, der Kirche aufzuhelfen, hat es dem preussischen Herrscherhaus bei all seinen Mißgriffen nicht gefehlt; insbesondere wäre es niedriger Undank, der Kaiserin ihre warmherzige Teilnahme an aller kirchlichen Arbeit zu vergessen. Aber begreiflich genug ist es, daß man in evangelischen Kreisen den Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments als eine Befreiung begrüßt. Denn tatsächlich hat dieses als ein schwerer Druck auf der ganzen Entwicklung des Luthertums gelastet.²⁾ Ihm fällt die Hauptschuld zu, daß die deutsch-lutherische Kirche keine Volkskirche im wahren Sinn geworden ist, daß alles, was in ihr an selbständigem Unternehmungsgeist sich regen wollte, sich in die freien Vereine flüchten mußte, daß namentlich im neunzehnten Jahrhundert die Gelegenheit, die soziale Frage im großen Stil aufzunehmen, verpaßt wurde. Der Schaden, der zuletzt noch durch die unglücklichen Erlasse des Ober-

¹⁾ Berlin, Georg Reimer, M. 12. —

²⁾ Ich darf dafür wohl auf mein Büchlein „Die Bedeutung der großen Kriege für das religiöse und kirchliche Leben innerhalb des deutschen Protestantismus, Tübingen 1917“ verweisen.

Kirchenrats in den neunziger Jahren angerichtet wurde, wird mit Recht auch innerhalb unseres Wertes hervorgehoben. Aus dieser Empfindung heraus sind die evangelischen Mitarbeiter auch geneigt, die von ihnen als unvermeidlich angesehene Trennung von Staat und Kirche mit Ruhe hinzunehmen, ja sie, wenn nur die Loslösung nicht im kirchenfeindlichen Geist erfolgen sollte, sogar herbeizuwünschen.

In dem Stück stehen allerdings die Vertreter der katholischen Kirche anders. Auch sie erwarten von der neuen Ordnung der Dinge eine größere Bewegungsfreiheit für ihre Kirche. Karl Wuth hat in einem eindrucksvollen, wenn auch etwas einseitig gehaltenen Aufsatz die religiösen Antriebe dargelegt, auf denen das nach außen hin, in die Außerlichkeit und in die Öffentlichkeit drängende Streben des Katholizismus beruht. Aber eine Trennung vom Staat lehnt er ebenso wie von Brandt ab; getreu der Losung, die die Päpste seit Gregor dem Sechzehnten ausgegeben haben. Ganz folgerichtig ist diese Haltung nicht. Wenn vom Staat Leistungen für die katholische Kirche gefordert werden, dann wird es auch nicht möglich sein, ihm gewisse Rechte, so namentlich ein Aufsichtsrecht über Vermögenszuwachs und Vermögensverwaltung zu verweigern.

Aber die Hauptfrage ist nun — wenigstens für die evangelischen Verfasser, die katholischen vermeiden es aus naheliegenden Gründen, diese Seite zu berühren —, wie die Kirche selbst sich auf die neue Lage einrichten soll. Denn daß die evangelische Kirche nicht so bleiben kann, wie sie ist, darüber herrscht nirgends ein Zweifel.

Voran tritt die Neugestaltung der Verfassung. Da gilt es als ausgemacht, daß künftighin die Kirche ebenso wie der Staat, sich von unten her aufbauen muß. Die Einzelgemeinde muß die grundlegende Einheit bilden, das Wahlrecht muß herabgesetzt und auf die Frauen ausgedehnt, der Behördengeist gemindert werden, an Stelle der Konsistorien und des Oberkirchenrats muß die Synode in ihren verschiedenen Abstufungen die eigentliche Leitung der Kirche in der Hand haben.

Das alles sind berechnete, von den Reformfreunden in der Kirche längst aufgestellte Forderungen. Bedenklich ist nur, daß die meisten Verfasser sie kurzerhand mit der Notwendigkeit einer „Demokratisierung“ der Kirche begründen. Schian hat mit Recht dieses Schlagwort abgelehnt. Es ist Sohns unvergängliches Verdienst, klar gemacht zu haben, daß die Kirche nie demokratisch gewesen ist und nie demokratisch sein kann. Die Wahrheit, auf die sie sich gründet, wird nicht durch Mehrheitsbeschlüsse gefunden oder lebendig erhalten. Vielmehr sind es immer einzelne große, von prophetischem Geist erfüllte Persönlichkeiten gewesen, die in die Tiefen der Gottheit einzudringen und das für die Zeit Notwendige auszusprechen vermocht haben, und darauf, daß dieser prophetische Geist niemals in ihr ausstirbt, beruht alles Leben und alle Entwicklung in der Kirche. Die Anerkennung dieses Vorrechts der Sonderbegabten schließt das allgemeine Priestertum nicht aus, so wenig als in der Urkirche die Hochschätzung der *πνευματικοί* den Besitz und die Zuständigkeit des *πνεῦμα* bei allen übrigen aufhob. Denn das Wort jener Auserwählten erhält seine Verbindlichkeit erst dadurch, daß die Gemeinde, an die es gerichtet ist, es als dem Geist Gottes wirklich entsprechend bekämpft. Frei, muß der Geist sich auswirken können; aber ebenso frei, nur durch die Überzeugungskraft der Sache selbst hervorgerufen, muß auch die Zustimmung sein. Von diesem Standpunkt aus lassen sich jene Forderungen sicherer und der Kirche angemessener begründen, als durch den bloßen Hinweis auf den demokratischen Geist der Zeit. Manches wird sich allerdings dann auch anders stellen. Es ist bezeichnend, daß nur Otto den doch vielfach in der evangelischen Kirche erwogenen Gedanken einer Einführung des Bischofsamts erwähnt und ihm ein inneres Recht zuerkennt. Wenn das Charisma, die persönliche Führerschaft, etwas gelten soll, dann darf dies auch in der Verfassung neben der Vertretung der Gemeinde

seinen Ausdruck finden. Jedenfalls wird die evangelische Kirche gut tun, ihre eigenartigen Grundsätze nicht bloß gegenüber der katholischen Kirche, sondern auch gegenüber dem Staat zu betonen; gerade da wo ihre Einrichtungen sich, äußerlich angesehen, mit denen des Staates decken. Sonst droht ihr die Gefahr, daß sie im Wettstreit oder im Zusammenstoß mit dem Staat sich selbst verliert.

Wenn man die Freiheit innerhalb der Kirche in der angedeuteten Weise erweitert, dann erscheint es als eine besonders schwierige Aufgabe, gleichzeitig die Einheit, die feste Kirchenform, zu behaupten. Es ist erfreulich, aus den verschiedenen Aufsätzen zu sehen, daß ein starker Wille zum Zusammenschluß innerhalb des Protestantismus da ist; doppelt erfreulich, daß Heim auch für die Gemeinschaftsbewegung dies bestätigt. Ebenso scheint, wenn man auf Grund unseres Buchs schließen wollte, die Stimmung zu überwiegen, daß der Einheit zu lieb in der Frage des Bekenntnisses nachgegeben werden müsse. Hier kann man sich indes des Gedankens nicht erwehren, daß gewisse Widerstände von unsern Verfassern unterschätzt werden. Bezüglich der rechtlichen Form der Zusammenfassung hört man in unserem Buch wenig. Titius denkt an einen Ausbau des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses, andere scheinen mehr dem Volkskirchentag zuzuneigen. Die Frage ist noch im Fluß. Es ist möglich, daß eine Verbindung von beidem als das Endgültige herausspringt.

In all diesen Verfassungsplänen ist schon vorausgesetzt, daß die Kirche „Volkskirche“ oder wie es Joh. Meyer mit einem die Zweideutigkeit vermeidenden Ausdruck sagt, Nachwuchskirche bleiben müsse. Volkskirche, nicht Freiwilligkeitskirche. So berechtigt die Forderung an sich ist, daß die Zugehörigkeit zur Kirche sich auf den freien Entschluß des einzelnen gründen müsse, so gewiß trifft auch das andere zu, daß eine diesen Grundsatz ausschließlich betonende Gemeinschaft ihre Pflicht gegenüber dem Volksganzen, in dem sie doch lebt, verabsäumt. Sie wird nur zu leicht zu einer Sammlung von sich als ausermählt Dünkenden, die sich in ihrem Selbstgefühl versteifen. Man hört es darum gern aus dem Mund von Karl Heim, daß auch die Gemeinschaftsbewegung nicht daran denkt, eine Freiwilligkeitskirche neben der Volkskirche zu werden; sie will nach der Art des Pietismus als *ecclesiola in ecclesia* wirken. Was die Volkskirche gegen sich hat, den Mangel an innerem Aufschwung, der durch den überlieferungsmäßigen Eintritt in die Kirche erzeugt wird, läßt sich ausgleichen, wenn der Konfirmation eine verstärkte Bedeutung gegeben wird. Sie muß zu einer Gewissensangelegenheit erhoben werden, zu einer persönlichen Entscheidung, in der der einzelne seine bisherige Zugehörigkeit zur Kirche frei bejahen — oder auch lösen kann. Es wird Pflicht der Kirche sein, gerade auch diese zweite Möglichkeit den Mündigwerdenden deutlich zu machen und einem Zwang der Sitte, der ihr nur Scheinvorteile bringt, entgegenzuarbeiten. Dann ist sie (d. h. nicht der einzelne Pfarrer, sondern etwa der Gemeindefkirchenrat) umgekehrt auch in der Lage, ihrerseits dem Unreifen oder Unmündigen die Einsegnung zu verweigern.

Niemand in unserem Buch täuscht sich darüber, daß die Volkskirche, die uns allen als Ziel vorschwebt, tatsächlich noch nicht oder nicht mehr besteht. Sie war einmal da, im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert, d. h. sie reichte bis zum Ende der Orthodogie, wie Otto, diesem Zeitalter gerechter werdend als die meisten Geschichtsschreiber, beiläufig bemerkt. Seitdem ist das Christentum als Macht des persönlichen Lebens im steten Rückgang begriffen; bis dann das neunzehnte Jahrhundert zugleich mit dem Vordringen der sozialen Bewegung den Massenabfall gebracht hat. Welche Gründe beim heutigen Arbeiter für seine Abneigung gegen Religion und Kirche bestimmend sind, haben Wahling und Otto eindringend untersucht. Beide betonen, daß weniger „wissenschaftliche“ Überzeugungen dabei maßgebend sind — obwohl auch diese nicht fehlen: der Arbeiter fühlt sich durchaus nicht als „ungebildet“, sondern hält umgekehrt den Pfarrer für wissenschaftlich rückständig —, als vielmehr Klasseninstinkte. Die Kirche gilt dem Arbeiter als eine Anstalt der Reichen, als Knechtungs- und Verblöbungsmittel für das Volk. Auch Äußerlichkeiten, die wir nur zu leicht übersehen, spielen dabei eine Rolle. Oftmals

wenn ich in der Kaiser-Wilhelms-Gedächtniskirche inmitten der gepuhten Leute saß, habe ich mich gefragt, ob wohl ein Arbeiter diese Kirche als seine Kirche, diese Gemeinde als seine Brüder anzuerkennen vermöchte.

Das bedeutet, daß die Kirche ihre Aufgabe zunächst im weiten Umfang als eine Missionsarbeit verstehen muß. Unter dem Druck dieses Erkenntnis scheinen sich nun endlich die Sulzischen Gedanken über Gemeindeordnung und Gemeindepflege durchzusetzen, nachdem sie bisher zumeist nur erwogen, auf dem Papiere fortgebildet, aber von den Älteren in der Regel als unausführbar zurückgewiesen worden waren. Otto, dessen Beitrag ich überhaupt am höchsten stellen möchte, schüttet einen ganzen Reichtum von neuen Anregungen aus. Zweierlei scheint mir darunter besonders beachtenswert. Einmal der Nachdruck, den Otto auf den Dienst der Kirche an den Erwachsenen legt. Jetzt steht es so, daß die unmittelbare Hilfeleistung der Kirche gerade bei dem Alter aufhört, von dem an sie am nötigsten wäre. Daraus ist die Meinung in unserem Volk erwachsen, als ob der Konfirmierte „fertig“, die Konfirmation etwas wie eine Entlassung aus der Schule wäre. Es ist dringend nötig, die „Gebildeten“ wie die Arbeiter einmal uns nahegelegt worden ist, sondern Pflegestätten der Erbauung, wie sie sich jetzt schon vereinzelt im Protestantismus finden (Blumhardts Bad Boll, Joh. Müllers Schloß in Mainberg). Damit trifft er gewiß einen wunden Punkt. Mehr als alles andere hat der rastlose, den ganzen Menschen ununterbrochen beanspruchende Geschäftsbetrieb bewirkt, daß die Religion der Masse unseres Volkes aus dem Gesichtskreis entchwand. Es blieb keine Zeit übrig, an sie zu denken. Vergewaltigt man sich dann die riesenhafte Arbeitslast, die uns der Friede auferlegen wird, so bleibt keine Hoffnung, daß sich dies von selbst bessern wird. Hier gilt es Gegengewichte zu schaffen, für Ruhepausen zu sorgen und Veranstaltungen zu treffen, daß diese Ruhepausen zur Selbstbesinnung und inneren Vertiefung ausgenützt werden können. — Von den Winken, die Otto für eine Neubelebung des Gottesdienstes gibt, möchte ich nur eine Bemerkung herausgreifen. Er fordert „die Umwandlung unserer stark lehrhaften kirchlichen Versammlungen zu wirklichem Kultus, mit Feierlichkeit und Andacht, mit dem Erlebnisse des numen praesens . . . mit einem Wort, daß im Kultus Religion selbst zum lebendigen Akt werde“. Auch diesen Wunsch teile ich durchaus. Nur möchte ich auch hier vor einem Mißverständnis warnen. Es kann sich nicht darum handeln, etwas wie anglikanisches Hochkirchentum bei uns einzuführen, wohl aber darum, die Form der Abendmahlsfeier in dem Sinn nezugestalten, daß dabei die Gegenwart des Herrn inmitten seiner Gemeinde verspürt werden kann.

Indes seltsam, während die Kirche sich auf Mittel besinnt um die ihr Entfremdeten wiederzugewinnen, fürchtet sie auf der anderen Seite, daß diese sich ungerufen bei ihr einstellen möchten. In die Erwägungen über das künftige Wahlgesetz spielt die Besorgnis stark herein, die Sozialdemokratie könnte vielleicht die Gelegenheit der Wahlen benutzen, um die Herrschaft auch in der Kirche an sich zu reißen. Die Verfasser unseres Bundes stehen dieser Möglichkeit mit großer Zuversicht gegenüber. Wäre die Sozialdemokratie nur einmal erst in der Kirche drin, dann würde nach einer vielleicht nicht angenehmen Übergangszeit vermöge der der Religion innewohnenden Eigenkraft sich alles wieder zurechtstellen. Man kann nur wünschen, daß diese Hoffnung sich erfüllt. Aber wäre nicht auch noch eine dritte Möglichkeit denkbar? Die, daß eine Sonderkirche der Arbeiter neben der bisherigen Kirche entstände? Bei dem scharfen Gegensatz, in dem sich die Arbeiter auch jetzt noch den „Besitzenden“ gegenüber wissen, und bei den Fortschritten, die der sozialistische Gedanke unter den Pastoren und namentlich unter unserer Jugend macht, liegt diese Gefahr vielleicht näher als die andere. Aber um

ihr zu begegnen gilt es erst recht, daß die Kirche jetzt dem Arbeiter mit Vertrauen und mit Verführlichkeit entgegen kommen muß.

Die weitaus schwierigste Frage in dem neu zu ordnenden Verhältnis von Kirche und Staat betrifft den Religionsunterricht in der Schule. An diesem Punkt ist keiner der drei Berichterstatter (Trölsch, Kolff, Meyer) zu einer befriedigenden Lösung gelangt. Das liegt freilich nicht an ihnen, sondern an der Unentwirrbarkeit der Sache. Sie sind einig darüber, daß ein religionsloser Moralunterricht oder ein nur geschichtlich berichtstattender, höchstens auf Erweckung eines allgemeinen Religionsgefühls ausgehender Religionsunterricht nicht nur wertlos, sondern geradezu schädlich wäre. Denn sittliche Beeinflussung ist nur auf der Grundlage der Religion möglich und Religion gibt es nur in bestimmter Ausprägung. Sobald man dies einräumt, bestehen bloß zwei Möglichkeiten. Entweder läßt man die Religion völlig aus der Schule heraus. Aber dagegen wird sich schon die Schule sträuben, wenn anders sie sich nicht nur Verstandesbildung, sondern Persönlichkeitserziehung zum Ziel setzt. Und die Kirche wird unzufrieden sein, wenn sie gerade in der wichtigsten Zeit nur nebenher an den Kindern arbeiten darf. Oder läßt man den Religionsunterricht in der Schule durch die von der Kirche Beauftragten erteilen. Dann ergibt sich innerhalb der Schule ein störendes Nebeneinander von weltlichem und geistlichem Unterricht, von kirchlichen und unkirchlichen Lehrern. Danach bleibt nur übrig, das bisherige Verhältnis im großen und ganzen bestehen zu lassen und seine Härten durch Verzicht auf jeden Zwang für Lehrer und Schüler zu mildern.

Mit einer gewissen Freudigkeit sind Herausgeber und Mitarbeiter an ihre Aufgabe herangetreten. Sie glauben daran, daß die Kirche eine große Zukunft vor sich hat. Solche Stimmung brauchen wir. Nur wer glaubt, kann etwas schaffen.



Der Stand der „Weltrevolution“

Von Dr. Richard Hennig



Ende 1918 und Anfang März 1919 habe ich in den „Grenzboten“ auf Grund unverdächtig, feindlicher und neutraler Zeugnisse dargestellt, wie die „rote Grippe“ sich in Gestalt von Revolutionsfieber und sozialen wie politischen Umsturzbestrebungen zu einem Siegeszuge um die ganze Erde oder doch zumindest durch alle Kulturländer anschiebe. Seither hat man sogar durch die deutschen Zeitungen, in denen kaum noch etwas anderes zu lesen ist, als von Streiks und Straßenkämpfen und anderen innerpolitischen Vorgängen in Deutschland selbst, erfahren, daß in der Tat der Geist der Auflehnung gegen die politische Gewalt und gegen den Kapitalismus seuchenartig immer weiter um sich greift. Ende März kamen bedrohliche Meldungen über Aufstandsbewegungen in Ägypten gegen die englische Herrschaft, die seit Mitte Mai durch Nachrichten über Meutereien der in Ägypten stehenden englischen Truppen, Bildung von Soldatenräten in Kairo, Suez und anderswo ergänzt wurden; aus Indien kamen im April Nachrichten, daß dort die gefährlichste Rebellion seit 1857 ausgebrochen sei, und am 19. April wurde in London amtlich bekannt gegeben, ganz Indien befinde sich „in offenem Aufruhr“. Sowohl in Ägypten als auch in Indien sind die Unruhen mit großer Grausamkeit niedergeschlagen worden, über die nur andeutende Einzelheiten aus englischen Blättern zu entnehmen sind. Außerdem ist seit Monaten eine derartig strenge Nachrichtenzensur eingeführt, daß selbst das englische Parlament nicht erfährt, was hinter dem Vorhang in den genannten beiden Ländern sich abspielt. Dazu kommt die neue Gärung in Irland, die von amerikanischer

Seite mindestens moralisch, anscheinend aber auch finanziell mächtig unterstützt wird, wenn sich auch die am 22. Januar ganz offen ausgerufenen irische Republik mit ihrem Präsidenten de Valera und dem revolutionären Sinn Fein-Parlament nach den düsteren Erfahrungen des blutigen Osterfestes von 1916 und im Hinblick auf die riesige militärische Macht Englands bemüht, ihr Streben nach Abschüttelung des englischen Sklavenjoches und voller Unabhängigkeit tunlichst nicht mit Gewalt zu erreichen.

Weiter hörten wir von schweren bolschewistischen Meutereien der französischen Marine vor Odessa im April, von roten Fahnen, die auf französischen Kriegsschiffen gehißt waren, von einer Übertragung dieser Meutereien auf Toulon und Marseille, von blutigen Zusammenstößen in Paris bei der Feier des 1. Mai und vielen ähnlichen Symptomen, die die Fortdauer der revolutionären Spannung auch in den siegreichen Ententeländern deutlich genug erkennen lassen. Die Weltrevolution zwar, das große erlösende Wunder, auf das unsere „Unabhängigen“ in kindlicher Schwärmerei und echt deutscher Ideologie gläubig hofften, auf daß es uns von dem unmöglichen sogenannten Frieden befreie, ist bisher ausgeblieben und wird wohl auch in dem von ihnen geträumten Umfang noch einige Zeit auf sich warten lassen; aber die Ansätze aller Art zum Umsturz der bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse häufen sich trotzdem immer mehr. Die wenig geschickte Taktik der Unabhängigen, die von Anfang an für bedingungslose Unterzeichnung des Versailler Gewaltfriedens waren, hat zwar unzweifelhaft die Möglichkeit einer Weltrevolution erheblich vermindert, bestenfalls hinausgeschoben. Ein entschlossenes deutsches einheitliches Sichzusammenfinden im Willen, lieber das schlimmste zu erdulden, als sich der Versailler Vergewaltigung zu beugen, hätte die machtvoll aufbegehrende Unzufriedenheit in Feindesland mit der langen Verschleppung des Friedens, hätte die vielfach schon im vollen Gange befindliche Selbstdemobilisierung der feindlichen Truppen gewaltig gefördert und möglichenfalls hier und da zur vollen Revolution schon heute geführt. Die unentschlossene Angstpolitik der Regierung und der Weimarer Nationalversammlung hat diese Chancen verichert: die Gewisheit, daß der Friede nun doch ins Land gekommen ist, und die Hoffnung, daß nun bald alles besser werden muß, hält die unruhigen Massen der siegreichen Länder vorläufig im Bann. Auf die Dauer wird die Enttäuschung ja doch nicht ausbleiben, und die Umwälzung wird mit mehr oder weniger gewaltsamen Begleiterscheinungen doch bald dort bald hier sich vollziehen; fürs erste aber ist dieser Prozeß, dank deutscher Dummheit und politischer Unreife, gehemmt worden.

Die Annahme, daß der wiederkehrende Frieden die Massen wieder zur Vernunft bringt, ist unzweifelhaft zu optimistisch, sowohl für Deutschland wie für die Ententeländer. Gerade die Demobilisation und die in ihrem Gefolge unvermeidliche, weitgehende Arbeitslosigkeit bringen ja für das soziale Gefüge der siegreichen Staaten die schwersten Gefahren erst noch mit sich, Gefahren, die Deutschland wenigstens zum Teil schon überwunden hat. Eine sehr langsame und allmähliche Demobilisierung wird im Hinblick auf die Stimmung der meisten weißen Truppen kaum durchführbar sein; eine rasche Demobilisierung aber mit ihren mannigfachen Unzuträglichkeiten kann leicht dem ins Pulverfaß fallenden Funken gleichen, wenn auch die Wirkung notwendig erst nach einigen Monaten gefäuschter Hoffnungen zutage treten kann. Daß explosiver Bündstoff in reichlichem Maß vorhanden ist, mögen die nachfolgenden Zeugnisse beweisen.

England

Aber die Verhältnisse in England kann man sich noch am ehesten unterrichten, da der Presse daselbst ungleich lockerere Zügel angelegt sind als in Frankreich oder Italien. Die Lohnkämpfe, die unaufhörlichen Streiks, die Arbeitslosenunterstützungen mit allen ihren unliebsamen Wirkungen, sie haben in England fast restlos dieselben Folgen gezeitigt wie in Deutschland. Folgende Auswahl aus englischen und französischen Presseäußerungen neuerer Zeit wird dies beweisen:

1. „Sehr betrübend für uns, die wir von der Front kommen, ist die völlige Gleichgültigkeit der besitzenden, gebildeten Klassen gegen die revolutionäre Propaganda. Die Kohlenarbeiter in Süd-Yorkshire sprechen ganz offen von Sowjets. Die Gewerkschaftsführer haben in den Köpfen der Leute den Wunsch nach Sowjets und roter Revolution hervorgerufen.“ („Iron and Coal Trades Review“, 4. April.)

2. „Der Konflikt, der erst am 5., dann am 22. März ausbrechen sollte, ist durch plötzliches Zurückweichen der Regierung und der Kapitalisten Großbritanniens vermieden worden. Um sich nicht dem Streit gegenüber zu sehen, haben sie fast alle Forderungen ihrer Arbeiter bewilligt. Aber schon werden neue Versammlungen vorbereitet, wo neue Forderungen aufgestellt werden sollen. . . . Die Anstrengungen und Hoffnungen der Arbeiter richten sich von nun an auf die gänzliche Unterdrückung des kapitalistischen Vorrechts. ‚Wir wollen nicht mehr für den Vorteil einer anderen Gesellschaftsklasse arbeiten‘, erklären die englischen Vergarbeiter bei Beginn des Konflikts. Das ist in der Tat das entscheidende Wort.“ („Humanité“, 9. April.)

3. „England hat augenblicklich größere industrielle und soziale Schwierigkeiten zu überwinden als in irgendeiner Epoche seiner Vergangenheit. Der Bolschewismus, der mit Anarchie und Gewalttat gleichbedeutend ist, ist dort zwar unbekannt, aber der Bolschewismus, der ein Erwachen der Arbeiterklassen bedeutet, ist nirgends stärker als in England, wo fast die Gesamtheit der in den Trade-Unions vertretenen Arbeiterklassen entschlossen ist, sich bessere Lebensbedingungen zu verschaffen. Die Vergarbeiter haben einen wahren Triumph zu verzeichnen, da sie ohne Streit eine Erhöhung ihrer Löhne und eine Herabsetzung ihrer Arbeitszeit erzielten, und wenn sie auch nicht alle ihre Forderungen erfüllt sahen, so wurden ihnen doch zwei Drittel davon bewilligt. Sie sind aber noch nicht befriedigt, denn sie verlangen die Verstaatlichung der Bergwerke und die Leitung der Industrie durch die Arbeiterschaft. Diese letzte Forderung wird allgemein aufgenommen. . . . Die Hafenarbeiter, die Fuhrleute, die Straßenbahnangestellten und die Chauffeure erreichten die vierundvierzigstündige Arbeitswoche bei höherem Lohne; ebenso viele andere Berufsbezüge. Eine wirklich unlösbare Frage in England ist die der Arbeitslosigkeit. Die Labour Party hat große Fortschritte erzielt trotz der Tatsache, daß buchstäblich Millionen von Menschen Arbeitslosenunterstützung erhalten. Ungefähr eine Million Männer, Frauen und Kinder erhalten zusammen 1,1 Millionen Pfund Sterling in der Woche. . . . Wir brauchen eine Million neuer Häuser, es fehlt an Möbeln, Kleidern, Nahrung.“ (George Lansbury in „Populaire“, 14. April.)

4. „Eine halbe Million neuer Häuser werden verlangt, und dabei werden keine gebaut, aber 63000 arbeitslose Bauhandwerker beziehen Unterstützung für Nichtstun. In der Schwerindustrie beziehen 180000 Arbeiter Unterstützung für Arbeitslosigkeit. . . . Im Baumwollgewerbe warten 91000 Arbeiter auf Rohmaterial. . . . Barum endlich 85000 Hausangestellte Unterstützung beziehen, während verzweifelte Hausfrauen nach Hilfe jammern, ist gleichfalls ein Geheimnis.“ („Daily Mail“, 15. April.)

5. „Die Herren am Regierungstisch sollen sich nur nicht etwa einbilden, daß die industrielle Krise nun vorüber sei. Eine jede Verschleppung der endgültigen Regelung dieser wichtigen Frage kann nur dazu beitragen, die bereits in hohem Maße vorhandene Erbitterung und Unzufriedenheit der Arbeiter zu vermehren, und sie zu Unruhen aufreizen, die einen weit gefährlicheren Verlauf als zu Anfang dieses Jahres nehmen würden.“ („Daily News“, 6. Mai.)

Die Dinge liegen also jenseits des Kanals im siegreichen England nicht viel anders als im besiegten Deutschland in bezug auf soziale Schwierigkeiten. Die Folgen der Lohnerhöhungen bei stets dürftigeren Arbeitsleistungen spürt man in England in überaus empfindlicher Weise. In den sechs Monaten vom 1. November 1918 bis zum 30. April 1919 wurden auf den englischen Werften z. B. nur 40 Prozent der in denselben sechs Monaten der vorausgegangenen Kriegsjahre gebauten Schiffe fertiggestellt, und neuerdings ist gar die groteske Tatsache

zu verzeichnen, daß auf den verschiedensten europäischen Plätzen, z. B. in Italien, ja, sogar in London selbst, die amerikanische Kohle zu billigeren Preisen als die englische geliefert werden kann! Man begreift demnach nachfolgende englische Klage, die ebenso gut in Deutschland geschrieben sein könnte:

„Je mehr Geld wir uns zu verschaffen wissen, um so weniger haben wir. Jeder erhöhte Lohn, jede Gehaltssteigerung, jede neue Steuer hat nur zur Folge, daß die nötigsten Dinge, die wir unbedingt brauchen, im Preise steigen. So gelangen wir bald an den Rand der Verzweiflung, denn alle Verbesserungen unserer Lage sind rein illusorisch. Wie müssen auf diesem Wege zum nationalen wie individuellen Bankerott gelangen. Selbst unser auswärtiger Handel ist dahin und steht vor dem Ruin. Alle unsere Bemühungen, auch die Streiks, werden uns nicht helfen, und keine Regierungsform scheint geeignet zu sein, uns aus dem Sumpf zu ziehen. Nur ein Ding kann retten, nämlich eine ungeheure Zunahme der Produktion. Entweder wir produzieren bedeutend mehr, oder wir versinken in einen Zustand äußerster nationaler Armut und Anarchie, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat.“ („Daily Express“, 22. März.)

Zu dieser sozialen Lage in England kam die Gärung unter den Truppen, die stürmisch ihre Demobilisierung forderten, zumal gegen Mitte Mai, da die Freiwilligen bis sechs Monate nach Kriegsende verpflichtet waren und nach ihrer Auffassung diese Frist am 11. Mai, sechs Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes, abgelaufen war. Aber die Ereignisse in England selbst hat man nur aus neutralen Berichten erfahren, die englischen Zeitungen durften nichts darüber bringen; die Meutereien in Ägypten aber, von denen schon oben die Rede war, waren ernst genug, daß sie nicht totgeschwiegen werden konnten. Und die Stimmung der englischen Truppen im besetzten deutschen Gebiet beleuchtete blitzgleich eine Notiz in einem Leitartikel des „Manchester Guardian“ vom 19. April:

„Französische Truppen sollen sich in Rußland geweigert haben zu kämpfen. Von britischen Truppen die Fortsetzung des Krieges zu verlangen, wird von jedem, der die Gefinnung der aus dem Felde heimkehrenden Soldaten kennt, für Wahnsinn gehalten.“

Nun macht ja die Unterzeichnung des Friedens die so stürmisch begehrte Demobilisierung in größerem Umfang möglich. Die britischen Truppen in Rußland, Ägypten, Persien und anderwärts, bei denen die Stimmung nicht anders als daheim ist, werden freilich von der Demobilisierung noch kaum betroffen, und eine rasche Demobilisation verschärft andererseits das Problem der Arbeitslosigkeit ganz gewaltig und führt der sozialen und revolutionären Gärung daheim neue Nahrung zu.

Frankreich

Frankreich steht vor denselben sozialen Problemen wie England; aus der französischen Presse ist dies trotz der strengen Zensur, unter der sie steht, klar zu erkennen, wie nachfolgende Proben beweisen mögen:

1. „Das von vier Kriegsjahren erschöpfte und entnervte Proletariat wird in seinen Forderungen immer anspruchsvoller. Gewaltige und tiefgreifende Unruhen im Volke können jeden Augenblick zum Ausbruch kommen. Aber die Regierenden hören, merken und sehen nichts in ihrer Vertrauensseligkeit.“ („France libre“, 29. März.)

2. „Es gehört keine Hellschergabe dazu, um heute die Behauptung zu wagen: die soziale Revolution steht vor der Tür, und unsere Tür ist ihr offen.“ („Journal du Peuple“, 3. April.)

3. „Die sozialistische Gärung in Frankreich schreitet fort. Die französischen Arbeiter wollen einen wirklichen Frieden, keinen kapitalistischen Gewaltfrieden unter Regerschuh.“ („Socialdemokraten“, Kristiania, 22. April.)

Die Pariser Ereignisse vom 1. Mai und die große Streikwelle, die im Juni Frankreich überflutete, waren dann Symptome einer Erregung, die durch den Abschluß des Friedens und die auf ihn gesetzten Hoffnungen nochmals beschwichtigt

worden ist, die aber nach der unaussbleiblichen Enttäuschung über die Früchte des Sieges mit verstärkter Heftigkeit wiederkehren muß. Besonders bemerkenswert sind die Meldungen über die Stimmung im französisch gewordenen Elsaß, von denen nur eine neutrale aus neuester Zeit zitiert sei:

„Seit Montag streifen in Mülhausen die Arbeiter sämtlicher städtischen Betriebe . . . die Gas- und Wasserzufuhr ist unterbrochen und der Strom abgestellt, Müllabfuhr und Straßenreinigung ebenfalls eingestellt. Neuerdings in den Streik eingetreten sind die Straßenbahner und die Bauarbeiter. Infolgedessen hat Mülhausen verstärkte militärische Besatzung erhalten, und zwar sind es hauptsächlich schwarze Truppenteile, die angekommen sind, weil man den weißen in einem allfälligen Kampfe mit den Streikenden nicht mehr traut. In Gebweiler ist es zu starken Zusammenstößen zwischen Streikenden und schwarzen Truppen gekommen.“ („Basler Vorwärts“, 19. Juni.)

Die in diesem Bericht angedeutete, sehr bezeichnende Unzuverlässigkeit der weißen französischen Truppen, die sich mit dem bereits Gesagten über die demobilisierungslüsternden britischen Truppen deckt, war schon in meinem März-Artikel erörtert worden. Interessante Streiflichter fielen darauf in einer Sitzung der französischen Kammer am 17. April, in der Abg. Mayéras nach dem Bericht des „Journal officiel“ vom 18. April u. a. äußerte:

„Ein Teil der Kammer unterstützt die Regierung beim Aufschub der Demobilisierung — da werden sich die Leute eben selbständig demobilisieren.“ Als der Kammerpräsident diese Worte unter großem Lärm als antipatriotisch und frevelhaft bezeichnet, antwortet Mayéras, „er rede Blödsinn“.

Ins selbe Horn stieß Marcel Sembat in einem Artikel des „Populaire“ vom 8. Mai:

„Für unser Volk ist der Krieg zu Ende. Versucht nur nicht, es nochmals zu den Waffen zu rufen! Und laßt diejenigen, die ihr beim Heer zurückhaltet, nicht mehr allzulange dabei sein! Sonst könntet ihr Überraschungen erleben!“

Der erste größere Ausbruch von Meuterei (verschiedene kleinere waren vorausgegangen) fand dann am 19./20. April in der französischen Marine — auch dort ist also, wie in Rußland und Deutschland, die Marine das unbotmäßigste Element! — vor Odessa statt. Die Kammerverhandlungen am 12. Juni haben hierüber einiges Licht gebracht. Der Marineminister Béhague teilte darüber u. a. mit:

„Am 19. April abends fanden plötzlich an Bord des Panzerschiffes „France“ Vorgänge von Disziplinlosigkeit, Absingen der Internationale, Befreiung der Gefangenen, Gehorsamsverweigerungen statt. Am folgenden Tage verschärfen sich die Vorfälle noch: die rote Fahne wurde gehißt Eine Wahnsinnswelle geht über das Schiff Diese gänzlich unvorhergesehene revolutionäre Bewegung verbreitet sich mehr oder weniger kräftig auf die anderen vor Keesee liegenden Schiffe Losungsworte ertönen: „Jean Bart“ revoltiert! „Justice“, seid ihr bereit? Die Leute besetzen auch dort ein Stück rotes Tuch an einer Wäscheleine, das die Offiziere aber bald wieder entfernen lassen. überall sind Versuche gemacht worden, Matrosenräte zu organisieren, die an Stelle der Vorgesetzten die Gewalt ausüben sollten.“ („Temps“, 14. Juni.)

Diese amtlichen Auslassungen wurden ergänzt durch die Reden einiger Abgeordneten. Der Sozialist Goude teilte z. B. mit:

„In einem Briefe, den ich empfang, werden die Gründe ganz klar auseinandergelegt: Niemand versteht etwas vom Bolschewismus, auch die Offiziere nicht. Die Jahrgänge, die schon demobilisiert werden sollten, werden an Bord gehalten; die Nahrung ist ungenießbar Es bleibt nur der eine Weg: Rückkehr nach Frankreich“ Der Admiral versucht zu unterhandeln; er wird angehört, man verweigert ihm die Achtung nicht, wohl aber den Gehorsam. Die Leute bestehen auf ihrer Forderung, nach Frankreich zurückzukehren. Der am Abend wieder angestimmte Gesang der Internationale pflanzt sich auf andere

Schiffe fort. Am Ostermorgen wird die rote Flagge neben der vorher mit den üblichen Ehrenbezeichnungen aufgezogenen Triflore gehißt Nach viertägigen Verhandlungen entsprach der Kommandant den Forderungen der Delegierten. Die Schiffe sollen nach Frankreich zurückkehren Es soll auch keine Strafverfolgung bei der Rückkehr nach Frankreich stattfinden.“ („Humanité“, 13. Juni.)

Wie dieses letztere Versprechen dann gehalten worden ist, teilte Goude im weiteren Verlauf seiner Rede mit:

„Der Kommandant des ‚Jean Bart‘ hat den Leuten ausdrücklich versprochen, daß Bestrafungen nicht eintreten sollten. Nun sind aber die Gefängnisse in Toulon voll von ihnen. Darüber herrscht in der ganzen Marine äußerste Erbitterung, und 400 Vertreter aller Besatzungen haben dem Seepräfecten von Toulon offen erklärt, daß man keinem von ihnen ein Haar krümmen dürfe . . . Jede Bestrafung wird von der Marine und der Arbeiterklasse als Herausforderung angesehen werden.“ („Journal officiel“, 13. Juni.)

Aus Anlaß dieser Vorgänge haben in Toulon allerhand Unruhen und Kämpfe stattgefunden, über die jedoch bislang noch wenig bekannt geworden ist.

Amerika

Ähnlich wie in England und Frankreich haben auch in den verschiedensten anderen Ländern Arbeiterbewegungen großen Umfangs stattgefunden, vornehmlich in den romanischen. Aus Italien wurde noch kürzlich folgendes Stimmungsbild entworfen:

„Die Staatsschuld ist auf über 80 Milliarden angewachsen und steigt weiter in erschreckendem Maße; die Kosten der Lebensunterhaltungen sind schier unerschwinglich, pekuniäre Sorgen und Unzufriedenheit im ganzen Lande, der Streik die hervorragende Note des nationalen Lebens.“ (Stampa, 19. Juni.)

Interessanter aber noch als in den europäischen Ländern sind die Verhältnisse in Nordamerika, zumal in den Vereinigten Staaten, die heute die wirtschaftliche Vormacht der Welt sind. Nach Berichten des Leiters des bundesstaatlichen Arbeitsvermittlungsamtes, George W. Kirchwey, die die „Humanité“ wiedergab, sind zurzeit in New York allein etwa 100 000 Arbeitslose vorhanden, in den Vereinigten Staaten mindestens 2 Millionen:

„Seit hin haben aus dem Heeresdienst entlassene Soldaten und Matrosen in Seattle eine Protestdemonstration gegen die Arbeitslosigkeit veranstaltet. Sie wurden von der Polizei mit Wasserschläuchen zurückgetrieben, und mehrere wurden verhaftet.“

Von Kanada heißt es gar:

„Die revolutionäre Bewegung in Kanada erstreckt sich von Ozean zu Ozean. In Winnipeg hat sich eine Mätereierung gebildet; die entlassenen Soldaten stehen aufseiten der Streikenden. . . . Man hört in Kanada überall den Ruf: „Production for use, not for profit.“ („Call“, 12. Juni.)

In Kanada scheint die Gefahr noch einmal gebannt worden zu sein, denn eine Woche später wurde gemeldet:

„Der Schlußakt im Streikdrama zu Winnipeg nähert sich schnell seinem Ende. Die verhafteten elf bolschewistischen Streikführer werden von einer besonders ernannten Körperschaft hinter verschlossenen Türen abgeurteilt werden. . . 124 weitere Haftbefehle sollen erlassen sein. . . Die Regierung ist fest entschlossen, dem Bolschewismus in Kanada für immer den Garaus zu machen.“ („Daily Express“, 21. Juni.)

Um so schärfere Augenpaare erscheinen aber die Dinge in den Vereinigten Staaten, aus denen in letzter Zeit die folgenden alarmierenden Meldungen gekommen sind:

„Das Justizdepartement in Washington legte am 18. Juni vor dem Staatshaushaltsausschuß des Repräsentantenhauses durch den Generalstaatsanwalt Mitchell Palmer Zeugnis ab über eine in der Union geplante Revolution. . . . Palmer erklärte, daß Departement habe Beweise von einer über

die ganze Union verbreiteten Verschwörung zu einem sofortigen Aufstande behufs Vernichtung der Regierung mit einem einzigen gewaltigen Schläge. Augenscheinlich sollte die Revolution Anfang Juli stattfinden, obwohl Palmer dies nicht zugeben wollte. . . . Beschlagnahmte Dokumente beweisen, daß die russischen Noten mit mehreren sozialistischen Organisationen in lebhaften Verhandlungen stehen, um eine Revolution zustande zu bringen.“ („Daily Chronicle“, 20. Juni.)

„Die Stadt New York befand sich am Abend des 19. Juni theoretisch im Belagerungszustand. . . . Wahrscheinlich werden große ‚rote‘ Demonstrationen im ganzen Lande am 4. Juli, dem Unabhängigkeitstage, stattfinden. Man glaubt, daß dieser Tag von den Terroristen für eine Revolte ausgewählt wurde.“ („Daily Express“, 21. Juni.)

Ähnliche Meldungen liegen aus den mannigfachsten anderen Ländern vor. Der äußere Krieg ist für die Großmächte zu Ende. Überall aber scheint er durch einen inneren sozialen Krieg abgelöst zu werden, wie er in Rußland und Deutschland bereits im Gange ist und zugleich mit der Demobilisierung immer weiter um sich greifen wird.



Geistige Westfront und deutsche Jugend

Von Dr. Max Hildebert Boehm



Das Schmachlichste in diesem Kriege, für das es keine Entschuldigung mit den üblichen mechanistischen Auswägungen der Machtverhältnisse gibt, ist der geistige Sieg des Westens über das offizielle Deutschland. Die preußischen Energien in uns erlahmten, der Süden und Westen Deutschlands drängte sich in die Politik: das lachhafte Ergebnis war die Übernahme des Parlamentarismus der westlichen Formaldemokratie im Sommer 1918. Das offizielle Deutschland kapitulierte geistig, ehe es politisch und militärisch kapitulierte. Wilson mußte triumphiert haben, damit Joch seine billigen Lorbeeren einstreichen konnte. Unser Internationalismus aber, unser Westlertum strahlte: die glorreiche Ära Scheidemann-Erzberger war angebrochen.

Der geistige Sieg des Westens war sicher zum großen Teil der geschickten Einstellung der ententistischen Propaganda auf die spezifisch deutschen Vorurteile, auf die Auslandsfeligkeit, die geistige Wurzellosigkeit, das Selbstmißtrauen, die Rückständigkeit unserer liberalen Bourgeoisie zu danken. Aber die Ideen von 1789, für die die westliche Weltzivilisation angeblich in den Kreuzzug gegen die preußisch-deutschen Barbaren gezogen war, hatten schon von je ihre Vorkämpfer bei uns im eigenen Lager. Unsere westlerische Presse, voran das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung, hatten seit Jahrzehnten den Boden für die Saat des Versuchers im Westen umgepflügt, die nunmehr in einem Krieg zur Reife kommen sollte, in dem daselbe Volk, das sich geistig so schwach erwies, eine physische Kraft sondergleichen an seine Selbsterhaltung wandte. Der Typus des liberalen Politikers, der als Journalist und Parteimann westlerische Propaganda bei uns trieb, ist uns seit Jahrzehnten vertraut. Neu aber war ein Element der inneren Zersetzung unseres Volkstumes, das in den letzten zehn, zwanzig Jahren aufgefunden war und nicht aus der politischen Praxis heraus, sondern von außen her, aus der Literatur, das Flankenfeuer auf unsern weltpolitischen Vormarsch eröffnete. Für diesen Typus hat Thomas Mann in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ (S. Fischer Verlag, Berlin 1918) die Bezeichnung „Zivilisationsliterat“ geprägt. Und dieses Buch, das eine wahre Fundgrube wesenhafter

Einsichten in deutsche Art überhaupt und insbesondere in die Problematik unserer Zeit darstellt, hat das außerordentliche Verdienst, in alle Seelenwinkel dieses deutschen Westlers von der sublimsten, von der sublimsten Sorte so unerbittlich und grell hineingeleuchtet zu haben, ihn all seiner Masken, Draperien und wohlstilisierten Feigenblätter so schonungslos entkleidet zu haben, daß er nunmehr in seiner jämmerlichen Blöße gezeichnet vor den Augen all derer steht, die sehen wollen und die — sehen können. Er ist mit diesem Buch gerichtet, der Zivilisationsliterat mit samt seinem Kramladen liberal-reaktionärer Auslandsmare westlichen Imports, seiner geschmäckerlich-geschmacklosen Vorliebe für das Fremde, seinem fofetten Radikalismus, seinem leeren Proteßlerium, das vom wahren Protestantismus nichts weiß, seiner prahlerischen Fortschrittlichkeit, seinem lauwarmen Pazifismus, seinem ordinären Demokratismus, der nie erahnt hat, was Volk ist und wahres Herrschertum. Die zersekende Psychologie, in der er Meister ist, hat sich gegen den westlerischen Literaten selber gefehrt. Dazu konnte nur einer taugen, der genug von dieser Krankheit in sich weiß, um sie zugleich von außen und innen her zu kennen, der aber doch auch genug der positiven Gegeninstanzen in Blut und Instinkten hat, um nicht in sich und in anderen die Krankheit in Gesundheit, den Verfall in Fortschritt umzulügen. Das Buch von Thomas Mann ist ein Bekenntnis, das Buße, Stolz und vor allem Entscheidung in sich birgt.

Im Negativen, in der Abgabe an das Westlerium sind Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“ unanfechtbar. In der erschreckend hellstichtigen Kritik liegt ihre unüberwindliche Stärke. Problematisch, ja vielfach tief bedenklich ist der Versuch positiver Zielsetzung. Aber den subjektiven Ursprung Mannscher Geistigkeit aus Pessimismus, Zweifel und Humor, über die Patenschaft Schopenhauers, Wagners und Nietzsches an der Wiege seiner menschlichen, künstlerischen und denkerischen Entwicklung ist nicht zu streiten. Aber wir Jungen kommen nicht von Schopenhauer und erst recht nicht von Wagner her und unser Verhältnis zu Nietzsche ist zwiespältig. Doch auch gegen die Sneinssetzung von Westlerium und Politik und gegen den Versuch, gegen die Politik die Musik, besser gesagt: gegen das Politische das Musische auszuspielen, müssen wir uns zur Wehr setzen. Und auch mit der im Grunde doch quietistischen Steptis, mit der er die Verwestlichung des Deuschtums als unentrinnbares Schicksal hereinbrechen sieht, können wir nicht einverstanden sein. Denn uns, deren Sendung und Aufgabe die deutsche Wiedergeburt ist, denen durch die deutsche Niederlage der bereits beschrittene Weg zu einer neuen Periode kontemplativer Vertiefung verrammelt ist, ist nunmehr die nationale Durchseelung eines jugenddräftigen Aktivismus preußisch-deutschen Ursprungs aufgegeben. Wir sind für unser ganzes Leben an die geistige Westfront gestellt, nicht um das Verhängnis über uns hereinbrechen zu lassen, vor den ideellen Gasen die Nase zu rümpfen und uns in unsere eigenen Tiefen zu flüchten, sondern wir sind geistiger Grenzschutz gegen die drohende Amerikanisierung und Schipper des deutschen Wiederaufbaues in einem. Wir bauen für unsere Kinder und Enkel ein Haus, in dem wieder Licht und Lust, in dem wieder Musik und Philosophie sein wird. Unser Humor könnte sehr bitter werden und Pessimismus können wir nicht brauchen. Unsere Lebenslust ist Glaube, nicht plattbreiste Zuversichtlichkeit des positivistischen Bourgeois, der den Erfolg vorausberechnet — vorausberechnen läßt sich im deutschen Schicksal heute nichts als Verelendung und Untergang —, nein, Glaube von jugendlicher Urwüchsigkeit und allerdings von ganz reifer Innerlichkeit zugleich, Glaube von jenem inbrünstigen Irrationalismus, der nicht vor dem ewigen Wort zurückschreckt: Credo, quia absurdum est.

Mehr von diesem zukunftsweisenden Glauben an deutsche Möglichkeiten innerhalb des notwendigen Weiterganges der nächsten Weltperioche ist in einer kleinen, ungemein gehaltvollen Schrift, die sich in der Grundthese in merkwürdiger Weise mit dem Buche von Thomas Mann berührt, in Graf Hermann Keyserlings Büchlein über „Deutschlands wahre politische Mission“ (Otto Reichl Verlag,

Darmstadt 1919). Auch Kehlerling geht von der Annahme aus, das Wesen des deutschen Volkes sei von Haus aus unpolitisch, kommt aber gerade von da zum Glauben an eine deutsche Sendung, da nämlich die Prägung der kommenden Weltperiode durch die Abwendung von der Staatsüberschätzung, durch die Relativierung des Politischen bestimmt sein werde, dessen ungerechtfertigte Verabsolutierung recht eigentlich Europa in sein gegenwärtiges Unheil hineingetrieben habe. Der Imperialismus der letzten Jahrzehnte entsprach weder dem tiefsten Willen noch auch dem Können unseres Volkes. Gerade die allzu bewußte Machtvergötterung bei uns ist ihm dafür ein Anzeichen. Deutschland kommt an die Reihe in dem nunmehr einsetzenden Vorgang der Überwindung der Politik, wo das Staatliche als ein kleines Fachgebiet seinen Fachleuten anheimfallen wird, ohne weiterhin von der allgemeinen Anteilnahme nach Art des westlichen Demokratismus getragen zu sein. Es kommt — mit anderen Worten — ein neuer Obrigkeitsstaat, und auch dafür bringt Deutschland alle Voraussetzungen mit, ebenso wie durch seinen Staatssozialismus. Zur Führerschaft in der neuen sozialistischen Weltphase prädestinieren das Deutschtum vor allem sein aristokratischer Grundcharakter, seine Wahrhaftigkeit und der konservativ-organische Zug seines Wesens. Deutschlands Aufgabe ist es, das Weltgewissen im Sinne geistiger Bewußtheit, wie auch moralischen Verantwortungsgefühles zu sein. Deutschland wird sich zum Gravitationszentrum des Ostens verfestigen und damit zum Führer der jungen Völker werden, wenn es ihm gelingt, die große Gefahr der Verwestlichung, der Amerikanisierung vorab, in sich zu überwinden und zugleich der Bolschewisierung zu entgehen.

Für die allenthalben zumeist spontan einsetzende Besinnung auf eine neue deutsche Weltendung, die mit der Überwindung des Westens beginnt und dem deutschen Geist vorerst die Führung in der geistigen Weltrevolution zuweist, ist auch dieses Zusammenklingen der Mannschen und Kehlerlingschen Gedanken bezeichnend. Bedeutet schon Kehlerling eine Überwindung des Mannschen Pessimismus, in der sich zum mindesten ein halber Generationsunterschied bekundet, so ist vollends eine dritte Schrift ganz und gar Zukunftsglaube und tief verankerte Zuversicht auf ungeahnte deutsche Möglichkeiten: Moeller van den Bruck neues Buch „Das Recht der jungen Völker“ (Verlag R. Piper u. Co., München 1919). Das West-Ost-Problem hat hier ein neues Gesicht gewonnen. Im Gegensatz der alten und jungen Völker zeigt Moeller van den Bruck den Schlüssel zugleich zum Weltkriege wie zum Frieden auf. „Alter eines Volkes ist Erbe; ist Besitz, Sättigung und Genuß; ist überkommener Ruf und Ruhm. Jugend eines Volkes ist Bereitsein; ist Anwartschaft; ist Recht auf Geltung.“ Um den Spielraum, den wir als junges Volk brauchen, wie ihn die anderen jungen Völker brauchen, die Japaner, Italiener, Bulgaren, Finnen: um ihn haben wir fünf Jahre gekämpft, ihn müssen wir uns in der Weltrevolution erobern, wenn wir ihn im „Weltfrieden“ nicht bekommen. Die alten Völker haben Ideen, die jungen kennen Probleme. Gegen die überalteten Ideen des Westens spielen wir die ostgewandten Probleme der neuen Welt aus. „Wer Ideen lobt, der lobt Geschichte, die war. Wer Probleme leugnet, der leugnet Geschehen: der leugnet Geschichte, die wird.“ Deutschlands, das in der Mitte liegt und ein altes Land ist mit einem jungen Volk, Deutschlands Aufgabe ist es, Westen an den Osten weiterzugeben und Osten im Westen zu erwecken. „Wir wollen Europa wieder als Gefüge errichten.“ Wir kämpfen um Gerechtigkeit. Gerechtigkeit für ein junges Volk ist das Recht leben zu dürfen. Um diesen unverlöschlichen Anspruch wird sich unter Deutschlands Führung ein Bund der jungen Völker bilden und er wird sich gegen die Entente richten, soweit sie bleibt, was sie immer mehr wurde: ein Zweckverband zur Unterdrückung der jungen Völker. Wilson, der Anwalt des jungen Westens, der sich an den alten Westen preisgegeben hat, Wilson hat das Banner der Gerechtigkeit als Weltprinzip pomphaft entfaltet und als Bannerträger kläglich versagt. Der Bund der jungen Völker wird in einem Rechtsfrieden als Recht nachholen, was ihm als „Gerechtigkeit“ verweigert wurde.

So setzt den Gedankengang, der bei Mann als entschlossene Abwendung vom westlichen Menschentum einsetzte, bei Kersierling als Wiedererstarbung des deutschen Selbstvertrauens weitergeführt wurde, Moeller van den Bruck in einem kraftvollen Anruf an die jungen Völker fort, die in Deutschland ihren natürlichen Führer sehen müssen, weil die Besinnung auf die neuen Weltprobleme in Deutschland am tiefsten und am breitesten Wurzel gefaßt hat. Dieser neue Glaube an die zu innerlichst unbefiegbliche deutsche Weltgeltung setzt den Zusammenschluß der neuen Träger dieser unserer Sendung voraus: er ist ein Anruf an die junge Generation. Diese junge Generation ist in der Absage an das Alte, an Aufklärung und Verwissenschaftlichung, an mechanistische Nüchternheit bei innerlicher Unbeweglichkeit, an leerlaufende Taktik ohne Sinn für ideelle Probleme: die junge Generation ist bei uns bereits einiger als man glaubt, einiger als sie selber weiß und sieht. Diese Einigung, die sich insbesondere als eine überraschende Annäherung der Rechten und der Linken gegenüber der alten liberal-reaktionären Mitte äußert, geht positiv auf die Erweckung eines neuen antiindividualistischen Korporativismus, eines neuen Erlebnisses vom Volk und Staat als lebendiger Leibgemeinschaft. Unausgesprochen schimmert dieser korporativistische Grundgedanke auch in den hier angeführten Büchern durch. Neue Leibwerbung unseres zerfetzten und zermürbten Volkes ist die Voraussetzung für unsere nationale Selbstbehauptung, an die wir allem Elend der Zeit zum Trotz als junge deutsche Menschen glauben, weil uns unsere Jugend, als Menschen und als Volk eine in ihrer Irrationalität, in ihrer Übervernünftigkeit unerschütterliche Gewähr unserer Zukunft, der Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes ist und bleibt.



Das Fazit des ersten Friedensvertrages



ünfeinhalb Monate, fast ein halbes Jahr, hat die Pariser Friedenskonferenz gebraucht, um den ersten Friedensvertrag zustande zu bringen, ein Werk, das nicht nur von den Besiegten, sondern auch von beachtenswerten Parteien im Lager der Sieger, den französischen Chauvinisten, den englischen, französischen, italienischen Sozialisten und den amerikanischen Republikanern angefochten wird, ja, das in einzelnen Teilen unfertig, in andern absolut unhaltbar ist. Wie lange wird es dauern, bis auch der letzte unserer einstigen Verbündeten unterschrieben haben, wie lange bis der letzte dieser Verträge ratifiziert sein wird? Und werden die Verträge mit der Türkei oder mit Bulgarien besser und gescheiter ausfallen? Nach der Probe, welche der den Österreichern vorgelegte Entwurf geliefert hat, ist das kaum anzunehmen. Wie aber ist, nach viereinhalb Kriegsjahren, diese Langsamkeit und Unvollkommenheit der Friedenskonferenzarbeit zu erklären?

Es ist gar keine Frage, daß die französischen Chauvinisten, die Kreise um die „Action française“ und die „Libre Parole“ recht haben, wenn sie Wilson vorwerfen, sein Völkerbund und seine vierzehn Punkte hätten alle Fragen kompliziert und die Verhandlungen unendlich aufgehalten. Auf englischer, französischer, selbst italienischer Seite lagen die Kriegsziele ganz klar; die Größe des Sieges, namentlich auch im nahen Osten, übertraf zwar die kühnsten Erwartungen und ließ Probleme auftauchen, die man noch nicht völlig durchdacht hatte, hier und da wie in der Frage nach Verteilung der Entschädigung, der deutschen Flotte, der deutschen Kolonien konnten leicht Reibungen entstehen, allein das alles ließ sich durch gegenseitiges Nachgeben oder Entschädigen ausgleichen und die Grundlinien standen unverrückbar fest: für Frankreich die Rheingrenze, Wiedergutmachung und freie Hand in Marokko, für England die afrikanischen Kolonien, Zersplitterung

der deutschen Konkurrenz, Vernichtung des deutschen Prestiges, für Italien die unterschiedlichen Geheimverträge. Erst der Völkerbund Wilsons, nebst dem Selbstbestimmungsrecht der Völker haben, in der Not der Stunde voreilig angenommen, diese klaren Grundzüge verwischt und ihre einwandfreie Verwirklichung unmöglich gemacht. Aber die Dinge lagen doch wiederum nicht so, daß nun diese Ideale, mögen sie nun ehrlich gemeint gewesen sein oder nicht — vieles spricht dafür, vieles dagegen — ohne weiteres in Realität umgesetzt werden konnten. Dazu hätte der Präsident zunächst wirklich als Unparteiischer, nicht als Verbündeter auftreten müssen, (daß Amerika dem Londoner Vertrag nicht beitrug, beweist daß man immerhin ein Gefühl für diese Tatsache hatte) dazu hätte er aber auch Macht genug besitzen müssen, sie nötigenfalls mit den Waffen gegen alle Völker durchzusetzen. Denn das Problem bestand in folgendem: die Wilsonsche Formel setzte an Stelle der Wirklichkeiten „Staat und Regierung“ den Begriff „Volk“, sie leugnete die Notwendigkeit der äußeren Politik und setzte allgemeine Abrüstung voraus, während in Wirklichkeit die befreiten Völker sofort Staaten zu werden verlangten mit wirtschaftlichen Vorrechten und militärisch sicheren Grenzen. Angesichts der aus diesen Forderungen sich ergebenden Konflikte jedoch hätte Wilson seine Forderungen nur mit einem Aufgebot von Macht durchsetzen können, das Amerika ihm bei seinem heute noch relativ geringen Interesse für wirkliche Weltpolitik zu übertragen nicht geneigt, vielleicht auch nicht einmal imstande war. Der kürzeste Weg, nach dem Waffenstillstand zum Frieden zu gelangen wäre also tatsächlich der gewesen, den ja auch manche Kreise in Deutschland im Falle eines Sieges einzuschlagen gedachten, dem Prinzip realer durch den Zusammenbruch des Besiegten erreichten Machtfülle zum Durchbruch zu verhelfen. Das aber konnte Wilson, zumal die Deutschen sich auf seine Grundsätze festgelegt hatten, unter keinen Umständen zugeben, und da auch die Alliierten, infolge der namentlich durch den Zusammenbruch der Türkei entstandenen Überfülle der Beute Reibereien unter sich fürchten mußten und daher, wenn nicht einen Schiedsrichter, doch eine Art ausgleichenden Unparteiischen brauchen konnten, so entschloß man sich allerseits zu Kompromissen; und nun trat ein, was immer eintritt, wenn man Möglichkeiten an Stelle von Gegebenheiten setzt, ein endloses Feilschen, Hin- und Herschieben, Wortgefecht mit theoretischen und praktischen Gründen. Der Verlauf der Verhandlungen zeigt aber die Merkwürdigkeit, daß man nicht nach einem festen Plan verfuhr, sondern wie der Zufall oder persönliche Bedürfnisse es ergaben, bald an diesem, bald an jenem Punkt die Welt wieder aufzubauen begann, sofort vorsichtig abbrechend, sowie sich Komplikationen zu ergeben drohten, daß man Abordnungen anhörte, an Kommissionen verwies, Entscheidungen aufschob, Mittelwege erwog, alles ohne feste Linie. Die Geschichte des sich dabei ergebenden Intrigenspiels wird kaum jemals völlig aufgeheilt werden, da im Rat der Vier, soviel man weiß, nur Communiqués herausgegeben, aber keine Protokolle aufgenommen worden sind, verkannt scheint mir jedoch in Deutschland Englands Rolle zu sein. Es wird vielfach bei uns angenommen, daß bei den Verhandlungen der Hauptgegner Deutschlands Frankreich gewesen sei, während England verschiedentlich zu mildern versucht hätte. Dem widerspricht aber, daß große Teile des Textes der Friedensbedingungen, wie sich aus bestimmten stilistischen Wendungen erschließen läßt, zunächst englisch niedergeschrieben worden sind und daß England ein sehr großes Interesse daran hat, Frankreich sich am Rhein festbeißen zu lassen, damit es von seinen sonstigen afrikanischen und vorderasiatischen Aspirationen abgelenkt wird. Daß England sich dabei scheinbar zu seinen Zugeständnissen an die französische Machtpolitik hat zwingen lassen, ist selbstverständlich, widerlegt aber diese Annahme keineswegs.

Bei solcher Arbeitsmethode war ohne weiteres klar, daß die Konferenz vom Hundertsten ins Tausendste geraten mußte, bis sich eines Tages infolge des italienischen Gewaltstreikes ergab, daß die Arbeits- und Nervenkraft der versammelten Staatsmänner der Erschöpfung nahe war, daß die Völker ungeduldig wurden und daß Einigkeit und Siegespreis mit jedem weiteren Tage mehr in

Frage gestellt wurden. Nun hieß es Hals über Kopf wohl oder übel zu einem Ende kommen und wenn man den Deutschen beleidigend kurze Verhandlungsfristen gestellt hat, so ist das nicht nur aus Grausamkeit geschehen, sondern aus dem Gefühl drängendster Not heraus. Es ist darum auch sehr leicht möglich, daß die Konzessionen der Entente noch größer ausgefallen wären, wenn sich bei uns außer den Unabhängigen, deren geringe Autorität die Entente nur scheinbar anerkennt, nicht noch andere Stimmen für die Unterzeichnung bemerkbar gemacht hätten. Wie sehr der Entente daran lag, wenigstens zu einem Abschnitt, den man allerdings als den Hauptabschnitt betrachtet, der Verhandlungen zu kommen, beweist eine Äußerung des „Manchester Guardian“ nach der Überreichung der Ententeantwort, in der gesagt wird: „Es gibt viele Leute, die behaupten, daß mit Rücksicht auf die Lage in Böhmen, Estland, Italien und anderswo achtundvierzig Stunden Bedenkzeit für die deutsche Delegation ausreichend seien. Jede Viertelstunde zeigt die gleiche Hast, endlich zu Ende zu kommen. Man fragt nicht mehr, ob die Änderungen Deutschland befriedigen werden, sondern ob der Friede Europa wirklich retten kann. Man bemerkt, daß man sich zu sehr vor Deutschland gefürchtet hat und zu wenig vor jenem revolutionären Zeitgeist, der stärker als Deutschland ist. . . Es ist möglich, daß man seiner noch einmal Herr wird, aber dann ist es die allerhöchste Zeit.“ Mit Recht hat Wilson auf dem Festmahl im Elysée am 26. darauf hingewiesen, daß das große Friedenswerk noch nicht beendet ist und die großsprecherischen Worte: „Es genügt nicht, eine Nation zu besiegen, die einmal Ables tat, wichtig ist, daß allen Nationen, die sich angeschlossen, ihr nachzuahmen, eine Warnung erteilt wurde, daß sie ihrerseits besiegt und der Verachtung ausgeliefert werden können“, klingen mehr wie die Drohung eines unsicher Gewordenen, der auf dem Sprunge steht, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen.

Und in der Tat ist die Welt weit davon entfernt, zur Ruhe zu kommen. Überall liegt Konfliktstoff angehäuft, die siegreichen Nationen leiden unter den schwersten inneren Erschütterungen, zunächst Italien, das in diesen Tagen seine gesamte Kriegspolitik zu verleugnen im Begriff steht, sodann Frankreich, das angesichts seiner Finanznöte und der Steuerseuer seines Bürgertums gezwungen ist zu wählen, ob es sich in völlige Abhängigkeit von den Verbündeten begeben oder eine gesunde Kontinentalpolitik einschlagen soll (Clemenceau oder Caillaux). Unter den österreichisch-ungarischen Einzelstaaten, in Rußland, wo der Günstling der Entente erst kürzlich eine entscheidende Niederlage erlitten hat, im neuen Polen, in Litauen ist die Lage noch völlig ungeklärt. Der Völkerbund ist bis jetzt lediglich ein Wort, das den Alliierten als Aufwiegler dient, um sich gegenseitig vor Überspannung nationaler Forderungen abzuwarnen, aber selbst die viel gerühmte Einigkeit zwischen Frankreich, England und Amerika beginnt zu zerbröckeln. In Frankreich werden die Worte gegen den „angelsächsischen“ Frieden täglich bitterer, und die Versenkung der deutschen Flotte hat zuviel Gelegenheit zu spizen Seitenbemerkungen gegeben, als daß man noch an französische Englandbegeisterung glauben müßte. England und Amerika aber beginnen sich über die irische Frage zu streiten, Amerika, aus republikanischen Wahlrücksichten, den Völkerbund zum Anlaß nehmend, das Selbstbestimmungsrecht der Iren zu verfechten, England als Gegenmaßregel sich jede Einmischung verbitend und dafür die Regierfrage aufs Tapet bringend. Nicht lange mehr wird es dauern und die große Allianz ist zerfallen.

Was soll angesichts dieser Lage Deutschland tun? Zunächst nichts, als versuchen innerlich zu erstarren. Arbeiten und nicht politisieren. Man mache sich klar, daß alles voreilige Rachegeheiß, so begreiflich die Entrüstung über die schmachvollen Friedensbedingungen auch ist, die Feinde zusammenhalten hilft, daß jeder Ruf nach Vergeltung den französischen Militaristen den Rücken stärkt und daß innerer Zwist der neuen Allianz noch keine Erleichterung für Deutschland bedeuten muß. Im Gegenteil muß es für die nächste Zeit als sehr wahrscheinlich gelten, daß England Deutschland schlägt und Amerika meint, denn jede Blockadeverlänge-

rung — eine solche wird ja bereits durch Reuter angekündigt — jede wirtschaftliche Schikane in Deutschland trifft Amerikas Handel, der nur wirtschaftlich leistungs- und zahlungsfähige Deutsche gebrauchen kann. Dann aber sind für den Augenblick alle Äußerungen über außenpolitische Bestrebungen nur geeignet, die geradezu haarsträubende deutsche Uneinigkeit im Inneren zu vergrößern. Diese aber müssen zu allererst verschwinden. Das heißt nicht außenpolitisch oder weltwirtschaftlich abdanken, sondern lediglich, zunächst die unumgänglich notwendige Basis für eine gesunde und zielstrebige Außenpolitik schaffen. Daß eine solche ohne einen in den Grundfragen geschlossen stehenden Volkswillen nicht möglich ist, dürften die Ereignisse der letzten vierzehn Tage auch den heißblütigsten Gewaltpolitikern bewiesen haben. Zur Einheit aber gehört zunächst der Wille zur Einheit. Solange große geschlossene Massen unseres Volkes einander Schurken, Hallunken und Verbrecher nennen, und von der Berechtigung dieser Benennung tief innerlich überzeugt sind, ist keine Einheit und damit keine Außenpolitik möglich. Ein Auslandsfreund sagte mir einmal: „Wann immer ich einen Deutschen nach andern Deutschen gefragt habe, immer hat er, auch wenn andere Ausländer zugegen waren, über diese andern zunächst mal weiblich geschimpft.“ Das muß aufhören. Es wäre aber schon viel gewonnen, wenn die gegenseitige Verhöhnung aufhörte. Die Einsicht muß allgemein werden, daß politische Ansichten an sich nichts Verbrecherisches, sondern, vielleicht nicht immer erfreuliche, aber jedenfalls natürlich sich ergebende Produkte des bestehenden und gewordenen Staats- und Gesellschaftslebens sind, und daß jeder einzelne zu seinem Teile in steter Alltagsarbeit dazu beizutragen vermag, daß die Grundlagen dieses Gesellschaftslebens den natürlichen Anforderungen der Zeit möglichst reibungslos entsprechen. Wirken durch Beispiel ist heilsamer als Schimpfen und Höhnen. Restlos angenehm wird das Leben in den nächsten Jahren für niemanden in Deutschland sein, wir werden es nur ertragen, wenn wir unter das Vergangene energisch einen Strich zu ziehen vermögen und auf den durch den Friedensvertrag nun einmal gebotenen Grundbedingungen des Lebens neu aufbauen. Und das müßte doch ein kühner Vertrag sein, der ein in sich geschlossenes Volk, das zum Leben entschlossen ist, völlig einschnüren könnte! Nach innen die Versöhnungshand, nach außen die Arbeitsfaust und die kleinen Hausmittelchen der Politik, die Gläschen, Pflaster und Pülverchen zum Fenster hinaus, mehr Natur und weniger Geschäftigkeit, mehr ruhiges Wachsenlassen als theoriegeborenes Hofmeistern, mehr Bauern und weniger Intellektuelle, so kann Deutschland wieder gesunden.

Mnenius



Neue Bücher

Worte englischer Minister im Original nebst deutscher Übersetzung, herausgegeben von Eugen Fischer. Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin. Preis geh. 2 M.

Zur rechten Zeit wird uns diese Sammlung von Aussprüchen der führenden Männer Englands im Kriege vorgelegt, die sie heute, wenn Sinn nicht zum Unfinn werden soll, in feiger, widerwärtiger Weise Lügen strafen. — Zur Erinnerung. —

Einmal hörten wir aus Lloyd Georges Munde, daß eine Vernichtung oder Spaltung Deutschlands oder des deutschen Volkes nie das Kriegsziel Englands gewesen sei, daß es durchaus nicht sein Wunsch oder seine Absicht sei, die große Stellung, die Deutschland vor dem Kriege in der Welt einnahm, in Frage zu stellen oder zu vernichten. England kämpfe auch nicht, um Österreich-Ungarn zu zerstören oder die Türkei ihrer Hauptstadt oder ihrer reichen, berühmten Besitzungen in Klein-Asien und Thrakien zu berauben. Es bestehe auch kein Anspruch

auf Kriegsschädigung, wie sie Deutschland 1871 Frankreich auferlegt hat, oder die Kosten der Kriegshandlungen von einem Kriegführenden auf den anderen abzuwälzen, eine Schlichtung von Gebietsfragen müsse auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und der Zustimmung der regierten Völker erzielt werden. Die Völker aber sollen sich zusammentun, um einander und die Welt als Ganzes gegen Gewalt, Betrug und Sabotage der Mächtigen zu schützen. — Und Asquith sprach von der europäischen Gemeinschaft, die sich auf die Anerkennung gleicher Rechte gründet und durch einen einheitlichen Willen errichtet und bekräftigt wird. Sobald der Krieg zugunsten der Verbündeten entschieden sei, werde sie mit einem Schlage in den Gesichtskreis und bald auch in den Arbeitskreis der europäischen Staatsmänner treten. Er erwarte nichts von einem Frieden, der dem Besiegten unter Nichtbeachtung der Rechtsgrundsätze und der geschichtlichen Überlieferungen dem Besiegten einen Vertrag auferlegt. Der leitende Grundsatz, den alle freien Völker der Welt bereit, ja begierig sind anzunehmen, sei der, daß nach Rassenverwandtschaft, geschichtlicher Überlieferung und vor allen Dingen nach den wirklichen Wünschen und Bestrebungen der Bewohner verfahren werden muß, denn es gibt keine häßlichere Brutstätte des Krieges und seiner Ursachen, als das Vorhandensein abgetrennter und unzufriedener Nationalitäten, die auf künstliche Weise von ihren Stammverwandten und ihrer rechtmäßigen Heimat abgeschnitten sind. Weder in England noch in Amerika sei auch nur je vorgeschlagen worden, Deutschland und das deutsche Volk nicht nur zu besiegen, sondern auch zu demütigen, an den Bettelstab zu bringen und schließlich als Triebkraft in der weiteren Entwicklung der Menschheit zu vernichten. Niemand bedrohe den Bestand, die Unabhängigkeit und die friedlichen Unternehmungen des Deutschen Reichs. — Balfour bestritt mit kräftigen Worten im Unterhause, daß die Alliierten gebunden seien, an Frankreich oder einen unabhängigen Staat die tatsächlich deutschen Teile Deutschlands auf dem linken Rheinufer auszuhandigen und daß das Ziel der Alliierten sei, anerkannt deutsches Gebiet wegzunehmen und vom Deutschen Reiche loszureißen, und Churchill, der den Ursprung des Krieges in den grausamen Bedingungen fand, die Frankreich nach dem Kriege 1870 auferlegt wurden, verkündete weithin in öffentlicher Rede, daß England sich nach Abschluß des Weltkrieges hüten wolle, in denselben Fehler zu verfallen wie Deutschland, als es Frankreich auf die Knie gezwungen hatte.

„Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse sich dabei doch auch was denken lassen“ — so sprach Mephisto. — — —

Peter



Berichtigung. Im Aufsatz „Deutschland und Armenien“ von Thea v. Buttkamer in Heft 26 d. J. heißt es, daß das gleichnamige Werk von Dr. Johannes Lepsius im Tempelverlag in Leipzig erschienen sei; tatsächlich ist es im Tempelverlag in Potsdam erschienen. Der schön ausgestattete, inhaltlich überaus wertvolle Band kostet in Pappband 15 Mark.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: Dr. Mathilde Rechner in Berlin-Galensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Periphrastischer des Herausgebers: Amt Richterstraße 438, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Erud.: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Defauer Straße 33/37.



Das Heer des Helotenstaats

Von Dr. von Szcepanski



iemals wird es Aufgabe des Historikers sein, dem Politiker in das Handwerk zu pfuschen oder ihn leiten zu wollen. Wohl aber darf jener das Recht in Anspruch nehmen, von den Pfaden der Erkenntnis her, die er gewandelt ist, Betrachtungen über die Entwicklungsmöglichkeiten anzustellen, die aus den Tendenzen und Prinzipien sich ergeben, welche der Staatsmann in sein politisches System aufgenommen hat oder aufzunehmen im Begriff steht. Besonders dürfte solche vergleichende Auschau und Umschau am Platze sein, wo die organische Entwicklung gestört wurde, wo die historisch gewordenen Grundlagen des staatlichen Eigenlebens durch Willkür oder fremde Vorschrift beseitigt und ersetzt werden sollen, wie dies beispielsweise bei der kommenden Umbildung der sogenannten deutschen Wehrmacht der Fall ist. Es soll jetzt nicht auf das dabei ja ebenfalls vorhandene Problem der Beziehungen des Heeres zur Staatsbestimmung und Staatsverfassung hingewiesen werden; vielmehr wollen diese Zeilen sich mit dem Gefüge der inneren Heereseinrichtungen beschäftigen, soweit es aus der Befolgung der Bestimmungen des Friedensvertrages, aus den bisher bekannten Absichten der Reichsregierung, sowie aus den gegebenen historischen Erfahrungen und Zusammenhängen sich herleiten läßt. In letzterer Hinsicht mag gleich bemerkt werden, daß, da die territorialen und militärischen Forderungen des Versailler Friedens ja von den besonderen Sicherheitsbedürfnissen des französischen Staates sich herschreiben, auch die Vergleichung mit Vorgängen und Zuständen in Frankreichs Vergangenheit naheliegt.

Das Ersatzwesen des deutschen Heeres der Zukunft soll auf freiwilliger Dienstverpflichtung beruhen, eine Ergänzungsart, welche zunächst einmal das Vorhandensein oder die Bildung von Werbestellen für die einzelnen Truppenteile oder höheren Verbände voraussetzt, wie sie — neben den als Aufsichts- und Versorgungsbehörden für die ehemaligen Angehörigen des alten Heeres weiterbestehende Bezirkskommandos — ja bereits für die Reichswehr- und Grenzschutzformationen tätig sind. Denn auch die vorläufige Reichswehr ist ein Söldnerheer, das auf die Anwerbung von Freiwilligen beruht und bestimmt ist, bis zur Schaffung der neuen, auf Grund des Friedensvertrages reichsgesetzlich zu regelnden Heereseinrichtung die Reichsgrenzen zu schützen, den Anordnungen der Reichsregierung Geltung zu verschaffen, sowie Ruhe und Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten. Nur ist zu beachten, daß die zur Reichswehr übergetretenen Mannschaften des alten Heeres und sonstigen Freiwilligen bei hoher Besoldung auf verhältnismäßig kurze Kündigungsfristen angestellt sind, während die künftigen

Dienstverträge auf zwölf Jahre werden abgeschlossen werden müssen. Es ist dies das ausschließliche Prinzip des engagement, welches seinerzeit in der Heeresverfassung des zweiten Kaiserreichs der Franzosen neben dem gesetzlich ebenfalls zulässigen appel und remplacement, also neben der Aushebung und der Stellvertretung, vormaligte.

Nun sind ja heute im deutschen Reich eine Menge solbatisch ausgebildeter Kräfte vorhanden; dennoch fragt es sich, ob überhaupt die zugelassene Anzahl von Mannschaften für eine Polizeitruppe sich zur Verfügung stellen wird. Aber selbst dies angenommen, so ist die eigentliche entscheidende Frage doch diese, welchen Geistes und Charakters diejenigen Elemente sein werden, die auf zwölf Jahre dem Handwerk sich zu verpflichten gedenken. Man hat bereits gelesen, daß der Republikanische Führerbund es sich angelegen sein lassen will, seine Gefinnungsgenossen in die Reihen der neuen bewaffneten Macht hineinzubringen, um auf diese Weise und auf alle Fälle zu verhindern, daß es jemals ein Werkzeug der so gefürchteten Reaktion werden könne. Aber nicht einmal auf dem Gebiet parteipolitischer Sonderfärbung des Heereserfages liegen die schwersten Zukunftsbedenken, sondern darin, daß neben vielen wirklichen Liebhabern des Soldatenberufs in erster Linie arbeitslose und arbeitsscheue Leute sich einen Lebensunterhalt durch ihre Einstellung in das Heer suchen werden. Für diese aber und alle anderen, die sich ebenfalls nur durch die augenblickliche Lage ihrer und der allgemeinen Verhältnisse in die Soldatenlaufbahn drängen lassen, entsteht noch die Frage, was nach Ablauf des Dienstvertrages aus ihnen werden soll. Hier wird nun die sozialistische Republik, der wir ja immer mehr zuzusteuern scheinen, sich der Verpflichtung nicht entziehen dürfen, den zu Entlassenden neue Erwerbsmöglichkeiten zu bieten, und dies wird um so notwendiger, aber auch um so schwieriger sein, als es sich dann voraussichtlich fast ausschließlich um die Versorgung von Soldatenfamilien handeln wird. Oder soll man annehmen, daß das demokratische Deutschland dem autoritären Frankreich Napoleons des Dritten durch das Gebot der Ehelosigkeit für die Mannschaft des Heeres nachzusehen werde — ein Gebot, das, wie wir aus der Geschichte des französischen Heeres wissen, nicht nur die schwersten sittlichen Nachteile mit sich bringt, sondern ja auch die persönliche Freiheit des einzelnen in ganz undemokratischer Weise einschränken würde?

Mit welchen Zahlen Versorgungsberechtigter aber wäre zu jedem Zeitpunkt zu rechnen? Bis zu 5 Prozent der Mannschaft darf jährlich auch vor Ablauf der Dienstverpflichtung entlassen werden, also höchstens 5000 Mann. Es mag vielleicht gelingen, sie mühelos der wirtschaftlichen Arbeit zuzuführen, ohne daß dadurch dem Staatsfiskus überhohe Kosten erwachsen. Selbst wenn nun von jenem Recht der Entlassung jedes Jahr fast in vollem Umfange Gebrauch gemacht wird, so würden im zwölften Jahre des Bestehens der Neueinrichtung doch noch die Hälfte des Heeres, 50 000 Mann, den Anspruch auf Entlassung und Versorgung haben. Unter diesen Umständen wird wohl nichts anderes übrig bleiben als die Einführung des einst in Frankreich üblich gewesenen rengagement, also der Wiederanwerbung eines Teiles der ausgedienten Soldaten, ein Mittel, zu dem mit den Jahren vielleicht auch mangelndes sonstiges Angebot zwingen könnte. Solche Entwicklung der Freiwilligkeit des Verbleibens im Dienst entspräche ja ebenfalls demokratischen Grundsätzen; außerdem verstärkt sich durch sie der Stamm ausgebildeter und erfahrener Soldaten im Heere, ein bei einer Söldnermacht sehr wichtiges Moment. Freilich wird man dann auch nicht unterlassen dürfen, diesen alten Wiederangeworbenen — um für Zufriedenheit unter ihnen, den einflußvollsten, zu sorgen — augenblickliche wirtschaftliche Vorteile, also höheres Soldgeld, Soldzulagen und dergleichen zu gewähren, wie auch eine auskömmliche Altersversorgung sicherzustellen, lauter Dinge, die unter dem französischen Kaiserreich in den sechziger Jahren sich durchsetzten. Die Wiederanwerbung wird, da eine obere Grenze für das Lebensalter der Heeresangehörigen vorläufig nirgends festgesetzt ist, selbst noch bei Männern erfolgen können, die bereits in den letzten Jahren der heutigen Landsturmpflicht stehen; denn die rein polizeilichen Aufgaben

des künftigen Heeres entheben dessen Ersatz ja den strengen Anforderungen der Kriegsbrauchbarkeit.

Nun wollen wir andererseits auch nicht vergessen, daß ein Teil der Mannschaften dieser bewaffneten Macht ja seine Versorgung durch ein Aufsteigen in den Offiziersberuf finden wird, für den sie sich dann mindestens bis zum fünf- und vierzigsten Lebensjahr verpflichten müssen. Es ist anzunehmen, daß die in dieser Hinsicht für die vorläufige Reichswehr gegebenen Bestimmungen auch von dem Zukunftsheer übernommen werden. Diese Bestimmungen setzen als Grundlage bei der Bewertung um eine Offizierstelle zwar die wissenschaftliche Reife für Obersekunda fest, wollen sich aber, wo diese nicht vorhanden, auch mit einer guten Volksschulbildung begnügen, die dann durch einen, sage und schreibe: sechswöchentlichen Volksschullehrgang mit abschließender Prüfung nachgewiesen werden soll. Bis zu einem Drittel des jährlichen Offiziersersatzes soll, wenn wir recht unterrichtet sind, auf diese Weise aus dem Unteroffizier- und Mannschafstands herangezogen werden. Es ist nun allerdings noch immer an dem, daß der Wert des Offiziers namentlich in den niederen Graden nicht vorzugsweise auf seinem Wissen, sondern auf seiner Pflichttreue und der Stärke seines Willens beruht. Die eine Folge dieser Neueinrichtung aber muß sich von selbst einstellen, daß wir nicht mehr ein innerlich geschlossenes Offizierkorps, sondern einen in seiner geistigen Bildung gespaltenen und nach seiner Erziehung des einzelnen verschieden zu bewertenden Offizierstand in Deutschland haben werden. Auch hierin nähern wir uns also den Zuständen des letzten Kaiserreichs der Franzosen.

Weiter nun wird man sich nach den historischen Erfahrungen und nach diesen Ausführungen über die neueren Entwicklungsgrundlagen ein Bild von der Rückwirkung dieser Einrichtungen auf den Geist im Zukunftsheere machen können. Die im Volke noch vorhandenen gesunden Kräfte vermochten im kaiserlichen Frankreich auf den Heeresgeist um so weniger einzuwirken, je mehr die bewaffnete Macht zum Berufsheer sich entwickelte. Diese Beobachtung ist um so bedeutsamer, als es sich dort um ein Volk und eine Wehrgemeinschaft von zweifellos einheitlichem Nationalgefühl und von konfessioneller Geschlossenheit handelte; die hemmenden Kräfte lagen in der Hauptsache bei den sozialwirtschaftlichen Gegensätzen, deren sich die Politik im Heere bemächtigen konnte; denn dieses Heer durfte Politik treiben, durfte „debattieren“. Auch in Deutschland sind wir heute so weit. Freitschle aber schon hat uns belehrt, „daß ein debattierendes Heer der schlimmste Feind der Freiheit ist und das Recht des Bürgers nur da gesichert bestehen kann, wo die bewaffnete Macht keinen eigenen Willen hat“. Der vortreffliche Geist in der heutigen Reichswehr, unter Führung der Offiziere von altem Schlage und voll lautersten Pflichtgefühls, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß selbst ein aus guten Elementen zusammengesetztes Berufsheer einer besonders strengen Disziplin und zu ihrer Aufrechterhaltung harter Militärgeetze bedarf. In ganz anderer Richtung geht aber die Strömung in Volk und Volksvertretung. Strenge Strafbestimmungen pflegen die Kluft zwischen Vorgesetzten und Untergebenen zu erweitern, und erst recht dort, wo das niedere Offizierkorps aus der Masse sich ergänzt. Der gebildete Offizier wird getrennt von diesem, dieses ohne Zusammenhang mit den Soldaten ein Klassendasein führen — nicht von heute und von morgen ab, aber sicher dann, wenn ein Jahrzehnt der neuen Entwicklung dahingegangen ist; und ohne inneren Zusammenhang mit dem Volkstum wird diese zu einem Drittel als berittene Gendarmerie gegliederte bewaffnete Polizeimacht kein geeignetes Werkzeug sein, um auch nur als erinnerndes Beispiel an die einstige Wehrkraft den kommenden Generationen der Deutschen vor Augen zu stehen.



Sozialisierung und Einzelwirtschaft

Von Arthur Dig



In unserer gährenden Zeit feiern Organisationswut und Produktionswut auf der einen, Freiheitsdrang und Arbeitsunlust auf der andern Seite einen wahren Herensabbat. Wild brodeln die Gedanken durcheinander, jahrhunderte alte und neuere; es werden mit denselben Mitteln ganz verschiedene Ziele, dieselben Ziele mit ganz verschiedenen Mitteln erstrebt; Schlagworte fliegen durch die Luft und benebeln die Köpfe; wenn man aber genauer hinblickt, verbergen die gleichen Schlagworte grundverschiedene An- und Absichten. Bald tobt Organisationswut sich um ihrer selbst willen aus; bald ist sie eine Erscheinungsform der Produktionswut; bald wieder verfolgt sie umgekehrt den Zweck, die Menschen gerade aus den Bahnen dieser Produktionswut zu befreien. Die einen wollen sozialisieren, normalisieren und typisieren, um die deutsche Produktion zur höchsten Vollendung zu steigern und trotz aller feindlichen Friedensbedingungen Deutschland doch wieder einen sicheren Platz auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Die andern wollen sich ganz der Mittel der Zwangswirtschaft bedienen, nur um das nötigste Maß deutscher Produktion für den Eigenbedarf mit möglichst geringer Kraft- und Zeitaufwendung durchzuführen, damit jedem Arbeiter das höchste erreichbare Maß an freier Zeit verbleibe.

Stärkster Arbeitseifer und größte Arbeitsunlust bedienen sich tatsächlich in beträchtlichem Umfange der gleichen Mittel, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Die Propheten eines zum äußersten Extrem getriebenen Sozialismus und Kommunismus verkünden ihren Gläubigen, daß sie in Wahrheit nichts anderes verfolgen, als den äußersten Individualismus, meinen sie doch durch zweistündige Zwangswirtschaft einem jeden 22 Stunden absoluter Freiheit am Tage schenken zu können. So ist eine Begriffsverwirrung entstanden, in der Klärung bitter nottut; aber die Klärung kann nur das Ergebnis einer Gährung sein, die wir wohl noch geraume Zeit über uns werden ergehen lassen müssen.

Letzten Endes drehen wir uns ja doch nur im Kreise herum um die tiefsten Zweckfragen aller Wirtschafts- und Sozialpolitik, um das Problem der Probleme: einer möglichst großen Zahl von Menschen ein möglichst großes Maß von Glück zuteil werden zu lassen. Die Produktionswütigen sehen das möglichst große Maß von Glück in der Befriedigung möglichst hoch geschraubter Bedürfnisse. Eine übertriebene Produktionssteigerung aber bedingt einen übertriebenen Arbeitsaufwand und läßt den produzierenden Menschen keine Ruhe, die Produkte ihrer übersteigerten Arbeit zu genießen. Die Arbeitsunlustigen sehen das größte Glück in größtmöglicher Ausdehnung der arbeitsfreien Zeit und gehen in der alleinigen Sorge um die Beschränkung des Arbeitsmaßes so weit, daß auch die Möglichkeit kultivierten Genußes der arbeitsfreien Zeit auf das äußerste eingeschränkt würde oder schließlich ganz in Fortfall käme.

Beide Teile bewegen sich so in einem fehlerhaften Zirkel. Aberdies kommen die Berechnungen und Pläne beider Teile gerade in der gegenwärtigen äußeren Lage der deutschen Wirtschaft zur ungünstigsten Zeit. Wenn wir heute unsere Produktion und unseren Arbeitsaufwand bis an die letzten Grenzen des Menschenmöglichen steigern, so verrichten wir damit doch schließlich nur Frohnarbeit für unsere Feinde, die uns auch das letzte Produkt unseres eifrigen Schaffens zu nehmen bereit sind. Letzten Endes erklärte sich ja schon vor dem Kriege die uns zuteil werdende Abneigung größtenteils aus unserem beispiellosen Arbeitseifer, aus dem Arbeitszwang, den wir dadurch auf alle unsere Wettbewerber ausübten, denen wir ihre altgewohnte Ruhe beschränkten. Suchen wir diese Arbeitshaft und diese eifrige Produktionssteigerung jetzt noch weiter zu entwickeln, so wird die Welt nur wiederum in noch gesteigertem Maße scheel sehen auf diese deutsche Unrast und diesen überhitzten deutschen Wettbewerb.

Andererseits ist den extremsten Gegnern dieses Systems, deren Ziel man schließlich als eine natürliche Reaktion begreifen könnte, entgegenzuhalten, daß sie in ihrem Verlangen nach höchstmöglicher Ruhe der äußeren Lage Deutschlands erst recht keine Berücksichtigung widmen. Der Gedanke, durch Sozialisierung und Normalisierung dahin zu wirken, daß die notwendige Güterproduktion mit geringst möglichem Arbeitsaufwande durchgeführt werde, mag in aller Ruhe und Sachlichkeit verfolgt werden in Zeiten blühender, gesicherter Wirtschaft und in Zeiten eines chronischen Arbeitermangels. Er wird aber höchst bedenklich in Zeitläuften, in denen unsere Wirtschaft daniederliegt, in die höchste Abhängigkeit vom Auslande gerät, und in denen es vor allen Dingen darauf ankommt, Millionen Arbeitsunlustige wieder zur Arbeit zu erziehen.

Heute sind wir mehr denn je darauf angewiesen, unseren Nahrungsmittelbedarf aus dem Auslande zu decken. Wir müssen also notgedrungen, da wir keine andere Möglichkeit der Anschaffung haben, Ausfuhrsgüter produzieren. Um aber Ausfuhrsgüter herstellen zu können, bedürfen wir auch eines Maßes von Rohstoffeinfuhr, das beträchtlich hinausgeht über jene Mengen, die wir ohnehin benötigen zur Deckung unseres Eigenbedarfes an Kleidung und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs. Die Einfuhrsgüter müssen hergestellt werden zu wettbewerbsfähigen Preisen; hierzu ist angespannte und unter Nutzung aller technischen Möglichkeiten gehobene und vereinfachte Produktion erforderlich. Andererseits aber dürfen wir nicht die Wirtschaft, will sagen die Gütererzeugung, als Selbstzweck betrachten, dürfen nicht lediglich ausgehen von der Frage: Wie schaffen wir mehr Produkte? — sondern müssen die Frage voranstellen: Wie schaffen wir mehr Arbeitsgelegenheit, mehr Unterhalt für die vorhandenen Arbeitskräfte? — und dürfen auch die weitere Frage nicht vergessen: Wie schaffen wir mehr selbständige Existenzen?

Die Sozialisierung will für die wirtschaftlichen Zwecke im Grunde genommen ausschließlich unselfständige Existenzen schaffen, die in jedem Schritt gelenkt werden durch die staatliche Vormundschaft. Diese völlige Unselbständigkeit im wirtschaftlichen Leben versuchen die Propheten der Sozialisierung dadurch auszugleichen, daß sie für das zeitlich wesentlich erweiterte Privatleben größtmögliche Freiheit verheißen. Wenn aber die Sozialisierung und Normalisierung darauf hinausläuft, Arbeitskräfte zu sparen, so wird dadurch in der gegenwärtigen Lage nicht die freie Zeit der befriedigend entlohnten Arbeiter vermehrt, sondern es wird zunächst die Arbeitslosigkeit gesteigert, während es gerade eine unserer dringlichsten Aufgaben wäre, der Arbeitslosigkeit zu begegnen und alle Kräfte nutzbar unterzubringen.

Tatsächlich zeigt sich eben in dieser Epoche, in der alle Welt sich theoretisch mit dem Sozialisierungsproblem beschäftigt, praktisch die Erscheinung einer neuen Steigerung der Individualwirtschaft. Staatliche Zwangs Eingriffe und übersteigerte Arbeiterforderungen haben im Verein mit unserer äußeren Lage die industriellen Großbetriebe an den Rand des Ruins gebracht. Aber auch der mit fremden Kräften arbeitende Handwerkerbetrieb ist naturgemäß nicht in der Lage, die heutigen Forderungen der Hilfskräfte zu erfüllen. So zieht sich der Handwerksmeister zurück auf den Familienbetrieb und der arbeitslos gewordene Geselle und Arbeiter errichtet auch seinerseits einen kleinen Einzelbetrieb. Tatsächlich beobachten wir in den Städten ein plötzliches Anschwellen dieser kleinen Handwerksbetriebe, denen reichliche Arbeit zufällt durch das in fünf Ruhejahren des Handwerks ungeheuerlich gesteigerte Bedürfnis namentlich nach Reparaturarbeiten.

Diese mit einem Schlage neu aufkommende Individualwirtschaft deckt, in freilich sehr bescheidenem Maße, das Bedürfnis nach Arbeitsgelegenheit abseits des staatlichen Zwanges und unerfüllbarer sozialer Forderungen. Sie steht in scharf ausgeprägtem Gegensatz zu den Sozialisierungswünschen, aber sie ist angesichts des Übermaßes beschäftigungsloser Kräfte als mindestens in gewissem Grunde zeitgemäß zu betrachten. Dieser Vorgang offenbart in seiner Weise, wie sehr wir uns gegenüber der Praxis auf Irrwegen befinden, wenn wir theoretisch nur

an die Steigerung der Produktion, nicht aber an die Unterbringung der Produktionskräfte denken.

In einem offenen Briefe vom 30. April d. J. hat der Bremer Großkaufmann Ludwig Roselius gegenüber den Vertretern technisch vollendeter Sozialisierung, die nur an die Produktion, nicht aber an die Produzenten denken, Walther Rathenau und Richard von Mollenhoff, allgemein den Standpunkt vertreten, daß umgekehrt der Staat gerade Interesse an der Unterbringung möglichst zahlreicher selbständiger Existenzen habe, auch wenn die Produktion dabei vergleichsweise verringert, bzw. nicht unbeträchtlich verteuert wird.

„Es ist ein falscher Grundgedanke, anzunehmen, daß beispielsweise eine Fabrik, wo sämtliche Stiefel für Deutschland hergestellt werden können, wirtschaftlich vorteilhafter für die Gesamtheit ist, als hunderttausend (100 000) Handwerkerbetriebe, die über das ganze deutsche Reich verteilt sind. Selbstverständlich gebraucht eine Reichsfabrik weit weniger Arbeiter als 100 000 Handwerkerbetriebe, die über das ganze deutsche Reich verteilt sind, schätzungsweise 30 000 Arbeiter anstatt 300 000. Ein Vergleich der Herstellungspreise ergibt wahrscheinlich, daß die Stiefel in der Reichsfabrik um mehrere Mark billiger hergestellt werden können. Die Rechnung verschiebt sich erst dann, wenn ich die Gegenprobe mache: 30 000 Arbeiter ernähren nur 90 000 Menschen, 300 000 Arbeiter ernähren aber 900 000 Menschen. Eine Staatsfabrik müßte also, um wirtschaftlich zu sein, so viel billiger arbeiten, als die Handwerkerbetriebe, daß von der Preisdifferenz von 810 000 Menschen Lebensunterhalt und auch noch etwas darüber für sonstige Ausgaben gewonnen werden könnte. Dies ist aber auch nicht annähernd der Fall. Rechnen wir für den Verbrauch eines Menschen 1500 Mark das Jahr, so ergibt sich ein Betrag von 1 215 000 000 Mark, um den die Staatsfabrik die Stiefel billiger müßte liefern können, als die 100 000 Handwerkerbetriebe. Da nun ein solcher Betrag niemals erspart wird, so folgt, daß trotz des an und für sich höheren Einstandspreises für Stiefel die 300 000 Handwerker volkswirtschaftlich billiger und vorteilhafter arbeiten, als die Staatsfabrik. Die Zentralisation der Betriebe ist nur dann moralisch gerechtfertigt, wenn ein Mangel an Arbeitern herrscht. Von diesem Standpunkt aus läßt sich auch das Vorgehen der großen kapitalistischen Gesellschaften, wie z. B. der A. E. G. vor dem Kriege rechtfertigen. Durch Zusammenschluß wurde zwar ein Betrieb errichtet, der für die Gemeinwirtschaft nachteilig war, der aber Arbeiter sparte. In der heutigen Zeit des Arbeiterüberflusses aber zur Zusammenlegung und Vergesellschaftung der Betriebe zu schreiten, ist ökonomischer und volkswirtschaftlicher Wahnsinn.“

Jetzt beobachten wir das Satyrspiel, daß gerade das emsige Hinsteuern auf die Sozialisierung die umgekehrte Wirkung ausübt, eine Vermehrung der Individualwirtschaft im hier gekennzeichneten Sinne zu bewirken. Wir sehen eine Umkehrung der landläufigen Begriffe, wie sie sich namentlich in Anlehnung an die Lehren eines Karl Marx herausgebildet hatte. Man pflegte Marx vorzuhalten, daß er bei seiner Lehre lediglich die zwangsläufige Entwicklung der Industrie zum Großbetriebe im Auge gehabt, dagegen übersehen, daß die Entwicklung der Landwirtschaft zur Förderung des Kleinbetriebes dränge. Man hing an der inneren Kolonisation und prägte das Schlagwort: „Bauerngut an Bauerngut vom Rhein bis zur russischen Grenze.“ Nun hat aber auch bezüglich der Landwirtschaft die Erfahrung des Krieges uns doch auch den ländlichen Großbetrieb aufs neue schärfen gelehrt; denn er birgt die verhältnismäßig geringste Zahl von Selbstversorgern und demgemäß die Möglichkeit der Abführung großer Produktionsüberschüsse an die in den Großstädten angehäuften Konsumentenmassen. In dem Augenblick zumal, in dem uns durch die Pariser Friedensbedingungen die Abtrennung der Ostmarken drohte, kam uns klar zum Bewußtsein, wie verhängnisvoll der Verlust dieser produktionsreichen Bezirke des Großgrundbesitzes für die Selbständigkeit und Sicherheit unserer Volksernährung sein muß, da wir gerade aus ihnen die verhältnismäßig reichsten Überschüsse an Brotgetreide, Kartoffeln, Zucker und Großvieh beziehen.

Während also auf der einen Seite der lange Zeit unterschätzte landwirtschaftliche Großbetrieb wieder zur rechten Wertung gelangt ist, sehen wir auf der anderen Seite in der Industrie den plötzlichen Ruin der Großbetriebe und das Wiederaufkommen des industriellen bzw. handwerksmäßigen Kleinbetriebes, in dem der Menschenüberfluß Unterkunft sucht. Infolge der wirtschaftlichen Bedingungen, die unsere Feinde uns jetzt aufzwingen, scheint sich ein Rückbau zu primitiver Wirtschaft vollziehen zu sollen, hervorgerufen durch die Zwangslage, jede Mehrproduktion an die Entente abliefern zu müssen, und hervorgerufen durch die ungewollte Wirkung der Sozialisierungspläne, die eine Steigerung der Individualwirtschaft nach sich ziehen.

Es müssen neue politische Gedanken ans Tageslicht, beziehungsweise die Gedanken, die heute in schillernden Schlagworten geborgen sind, politisch produktiv gestaltet werden, um der Politik eine Richtung zu geben, die nicht nur im staatsbauenden, sondern auch im wirtschaftlichen Sinne als produktiv wirkend bezeichnet werden kann. Was wir brauchen, ist keine reine Produktionspolitik, sondern eine im höheren Sinn produktive Politik, die uns aus den Gährungen der Zeit herausführt zur Klärung, indem sie den widerspruchsvollen Zeitgedanken das Brauchbare entnimmt, und dadurch zur Ebung der Widersprüche beiträgt. Eine wirtschaftliche und soziale Weltrevolution ist im Gange, und Deutschland muß danach trachten, ihr endgültiges Gepräge so zu beeinflussen, daß seiner eigenen, im Augenblick so hart bebrängten Zukunft Segen daraus erwächst. Von Osten her strebt man, der Weltrevolution das Zeichen des Bolschewismus aufzudrücken, im Westen will sich der alte Kapitalismus in allen seinen Entartungen wirtschaftlicher, sozialer und imperialistischer Art behaupten. Deutschland droht zum Kampfplatz zwischen Bolschewismus und Kapitalismus zu werden, wenn es nicht versteht, der Weltrevolution durch eigene produktive Politik, durch geistige Schöpfungskraft seiner führenden Männer, eine Wendung zu geben, die hindurchführt zwischen der Scylla des Bolschewismus und Charybdis des ausartenden Kapitalismus. Seiner alten Eigenart gemäß, erscheint gerade Deutschland berufen, diesen Ausweg zu finden und zu bahnen durch die soziale Demokratie im reinen Sinne, — nicht als allgemeine Gleichmacherei, die jeden aristokratischen Aufstiege ausschließt, nicht als sozialistisch-demokratisches Kompromiß im Sinne der heutigen Regierungsparteien; nicht durch die innere Unwahrhaftigkeit eines Regimes wie Scheidemann-Dernburg, einer auf die Dauer unhaltbaren Verkuppelung traffester Gegensätze; aber auch nicht durch die Herrschaft des einen der beiden hier künstlich zusammengetanen Extreme: nicht durch die Allgewalt des Sozialismus, oder gar die Diktatur der Arbeiterräte, nicht durch die Allgewalt des Kapitalismus, oder jene Diktatur, wie sie heute die Westmächte beherrscht.

Das Fundament, auf dem der deutsche Aufbau aufgerichtet werden muß, ist die Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Kräfte. Es fällt jeden gesunden Grundgedanken, der in der Idee der Arbeiterräte stecken kann, wenn man die ausschließliche Gewalt unter der Firma der Arbeiterräte lediglich den Vertretern der großstädtischen Industriearbeiter geben will, die auch rein zahlenmäßig bei weitem noch nicht die Mehrheit des Volksganges, auch nicht die Mehrheit aller schaffenden Kräfte darstellen. Jeder Teil muß zu seinem Recht gelangen, der Handarbeiter und der Kopfarbeiter, und nicht am wenigsten der Landwirt, bei dem Hand- und Kopfarbeit sich vereinen. In diesem weiten Sinne müssen wir zum Aufbau und zum Ausbau des Rätegedankens zu kommen trachten. Indem wir nicht die Geburtsstände und die Besitzstände übereinander, sondern die Berufsstände nebeneinander schichten, werden wir zu jenem Wirtschaftsparlament zu gelangen suchen, dessen wohlverstandene Aufgabe der soziale Klassen- und der wirtschaftliche Interessenausgleich ist, und das zugleich das politische Parlament der allgemeinen Volksvertretung durch die Befreiung von den hier allzusehr in den Vordergrund gerückten wirtschaftlichen Interessenkämpfen seinem eigentlichen, dem reinpolitischen und kulturellen Beruf, wiedergeben kann.

Wie der heute nun einmal in den Massen stehende Rätegedanke fruchtbar zu machen ist im Hinblick auf die Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Kräfte, so ist auch die Sozialisierungsfrage beherzt anzupacken und in produktiver Politik zu umgrenzen nach dem gleichen Gesichtspunkt der Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Stände! Leitgedanken bei der Lösung des Sozialisierungsproblems müssen füglich sein: Die Ausschaltung privattapitalistischer Monopole; die pfelegliche Konfervierung, bzw. Wiederbelebung der freiwirtschaftlichen Initiative; die Rationalisierung der Wirtschaftssysteme in Selbstverwaltung der Fachgruppen; das Mitbestimmungsrecht der Angestellten in sozialen Dingen bei die Arbeitsintensität anregender Gewinnbeteiligung; die volle Handlungsfreiheit der Leitung in wirtschaftlich-technischen Dingen.

Gegen die plutokratische Scheindemokratie nach westlichem Muster könnten sich auf dem Boden deutschen Geisteslebens und in Deutschland ausgeprägten sozialen Empfindens sehr wohl führende Köpfe der rechts von der sogenannten demokratischen Partei stehenden Gruppen mit solchen der Rechtssozialisten zusammenfinden auf gemeinwirtschaftlichem Boden. Außerhalb der heute in die Regierung hinein verunglückten sozialdemokratischen Führer gebracht es auch in dieser Partei nicht an Männern, die einer wahrhaft produktiven Politik zustreben und die manche geistige Verbindung haben mit weiter rechts stehenden Politikern. Diese Gruppe der sozialdemokratischen „Aktivisten“ heischt mehr und mehr Beachtung und wäre wohl imstande, auch den breiten Massen Ideale zu geben, die nicht nur in steter Opposition zu verfolgen sind, sondern in tatkräftigem Neubau.

Wir müssen zum Bewußtsein der nationalen Solidarität gegen zerstörenden Bolschewismus und verzehrenden internationalen Niesenkapitalismus gelangen. In höchster deutscher Not bedürfen wir burgfriedlicher Verständigung über eine einheitlich aufgebaute Außen- und Innenpolitik, die ausgeht von der harmonischen Vereinigung des (äußeren) Selbstbestimmungsrechtes der Völker, und des (inneren) Selbstbestimmungsrechtes des Volkes als Ganzes und als Individuum, unter Ablehnung des drohenden Rassenkampfes im Völkerbund, unter Ablehnung aber auch des Klassenkampfes im Volk.

So zeichnen sich langsam die Grundrisse für deutschen Neubau ab. Das Volk harret der Führer, die heute noch in den Massen gährende Gedanken aus unfruchtbaren Schlagworten umprägen zu Leitsätzen produktiver Politik, die ihm die Schaffensfreude wiedergeben und den Glauben an deutsche Zukunft neu beleben.

Diese Zukunft ist nicht gesichert durch Organisationswut und Produktionswut, nicht gesichert durch zwangswirtschaftliche Sozialisierung, nicht gesichert bei Arbeitslosigkeit und Arbeitsunlust, sondern nur bei gebührender Berücksichtigung des Dranges nach wirtschaftlicher Freiheit, der Notwendigkeit, die vorhandenen Arbeitskräfte unterzubringen und auch ihrer individuellen Betätigung den nötigen Spielraum zu lassen. Das ungewollte Einwirken überhitzter Sozialisierungsgedanken auf das Wiedererstehen primitiver Individualwirtschaft zeigt, wie weit wir uns von den verfolgten Zielen entfernen, wenn wir rein schematisch und theoretisch an die schwierigsten wirtschaftlichen Grundfragen herantreten, ohne dem menschlichen Individualismus Rechnung zu tragen.



Das Gymnasium und die neue Zeit

Von Oberstudientrat Dr. Otto Stange



o ein Haus zusammengebrochen ist, müssen sich alle zum Rettungswerke die Hände reichen. Da darf sich niemand um eigenen Vorteil willen vordrängen; es darf aber auch keiner, der etwas zu leisten imstande ist, von den anderen zurückgebrängt werden.

Für die geistig gerichtete Veranlagung des deutschen Volkes war es ein schönes Zeugnis, daß sich schon während des Krieges vor allem die deutsche Schule bereit zeigte, sich mit allen ihren Einrichtungen auf die neuen Zustände, wie man sie nach dem Kriege glaubte erwarten zu dürfen, einzustellen. Man weiß, wie eifrig während der letzten Kriegsjahre über die Neugestaltung des Schulwesens gesprochen und geschrieben worden ist. Damals schoß wohl mancher Trieb etwas geil in die Höhe. Nach dem großen Zusammenbruch ist es dann zwar nicht stiller, aber doch etwas ruhiger, gemäßigter geworden, und je mehr wir uns jetzt dem Zeitpunkt einer gesetzlichen Neuordnung unseres Schulwesens nähern, um so sorgfältiger wird das Unwesentliche beiseite gelassen, um so nachdrücklicher aber auch die Berücksichtigung dessen verlangt, was dem Volke wirklich not tut.

Unser Erziehungswesen war bis zum Kriege in erster Linie materialistisch, während des Krieges realistisch orientiert, und es stand zu erwarten, daß es nach dem Kriege stark in Versuchung kommen würde, sich dem Utilitarismus zu verschreiben, alles in der redlichen Absicht, dadurch zum Erfasse verloren gegangener Werte sein Bestes beizutragen. Hätte es dann die Gesetzgebung auf sich genommen, der Schule auf diesem Wege zu folgen, so hätte ihr zwar um den Beifall der Vielzubielen nicht bange zu sein brauchen; aber auf den wahren Dank des Vaterlandes hätte sie sich wenig Hoffnung machen dürfen. Denn daß das eigentliche Ziel unseres gesamten, besonders aber des höheren Bildungswesens nicht auf diesem Wege zu erreichen ist, kann seit den Tagen Wilhelm von Humboldts keinem rechten Deutschen mehr zweifelhaft sein.

Als es nun aber nach dem Kriege so ganz anders kam, als der weitaus größte Teil des Volkes erwartet hatte, mußte auch die Schulpolitik auf neue Wege bedacht sein. Bei der Volksschule, die bis dahin ihr Pulver trocken gehalten hatte, setzte mit einem Schlage der rücksichtslose Vorstoß für die Einheitschule ein. Man wird abwarten müssen, wie weit sie ihr zuverlässlich begonnener Siegeslauf vorwärtsbringen wird. Mit der Einführung der Einheitschule sollte aber auch die höhere Schule auf völlig neue Bahnen verwiesen werden: Beschränkung ihres Lehrgangs auf sechs, vielleicht gar nur auf vier Jahre, Verstärkung der realen Fächer, Verminderung der historischen, vor allem aber Einschränkung des altsprachlichen Unterrichts und alles dessen, „wofür die Zeit im künftigen Deutschland zu kostbar sein würde“ — das waren etwa die Lösungsworte, unter denen sich die beuteluftigen Gegner des Gymnasiums zusammenfanden.

Der Schlag erzeugte, wie zu erwarten, auch hier den Gegen Schlag. Nur lag in diesem Falle die Sache für den Angegriffenen insofern günstig, als er ein Gebiet zu verteidigen hatte, das aus sich selbst heraus die höchsten Widerstandskräfte zu entfalten in der Lage war. Es kam eigentlich nur darauf an, diese Kräfte spielen und ins rechte Licht treten zu lassen; alles andere durfte ruhig der natürlichen Entwicklung überlassen werden, die, wenn nicht sofort, so doch nach kurzer Frist den maßgebenden Männern die Augen öffnen würde für die unerseßlichen, dem Gymnasium zu treuer Obhut anvertrauten Werte.

Es ist ein hohes Verdienst des Teubnerschen Verlags, insbesondere seines Vertreters Dr. Alfred Giesecke-Teubner, daß er soeben in einem stattlichen Bande unter dem Titel „Das Gymnasium und die neue Zeit“ Fürsprachen und Forderungen für seine Erhaltung und seine Zukunft gesammelt hat.¹⁾ In 88 längeren

¹⁾ Preis geh. 4.50 Mark, geb. 6 Mark, hierzu Teuerungszuschläge.

oder kürzeren Aufsätzen von ebensovielen Verfassern der verschiedensten Berufsstände wird uns gezeigt, wie der humanistische Gedanke nicht nur als ein wertvolles Erbe aus vergangenen Tagen verfochten, sondern auch als eine fortwährend neu schaffende Kraft empfunden und eben deswegen gegen alle Widersacher eifrig in Schutz genommen wird. Und wahrlich, das Gymnasium braucht sich seiner Verteidiger nicht zu schämen. Daß die, die ihm von Berufswegen nahe stehen, ihre Stimme erheben, ist selbstverständlich; aber man freut sich doch, sie wieder einmal alle in geschlossenem Phalanx beisammen zu finden, einen Birt und Cauer, Voll und Bulle, Collischonn, Cramer, Friedländer, Giesing, Grünwald, Dresdner, Alberg, Immisch, Visco, Rüd, Nehm, Roethe, v. Scheindler, Schroeder, Schwarz, Siebourg und Stemplinger. Daß sie der schon oft verfochtenen Sache immer neue Seiten abzugewinnen wissen, ist gewiß kein geringer Beweis für deren Unererschöpflichkeit. Aber wichtiger ist, daß dem Verleger Äußerungen in großer Zahl zur Verfügung gestanden haben von Männern, die durch ihren Beruf auf andere, zum Teil weit vom Gymnasium abliegende Bahnen geführt worden sind und von dort aus erst recht seine hohe Bedeutung für die Erziehung unserer Führenden erkannt haben. Was Männer wie Eucken, Spranger, v. Harnack, Rathenau, v. Bode, Troelsch, Ewald Meyer, Erich Marcks, Alois Nisch, Graf York v. Wartenburg zu sagen haben, verdient in jedem Falle Beachtung, ganz besonders aber, wenn sie sich zur Erziehung unserer heranwachsenden Jugend vernehmen lassen. Wenn daneben aber auch Künstler zu Worte kommen wie Lovis Corinth, Ferdinand Gregori oder Emil Waldmann, der Direktor der Kunsthalle in Bremen, ferner Baumeister, Ingenieure, Fabrik- und Bankdirektoren, Nationalökonom, Juristen, Ärzte, Pädagogen und Theologen, Neuprachler, Germanisten und Historiker, ich sage, wenn eine solche Fülle hervorragender Männer aller möglichen Stände ihre Meinung zugunsten der humanistischen Bildung laut werden läßt, so macht es wirklich einen komischen Eindruck, wenn manche Leute immer noch glauben, im Gymnasium das Aschenbrödel unter den Schulen sehen zu müssen.

Und was ist es, was diese freiwilligen Vorkämpfer uns über das Gymnasium und die neue Zeit zu sagen haben? Mir scheinen aus der fast übergroßen Fülle wertvoller Gedanken besonders folgende mit führender Kraft hervorzutreten: 1. wir können nicht verzichten auf eine Schulart, die in ihrem Aufbau den gesamten Entwicklungsgang der deutschen Bildung zusammenfassend zum Ausdruck bringt; 2. wir brauchen das Gymnasium als die durch keine andere zu ersetzende Schule zur Bildung des Charakters und der Persönlichkeit; 3. die Erfahrung lehrt, daß die humanistische Bildung noch immer die beste Vorbereitung für jede Art wissenschaftlicher Arbeit bietet; 4. mit der Beseitigung des Gymnasiums würden wir eine der festesten Grundlagen unseres wissenschaftlichen Ansehens bei Freunden und Feinden mutwillig vernichten; 5. das Gymnasium bedarf gerade wegen der gegenwärtigen politischen Lage des sorgfältigsten Schutzes aller Freunde einer gesunden staatlichen Entwicklung.

„Soll wirklich die Erziehung den Geist entwickeln wie das Wachstum den Leib, dann muß sie nach dem biogenetischen Grundsatz den Einzelgeist den Weg seines ganzen Geschlechtes führen durch den weltgeschichtlichen Horizont, den zuerst Hellas und Rom ausspannten“, mit diesen Worten umschreibt R. Zoël, Professor der Philosophie an der Universität Basel, die Gesamtaufgabe des deutschen Gymnasiums, eine Aufgabe, die er dann nach ihren einzelnen Seiten charakterisiert, um letztlich zu bekennen: „Und da er (der deutsche Geist) selber zu klassischer Höhe ansteigt, vermählt er sich mit der hellenischen Klassik so innig, daß der Krieg gegen den Humanismus zum Krieg gegen Goethe wird, gegen die höchste deutsche Bildung überhaupt.“

„Auch die stärkste politische Wandlung kann die Fundamente im Aufbau des deutschen Geistes nicht umlagern. Jeder auf historisch-wissenschaftliche Bildung gegründete Beruf, alles Bestreben überhaupt, das von der Einsicht in die Schichtung und Struktur unserer Gegenwart geleitet wird, kann den Weg durch die Antike nicht missen, und selbst die Wissenschaften, mit denen es anders steht, bevorzugen

ihn meist, weil ihre Träger sich als historisch bedingte Menschen fühlen und auf andere Menschen solcher Art zu wirken berufen sind.“ Damit bekennt sich auch D. Inmisch zu dem biogenetischen Grundsatz von der Führung des Einzelgeistes über den Weg der ganzen Gattung. Noch wichtiger scheinen ihm allerdings zwei andere Errungenschaften der Antike: ihre überzeitlichen Werke, die einmaligen, unnachahmlichen, die man kennen muß, wie und weil sie sind, und zweitens jene „säkulare Jugendlichkeit“, die die Alten zu den Jungen und deshalb immer zu den rechten Begengossen für unsere Jünglinge werden läßt.

Besonders das erstere betont auch P. Friedländer in seinem Aufsatz von der „Idee des Gymnasiums“. „In den großen Werken der Antike sehen wir Urschöpfungen, Urgekalten, Urphänomene des geistigen Daseins. Das heißt zunächst folgendes: Es hat vor den Griechen keine europäische Philosophie, keine Logik und Ethik gegeben, ebenso kein Epos, keine Tragödie oder Komödie, auch keine Physik, Geographie, Astronomie, Geometrie, Politik (als Wissenschaft oder bewußte Geisteshaltung). Diese und viele andere Daseinsbezirke sind innerhalb weniger Jahrhunderte von den Griechen erobert worden. . . Damit ist gegeben: sie sind näher dem Ursprung, dem Quell der Dinge, etwas von dem Schauer des Schöpfungsmorgens schwebt um sie. . . Einen Denkfehler nennen wir es, wenn man die großen Schöpfungen zur Vergangenheit rechnet. . . Ihr Wesenhaftes ist zeitlos und gehört mindestens so sehr der Zukunft an als eine ewig gesetzte Aufgabe.“

Zeigen uns diese Auslassungen, die wir eben nur als Proben aus einer überreichen Fülle herausheben, daß das Gymnasium seine Bedeutung durch dieselbe wissenschaftliche Entwicklung empfangen hat, für die es dann seine Schützlinge selbst wieder empfänglich zu machen weiß, so erhalten wir aus anderen Stellen besonders tiefe Eindrücke von der Charakterbildenden Kraft der humanistischen Arbeit. „Unser Gymnasium soll keine Genieher züchten, die leicht Erworbene ebenso leicht wieder preisgeben, sondern zu geistiger Arbeit soll es erziehen und durch Arbeit bilden. Auf die Freude und den Stolz, die an dem ehrlich und mühevoll errungenen Ziele stehen, darf es nicht verzichten, als ‚Arbeitschule‘ muß es erhalten bleiben oder erst recht eigentlich wieder dazu werden“, so heißt es ebenfalls bei Friedländer. Sollte es aber unsere höhere Schule wirklich dahin kommen lassen, daß jeder Schüler nur das lernt, wozu ihn Neigung und Befähigung treiben, so wäre es nach Meinung des Provinzialschulrates Dr. Michaelis keine Frage, daß dadurch die Höhenlage unserer wissenschaftlichen Bildung und damit unserer kulturellen Überlegenheit preisgegeben wird. „Wir werden aufhören der Welt das zu sein, was selbst die Feinde nicht ohne ein Gefühl des Reides an uns schätzen und bewundern. Aber ich fürchte, daß dadurch noch eine andere Kraft verloren geht, die wir in den nächsten Jahrzehnten bitternot haben, nämlich der Wille, der Charakter, die Stärke im Handeln und Leiden. Diese sind nicht eine Gabe der Natur, sondern eine Frucht der Erziehung. Sie werden aber nur dann ausgebildet, wenn der Schüler etwas treiben und überwinden muß, wogegen sich seine natürliche Bequemlichkeit auflehnt. Und darum muß der Bildungstoff, den wir unseren Schülern bieten, spröder Art sein, muß nicht zu geringe Anforderungen an den Verstand und an den Fleiß stellen und muß täglich die Kräfte des Geistes und des Willens üben. Von allen Schulgattungen genügt das Gymnasium am besten diesem Bedürfnisse.“ In besonders anschaulicher Weise äußert sich aber der Obergeneralarzt z. D. Prof. v. Kern über den Beruf des Gymnasiums zur Charakterbildung. „Das Gefühlsleben wird nicht erzogen durch die Wetterwinde zerstreuer Kenntnisse und breiten Wissens, sondern nur in der Ruhe des konzentrierenden Denkens, in dem nachhaltigen Wirken des aufgenommenen Unterrichtsinhalts, in der unentwegten Vertiefung des Geistes in den Gegenstand seines Denkens und Strebens.“ Ihm ist der Charakter „die einheitliche und vereinheitlichende Geistesmacht, die allen Fremdstoff ihrem eigenen Einfluß unterwirft, in allem Wechsel beharrt und alles Wirken beherrscht, die nicht passiv im Strom des Lebens sich treiben läßt, sondern das Leben zu meistern imstande

ist, um den eigenen Geistesbesitz in das Leben hineinzutragen. Diese produktive Selbsttätigkeit des eigenen Geisteswesens, überwacht vom Gewissen als dem innersten Einheitsknoten, diese reife Frucht aller Geistesbildung will das humanistische Gymnasium erzielen, und die Lösung dieser Aufgabe will es sich nicht entgleiten und verkümmern lassen durch den Zug der Zeit nach äußerem Besitz und innerer Verarmung. Es verfolgt das Ziel auf seine Weise, indem es das Wie energisch über das Was stellt. Hierzu lese man noch die köstlichen Ausführungen Th. Litts „von der Kunst des Verstehens“, und was in ähnlichem Sinne P. Hensel über das „metaphysische Volk“, A. v. Harnack, E. Troelsch und E. Schwarz über die Berechtigung des altsprachlichen Betriebes vorbringen; dann wird mancher Zweifel, der jetzt noch gegen die sittliche Notwendigkeit der humanistischen Bildung laut wird, von selbst in sich zusammenbrechen.

Wo es sich um das Gymnasium und die neue Zeit handelt, kann natürlich auch die Frage nicht unerörtert bleiben, ob die gymnastische Vorbildung den doch hauptsächlich auf praktischem Gebiete zu suchenden Zielen der Zukunft genügen werde. Da ist es wirklich herzerquickend zu lesen, wie sich Männer von unbedingt praktischer Lebenserfahrung unumwunden zugunsten des Gymnasiums aussprechen. So bekennet z. B. der Chefredakteur der „Automobilwelt“ F. v. Welsch ganz offen: „Der humanistische Bildungsgang liefert wie keine andere Ausbildung eine universelle Selbstunterrichtsmöglichkeit. Die vorbildlichen Übungen in Logik, Gedankenentwicklung und Ausdrucksfähigkeit, wie sie das Studium der alten Sprachen mit sich gebracht hat, setzen den jungen Studenten jederzeit instand, selbständig an neue Aufgaben heranzutreten und sich auch einmal ohne die führende Lehrerhand in ein neues Gebiet zu vertiefen. . . . Ein Versagen der Humanisten an den technischen Hochschulen ist keineswegs festzustellen; sie obliegen ihren Studien mindestens mit dem gleichen Erfolge wie die Realisten.“ Kraftvoll äußert sich auch der Direktor der Bayerischen Handelsbank in München, Freiherr von Pechmann. Nachdem er, der ehemalige Realgymnasiast, auseinandergelegt hat, daß und warum es ihm keine Ruhe gelassen habe, bis er durch Sonderstudium auch des Griechischen mächtig geworden sei, schließt er mit dem Bekenntnis, die Bedeutung und der schlechthin unersetzliche Wert des humanistischen Gymnasiums scheine ihm immer noch zuzunehmen, und zwar in dem Verhältnis, in welchem eine geschichtslose und geschichtswidrige Denkweise im deutschen Volke übermächtig zu werden und unser Erziehungswesen mit Unfruchtbarkeit zu schlagen drohe. Daneben verdienen besondere Beachtung die freimütigen Äußerungen des Diplomingenieurs R. Jonas, Direktors der Berliner Aktiengesellschaft für Eisengießerei und Maschinenfabrikation, des österreichischen Ministers a. D. Ritters v. Wittel und des Professors des Staatsrechts an der Wiener Universität Dr. Adolf Mengel.

Sehr ergötlich ist, daß auch ein so reiner „Buchgelehrter“ wie Erich Marcks, der Münchener Historiker, dem Gymnasium gerade wegen seiner hervorragenden Eignung als Bildungsstätte für praktische Berufe ein glänzendes Zeugnis ausstellt. „In meinem menschlichen Lebenskreise habe ich als Regel gefunden, daß begabte Zöglinge des humanistischen Gymnasiums die geschlossenste, selbständigste und geistigste Bildung und die beste Erziehung sowohl zum Denken wie zum Arbeiten mitbrachten: eine um so bessere, je strenger und je humanistischer die Anstalt gewesen war. Diese Erziehung schien mir ihren Träger, weil er am schärfsten durchgebildet war, auch für die praktische, die wirtschaftliche, die kaufmännische Laufbahn — sofern er sonst zu ihr berufen war — besonders wertvoll auszustatten: wertvoller als eine weniger intensive, eine scheinbar praktischere Vorbildung. . . . Und mir scheint, daß es in der Erziehung von wirkenden Persönlichkeiten nichts Unpraktischeres gibt, als das allzu Praktische.“

Über auch das sei nicht vergessen, was der Breslauer Germanist Th. Siebs über den Stand der deutschen Bildung im Falle des Verschwindens der klassischen Studien zu sagen weiß: „Wollten wir die gewaltigen klassischen Bildungswerte dauernd vernachlässigen, so würde es bald sehr sonderbar bei uns aussehen. Das machen sich die wenigsten klar. Wir sind nämlich gewöhnt, daß in allen unseren

gelehrten Berufen, ja überhaupt in den gebildeten Kreisen noch die Zahl derer sehr groß ist, die eine humanistische Bildung genossen haben und mit dieser auf die jüngeren Leute einwirken; und so bekommen die meisten Gebildeten, auch ohne eine humanistische Schule zu besuchen, unbewußt ein gut Teil klassischer Bildung. Das aber würde bald aufhören, wenn die humanistischen Gymnasien zugrunde gingen, und in nicht zu ferner Zeit könnte es dahin kommen, daß man in gebildeten Kreisen das Verständnis für die besten Zeiten unserer bildenden Kunst, unserer Literatur und der Wissenschaft verlöre.“

Hier macht sich nun auch schon die vaterländische Sorge geltend, daß mit dem Sturm auf das Gymnasium auch ein gut Teil unseres wissenschaftlichen Ansehens in der Welt verloren gehen könnte. In tief durchdachter Untersuchung äußert sich hierzu vor allem der Gymnasialdirektor Dr. Goldbeck; kürzer, aber mit treffenden Seitenblicken auf die jüngste Vergangenheit Dr. med. Tesdorpf aus München, mit starkem Willen zu tatkräftiger Mithilfe am staatlichen Neubau Prof. Collischonn in Frankfurt a. M., ebenso der Würzburger Kirchenhistoriker Seb. Merkle und aus wertvollen persönlichen Erinnerungen heraus der Professor der Rechte an der Berliner Universität D. Dr. Sturz. „Wer das Glück gehabt hat, im Süden oder Westen aufzuwachsen oder zu wirken, der weiß, was für einen Vorsprung diese Landesteile schon allein dadurch haben, daß ihre Kultur an das Altertum anknüpft, daß in sie noch heute die Atherreste der römischen Welt hineinragen.“

Leider ist es unmöglich, von dem überall durchblickenden Vertrauen auf die erhaltende und aufbauende Kraft der humanistischen Bildung auf knappem Raume ein irgendwie anschauliches Bild zu geben. Es muß genügen, Namen an Namen zu reihen und sich der kräftigen Worte zu freuen, die ein Börries v. Münchhausen, Adolf Trendelenburg, Franz Voll, Ferd. Jakob Schmidt u. a. gefunden haben.

Zum letzten Punkte endlich, d. h. zu dem Nachweise, daß gerade gegenwärtig das humanistische Gymnasium um unseres Volkes willen des sorgfältigsten Schutzes bedarf, könnten beinahe alle Aufsätze des von gut vaterländischem Geiste durchwehten Buches angeführt werden. Statt vieles herauszugreifen, lassen wir das Schlußwort des Breslauer Historikers F. Friedensburg auch uns den Abschiedsgruß sprechen: „In einer Zeit, wo Schülerräte bestimmen, was gelernt werden darf, und Studentenräte entscheiden, wie gelehrt werden soll, werden auch unsere Stimmen verhallen. Aber nicht für immer. Einmal wird eine andere Zeit kommen, wo unser Volk aus der Flut der Barbarei wieder auftauchen wollen: mit sehnenber Seele, mit heißhungrigem Herzen wird man dann suchen, was einst unser war. Dann soll man nicht sagen dürfen: die Vertreter der humanistischen Bildung haben, als es darauf ankam, als es ums Ganze ging, gleich eibbrüchigen Soldaten Abzeichen und Waffen von sich geworfen, gleich feigen Verrätern ihre Sache preisgegeben. Und gerade daran, daß wir das nicht getan, daß wir den Mut des freien Bekenntnisses bewiesen haben, wird man in jener anderen Zeit, die da sicher kommt, den Wert der humanistischen Bildung für Seele und Gemüt erkennen, jenen Wert, der mir wenigstens immer noch höher erschienen ist als ihre rein geistige Bedeutung. Für uns selbst aber werden wir aus diesem unseren Zeugnis einen Trost gewinnen in der Trauer über die Gegenwart. . . .“

So werfen sich die Vertreter des humanistischen Gedankens in die Breiche, um einem Vorstoß zu begegnen, der ihnen für Staat und Gesellschaft äußerst gefährlich scheint. Da ist kein Feilschen und Battieren, sondern unbedingte Bereitschaft zu entschlossenem Handeln, ehe es zu spät ist. Angesichts der ebenso bunten wie ansehnlichen Reihe der Verfasser wird wohl auch niemand von einseitiger Interessenvertretung reden oder gar so etwas wie bestellte Arbeit wittern mögen. Rein, hier reden vaterlandsstreu Männer offen, klar und ehrlich, wie es ihnen ums Herz ist, ohne Eigensucht und ohne jemandem zu nahe zu treten, sie halten den Schild über einem teuren Gut, fest entschlossen, in vorderster Linie auszuharren, ob es auch noch so hart hergehen sollte. Daß es ihnen übrigens nicht bloß um

Worte zu tun ist, sondern auch um die Tat, beweisen sie durch die beigegebene „Petition an die Verfassung gebende Nationalversammlung“, ferner durch die bereits mit mehr als hunderttausend Unterschriften bedachte „Entschließung, vorgelegt von dem Reichsausschuß zum Schutze des humanistischen Gymnasiums“, sowie durch zwei weitere Kundgebungen zur Regelung des höheren, insbesondere des gymnastischen Schulwesens.

Manches, was sich in dem angezeigten Buche noch nicht sagen ließ, wird der Freund des Gymnasiums von einem zweiten Werke erwarten dürfen, das unter dem Titel „Vom Altertum zur Gegenwart“ demnächst gewissermaßen die wissenschaftliche Grundlage für jenes bringen soll. Wir werden nicht versäumen, auch über dessen Inhalt unseren Lesern alsbald nach dem Erscheinen ausführlich zu berichten.



Edmond Rostand und Paul Margueritte

Die Entwicklung der französischen Literatur in den letzten Jahrzehnten

Von Professor Adolf Zauner



ür das französische Schrifttum ist der Schluß des abgelaufenen Jahres verhängnisvoll geworden. Kaum hatte die Akademie durch den Tod Pierre Lotis eines ihrer Mitglieder verloren, so traf sie ein neuer Schlag, indem Edmond Rostand am 3. Dezember der Grippe erlag. Wenige Wochen darauf, am Tage vor Neujahr, starb Paul Margueritte, der allerdings nicht zu den „Unsterblichen“ gehörte, aber doch eine rühmliche Stellung unter den Schriftstellern des zeitgenössischen Frankreich einnahm. Rostand und Margueritte haben in ihrer literarischen Tätigkeit so gut wie nichts gemeinsam, aber sie sind, jeder in seiner Art, typische Vertreter der Strömungen, die die französische Literatur der letzten Jahrzehnte durchfluten.

Diese Strömungen sind ungemein mannigfaltig und dadurch erhält die Literatur dieses Zeitraumes ein äußerst buntes Ansehen. Sie haben im Grunde nur ein gemeinsames Merkmal und dieses ist negativ: sie sind alle Anzeichen der Abkehr vom Naturalismus. Am Beginne der achtziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts hatte die naturalistische Schule, hauptsächlich dank der machtvollen Persönlichkeit Zolas und Maupassants, fast die Alleinherrschaft an sich gerissen. Freilich war dies nicht in dem Maße der Fall, wie man es außerhalb Frankreichs gewöhnlich glaubt. Es sind genug bedeutende Schriftsteller, die sich außerhalb des Naturalismus hielten, ja sich in Gegensatz zu ihm stellten; doch ist es un-leugbar, daß die große Masse des Lesepublikums ganz im Banne der naturalistischen Literatur stand und daß naturgemäß die Mehrzahl der Schriftsteller mittleren Ranges in das Horn des Zolaismus stießen. Und so konnte Zola, der sich zum gelesensten Romanschriftsteller Frankreichs und zu einem der berühmtesten der Welt emporgeschwungen hatte, der Meinung sein, daß die von ihm begründete Richtung die Romanform der Zukunft darstellen werde. Er hat sich in diesem Sinne wiederholt in seinen „Romanciers naturalistes“ ausgesprochen. Indes der Schöpfer der Rougon-Macquart täuschte sich in seinen Prophezeiungen. Wie es gewöhnlich der Fall ist, vermochte er die Bewegung, in der er mitten inne stand, nicht zu überblicken und zu beurteilen. Er merkte nicht, daß viele Schriftsteller, die er zu seinem Kreise rechnete — wie Daudet, die Goncourt — in wesent-

lichen Punkten von ihm so verschieden waren, daß sie die Entwicklung der Literatur nach einer anderen Richtung drängen mußten. Er ahnte nicht, wie stark die Gegenströmungen schon waren. In der Tat begannen diese schon in den achtziger Jahren an Kraft zu gewinnen. Zola selbst konnte sich der Wandlung nicht entziehen: sein Zyklus „Les trois Villes“ zeigt ihn (selbst abgesehen von dem Zwischenspiel des „Rêve“) als einen andern. Schon zu Anfang der neunziger Jahre kann der Naturalismus als abgewirtschaftet gelten. Die Ursachen des Zusammenbruches im einzelnen darzulegen, ist hier nicht der Ort. Es genüge, daran zu erinnern, daß die Erfahrung lehrt, daß jede literarische Schule sich überleben muß, daß der Naturalismus schließlich genau jener Verknöcherung anheimfiel, wie jene andere literarische Periode, die er gerade am heftigsten befehdete: der Klassizismus. Die innere Unwahrheit der Grundlagen, auf denen die naturalistische Lehre aufgebaut war, mußte endlich zutage treten, die Unzulänglichkeit der „Milieu“-theorie, die Unmöglichkeit des „experimentellen“ Vorgehens in der Literatur konnte nicht verborgen bleiben. Dazu kam dann, daß gerade etwas, worauf sich der Naturalismus besonders viel zugute tat, nämlich das Bestreben, bisher wenig beachtete Schichten der Gesellschaft lebensstreu zu schildern, zu einer Grobheit und Rohheit in der Wahl der Stoffe und in der Ausdrucksweise führte, die feinere Naturen abstoßen mußte. So finden sich nach dem Erscheinen von „La Terre“ (1886) eine Gruppe von fünf Schriftstellern, die sonst dem Naturalismus wohlwollend gegenüberstanden, zu einer öffentlichen Absage zusammen. Diese Kundgebung, zu deren Unterzeichnern, nebenbei bemerkt, auch P. Margueritte gehörte, hat dem Naturalismus sozusagen amtlich den Todesstoß versetzt.

Indes, wenn die gegensätzlichen Strömungen stark genug waren, die Herrschaft des Naturalismus zu brechen, so war doch keine von ihnen imstande, ihrerseits die Vormacht an sich zu reißen. Wir erleben vielmehr das Schauspiel, daß an die Stelle einer einzigen, fast unbestritten herrschenden literarischen Richtung eine ganze Reihe anderer treten, die sich teils als Fortbildungen der naturalistischen Lehre darstellen, teils als bisher verborgene gegensätzliche Strömungen erkennen lassen, die nur durch das gewaltige Ansehen des Naturalismus unterdrückt waren nun aber nach dem Wegfall der Hemmung mächtig emporzutreiben beginnen.

Diese beiden widerstreitenden Möglichkeiten: Weiterbildung des Naturalismus einerseits, Aufkommen gegensätzlicher Bestrebungen andererseits, flossen gleicherweise aus dem wichtigsten Merkmal, das dem Zolaistischen Roman gegenüber seinen Vorgängern das Gepräge gibt. Zola hatte erkannt, daß der Durchschnittsmensch, die alltäglichen, typischen Charaktere, die sich ja der Realismus zu schildern vornahm, am meisten dort zum Ausdruck kommen, wo der Mensch als *Ma s s e* auftritt, daher seine Vorliebe für Massenszenen, die er mit unbestrittener Meisterschaft einführt. Vor allem aber ist Zola der erste, der es unternahm, die Errungenschaften der Naturwissenschaften für die Literatur zu verwerten; er hat noch mehr, als dies schon Balzac getan hatte, berücksichtigt, daß die Lebensverhältnisse, die Umwelt von entscheidendem Einfluß auf die Entwicklung des Charakters beim Menschen sind; er hat ferner die Erkenntnis Darwins, daß Wesen und Eigenschaften eines Menschen durch Vererbung bestimmt werden, zum leitenden Gedanken seiner Romane gemacht. Ob er damit recht gehabt hat, ob er diese Grundsätze richtig durchgeführt hat, das bleibe hier unerörtert; unbestreitbar ist, daß er einen Romantypus geschaffen hat, der der vollkommene Ausdruck einer Zeit ist, in der der Materialismus unter dem Einflusse der positivistischen Philosophie Comtes und der naturwissenschaftlichen Schriften Darwins in ganz Europa, besonders aber in Frankreich das geistige Leben in erster Reihe beherrschte. Daraus ist gewiß zum größten Teile der Erfolg der Romane Zolas zu erklären. Allerdings dadurch, daß Zola den Menschen in erster Linie als naturwissenschaftliches Objekt betrachtete, stellte er das Physische, im Gegensatz zum Geistigen,

zum Moralischen in den Vordergrund; die tierischen Triebe des Menschen erscheinen ihm als die treibenden Kräfte des Lebens, als die geeignetsten Vorwürfe für den Schriftsteller. Indem er aber das Außerliche, Sinnfällige betont, vernachlässigt er das Psychologische. Die beiden Angelpunkte seiner Romantheorie: die Anwendung der Lehre vom Milieu und die experimentelle Methode beruhen trotz der Hartnäckigkeit, mit der er sie zu verteidigen suchte, auf einem großen Irrtum; sie waren einer Weiterentwicklung nicht fähig. Wohl aber war der Roman der Massen ein fruchtbarer Gedanke und die stärkere Berücksichtigung der Psychologie verhieß Erfolg. Hier konnte also die Weiterentwicklung anknüpfen. Die gegensätzliche Strömung aber mußte wider die platte Alltäglichkeit der Geschehnisse und wider die Grobschlächtigkeit und Roheit des Ausdrucks, die mit der Lehre Zolas untrennlich verbunden waren, ankämpfen.

Als Vertreter dieser beiden Richtungen können die beiden Schriftsteller gelten, deren Namen an der Spitze dieser Zeilen stehen.

An Paul Margueritte, dem älteren der beiden, läßt sich die Umbildung des Naturalismus in neue Formen gut beobachten. Er ist 1860 in Laghouat in Algier geboren. Indes ist diese afrikanische Herkunft seinen Werken nicht anzumerken, sie ist sozusagen ein Zufallsereignis, ist er doch ein Offizierskind, ein Sohn jenes Generals Margueritte, der sich bei Sedan als Divisionär rühmlich hervortat und bald danach den Folgen einer Verwundung, die er dabei erlitten hatte, erlag. Gerade diese militärische Abkunft nun kann sein Sohn nicht verleugnen, weder in seinem Äußern, dem markige Züge, frei blidende Augen, kurz geschnittene, straff aufgebürstete Haare etwas Soldatisches verleihen, noch in seinen Werken, die, wie noch zu erwähnen sein wird, die Denkart eines Offiziers verraten. Er war ursprünglich Ministerialbeamter, wandte sich aber nach seinen ersten literarischen Erfolgen der Laufbahn eines freien Schriftstellers zu. In seinen ersten Romanen wandelt er ganz in den Bahnen des Naturalismus, allerdings folgt er weniger dem Vorbilde Zolas als dem der Goncourt, er ist denn auch von Anfang an ein Mitglied der von diesen gestifteten Akademie gewesen. Allmählich aber gewinnt das psychologische Element die Oberhand und mitunter könnte man ihn ganz zur Schule Bourget's stellen. In dem Romane „Amants“ (1890) ist diese Mischung vielleicht am deutlichsten. Nach vielen Merkmalen meint man ein Werk Bourget's vor sich zu haben. Die Handlung spielt in den vornehmen internationalen Kreisen, in denen der Luxus die selbstverständliche Lebensform ist. Die Tochter eines ehemaligen dänischen Ministers verliebt sich in einen Prinzen, einen Abkömmling der Bonapartes, und gewinnt seine Gegenliebe. Trotzdem der Prinz verheiratet ist, kommen die beiden einander näher, bis endlich „l'irréparable“ — eine Erinnerung an Bourget's gleichnamigen Roman, mit dem auch sonst Ähnlichkeit besteht — geschieht: Friederike ergibt sich dem Geliebten und wird schwanger. Sie entgeht der Schande und allen Schwierigkeiten durch Selbstmord. Die Gemahlin des Prinzen, die in ihrem bitteren Schmerz über die Untreue des Gatten in der Religion Trost gefunden hat, hat das Verhältnis in christlicher Ergebung geduldet und geht darin so weit, daß sie die Nebenbuhlerin pflegt und für das Begräbnis der Toten sorgt. Die peinlich genaue Zergliederung der Seelenzustände Friederikens, das Erwachen der Liebe in ihr, das Ankämpfen dagegen, die schließliche Hingabe, die Qualen, die sie foltern, wenn sie an ihren nahen Tod denkt, dann wieder die Langerweile des Prinzen, seine Neigung zu Friederiken, der Eindruck der Nachricht von ihrer Schwangerschaft auf ihn, ferner der Hinweis auf die katholische Religion als Trösterin im Leide, das alles findet sich hier wie bei Bourget. Naturalistisch aber ist der starke pathologische Einschlag: fast alle Personen sind körperlich oder geistig leidend, ihre Krankheitsgeschichte wird mit medizinischen Einzelheiten geschildert, wie wir es bei den Goncourt finden. Indem dann Margueritte auf diesem Wege weiter schreitet und psychologische Probleme in den Vordergrund rückt (wie

zum Beispiel in „La Tourmente“ vergeißendes Verfliehen des Ehebruchs, in „Le Talion“: Erwachen der Neigung einer Frau zu einem einst Verächmähnten), vermeidet er die früher berührte Schwäche des naturalistischen Romans, entfernt sich aber allerdings ziemlich stark von dessen Typus. Doch hat er anderseits dessen entwicklungsfähige Reime ausgebildet, indem er seinen Romanen die Erörterung sozialer Fragen zugrundelegt (wie z. B. in „Jours d'épreuve“ die Pflichterfüllung in unscheinbarem Wirkungskreise, in „Femmes nouvelles“ die Frauenemanzipation, in „L'Or“ die Macht des Geldes); ganz besonders aber indem er die Massen zu Trägern der Handlung macht. Dies geschieht in der Romantetralogie „Une Époque“, die er gemeinsam mit seinem Bruder Victor verfaßte und die den Krieg von 1870 behandelt. Hier haben sich die von Zola ausgegangenen Anregungen vielleicht am wirkungsvollsten entfaltet. Die Vorschriften des Meisters werden fast in allem befolgt. Wir haben es nicht eigentlich mit einem Roman zu tun, sondern mit einem Geschichtswerk, freilich nicht in objektiver Darstellung, sondern die Ereignisse werden geschildert, wie sie sich in der Seele eines bestimmten Beobachters spiegeln. Wie bei Zola wiegt die Milieuschilberung vor, die Charaktere treten in den Hintergrund. Als Helden erscheinen nicht Einzelpersonen, sondern die Massen, einerseits die Soldaten, die sich für ihr Vaterland schlagen, anderseits, oft in scharfem Gegensatz zu ihnen, die Bauern, die sich zu bereichern trachten. Die Behandlungsweise ist naturalistisch, aber das Gäßliche wird nicht so ausschließlich hervorgekehrt wie bei Zola. Das ergibt sich wohl schon aus der Person des Beobachters; während in Zolas „Débacle“, mit dem sich ja der Vergleich zunächst aufdrängt, als solche Soldaten niederer Herkunft erscheinen, bildet bei Margueritte ein Offizier den Vermittler. Daraus ergibt sich ein höherer ästhetischer Standpunkt und eine mehr vergeistigte Wertung des Krieges. Sie gießelt in Worten, die uns heute, wo ähnliche Verhältnisse wie damals wiedergekehrt sind, zeitgemäß anmuten: „Il ne ressentait plus qu'un indicible dégoût pour la guerre, pour cette meule barbare qui broie tout sentiment individuel, étouffe toute pitié, toute fraternité . . . pour la guerre, qui change l'homme en bête sauvage.“ Auch in seinen während des Weltkrieges geschriebenen Romanen sucht Margueritte auf verschiedenen Wegen einer ethischen Beurteilung des Krieges beizukommen: In „L'Embusequé“ („Der Drückeberger“) vertritt er die Ansicht, daß der Krieg alles versittliche; als dies durch die Tatsachen nicht bestätigt wurde, wandte er sich in „Jouir“ gegen die Genußsucht, die sich während des Krieges entwickelt hat.

Im ganzen kann man sagen, daß Margueritte bemüht war, die Mängel des Naturalismus abzuschwächen, seine entwicklungsfähigen Eigenschaften aber auszubilden, so daß unter seinen Händen eine verhältnismäßig ausgeglichene Romanform entstand, die aber doch die Abkunft vom naturalistischen nicht verleugnen konnte.

Ein ganz anderes Bild erhält man von der französischen Literatur der letzten Jahrzehnte, wenn man sie nach den Werken Rostands beurteilt. Dieser macht dem Naturalismus gar kein Zugeständnis. Als seien Jahrzehnte und Jahrhunderte ausgelöscht, schließt er in den Eigenheiten seiner Sprache, in der Wahl der Stoffe, in der Kürzheit der Behandlung unmittelbar an die Romantik, im sittlichen Ernst an die Überlieferung der klassischen Tragödie an.

Eine gebieterische Herrschaft über die Sprache gestanden ihm selbst diejenigen zu, die an seiner Verachtung der altüberbrachten Regeln über den Versbau Anstoß nahmen. Leute, die sich über diese Vorschriften hinwegsetzen, hat man in Frankreich immer mit einer gewissen scheuen Ehrfurcht betrachtet; aber was sich Rostand an Vergehen gegen die Zäsur, an überraschenden Reimen, an leden Neubildungen, an Verwendung von Argotwörtern und an sonstigen dichterischen Freiheiten herausnahm, das ging weit über alles hinaus, was man seit Alfred de Musset als Gipfelpunkte dichterischen Übermuts anzusehen gewohnt war. Aber selbst diejenigen, die darüber die Hände über dem Kopf zusammenschlugen, konnten sich dem Zauber dieser Sprache, der Schönheit des Ausdrucks, der Leichtigkeit und

Glätte des Verses, der künstlerischen Handhabung des Zwiegesprächs nicht entziehen. In diesen Vorzügen der Form ist ein großer Teil des rauschenden Erfolges der Dramen Rostands begründet. Man war des platten Alltagsdialogs der naturalistischen Schule müde geworden, man atmete geradezu auf, als man wieder künstlerisch gestaltete und wohlklingende Verse von der Bühne herab hörte. Noch mehr als die Form wirkte aber der Inhalt der Dichtungen Rostands durch den scharfen Gegensatz zum Naturalismus. Sie sind in sittlicher Beziehung durchaus einwandfrei. Wie eine Erlösung mußte es wirken, als gegenüber den Schlüpfrigkeiten der Ehebruchsstücke, den Joten der Halbwelt Dramen, den gequälten sozialen Problemen, gegenüber all dem Schmutz der Straße, den das naturalistische Drama auf die Bühne gebracht hatte, nun wieder Reinheit der Motive, Größe der Lebensauffassung, Erhebung zu Ernstem und Idealem von den Brettern herab erklang. Und dann: Rostands Dramen führten von der Nüchternheit des Alltags wieder in das langentbehrte holde Land der Romantik. Kann man sich etwas Romantischeres vorstellen als jenen Troubadour, der sich in eine Prinzessin verliebt, die er nie gesehen hat, der darüber in schweres Siechtum verfällt, eine Meerfahrt wagt, um zu ihr zu gelangen und schließlich gerade zurecht kommt, um in ihren Armen zu sterben? Ist nicht „Cyrano de Bergerac“, ein Lebensbild aus dem siebzehnten Jahrhundert, voll von jener Vokalfarbe, die die Romantik als eine der ersten Forderungen an die Dichtkunst aufstellte? Und ist der unglückliche Herzog von Reichstadt, das „Adlerjung“, nicht ein Wiederaufleben jenes René, der am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts in so mannigfachen Spielarten erscheint und so recht als Typus des romantischen, tatendürstigen und doch tatenlosen Jünglings gelten darf? Und kann man sich etwas denken, was der naturalistischen Lehre gründlicher widerspräche als der Gedanke, in einem Drama ausschließlich Tiere mit menschlichen Gebärden, Worten, Gefühlen und Taten auftreten zu lassen? Und der Grundgedanke all dieser Dichtungen ist auf das Erhabene, Ideale gerichtet: das Motiv der Entsagung spielt überall hinein.

Diese Eigenschaften der Form und des Inhalts, die mit dem vollen Reize der Neuheit wirkten, erklären den gewaltigen Erfolg, den die Rostandschen Dramen errangen. Mag man den Anteil der Reklame daran, der ja zweifellos ziemlich erheblich ist, noch so hoch veranschlagen, man wird doch sagen müssen, daß Rostands Werke dem Bedürfnis einer Zeit entsprachen, die nach einem Ausweg aus der Öde des Naturalismus lechzte. Rostand wies ihn, indem er die Romantik wieder ins Leben rief, und bei ihm zeigen sich alle jene Richtungen, die in der idealistisch gerichteten Literatur der letzten Jahrzehnte hervortreten, vor allen diejenige, die in der Wiederbelebung der nationalen Überlieferung ihre Aufgabe fand: Cyrano, L'Aiglon, Chantecler sind sprechende Belege dafür. Leiser klingt jene andere Saite der Romantik an, die nach dem Ausbruche des Mystisch-Symbolischen ringt: La Samaritaine mit dem biblischen Stoffe, mit der Darstellung Christi als „Astheten“, Chantecler mit seiner offenbar beabsichtigten Symbolik zeugen dafür.

Welcher der beiden Hauptströmungen, die hier skizziert wurden, nach den Ereignissen des Weltkrieges die Zukunft gehört, läßt sich noch nicht sagen, doch scheint es, daß es eher die realistisch-psychologische, auf Darstellung der Massen ausgehende Marguerittes sein wird, so daß die durch Rostand vertretene romantische genau so eine Episode bleiben wird, wie die Romantik am Beginn des neunzehnten Jahrhunderts.



China und Japan



aß die Vertreter Chinas sich anfänglich geweigert haben, den Friedensvertrag mit Deutschland zu unterzeichnen, ist in der ersten Siegesfreude, die übrigens, wenn man zwischen den Zeilen liest, selbst in Paris durchaus nicht den Grad allgemeiner Begeisterung erreicht zu haben scheint, den die Jubelfanfaren der Pariser Blätter vermuten lassen wollen, in Frankreich und auch in England vom großen Publikum nahezu gänzlich übersehen worden. Begreiflicher Weise, denn dem gewöhnlichen Sterblichen ist die seit dem russisch-japanischen Krieg allgemein notwendig gewordene Fähigkeit, Politik in Weltteilen zu denken, noch immer nicht in Fleisch und Blut übergegangen, noch immer sieht er, wenn er nicht gerade eigene bedeutende Interessen hat, Politik nur innerhalb der Grenzen Europas und des Mittelmeeres und für ihn haben besonders China und Japan, noch immer etwas von der Märchen- und Fabelatmosphäre, die sie im 17. und 18. Jahrhundert hatten. Anders in Amerika, wo Wilsons Entscheidung in der Schantungfrage beträchtliche Verstimmung hervorgerufen hat.

Wenn den Zankapfel der europäischen Großmächte Konstantinopel bildet, so kann man Chinas Ostküste den Zankapfel der Weltmächte nennen. Drei große Gegnergruppen lassen sich in dem Intrigenspiel Ostasiens unterscheiden: China, Japan und die übrigen Weltmächte, in erster Linie also England, verstärkt durch Australien und dem von chinesischer Einwanderung bedrohten Canada, und Amerika. Das Charakteristische an diesen Mächtegruppen ist nun dies, daß sie nicht scharf voneinander geschieden sind, sondern die eine immer mit wesentlichen Faktoren der zweiten manchmal auch der dritten selber gegen die dritte angeht. Denn China, das sich sowohl gegen den Erbfeind Japan wie gegen die Weißen zu wehren entschlossen ist, kann seine militärische und zivilisatorische Ohnmacht nur dadurch einigermaßen ausgleichen, daß es die beiden Gegnergruppen gegeneinanderhebt und sich von Japan gegen England, von England und namentlich Amerika gegen Japan helfen läßt. Japan aber, das von dem durch die weiße Rasse erzwungenen Grundsatz der offenen Tür eifrigen Gebrauch gemacht hat, hat einerseits zwar ein Interesse daran, daß die Weißen bei der Knebelung des Nachbarkolosses nach Kräften mithelfen, wünscht jedoch andererseits nicht, daß sie so viel Macht in China gewinnen, um das Ideal seiner großzügigen aber schweigelamen Imperialisten, einst als Vorkämpfer der gelben Rasse, als unbestrittene Herren des gesamten Ostasiens da zu stehen, unerreichbar machen. Die Helfer sind für Japan immer noch Weiße, die Gegner und Besiegten immer noch Gelbe. Die europäischen Mächte und Amerika jedoch wünschen einerseits das Prinzip der offenen Tür aufrecht zu erhalten, andererseits Japans Macht, die sich besonders während des Krieges in bedrohlicher Weise gemehrt hat, in China nicht zu stark werden zu lassen, um eine Beeinträchtigung des eigenen Einflusses und damit auch des eigenen Handels zu verhüten. Es ist also ein Krieg zu dreien, in welchem immer zwei gegen den dritten stehen, insgeheim aber auch sich untereinander beföhden. Hinzu kommt, daß China nach der Revolution noch immer nicht zur Ruhe gekommen ist, daß insbesondere der noch stets wirksame Gegensatz zwischen dem kriegerischen Norden und dem parlamentarischen Süden fortbesteht und infolge der durch den Parlamentarismus hervorgerufenen Unbeständigkeit aller Regierungsstellen fremden Intrigen fortwährend bequeme Angriffspunkte bietet.

An der Hand dieses Situationsplanes wird es leichter fallen sich auf dem diplomatischen Kampffelde, das China augenblicklich bildet, zurechtzufinden und die im folgenden angeführten Daten richtig zu bewerten.

Da der Weltkrieg ein englischer Krieg wurde, war es jedem Deutschen ohne weiteres klar, daß die deutschen Kolonien einschließlich Kiautschau über kurz oder lang zunächst verloren gehen mußten. Nun aber war man in England anfänglich keineswegs gewillt, Kiautschau und Schantung einfach in japanische Hände fallen

zu lassen. England hat Japan gegen Rußland gebraucht und später als Stütze eigener Aktionen in Ostasien gegen Deutschland, Amerika und China, aber weitfichtige englische Ostasientausleute sind stets gegen zu weitgehende Begünstigung Japans gewesen, da eine Militarisierung und Ausbeutung Chinas durch Japan für Europa und Amerika die Abspernung der Hilfsquellen und Märkte Ostasiens bedeuten würde, und die Ereignisse haben erwiesen, daß ihre Besürchtungen durchaus berechtigt gewesen sind. Daher haben es sich die Engländer trotz stärkster anderweitiger Inanspruchnahme und trotz der Unzulänglichkeit ihrer Mittel, die sie hinterdrein recht lächerlich beiseite stehen ließ, von Anfang an nicht nehmen lassen, bei der Eroberung Kiautschaus mitzuwirken. Daher mußte auch Grey nach der japanischen Kriegserklärung im Parlament erklären, England erkenne zwar den Wunsch Japans, Deutschland aus China zu vertreiben, an, setze aber voraus, daß Kiautschau an China zurückgegeben würde, woraufhin denn Okuma reichlich orakelhaft erklärte, Japan erhebe keinerlei Anspruch auf Landbesitz in China. Weniger bekannt geworden ist bei uns, daß zunächst China, wie wir heute vermuten dürfen auf Vertreiben Englands, die Absicht hatte, uns den Krieg zu erklären, natürlich, um den japanischen Absichten zuvorzukommen, was aber unterblieb, da Japan sofort erklären ließ, es könnte eine aus solcher kriegerischen Unternehmung resultierende Stärkung des militärischen Geistes in China nicht dulden. Die dann 1917 doch erfolgte Kriegserklärung Chinas an Deutschland ist also weniger ein Akt der Notlage gewesen, als vielmehr ein feiner Schachzug, um als Verbündeter der Entente auf der Friedenskonferenz gleichberechtigt neben Japan auftreten zu können, ein Schachzug, der um so notwendiger war, als Japan inzwischen, die augenblickliche Notlage der europäischen Mächte benutzend, China 1915 zur Annahme der berückichtigten einundzwanzig Punkte gezwungen hatte, die ihm nicht nur den Eintritt in alle deutschen Rechte sicherten, sondern es auch in anderen Gebieten zum tatsächlichen Herrn Chinas machten. Auch hatte China nicht versäumt, auf Wilsons Friedensnote vom 3. Januar 1917 zustimmend und besonders den Satz von der Achtung der Gleichberechtigung aller Nationen unterschreibend, zu antworten. Aber daß die übrigen Mächte sich einmischen könnten, hatte Japan bereits frühzeitig eingesehen und sich schon 1916 durch einen durch die Bolschewisten bekannt gewordenen Geheimvertrag mit Rußland den Rücken gestärkt. In der Tat bedeutet die Hauptbestimmung dieses Vertrages, daß Japan und Rußland sich gegenseitig verpflichten, China gegen die politische Beherrschung durch irgendeine dritte, Japan oder Rußland feindlich gesinnte Macht zu schützen, nicht mehr noch weniger als ein Defensivbündnis gegen England. Durch diese Position gestärkt, unternahm Japan ein weiteres, es ließ die Ententemächte sondieren, ob sie geneigt seien, alle Rechte, die die Deutschen in China und im Stillen Ozean besäßen, Japan zuzugestehen. Italien und Rußland waren dazu ohne weiteres bereit, Frankreich stellte dazu besondere Bedingungen bezüglich deutscher Schiffe, Geschäftshäuser und Richterstellen, England erhob Vorbehalt wegen der deutschen Kolonien südlich des Äquators, das mindeste was man um Australiens willen tun mußte. Durch dieses Zugständnis aber erhielt Japan, gestützt auf die Ergebnisse seiner eigenen fieberhaften Tätigkeit, ein derartiges Übergewicht in China, daß England, von der Lösung des Bündnisses nur durch die Besorgnis vor einer möglichen Kombination Deutschland-Rußland-Japan zurückgehalten, jetzt alle Anstrengungen machte, die offene Tür wenigstens mit Hilfe des Völkerbundes zu sichern. Es ist auffällig genug, daß in den kürzlich erfolgten Verhandlungen, daß China doch unterschreibt, ausdrücklich von seiner Aufnahme in den Völkerbund die Rede war.

So standen die Dinge als man zur Friedenskonferenz schritt. Die Japaner hatten bisher Sorge getragen, daß über ihren Vertrag mit China von 1915, der 1918 noch einmal in erweiterter Form, jedoch wieder ohne vom chinesischen Parlament ratifiziert zu werden, erneuert worden ist, nichts in die Öffentlichkeit gelangte. Nachdem aber Wilson für Aufhebung der Geheimdiplomatie eingetreten war, machte eine chinesische Abordnung Anstalten, auf der Friedenskonferenz die

Auflhebung der drückenden Verträge mit Japan zu verlangen. Allein die Dokumente wurden den Abgeordneten auf der Durchreise durch Japan gestohlen und der japanische Gesandte in Peking sprach, noch ehe sein amerikanischer Kollege Gelegenheit hatte, China der amerikanischen Freundschaft zu versichern, so energisch bei der Regierung vor, daß diese, der der Feind Japan näher war als der Freund Amerika, von der Veröffentlichung der Verträge ablah. Nun mochten die chinesischen Abgeordneten dem Rat der Vier, der dringlich mit anderen Angelegenheiten beschäftigt war, ruhig mit allgemeinen Klagen in den Ohren liegen, die Orientalen sind von jeher in der schwersten aller politischen Künste, dem zielbewußten Abwarten allzu geübt gewesen, als daß die Japaner den richtigen Moment zum Eingreifen veräümt hätten. Der kam, als die Italiener in ohnmächtigem Bluffversuch die Friedenskonferenz zu sprengen suchten. Die Gefahr war groß, erklärten doch, wenn man den Urdeutungen der „Birmingham Post“ Glauben schenken darf, gewisse republikanischen Senatoren sich bereit, Wilson in der Fiume-Frage zu unterstützen, falls er den Geheimverträgen Japans die Anerkennung verweigern sollte. Damit wäre gewiß eine bedeutende Steigerung von Wilsons Prestige verbunden gewesen. Aber die Japaner schlugen einen Stillhandel vor, der gleichfalls nicht zu verachten war: sie wollten gegen Anerkennung ihrer Geheimverträge ihren Anspruch auf Gleichheit der Rassen im Völkertum fallen lassen. Wollte man darauf nicht eingehen, würden sie die Konferenz verlassen. Wilson hatte keine Wahl. Einerseits war die amerikanische Einwanderungsbeschränkung gegen die gelbe Rasse eine Bedingung, ohne die eine Anerkennung des Völkerbundes in Amerika niemals möglich war, andererseits hatten die Italiener doch immerhin das bewirkt, daß die Protestbewegung einer zweiten Großmacht, der in jenen Tagen noch andere kleinerer Mächte z. B. Belgiens zu folgen drohten, der Konferenz weit mehr Prestige gekostet hätte als durch Einspruch in der Japan-China-Angelegenheit zu gewinnen war. Und so wurde Japan trotz des bereits am 4. Mai erfolgten Protestes der Chinesen alles zugestanden, was es verlangte, und die Protestgeste der chinesischen Abgeordneten inmitten der Unterzeichnungsfeierlichkeit möglichst übersehen.

Aber Wirklichkeiten lassen sich durch keinerlei Konferenzverhandlungen aus der Welt schaffen. Kaum wurde Wilsons Nachgiebigkeit gegen Japan in China bekannt, als heftige Unruhen ausbrachen. In Changteh, in der Hunan-Provinz, am Yangtse machte sich eine ausgesprochen japanfeindliche Bewegung bemerkbar, ein Boykott japanischer Waren und japanischer Geschäftshäuser begann und wurde energisch durchgeführt, in den Hafenstädten traten die Dock- und Hafenarbeiter in Streik und weigerten sich japanische Schiffe zu entladen, in Singapore machten chinesische Reuterer auf Japaner Angriffe, die zu Unruhen mit beträchtlicher Schadenstiftung führten, die Studenten und höheren Schüler traten gleichfalls in Streik und erzwangen am 10. Juni die Absetzung der für die Verträge mit Japan, sowie die drückenden Eisenbahnanleihen japanfreundlichen Verantwortlichen: des Verkehrsministers Tsao-Yu-lin, des Generaldirektors des Münzwesens Chang-Tsung-hiang und des chinesischen Gesandten in Tokio Lu-Tsung-yu. Und durch die große Flottendemonstration der Japaner in Kanton ist die Sache keineswegs besser geworden. Es ist nun bezeichnend für die ganze Lage, daß japanische Zeitungen behaupten können, die Amerikaner unterstützten diese Bewegung, und daß diese Behauptung nicht ganz aus der Luft gegriffen scheint, wenn man z. B. in Erwägung zieht, daß bereits früher das amerikanische Rote Kreuz, mit dem offensichtlichen Plan, dem amerikanischen Handel einen von japanischer Kontrolle unabhängigen Weg nach Schantung zu sichern, angeboten hat, den alten Kaiserkanal zu modernisieren und das durchschnittene Gebiet zu entwässern, ein Plan, der durch Einschleichen japanischen Kapitals allerdings durchkreuzt wurde, und daß ferner der General Feng, der unter dem Vorwand von Vorträgen in wissenschaftlichen Vereinigungen den Studenten den Boykott japanischer Waren predigen läßt, Christ ist und mit amerikanischen und englischen Missionaren zusammenarbeitet. Es ist aber nicht minder charakteristisch, daß englische Kaufleute in Ostasien heftige

Beforgnis äußern, die japanfeindliche könnte sich in eine allgemein fremdenfeindliche Bewegung verwandeln, daß sie laut, um Japan zu schrecken, für Korea Selbständigkeit fordern, daß Australien sofort den Kreuzer „Sidney“ nach Singapore entsandt und den Belagerungszustand hat proklamieren lassen und daß endlich, offenbar als japanische Gegenmaßregel, in Peking englandfeindliche Pamphlete verteilt werden, die die Aufmerksamkeit von den Japanern abzulenken versuchen.

Dennoch ist es, wenn auch der Völkerbund die Gelegenheiten zu Reibungen beträchtlich vermehren wird, nicht wahrscheinlich, daß es in der nächsten Zeit im fernen Osten zu ernsthaften und folgenschweren offenen Zusammenstößen kommt. Japans Übergewicht über China ist zu groß und der Vorsprung, den es bei der Erschließung Chinas während des Krieges vor den andern Mächten gewonnen hat, zu gewaltig, seine Stellung nach dem Ausscheiden Rußlands zu fest, als daß China oder eine der weißen Mächte einstweilen mit Aussicht auf Erfolg versuchen könnte, Japans Ausbreitung mit Gewalt zu hindern. Frankreich kommt als Gegner kaum mehr in Betracht, Amerika ist vorläufig mit der Kolonisierung Europas ausreichend beschäftigt und England wird erst wieder Kräfte sammeln müssen, um diese einzige schwache Stelle seines Imperiums zu schützen. Zu einer innerlichen Erstarkung Chinas aber würde es Jahrzehnte brauchen, während deren die schneller lebenden Japaner längst die gesamte Küste und moderne Industrie Chinas in ihre Gewalt gebracht haben werden. Das Schicksal schreitet langsam, aber wird nie von seinem Wege abgelenkt, und es wäre sonderbar, wenn die Engländer einen Verrat in Massfragen nicht teuer bezahlen müßten.

Menenius

Neue Buchausgaben



ar mancher ist übersättigt von den sich drängenden literarischen Erzeugnissen, die den Tagesfragen gelten und greift gern nach der von den Zeitumständen unabhängigen Literatur, nicht zuletzt zu den Werken, die einen Ehrenplatz in unserem Schrifttum einnehmen. Zu den erfreulichen Aufgaben der literarischen Berichterstattung gehört die Anzeige, daß altvertraute Werke von anerkanntem Wert neu aufgelegt worden sind, eröffnet sich doch gerade hierdurch ein Einblick in das geistige Leben der Nation: Bücher, die nicht mehr gelesen werden, werden nicht neu aufgelegt, nur wo Wiederhall zu erwarten ist, lohnt eine Neuausgabe. Die einzige Arbeit des Buchhandels auf diesem Gebiet in der jüngsten Vergangenheit ist somit als ein Lichtblick zu bezeichnen, da sie zweifellos einem Bedürfnis entgegenkommt. Nicht minder erfreulich ist das rastlose Streben einiger Herausgeber, Büchern, die durch neue Forschungsergebnisse in ihrer ursprünglichen Bedeutung herabgesetzt zu werden drohen, durch Neubearbeitung und Ergänzung auf die Höhe des gegenwärtigen Standes der Wissenschaft zu heben. Solche hingebungsvolle Arbeit finden wir auf mannigfachen Gebieten der Geisteswissenschaften.

Schon einmal — in Heft 41 v. J. — hatten wir Gelegenheit, auf die Neubearbeitung des alten Weberschen Geschichtswerks durch Ludwig Nitz hinzuweisen. („Georg Webers Weltgeschichte“, in zwei Bänden vollständig neu bearbeitet. Erster Band Altertum und Mittelalter, zweiter Band Neuzeit und Neuere Zeit. Verlag von Wilhelm Engelmann, Leipzig 1918. Preis Bd. I geheftet 18 M., gebunden 22 M., Bd. II geheftet 20 M., gebunden 25 M.) Es geschah anlässlich des Erscheinens des ersten Bandes. Nunmehr liegt auch der zweite Band im Umfang von nicht weniger als 1083 Seiten vor. Er führt uns bis zu den düsteren Novembertagen 1918. Vermag die naturgemäß skizzenhafte Schilderung der letzten Jahre mit ihren wichtigen Entscheidungen lediglich einem im wesentlichen logischen Bedürfnis zu entsprechen, so kennzeichnet dieses Vorgehen doch auch das Bestreben von Ludwig Nitz, trotz aller notwendigen Beschränkungen, abgeschlossene Bilder zu bieten, von der seine gesamte Neubearbeitung getragen ist. Trotz des veränderten Gewandes, in dem das Werk jetzt vorliegt, ist es für dieselben Kreise bestimmt, die den alten Weber bisher benutzten und schätzten. An seiner Hand

hat mancher die ersten Schritte in die Geschichte getan und Dank der Bemühungen des neuen Herausgebers wird das Buch auch in Zukunft seinen Beruf erfüllen. Die neue Anordnung, sowie die stoffliche Bereicherung, die nicht in Überlastung ausartet, dürfte diesem Zwecke nur förderlich sein.

Ebenfalls hoch willkommen ist die zwölfte Auflage von Jacob Burckhardts „Die Kultur der Renaissance in Italien“, die der im unablässigen Bemühen um dieses Werk bewundernswerte Ludwig Geiger noch kurz vor seinem Tode zum Abschluß bringen konnte. (Alfred Kröner Verlag in Leipzig, 1919, geheftet 21 M., gebunden 28 M. und Feuerungszuschlag.) Im Jahre 1860 zum erstenmal erschienen, hat Geiger seit 45 Jahren den ihm noch zu Burckhardts Lebzeiten anvertrauten Schatz verwaltet und gemehrt; er war bereit sich auch fernerhin in seinen Dienst zu stellen. Dieser Hingabe gebührt warmer Dank, sie ist ein rühmliches Beispiel ensagungsvoller Gelehrtenarbeit, die lediglich der Sache zugute kommen will. Das Burckhardtsche Werk kommt Menschen verschiedensten Bildungsgrades in die Hände und dennoch erhält jeder sein Teil. Der Fachmann findet in den zahlreichen, zum großen Teil von Geiger stammenden und jetzt wieder vermehrten Exkursen oder neu geordneten Anmerkungen, sowie in dem der letzten Ausgabe beigegebenen Nachwort ihm dienliches Material, der gebildete Laie wird sich durch die gedankenreiche Darstellung immer wieder belehrt und erhoben sehen. Ein schönes Wort Burckhardts mag sich jeder Deutsche ins Stammbuch schreiben, weil es an Dinge rührt, die uns heute stark bewegen. Es heißt: „Man wird viele einzelne Kontraste und Nuancen zwischen den Völkern nachweisen können, die absolute Summe des ganzen aber zu ziehen, ist menschliche Einsicht zu schwach. Die große Verrechnung von Nationalcharakter, Schuld und Gewissen bleibt eine geheime, schon weil die Mängel eine zweite Seite haben, wo sie dann als nationale Eigenschaften, ja als Tugenden erscheinen. Solchen Autoren, welche den Völkern gern allgemeine Zensuren, und zwar bisweilen in den heftigsten Töne schreiben, muß man ihr Vergnügen lassen. Abendländische Völker können einander mißhandeln, aber glücklicherweise nicht richten. Eine große Nation, die durch Kultur, Taten und Erlebnisse mit dem Leben der ganzen neuen Welt verflochten ist, überhört es, ob man sie anklage oder entschuldige; sie lebt weiter mit oder ohne Gutheißens der Theoretiker.“ Eine Warnung vor allzuschneller Beurteilung und Beurteilung kultureller Erscheinungsformen stellt das gesamte Werk Burckhardts dar durch den Geist, in dem es geschrieben ist, deshalb kann es als durchaus zeitgemäß gelten und manchem „Kulturpolitiker“ der Gegenwart zum eingehenden Studium zwecks methodologischer Nachseiferung empfohlen werden.

Mehr als zwanzig Jahre hindurch haben Friedrich Vogt und Max Koch ihr gemeinsames Werk, die Geschichte der Deutschen Literatur von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart durch unbeirrte Treue jung erhalten. In geradezu glänzender Ausstattung ist sie jetzt neubearbeitet und vermehrt zum viertenmal erschienen — bisher in zwei Bänden, der dritte abschließende Band, der dem neunzehnten Jahrhundert gewidmet ist, soll Ende dieses Jahres folgen. (Bibliographisches Institut, Leipzig und Wien, 1919. Jeder Band gebunden 22 M.).

Die Verfasser begnügen sich bekanntlich nicht mit einer allgemeinverständlichen aber wissenschaftlichen tiefgründigen Darstellung der literarischen Produktion unter Berücksichtigung ihrer politischen Verkettungen, sie verlebendigen sie vielmehr durch die Wiedergabe von Handschriften, Malereien und sonstigen Abbildungen und erhöhen damit den Wert des Werkes in einer Weise, daß es zu einem würdigen Gliede jeder guten deutschen Hausbibliothek wird.

Als es im Jahre 1897 zum erstenmal erschien, geschah es im Zeichen sicheren Besitzes reicher Möglichkeiten der Entfaltung unseres geistigen Erbes, heute vermag es nicht mehr als die Hoffnung auf eine nationale Zukunft wach zu halten: wer den Entwicklungsgang der deutschen Literatur an seinen Augen vorüberziehen läßt, muß sich in aller Not der Gegenwart sagen, daß ein lebendiger Quell nicht zugeschüttet werden kann. Mit Recht verweisen die Verfasser auf das für uns dringende Gebot der Stunde, den Stimmen unserer großen und guten Geister zu lauschen, und zu beherzigen, daß ihre Kunst und ihre Weltanschauung

zwar über alle nationale Begrenztheit hinausreicht, aber nicht im Internationalismus, sondern in deutscher Eigenart wurzelt.

Geistige Führer hat Carlyle einst „Helden“ genannt und in einer Zeit, als das Alte beiseite geschoben wurde und eine „neue“ Ordnung werden sollte, seine berühmten Vorträge gehalten, aus denen sein Buch „Über Helden und Heldenverehrung“ erwuchs. (Übersetzt von J. Neuberg in fünfter Auflage bei R. v. Decker's Verlag mit einer Einführung von Walter von Molo erschienen. Preis geb. 7.50 M.) Von Urzeiten an, da die alten Germanen unsagbare Menschengröße zur Gottheit weiteten, vor der sie anbetend niedersanken, bis zu den Tagen geistiger Durchdringung des Lebens in seiner Mannigfaltigkeit, wie sie einem Dichter vom Range eines Dante, Shakespeare oder Goethe gelingt, ist es die zwar in einer bestimmten Richtung entfaltete, aber auf einer menschlich-allseitigen Entwicklungsmöglichkeit beruhende Persönlichkeit, die über der trotz aller instinktiven Aus schläge unbewegten Masse im tiefsten Sinne die Befreiung des Menschengeschlechts wirkt. Der unwiderstehliche Drang des Menschen, die höchste Entfaltung seiner eigenen Wesenheit zu verehren, ist der unzerstörbare Grund, der uns auch in Zeiten des Umsturzes und des Verfalls den Wiederaufbau einer lebensfähigen Gesellschaftsordnung möglich erscheinen läßt. Diese Überzeugung von elementar bedingtem Führen und ehrfürchtigem Folgen, der Carlyles feinsinnige Betrachtungen durchglüht, ist geeignet, das Grauen vor dem nivellierten geistigen Tiefstand der Gegenwart zu bannen. Aus einem schönen Worte Carlyles schöpfen wir weiteren Trost: „Es ist,“ so sagt er, „für eine Nation etwas Großes, daß sie eine artikulierte Stimme erhalte. . . . Die Nation, die einen Dante hat, ist geehrt, wie es ein stummes Rußland nimmer sein kann.“ Rußland ist nicht stumm geblieben und wird daher seinen Zusammenschluß finden. Im Vertrauen auf die national einigende Kraft unserer Großen liegt auch unser Zukunftsglaube.

Als das höchste Beispiel der Heldenanbetung erschien Carlyle das Christentum. Es liegt daher nahe, derjenigen Männer in Sonderheit zu gedenken, die die Menschheit zu dieser Anbetung zu erziehen sich bemühten. Namen wie Paulus, Hus, Luther, Zwingli, Schleiermacher drängen sich uns auf. Lebendige Schilderungen dieser Männer von den Zeiten des Moses und der Propheten bis zu Bismarck, dem frommen Christen, finden sich in dem von Professor Lic. Bernhard Weß herausgegebenen gediegenen Sammelwerk „Unsere religiösen Erzieher“, Eine Geschichte des Christentums in Lebensbildern, das in zweiter verbesserter und stark vermehrter Auflage vorliegt. (Zwei Bände. Verlag von Quelle und Meyer, Leipzig, geb. 14 M.) Die Verfasser, namhafte deutsche Gelehrte, gehen von der Auffassung aus, daß man die Religion, insbesondere das Christentum, nicht in einem festen Gefüge von Vorstellungen kennen lernt, sondern in religiösen Menschen, die alle ihre eigene Art haben. Die religiöse Persönlichkeit wiederum erzieht durch das Faktum eines Lebens, das sein eigenes Schicksal überwindet. Religion haben heißt nicht Lehren gehorchen, sondern das eigene Leben der Menschen wecken und nähren. Dies sehen wir am deutlichsten an Jesus selbst, der uns in dem vorliegenden Werk von Arnold Meyer meisterhaft geschildert wird. Nicht minder lichtvoll zeigen die den anderen religiösen Persönlichkeiten gewidmeten Abhandlungen, worin das sich gleichbleibende Wesen der christlichen Frömmigkeit trotz aller individueller Erscheinungsformen besteht und wodurch sie ihre Wirkung auslöst. Durch die chronologische Folge der Darstellung tritt aber auch die Entwicklung des Christentums in ihren Hauptzügen zutage.

Dr. M. Kehlner

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: Dr. Mathilde Kehlner in Berlin-Charlotten. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Veranstalter des Herausgebers: Amt Richterstraße 488, des Verlags mit der Schriftleitung: Carl Legaye 2610.

Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Behnhofstr. 36/37.



Ostmark, Regierung und Volksratsbewegung

Auf der rechten Seite scheint man die Empfindung zu haben, als habe der Osten „enttäuscht“, auf der linken dagegen möchte man mit Genugtuung konstatieren, daß die Politik der ostmärkischen Volksratsbewegung Schiffbruch gelitten habe. Wir Deutsche — auf diesen Sammelnamen machen wir jetzt nur in ethnographischer Hinsicht Anspruch — können nun einmal die Angelegenheiten unseres Vaterlandes nicht anders als vom Parteistandpunkt beurteilen; dies galt und gilt auch für das Verhalten der öffentlichen Meinung zu den Dingen, die sich in der Ostmark abgespielt haben. Ebensovienig wie das Deutschtum noch eine politische Einheit darstellt, ebensowenig gibt es eine öffentliche Meinung des deutschen Volkes, sondern man muß sich daran gewöhnen, sich für eine der öffentlichen Parteimeinungen als die maßgeblichste zu entscheiden. Die mehrheitssozialdemokratische Partei und das Zentrum, die beide die Stützen der Regierung bilden, erheben den Anspruch, ihren Parteistandpunkt als öffentliche Meinung gewertet zu sehen, die rechtsstehenden Parteien treten hierzu in Opposition; man setze sich abwechselnd eine der beiden Parteibrillen auf und — unter Verzicht auf die Denkmittel des gesunden Menschenverstandes — betrachte den Zusammenbruch der Ostmark. Man erhält dann die beiden im Eingangssage geschilderten Eindrücke. Die Ruganwendung, die sich aus einer derartigen Betrachtung der Dinge ergibt, schafft Wasser auf die Parteimühle; für das Interesse der Allgemeinheit wäre sie belanglos. Das ist das wirklich Betrübenende an dem Zusammenbruch im Osten.

Es handelt sich eben um einen Zusammenbruch, die Frage ist nur die, was darunter verstanden werden muß. So wie das Problem hier angeschnitten worden ist, wird dem Beurteiler sich auch die Antwort aufdrängen, daß ein Zusammenbruch der Parteipolitik gemeint ist. Wer darin die Antwort sucht, befindet sich auf dem richtigen Wege.

Als der Novemberumsturz erfolgte und das Lebensschicksal des deutschen Volkes — für die Übergangswochen bis zur Bildung einer einigermaßen festen neuen Staatsautorität — parteipolitischen und doktrinären Experimentierkünsten überantwortet wurde, stürzte auch das solide, seit den Tagen des großen Friedrich begründete Staatsgefüge in der Ostmark zusammen, und das kostbare Gut, das wir als unveräußerlich von unseren Vätern ererbt hatten, sollte herrenlos auf der Straße liegen bleiben, sollte dem Zugriff eines jeden offen stehen, der es besser zu würdigen wußte, als wir. Auch wir Deutsche in der Ostmark wollten umlernen, wir wollten aber nicht bloß verzichten, wie die neuen Regierungsmänner von dem Schläge des Herrn von Gerlach predigten, wir wollten behalten, was uns zustand, und uns in dem mit den Polen teilen, woran sie ein Mitrecht

hatten. So entstand die Volksratsbewegung. Es ist darunter die Bewegung zu verstehen, die in Posen und Westpreußen einen parteilosen, nur auf dem Bekenntnis zum Deutschtum fußenden Zusammenschluß aller Deutschen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und des Standes hervorrief und eine selbstgewählte Vertretung in lokalen Volksräten schuf. Zu einem Teile richtete sie sich gegen jede Tendenz einer deutschen Regierung, berechnigte Interessen des ostmärktischen Deutschtums zu opfern, und sei es auch nur im Kompensationswege, auf der anderen Seite wollte sie den Ausgleich mit den Polen herbeiführen, den die frühere Regierung unterlassen hatte und den die neue nicht fähig schien, aus eigenem Antriebe in beiderseitigem Interesse durchzudrücken. Die Ostmark stand der neuen Regierung nach der Entsendung des Herrn von Gerlach und den Regierungsmethoden des Herrn Erzberger von vornherein mit ablehnendem Mißtrauen gegenüber und hatte das Gefühl, daß aus ihrer Haut die Riemen für die Einpeitschung der famosen Wilsonschen Prinzipien geschnitten werden sollten. Verlassen von den Gütern der alten Ordnung, neuen Leuten überantwortet, die nicht wußten, wo anfangen und wo endigen, die entschlossen schienen, sich nicht von dem unwandelbaren Interesse der Gesamtheit, sondern von der Konjunktur des Wilsonschen Allheilmittels leiten zu lassen und dementsprechend, als ob es sich um eine Marktware handelte, nach dem politischen Kurszettel bald auf Hauße, bald auf Baiffe spekulierten — in diesem Stadium begann die Ostmark sich auf sich selbst und schuf sich in den auf breitester demokratischer Grundlage gewählten Volksräten eigene Vertretungen, die das Interesse der Ostmark wahrnehmen sollten. Das war ja das Traurige an den Zeiten nach dem Umsturz, daß matte Theorien und Doktrinen den Vorrang vor der Befriedigung der realen Bedürfnisse des Volkes erhielten. Man berauschte sich an Schlagworten, träumte von dem Siege neuer Weltbeglückungsideen, die dem Hirne Wilsons niemals so entsprungen waren, wie sie deutscherseits aufgefaßt wurden, man schwelgte in dem Bestreben, ein Parteiprogramm nun endlich in radikalster Weise verwirklichen zu können, und man lenkte zu spät ein, als die Erkenntnis dämmerte, daß auch die liberalste Regierung schließlich nicht mehr geben kann, als sie selbst besitzt. Nichts charakterisiert das werdende neue Deutschland besser als wenn man die Periode von dem Umsturz bis zur Überreichung der ersten Friedensbedingungen damit kennzeichnet, daß die neue Regierung sich bestrebt zeigte, sich gegenüber den von rechts und links drohenden feindlichen Bestrebungen im Widerspruch mit sich selbst, mit den einmal verkündeten Grundsätzen zu erhalten. Die Regierung wollte sicherlich das Beste, sie wußte aber auch, daß sie es mit den ihr verfügbaren, d. h. mit den ihr nach ihren Grundsätzen allein erlaubten Mitteln nicht durchführen konnte, daß sie mit ihrer Aufgabe notgedrungen scheitern mußte, und trotzdem versuchte sie, an der Spitze zu bleiben, lediglich um ein Parteiprogramm zu retten. In der äußeren Politik verzichtete die Regierung auf jede Initiative, auf jeden Versuch, den farblosen Wilsonschen Prinzipien eigene Färbung zu geben, in der inneren Politik beschränkte sie sich darauf, die Lösung der brennenden Fragen durch Kompromisse hintanzuschieben, die einerseits den Macht hunger der Massen befriedigten, anderseits das Ansehen der Partei stützen sollten. Nirgends zeigte sie Konsequenz, nirgends Festigkeit.

Das Verhältnis der Regierung zur Ostmark war zweideutig. Es hatte fast den Anschein, als ob die Regierung aus Mangel an Mut und Entschlossenheit selbst davor zurückschreckte, sich innerlich über die Folgen der Annahme der Wilsonschen Prinzipien in bezug auf die Ostfragen klar zu werden. Man konnte aus ihrem Verhalten bis zu dem ersten Versailler Gewaltspruch den Eindruck gewinnen, die Regierung schiene sich überhaupt nicht des Ernstes der Lage bewußt zu sein. Zu einer Zeit, als die führenden Kreise in der Ostmark sich längst darüber im Reinen waren, daß die Forderungen der Entente die jetzt Laßsache gewordene Gestalt annehmen würden, schien die Regierung mit dieser Gewißheit nicht zu rechnen, nicht rechnen zu wollen. Selbst der zu großzügigen Verzicht stets bereit gewesene Reichsminister Erzberger glaubte sich noch im März durch seine Äußerung,

die Regierung würde einen Frieden ohne Westpreußen und Danzig niemals annehmen, für späterhin nicht kompromittieren zu können. Die Regierung wollte die ganze Schwere der drohenden Gefahr nicht erkennen; für den Fall, daß sie sie zum Teil erkannt hat, besaß sie nicht den Mut, sie dem Volke zu enthüllen. Das Volk sollte in der süßen Hoffnung auf die Gerechtigkeit des kommenden Wilsonfriedens eingeschlafert werden, damit es nicht vorzeitig die verantwortlichen Leute zum Teufel jagte, die ihm im November diese Illusion vorgespiegelt hatten. Ebenso wenig wie die Regierung zur klaren Erkenntnis der politischen Entwicklung der Ostfrage vorgebracht war, ebenso wenig wie sie gewillt war, dem Volke, insbesondere dem Deutschtum der Ostmark, von vornherein klaren Wein einzuschenken, ebenso wenig war sie — und dies ist der schwerste Vorwurf, den die Ostmark gegen sie erhebt — überhaupt geneigt, sich in die Karten sehen zu lassen, die sie in den — Traum gebliebenen Friedensverhandlungen auszuspielen gedachte. Das Deutschtum der Ostmark sollte an die unerschütterliche Festigkeit der Regierung, sie auf keinen Fall preiszugeben, ebenso glauben wie an ihre Fähigkeit, ihren Willen durchzusetzen, damit es ruhig blieb und die innerpolitischen Schwierigkeiten nicht so verschärfte, daß die Regierung darüber zu Fall kam. Die Regierung ahnte, daß eine vorzeitig offenbarte Bereitwilligkeit in bezug auf die Abtretung der Ostgebiete sie stürzen würde, und allein schon aus diesem Grunde vermied sie es, offenes Spiel zu treiben. Nur Toren könnte eingeredet werden, daß der Mangel an Offenheit taktisches Manöver gewesen sei, um die Regierung nicht dem Feinde gegenüber, bevor er seine Karten auflegte, festzulegen. Gerade auch gegenüber der Entente wäre Offenheit am Plage gewesen, und die Verdächtigungen, denen unser Volk und seine Regierung seit Abschluß des ersten Waffenstillstandes in unverändertem Maße ausgesetzt war, bewegten sich immer darin, daß es uns mit der Durchführung der Wilsonschen Prinzipien nicht ernst wäre und wir noch bis zum letzten Augenblick auf ein Wunder hofften, das uns gestattete, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Das versteckte Spiel der Regierung, die sich damit bar jeden politischen Verständnisses zeigte, hat der Ostmark nichts genützt, es hätte sie sogar verächtlich machen können, vorausgesetzt, daß die Ostmark dieses Spiel geduldet hätte. Sie hat es nicht getan!

Das zweideutige Spiel der Regierung bezog sich aber nicht allein auf die außerpolitische Behandlung der Ostfrage, also in Hinblick auf ihr durch den kommenden Frieden zu gestaltendes Schicksal. Auch innerpolitisch fühlte sich die Regierung nicht in der Lage, einen festen, eindeutigen Standpunkt einzunehmen. Dies gilt für ihre Haltung zu der großen Bewegung, die in der Ostmark aus der Not der Zeit geboren wurde: der Volksratsbewegung. Die Volksratsbewegung entsprang dem instinktiven Trieb zur Selbsterhaltung, als die schützende Staatsautorität nicht allein zerfiel, sondern sich, vor allem in der Person des Herrn von Gerlach, auch gegen die berechtigten Ansprüche des deutschen Volksteils der Ostmark wandte. Es ist ein in diesen trüben Tagen, wo manchmal der Glaube an das eigene Volk erschüttert zu werden droht, erhebendes Zeichen für die innere Gesundheit des deutschen Volkes, daß es in der Ostmark die Kraft fand, sich durch eigene gewählte Vertreter — die Volksräte — ohne Rücksicht auf Parteiprinzipien und eigennützige Standes- und Klasseninteressen zusammenzuschließen und sich damit einen festen Halt nach innen und außen zu geben. Auch die Regierung versuchte, sich an dem Halt, den ihr die Volksratsbewegung geben konnte, wieder aufzurichten, in den Augen der nationalgefinnt gebliebenen Deutschen sozusagen zu rehabilitieren, sie fand aber nicht die Entschlußkraft, sich auf die Volksratsbewegung zu stützen. National war der Grundzug der Volksratsbewegung, sie wollte die Ostmark durch inneren Zusammenschluß aller Deutschen, durch tätige Arbeit deutsch erhalten; deshalb kam diese Bewegung der Regierung für die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen als Beweis für den hinter ihr stehenden Volkswillen zwar sehr gelegen, innerpolitisch war sie ihr jedoch höchst unbequem, weil sie national war. Der sozialdemokratische Flügel der Regierung fühlte sich durch ein inniges Zusammengehen mit der Volksratsbewegung inner-

politisch geniert, er fürchtete die Unzufriedenheit, den Argwohn der sozialistischen Massen, denen alles, was nach national ausah, ein Greuel war. Es zeigte sich auch hier wieder die üble Frucht der jahrzehntelangen sozialdemokratischen Parteitaktik, die über die parteipolitische Schulung (Verbeugung) der Massen im Gegensatz zu anderen Ländern die politische Erziehung vernachlässigt hatte. Saurès war gewiß ein echter Sozialdemokrat, ein glühender Anhänger der Internationale, und doch hat er auf dem internationalen Kongreß der Sozialdemokratie am 21. August 1907 den wahren Satz ausgesprochen, daß die Nation das Schachhaus des menschlichen Genies und Fortschrittes sei und es dem Proletariat schlecht anstünde, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern. Die Massen in Deutschland hatten aber nichts davon gehört, sie wußten nichts von dem Wesen der Nation, in der sie nur ein Gefäß für den Klassenkampf erblickten, sie vermochten nicht zu begreifen, daß eine Internationale die Nation voraussetzt. Die Tatsache, daß die Volksratsbewegung national d. h. in unserer Sprache deutsch war, genügte, um sie der sozialdemokratischen Partei verdächtig zu machen. Die dieser Partei angehörenden Regierungsmänner, die einerseits die Volksratsbewegung im Interesse der Regierung unterstützten, sich ihr aber im Interesse der Partei nicht offen anschließen wollten, mußten demnach Politik mit halben Mitteln treiben. Auch hier also zweideutiges Spiel.

Die sozialdemokratische Parteileitung selbst befand sich der Volksratsbewegung der Ostmark gegenüber in einer unbequemen Lage. Sie hatte nicht die Kraft und den Einfluß, um in der Ostmark die Führung des Deutschtums zu ergreifen; sie fühlte zwar, daß etwas, sogar in ihrem eigenen Parteiinteresse, geschehen mußte, um dem reaktionären Polentum den deutschen Wall entgegenzusetzen, da sie einsichtsvoll genug war, um zu begreifen, daß das nationalbewußte Polentum antisozialistisch gesinnt ist, daß die reiflose Abtreiung der Ostmark indirekt das Interesse der Partei schädigte und daß der Verlust der Ostmark letzten Endes bei dem Wiedererwachen des deutschen Nationalgefühls dem Schuldkonto der sozialdemokratischen Partei zugeschrieben werden würde, falls sie in nationaler Beziehung gänzlich untätig blieb. Da sie selbst nicht führend sein konnte, beschränkte sie sich darauf, ihr Verhalten nicht nach dem Interesse der Gesamtheit, sondern nach parteitaktischen Erwägungen einzurichten. Diese Rücksichtnahme bedingte einen Eiertanz, der manchmal groteske Formen annahm. Die sozialdemokratische Partei, die sich im Westen als Hüterin der nationalen Einheit aufspielt, weil sie damit den Kampf gegen die kapitalistischen Sonderbündler verbinden kann, besaß im Osten keine dermaßen vorgezeichnete Marschroute. Sich als national zu bezeichnen, erschien der internationalen Partei zu bedenklich, rücksichtslos für das Deutschtum einzutreten, konnte sie schon mit Rücksicht auf ihre polnischen Mitglieder nicht, zumal sie außerdem noch aus außerpolitischen Beweggründen heraus für möglichste Befriedigung der Polen frast der angenommenen Wilsonschen Prinzipien eintreten zu müssen glaubte. Andererseits war sie sich wohl bewußt, daß die territoriale Stärkung des Polentums nur auf Kosten der Parteiinteressen erfolgen konnte, und es blieb ihr auch nicht verborgen, daß ein großer Teil der hinter ihr stehenden deutschen Arbeiterschaft deutsch gesinnt war und abzuweichen drohte, falls die Partei sich nicht zur Notwendigkeit eines tatkräftigen Schutzes des Deutschtums gegenüber der drohenden polnischen Gefahr bekannte. Wie die Dinge lagen, hätte die Parteileitung sich vielleicht entschlossen, in nationaler Beziehung offen Farbe zu bekennen, wenn die einzelnen Parteiführer im Osten es für opportun gehalten hätten. Daran haperte es aber. Diese Führer hatten neben dem Interesse der Partei auch noch ihr eigenes im Auge, das sie bewog, sich jeweilig nach der innerpolitischen Konstellation und den wandelbaren Wünschen der Massen zu richten. Die immer stärker um sich greifende Bewegung der unabhängigen Sozialdemokratie, die ausgesprochen antinational ist und jeden Gewaltfrieden je schlimmer desto besser gutheißt, gewann auch in der Ostmark zusehens Boden, und es schien auch manchmal, als ob sie in Berlin den Sieg im Kampfe um die Regierung zu erringen im Begriffe war. Dies bedeutete für die mehr-

heitssozialistischen Parteiführer in der Ostmark einen Grund mehr, sich national nicht zu sehr festzulegen und den Kampf um die Erhaltung des Deutschtums lau zu führen, um sich zu jeder Zeit die Hintertür offen zu halten. Was sie auf jeden Fall vermeiden zu müssen glaubten, war, den Führern der Volksratsbewegung die Hand zum gemeinsamen Einstand für die deutsche Sache zu reichen, da sie fürchteten, sich dadurch die radikal gesinnten Massen verdächtig zu machen und die Führerschaft zu verlieren. Worin diese provinziellen Parteiführer mit der Parteileitung übereinstimmten, war die Mißgunst, daß die große überparteiliche Volksratsbewegung dem Parteisegel den Wind abfangen könnte. Schnöder Konkurrenzneid nötigte die sozialdemokratische Partei von vornherein zu einer reservierten Haltung, die ablehnend und manchmal offen feindlich war, sofern es von einzelnen Parteiführern für zweckmäßig erachtet wurde. Dabei scheute sich ein großer Teil dieser Leute nicht, der Volksratsbewegung reaktionäre oder gar gegenrevolutionäre Bestrebungen unterzuschleiben, obwohl sie genau darüber unterrichtet waren, daß sie es in der Hand hatten, sich der Bewegung anzuschließen, sie zu kontrollieren und womöglich ihre Führung zu übernehmen.

Der nichtsozialistische Teil der Regierung stand der Volksratsbewegung desgleichen mißtrauisch gegenüber. Das Zentrum schwamm im Fahrwasser Erzbergers, der durchaus nicht gewillt war, seine Karten in der Ostmarkenpolitik aufzudecken und damit sich nicht als Förderer der Volksratsbewegung bekannte, und die Demokratische Partei witterte darin eine großzügig angelegte Propaganda für die rechtsstehenden Parteien, die sie ohne Schädigung ihrer eigenen Interessen nicht mitmachen zu können glaubte. Die Parteisache mußte auch hier vorgehen.

Man sprach immer von der Ostmark, wie man von einer Reichsregierung und einem deutschen Volke redete. Die Anwendung dieses Sprachgebrauches setzte Begriffe voraus, deren Inhalt man als gegeben ansah, ohne zu bedenken, daß sich der reale Untergrund verschoben hatte. Was man früher unter der Ostmark verstanden hatte, existierte längst nicht mehr, ebenso wie sich das geändert hatte, was bisher mit „Volk“ oder „Regierung“ bezeichnet worden war. Der Inhalt der Begriffe war ein anderer geworden. Die feste preußische Staatsgewalt, die die Ostmark geschaffen hatte, war mit ihr zerfallen; die Provinzen der Ostmark befanden sich in einem noch schlimmeren Zustand der Auflösung als die übrigen Teile des Reiches, da zu den inneren Feinden der Staats- und Gesellschaftsordnung noch die Polen hinzutraten. Das Gemeinschaftsgefühl, das die Ostmark als solche schuf, wurde durch den materialistischen Zug, der die Massen nur an die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und Befriedigung ihrer Machtgelüste denken ließ, zerrissen. Die Gefahr aber, die durch die Polen von innen und außen (Kongreßpolen) den ostmärktischen Landesteilen drohte, erwies sich als starkes Gegengewicht gegen die Auflösungsstendenzen. Das in Klassengemeinschaften auseinanderzufallen drohende Deutschtum der Ostmark fand sich durch die polnische Gefahr wieder einigermaßen zusammen; die von Posen, hauptsächlich von dem Regedistrikt (Bromberg) ausgehende Volksratsbewegung einte die Deutschen, brachte ihnen wieder zum Bewußtsein, daß sie in erster Linie Deutsche und dann erst Angehörige einer bestimmten Erwerbsgruppe waren. Posen und Westpreußen organisierten sich in diesem Sinne selbst, das ganze Land und ein erheblicher Teil der städtischen Bevölkerung einschließlich großer von der radikal-sozialdemokratischen Richtung emanzipierter Arbeitermassen stellte sich in den Dienst der großen Aufgabe, und so erst entstand die Ostmark wieder. Wenn man jetzt von der Ostmark redete — geredet und geschrieben wurde ja sehr viel darüber — oder richtiger ausgedrückt, wenn die „Ostmark“ jetzt von sich reden machte, so handelte es sich dabei nur um die in den Volksräten „organisierte“ Ostmark, um Posen und Westpreußen. Späterhin wurden Verbindungen mit den Organisationen des ostpreußischen Heimatdienstes und den verbenden ostpreußischen Volksräten Ostpreußens angeknüpft, Oberschlesien fand sich ebenfalls zusammen, und dem leer gewordenen Begriff der Ostmark konnte man wieder einen Inhalt geben. Innerpolitisch blieb Oberschlesien etwas abseits, und der spiritus rector des ostmärktischen

Gedankens verkörperte sich in der „Deutschen Vereinigung“ in Bromberg, dem wirksamsten Organ der Volksratsbewegung. Dort wurden die Fäden gesponnen und straff gespannt, die die Ostmark umfaßten.

Es wurde schon ausgeführt, was das Ziel der Volksratsbewegung war, nämlich die Deutscherhaltung der gesamten Ostmark. Gewaltig war die Aufgabe und schwer, vor allem wegen der Widerstände, die im Innern zu überwinden waren, und wegen der schwankenden und ziellosen Haltung der Regierung. Die auf die Einigung des gesamten Deutschtums hinielende Bewegung — denn ohne diese Einigung war die Erreichung des Erfolges aussichtslos — hatte mit der geschilderten Abneigung der großen politischen Parteien, mit der Gleichgültigkeit des Bürgertums und Großgrundbesitzes, mit der volksfeindlichen Haltung der von radikalsozialistischer Seite irreführten und auf ihr eigenes Wohl erpichten Massen der sogenannten werktätigen Bevölkerung zu kämpfen. Auf der anderen Seite war der Wühlarbeit der polnischen Propaganda zu begegnen, und letzten Endes mußte die Regierung auf den Weg aktiver Politik zum Schutze der deutschen Ostmark gedrängt werden. Gestreift wurde schon, daß die Regierung sich nicht entschließen konnte, sich voll und ganz auf die Volksräte zu stützen und Politik mit ganzen, tauglichen Mitteln zu führen. Erwünscht war ihr die Erweckung des deutschen Geistes, die Ansäuerung der gewaltigen Proteststürme, die aus der Ostmark dank der Tätigkeit der Volksräte gegen die zutage tretenden Vergewaltigungspläne der Feinde hinausbrausten; dabei blieb es aber. Sie konnte es nicht zustande bringen, den Volksräten, die immer ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Regierung erklärten, rückhaltlos zu vertrauen, noch ein Programm für die Rettung der Ostmark zu entwerfen. Darauf kam es aber an. Punkt 13 der Wilsonschen Prinzipien, der die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates mit sicherem Ausgang zum Meer vorsah, war angenommen, und die Regierung zögerte, programmatisch zu erklären, wie sie sich die Ausführung dieser Verpflichtung dachte. Reichsminister hielten Reden, die in Protesten ausklangen, zweideutige Versicherungen wurden der deutschen Bevölkerung abgegeben, weder der Feind noch das eigene Volk war sich jemals im Klaren darüber, was die Regierung eigentlich wollte. So oft die Volksräte auf klare Entscheidung drängten, wieweit die Regierung in der Behandlung der Ostfrage gehen wollte, kamen ausweichende oder gar keine Antworten. Daneben wurde von seiten der Regierung völlig verabsäumt, mit den Polen in Fühlung zu treten und zu sondieren, in wieweit sich ihre Wünsche mit dem berechtigten Lebensinteresse der deutschen Ostmark vereinen ließen. Das Opfer gebracht werden mußten, war doch von vornherein klar, es handelte sich aber darum, weniger ihren quantitativen (territorialen) Umfang als ihren qualitativen Gehalt (Zugehörnisse auf jedem Gebiet innerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches) in Erfahrung zu bringen. Die innere Schwäche der Regierung, ihre Scheu wegen der innerpolitischen Zustände an diese Frage mit Großzügigkeit heranzugehen, verhinderte sie an aktiver Politik und bestimmte sie, alles der Güte Wilsons, dem Zufall und dem deus ex machina zu überlassen. Gegenüber den Polen konnte die Regierung nichts zustande bringen, weder in der leidigen Geiselsfrage, noch in militärischer Beziehung. Bald raffelte sie mit dem Säbel, bald steckte sie den halb gezogenen wieder ein, bald drohte sie, bald verhandelte sie, um die Verhandlungen wieder abzubreaken. Schließlich kam die Demarkationslinie. Die Bevölkerung wurde beruhigt; die Demarkationslinie sollte auf keinen Fall die endgültige Festsetzung der Grenzen bedeuten, wobei sich die Regierung immer noch in der Hoffnung wiegte, daß diese Linie schlimmstenfalls den Höchstverlust an Gebiet umgrenzen würde. Dabei war die Regierung unfähig, hinter der Demarkationslinie der verheßenden Tätigkeit der polnischen Presse und der polnischen Volksräte einen Niegel vorzuschieben. Zu allem mußte sie gestoßen und gedrängt werden, um es entweder halb oder zu spät zu tun.

Die Stellung der Volksräte war unter diesen Verhältnissen unsagbar schwer. Sie wollten die Regierung stützen und die moralische Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung durch festen, inneren Zusammenschluß stärken. Sie waren von vorn-

herein noch weiter gegangen und hätten selbst ein Programm entworfen, wie die Ostmark gerettet werden könnte und müßte, wenn sie es mit Rücksicht auf die Regierung, die sie stützen wollten, hätten wagen dürfen. Sie durften es nicht, um nicht der Regierung in den Rücken zu fallen, die immer wieder erklärte, daß sie alles in dieser Beziehung zu tun gedächte, und eindringlichst bat, ihre Pläne nicht zu durchkreuzen. Schweren Herzens überließen die Volksräte die politische Führung der Regierung, der sie ihr Vertrauen und ihre loyale Haltung erklärten.

Am 7. Mai kam in Versailles die Antwort auf die Vertrauensseligkeit und die schwächliche Haltung der Regierung. Die Ostmark wußte, woran sie war. Noch einmal bat die Regierung in einer besonderen Kundgebung an die Ostmark um Ruhe und Vertrauen, und noch einmal bewogen die Volksräte die erregten Massen, Ruhe zu bewahren, damit die Regierung ihre guten Absichten im Verhandlungswege verwirklichen könnte. Nach den feierlichen Erklärungen der Regierung würden die ersten Friedensbedingungen nicht das letzte Wort der Feinde bleiben, und blieben sie es, so würde die Regierung sie nie unterschreiben. Der Osten richtete sich danach. Seine Lösung war Unterstützung der Regierung und Widerstand gegen jeden Angriff, falls der Frieden nicht zustande kommen sollte. Immerhin fühlte die Regierung, daß tatsächlich etwas getan werden müßte, und daß Ministerreden und amtliche Kundgebungen allein weder genügten, um als aktive Politik zu gelten, noch um die deutsche Bevölkerung der Ostmark im Vertrauen zu ihr zu erhalten. Auf ihre Veranlassung traten am 22. Mai die Abgeordneten des Ostens in Berlin zusammen, vereinigten sich alsdann in Marienburg, um sich dort in zwei Aktionsausschüsse für die Nord- und Südgruppe der Ostmark zu spalten. Mit gewaltigen Gepränge trat dieses „Ostparlament“, das aber keines sein wollte, in die Erscheinung, um als Seifenblase flüchtig zu zerplatzen. Die Rettung der Ostmark hatte das Ostparlament ebenfalls auf seine Fahnen geschrieben, daneben desgleichen Stützung der Regierung, die es so „ehrlieh“ meint und so „fest“ bleiben wird. Alle Parteigegensätze stellten die Abgeordneten zurück, wovon sie nicht genug zu rühmen wußten. Was aber wollten sie tun? Sie konnten nichts tun, sie wußten es selbst und taten darum auch nichts. An sich wäre dies weiter nicht schlimm gewesen, wenn sie erstens nicht den gutgläubigen Deutschen mit fiktiver Tätigkeit Sand in die Augen streuten, und zweitens wiederum sich ablehnend gegen die Volksratsbewegung verhielten. Die Stimmung in der Ostmark sollte für den Fall bearbeitet werden, daß die Entente die Volksabstimmung im gesamten Osten gutheißt, obwohl die Pariser Späßen es schon von den Dächern pfliffen, wie die zweite Antwort ausfallen würde. Das war die Hauptaufgabe der Herren Abgeordneten, die sie gar nicht zu lösen brauchten, da dieses Gremiel ihnen niemals von der Entente aufgegeben wurde! Im übrigen predigten sie Unterstützung der Regierung, die niemals einen Gewaltfrieden unterzeichnen würde. Über die dritte Möglichkeit, daß eine andere Regierung den Gewaltfrieden doch unterschreiben würde, gingen diese Politiker mit leichter Handbewegung hinweg. Sie hatten sich ihre Aufgabe leicht gemacht.

Der Volksratsausschuß, in dem sich die Volksräte und Vertretungen des ostpreussischen Heimatdienstes vereinigt hatten, erkannte frühzeitig die innere Hohlheit des parlamentarischen Aktionsausschusses. Schon einige Tage vorher hatten die Volksräte in der bekannten Marienburger Entschließung vom 28. Mai einen Versuchsballon entsandt, der die Regierung warnen und auf den richtigen Weg weisen wollte. Ehe ein endgültiger Gewaltspruch der Entente die Entscheidung im Osten unabänderlich machte und ehe eine schwache Regierung sich dieser beugte, sollte noch einmal versucht werden, ein wirkliches Programm für die Lösung der Ostfrage zu entwerfen. Das Programm lautete: Ausgleich mit den Polen. Wie weit der Ausgleich gehen sollte, wurde damals nicht angedeutet: seine Voraussetzung und sein Ziel war die Deutscherhaltung der Ostmark. Regierung und Ostparlament schrien Hochverrat, dieselben Leute waren es, die einige Tage später mehr als einen Ausgleich, nämlich die restlose Abtretung des größten Teiles der Ostmark unterschrieben oder billigten! Die Ostfrage war nun

einmal, was der Regierung wie dem sogenannten Ostparlament entgangen zu sein schien, weder durch Fortsetzung der früheren „fatalistischen“ Politik, noch durch tatenloses Abwarten auf den Spruch der Feinde oder etwa noch, wie sich die Parlamentarier einbildeten, durch „Aufklärung“ der Polen zu lösen. Es mußte gehandelt werden. Es mußte ein Weg gefunden werden, der die ganze Ostmark, so wie sie in den preußischen Provinzen existierte, ungeteilt für das Deutschtum und damit für das deutsche Volk erhielt. Der jetzt eingetretenen Gefahr war zu begegnen, daß die Ostmark zersplittert, zerrissen, das Deutschtum darin stückweise vernichtet wurde und die Ostmark alsdann dauernd dem deutschen Volke verloren ging. Die Ostmark sollte die Brücke zwischen Deutschland und Polen werden und kein Keil, den der Pole, wie jetzt, tief hinein in das deutsche Fleisch gegen das Herz zu stoßen kann. Nichts von alledem geschah. Die Regierung hatte ihren zweiten folgenschweren Fehler in der Behandlung der Ostmarkenfrage begangen, indem sie in ihren Gegenvorschlägen glaubte, den polnischen Imperialismus mit Brocken aus der Ostmark befriedigen zu können. Nach dem Regierungsvorschlage sollte die Ostmark stückweise verschachert werden. Die Regierung war sich nicht darüber klar, daß es für die Polen nur heißen konnte: alles oder nichts, daß die Zerstückung der Ostmark ein Todesstoß für ihr Deutschtum bedeuten mußte. Die Regierung setzte damit die Ostmark endgültig auf die abschüssige Bahn, von der sie ein Tritt der Feinde in den polnischen Abgrund schleuderte.

Während die Regierung sich damit begnügte, auf die Annahme oder Diskussion ihrer Gegenvorschläge zu warten, während die Parlamentarier des Ostens darüber berieten, wie sie unter „Aussschaltung der Parteigegegensätze“ für den Fall der evtl. Annahme der Bedingung einer Volksabstimmung für die abzutretenden Ostgebiete am zweckmäßigsten die polnischen Bevölkerungsteile für die Option für Deutschland bearbeiten könnten — es war trotz der ersten Zeit schwer, nicht darüber zu lachen — sahen die Volksräte das drohende Unglück voraus. Ihr in Danzig eingeseßter Volksratsausschuß wurde sich darüber klar, daß die Regierung in der Frage der Ablehnung des unwiderruflich scheinenden Gewaltfriedens versagen und unterzeichnen würde, gegebenenfalls nach Umbildung des Kabinetts. Die Volksräte berieten für diesen Fall, der als der wahrscheinlichste angesehen wurde und angesehen werden mußte — man vergleiche damit die Vorarbeiten der Parlamentarier für ihre Luftschlösser! — und kamen zu der Einsicht, daß erstens die Gefahr für die Ostmark nur durch Bildung eines selbständigen Staates abgewendet werden konnte und daß zweitens dies nur mit Billigung und Unterstützung der Regierung geschehen durfte, die von diesem Mittel als der alleinigen Möglichkeit zur Deutscherhaltung der Ostmark zu überzeugen war. Gleichzeitig — und dies war das dritte Erfordernis — mußten sämtliche militärische Stellen bereit sein, mit allen verfügbaren Mitteln bewaffneten Widerstand zu leisten und die durchaus kampfbereite Bevölkerung militärisch zu organisieren. Während den Parlamentariern das Reden und Debattieren überlassen wurde, gingen die Volksräte sachlich ans Werk und versicherten sich der Unterstützung der maßgebendsten Regierungsmänner wie z. B. des Ministers Noske, der Reichskommissare Winnig und Göring, der ostmärktischen Oberpräsidenten und Präsidenten, sowie der in Frage kommenden militärischen Behörden. Die in der Volksratsbewegung organisierte Bevölkerung wurde entsprechend informiert, und es ergingen vorsichtige Sondierungen bei polnischen Führern, wie sie sich zu der Frage einer Ostrepublik mit völliger polnischer Gleich- und Mitberechtigung stellen würden.

Dem Donnereschlag der bedingungslosen Annahme des Gewaltfriedens folgte der zweite und wirklich entscheidende, daß die neue Regierung einschließlich der aus der alten übernommenen und für den Ostrepublikplan gewonnenen Mitglieder gänzlich umschwenkte, die Ostmark endgültig fallen ließ und erklärte, daß sie jedem Vorgehen, die Ausführung des aufgezwungenen Friedensvertrages im Osten zu vereiteln, entgegentreten würde. Nun setzte gleichzeitig die sozialdemokratische Gegenpropaganda ein, daß alte Märchen von den reaktionären und gegenrevolutionären Plänen der Volksratsbewegung wurde neu aufgewärmt. Die

Volksräte wurden als Beschützer des Kapitalismus hingestellt und die Arbeitermassen aufgefordert, nur an sich und nicht mehr an das Vaterland zu denken. Die sozialdemokratische Parole war: *ubi bene, ibi patria*; die Arbeiter wurden sich auch in Polen ihre „heiligen“ Rechte erzwingen, das wäre die Hauptsache, alles andere ginge sie nichts an. Die Reichskommissare, Präsidenten und Generäle fielen um, und der ausgedachte Plan war zum Scheitern verurteilt, da der Feind angesichts der Streikandrohungen der Arbeiterschaft in Danzig und Thorn, ihrer unsicheren Haltung in den anderen Städten im eigenen Land stand. Nicht vor den Polen sondern vor den eigenen Volksgenossen streckte die Ostmark die Waffen.

Oberschlesien löste sich von der Ostmark los, um sich mit dem Zugeständnis der Volksabstimmung abzufinden; der Widerstand der einflußreichen, unabhängigen sozialdemokratischen Anhängererschaft gegen jede deutsche Regung sowie die unschlüssige Haltung der mehrheitssozialdemokratischen Partei in Oberschlesien war ein Hinderungsgrund dafür, im Interesse der Gesamtheit des Deutschtums in der Ostmark zu handeln. Der Zermürbungsplan war von der Entente schlaueingesäbelt; ihre Spekulation auf die innere Uneinigkeit der Deutschen und auf ihre durch die Parteipolitik hervorgerufene Verblendung war geglückt. Für Oberschlesien, einige Teile Westpreußens und Ostpreußens wurde Volksabstimmung unter gewissen „Garantien“ zugestanden, aus Danzig ein besonderer „Freistaat“ geschaffen, und damit war die Ostmark dank der Kurzsichtigkeit der politischen Parteien gespalten. Ihnen fehlte jedes Verständnis, um zu erkennen, daß diese Zugeständnisse nur taktische Manöver waren und keineswegs der Anerkennung irgendwelcher Rechtsprinzipien entsprangen. Das Ziel der Entente blieb trotzdem die resillose Vernichtung des ostmärkischen Deutschtums, der gerade diese Zugeständnisse den Weg ebnen sollten, denn eine einheitliche Behandlung der Ostmark hätte sie vielleicht einig erhalten, und dies sollte verhindert werden.

Wen trifft die Schuld an all diesem? Um hierauf die Antwort zu geben, braucht das einmal Gesagte nur kurz kritisch zusammengefaßt zu werden.

Die Regierung wollte einmal die Ostmark nicht aufgeben, konnte sich aber nicht entschließen, ernsthafte Schritte zu unternehmen, um ihren Willen durchzusetzen. Sie spielte mit allen Möglichkeiten, ohne jemals eine von ihnen ernsthaft ins Auge zu fassen. Sie wollte sich der Volksratsbewegung bedienen, vermochte es aber nicht über sich zu bringen, sie tatkräftig zu unterstützen. Sie war verschwenderisch mit Versprechungen, wurde sich aber niemals klar darüber, ob sie jemals eine ihrer Zusagen würde halten können. Sie wollte den Ernst der Lage nicht erkennen und versperrte sich jeden Weg, der zur Rettung der Ostmark hinführte. Aus innerpolitischen Gründen war sie einer Regelung der Ostfrage vor Abschluß des Friedensvertrages abgeneigt, um die Ostmark dann zum Schluß wiederum aus rein innerpolitischen Ursachen gänzlich fallen zu lassen. Unfähig einen Entschluß zu fassen, schwankte die Regierung so lange hin und her, bis sie schließlich umfiel.

Die sozialdemokratische Partei, deren Haltung auf die Stellung der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder ausschlaggebend war, handelte nach rein parteitaktischen Beweggründen. Solange sie es für ihre Zwecke angemessen fand, verhielt sie sich der ostmärkischen Volksratsbewegung gegenüber gleichgültig, lau, manchmal halb zustimmend, um im entscheidenden Augenblick entschieden ablehnend zu werden. Wie die innerpolitische Lage bei der Annahme des Gewaltfriedens stand, hielt sie es für ihre Parteizwecke nicht mehr für opportun, eine Bewegung zu unterstützen, deren erfolgreicher Ausgang nicht für ihren Nutzen ausbeutet werden konnte. Sie fürchtete von einem eventuellen Widerstand der Ostmark, selbst für den Fall, daß er durchschlagenden Erfolg für die deutsche Sache hätte haben können, eine Schwächung der Partei in Deutschland und ein Erstarken des antisozialdemokratischen Gedankens. Nur aus diesem Grunde schwenkte sie endgültig um.

Das Zentrum bildete den getreuen Sekundanten, ebenfalls nur aus rein parteitaktischen Erwägungen. Die Demokraten, die bisher der Volksratsbewegung mißtrauisch gegenüberstanden, schieden mit dem Weggang aus der Regierung von der Teilnahme an aktiver Politik aus und verhielten sich weiter gleichgültig.

Es muß noch die Frage beantwortet werden, ob die Bewegung in der Ostmark die geringste Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Die Antwort ist nicht schwer, aber sie hängt von der Berücksichtigung zu vieler Faktoren ab, als daß sie erschöpfend und durchsichtig gegeben werden könnte. Zwei Möglichkeiten müßten in Betracht gezogen werden. Einmal war die Ostmark berechtigt, der Zusage der Regierung zu vertrauen, daß kein Friede mit Preisgabe der Ostprovinzen geschlossen werden würde; in diesem Falle war der bewaffnete Widerstand gegen etwaigen polnischen Angriff nur die logische Fortsetzung der amtlichen Politik. Oder die Regierung unterzeichnete und ließ der Ostmark kraft der gegebenen Versicherungen freie Hand. Dann war eine neue Lage geschaffen, in der die Ostmark selbständig handeln und verhandeln konnte. Es war klar, daß die Ostmark, sobald sie gerüstet und einig dastand, ein beachtenswerter Verhandlungsgegner für die Polen gewesen wäre. Sie wäre imstande gewesen, aus der neu geschaffenen politischen Konstellation Vorteile zu ziehen, die ihr mit bedingungsloser Unterwerfung notgedrungen entgehen mußten. Es war überhaupt nicht von vornherein gewiß, daß es zu Kämpfen hätte kommen müssen; die Einleitung neuer Verhandlungen über die Ostfrage lag mehr im Bereiche der Wahrscheinlichkeit. Zu berücksichtigen war dabei hauptsächlich die geringe Neigung der preussischen Polen, restlos in Kongreßpolen aufzugehen und die Möglichkeit, daß sie für eine Verständigung mit dem Deutschtum der Ostmark zu gewinnen gewesen wären.

Die Haltung der Regierung und der großen politischen Parteien versperrte den Weg zur Ausnutzung politischer Möglichkeiten.

Der Zusammenbruch im Osten ist demnach auf das Fiasko der Parteipolitik zurückzuführen.

Die Volksräte der Ostmark haben aber trotzdem ihre politische Rolle nicht ausgespielt, denn sie haben noch immer die schwere Aufgabe vor sich, die Interessen des Deutschtums im künftigen Polen wahrzunehmen. Da die deutsche Regierung sich auf Grund des von ihr unterschriebenen Friedensvertrages jeden Einfluß auf die Regelung des Schutzes der deutschen Minderheit begeben hat, liegt es den Volksräten nunmehr ob, die Sache des Deutschtums selbst in die Hand zu nehmen. Die Segnungen ihrer eingeleiteten Schritte werden auch den Bevölkerungsklassen späterhin zugute kommen, die zurzeit noch in dem Wahne befangen sind, daß der nationale Gedanke überlebt ist und die Welt nunmehr nur noch im Zeichen der „heiligen“ Rechte des internationalen Proletariats steht.

Die Volksräte bleiben die parteilosen Hüter des deutschen Gedankens in der an Polen abgetretenen Ostmark.



Parteipolitik und Grenzdeutschtum

Von Dr. Max Hildebert Boehm



uf dem Parteitage der Deutschnationalen Volkspartei, der am 12. und 13. Juli in Berlin stattfand, ist ein Plan zur Sprache gekommen, der in mehrfacher Hinsicht die Aufmerksamkeit weiterer Kreise verdient. Es wurde die Schaffung einer Zentralstelle angeregt, die von parteiwegen die Beziehungen mit den losgerissenen Grenzdeutschen pflegen soll, in erster Linie also die Verbindung mit den Ostmärtern aufrecht erhalten soll, die sich durch die Regierungspolitik der letzten Monate unter polnische Fremdherrschaft verstoßen fühlen. Das wachsende Interesse am Problem des Grenz- und Auslanddeutschums und an den daraus erwachsenden organisatorischen Aufgaben ist ohne Zweifel auf das lebhafteste zu begrüßen. Und ohne tätige Anteilnahme derjenigen Volkskreise, die in den Rechtsparteien vertreten sind, sind diese Aufgaben auch gar nicht zu lösen. Denn einzig diejenigen Schichten unseres Volkes, in denen der nationale Gedanke schon vor dem Kriege eine bewußte Pflege fand, bringen die Erfahrungen mit, auf denen diese Arbeit aufbauen muß, so hoch sie sich heute auch über das vormalig gelegte Fundament erheben wird. Ernsteste Aufmerksamkeit jedoch verdient die Erscheinung, daß die Deutschnationalen als Partei sich einer Aufgabe zuwenden, deren parteimäßiger Lösung ernsthafte Bedenken im Wege stehen.

Im vorstehenden Aufsatz über „Ostmark, Regierung und Volksberatung“ ist manches über die Rolle gesagt, die die Parteien in der nationalen Bewegung der Ostmark seit der Revolution gespielt haben. Die mühsame und entsagungsvolle Arbeit, die weitsehende Politiker in dieser Zeit an den Versuch gewandt haben, das gesamte Deutschum der bedrohten Provinzen jenseits der Unterschiede von Partei, Stand und Konfession in den Deutschen Volksräten im zähen Willen zur nationalen Selbstbehauptung zu sammeln, ist allenthalben auf den Widerstand der Parteien gestoßen, deren Machtinstinkt sich durch diese Neubildungen bedroht fühlte. Und insbesondere waren es die Parteibonzen aus allen Lagern, die diesem rein nationalen Zusammenschluß unter den mannigfachen Vorwänden Schwierigkeiten bereiteten. Und es mußte namentlich in den letzten entscheidenden Wochen viel Kraft auf die Aufgabe verwendet werden, die Reibungen zwischen dem parlamentarischen und dem Volksratsausschusse aus der Welt zu schaffen, die namentlich aus der Eifersucht und dem Mißtrauen der Parteiführer erwuchsen. Ohne Zweifel verteilt sich das Schuldkonto an dieser verderblichen nationalen Zersplitterung in der ostmärkischen Politik nicht gleichmäßig auf alle Parteien. Aber daß die Unzufriedenheit mit den parlamentarischen Führern auch in deutschnationalen Parteikreisen nicht fehlt, geht beispielsweise aus der herben Kritik hervor, die die „Deutschen Aufgaben“ an der offiziellen Ostpolitik ihrer Partei erst kürzlich in durchaus beachtlicher Weise geübt haben.

Welchen Standpunkt man im einzelnen auch einnehmen mag: das eine geht aus den unerfreulichen Wirren der letzten Zeit mit Sicherheit hervor, daß ein zwischeparteilicher Zusammenschluß kaum, daß eine einzelne Partei ganz gewiß nicht der Aufgabe gewachsen ist, eine Vereinigung des gesamten Deutschums in den gefährdeten und verlorenen Gebieten des deutschen Ostens zuwege zu bringen. Und es wäre sehr zu wünschen, wenn alle Parteien aus diesen trüben Erfahrungen die Lehre zögen, daß die in Gegenwart und Zukunft noch immer lebenswichtige Aufgabe der nationalen Reorganisation des gesamten Grenz- und Auslanddeutschums nur dann befriedigend gelöst werden kann, wenn ihr außerparteilicher Charakter allerseits uneingeschränkt anerkannt wird. Das erfordert von seiten der Parteien eine Entfagung, die ihnen begreiflicherweise nicht leicht fällt. Auch daß namentlich die älteren Parteiführer, denen das parteigebundene Denken in Fleisch und Blut übergegangen ist, den Verzicht nicht ohne weiteres reibungslos vollziehen können, ist verständlich. Aber gerade die Rechtsparteien, denen die Stärkung nationaler Solidarität von jeher vornehmste Aufgabe war, sollten sich den

Erfordernissen am wenigsten verschließen, die diese Aufgabe in der gegenwärtigen Lage nun einmal stellt.

Was aber für die Peripherie gilt, das gilt auch für die Zentrale. Die unerläßliche Anknüpfung enger Beziehungen namentlich auf kulturellem Gebiete muß auch im Mutterlande nicht vom engen Boden einer einzelnen Partei aus erfolgen, sondern muß von vornherein auf die breitere Grundlage eines außerparteilichen Zusammenschlusses gestellt werden. Diese Aufgabe hat sich für das Grenz- und Auslanddeutschtum der „Deutsche Schutzbund für Grenz- und Auslanddeutsche“ gestellt, der einen losen Zusammenschluß aller bestehenden Organisationen bezweckt, die unter örtlicher Begrenzung die Wiedung und Stärkung nationalen Zusammenhangsgefühls der Grenz- und Auslanddeutschen anstreben. Und im Rahmen dieses „Deutschen Schutzbundes“ ist mit dem „Zweckverbande Ost“ eine Zentrale geschaffen worden, die alle bodenständigen nationalen Organisationen des deutschen Ostens unbeschadet ihrer Eigenart und Sonderziele zusammenfassen und ihnen die Vorteile einer gemeinsamen Vertretung in der Reichshauptstadt bieten will. In den Fragen des inneren Ausbaues läßt also der „Zweckverband Ost“ ebenso wie der „Deutsche Schutzbund“ den angeschlossenen Organisationen vollste Freiheit, erst recht liegt ihnen nichts ferner, als eine Bekämpfung und Ersetzung der Parteien und eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, wohl aber vertreten beide den grundsätzlichen Standpunkt, daß die Aufgabe der nationalen Sammlung des Grenz- und Auslanddeutschtums außerparteiliches Gepräge trägt und daß die Zuangriffnahme dieser Aufgabe durch die einzelnen Parteien zu einer unheilvollen Zersplitterung und Kräftevergeudung führen müßte.

Von diesem Gesichtspunkte aus und im Hinblick auf diese bereits bestehenden Organisationen stellen sich dem Plane ernste Bedenken entgegen, der auf dem deutschnationalen Parteitage zur Erörterung gekommen ist. Es wäre lebhaft zu begrüßen, wenn die Deutschnationalen hier mit dem Beispiele vorangingen und nicht als Partei, wohl aber mit den Kräften an Arbeit und Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, sich grundsätzlich bereit erklärten, diese außerparteilichen Schutzorganisationen nach Möglichkeit zu unterstützen und damit deren Arbeit erst auf die breite Grundlage zu stellen, auf der allein sie gedeihen kann. Es wäre damit zugleich ein Präzedenzfall für die wichtige Aufgabe geschaffen, unser politisches Leben aus der parteipolitischen Verengung und Mechanisierung herauszuführen, das starre System des parlamentarischen Mechanismus gelenkiger zu gestalten und durch solche Auflockerung einer Erneuerung unseres politischen Lebens den Boden zu bereiten, die allein eine Lösung der Überfülle politischer Probleme ermöglichen kann, wie sie unseres Volkes in dieser Notzeit harren.



Die rationelle Ausnutzung unserer Kohlenvorräte

Ein dringendes Gebot der Stunde

Von Professor Dr. W. Halbsaß



u den wenigen natürlichen Reichtümern, wenn man überhaupt diesen Ausdruck noch gebrauchen darf, über die Deutschland nach dem Gewaltfrieden zu Versailles noch verfügt, gehören in erster Linie seine Kohlenvorräte. Zwar sind die Saarkohlen schon seinem Einfluß entzogen und den Oberschlesischen Kohlen droht das gleiche Schicksal, während das dritte große Kohlenrevier, der Ruhrkohlenbezirk, zwar vorläufig noch deutscher Besitz ist, den lüsternden Blicken der Westmächte gegenüber aber auch gefährdet erscheint und überdies unter den unauf-

hörtlich sich folgenden Streiks schwer leidet, aber vorläufig hat das Deutsche Reich wenigstens dieses Gebiet neben einigen anderen kleinen Kohlenbergwerken in seinem Besitz und dazu noch das große Mitteldeutsche Braunkohlenbecken, dem sich weitere kleinere Braunkohlenfelder anschließen.

Die Produktion an Kohlen war in den letzten Jahren vor dem Kriege gewaltig in die Höhe gegangen, von 1900 von 150 Millionen Tonnen im Werte von 1150 Millionen Mark auf 1912 bis auf 236 Millionen Tonnen im Werte von 2015 Millionen Mark, also auf über zwei Milliarden Mark gestiegen, der Verbrauch im Binnenlande auf rund 200 Millionen Tonnen. Die Produktion sank im Kriege weniger aus Kohlenmangel als wegen Transportschwierigkeiten, jetzt hat die gewaltige Kohlenknappheit leider andere, viel schwerer wiegende Gründe. Nicht bloß Transportschwierigkeiten liegen vor, diese wären ja im Grunde nur vorübergehender Natur und ließen sich in einiger Zeit bei gegenseitigem gutem Willen verhältnismäßig leicht überwinden, sondern die Produktion selbst ist gewaltig zurückgegangen infolge gewisser sozialer Veränderungen und durch Beschlagnahme seitens unserer Feinde. Nicht zurückgegangen ist aber das Bedürfnis nach Kohlen, das nach wie vor das Rückgrat unserer Industrie und z. B. auch unserer Verkehrseinrichtungen bildet, vielmehr noch gewaltig gestiegen durch die bittere Notwendigkeit, in immer gesteigertem Maße Kohlen ins Ausland zu exportieren, um entsprechende Gegenwerte in Gestalt von Lebensmitteln und für unsere Industrie unentbehrlicher Rohstoffe dafür erhalten zu können, weil wir andere reale Zahlungsmittel kaum noch besitzen.

Es leidet für jeden denkenden Menschen nicht den geringsten Zweifel, daß unter diesen Umständen die Kohlenknappheit im Lande von Jahr zu Jahr immer mehr um sich greifen und immer mehr verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen wird, wenn es nicht gelingt, auf irgendeine Weise Ersatz für die in den Kohlen stehenden Kräfte zu schaffen oder die vorhandenen Kohlenschätze in einer viel intensiveren Weise auszunutzen, als das bisher geschehen ist, damit wir sowohl für Industrie, Verkehrswesen und Hausbrand genügende Energiemengen zur Verfügung haben, als auch das Ausland hinreichend mit unseren Kohlenschätzen versorgen können.

Als Ersatz für die durch Kohlen erzeugte Dampfkraft kann nur die Wasserkraft in Frage kommen, in der an vielen Orten noch unaufgeschlossenes Kapital schlummert, das der Erweckung und reiflosen Ausnutzung dringend bedarf. Ich habe die Möglichkeit, die „schwarze“ durch die „weiße“ Kohle zu ersetzen, zuletzt ausführlicher in meiner Broschüre „Deutschland, nutze deine Wasserkräfte“, Verlag „Das Wasser“, Leipzig 1919, erörtert und muß Interessenten darauf verweisen, aber darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben — ich habe das auch in jener Broschüre ausdrücklich betont —, daß an einen völligen Ersatz der Kohlenkraft durch Wasserkraft schon deswegen nicht zu denken ist, weil letztere, auch wenn sie voll ausgenutzt würde, für den Bedarf der Industrie, des Verkehrswesens und der Hauswirtschaft nicht ausreichen würde. Außerdem ist in unzähligen Einzelfällen ein Ersatz der Wärmekraft durch Wasserkraft aus praktisch-technischen Gründen unmöglich.

Der andere Weg, aus der ungeheuren Kohlenkatastrophe herauszukommen, besteht, kurz gesagt, in einer zweckmäßig und ausnahmslos durchgeführten Veredlung der Kohlenvorräte, die zugleich eine volkswirtschaftlich so bedeutungsvolle Streckung derselben bedeuten würde. Die Kohलगewinnung zehrt an einem Gute, das der Nation niemals wieder ersetzt werden kann, es bedeutet die Ausgabe eines vorhandenen Kapitals und damit eine direkte Verminderung unseres Volkvermögens und sie muß schon aus diesem Grunde so sparsam wie möglich vor sich gehen. Nun ist es ja hinreichend bekannt, daß erstens der Verbrauch von Kohlen auf den Kopf der Bevölkerung in den letzten Jahren vor dem Kriege eine gewaltige Zunahme erfahren hat, betrug er doch 1906 im Durchschnitt 3 Tonnen, 1913 dagegen $4\frac{1}{2}$ Tonnen, also eine Steigerung von 50 Prozent, und daß andererseits die wirkliche Ausnutzung bei der Verfeuerung von Rohkohlen nur

5 Prozent des Heizwertes beträgt, also eine ganz verschwindend geringe ist und endlich, daß die Transportkosten der Kohlen über die Hälfte seines Naturalwertes betragen. Da nun der Bedarf an Kohlen in absehbarer Zeit schwerlich irgendwelche erhebliche Verminderungen erfahren wird, so müssen wir darauf hinarbeiten, erstens die Transportkosten der Kohlen möglichst abzumindern und zweitens die Verbrennung der Kohlen so einzurichten, daß ihr Heizwert besser ausgenutzt wird.

Was das zuerst genannte Problem angeht, so läßt sich, da das Vorkommen der Kohle an bestimmte Gegenden gebunden ist, nur dadurch eine wirksame Aushilfe schaffen, daß man große Kraftzentralen errichtet, von denen aus das ganze Land mit Wärme und Kohlen versorgt wird. Selbstverständlich setzt diese Einrichtung eine noch viel intensivere Verwendung elektrischer Energien voraus, als sie bisher schon stattgefunden hat. Daß diese aber möglich ist, zeigt das Beispiel von England, wo sechzehn große Kraftzentralen vorgesehen sind, von denen diejenige bei Newcastle bereits nahezu vollendet sein soll. Sind diese Kraftzentralen fertig eingerichtet, so hört die Beförderung von Kohlen von der Zeche aus für den Einzelbezieher von selbst auf, da dann der ganze Versand von den Zentralen aus geschieht. Damit aber der Transport zu diesen Zentralen möglichst verbilligt wird, muß der Bau von Kanälen energisch gefördert werden, nur so können die Eisenbahnen entlastet werden, denen vor dem Kriege in Deutschland die Kohlenfrachten jährlich etwa 400 Millionen Mark einbrachten.

In den Vereinigten Staaten von Amerika geht man sogar mit dem Plan um, die Kohlenversorgung des Landes den Eisenbahnen ganz abzunehmen und sie durch ein das Land durchgehendes Rohrleitungsnetz, ähnlich den der Erdölbeförderung dienenden pipe-lines, zu bewirken. Auf der Kohlengrube wird die Kohle zu Pulver gemahlen, gewaschen und als ein von Verunreinigungen nahezu völlig befreiter Kohlenbrei mit etwa 80 bis 40 Prozent Wasser durch Kreiselpumpen in die Rohrleitungen gedrückt, die möglichst an der Eisenbahnlinie entlang verlegt werden und zu den Mittelpunkten des Kohlenverbrauchs, also zunächst den großen Städten und Industriezentren, führen sollen. Nach geschehener Entwässerung wird die gepumpte Kohle von diesen Vorratsbehältern aus den Verbrauchern direkt zugeführt werden.

Aber alle diese Maßregeln sind erstens nur eine Art Zukunftsmusik, insofern die großen Kraftzentralen ja erst erbaut werden müssen, und dann treffen sie auch nicht den eigentlichen Kernpunkt der Sache, nämlich die vorhandenen Kohlenvorräte besser auszunutzen.

Bekanntlich stellen die Kohlen Verseßungsprodukte von Pflanzen früherer Zeitperioden dar, welche die Eigenschaft zeigen, sich in der Wärme, deren äußeres Kennzeichen die Verkokung ist, in ihre Bestandteile zu zerlegen. Jede Erwärmung der Kohlensubstanz führt zur Spaltung, und es bilden sich daher einerseits flüssige Produkte, die man als Kohlgas bezeichnet, und ein fester Rückstand, bestehend aus Kohlenstoff und Asche, die man auch als Koks bezeichnet. Die Verarbeitung der Kohlen, die man auch als Destillation bezeichnet, erfolgt auf den Kokereien, in den Gasfabriken und auf den Braunkohlenschwelereien. Es entstehen bei diesem Prozeß wertvolle Nebenprodukte, von denen gleich näher die Rede sein wird, die aber bei der allgemein üblichen Verbrennung der Rohkohle vollständig verloren gehen. Die richtige Ausnutzung der Kohle wäre nun die, daß mit jeder technischen Verfeuerung die Gewinnung der Nebenprodukte verbunden wäre. Zugegeben, daß dies technisch unausführbar ist, gebrauchen sowohl die Industrie wie der Privatmann Steinkohlen und Braunkohlen in unzähligen Fällen, wo Gas und Koks dieselben oder noch bessere Dienste tun würden. Man hat festgestellt, daß die gesamte industrielle Arbeit, die in Deutschland geleistet wird, nach rationalen Grundsätzen mit einem Drittel des bisherigen Kohlenverbrauchs befritten werden könnte. Die Verkokung der Stein- und Braunkohle war in den letzten Jahren vor dem Kriege noch so wenig allgemein durchgeführt, daß nur etwa 25 Prozent der Steinkohlenerzeugung verkokt wurden, von der Braunkohlengewinnung noch

weniger, und daß trotz 23000 Quadratkilometer Torfmooren, deren Wärmeenergie für ein Jahrtausend ausreichen würde, nur ein einziges Etablissement für Torfverkokung bestand, dasjenige in Elisabethsteden in Oldenburg. Unter diesen Umständen kann man sich nicht wundern, daß jährlich statt einer Milliarde Mark für Nebenprodukte bei der Kokerei nur weniger mehr als 200 Millionen erzielt wurden!

Die neuesten Untersuchungen auf dem bekannten Kaiser Wilhelm Institut für Kohlenforschung haben übrigens auf dem Gebiete der Nebenprodukte der Verkokung ganz überraschende Resultate erzielt, die noch mehr als früher den Anreiz geben müssen, dieselbe möglichst auszudehnen. So konnten durch Auslaugen der Kohle mit flüssiger schwefeliger Säure bei gewöhnlicher Temperatur wohlriechende Mineralöle erzeugt werden, wobei 1 Tonne 5 Kilogramm Öl lieferte; bei Destillation der Kohle mit überhitztem Wasserdampf gewann man ein Teer, das ganz andere Stoffe enthielt, als der gewöhnliche Kokereiteer, nämlich dem Petroleum nahestehende Schmieröle und Paraffin; bei Behandlung mit Ozon verwandelte man Kohle in eine im Wasser lösliche neue Substanz, die der Ausgangspunkt für eine ganz neue Industrie zu werden verspricht und endlich gelang es auf einem neuen Wege aus Braunkohle beinahe doppelt soviel Montanwachs herauszuholen, als dies bisher möglich war.

In einigen anderen Ländern ist man jetzt dazu übergegangen, zwangsweise veraltete, dem Volksvermögen nachteilige Einrichtungen binnen einer vorgeschriebenen Zeit außer Betrieb setzen zu lassen; es wäre sehr zu wünschen, wenn auch das neue deutsche Reich diesem Beispiel unverzüglich folgen würde!

Die wichtigsten Nebenprodukte bei der Destillation der Kohle sind neben Benzol Teer und Teeröle. Der Ausfuhrwert der Teeröle betrug 1913 aber nur 43 Millionen Mark, rechnet man davon die 7 Millionen Mark ab, die wir für den Import von Teerölen an das Ausland bezahlten, so beträgt der Wert unserer Ausfuhr nur $\frac{1}{3}$ Prozent unserer Gesamtausfuhr; an verfeinerten Erzeugnissen der Nebenprodukte führten wir für 270 Millionen Mark aus, das sind $2\frac{1}{2}$ Prozent unserer Gesamtausfuhr, darunter für Farbstoffe für 218 Millionen. Diese Produkte wären noch einer großen Steigerung fähig, wenn wir an Stelle von Kohlen nur Koks exportierten.

Deutschland könnte auch seinen Bedarf an Schwefel selbst decken, wenn es den in der Kohle enthaltenen Schwefel richtig ausnützen würde. Aus 60 Millionen Tonnen Rohkohle ließen sich 600000 Tonnen Schwefel erzielen. Vor dem Kriege führte Deutschland eine Million Tonnen Schwefelkies mit 40 bis 50 Prozent Schwefel ein, der Bedarf wäre also gerade gedeckt; außerdem hätte aber die Entschwefelung der Kohle noch sehr erheblich wirtschaftliche Folgen. Da die schwefelige Säure selbst in Verdünnung von 1:500000 auf die Vegetation schädigend wirkt, berechnet sich der jährliche Ernteausfall hieraus auf 900000 Doppelzentner Getreide, 1100000 Doppelzentner Wiesenheu und 1600000 Doppelzentner Kartoffeln im Gesamtwert von rund 80 Millionen Mark, während der weitere Schaden für die Forstwirtschaft und den Gartenbau auf weitere 80 Millionen Mark jährlich zu veranschlagen ist.

In Betrieben, wo die Koksverfeuerung auf unüberwindliche technische Schwierigkeiten stößt, wie z. B. bei den Lokomotiven, sollte man dem Beispiel der Vereinigten Staaten Amerikas nachsehen, wo Kohlenstaubverfeuerung statt Kohlenverfeuerung teilweise schon eingeführt ist. Auch in Schweden haben die Staatsbahnen eine Fabrik für pulverisierte Kohle eingerichtet und beabsichtigen ihre sämtlichen Lokomotiven für den Gebrauch pulverisierter Kohle umzuändern.

Eine ungeheure Verschwendung zugunsten der Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit wird bei der Herstellung von Braunkohlenbriketts getrieben! Für die Erzeugung von einer Tonne Briketts werden zwei Tonnen Preßkohle und eine Tonne Feuertkohle verbraucht, mithin beträgt der Verlust für jede Tonne Briketts 0,85 Tonnen Rohbraunkohle, ganz abgesehen davon, daß man zur

Erzeugung von Bricketts Baustoff, Maschinen, Metall, Öl, Packungen und menschliche Arbeitskräfte benötigt, die für andere notwendige Zwecke frei würden. Für Großstädte könnte man ja aus hygienischen Gründen die Verfeuerung von Bricketts gestatten, für alle sonstigen Fälle bedeutet ihre Verwendung ein gewaltiger Raubbau. Im ganzen wurden vor dem Kriege für den Jahresbedarf an 20 Millionen Tonnen Bricketts 17 Millionen Tonnen Rohbraunkohle verfeuert, die den gesamten Hausbrand Deutschlands für zwei bis drei Monate geliefert hätten. Und das, obwohl unsere Braunkohlenfelder im günstigsten Falle nur höchstens noch eine Lebensdauer von hundert Jahren besitzen!

Selbst in Australien ist man dazu übergegangen, der Braunkohle Öle zu entziehen; eine rationellere Verwertung des Braunkohlenteers als zu Schmiermittel hat sich neuerdings vorbereitet: Man hat nämlich daraus Fettsäuren hergestellt, deren Kali- und Natronsalze alle charakteristischen Eigenschaften der Seifen zeigen, so daß sie in größeren Industrien mit Erfolg verwendet und als durchaus marktfähige Waren bezeichnet wurden.

Die Verkokung der Kohle ist aber nur der Beginn einer rationelleren Ausnutzung der Rohkohle, ihre Vergasung ist das eigentliche Ziel, vor allem, weil wir dadurch einen Brennstoff erlangen, der mit viel besserer Ausnutzung verbrannt werden kann als der feste. Die Vergaser oder Generatoren stehen zwar heute schon auf einer technisch hohen Stufe, aber ihr wirtschaftlicher Betrieb litt bisher noch unter den sehr hohen Betriebskosten, bis es vor kurzem gelungen ist, die Gaserzeugung der Hochöfen durch eine stärkere Beschickung mit Roß so zu steigern, daß die Anlage einer besonderen Gaserzeugungsanlage überflüssig wurde. Das Verfahren des intensiven Hochofenbetriebs zum Zweck der Mehrgaserzeugung hat sich so als bedeutend wirtschaftlicher erwiesen als das der Gaserzeugung in Generatoren, während beide Verfahren hinsichtlich der guten Ausnutzung der Kohle als gleichwertig anzusehen sind. Ein Ausbau der Feuerungen für flüssige Brennstoffe, vor allem im Dienst der Eisenbahn und der Schifffahrt, aber auch vieler Industrien würde zweifellos nicht bloß zu wirtschaftlichen Erfolgen führen, sondern vor allem auch eine wesentliche Ersparnis in unserem Kohlenverbrauch bewirken.

Ein großer Fortschritt wäre schon erreicht, wenn die Elektrifizierung der Eisenbahnen zur allgemeinen Durchführung kommen würde. Die Stromlieferung der Elektrizitätswerke könnte dann durch Erdöl oder Erdgas erfolgen, wie dies bereits bei den Eisenbahnen in Kalifornien mit bestem Erfolg geschehen ist. Da der Kraftbedarf der Erdölwerke durchaus gleichmäßig ist und Tag und Nacht anhält, können die Elektrizitätswerke den Strom zu verhältnismäßig niedrigem Preis liefern und der Brennstoffvergeudung mit hochwertigerem Brennmaterial würde so Einhalt getan werden.

Die Verbrennung von Gasen zum Zwecke der Wärmeerzeugung setzt natürlich besondere Verbrennungsmaschinen (Motoren) voraus, die mit Ölen gespeist werden müssen, für welche wir vor dem Kriege vorzugsweise vom Ausland abhängig waren, wurden doch 1912 für 164 Millionen Mark mineralische Öle eingeführt. Während des Krieges wurden über den Umfang des einheimischen bituminösen Schiefers eingehende Untersuchungen unternommen, über deren Ergebnisse aus sehr begreiflichen Gründen der Öffentlichkeit noch keine genauen Angaben gemacht werden konnten, immerhin hat Stremme die Menge des aus den über ganz Deutschland verteilten Ablagerungen bituminösen Schiefers zu destillierenden Öles auf 111 Milliarden Liter angegeben, und Professor Sauer hat ausgerechnet, daß allein in württembergischen Schiefersteinen Vorräte liegen, die einen Jahresbedarf Deutschlands von rund eine Millionen Tonnen Rohöl auf zehn Jahre hinaus decken könnten. Wir brauchen uns also dieserhalb keine Sorgen zu machen, müssen aber dafür darauf bedacht sein, unsere Kohlenvorräte zugunsten dieser flüssigen Brennmaterialien nach Möglichkeit zu sparen. Sehr vieles wäre nach dieser Richtung hin möglich, sobald man nur den festen Willen dazu hat. Natürlich kann die Umstellung unserer Heiztechnik auf Gase und flüssige Brennstoffe nicht von heute auf morgen geschehen, aber schon bei der Anwendung der bisher üblichen

Heizmaterialien lassen sich mit verhältnismäßig leichter Mühe große Ersparnisse machen. Allein dadurch, daß wir die Abwärme feststehender Dampfkesselanlagen bisher zumeist in die Flüsse oder in die Luft leiteten, statt sie heiztechnisch zu verwerten, gehen uns jährlich 12 Millionen Tonnen Kohlen verloren!

Wie wenig namentlich in einzelnen Industrien noch auf wirkliche rationelle Ausnutzung der Brennstoffe geachtet wird, ist äußerlich schon aus den beständig qualmenden Schornsteinen zu sehen, die ja ein sichtbares Zeugnis für die höchst unvollkommene Verbrennung der Kohlen ablegen, es mag dies aber auch ein einfaches Zahlenbeispiel zeigen, das ich Fiskers Taschenbuch für Feuerungstechniken (1914) entnehme. Hiernach schwankt bei 75 Brennereien der Kohlenverbrauch beim Mälzen für je 100 Kilogramm Darrmalz zwischen 16 und 131 Kilogramm. Rechnet man nur einen Unterschied von 100 Kilogramm, so macht dies für eine Brennerei, die 10000 Kilogramm Malz herstellt, bei einem Kohlenpreis von 5 Mark für den Doppelzentner 50 000 Mark aus, die verschwendet werden, beziehungsweise gespart werden könnten. Bei der Pfannenfeuerung betrug der größte Kohlenverbrauch 263 Kilogramm, der kleinste 27 Kilogramm, obwohl beide Brauereien dieselben böhmischen Braunkohlen verbrannten und dasselbe obergährige Bier erzeugten. Bei der Herstellung von untergährigem Bier brauchte die eine Brauerei auf je 100 Kilogramm Malz 40 Kilogramm, die andere 234 Kilogramm Kohlen. Rechnet man Sudhaus und Mälzerei zusammen, so gebrauchte die eine Brauerei für je 100 Kilogramm Malz etwa 300 Kilogramm Kohlen mehr als die andere, das macht bei 10 000 Kilogramm Malzverbrauch über 100 000 Mark mehr!

Bei den Heizungen für Bäckereien wie bei Zentralheizungen liegen die Dinge ähnlich, die Ursachen sind in mangelhafter Anlage der Feuerung, ungenügender oder unrichtiger Luftzuführung und endlich in der schlechten Wartung und Bedienung des Feuers zu suchen. Noch sehr viele Öfen, die man bisher nur mit Rohbraunkohle und Bricketts heizte, ließen sich so verwenden, daß man auch Koks in ihnen verfeuerte.

Auf die gesamte Heizungschnik wurde bisher noch zu wenig Gewicht gelegt, und ein allgemeiner Schlendrian hat sich hier überall breit gemacht, weil man sich zu sehr daran gewöhnt hatte, im Vertrauen auf die Unererschöpflichkeit der Kohlenlager und die ungehinderte Heranschaffung der Kohle aus dem Vollen zu wirtschaften. Das wird nun alles ganz anders werden und die äußerste Sparsamkeit wird Platz greifen müssen, wo bisher sorglose Verschwendung geherrscht hat.

Gelingt es hier nicht, schnell und energisch Wandel zu schaffen, dann hat es mit dem Wiederaufblühen von Handel und Wandel im neuen deutschen Volksstaat noch lange Weile, denn von der Brennstoffversorgung beziehungsweise richtigen Einteilung der Brennstoffvorräte hängt heutzutage die Produktionsfähigkeit eines jeden Landes ab, besonders aber eines Landes, dessen materielle Existenz wesentlich mit auf die Möglichkeit einer Ausfuhr von Brennstoffen angewiesen ist.

Wer sich für Einzelheiten der aufgeworfenen Fragen interessiert, sei auf mehrere Spezialwerke noch besonders aufmerksam gemacht. Da sind zu nennen: B. A. Dnes, Wärme, Kraft, Licht, Berlin 1918, Carl Heymanns Verlag. H. Ueber, Die Ersparnis an Brennstoffen, gleicher Verlag. S. Goldreich, Die Kohlenversorgung Europas, Berlin, Wien 1918, Verlag Urban u. Schwarzenberg. De Grahl, Wirtschaftliche Verwertung der Brennstoffe als Grundlage der nationalen Industrie und Landwirtschaft. 3. Auflage. 1917. Verlag H. Oldenbourg, München.



Irland



Das Schema der irischen Frage ist bekannt: die große Insel im Westen Englands, von Fremdstämmigen bewohnt, mit Gewalt unterworfen, widerstrebend gehorchend, die trotz jahrhundertelanger Belastung und Unterdrückung ungebrochene Kraft in bisweilen schrecklichen Aufständen — 1641, 1798, 1803 — erweisend, immer renitent und durch zahlreiche Auswanderer Haß und Mißtrauen gegen England säend, immer wieder Selbstregierung verlangend. Im Norden jedoch der protestantische Ulsterbezirk, der, die Vergewaltigung durch die katholische Vielheit fürchtend, die Regierung, die endlich Home Rule gewähren will, mit Waffengewalt und unverfälschter Drohung tyrannisiert, sodaß bei Kriegausbruch die Frage noch immer der Lösung harrete. Bekannt ist auch, daß dann Ostern 1916 der große Sinn-Feiner-Aufstand losbrach, der eine radikale und sofortige Lösung anstrebte, aber mit der ganzen schonungslosen und brutalen Gewalttätigkeit, die dem Engländer in solchen Fällen eigen ist, niedergeschlagen wurde.

Aber gerade die Wildheit und Grausamkeit, mit der dies geschah, wurde der englischen Sache verhängnisvoll. Man weiß, daß nichts schwieriger ist, als die einmal losgelassene Energie von mit Niedererschlagung von Aufständen betrauten verantwortlichen militärischen Führern strikt innerhalb der von (in solchen Fällen meist sehr schwer zu beurteilenden) Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit gezogenen Schranken zu halten, auch beim besten Willen ist es ganz unvermeidlich, daß Überreifer untergeordneter Stellen oder verbiesterte Angst der Truppe jenes Maß aus den Augen verlieren. Der Sinn-Feiner-Aufstand war zunächst in Irland, das tüchtig am Kriege zu verdienen im Begriff war, unbeliebt. Infolge der Hinrichtungen und strengen Maßregeln Sir John Maxwell jedoch vollzog sich ein Umschwung, sodaß sich die Regierung, die Ruhe brauchte, schließlich nicht anders zu helfen wußte als Ende April 1917 eine Versammlung von 94 Frenvertretern nach Dublin zu berufen, die über die Zukunft Irlands beraten und der Regierung geeignete Vorschläge machen sollten. Aber diese Maßregel, die vor dem Kriege noch heilsam hätte sein können, kam jetzt zu spät. Die Verhandlungen waren langwierig und akademisch, größtenteils hatten die Vertreter keine Vollmachten und mußten jeden vorgebrachten Vorschlag erst mit ihren Auftraggebern beraten, andere mußten sich zwischendurch um ihre persönlichen Geschäfte kümmern, Anträge wurden eingebracht und beraten, Gegenanträge gedruckt und verteilt, Kompromißanträge erregten Debatten, aber es war unmöglich zu rechten Beschlüssen zu kommen, da die Teilnehmer, größtenteils konservativ gesinnte alte Nationalisten, wohl spürten, daß sie seit 1914 infolge zunehmender Radikalisierung der Öffentlichkeit den Boden unter den Füßen verloren hatten. Diese zunehmende Radikalisierung nebst der daraus entspringenden Unsicherheit der Vertreter waren auch der Grund, weshalb greifbare Resultate schließlich überhaupt nicht erlangt wurden, wären die alten Parteien der Süduunionisten, der Nationalisten und der Arbeiter einig gewesen, so hätten sich schließlich die Ulster- und Nordunionisten schon aus patriotischen Gründen einer Beseitigung der Schwierigkeiten durch irgendeinen festen Schluß nicht entziehen können, so aber waren, als die Versammlung sich im April 1918 auflöste, praktische Vorschläge nicht möglich, und vielleicht war es gerade das, was die Regierung gewünscht hatte.

In ein neues Stadium trat dann die irische Frage, als am 21. Januar 1919 in Dublin die „Dail Eireann“, die aus 73 bei den Dezemberwahlen in Irland gewählten irischen Republikanern zusammengesetzte irische Nationalversammlung zusammentrat und folgende Proklamation erließ:

„Wir Vertreter des irischen Volkes bestätigen in Anbetracht, daß das irische Volk von rechtswegen ein freies Volk ist, daß es seit sieben Jahrhunderten nie aufgehört die Fremdherrschaft zu bekämpfen und sie mehrere Male mit den Waffen geschlagen hat, daß die englische Regierung in diesem Land heute wie stets in der Vergangenheit sich auf Gewalt stützt und sich durch militärische Besatzung hält im

Gegensatz zum ausdrücklichen Willen des Volkes, daß die irische Republik am Ostermontag 1916 in Dublin im Namen des irischen Volkes von der republikanischen irischen Armee begründet wurde, daß das irische Volk den festen Willen hat, seine vollkommene Unabhängigkeit zu erreichen und zu erhalten, um das Wohl seiner Bürger zu sichern, dies Recht wiederherzustellen, seine Verteidigung zu sichern, den inneren Frieden und die Freundschaft mit allen Völkern zu festigen, eine Verfassung auf dem Willen des Volkes aufzubauen, die gleiche Rechte und Pflichten für alle enthält; daß zu Beginn des neuen Geschäftsabschnittes die Wähler bei den allgemeinen Wahlen im Dezember 1918 die erste Gelegenheit ergriffen haben, mit erdrückender Mehrheit ihre unzerstörbare Treue zur irischen Republik zu erklären; wir bestätigen, im Namen des irischen Volkes, die Errichtung der irischen Republik und verpflichten uns, wir und unsere Mitbürger, diese Erklärung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Ausführung zu bringen; wir verfügen, daß die gewählten Vertreter des irischen Volkes allein zuständig sind, für das irische Volk Gesetze zu erlassen, und daß die irische Nationalversammlung die einzige ist, der das irische Volk Gehorsam schuldet, wir erklären feierlich, daß die Beherrschung Irlands durch eine fremde Macht ein Eingriff in unser nationales Recht ist, den wir niemals dulden werden, und fordern die englische Besatzung auf, unser Land zu verlassen, wir verlangen, daß unsere Unabhängigkeit von allen freien Völkern der Welt anerkannt und geschützt wird und erklären diese Unabhängigkeit in Zukunft für eine Grundbedingung des Weltfriedens, im Namen des irischen Volkes vertrauen wir unsere Zukunft demütig dem Allmächtigen an, der unsern Vätern durch lange Jahrhunderte der Tyrannei Mut und Festigkeit gab und ersehen den göttlichen Segen auf diesen letzten Abschnitt des Kampfes herab, in den wir für die Freiheit eingetreten sind“.

Nachdem auf diese Weise die Unabhängigkeit der irischen Republik proklamiert war, wurde eine vorläufige Verfassung angenommen, eine Botschaft an sämtliche freien Völker der Welt gesandt und O'Calligh und Gavan Duffy zu Vertretern der irischen Republik auf der Friedenskonferenz ernannt. Mehr Glück als mit diesen Gesandten, denen die Friedenskonferenz die Türen verschloß, hatte die junge Republik auf den Kongressen der sozialistischen Internationale in Bern und Amsterdam, auf denen die Vertreter der irischen Arbeiterpartei als unabhängige Sektion zugelassen wurden, wodurch die Selbständigkeit Irlands anerkannt war, ja die Amsterdamer Konferenz betonte ausdrücklich das „Recht Irlands auf politische Unabhängigkeit, gewährleistet durch ein freies geheimes Wahlrecht der Volljährigen ohne Beschränkungen oder Verbote und unbeeinflusst durch den Belagerungszustand.“

Daß diese Vorgänge nicht lediglich auf den Konstruktionen oder vornehmlichen Wünschen einiger Fisköpfe beruhten, sondern, wenn auch vielleicht auf die Spitze getrieben, dem Verlangen wider Volkstreu entsprachen, bewies dann eine Anfang März 1919 an die Friedenskonferenz gerichtete Petition irischer, zum Teil noch nicht einmal demobilisierter, also noch den britischen Militärgefehen unterstehender Offiziere, darunter zwei Generäle, drei Obersten, sieben Majore, zwei- und vierzig Hauptleute, die auf Unterstützung der irischen Ansprüche abzielte und um so mehr Aufsehen erregte, als unter den Unterzeichnern kein Sinn-Feiner war, die Petition somit als Ausdruck gemäßigter Elemente gelten konnte. „Irland ist jetzt eine eiternde Wunde“, schrieb „Daily News“ damals, „die jeden Tag unheilbarer wird.“ Auch die irischen Bischöfe haben unlängst gegen die militärische Gewaltherrschaft Englands in Irland protestiert.

Aber wirklich bitter wurde die Lage für England erst, als der amerikanische Kongreß mit 216 gegen 41 Stimmen verlangte, daß die irischen Ansprüche der Friedenskonferenz unterbreitet wurden. Die englische Presse zeterte freilich sofort los, daß dies eine Einmischung in eine rein englische Angelegenheit bedeute und drohte, ihrerseits die Regierfrage aufs Tapet zu bringen, aber es ließ sich leider nicht aus der Welt schaffen, daß die irische Frage dennoch auch für Amerika von bedeutender Tragweite war. Man übersah nämlich in England, daß in Amerika fünf bis sechs Millionen Iren, mehr als im Mutterlande selbst, wohnen, und

daß bei dem augenblicklich sich fast die Waage haltenden Stimmenverhältnis der beiden amerikanischen Hauptparteien die Stimmen dieser fünf bis sechs Millionen Iren, denen sich eventuell noch die Stimmen von etwa zwanzig Millionen Katholiken und zehn Millionen Deutschamerikaner zugesellen konnten, durchaus ausschlaggebend sein könnten. Die amerikanischen Republikaner folgen in der Unterstützung der irischen Ansprüche nur der jahrzehntelang vom englischen Parlament geübten Taktik des Stimmenfangs, der die Iren stets unterlegen sind, um dann hinterdrein zusehen zu müssen, wie durch geschickt arrangierte Parteikombinationen oder Abstimmungen Reformen unmöglich gemacht wurden. Ob das Interesse für Irland in Amerika, dem wirkliche Kenntnisse irischer Zustände durch die wahrhaft drakonische englische Nachrichtenzensur fast unmöglich gemacht sind, den kommenden Wahlkampf überleben wird, bleibt abzuwarten, jedenfalls aber war Lloyd George, als im Mai zwei Abgeordnete der amerikanischen Iren, Walsh und Dunne, angeblich um sich mit dem Präsidenten der Dail Eireann zu besprechen, die Bitte an ihn richteten, Irland besuchen zu dürfen, nicht imstande, sich dieser Bitte zu entziehen, er tat sogar, sei es im Vertrauen auf die gewöhnliche Oberflächlichkeit von Enqueterreisenden, sei es auf etwaige optimistische Berichte nachgeordneter Dienststellen bauend, noch ein weiteres und ließ seinen Vertreter, Sir William Wiseman bei Auslieferung der Pässe den Abgeordneten den ausdrücklichen Wunsch aussprechen, sich gleichzeitig in allen größeren Städten, besonders auch in (dem unionistisch gefinnenden!) Belfast umzusehen. Die beiden Herren jedoch gaben diesem Wunsche in einem Maße nach, das die Erwartungen Lloyd Georges sicher bei weitem übertraf und veröffentlichten dann einen Bericht über irische Zustände im allgemeinen, den Belagerungszustand und die Behandlung politischer Gefangener im besonderen, der in Amerika, wo ihn besonders die Hearstpresse begierig nachdruckte, ungeheures Aufsehen erregte und trotz seiner offenkundigen Einseitigkeiten und Übertreibungen am 18. Juni in der „Times“ durch den Staatssekretär für Irland Macpherson nur in einer Weise entkräftet werden konnte, die von den „Daily News“ nicht ohne Unrecht als reichlich ungeschickt kritisiert wurde. Damit nicht genug, stahl sich der Präsident der Dail Eireann, der aus dem Österreich 1916 bekannte de Valera, nach Amerika, um zugunsten eines Sinn-Freier-Unterstützungsfonds und zur Aufbringung einer irischen Anleihe einen großen Werbefeldzug zu beginnen, der mit dem üblichen amerikanischen Brimborium aufgemacht wird. Zum Beispiel wird in allen großen Hotels von irischen Damen auf kleinen mit den Fahnen der Vereinigten Staaten und der irischen Republik geschmückten Altären Geld gesammelt, amerikanische Soldaten treten in Uniform von der Bühne herab für die Befreiung Irlands ein, die Bostoner Iren versprochen fünfzehntausend Mann für einen Demonstrationsumzug aufzubringen und so weiter. Den Engländern ist dieser Werbefeldzug natürlich äußerst unangenehm, de Valera erklärt jedem, der es hören will, daß bei einer freien Abstimmung vier von fünf Iren für die Republik stimmen würden und erinnert jedermann an die Rolle, die England zum Beispiel im amerikanischen Bürgerkrieg bei der Unterstützung der Südstaaten gespielt hätte. Dennoch ist es fraglich, ob der Feldzug de Valeras Erfolg haben wird. Die amerikanischen Behörden, die den zwar prächtig im Waldorf-Astoria-Hotel wohnenden, aber ohne Paß nach Amerika gekommenen Präsidenten eigentlich verhaften lassen müßten, haben allerdings erklärt, dies nicht tun zu wollen, so lange keine Ausfuhr von Waffen und Heeresrüstung betrieben würde, aber verschiedene andere Umstände haben, englischen, allerdings voreingenommenen, Zeitungen zufolge der Wirkung de Valeras Abbruch getan. Zunächst mußte er amerikanischen Reportern gegenüber zugeben, daß er kein reiner Ire, sondern amerikanischer Bürger ist, sodann vermochte er die Zinsen seiner Anleihe, die sechs Monate nach Abzug der englischen Truppen aus Irland gezahlt werden sollen, nicht zu garantieren, endlich wurde der Effekt seines Erscheinens dadurch geschädigt, daß gleich nach ihm Georges James Bruce von der Highland Land League of Scotland, der Vorkämpfer für schottisches Home Rule auftrat (der Nachfolger jenes Professors Rob. B. Douglas, der Schottland 1917 auf dem

Kongreß der kleinen Nationen vertrat). Hinzu kommt, daß auch die irisch-amerikanischen Bischöfe sich einstweilen vorsichtig zurückhalten; der Kardinal O'Connell in Boston hat de Valera nicht empfangen wollen, und den Kardinal Gibbons in Baltimore zu sprechen ist ihm nur durch Überrumpelung und inoffiziell gelungen. Der Amerikaner ist zwar im allgemeinen für Homerule begeistert, hat aber andererseits vom Kriege her gegen angebliche oder wirkliche deutschfreundliche irische Machenschaften noch ein starkes Mißtrauen.

Wie dem nun auch sei, die Lage drängt nach Lösung. Es geht auf die Dauer nicht an, daß eine sehr beträchtliche, mit allen modernen Kriegsmitteln, einschließlich Tanks und Flugzeugen ausgerüstete Seeresmacht das in Gärung befindliche Land niederhält und vereinzelte Gewalttaten wie provokatorische Massenbewegungen doch nicht verhindern kann. Bereits im April schrieb der „Manchester Guardian“: „Die irische Frage berührt unser Ansehen in der Welt in hohem Maße und außerdem unsere Beziehungen zu mindestens einer Großmacht. Der Weltfriede, die Macht und der Bestand des Völkerbundes hängen mehr als irgendetwas sonst von einem engen Einverständnis und von tätiger Zusammenarbeit zwischen uns und den Vereinigten Staaten ab. Dazu aber ist die Versöhnung Irlands notwendig.“ Die Notwendigkeit einer Lösung, die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes wird von allen englischen Blättern zugegeben, selbst von solchen, die grollend auf den bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung hinweisen, den Irland während des letzten Krieges genommen hat. Daß aber Homerule, in der zuletzt von der Regierung versprochenen Form, heute in Irland meist als unzureichend angesehen wird, hat selbst Macpherson zugegeben, daß andererseits England nicht unmittelbar an seiner Seite einen unabhängigen, ja feindlich gesinnten und rachsüchtigen fremden Staat, der den wichtigsten Teil seiner Handelswege zu kontrollieren in der Lage wäre, dulden kann, ist ohne weiteres einleuchtend. In letzter Zeit hat man daher, wie die Sinn-Feiner, vielleicht nicht ohne Unrecht, behaupten, auf Inspiration Lloyd Georges hin, versucht, einen Mittelweg einzuhalten und vorgeschlagen, Irland zu einem selbständigen irischen Dominion zu machen. Englische Konservative wenden ein, die Dominions erhielten sich selbst, während Irland ohne englische Zuschüsse sofort bankrott wäre, aber im allgemeinen scheint das Manifest der irischen Dominionliga, das der frühere Präsident der Dubliner Frenversammlung von 1917, Sir Horace Plunkett, unterzeichnet hat, doch als ein Ausweg begrüßt zu werden, und, nachdem man mit dem Schutz der Minoritäten jetzt in den Donauländern so viel Experimente macht, scheint auch die Lösung der Ulsterfrage in ein annehmbares Fahrwasser zu geraten, besonders, da auch die Ulsterleute seit dem Streik nicht mehr ganz geschlossen zusammenstehen. Schließlich sind ja Ulster und Südirland wirtschaftlich eben so eng aufeinander angewiesen wie andererseits Irland und England. Zwar verhalten sich die Sinn-Feiner vorläufig gegen das Dominion-Angebot ablehnend, doch scheint man begründete Hoffnungen zu haben, sie eben durch diese Ablehnung als Extremisten zu kompromittieren. Es ist also Aussicht vorhanden, daß man zu einer Einigung gelangt. „Irland“, schrieb die „Times“ Mitte Juni, „ist unsere einzige schwache Stelle. Wären wir dort so erfolgreich gewesen wie anderswo, so würde unser Machtzuwachs im Zentrum jeder Gewinnmehrung in unseren Dominions gleichgekommen sein. Eine Lösung der irischen Frage in diesem Augenblick, die uns die Fren zu Freunden machen würde, würde für unsere Weltstellung einen neuen 1918-Sieg bedeuten. Unseren Diplomaten würde der Rücken gestärkt und unsere Ideen, die jetzt durch den auf ihnen liegenden Verdacht der Unaufrichtigkeit geschwächt werden, würden an durchschlagender Überzeugungskraft gewinnen. So lange das irische Problem nicht gelöst ist, schwächt es unsere Stellung in der Welt und kommt jedes weitere Jahr in seinen Folgen einer Reihe militärischer Niederlagen gleich, eine aufbauende Politik in Irland ist das, was wir augenblicklich in der Welt am notwendigsten brauchen.“

Menenius

Neue Bücher

Rein Land hat eine so folgerichtige und gradlinige Politik betrieben und Jahrzehnte hindurch beibehalten wie die dritte französische Republik. Der Revanchegedanke und die Sehnsucht nach Rückeroberung der alten europäischen Vormachtstellung auf Kosten Deutschlands sind die Angelpunkte der Weltpolitik gewesen, um die sich Bündnispolitik, Imperialismus und die Hoffnung auf Elsaß-Lothringen gedreht haben. Das ganze öffentliche Leben gelangte allmählich unter den Druck des Rachegebanten, seitdem mit dem Jahre 1905 der französische Traum im Verein mit England lebendige Wirklichkeit zu werden versprach, seit dem Augenblick, in dem Delcassé das Wort „Bündnis“ in den Mund nahm. Eine Suggestion ging von dem Wort aus, der zunächst nur beteiligte Politiker, nach und nach aber ganze Bevölkerungsschichten erlagen. Von diesem „neuen Geist“ wurde auch ein großer Teil der französischen Lehrerschaft ergriffen, bearbeitet allerdings von ihren vorgelegten Behörden, hauptsächlich von Raymond Poincaré. Professor Dr. Kühlmann, der mehrmals zum Studium des französischen Schulwesens in Frankreich gereist ist, hat in seinem Buche „Die französische Schule und der Weltkrieg“ (Leipzig 1918, Quelle und Meyer) die politische Umschaltung der Lehrerschaft dargestellt und an vielen Beispielen erläutert. Wir sehen hier, wie der Revanchegedanke in alle Unterrichtsfächer bringt, zum Leitmotiv des französischen Schulwesens und zur politischen Religion einer werdenden Generation gemacht wird. Wir erkennen in dem staatlichen Unterricht eine Schule des Hasses und eine Erziehung zum fanatischen Vaterlandskult. Unter Duldung und Förderung der Staatsleitung ist die französische Volkseele planmäßig vergiftet worden. Man wird nach dieser Lektüre den leidenschaftlichen Haß, der den Kriegszustand überdauert, und die Steinwürfe von Versailles besser verstehen können. Für Jahrzehnte ist auf ein erträgliches Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland nicht zu hoffen.

Dr. Fritz Koepke

Ludendorff (General der Infanterie), Französische Fälschung meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg. Ein Beitrag zur „Schuld“ am Kriege. E. S. Mittler u. Sohn Verlagbuchhandlung, Berlin 1919. Preis 1 M.

Die Gewissenlosigkeit der französischen Politik zeigt sich wieder einmal in einer Fälschung, die kein anderer als Ludendorff selbst in der vorliegenden Schrift als solche zu entlarven unternimmt. Das französische Gelbbuch enthält eine Denkschrift vom 19. März 1913 über die deutsche Heeresverstärkung, die einen aggressiven Geist atmet und von Ludendorff herrühren soll. Wenn dort vom „gereizten Adler“ die Rede ist, der „den Feind mit seinen geschärften Krallen packen und ihn unschädlich machen wird,“ so muß jeder, der die Ausdrucksweise unseres Militärs der alten Schule kennt, schon Lunte riechen. Nun legt uns Ludendorff den Wortlaut einer tatsächlich von ihm verfaßten Denkschrift vom Dezember 1912, die die Grundlage für die Forderung unserer letzten Heeresverstärkung vor dem Reichstag gebildet hat, im Wortlaut vor. Sprachlich und inhaltlich ist sie von der französischen Veröffentlichung durchaus verschieden. In einer für unsere Ankläger diesseits und jenseits der deutschen Grenzen recht peinlichen Weise tritt aus dieser schlichten Wiedergabe die Ungeheuerlichkeit der Lüge, daß unsere militärischen Führer zum Kriege gebrängt haben, klar zu Tage. Daß jene Vorlage nur der Abwehr dienen sollte, daß diese aber angriffsweise geführt werden müsse, ist der Zeitgedanke der militärischen Erwägungen, die die Ungunst der politischen Lage Deutschlands notwendigerweise in Rechnung stellen mußten. Die Denkschrift wird als pazifistisch gekennzeichnet und seine Bemühungen, auf Österreich-Ungarn hemmend einzuwirken, werden ausdrücklich erwähnt. „Ich zweifle nicht“, sagt Ludendorff zuversichtlich, daß die Lüge, der preussische Militarismus habe zum Kriege getrieben, endgültig beseitigt werden wird. So wird es allen Lügen ergehen, die über das Wirken dieses Militarismus und meiner

Person ausgesprochen werden. Der preußische Militarismus und seine Vertreter haben stets klar und folgerichtig gehandelt, um nicht das Vaterland dem Vernichtungswillen seiner Feinde ausgeliefert zu sehen. Unser Streben hat keinen Widerhall in den breiten Volksmassen gefunden und — Deutschland ist vernichtet."

Bernhard von Eggeling, Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch. Beiträge zur Schuldfrage am Weltkriege. Verlag von Gerhard Stalling, Oldenburg i. Br. — Berlin 1919. Preis 2 M.

Zu der für die Beurteilung der Vorbedingungen des Krieges bedeutungsvollen Memoirenliteratur, die im Laufe der letzten Wochen erschienen ist, gehört die kleine Broschüre von Eggeling. Da der Verfasser in seiner Eigenschaft als Militärattaché in Petersburg die militärischen Vorgänge in Rußland seit 1912 bis zum Kriegsausbruch zu überwachen hatte, ist er in der Lage eine Reihe interessanter Mitteilungen zu machen, die unser Recht, die Verantwortung für die Entfesselung des Brandes abzulehnen, erhärten. Seine Ausführungen sind um so eindrucksvoller, als sie den Stempel unbedingter Sachlichkeit und soldatischer Seriosität tragen. Es ist erstaunlich, wie weit von Eggeling dem russischen Standpunkt gerecht zu werden sucht. Aus jeder Zeile atmet das Bestreben, unbekümmert um die formale Glätte der Darstellung, lediglich der Wahrheit zu dienen. Die Voraussetzungen für die Beobachtertätigkeit von Eggelings waren derart, daß letztere das Licht nicht zu scheuen braucht. Tatsächlich hat er auf ausdrückliche amtliche Weisung hin keinerlei illegalen Nachrichtenquellen benutzt. Beobachtung offenkundiger Begebenheiten und kritisches Verhalten ihnen gegenüber führt auch zur Erkenntnis des verborgenen Untergrundes der Sachlage, wie die vorliegende Schrift beweist. Zu bedauern ist, daß diese Erkenntnis, soweit sie die Stimmung in russischen Militärkreisen und militärische Vorbereitungen betraf, nicht schon lange vor Ausbruch des Krieges durch entsprechende Veröffentlichungen Gemeingut des deutschen Publikums geworden ist. Wenn die russischen Dienststellen bemüht waren, alle russischen Kriegsvorbereitungen und militärischen Verstärkungsmaßnahmen uns gegenüber zu leugnen und ihr voller Umfang uns tatsächlich erst während des Krieges bekannt geworden ist, so ist doch in Rußland seit Jahren mit verblüffender Unverfrorenheit vom Vernichtungskrieg, der gegen Deutschland geführt werden sollte, geschrieben und gesprochen worden, wofür die Schrift von Eggelings zahlreiche Belege beibringt. Selbst Kaiser Nikolaus hat Äußerungen getan, die weit aufhegender waren als die „gepanzerte Faust" und die „schimmernde Wehr". Was sich der Darstellung von Eggelings zufolge in Rußland seit dem österreichischen Ultimatum an Serbien ereignet hat, beweist nur allzu deutlich den Kriegswillen der russischen Regierung. Recht interessant ist das, was der Verfasser über das Verhältnis zwischen dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und dem Kriegsminister Suchomlinow sagt. Der persönliche Gegensatz zwischen den beiden Männern ist im Augenblick der verhängnisvollsten Wende der Geschichte nicht gleichgültig.

Man tut gut, die Lektüre der vorliegenden Schrift mit eingehender Kenntnisnahme von den politischen Darlegungen Bethmann Hollwegs, Jagows und Pourtalès zu verbinden. Nur auf diese Weise ist ein in sich geschlossenes Bild von der Entstehungsgeschichte des Krieges zu gewinnen.

Paul Lensch, Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie. S. Fischer Verlag, Berlin, 1919. Preis 80 Pf.

In der vorliegenden kleinen, aber gehaltvollen Schrift geht Lensch mit der Sozialdemokratie wieder scharf ins Gericht: Die Sozialdemokratie hat noch gar nicht begriffen, daß der neunte November eine theoretische Neuorientierung von ihr verlangte. Wenn in der deutschen Revolution im Gegensatz zur englischen und französischen Revolution die unterste Klasse der Gesellschaft, die durch eine Oppositionspartei vertreten war, die politische Gewalt ergriff, so lag ihr Ver-

hängnis darin, daß sie sich weder vom Geisteszustand einer unterdrückten Klasse, noch von der Doktrin einer radikalen Oppositionspartei zu befreien vermochte. Trotz der durch die Revolution völlig veränderten Verhältnisse wurde das alte Rüstzeug vom „Klassenkampf“, von „Bourgeoisie“ und „Proletariat“, von „herrschenden Klassen“ und „unterdrückten Klassen“ nicht beiseite gelegt. Wer nunmehr die „herrschende Klasse“ war, fragte man nicht. Die Theorie vom „Klassenstaat“ und der Klassenkampfgedanke wurde weder neu durchdacht, noch den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt, und doch war dies um so mehr eine dringende Notwendigkeit, als bisher herrschende Klassen sich auf den Boden der Revolution gestellt hatten und sich zur Demokratie und nationalen Solidarität bekannten. Lag darin einerseits ein Widerspruch zur Parteilehre, daß Deutschland das reaktionärste Land und sein Bürgertum die verfaulteste Klasse sei, so erwuchs andererseits für die Sozialdemokratie eine Gefahr aus dem Umstand, daß das Proletariat als Klasse herrschte, ohne die Klassendiktatur des Proletariats proklamiert zu haben. Sempel und fade schilt Lensch die sozialdemokratische Partei, weil sie die Lehre vom „Klassenstaat“ nicht aufgeben mag, aus Furcht, daß die Konkurrenz zu gute Geschäfte machen könnte, sie aber auch nicht offen weiterpredigen kann, weil die Tatsachen ihr widersprechen. Überdies vermag sie die Unabhängigen und den Spartakistenbund nicht zu überwinden, weil in jenen eigentlich nichts anderes zum Ausdruck kommt, als die alte Ideologie der Sozialdemokratie aus dem Voraugust. Die Möglichkeit, die Partei als Vorkämpferin und Vorkämpferin nationaler Solidarität zu proklamieren, kann sie nicht ergreifen, da weder die deutsche Arbeiterklasse, noch sie selbst dazu erzogen sind.

Peter

Kann Kaiser Wilhelm der Zweite ausgeliefert werden? Zwei Gutachten auf Veranlassung der Deutschen Burschenschaft und der Vereinigung Alter Burschenschaftler des Deutschen Reichs erstattet von Dr. Reinhard Frank, Professor der Rechte in München und Dr. Nachsahl, o. ö. Professor der Geschichte in Freiburg i. B. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1919. Preis 3,60 Mark.

Die überaus dantenswerten Untersuchungen von Frank und Nachsahl sind der Deutschen Reichsregierung, der Regierung des Königreichs der Niederlande und der Deutschen Nationalversammlung überreicht worden, sie sollten in diesen Tagen peinigender Sorge um den Kaiser vom deutschen Volke wenigstens in seinen gebildeten Schichten gelesen werden. Rein juristisch behandelt zunächst Frank die Frage der Auslieferung unter Hinzuziehung ausgiebigen ausländischen Materials. Bezüglich der Zuständigkeit nationaler Gerichte gelangt er auf Grund seiner eingehenden Untersuchung zu dem Schluß, daß die Immunität der fremden Souveräne durch internationales Gewohnheitsrecht allgemein anerkannt ist. Auch die Aburteilung Wilhelm des Zweiten durch ein internationales Gericht ist rechtlich unstatthaft. Ferner sind die Niederlande weder verpflichtet, noch berechtigt Wilhelm den Zweiten auszuliefern. Das Begehren unserer Gegner zielt in jeder Beziehung auf einen Rechtsbruch ab. — Die geschichtliche Untersuchung Nachsahls legt die Haltlosigkeit einer Parallele zwischen Napoleon dem Ersten und Wilhelm dem Zweiten dar. Bekanntlich haben unsere Gegner darauf hingewiesen, daß das Schicksal Napoleons des Ersten ein Präzedenz dafür biete, daß ein besiegter Monarch auch persönlich für seine Politik und für die Art seiner Kriegsführung verantwortlich gemacht worden ist. Da dies das einzige Beispiel ist, das von der Gegenseite herangezogen wird, ist die historisch-kritische Zurückweisung Nachsahls um so wertvoller.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: Dr. Kathilde Rechner in Berlin-Galenje. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

Am die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
Herausgeber des Herausgebers: Amt Richterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bügum 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 88/87.



Das Ziel der Verfassungsarbeit

Von Dr. von Szczepanski



ie durch den Umsturz vom November 1918 herbeigeführte Notwendigkeit eines Umbaus unserer Reichsverfassung stand von Anbeginn unter dem Zeichen einer doppelten Schwierigkeit: der logischen Gegebenheit, daß das Reich organisch zum Einheitsstaat sich entwicke, setzte sich der populäre Partikularismus entgegen, und zum Prinzip der Demokratie stand die historisch gegebene Hegemonie Preußens im Widerspruch. Der erste Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß suchte für dieses zweite Problem Abhilfe in einer Verschlagung jenes Staatswesens, der aber auch gerade die süddeutschen Regierungen sich widersetzen, wohl weil sie ein ähnliches Schicksal für einzelne der von ihnen vertretenen Landschaften fürchteten. Die Denkschrift des Staatssekretärs ging bekanntlich von der Behauptung aus, daß die deutschen Einzelstaaten samt und sonders lediglich Zufallsbildungen rein dynastischer Hauspolitik seien; eine andere Auffassung halte vor der geschichtlichen Prüfung nicht stand. Demgegenüber muß aber gerade unter den heutigen Zeitverhältnissen betont werden, daß jene Theorie wohl für die süddeutschen Staatesgebilde von Napoleons des Ersten Gnaden zutreffen mag, nicht aber in auch nur ähnlichem Maße auf die Vormacht im Reiche, auf Preußen. Das lehrt jeder kurze Überblick auf den geschichtlichen Sinn im politischen Wachstum dieses Staates.

Zweimal setzte im Laufe des Mittelalters der koloniale Zug nach dem Osten ein. Die erste dieser Bewegungen und mit ihr die zugleich umfassendste Besiedlung der damals slawischen Gebiete östlich der Elbe fand im zwölften Jahrhundert statt und dehnte sich auch weit am Oberlauf aus. Ihr lag, wie Otto Hinz in seinem Geschichtswert zum fünfshundertjährigen Jubelfest der Hohenzollernherrschaft ausgeführt hat, in der Hauptsache der gesunde natürliche Ausdehnungstrieb einer kräftigen Rasse zugrunde, für die der Nahrungsraum im alten Mutterlande zu eng geworden war. Sie kam hauptsächlich aus dem deutschen Nordwesten; Hand in Hand mit ihr gingen die priesterlichen Interessen der Heidenbefehrung, und fürstliche Interessen — man erinnere sich an den Grafen von Schauenburg — haben bei ihr die Führung gehabt. Auf diesem kolonialen Boden erwuchs auch der brandenburgisch-preußische Staat, in dessen Marken zu Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts die Hohenzollern als Herren ihren Einzug hielten.

Die andere Bewegung war ein Ausläufer der Kreuzzüge; sie beginnt im Anfang des dreizehnten Jahrhunderts, richtet sich auf Siebenbürgen sowie auf das Weichselland, von hier aus weithingreifend bis nach Litauen und dem baltischen

Gefilde, zu dem auch der lübbische Kaufmann längst den Weg gefunden; sie ist eine ritterliche und fiedlerische zugleich. Die Männer, die mit oder zu dem deutschen Ritterorden als Kämpfer oder als Kolonisten kamen, stammten aus allen Gauen des Mutterlandes, nicht zum seltensten auch gerade aus dem deutschen Südwesten. Denken wir ferner daran, daß unter den brandenburgisch-preussischen Herrschern nicht nur die um ihres Glaubens willen vertriebenen Salzburger, sondern noch viele andere Deutsche, beispielsweise Pfälzer, eine gesicherte Heimstatt auf dem kolonialen Boden fanden, so darf man sich sagen, daß die Bevölkerungs-mischung im ehemaligen Königreich Preußen einem Zusammenfließen aus den meisten deutschen Stämmen verdankt wurde und daß schon aus dieser Eigenschaft als Exponent des ganzen Volkstums auf die historische Berechtigung dieses Staates zur Vormachtstellung im Reich gepocht werden durfte.

Folgen wir ihm nun aber auf dem Wege seiner Erwerbungen — mögen sie durch Staatsverträge, durch dynastische Erbanwartschaften oder durch Waffengewalt gewonnen sein — so werden wir wiederum finden, daß das Wesen der brandenburgisch-preussischen Politik auf Sammlung und Einigung des deutschen Elements, auf Heranziehung einzelstehender, abgesplitteter, gefährdeter Volkssteile hinauslief.

Beginnen wir mit dem Blick aus dem Osten. Da brachte der Gewinn des Ordenslandes als freies Besitztum durch den Großen Kurfürsten das Heraus-schälen eines wichtigen Teiles jener zweiten Kolonisationswelle aus der Ober-lehnsherrschaft Polens. Dem festen Zusammenhang dieser preussisch-deutschen Bevölkerung mit den Brüdern auf dem Reichsboden schuf dann Friedrich der Große die Brücke, indem er bei der ersten Teilung Polens das Weichselland dem Deutschtum ebenfalls zurückerwarb. Die pommerschen Lande sind der Gewalt der Schweden genommen worden; der Däne hat Schleswig-Holstein ausliefern müssen, das zwar auch den österreichischen Waffen diese Loslösung mitverdankt, aber unter den damaligen Zeitverhältnissen doch nur im Rahmen des preussischen Staates sturmlos im Hafen deutschen Volkslebens sich verankern konnte. — Als König Friedrich der Zweite einst von Ostfriesland Besitz ergriff, lagen kaiserliche, aber auch dänische und holländische Truppen im Lande als lebende Beweise territorialen, auch von diesen Seiten erhobenen Anspruchs, den der Preußenkönig freilich schnell fortsetzte. Selbst der Kampf um Schlessien bestätigte doch nur den Inhalt dieser Politik, indem sein glücklicher Ausgang Preußen in die Reihe der Großmächte einführte, zugleich allerdings in das Verfassungsleben des deutschen Volkes einen Dualismus hineintrug, dessen Herkunft doch eben aus der nationaleren Struktur des preussischen Staates sich erklärt. — Durch den Anfall der jülich-klevischen Erbschaft hat der koloniale Staat dann im Mutterlande selbst Fuß fassend mit diesem sich wieder verknüpft. Die im Baseler Frieden dem Deutschtum gesicherten rechtsrheinischen Lande wurden damit dem französischen Einfluß ebenso entzogen wie die aus den Befreiungskriegen für den Staat Preußen heimgebrachten linksrheinischen Gebiete. Die Säkularisationen hatten schon Teile des alten Reichs-gebiets dem jungen Staate eingefügt, und die den früheren Erwerb eines Teiles von Obersachsen fortsetzenden Annexionen von 1866 gaben ihm nicht nur die entscheidende hegemonische Kraft, sondern führten der inneren Einheit und dem engeren Verbande aller deutschen Volksgenossen auch solche Gebiete wieder zu, die wie Hannover außerdeutschem Einfluß und außerdeutscher Interessenpolitik nur allzulange und allzuleicht zugänglich gewesen waren.

Man sollte ferner nicht vergessen, daß der trotz dieser Verhältnisse von der Hohenzollernndynastie mehrfach abgelehnte dynastische Anspruch am eifrigsten von nichtpreussischen Politikern verfolgt worden ist, ehe ein Bismarck dem Staate Wege, Ziel und Stellung wies. Von beiden Seiten geschah dies nicht willkürlich; denn das historische Anrecht Preußens auf eine Vormachtstellung im Reich läßt sich auch durch die natürlichen Verkehrsbedingungen erhärten, die dieser größte Gliedstaat in seiner geographischen Lage beherrscht. Ein Blick auf die Landkarte belehrt uns, daß Deutschlands Flußsystem in fast einseitig bestimmter Richtung

den nördlichen Meeren zufließt. Hier wieder ist die höhere handelspolitische Bedeutung, die einst der Ostsee zukam, auf die Nordsee übergegangen, und zwar, weil diese dem zum Mittelmeer der modernen Welt gewordenen Atlantischen Ozean näher liegt. Der damit im Zusammenhang stehende Bevölkerungsabfluß von Osten nach Nordwesten erhält doch die Volksgenossen, soweit sie nicht in die großen belgischen oder holländischen Hafenstädte und Verkehrszentren abgewandert sind, dem Deutschland wieder nur im Rahmen des preussischen Staates, dem auch die Wasserwege nach Norden im hauptsächlichsten Teil ihres Laufes angehören. Man sieht nicht, wie die führende Stellung eines Staates historisch und geographisch besser gegründet werden könnte. In der Natur der Dinge liegend, krönt der hegemonische Partikularismus Preußens eine Entwicklung, welche der Einigung und Größe des Volksganges zugute kam.

Aber, wie gesagt, für die demokratische Theorie war diese Hegemonie ebensowenig brauchbar wie praktisch angenehm für die nichtpreussischen Partikularisten. Die Friedensbedingungen der Gegner, zu deren Unterzeichnung ja nicht zum wenigsten die süddeutschen Regierungen gedrängt haben, sind der Weg geworden, auf dem jene Hegemonie sich von selbst scheint aufheben zu sollen. Durch die dem deutschen Reich abverlangte Verringerung an Seelenzahl wird — Elsaß-Lothringen bleibt beiseite — nur Preußen betroffen. Die neue Grenzführung im Osten bedingt für Ostpreußen und Schlesiens geradezu eine Art von Autonomie, die links des Rheines durch die feindliche Besetzung ebenso wie durch konfessionelle Interessen befördert wird, und die eben deshalb auch in anderen Provinzen nicht wird verfast werden können, in denen sie aus mehr oder weniger eigennützigen oder von außen beeinflussten Gründen im Auftauchen begriffen ist. Jetzt sind wir soweit, daß man in Preußen durch Gewährung einer weitgehenden Selbstverwaltung glaubt, den durch den ersten Verfassungsentwurf in das Bewußtsein der Landchaften gesäten Gedanken der Teilungspolitik, welcher praktisch aufzublühen beginnt, bekämpfen zu sollen. Wir sehen bei einem großen Teile der Bevölkerung Preußens das Staatsbewußtsein sich zerspalten und sich lockern, ohne die Sicherheit zu haben, daß mit dieser Minderung des hegemonischen Partikularismus, mit dieser Art des Aufgehens im Reich, etwa dem deutschen Nationalgefühl neue Werte oder neue Stärke zugeführt würden. Für dieses liegt die Gefahr gerade in der Zersplitterung der Interessen, nicht in ihrer potenzierten Vereinigung.

Dazu kommt nun, daß der Friedensvertrag den Staat Preußen auch der Beherrschung seiner hauptsächlichsten Flußsysteme, die, wie wir sahen, seiner Vormacht ebenfalls diene, beraubt. Der Rhein trägt fremdes Joch infolge der feindlichen Besetzung; Elbe und Oder werden, soweit sie schiffbar sind, internationalisiert. Soll nicht aus solcher Kraftminderung des Vormachtstaates eine neue Kleinstaaterei statt des ersehnten Einheitsreiches sich entwickeln, so werden sehr energische Klammern im Verfassungsleben der Nation vorhanden sein müssen, um ihren von außen und von innen bedrohten Zusammenhalt zu retten. Eine der wichtigsten Klammern des Ursprungsplanes, das einheitliche Heerwesen, ist uns ebenfalls genommen. Ob Reichsverkehrsgemeinschaft und Reichsfinanzeinheit sich durchsetzen lassen und für jenen Zweck ausreichen werden, steht dahin. Wir benötigen aber einer um so größeren Geschlossenheit der Interessen, eines um so festeren Mittelpunktes, für unsere staatliche Kraftentwicklung als es mehr wie je darauf ankommt, endlich eine innere Gemeinschaft, einen gemeinsamen Charakter, ein politisch befestigtes Volkstum auszubilden, damit auf dieser Grundlage alle Verfassung und Erziehung dann nur noch auf ein Ziel sich richte — auf die Pflicht zur Freiheit.



Vom Partifularismus zum Einheitsstaat

Don Dr. Manfred Eimer



Es ist klar, daß der Partifularismus nichts „echt Deutsches“ ist, sondern nur ein bei uns noch nicht überwundener, freilich durch sein Alter verknöcheter Urzustand, den alle größeren Kulturvölker Europas durchgemacht, aber überwunden haben. Er ist ein Zustand der Unkultur, gekennzeichnet durch Feindseligkeit gegen den Landsmann von anderer Mundart usw. Er ist ein Zustand tiefliegender politischer Intelligenz, vielfach das Kennzeichen des „blinden Hörs“, der unpolitisch politisierenden Masse. Endlich ist er ein Erziehungsprodukt, eine Einfluswirkung seitens der Regierungen und ihrer Organe, nicht zuletzt auch der neu ans Ruder gekommenen „roten Fürsten“, die, entgegen dem Programm der Sozialdemokratie, zäh an ihrem Regententum festhalten, ja, wie das jüngst bei dem württembergischen Kriegsminister in Bezug auf das Reichsheer der Fall war, eifrig gegen die Einheitsströmung intrigieren!

Aber es zeigt sich, daß wir doch auf dem Wege sind, uns aus diesem Urzustand selbst zu befreien, vielfach allerdings nicht aus deutschem Gemeinfinn, sondern aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus, welche durch die neuen Verkehrsbedingungen und neuen wirtschaftlichen Ziele geschaffen werden. Man strebt nach größeren Verbänden; die bestehenden, oft so künstlichen und hemmenden Kleingrenzen haben an Wert im letzten halben Jahre ebensoviel eingebüßt, wie sie durch die Lebensmittelsperren im Kriege leider gewonnen hatten.

Aber es wäre doch unrichtig, den Dingen einfach den Lauf zu lassen. Diejenigen, welche die Beseitigung der Einzelstaaten und ihrer etwa hundert Minister wünschen, müssen sich Ziele setzen.

Zunächst fragt es sich, wie der Kampf gegen den Sondertroz und die innere politische Trennung aufgenommen werden kann. Es mögen ja hier und dort unter den tausenden von Vereinen auch Unitarierversine bestehen. Hervortreten tun sie nirgends in beachtenswerter Weise. Gerade hier aber wäre wahrlich eine Verbandsgründung eine deutsche Notwendigkeit und eine Tat! Man möchte dabei an den Alldeutschen Verband denken, dessen außerdeutsche Ziele erledigt sind, dessen Wirksamkeit aber zu Ende des vorigen Jahrhunderts gerade z. B. in Württemberg darin bestand, der preußenfeindlichen Stimmung durch Pflege des Reichsbewußtseins zu begegnen und so den deutschen Gedanken zu fördern. Aber der Alldeutsche Verband, der neben der ja nicht ausbleibenden Pflege der Irredenta sehr wohl den Kampf gegen den Partifularismus zum Prinzip erheben könnte, ist zu stark mit dem preußischen Konservatismus, der selbst partifularistisch ist, verbunden worden, als daß die Aussichten günstig wären; auch steht er denjenigen Teilen der Demokratie — von der Sozialdemokratie zu schweigen! — welche unitarisch gerichtet ist, zu fern, als daß man hoffen dürfte, daß die Alldeutschen allein für sich diejenigen sein könnten, welche dies Ziel verfolgen sollten. Es müßte ein Verband begründet werden, in welchem die Herbeiführung des Einheitsstaates das einzige Prinzip wäre, und wo auch die Frage: ob Kaisertum, ob Freistaat keine maßgebende Rolle spielen dürfte.

Dieser Verband der Einheitsfreunde würde sich zunächst damit zu befassen haben, was auf gesetzlichem Wege vor allem noch zu beseitigen wäre, um dem Endziel näher zu kommen. Dieses selbst wäre der andere Zielpunkt; und das ist die Beseitigung des eben jetzt, unter Einwirkung der Einzelstaaten, neu begründeten Vielländerunwesens, — die Schaffung des Einheitsstaates. Was das erste, die Bekämpfung noch vorhandener Sondertümeleien, betrifft, so handelt es sich dabei zunächst um eine Außerlichkeit, die, wie es scheint, in der neuen Verfassung abermals als nebensächlich beiseite gelassen wurde, dies aber durchaus nicht ist. Gerade so wie die bayerischen Marken der Ausdruck besonderen Eigensinns waren und als solcher sehr richtig im Ausland gewertet wurden, gerade so ist es ein

psychologischer Fehler, daß das Reich an seinen Grenzen nicht als „Deutsches Reich“ erscheint, sondern als ein Einzelland — Preußen, Sachsen, Bayern, Baden. Um diese vier handelt es sich heute staatsrechtlich. Es gibt keine Reichsgrenzpfeile. Die müssen, nach Art des alten Österreich oder der Schweiz, wo die Länder und Kantone doch zu ihrem Nebenrechte kommen, aufgepflanzt werden. Man sollte meinen, das ist nur vergessen worden und kann alsbald nachgeholt werden.

Ganz anders liegt es bei den wichtigeren Zielen, wo es sich um Beseitigung von Sonderrechten handelt, wo aber das Reich notwendigerweise der allein oder doch im Großen maßgebende Machtfaktor werden muß. Das sind die Steuer-souveränität der Einzelländer (abgesehen von den Gemeinden); ferner das Unterrichts-wesen an den Schulen; und endlich die Freizügigkeit aller staatlich Geprüften im Reich. Steuer- und Unterrichtswesen sind in ihrer Zersplitterung anerkanntermaßen große Steine des Anstoßes und elementare Hindernisse für ein gedeihliches Zusammengehen und Zusammenwachsen. Das finanzielle und das kulturelle Leben eines großen Reiches in ein solches Durcheinander und Gegeneinander aufgelöst zu sehen, widerspricht zwar nicht den zähen Selbsterhaltungsbestrebungen der hundert Minister, aber dem gesunden Verstand, sofern man ein Reichsbewußtsein, einen deutschen Geist ohne Böcher überhaupt haben will! Es ist unmöglich, daß wir aus dem Fehler, zwei Vaterländer zu besitzen, anstelle des einen, herauskommen, solange diese Unterschiede, und was die Steuern angeht, diese Kämpfe fortbestehen.

Ebenso ist es traurig und geradezu widersinnig vom nationalen Standpunkt aus, daß es Freizügigkeit für die meisten Deutschen nicht gibt, welche ihr Dasein auf einer Prüfung in einem Einzelland aufbauen; daß die Prüfungen in den Einzelländern gegenseitig meist nicht anerkannt werden, weil sie nicht einheitlich eingerichtet sind, oder selbst dann, wenn dies der Fall ist. Gerade jetzt löst sich langsam der Bann, der in dieser Hinsicht auf alle aus dem Reichsland Vertriebenen und Stellen-suchenden gelegt ist. Es hat Monate gedauert, bis eine Einigung wegen „Zulassung“ der Rechtsanwälte in einigen Sonderstaaten erzielt wurde, und es dauert noch länger, bis die elsass-lothringischen Landesbeamten irgendwo unterkommen können, wobei kaum ein anderer Sonderstaat, als Württemberg, so patriotisch war, es den Vertriebenen gegenüber als Pflicht zu bezeichnen, sie feinerzeit anzustellen. In anderen Staaten erfolgte auch solchen Deutschen gegenüber, die dort gebürtig oder heimatberechtigt sind, einfach eine Ablehnung! Aber abgesehen von diesen unrühmlichen Vorgängen, — Freizügigkeit ist ein Stück Freiheit, und wenn davon vielleicht viel weniger Gebrauch gemacht würde, als man meinen sollte (da der Deutsche nun einmal an seiner Scholle hängt), so muß sie dennoch als wichtiges Ziel der Einheitsfreunde bezeichnet werden.

Man muß die Widerstände, die sich namentlich der Reichsbesteuerung (statt Einzellandsbesteuerung) und dem Reichsunterrichtswesen entgegenstemmen, scharf bekämpfen. Die Kulturwerte, die Eigenart und die wirtschaftlichen Besonderheiten, die dagegen ins Feld geführt werden, sind schwache Polemik. Denn all das besteht auch in anderen Ländern munter fort, sogar im zentralistischen Frankreich, obschon dort solche Zustände der Zersplitterung, wie bei uns, als undenkbar und höchst rückständig gelten würden.

Wenn einmal diese Ziele in Deutschland erreicht wären, so hätten diejenigen Recht, welche sagen, dann sei die Souveränität der Einzelländer dahin. Dann haben aber auch diejenigen Recht, welche sagen, nicht allein die Schöpfung von 1871, die schwer brüchig geworden ist, sondern der Zollverein, die Münzeinheit, das gemeine Recht und die Errungenschaften der Verfassung von 1919 haben die von den Partikularisten beklagte Arbeit besorgt, woraufhin auch die noch übrigen großen Faktoren der Selbstherrlichkeit schwinden mußten, bis als eine geknickte Säule noch übrig blieb — die Souveränität ohne Inhalt.

Und dann kann der letzte Schritt getan werden: auch sie zu stürzen über Nacht! Den Einheitsstaat zu schaffen!

Ein Mißverständnis wird hier gern wachgehalten von denen, die nicht wollen; es wird von dem Raub der Heimat und der Einbuße der eigenartigen Kultur geredet.

Die Heimat soll eben so wenig jemandem geraubt werden, wie einer stammlich gearteten Landschaft im Reiche ihre Kultur, — worunter sich die wenigsten, die das befürchten, übrigens ein klares Bild machen können. Daß es bestimmte Prägungen der Eigenart in Deutschland — wie in jedem großen Nationalstaat! — gibt, ist klar, und es ist durchaus nicht nötig, daß man den Einheitsstaat nur so zu denken hätte, daß Deutschland in etwa hundert Kreise eingeteilt würde. Es gibt einen Mittelweg, und er muß gegangen werden. Die Länder — auch Preußen — müssen verschwinden. An ihre Stelle müssen Kulturprovinzen treten.

Preußen wehrt sich — mit Recht — gegen den Plan des Professors Preuß, eben nur Preußen in einzelne Länder zu zerlegen, die anderen aber bestehen zu lassen. Dr. Preuß ist dabei von der richtigen Erkenntnis ausgegangen, daß die ideale und reale Führerrolle Preußens, die ihm 1871 aus natürlichen Gründen zugeteilt wurde, nicht weiter durchzuführen ist; daß es Preußen nicht gelingen kann, „in Deutschland aufzugehen“, wegen der Widerstände, die sich im Reich gegen Preußen immer gehässiger zeigen. Nun ist ja die Personalunion zwischen Preußen und dem Reich aufgehoben; das Reich steht heute Preußen ebenso nahe und ebenso fern wie allen anderen Ländern Deutschlands. Schon damit ist die staatsrechtliche Führerrolle Preußens aufgegeben. Umso schärfer tritt aber jetzt der Unsegen der Gleichberechtigung der kleineren — und so viel kleineren! — Staaten mit Preußen hervor. Es hat sich eine förmliche süddeutsche Koalition gebildet, die sich aber gleichzeitig offenkundig gegen das Reich spreizt. Diese Zustände bergen die Gefahr einer rasch wachsenden noch größeren, politisch gefärbten Entfremdung in sich. Das muß verhütet werden. Wir müssen uns näher, ganz nahe kommen, nicht uns noch ferner rücken!

Dieser Gesichtspunkt ist infolge der Widerstände im Staatenhause gegen den Einheitsstaat nicht durchgedrungen; Preußen aber hat sich mit Recht gegen seine geplante Abschachtung gewehrt.

Wenn schon, denn schon!

Und das ist das letzte Ziel: die hundert Minister müssen begraben werden; die Länder müssen sämtlich ihre Souveränität aufgeben; an deren Stelle muß die alleinige Souveränität des Reiches treten, zugleich aber auch Selbstverwaltung der neuen Kulturprovinzen, die nach dem Recht der Selbstbestimmung, möglichst auf stammlicher Grundlage, aber auch möglichst gleich an Umfang oder Bewohnerzahl, gebildet werden müßten.

Sollte das nicht wirklich ein Segen für unser armes, durch den Egoismus und die Gehässigkeiten und Hemmungen des Partikularismus zerrissenes und belastetes Deutschland sein? Ich bin überzeugt davon. Aber es muß darauf auch hin gearbeitet werden. Der einzelne ist machtlos. Wenn die Gleichgesinnten — aus allen politischen Parteilagern — sich zusammenschließen, so werden sie die gute Sache fördern, die ja nicht nur eine ideelle, sondern auch eine sehr praktische Seite hat; nämlich die Vereinfachung unseres so überaus schwerfälligen Reichsapparats und dieses von den meisten deutschen Reichsbürgern selbst nur so halb und halb begriffenen Reiches der hundert Minister.



Die Wiederpolitifizierung der deutschen Burschenschaften

Von Dr. Herbert d'Oleire



Die deutschen Burschenschaften haben in einer Berliner Tagung Anfang Januar beschlossen, „eingedenk ihrer Geschichte“ wieder ins politische Leben einzutreten. Dieser Beschluß, der seinerzeit in der Presse eine für akademische Vorgänge verhältnismäßig starke Beachtung gefunden hat, kann auf den Grad und die Bedeutung der Anteilnahme unserer jungen Akademikerschaft am politischen Neuaufbau unter Umständen bestimmenden Einfluß gewinnen. Alle, welche diese Anteilnahme in ihrer Bedeutung für Deutschlands Zukunft nicht gering einschätzen, werden daher Stellung zu ihm zu nehmen haben.

Das politische Bild, welches die deutsche Studentenschaft dem Beschauer darbietet, ist nicht einheitlich. Es gibt nur wenige ausgesprochen politische Gruppen, wie den Stoffsäuferversand der Vereine deutscher Studenten und die neuen sozialistischen Vereinigungen. Das hat seinen Grund in der alten Tradition der deutschen Universitäten, welche den Studenten als lernenden, noch nicht fertigen Menschen aufsaßt und seine tätige Anteilnahme am politischen Geschehen für die Zeit nach dem Studium zurückstellt. Auf dem jetzt so viel berufenen Wartburgfest im Jahre 1817 sagte der Hofrat Oken zu den Burschenschaftern: „Ihr habt nicht zu bereben, was im Staate geschehen soll: nur das geziemt Euch zu überlegen, wie Ihr einst im Staate handeln sollt und wie Ihr Euch dazu würdig vorbereitet. Kurz alles, was Ihr tut, müht Ihr bloß in bezug auf Euch, auf das Studentenwesen tun und alles andere als Eurer Beschäftigung, als Eures Wesen fremd, ausschließen, auf daß Euer Beginnen nicht lächerlich werde.“

Ist diese Tradition gut oder soll man jetzt davon abgehen?

Schon während der vornärzlichen Verfolgungen der Burschenschaft hat die Frage, ob man am politischen Leben als Student schon tätig teilnehmen oder sich lediglich auf die spätere Betätigung vorbereiten solle, zu scharfen Auseinandersetzungen in ihr geführt. Wenn heute dieselbe Frage wieder zu lösen ist, so muß sie in drei Unterfragen aufgelöst werden: soll der einzelne Student politisch tätig sein? Soll es die Korporation beziehungsweise der Verein, dem er angehört? Soll es der Gesamtverband, den die Korporationen oder Vereine bilden?

Was Oken sagt, ist für die einzelne Korporation unzweifelhaft richtig. Denn wenn heute ein Verein von Studierenden zu politischen Tagesfragen Stellung nehmen will, so wird er sich unweigerlich irgendeiner politischen Partei verschreiben. Die Entwicklung in Deutschland drängt ja leider dahin, daß jeder Jugendliche schon, wenn er noch gar nicht ins Leben hineingeschaut hat, parteipolitische Scheutlappen trägt und unter politischer Bildung seine Fähigkeit, jederzeit eine Apologetik „seiner“ Partei geben zu können, versteht. Je schwieriger die politischen Probleme in unserer Zeit der Weltwirtschaft werden und je weniger die offiziellen Parteiprogramme diese Probleme zu meistern wissen, um so gefährlicher ist dies. Die Vergiftung unseres innerpolitischen Lebens durch die jämmerliche Schlagwortgläubigkeit der Wähler und den demagogischen Ehrgeiz der Parteigeschäftsführer nimmt auf diese Weise in erschreckender Weise zu. Wer wünscht, daß die akademische Schicht ihrem wahren Beruf, durch selbständiges und kritisches Denken Gewißheit zu erringen und nach den Quellen der Erkenntnis zu suchen, treu bleibt, der kann ihre frühe parteipolitische Bindung nicht billigen, ebenso wenig wie es der wahre Vaterlandsfreund kann, der die parteiliche Selbstzerfleischung unseres Volkes beklagt. — Anders dagegen ist die erste Frage zu beantworten: beim Einzelstudenten wird sich die Hinnegung zu einer politischen Partei schon deshalb nicht mehr vermeiden lassen, weil man die Zwanzigjährigen für reif erklärt hat, mit dem Stimmzettel über die Art, wie der Staat zu regieren sei, mitzuentscheiden.

Was für die einzelne studentische Verbindung gilt, das muß, wenn zwar in gemilderter Weise, auch für die studentischen Gesamtverbände gelten. Hier ist das Gremium zwar größer, infolgedessen wird die Gefahr der Gelegenheitspolitik und des Demagogentums geringer sein, aber es ist nicht Sache akademischer Vereinigungen, parteipolitische Tagesarbeiten zu verrichten. Der Satz in dem Rundschreiben des politischen Ausschusses der deutschen Burschenschaft, welches in der ersten Mainummer der „Burschenschaftlichen Blätter“ veröffentlicht ist, verdient deshalb völlige Billigung: „Als Körperschaft in ihrem Verhältnis zu den eigenen Mitgliedern soll sie (die Burschenschaft) dazu dienen, daß diese Mitglieder nicht bloß abstimmen können, wenn sie zwanzig Jahre alt sind, sondern daß sie durch die Kraft ihres Gemeinschaftslebens befähigt werden, aus ihren Reihen der allgemeinen Politik die zielbewußten Führer zu stellen, die notwendig sind.“

Hier ist das Erziehungs- oder Bildungsprinzip mit Recht vorangestellt. Es ist gerade in unserer demokratischen Zeit nötig, dies zu tun. Wir müssen wenigstens in den akademischen Kreisen Politiker erziehen, die über politische Fragen zuerst nachgedacht haben, und dann über sie reden, statt — wie es augenblicklich üblich ist — die Reihenfolge dieser Tätigkeiten umzukehren.

* * *

Was will nun die Burschenschaft, wenn sie beschließt, wieder ins politische Leben einzutreten? Will sie nur erreichen, daß die ihr angehörenden und ihrem Einfluß sonst erreichbaren Studierenden dieses Nachdenken über die Politik nicht versäumen, wie es vor dem Kriege leider in den weitesten Akademikerkreisen zu beobachten war? Will sie ein Debattierklub für die Ausbildung in der Kunst der öffentlichen Rede sein?

Es hat in der Geschichte der deutschen Studentenschaft eine Zeit gegeben, die ganz in solchen Gedanken lebte: um 1848, als die „Progreßvereine“ an die Frankfurter Nationalversammlung eine Adresse mit radikalen demokratischen Forderungen vom sogenannten zweiten Wartburgfest aus richteten. In mancher Hinsicht verfolgt auch die freistudentische Bewegung der neueren Zeit diese Richtung. Die burschenschaftliche Auffassung von dem Wesen des studentischen Gemeinschaftslebens steht diesen Gedanken aber durchaus fern. Der Unterschied ergibt sich zunächst aus dem Charakter der Burschenschaften als Verbindungen (im Gegensatz zum Vereinscharakter der Progreßgemeinschaften und der Freistudentenschaften).

Zeiten wie die unsrige, in denen ein äußeres Geschehen mit seiner Schrecklichkeit und Übergewalt an dem inneren Menschen rüttelt, haben in Deutschland immer das Suchen nach einer Weltanschauung zu einem fast inbrünstigen Grübeln verstärkt. So wird heute auch die Frage nach dem Wesen der jugendlichen Gemeinschaft immer wieder erörtert und von neuen Organisationen zu beantworten versucht. Auch wir müssen diese Frage streifen.

Die Zusammenschlüsse der Studenten zu engen Vereinigungen ist eine dem deutschen studentischen Leben eigentümliche und — wie die Erfahrungen der Urburschenschaft nicht nur, sondern auch der Freien Studentenschaft gelehrt haben — unausrottbare Erscheinung des akademischen Gemeinschaftsbewußtseins. Unter ihnen gibt es zwei Grundformen: die Verbindungen und die Vereine. Die erste will eine Bildungsanstalt für den Charakter ihrer Mitglieder sein, nimmt sich so deren ganzen inneren Menschen als Arbeitsfeld. Der Verein dagegen beschränkt sich auf eine weniger universale Aufgabe; er wendet sich der wissenschaftlichen oder der sozialen, der politischen, der sportlichen Ausbildung oder der Pflege geselliger Bedürfnisse zu. Die Verbindung will den nur mit intellektueller Ausbildung beschäftigten Studenten durch Pflege der Charaktereigenschaften zum vollen Menschentum ausreifen und die einseitig intellektuelle Ausbildung, welche die Universität gibt, ergänzen. Sie ist also eine Erziehungsgemeinschaft. Zu ihnen gehört die Burschenschaft.

Es gibt nun eine ganz neue Richtung unter diesen Verbindungen, welche jede Parteinahme in politischer, konfessioneller oder wirtschaftlicher Beziehung ablehnt, und ihr Hauptziel darin sieht, in Ergänzung der durch Schule und Haus ausgeübten Erziehung die eigenen inneren Kräfte ihrer Mitglieder zu entwickeln (so der Freideutsche Jugendtag auf dem Hohen Meißner 1913). Ohne eine gemeinsame Weltanschauung von vornherein pflegen zu wollen, betrachtet sie den Boden der Gemeinschaft als einen neutralen, lediglich dazu bestimmt, sich im gegenseitigen Nehmen, Geben und Auseinanderlegen zur subjektiven Harmonie der Persönlichkeit durchzuringen. Es ist viel von der Welt des aus Renaissance und Reformation herausgewachsenen übersteigerten Individualismus des achtzehnten Jahrhunderts in dieser Gedankenwelt, und die Lauterberger Weltanschauungswoche von 1916 hat nicht ohne innere Berechtigung sich auf Fichte berufen, der am Ausgang jener individualistischen Periode als Mittler der Neuzeit stand.

Es möchte vielleicht scheinen, als seien die oben skizzierten Gedanken zur Politifizierung der Studentenschaft auch Kinder dieses Geistes. Das ist richtig und falsch zugleich.

Auch die Burschenschaft hat, als sie entstand, vom Fichteschen Geiste viel in sich getragen; auch für sie schlossen sich Weltbürgertum und Nationalgeist nicht gegenseitig aus; sie schrieb die Gleichberechtigung aller ehrenhaften Studierenden auf ihr Banner; in ihrer Senaer Verfassungsurkunde von 1815, hieß es, der Zweck der Universität könne nur erreicht werden „in Freiheit und Selbständigkeit des Geistes, in unge störter Bewegung und Regung der Kräfte, in ungefesselter Selbstentwicklung und Selbsttätigkeit der eigentümlichen Charaktere“. Die Freiheit der Meinungen ist in den Reichen der Burschenschaft während ihrer ganzen Geschichte als Grundsatz stark betont worden. Daher rührt die für manchen Außenstehenden vielleicht seltsam erscheinende Tatsache, daß es keinen bestimmten Gesinnungstypus des alten Burschenschafters gibt, während das Korpsstudententum einen solchen herangebildet hat. Der Rahmen des burschenschaftlichen Gesinnungsprogrammes ist so weit, sein Ziel so hoch und mannigfaltig, daß es eine einheitliche gesellschaftliche oder Gesinnungsabstempelung nicht geben kann. Die Burschenschaft hat immer nur den Schmelztiegel gebildet, in den die jugendliche Begeisterung für Vaterland, Ehre und Freiheit immer neues geistiges Edelmetall einwarf. So blieb sie immer wieder jung, den Zeitströmungen angenähert. Arbeiterunterrichtskurse, politische Vortrags- und Diskutierabende, Wanderausfahrten und Rudern, Fußball und Fechten, Bodenreform und Vorruppbewegung, Abschaffung der Bestimmungsmensur und Erneuerung des studentischen Verbindungslebens — all das und noch vieles mehr ist ihren Reihen von Semester zu Semester von neuem erörtert, versucht, verteidigt und bekämpft worden. Was äußerlich als unabänderliche Tradition erscheinen möchte, das ruhte in Wahrheit immer nur auf dem Wollen der wenigen, welche gerade „aktiv“ waren, also der Jüngsten. Die Ziele dieser Gemeinschaft begründeten sich also ständig von neuem. Obzwar überliefert, werden sie täglich neu erworben und erst dadurch innerer Besitz der Jungen.

Darin ist viel von dem Subjektivismus Fichtes. Aber er ist nicht so stark ausgeprägt wie in dem oben gestreiften Freischarprogramm. Die Bindungen sind stärker. Es wird Einordnung in den Gesamtwillen der Gemeinschaft gefordert; eine feste Sitte und die Geschichte eines Jahrhunderts, die Summe der Erfahrungen Zehntausender werden übernommen. Ja, diese Tradition war in den letzten Jahren vor dem Kriege bei allen Korporationen zu lastend, zu unabänderlich geworden. So vergaß zeitweilig auch die Burschenschaft, daß sie keine Dogmen kennt außer einem: dem vaterländischen.

Der nationale Gedanke in der bewußten Art, so wie er das neunzehnte Jahrhundert beherrschte, ist es, den die Burschenschaft bei ihrer Gründung annahm, und in die Studentenschaft hineinbringen wollte. Mit Recht sagt jene

burschenschaftliche Veröffentlichung vom Mai dieses Jahres: „Von dieser Eigentümlichkeit unseres ursprünglichsten Wesens als bewußt nationale Körperschaft können wir niemals los, sofern wir Burschenschaft bleiben wollen.“

Noch in Schillers „Xenien“ hieß es:

„Zur Nation euch zu bilden, hofft Ihr Deutsche vergebens;
Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus.“

Erst unter unendlichen Grübeleien und in geistiger Notwehrstellung gegenüber dem bewußt nationalen Denken der benachbarten Staaten rang sich dann im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts der deutsche Nationalgeist aus der weltbürgerlichen Gefinnung los. Die Trägerin dieses im damaligen Deutschland durchaus neuen Gedankens wurde die Burschenschaft. Die Zeit um 1815 brachte es mit sich, daß ihre Kampffront dabei weniger gegen jenen weltbürgerlichen Sinn als vielmehr gegen den eigentlichen damaligen Feind des deutschen Nationalbewußtseins richtete, den Partikularismus. „Eine Schande ist es“, rief Oken 1817 auf dem Wartburgfest 1817, „durch Studieren es nicht weiter gebracht zu haben als ein Thüringer, ein Gesse, ein Franke, ein Schwabe, ein Rheinländer geblieben zu sein“.

Der bereits vorhandene sittliche, ethische und religiöse Reformwille der Studentenschaft vermählte sich in der Burschenschaft mit dem nationalen. So erhielt jener Reformwille sein Lebensziel, den Dienst am deutschen Volke. Das Streben nach Sittlichkeit, Reinheit des Jünglingskörpers, nach wissenschaftlicher Ausbildung — alles das steht im Dienste des völkischen Zweckes, und selbst das starke religiöse Motiv, welches in der Bewegung mitanklang, hat dem gegenüber keine selbständige Geltung.

„Stolz, keusch und heilig sei,
Gläubig und deutsch und frei
Germanus Geschlecht.“

sang R. Follen auf dem Wartburgfest. Und Mödiger sagte (nach der Aufzeichnung von H. Ferd. Naumann, Reclams Universalbibliothek Nr. 5945): „Aber es hat von jeher Menschen gegeben, und gibt noch solcher fort und fort, die — daß ich's wieder kurz nenne — den Gott nicht haben fahren lassen, nach dem alle Seelen durften, und ihn gepredigt haben den Völkern, damit das Reich des ewigen Friedens komme über die Erde, das Reich der Ehre, der Gerechtigkeit und der wahren Frömmigkeit. — Aber die Zeit hat den Tag des ewigen Friedens noch nicht gereift. Auf der Erde stehen noch Völker Völkern entgegen, Kabinetter geschlossen für sich Kabinettieren und drängen den Tag des Lichts in die Finsternis zurück, weil sie dem allein Ewigen nicht huldigen, sondern nach dem Eitlen und Vergänglichem jagen und so mit ihrem ganzen Wesen verderben früher oder später. — Nach der jetzigen Bildung und Verhältnis des Menschengeschlechts hat nur ein Volk dafür zu sorgen, daß es einig sei, damit die anderen roheren Völker und ihre gedankenlosen Zwingherren es nicht knechten; daß es einig sei für den ewigen Geist der Ehre und Gerechtigkeit, damit es bestche herrlich, kräftig und rein, und nicht das Ganze erkrankte und zuschanden werde, wie der einzelne. — Wir haben's endlich eingesehen durch blutige und schändliche Lehren und Züchtigungen, das wir auch Ein Volk sind und Brüder sein und bleiben sollen, wenn wir nicht ein Spiel werden wollen fremder Gewalttat und Hinterlist, wenn nicht jeder kommende Tag uns wiederum Knechtschaft und Schmach bringen soll. Auch haben wir eingesehen, was alle Geschichte lehrt, was sie uns auch hat fühlen lassen, daß ein Volk nur gesund und herrlich wachse und gedeihe, so es dem Gotte der Gerechtigkeit Tempel bauet auf seinem Boden und in seinem Herzen, wenn es dem wahrhaftigen Geist der Wahrheit dient, daß er es führe.“

Es ist nicht bei den Worten geblieben, die diese „Wallfahrt der Weiße“ nach der Lutherburg zeitigte. Mit Recht sagt Rübebed (Feste der Hochschule, Nummer 1, Das Wartburgfest 1917, Furche-Verlag 1917), von den Teilnehmern des Wartburgfestes: „Bei aller Heiterkeit und Zukunftshoffnung ahnten sie etwas von dem Märtyrertum, das bald durch ihre Seele zittern sollte.“ Als der

Wiener Kongreß und Metternich und Talleyrand den deutschen Gedanken verriet und die Kleinkaaterei konservierte, als die Confédération Germanique das staatsrechtliche „Monstrum“ blieb, als welches es Pufendorf 1667 juristisch definiert hatte, als Österreich, Ostpreußen, Westpreußen und Posen nicht zum deutschen Bunde gehörten, dafür aber die Könige von England, Dänemark und Holland deutsche Bundesfürsten waren, und als alle dem deutschen Gedanken untreu wurden, da blieben sie treu. Als die Demagogenriechei und der reaktionäre Kampf gegen den mit der damaligen Nationalitätenidee unlöslich verknüpften Bunsch, aus dem fürstlichen Absolutismus heraus zum Verfassungsstaat zu kommen, einsetzte, da begann auch die Verfolgung der Burschenschaft. „Die allgemeine Burschenschaft“, schrieb Geng 1819 an Metternich, „ist ein so durchaus verwerfliches, auf so gefährvolle und frevelhafte Zwecke gerichtetes Institut, daß kein Stein davon auf dem andern bleiben darf“.

Es hat ihr zwar nicht an einflußreichen Schützern gefehlt; Karl August von Weimar und Goethe sollen nicht vergessen werden. Aber gerettet hat die Burschenschaft sich selbst.

„Wir woll'n das Wort nicht brechen,
Und Duben werden gleich,
Woll'n predigen und sprechen,
Vom Kaiser und vom Reich“,

lang Schentendorf. Hunderte haben es, vom Büttel der finsternsten Reaktion in den Gefängnissen eingekerkert, nicht abgeschworen. In der an Karl August 1819 gerichteten „Rechtfertigung“ heißt es: „Jetzt ist die Schule geschlossen. Jeder geht hinweg mit dem, was er in ihr gelernt hat; er wird es behalten und es wird in ihm fortleben. Was als wahr begriffen ist vom ganzen, wird auch wahr bleiben im einzelnen. Der Geist der Burschenschaft, sittliche Einheit und Gleichheit in unserem Burschenschaftsleben; der Geist der Gerechtigkeit und der Liebe zum gegenseitigen Vaterlande, das Höchste, dessen Menschen sich bewußt werden mögen, dieser Geist wird dem einzelnen innewohnen und nach dem Maße seiner Kräfte ihn fortwährend zum Guten leiten.“

Trotz der obrigkeitlichen Auflösung blieb die Burschenschaft bestehen und ihren Idealen treu. „Man schalt es Verbrechen, man täuschte sich sehr; die Form kann man zerbrechen, die Liebe nimmermehr, das Haus mag zerfallen — was hat's dann für Not? Der Geist lebt in uns allen, und unsere Burg ist Gott.“ Was dieses Festhalten am deutschen Einheitsgedanken für junge Studenten bedeutet, die von allen verlassen waren, deren Karriere ruiniert schien, denen in obrigkeitlich begünstigten anderen Korporationen Widersacher entstanden, muß man sich klar zu machen versuchen.

Im Jahre 1848 schien die Abrechnungsstunde geschlagen zu haben. In der Paulskirche zu Frankfurt saßen über 150 alte Burschenschafter, und einer von ihnen, der Präsident Heinrich von Gagern, bezeichnete als das Ziel der parlamentarischen Arbeit: „Deutschland will Eins sein, Ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen“. Das war burschenschaftlicher Geist. Im bismarckischen Deutschland haben manche geglaubt, auf die 1848er Nationalversammlung hinabsehen zu können, weil sie über das Reden und Verhandeln nicht hinausgekommen sei. Gewiß waren ihre sichtbaren Ergebnisse — leider — gering. Aber wir sollten endlich im Kriege gelernt haben, daß die Politik nicht allein in der Erreichung staatsrechtlicher Formen, sondern auch in der Durchbringung von politischen Ideen ihre Triumphe feiert! Sybel hat recht, wenn er sagt: „Die Richtung, welche die Nationalversammlung dem vaterländischen Sinne gegeben, ist unvertilgbar geblieben und auch eine glücklichere Folgezeit hätte das Gelingen nicht erlebt, wäre nicht durch unser erstes Parlament trotz aller Irrtümer über die Mittel mit so gewaltigem Nachdruck das Ziel dem Volke gezeigt worden: die Freiheit im Innern, die Einheit nach außen!“

* * *

„Eingedenk dieser Geschichte“ ist die Burschenschaft ins politische Leben wieder eingetreten. Die Wege im einzelnen zu finden, liegt ihr ob. Es wird dazu einer erfahrenen und ruhigen Leitung der frischen Kraft bedürfen. Wir begrüßen ihren Beschluß, der in der Zeit tiefster nationaler Not gefaßt wurde und sehen darin den Anfang zur Wiederanteilmahme der Akademikerschaft an der Politik, die sie im Bismarckschen Deutschland sehr zum beiderseitigen Schaden arg vernachlässigt hat.

Die politischen Parteien der Gegenwart werden von der vorstehend skizzierten Art der studentischen Politisierung zwar, wie zu befürchten ist, nicht „restlos“ befriedigt sein. Eine parteipolitische Kerntruppe wird auf diese Weise allerdings nicht geschaffen. Aber vielleicht wird so für eine neue Art inner- und außenpolitischer Gesinnung im deutschen Volke der Grundstein gelegt. Es wäre für unser Volk, dessen innere Uneinigkeit durch den Streit um die Revolution um eine neue Glaubensspaltung vermehrt zu werden droht, eine befreiende Tat, wenn die von der Burschenschaft eingedenk ihrer an politischer Weitsicht so reichen Geschichte wieder angebahnte Politisierung der deutschen Studentenschaft diese neue Staatsgesinnung anbahnen könnte.



Schwarzrotgold

Von Professor Dr. Robert Sieger



In dem lehrreichen und vornehmen Aufsatz von Karl Hoffmann in den „Grenzboten“ Nr. 25 vermiße ich eine Würdigung der Bedeutung, die Schwarzrotgold für die Deutschen außerhalb des Reiches, insbesondere in Österreich, seit 1866 und 1870 annahm und die es heute für sie hat. Ich habe mich darüber während des Krieges in der 166. Dürerbund-Flugschrift in einem Aufsatz, dessen Titel die drei Farben bilden, eingehend ausgesprochen, muß aber hier auch der seitherigen Entwicklung gedenken.

Bis zur Entstehung der schwarzweißroten Reichsfarben hatte Schwarzrotgold auch bei uns die Doppelbedeutung der nationalen und der republikanischen oder demokratischen Farben. Von da ab aber kam immer ausgesprochener die nationale Bedeutung zur Alleinherrschaft. Lag doch in ihr der Gegensatz zum Schwarzweißrot. In dem Maße, als der republikanische Gedanke verblaßte, und in dem Maße, als die bürgerlichen demokratischen Parteien verschwanden, oder jene, die sich noch so nannten, in dem verschärften Gegensatz zwischen liberaler, international angehauchter und ausgesprochen nationaler Weltanschauung sich auf die eine oder andere Seite schlagen mußten, in dem Maße endlich, als die Vertretung republikanischer Ideen auf die internationale Sozialdemokratie überging und damit ihre Bannerfarbe in deren Rot fand, mußten die schwarzrotgoldenen Abzeichen immer ausgesprochener die großdeutschen werden. Und zwar großdeutsch im Sinne der kulturellen, nicht der politischen Nation. Wer mit Schönerer die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich unter der Herrschaft der Hohenzollern als unmittelbares politisches Ziel anstrebte, für den konnten, ja mußten die neuen Reichsfarben der geeignetere Ausdruck seiner Gesinnung werden. In diesem Sinne hat man wohl von „Schwarzweißroten“ im Gegensatz zu „Schwarzrotgoldenen“ gesprochen und gegenüber kurzfristigen behördlichen und polizeilichen Beanstandungen immer nachdrücklicher betont, daß der alte Dreifarbe eine nationale, nicht aber eine staatsrechtlich-politische Bedeutung habe, daß Schwarzrotgold mit Schwarzgelb nicht unvereinbar sei. So wie bei

der wirksamen Kundgebung des Wiener deutschen Bundeschießens von 1868 Schwarzrotgold der flammenden Überzeugung Ausdruck gab, daß das politisch getrennte Volk eine Nation, eine große Blut-, Kultur- und Schicksalsgemeinschaft bleibe, so wurde es auch später immer mehr der Ausdruck dieser überkaatlichen Gemeinschaft. Die nationale Bewegung hat später allerdings auch dann ihren Ausdruck im Schwarzrotgold gefunden, wenn sie sich mehr oder weniger ausgesprochen gegen den österreichischen Staat richtete, aus mehreren Gründen. Vor allem, weil sie die Farbe der Burschenschaft blieb und diese zu einem großen Teil, zeitweise überwiegend, eine Haltung befandete, die durch Schwarzweißrot richtiger bezeichnet worden wäre, aber auch weil diese Farben als fremde Staatsfarben unmittelbar „hochverräterische“ Bedeutung hatten und bei einer öffentlichen Beflaggung nicht geduldet worden wären. Überdies fand die „alldeutsche“ Richtung, in der Bedeutung, die dieses Wort in Österreich bis 1918 hatte, bald ihr Sinnbild in der Kornblume. So konnte man in wachsender Menge, zum Schluß in vorwiegender Anzahl, bei Beflaggungen deutscher Städte schwarzrotgelbe Fahnen neben schwarzgelben und solchen in den Landesfarben finden. Erst die Bundesgenossenschaft im Kriege machte Schwarzweißrot zu „erlaubten“ Farben, und sie waren in der glorreichen Siegeszeit viel häufiger als die ungarischen Farben zu sehen. Schwarzrotgold aber überwog. Inzwischen hatte übrigens auch die Kornblume ihre Bedeutung als „hohenzollerisches“ Abzeichen immer mehr verloren und wurde als nationales Kampf- und Gefinnungszeichen immer allgemeiner.

Diese Wandlung hängt eng zusammen mit der Entwicklung, welche einerseits die deutsch-nationale Politik in Österreich, andererseits die deutsche Reichspolitik nahm. Sie führte immer mehr „von der ursprünglichen Gegenstellung des deutschen Nationalismus gegen die Staatsidee zu einer Verbindung mit ihr“. Als durch die Schutzvereinsarbeit der nationale Pessimismus überwunden war, als man erkannte, daß das deutsche Volk in Österreich sich behaupten konnte — und die Gegenwart zeigt ja, welch schwere Einbußen das Deutschtum durch die Zertrümmerung Österreichs erleiden muß — da erwachte auch das Bewußtsein von den Aufgaben und den Pflichten, welche den österreichischen Deutschen im Rahmen ihres Staates für das gesamte Deutschtum oblagen. „Damit hörte für den national fühlenden Deutschen auch die auswärtige Politik nach Ost und Südost hin auf, etwas Gleichgültiges zu sein und die Erkenntnis wurde allgemein, daß kulturelle und politische Aufgaben, die sich hier ergeben, dem Gesamtvolk und damit auch dem Deutschen Reich mehr bedeuten und mehr frommen, als es der Anschluß Deutschösterreichs an den eng-räumigen Nationalstaat vermöchte.“ Vor allem auch durch die Verteidigung der nationalen und deutschkulturellen Vor- und Außenposten. „So mußte schließlich selbst der alldeutsche Gedanke, folgerichtig zu Ende gedacht, die radikalen Deutschen zum Staate zurückführen.“¹⁾ Die Bismarcksche Idee eines engeren völker-, ja staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Österreich drängte den „kleindeutschen“ Irredentismus immer mehr zurück.

Die österreichischen Deutschen hätten diesen Kampf nicht vergeblich geführt, wenn die deutsche Reichspolitik eine nationale, im Sinne des Gesamtvolks gewesen wäre, wenn ihr der Schutz der Volksgenossen in aller Welt als eine ebensolche Selbstverständlichkeit erschienen wäre, wie der Politik jedes anderen Nationalstaats. Sie wurde aber im Gegenteil, je mehr die wirtschaftlichen und die weltpolitischen Gesichtspunkte in ihr überwogen, um so ausschließlicher Staatspolitik — dem „kleindeutschen Imperialismus“, wie ich ihn großend genannt habe, galt nur der Staatsbürger als Volksgenosse, die „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten“ war oberster Grundsatz (wieder im Gegensatz zu der Politik der imperialistischen westeuropäischen Staaten), „ausländische Querulanten“, wie die Balten und die Deutschösterreicher, wurden

¹⁾ Sieger, Der österreichische Staatsgedanke und das deutsche Volk. Zeitschrift für Politik IX. 1918; die angeführten Sätze stehen dort S. 80, 82, 88.

als unbequem empfunden und weiteren, vom Glanze des Reichs geblendeten Volksmassen innerlich gleichgültig. Die Fehler von damals haben sich im Weltkriege schrecklich gerächt. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß das Bündnis für unser Volk in Österreich nicht eine Stütze, sondern nahezu eine Preisgabe bedeutete.

Schwarzrotgold wurde so für uns zum Zeichen des Protestes gegen ein engherziges Schwarzweißrot, der Mahnung an die höhere und größere Gemeinschaft der Nation und Sprache, zum Zeichen des großdeutschen Gedankens im Sinne der Welt- und Volks-, nicht der Staats-, Wirtschafts- und Kolonialpolitik. Und die Kornblume machte diese Wandlung mit. Bei den wenigen, die im Reiche an unserer nationalen Not auch politisch Anteil nahmen, wurde der Dreifarb auch so verstanden und ohne Rücksicht auf seine Vergangenheit willkommen geheißen. In diesem Sinne habe ich den Gefühlswert dieser Farben für jeden Deutschösterreicher geschildert. „Der Dreifarb, das Sinnbild unserer Zugehörigkeit zur deutschen Nation, ist uns auch der Ausdruck unserer Freude an den gemeinsamen großen Leistungen des Gesamtvolks in diesem Weltkampf und unseres Stolzes auf sie, er ist aber ebenso Ausdruck der mitteleuropäischen Gefinnung geworden.“ Denn in „Mitteleuropa“ sahen wir den Weg zur Verwirklichung des von Bismarck angestrebten „pragmatischen Bündnisses“, die einzige, mit der Staatstreue vereinbare, ja aus ihr entspringenden Möglichkeit zu einer gesamtdeutschen Volks- und Weltpolitik. So konnte ich die Hoffnung aussprechen, daß man auch im Reiche den Dreifarb — gerade weil er keine staatsrechtliche Bedeutung hatte und nicht wie andere Nationalfarben, etwa die südlawischen oder italienischen, mit denen eines Staates zusammenfiel — nicht mehr mißverstehen und als das nehmen werde, was er uns ist, daß man vielleicht auch dort die gleiche Gefinnung durch das gleiche Symbol ausdrücken könnte.²⁾

Die republikanisch-demokratische Bedeutung des Dreifarb gehörte in Österreich der Vergangenheit an und war vergessen. Den „Roten“ war Schwarzrotgold einfach verhaßt. Da kam die Auflösung des Reiches und der Umschwung. Allen, die nunmehr Großdeutschland für verwirklicht oder doch für notwendig geworden ansahen, also allen nationalen Deutschen, mochten sie vorher alldeutsch-hohenzollerisch oder österreichisch-mitteleuropäisch gefinnt gewesen sein, war nun naturgemäß Schwarzrotgold der Ausdruck der Hoffnung auf die Vereinigung mit dem Deutschen Reich. So forderte man es als Staatsfarben für Deutschösterreich; in nationalen Kreisen galt die Erwägung, daß Schwarzrotgold viel mehr die natürlichen Farben des großdeutschen Gesamtstaats seien, nicht als Einwand. Sah man doch Deutschösterreich für eine vorübergehende Bildung an, deren Staatsfarben in denen des größeren Ganzen aufgehen sollten. Entscheidend aber waren in der Revolution nicht die Stimmen der Nationalen, sondern die der Sozialdemokraten, wenn diese auch nicht die Mehrheit besaßen. Sie brachten uns die rotweißroten Staatsfarben.

Die österreichische Sozialdemokratie, die bis hart vor dem Umschwung dem Deutschen Reich mit wachsender Feindseligkeit gegenübergestanden hatte, war die erste Partei, die laut und öffentlich den Anschluß an das Deutsche Reich verlangte. Die Ursachen sind mannigfach und hier soll nur auf wenige hingewiesen sein. Da die Partei den Umschwung erhofft und vorbereitet hatte, war sie allein von ihm nicht überrascht und auf ihn gefaßt. Sie konnte also rasch das sachlich und taktisch für sie zweckmäßigste tun, während die anderen noch verwirrt waren und nach Sammlung und Orientierung suchten. Und sie tat das, was dem allgemeinen Gefühl entsprach und wodurch sie sich begeisterte Zustimmung und neuen Anhang gewinnen konnte — wodurch sie zugleich ihre gefährlichsten Gegner, die Christlich-sozialen, zurückdrängte und spaltete. In der Tat haben viele, wenigstens damals, ihre antinationale bisherige Haltung vergessen und ihrer Versicherung, sie sei die

²⁾ Vom heutigen Deutschösterreich, 186. Flugchrift des Dürerbundes, insbesondere S. 1 f., 14.

echtestationale Partei, Glauben geschenkt. Sie handelte aber auch aus idealen Gründen so, freilich aus republikanisch-demokratischem und nicht aus nationalem Idealismus. Die deutsche Republik, nicht der deutsche Nationalstaat schlechtweg, war das Ziel ihrer Anschlussbewegung und sie war sich dessen bewußt, daß auch nur die theoretische Anschlusswilligkeit Deutschösterreichs als ein Erfolg, den die neue Ordnung im Reich sofort erzielt hatte, auch der Macht und dem Ansehen der dortigen Revolutionsregierung sehr zugute kommen mußte. Einen solchen Machtgewinn hätte sie dem monarchischen Deutschland versagt. Aber ihre Führer sahen auch, wie der nationale Gedanke, insbesondere durch die nationale Rot und die aus ihr erwachsene Volksstags- und Volksratsbewegung, immer mehr in die Reihen ihres Gefolges eingebracht war. Hätte eine andere Partei ihr mit dem Anschlussgedanken zuvorkommen können, hätte sie selbst gezaudert oder gar abgelehnt, ihn anzunehmen, so hätte sie nennenswerte Einbuße erlitten. Nun aber konnte sie Schwarzrotgold im alten Doppelsinn als Trumpf ausspielen und die Freude über die Vereinigung zur Förderung der republikanischen Idee benützen, nun konnte sie den großdeutschen Gedanken im Gegensatz zu dem „kleindeutschen“ Werte Bismarcks als den der Zukunft verkünden und unter Hinweis auf Schwarzrotgold betonen, daß er von jeher das demokratische Ideal gewesen sei und daß er nur durch den Sturz des schwarzweißroten Hohenzollerntums verwirklicht werden konnte. Nun konnte der Historiker Ludo Moriz Hartmann, meinem Gefühl nach sehr unhistorisch, die Ideen, die sein Vater in der Paulskirche vertreten hatte, als siegreich über die Bismarcks hinstellen. Man übersah oder wollte übersehen, daß gerade Bismarck den Weg zu Mitteleuropa und damit zu einer weitgreifenden Entfaltung des deutschen Gedankens gewiesen hatte, und daß wir durch seine Gegenspieler und Nachfolger auf die kleindeutsche Bahn gedrängt worden waren.

Jedenfalls hat die österreichische Sozialdemokratie Schwarzrotgold gleich der deutschen an- oder aufgenommen in dem Gedanken, daß sie die Farben der Republik seien und als solche die Staatsfarben Großdeutschlands werden müssen. Da sie diesem vorbehalten waren, durften sie nicht die Farben Deutschösterreichs werden.^{*)} Außerhalb der Partei ist das aber in Österreich nur wenigen bewußt geworden. Man sieht bei uns in der schwarzrotgoldenen Reichsfahne den Ausdruck der Erfüllung langgehegter völkischer Hoffnungen und Träume (so die einen) oder doch den Ausdruck der einzigen Hoffnung, die uns nach dem Zusammenbruch der reichsdeutschen wie der volksdeutschen Weltpolitik geblieben ist, (so die anderen) und begrüßt es deshalb überall mit herzlicher Freude. Es hängt von der Zukunft ab, welche endgültige Bedeutung das erhabene Symbol erhalten wird. Unsere Politik wird darüber entscheiden. Aber ich glaube nicht, daß Schwarzrotgold die Farben einer Republik bleiben könnten, deren Beherrscher des nationalen Gedankens vergessen und in den alten roten Internationalismus zurückfallen würden. Gegen eine solche würde sich bald alles wahrhaft Deutsche unter dem schwarzrotgoldenen Banner zusammenfinden, im Reich wie in Österreich. Dann würde es das Symbol nationaler Demokratie gegen den roten Kommunismus; dessen Vertreter haben schon heute Grund ihm zu widerstreben, denn es kann nie ein Symbol ihres volksfremden Internationalismus werden. Das verbietet seine Geschichte.

^{*)} Für Rotweißrot sprach auch die Abneigung vieler, nicht aller, Christlichsozialer gegen Schwarzrotgold, das den klerikalen Alt- und den übernationalen Neudösterreichern als Nationalfarbe unsympathisch war. Es war also leicht durchzusetzen.



Was ist's mit dem Anschluß Österreichs an Deutschland?

Von Dr. Hans Reckberger

Wien, 15. Juli 1919



ir machten Revolution und die anderen für uns den Vernichtungsfrieden. Aber der Arbeit mit der Revolution vergaßen wir das wichtigste Werk des Augenblicks, die Einigung des Deutschturns im Deutschen Reich durch den Anschluß Österreichs an Deutschland zu vollziehen. Gewiß die österreichische Nationalversammlung hat schon im November den Anschluß beschlossen und verkündet. Mit einer gewissen Begeisterung faßte man in Wien damals den Beschluß, denn der Anschluß an Deutschland erschien im Zusammenbruch des Habsburger Reiches den Deutsch-Österreichern auch als einziger Hoffnungsschrahl einer großen Zukunft. In der österreichischen Jugend, in der Studentenschaft und in der Intelligenz war der großdeutsche Gedanke und der Glaube an die Wiedervereinigung mit Deutschland stets lebendig geblieben. Die den Christlich-Sozialen durch Personen und Programm engerwandten katholischen deutschen Studentenverbindungen gehörten dem deutschen Kartellverband der katholischen Studentenverbindungen an, nahmen an der Kartellversammlung und an den Katholikentagen teil, als gäbe es schon seit fünfundsünfzig Jahren keine schwarz-gelben Grenzpfähle mehr und als ob die Vereinigung des Deutschturns schon vollzogen wäre. Als nun das einzige Hindernis der Vereinigung für sie, die Habsburger Monarchie, gefallen war, da traten gerade diese katholischen österreichischen Studentenverbindungen in mehreren Rundgebungen begeistert und entschieden für den Vollzug des Anschlusses an Deutschland ein, zuletzt noch am 9. Februar. Diese Tatsache verdient aus besonderen Gründen Beachtung. Auch in Deutschland war nach dem Zusammenbruch und dem Zerfall der Monarchien der erste Lichtgedanke die Vereinigung der Deutschen Österreichs mit Deutschland. Man las und hörte mit Freuden von den Anschlußbestrebungen in Österreich, man vernahm mit Interesse, als sich in Deutschland eine Regierung gebildet hatte, daß diese Regierung den Anschluß Österreichs wünsche, daß Beratungen mit dem österreichischen Gesandten in Berlin, mit der Spezialmission Dr. Bauer in Weimar stattfänden, und daß schließlich die Nationalversammlung in Weimar schon beim Verfassungsentwurf den Anschluß Österreichs an Deutschland beschlußmäßig festlegen werde.

Und doch! sie konnten zusammen nicht kommen. . . Warum nicht? Welches sind die Ursachen dafür, daß der Anschluß nicht zustande kam? Darüber kann man heute offen reden, ohne daß das Vaterland und die Anschlußidee darunter leiden. Im Gegenteil, der Anschlußgedanke muß mit allen Mitteln lebendig erhalten und möglichst bald verwirklicht werden, sonst geht uns ein herrlicher Teil deutschen Volkstums und deutscher Länder für alle Zeiten verloren. Die bisherigen Hemmungen persönlicher und sachlicher Natur muß man klar erkennen. Nur dann kann man sie ausschalten und bekämpfen.

Der erste und schwerste Vorwurf wegen des Scheiterns der Anschlußabsichten Österreichs muß gegen die deutsche Regierung und Nationalversammlung erhoben werden. Der Anschluß gelang, wenn man ihn ernstlich wollte, am sichersten und schnellsten dadurch, daß man ihn unbekümmert um Einzelfragen einfach sofort nach der Revolution verwirklichte, die politischen und wirtschaftlichen Schranken aufhob, die Österreicher zur deutschen Nationalversammlung mitwählen und Abgeordnete entsenden ließ, gewisse Reichsämter mit Aufgaben für Deutschland und Österreich zugleich betraute, kurz als Einheitsreich regierte und in den politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Handlungen auftrat. Die Fragen der inneren Einrichtung dieses Erweiterungsbaues hätte man dann erst im Laufe des Jahres erledigen können: Zoll-, Finanz-, Tarif-, Ernährungs-, Valuta-Fragen

und andere, vielleicht unter Schwierigkeiten und Trübungen der ursprünglichen Begeisterung, unter schmerzlichen Opfern hüben und drüben. Aber der Anschluß wäre vollzogen, die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland eine Tatsache gewesen; die Trennung hätte um so weniger mehr herbeigeführt werden können, je stärker die Vereinigung durch die Lösung der Einzelfragen schon verantwortet gewesen wäre, auch nicht mehr von der Entente. Jetzt liegt die Sache so: Oesterreich ist nicht mit Deutschland vereinigt und von den vorbereitenden Einzelfragen zur Vereinigung ist nicht eine einzige gelöst. — Wenigstens hat die Öffentlichkeit nur von Beratungen und Schwierigkeiten, aber nichts von Taten und Beschlüssen gehört. Man hat in Weimar und in Berlin zu viel Rücksicht auf das Ausland, auf das Stirnrungeln der Entente genommen und doch den Vernichtungsfrieden mit dieser Rücksichtnahme nicht mildern können.

So kam es, daß man in Berlin und Weimar kühl blieb, als man in Wien und Graz, in Salzburg und Innsbruck noch begeistert war. So konnten die Schwierigkeiten und Bedenken wachsen und, wie Feuer den schwachen Baum ersticht, die ursprüngliche Begeisterung, die in Oesterreich eine große gewaltige Volksbewegung hätte werden können, mählich aber sicher erdrücken. Wenn die deutsche Regierung sofort den Anschlußgedanken tatbereit aufgegriffen und ohne Rücksichten auf Schwierigkeiten und Bedenken in Einzelfragen die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland großzügig durch die Tat verwirklicht hätte, dann wäre in Vorarlberg, in Tirol, in Salzburg, in Steiermark, in Oberösterreich und Niederösterreich die erste aufflammende Begeisterung zur Volksbewegung geworden und die ersten Schwierigkeiten wären sicher leichter überwunden worden als jetzt, wo man vor lauter Bedenken und Schwierigkeiten in Einzelfragen den Weg zur großen Tat des Anschlusses nicht mehr findet. In Deutschland aber ist die Regierung kühl und sachlich geblieben, wie ein preussischer Staatsanwalt vor einem Beschuldigten. Diese Kühle wirkte nach unten. Nirgendes ist in Deutschland die Anschlußfreude zur wirklichen Begeisterung, zu einer Volksbewegung geworden wie sie etwa im Burenkrieg für die Buren oder im russisch-japanischen Krieg für die Japaner vorhanden war. Auch wenn man den auf dem Volke lastenden furchtbaren Druck des Revolutionsunglücks berücksichtigt, muß man die mangelnde Begeisterung des deutschen Volkes, der deutschen Politiker für die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland tief beklagen. So fehlte der österreichischen begeisterten Augenblicksstimmung das Echo, worüber man in Oesterreich überrascht war. Sollten auch in dieser Frage wirtschaftliche Kirchturminteressen das große Ziel verkennen, so etwa wie ein bayerischer Abgeordneter einer großen Reichstagsfraktion den Gedanken einer mitteleuropäischen und österreichischen Zollunion mit der Konkurrenz für die bayerische Gerste und ein anderer mit der Gefahr für das Rott-Taler Rindvieh bekämpfte?

In Oesterreich verbrauchte unter diesen Umständen die ursprüngliche Begeisterung für den Anschluß merkwürdig schnell. Wer Augen und Ohren offen und Sinn für politische Wirklichkeiten hatte, der konnte schon im Dezember wissen, daß der Anschluß für den Augenblick verpackt und verpfuscht war und daß es bei gleicher Haltung hüben und drüben in absehbarer Zeit nicht mehr zum Anschluß kommen werde. Ich sprach damals mit Politikern aller Klubs im Parlament. Wohl, sie waren alle für den Anschluß — aber, dann kamen die Aber und hörten nicht auf: die Ernährungsfragen, die Kohlen- die Salza, und vor allem die Entente mit dem Friedensschluß. Besser war die Stimmung noch in den Ländern draußen. Aber da kam die Bolschewistenzeit in Sachsen, in Rheinland-Westfalen und vor allem in Bayern. Gerade die Bolschewistenherrschaft in Bayern und München hat in Tirol und Salzburg und Oberösterreich wie Hagelwetter die Stimmung niedergeschlagen. Doch das waren alles nur Nebensächlichkeiten. Wenn die Parteien der österreichischen und der deutschen Nationalversammlung fest blieben und für den Anschluß praktisch mit allen Mitteln wirkten, dann konnten die Stimmung im Volke vorübergehende Ereignisse verhaseln, aber der

Anschluß konnte trotzdem vorbereitet und im gegebenen Augenblick vollzogen werden. Doch da fehlte es in Österreich.

Die Sozialdemokratie machte in Verkennung der Wirklichkeit und den sozialdemokratischen Machtgrenzen die Anschlußfrage zu einer Parteisache. Die Sozialdemokratie bedeutet in Österreich auf die Dauer wenig. Sie ist der Wassertropf auf schmalen Schultern. Die Adler dieser Tage in der Reichskonferenz eingesehen mußte, reicht ihr Machtbereich nicht weit über Wien und über ein paar Industrieorte hinaus. Die sozialistische Herrschaft in Wien hat es soweit gebracht, daß die Los von Wien-Bewegung in den Ländern draußen zu regelrechten Abfallbestrebungen geführt und zur Gefahr für den Bestand Österreichs geworden ist. Die Bauer-Adler-Austerlitz haben den Anschlußgedanken tot gemacht, indem sie ihn zum Parteieigentum der Sozialdemokratie machten, die in Österreich bekanntlich an Radikalismus der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie mindestens gleichkommt und unter ihrer ganz verjudeten Führung stark mit den Kommunisten fraternisiert.

Die Entscheidung in der Anschlußfrage liegt bei den Christlich-Sozialen. Sie haben das Volk in den Ländern draußen auch nach der Revolution hinter sich. Alle Wahlen seit der Revolution haben diese Tatsache in steigendem Maß bekräftigt. In dem Augenblick, wo die Christlich-Sozialen den Anschluß ernstlich und tatkräftig wollen, ist er zu machen. Ein zentraler Wiener Beschluß ohne Mitwirkung der Länder ist wertlos, weil die Wiener Regierung mit ihrer rein sozialdemokratischen Volkswehr absolut keine Autorität in den sich mehr und mehr gegen Wien und die Sozialdemokratie abschließenden Ländern besitzt. Das haben genug Vorkommnisse der letzten Zeit bewiesen. Ich will nicht sagen, daß die Christlich-Sozialen bisher gegen den Anschluß tätig waren. Aber sie haben sich stark passiv gehalten und mit platonischen Sympathieäußerungen sich begnügt. Die Reichspost aber, das führende Organ der Christlich-Sozialen, hat reichlich viel Wasser in den Anschlußwein gegossen, so daß man oft nur noch schwer an ihre Versicherung glauben konnte, daß auch sie den Anschluß wünsche. Ich glaube nicht, daß es ursprünglich auch bei den Christlich-Sozialen einen Gegner des Anschlusses gegeben hat. Aber je länger es dauert und je mehr die Wunden vernarben, welche die Loslösung der Tschechen und Ungarn und Südslawen den Österreichern geschlagen haben, je mehr die Bedenken gegen einen Anschluß auch in den Verhandlungen in Weimar hervortraten und dazu die Versprechungen der Entente wuchsen, um so schwächer wurde die Anschlußfreudigkeit und Anschluß-tätigkeit bei den Christlich-Sozialen. Es wäre ungerecht und falsch zugleich, un-deutsche und unpatriotische oder parteipolitische Motive den Christlich-Sozialen für diese Haltung unterzuschreiben. Es gibt, heute noch mehr als vor einem halben Jahr, namentlich in Wien und nicht bloß bei den Christlich-Sozialen, viele gute Österreicher, die an eine Wiedervereinigung Deutsch-Österreichs mit Tschechien, Ungarn und Südslawien wenigstens in einem Zoll- und Wirtschafts-bund glauben. Man braucht nur an Äußerungen namhafter Tschechen, wie des Parteiführers Nemec, des jetzigen Ministerpräsidenten und früheren Wiener Gesandten Tuma zu erinnern, um Beweise der Gegenliebe auf der anderen Seite festzuhalten. Man glaubt damit Wien vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren und wenigstens einen Teil der früheren Bedeutung ihm zu retten. Die Kohlen-, Zucker-, Öl- und Erzvöte sprechen mit, denn die großen Kohlen-, Öl- und Erzfelder sowie die Zuckerrfabriken liegen drüben in Böhmen, Galizien, Ungarn und Jugoslawien. Diese Hoffnungen auf die Wiedervereinigung mit den jährlings und schnöde geschiedenen Teilen der ehemaligen österreich-ungarischen Monarchie beschränken sich im wesentlichen auf Wiener Politiker und Kreise Wiens oder höchstens Niederösterreich in der näheren und weiteren Umgebung Wiens. In Tirol, Salzburg, Oberösterreich, Steiermark ist die Sehnsucht nach der Wiederherstellung der so häßlichen Ehe mit Tschechen, Ungarn und Südslawen nicht vorhanden. Ausschlaggebend für die ängstliche Zurückhaltung der Christlich-Sozialen in der Anschlußfrage war, wie bei der deutschen Regierung, die Rücksicht auf die

Entente, die Erwartung, durch einen Aufschub des Anschlusses einen besseren Frieden für Österreich und vor allem die Rettung Deutsch-Südtirols und Kärntens zu ermöglichen. Der französische Abgesandte in Wien Alligé und sein Freund Czernin haben mit unverbindlichen Versprechungen, Zusagen und Hoffnungen in Wien gearbeitet, um den Anschluß zu hintertreiben.

Das sind im wesentlichen die Geheimnisse des Anschlusses. Aus ihrem Vorhandensein ergibt sich, daß es nicht genügt, wenn in Wien Baucr, der Staatssekretär des Äußern, und seine sozialdemokratisch-kommunistischen Freunde aus parteipolitischen Erwägungen den Anschluß um jeden Preis proklamieren und in die Welt hinaus schreien. Vollziehen können sie ihn nicht ohne Mithilfe der Länder und der bürgerlichen Parteien, das heißt der Christlich-Sozialen. Es genügt nicht, wenn in Berlin und Weimar platonische Beschlüsse gefaßt und zwischen einem sozialdemokratischen Außenminister und dem phantastischen Wiener Abgesandten Rudo Hartmann vertrauliche Besprechungen gepflogen werden. Der Anschluß muß mit den Ländern und über die Landesregierungen vollzogen werden. Wenn nicht alles trügt, dann wird Tirol mit Salzburg zuerst diesen Weg wählen wollen, vielleicht auch Vorarlberg. Sicher wird dann Oberösterreich folgen und Steiermark mit Kärnten werden nicht zurückbleiben. Tirol zwingt dazu der Gewaltfrieden mit der Abtrennung des ganzen deutschen Südtirols. Wenn Tirol sich Deutschland anschließt, dann wird sicher Salzburg folgen. Dann wird Oberösterreich nicht allein bei Wien bleiben. Daß es zum Anschluß der Länder möglichst schnell kommt, dazu bedarf es direkter Verbindungen mit diesen Ländern. Zentrum, Liberale und Sozialdemokratie müßten baldigst diese Verbindungen herstellen und mit Anschlußkundgebungen hüben und drüben die nötige Volksbewegung schaffen, die zögernde Politiker und Regierungen zur Tat treibt. Auch die christlichen Bauern- und Arbeiterorganisationen müßten sich in den Dienst der Anschlußbewegung stellen, denn Tirol und Salzburg haben wie die andern Länder in der Mehrheit christliches, katholisches Volk. Die Länder wollen in der österreichischen Verfassung in Kirchen- und Schulfragen selbständig sein und entscheiden. Daß wird man auch in Deutschland berücksichtigen müssen. Aber man hatte in Österreich in den letzten neun Monaten seit dem Beginn der Revolution und Anschlußbewegung oft das Gefühl, als würde die Anschlußbegeisterung in gewissen deutschen Kreisen, die Sozialdemokratie nicht ausgenommen, gerade durch die Tatsache herabgedrückt, daß die Mehrheit der österreichischen Länder christlich denkt und katholisch ist. Wenn der Anschluß von der deutschen Regierung im ersten Sturm- und Lauf nach der Revolution vollzogen worden wäre, dann wären ihr auch diese Rücksichten und Schwierigkeiten erspart geblieben.

Der deutsche Frieden ist geschlossen, der österreichische wird in absehbarer Zeit auch noch unterschrieben werden müssen. Die christlich-sozialen Hoffnungen auf eine Rettung Deutsch-Südtirols, Deutsch-Mährens, Deutsch-Kärntens, Deutsch-Böhmens werden zu Grabe getragen werden. Und auf diesem Grab wird man dann erst recht die Hoffnung auf den Anschluß aufpflanzen können, wenn in Deutschland jetzt von Parteien und Regierungen gehandelt wird. Aber es muß etwas geschehen, sonst wird der Anschlußgedanke absterben und der Anschluß verpaßt sein, vielleicht für Wien und andere Gebiete auf ewige Zeiten. Die deutschen Parteiführer zur Initiative aufzurufen, ist der Zweck dieser Zeilen. Dann werden auch die Christlich-Sozialen aus ihrer Zurückhaltung heraustreten.



Die Entente und Rußland



Es es sich darum handelte, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, hätten die Anhänger dieses Grundsatzes geltend machen können, daß seine Verwirklichung das beste Mittel darstellte, Kriege, zum mindesten leichtfertig vom Zaune gebrochene Kriege, zu verhindern. Denn da das ganze Volk nun nicht nur mit Gut, sondern auch mit Blut in Mitleidenschaft gezogen werde, werde es sich auch das Recht nicht nehmen lassen, seiner Regierung auf die Finger zu passen und das Einhalten eines Kurzes, der ins Verderben zu führen drohe, zu verhindern wissen. Die Erfahrung aber hat gezeigt, daß die Wirklichkeit viel zu kompliziert ist, als daß dergleichen durch Logik bestehende einfache Sätze anwendbar wären. Wenn man auch kaum behaupten kann, daß im zwanzigsten Jahrhundert noch Kriege leichtfertig vom Zaune gebrochen worden sind — die besondere Schwere des Weltkrieges ist zum Teil ja gerade eine Folge des jahrzehntelangen vorsichtigen Zwartens gewesen — ist doch von einer wirklichen Kontrolle der Völker über die Regierungen in keinem Lande die Rede gewesen, und die allgemeine Wehrpflicht hat den schleunigen und katastrophalen Ausbruch des Krieges nicht zu hindern vermocht. Wohl aber wäre sie imstande gewesen, das Ende zu beschleunigen, hätten die Regierenden es nicht verstanden, aus dem politischen und wirtschaftlichen Kriege einen kulturellen oder wenn man will, einen zivilisatorischen zu machen. Die großen zündenden Ideen der Verteidigung von Haus und Hof, die in einem Agrarland wirksamer sind als in einem Industriestaat, der Demokratie, des Völkerbundes, der Gerechtigkeit haben die Ententevölker immer aufs neue, wenn der Kriegswille zu erlahmen drohte, zu begeistern vermocht, haben ihnen vor allem den schließlich ausschlaggebenden Verbündeten zugeführt (womit natürlich nicht gesagt werden soll, daß Amerika tatsächlich nur aus Idealismus in den Krieg gezogen ist). Diese Verschiebung aber von den politischen (und wirtschaftlichen) Kriegszielen, die die Regierenden selbstverständlich im Auge behielten, zu den ideellen, um derentwillen die Völker kämpften, hat zur Folge gehabt, daß die Friedenskonferenz das Erbe dieser Kriegsführung antreten mußte und daß die Verhandlungen durch den Umstand besonders kompliziert wurden, daß die politischen und ideellen Forderungen zwar in gleichem Maße befriedigt werden sollten, in wesentlichen Punkten aber zueinander in Widerspruch standen. Inwiefern die Völkerbundidee hemmend auf den Gang der Verhandlungen eingewirkt hat, ist bereits neulich (Heft 28) an dieser Stelle angedeutet worden: schon darin, daß die Friedenskonferenz nicht eine Welt- oder Völkertagung, sondern lediglich eine Siegerkonferenz war, lag ein schwer belastender Widerspruch zu dem idealen Geiste, in dem diese Versammlung eigentlich geführt werden sollte. Aber auch die Konferenz der siegreichen Politiker war diesmal nicht imstande, ohne weiteres nach den klaren Grundsätzen früherer Kabinettskoalitionen zu verfahren. Das einfachste nämlich, dem Besiegten soviel, wie irgend mit den Anforderungen der Klugheit vereinbar war, abzunehmen, wurde nicht nur durch die Ideologie des Selbstbestimmungsrechts der Völker behindert, sondern auch durch die eigenartige Sachlage, daß ein Teil der früheren Gegner plötzlich und gleichsam automatisch, jedenfalls ohne daß man sich über die Folgen dieser Tatsache ganz klar geworden war, zu Bundesgenossen geworden, ein Teil der früheren Bundesgenossen aber als Gegner und zwar als unbezwungener Gegner dastand. Unmöglich konnte man Tschechen und Südslawen für die Folgen eines mit Österreich und Ungarn gemeinsam geführten Krieges einstehen lassen, während der einstige russische Bundesgenosse durch seinen Einfluß auf die deutsche Revolution bewies, daß er sehr wohl in der Lage war, sich in einen gefährlichen Feind zu verwandeln. Realpolitischen Weitblick bewies in dieser Lage nur der „Ideologe“ Wilson, der, während die kurzfristigen Politiker sich an das nächstliegende, den Frieden mit Deutschland, und auch da nur wieder an das allernächste: die Bestimmung der Rheingrenze machten, klar erkannte, daß ohne Mitwirkung Rußlands von einem wirklichen Friedensschluß mit Deutschland,

geschweige von einem Weltfrieden nicht die Rede sein konnte. So ist es zur Einladung sämtlicher russischer Parteien und Teilstaaten auf die Printipo-Inseln gekommen.

Die Wahl der Printipo-Inseln selbst stellte allerdings schon wieder einen Kompromiß dar. Das einfachste wäre natürlich Paris gewesen, aber dagegen hatten sich die Franzosen gestraußt. Nicht nur aus Furcht, die bolschewistische Propaganda nach Paris zu ziehen, sondern auch grundsätzlich. Mit den Bolschewisten verhandeln, mit Banditen? Jamais! Damals, im Januar, hielt man den Bolschewismus noch für eine vorübergehende Erscheinung, bewies allwöchentlich, daß er in sich selbst zusammenbrechen müßte und berichtete täglich von Anzeichen dieses Zusammenbruchs. Dasselbe glaubten auch offenbar die Vertreter der russischen Randstaaten und Gegenparteien, weshalb sie sich denn fast ohne Ausnahme weigerten, der Einladung nach Printipo zu folgen, mindestens aber die Einladung unbeantwortet ließen. Die Konferenz kam also nicht zustande, womit den Franzosen, die an ihre Milliarden dachten, ein Stein vom Herzen fiel. Aber Wilson ließ sich nicht entmutigen. Er schickte eine Untersuchungskommission nach Moskau, die, als sie Ende März zurückkehrte, einen im Einvernehmen mit der Bolschewistenregierung aufgestellten Plan eines Waffenstillstandes und Friedensvertrages mitnahm, in welchem Einstellung der Auslandspropaganda, Selbstbestimmungsrecht der Randvölker, Amnestie für die Bekämpfer der Moskauer Regierung und Bezahlung der russischen Auslandschulden zugestanden wurden. Inzwischen aber waren die zahlreich in Paris vertretenen Anhänger des alten russischen Regimes nicht ohne Erfolg tätig gewesen, einflußreiche französische Kreise für sich zu gewinnen. Man hielt den Franzosen vor, daß ein Abschluß mit den Bolschewisten, die Frankreichs Interessen in Brest-Litowsk verraten hatten, wiederum Verrat des alten Bundesgenossen sein, daß Fortdauer des Bolschewisten-Regimes wirtschaftliche Durchbringung Rußlands durch Deutschland und die Fortdauer des Zweibundes unmöglich machen, daß Anerkennung der Bolschewisten Anerkennung antikapitalistischer Tendenzen bedeuten würde, wahrscheinlich ist auch, daß die Franzosen, die damals in Odessa saßen, hofften, vermittelt ihrer Einmischung festen Fuß in Konstantinopel zu fassen. Dann aber machten neue Ereignisse, der Umsturz in Ungarn und die Räumung Odessas, ein Verhandeln, das jetzt vollends als Schwäche hätte ausgelegt werden können, erst recht unmöglich, ein Eingehen auf Verhandlungen wäre einer moralischen Unterstützung des Bolschewismus gleichgekommen, dessen Übergreifen auf Deutschland gerade damals wieder lebhafter gefürchtet wurde, eine Bolschewisierung Deutschlands aber hätte all die sehnlichst erwarteten Entschädigungsmilliarden in Frage gestellt. Andererseits aber bewiesen gerade die Vorgänge auf der Schwarzen Meeresflotte, das immer ungeduldigere Verlangen nach Demobilisierung und die zunehmende Opposition der Sozialisten, daß an eine militärisch entscheidende Intervention in Rußland nicht zu denken war. Und da der von Monat zu Monat erwartete Sturz der Bolschewisten noch immer nicht eintreten wollte, blieb nur eine Hoffnung: der Diktator von Westsibirien, der Admiral Kolltschak, der zu Beginn des Frühlings bedeutende Erfolge gegen die Bolschewisten errungen hatte.

Allerdings bestanden auch hier Schwierigkeiten. Da Kolltschak als Reaktionär galt, mußten zunächst die Besorgnisse der russischen Demokraten, der Vertreter der Randstaaten, sowie die Bedenken der englischen und französischen Sozialisten beseitigt werden. Dies wurde versucht durch einen Notenwechsel. Die Entente versprach, den Admiral mit Kriegsmaterial zu unterstützen, falls er sich verpflichten wollte, sobald er in Moskau eingerückt sei, zur Wahl einer Konstituante auf demokratischer Grundlage zu schreiten (sofern man nicht den sofortigen Zusammentritt der Konstituante von 1917 vorzöge), ferner in den von ihm besetzten Gebieten die Wahl von Gemeindevertretungen zu sichern, den Schutz bürgerlicher und religiöser Freiheiten zu verbürgen, die Unabhängigkeit Finnlands und Polens anzuerkennen, wobei Grenzstreitigkeiten durch den Völkerbund entschieden werden sollten, die Autonomie Estlands, Litlands, Litauens, Kurlands und Transkaspiums bis

zu endgültigen, im Zweifelsfalle durch Vermittlung des Völkerbundes klarzustellenden Entscheidungen anzuerkennen. Die Antwort des Admirals ließ nicht auf sich warten. Die Übernahme der Auslandsschulden, die notwendigen Reformen im Inneren wurden zugestanden. An eine Berufung der Konstituante von 1917 könne nicht gedacht werden, da sie nicht den freien Ausdruck des Volkswillens darstellte, sondern unter dem Druck extremistischer Elemente zustande gekommen wäre und eine große Anzahl ihrer Teilnehmer jetzt in den Reigen der Bolschewisten ständen. Die Berufung einer neuen Konstituante wurde dagegen als eine Selbstverständlichkeit angesehen, allerdings unter folgender reichlich unbestimmter Formulierung: „Ich werde die Macht nicht einen Tag länger behalten, als das Interesse des Landes es verlangt. Sobald der Bolschewismus endgültig niedergeworfen sein wird, wird es mein erster Gedanke sein, das Datum der Wahlen zur Konstituante zu bestimmen.“ Dann aber schlug er die Entente sofort mit ihren eigenen Waffen, indem er die Unabhängigkeit Polens und die finnische Regierung zwar anerkannte und die „Mitarbeit und Vermittlung“ (nicht Entscheidung!) des Völkerbundes dankbar annahm, alle endgültigen Entscheidungen jedoch betreffs der polnischen Grenzen, der finnischen Frage, des Schicksals der Randstaaten, sowie Bessarabiens, der noch gar nicht bestehenden Konstituante vorbehielt, womit praktisch so gut wie nichts zugestanden wurde. Dies wurde von Ententeseiten jedoch höflich übersehen und da der vom Kaukasus aufrückende General Denikin, ebenso wie der Führer der finnischen Expedition, General Judenitsch, Kolltschat als Oberbefehlshaber anerkannten, da Kolltschat wie Denikin militärisch gut vorankamen und Anfang Juni sogar der Fall Petersburgs erwartet wurde, so war man überzeugt, daß man noch in diesem Jahre auf eine endgültige Regelung der russischen Frage rechnen könnte. Doch das Unglück schritt schneller als man hatte absehen können. Petersburg konnte aus allerlei Gründen u. a. aus Eifersüchtelei gegen die Finnländer nicht genommen werden, und die glänzenden Erfolge Denikins, der von der Überführung bolschewistischer Truppen nach Petersburg profitierte, wurden völlig in Frage gestellt durch eine vernichtende Niederlage Kolltschats, der in der Hoffnung auf einen schnellen Reflameerfolg seinen Vorstoß offenbar nicht sorgfältig genug vorbereitet hat, eine Niederlage, deren katastrophale Folgen sich noch jetzt z. B. im schwerwiegenden Fall von Zefaterinburg, dem Zentrum des Uralbergbaus, bemerkbar machen. Ferner erklärten sowohl die russischen Republikaner wie die Vertreter der Randstaaten die Garantien Kolltschats für ungenügend, und schließlich nahmen Sassonow, Matlawow und der Fürst Dmow Konstantinopel für die Kolltschatregierung in Anspruch. Dabei ist die militärische Lage in der Ukraine und in den Ostseeprovinzen vorläufig ungeklärt, die Finnländer scheinen zurückgeschlagen zu sein, im Rücken der Kolltschat-Armee werden ernsthafteste Unruhen gemeldet, die englische Flotte hat vergeblich versucht, den Zugang nach Petersburg zu forcieren und die unglückliche Archangelsk-Expedition, von der die Amerikaner sich bereits Ende Mai zurückgezogen haben, kann ähnlich wie die einstige auf Gallipoli nicht leben und nicht sterben. Andererseits wächst mit jedem neuen Mißerfolg Kolltschats der Einfluß Japans, das in kluger Berechnung Kolltschat zuerst anerkannt hat. Die Lage ist also für die Entente überaus trübe, besonders da auch an eine endgültige Lösung der rumänischen, damit aber auch der österreichischen und Balkanfrage vor Regelung der russischen Verhältnisse nicht gedacht werden kann.

Unklar ist bei alledem die Rolle, die England gespielt hat und weiter zu spielen beabsichtigt. In der deutschen Presse ist behauptet worden, daß Lloyd George der geistige Vater des Brinkipo-Gedankens gewesen ist, aber in Frankreich hat man davon bis jetzt nichts gewußt, sondern allein Wilson dafür verantwortlich gemacht. In der englischen Öffentlichkeit wird für und wider die Intervention heftig gestritten. Die Regierung scheint sich also noch nicht für eine bestimmte russische Politik entschieden zu haben und gewillt zu sein, sich einstweilen abwartend zu verhalten. Einerseits hat man natürlich ein Interesse daran, daß Rußland durch fortdauernde innere Kämpfe weiter geschwächt wird, und möchte im Hinblick auf eine zu erstrebende Ostseesuprematie Gelegenheit behalten, dauernd in den

Ostseeprovinzen und im Kampf um Petersburg einzugreifen — Osel kann schon jetzt als endgültige englische Kolonie betrachtet werden, vielleicht, durch den Völkerbund, auch die Ålandsinseln, um die noch immer diskutiert wird, — ferner, im Hinblick auf die während des Krieges errungenen Pfandrechte an russischen Bergwerken und Wäldungen, deren Höhe 1917 laut „Bremja“ 10 Milliarden Rubel betrug, mit den Bolschewisten, falls diese Sieger bleiben sollten, auf gutem Fuße zu stehen, endlich kann es England, im Gegensatz zu Frankreich, das in Polen mit Recht nur einen ungenügenden Ersatz für den russischen Verbündeten sieht, nur recht sein, wenn der russische Kolos zerschlagen wird. Andererseits aber fürchtet man den Bolschewismus nicht so sehr in Europa, wie in Mittelasien (Turkestan), fürchtet auch die Schwächung des eigenen Prestiges und die Ansteckung der eigenen Truppen, die man zudem an andern Stellen, namentlich in Ägypten, vielleicht auch in Indien nötig hat und endlich möchte man natürlich auch gerne Ruhe haben. Unter dieser Unentschiedenheit aber leidet die gesamte Aktion der Verbandsmächte sowohl wie der russischen Antibolschewisten.

Die ganze Frage ist die, werden die Bolschewisten sich halten können oder nicht. Das kann augenblicklich anscheinend kein Mensch mit Sicherheit beantworten. Einstweilen sucht man englischerseits ihren Sturz durch Aufrechterhaltung der Blockade zu beschleunigen. Aber von liberaler Seite sowohl wie von den russischen Patrioten selbst wird geltend gemacht, daß darunter auch die nicht bolschewistischen Elemente leiden, ja bei steigender Not ihrem gänzlichen Untergange entgegengingen und daß damit nach Aufhebung der Blockade Deutschlands eine wirtschaftliche Annäherung Rußlands an Deutschland geradezu erzwungen würde. Auch die Amerikaner sind für eine Lebensmittelversorgung Rußlands. Bezeichnend scheint auch zu sein, daß man in der englischen Presse mit einer Reihe von Bolschewisten-Schauermärcen wie der Nationalisierung der Frauen aufzuräumen beginnt. Sollten die neuerdings zahlreicher auftretenden Nachrichten, daß die Bolschewisten anfangen, in größerem Umfange zu kapitalistischen Organisationsmethoden zurückzukehren, zutreffen, was wahrscheinlich der Fall ist, so würde das bedeuten, daß sie sich aus einer Revolutions- in eine Staatsgewalt umzuwandeln im Begriff stehen. Ihre Ideen würden dann nach außen hin an Werbekraft verlieren, nach innen jedoch würde ihre Herrschaft, besonders da sie infolge der Anerkennung Koltshaks durch die Entente neuerdings wieder die Unterstützung der Menschewiki und eines großen Teiles der Sozialrevolutionäre gewonnen haben, bedeutend gefestigt werden können, so daß, falls nicht noch unvorhergesehene militärische Ereignisse eintreten, Aussicht besteht, daß der erste Völkerbundkongreß im Herbst sich mit den Tatsachen abfindet und die Bolschewistenmacht als Staat anerkennt.

Menenius



Neue Bücher

Deutsche Bücher zur Geschichte und Politik. I. Geschichte des preussischen Offizierkorps von Felix Priebatsch. Breslau 1919. Priebatsche Verlagsbuchhandlung. 2,40 M.

Durch die Verhandlungen in der Nationalversammlung, die kürzlich die Vorlage über die Entschädigung der Offiziere einer Kommission überwies, ist das Schicksal des deutschen Offizierkorps, das von gegenwärtig 20 000 Mitgliedern bis Ende März 1920 auf 4000 herabgesetzt werden muß, auch den militärfernstehenden Kreisen in seiner ganzen Tragik verdeutlicht worden. Was soll mit den plötzlich aus ihrer Berufsbahn gerissenen Tausenden geschehen? Daneben erhebt sich die Frage nach den politischen Folgen der Ausschaltung eines so kompakten und geschlossenen, von eindeutiger Lebensauffassung erfüllten Standesblockes. Wenn auch der Grund des Zusammenbruches vom November 1918 ein anderer ist als der Preußens in den Jahren 1806/07, so hat die heutige Lage des Offizierkorps mit der damaligen doch starke Ähnlichkeit. Für den besonnenen praktischen Politiker liegen hier Erfahrungsmaterialien vor, die er nicht vernachlässigen darf und die sich durch die Verfolgung des eigenartigen historischen Entwicklungskreislaufes der kurfürstlichen Söldnerführer über den kaiserlichen, standesbevorzugten Offizier zum Söldnerführer der deutschen Republik an der Hand des bemerkenswerten Buches von Priebatsch vertiefen lassen. Gegenüber dem „Crucifige“ einer urteilslosen, verheßten Radikalistenmasse darf man es als besonders verdienstlich begrüßen, daß ohne ängstliche Vorbehalte die Haupttatsachen aus der Geschichte des preussischen Offizierkorps im Guten wie im Tadelnswerten leidenschaftslos dargestellt werden und so einer gerechteren Würdigung, als sie die enttäuschte Gegenwart naturgemäß aufzubringen vermag, den Weg ebnen. Man wird in Einzelheiten dem Autor kritisch gegenüberreten müssen, in den großen Zügen trifft er den Nagel auf den Kopf, wenn er zusammenfassend charakterisiert: „Von vielen Kriegertafeln meldet die Weltgeschichte. Von keiner erfahren wir aber, wie von der preussischen, von den gleichen, jahrhundertlang auf derselben Höhe stehenden Leistungen, von gleich gewaltigem Schicksal, der gleichen umbildenden Erzieher-tätigkeit, die das ganze Volk umfaßte und durchdrang. Keine ist so oft in jähem Wechsel Werkzeug ihrer Könige und dann wieder selbständiger, wenn auch nicht immer erfolgreicher Träger der nationalen Entwicklung eines großen Volkes gewesen wie sie. Keine andere ist auch, mochte sie in ihrem Stolz selbst oft das Maß überschreiten, dem Ideale Sparta, der Standesgefinnung armer, ehrenhafter, gleichberechtigter Krieger, so treugeblieben wie sie.“ — Dr. R.



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: Dr. Mathilde Kelsner in Berlin-Galesee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Bismarckstr. 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bismarckstr. 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Deutscher Str. 28/29.



Das Schickſal des Kaiſers

Von Dr. Karl Hoffmann



nach den letzten Kundgebungen des englischen Ministerpräsidenten vor dem Parlamente des Vereinigten Königreichs ist damit zu rechnen, daß der gegnerische Verband tatsächlich auf der Auslieferung und Aburteilung des deutschen Kaisers und unserer Heerführer und Offiziere besteht. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Maßnahme, die nach den Gebräuchen gesitteter und anständiger Politik weiter nichts als Unfug ist, irgendeinen politischen Sinn haben muß. Denn der Sinn, den man vortäuscht, die vom „Gewissen der Welt“ geforderte abschreckende „Strafe“ für angebliche Völkerrechtsvergehen und den Bruch der belgischen Neutralität, erscheint so überaus läppisch, daß nur offenbare Dummheit oder eine geistige Struktur von Taschendieben daran glauben könnte. Bis zu welchem Grade von Verlogenheit sich diese vorgetäuschte Beurteilung der echten politischen Lage versteigt, mag ein geschichtliches Beispiel zeigen.

Man hat den Ausgang des Krieges oft mit „antiker“ Größe an Grausamkeit und Gewalt, man hat ihn insbesondere sehr oft mit den punischen Kriegen verglichen. Die punischen Kriege waren als Geschichtsereignis ein Ganzes; und wenn der Vergleich mit ihrem Ende zutreffend sein soll, so muß auch ein Vergleich mit ihrem Anfang zutreffen. Nun liegt der breite und klaffende Unterschied zwischen der inneren Entstehungsursache, dem in Wahrheit ausschlaggebenden Grunde eines unauslösbaren Widerstreits zweier Machterscheinungen und dem bloßen äußeren Anlaß für den Ausbruch der Kämpfe fast nirgends mit einer solchen Deutlichkeit vor, wie beim Beginn des ersten punischen Krieges. Dieser Krieg mußte kommen, nachdem die römische Macht sich durch das Ergebnis des tarentinischen Krieges und der Kämpfe gegen Pyrrhus über das ganze Landgebiet der appeninischen Halbinsel bis nordwärts zu den südlichen Gebirgsgrenzen der cisalpinisch-gallischen Po-Ebene ausgedehnt hatte und infolge der damit verbundenen Obergewalt über die seefahrenden griechischen Kolonialstädte im Süden Italiens und überhaupt infolge der langausgedehnten italischen Küste gezwungen worden war und sogar wider ihren Willen gezwungen worden wäre, selber seepolitisch zu werden und zunächst in das tyrrhenische Meer hinauszusteuern, um sich dort, zwischen der Westküste Italiens und den Inseln Sizilien, Sardinien und Corsica, freie Bewegung zu verschaffen. Demnach wurde dieser Krieg unausbleiblich, weil auf der anderen Seite der Jahrhunderte alte Großstaat Karthago, in seinem Wesen ein Handels- und Seestaat, dessen Dasein mit seinem vollen notwendigen Schwergewicht auf einer einwandfreien und ungehemmten Geltung

im westlichen Becken des Mittelländischen Meeres beruhte, durch seine geschichtlich gegebene Vorherrschaft auf den genannten drei Inseln der römischen Macht ihren Hinaustritt in das tyrrhenische Meer selbst wider Willen vermehren mußte und überhaupt diese Wandlung Roms zu einer Seepolitik mit natürlicher Front gegen das westliche Becken des Mittelländischen Meeres unter keinen Umständen zu ertragen vermochte. Das ist die innere Entstehungsurache, der wirkliche politische Geschichtsgrund jenes Kampfes auf Leben und Tod zwischen Rom und Karthago gewesen. Bei dem sozusagen diplomatischen Anlaß für den Ausbruch des ersten punischen Krieges im Jahre 264 vor Christi Geburt (den man im Konversationslexikon nachlesen kann) war es jedoch vollkommen gleichgültig, ob nun die Römer, von entlassenen syrakusanischen Söldnern, den sogenannten Mamertinern, nach Messana (Messina) gegen den Druck von Syrakus zu Hilfe gerufen, als erste die durch Verträge sichergestellte Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit von Nordost-Sizilien verletzt und die messanische „Neutralität“ gebrochen hatten, oder die Karthager, die der Ruhe und Ordnung wegen und zum Schutze ihrer eigenen Interessen die Burg von Messana mit einer kleinen Truppenmacht besetzen ließen. Es wäre geschmacklos, hinterher von Recht oder Unrecht zu reden. Daß es sich so verhielt, wird bei uns bereits im Geschichtsunterricht der Quarta von jedem vernünftigen Lehrer auseinandergelegt, und ein jeder Quartaner, der nicht gerade auf den Kopf gefallen ist, versteht das auch. Und am Ende leuchtet es ein, daß das damalige Geschick Nordost-Siziliens zu Messana eine verblüffende Ähnlichkeit mit der Entzündung des schwälenbrennenden Herdes in Serbien einestheils und andernteils mit der Neutralität Belgiens hat. Es müßte einigermassen auffallen, wenn heutzutage das politische Urteil über Schuld und Unschuld, sei es nun bei unseren Feinden — sofern deren Urteilskraft ehrlich sein möchte — oder sei es bei der „Menschheit“ mit ihrem moralischen Gewissen, eine geringere Begabung erweisen sollte, als die Einsicht deutscher Quartaner.

In manchen Kreisen bei uns und vornehmlich in militärischen Kreisen ist die Ansicht verbreitet, daß die widerwärtige Triumphspielerei nur in Szene gesetzt werde, damit Lloyd George gewisse Wahlversprechungen einlösen könne. Sie werde rein aus Gesichtspunkten englischer Innenpolitik in Szene gesetzt, um die einst zu Zwecken der Kriegspropaganda künstlich aufgepeitschte Leidenschaftlichkeit der „Rassen“ und ihre niedrig geartete Sensationsgier zufriedenzustellen. Lloyd George habe sich durch seine Charakteranlage als Agitationsredner und durch seine hiervon beeinflusste Behandlungsart der Volksstimmungen von diesen Niedrigkeiten abhängig gemacht. Das scheint mir indessen eine falsche und kurzfristige Einschätzung der englischen Staatskunst zu sein. Es kommt mir unglaublich vor, daß eine Staatskunst von so alter, jahrhundertlang gebildeter und durch Erfolge bewährter Zucht zu weitsehender Voraussicht gerade in den Dingen der äußeren Politik, wie es die englische ist, sich niemals darauf einlassen könnte, eine außenpolitische Handlungsweise von ausgreifender und nachhaltiger Wirkung glattweg auf innenpolitische Gesichtspunkte festzulegen und danach zu regeln. Das Auslieferungsverlangen mit dem sogenannten internationalen Gericht muß eine außenpolitische Absicht verfolgen. Und um in diese Absicht eindringen zu können, haben wir vor allem zwischen dem Verfahren gegen den Kaiser und dem Verfahren gegen die Offiziere und Heerführer zu unterscheiden. Denn dieses letztere scheint weit mehr von Frankreich betrieben zu werden, und sein Zweck ist höchst einfach und klar. Es handelt sich um eine fortgesetzte Kriegsmassnahme, um einen militärpolitischen Zweck. Man will für alle Fälle unsere besten Führer unschädlich machen und einsperren, weil man immer noch Angst hat; und man hat immer noch Angst, da man nach der eigenen Gemütsbeschaffenheit urteilt und der Zukunft nicht traut. So etwas begreift schließlich ein Kind. Aber nach allem, was man über diplomatische Vorgänge im feindlichen Lager erfuhr, muß es allein die Energie der englischen Staatsleitung sein, die beharrlich und hartnäckig an dem Willen zur Aburteilung des deutschen Kaisers festhält, und die Absicht bleibt dunkel. Oder genau genommen: weniger diese Absicht an und für sich, als ihr

außenpolitisch zweckvoller Grund. Denn daß man es auf unsere Schande abgesehen hat und darauf, uns den denkbar schlimmsten Schimpf anzutun, um uns für alle Zeiten die Ehre wegzunehmen, das konnten wir nachgerade bemerken. Wir fragen jedoch: warum? Was hat das nach den nüchternen Zielpunkten englischer Berechnungspolitik für einen praktischen Sinn und warum tut man dergleichen, was so überspannt, so raubtierhaft ausschweifend und unpraktisch aussieht, wie dieser groteske Bombast?

Für den ersten Eindruck scheint diese ganze politische Linie, wie sie sich in der geplanten Beurteilung des Kaisers bis zum äußersten auspikt, den besten Überlieferungen englischer Politik grell und gleichsam mit Gekreisch zuwiderzulaufen. Denn es ist bekanntlich eine alte Tradition der Kriegspolitik Englands, dem geschlagenen Gegner auf dem Kontinent nach einem klugen Bismarckschen Wort „goldene Brücken zu bauen“, ihn zu schonen und zu gewinnen und sich ihm in schmeichlerischer Freundschaft zu nähern, um die andere kontinentale, bisher verbündete Macht nicht allzu hoch kommen zu lassen und bei nächster Gelegenheit jenen gegen diese ausspielen zu können. Hiermit stimmt die unerhörte Schandung der deutschen Nation keinesfalls überein. Und was mag das bedeuten?

Man könnte auf den Gedanken kommen, es sei Abfall von der überlieferten Diplomatie und Verblendung. Man könnte vermuten: dadurch nämlich, daß jüngsthin jene nur parlamentarisch verarbeitete Oligarchie, die in der Vergangenheit das Schicksal Großbritanniens stets in Händen hatte, von neueren und aus der Tiefe aufsteigenden Kräften verdrängt wurde, zerriß gleichzeitig der Zusammenhang mit der alten Tradition und überhaupt mit der klassenhaften Züchtung an Staatsmännlichkeit; und die neuen „Volksmänner“, die jetzt drüben regieren, verfahren mehr mit Wildheit und in knapper bemessenen Ausmaßen ihres Vorausblicks. Wenigstens teilweise steckt etwas Wahres in einer solchen Vermutung. Die englische Politik verlor den gehaltenen und vornehmen Stil ihrer guten Manieren. Sie ist schreiend geworden und hat das aufgeregte Getue von Schaubudenbesitzern angenommen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß ein Staatskünstler von dem adligen Format des alten Lord Salisbury sich zu derartigen Spektakelstücken hergegeben hätte, wie es immerhin zweifelhaft sein dürfte, ob zeitgenössische Männer vom Schlage des Lord Grey oder Asquith diesem abstoßenden Aufwand an „show“ in ihrem Innern wirklich viel Geschmack abgewinnen. Und ferner wäre in der Tat zu bemerken, daß die Geze mit dem Kaiserprozeß in erster Linie von zwei Leuten gemacht worden ist, die gewiß nicht „quite English“ sind, von Lloyd George und Lord Northcliffe. Der zweite von den beiden ist der in Irland geborene Sohn eines jüdischen Mannes, der aus dem Osten Europas dorthin zugewandert war; und was Lloyd George betrifft, so spricht manches dafür, daß dieser der Unterschicht entstammende Walliser Kette trotz seiner glänzenden Laufbahn und trotz unbestreitbarer staatsmännischer Begabung von einer gewissen heimtückischen Gehässigkeit, die in der dumpfen und muffigen Luft sozialer Enge leichter als anderswo gedeiht, vielleicht doch nicht ganz loskommt. Nichtsdestoweniger kann es unmöglich so liegen, als ob Lloyd George sich nur von der kochenden Wollust des Siegers treiben ließe und als ob er sonach, und mit ihm das ganze Kabinett in seiner vielköpfigen Mitgliedschaft aus den britischen Inseln, die seither innegehaltene und in der neueren Geschichte Europas verwurzelte Zielfestrebigkeit der Kontinentalpolitik Englands völlig aus den Augen verlor. Würde er dafür kein Organ haben, so wäre er kein Staatsmann, und die Right Honourables hätten ihm längst das Handwerk gelegt. Er ist aber ein außerordentlich bedeutender Staatsmann, und zwar einer, der sein Handwerk so gründlich versteht, daß die Right Honourables aus einer Verwunderung in die andere geraten. Denn er erpackt mit dem brutalen Griff eines Tierbändigers oder Irrenarztes das allerletzte, das nahezu phantastische Endziel der englischen Festlandspolitik in seinem innersten Kern. Daß er dieses tun will, ist der heimliche Sinn in der Absicht zur öffentlichen Beurteilung des deutschen Kaisers und Königs von Preußen; und in der Art, wie er es tun will, äußert sich der zweck-

volle Grund dieser rein außenpolitischen Absicht. Ich glaube, daß es sich folgendermaßen verhält. Ich kann es nicht beweisen, aber ich glaube, daß es so ist.

Sene englische Schaufelpolitik mit ihrem auswechselbaren Mechanismus in der Anlage und Herrichtung kontinentaler Beziehungen, Freundschaften oder Bündnisse hat den ständigen Zweck verfolgt, die Machtverhältnisse auf dem Festlande zu keinem beruhigten Ausgleich und zu keiner Vereinheilung gelangen zu lassen. Der Kontinent durfte gleichsam nicht zu sich selber kommen, damit er irgendwie für englische Einflüsse, sozusagen als Operationsbasis und natürlichste Interessensphäre gegenüber der Weltpolitik, stets indirekt empfänglich und frei bleiben könne. Deshalb war immer diejenige festländische Macht oder Mächtegruppe, die für die nähere Zukunft die stärkste Entwicklungskraft zeigte, naturgemäß Englands Gegner, für den zum Widerpart und in englischer Freundschaft eine andere, anscheinend schwächere und darum zugängliche, aber doch leistungsfähige Macht oder Mächtegruppe bereitgestellt bzw. beschafft werden mußte. Nach siegreichen Kriegen wurden schnell, und ehe es zu spät war, ohne weiteres die Rollen vertauscht. Es versteht sich von selbst, daß wir nach dem streng logischen Verlauf dieses Schemas jetzt eigentlich an der Reihe sein sollten, um in die englische Freundschaftslinie zu gleiten; und um so schwerer begreift man die Ungeheuerlichkeit, die man gegen uns vorhat. Jedoch man übersieht zweierlei. Man vergißt erstens, daß wir durch die militärische Katastrophe und die Revolution zu sehr auf den Hund geraten sind, um noch für politische „Beziehungen“ vorläufig in Betracht kommen zu können. Und zweitens läßt man ganz außer acht, daß in dem englischen Schaufelsystem am Ende kein Selbstzweck enthalten liegt, sondern daß es nichts anderes als Mittel zum Zweck ist. Sein Zweck war immer lediglich, der englischen Politik auf dem Kontinent gewissermaßen Machtmateriale aus Fleisch und Blut zur Verfügung zu halten. Dieser Zweck aber ist jetzt ohne Umwege und unmittelbar, gerade durch uns und eben deswegen, weil wir aufgeführt haben, ein politischer Faktor zu sein, so sicher und bequem zu erreichen, wie niemals zuvor. Wir sind nichts weiter als Vieh, das abzuwarten hat, was mit ihm geschieht: es ist einfach unnötig, uns noch in umständlicher Weise mit „goldenen Brücken“, Beziehungen, Freundschaften oder gar Bündnissen zu behandelnd. An die Stelle des indirekten Kontinentalsystems der englischen Europapolitik wird nun ein direktes gesetzt. Durch unsere vollkommene Selbstzerlösung haben wir selber in der Gesamtlage die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß dieser sich automatisch um- oder weerschaltende Ruck und Zugriff überhaupt möglich sein konnte; und darum sind eben wir dazu ausersehen, den lebendigen Hebel zu bilden, durch den das Schaltwerk hindurchgeht. In uns, in Deutschland und der deutschen Nation, will die englische Politik auf dem Kontinent nicht etwa nur durch politische Mittel sich einen breiten Komplex zur Verfügung halten für spätere Zwecke, sondern es kommt ihr ganz und gar darauf an, durch uns und in uns direkt Fuß zu fassen und sich selbst auf dem Festlande einzunisten, indem wir ihr ein für allemal und ohne Einwände oder Bedenken, ohne den leisesten Gedanken an die Möglichkeit inneren Widerstrebens und ohne Gefühl für eigene und selbständige Ziele, schrankenlos und blind gefügig sein sollen. Damit würden wir zu gleicher Zeit für immer und ewig als europäische Erscheinung ausfallen, die wieder einmal zur Gegnerschaft werden könnte. Statt dessen wären wir für immer und ewig der englische Soldknecht und Büttel. Es handelt sich nur noch darum, uns das begreiflich zu machen, uns begreiflich zu machen, daß wir gegenwärtig nichts weiter als Vieh sind.

Das taugliche Objekt ist da. Die Frage dreht sich bloß noch um die richtige Methode. Man kann uns nicht einverleiben wie die Buren. Dem würde die gesamte Weltlage entgegenstehen, politisch, geographisch und wirtschaftlich. Man kann aus uns auch keine kolonialpolitisch unterworfenen Bevölkerungsmenge, kein Pack von „natives“ machen, wie aus den Indern. Denn wir wohnen zu nahe; wir sind ein altes Kulturvolk auf europäischem Boden und zugleich eine junge Nation mit frischen Staatsstendenzen, die man in acht nehmen muß. Man

könnte vielleicht unsere physische Kraft, unsere militärischen Fähigkeiten auf immer beseitigen und die Anlagen hierfür ausrotten und zuschütten, so daß davon ein saftiges, mustertreibendes Gefindel zurückbleibt, mit erschlappten Muskeln und biden Bäuchen. Das könnte man freilich. Dann aber wären wir für den eigentlichen politischen Zweck, als militärisches Machtmittel, nicht mehr zu gebrauchen. Also muß man es anders anfangen, feiner und gewissermaßen mit psychologischer Kunst. Man muß uns innerlich knicken und seelisch zerbrechen. Das ist es. Und durch das Schicksal des Kaisers soll es geschehen.

Nicht bloß die Ehre wollen sie uns nehmen, sondern das Ehrgefühl. Bis in die letzten Winkel unseres nationalen Gemüts soll alle Fähigkeit, noch irgend so etwas wie Ehre, Schimpf oder Scham zu empfinden, erstickt und abgetötet werden. Man will den Keim zu unserer sittlichen Selbstgestaltung als Volk aus unserem Innern herausreißen. Und man glaubt, es würde erreicht, indem wir uns durch physischen Zwang damit abfinden müßten, daß unser ehemaliges Reichsoberhaupt und der bisherige sinnbildliche Träger unseres politischen Nationalgedankens in den Augen der sogenannten Menschheit geächtet und zu einem Unhold gemacht wird. Wäre es erst einmal geschehen, dann würden wir es auch in unserer Seele verwinden, und damit seien wir gleichsam sittlich kastriert. Durch den „Umschwung“, durch die Abkehr von den Staatskräften des Hohenzollernums könnten wir es um so leichter verwinden; und umgekehrt käme uns gerade hierdurch, daß man insbesondere das Hohenzollernum und preußisch begründete Kaiserreich brandmarkt, der endgültige Verzicht auf eine aus dem eigenen Leben gewachsene Neuschöpfung unseres nationalpolitischen Daseins, die in jenem enthalten gewesen ist, erst so recht zum Bewußtsein. Nachher würde man schon für unsere seelische Aufpäppelung sorgen und sie mit Geschick und Verstand in die englischerseits bereitgehaltenen Gleise einbiegen, damit wir wieder zu Kräften kommen und uns hierbei eine politische Gefühls- und Denkweise einflößen lassen, die den Wünschen Englands entspricht. Es könnte einige Jahre dauern. Aber ich sehe voraus, wie dann nach etlichen Jahren die tantenhaften Belehrungen und das salbadernde Wohlwollen der englischen Presse einsetzen, um das Werk zu vollführen. Dann würde die gelehrige „Welt“ neue Dinge zu hören bekommen: von der bewunderungswürdigen deutschen Nation, die allerdings durch die Missetaten einer verbrecherischen Rasse in verhängnisvollen Irrtümern befangen gewesen wäre, die sie einst schwer habe büßen müssen, deren ruhmreiches soldatisches Heldentum indessen, das von der schlechten Sache des gestürzten Tyrannen wohl zu unterscheiden sei, jeder britische Gentleman gern und freiwillig anerkenne; von dieser dem englischen Volke befreundeten, sehr begabten und großen Nation, die durch ihre damalige Buße und selbstgewählte innere Wandlung der Menschheit gezeigt habe, daß usw. — So würde es kommen.

Wird es wirklich so kommen? In diesem psychologischen Kunststück steckt eine Fehlberechnung. Man hat von verschiedenen Seiten, bei uns selber und drüben, die Machthaber in den alliierten und assoziierten Regierungen wiederholt darauf hingewiesen, wie das Verfahren gegen Wilhelm den Zweiten geeignet sein könnte, in Deutschland den monarchischen Gedanken zu stärken. Das stimmt ganz genau, sofern man unter dem „monarchischen Gedanken“ nicht bloß die loyalen Strömungen von heute versteht, sondern den Glauben, den auch in der breiteren Menge unbewußt ruhenden Glauben an die Ideengewalt des Kaisertums in seiner ewigen Bedeutung als geschichtliche Kraft. Mit ihrer nur halbgebildeten Volksversammlungskultur sehen Lloyd George und Lord Northcliffe allzu oberflächlich darüber hinweg, daß Wilhelm der Zweite noch etwas anderes gewesen ist, als der neuzeitliche Hohenzollernmonarch. Zwar nicht buchstäblich, wohl aber im Sinne wahrer Geschichtsentwicklung war er, der Kaiser, ein Inhaber der heiligen Krone des großen Otto und später Nachfahre glanzvoller Herrscher aus salischem und staufischem Hause. Kein Mensch in der modernen „Diplomatie“ außer dem Deutschen, der etwas auf sich hält, weiß darüber Bescheid oder ahnt auch nur, wie ungeheuer viel das zu sagen hat. Darin sind für die unteren Lagerungen

des Kollektiv-Seelenlebens der Deutschen unformulierbare Gemütschätze enthalten, gegen deren Verfehrung der natürliche Stolz eines fast animalisch bedingten Selbst-erhaltungstriebes sich aufbäumt. Gerade der theatrale Effekt, mit dem man den letzten Kaiser zugrunde richtet, würde den nahezu metaphysischen Zusammenhang des ehrwürdigen Kaisergedankens mit den Instinkten unseres Volkstums wieder zum Bewußtsein erwecken. Das grauenhafte Schicksal dieses letzten Kaisers würde das Kaisertum in einem neuen Sinne heiligen und zu einem überirdischen Amte machen, zu einem hohepriesterlichen und halbgöttlichen Amte. Denn der letzte Kaiser selbst, er würde zum Opfer.

In späterer Zukunft müßte er dem deutschen Volke als ein Herrscher erscheinen, der sein Herrschertum mit einer ganz tiefen Inbrunst stützlich erfüllte, indem er sich zum Opfer bringen ließ. Zum Inhalt von Legendenbildungen könnte sein Schicksal werden und er selber zu einer sagenhaften Gestalt, und die politische Sagenbildung geht schnell. Wie schnell hat sich beispielsweise in der neueren Vergangenheit die Figur Bismarcks ins Sagenhafte verschoben und sich für den gestalteten Eindruck mit mythischen Zügen ausgestattet. Denn wer von dem jungen Geschlechte, das ihn nicht mehr unmittelbar zu erleben und lebendig anzublicken vermochte, weiß überhaupt noch, wie er in seiner besten Zeit als schaffender Staatsmann, in den sechziger und siebziger Jahren, wirklich gewesen ist und tatsächlich gearbeitet hat? Kaum einer unter den Jüngeren kennt diesen geistigen Arbeiter, der an Gesichtschmerzen litt und vor unruhigen Sorgen in den Nächten nicht schlafen konnte, der stundenlang, ohne ordentlich zu essen, grübelnd an seinem Schreibtiſche saß, mit dem weißen Porzellanſchreibzeug und einer Unzahl sehr großer Bleistifte, mit Tintenwischern, Briefbeschwerern und Aschenbechern und darüber einen rotwollenen Klingelzug an der Zimmerdecke, und der dann wieder, von kleinlichen Geschäften und künstlerisch aufleuchtenden Ideen gepeinigt, mürrisch und gereizt über jede mögliche Störung im abendlichen Park hinter der Wilhelmstraße einherging, um die Ideen zu greifen und zu bezwingen. Das hat man vergessen. Bismarck lebt in der Einbildungskraft weiter als der getreue Eckehard der deutschen Nation und staatsmännische Halbgott, der die Geschichte Europas mit dem kleinen Finger lenkte; und sein Äußeres hat sich geformt aus der Erinnerung an den „Alten aus dem Sachsenwalde“: eine einsam drohende, wotanartige Gestalt mit dem großen dunklen Wetterhut und gramvollen Augen, in denen ein Wissen um die Weisheit der Mornen schlummert, und zur Seite Doggen, die fast schon wie die heiligen Wölfe der Mythe sind.

Ungefähr ähnlich so würde es mit dem Kaiser gehen, wenn man ihn durch ein unverdientes schimpfliches Ende, das niemals vor den Tatsachen der Geschichte gerechtfertigt werden könnte, über seine eigene Leistung erhebt. Denn am schärfsten bieten sich die ergreifenden Schicksalsentscheidungen des deutschen Kaisertums zu sagenhafter Verklärung an und zur Verschwisterung mit Mythen. Man denke im Augenblick an die Kyffhäuserſage, mit welcher Hast sie sich schuf, in den Jahren nationaler Bedrücktheit während des dreizehnten Jahrhunderts, und glatt an den letzten prächtigen Kaiser anknüpfte, dessen man sich entsann, an den Hohenstauffer Friedrich den Zweiten, obwohl dieser in Deutschland nichts wesentliches geleistet hatte. Erst nachher übertrug sie sich auf Friedrich den Ersten, den die Italiener den Barbarossa nannten. Und sollte man in England nun wirklich das Experiment zur Ausführung bringen und Wilhelm den Zweiten öffentlich „richten“, so wäre möglicherweise dieses die Folge.

Bald würde bei uns das Volk, nicht die mestizenhafte „Masse“ der Industriearbeiterschaft in den Fabrikstädten, sondern das echte Volk im Lande den Kaiser nicht mehr so sehen, wie er tatsächlich war. Es hätte sein „impulsives Temperament“ und alles andere, was damit zusammenhing, längst vergessen und dafür die Vorstellung angenommen, daß der letzte Kaiser in der Stunde der großen entsetzlichen Not, um der fiebernden Nation nicht im Wege zu sein, sich hinter der Grenze bereit gehalten und dort gewartet hat, ob sein Volk ihn brauchen könnte oder ihn rufen würde zum Opfer. Aber das Volk rief ihn nicht und

dachte nicht mehr an ihn. Denn es lebte in einer jahrelangen Qual an Hunger und Blut, die Fremde über es gebracht hatten, und redete irre, wie diejenigen tun, welche bald Hungers sterben; die kleinen Kinder und die alten Leute, Schwache und Armselige starben dahin, und wer nicht starb, war doch krank; junge Frauen hinkten oder tanzten mit ihren krank gewordenen und innerlich entzündeten Gliedern in einer gräßlichen Lächerlichkeit durch die Straßen, wie vor grauer Zeit, als Gott die Seuchen geschickt hatte; und mitten in der Arbeit zuckten jäh Männer nieder und schleuderten ihre wunden Körper in den Krämpfen ihres Gehirns. Wie ein Tier leßend lauerte das Volk darauf, daß ihm jemand etwas zu essen gebe, nicht bössartig zuschnappend, sondern stumpf und mit dem blöden Blick abgeschundener Kühe. Aber der Sucht nach der Nahrung hatte es die menschlichen Gedanken verlernt. Doch die Fremden weideten sich an seinen Gebrechen und behandelten es wie einen Hund, den man immer wieder nach dem vorgehaltenen Knochen springen läßt. Das war — so wird es vielleicht die deutsche Zukunft empfinden — jene grauenvolle, gespenstische Zeit des letzten Kaisers, der schweigsam und traurig hinter der Grenze saß, da er seinem Volke nicht helfen durfte. Dann aber holten die Fremden ihn weg, und er vollbrachte das Wunder. Er beugte sich und ging vor Gericht, wenngleich er reinen Herzens war. Er, der Kaiser, nahm bereitwillig und ohne Widerstand die tiefste Demütigung und die letzte Erniedrigung auf sich. Mit sich selbst, mit seiner menschlichen Einzelperson hat er in würgender Scham, die er still hinuntertraß, absichtlich seine kaiserliche Würde züchtigen lassen und wie ein Heiland sich selber geopfert, um sein Volk aus immer von der Qual zu erlösen. Seitdem aber leuchtet durch seine Opfertat um die kaiserliche Würde der Glanz eines Heiligtums. Religiöser Adel hat sie emporgehoben über alles, was erdhast ist und in der Endlichkeit lebt.

Aus dem Schicksal Wilhelms des Zweiten würde am stärksten und plötzlichsten der Nerv unserer inneren Aufrichtung springen. Denn es ruft die Ehrfurcht vor dem Kaisergedanken zurück und lenkt auf den Willen zum Opfer. Auf diesen jedoch kommt es an. Wir alle haben eine entsagende Kraft aufzubringen, damit wir — dem Anschein nach sinnlos — gleichsam für das Jahr 1990 arbeiten können, ohne sichtlichen und greifbaren Erfolg für den einzelnen und auch ohne Glück. Und zwei eigentümliche Gefühle gingen ganz gewiß aus jener Entehrung in uns hervor, eine heftige innerlichste Ablehnung der Gegner, die uns so etwas antun, und ein wieder fromm gewordenes und heiß schluchzendes Streben nach der unbeschmutzten Reinheit unseres nationalen Geschicks. Durch den Untergang, den die Feinde über den Kaiser verhängen, könnten in unserm Innern jene beiden Leidenschaften entstehen, die das schmerzvolle Glück aller unterdrückten Menschen sind: der Haß und die Sehnsucht.



Die Politik der Deutschen Volkspartei

Von Dr. Karl Buchheim



Es ist noch nicht viel mehr denn ein halbes Jahr vergangen, seit im Dezember 1918 von solchen Nationalliberalen, die sich aus guten Gründen nicht der Demokratischen Partei anschließen mochten, die Deutsche Volkspartei gegründet wurde. Fast war es schon zu spät: die durch die Revolution erschütterten Parteiverhältnisse begannen schon eine neue feste Ordnung anzunehmen, die Wahlen zur Nationalversammlung standen vor der Tür. Es gelang der Deutschen Volkspartei auch nur eine kleine Fraktion von etwa zwanzig Köpfen in das Weimarer Parlament zu bringen. Aber in Anbetracht der Umstände war es doch ein schöner Erfolg, denn die Organisation der Partei erstreckte sich noch bei weitem nicht über das ganze Reich, man hatte in vielen Wahlkreisen gar keine Kandidaten aufstellen können. Nur wo die alte nationalliberale Organisation nicht zu den Demokraten übergegangen war, konnten Wahlsiege errungen werden. Umso mehr galt es nach den Wahlen, die Deutsche Volkspartei im ganzen Reiche auf eigene Füße zu stellen, auf breiter Grundlage aus allen Schichten der Bevölkerung neue, früher nicht nationalliberale Wählermassen zu organisieren und wirklich die Volkspartei des deutschen Gedankens zu werden, die berufen wäre, die klaren politischen Köpfe und die reinen patriotischen Herzen zu sammeln, die erkennen und fühlen, daß weder in Wilsons Völkerbund noch in der zwecklosen Sehnsucht nach vergangener und keineswegs fadenloser Herrlichkeit das Heil unseres Volkes liegen kann.

Inzwischen können wir ein halbes Jahr Politik der Deutschen Volkspartei überschauen und können beurteilen, ob die Partei auf dem Wege zu solchen Zielen ist. Ich fürchte, es ist nicht der Fall. Zum ersten hat die Deutsche Volkspartei bis jetzt nichts getan, um den Leuten aus dem Volke, den nicht parteipolitisch und historisch geschulten, überhaupt ihre Existenzberechtigung nachzuweisen. Die bisherige Politik der Volkspartei geht fast völlig Hand in Hand mit der der Deutschnationalen. Wie will man werbend im Volke auftreten, wenn es selbst dem, der viele Zeitungen liest und die Verhandlungen der Parlamente regelmäßig verfolgt, schwer fällt, die Politik der beiden Parteien auseinanderzuhalten! Was will man sagen, wenn ein Mann aus dem Volke oder gar erst eine Frau oder ein Mädchen fragt: warum seid ihr eigentlich nicht deutschnational? Will da man mit einer Erörterung kommen des Inhalts, daß die Deutschnationalen von den verschiedenen konservativen Gruppen abstammen, die es früher gegeben habe, während die Volkspartei eigentlich liberal sei, also verwandter Herkunft, wie die Demokraten, die man aber bekämpfen müsse, weil sie nicht national genug seien usw. —? Dann wundere man sich aber nicht, wenn man mit derartigen Ausführungen keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt! Das Volk fragt die Parteien einfach: was wollt ihr? Eine Partei, die unter heutigen Verhältnissen im wesentlichen dasselbe will, wie die Deutschnationalen, die sich aber doch von ihnen unterscheiden will, die wird das Volk niemals verstehen. Es kommt noch hinzu, daß da, wo die Politik der Volkspartei einmal von der der Deutschnationalen ein wenig abweicht, es öfters in einer Richtung geschieht, die nicht geeignet ist, die Volkspartei im besseren Lichte erscheinen zu lassen. Gerade auf dem für eine „Volkspartei“ so wichtigen sozialpolitischen Gebiete z. B. zeigen die Deutschnationalen, die die christlichsozialen Arbeitersekretäre in ihren Reihen haben, mehr Verständnis und Geschick als die Volkspartei. In manchen Gebieten Deutschlands galten früher die Nationalliberalen als Schutztruppe der Großindustrie. Das ist ein Ruf, den die Volkspartei nicht übernehmen darf!

Wie die Dinge liegen, macht die Volkspartei heute im wesentlichen deutschnationale Politik. Es wäre also das richtigste, sich einfach mit den Deutschnationalen zusammenzuschließen, vielleicht unter Aufrechterhaltung der alten national-

liberalen Organisation, wie es die Deutschkonserverativen gemacht haben. Es haben in der Tat Versuche stattgefunden, zu einer solchen Verschmelzung zu gelangen. Allein die Parteileitung der Volkspartei will sich nicht darauf einlassen. Herr Stresemann glaubt wahrscheinlich, die zahlreichen zu den Demokraten abgewandten alten Nationalliberalen wiedergewinnen zu können, denen die Deutschnationalen wegen ihrer konservativen Grundlage zu weit rechts sind. In dieser Berechnung wird sich Herr Stresemann wahrscheinlich auch nicht irren. Auch ich weiß von manchem alten Nationalliberalen, der die alte Fahne in der Volkspartei wehen sieht und gern der Demokratie den Rücken kehren würde, sowie die Gelegenheit günstig ist. Aber was auf diese Weise fertig wird, das ist eben nichts anderes als die alte nationalliberale Partei, wie sie vor der Revolution bestand. Wenn man das will, dann hätte man auch den alten Namen behalten sollen, dann ist die neue Firma nichts als eine Irreführung: man denkt, man hat eine neue Gemeinschaft vor sich; wenn man aber genau zusieht, ist es nichts als die alte nationalliberale Partei. Es gibt viele Leute in der Volkspartei, die gar nichts anderes sein wollen, als Nationalliberale alten Stils. Manche von ihnen wollten deshalb auch den alten Namen wieder haben. Es wäre von diesem Standpunkt aus das Ehrlichste gewesen. Aber eines aber mögen sich die Führer der Partei klar sein, die es vorziehen, eine an der vorrevolutionären nationalliberalen Einstellung orientierte Politik unter dem neuen Namen zu machen: die alten Nationalliberalen wieder aus den Reihen der Demokraten herauszuziehen, das kann auf diese Weise gelingen, aber eine „Volkspartei“ wird man so nicht zustande bringen! Eine „Volkspartei“ kann man nicht an einem Parteiideal der Vergangenheit orientieren, dessen Ziele heute im Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei genau so gut vertreten werden könnten. Eine wahrhaft nationale „Volkspartei“ muß heute den Mut haben, auf ein völlig neues breites Fundament zu bauen, sie muß eine Politik treiben, die jeder im Volke verstehen und die er von der aller andern Parteien unterscheiden kann.

Was wir so bitter nötig hätten, das wäre eine nationale Partei, die die Pflicht der Selbsterkenntnis üble. Denn wahrhafte Selbsterkenntnis ohne jene häßliche Selbstbespiegelung, die sich die Sozialdemokraten und Pazifisten jetzt leider so häufig zuschulden kommen lassen, wäre nach unserer nationalen Katastrophe der erste Schritt zu einem gründlichen, haltbaren Wiederaufbau. Diese Selbsterkenntnis kommt in der Politik der Deutschnationalen selten zum Ausdruck. Sie wissen meist nur zu sagen: früher sei alles glanzvoll und herrlich gewesen, auch den Sieg hätten wir sicher errungen, wenn nicht die Revolution das Heer von hinten erdolcht hätte. Alle Einsichtigen wissen, daß es nicht so ist, daß eine Revolution von der Tragweite der deutschen, gar nicht infolge bloßer grundloser Verheerung hätte ausbrechen können, wenn nicht das ganze Volk im Heere wie in der Heimat wirkliche Mißstände mit ihrer ganzen Last drückend empfunden hätte. Es fehlen bei uns solche Politiker, die die Sünden der Vergangenheit rücksichtslos geißeln und doch national bis in die Knochen empfinden. Glaubt etwa jemand, man könne nach dem Zusammenbruch eines Reiches den Neuaufbau damit beginnen, daß man möglichst verschleierte, was morsch war, und große Schichten des Volkes zu dem gefährlichen Wahne erzieht, daß alles im großen und ganzen unter den alten Verhältnissen schön und gut gewesen sei, daß nur die vaterlandslosen Gesellen in ihrer giftigen Gefinnung uns ins Unglück gestürzt hätten? Glaubt jemand, daß es national sei, so zu handeln? Hat Fichte so geredet über den alten Staat, der 1806 zusammengebrochen war? Oder vielleicht Schleiermacher oder Arndt? Hat Scharnhorst das militärische System gepriesen, das bei Jena geschlagen worden war? Wie lauten aber heute die Agitationsphrasen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei? Altmien sie nach der Katastrophe von 1918 jenen Geist der Selbsterkenntnis und der wahrhaft nationalen Selbstkritik, der notwendig wäre, wenn wir erreichen wollen, was die Männer der Reformzeit nach 1806 erreicht haben? Dieser Geist der Selbsterkenntnis, der fehlt heute überall. Jede Partei, jede Gruppe sucht die

Schuld immer bei den andern, niemals bei sich selbst. Wir sind in der inneren Politik wahrhaftig nicht besser als in der auswärtigen jenes Clemenceau, der durch die erpreßte Unterschrift unter ein Friedensdokument die Weltgeschichte fälschen will. So schreien bei uns die Parteien immer wieder so laut sie können: die andern, die innerpolitischen Gegner, hätten die Schuld. Sie schreien in der trügerischen Hoffnung, es könnte ihnen vielleicht gelingen, so laut zu werden, daß jeder nur noch sie hört und darum ihnen glaubt. Jeder möchte recht behalten, jeder sucht nur nach Gründen, die es ihm gestatten, zu sagen: seht ihr, da und da und da war mein Handeln richtig und das der andern dumm, verbrecherisch, verblendet! Es hat für mich immer einen eigenartigen Klang, wenn in Parteiversammlungen der Volkspartei, die „bewährte“ nationalliberale Politik gepriesen wird. Nur keine Selbsterkenntnis! Nur nicht zugeben, daß da, wo das Große und Ganze sich ganz und gar nicht „bewährt“ hat — denn es ist zusammengebrochen! — auch in der Politik der eigenen Partei etwas nicht in Ordnung gewesen sein könnte!

O könnte ich den Führern der Deutschen Volkspartei ins Gewissen reden, daß sie das Urteil über die nationalliberale Parteipolitik der Vergangenheit der Geschichte überlassen möchten, und daß sie dafür lieber in der Gegenwart abrücken möchten von den deutschnationalen Agitationsphrasen, von dem unwahrhaftigen Rosenrotfärben des alten Regimes, von dem Mißbrauch der Rechte dynastischer Anhänglichkeit im Volke zu parteipolitischer Verheugung! Die Fürsten werden nicht wiederkommen, und man kann es der Republik nicht verdenken, wenn sie ihre Bilder aus amtlichen Räumen entfernen läßt. Das kaiserliche Deutschland hat doch republikanische Symbole auch nicht geduldet. Vor allem aber sollte der Volkspartei die nationale Fahne zu lieb sein, um sie zur Parteifahne herabzuwürdigen. Die Nationalversammlung hat den Übergang zu den schwarzrotgoldnen Farben beschlossen. Diese Farben müssen uns allen ebenso lieb sein, wie die schwarzweißroten. Sie sind nicht bloß die Farben der Demokratie, sondern auch die Farben der Burschenschaft und der edelsten nationalen Bestrebungen und Hoffnungen. Wollen wir etwa aus bloßem Haß gegen die Revolution von 1918 jetzt das Jahr 1848 verleugnen? Wollen wir, weil die Demokratie von heute mit dem internationalen Pazifismus liebäugelt, unsere eigenen politischen Ahnen, die Männer von 1848 fallen lassen und ihre Fahne zur Pazifistenfahne stempeln? Auch in Entschließungen, die Männer der Deutschen Volkspartei gefaßt haben, ist gesagt oder angedeutet, daß der Übergang zur schwarzrotgoldnen Fahne eine Schande sei. Nein, es ist vielmehr eine Schande, wenn man die alten teuren Farben in parteipolitischer Verblendung derart besudeln kann! Wie hätten wir uns vor dem Kriege gefreut, wenn die Sozialdemokratie, da sie nun einmal die schwarzweißrote Fahne nie angenommen hatte, wenigstens die schwarzrotgoldne statt der roten geführt hätte! Wenn heute die Sozialdemokratie mit Begeisterung der alten deutschen Fahne zujubelt, ist das nicht ein großer nationaler Fortschritt! Wenn die schwarzrotgoldne Fahne die Sozialdemokraten für den nationalen Gedanken gewinnt, was die schwarzweißrote nie vermochte, dann sollten wir uns freuen, daß der nationale Gedanke in diesem Symbol endlich eine tiefe Aflut überbrückt. Der Deutschen Volkspartei ist doch die schwarzrotgoldne Fahne auch etwas, wenn anders sie nicht ihre politischen Ahnen verleugnen will. Oder nicht? Die schwarzweißrote mag alten Nationalliberalen lieber sein. Aber ist nicht die schwarzrotgoldne tausendmal besser als die rote? Und wäre es nicht eine schöne Aufgabe, die ganze Nation zur Verehrung eines Symbols zu erziehen, nachdem bisher die Sozialdemokraten das Schwarzweißrot ebenso mißden, wie die Bürgerlichen das Rot? Die schwarzrotgoldne Fahne ist ein Geschenk Gottes in dieser Zeit, unter dem sich jahrzehntelange feindliche deutsche Brüder zusammenfinden könnten. Ist es nicht ein Jammer, daß gerade bei den „Nationalen“ die große nationale Erziehungsaufgabe für ein Symbol so wenig Verständnis findet! Niemand soll uns die Liebe zum Schwarzweißrot nehmen, unter dem Bismarck unser Reich errichtete. Aber die höchste Liebe des nationalen Mannes gilt immer

- dem ganzen Volke. Ist es da wirklich ein so großes Opfer, wenn wir die Farben, die die Mehrheit des Volkes durch ihre Vertreter verlangt, und die doch uns auch heilig und lieb sind, auch annehmen? Können es die Politiker der Deutschen Volkspartei mit ihrem nationalen Gewissen vereinbaren, daß unsere nationalen Fahnen in parteipolitischer Verblendung zu Parteifahnen herabgewürdigt werden?¹⁾

Ich fasse zusammen: Wenn die Deutsche Volkspartei weiter die Politik verfolgt wie bisher, so wird sie Anziehungskraft ausüben höchstens auf die Leute, die früher nationalliberal waren. Mit denen allein aber kann man keine nationale „Volkspartei“ aufrichten, wie sie heute nötig ist. Das wirkliche Volk wird die jetzige Politik der Volkspartei immer mit der der Deutschnationalen zusammenwerfen. Für alle diese ist die Existenz der Volkspartei überhaupt nicht gerechtfertigt. Es kommt hinzu, daß sozialpolitisch die Deutschnationalen sogar verständnisvoller sind als die Volkspartei. Das schlimmste aber ist, daß die Deutsche Volkspartei ebenso wie die Deutschnationalen keine wahrhaft nationale Politik der Erneuerung im Sinne von Fichte, Arndt und Scharnhorst treibt. Der große Gedanke, das ganze Volk, auch die Sozialdemokratie, national gelten zu lassen und für den nationalen Gedanken, und sei es auch unter schwarzrotgoldner Fahne und in republikanischer Form, zu erziehen, ist ihr noch nicht aufgegangen. Die Deutsche Volkspartei sollte sein, was die Demokraten allzu schwer sein können, weil zuviel national geschlechtslose Leute, Juden und Pazifisten, in ihr tonangebend sind: die Partei der nationalen Selbsterkenntnis und des nationalen Aufbaus um seiner selbst willen.

Die Volkspartei wird sich entscheiden müssen, ob sie nur eine Neuaufgabe der alten nationalliberalen Partei sein will, oder ob sie Raum haben will auch für Gegner der alten Partei, ob sie für alle vaterlandsliebenden Männer und Frauen ein neues politisches Obdach bauen will. Und sie wird bekennen müssen, ob sie das deutsche Vaterland auch in seiner neuen Verfassung lieben kann und ob sie alle Volksgenossen, auch Demokraten und Sozialisten gelten lassen will, wenn sie nur zum Gedanken unseres Volkstums halten, oder ob sie sich auf die Agitationsphrasen der „Nationalen“ alten Stils beschränken will. Schweigen auf diese Fragen wird auch eine Antwort sein!



Deutsche Sprachenpolitik im besetzten Belgien

Von Archivar Dr. Hans Witte



o immer Deutschland als Herr über fremde Gebiete auftrat, hat es sich als roher gewalttätiger Unterbrücker gezeigt. Das ist nach den so oft wiederholten Anklagen unserer Feinde das Urteil der Welt. Das klingt aus allen Reden des „Völkerverfühners“ Wilson heraus. Das begannen sogar, zermürbt von der ewigen Wiederholung und von dem fürchterlichen Zusammenbruch unserer Sache, manche harmlosen Deutsche zu glauben. Das hat sogar jetzt Regierung und Vertretung unseres Volkes in dem ewigen Denkmal deutscher Schande, dem Friedensvertrage, dem Sinne nach unterschrieben.

Demgegenüber ist es lehrreich an der Hand scharf abgegrenzter Sachgebiete festzustellen, wie Deutschland sich in Wirklichkeit als Eroberer verhalten hat.

Die Frage kommt einem immer wieder, wie England oder Frankreich an unserer Stelle wohl als langjährige Herren Belgiens aufgetreten wären. Wenn

¹⁾ Vgl. hierzu die Aufsätze „Das Banner Schwarz-Rot-Gold“ von Dr. Karl Hoffmann in Heft 25 und „Schwarzrotgold“ von Professor Robert Sieger in Heft 31 der Grenzboten.

wir seit dem November 1918 mit Ingrimm sehen mußten, wie Frankreich vom ersten Tage seines vertragsmäßigen Einmarsches in Elsaß-Lothringen, der es in völkerrechtlichem Sinne keineswegs zum Herrn dieses Landes machte, aufgetreten ist; wie es in seiner weitaus überwiegenden, in den weitesten Strichen fast ausschließlich deutschen Bevölkerung deutsches Wesen und deutsche Sprache in der schonungslosesten, rohsten und rechtswidrighsten Weise bekämpft und unterdrückt, so fragt man sich nach allem, was Frankreich in ähnlicher Weise durch die Jahrhunderte leistete: Wie kommt es nur, daß die Welt immer nur Deutschland anklagt, Frankreichs viel härtere und grausamere Gewalttaten aber ohne Murren hinnimmt? Der Grund wird unter anderem darin liegen: der Deutsche ist vor den Angehörigen fremder Völker fast immer demütig schweigsam und gekrochen. Daran hat sich die Welt gewöhnt. Zeigt nun der Deutsche einmal wirklich etwas, was völkischem Willen und völkischer Haltung auch nur entfernt ähnlich sieht, so findet die Welt das unerhört, sieht in dem, was jedes andere Volk als Selbstverständlichkeit täglich übt, ein Verbrechen gegen die Menschheit, wenn sich Deutsche einmal einfallen lassen, es für sich in Anspruch zu nehmen.

Frankreich würde in Belgien neben dem stamm- und sprachverwandten wallonischen Teile eine überwiegende flämische, doch lange schon unter verwelschendem Druck gehaltene Bevölkerung und außerdem einige kleine in gleichem oder noch stärkerem Maße den Verwelschungsbefrebungen ausgelieferte hochdeutsche Sprachgebiete vorgefunden haben. Kann man nach Frankreichs ganzer Vergangenheit und nach dem, was es jetzt in Elsaß-Lothringen verbricht, einen Augenblick daran zweifeln, daß es als Herr auf belgischem Boden die Vergewaltigung flämischen und hochdeutschen Volkstums zum mindesten fortgesetzt, höchstwahrscheinlich aber bis zum äußersten gesteigert haben würde?

Hätten wir wirklich die Unterdrückneigungen, die uns unsere Feinde andichten; hätten wir sie nur annähernd in dem Maße, wie sie Frankreich gegenüber unterworfenem fremden Volkstum stets und besonders jetzt wieder in Elsaß-Lothringen betätigt, so hätten auch wir in Belgien manches zu vergewaltigen gefunden. Den Flamen unsere Sprache aufzulegen, wäre im Vergleich zu Frankreichs Vorgehen nicht der Rede wert gewesen, da dies Völkchen wie wir alle an der Wasserante ein niederdeutscher Stamm ist, und da im deutschen Sprachgebiet unter hochdeutscher Schriftsprache manche deutsche Mundarten fröhlich weiterleben, die dem Hochdeutschen entschieden ferner stehen als das Flämische. Erst wenn wir den Versuch gemacht hätten, den Wallonen unsere Sprache aufzuzwingen, dann erst könnte man uns eine Vergewaltigung vorwerfen, die der heute von Frankreich auf elsäß-lothringischem Boden geübten ebenbürtig wäre.

Doch von alledem ist nichts geschehen! Daran hat bei uns niemand gedacht. Was die deutsche Verwaltung in Belgien erstrebte, ging nur dahin, den unterdrückten Muttersprachen der flämischen und hochdeutschen Landesteile wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen. Also keine Gewalt, sondern im Gegenteil Wiederherstellung vergewaltigten Rechts! Und zunächst kam es auf dem Gebiete des Schulwesens nur zu einem schwachen Versuch, da die deutschen Verordnungen auf starken Widerstand in der Bevölkerung und namentlich bei den belgischen Behörden stießen, die den eingebürgerten Verwelschungsbetrieb möglichst beizubehalten strebten. Es war eine ständige Klage in den flämischen Blättern, daß die deutsche Schulsprachenverordnung nicht oder doch nur sehr lücken- und mangelhaft durchgeführt wurde. Diesen durchaus nicht allein passiven Widerstand zu brechen, fehlte unseren Behörden durchaus die rücksichtslose Tatkraft, die Franzosen, Engländern und auch kleineren Völkern in solchen Lagen stets zur Hand ist.

Der September 1916 brachte auch für die belgischen staatlichen Behörden eine „Dienstsanweisung über den Gebrauch der deutschen und der flämischen Sprache“. In ihr wurde die Erwartung ausgesprochen, daß auch die Gemeindeverwaltungen flämischer und deutscher Orte „nunmehr freiwillig der Muttersprache der Bevölkerung in entsprechender Weise zu der ihr gebührenden Geltung auch

im amtlichen Verkehr verhelfen werden.“ Ein frommer Wunsch von so harmloser Naivität, daß er auf die belgische Bevölkerung nur wie ein unfreiwilliger Witz wirken konnte!

Die wesentlichste Bestimmung der „Dienstsanweisung“ war, daß an Gemeinden und Privatpersonen im flämischen Landesteil in flämischer Sprache geschrieben werden sollte, „es sei denn, daß der Empfänger um eine französische Antwort gebeten oder selbst französisch geschrieben hat.“ Entsprechend sollte im hochdeutschen Sprachgebiet deutsch geschrieben werden, „es sei denn, daß der Empfänger um eine flämische oder französische Antwort gebeten oder selbst flämisch oder französisch geschrieben hat.“

Im allgemeinen wurde also angestrebt, der flämischen und der hochdeutschen Sprache in ihren Herrschaftsbereichen wieder zu ihrem Rechte zu verhelfen. Aber doch — abgesehen von der mangelhaften Durchführung — keineswegs vollkommen und ausschließlich, auch wurde immer noch nicht eine volle Gleichberechtigung mit dem Französischen herbeigeführt. Denn es ist augenfällig, daß auch nach dieser deutschen Verordnung die französische Sprache immer noch die bevorzugte in Belgien blieb. Wer französisch an irgendeine Staatsbehörde schrieb, hatte unter allen Umständen auch eine französische Antwort zu beanspruchen — nicht allein im wallonischen, nein ausdrücklich auch im flämischen und hochdeutschen Landesteil.

Die flämisch Schreibenden dagegen hatten eine flämische Antwort außer im eigenen Sprachgebiet nur im hochdeutschen Landesteile zu beanspruchen, nicht im wallonischen. Am allerungünstigsten wurde — natürlich! — die hochdeutsche Sprache, die Sprache der Eroberer, gestellt. Wer sie anwendete, konnte eine hochdeutsche Antwort einzig und allein im hochdeutschen Sprachgebiete erwarten. Im flämischen wie im wallonischen würde er aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Antwort überhaupt vergeblich gewartet haben.

So wurde nach zweijähriger Besetzung des Landes das gesetzliche Verhältnis der drei Landessprachen geregelt — durch ein von uns selber gegebenes Gesetz! Die hochdeutsche Sprache blieb, — abgesehen natürlich vom Verkehr der deutschen Kriegsbeförden — in Belgien völlig rechtlos außer in den engen Grenzen des deutschen Sprachgebietes!

Und dabei hatten wir die großen deutschen Kolonien in Antwerpen, Brüssel, Gent, Lüttich, denen die Möglichkeit zu geben, ihre Sprache in einer rechtlich anerkannten Form auch in der belgischen Öffentlichkeit anzuwenden, doch endlich Zeit gewesen wäre.

Wie wohl Engländer oder Franzosen in ähnlicher Lage gehandelt haben würden?! Die Franzosen haben mit dem Tage ihres Einmarsches die rücksichtslosesten Anstrengungen gemacht, ihrer Sprache die Herrschaft im deutschredenden Elsaß zu erzwingen. Wir aber haben nach zweijähriger militärischer Besetzung Belgiens nicht den Mut gefunden, weder in seinem niederdeutschen (flämischen), noch in seinem wallonischen Teile für unsere Sprache in der bürgerlichen Öffentlichkeit das geringste Daseinsrecht in Anspruch zu nehmen. Und dabei verkündigt die belgische Verfassung (Artikel 23) ausdrücklich die Gleichberechtigung der drei Landessprachen, also auch der deutschen. Nicht einmal von einem in unsere Hände gegebenen Recht wußten wir „barbarischen Unterdrücker“ Gebrauch zu machen in unserer bis zum Selbstmord schwächlichen Schonung alles Fremden! So wie die Dinge in Belgien lagen, konnte es kaum anders kommen, als daß die dort lebenden Deutschen mit den Landes- und Gemeindebehörden in französischer Sprache verkehrten, daß der ganze geschäftliche Briefwechsel deutsch-belgischer Firmen selbst untereinander weitaus überwiegend in französischer Sprache geschah.

Da man auf deutsche Eingaben an belgische Behörden keine Antwort bekam oder vielleicht sogar die Eingabe zurückerhielt, so schrieb man eben französisch. Und da in Prozessen von keinem belgischen Gericht außer dem Antwerpener Handelsgericht deutsche Unterlagen angenommen wurden, führte man den Geschäftsbriefwechsel lieber gleich französisch, um für den Fall eines Prozesses den Umständen der Übersetzung der brieflichen Beweismittel von vornherein aus dem Wege zu gehen.

So sehen wir wieder und wieder die Deutschen das Schwergewicht der französischen Sprache in der Öffentlichkeit verstärken. Und dieser unerfreuliche Zustand bestand auch unter der Herrschaft des deutschen Schwertes fort, da wir uns selbst als siegreiche Eroberer nicht zu dem Entschluß auftraffen konnten, der demütigenden Rechtslosigkeit unserer Sprache im flämischen und wallonischen Gebiete ein Ende zu machen.

Das wäre das einzige Mittel gewesen, hierin Wandel zu schaffen. Denn daß die in Belgien eingewanderten Deutschen nun auf einmal anfangen würden flämisch zu schreiben, wie es dem Wunsche manches unserer deutschen Flamenpolitiker entsprochen haben würde, daran war doch im Ernst nicht zu denken. Denn einmal wäre das im wallonischen Gebiete doch nicht anwendbar gewesen. Andererseits bestand schon in ziemlich weiten deutschen Kreisen des Landes eine merklliche Verstimmung darüber, daß unsere Kriegsverwaltung bei ihrer weitgehenden Förderung des Flamentums die spezifisch deutschen Interessen nicht genügend im Auge zu behalten schien. Man hörte öfter gereizte Bemerkungen, wie z. B.: „Man wird uns alle noch zu Flamen machen wollen, anstatt die Flamen deutsch zu machen!“

Das waren — wie gesagt — gereizte Äußerungen, die über das Ziel hinausschoßen. Denn kein verständiger Deutscher hat jemals daran gedacht, die Flamen zu verhochdeutschern, ihnen ihre Sprache zu rauben, die von unserem vertrauten Plattdeutsch nur durch unbedeutende mundartliche Unterschiede abweicht. In dieser Hinsicht sind die Flamen — abgesehen von den leider vorhandenen Verwelschungserscheinungen — schon deutsch genug. Unsere sprachliche Zielgestaltigkeit weist ohnehin schon sehr viel größere Unterschiede auf z. B. zwischen plattdeutsch und oberbairisch oder alemannisch. Wir ertragen sie völlig schmerzlos, ja freuen uns dieses farbenreichen Bildes und möchten den Jungbrunnen der Mundarten für unsere Schriftsprache nicht missen.

Aber neben dem flämischen, dem wir ein recht langes Leben wünschen, hochdeutsch zu lernen, wäre nur im wohlverstandenen Interesse der Flamen selber. Ohne das wird der unnatürliche und unwürdige Zustand nicht aufhören, daß das Französische als Verständigungssprache zwischen Hochdeutschen und Flamen gebraucht wird. Sehr zum Schaden der Flamen! Denn auf diese Weise bleibt dem ohnehin schon so drückenden französischen Schwergewicht sicherlich zum wenigsten ein beträchtlicher Teil der deutschen Verstärkung, über die von flämischer Seite so viel geklagt wird. Von den großenteils nur vorübergehend in Flandern weilenden Deutschen wird immer nur ein kleiner Teil flämisch können. Denn flämisch zu lernen liegt für sie in der Regel keine Notwendigkeit vor, jedenfalls keine zwingende. Und der völkische Gesichtspunkt ist für die große Masse unserer Landsleute — man darf sich nicht länger darüber täuschen — überhaupt nicht vorhanden.

Wie aber das Hochdeutschlernen — selbstverständlich ohne jede Beeinträchtigung der flämischen Muttersprache — dem Flamen in seinem Kampfe gegen die fortschreitende Verwelschung nur förderlich sein kann, so hätte es auch die Beseitigung der bisherigen Rechtslosigkeit der hochdeutschen Sprache im flämischen und wallonischen Teile Belgiens werden können. Das flämische und deutsche Interesse läuft in dieser Sache, wie in so vielen anderen, völlig gleich.

Würde die erwähnte „Dienstsanweisung“ über die Anwendung der Sprachen dahin erweitert worden sein, daß erstens auch der flämisch Schreibende von jeder Behörde des wallonischen Teiles, zweitens der hochdeutsch Schreibende von jeder Behörde des flämischen und wallonischen Teiles eine Antwort in flämischer bzw. hochdeutscher Sprache zu beanspruchen hätte, so wäre dadurch erst die Gleichberechtigung der drei Landessprachen wirklich hergestellt worden, wie sie in der belgischen Verfassung (Art. 23) begründet und anerkannt ist. Zu Gunsten der hochdeutschen Sprache wäre noch eine weitere Verordnung erforderlich gewesen, durch die sie bei notariellen Akten und Beurkundungen und vor Gericht allgemein zugelassen wäre.

Damit wären für die Deutschen die hauptsächlichsten Gründe fortgefallen, die sie bisher veranlaßten, im geschäftlichen und behördlichen Schriftverkehr die

französische Sprache anzuwenden. Die französische Sprache wäre mit einem Schläge aus einer Stellung gedrängt, die sie unberechtigterweise innehatte. Und dadurch wären auch die Flamen in ihrem Kampfe gegen die Verwelschung unterstützt und entlastet worden.

Die Förderung des Flamentums, mit der jeder Deutsche einverstanden ist, durfte nicht bis zur Vernachlässigung der deutschen Belange gehen. Als solche mußte es empfunden werden, wenn der hochdeutschen Sprache im Widerspruch mit den belgischen Grundgesetzen die Gleichberechtigung vorenthalten blieb. Flamen und Deutsche haben das gemeinsame Interesse, das Französische zurückzudrängen, wo es eine in den Verhältnissen nicht begründete, künstlich herbeigeführte Geltung erlangt hat. Das gilt heute mehr denn je, da der Ausgang des Krieges die Gefahr für beide Teile, ja für das gesamte festländische Germanentum ungeheuer gesteigert hat. Was die Deutschen dem Franzosentum gegenüber gewinnen, fördert auch die Flamen und umgekehrt. Das würde sich erst recht gezeigt haben, wenn den Deutschen die Fesseln abgenommen worden wären, die ihre volle Kraft im Kampfe wider die Verwelschung nicht zur Geltung kommen ließen. Erst dann würde sich eine einheitliche deutsch-flämische Kampfesfront haben herstellen lassen. Erst dann hätte der auf Belgiens Boden geführte Nationalitätentkampf mit gleichen Waffen fortgeführt werden können. Das Übergewicht des vom Franzosentum gestützten und getragenen Wallonentums wäre nicht mehr so erdrückend gewesen, da von nun an das Gesamtdeutschtum hinter dem Flamentum gestanden hätte. Die Grundbedingung dafür wäre aber die Gewährung voller Gleichberechtigung für die hochdeutsche Sprache gewesen. Sie liegt also nicht allein im deutschen, sondern auch im flämischen Interesse.

Gefährlich kann das Hochdeutsche den Flamen nur dann werden, wenn sie sich selber aufgeben. —

Einen Versuch allerdings hat die deutsche Verwaltung gemacht, die Gleichberechtigung der Sprachen in Belgien durchzuführen. Jedoch in einer ganz anderen als der angedeuteten, in der logischen Weiterentwicklung der „Dienstantweisung“ liegenden Richtung. Am 9. August 1917 erschien eine neue „Verordnung über die Amtssprache in Flandern“. Sie machte die flämische Sprache zur ausschließlichen Amtssprache im flämischen Verwaltungsgebiet. Recht lange darauf folgte eine entsprechende Verordnung über die Amtssprache im deutschen Sprachgebiet oder richtiger in den deutschen Sprachgebieten Belgiens. Sie trat am 15. Mai 1918 in Kraft. Von einer Verpflichtung, im flämischen Sprachgebiet französische Schreiben französisch, im deutschen flämische und französische Schreiben flämisch bzw. französisch zu beantworten war nun keine Rede mehr. Mit der „Dienstantweisung“ war in dieser Hinsicht vollkommen gebrochen. Die neuen Verordnungen haben jede Rücksicht auf die sprachlichen Minderheiten fallen lassen — natürlich auch auf die deutschen in Antwerpen, Brüssel, Lüttich usw. Deutscher Gerechtigkeitsfönn schont nicht des eigenen Fleisches und Blutes, auch wo wir als Eroberer die Macht und vom Standpunkt völkischer Selbsterhaltung auch die Pflicht dazu hätten.

Eine Wirkung wie die oben ange deutete Herstellung einer deutsch-flämischen Kampfesfront konnte von der auf diese Art durchgeführten Gleichberechtigung der Sprachen nicht erwartet werden. Sie kam auch viel zu spät, um noch irgendeine nachhaltige Wirkung ausüben zu können. Wenige Monate nach dem Inkrafttreten der Verordnung für die deutschen Sprachgebiete hatten wir den Zusammenbruch.

Der wüste deutsche Eroberer, der angeblich mit roher Gewalttätigkeit alles fremde Wesen vergewaltigt und niedertritt, hat es in vier langen Jahren belgischer Herrschaft nicht einmal dazu gebracht, unserer Sprache im öffentlichen Leben Flanderns und Walloniens ein Daseinsrecht zu erwirken. Das flämische Wesen dagegen hat er gefördert und gepflegt mit einer Hingebüng, deren die Vertretung deutscher Belange sich bei weitem nicht in dem Maße zu erfreuen hatte.



Die Zustände in Kiew nach dem Abbruch der deutschen Truppen

Von stud. phil. Hans Große



In Nr. 27 dieser Zeitschrift sind die Umwälzung in der Ukraine Ende 1918 und der Abtransport des deutschen Besatzungsheeres geschildert worden. Es dürfte interessieren, auch über die späteren Zustände in Kiew Näheres zu erfahren; die Kenntnis hiervon ist uns durch deutsche Heeresangehörige vermittelt worden, die infolge von Krankheiten zu einem weiteren Aufenthalt in der Ukraine verurteilt waren und inzwischen glücklich nach der Heimat zurückgekehrt sind. —

Nachdem am 14. Dezember 1918 der Hetman seine zeitweilige Residenz zu verlassen gezwungen und Petljura mit seinen Truppen in Kiew eingezogen war, hatte letzterer fast ohne Blutvergießen die Ruhe und Ordnung in der Stadt wiederhergestellt. Kiew war auf sich selbst angewiesen gewesen, und die Festung hätte sich im Falle einer längeren Belagerung aus Mangel an Lebensmitteln auf Gnade oder Ungnade ergeben müssen: so hatte man auf jede ernsthafte Verteidigung verzichtet. Die Einwohnerschaft erfreute sich wieder eines geregelter Lebens, während zur Zeit des Umsturzes die Stadt von jeder Lebensmittelzufuhr völlig abgeschnitten und der Preis der noch vorhandenen Waren daher ins ungeheure gestiegen war. Die Lebensbedingungen wurden nun also wieder besser, die Preise sanken schnell, wenn sie auch den noch im Herbst 1918 gültig gewesenem nicht annähernd gleichkamen.

Daß sich aber auch diese Regierung nicht lange halten konnte, war schon voraussehen; denn die Truppen Petljuras waren nicht etwa alle wohlgeordnet und diszipliniert, — bei weitem nicht! Tausende hatten sich vor den Toren Kiews den regulären Truppen angeschlossen, indem sie sich wohl auch als Anhänger Petljuras bezeichneten, in der Tat aber fast durchweg bolschewistische Elemente waren, die die moralische Eigenschaft der Truppe und in natürlicher Folge auch ihre Kampfkraft wesentlich herabsetzten.

Inzwischen verstärkte sich der Druck, den die Bolschewisten von allen Richtungen, besonders aber vom Westen und Süden her, auf die Stadt ausübten, von Tag zu Tag: Petljura konnte auf die Dauer keinen Widerstand leisten, und so kam es, daß schon am 28. Januar, also gerade nach einer vierzigstägigen Herrschaft, Petljura, d. h. also das ukrainische Direktorium, seine Residenz wieder verlassen mußte. Wenn auch seine Truppen noch alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel aufboten, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, und einen Transport nach dem anderen, sowohl Infanterie als auch Artillerie, auf der breiten Heerstraße nach Swiatochin dem Feinde entgegenwarfen, konnten sie der Übermacht der Bolschewisten doch nicht widerstehen und zogen sich alsbald in die Stadt und darüber hinaus nach Norden und Osten zurück, um eine an Kirchen und Heiligtümern so reiche Stadt wie Kiew nicht durch eine schwere Belagerung und Beschießung dem Untergange zu weihen.

Am 5. Februar 1919 hielt die neue Regierung ihren Einzug, wenn man hier von einer Regierung überhaupt noch sprechen darf. Was die Einwohner von dieser Gewalt- und Schreckensherrschaft zu erwarten hatten, war ihnen wohlbewußt; kannten sie doch diese Elemente schon von ihrem ersten Auftreten her — zu der Zeit gerade vor einem Jahr. Besonders mag hervorgehoben werden, daß sich unter diesen russischen Bolschewisten viele deutsche und österreichische Spartakisten befanden — meistens Juden — geführt von einem lettischen Weib!

Nicht viele Kiewer Einwohner wußten, daß eine Anzahl deutscher Krieger, etwa 75 Mann, infolge Erkrankung an dem gerade damals furchtbar wütenden Fleckfieber oder an Gelenkrheumatismus oder infolge Verwundungen transportunfähig waren und, verlassen von ihren Kameraden, sich in Kiew ihrem weiteren Schicksal überlassen sahen. Mitte Januar rückte die deutsche Selbstpoststation 664 aus Kiew ab, Ende Januar mögen wohl die letzten deutschen Truppenverbände

die Stadt verlassen haben, — tränenden Auges und mit Grauen vor der Zukunft sah sie die Bevölkerung scheiden! — Damit war für uns Zurückgebliebene die Verbindung mit der Heimat unterbrochen, Nachrichten konnten uns nicht erreichen. Von den damaligen Vorgängen im eigenen Vaterlande erhielten wir nur spärliche und unsichere Kunde, bis die bolschewistischen Blätter — unter ihnen die in russischer und deutscher Sprache erscheinende und auf rotem Papier gedruckte „Rote Fahne“ —, die schon von einer Weltrevolution wissen wollten, und nach deren Angaben Berlin nur noch einen Trümmerhaufen darstellen konnte, für ihre Interessen Propaganda machen zu müssen glaubten. Abgesehen von unserer Entwaffnung durch die Bolschewisten und mehreren Lazarettdurchsuchungen sind wir jedoch von ihnen durchaus einwandfrei behandelt und hieß als „Towarischii“, d. h. Genossen, angesehen worden.

Dieses Verhalten entsprach ganz ihrem auch sonst oft beobachteten Vorgehen: sie hofften dadurch die deutschen Truppen für ihre Ideen zu gewinnen und auf diese Weise den Bolschewismus in das deutsche Volk zu tragen. Vielfach suchten sie uns auch zum Eintritt in ihre „Rote Armee“ zu verführen, sie zeigten uns ihre mit Papiergeld vollgestopften Brieftaschen und stellten uns schnelle Beförderung und gute Posten in Aussicht.

In der Zeit, die wir nach glücklich überstandener Krankheit noch in Kiew verbringen mußten, wurde für uns von der deutschen Krankenfürsorgestelle und dem Oberpfarrer der deutschen evangelischen Gemeinde in Kiew tatkräftig gesorgt. Besuche in den beiden Lazaretten von Damen dieser Gemeinde, die sich in aufopfernder Weise in den Dienst der guten Sache gestellt haben, und Liebesgaben bewiesen es den Kranken täglich, daß die zunehmende Gleichgültigkeit der Menschen zueinander noch nicht über das christliche Zusammengehörigkeitsgefühl triumphierte. Wir, denen nach völliger Genesung unumschränkte Bewegungsfreiheit in der Stadt gegeben war, konnten in zahlreichen deutschen Familien verkehren, bei denen wir, die wir schließlich nur noch über geringe Geldmittel verfügten, uns auch nach Möglichkeit „durchzufuttern“ Gelegenheit fanden — und dies nicht nur in körperlicher, sondern auch in geistiger Beziehung.

Weit schlechter als uns, die wir „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“ uns selbst als Anhänger des Bolschewismus bekennen mußten, sollte es den Einwohnern Kiews und hauptsächlich der deutschen Gemeinde ergehen. Kurz nachdem die Bolschewisten ihren Einzug in Kiew gehalten hatten, waren sämtliche Gefängnisse von Leuten überfüllt, die tatsächlich unschuldig waren; unter ihnen befanden sich auch der Oberpfarrer und seine Gemahlin, die gleich als erste aus ihrer Wohnung geholt und mit geladenen Revolvern wie die schwersten Verbrecher durch die Straßen Kiews abgeführt wurden. Nach sechs bzw. acht Wochen wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt, ohne auch nur einmal verhört worden zu sein; anscheinend hat man von ihnen die Namen reicher Gemeindemitglieder zwecks Erpressung erfahren wollen. Ein gleiches Schicksal traf unzählige andere, so den deutschen Soldatenrat, Mitglieder der deutschen Fürsorgeabteilung usw., die jedoch bald, natürlich unter bolschewistischer Aufsicht, in ihren früheren Stellen weiterarbeiten konnten.

Von Einbrüchen und Diebstählen jeglicher Art abgesehen, wobei den Bolschewisten u. a. auch für 150 000 Rubel Wäschestücke, die für die deutsche Gemeinde bestimmt waren, in die Hände fielen, sind auch mutwillig und wohlberuht Acker und Felder verwüstet und die Bauern vergewaltigt worden, was natürlich wieder einen allgemeinen Lebensmittelmangel und die furchtbarsten Preise zur Folge hatte. Für die ärmere Bevölkerung kamen Waren zu diesen fabelhaften Preisen zunächst garnicht mehr in Betracht, darüber konnten nur noch wirklich Reiche verfügen, und selbst für sie wäre es ein schweres Auskommen gewesen, wie mir von verschiedenen Seiten versichert wurde, wenn sie sich nicht beizeiten zur Genüge mit Lebensmitteln vorgesehen gehabt hätten. Es mußte also etwas geschehen, um auch den Armen diese Lebensmittel zugänglich zu machen, wollte man die Bevölkerung nicht gänzlich dem Untergange verfallen lassen; das Wie war jedoch eine andere Frage. An eine Regierungsänderung war zurzeit nicht zu denken;

das Volk mußte sich eben allein helfen; und es half sich auch: es kam zu Geld und auch zu Lebensmitteln; auf welche Art und Weise — darüber spricht man nicht.

In dieser und ähnlicher Weise litt die arme Bevölkerung unter dem Bolschewismus. Mit Neid sah sie auf die Reichen, die wie früher herrlich und in Freuden in den Tag hineinlebten und nach ihrer Meinung nichts von seiten der Bolschewisten zu fürchten hatten. Bald aber hatten sie Gelegenheit, auch die Rehrseite der Medaille kennen zu lernen, als sie sahen, wie gerade die reichen und wohlhabenden Bürger ihres Besitzes beraubt wurden; wenn die Tyrannen es verlangten, mußten sie ohne Murren ihre Wohnung, ihr Hab und Gut verlassen, ohne auch nur ein Stück ihres Eigentums mitzunehmen. Oft genug sind die Bewohner ganzer Häuserreihen der vornehmsten Stadtteile Kiews aufgefordert worden, binnen 24 Stunden die Wohnungen zu verlassen, die dann von den Bolschewisten eingenommen und in schonungsloser Weise behandelt wurden.

Wenn man im allgemeinen auch feststellen konnte, daß die Bolschewisten diesmal nicht so unmenschlich gehaust haben wie im vorigen Jahre, so ist ihnen doch noch manch unschuldiges Menschenleben zum Opfer gefallen. Was man bisher kaum für möglich hielt, daß die infolge von Glätteis auf den recht steilen Straßen Kiews gestürzten Pferde solange unbeachtet auf der Stelle blieben, bis sie sogar den Hundten zum Fraße dienten, konnte man jetzt erneut in ähnlicher Weise sehen, nur daß es sich diesmal um Menschen handelte, die teilweise ohne Anruf einfach über den Haufen geschossen und tagelang dort liegen gelassen wurden, bis sie der Verwesung nahe waren.

Noch viel schlimmere Zustände herrschten zu jener Zeit, d. h. etwa Mitte April, — wenigstens soweit dies die Ernährungsfragen betrifft — in dem von den Bolschewisten besetzten Großrußland. Geradezu erschreckend war es zu sehen, wie die Bevölkerung abstarb, da sie kein Geld besaß, um die jeder Beschreibung spottenden Lebensmittelpreise zu zahlen. Auf unserer Rückkehr durch dieses Land kamen wir an Orte, wo das Brot nicht unter 25 Rubel das russische Pfund (400 Gramm) zu haben war; ein Ei kostete durchschnittlich 6 bis 8 Rubel, Butter 80 bis 120 Rubel, Milch 10 bis 12 Rubel das Liter. In den Großstädten wie Moskau und Petersburg sollen die Preise doppelt so hoch gewesen sein, soweit es dort überhaupt noch etwas zu kaufen gab; ein Drittel ihrer Bevölkerung dürfte bereits vor Hunger gestorben sein; ein zweites Drittel ist aufs Land geeilt in der zweifelhaften Hoffnung, dort wenigstens noch etwas besser aufgehoben zu sein. Vor Dünaburg waren wir sogar Zeugen, wie die Bewohner unsere Fäkalienabfälle, Haut, Kopf und Gräten, sammelten, um sich davon eine Suppe zu bereiten!

Es liegen sich ja noch viele Beispiele anführen, um die Schandtaten und Grausamkeiten der Bolschewistenherrschaft zu brandmarken; das eine aber soll hier nicht ungesagt bleiben: sorgen wir dafür, daß in unserem Vaterlande der Spartakismus niemals Wurzeln faßt, da wir sonst unweigerlich denselben Zuständen ausgesetzt wären! Es kann daher nicht oft genug auf das Beispiel der Ukraine hingewiesen werden, die, wohl fast das fruchtbarste Land von Europa, als Opfer des Bolschewismus in kurzer Zeit vernichtet und dem völligen Untergange geweiht wurde.

Persönlich erging es uns Vazarettangehörigen auf unserer Heimkehr, die in der Zeit vom 10. April bis 9. Mai erfolgte, verhältnismäßig gut; solange wir uns im Bereiche der Bolschewisten befanden, hatten wir nichts zu befürchten; wir wurden von einem bolschewistischen Transportführer geleitet, der anscheinend im Auftrage seiner Regierung die Ukraine von den Deutschen zu säubern hatte und uns entsprechend dem oben geschilderten Verfahren fast wie Kameraden behandelte. Schlimmer indeffen war es einem deutschen Transport ergangen, der von Nikolajew aus auf dem Landwege die deutsche Grenze gewinnen wollte. Kurz bevor dieser Zug, der leicht bewaffnet war, die ukrainische Hauptstadt erreicht hatte, war er von bolschewistischen Banden plötzlich überfallen und beraubt worden, obgleich er ebenfalls unter der Leitung des erwähnten bolschewistischen Transportführers stand. Auch dessen Ansehen und mithin die Macht der bolschewistischen Regierung reichte also nur soweit — als es den andern beliebte.

Siegerforgen



Wenn die Menschen gewohnt wären, Gedanken zu Ende zu denken und psychologischen Erwägungen denselben Raum zuzugestehen wie wirtschaftlichen, hätte man das gewaltige und für den gesamten Kulturbestand des Abendlandes bedrohliche Anwachsen der Arbeiterbewegung nach einem langen Kriege in allen Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht voraussagen können. Der Arbeiter argumentiert jetzt, weniger theoretisch aber unbewußt-gefühlsmäßig, so: Im Schützengraben bestand vor dem Tod absolute Gleichheit, der Tod sah nicht auf die Unterschiede von reich und arm, vornehm und gering, gebildet und ungebildet, fleißig und träge, klug und dumm. Da wir in dieser Gleichheit so lange wider Willen haben ausharren müssen, so soll sie jetzt, da sie uns Vorteil bringt, auch festgehalten werden, umso mehr, da die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus und der Nachkriegswirtschaft täglich aufs eindringlichste beweisen, daß die Arbeit des Proletariats für das Weiterleben der Nation ganz die gleiche Wichtigkeit hat, wie die Arbeit des Premierministers (die darum auch nicht besser bezahlt zu werden braucht). Da der Krieg nur mit unserer Hilfe gewonnen worden, eine Wiederherstellung des Friedenszustandes nur mit unserer Hilfe möglich ist, so wollen wir alles, was einzelne, die wir für Privilegierte halten, tun, auch tun können, selbst wenn es uns eigentlich gar keinen Spaß macht. Hinzu kommen die allgemeine Arbeitsunlust und die Leurng, die sich in allen Ländern bemerkbar macht.

Die Schwierigkeiten werden täglich überall größer. Wohin diese Bewegung, die man mit logischen oder wirtschaftlichen Vernunftgründen vergeblich bekämpfen wird (die Leidenschaft Neid ist stärker als der schwache Verstand des Durchschnittsmenschen) noch gehen wird, ist vorläufig schwer abzusehen; da infolge der Kriegsnöte die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse überall dringlicher geworden ist als ideelle Zukunftsorgen — es ist eben keine Frage, daß der Krieg etwas Kulturwidriges sei — und die Menschheit (wie der Krieg ja zum Teil gezeigt hat) auf eine Reihe von Jahren wohl ohne Kunst, Wissenschaft, Erziehung, Hygiene, aber nicht ohne Nahrung, Kleidung und Kohlen bestehen kann, so ist nicht zu erkennen, aus welchem Material man den Damm gegen die stets noch steigende Flut der zum Teil ganz sinnlosen, sich selbst betrügenden Begehrlichkeit des vierten Standes eigentlich bauen will, und da gewisse Erfahrungen, um wirksam zu werden, selbst durchgemacht werden müssen, ist es recht wohl möglich, daß nicht eher wieder eine geordnete Entwicklung möglich sein wird, als bis die Bewegung infolge ihrer inneren Unlogik sich auf der ganzen Welt selbst ad absurdum geführt hat, wie das jetzt in Rußland der Fall zu sein scheint.

Nicht minder schwer als Deutschland leidet unter dieser Entwicklung der Sieger England. Bereits 1912 wiesen deutsche Politiker darauf hin, daß die englischen Gewerkschaften viel zu mächtig geworden wären, als daß man einen Krieg ohne weiteres vom Zaune brechen könne, heute kann man tagtäglich in englischen Zeitungen lesen, und nicht bloß in liberalen, daß England ohne den guten Willen seiner Arbeiter verloren sei. Es ist bezeichnend für die Verschiebung der Machtverhältnisse, daß die Arbeiter das bereits vor dem Kriege stark abnehmende Vertrauen in ihre parlamentarische Vertretung zu großen Teilen gänzlich verloren haben und sich in Sachen der Intervention in Rußland für „direct action“, eine Vergewaltigung der Regierung durch Streikdrohung aussprechen, womit tatsächlich wieder das alte Ständeprinzip in den Staatsorganismus eingeführt wird, nur daß nicht Adel und Geistlichkeit, sondern der Arbeiter der Herr des Staates wird. Dies spricht sich auch in dem Umstande aus, daß man bereits während des Krieges in England daran gegangen ist, neben den beiden Häusern des Parlamentes ein drittes Haus, den National Industrial Council, ein Spezialparlament für Arbeit mit 400 Delegierten, zu schaffen, das dem Parlament Vorschläge machen und die Regierung beraten sollte, und nicht minder bezeichnend ist es, daß eine Kommission des Reichsamts für Wiederaufbau, das sogenannte

Whitley Committee, bereits die Notwendigkeit eines demokratischen Regimes für die Industrie betonte und die Einführung eines gemischten Räteystems aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern empfahl. Leider waren diese Überlegungen bei Einstellung der Feindseligkeiten noch nicht weit genug gediehen, als daß Streiks sogleich wirksam hätten verhütet werden können und so mußten im Februar Vertreter der Whitley-Räte zu einer besonderen Industrie-Konferenz berufen werden, die eine dreißig Mitglieder starke Kommission erwählte. Diese sollte die Magna Charta der englischen Arbeiterschaft ausarbeiten und verlangte außer weitgehender Arbeitslosenfürsorge und ausgedehntem Ausschluß der Kinderarbeit den Achtundvierzigstundentag. Gleichzeitig wurde die Frage der Nationalisierung der Bergwerke angeschnitten. Da aber über den Begriff und die Organisation dieser Nationalisierung sogleich weitgehende Meinungsverschiedenheiten entstanden, so wurde unter dem bedrohlichen Druck der Bergarbeiter vom Parlament im März die sogenannte Kohlenkommission eingesetzt, die mit weitgehenden Vollmachten in bezug auf öffentliche Vernehmung von Sachverständigen und Zeugen ausgestattet wurde und alle dokumentarischen, auch geheimen Unterlagen zu Rate ziehen durfte, die ihr zweckdienlich erschienen. Sie bestand aus dreizehn Mitgliedern: dem Richter Sankey als Präsident, drei Vertretern der sozialistischen Intelligenz (Sidney Webb, Chiozza Money und Ramney), drei Vertretern der Bergwerksbesitzer, zwei der Stahl- und Eisenindustrie, einem der Gasindustrie und den drei Führern des Arbeiterdreibundes, Rob. Smillie, Herb. Smith und Frank Hodgess. Als es nach Beendigung der Vorarbeiten im Mai ernsthaft an die Erörterung der brennendsten Fragen ging, zeigte sich jedoch, daß die Kommission sogleich nach den Vertretern der verschiedenen Interessensphären unheilbar auseinanderfiel und der einzig Unparteiische der Präsident war, der wegen seines politischen und wirtschaftlichen Weitblicks anscheinend großes Vertrauen und zum mindesten allgemeines Ansehen besaß. Und so fielen denn sowohl die sofort zu erledigenden Vorschläge betreffs der Lohnfragen und der Arbeitszeit wie der Nationalisierung recht verschieden aus. Bezüglich der Lohnfragen und der Arbeitszeit schlugen der Präsident und die Vertreter des Kapitals vor: für Untertagearbeiter eine Lohnerhöhung von zwei Prozent täglich und vom 16. Juli ab eine Stunde Arbeitszeit weniger, was auf den Siebenstundentag, Ein- und Ausfahrt nicht gerechnet, hinausfam, für Obertagearbeiter 46½ Stunden Wochenarbeit vom 16. Juli ab und Verkürzung um eine weitere Tagesstunde von 1921 ab, vorausgesetzt, daß die derzeitige Wirtschaftslage dies gestattete. Die Sozialisten und Arbeitervertreter waren dagegen für eine dreißigprozentige Erhöhung der Gesamtlöhne und den Sechstundentag vom 16. Juli ab, die Bergwerksbesitzer endlich gestanden ein Prozent tägliche Lohnerhöhung und Siebenstundenarbeitstag zu, doch ohne Anspruch auf spätere Erniedrigung der Arbeitszeit. Lloyd George entschied sich für den Vorschlag Sankneys; die Lohnerhöhung wurde sofort gezahlt, der Siebenstundentag sollte vom 16. Juli ab in Kraft treten. Auch in der zweiten Hauptfrage, der Nationalisierung der Bergwerke, stand Sankey, der seine Anschauungen in einem schnell berühmt gewordenen Bericht niederlegte, aufseiten der Arbeiter, so daß sich die Kommission mit sieben zu sechs Stimmen für Nationalisierung ausgesprochen hat. Sankneys Plan sieht für die Nationalverwaltung der Bergwerke drei Körperschaften vor: Lokalhäte, Bezirkekräte und einen Nationalrat. Die Lokalhäte, die für Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter sorgen und den Leiter beraten sollen, sollen sich aus zehn Mitgliedern zusammensetzen: dem Betriebsleiter, dem Unterbetriebsleiter, dem Verkaufsleiter, vier Delegierten der Arbeiter und drei vom Bezirksrat Gewählten. Dieser letztere besteht aus vierzehn Mitgliedern: aus Präsident und Vizepräsident, die vom Minister ernannt werden, vier Arbeiterdelegierten und acht vom Nationalrat Gewählten und zwar vier davon zur Vertretung der Verbraucherinteressen, zwei technischen und zwei Handelsfachverständigen. Der Bezirksrat setzt die Kohlenpreise fest, entscheidet über Verkäufe und den Export und wählt alle Betriebs- und Handelsleiter des Bezirks. Der Nationalrat endlich setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Bezirkekräte und wählt aus sich heraus achtzehn

Mitglieder, die einen Ausschuß zur Beratung des dem Parlament verantwortlichen Bergwerksministers wählen. Der Minister hat nach Befragung dieses gleichmäßig aus Arbeitern, Verbrauchern, Handels- und technischen Sachverständigen zusammengesetzten Ausschusses zu jedem Beschluß der Lokal- und Bezirksräte das Vetorecht, jedoch unter öffentlicher Angabe der Gründe. Wie man sieht, stellt dieser Plan eine Mitte zwischen dem Staatssozialismus mit seiner lähmenden Bürokratie und dem Arbeitersozialismus (das Bergwerk dem Arbeiter!) dar, große Teile des englischen Publikums, darunter auch die Arbeiterkonferenz von Southport sind für die Einführung dieses Planes, besonders da man überzeugt ist, daß unter allen Umständen rasch etwas Greifbares geschehen muß, um die seit Kriegsanfang in geradezu bedrohlichem Maße zurückgegangene Ausbeute zu heben und diese lebenswichtigste Industrie Englands, deren Aufrechterhaltung nicht nur für die andern Industrien, sondern auch für die englische Seemachiststellung von grundlegender Bedeutung ist, auf ihrer Höhe zu halten. Voraussetzung für die Gesamtdurchführung der Sankeyschen Vorschläge ist allerdings, daß die Gesamtausbeute sich wieder von den gegenwärtigen 217 auf 250 Millionen Tonnen jährlich hebt, was ohne eine durchgreifende Änderung des jetzigen Systems aber nicht für möglich gehalten wird.

Selbstverständlich sind jedoch lange nicht alle Teile des englischen Volkes mit dem Sankey-System einverstanden. Manche Arbeitergruppen halten eine Vertretung der Arbeiter im Verhältnis von vier zu zehn in den Bezirksräten nicht für genügend, die übrigen Interessengruppen führen einen heftigen Feldzug gegen den Plan überhaupt. Infolgedessen hat sich eine wilde Pressfehde entwickelt, in der die Vertreter des Befisses die Arbeiter der Faulheit und des Landesverrates beschimpfen (*tout comme chez nous!*), die Arbeiter dagegen geltend machen, daß bei dem gegenwärtigen Zustande des Betriebmaterials, das während des Krieges natürlich nur notdürftig instand gehalten worden ist, eine Steigerung der Produktion nicht möglich sei.

Angeichts dieser das ganze Land schwer erschütternden Fehde sah sich die Regierung in einer schwierigen Lage. Eine energische Aktion zur Nationalisierung der Bergwerke konnte ohne weiteres ihren Sturz nach sich ziehen, eine Weigerung aber brachte unfehlbar neue Differenzen mit den Arbeitern, die man angesichts der immer bedrohlicher werdenden amerikanischen Konkurrenz gern vermieden hätte. Man verfiel daher auf den Ausweg, der wie alle aus Unentschiedenheit eingeschlagenen Auswege unglücklich genannt werden muß: die Arbeiter vor der Öffentlichkeit unmöglich zu machen, indem man erklärte, vom 16. Juli ab müsse auf die Tonne Kohlen eine Preiserhöhung von sechs Schilling eintreten. Diese Erklärung rief sofort in allen Teilen des Publikums einen Sturm der Entrüstung hervor, um so mehr, als man im Juni noch, wie man jetzt behauptet infolge eines Rechenfehlers, die infolge der Einführung der Sankeyschen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung notwendig werdende Erhöhung auf vier Schilling drei Pence veranschlagt hatte. Es konnte leicht nachgewiesen werden, daß diese abnorme Erhöhung den Ruin der gesamten englischen Industrie, sowie des Ausfuhrhandels bedeute und gewisse Kreise sprechen offen davon, in diesem Falle zu amerikanischer Kohle greifen zu müssen, die trotz des Ozeanweges in London billiger käme als englische. Da aber die Arbeiter das Spiel der Regierung sogleich durchschaute, lenkte diese wieder insofern ein, als sie durch Bonar Law erklären ließ, man wolle abwarten, ob sich die Produktion in den nächsten Monaten heben würde und die Erhöhung des Kohlenpreises drei Monate hinauschieben, falls die Arbeiter sich verpflichten wollten, in der Zwischenzeit nicht zu streiken, wobei der Grundgedanke sichtlich der ist, die Arbeiter überhaupt erst einmal wieder an geordnete Arbeit zu gewöhnen. Am 17. Juli hat jedoch die Arbeiterkonferenz in Redwood es abgelehnt, dies Versprechen zu geben, was vorauszusetzen war, da man damit der Regierung offenbar eine Handhabe zur Hinausschiebung der Nationalisierung zu geben fürchtete. Man machte geltend, daß zwischen Streitrecht und Preiserhöhung keinerlei sachliche Verbindung bestände, erklärte sich jedoch

bereit, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, falls Vorsorge zu sparsamerer Wirtschaft, zu der Sankey den Weg gezeigt habe, getroffen und ferner binnen dreier Monate ein Gesetz zur Verstaatlichung der Bergwerke eingebracht würde. Dieser Drohung aber hat die Regierung bisher nicht nachgeben wollen, trotzdem in Yorkshire und East Kent neue Streiks ausgebrochen waren, denen Zeilstreiks in Südwales und Monmouth gefolgt sind.

Inzwischen hat sich die Lage bedrohlich zugespitzt. Eine ganze Anzahl von Industrien leiden bereits unter empfindlichem Kohlenmangel, die Streiks haben sich nach Lancashire und Nottinghamshire ausgebreitet und was das schlimmste ist: in Yorkshire ist auch das technische Personal auskändig, so daß die Gruben in Gefahr sind zu ersaufen. Die Regierung nutzt dies freilich energisch aus, um gegen die Arbeiter Stimmung zu machen, sieht sich aber genötigt, 5000 Matrosen zur Vertreibung der Bumpwerke zu entsenden, die natürlich als Streibreaker angesehen werden. Die allgemeine Erregung ist infolgedessen so sehr gestiegen, daß es in London bereits zu Straßentämpfen mit amerikanischen Truppen gekommen sein soll. Jedenfalls deutet alles darauf hin, daß es in den nächsten Wochen zu einer Nachtprobe zwischen Regierung und Arbeiterchaft kommen wird. Fällt diese zugunsten der Arbeiter aus, so würde damit ein weiterer und sehr wichtiger Schritt zur Kolonisierung Europas durch Amerika getan worden sein, da England dann, vorausgesetzt, daß die Arbeiter ihre Ansprüche an die Lebenshaltung nicht heruntersetzen, gegen den amerikanischen Wettbewerb, der jetzt bereits bedrohlich ist, aufzukommen nicht in der Lage sein dürfte, besonders da auf eine nennenswerte sozialistische Bewegung in Amerika anscheinend nicht zu zählen ist. Wie aber steht es jetzt mit dem berühmten Ausspruch der „Saturday Review“: „Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt wird, gibt es übermorgen keinen Engländer, der nicht um so reicher wäre“? Imperialistenweisheit!

Menenius

Neue Bücher

Das Weichsland ein uralter Heimatboden der Germanen. So lautet der Titel eines im Verlag von Rasemann in Danzig eben erschienenen Büchleins, das den bekannten vorgeschichtlichen Forscher Professor Gustav Hossinna zum Verfasser hat.

Die Ergebnisse der vorgeschichtlichen Forschung ziehen in der kleinen Schrift an uns vorüber: Nach der letzten Eiszeit (etwa seit 9000 vor Christus) kamen als erste Menschen in das Ostseegebiet das indogermanische Urvolk. Die Indogermanen spalteten sich bald in zwei Zweige, den südlichen, der zur Donau hinwanderte, und den nördlichen, der im Ostseegebiet blieb. Zu den Süd-Indogermanen gehören u. a. die Slawen; den Kern der Nord-Indogermanen bildeten die Germanen und Nordillyrier (Veneter). In der Zeit von 4000—2000 vor Christus überwogen im Ostseegebiet die Germanen fast vollständig. Ihre größte Siedlungsdichte hatten sie an der Neze und der Weichsel zwischen Thorn und Graudenz. Das Gesamtgebiet ihrer Verbreitung reichte von Schleswig bis zu den Hvitinosümpfen. In der Bronzezeit (2000—750 v. Chr.) trennten sich die lötfereikundigen Nordillyrier durch die untere Oder scharf von den bronzekundigen Germanen im Westen. Die Eisenzeit brachte dem Weichsel- und Oberland Vandalen mit ihren Steinfistengräbern, dann als zweite Welle die Rugier und Burgunder und schließlich als dritte Welle germanischer Überflutung die gotischen Gepiden mit ihrer Erdbestattung. Erst die Entblößung der Ostgebiete durch die Völkerwanderung (seit 150 n. Chr.) gestattete ein allmähliches Vorgehen der Slawen, die im Südosten Europas wohnten, und die sich seit dem 7. Jahrhundert zu Herren des Gebietes machten. Aber schon im 12. Jahrhundert kommen wieder

Deutsche in die altgermanischen Gebiete zurück. Gegen die fast 10 000 jährige Herrschaft germanischer Völker in den Weichsellanden sind die wenigen Jahrhunderte slawischen Eindringens nur ein nebensächliches Vorkommnis.

Die Schrift Kossinnas ist anschaulich und leicht verständlich geschrieben, auch kann man aus ihr deutlich ersehen, was es mit den geschichtlichen Rechten der Ostvölker auf unserem Heimatboden für eine Bewandnis hat.

Vornehmheit und Tüchtigkeit. Dem deutschen Volke zur Einkehr. Von Martin Gadenstein (geb. 6,50, Berlin 1919. E. S. Mittler).

Die Erfahrungen der Kriegsjahre haben uns gezeigt, daß wir fast in der ganzen Welt unbeliebt sind. Gadenstein sucht diese Tatsache psychologisch zu erklären und erkennt als Grund ein in unserem Wesen zutage tretendes Mißverhältnis zwischen persönlicher und sachlicher Kultur, zwischen Vornehmheit und Tüchtigkeit. Wir sind eine tüchtige, leistungsfähige Nation, ein Arbeitsvolk. Aber es fehlt uns an persönlicher Sicherheit, an selbstverständlichem Nationalgefühl; der „Geist der Schwere“ hindert uns daran, uns frei und leicht zu bewegen.

Es gibt zwei Erziehungsarten, sagt der Verfasser. Die eine will den Jüngling fähig machen, etwas zu leisten, die andere seine Persönlichkeit gestalten. Die eine führt zur bürgerlich-sachlichen, die andere zur ästhetisch-aristokratischen Kultur. Die sachliche Leistung ist etwas, was vom Subjekt abgelöst werden kann, während die persönlich-formelle Kultur im handelnden Menschen und in seiner unmittelbaren Wirkung auf die Umwelt zum Ausdruck kommt. In jener arbeitet der Jüngling an seinem Gegenstande, werden ihm die Werkzeuge dargereicht, die er braucht, um etwas leisten zu können. In der aristokratisch-ästhetischen Erziehung ist das Ziel einzig und allein die persönliche Kultur des Jünglings, vermöge deren er sich überall kann sehen lassen in dem Bewußtsein, sich würdig darzustellen. Nach der bürgerlich-utilitaristischen Auffassung hat der Mensch die Aufgabe, sich nützlich zu machen und unter Hingabe seines Lebens an dem großen gemeinsamen Werke der Kultur mitzuarbeiten. Nach der individualistischen Auffassung ist er selbst das, worauf es bei dem Mühen und Schaffen ankommt. Beide Arten der Kultur aber brauchen einander zur Ergänzung. Die rein repräsentative Existenz ist hohl, die rein sachliche ist häßlich. Jener fehlt es an Inhalt, dieser an Form. Die Verschmelzung des individualistischen und des sozialistischen Ideals, des Ideals der Tüchtigkeit und der Vornehmheit muß als das wahrhaft Menschenwürdige gepredigt werden.

Daß dies so gestaltete Menschentum für uns Deutsche nicht unerreichbar ist, beweist uns Goethes Persönlichkeit, in der sich die Selbstherrlichkeit des persönlichen Seins mit der Überzeugung von dem hohen Werte dieses Seins als Aufgabe und Pflicht der Welt gegenüber verbindet. Was kann nun geschehen, um die Fortentwicklung des ganzen Volkes nach der Seite der persönlichen Kultur zu fördern? Die neue Bildung muß vor allem in der Schule versucht werden, und zwar nicht durch Gelehrte, sondern durch erzieherische Persönlichkeiten. Als Gegengewicht gegen die allzu intellektuelle Ausbildung unserer Jugend ist die Körperkultur zu pflegen, die verwirrende und zersplitternde Vielseitigkeit durch Verringerung der Lehrfächer zu beseitigen, damit die Schularbeit nicht mehr belastet, sondern den persönlichen Geist entfalten kann. Wir müssen die Schule von der historischen Krankheit befreien, damit die Jugend nicht immer nur erfährt, wie andere gelebt haben, sondern selber leben lernt und zum Latenessentum erzogen wird. Wieviel unnütze Kraftverschwendung könnte vermieden werden, wenn alle, die es angeht, wie der Verfasser zu der Erkenntnis gelangten, daß die rechte Wirkung der antiken Kultur auf unsere eigene nicht an die Kenntnis der alten Sprachen gebunden ist.¹⁾ Wer durch das Gymnasium gegangen und kein

¹⁾ Wir verweisen hierzu auf den Aufsatz von Oberstudienrat Dr. Otto Stange über „Das Gymnasium und die neue Zeit“, der zahlreiche Äußerungen zugunsten der humanistischen Bildung beibringt. (Heft 29 dieser Zeitschrift.) Die Schriftstg.

eingefleischter „Liebhaber alter Dinge“ (Nietzsche) ist, wird sich mit Grauen der Zeit erinnern, wo er mit Hilfe bidleibiger Kommentare sich den sprachlichen Sinn (nicht den künstlerischen Genuß!) einer griechischen Tragödie eroberte. Haventstein bemerkt sehr richtig, die Stellung, die früher im geistigen Leben die lateinische Sprache besaß, nimmt heute das Deutsche ein. An Bedeutung für die Ausbildung der geistigen Persönlichkeit kann sich kein Fach mit ihm messen. Die deutsche Sprache muß eine überragende Stellung im Unterricht bekommen. „Setzt uns den deutschen Menschen heben.“

Unter den vielen Erziehungsbüchern, die der Krieg angeregt hat und die oft nur aus einer augenblicklichen Stimmung heraus geschrieben sind, ist Haventsteins „Vornehmheit und Lüchlichkeit“ eins der durchdachtesten und reifsten.

Dr. Fritz Roepke

Hans Bahinger, Die Philosophie des Als Ob. System der theoretischen, praktischen und religiösen Fiktionen der Menschheit auf Grund eines idealistischen Positivismus. Mit einem Anhang über Kant und Nietzsche. Dritte durchgesehene Auflage. Verlag von Felix Meiner, Leipzig 1918. Preis broschiert 18 M., gebunden 26 M.

Das Forschungsgebiet der Philosophie weist nicht viele Werke auf, deren Leserkreis sich so stark erweitert, daß in verhältnismäßig kurzen Zeitabständen Neuauflagen nötig werden. Einen ungewöhnlichen buchhändlerischen Erfolg hat Hans Bahingers „Die Philosophie des Als Ob“ zu verzeichnen. Seit dem ersten Erscheinen dieses Werkes ist noch kein Jahrzehnt verfloßen und schon liegt die dritte Auflage vor. Die Grenzboten haben nicht versäumt, auf dieses eigenartige Werk mehrfach hinzuweisen, daß in einem Hilfsmittel der menschlichen Verstandestätigkeit, der Als Ob-Betrachtung, ein gemeinsames Moment wissenschaftlichen Forschens, ästhetischen Genießens und praktischen Handelns erkennl. Wir sind, so führt der Verfasser aus, als wahrnehmende, erkennende, handelnde Wesen darauf angewiesen, mit bewußt falschen Vorstellungen — etwa mit Atomen, Differenzialen in den Naturwissenschaften und der Mathematik, der Willensfreiheit im Rechtsleben — zu operieren, und es erhebt sich die Frage, wie es kommt, daß wir mit diesen Fiktionen doch Richtiges erreichen. Unter Anerkennung der Forschungen Bahingers über den methodologischen Wert der Fiktionen hat sich Professor Dr. Herberg in Heft 49 der Grenzboten des Jahres 1916 vom Standpunkt des kritischen Realismus mit der Erkenntnistheorie des Verfassers auseinandergesetzt. Wir müssen zurzeit hierauf verweisen. Die starken Anregungen, die Bahinger durch seine Untersuchungen gegeben hat, haben sich im Laufe der letzten Jahre auf verschiedenen Forschungsgebieten bemerkbar gemacht. Eine eingehende Beschäftigung mit der Philosophie des Als Ob ist daher nicht nur für den Fachphilosophen lohnend. Das Werk ist sehr umfangreich — es umfaßt rund 800 Seiten — lieft sich aber angenehm. Die dritte Auflage ist ein unveränderter Neudruck der zweiten.

M. K.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: Dr. Rathilde Rechner in Berlin-Galenje. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
Fernschreiber des Herausgebers: Amt Vierteltele 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Sagen 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
Ersch.: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dönhofs Straße 99/101.



Seien wir eine Nation!

Von Dr. Karl Buchheim



urch die Enthüllungen der Reichsminister Erzberger und Bauer ist vor allem auch der Streit um die Persönlichkeit Ludendorffs wieder angefaßt. Soviel darf man heute feststellen, daß dieser General in den verhängnisvollen Schicksalsjahren des Deutschen Reiches eine politische Bedeutung gehabt hat, die im Guten oder im Bösen doch jedenfalls ausschlaggebend genannt werden darf. Schon diese Tatsache beweist, daß in der politischen Leitung des Reiches, wie in der politischen Erziehung des Volkes etwas nicht in Ordnung gewesen sein muß. Denn rein an sich kann es im modernen Staate nie der Beruf einer Heeresleitung sein, zugleich die Politik zu bestimmen. Die sogenannten Alideutschen, die im übrigen jetzt vielfach mehr als nötig schlecht gemacht werden, haben durch nichts mehr bewiesen, wie schlechte Schüler Bismarcks sie sind, als dadurch, daß sie die ihnen zugänglichen Volksteile dahin erzogen, daß Ludendorff den Frieden machen müsse. Trotz ihrer so laut verkündeten Bismarckverehrung beachteten sie nicht, für wie verhängnisvoll der erste Kanzler immer den Einfluß politisierender Generale gehalten hat. Gelesen mögen ja viele Deutsche die „Gedanken und Erinnerungen“ haben; politisch erziehen lassen aber haben sich dadurch leider offenbar allzu wenige. Verständlich wird die Zuflucht zur politischen Weisheit des militärischen Führers allerdings durch die Tatsache, daß die politische Unerzogenheit des Volkes bis in die Kreise der berufenen Lenker unseres Staates hinaufging. Dort war kein politischer Führer, der den Pendelschlag der Weltuhr richtig zu hören verstand und schöpferisch zu gestalten gewußt hätte, was die Ereignisse uns an politischen Möglichkeiten boten. Die Schuld, die die deutsche kaiserliche Regierung an diesem Kriege und vor allem an seinem Ausgang tatsächlich hat, beruht darin, daß sie überhaupt niemals ein großes politisches Programm von säkularer Bedeutung hatte. Frankreich handelte politisch um seiner Revanche willen, Rußland im Sinne der panslawistischen Idee, England für den Ausbau seines Empire. Aber Deutschland? Unsere Politik verstand niemand, daher erregte sie bei allen Mißtrauen. Karl Hoffmann, den die Leser der Grenzboten durch manchen trefflichen Aufsatz kennen, sagt in einem leider zu spät erschienenen Buche, auf das ich nachher noch näher eingehen muß, mit recht, ein Volk werde erst dadurch zu einer Nation, daß es an seinen Beruf zur Lösung einer bestimmten großen politischen Aufgabe glaubt. Einen solchen Glauben hat das deutsche Volk nicht gehabt. Dazu waren wir alle miteinander, die Führer wie die breiten Massen, politisch viel zu denk- und tatenfaul, zu schlecht erzogen. Wir führten Bismarcks Namen im Munde, aber wir wollten keineswegs wie er politische Taten tun. Dazu waren wir zu

bequem und zu materialistisch. Wir wollten uns in allen Gassen dieses Planeten wirtschaftlich betätigen, das heißt wir wollten reich werden, weiter gar nichts. Wir wollten Geld verdienen auch dort, wo andere Völker politisch gebaut hatten. Das erzeugte den Haß, der zu dem Mißtrauen hinzutrat, das die Ideenlosigkeit unserer Politik hervorbrachte. Wir haben, zumal im Anfang des Krieges, den Engländern Handelsneid und Krämergeist vorgeworfen. Das war nicht ohne Gründe. Ich fürchte aber, daß unsere Politik weit krämerhafter war als die englische, weit ideenloser und, vielleicht ist es nicht zu hart, wenn man sagt: feiger. Es war schließlich kein Wunder, wenn sich das Vertrauen der besten Teile unseres Volkes im Kriege zunächst mehr den fähigen Oberführern zuwandte als den ideenlosen, materialistisch angekränkelten Staatsmännern und Politikern in leitender Stellung. Ein Staatsmann, der das Zeug hat, in einem schweren Kriege Führer zu bleiben und auch einen militärisch erfolgreichen General im Zaume zu halten, ein Staatsmann, wie wir neben Lubendorff einen hätten haben müssen, der muß vor allem ein Held sein, so wie Bismarck einer war, ein Mann, der ein politisches Ziel weisen und alle Kräfte auf dieses Ziel richten kann. Eine Nation sein heißt eine politische Aufgabe anerkennen und politische Führer hervorbringen. Das deutsche Volk aber hatte nicht den Willen zu einer wahren großen politischen Leistung und hat keine wahrhaften politischen Führer in diesem Kriege hervorgebracht. Deswegen ist unsere Katastrophe nicht völlig unverdient.

Als Bismarck das Reich geschaffen hatte, wäre es die nächstliegende politische Aufgabe der Deutschen gewesen, die deutsche Einheit zu vollenden, d. h. insbesondere die Österreicher zum Anschluß zu bringen. Widen wir z. B. auf die Italiener, die Serben, Bulgaren, Griechen, Rumänen oder Polen. Sowie diese Nationen einen Nationalstaat erhalten hatten, haben sie alle darauf hingedrängt, die außerhalb gebliebenen Volksteile an diesen anzugliedern. Bekanntlich hat Bismarck diesen Weg den Deutschen nicht gewiesen, weil er die Habsburgische Monarchie aus Gründen der europäischen Politik nicht zerstören wollte. Dafür hat er durch Abschluß des Bündnisses mit Österreich-Ungarn einen mitteleuropäischen Block begründet, der mehr hätte werden können als ein bloß völkerrechtliches Gebilde. Es wäre die nationalpolitische Aufgabe der Deutschen gewesen, den mitteleuropäischen Gedanken politisch zu gestalten. Denn er war die einzige Möglichkeit, die deutsche Einheit zu vollenden. Erst während des Krieges ist diese Aufgabe ernstlich bei uns erörtert worden. Vorher wandte man sich lieber der sogenannten Weltpolitik zu. Bismarck hat das, wie man weiß, nur zögernd getan, aber für den neuen Kurs lag dann bekanntlich unsere Zukunft auf dem Wasser und um die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen sich zu kümmern vermied man sorgfältig. Es ist heute noch wenigen klar, daß die preußische Vorherrschaft im Reiche für die Lösung der großdeutschen Aufgaben eine nationalpolitische Schwäche bedeutete. Ein Reich, das seinen Schwerpunkt in Ober- oder Mitteldeutschland gehabt hätte, hätte die Österreicher nie so gleichgültig behandeln können, wie es das von Preußen geleitete getan hat. Neben den Preußen wurden unterm neuen Kurs die Hanseaten, die Leute von der Wasserfront, im Reiche einflußreich. Und die hatten für die Lösung der großdeutschen Aufgabe noch weniger Sinn. Man suchte Deutschlands Zukunft nur noch über See. Das hätte alles sein mögen, wenn uns die deutschen Weltpolitiker nur wirklich politische Aufgaben über See gewiesen hätten. Das war aber nicht der Fall. Man wollte überall nur wirtschaftlich vorankommen, Geld verdienen. Auch da, wo Gebiete unter deutsche Flagge gestellt wurden, wo wir Kolonien erwarteten, verfolgte man in erster Linie wirtschaftliche Zwecke und fand weder den Mut noch den Schwung, unsere Kolonialpolitik mit einem großen politischen Gedanken zu erfüllen. Die Engländer sind zur gleichen Zeit ganz anders verfahren: da dachte Cecil Rhodes den großen Gedanken der englischen Herrschaft vom Kap bis nach Kairo, der dann aufging in dem noch größeren, alle Randländer des Indischen Ozeans zu einem britischen Indiamerreich zusammenzufassen. Ebenso verfolgte Frankreichs Kolonialpolitik den Gedanken eines großen Reiches farbiger

Franzosen auf der anderen Seite des Mittelmeeres bis zum Kongo hinunter, und sogar Italien ging seit dem Tripoliskriege die Wege der großen Tradition des Imperium Romanum. Wir Deutschen hatten einen einzigen Mann, der die Gedanken eines politischen Helben in kolonialen Dingen gedacht hat, und den hat die offizielle Überseepolitik des Reiches bezeichnenderweise verworfen: das war Karl Peters. Die wirtschaftlichen — daneben womöglich gar die bürokratischen — Gesichtspunkte, das Prinzip des Geldverdienens, des Materialismus, der Krämergeist beherrschten unsere sogenannte Weltpolitik. Wir verfolgten überall ausgesprochenenmaßen nur wirtschaftliche Ziele und bildeten uns auch noch wunder was darauf ein, weil unsere Politik damit ja doch so schön „friedlich“ wurde, so bequem sich in das gute Gewissen einfüllen konnte, nirgendwo einen bewaffneten Konflikt zu wollen. Es war die Friedlichkeit des Kapitalträstigen, der kein Schwert mehr haben mag, weil er weiß, daß Geld die Welt regiert. Diese Friedlichkeit hat uns den Haß und das Mißtrauen der ganzen Welt eingebracht, wie ja auch im Privatleben der „friedliche“ Geschäftemacher niemals wahren Frieden sät. Ich will die Engländer den Deutschen gegenüber keineswegs weißbrennen. Auch sie sind Krämer und Geschäftemacher, aber sie haben sich doch daneben ohne Zweifel ein ganz anderes Maß von politischem Selbsttum, von großen Gedanken, mit denen sie die politische Welt gestalten und mit denen sie sich die Achtung auch derer immer wieder erzwingen, die sie geschäftlich gerupft haben.

Die Friedlichkeit unserer Weltpolitik mußte umsomehr auf Mißtrauen stoßen, als wir zugleich damit andauernd in „schimmernder Behr“, in schwerer militärischer Rüstung einher schritten. Daß wir eine krämerhafte äußere Politik mit dem Festhalten am altpreußischen Militarismus verbanden, das war vor allem noch ein großer politischer Unfug. Es stimmte ja auch innerlich gar nicht zusammen. In einer Gesellschaft, in der der Soldat die Rolle spielte wie bei uns, hätte der Politiker sich gerade bei den geistig und sittlich gehobenen Schichten des Volkes nur dann in Achtung setzen können, wenn er eine Politik wahrer Größe, fortreichender Gedanken hätte aufweisen können. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn bei der bestehenden Sachlage der Militarismus im Innern seinerseits die politische Erziehung beeinträchtigte, oft gerade bei Leuten, die theoretisch deren Notwendigkeit selbst betonten, und wenn er nach außen das Mißtrauen gegen uns erhöhte. Es ist auch klar, daß Ludendorff bei der Ideenlosigkeit unserer Politik im Volke viel tieferen Eindruck machen mußte als die Staatsmänner. Während des Krieges kam endlich der Gedanke der mitteleuropäischen Gemeinschaft von Deutschland und Österreich-Ungarn auf. Das war die erste wirklich große und wahrhaft politische Idee, die seit der Aufrichtung des Reiches bei uns erörtert wurde, das erste große Ziel, das unserm Volke gesetzt wurde. Aber freilich: wirtschaftspolitische Hemmungen und der unfruchtbare Streit über Polen ließen es mit der Ausführung nicht vom Fleck kommen. Auch die nationale Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit der Magyaren trägt viel Schuld am Scheitern. Denn gescheitert war der große Gedanke schon, ehe der Zusammenbruch im Herbst 1918 kam.

Mitten in diesem Zusammenbruch erschien damals das von mir schon oben erwähnte Buch von Hoffmann, das sich bemüht, die tiefste weltgeschichtliche Bedeutung des Gedankens der mitteleuropäischen Einheit zu ergründen und eine weltpolitische Tragweite nachzuweisen¹⁾. Der Verfasser stellt fest, daß das halbe Jahrtausend der Weltgeschichte der sogenannten Neuzeit, in dem die Geschichte der Menschheit allein von Europa aus bestimmt worden seien, abgelaufen sei, daß die fremden Kontinente nicht mehr bloß Objekte der europäischen Politik seien, sondern aktiv von sich aus Geschichte machten. Es wird mindestens drei große Machtmittelpunkte in der zukünftigen Politik geben: den ostasiatischen, den angelsächsischen und den europäischen. Von diesen Komplexen ist der europäische in sich bei weitem

¹⁾ Dr. Karl Hoffmann „Der kleineuropäische Gedanke“. Leipzig, F. B. Grunow. 1918.

am meisten zersplittert, weil die Völker unseres Erbteils mit tiefer Feindseligkeit einander gegenüberstehen. Es wäre aber die große politische Aufgabe einer führenden Nation des Kontinents, Europa zu einer Einheit zusammenzufassen. Der große weltpolitische Gegner all solcher Bestrebungen muß ebenso wie zu Napoleons Zeiten auch heute noch England sein, weil das Schicksal des englischen Weltreichs vom Gang der europäischen Politik abhängt. Das englische Weltreich steht seinem Typus nach in der Mitte zwischen einem Kolonialreich alten Stils, wie es das spanische oder holländische war, wo die Kolonien nur Trabanten und Ausbeutungsobjekte des Mutterlandes sind, und einem eigentlichen Imperium nach Art des römischen, wo die Provinzen wirtschaftlich einander tragen und politisch immer mehr in gleichen Rang einrücken. Als Kolonialreich steht dem britischen Reich das Schicksal des spanischen und holländischen bevor, nämlich der Abfall der selbständig gewordenen Dominions und der versklavten Völker, sowie das Mutterland in seiner europäischen Geltung beeinträchtigt würde. Die Umwandlung in ein eigentliches Imperium aber müßte den politischen Schwerpunkt mit der Zeit aus dem Mutterland in die viel reicheren und ausgedehnteren überseeischen Britenländer verschieben. In beiden Fällen müßte also das eigentliche England von seiner Bedeutung herabsinken. Das englische Mutterland ist also darauf angewiesen, sein Weltreich in dem Schaukelzustand zwischen Kolonialreich und Imperium zu erhalten; es muß deshalb auch, obwohl es längst in ein uneuropäisch gewordenen überseeisches Gesamtangelsachsentum verflochten ist, seine Stellung als beherrschende Großmacht Europas eifersüchtig wahren. Das ist aber nur möglich, wenn die Gegenläge unter den kontinentalen Nationen andauern und wach bleiben. Darum hat England im 18. Jahrhundert die großen europäischen Dynastien, die Habsburger, Bourbonen, Hohenzollern usw. fortwährend gegeneinander ausgespielt, darum gegen Napoleon den Nationalismus der Spanier und Deutschen erweckt, darum endlich den Aufschwung der führenden Nationen von Europa, insbesondere der Deutschen, gelähmt durch das „Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen“. Das große Ziel, das die Engländer durch den jetzt gewonnenen Krieg erreicht haben, ist die Balkanisierung Europas, damit Englands Hegemonie mittelbar über alle fest steht. Der Gegenspieler gegen England müßte sich also die politische Zusammenfassung der Nationen Europas mit Ausschluß Englands zum letzten Ziel setzen. Das ist der „kleineuropäische Gedanke“, ein Ausdruck, den Hoffmann in Parallele setzt zum „kleindeutschen“ Gedanken, mit dem einst der Nationalverein und Bismarck gegen Österreich operierten. Der mitteleuropäische Bloß, den wir im Kriege bildeten, und der für die Zukunft erhalten werden sollte, bekommt hierdurch noch einen höheren Sinn als er für uns rein nationalpolitisch als Lösung der großdeutschen Frage und wirtschaftspolitisch als Grundlage der Verwirklichung der Berlin-Bagdadpläne gehabt hätte: er wäre der Kern für eine spätere europäische Einheit gewesen, dessen Schwergewicht im Falle von Deutschlands Sieg auch auf die feindlichen Staaten Europas mit der Zeit hätte wirken müssen.

Das Hoffmannsche Buch formuliert die weltpolitische Aufgabe, die die Deutschen in diesem Kriege gehabt hätten, wenn sie politisch reif dafür gewesen wären, in einem Umfange, der wohl so ziemlich erschöpfend ist. Man darf leider vermuten, daß das Buch auch dann nicht gewirkt hätte, wenn es vor dem Zusammenbruche erschienen wäre. Jetzt ist natürlich an die Ausführung eines derartigen Programms auch nicht von fern zu denken. Das Buch kann sich jetzt mehr denn je nur an solche Leser wenden, die entschlossen sind, wahrhaft politisch „in Kontinenten“ zu denken und vor allem aus der nationalen Katastrophe, die uns betroffen hat, zu lernen. Es ist keine erfolgreiche Politik möglich ohne große klare Leitgedanken und feste Ziele. Das ist das erste, was wir lernen müssen. Man kann der Sozialdemokratie das Zeugnis nicht versagen, daß sie tatsächlich bemüht ist, Grundsätze in die deutsche auswärtige Politik zu bringen. Ich habe das auch kürzlich in einer Besprechung des letzten sozialdemokratischen Parteitagss bereits ausdrücklich anerkannt²⁾. Leider ist nur wenig Aussicht, daß diese sozial-

²⁾ Grenzboten 1919, Nr. 26 S. 291.

demokratische Politik Erfolg haben kann. Die Sozialdemokraten glauben, daß der moralisfreie Nationalegoismus das Kind der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sei, und daß man Aussicht habe, mit dem Beispiel einer gerechten unegoistischen auswärtigen Politik auf die antikapitalistischen Massen der heute feindlichen Staaten mit der Zeit so zu wirken, daß diese dort schließlich die Nachahmung des Beispiels erzwingen. Der Egoismus in der Politik ist aber weit älter als die kapitalistische Wirtschaftsordnung und wird sie überdauern. Das besondere Verhängnis dabei ist noch, daß die Sozialdemokratie ihre Anhänger ja mit Inbrunst in einer schroff materialistischen Weltanschauung erzieht. Schon jetzt muß die Sozialdemokratie mit einem gewissen naiven Entsetzen den innerpolitischen Egoismus der Arbeiter erkennen, denen sie vergeblich von der Unbernunft der Streiks und der Pflicht zu verstärkter Arbeit predigt. Das Erwachen in der auswärtigen Politik wird auch noch kommen. Es gibt übrigens in der Sozialdemokratie eine Richtung, die in der auswärtigen Politik heute Grundsätze empfiehlt, die denen des Hoffmannschen Buches ähnlich sehen. Ich denke an den Abgeordneten Cohen-Reuß und seine auf dem Weimarer Parteitag abgegebene „Kontinentalpolitik“. Der Parteitag hat recht, denn heute fehlen für eine deutsche Politik mit der Spitze gegen die Angelsachsen in der Tat alle Voraussetzungen. Hoffmann selber wird meines Wissens der erste sein, der das unumwunden zugesteht. Englands Sieg in diesem Kriege ist so vollständig, daß es in der Lage ist, seine seit zwei Jahrhunderten behauptete mittelbare Hegemonie über unseren Erdteil sogar in eine unmittelbare umzuwandeln. England und mit ihm Amerika werden in Zukunft der Sache nach direkte Vasallenstaaten auf dem Boden Europas haben. Große Teile von Europa sind nicht mehr weit entfernt von dem Niveau englischer oder amerikanischer Kolonien. In den Balkanländern, im ehemaligen Österreich-Ungarn und Rußland, vor allem auch in Deutschland werden noch lange alliierte Truppen stehen bleiben, die Flüsse werden internationalisiert, die Eisenbahnen kontrolliert, d. h. alle Handelsstraßen dem angelsächsischen Einfluß geöffnet. Es ist leicht möglich, daß der maßgebende Teil des deutschen Industriefapitals allmählich in englische und amerikanische Hände übergeht. Ich habe schon Stimmen gehört, die Deutschlands Zukunft ganz in der Rolle eines englischen Dominions sehen. Man darf jedenfalls die Augen vor den Tatsachen des Friedensvertrages nicht verschließen. Eine weltpolitische Rolle weiter spielen zu wollen, ist in unserer Lage vorläufig ausgeschlossen, am allerwenigsten gegen England.

Keineswegs aber soll unsere Politik der großen Ziele und Aufgaben entbehren. Unser Volk darf nicht aufhören eine Nation zu sein, es muß vielmehr jetzt erst recht lernen, sich als solche zu fühlen. Die national bewußten Kreise unseres Volkes müssen ganz besonders davor gewarnt werden, aus Haß gegen die Revolution die Zustände des kaiserlichen Deutschlands ins Rosenrote zu färben, und die frühere Politik harrköpfig weiter zu vertreten. Das kaiserliche Deutschland hat seit dem Abschluß der Reichsgründung dem Volke kein großes politisches Ziel zu weisen verstanden, weder ein nationalpolitisches, noch ein weltpolitisches. Darum ist es nichts als ideenlose Reaktion, wenn man, wie so häufig jetzt die rechtsstehenden Parteien, nichts anderes zu sagen weiß, als daß man die Zustände des Zeitalters Kaiser Wilhelms des Zweiten zurückwünsche. Denen, die mit mir überzeugte Monarchisten sind, möchte ich sagen: es kann sich nur darum handeln, ein deutsches Kaiserium wieder aufzurichten. Bestrebungen, die auf Wiederherstellung hundesstaatlicher Dynastien hinauslaufen, vor allem auch der preußischen, sind nicht im Sinne eines wahrhaften nationalpolitischen Fortschrittes. Wollen wir denn wirklich wieder in den Sumpf nationalpolitischer Ideenlosigkeit? Es kann einem das Herz zerreißen, wenn man die verstopfte Politik der sogenannten Deutschnationalen mit ansehen muß und die unfruchtbare Rechthaberei, die an Kürzlichkeit den pazifistischen und sozialistischen Gegnern nichts nachgibt. Der Friedensvertrag läßt unserem Volke ein großes nationales Ziel, das uns alle einen könnte, wenn wir endlich mal was lernen wollten: das ist der großdeutsche Nationalstaat. Die Vereinigung mit Österreich und die

Wiedervereinigung mit den Markländern im Osten und Westen, die man uns jetzt nimmt, müssen wir alle erstreben und können wir erreichen, wenn wir ernstlich wollen, und wenn es hundert Jahre dauert. Alles andere: ob Preußen erhalten bleibt, wieviel Bundesstaaten zu organisieren sind, welche Farben die Reichsflagge haben soll, alle diese Fragen, mit denen gewissenlose oder denksaule, rechtshaberische Parteipolitiker heute die Volksgenossen gegeneinander heizen, sind minder wichtig. Wir wollen lernen, eine Nation zu sein, eine große nationalpolitische Aufgabe in allen unsern Parteien anzuerkennen, wir wollen lernen, nationalpolitisch nicht länger hinter den Polen und den Tschechen zurückzustehen, damit unser nationales Unglück wenigstens in seiner Fortwirkung ein Segen für uns werde.

Aber noch eins: Hoffmann sagt in seinem Buche mit Recht, daß eine große Nation nicht dabei stehen bleiben dürfe, politische Ziele nur für sich zu setzen, sondern daß sie auch für eine größere Gemeinschaft von Völkern etwas leisten müsse. Wir müssen uns frei machen von der Befangenheit im reinen Nationalismus und uns als Europäer fühlen (S. 103). Eine große Nation muß es verstehen, auch für die politische Gestaltung des internationalen Gedankens eine Aufgabe sich zuzuerkennen. Es müssen übernationale politische Gebilde geschaffen werden, an denen der an sich vage und userlose kosmopolitische Menschheitsgedanke eine feste Grundlage findet. Ein solches Gebilde sollte das „Mittleuropa“ werden, das wir erstrebten. Schon vor Jahren habe ich selbst in den Grenzboten versucht, das tiefe weltbürgerliche Pathos, das immer in der deutschen Seele gelebt hat und das wahrhaftig keine Schande für uns ist, mit dem mitteleuropäischen Gedanken zu verbinden²⁾. In gleichen Bahnen bewegt sich Hoffmann, indem er ein europäisches Bewußtsein in uns zu wecken sucht. Mit diesen Bemühungen ist es jetzt vorbei. Augenblicklich gibt es nur angelsächsische und ostasiatische Weltmachtzentren. Ob es je wieder ein besonderes europäisches geben kann, steht dahin. Der Völkerbund, der jetzt gemacht wird, ist ein Versuch, die Welt Herrschaft der Angelsachsen mit moralischen und gesetzlichen Wällen zu umgeben. Bis jetzt stehen wir außerhalb. Doch werden wir wahrscheinlich noch hineinkommen, weil das auf die Dauer vor der europäischen öffentlichen Meinung kaum anders möglich sein wird. Dann wird es unsere Aufgabe sein, uns in dem Völkerbunde möglichst zur Geltung zu bringen, die öffentliche Meinung der Welt nicht zur Ruhe kommen zu lassen, wenn man uns unterdrückt. Wir werden statt militärisch publizistisch kämpfen lernen müssen, was wir während des Krieges leider noch gar nicht verstanden. Natürlich sagen uns jetzt schon wieder die Leute, die nichts lernen wollen, wir hätten nichts weiter zu tun, als den Völkerbund zu meiden, unsere Jugend zum Hak zu erziehen und sobald wie möglich wieder loszuschlagen. Kulturgewissen scheinen diese Herren nicht viel zu haben, und die politische Erziehung, die wir brauchen, ist damit auch nicht vollbracht. Ich möchte noch einmal den Gedanken Hoffmanns wiederholen: eine Nation sein heißt für ein Volk, große politische Aufgaben auf nationalem und übernationalem Gebiete anerkennen. Nun wir alle, wir Deutschen in allen Gauen und in allen Glaubensbekenntnissen, fassen wir den einen großen Entschluß: Seien wir eine Nation!



²⁾ Grenzboten 1916 Nr. 10 „Der internationale Gedanke“.

Zur Frage unserer künftigen Außenpolitik

Von Dr. Karl Keller



icht die Fäulnis unserer inneren Zustände, sondern die schweren Fehler unserer Außenpolitik haben zum Zusammenbruch unseres Staatswesens geführt. Zweifellos bedurften unsere Verfassung und Verwaltung einer Reform im demokratischen Sinne, aber so groß waren die Schäden im Innern nicht, daß ohne einen übermächtigen Druck von außen eine solche Katastrophe eingetreten wäre. Unsere Revolution und unsere Nieberlage sind ein Schulbeispiel dafür, wie sehr die äußere Politik die innere an Wichtigkeit übertrifft. Um so notwendiger ist es, daß wir jene in Zukunft richtig orientieren. Sowohl die Regierung als auch eine Reihe großer Parteien haben bereits Programme hierfür aufgestellt. Es dürfte sich daher empfehlen, auch an dieser Stelle zu den Fragen unserer künftigen Außenpolitik Stellung zu nehmen.

Bei der Kritik der Darlegungen unseres neuen Außenministers muß man natürlich berücksichtigen, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Politik nicht die Redefreiheit hat wie ein nichtverantwortlicher Parteiführer oder gar ein beliebiger Zeitschriftsteller.

Welche Ziele muß sich unsere künftige Außenpolitik setzen? In erster Linie steht die Wiedervereinigung sämtlicher uns durch den Friedensvertrag entrisenen Gebiete deutscher Zunge mit dem Reiche einschließlich derjenigen gemischtsprachlichen Landesteile, die hauptsächlich deutscher Arbeit ihre gegenwärtige Kultur verdanken, ferner der Zusammenschluß mit Deutsch-Osterreich. „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Das ist ein Programm, auf das sich sämtliche Parteien von den Deutschnationalen bis zur unabhängigen Sozialdemokratie einigen können. Sichtlich Elsaß-Lothringens müssen wir zum mindesten eine freie unbefleckte Volksabstimmung fordern. Diese darf aber natürlich erst dann stattfinden, wenn alle Spuren der französischen Unterdrückungspolitik beseitigt sind und das Land wie das Saargebiet fünfzehn Jahre einer autonomen Verwaltung unter dem Schutze des Völkerbundes unterstellt worden ist. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich nach Ablauf dieser Zeit die Elsässer keineswegs für den Anschluß an Frankreich, sondern vielleicht für einen neutralen Pufferstaat nach dem Muster der Schweiz entscheiden würden. Die Forderung mancher Politiker, wir sollten einem guten Einvernehmen mit Frankreich zuliebe die französische Vergewaltigung Elsaß-Lothringens ruhig hinnehmen, ist umsomehr zurückzuweisen, als die französischen Bestrebungen zur Annexion des Saarbezirks und zur Losreißung des linksrheinischen Gebietes von Deutschland ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich auf absehbare Zeit vollständig ausschließen, die Anerkennung der französischen Herrschaft über Elsaß-Lothringen also vollkommen nutzlos wäre.

In dem Friedensvertrage ist bekanntlich in Oberschlesien, Masuren und Schleswig eine Volksabstimmung vorgesehen. Diese wird in Nordschleswig mit Sicherheit, in den übrigen Bezirken möglicherweise zu weiteren Gebietsverlusten führen. Da die Vorschriften über diese Abstimmung aber so einseitig zu Ungunsten der Deutschen gefaßt sind, daß von einer freien, unbefleckten Äußerung des Volkswillens nicht gesprochen werden kann, so ist es selbstverständlich, daß Deutschland das Ergebnis dieser Abstimmung, soweit es ungünstig für uns ausfallen sollte, als endgültig nicht anerkennen kann. Dasselbe gilt für das Saargebiet, daß erst fünfzehn Jahre französischer Gewaltpolitik über sich ergehen lassen soll, bevor die Abstimmung stattfindet.

Wenn der Außenminister davon spricht, daß wir die Revision des Friedensvertrages erstreben würden, so denkt er dabei wohl in erster Linie an die territorialen Bestimmungen, wenn er sie auch nicht ausdrücklich erwähnt. Dagegen gibt er erfreulicherweise seiner Hoffnung auf einen Zusammenschluß mit Deutsch-

Osterreich unzweideutig Ausdruck. Wie weit unsere gegenwärtige Regierung fähig sein wird, gegenüber dem Widerstande der Entente, welche eine Wiederherstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie unter slawischer Vorherrschaft als Glied der deutschfeindlichen Koalition erstrebt, den Anschluß Deutsch-Osterreichs durchzusetzen, erscheint allerdings um so zweifelhafter, als das zurzeit einflußreichste Regierungsmitglied, wie sich aus sehr kühlen Äußerungen über die Anschlußfrage entnehmen läßt, dem Plan einer monarchistischen Reaktion in Österreich-Ungarn anscheinend nicht unfreundlich gegenübersteht, offenbar im Interesse der Kurie, deren treueste Stütze die Habsburger waren.

Eine wichtige Aufgabe der deutschen Außenpolitik erblickt Müller mit Recht in der Schaffung eines zuverlässigen Schutzes der deutschen Minderheiten. Doch darf dieser Schutz nicht auf die an Polen fallenden Landesteile beschränkt werden, sondern muß auch für Memel, die der Tschecho-Slowakei zugeleiteten Gebiete, Schleswig, Eupen, Malmédy und Elsaß-Lothringen erstrebt werden.

Der Außenminister bezeichnet es ferner zutreffend als höchste Ungerechtigkeit, daß dem deutschen Volke die Möglichkeit kolonialer Betätigung vollständig geraubt worden ist. Das scheint darauf hinzudeuten, daß die Regierung für die Wiedererlangung eines deutschen Kolonialreiches eintritt. Das ist zu billigen, soweit dadurch nicht die Erreichung der übrigen Ziele der deutschen Politik gefährdet wird. Deutschlands Politik muß in Zukunft in erster Linie Kontinentalpolitik sein, die Übersee- und Kolonialpolitik muß dahinter zurücktreten. Man könnte sich auch fragen, ob Deutschland nicht dafür eintreten sollte, daß alle tropischen Gebiete, die sich nicht selbst regieren können, der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt, also internationalisiert werden; doch würde sich Deutschland dadurch die erbitterte Feindschaft der großen Kolonialmächte England und Frankreich zuziehen.

Eine Revision des Friedensvertrages muß aber nicht bloß hinsichtlich der territorialen Regelungen erfolgen, sondern auch hinsichtlich der Bestimmungen, welche die Souveränität Deutschlands einschränken. Hier ist außer an die Vorschriften über die Internationalisierung der deutschen Ströme usw., vor allem an die Deutschland aufgenötigte ganz einseitige Abrüstung zu denken. Auch Müller wünscht eine allgemeine Abrüstung. Daß eine solche in gewissem Umfange eintreten wird, ist wahrscheinlich. Daß sie aber so weit gehen wird, daß die gleichmäßige Behandlung Deutschlands und seiner Nachbarn, die wir fordern müssen, wiederhergestellt wird, können nur ganz welkfremde Träumer erhoffen. Oder kann jemand im Ernste annehmen, Frankreich werde jemals darin einwilligen, daß es seine Grenzfestungen schleift, seine Garnisonen aus Elsaß-Lothringen zurückzieht, die allgemeine Wehrpflicht abschafft, die Organisation seines Heeres, seine Erzeugung an Kriegsmaterial usw. sich bis in alle Einzelheiten genau vorschreiben läßt, wie Deutschland dies durch den Friedensvertrag aufgenötigt worden ist? Gewiß, auch Frankreich wird abrüsten, aber nur so weit, daß es immer noch die unbedingte militärische Überlegenheit über Deutschland behält. Unentwegte Pazifisten werden vielleicht sagen, das sei unbedenklich; denn Deutschland werde durch den Völkerbund gegen französische Übergriffe geschützt. Da aber der Haß, welcher die führende Macht des Völkerbundes, England, gegen Deutschland beseelt, nur langsam schwinden dürfte und Frankreich mit England nach wie vor eng verbündet ist, so steht diese Hoffnung auf schwachen Füßen, abgesehen davon, daß es mit der Ehre eines großen Volkes unvereinbar ist, wenn es seine Unabhängigkeit aus eigener Kraft nicht verteidigen kann. Aus diesen Gründen müssen wir die Befreiung von den uns auferlegten Fesseln fordern. Müllers Äußerungen, daß wir allen militaristischen Gedankengängen endgültig entsagen müßten, lassen leider nicht erhoffen, daß unsere heutige Regierung diese Schlußfolgerung ziehen wird, sie erwecken vielmehr die Sorge, daß Versuche, nach dem wahrcheinlichen Scheitern der von uns erstrebten völligen Abrüstung aller Staaten das Gleichgewicht durch eine militärische Stärkung Deutschlands wiederherzustellen, auf sozialdemokratischen Widerstand stoßen werden. Die Sozialdemokratie würde sich dadurch aber den

Vorwurf zuziehen, daß sie für Aufrechterhaltung einer internationalen Rechtsordnung eintritt, welche das eigene Volk als minderen Rechtes behandelt. Müllers Ausführungen zeigen, daß er ganz und gar in dem Vorurteil befangen ist, der preußische Militarismus habe den Krieg verschuldet. In Wirklichkeit liegen die Dinge gerade umgekehrt, nämlich so, daß die unerschütterliche Friedensliebe Kaiser Wilhelms des Zweiten an unserer Niederlage schuld ist. Wäre Deutschland kriegslüsterig gewesen, so hätte es im Jahre 1905, als Rußland durch die japanische Niederlage und die Revolution geschwächt und Frankreich nicht bereit war, zu den Waffen gegriffen. Daß der preußische Militarismus für England nur ein Vorwand war, beweist doch die von Müller selbst angeführte Tatsache, daß England sowohl im siebenjährigen Kriege wie in den napoleonischen Kriegen auf Preußens Seite gestanden hat. Und wie erklärt sich die Tatsache, daß England uns noch um 1900 herum ein Bündnis angeboten hat? Ist der preußische Militarismus etwa erst ein Erzeugnis der letzten vierzehn Jahre vor dem Kriege? Hätten wir um die Jahrhundertwende das englische Bündnisangebot angenommen, so würden heute die Engländer unseren Militarismus ebenso preisen, wie sie ihn nun, da wir nein gesagt haben, verdammen. Gewiß hat der Unteroffizierston, der Mangel an Völkerpsychologie in unseren Beziehungen zu fremden Nationen manches Unheil angerichtet, die Ursache des Krieges ist aber der preußische Militarismus sicher nicht gewesen.

Ein weiteres Ziel der deutschen Politik muß Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund und die Umwandlung der Wilsonschen Schöpfung in einen wahren Völkerbund sein. Die Tatsache, daß die in Versailles beschlossene Organisation nur ein Instrument der angelsächsischen Mächte zur Beherrschung der Welt, eine Aktiengesellschaft der Sieger im Weltkriege zur Ausbeutung der Besiegten darstellt, darf uns nicht dazu verleiten, den Gedanken des Völkerbundes an sich abzulehnen. Denn dieser Gedanke hat etwas Berechtigtes. Wir können uns damit um so mehr befreunden, als ein deutscher Philosoph, der zugleich ein glühender Patriot war, Fichte, in seinen „Grundlagen des Naturrechts“ bereits vor einhundertzwanzig Jahren den Gedanken des „Völkerbundes“ — er gebraucht ausdrücklich diesen Namen — eingehend erörtert hat. (Vgl. Rühlmann, der Völkerbundgedanke, Materialiensammlung, zusammengestellt im Auftrage des Vereins Auslandskunde, Berlin 1919, S. 10/11.) Die Bedenken, die vom nationalen Standpunkte aus gegen den Völkerbund geäußert werden, sind einem wahren Völkerbunde gegenüber nicht berechtigt. Es ist richtig, daß der Reichtum unserer modernen Kultur im Vergleiche mit der antiken aus dem Nebeneinander zahlreicher Nationalitäten quillt, von denen jede einzelne eine eigenartige Ausprägung des menschlichen Geistes darstellt, und daß der Untergang der nationalen Individualitäten in dem öden Einerlei des „Weltbürgertums“ eine entsetzliche Verarmung des menschlichen Lebens bedeuten würde. Aber der wahre Völkerbund hat die Anerkennung des Rechtes eines jeden Volkes auf nationales Eigenleben zur Voraussetzung. Er unterscheidet sich dadurch vom Wilsonschen Völkerbunde, der auf einem Frieden aufgebaut ist, welcher dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht abspricht, acht bis neun Millionen Deutsche in Europa der Fremdherrschaft unterwirft, die Einigung Deutschlands durch Anschluß Deutsch-Osterreichs an das Reich gewaltsam verhindert und das deutsche Volk als Paria behandelt.

Das schwierigste Problem des Völkerbundes besteht in der Frage, wie verhindert werden kann, daß der Völkerbund, indem er den zu einem bestimmten Zeitpunkt bestehenden Status quo verewigt, ein Hindernis der Entwicklung wird. Die Besitzverteilung, die der Friede geschaffen hat, ist höchst ungerecht. Aber auch die gerechteste Besitzverteilung kann im Laufe der Zeit ungerecht werden, da es aufsteigende Völker gibt, die Raum zur Ausdehnung brauchen, und absterbende, die ihren Besitz nicht voll ausnützen können. Hier muß durch Schaffung eines Rechtes zur Einwanderung und Siedlung auf fremdem Territorium, Schutz der nationalen Minderheiten, das Recht von Provinzen eines Staates, sich durch Volksabstimmung von der Gesamtheit loszulösen und anderen Staaten anzu-

schließen, u. a. m. die Möglichkeit zu territorialen Verschiebungen, zur Ausbreitung wachsender Völker ohne Krieg geschaffen werden. In einer demnächst erscheinenden Schrift von Dr. Karl von Mangoldt werden diese Fragen voraussichtlich eingehend erörtert werden.

Der Wilsonsche Völkerbund genügt all diesen Anforderungen in keiner Weise; seine Verfassung bedarf einer gründlichen Umgestaltung. Die Vorzugstellung, welche die fünf alliierten und assoziierten Hauptmächte (England, Amerika, Frankreich, Italien und Japan) sich selbst gegeben haben, muß aufhören. Der Völkerbund muß, wie Müller mit Recht sagt, aus einem Bund der Kabinette ein Bund der Völker selbst werden, d. h. die Parlamente der Mitgliedsstaaten müssen auf die Geschäftsführung Einfluß erhalten. Dazu müssen die oben geforderten Bestimmungen über Einwanderungs- und Siedlungsrecht treten. Freilich werden all diese Reformen nur gegen den heftigsten Widerstand Englands und Frankreichs durchgesetzt werden können, und es fragt sich, ob es für Deutschland ratsam ist, sich von neuem den Haß der Engländer zuzuziehen. Dagegen würde Deutschland bei einem Kampfe für die genannten Ziele wohl die Sympathien der kleineren Staaten auf seiner Seite haben, wobei es allerdings zweifelhaft ist, wie weit diese Staaten wagen dürften, durch allzu lebhaftes Betonung dieser Sympathien die Feindschaft des allmächtigen England auf ihr Haupt zu laden. Gegen das Einwanderungsrecht würden die Vereinigten Staaten wegen der Japaner und Chinesen lebhaftes Bedenken haben.

Aber auch die vortrefflichste Verfassung schafft noch keinen wahren Völkerbund, wenn die Politik der führenden Mächte nicht von Völkerbundsgeist erfüllt ist. Davon ist gegenwärtig noch keine Spur zu merken. Die fünf alliierten und assoziierten Hauptmächte, welche den Völkerbund beherrschen, denken gar nicht daran, dem deutschen Volke sein Recht werden zu lassen; ihre Politik wird bestimmt durch den Geist des Wortes von Clemenceau, daß es zwanzig Millionen Deutsche zuviel in der Welt gäbe, und des Berichtes von Barthou, welcher bedauert, daß Deutschland nicht in seine Bestandteile zerlegt worden sei. Hier muß erst eine vollständige Sinnesänderung eintreten. Die Mitarbeit an der Schaffung des Völkerbundsgeistes ist eine der wichtigsten Aufgaben des deutschen Volkes in der Zukunft; diese Mitarbeit braucht zu nationaler Politik nicht in Widerspruch zu stehen. Das deutsche Interesse an der Revision des Versailler Friedens ist gleichzeitig Menschheitsinteresse; denn auf Lüge und Gewalt kann ein wahrer Völkerbund nicht erbaut werden.

Als letzte Aufgabe der künftigen deutschen Außenpolitik ist die planmäßige Leitung der deutschen Auswanderung zu nennen. Wir müssen den Strom unserer Auswanderer dorthin zu lenken suchen, wo unsere Volksgenossen sich ihre Sprache und ihre nationale Eigenart bewahren und ihrem alten Heimatlande wirtschaftlich und politisch von Nutzen sein können.

So leicht es ist, unserer künftigen Außenpolitik die Ziele zu setzen, so schwierig ist es, den Weg zu weisen, der zu diesen Zielen hinführt. Die Deutschland zu Gebote stehenden Mittel sind nur gering. In den nächsten Jahrzehnten werden wir fast ausschließlich darauf angewiesen sein, mit geistigen Waffen zu kämpfen. Der Deutschland ausgenötigte Gewaltfriede ist ein Beispiel tragester Geheimdiplomatie. Er ist von den leitenden Staatsmännern der uns feindlichen Mächte ohne Befragung der Völker zustande gebracht worden; hat doch sogar Wilson durch ein Schreiben an den amerikanischen Senat, wenn auch vergeblich, das Bekanntwerden des Friedensvertrages in den Vereinigten Staaten zu verhindern versucht. Es wird Aufgabe der deutschen Regierung sein, in gemeinschaftlicher Arbeit mit privaten Organisationen dort, wo Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, also insbesondere in den Vereinigten Staaten, die Öffentlichkeit über das schwere, dem deutschen Volke angetane Unrecht aufzuklären. Dort, wo wichtige materielle Interessen, wie z. B. in Frankreich, der Verbreitung der Wahrheit entgegenstehen, wird allerdings von vornherein mit einem Verlagen der geistigen Waffen zu rechnen sein. Eine große Illusion ist es, wenn Müller glaubt, daß die Demo-

fratifizierung unserer politischen Institutionen allein ausreichen werde, uns die Sympathien des Auslandes wiederzugewinnen, und daß die Demotratifizierung des Auslandes dieses ohne weiteres deutschfreundlicher stimmen werde. Wären die innerpolitischen Zustände eines Landes von so großem Einflusse auf seine auswärtigen Beziehungen, dann hätte der russische Zarismus niemals der Bundesgenosse Englands und Frankreichs werden können, und dann hätte die Hoffnung, Deutschland werde nach Beseitigung der Monarchie erträgliche Friedensbedingungen erhalten, nicht so elend Schiffbruch gelitten. Und Lloyd Georges Beispiel beweist, wie gut sich politischer Radikalismus und Imperialismus in einer Person vertragen.

Von manchen Seiten ist darauf hingewiesen worden, Deutschland sei berufen, als Vorkämpfer des Sozialismus in der Welt aufzutreten. Die Anträge, die Graf Brockdorff in Versailles zur Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung gestellt hat, waren zweifellos darauf berechnet, uns die Sympathien der Arbeiterklassen des Auslandes zu gewinnen. Andererseits hat Bernstorff davor gewarnt, den Sozialismus als Exportware zu benutzen, da dieser in den Vereinigten Staaten sehr unbeliebt sei und wir uns dadurch die Wiederaussöhnung mit Amerika unmöglich machen würden. Immerhin kann, vorsichtig angewandt, dieses Kampfmittel nicht schaden. Eine bolschewistische Propaganda im Auslande dagegen ist unbedingt zu verwerfen; sie würde die Welt aufs neue gegen Deutschland zusammenschmieden. Für die von der unabhängigen Sozialdemokratie erhoffte Weltrevolution fehlen alle Voraussetzungen. Zwar werden innere Schwierigkeiten durch Streiks infolge der hohen Kriegslasten und der gesteigerten Begehrlichkeit der Arbeiter auch für die Sieger des Weltkrieges nicht ausbleiben; aber zu einem gewaltsamen Umsturz wird es schwerlich kommen.

Wirtschaftliche Waffen stehen dem durch den Krieg des größten Teils seines Nationalvermögens und wichtiger Rohstoffgebiete beraubten Deutschland nur in bescheidenem Maße zur Verfügung. Ganz fehlen uns gegenwärtig die militärischen Machtmittel. Es wird jetzt auch in Deutschland bisweilen von einem Revanchekriege gesprochen. Dagegen glaubten Bauer und Müller das schwerste Geschütz auffahren zu müssen. Gewiß kann es nichts Töchteres geben als gegenwärtig, wo Deutschland dem Feinde auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist, mit dem Säbel rasseln zu wollen. Aber die Behauptung, daß jeder Krieg, auch wenn er zur Befreiung eines Volkes von der Fremdherrschaft geführt wird, verwerflich sei, ist entschieden zurückzuweisen. Eine solche Behauptung muß wunder nehmen im Munde von Anhängern einer Partei, die doch sonst die Gewalt in der Politik nicht für unerlaubt hält, wie ihr Eintreten für das Recht zur Revolution beweist. Übrigens sind Marx und Engels keineswegs unbedingte Pazifisten gewesen. Unsere neuen Machthaber möchten sich gern als Erben der deutschen Klassiker, Schillers und Goethes, betrachtet wissen. Dann sollten sie aber auch nicht vergessen, daß Schiller vom Menschen sagt: „Zum letzten Mittel, wenn kein anderes mehr verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben!“ Und Schiller war doch kein Kriegsgewinnler!

Ebenso entschieden wie gegen den Gedanken eines Revanchekrieges hat sich Müller gegen jede Art von Bündnispolitik ausgesprochen. Er hat aber nicht verschweigen können, daß unsere Feinde, Amerika, England, Frankreich und Belgien, dem Völkerbunde zum Troz bereits wieder ein Sonderbündnis gegen Deutschland abgeschlossen haben. Gewiß wäre es besser, wenn alle Sonderbündnisse aufhören würden. Aber daß dies geschieht, steht nicht in unserer Macht. Wer die Bündnispolitik unserer Gegner mit der Erklärung bekämpft, daß Sonderbündnisse mit dem Geiste des Völkerbundes unvereinbar seien, handelt wie jemand, der einen Verbrecher, der ihn mit geladenem Revolver überfällt, durch Zitate aus der Bergpredigt abwehren will; er wird zwar sein Leben dabei einbüßen, aber das Verbrechen wird dadurch nicht ausgerottet werden. Gegen Waffen kann man eben nur mit Waffen und gegen Bündnisse nur mit Bündnissen ankämpfen. Von ähnlicher Weltfremdheit zeugen die Äußerungen Müllers über Geheimdiplomatie.

Müllers Äußerungen klingen so, als wenn Deutschland nur zu sagen brauchte: es gibt keinen Militarismus, keine Sonderbündnisse, keine Geheimdiplomatie mehr, und alle diese Erscheinungen wären verschwunden! In Wirklichkeit werden sich die Sieger des Weltkrieges durch Deutschlands Erklärungen nicht im geringsten abhalten lassen, mit den bewährten alten Mitteln weiter zu arbeiten. Wenn Deutschland seinerseits endgültig auf diese Mittel verzichtet, setzt es sich von vornherein in Nachteil, ohne an den politischen Methoden der Welt irgend etwas zu ändern.

Wenn Müller die Bündnispolitik für unser Unglück verantwortlich macht, so liegt hier die Sache ebenso wie beim Militarismus gerade umgekehrt; gerade die Tatsache, daß wir aus Furcht vor kriegerischen Verwicklungen die Bündnisangebote Englands um 1900 abgelehnt haben, hat zum Anschluß Englands an Frankreich und Rußland und zur Entstehung der Miesenkoalition geführt, der wir erliegen sind. Indem die Sozialdemokratie jede Bündnispolitik verwirft, setzt sie also die falschen Methoden der auswärtigen Politik, die zu unserem Zusammenbruch geführt haben, in verstärktem Maße fort; das Ergebnis muß natürlich noch unheilvoller sein.

Während die Müllerschen Bedenken gegen eine deutsche Bündnispolitik rein doktrinären Gedankengängen entsprungen sind, wird aus realpolitischen Erwägungen heraus der Einwand vorgebracht, Deutschland sei nicht bündnisfähig, weil nur der Mächtige Bundesgenossen finde. Das ist richtig, aber es darf nicht übersehen werden, daß Deutschland doch immerhin eine latente Macht darstellt, und daß auch einmal wieder eine Umwälzung der politischen Weltverhältnisse eintreten kann, wodurch diese Macht auch wieder potentiell wird.

Auch wenn durch den Völkerbund Kriege künftig vollständig ausgeschlossen werden sollten, würde es doch immer noch Bündnisse geben. In dem großen Weltparlament des Völkerbundes wird es vermutlich nicht anders zugehen als in den Parlamenten der einzelnen Staaten. Ebenso wie dort die verschiedenen Parteien Vereinbarungen miteinander schließen, in denen sich Partei A verpflichtet, für bestimmte Forderungen der Partei B zu stimmen, wenn Partei B ihrerseits für bestimmte Forderungen von Partei A eintritt, ebenso wird es auch im Völkerbunde sein.

Wie wird sich nun vermutlich Deutschlands Verhältnis zu den anderen Staaten gestalten? An eine Aussöhnung mit Frankreich ist in absehbarer Zeit nicht zu denken, da Frankreich seine Politik, das linke Rheinufer von Deutschland loszureißen, Polen auf Deutschlands Kosten zu stärken und den Zusammenschluß mit Deutsch-Osterreich zu hintertreiben, vorläufig nicht aufgeben wird. Der natürliche Verbündete der Franzosen sind die Polen. Wenn auch der Versuch, sich im Interesse unserer Landsleute, die unter polnische Herrschaft kommen, mit dem neuen polnischen Staate zu verständigen, durchaus zu billigen ist, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein Gegensatz fortbestehen wird. Auch die Tschechen haben enge Beziehungen zu Paris, doch weisen sie wirtschaftliche Gründe auf einen Ausgleich mit Deutschland hin. Ob dieser, der an sich sehr wünschenswert ist, zustande kommt, hängt in erster Linie davon ab, ob die Tschechen so besonnen sein werden, den Deutsch-Böhmen das Recht auf Pflege ihrer nationalen Eigenart im Rahmen des tschecho-slowatischen Staates zuzugestehen. Die Verständigung mit den Tschechen würde sehr eine etwaige Annäherung an Rußland erleichtern, die aber voraussetzt, daß sich in Rußland erst wieder ein gefestigtes Staatswesen bildet. An den Sturz der bolschewistischen Regierung ist vorläufig, wie es scheint, nicht zu denken, da die Bauern, denen die Bolschewisten die Aneignung des Landes der Großgrundbesitzer gestattet haben, kein Interesse an der Änderung der Regierungsform haben, und Kolltschat keine Fortschritte macht. Eine Verständigung mit Lenin würde voraussetzen, daß dieser auf bolschewistische Propaganda in Deutschland verzichtet, und zwar nicht bloß auf dem Papier, sondern aufrichtig; ob das aber geschehen würde, ist zweifelhaft. Ein weiteres Hindernis für eine deutsch-russische Annäherung dürfte darin zu erblicken sein,

daß Rußland in Zukunft finanziell wahrscheinlich ganz von Amerika abhängig sein wird und diese finanzielle Abhängigkeit vielleicht auch eine politische zur Folge haben wird. Sollte die Ukraine als selbständiger Staat neben Groß-Rußland bestehen bleiben, was zweifelhaft ist, so würde sie mit Deutschland durch den gemeinsamen Gegensatz gegen Polen verbunden werden. Außer einer Annäherung an Rußland läme vielleicht eine solche an die Vereinigten Staaten in Frage. Ohne Hilfe amerikanischen Kapitals wird die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens kaum möglich sein. Je stärker dieses Kapital an der deutschen Industrie beteiligt ist, umso mehr wächst auch das Interesse Amerikas, daß Deutschland nicht vollständig zugrunde gerichtet wird, um so eher wird es geneigt sein, unseren Einwendungen gegen den Friedensvertrag Gehör zu schenken. Ungünstiger als bei Amerika liegen die Aussichten auf eine Wiederausöhnung bei England. Bisher war es Grundsatz der englischen Politik, gegen die den englischen Interessen jeweils gefährlichste Macht des europäischen Kontinents die anderen Mächte auszuspielen. Eine europäische Macht, die England gefährlich werden könnte, gibt es aber augenblicklich überhaupt nicht. Der gefährlichste Nebenbuhler in der Vergangenheit, Rußland, ist durch das deutsche Schwert zerschlagen worden. Hier zeigt sich die enorme Torheit der deutschen Politik, welche nicht verstanden hat, von dem russisch-englischen Interessengegensatz Nutzen zu ziehen, sondern, indem sie beide Mächte von sich stieß, erreichte, daß sich beide zusammenschlossen und gemeinsam über uns herfielen. Von Frankreich hat England kaum etwas zu befürchten, daher hat es auch kein besonderes Interesse, uns gegenüber den Franzosen zu unterstützen. Mit einem Zerfall des englisch-amerikanischen-französischen Bündnisses dürfen wir, wie Bernstorff mit Recht ausführt, vorläufig nicht rechnen. Doch kann immerhin einmal eine Änderung der Weltlage eintreten, die Amerika oder England eine Verständigung mit Deutschland erwünscht erscheinen läßt. Manche setzen Hoffnungen auf einen amerikanisch-japanischen Konflikt. Doch ist nicht anzunehmen, daß Japan sich ohne einen Rückhalt an Rußland auf einen Kampf mit Amerika einlassen wird. Am günstigsten liegen die Aussichten für eine Ausöhnung bei Italien. Italien wünscht aus Furcht vor einer Wiederherstellung des Habsburgerreiches den Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland. Die Ausöhnung würde sehr erleichtert werden, wenn Italien sich entschließen könnte, gegen das Zugeständnis der militärischen Neutralisierung Tirols auf Deutsch-Südtirol zu verzichten. Jedenfalls beansprucht die Entwicklung des Gegensatzes zwischen Italien und den Südslawen die gespannteste Aufmerksamkeit der deutschen Politik. Im Falle einer Annäherung an Rußland darf natürlich nicht das Verhältnis zu den Südslawen eine neue Reibungsfläche zwischen Deutschland und Rußland schaffen. Eine gewisse Erschwerung der deutschen Politik bietet die offenkundige Absicht der Entente, sämtliche Nachbarn des Deutschen Reiches durch Zuweisung deutschen Gebietes an der Aufrechterhaltung des ungerechten Friedens zu interessieren und so zu einer Gemeinschaft gegen Deutschland zusammenzuschmieden. Doch wird eine kluge und zielbewußte Politik dieses Hindernis überwinden können.

Eine erfolgreiche Außenpolitik hat aber eine Geschlossenheit des deutschen Volkes in nationalen Fragen zur unbedingten Voraussetzung. Die schlimme deutsche Gewohnheit, parteipolitische Gesichtspunkte über die nationalen zu stellen, muß aufhören; ferner müssen wir uns, wenn unsere Politik natürlich auch auf die Menschheitsbedürfnisse Rücksicht nehmen muß, sorgfältig hüten, internationalen Träumen nachzujagen. Solche Träume haben in den letzten zwei Jahren bei uns Schaden genug angerichtet. In der Hoffnung auf eine Weltrevolution hat die unabhängige Sozialdemokratie unser Heer zerschlagen; sie hat damit unser Vaterland wehrlos einem erbarmungslosen Feinde ausgeliefert; die Hoffnung auf die Weltrevolution aber hat sich als völlig eitel erwiesen. Die Folgen dieser selbstmörderischen Politik wird die Arbeiterklasse in Form von Arbeitslosigkeit, hohen Steuern usw. am eigenen Leibe schmerzlich genug zu spüren bekommen. Vielleicht aber erzeugt gerade die Not, der wir entgegengehen, die nationale Geschlossen-

heit, die uns bisher gefehlt hat, vielleicht erweisen sich Clémenceau und Lloyd George mit ihren Plänen zur Vernichtung Deutschlands als ein Teil der Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Daß es auch in der Sozialdemokratie an Männern mit warmer Vaterlandsliebe nicht fehlt, zeigen die wahrhaft herzerquickenden Ausführungen, die Winnig neulich in der „Globe“ gemacht hat. Schmiedet uns die Not zu einem einzig Volk von Brüdern zusammen, dann wird Deutschland auch wieder bessere Tage sehen. Der Leitstern unseres Handelns aber sei das Schillerwort:

„Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.“



Siedlungsmöglichkeiten im westlichen Orient

Von E. Franz-Treutler



Wenn man unter „westlichem Orient“ die Länder der ehemaligen Türkei auf asiatischem Boden (Anatolien, Armenien und Syrien), sowie Persien und Arabien versteht, so ist ein Gebiet ins Auge zu fassen, das etwa 20 Breitengrade einschließt und der ungefähren Entfernung vom Nordkap bis Neapel entspricht. Diese Ausdehnung bedingt eine große Verschiedenheit hinsichtlich der dazu gehörigen Landesteile. Zusammenhängende Hochebenen mit schneeigen Gebirgsketten von teilweise alpinem Charakter — 3000 Meter und höher — stehen glutdurchwellten Sand- und Gesteinswüsten gegenüber. Eintöniges Flachland wechselt mit tief zerklüfteten Schluchten ab, fruchtbare Küstenstriche und wasserreiche Flußniederungen verlieren sich in heißen, fahlen Steppen.

Zur Verschiedenheit der Bodenform und der beträchtlichen Spannung der geographischen Breite tritt als weiterer Grund zu den scharfen Gegensätzen im Landschaftsbilde das Klima hinzu, bald Ursache, bald Wirkung darstellend. Die kurze Regenzeit ist nicht imstande, den Wasserbedarf des Bodens während der langen Dürerperiode zu decken. Infolge der hohen Durchschnittstemperatur geht die Verdunstung und Austrocknung des Bodens außerordentlich rasch vor sich. In zahlreichen Gegenden wird sie noch beschleunigt durch eine die Erdoberfläche bildende Kalkschicht. An Stellen, wo diese fehlt, ist dann eine gedrängte Wasseransammlung die Folge, woraus sich der oft überraschende Wechsel von ausgedorrten, unwirtlichen Landstrichen mit plötzlich auftauchenden üppigen Paradiesen erklärt. In der orientalischen Landwirtschaft spielt darum seit altersher die künstliche Verieselung eine große Rolle, welche zwar die Abhängigkeit von der Temperatur nicht aufhebt, aber eine solche von den Niederschlägen wesentlich einschränkt. Dem mit modernem maschinellen Rüstzeug und gediegener Fachkunde ausgestatteten deutschen Kulturtechniker und Landwirt bietet sich hier ein reiches Feld, an der Vervollkommenung der dort angewandten — mehr oder minder primitiven — Methode mitzuarbeiten.

Ein ungeheures Gebiet noch unermesslicher Möglichkeiten liegt zwischen Europa und den Ländern des Indischen Ozeans. In ihnen liegen Landstriche, in denen schon heute ohne sonderliche Mühehaltung Korn und Obst, Baumwolle, Tabak, Opium und Indigo gedeiht. Mit Hilfe sachgerechter, künstlicher Bewässerung durch Schaffung von Bahnlinien und Binnenschiffahrtswegen, durch Gewährleistung von Sicherheit gegen Räuber und ungetreue Beamte, und vor allem durch neuzeitliche Arbeits- und Bewirtschaftungsmethoden läßt sich die anbaufähige Fläche auf den zehnfachen Ertrag einstellen.

Die Landwirtschaft ist heute mehr als je die Hauptstütze der orientalischen (türkischen, persischen) Volkswirtschaft. In den nördlichen Gebieten werden alle mitteleuropäischen Kulturpflanzen angebaut. Hierzu treten in den Gegenden am Mittelmeer, im westlichen Kleinasien und Kilikien, Mais, Reis, Tabak, Wein, Baumwolle, Bohnen, Indigo u. a. m. und in Syrien noch Orangen, Feigen und Datteln. Die Bewirtschaftungsweise ist jedoch auch hierin eine durchaus veraltete. Moderne landwirtschaftliche Werkzeuge sind so gut wie unbekannt. Trotz diesem Umstande und trotz der vollkommenen Ertraglosigkeit der unermesslichen Steppen und Wüsten konnten die Türkei und Persien sogar einen großen Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausführen. Auch die Kamel-, Pferde-, Kleinvieh- und Geflügelzucht — meist in nomadischer Form — ist ebenso wie der Ackerbau noch sehr entwicklungsfähig, wenn deutsche Landwirte und Tierzüchter hier die Führung übernehmen, wenn die Bewirtschaftung intensiver und auf mehr neuzeitlicher Grundlage betrieben wird. Dasselbe läßt sich von der Aufzucht der Wälder sagen. Holzbedarf, Anlegung von Verkehrswege und finanzielle Mängel haben die zum Teil prächtigen Bestände merklich gelichtet, an manchen Stellen vollkommen ausgerottet.

Moltke schrieb bereits 1835 von dem zukunftsreichen Lande mit prophetischer Gabe: „Wieviele Naturkräfte sind hier noch ungenützt, wieviele Bäche brausen dahin, welche Mühlen und Werke treiben könnten, welch endlose Wälder stehen unangerührt aus Mangel an Straßen, wieviel Baumaterial liegt hier umhergestreut, welche mineralischen Schätze verschließen diese Berge, wieviel derselben liegt offen zutage und wartet nur der Ausbeutung.“

Die hierzu erforderliche Vermehrung der Einwohnerzahl braucht nicht durch die einheimische Bevölkerung allein erzielt zu werden. Nicht nur ohne deren geringste Verdrängung, sondern im Gegenteil durch das anspornende Beispiel mustergültiger Wirtschaftsweise weißer Bauern läßt sich eine erhöhte Ertragsfähigkeit erzielen. Die Kolonien der deutschen Tempeler in Südsyrien beweisen, daß selbst dort Europäer noch auf dem Felde arbeiten können. Es gibt natürlich Gegenden, wie z. B. Babylonien und Westarabien, wo es an gesundem Wasser fehlt, es gibt Malaria Gegenden und Stellen, in denen sich eine dauernde Betätigung von Mitteleuropäern verbietet. In Kleinasien, Armenien, Syrien und Westmesopotamien aber ist das Klima durchaus erträglich, ja mehr noch, gesund, wie die bereits erfolgte Kolonisation deutscher Bauern in Palästina, bei Jaffa, Jerusalem und Haifa beweist. Die von schwäbischen oder elsässischen Bauern gegründeten Kolonien in Transkaukasien, Algier und Bessarabien erfreuen sich durchaus nicht klimatisch gleich günstiger Lage.

Von besonderer Wichtigkeit für diese Länder des westlichen Orients und für Deutschland als ein berg- und hüttentechnisch voranschreitendes Land ist die Aufdeckung des Mineralreichtums. Seine Fundstätten liegen in der Hauptsache in Kleinasien und Armenien, wo sich zahlreiche Lager von Eisen, Kupfer, Mangan, Zink, Blei, Chrom, Petroleum usw. vorfinden. Mit zunehmender Verbesserung der Verkehrsstraßen, mit der Erleichterung der Abfuhr von Erzen und der Zufuhr von Bau- und Brennstoffen wird sich der Abbau auch lohnender gestalten.

Die orientalische Industrie ist von der europäischen bereits stark zurückgedrängt worden und beschränkt sich nur noch auf die Heimindustrie, die zudem mit unzureichenden Mitteln und nach alten Methoden arbeitet. Einige Erzeugnisse sind allerdings auch heute noch unerreicht, so z. B. die handgeknüpften, farbenfrischen Teppiche, auch alle Arten von Seidengeweben und schönen Handarbeiten aus Leder, Ton, Messing und Kupfer, deren Herstellung auf maschinellem Wege teils nicht möglich, teils nicht nötig ist, vielmehr eine künstlerische Erfindungsgabe, ein liebevolles Verfeinern in die Eigenart des Stoffes und Zweckes voraussetzt. Ein deutlicher Beweis für den Rückstand der Industrie er-

heißt daraus, daß die Türkei wohl Getreide und Wolle ausführt, Mehl und Wollstoffe aber einführen muß.

Wo es sich jedoch um Bedarfs- und Massenartikel, um Waren in billiger Ausführung und rascher Lieferungsnotwendigkeit handelt, wird auch hier moderne Industrialisierung ihre Aufgabe und Bahn finden. Insbesondere bietet die Einrichtung von Großbrauereien, Mühlen, Gerbereien usw. gute Aussichten. Mit der Steigerung der Produktion und der erhöhten Absatzmöglichkeit wird naturgemäß der Bezug von Erzeugnissen der Maschinen-, Leinen-, Webwaren- und chemischen Industrie Hand in Hand gehen und unsere deutschen Kulturpioniere werden auch dort wieder die Brücke zwischen der Heimat und der Fremde sein.

Wie in zahlreichen ähnlichen Fällen wäre es auch hier verfehlt, einer allgemeinen Einwanderung das Wort zu reden. Die politische Umwälzung bedeutet gerade im Orient als ein plötzliches Erwachen aus tausendjährigem Schlaf einen noch tieferen Einschnitt in das Wirtschaftsleben als bei uns und wird noch lange Zeit weite Kreise ziehen. In dem Maße jedoch, als dem Orientalen durch westeuropäische Beispiele der Segen des wirtschaftlichen und beruflichen Zusammenschlusses, des genossenschaftlichen und verbandlichen Gedankens, die Vorteile moderner Arbeits- und Kräfteverteilung, mit einem Wort: Organisation aller Gebiete einleuchten wird, bietet sich dem deutschen Siedler und Handwerker im Orient ein Feld fruchtbarer Arbeit wie kaum anderswo. In keinem Lande der Erde wird so bescheidenenerweise vorlieb genommen mit dem, was der Boden gutwillig hergibt, wird so nach tausendjähriger Urväterart geschafft, wie in diesen Teilen des Orients. Nicht für die Masse der Siedlungsgewillten, wohl aber für den einzelnen mit besonders stark ausgeprägtem Schaffensdrang bietet sich hier das geeignetste Gebiet. Erfordernis ist naturgemäß, sich auf jede mögliche Weise — Besuch von Vorlesungen und Vorträgen, Lesen von Büchern und Schriften — rechtzeitig ein Bild von der Natur jener Gegenden, von der Bevölkerung und ihrer Geistesart, von den Formen des Wirtschaftslebens zu machen und als vornehmstes Ziel das Studium der betreffenden Sprache — Türkisch, Armenisch, Persisch oder Syrisch — zu setzen, welches noch immer der sicherste und kürzeste Weg zum Verständnis der Wesensart anderer Völker bleibt.

Aus manchen Kreisen wird zwar in der letzten Zeit die Beirückung laut, als sei es mit der deutschen Wertgeltung in Vorderasien unüberbringlich vorbei und als sei eine Ansiedelung durch Deutsche in diesen Gegenden deshalb nicht in Betracht zu ziehen, weil das Land völlig englischem und französischem Einfluß unterworfen sein werde. Wer jedoch die dortigen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennt, weiß, daß — ähnlich wie in China — die Vorliebe für uns Deutsche zu tief in der Bevölkerung wurzelt und zu langen Erfahrungen entspricht, als daß sie nicht letzten Endes die Erschwernisse weitzumachen vermöchte, welche die „Protektionsmächte“ deutscher Einwanderung bereiten werden. Nur in Mesopotamien, das zwar nominell zum türkischen Reiche gehörte, das aber schon während der letzten Jahre der Zankapfel zwischen der Türkei und den — auch mittelbaren — Anliegermächten Persien und Rußland war und abwechselnd ihrer oder der praktischen Oberhoheit mächtiger Araberstämme unterlag, wird sich als nunmehriger rein englischer Kolonie eine Niederlassung deutscher Siedler verbieten, wie die bereits erfolgte Ausweisung von solchen beweist.

In den übrigen Teilen Vorderasiens kann eine Liquidation der Eigenschaften dort ansässiger Deutschstämmiger nicht erfolgen, weil die Länder der ehemaligen Türkei und Persien nicht zu den während des Krieges deutscheindlichen zählten. Es sind dort bereits zahlreiche Kristallisationspunkte deutschen Wesens vorhanden, an die angefügt werden kann. Das in jahrzehntelanger schwerer Arbeit dort gepflegte Deutschtum bildet für Niederlassungen darum feste Ausgangspunkte. Und: wohl hat der Deutsche im Versailler Frieden nahezu alles ausliefern müssen, zum Glück blieb ihm aber doch seine alte Arbeitsfreudigkeit und

Willensstärke. So sehr der Brit und Franzose danach trachten wird, die Fäden des internationalen Handels und die Herrschaft über die innere Verwaltung in die Hand zu bekommen, so wenig wird es ihm nach harter Pionierarbeit auf jungfräulich sprödem Boden gelingen. Mühevoll und auch hier noch niemals sein Ehrgeiz. Gar bald wird sein Ruf vernehmbar werden: „Germans to the front!“

Die gesetzlichen Vorschriften zur Erschwerung deutscher Niederlassung, die beide Mächte möglicherweise durchsetzen könnten, werden in der Praxis lange nicht so heiß gegessen als gekocht werden. Den Interessengegensätzen unter ihnen selbst verdankt zumal die Türkei, daß sie bis jetzt noch am Leben geblieben ist, da beide über die Grenzen ihrer „Einflußzone“ sich noch immer nicht einigen konnten und eifersüchtliche Gegenmaßnahmen zwischen ihnen noch auf lange Zeit den Dritten erfreuen werden. Als nicht zu unterschätzendes Gegengewicht tritt auch die offenkundige Feindseligkeit gegen ihre Brüder von der Entente und gegen die Griechen seitens der Italiener, da sie sich insbesondere in den Küstenstrichen am Mittelmeer tiefmütterlich behandelt fühlen und Verbrüderungen mit den Türken öffentlich kundgeben.

Die Wiederanknüpfung der Fäden zum Auslande wird in Vorderasien nicht schwerer sein, als in anderen Ländern. Zwingt der Feind uns zum äußersten Mittel der Bevölkerungsabgabe, so wird der Deutsche aus diesem Mittel sich die Hauptwaffe schmieden müssen, neu erwachtem Volkstum die Wege zu bahnen. Allem Bemühen unserer Unterbrüder zum Trost werden wir — hierin liegt unsere geschichtliche Aufgabe — mit unseren Auswanderern überall in der Welt ein starkes, bodenständiges Deutschtum schaffen, aus dem deutsche Wertgeltung neu erstehen kann. Feindliche Hemmungen werden sich allerorten geltend zu machen suchen. Wir werden sie in Rechnung stellen müssen, gewiß! Auf die Dauer unüberwindbar werden sie deutschem Zielbewußtsein aber selbst in Ländern mit chauvinistisch verhegelter Bevölkerung nicht sein, um wieviel weniger dort, wo deutsche Art Klang und Ruf weckte, wie kaum sonstwo in der Welt.



Beiträge zu Rußlands Kriegsvorbereitungen

Aus russischen Originaldokumenten

Von G. Franz, Major im Generalstabe



ie Denkschrift der deutschen Friedensdelegation zur Schuldfrage weist darauf hin, daß die russischen Mobilmachungsvorbereitungen in den letzten Jahren vor dem Kriege wesentlich verbessert und gesteigert worden waren.

Daß es sich bei diesen Verbesserungen nicht lediglich um Vorsichtsmaßnahmen handelte, daß sie vielmehr bewußt den in Kürze beabsichtigten Krieg vorbereiteten, ist in mehreren Veröffentlichungen der letzten Zeit nachgewiesen, besonders in der Schrift „Rußlands Mobilmachung für den Weltkrieg“ (Berlin 1919, E. S. Mittler & Sohn). Zu den in dieser Broschüre im großen Rahmen gezeichneten Kriegsvorbereitungen lassen sich aus russischen Originalakten, die sich in unseren Händen befinden und inzwischen der Bearbeitung zugänglich wurden, einige ergänzende interessante Einzelheiten entnehmen.

Einem Befehle des Militärbezirks Warschau vom 14./27. Oktober 1913 (Nr. 3065) zufolge hat der Generalstab im Laufe mehrerer Jahre eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen, die nicht nur auf eine Vervollkommenung der Organisation des aktiven Heeres, sondern überhaupt auf einen Ausbau der bewaffneten Macht des Reiches hingingen. Die Durchführung dieses Programms

führt zunächst zu einer wesentlichen Etatserhöhung bei der Artillerie an Offizieren, Unteroffizieren, Mannschaften und Pferden. Hiermit soll alsdann eine Umformierung der bestehenden Verbände, Bildung der Batterien zu 6 Geschützen¹⁾, Formierung neuer Verbände, Verbesserung des Verbindungs- und Nachrichtendienstes verbunden sein.

Die Etatserhöhungen sollten im Herbst 1913 beginnen und innerhalb von vier Jahren abgeschlossen sein; im Herbst 1913 werden bei der Artillerie des Militärbezirks 1670 Mann über den bisherigen Etat eingestellt werden. —

Ebenso finden Etatserhöhungen, beginnend vom Herbst 1913 an und vorgesehen für eine Reihe von Jahren, bei den Pionier-, Flieger- und Luftschifferformationen statt. Auch hier sollen im Zusammenhang mit der allgemeinen Verstärkung der Armee Neuformationen erfolgen. Im Herbst 1913 soll eine Verstärkung des gewöhnlichen Rekrutentontingentes um 368 Köpfe erfolgen. (Militärbezirk Warschau vom 8./21. November 1913, J. Nr. 3309). —

Bei den Statsvermehrungen der Infanterie ist ausdrücklich angegeben, daß sie zwecks Formierung eines neuen Armeekorps in Warschau im Jahre 1915 erfolgen. Für spätere Abgaben an dieses Korps sollen Herbst 1913 bei den Infanterie-Regimentern von 8 Divisionen des Militärbezirks die Stats um 4 Offiziere, 12 Unteroffiziere und 180 Gemeine erhöht werden (Militärbezirk Warschau vom 19. Juli/1. August 1913, J. Nr. 1653).

Des weiteren sollen im ganzen Reiche die Stats aller Infanterie-Regimenter zu 4 Bataillonen um 4 junge Offiziere, der zu 2 Bataillonen (Schützen-Regimenter) um 2 jüngere Offiziere und 1 Hauptmann vermehrt werden.

Um die Beförderungsverhältnisse zu bessern, sollen 197 Oberstenstellen auf Kosten der Oberstleutnants (Majore gibt es in der russischen Armee nicht) neu geschaffen werden (Militärbezirk Warschau vom 23. November/6. Dezember 1913, J. Nr. 3424). —

Für ein in nächster Zeit neu zu formierendes Sappeur-Bataillon im Militärbezirk Warschau geben 4 Bataillone je eine Kompanie, ein fünftes außerdem Scheinwerfer-, Verbindungs- und Feldingenieurpart-Kommando ab; die abgegebenen Verbände sind durch Neuformationen wieder zu ersetzen. (Militärbezirk Warschau vom 1./14. Dezember 1913, J. Nr. 3612). —

Im Laufe des Winters 1912/1913 wurde die zweite schwere Artillerie-Division²⁾ neu organisiert. Während sie im November 1912 deshalb als Feldtruppe nicht brauchbar war, wird sie im November 1913 für den Feldkrieg als Division der zweiten schweren Artillerie-Brigade zur Verfügung gestellt (Militärbezirk Warschau vom 24. November/7. Dezember 1912, J. Nr. 3053 und vom 29. November/12. Dezember 1913, J. Nr. 3559). —

In einem Befehl des Generalstabes in Petersburg vom 1./14. November 1912 (J. Nr. 2299) wird angeordnet, im Militärbezirk Warschau unverzüglich folgende Maßnahmen zu treffen:

beschleunigt bei den Truppen die Ausrüstungsbestände aufzufüllen,

alle Mobilmachungsvorarbeiten nachzuprüfen,

die Truppensfahrzeuge nachzusehen und Fahrübungen abzuhalten,

Offiziere und Unteroffiziere erneut in der Organisation, Taktik und

Uniformierung der wahrscheinlichen Gegner an der Westfront zu

unterrichten sowie in der Kenntnis der voraussichtlichen Kriegsschauplätze,

alle Anordnungen betreffs Räumung des Grenzgebietes nachzuprüfen.

Auf äußerste Vorsicht in mündlichen und schriftlichen Äußerungen bezüglich aller Nachrichten, die mit der Erhöhung der Schlagfertigkeit des Heeres in Zusammenhang gebracht werden können, wird besonders hingewiesen. —

Im August 1913 wird vom Militärbezirk befohlen, daß von allen Frontvorgesetzten die Mobilmachungsbereitschaft aller unterstellter Truppen nachgeprüft und über alle vorgefundenen Mängel sofort an den Militärbezirk berichtet werden

¹⁾ Die Batterie hatte vor dem Kriege 8 Geschütze.

²⁾ Artillerie-Division = Abteilung oder Bataillon.

soll. Hierzu sollen keine offiziellen „Kontrollmobilmachungen“ abgehalten werden, sondern nur bis ins einzelne gehende Prüfungen der Mobilmachungspläne und der Materialbestände der Truppen.

Die Ergebnisse der bei einzelnen Truppenteilen abgehaltenen Kontrollmobilmachungen werden auch allen anderen Formationen mitgeteilt werden; die zur Sprache gebrachten Mängel sind auch hier zum Gegenstand der Nachprüfungen zu machen (Militärbezirk Warschau vom 9./22. August 1913 Nr. 2470). —

Durch Verfügung der Hauptintendanturverwaltung vom 6./19. November 1913 (Z. Nr. 1158 Petersburg) wird angeordnet, daß sich Offiziere bei der Mobilmachung aus Mannschaftsbeständen einzufleiden haben, damit sie sich im Gefecht von der Masse der Truppen weniger abheben. Als Abzeichen behalten sie nur Achselstücke und Kofarden nach den für Offiziere vorgeschriebenen Mustern. Um diese Anordnung als Mobilmachungsmaßnahme geheim zu halten, wird sie im Armeeverordnungsblatt nicht bekannt gegeben. —

Am 28. Januar/10. Februar 1913 wird vom Militärbezirk (Z. Nr. 495/235) befohlen, im Fall einer Mobilmachung bis zur Entlassung des zurückbehaltenen Jahrganges 1912 die Rekruten in die Front einzustellen, wodurch sich der Bedarf an Ergänzungsmannschaften bei den Formationen im Kriege ganz erheblich verringert.

Sollte die Mobilmachung erklärt werden, wenn sich die entlassenen Mannschaften gerade auf der Heimfahrt befinden, so haben sie beim nächsten Bezirkskommando die Bahn zu verlassen.

Diese als nicht zweckmäßig erwiesene Maßnahme wird im Frühjahr 1914 durch Befehl des Militärbezirks Warschau vom 15./28. März (Z. Nr. 1015) dahin abgeändert, daß die auf der Reise befindlichen Mannschaften bis zu ihrem Heftziel durchzuführen sind und sich dort bei ihren Kontrollbehörden zu melden haben; etwa entlassene Mannschaften, die noch nicht abgereist sind, sind bei dem entlassenden Truppenteil anzuhalten. —

Mit der neuen Ausbildungsvorschrift von 1911 wurde die Ausbildung der Rekruten bei der Infanterie auf sechzehn Wochen herabgesetzt (früher zwanzig Wochen), beginnend am 1./14. Dezember und endigend mit Einstellung der Rekruten in die Kompagnie Mitte April. Der Zeitpunkt pflegte sich noch wegen verspäteten Eintreffens der Rekruten zu verschieben. Für die Winterausbildung war eine genaue, wochenweise gegliederte Einteilung des Ausbildungsstoffes mit genauer Angabe der Dienststunden vorgeschrieben. Nach acht Wochen sollte die Ausbildung soweit gefördert sein, daß die Leute im Notfalle in die Kompagnie eingestellt werden können; der beschleunigten Ausbildung zum Gefecht wird erhöhte Aufmerksamkeit beigelegt, die Verteilung der Dienstzweige auf die einzelnen Wochen entsprechend geregelt.

Der Schwerpunkt der Schieß- und Gefechtsausbildung lag trotzdem in den Sommermonaten, wenn die Truppe in den Lagern war.

Es liegt auf der Hand, daß diese durch die Garnison und klimatischen Verhältnisse Rußlands bedingten ungünstigen Ausbildungsverhältnisse die Schlagfertigkeit der Armee während des Winters gegenüber den Zentralmächten stark benachteiligten, was auch von der Heeresleitung erkannt und durch Zurückbehaltung des im Herbst ausgedienten Jahrganges bis zum Frühjahr des nächsten Jahres ausgeglichen werden sollte.

Aber selbst diese Maßnahme, die ja auch nur ein Notbehelf war und auf die Dauer nicht hätte aufrecht erhalten werden können, genügte nicht. Aus einem Schriftwechsel des VI. Armeekorps geht hervor, daß im Winter 1912/13 und 1913/14 die Ausbildung auch bei der Artillerie in „beschleunigtem Tempo“ und nach „verkürztem Programm“ erfolgte. Hierzu war vom Militärbezirk Warschau ein Wochenprogramm für die Rekrutenausbildung bearbeitet und an die Truppen ausgegeben. Der Zweck, den Rekruten innerhalb möglichst kurzer Frist als vollwertigen Schützen im Gefecht auszubilden, ist nach Meldung der unterstellten Truppen voll erreicht.

Volksdichtung und Sprichwort auf Capri

Nach mündlichen Mitteilungen erstmalig aufgezeichnet und veröffentlicht

von Prof. Dr. Heinrich Stöckel



Im die 1910 begonnene Aufzeichnung Capresischer Volksdichtungen möglichst zu vervollständigen, verweilte ich vor dem Kriege abermals drei Monate auf der Insel. Namentlich Sagen, Märchen, Schwänke, Nebenarten und Sprichwörter kamen in bunter Fülle zu meiner ersten Sammlung hinzu.

Vor allem dürften die Märchen, Legenden und Sagen unsere Aufmerksamkeit auf sich lenken. Auf die wichtigen verwandtschaftlichen Beziehungen zu den entsprechenden deutschen Dichtungen wurde schon in meinen früheren Ausführungen hingewiesen¹⁾.

Eins der anmutigsten Beispiele, das zeigt, wie die anders geartete „Seele der Landschaft“ und die Phantasie der damit verwachsenen Menschen andere Vorstellungen und Erscheinungen zeitigt oder die gleichen Gestalten mit eigenartigen Zügen auszeichnet, bietet das umfangliche Märchen vom „Gestiefelten Kater“, der uns in Capri wohl als ein hervorragend schlauer Vertreter seines Geschlechts entgegentritt, der jedoch ebensowenig gestiefelt als mit dem philosophischen Hiddigeigei Schöffels verwandt oder verschwägert zu sein scheint.

Ein anderes erzählt — ähnlich wie im deutschen Märchen der Brüder Grimm, wo einer auszieht, das „Gruseln“ zu lernen —, wie einer in die Welt hinausgeht, um zu erfahren, was Furcht ist. Die Erlebnisse beider zeigen offenbare Verwandtschaft, nur daß in der italienischen Lesart ein starker Einschlag aus der antiken Sage und Mythe hervortritt.

Es möge hier folgen:

Der kleine Franziskus (italienisch Franceschiello) ist ein halbwüchsiger Bursche, der es nicht begreift, wenn die Leute immer von Furcht reden. Es verdrießt ihn, beständig sagen zu hören: „Ich wage nicht — ich fürchte —, mir ist angst!“ Endlich läßt es ihm keine Ruhe, er muß wissen, was diese Furcht ist. Er zieht hinaus in die Welt, um sie kennen zu lernen.

Nach einer langen Wanderung hält er eines Abends ermüdet Einkehr in einem großen schönen Gebäude, das offen steht. Im ganzen Hause kein Mensch. In der Mitte der großen Stube nur ein sehr hoher Tisch. Selbst auf den Beinen stehend, reicht der Kleine nicht mit der Nase hinauf. An der Wand sind drei Stühle, deren Sitze soweit oben befestigt sind, daß er nur mühsam hinaufzuklettern vermag.

Da treten roh lachend drei Riesen herein, die auf der Lauer gelegen hatten. — „Ei Brüder, dieses Burschchen ist ein feiner Bissen zum Abend-schmaus,“ sagte der eine. „Se, Kleiner,“ fuhr er fort, „wer hat dir erlaubt, unser Haus zu betreten und dich auf meinen Stuhl zu setzen? Wie kamst du hinauf? Komm herunter! Der Sitz ist für dich doch zu unbequem.“ — „Nicht doch, meine Herren,“ antwortete jener ruhig, „der Sitz ist schön breit. Da fällt man nicht runter und kann gleich drauß schlafen.“ — „Hast du denn gar keine Furcht vor uns?“

„Wie sollte ich denn Furcht haben, ich habe sie ja noch niemals gesehen. Wohnt sie vielleicht hier im Hause? Das wäre ja fein!“

¹⁾ Vgl. die Beiträge in Heft 49 und 50 der Grenzboten, Jahrg. 1911.

„Weißt du denn nicht,“ erwiderte der stärkste von ihnen, indem er seine mächtige Faust drohend emporhob, daß ich dich zerdrücken kann wie ein Ei?“ — „Das ist auch was Rechtes,“ sprach der Kleine. „Ich kann ein Stück Marmor ausquetschen, daß Milch daraus tropft.“ Dabei zog er ein Stück frischen Käse aus der Tasche und drückte ihn so, daß weiße Tropfen daraus hervorquollen. „Sieh, dort liegt ein Stück Marmor auf dem Boden, versuche doch, ob du das auch fertig bringst!“ — Da stuzten die Riesen und waren froh, als der Knirps sich entfernte.

Am folgenden Tage geriet er abends in ein Weinhaus. Aber weder die Schädel, die er als Lager benutzte, noch die Totengerippe, die eine hohlhängige Alte um Mitternacht vor ihn hinstellte, störten ihn im geringsten. Der Totentanz, den sie aufführten, machte ihm nur Vergnügen. Von Furcht keine Ahnung. Da gibt ihm die Alte zum Abschied noch eine Flasche zauberkräftiges Wasser, das besonders Wunden zu heilen vermag, mit auf den Weg.

So setzt er seine Wanderung fort, und gelangt eines Abends, als er sich im Walde verirrt hat und keinen Ausweg findet, zu einer Höhle, die von einem einäugigen Riesen bewohnt ist. „Komm nur herein!“ grinste ihm dieser entgegen. „Du bist wohl hungrig und durstig. Wir werden uns laben. Du brauchst keine Furcht zu haben.“ „Ich, Furcht haben, mein Lieber?“ lachte der Kleine. „Die ist mir noch immer nicht erschienen, obgleich ich sie schon lange suche.“

„Aber wie kommt es,“ fragte plötzlich der Wirt, „daß du zwei Augen hast, und ich habe nur eins?“ — „Sehr einfach! Auch ich hatte früher nur ein Auge wie du. Ich habe mich aber operieren und zweie daraus machen lassen.“ — „Könntest du mich nicht auch operieren?“

„Ganz gern, das ist gar nicht so schwer.“ — „Wohlauf denn, ich bin bereit!“ — Nun, so setzt dich hier auf die Steinbank und lehne den Kopf an den Felsen! Auch muß ich dich, damit du ganz still hältst, erst noch festbinden, denn es schmerzt ein klein wenig.“ — Hierauf ließ der kleine Schlaupf einen starken Pfahl im Feuer erglücken, und stieß ihn dem Riesen ins Auge. Der Geblendete tobte und brüllte, doch bevor er sich loszureißen vermochte, war der Bösewicht schon hinaus aus der Höhle. Nur ein ihm nachgesandter Stein traf ihn am Kopfe, den aber das Wasser der Alten bald wieder heilte.

Hierauf fiel er in die Hände eines alten blinden Schäfers, der Christen verspeiste, und der ihn während der Nacht in den Schafstall einsperrte. Am frühen Morgen öffnete der Alte behutsam die Thür, stellte sich in den Eingang und behielt die Schafe, die er einzeln vorbeigehen ließ. „Komm, Lerefinchen, und ihr, Mariette, Josephinchen! Aber Fränzchen, warum gehst du heute so langsam?“ Dabei streichelte er den Rücken des Hammels, an dessen Bauche das andere Fränzchen angeklammert hing und so unbemerkt mit hinausgelangte.

Am letzten Tage übernachtet er in einem einsamen Waldgasthause, worin die Nachtgäste durch allerlei Geisterpuk erschreckt und totgeängstigt werden. Umsonst warnt ihn die Wirtin, die selbst keine Nacht in den unheimlichen Räumen zubringt. — Er kennt ja die Furcht nicht und hofft sie nun endlich zu treffen. Umsonst! Alles Schauerhafte, was ihm zustößt, faßt er als Scherz auf. Er wird wiederholt von unsichtbarer Hand aus dem Bett geworfen. Welch ein köstlicher Spaß! — Ein höllisches Lärmen und Rasseln wie von Ketten, Resseln und allerlei Eisengeräten mit wüstem Toben und Schreien umgibt ihn. „Bravo, was für ein lustiges Zechgelage mit Flaschen- und Gläsergellirr, mit Kartenspiel und Musik!“ — Dann donnert eine furchtbare Stimme vom Schornstein hernieder: „Paß auf! Ich stürze mich nieder!“ — Nur zu!

„Ich liebe Gesellschaft!“ — Da, plumps! fällt ein riesiges Bein dicht neben ihn auf die Diele. „Recht so, nur weiter!“ Parbaur! das andere Bein. Dann die Arme. — „Nun erschrick nicht! jetzt kommt der Körper. Hast du denn gar keine Furcht?“ — „Ich, Furcht vor dir? Im Gegenteil! Ich bin begierig, dich nun ganz kennen zu lernen.“ Und krach-kirr! stürzt ein Sack so groß und schwer wie ein Elefant herab und zerplatzt. Und ein großer Haufen Gold und Silber liegt vor ihm da. Dann rührt sich nichts mehr, und er schläft ungestört bis zum Morgen.

Als die Wirtin erscheint, die ihn kaum noch am Leben anzutreffen glaubt, sitzt er schon vergnügt auf dem Balkon und schmaucht seine Pfeife. Die gute Frau ist froh, wie er ihr nun die Herberge abläuft. Und fortan lebt er als ein großer reicher Signore, weil er die Furcht nicht gekannt hat.

Wir sehen: die im Grunde gleichen Motive haben ganz verschiedenartige Ausgestaltung gefunden. Im deutschen Märchen begegnet der Furchtlose nur phantastischen Spuk- und Schreckgestalten, dem als Geist verummten Rüster beim mitternächtlichen Glockenläuten, den am Galgen baumelnden Gehängten, und im Geisterhofs den Spuktieren und Popanzen, an die er nicht glaubt und denen er beherzt und erfolgreich zu Leibe geht. Franziskus verirrt sich zu leibhaftig erscheinenden Sagen gestalten der klassischen Vorzeit, deren Gewalt er nur durch List und Schlaueit entrinnt. Dabei bietet sich uns ein sehr merkwürdiger Fall frei weiter schaffender Sagenbildung, worin sich zugleich der moderne Volks humor äußert: einmal in der Auflösung des odysseischen Zyklopen in zwei getrennte Gestalten, dann in der Art, die Entstehung der zwei Augen zu erklären, wobei zugleich der Hinweis auf die typische Dummheit der Riesen bemerkenswert ist. Außerdem fehlt in der italienischen Fassung das ethische Nebenmotiv der Belohnung mit der Königstochter, der es durch das kalte Bad mit den zappelnden Gründlingen schließlich ganz leicht gelingt, ihrem hohen Gemahl das Gruseln zu lehren, während Franziskus es nicht lernt und durch seine Furchtlosigkeit nur zu Reichtum und Ehren gelangt, wie oft die Helden es italienischen Märchens.

In ähnlicher Weise finden wir antike Sage und Märchen in der Erzählung von der siebenköpfigen Schlange verwoben.

Sie lautet folgendermaßen:

In einem weit, weit entfernten Lande zeigte sich in längst entschwundenen Tagen eine ungeheure Schlange. Sie hatte sieben Köpfe und wog wohl über acht Zentner. Sie verwüstete rings das Land und verschlang Menschen und Tiere, die ihr in den Weg kamen. Da wurde sie in einen Wald eingeschlossen. Aber jeden Tag mußte ihr ein Jüngling oder eine Jungfrau, die durch das Los bestimmt wurden, geopfert werden.

Eines Tages wurde die Tochter des Königs von diesem grausamen Schicksal betroffen. Am frühen Morgen verließ sie die Stadt und wurde an einen Waldbaum gebunden.

Da erscheint unerwartet ein Fremder. Kaum hat er den Grund der allgemeinen Trauer erfahren, so verschafft er sich Roß und Schwert, eilt hinaus in den Wald, befreit die edle Jungfrau, und läßt sie, mit seinem Mantel bekleidet, in die Stadt zurückbringen. Er selbst bleibt dort, um das Ungeheuer zu töten. Das scheint aber unmöglich; denn jeder Kopf, den er abgehauen, wächst sofort an seiner alten Stelle wieder an. Da wirft er die Köpfe seinem Hunde zu, der sie unter einen Baum trägt, wo der Held sie nach siegreich

beendigtem Kampfe begräbt, zuvor aber noch ihre Zungen abschneidet und bei sich behält. Darauf geht er zum König, der seine Tochter dem Befreier als Belohnung zugesagt hatte.

Im selben Augenblick springt aber ein Räuber, der heimlich alles beobachtet hatte, aus seinem Versteck hervor, nimmt die Köpfe, läuft zum König und spielt sich damit als Retter auf. Der König weiß nun nicht, wem er glauben soll. Da bittet ihn der wahre Befreier, dem Räuber zu befehlen, auch die Zungen der Schlange zu zeigen, was natürlich der Drachentöter selbst nur vermag, der nun als Wohltäter des Landes und Gemahl der Königstochter gefeiert wird.

Die verwandtschaftliche Beziehung zur neun- und mehrköpfigen lernäischen Schlange ist augenscheinlich, zugleich aber auch zu dem im Labyrinth von Kreta eingeschlossenen Minotaurus, der die als Tribut von den Athenern gesandten Jünglinge und Jungfrauen verschlang, und seinerseits mit dem Menschenopfer heischenden phönizischen Moloch verwandt ist. Im befreienden Helden erkennen wir, obgleich kein Name genannt wird, halb Herkules, halb Theseus, und in der Königstochter die Ariadne, die Tochter des Königs Minos von Kreta, nur daß letztere nicht selber zum Opfer erlitten war, sodaß wir schließlich noch an die an den Felsen gefesselte, durch Perseus befreite Andromeda erinnert werden. Aus dem mythischen Labyrinth ist ein Waldlabyrinth geworden. Auch das Erscheinen des Räubers erinnert an die Theseusfage. Nur wurde alles willkürlich verschmolzen und fortgebildet, und dabei etwas vergrößert. Wirklich neu ist nur die Zuhilfenahme des Hundes und die schlaue Vorsichtsmaßregel mit den abgeschnittenen Zungen, ein offenbar der lombardischen, am Gardasee spielenden Wolfsdietrichfage entlehntes Motiv.

Am lebendigsten hat sich in Capri die Sage von den Sirenen erhalten. Ursprünglich wohnten sie nicht an der kleinen Marine von Capri, sondern an der Punta di Campanella, der Landspitze von Sorrent; war ihnen doch in Massa Lubrenza sogar ein Tempel errichtet worden. Sie sangen so schön und fein, daß die Schiffer, wenn sie vorbeifuhren, bezaubert wurden und in Schlaf versanken. Dann begaben sich die Sirenen auf die Schiffe, um den Schlafenden das Blut auszusaugen.

Um sie zu bezwingen, ließ man einen mächtigen Zauberer, genannt Gigantone, in dem wir unschwer Odysseus erkennen, kommen.

Er beschwor die Sirenen und ließ die eine nach Capri und die andere nach Messina bringen. Nach Ovid waren es drei Sirenen, von denen die eine sich nach Capri und eine andere nach der ihren Namen tragenden griechischen Kolonie Parthenope, dem heutigen Neapel, begab, woran noch jetzt ein Straßenname in Neapel erinnert. Die Punta di Campanella, sowie die ganze benachbarte Küste bis zu den Galli-Inseln wird noch heute von den Schiffen möglichest gemieden.

Als heiteres Beispiel jüngster Sagenbildung, das uns zu lehrreichen Rückschlüssen auf die mythischen Gestalten im Volksglauben der Vorzeit berechtigt, möchte ich hier kurz noch die Voto-Geschichte mitteilen, bei deren Erwähnung die aufgeklärten Capresen lachen, während das ungebildete Volk bedenklich den Kopf dazu schüttelt.

Unter den zahlreichen Grotten der Insel, von denen die herrliche blaue nur die berühmteste, wenn auch nicht allein schöne ist, befindet sich das kleine Felsgewölbe unter dem Liborio, das die Fischer gern scherzweise „Grotta del boio marino“ nennen.

Folgender Vorfall gab zu dieser Benennung den Anlaß. Vor ungefähr zwanzig Jahren hatte sich ein im Mittelmeer unbekanntes Seetier, vom Volksmund *Boio* genannt — der Beschreibung nach ein Seehund — nach Capri verirrt und hielt sich meist in der genannten abseits liegenden Grotte auf. Es wurde aber auch an der Punta Tragara, der kleinen Marine, der grünen und roten Grotte im Süden der Insel und am Strande bemerkt. Ja, manche behaupten sogar, der „*boio*“ habe einmal den *Liberio* besucht, man hätte deutlich gesehen, wie er sich ins Meer hinabrollte. Auch soll er bei einem „*contadino*“ Eier aus dem Hühnerhaus und Feigen von den Bäumen geholt haben. Kurzum ein ganz unheimlicher Gast, dessen Auftreten sich wohl mancher menschliche Feigendieb zunutze gemacht haben dürfte. — Die jüngeren Fischer hielten ihn einfach für einen Fisch, wie alles, was im Meer schwimmt, so wie sie alle sonst darin gefundenen, besonders festgewachsene Geschöpfe, wie Austern und Korallen als „*frutta di mare*“ bezeichnen.

Endlich, als sie seine Zufluchtsstätte genau erspäht hatten, fingen sie ihn mit einem Netze und zeigten ihn für Geld auf der Piazza. Viele der älteren Leute glauben aber noch immer, der seltsame „Fisch“ sei ein übernatürliches Wesen, und in hundert Jahren ist wohl das richtige Fabeltier fertig, vielleicht gar eine lernäische Schlange.

Aus der großen Masse von Sprichwörtern seien hier die allgemein menschliche Züge kennzeichnenden herausgegriffen.

Vorsicht ist namentlich im Umgang mit Menschen und bei der Wahl von Freunden geboten:

Persone senza colore
Son' false e traditore.

Leute, deren Farbe nicht frisch,
Sind falsch und verräterisch.

Veleno in cuore e zucchero in bocca.

Gift im Herzen und Zucker im Munde.

Chi ama me, ama il mio cane.

Wer mich liebt, liebt auch meinen Hund.

Dimmi, con chi tu vai,

Sage mir, bei wem du bleibst,

Che io sapro, quel che tu fai.

Damit ich wisse, was du treibst.

Chi va collo zoppo, dopo l'anno impera a zoppicare.

Wer mit dem Lahmen geht, lahmst bald selbst.

Chi pratica col lupo, impara a urlare.

Unter Wölfen lernt man heulen.

Liberatevi di tre C: cognati, compari e cugini!

Befreie dich von drei ern: Schwägern, Gevattern und Vettern!

I migliore amici sono quelli che stanno in tasca.

Die besten Freunde sind, die sich in der Tasche befinden.

Aber auch: Vale meglio un amico che cento ducati.

Besser ein Freund als hundert Dukaten!

Unnütze oder undankbare Mühe bedeutet:

Tirare l'acqua colla pagnuolo.

Wasser im Korbe heben (im Siebe tragen).

Lavare la testa al asino, ci si perde il ranno²⁾ ed il sapone.

Einem Esel den Kopf waschen, heißt Lauge und Seife vergeuden.

²⁾ Ranno = echt capres. Wort für it. *lisciva*, Lauge aus Asche gewonnen.

Acqua passata non macina più.

Abgelaufenes Wasser mahlt (treibt die Mühle) nicht mehr.

Chi dal banco vuol soccorso,
Perde il pelo come un orso.

Wer zur Bank nach Hilfe schaut,
Verliert dem Bär' gleich Haar und Haut.

È inutile campana che tu suona,
Chi non è divoto, non ci viene.

Unnütz ist der Glocken Läuten,
Wo es fehlt an frommen Leuten.

In van' si pesca,
Se l'amo non ha esca,

Niemand jemals Fische fängt,
Wenn am Haken kein Köder hängt.

Star a letto e non dormire,
Star a tavola e non mangiare,
Aspettare e non venire,
Son' tre cose di morire.

Im weichen Bett nicht schlafen können,
Am reichen Tisch nicht essen können,
Warten und nicht kommen sehen,
Sind drei Dinge nicht auszustehen.

Chi non ha nulla da fare,
Prende i cani a pettinare.

Wer nichts zu tun hat im Grunde,
Fängt an und kämmt die Hunde.

Imperare l'arte,
E mettila da parte!

Lerne die Kunst,
Und überlaß sie der Gunst!

Vor zwecklosem Reden und leerem Geschwätz wird gewarnt:

Prima di aprire la bocca, conterai fin' a 10!

Bevor du den Mund aufstust, zähle bis 10!

Parla poco ed ascolta assai!

Rede wenig und höre viel!

Chiacchiera e tabbacchiere di legno, il banco non cambia.

Geschwätz und hölzerne Tabakspfeifen wechselt die Bank nicht.

Hierzu als echtes Caprimort:

Crape è cumo 'na tina,

Quello che si fa a sera, si sape a mattina.

Im kleinen Capri bleibt nichts verborgen,

Was am Abend geschieht, weiß Jeder am Morgen.

Darum soll man seine Zeit stets nützlich verbringen:

Fin' alla bara

Stets bis zur Bahre

Sempr' imperare!

Lernen ist's Wahre. —

Vor allem schon die Kinder nicht verwöhnen, sondern streng halten!

Mazze e panelli

Vom Stock und vom Brot

Fanno i figli belli.

Werden die Kinder gesund und rot.

Leider nur zu wahr, wenn auch ziemlich derb, ist ein anderes Wort:

Chi ha un sol' porco, lo fa grasso,

Chi tiene un sol' figlio, lo fa pazzo.

Wer ein einzig Schwein hat, macht fett es zum Schmaus,

Wer nur einen Sohn hat, macht einen Narren daraus.

Und wahr ist leider auch oft:

Chi di 20 non sa,

Wer mit 20 nichts weiß und kann,

Di 30 non ha.

Ist mit 30 ein armer Mann.

Wichtige Geschäfte verrichtet man selbst:

Chi vuole, vada; e chi non vuole, manda.

Wer ernstlich will, geht; und wer nicht will, schickt.

Genau so im Englischen:

If you would have your business done, go; if not, send!

Es mögen noch allgemeine Lebensregeln, Bemerkungen und Erfahrungen in freier Folge erwähnt sein:

Chi ben comincia, è alla metà dell'opera.

Wer gut beginnt, hat schon die Hälfte des Werkes getan.

L'uomo per la parola, ed il bue per le corna!

Den Mann nimmt man beim Wort, und den Oesen bei den Hörnern!

Piccola casa e grande terra!

Chi ha terra — ha guerra.

Kleines Haus und großes Gut!

Eigne Erde — bringt Beschwerde.

Sulla barca che sta il capitano, non comanda il marinaio.

Auf der Barke, wo der Kapitän weilt, befiehlt kein Matrose.

Dove c'è luce, non ci vuole lanterne.

Wo Tageslicht ist, braucht man keine Laterne.

Bandiera vecchia, onor' di capitano.

Alte Fahne, Ehre des Kapitäns.

Da una bella scarpa ne viene sempre un bel scarpone.

Aus einem schönen Schuh wird immer noch ein schöner Pantoffel.

La gallina vecchia fa buon brodo.

Die alte Henne gibt gute Brühe.

Sopra il nero non entra il bianco. —

Auf Schwarz läßt sich nicht Weiß malen.

Il cane che abbaia, non morde.

Der Hund der bellt, beißt nicht. —

Mundartlich: A gatta pe nghiei presse, facette i figlie cicati.

Die Katze brachte in der Eile die Jungen blind zur Welt.

(pe nghiei presse = wörtlich: zu gehen in Eile;
facette = it, fece; cicati = it. ciechi.)

Chi disprezza, vuol comprare.

Wer tadelt, will kaufen.

Le parole del asino non vanno al cielo.

Die Worte des Esels bringen nicht zum Himmel.

Chi ode, vide e tace,
vuol vivere in pace.

Wer hört, sieht und schweigt,
Ist zum Frieden geneigt.

Dal detto al fatto
v'è un gran tratto.

Vom Gesagt zum Getan,
Ist weit oft die Bahn.

Mundartlich: È finuto u tiempo che Bertola filava.

Die Zeit ist vorbei, wo Berta spann.

Primo il dovere,
e poi il piacere!

Erst die Pflicht,
Und dann das Vergnügen.

Sehr anziehend ist das Nebeneinanderstellen italienischer und deutscher Sprichwörter mit gleicher oder ähnlicher Bedeutung, aber mit durch volkstümliche Denk- und Lebensweise veranlaßten Abweichungen. Wenige Beispiele dürften auch hier genügen:

Alla bocca non c'è gabella,
Am Mund ist kein Zollhaus.

Chi va nel molino, s'infarina.
Wer in die Mühle geht, macht sich
weiß.

Una sola noce nel sacco non fa
rumore.

Eine einzige Nuß im Sack macht kein
Geräusch.

La scopa nuova fa rumore.
Der neue Besen macht Geräusch.

Chi non risico, non rosico.
Wer nichts will wagen,
hat nichts zu nagen.

Chi dorme, non piglia pesce.
Wer schläft, fängt keine Fische.

Chi vive di speranza, muore dis-
perato.

Wer von Hoffnung lebt, stirbt hoff-
nungslos.

Meglio un uovo oggi, che domani
una gallina.

Besser heute ein Ei, als morgen eine
Henne.

Meglio fringuello in man' che
tordo in frasca.

Besser ein Fink in der Hand als ein
Krametsvogel auf dem Zweige.

Dove va un cardillo, vanno tutti.
Wohin ein Distelfink fliegt, fliegen alle.

Col tempo e colla paglia si mu-
tarano le nespole.

Mit der Zeit und mit Stroh reifen
die Nispeln.

Multo fumo e poco arrosto.
Viel Rauch und wenig Braten.

L'arrosto a me, il fumo a te.
Mir den Braten, dir den Rauch!

O mangiar' sta minestra,
O saltar sta finestra!
Entweder die Suppe aus,
Oder zum Fenster hinaus!

Se in cucina son' più cuochi, la
minestra sa di fumo.

Wenn mehrere Köche in der Küche
sind, schmeckt die Suppe nach Rauch.

Gedanken sind zollfrei.

Wer Bech angreift, besudelt sich.

Eine Schwalbe macht keinen Sommer.

Neue Besen kehren gut.

Wer nichts wagt, gewinnt nichts.

Ein schlafender Fuchs fängt kein Huhn.

Hoffen und Harren
macht manchen zum Narren.

Der Sperling in der Hand ist besser
als die Taube auf dem Dache.

Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu.

Mit der Zeit pflückt man Rosen.

Viel Geschrei und wenig Wolle.

Jeder ist sich selbst der nächste.

Früh Vogel, oder stirb!

Viele Köche verderben den Brei.

Chi dalle serpe è punto, ha paura
della lucertola.

Wer von der Schlange gebissen, hat
Angst vor der Eidechse.

Gebranntes Kind fürchtet das Feuer.

Und nun, da man gern das Beste zuletzt bringt, zum Schluß noch ein
paar Sprüche vom Wein und vom Weib:

Buon vino fa buon sangue.

Guter Wein schafft gutes Blut.

Vino in vetro, ed acqua in cretal

Den Wein trinkt man aus Gläsern, das Wasser aus Krügen!

Il buon vino si vende in cantina.

Der gute Wein wird im Keller verkauft.

Chi va in cantina e non beve,
È un asino, chi lo crede.

In den Keller gehen und nicht trinken—
Wer das glaubt, ist ein Esel.

Uomo di vino —

Cento al carrino.

Carrino = alte neapolitanische Münze
von 8½ Solbi.

Weintrinker sind, wie's Leben lehrt,
Hundert nicht vier Groschen wert.

L'acqua rovina i ponti, il vino i
cervelli.

Das Wasser zerstört Brücken, der
Wein den Verstand.

Mit besonderer Vorliebe beschäftigt sich das Sprichwort mit den Frauen
und Mädchen, wenn auch nicht immer mit der Verehrung eines Schiller:

La donna bella
non è poverella.

Die schöne Frau ist immerdar
Nicht so gänzlich arm fürwahr.

Una bella senza dote è un uccello senza piume.

Eine Schöne ohne Mitgift ist ein Vogel ohne Federn.

Meglio prendere una donna che vale e non che tiene.
Besser eine Frau nehmen, die viel gilt und nicht, die viel hat!

Vale più una donna grassa che 7 donne magre.

Eine dicke Frau ist mehr wert als sieben dünne.

Darum: Ne donne e nè tele
a lume di candele!

Frauen und Leinwand nicht
Nimm man bei Kerzenlicht.

Quando si vedono 3 donne a parlare, o parlano male del prossimo o
dei mariti.

Wenn man die Frauen redend beisammen sieht, verflatschen sie andere oder ihre Männer.

Tre donne ed una oca fan mercato.

Drei Frauen und eine Gans machen einen Jahrmarktslärm.

La donna è come la castagna;
Bella di fuori e dentro ha la ma-
gagna.

Die Frau ist der Kastanie gleich:
Von außen schön und inwendig an
Fehlern reich.

Dagegen sagt man ihr zum Ruhme:

Tre cose al mondo son belle a vedè: donna che balla, nave a vela,
campo fiorito!

Drei Dinge zu schauen sind schön auf der Welt:

Die tanzende Frau, das segelnde Schiff, das blühende Feld.

Bündnisse



er Spott darüber, daß die erste Lat der „Drei“ in Paris nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland der Abschluß eines Bündnisses zwischen Frankreich, England und Amerika gewesen sei, obwohl Wilson und seine Freunde in den Ententeländern so und so oft pomphaft versichert hätten, die Zeit der Bündnisse (die fast automatisch Gegenbündnisse nach sich zu ziehen scheinen) sei vorüber, ist wohlfeil, man macht sich jedoch selten in Deutschland klar, daß ohne dieses Bündnis die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Besetzung der Rheinlande bzw. über die Rheingrenze überhaupt für Deutschland bestimmt sehr viel ungünstiger ausgefallen wären. Die Militärs und rechtsstehende Gruppen haben in Frankreich ganz in demselben Sinne „Sicherungen“ und „Bürgschaften“ gegen einen neuen „Überfall“ gefordert, wie das seit Ende 1914 auch bei uns der Fall gewesen ist, und wenn Clemenceau nicht als der „Bethmann“ oder gar „Erzberger“ Frankreichs beschimpft werden wollte, dürfte er ohne diese Sicherungen oder ein Äquivalent nicht vor das Parlament treten. Es mag leicht wahr sein, daß er an der Durchführung seiner Absichten von seinen beiden mächtigen Verbündeten nicht aus Wohlwollen für Deutschland gehindert worden ist, — Wilson wollte seine Ideologie retten, England Frankreich, um dessen Aufmerksamkeit vom Orient abzulenken, dauernd am Rhein zu tun geben, — wir haben dennoch allen Grund dankbar zu sein, daß England und Amerika ihm Gelegenheit boten, die schwer empfundene Lücke in Frankreichs Schutzrüstung mit dem Bündnisvertrag zu verdecken.

Überdies ist es falsch, zusammen mit der jubelnden französischen Presse von einem Bündnisvertrag zu reden, es handelt sich vielmehr um einen Schutzvertrag für einen speziellen Fall und daß höchstwahrscheinlich bis jetzt auch keinerlei geheime Abkommen, die den Ausdruck Bündnis rechtfertigen würden, getroffen worden sind, darauf deuten die überaus vorsichtig, fast zaghaft gehaltenen Ausdrücke dieses Vertrages. Er besteht aus zwei gesonderten Abkommen: einem zwischen Frankreich und Amerika und einem zwischen Frankreich und England. Erstes geht von der Befürchtung beider vertragschließenden Teile aus, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages über das linke Rheinufer keine genügende Bürgschaft und Sicherheit böten und ein neuer Angriff Deutschlands den Weltfrieden aufs neue gefährden könnte, und setzt dann in § 1 fest: „Falls die Bestimmungen in §§ 42–44 des Friedensvertrages Frankreich nicht sogleich die geeignete Sicherheit und den geeigneten Schutz verbürgen, sind die Vereinigten Staaten verpflichtet, im Falle jeder von Deutschland gegen Frankreich gerichteten nicht provozierten Angriffshandlung sogleich Frankreich zu Hilfe zu kommen.“ Abgesehen von der Tatsache, daß Deutschland auf Jahrzehnte hinaus garnicht in der Lage ist, eine nicht provozierte Angriffshandlung gegen Frankreich zu unternehmen, kann man gewiß nicht behaupten, daß dieses Abkommen Amerika gerade drückende Verpflichtungen auferlegt. Ob eine Angriffshandlung provoziert ist oder nicht, darüber können die Meinungen, wie die Diskussion über die „Schuld“ am Weltkriege beweist, unendlich auseinandergehen und auch über den Grad der Sicherheit werden die Ansichten der amerikanischen Sachverständigen im Notfalle immer noch sehr verschieden ausfallen können. Überdies aber unterliegt die Gültigkeit des Abkommens noch drei Sonderbestimmungen: erstens tritt es erst in Kraft, wenn das Parallelabkommen mit England ratifiziert ist, zweitens muß es dem Rat des Völkerbundes zur Billigung und als nicht dem Geist des Völkerbundpaktes widersprechend, unterbreitet werden, drittens hat jeder der beiden vertragschließenden Teile, also auch Amerika, das Recht, beim Völkerbundrat um Entscheidung zu bitten, ob nicht der Völkerbund selber einen genügenden Schutz gewährleistet und wenn dies, vom Vertrage zurückzutreten, viertens bedarf das Abkommen der Ratifikation beider Parlamente. Von diesen einschränkenden Bedingungen ist bis jetzt nur die erste, die Ratifikation des Parallelvertrages durch

England, erfüllt, die zweite, dritte und vierte bieten den Amerikanern, wenn sie wollen, noch immer reichlich Gelegenheit zurückzutreten, weshalb denn auch die französische Presse die Bewegungen für und wider Ratifikation des Friedensvertrages innerhalb des amerikanischen Senates mit schlecht verhehlter Besorgnis verfolgt, besonders da mit der Nichtratifizierung des Abkommens auch das Abkommen mit England hinfällig wird. Diefes besagt nämlich (gekürzt) folgendes: „In Anbetracht des Umstandes, daß Gefahr besteht, daß die Pariser Bestimmungen über das linke Rheinufer der französischen Republik nicht sogleich die geeignete Sicherheit und den geeigneten Schutz gewähren, in Anbetracht, daß der König von England, vorausgesetzt, daß die Vereinigten Staaten eine ähnliche Verpflichtung übernehmen, die Verpflichtung zu übernehmen wünscht, im Falle einer von Deutschland gegen Frankreich gerichteten, nicht provozierten Angriffshandlung, die französische Regierung zu unterstützen . . . willigt Großbritannien ein (consent), Frankreich zu Hilfe zu kommen, falls . . . (folgen die gleichen Ausdrücke wie im Abkommen mit Amerika). Der gegenwärtige Vertrag tritt in Kraft erst im Augenblick, da der Parallelvertrag mit Amerika ratifiziert worden ist.“ Es folgen sodann die entsprechenden Bestimmungen über die Zustimmung des Völkerbundes und der Parlamente, endlich aber die auffällige, daß der Vertrag für die britischen Dominions nur gilt, wenn er durch die Parlamente dieser gebilligt worden ist. Bedenken erregt bei den französischen Kritikern mit Recht die wirklich merkwürdige Verschiedenheit der Ausdrücke: Amerika ist „verpflichtet“ (tenu) und England „willigt ein“ oder „stimmt zu“ (consent) und der „Zemps“ mag noch so hoch und heilig beteuern, beide Abkommen seien in demselben Geiste geschlossen worden, seltsam bleibt diese Verschiedenheit des Ausdrucks bei zwei gleichzeitig abgeschlossenen, aufeinander berechneten Verträgen immer. Eins ist sicher: England will sich unter allen Umständen freie Hand bewahren und Amerika verlausuliert sich, und so gewiß es ist, daß beide, falls Deutschland den Vertrag verlegen würde, Frankreich auf absehbare Zeit hinaus sofort und unbedingt zu Hilfe kommen würden, so bedeutsam ist es doch, daß man in beiden Ländern der öffentlichen Meinung eine so überaus vorsichtige Formulierung schuldig zu sein glaubte. Daß Amerika Frankreich augenblicklich lediglich als günstiges Ausbeutungsobjekt ansieht, beweisen die jüngsten Finanz- und Wiederaufbauverhandlungen, die Tatsache aber, daß, wie die amerikanische Untersuchungskommission festgestellt haben will, die Bevölkerung Palästinas und Syriens ein französisches Orientmandat ablehnt und statt dessen ein amerikanisches oder wenn das nicht zu haben, ein englisches wünscht, deutet jedenfalls an, daß von „Nibelungentreue“ gegen Frankreich in England nicht die Rede sein kann.

All diese Vorgänge sind im Grunde symptomatisch nur für die eine große Tatsache, daß Frankreichs kleinliche Revanchepolitik lediglich zur Folge gehabt hat, daß es seine Stellung als Großmacht eingebüßt hat. Ob das endgültig der Fall ist, ist einstweilen nicht zu übersehen und hängt davon ab, in welchem Grade das „Stahlbad des Krieges“ die in Frankreich zweifellos vorhandenen edleren Kräfte freigemacht hat. Die innere Kraft der französischen konservativen Elemente darf nicht überschätzt werden. Vorläufig aber liegen die Dinge doch so, daß Frankreich für England der Schildhalter auf dem Kontinent, für Amerika eine künftige europäische Kolonie (mindestens in dem Sinne wie Portugal für England) ist. Schon der Zweibund hat Frankreich seinerzeit in weitgehende Abhängigkeit von den Entschlüssen Rußlands gebracht, während des großen Krieges wäre Frankreich, wie es selbst zugibt, ohne die belgische Barriere, ohne die Hilfe Englands und Amerikas verloren gewesen. Es hat während der Friedensverhandlungen seine traditionelle Stellung in der Türkei nahezu völlig eingebüßt und hat sich deshalb in jüngster Zeit genötigt gesehen, sogar dem als quantité négligeable betrachteten Italien Avancen zu machen. Vor allen Dingen aber liegt es nicht im Wesen einer Großmacht, daß sie Bündnisse sucht, wie Frankreich das England und Amerika gegenüber getan hat, eine Tatsache, die auch die

Ausdrücke der beiden Schutzabkommen beeinflusst hat, sondern ihr werden Bündnisse angeboten, woran wohl Italien, nicht aber England oder Amerika gedacht haben. Ein vollgültiger Faktor in einer Kombination England-Frankreich-Amerika wird Frankreich erst werden können, wenn es selber die Möglichkeit einer andern Wahl besäße. Diese aber besteht vorderhand nicht. Das Gerücht von einem Zusammenschluß zwischen Frankreich, Südslawien und Griechenland war wohl nur dazu bestimmt, Italien zu schrecken, auf jeden Fall hätte ein solches Abkommen lediglich lokale Mittelmeerbedeutung und würde keinen Faktor der europäischen oder Weltpolitik bilden.

Frankreich ist sich der geringen Sicherheit, die die Abkommen mit England und Amerika bieten, innerlich übrigens durchaus bewußt und schaut deshalb eifrig nach Verbindungen mit den Staaten im Osten Deutschlands aus, was also auf eine Erneuerung der alten Zweibundpolitik hinauslaufen würde. Nur besteht hier die Schwierigkeit, daß Rußland vorderhand für diese Politik nicht in Betracht kommt. Entweder nämlich, was durchaus nicht unmöglich erscheint, der Bolschewismus wird sich in mehr oder minder gemäßigter Form halten, dann hat sich Frankreich in einem Maße für den Antibolschewismus festgelegt, daß es froh sein muß, die Zinsen seiner Anleihen bezahlt zu erhalten, und an ein wirkliches Bündnis nicht gedacht werden kann, oder der Bolschewismus bricht in sich zusammen, was von einzelnen Beurteilern zum Herbst prophezeit wird, dann hätten die „Reaktionäre“ für die nächsten Jahre soviel mit dem Wiederaufbau und der Herstellung endgültiger Ruhe im Inneren zu tun, daß an eine wirksame Unterstützung Frankreichs überhaupt nicht gedacht werden könnte, daß Frankreich diesem Zusammenschluß auch in einem Maße Opfer zu bringen sich genötigt sähe, zu denen es seiner eigenen inneren Nöte wegen absolut außerstande ist. Darum beginnt man sich in Frankreich denn auch mit der Mauer gegen den deutschen Drang nach Osten, mit einem Zusammenschluß zwischen Litauen, Polen, Tschechen, (Rumänien), Südslawien zu beschäftigen. Aber das alles liegt doch noch sehr im ungewissen: Litauen existiert einstweilen bloß in einigen Proklamationen, eine Bindung an Polen könnte bei einem Siege Rolschaks und Denikins wegen der noch ausstehenden Bestimmung der polnischen Ostgrenze leicht zu unliebsamen Meinungsverschiedenheiten mit der neuen russischen Regierung, deren Empfindlichkeit man zu schonen alle Ursache hat, führen, zwischen Tschechen und Polen bestehen einstweilen noch beträchtliche Gegensätze, polnische Eigenmächtigkeit in Galizien hat dem Prestige der Entente erst kürzlich einen empfindlichen Stoß versetzt, Rumänien ist wegen der Bestimmungen, die ihm in bezug auf die Behandlung seiner nationalen Minderheiten auferlegt werden sollen, gegen die Friedenskonferenz und besonders wieder gegen Frankreich, das es auch bei den Aktionen gegen Ungarn in (begreiflicher) Furcht vor bolschewistischer Ansteckung an der nötigen tatkräftigen Unterstützung hat fehlen lassen, heftig verstimmt, (braucht allerdings andererseits Unterstützung zur Durchsetzung seiner Ansprüche auf Bessarabien), und eine zu starke Bindung an die Südslawen, die zur Gewinnung eines gewissen Einflusses auf dem Balkan wünschenswert wäre, würde von den Italienern sehr unliebsam vermerkt werden und deren bereits als sehr beunruhigend empfundene Anschlußbestrebungen an Deutschland, Deutsch-Osterreich, Bulgarien (die wahrscheinlich auf Einbildung und Bestrebungen einiger Unverantwortlicher beruhen) und — Ungarn (gelegentlich des jüngsten Anfangserfolges der Ungarn gegen die Rumänen sprachen Pariser Blätter in kaum noch verhüllenden Ausdrücken von Munitionslieferungen Italiens an Bela Rhuns Soldaten) neuen Anlaß geben.

Auch der lateinische Bund wird sich vorderhand kaum verwirklichen lassen. Einmal verhält sich Spanien, das wegen Marokko allen Anlaß zum Mißtrauen gegen Frankreich hat, einstweilen sehr kühl, zweitens würde der lateinische Bund Frankreich in Orientfragen erst recht in einen Gegensatz zu England hineintreiben, was man begreiflicherweise vermeiden möchte, drittens hat es zwischen Italien und Frankreich gar zu viel Verstimmung gegeben und wenn man sich lebhaf-

auch wieder auf beiden Seiten eines Entgegenkommens befeichtigt, so wird das gerade hinreichen, eine einigermaßen erträgliche Befriedigung der italienischen Ansprüche zu ermöglichen. Italien hat Frankreich nichts zu bieten als Arbeitskräfte, die es in der neuen kleinasiatischen Kolonie selbst gebrauchen könnte und die Frankreich ohnehin vertragsgemäß von Deutschland gestellt bekommt, braucht dagegen Rohle und andere Rohstoffe, die Frankreich ihm kaum in zureichenden Mengen zur Verfügung stellen kann, und wenn es Clemenceau auch jüngst gelungen ist, die italienische Eigenliebe durch Übertragung eines Schiedsspruchrechtes in bulgarisch-serbischen und bulgarisch-griechischen Grenzangelegenheiten zu befriedigen und von den eigentlichen Lebensfragen abzulenken, wodurch die von Italien angestrebte Vormachtstellung auf dem Balkan gewissermaßen offiziell anerkannt zu werden schien, so konnte man sich doch andererseits in Italien nicht verhehlen, daß dieses Schiedsrichteramts, welches Frankreich nur wegen seiner Undankbarkeit zu übernehmen Bedenken getragen hatte, nur dazu angetan war, die Gegensätze zwischen Italien und mindestens zweien der Balkanstaaten, die sich auf jeden Fall benachteiligt geglaubt hätten, noch zu verstärken. Für die nächste Zeit werden der Reibungsmöglichkeiten zwischen Frankreich und Italien trotz Mittis wiederholten Beteuerungen allzuvielen bleiben, als daß an eine ernsthafte Annäherung zu denken wäre.

Ein anscheinend von England aus durchsichtigen Gründen betriebener Balkanbund hat bei der vorläufigen Schwächung Rußlands nicht mehr die Bedeutung für die Erhaltung des europäischen Friedens, den er vor dem Kriege hatte, und Nachrichten über ein Bündnis zwischen Südslawien und Griechenland sind von der griechischen Gesandtschaft in Rom ausdrücklich dementiert worden. Welche Bedeutung eine Annäherung zwischen Italien und Rumänien haben könnte, hängt ganz von dem Frieden ab, den Ungarn, Bulgarien und die Türkei erhalten werden.

Soviel jedenfalls ist sicher: der Völkerbund schließt Bündnisse nicht aus, bietet doch Artikel 21 des Versailler Vertrages selbst Handhaben genug, und da Frankreich das Recht zugestanden wurde, den Sicherungen des Völkerbundes skeptisch gegenüberzustehen, so wird man das gleiche Recht auch andern Staaten nicht aberkennen dürfen. Aberdies wird ja auch, so lange es nationale Interessen gibt, kein Völkerbund geheime Abmachungen zu hindern imstande sein, so wenig wie das System der parlamentarischen Kontrolle dazu imstande gewesen ist.

Und Deutschland? Davon muß in einem der nächsten Hefte gesprochen werden.

Menenius



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: Dr. Rathilde Kelsner in Berlin-Galensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Richterstraße 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Köpen 6610.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 83/87.



Tatsachen und Wahrheiten

Von Albert Haertlein, Bromberg

Den nachstehenden Aufsatz entnehmen wir den von den Vereinigten Deutschen Volks-ären Posen und Westpreußens herausgegebenen „Deutschen Nachrichten“. Die Unzahl von Mißverständnissen und das mangelnde Verständnis, mit dem die Volksratsbewegung seit Monaten zu kämpfen hat, finden in dem Aufsatz eine so treffende Beleuchtung, daß wir ihn den Lesern der Grenzboten glauben nicht vorenthalten zu dürfen, trotz der Bedenken, die darin lagen, daß die Person des Herausgebers in dem Aufsatz stark in den Vordergrund tritt.



U n seiner vor Jahrzehnten erschienenen „Geschichte der Deutschen in Amerika“ hat Franz Vöhr jene deutsche Eigenart geschildert, die solange an führenden deutschen Männern mäkelte, bis die große Sache, der im Grunde alle mit freudigem Herzen dienen wollten, dabei den schwersten Schaden erleidet oder gar zugrunde geht. Vöhr hat damit die Wahrheit gesagt, doch nicht die ganze Wahrheit. Der Deutsche zerstört große Dinge, die ihm und seinem Volk eine Notwendigkeit bedeuten, durch seine naive Oberflächlichkeit in der Beurteilung von Personen und Sachen. Da seine politische Erziehung im engsten Parteirahmen stecken geblieben ist, heißt er alles gleich schlecht oder gut, wie es eben ihm von der Parteiseite eingeträufelt wurde. An die Stelle eines klaren, vernünftigen Urteils, das sich auf Beweise und Tatsachen stützen kann, tritt die kritiklos übernommene Parteimeinung, und wo allenfalls leise Zweifel und einige Überlegung auftauchen, da stellt ein Schlagwort zur rechten Zeit sich ein und schlägt den gesunden Menschenverstand tot. Und diese Schlagworte und verkehrten Urteile wälzen sich dann durch zahllose Reden und Leitartikel von Versammlung zu Versammlung, von Zeitung zu Zeitung, wie eine ewige Krankheit fort. Die Wahrheit, die doch so leicht zu erkennen wäre, wird in undurchdringlichen Nebel gehüllt, die Masse — gleichgültig, ob gebildet oder ungebildet — ist des Denkens überhoben, und die Tatsachen prüft nicht einer mehr. Das Ende aber ist unberechenbarer, nicht wieder gut zu machender Schaden für die Gesamtheit, für Volk und Vaterland. Durch seine Tüchtigkeit hat sich der deutsche Kaufmann den Weltmarkt erobert, zu Hause aber herrscht sträfliche Oberflächlichkeit in der Beurteilung des Wesens fremder Völker und Länder, die Gründlichkeit des deutschen Gelehrten schuf ein wahres Arsenal von Mitteln zur Kenntnis des Auslandes, die breite Masse und die politischen Führer folgten dem leichtfertigen Schlagwort. So spukte, um nur ein Beispiel anzuführen, Argentinien in den Köpfen der Masse als „exotisches Land der Revolution“, während es in Wirklichkeit eine Handelsgroßmacht ersten

Ranges ist und das Zeitalter der fortgesetzten Staatsumwälzungen längst hinter sich hat. Das blindgläubige Volk liebt, um nicht denken zu müssen, es urteilt nach überkommenen Meinungen, die von einer Interessentengruppe oder manchmal auch von Böswilligen und Ignoranten ausgehen. Sieht dann zum Schluß das Volk vor gesehenem Unheil, dann klagt es an, dann schiebt einer die Schuld auf den anderen.

Wie schlecht, wie falsch die deutsche öffentliche Meinung über das Ausland unterrichtet war, ist nach dem Kriege erst allen bekannt geworden. Aber genau so schlecht und falsch wird die Öffentlichkeit über die wichtigsten Dinge und Vorgänge in der Heimat, im eigenen Lande informiert. Und auch hier nimmt die Menge alles leichtgläubig, kritiklos hin. Was ist nicht alles in den letzten Wochen über die Ostmark, die Deutschen Volksräte zusammengeredet und zusammengeschrieben worden! Dazu von den eigenen Volksgenossen, von Leuten und Blättern, die ernst genommen sein wollen. Von den politischen Dilettanten, die jetzt gerade Oberwasser haben und ihre entlehnte Weisheit zumeist in neugegründeten sozialistischen Blättern abladen, wollen wir gar nicht sprechen. Schnell findet das falsche Urteil Eingang in die Presse, und der bei uns schon zur Krankheit gewordene blinde Glaube an das gedruckte Wort sorgt dann dafür, daß landauf landab auf einen Irrtum, ja auf einen handgreiflichen Unsinn geschworen wird. Aus seinen Erfahrungen der letzten Jahre könnte jeder Bände schreiben. Uns berühren aber hier nur die irrigen, verkehrten und bis zum Widersinn verdrehten Auslassungen über die Ostmark, die Deutschen Volksräte und ihren Führer. Ist schon im Interesse der späteren Geschichtsschreibung die zeitige Aufdeckung der Wahrheit erforderlich, so wird sie im gegenwärtigen Augenblick zur unabweislichen Pflicht, da die aus Unverstand, Irrtum, Bosheit und Oberflächlichkeit geborenen falschen Darstellungen über die Vorgänge in der Ostmark anfangen, zum Schaden für das gesamte Deutschland in den an Polen abgetretenen Gebieten zu wirken. Freilich können im Rahmen dieses Aufsatze nur die größten Irrtümer bloßgestellt, nur die eingefressenen Schlagworte in ihrer Hohlheit und Unwahrhaftigkeit aufgedeckt werden. Die wenigen Beispiele lassen aber mit Schrecken erkennen, wie wenig sich in schwerster Zeit ein Teil der deutschen Presse seiner hohen Verantwortung bewußt war.

I.

Die „Vossische Zeitung“ in Berlin, die sicher als ein ernst zu nehmendes Blatt gelten will, brachte kürzlich aus der Feder L. Sochaczewski einen Artikel über die „Tragödie des Ostens“, worin alle Märchen über die Gründung eines Oststaates, die hier am Viertisch erzählt wurden, als ernste politische Begebenheiten der aufhorchenden Welt vorgetragen wurden. In dem von Torheiten strotzenden Artikel befand sich auch folgende Stelle: „Wollte Batacki Ost- und Westpreußen zu einem gemeinsamen Staat zusammenfassen, so will ein zweiter Plan, für den anscheinend (!) der Geheimrat Kleinow in Bromberg und die Deutschen Volksräte die Verantwortung zu tragen bereit waren, den ganzen deutschen Osten bis zur Oder, mit Einschluß der gesamten Provinz Schlesiens, zu einem neuen Reich einem deutschen Ostmarkenstaat vereinen, wie es scheint, am liebsten unter monarchischer Spitze; es wurde bereits die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg propagiert.“ Weiter schreibt Sochaczewski, Herr Wittmeyer habe in Danzig erklärt, „die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg sei nur von einem kleinen Teil ernst genommen worden“. Abgesehen von dem „anscheinend“ und „wie es scheint“, die schon eine völlige Unkenntnis der Dinge verraten, sind diese positiven Behauptungen in einer großen, auch im Ausland verbreiteten Zeitung eine beispiellose Ungeheuerlichkeit, denn in der Ostmark weiß tatsächlich jeder Mann, daß diese ganze Darstellung von A—Z aus den Fingern gezogen ist. Ich stellte wegen dieser nicht zu überbietenden Weichfertigkeit die „Vossische Zeitung“ in einem Briefe zur Rede. Und was antwortet ihre Redaktion zu ihrer Rechtfertigung? Sie schrieb mir folgendes: „Wir haben uns an den Verfasser

des Artikels gewandt und von ihm die Mitteilung erhalten, woraus hervorgeht, daß der Artikel auf Grund eines ebenso umfangreichen wie einwandfreien und sorgfältigst zusammengestellten Materials geschrieben war, nämlich auf Grund von mehr als hundert Ausschnitten durchweg ostdeutscher Zeitungen der verschiedensten Parteirichtungen, beispielsweise der „Hartungischen Zeitung“, der konservativen „Ostpreussischen Zeitung“, der sozialdemokratischen „Königsberger Volkszeitung“, der „Danziger Zeitung“, des Graudenzers „Geselligen“ usw. Alle diese Zeitungsausschnitte waren neu, nämlich aus den Tagen vom 20. Juni bis 5. Juli. Die besonders angefochtene Behauptung von einer vorübergehend aufgestellten Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg findet sich aber keineswegs nur in den Zeitungen, sondern wurde vor allem ausdrücklich und widerspruchsfrei von dem in dem Aufsatz namentlich zitierten Ausschußmitglied der Deutschen Volksräte, Wittmeyer-Graudenz, in einer Danziger Unteroffiziersversammlung am 26. Juni aufrecht erhalten, über die die „Danziger Zeitung“ vom 27. Juni einen zwei Spalten langen Bericht gebracht hat. Danach hat Wittmeyer ausdrücklich zugegeben, der große Fehler der Volksräte sei gewesen, daß sie sich zuerst auf die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg hätten festlegen lassen und erst nachträglich sich auf ein demokratisches Regierungssystem für den geplanten Freistaat im Osten geeinigt hätten. Die Zusammenstellung des Materials ist ohne bestimmte Tendenz erfolgt; es sei denn, daß darin die Warnung vor Streifen zum Ausdruck kommen sollte, die bei dieser Gelegenheit ihre gegenrevolutionären Pläne verwirklichen wollen. Im übrigen war lediglich die Absicht, über alle diese Dinge, die seit Wochen die ostdeutsche Presse füllen, über die in Berliner Zeitungen bisher nicht das mindeste bekannt geworden war, auch unsere Leser zu unterrichten.“

Also so werden die Leser einer großen Zeitung über die Tragödie der zwei Millionen aus dem Reiche ausgestoßenen Deutschen „unterrichtet“! Soviel Teilnahme, soviel Verständnis brachte man im nahen Berlin dem bis zum letzten Augenblick treuen Volk der Ostmark entgegen, daß man seine Schredenstage, in denen hier Tausende von Männern und Frauen in namenlosem Schmerz buchstäblich zusammenbrachen, aus „mehr als hundert Zeitungsausschnitten“ schildert und das ganze mit Phantasiebildern von Staatengründungen ausschmückt. Ein solches Verfahren ist wirklich unbegreiflich. Wäre eine solche Berichterstattung in einem anderen Lande, sagen wir z. B. in England, überhaupt möglich? Und es ist tatsächlich alles Phantasie, was in dieser Geschichte der „Tragödie des Ostens“ steht. Ich will es beweisen. Seit sieben Monaten kontrolliere ich die gesamte deutsche und polnische Presse des Ostens. In keiner einzigen Zeitung der Ostmark befindet sich eine Meldung oder ein Artikel „von dem neuen Reich bis zur Oder, am liebsten unter monarchischer Spitze“, ein Plan, „für den Geheimrat Kleinow und die Deutschen Volksräte die Verantwortung zu tragen bereit waren.“ In keinem einzigen Blatt findet sich die Meldung, daß „bereits die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg propagiert wurde“. Die „Vossische Zeitung“ schrieb in ihrem Artikel, Herr Wittmeyer habe in Danzig allen Ernstes erklärt, „die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg sei nur von einem kleinen Teil ernst genommen worden“. Und in ihrem Briefe behauptet die Redaktion der „Vossischen Zeitung“ sogar, die „vorübergehend aufgestellte Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg“ findet sich keineswegs nur in den Zeitungen, sondern wurde widerspruchsfrei von Wittmeyer am 26. Juni in einer Versammlung aufrecht erhalten.“ Nach der „Danziger Zeitung“ vom 29. Juni habe W. ausdrücklich zugegeben, „der große Fehler der Volksräte sei gewesen, daß sie sich zuerst auf die Kandidatur des Herzogs von Mecklenburg hätten festlegen lassen“.

Vor mir liegt die angezogene Nummer der „Danziger Zeitung“. In diesem Bericht über Wittmeyers Rede heißt es aber wörtlich: „Der Fehler sei begangen, daß man die Volksräte nicht auf demokratischer Grundlage, sondern auf aristokratischer Basis organisiert habe. Das habe sich bitter gerächt. Man habe den Volksräten deshalb vorgeworfen, Förderer der Reaktion zu sein, und sie monar-

christlicher Botschaften bezichtigt. Nur so hätte das Gerücht entstehen können, daß die Volksräte im Osten eine Monarchie mit dem Herzog von Mecklenburg an der Spitze errichten wollten.“ Also nach dem Hauptbeweismittel, daß die „Vossische Zeitung“ beibringt, hat W. gerade das Gegenteil von dem gesagt, was die „Vossische Zeitung“ in ihrem Artikel und in ihrem Brief als geschichtliche Tatsache hinstellt. Zudem hat die „Danziger Zeitung“ eine Berichtigung Wittmeyers gebracht, in der es mit Bezug auf jene Stelle hieß:

„Ich habe ausgeführt: Wir sind bei der Ausführung unserer Bestrebungen vielerlei Angriffen ausgesetzt gewesen, trotzdem wir auf rein demokratischer Basis ohne Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit usw. aufgebaut sind. Fehler kommen allerwärts vor, und wenn an einigen Stellen zuerst Volksräte auf aristokratischer Basis organisiert gewesen sind, so hat sich das bitter gerächt, denn trotzdem man diesen Fehler alsbald beseitigt hat, sind uns von nicht unterrichteten Leuten reaktionäre, ja, sogar monarchistische Bestrebungen angedichtet worden.“

Es ist ja auch ganz klar, daß W. sich über die Organisation der Volksräte nicht so aussprechen konnte, wie die „Danziger Zeitung“ berichtet hatte, denn die wenigen Volksräte, die anfangs „von oben herab“ organisiert wurden, waren die an den Fingern einer Hand heranzählenden Volksräte der sogenannten Danziger Richtung, die mit den auf breiterer demokratischer Grundlage aufgebauten Volksräte „Bromberger Richtung“ gar nichts gemein hatten. Gerüchte, ja Gerüchte schwirrten in jenen schicksalsschwangeren Tagen in Mengen umher, einige von ihnen wurden auch in der ostdeutschen Presse registriert. In den Volksräten war natürlich von all dem verworrenen Zeug keine Rede. Ich habe an allen vertraulichen und geheimen Sitzungen des Volksratsausschusses in Danzig und Bromberg teilgenommen, an die Bildung eines monarchischen Staates wurde da nicht einmal gedacht, geschweige denn darüber geredet. Das Gerücht vom Herzog von Mecklenburg wurde einmal von einem Ausschußmitglied in eine Sitzung mitgebracht und fand die verdiente heitere Aufnahme. Diese fetten mecklenburgische Ente war aus den Spalten einer unabhängig-sozialistischen Zeitung aufgeflattert! Die Träger und Verbreiter der verschiedensten Gerüchte zum Schaden der ganzen Ostmark waren, auch das muß festgestellt werden, eine Anzahl Berliner Blätter, die sich durch ihre Korrespondenten in Thorn wiederholt die unglaublichsten Nachrichten aufstischen ließen. Diese „Thorner Berichterstattung“ bildet kein Ruhmesblatt für einen Teil der Berliner Presse.

Aus all dem Gesagten ist einwandfrei bewiesen, daß die Darstellung in dem Artikel der „Vossischen Zeitung“ in jedem Punkte unwahr ist; es ist eine leichtfertige „hingehauene“ Zeitungsausschnittarbeit eines Unverantwortlichen, der aus seiner Phantasie dazu gab, was die Ausschnitte nicht enthielten. Das Ostmarkendeutschium trug den Schaden. Wertvoll ist der Brief der „Vossischen Zeitung“, denn er hat die Aufklärung über das Warum gebracht. Sensationshascherei lag, wie man anzunehmen versucht war, dem Verfasser ferne, die Tendenz seines Artikels ging dahin, „die Warnung vor Krisen zum Ausdruck zu bringen, die bei dieser Gelegenheit ihre gegenrevolutionären Pläne verwirklichen wollen.“ Ein offenes, treuherziges Geständnis: Furcht vor der Reaktion! Die „Vossische Zeitung“ genau wie jeder Unabhängige: „Anscheinend Geheimrat Kleinow und die Deutschen Volksräte“ und „wie es scheint am liebsten unter monarchischer Spitze.“ Sie wissen nichts, aber sie fürchten, sie behaupten, ohne zu untersuchen! Und noch eins: Große deutsche Blätter senden ihre Leute nach Prag und Finnland zum Studium der Verhältnisse an Ort und Stelle; an den Schauplatz jedes größeren Sportereignisses, zu jedem Sensationsprozeß eilen die „besonderen Berichtersteller“. Aber die große Tragödie des Ostens aber wird Deutschland und die Welt durch eine ungereimte, phantasiengewürzte Zusammenstoppelung „von mehr als hundert Zeitungsausschnitten“ unterrichtet. So stehen wir heute vor der beschämenden, aber wahren Tatsache: Das feindliche Ausland, Amerika und England, sandte seine Journalisten in die Ostmark, ihre Berichte schilderten wahrheitsgetreu in hellen, zutreffenden Farben den starken nationalen Willen des Ostmarkendeutschiums;

wenn Schneidemühl deutsch blieb, darf es dafür nicht zuletzt den feindlichen Journalisten danken. Die deutsche Presse — — — Zeitungsausschnitte, Reaktion, Hafatismus, Verdächtigung der Volksräte! Ich nenne gern einige rühmenswerte Ausnahmen: „Berliner Tageblatt“, „Post“, „Tägliche Rundschau“.

Hier im Osten ein Volk in Not: Mit allen Fasern seines Herzens hängt es am Vaterlande, von dem es gewaltsam losgerissen werden soll; die Liebe zur Scholle, der nationale Wille erwacht, alles, was deutsch heißt, schließt sich zusammen ohne Unterschied von Rang und Stand; da Regierungsgewalt und Behördenorganismus versagen, baut sich der nationale Wille eine Organisation zum Schutze seines Deutschtums, eine festgefügte Einheit des Volkes, die Deutschen Volksräte. Gleichzeitig drüben im Reiche Auflösung der Volkseinheit, der völkische, politische und wirtschaftliche Zerfall. Hier gesunder Sinn und hochentwickeltes Gemeinschaftsgefühl, dort im Reiche das Deutschtum zum ethnographischen Begriff herabgesunken! Fürwahr, das Reich konnte gar kein Verständnis mehr für den nationalen Willen des Ostens aufbringen: es älterte ja vor diesem nationalen Willen, es sah in ihm nur die „Reaktion“. Und das führte den Osten in die große Tragödie.

II.

Die Regierung Scheidemann erkannte und schätzte den nationalen Willen der Ostmark und somit die Hauptträger dieses Willens, die Deutschen Volksräte, weil in den Tagen der Zerrüttung und Erschütterung des ganzen Reiches das gesunde Volkstum in der Ostmark der Regierung in inner- und außerpolitischer Hinsicht eine feste Stütze bot. Das übrige Deutschland aber konnte kein Verständnis aufbringen für die nationale Bewegung im Osten. Ebenso wie die linken Parteien den deutschen Gedanken im Osten verkannten, verkannten ihn auch die rechten, jene fürchteten irrtümlich, diese nährten unter falschen Voraussetzungen trügerische Hoffnungen und schaden auch damit der immer kräftiger werdenden Volksratsbewegung. Aus der unbegründeten Furcht der einen und der unbegründeten Hoffnung der anderen entstand die oberflächliche, von Grund aus verkehrte Meinung, die Deutschen Volksräte seien Träger der Reaktion, ihre leitenden Kreise verfolgten — weil sie das Deutschtum im Osten dem Reiche erhalten wollten! — „hafatistische“ Ziele. Es ist das Unglück für das Deutschtum in der Ostmark, daß das eigene Vaterland in ihrer Stunde der höchsten Not nicht fähig war, die große Volksbewegung im Osten klar zu erkennen. Revolutionärer Stumpfsinn, platte Oberflächlichkeit und die deutsche Art, dem ödesten Schlagwort blind zu folgen, brachte es dahin, daß eine gesunde Bewegung, auf die jedes andere Land stolz gewesen wäre, als „alldeutsch“ bezeichnet, ihr Führer als „hafatist“ verschrien werden konnte. So nur konnten Märchen entstehen, wie sie die „Völkische Zeitung“ aufsticht.

Selbst zur objektiven Erfassung der Dinge befähigte Männer wurden in den Strudel dieser verkehrten Auffassung gezogen. So hat Dr. Paul Michaelis vom „Berliner Tageblatt“, der Ende Juli in Bromberg weilte und sich tatsächlich mit großer Gewissenhaftigkeit unterrichtete, seinem Blatte berichtet: „Von deutscher Seite wurden die Volksräte ins Leben gerufen, um die eigenen Interessen tatkräftig zu vertreten. Sie haben zweifellos mit ehrlichem Willen den Versuch gemacht, zu retten, was überhaupt noch zu retten war, aber die Grundlage ihrer Operation war zu schmal. Im wesentlichen waren es doch die ehemaligen „hafatistischen“ Elemente, die hinter den Volksräten und ihrem geistigen Führer Georg Kleinow standen. Diese verdächtige Herkunft erschwerte den deutschen Volksräten von vornherein die praktische Arbeit und verhinderte besonders ein vertrauensvolles Zusammengehen mit den polnischen Volksräten. Vergebens versuchte man, das Deutschtum im Osten durch eine Verständigung mit den Polen zu retten.“ Und einige Zeilen später: „Die Volksräte haben jedenfalls die ersten Schritte zu einer praktischen Verständigung mit den Polen getan. In dieser Richtung wird es ihnen auch weiterhin nicht an Arbeit fehlen. Nur darf man auch die Gefahr nicht übersehen, die in ihrer Herkunft und Zusammenfassung liegt. Es muß verhindert werden, daß das Deutschtum im Osten mit der politischen Reaktion

gleichgestellt werden kann. Ein demokratischer Einschlag ist für die deutschen Volksräte unentbehrlich, wenn sie nützliche Arbeit für die deutsche Zukunft leisten wollen."

Auch in diesem Urteil scheiterte der durchaus ehrliche Wille zur Wahrheit zu gelangen, an dem allgemeinen Vorurteil, auch aus diesen Worten blickt wieder die bekannte bleiche „Furcht vor der Reaktion“. Dabei wird unumwunden zugestanden, daß die Volksräte „die ersten Schritte zu einer praktischen Verständigung mit den Polen getan haben“. „Verdächtig“ waren die Volksräte nur den kleinen sozialdemokratischen Führern im Osten; und das ist durchaus verständlich, denn drüben im Reiche herrschen die revolutionären Ströme, während hier im Osten sich mit elementarer Gewalt der nationale Gedanke ausbreitet, der von diesen Führern miterlebt, mitgeführt, aber dennoch bekämpft wird, weil sie den Zusammenhang mit der Revolution nicht verlieren wollen. Kein anderer deutscher Volksteil — ausgenommen einige jüdische Kreise, die sich als „neutral“ erklärten — hat die Zusammenarbeit mit den Deutschen Volksräten abgelehnt. Die Annahme von Dr. Michaelis, die „verdächtige Herkunft“ der Deutschen Volksräte habe ein vertrauensvolles Zusammengehen mit den polnischen Volksräten verhindert, bezeugt aufs neue, wie wenig man im Reiche von der Volksratsbewegung und dem Gang der Dinge in der Ostmark wirklich weiß. Solange bei den Polen die Erfüllung ihrer Wünsche in Versailles zu erwarten war, konnte man eigentlich auf eine Zusammenarbeit nicht ohne weiteres rechnen. Aber trotzdem wäre im Frühling 1919 eine Verständigung mit den Polen möglich gewesen, wenn — die damalige deutsche Regierung nicht eine so jammervolle Politik getrieben hätte. Sie drängte die Deutschen Volksräte von ihrem Verständigungswillen ab und schuf im ganzen Lande eine Kampfstimmung, die bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages bis zur Explosionsgefahr gebieterisch war. Wenn die Explosion nicht eintrat, wenn Bürgerkrieg und entsetzliches Unheil vermieden wurden, so war dies einzig und allein den Deutschen Volksräten und ihrem Führer Gleinow zu verdanken, der nach dem Verrat von Weimar — nach den heiligen Zusicherungen der Regierung Scheidemann kennt die Ostmark dafür kein anderes Wort — den Steuerhebel mit einem Ruck auf die andere Seite riß und nicht nur das undankbare schwere Werk der Beruhigung der aufgeregten deutschen Bevölkerung übernahm, sondern im gleichen Augenblick dem Gebot der Stunde folgte und sofort die Verhandlungen mit den Polen einleitete. Welchen Dienst damit die Deutschen Volksräte nicht allein der Ostmark — der deutschen und der polnischen Bevölkerung — sondern auch, ja vor allem der deutschen Regierung erwiesen haben, darüber ist bis jetzt vom Reiche überhaupt noch nicht nachgedacht worden. Das Reich schrie „Hochverrat“, wo es eine Dankadresse an die Volksräte hätte richten müssen. Der Zusammenarbeit zwischen den deutschen und polnischen Volksräten stand keine „verdächtige Herkunft“ hinderlich im Wege, weil die „Herkunft“ niemanden hier verdächtig ist, außer den sozialdemokratischen Führern und etlichen Zeitungen im Reiche, die eben aus ihrer Parteizwangsjacke nicht heraus können und von ihren Wahnvorstellungen auch durch die Wucht der Tatsachen nicht geheilt werden konnten. Die Regierung und ihr überflüssiger Erabant in Danzig (Aktionsausschuß) ließen erklären, diese Verhandlungen von Volkerrat zu Volkerrat seien wertlos, mußten aber nach ihren eigenen letzten Verhandlungen mit den Polen am 23. Juli ein Protokoll unterzeichnen, in dem bekundet wird: „Es wird ausdrücklich nochmals festgestellt, daß in dem Aufrufe vom 30. Juni 1919 eine bindende Erklärung der polnischen Regierung zu erblicken ist.“ Diese bindende Erklärung aber gehört zum Erfolg der Deutschen Volksräte. Über diesen Aufruf hinaus haben die Regierungsverhandlungen in Danzig kein Ergebnis gehabt.

Hätten die Parteien und die Presse im Reiche, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, sich ernstlich mit dem Osten und seinen Volksräten befaßt, dann hätte bei einigermaßen ehrlicher Beurteilung niemals das Wort „Reaktion“, niemals das Wort „Faschismus“ gegen die Volksräte und ihren Führer laut werden können.

Am 1. März 1918, wohlgemerkt 1918, als Deutschland auf dem Höhepunkt seiner militärischen Erfolge stand, zergliederte Kleinow in den „Grenzboten“ (1918, Heft 9) das Polenproblem für Deutschland. Er sprach klar das erkannte Ziel der Politik der Polen aus: „Freundschaft und Bündnis mit den Mächten der Entente gegen das Deutsche Reich“ und er forderte — trotz der damals selbstverständlichen Annahme des deutschen Sieges! — die Deutschen in der Ostmark sollten sich ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit zu Kultur- und Unterstützungsvereinen zusammenschließen. Er schrieb: „Wie dieser Zusammenschluß zu erfolgen hätte, mag heute unerörtert bleiben, ebenso wer ihn betreiben soll. Nur dies scheint mir schon erwähnenswert: es könnte sich nicht um einen Verein handeln, der seinen Sitz außerhalb der Ostmark hätte, und sich begnügte, Ortsgruppen in Polen, Westpreußen und Oberschlesien einzurichten. Was mir vorzuschwebt, sind lokale Vereine, die, aus dem Bedürfnis des betreffenden Ortes hervorgegangen, Anschluß an ähnliche Organisationen in den Nachbarorten suchen und sich schließlich zu Kreis- und Provinzialverbänden zusammensfügen, die ihrerseits eine Art gemeinsamen deutschen Volksrat für die Ostmark zu bilden hätten! Sonstige Organisationen (Genossenschaft, gewerbliche und kulturelle Vereine) könnten den Ausgangspunkt schaffen zum Zusammenschluß der Deutschen.“ Aber alle diese Vereine hätten nur Aussicht auf Erfolge, wenn sie sich grundsätzlich der negativen Parole „Kampf gegen das Polentum“ entschlüßen und dafür die Lösung wählten: „Förderung des Deutschtums“, Förderung wirtschaftlich, kulturell, aber im übrigen unpolitisch! Derart, daß auch jeder Beamte und Offizier, Pfarrer, Lehrer und Gewerbetreibende in die Organisation eintreten könnte. Kleinow fährt dann fort: „Eine solche Neubegründung der preußisch-deutschen Ostmarkenpolitik auf den Schultern des gesamten Deutschtums in den bedrohten Provinzen unter gleichzeitiger Aufhebung der Ausnahmebestimmungen sollte um so größere Aussicht auf Erfolg haben, je mehr die Demokratisierung des Wahlrechts das deutsche Element zum Zusammenschluß zwingt. . . . Was wir in der Ostmark vor allen Dingen brauchen, nach allen den Jahren des äußeren und inneren Kampfes ist friedliche innere Entwicklung.“ Hier ist der Volksratsgedanke für die Ostmark zum ersten Male in seinem ganzen Umfang ausgesprochen und dem Ganzen gleichzeitig Art, Richtung und Ziel gewiesen: Kein Kampf gegen das Polentum, unpolitischer (überparteilicher) Zusammenschluß, Förderung des Deutschtums und friedliche innere Entwicklung! Und den hier klar ausgesprochenen Gedanken hat Kleinow acht Monate später, als Deutschland zusammengebrochen war, die Revolution tobte und die Ostmark auf sich selber angewiesen vor ihrem Schicksal stand, in die Tat umgesetzt. Die Verständigung mit den Polen blieb auch unter ganz anderen Verhältnissen der Leitgedanke der Volksräte. Im Dezember 1918 veröffentlichte Kleinow als Leiter der Deutschen Vereinigung (Vereinigte Volksräte) einen Aufruf in einer Reihe von Zeitungen, in dem es heißt:

„Neben der Liebe zu den Volksgenossen soll in den Volksräten auch Achtung vor den Landsleuten polnischer Zunge gepflegt werden. Wir verdammen jede Art von Unterdrückungspolitik, wir gönnen die gleiche Freiheit den Polen, die wir für uns in Anspruch nehmen.“

In einem programmatischen Aufruf der Deutschen Vereinigung Bromberg im Dezember 1918 heißt es wörtlich:

„Wir erstreben ein friedliches Zusammenleben der Nationalitäten in der Wirtschaft, um nach den unsäglichen Opfern und Leiden des Krieges und der Revolution allen unseren Landsleuten die Segnungen des Friedens in weitestem Ausmaße zuteil werden zu lassen. Dazu gehört aber in erster Linie gegenseitige Achtung, und Achtung kann nur derjenige in Anspruch nehmen, der stark genug ist, sich zu behaupten. Die Achtung der Polen vor dem Deutschtum ist infolge der jämmerlichen Haltung der alten und Unentschlossenheit der neuen Regierung gründlich in die Brüche gegangen. Sie gilt es, durch die Volksgefamtheit wieder herzustellen. Das ist die Voraussetzung für alles übrige. Ebenso wie die Polen sich durch ihre nationale Einmütigkeit in mehr als hundertjährigem Kampfe

unsere Achtung erkämpft haben, so müssen wir, um die Achtung der Polen zu gewinnen, einig sein in der Verteidigung unserer nationalen Rechte und in der Wahrnehmung unserer nationalen Pflichten."

Immer wieder wird als vornehmster Grundsatz „Friedliches Zusammenleben der Nationalitäten, Verständigung mit den Polen, Verteidigung unserer nationalen Rechte" verkündet. Versteht man darunter Kafatismus oder Reaktion? Selbst als die berüchtigte Demarkationslinie gezogen ist, der Kriegslärm vor der deutsch-polnischen Front in die Mauern Brombergs schallt und traurige Nachrichten über die Behandlung der Deutschen von jenseits der Demarkationslinie hierher bringen, werden die Richtlinien der Deutschen Volksräte mit der unveränderten Parole veröffentlicht. Und daneben gehen zahllose Reden, in denen der Führer der Volksräte immer wieder mahnt: Verteidigung unserer nationalen Rechte, aber keinen Kampf gegen das Polentum! Getragen wurde diese Politik von der klaren Einsicht in die Tatsache, daß in der Ostmark die Deutschen und Polen so nebeneinander und durcheinander wohnen, daß beide Nationalitäten immer aufeinander angewiesen bleiben, mag das Schicksal der Provinzen sich so oder so gestalten. In der Marienburger Tagung der Deutschen Volksräte am 28. Mai findet der Verständigungsgedanke seinen Höhepunkt, ein Appell ergeht an sämtliche Bewohner des Ostens ohne Unterschied der Muttersprache „für einen deutsch-polnischen Ausgleich" im Rahmen eines großen Rechtsstaates, der die Gleichberechtigung der Nationalitäten unbedingt wahr". Es ist heute zwecklos darüber zu sprechen, was die Reichsregierung auf dieses Ausgleichsfundament, das ihr die Deutschen Volksräte darboten, hätte bauen können, wenn ihre Politik ein Ziel gehabt hätte. Bei verständigem Zugreifen wäre die Entwicklung der Dinge in der Ostmark zum mindesten einen für die Deutschen nicht so traurigen Weg gegangen.

Das Schicksal der Deutschen der Ostmark liegt nun in der Hand der Polen. Wenn vom Reiche aus immer wieder mit den gedankenlosen Schlagworten „Kafatismus", „Reaktion" usw. gegen die Deutschen Volksräte gearbeitet wird, dann ist das nichts anderes, als ein verständnisloser Kampf gegen die Brüder, die „man nicht vergessen will", bedeutet das nichts anderes, als den aus dem Reiche ausgestoßenen Deutschen in den Rücken fallen.

So demokratisch wie die Organisation der Volksräte im Osten sind nicht einmal die demokratischen Parteiorganisationen des Reiches. Nicht von Parteikonventionen werden die Vertreter der Volksräte aufgestellt und als zu Wählende dem Volke dekretiert, sondern diese Volksratsvertreter werden vom Volke ohne irgendeinen Zwang gewählt; jeder Vertreter ist den Wählern bekannt, die gewählten Ortsvertreter wählen ihre Obmänner, diese bilden den Kreisvolksrat und wählen den Tüchtigsten aus ihnen zum Kreisobmann. Wenn die Sozialdemokraten nur in geringer Zahl in den Volksräten vertreten sind, so ist das lediglich der Gegenagitation der sozialdemokratischen Führer und der sozialdemokratischen Presse zuzuschreiben, die einerseits eine Einbuße an ihrer führenden Stellung befürchten, andererseits richtig erkennen, daß das gesunde volkstümliche und demokratische Programm der Volksräte wie ihre positive soziale Arbeit viele sozialdemokratischen Mitläufer zur Überlegung zwingen wird. Jetzt, da im ganzen Lande die deutschen mit den polnischen Volksräten verhandeln und gemeinsam arbeiten, beklagen sich bereits sozialdemokratische Kreise, daß sie von dieser Arbeit ausgeschlossen sind. Mit Recht hat ihnen in einem Kreise der Obmann des Volksrats öffentlich erklärt, die Sozialdemokraten seien nicht nur zu der Volksratsgründung, sondern auch zu den Wahlen aufgefordert worden, sie hätten aber abgelehnt. Nach dem Übergang der Ostmark in polnische Hände werden die Sozialdemokraten ihr schweres Versäumnis noch mehr erkennen.

Wie der Führer der Deutschen Volksräte sich zu den Sozialdemokraten stellt — nicht erst seit den Tagen der Revolution —, das lassen am deutlichsten nachstehende Zeilen erkennen, die G. Kleinow im Schlußheft (52) des Jahrgangs 1911 der Grenzboten schrieb:

„Das Jahr 1911 neigt sich seinem Ende zu. Es war kein frohes Jahr und endet mit einem Mißklang. Das Jahr hinterläßt uns eine Reihe von

wichtigen Problemen, deren Lösung dringend und dringender wird. Das bedeutsamste, es ist dasselbe, das auch vor hundert Jahren vor dem preussischen Staate stand, damals zwar spät, aber nicht zu spät von Stein, Hardenberg und Humboldt gelöst: die Wiederherstellung des verloren gegangenen Zusammenhanges zwischen den einzelnen Schichten und Klassen des Volks. Noch spricht die allgemeine Stimmung gegen die Ausöhnung der bestehenden Gegensätze. Die Drachensaar des Klassenhasses, die Marx gesät und Bebel durch mehr als vierzig Jahre gehegt, ist nun auch beim Bürgertum aufgegangen und läßt es blind gegen die Mehrheit unserer Volksgenossen wüten. Ein Trost bleibt uns indessen, wenn wir beobachten dürfen, wie die Zahl derer wächst, die, ohne die Schädlichkeit der heutigen Sozialdemokratie zu verkennen, es wagen, öffentlich zu bekennen: wenn auch Sozialdemokrat, so doch in erster Linie unser Volksgenosse! Nach dem Grafen Posadowski der konservative Landgerichtsrat Wilson in Erfurt, der sich nach un widersprochen gebliebenen Zeitungsberichten gegen die Kandidatur Hagemanns aussprach, wegen dessen Eigenschaft als zweiter Vorsitzender des Reichesverbandes gegen die Sozialdemokratie. Mögen ihrer noch mehrere werden, dann werden auch wie vor hundert Jahren die Männer aus unserer Mitte emporsteigen, die den Problemen der Gegenwart gerecht zu werden vermögen. Hierin liegt unsere Hoffnung für die Zukunft und für ein besseres 1912."

Nach Feststellung dieser Tatsachen und Wahrheiten dürfte gedankenlosen Geschichtenträgern und den Parteipublizisten des Reichs, so verständnislos sie auch sonst den Verhältnissen der abgetretenen Ostmark gegenüberstehen mögen, der Boden für ihre Angriffe gegen die Deutschen Volksräte und ihren Führer entzogen sein.

III.

Als im Jahre 1912 die panslawistische Bewegung auf ihren Höhepunkt gelangt, ihre Wellen bis in die deutsche Ostmark schlug, erlitten die kleinen Zeitungsverleger hier durch den Verlust polnischer Leser eine fühlbare, kaum erträgliche Einbuße an ihrem Einkommen. Sie wandten sich oft, aber vergebens nach Deutschland um Hilfe. Einer dieser Zeitungsverleger schrieb damals: „Diese Schädigung empfinden wir um so nachhaltiger, als die schwere Stellung, die ganze Kraft, die man einsetzt, deutscherseits nicht genügend gewürdigt wird. Die deutsche Phrase ist keine Handlung!“ Die Klage des Zeitungsverlegers könnten die Deutschen des Ostens heute wiederholen, nur mit weit mehr Berechtigung. Die deutsche Phrase ist keine Handlung! Alle Mittel hätte Deutschland aufwenden müssen, den Volksräten im Osten zu helfen, ihre Tätigkeit zu fördern. Das Gegenteil geschieht. Dem Manne, der mit weitausschauendem Blick die soziale und nationale Not des Ostmarkdeutstums rechtzeitig erkannte und im rechten Augenblick zur „Handlung“ schritt und die Kräfte des Deutschtums sammelte, versuchen heute deutsche Kreise im Reiche in seiner Arbeit zu schwächen. Sie geben jetzt, nachdem die Arbeit getan ist, wo nach unendlichen Mühen ein geschlossenes Deutschtum durch diesen Mann erreicht ist, die Parole aus: Ciesnow ist nicht geeignet zur Führerschaft, er ist „belastet“ durch seine Polenpolitik. Die rechte Antwort wurde den dunklen Quertreibern bereits erteilt, gerechterweise von einem polnischen Blatt. „Dziennik Pysgojski“ fragt, wer denn von den deutschen Politikern nicht belastet sei. Man finde keinen. Ciesnow habe wenigstens das Verdienst für sich, im Augenblick der höchsten Erregung, nachdem die Würfel gefallen waren, durch seinen Einfluß die Beruhigung der Bevölkerung herbeigeführt zu haben. Und das müssen sich Deutsche von einer polnischen Zeitung sagen lassen! Auch dieser Vorwurf ist nur der oberflächlichen, unfritischen und parteipolitisch beschränkten deutschen Betrachtungsweise entsprungen. Gewiß, Ciesnow vertrat in der Polenpolitik entschlossen den deutschen Standpunkt, die Interessen der deutschen Bevölkerung. Und im Rahmen der Weltpolitik hielt er die Maßnahmen für gut und notwendig, die für die Politik des Deutschen Reiches erprießlich waren. Sein Verhältnis zu den Polen aber kennzeichnet ein Artikel Ciesnows, der in den „Grenzboten“ vom 30. Juni 1914 zu finden ist. Seine Ausführungen dort sind so grundlegend, so charakteristisch für die Beurteilung

seiner Ostmarkenpolitik, daß ich diesen Artikel in seinem wesentlichen Teil hier wörtlich einschalten muß. Er lautet:

„Die Polen sind sich der allmählich eingetretenen Veränderung ihrer politischen Lage zwischen den Nachbarn voll bewußt: sie wissen, daß das polnische Problem sich von Grund auf gewandelt hat und schöpfen daraus die Hoffnungen für ihre nationale Zukunft. Das polnische Problem ist ein national-soziales Problem geworden — sozial, weil die Zukunft der polnischen Nation in immer stärkerem Maße auf der Tüchtigkeit ihrer arbeitenden Klassen, obwohl sozialistisch organisiert, nicht dem internationalen Kosmopolitismus verfallen sind.

Angeichts solcher Tatsachen erscheint es mir verhängnisvoll, den Kampf um die Ostmark noch weiter nur mit solchen Mitteln zu führen, die sich ausschließlich gegen oder an die preußischen Polen wenden, Mittel, die ihre Begründung zum Teil im Haß oder in der Liebe, also in Gefühlswerten suchen.

Wie ich in diesen Seiten schon im Sommer 1908 ausführte, haben die Verhältnisse in der Ostmark den in nationaler Hinsicht so prekären Zustand bekommen durch unsere wirtschaftliche Entwicklung, durch dieselbe wirtschaftliche Entwicklung, die wie ich zeigte, auch auf unser Verhältnis zu Rußland von tief einschneidendem Einfluß sein kann. Es sind nicht die Polen, die die günstigen Vorbedingungen für ihre wirtschaftliche und politische Erstärkung geschaffen haben, sondern wir. Wenn die Polen sie nach Kräften für ihre eigenen Ziele ausnützen, so ist es unpraktisch, sie dafür zu schelten, praktisch aber, den Hauptnutzen unserer Arbeit auch uns zuzuführen. Zum Haß gegen unsere Polen liegt kein rechter Anlaß vor. Es scheint mir daher nur logisch, wenn auch die Ostmarkenfrage lediglich von praktisch wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus, und nicht von gefühlsmäßigen behandelt wird. Unsere wirtschaftliche Entwicklung beruht, abgesehen von unseren Fähigkeiten, auf der gesunden Basis, die uns ein von Ausnahmegesetzen freier Rechtsstaat gegeben hat. Wo wir diese Basis verlassen, haben wir in nationaler Beziehung die schwersten Einbußen erlitten: Kulturkampfgesetze, Sozialistengesetz. Ein Einbruch in die Rechtssicherheit der preußischen Staatsbürger bedeutet das Enteignungsgesetz mit jener chauvinistisch-nationalen Begründung, die es durch den Fürsten Bülow erhalten hat. Ich habe mich seinerzeit sehr energisch gegen die Einführung des Enteignungsgesetzes ausgesprochen, leider aber von Petersburg aus nicht die Möglichkeit gehabt, die Veröffentlichung meiner Argumente in den Grenzboten durchzusetzen. Die Tatsache, daß die Regierung sich seiner nicht bedient, zeigt, daß es zum mindesten überflüssig ist; die Anliebelungskommission bekommt tatsächlich das Land, dessen sie bedarf, im freihändigen Verkauf nicht teurer, wie auf dem Wege der Enteignung. Als nationales Kampfmittel hätte das Gesetz einen praktischen Nutzen nur dann bringen können, wenn damit die systematische Vertreibung der Polen von ihrer Scholle verbunden worden wäre. Daran aber denkt, wie schon hervorgehoben wurde, kein verständiger Mensch in Preußen schon allein aus dem einen Grunde, weil wir die polnischen Arbeitskräfte nötig haben. Als soziales Kampfmittel gegen den Bodenwucher wäre das Gesetz verständlich und vielleicht sogar praktisch gewesen, wenn es als Reichsgesetz für das ganze Deutsche Reich Geltung bekommen hätte. Aber auch als soziales Kampfmittel halte ich es für eine zweischneidige Waffe, die die Grundlagen des bürgerlichen Staates in Frage stellen würde, — es sei denn, daß man darauf ausginge, das gesamte Landareal im Reich zu verstaatlichen, mit dem Zweck, es überhaupt aus dem Handel zu ziehen und durch großzügige innere Kolonisation der Nation eine breite, im Heimatboden wurzelnde Bauernschaft zu geben.

Sind wir wirklich so weit, dann gäbe es meines Erachtens weniger gefährliche Maßnahmen, wie die Enteignung. Monopolisierung des Handels mit Grund und Boden durch den Staat, die Einführung von Preistabellen für den Boden in Stadt und Land, Vorkaufsrecht zu bestimmtem Preise wären auch Mittel, um die ländlichen Schichten zu verstärken, wirksam, ohne doch so tief in die Willensfreiheit der besitzenden Schichten einzugreifen, wie das Enteignungsgesetz es tut.

Damit komme ich zu konkreten Vorschlägen: an Stelle des Schlagwortes Ostmarkenpolitik sollte die Parole fortan ausschließlich heißen: innere Kolonisation,

was wieder zur praktischen Folge haben müßte: Aufhebung des Enteignungsgesetzes, als eines unnötigen, die Politik erschwerenden Ballastes; Vereinigung aller heute schon der inneren Kolonisation dienenden Organisationen mit Einschluß der Ansiedlungskommission, unter ein technisches Ministerium für innere Kolonisation, zunächst in Preußen. Gestützt auf die breite soziale Basis und geschützt durch unantastbare Rechtsgrundsätze würden wir ganz andere moralische und materielle Hilfsmittel zur Festigung des deutschen Balles an unserer Ostgrenze gewinnen, wie heute, wo wir den Wallungen eines nationalen Chauvinismus preisgegeben sind, der sich morgen ebenso gegen jeden deutschen Bürger wenden kann, wie er sich heute gegen die Polen richtet. Keine staatliche Macht ist unsicherer begründet, als die, deren Regierung sich den wechselnden Gefühlsmomenten der Masse hingibt, gleichgültig, ob die Motive dabei edel oder unedel, patriotisch oder unpatriotisch sind.“

Wo ist der Ostmarkenpolitiker, der eine geringere „Belastung“ aufzuweisen hat?

* * *

Aus den vorgeführten Tatsachen ergibt sich klar, daß die Anklagen, falschen Urteile und Verdächtigungen, die gegen die Deutschen Volksräte laut geworden sind, lediglich aus einer recht oberflächlichen Betrachtungsweise oder parteipolitischen Zerkleinerungsarbeit entspringen. Leider hat das Ostmarkendeutschtum dadurch in mancherlei Hinsicht schweren Schaden erlitten. In der letzten Zeit erheben sich nun gegen die Deutschen Volksräte und ihre Führung Vorwürfe neuer Art. Im Reiche ist man an einigen Stellen verstimmt über die versöhnliche Haltung der Volksräte, über ihre Politik des Ausgleiches zwischen den beiden Nationalitäten. Gewisse Kreise in unserer nächsten Nachbarschaft und im Reiche fordern von den Volksräten eine aggressive Irredentapolitik. Durch die Versicherung der Volksräte, daß die Deutschen hier sich loyal dem polnischen Staatswesen einfügen und am Aufbau des polnischen Staates mitwirken wollen, werde — so sagen jene Kreise — das Deutschtum in der Ostmark seinem Untergang zugeführt. Dieser Vorwurf, der von Leuten kommt, die weit vom Schuß sitzen, steht auf derselben Stufe wie die anderen Anklagen, er ist nur viel gefährlicher. Wer ohne intime Kenntnis der Verhältnisse und ohne eine Verantwortung zu tragen, jetzt solche Gedanken in die Ostmark schickt, handelt gewissenlos am hiesigen Deutschtum. Schweren Herzens haben sich die Ostmarkendeutschen mit ihrem tragischen Geschick abgefunden; sie suchten sich mit den Tatsachen abfinden, weil ihnen nichts anderes übrig blieb. Jetzt eine aggressive Irredentapolitik zu treiben, das wäre nicht allein der wirtschaftliche Selbstmord für die Deutschen unter Polen, das wäre die völlige Vernichtung des Deutschtums im abgetretenen Gebiet. In ihrem eigenen Interesse wollen die Deutschen hier am Aufbau des unfertigen polnischen Staates mitwirken und gerade zur Erhaltung ihres Deutschtums wollen sie loyale Bürger des polnischen Staates werden. Die Entente kann trotz ihrer reichen Mittel dem neuen Polenstaate nicht ein Hundertstel dessen bieten, was die Millionen Deutscher für die Festigung des polnischen Staates zu leisten vermögen, wenn sie ein Interesse an diesem Staate haben. Ein Interesse an seiner Entwicklung aber haben sie nur dann, wenn Polen, dessen staatliche Konsolidierung heute schon den schwersten Gefahren ausgesetzt ist, das Deutschtum in keiner Weise in seinen nationalen und kulturellen Rechten schmälert. Also: Do, ut des.

Die Voraussetzung dafür, daß das Deutschtum hier erhalten bleibt, liegt aber zunächst nicht beim polnischen Staat, sondern bei den Ostmarkendeutschen selbst und bei den Volksgenossen im Reiche. Die Geschlossenheit und Einigkeit des gesamten Deutschtums im abgetretenen Gebiet ist das erste und einzige Erfordernis für seine nationale Selbstbehauptung in Polen. Diese Geschlossenheit wird aber nie erreicht, sondern gestört, wenn politische Kreise, Parteien und Presse im Reiche in zerkleinernder Weise auf das hiesige Deutschtum einwirken und sich so verhalten, wie ich es hier gezeigt habe. Daraus mögen alle diese Stellen im Reiche ihre schwere Verantwortung gegenüber dem Deutschtum unter Polen erkennen und danach handeln.

Von der Pflicht zur Freiheit

Von Dr. Max von Szeczpanski



in vierzigjähriger Zug durch die Wüste stehe unserem Volke bevor — so hat der Reichsminister des Auswärtigen, Herr Hermann Müller aus Mannheim, in jener Sitzung der sogenannten Nationalversammlung sich geäußert, welche der Ratifikation des Friedensvertrages galt. In dem von diesem hohen Beamten gewählten Bilde kleidend, wird man sich aber fragen dürfen, ob die Deutschen wirklich solche Kamele werden sein wollen, jenen Weg mitzumachen: einen Weg der Fronarbeit und der Knechtschaft, des Hungerns und Dürstens, und dies nicht nur der äußeren Erscheinung unseres Volkslebens nach, sondern ebenso sehr auf geistigem und seelischem Gebiet. Glücklicherweise hören wir bereits aus dem gleichen Lager, aus dem dieser Reichsminister in sein verantwortungsvolles Amt hineingelangt ist, eines anderen Mannes Stimme, des Herrn August Winnig, aus dessen kürzlich in der „Glocke“ erschienenem Artikel folgende Stellen hervorgehoben zu werden verdienen.

„Man müßte sich schämen ein Deutscher zu sein, wenn es zuträfe, daß die heute amtlich verlautbarte Gesinnung wirklich und für alle Zeit vom deutschen Volke geteilt würde. Wenn die Masse des Volkes zu den amtlichen Friedensreden schweigt, so tut sie das nur, weil sie nach der furchtbaren Anspannung der fünf Leidensjahre wirklich, aber nur vorübergehend, zu jener Stufe nationaler Gleichgültigkeit herabgedrückt ist, wo ihr aller Sinn für die eigenen Würde fehlt. Daß sich auch nur ein erheblicher Teil des Volkes zu jenem Glauben an die Gerechtigkeit im Völkerleben bekennt, von dem die offiziellen Redner singen und sagen, ist einfach nicht wahr. Jeder Versuch, dem Volke das heutige Verlegenheitsgestammel als Ausfluß einer neugewonnenen Erkenntnis darzustellen, kann gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Es hieße die geschichtliche Situation ganz verkennen, wenn man glauben wollte, daß dieser Krieg und dieser Frieden der Völkerverbrüderung den Weg geöffnet hätten. Noch ist es Nacht in Deutschland, aber der Morgen wird kommen. Noch schlägt der Zerrinn den Staat in Stücke. Aber bald wird ein Taumel der Arbeit die Massen ergreifen, und neue Mauern werden wachsen. Noch weckt das Wort vom Vaterlande in den Massen höhnisches Gelächter. Aber die Zeit wird kommen, wo Heimat und Volkstum auch dem Geringsten das höchste und heiligste sein werden. Dieser Zeit harren wir entgegen.“

Die Freude an diesen mutigen und mannhaften Sätzen wird jeder teilen, der gewillt ist, sein nationales Empfinden allen Parteiidealen und Parteigrundsätzen voranzustellen. Aber ebenso sollte jeder die Pflicht fühlen, in noch freudigerer Arbeit daranzugehen, um jener im Volke verborgenen Stimmung zu Luft und Licht zu verhelfen. Vornehmlich wird es Aufgabe der älteren Generation sein, in dieser Hinsicht mit praktischem Beispiel einzusetzen und richtungsgebend zu wirken. Gerade diejenigen, welche ein Menschenalter hindurch oder noch länger mit lebensvollem Bewußtsein der Glanzzeiten des Reiches sich erfreut haben, dürfen nicht mit diesem für sie erhebenden Bewußtsein abschließen und die Hände in den Schoß legen wollen, meinend, nun werde sich der sommervollere Rest des Lebens eben auch noch ertragen lassen. Nein — das wäre erbärmlich! Im Gegenteil müssen sie sich sagen, daß die Jugend ein Recht hat, Forderungen an sie zu stellen, denen sie vorausführend entgegenkommen müssen. Unsere Großväter haben die Franzosennot und den Freiheitskampf durchgeföhrt, unsere Väter in den Einigungskriegen ein Reich zusammengeschmieðet, das aber wir trotz gewaltiger Anstrengung in der uns überkommenen Form zu sichern nicht vermochten: das Erbe ist in Gefahr, ist fast verloren! Da gehören wir nicht auf die Varenhaut; da dürfen wir nicht zur Jugend sagen: Seht nun Ihr zu, wie Ihr Neues, Erhabenes schafft! Wir dürfen dies um so weniger, als so vielen durch den Krieg

der Vater genommen ist, der ihnen Führer und Förderer gerade in nationalen Fragen hätte sein sollen. Welches Ziel aber wäre da angemessener und würdiger als dieses: daß unser verlorenes Volk sich findet und sich zu neuer Größe hebt!

Freilich tönt in vieler Seelen auch die andere Saite: „Wenn Gott ein Volk geschlagen hat, wälzt er einen Felsblock über die Gruft und gebietet Stille. Er will wieder goldene Äder und spielende Kinder sehen“. Aber derselbe Gott hat auch Eisen wachsen lassen und will keine Knechte, sondern auf freiem Grund freie Völker. Und am wenigsten geziemt knechtische Bescheidenheit einem Volk, an dessen Wesen nach dem Ausspruch und Anspruch seiner Poeten und Propheten die Welt hätte genesen sollen. Heute wird diese Illusion verhöhnt als ein Ausdruck der von den Alten so gefürchteten und oft bestraften Hybris. Doch eben ein hoher Sinn verpflichtet, nicht nach Maßlosigkeit in Kleinheit zu versinken, wenn das Schicksal prüfend oder gar rächend über uns wegzuschreiten droht; sondern:

Tu ne cede malis, sed contra audacior ito,

muß in solchen Zeiten der Wahlspruch und Wahrspruch jedes einzelnen wie des ganzen Volkes sein.

Solchem Wunsche, über dem Schicksal zu stehen, widerspricht es allerdings, wenn regierungsseitig verlangt wird, daß unsere Volksgenossen die Arbeit, die wir vertragsmäßig auf fremdem Boden zu leisten haben werden, gerne tun sollen; wenn unter dem Herrbild des Völkerbundes der Versöhnungsgebante zu allererst und ganz einseitig bei denen eingepflanzt, genährt, verbreitet werden soll, die vorübergehendem eigenem Irrsinn, nicht fremder Kraft erlegen sind und nur auf Grund dieser Tatsache so wie geschehen geknebelt werden konnten. Nach dem Willen der Entente kann und soll uns die bevorstehende Arbeit am Wiederaufbau in Belgien und Frankreich nicht etwa freimachen von jener Schuld, die verlogene Feindschaft uns nachsagt und die unterschriftlich zuzugestehen ein deutsches Parlament und eine deutsche Regierung sich nicht scheut haben. Aber diese Arbeit wird uns freimachen von dem Wahn, daß unsere Gegner nach nichts herzlicher als nach brüderlicher Gemeinschaft mit uns sich sehnen — wie auch alle Arbeit im inneren Staats- und Wirtschaftsleben uns lehren wird, daß Arbeit nur den Freien froh macht, daß ihr stiller Segen nur im Wettbewerben nach Fortschritten bei der Leistung sich erweist. Nicht die Arbeit für andere, sondern die Arbeit im Verein mit anderen ist ja auch das sozialdemokratische Ideal, zu dessen Verwirklichung das Rätesystem und die Sozialisierung der Betriebe helfen sollen. Was bei der Innenpolitik durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß sich erreichen läßt, das soll im Rate der Völker nach Ansicht unserer sogenannten Staatsmänner durch friedenswillige Unterwerfung herbeigeführt werden. „Wir werden dieser Aufgabe am besten gerecht, wenn wir allen militaristischen Gedankengängen entsagen, wenn wir jetzt schon unsere Jugend dazu erziehen, daß in Zukunft nicht das Schwert, sondern nur das Recht über die Beziehungen der Länder zu entscheiden hat.“ So lautet das Programm unserer Regierungsmänner, die aber an eben dem Völkerbund, dem sie uns versprochen haben, beklagen, daß er ein Schwert ohne Klinge sei; die ihn durch Einführung eines obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens zur tatsächlichen Vermeidung von Kriegen ergänzt sehen wünschen und zur Durchführung solchen Wunsches keinen anderen Weg vorzuschlagen wissen als den entscheidenden Verzicht auf ein deutsches Heer, als das Hilfsmittel diplomatischer Kunst, also den Verzicht auf Selbständigkeit und Selbstachtung, ein Gefühl, welches doch daran gebunden ist, daß man Wiedervergeltung im guten und im schlimmen üben könne.

Nur wer sich zu wehren weiß, kann sich frei fühlen. Hier liegt nach wie vor die Entscheidung über das Glück und die Sicherheit unseres Vaterlandes, dessen heutige Lage man geschildert glaubt, wenn man die Worte liest, die ein deutscher Dichter vor neunzig Jahren schrieb:

Ohnmacht, Zerstückung, jegliche herbe Schmach
war unser Loß, seitdem du Germaniens
Reichsapfel nicht mehr wiegst in deiner

Rechten, o Herr, und, von uns verlassen
 uns alle preisgabt schimpflichem Untergang!
 Wohl tat Erneuerung unserem Reiche not,
 doch nicht Zerstörung; tief im Busen
 trug es den edelsten Keim der Freiheit —

und wenn er in derselben Ode ausruft:

Wer Sklave wünschte zu sein, er bleib's!

Wir möchten frei sein, einig und groß!

Daß wir dahin wieder gelangen, ist die Pflicht der Arbeit für uns alle. Zwar unser Schwert ist zerbrochen — nun so müssen wir es eben neu schmieden wie der Siegfried der Sage sein Siegeschwert, müssen es schmieden aus den wenigen Epänen, die uns geblieben sind. Hier liegt vornehmlich die Aufgabe der kriegs-erfahrenen Jugend, die nicht nach so vielen Taten und Opfern sich für die reifste Zeit ihres Lebens wird versklavt wissen wollen; sie wird, das steht gewiß zu hoffen, den Weg suchen und finden, der uns aus Elend und Schmach wieder hinaufführt zu geachteter Größe. Wer es unterläßt, ihr den Mut zu stählen, oder gar unternimmt, ihr die Kraft zu lähmen, der versündigt sich an ihr, am Vaterland, an den gefallenen Helden, an den kommenden Geschlechtern. „Noch ist die Freiheit nicht verloren“ — dieses alte Lied sollte überall gelehrt und gesungen werden, wo Deutsche in guten und trüben Stunden zu gemeinsamer Erhebung und Aufrichtung sich zusammenfinden. Noch haben wir keinen Anlaß, endgültig zu verzweifeln, solange nicht der Versuch zum Wiedergewinn der Freiheit gemacht ist, wiewohl es sicher nicht leicht ist, Jahre, ja vielleicht jahrzehntelang zwischen Elend und Ekel, zwischen Verbissenheit und Kleinmut, zwischen Ungeduld und Hoffnungslosigkeit, zwischen Anfechtungen und Widerwärtigkeiten des persönlichen und öffentlichen Lebens, über Schutt und Lebensscherven sehnüchelig-sieghaft den Glauben und das Ziel festzuhalten, daß ein Tag der Freiheit kommen muß, daß er kommen wird — wenn wir nur wollen gelernt haben, wenn es erst uns Herzenspflicht und Herzensgewohnheit geworden ist, die geistigen und sittlichen Werte zu pflegen, welche die Voraussetzung zum mindesten für die innerliche Erhebung, für den Willen zur Freiheit sind.

„Gib deinem Deutschland wieder ein deutsches Herz!“ Dieses Flehen des Dichters sollten wir uns zu eigen machen und alle Arbeit daransetzen, die verworrene und verschüttete Gesinnung der Massen, aber auch der verführten Intellektuellen, in dieser Richtung wirksam zu beeinflussen. Wir wollen und müssen dahin gelangen, daß wir nicht mehr voreinander den Helotenbild zu senken haben, sondern als Männer, die frei zu werden wissen, frei einander in das Auge schauen können. Wir meinen: wer wie die meisten jungen und alternden Männer des lebenden Geschlechts das Sterben gelernt hat, der versteht das Dienen nicht mehr. Was wir für uns ablehnen, dürfen wir auch den Nachkommen nicht zumuten und dürfen deshalb nicht darauf verzichten, die deutsche Jugend zu Männern der Kraft, zu Degen von gutem Eisen heranzubilden. Wir sind überzeugt, daß wir unser Heil nicht von außen zu erwarten haben, aber daß wir selbst die Ketten brechen können, sobald wir den Willen zur Freiheit haben. Wir glauben an das Recht der Vergeltung, an Deutschlands Zukunft — und sollte dieser Glaube dennoch einst trügen, wären wir wirklich zu ewiger Knechtschaft bestimmt, dann erst und dann noch haben wir dem Leitwort nachzuhandeln:

„Soll der letzte Stern verblassen
 An des deutschen Himmels Rand,
 O so decken unsere Leichen
 Das verlorene Vaterland.“



Zur ostasiatischen Frage

Von Dr. jur. Kurt Ed. Imberg



och tagt in Paris die sogenannte Friedenskonferenz, die der Welt den langersehnten Frieden bringen sollte, und schon zeigen sich auf allen Seiten Risse und Spalten, die das „stolze Friedenswerk“ über kurz oder lang wieder zu Fall zu bringen drohen. In Europa hat die Schaffung der kleinen Nationalitätenrepubliken aus dem Leichnam der einstmaligen Habsburgermonarchie, die Wiedererrichtung des polnischen Staates, der sich wie ein Keil zwischen die Glieder des Deutschen Reiches zur Ostsee drängt, neuen Konfliktstoff in Europa angehäuft, der die Entzündbarkeit des europäischen Pulverfasses verdoppelt und verdreifacht. Im nahen Orient, in der Türkei und seinen ehemaligen asiatischen Gebieten, gährt es bereits wieder; unverständlicherweise — für die Ententestaaten — ist man dort mit der gutgemeinten Befreiung vom „Joch“ des Kalifen in Istanbul nicht ganz zufrieden; Griechen und Italiener zanken sich bereits über den Besitz von Smyrna und seines Hinterlandes, während mehr gen Osten die befreiten Armenier sich mit den rauflustigen Kurden herumschießen, genau wie früher, als diese Gebiete noch türkisch waren. Und im fernen Osten? Sieht es dort besser aus? Wohl kaum; denn auch dort hängt immer noch eine drohende Gewitterwolke am politischen Friedenshimmel: Japans Imperialismus und seine Forderungen, die in tristem Widerspruche stehen mit den Zielen und Wünschen, die die Entente und insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika im fernen Osten zu verfolgen für gut befinden. Besonders letzteren geht die japanische Politik in Ostasien sehr gegen den Strich.

Vor über vier Jahren haben wir in den Grenzboten¹⁾ ausführlich diesen Gegensatz zwischen der amerikanischen und der asiatischen Weltmacht behandelt und dargelegt, wie sehr die beiderseitigen Interessen gerade auf dem ostasiatischen Kontinente, im Reiche der Mitte, zusammenstoßen. Wie hat sich dieser Gegensatz nun im Laufe der letzten Kriegsjahre entwickelt; hat er sich gemildert oder noch verschärft? Die Nachrichten, die wir während des Krieges aus dem fernen Osten erhielten, waren ja nur kärglich und fast stets durch die englische oder amerikanische Brille gesehen. Aber soviel ließen sie immerhin durchblicken: die Entwicklung der Dinge im fernen Osten war wenig nach Geschmack der Entente und ihrer Verbündeten, der Vereinigten Staaten. Bereits Anfang 1915 gaben die am 18. Januar von Japan an China überreichten Forderungen Grund zu schwerer Besorgnis; denn in ihrer ursprünglichen Fassung bedeutete sie nichts anderes als die „Koreanisierung“ Chinas. Wenn auch Japan diese Forderungen — wahrscheinlich auf wiederholten Druck seines englischen Bundesgenossen hin — später etwas milderte und einschränkte und am 26. April 1915 eine neue Note an China sandte, die die Wünsche Japans in fünf Gruppen zusammenfaßte, so war doch materiell nur wenig geändert. Auch diese neuen Forderungen bilden einen tiefen Eingriff in die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des chinesischen Staates.²⁾ Infolgedessen glaubten die Amerikaner sich Chinas annehmen zu müssen, nicht etwa Chinas wegen — soweit geht, wie sich auch später zeigen wird, selbst der Edelmut der Amerikaner nicht —, sondern weil man das Prinzip der Offenen Tür bedroht sah, d. h. weil man in Washington fürchtete, der amerikanische Handel würde durch Japan über kurz oder lang gänzlich aus China

¹⁾ Vgl. die Grenzboten 1915, Nr. 15, S. 93 ff.

²⁾ Vgl. hierzu: „The Problem of Japan“ by an Ex-Counsellor of Legation in the Far East. 1918, S. 262 ff., wo sich sowohl der Text der ursprünglichen Forderungen abgedruckt findet als auch die Fassung vom 26. April 1915.

verdrängt und ausgeschaltet werden,^{*)} denn die japanischen Forderungen bedeuteten in der Tat die Todesstunde der so sorgsam gehegten und behüteten Offenen-Tür-Politik in China. Klar sah man in Amerika die Bedeutung des japanischen Schrittes voraus.⁴⁾ „Welche Absichten Japan auch immer in China haben mag, fünf Dinge hat es wenigstens erreicht: es hat seine eigene Stellung in seiner nördlichen Einflusssphäre, der Mandchurie, verstärkt; es hat die Deutschen aus ihrer früheren Einflusssphäre Schantung vertrieben und sich selbst zum Nachfolger in Deutschlands Rechte eingesetzt; es hat mit warnender Stimme verkündet, daß es die Provinz Fuzien als ausschließlich japanische Einflusssphäre betrachtet; es hat begonnen, in die britische Einflusssphäre einzubringen; und es steht endlich in einer Stellung, aus der es die Regierung in Peking bedroht und ihr seinen Willen diktieren kann.“⁵⁾

Aus diesen Worten eines der besten Kenner ostasiatischer Politik geht deutlich und wohl zur Genüge hervor, wie viel Japan durch die von China unter dem unmittelbaren Druck eines japanischen Ultimatus schließlich im Mai angenommenen Forderungen auf dem ostasiatischen Festlande erreicht hat, wie es die Regierung des Mikado verstanden hat, in kluger Weise die Konjunktur auszunützen, die sich ihm dadurch bot, daß allen europäischen Mächten und den Vereinigten Staaten durch ihre Beteiligung an dem großen Kriege die Hände gebunden und sie gehindert waren, dem ständigen, zielbewußten Vorwärtsschreiten ihres asiatischen Bundesgenossen Einhalt zu tun.

Die wirtschaftlichen Fortschritte, die Japan in den letzten fünf Jahren in China gemacht hat, sind ebenfalls sehr erheblich. In immer größerem Umfange gelingt es den japanischen Waren, im Reiche der Mitte Eingang zu finden und den Chinesen die europäische und amerikanische Einfuhr zu ersetzen, die infolge des Krieges immer dürftiger, teurer und schlechter wird. Die reichlich nach Japan fließenden Gelder für Munition und sonstiges Kriegsmaterial ermöglichten es dem japanischen Handel und der japanischen Industrie, mit erheblich größerem Betriebskapital sich in China festzusetzen, als sie es sich jemals hatten träumen lassen, und die lästige Konkurrenz Europas und Amerikas immer mehr vom chinesischen Markte zu verdrängen. Zahlreiche japanische Handelsniederlassungen sind in den letzten Jahren auf dem Festlande entstanden, eine ganze Reihe von Bankfilialen errichtet, und neue Schifffahrtslinien sorgen für regeren und schnelleren Verkehr. Alles dies auf Kosten Europas und Amerikas.

* * *

„Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“ hat China schließlich auf Drängen der Entente die Beziehungen zu den Mittelmächten abgebrochen und sich am Weltkriege beteiligt, vielleicht nicht ganz ohne stille Hoffnung, mit Hilfe Englands und der Vereinigten Staaten aus der „japanischen Klemme“ herauszukommen.

Der Weltkrieg nahm für die Entente und ihre Trabanten ein über alles Erwarten glückliches Ende. In Paris trat die Friedenskonferenz zusammen, die

^{*)} Vgl. die von der Regierung in Washington an China und Japan gerichteten identischen Noten vom 11. Mai 1916, in denen es u. a. heißt: „Angesichts der Verhandlungen, die zwischen der chinesischen und japanischen Regierung stattgefunden haben und noch stattfinden, und in Anbetracht der Abkommen, die aus ihnen hervorgegangen sind, beehrt sich die Regierung der Vereinigten Staaten, der Regierung der chinesischen Republik mitzuteilen, daß sie kein Abkommen oder Vereinbarung, die zwischen der chinesischen und japanischen Regierung getroffen ist oder getroffen wird, anerkennen kann, die die vertraglichen Rechte der Vereinigten Staaten oder ihrer Staatsangehörigen in China, die politische oder territoriale Integrität der chinesischen Republik oder die internationale Politik China gegenüber, die man gewöhnlich als die Politik der Offenen Tür bezeichnet, beeinträchtigen.“ — Vgl. Stanley R. Hornbed: „Contemporary Politics of the Far East.“ S. 842.

⁴⁾ Vgl. George Bronson Rea: „Analysis of the China-Japanese Treaties.“

⁵⁾ Vgl. Hornbed: a. a. O.

über die einzuheimsenden Gewinne der Kriegsteilnehmer gegen Deutschland entscheiden sollte. Die uns selbst betreffenden Verhandlungen in Paris haben naturgemäß unsere Aufmerksamkeit voll und ganz in Anspruch genommen, und so ist es denn auch nicht zu verwundern, daß die uns fernerliegenden Fragen so gut wie gar nicht beachtet worden sind. Wie so manche andere Frage gab auch die Regelung der ostasiatischen Verhältnisse Anlaß zu schweren Konflikten innerhalb der alliierten und assoziierten Mächte, über die nur dann und wann etwas zu uns hindurchgesickert ist, und deren ganze Tragweite erst in den nächsten Jahren zutage treten wird. Daß Kiautschau nicht an das Deutsche Reich zurückgegeben werden dürfe, darüber war man sich seit laagem einig; es fragte sich nur, sollte Japan es behalten, oder sollte es seinem rechtmäßigen Eigentümer, d. h. China zurückerstattet werden. Beiden Staaten hatte man es als Köder hingeworfen, um sie für die Teilnahme am Kriege zu gewinnen, beide hatten darauf angebissen, die einen im Glauben auf ihr gutes Recht, die anderen in der stillen Hoffnung der „*beati possidentes*“. China wandte sich, wo die Entscheidung fallen mußte, in dem Glauben an die amerikanische Ehrlichkeit und die so oft versicherte Freundschaft an die Vereinigten Staaten, die sich ja immer als die Beschützer Chinas aufgespielt hatten. Auch diesmal lag ja der Wunsch Chinas nicht ganz außerhalb der Interessen Amerikas, und deshalb scheint auch Wilson gewillt gewesen zu sein, die Forderung der Chinesischen Republik im Rat der Vier zu vertreten. Da trat ihm Japan in den Weg und erklärte, Kiautschau sei mit japanischem Blute erobert worden, Japan habe infolgedessen auch Anspruch auf die ihm zugesagte Siegesbeute. Von beiden Reflektanten wurden ausführliche Denkschriften ausgearbeitet, um die Konferenzteilnehmer von der Berechtigung ihrer Forderung zu überzeugen. Nach langen Debatten erklärte sich Japan bereit, von seinen Forderungen Abstand nehmen zu wollen, aber — es verlange dafür die Anerkennung der Gleichheit der Rassen durch den Völkerbund. Es war dies ein außerordentlich kluger Schachzug der Japaner gegen die Vereinigten Staaten. Das Hemd ist auch den Amerikanern näher als der Rock; die Anerkennung der Rassengleichheit bedeutete für Amerika die Aufhebung aller Beschränkungen gegen Einwanderer der gelben Rasse. Die amerikanische Presse lehnte sich daher sofort gegen die Annahme der japanischen Forderung auf⁶⁾: lieber die Chinesen im Stich lassen, als die Gelben im Lande haben. Das hatte man in Tokio auch gar nicht anders erwartet, wo man inzwischen alles getan hatte, um die Volksstimmung mit dieser Forderung, die schon seit Jahren der Wunsch aller Japaner ist, gegen Amerika hochzupeitschen. Der Bluff war gelungen: man gab in Washington den japanischen Ansprüchen in China nach, und der japanische Vertreter auf der Pariser Konferenz, Baron Matino, nahm die Forderung auf Anerkennung der Gleichheit der Rassen zurück⁷⁾. Das rote Tuch der Rassenfrage hatte seine Schuldigkeit getan und konnte bis zur nächsten Gelegenheit wieder fortgelegt werden. Daß es alsbald wieder hervorgeholt werden wird, steht außer Zweifel; dafür beschäftigt sich die öffentliche Meinung in Japan zu viel mit diesem Problem der Einwanderung, und wenn auch Japan diesmal „die Siedlungsmöglichkeiten des Volkes für eine Profitance seines Großkapitals“ geopfert hat, so wird es diese Frage doch über kurz oder lang mit aller Energie wieder auf Tapet bringen und schließlich — wenn die Regierung in Tokio den richtigen Augenblick für gekommen erachtet — auch durchsetzen. Zunächst genügte es ja, daß man auf dem ostasiatischen Festlande gesiegt und das während des Weltkrieges Erreichte unter Dach und Fach gebracht hatte. Am meisten durch diesen diplomatischen Sieg Japans sind von den in Ostasien interessierten Mächten zweifellos die Vereinigten Staaten von Amerika betroffen, die nicht nur in wirt-

⁶⁾ Vgl. z. B. den Aufsatz des Bischofs Trodshan im Maiheft 1919 des „*Nineteenth Century*“.

⁷⁾ Vgl. hierzu die treffenden Bemerkungen von Dr. Herbert Müller im „*Neuen Orient*“, Bd. 6, S. 79 f.

schafflicher Hinsicht verlieren, sondern auch an ihrem bisher sehr großen moralischen Einflusse jetzt starke Einbuße erleiden werden, jetzt, wo die Chinesen das „fair play“ des großen Bruders jenseits des Pazific am eigenen Leibe kennen gelernt haben.

Man möchte jetzt diese unangenehme Sache, daß man die Chinesen in ihrer Not schmäblich des eigenen Vorteils wegen im Stich gelassen hat, seitens der Vereinigten Staaten natürlich gern vertuschen und verbreitet alle möglichen Nachrichten, die versuchen, die Schuld auf andere Schülern abzuwälzen und um — wie man in der Politik zu sagen pflegt — wieder eine weiße Weste anzuhaben. So brachte vor kurzem die „Chicago Tribune“ eine längere Meldung, am 30. April habe der Rat der Vier im Hause Wilsons zu Paris eine geheime mündliche Abmachung getroffen, wonach Japan sich verpflichtet habe, Tsingtau zu einem internationalen Hafen zu machen und eine neue Eisenbahngesellschaft zu gründen, die gemeinschaftlich mit den Chinesen die Tsingtau-Sunan-Eisenbahn leiten sollte. Japan habe ferner mündlich versprochen, Tsingtau nicht als japanischen Hafen zu behalten, sondern es zu einem Freihafen wie Shanghai zu machen und es an China zurückzugeben; die Japaner hätten es jedoch abgelehnt, ein Datum für diese Übergabe festzulegen⁹⁾. Schon der letzte Satz zeigt, daß diese Nachricht ebenso wenig wie die anderen Meldungen dieser Art Anspruch auf Wahrheit und Glaubwürdigkeit machen kann, daß bestenfalls der Wunsch der Vater des Gedankens ist, und daß man jetzt die Sache so hinstellen will, als ob von einer Instichlassung Chinas durch die Vereinigten Staaten nicht die Rede sein könne, da doch Japan die Rückgabe Tsingtaus versprochen habe.

Dies alles wird jedoch an dem Tatbestand nichts ändern, daß Wilson die Sache der Chinesen geopfert hat aus Angst, Japan könne die Gleichberechtigung der gelben Rasse in der Einwanderungsfrage durchsetzen. Amerika ist hierdurch allerdings noch einmal vor der gelben Flut bewahrt worden. Aber: auf wie lange noch?



Balkanwirrnis



as jetzt in Osteuropa vorgeht, gibt einen Vorgeschmack von der Herrlichkeit des Völkerbundes und bildet geradezu eine Probe aufs Exempel. Zugegeben, daß der Völkerbund vorläufig nur auf dem Papier des Versailler Vertrages steht, aber wie denkt man sich die weitere Entwicklung? Das Ende des Weltkrieges bildete eine einzigartige Gelegenheit, die Welt von Grund aus neu aufzubauen; hat man diese vorübergehen lassen müssen, so ist nicht abzusehen, wann man wieder einen ähnlich günstigen Zeitpunkt erwischen wird.

Was wollen die „Vier“, bezw. ihre in Paris sitzenden Vertreter? Den Frieden, gewiß! Und einen dauerhaften dazu. Was steht dem im Wege? Der Wille der kleinen Völker. Die Tschecho-Slowaken und Rumänen wollen Gebiete, die die Ungarn ihnen nicht lassen wollen, die Rumänen streiten sich mit den Serben um das Banat, mit den Bulgaren um die Dobrudscha. Die Serben wünschen ein geschwächtes Bulgarien, haben aber anscheinend selber Mühe, bei sich im Innern die Ruhe aufrecht zu erhalten, nicht nur weil die Kroaten völkische Sonderwünsche haben, sondern weil auch der König von Montenegro Himmel und Hölle in Bewegung setzt, um die Selbständigkeit seines früheren Landes zu

⁹⁾ Vgl. „Vossische Zeitung“ Nr. 405 vom 11. August 1919.

wahren. Die Griechen wollen Nordepirus, Thrazien, Smyrna, den Dobelaneß, möglichst große Stücke Kleinasien und wenn irgend möglich vielleicht auch Konstantinopel, die Bulgaren aber wollen ihrerseits weder von der Dobrubitscha noch von Mazedonien noch von Thrazien lassen und die Türken beginnen sich gegen die Griechen zur Wehr zu setzen. Das einfachste wäre nun offenbar, der Völkerbund oder die Vier würden die Vertreter all dieser Staaten zur Begründung ihrer Forderungen nach Paris laden, und dann eine Entscheidung treffen. Aber abgesehen davon, daß die Vier die für den Aufbau eines wirklich dauerhaften Friedens geradezu verhängnisvolle Methode, die unterlegene Partei von den Verhandlungen strikt auszuschließen, fortsetzen, zeigt sich, daß die also betrauten Völker Miene machen, die Entscheidungen der vier Weltlenker nicht anzuerkennen. So haben schon im Juni sowohl die Tschecho-Slowaken wie die Südslawen und die Rumänen durch Bratianu in einer Rede, die in Paris geradezu Aufsehen, um nicht zu sagen Bestürzung hervorrief, erklären lassen, daß sie sich nicht in der Lage sähen, ihre völkischen Minoritäten so zu behandeln, wie die Friedenskonferenz das im Interesse dauernder Ehaltung des Weltfriedens gewünscht hatte, und daß sie eine derartige Einmischung in ihre Souveränitätsrechte nicht dulden könnten. Und nun gar Grenzfragen! Die Rumänen behaupten die Theiß als strategische Grenze nötig zu haben und verweisen auf Frankreichs Rheingrenze. Für Thrazien und Mazedonien sind die widersprechendsten Statistiken aufgestellt und die Entsendung von unparteiischen Untersuchungskommissionen gibt, wie das Beispiel Syriens gelehrt hat, nur Anlaß zu unentwirrbaren Intrigen, ruft Unruhen hervor und erzielt Resultate, die, wie wiederum an Syrien und Palästina exemplifiziert werden kann, immer von der Partei, die sich benachteiligt fühlt, angefochten werden. Wie man die Grenzen auch ziehen mag, immer wird man in dem Völkergemisch des Balkan, den man durch die Aufteilung Osterreich-Ungarns bis nach Galizien hin erweitert hat, Irredenten und damit Vorwände zu neuen Kriegen schaffen. Aber wo bleiben denn die Machtmittel der Entente, die Exekutive des Völkerbundes? Ach, man hat zur endgültigen Fesselung des niedergeworfenen Deutschlands so viel Zeit gebraucht, daß man nicht mehr über genug Truppen verfügt. Lediglich um ein paar widerspenstigen Volksstämmen ihren Willen aufzuzwingen, würde die Entente heute wider Geld noch Leute mehr bewilligt bekommen. Und mit der Blockade kann man wohl das unglückliche Deutsch-Osterreich oder wie Clemenceau sich nach Otto Bauers Rücktritt ausdrückt, die österreichische Republik, am Boden halten, aber nicht die abgelegenen Agrarstaaten des Balkan, denen man ja gerade im Interesse des eigenen Handels die Segnungen der Zivilisation möglichst reichlich zuteil werden lassen möchte. Was also tun?

Das einfachste wäre natürlich, man ließe diese kleinen Staaten ihre Angelegenheiten unter sich ausmachen und ließe Balkan Balkan sein. Heute würden Serben und Griechen vereint über Bulgarien herfallen, daß man zur Zeit des Waffenstillstandes, da man jaft wichtigeres zu tun hatte und die Dinge nicht zum äußersten treiben wollte, zu entwaffnen unterlassen hat und das daher noch immer einen keineswegs ganz verächtlichen Gegner darstellt, besonders da auch die Italiener sich höchstwahrscheinlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, im Inneren des geeinigten Südslawenreiches unter der Hand ein bißchen zu heken. Und nach zehn Jahren würde dann irgendeine andere Kombination etwa Bulgarien und Rumänien über Serbien herfallen, oder Bulgarien und die Türkei über Griechenland, was aber geht das letzten Endes die Entente an? Warum denkt sie nicht wie man in Deutschland vor hundertfünfzig Jahren dachte: „Wenn hinten weit in der Türkei . . .“ Aber diese Zeiten sind leider längst vorüber. Denn in der Türkei liegt auch Konstantinopel.

Das ganze Problem der neueren Politik liegt darin, daß sie nicht mehr wie beispielsweise während der Völkerwanderung ein Kampf um Futterplätze ist, sondern um Handelsplätze. Damals bestand die Möglichkeit, das besiegte Volk einfach auszurotten oder es zu Geloten und Sklaven hinunterzubrüden. Die Herren des Ackerbodens hatten gewechselt und die Weltgeschichte konnte weiter-

gehen. Der Gedanke liegt nahe, dieses Verfahren heutzutage auf industrielles Gebiet zu übertragen und tatsächlich hört man ja dieses Argument von Politikern vortragen. Aber wenn irgendetwas, haben uns die auf den Weltkrieg folgenden Monate mit ihren Arbeiterforderungen darüber belehrt, daß auch diese Möglichkeit schon überlebt ist und daß ein Zuwachs an Geloten, noch dazu von ehemals feindlichen, nichts als verstärkte Abhängigkeit von ihnen bedeuten würde. Seitdem aber der Handel sich zum Welthandel ausgedehnt hat, ist, wie schon N. Angell vorausgesagt hat, das Kriegsziel der Vernichtung des Gegners sofern dieser nur einen wesentlichen Anteil am Welthandel gehabt hat (ohne den sich wieder ein Krieg nicht gelohnt haben würde) vollends illusionär geworden. Denn hier bedeutet Vernichtung direkt Schädigung der eigenen Interessen weil nicht nur die eigenen Bezugsquellen, sondern auch die eigenen Absatzgebiete geschädigt würden. Auch ist nicht möglich den Überschuß der eigenen Bevölkerung einfach an Stelle der etwa ausgerotteten feindlichen Bevölkerung zu setzen, denn kein Volk hat heute einen derartigen Überschuß zu vergeben, gerade weil ein großer Teil der Bevölkerung in Handel und Industrie sozusagen investiert ist. Man mache sich einmal die Folgen klar, die entstanden wären, wenn beispielsweise Deutschland nur einen verhältnismäßig so geringfügigen Gegner wie die Belgier ausgerottet hätte und an Stelle der sieben Millionen Einwohner nur etwa fünf Millionen der eigenen Bevölkerung abgegeben hätte. Die Folge wäre unter anderem eine so unerhörte Krisis des Arbeitsmarktes gewesen, daß aller Gewinn aus dem Unternehmen illusorisch geworden wäre und im günstigsten Falle wäre das Ergebnis nur eine weitere Verschiebung einerseits des deutschen, stärker aber noch des polnischen Elementes nach Westen gewesen. Versklavung wie Ausrottung sind also nur in sehr beschränktem Umfange mehr möglich und, wo überhaupt, anscheinend nur sehr vorübergehend.

Wenn aber dies, so hat man auch mit einem in irgend einer Form wiedererstehenden Rußland zu rechnen und es ist bezeichnend, daß einerseits die Vertreter des alten russischen Regimes, sogar noch nachdem der Admiral Kollschat bereits entscheidend geschlagen war, ihre Ansprüche auf Konstantinopel anmeldeten, was die Franzosen trotz starken und nicht unberechtigten Mißtrauens in England zu vorsichtiger Zurückhaltung in der Lösung der türkischen Frage anhielt, daß andererseits die Engländer den bolschewistischen Einfluß in Konstantinopel sowohl wie in Turkestan und Afghanistan fürchten und daher in Persien auch die Entwicklung ganz gegen ihre sonstige Art lieber ein wenig überstürzt zu haben scheinen. Rußland bleibt eben trotz Bolschewismus und innerer Zersetzung und trotz der Befreiung der Randstaaten eine Macht, zu deren Elementarbewegungen immer der Drang zum Meere gehören wird. Konstantinopel wird daher nach wie vor den Zankapfel zwischen den Mittelmeermächten und solchen, die es werden wollen, bilden.

Und hier liegt der eigentliche Grund dafür, daß die Friedenskonferenz mit dem Balkanproblem nicht fertig werden und es andererseits doch auch wieder nicht sich selbst überlassen kann. Unzufriedene Einzelstaaten auf dem Balkan bedeuten Möglichkeiten für russischen Einfluß, nach Zerschlagung Österreich-Ungarns mehr denn je. Auch für England könnte einmal eine schwache Stunde kommen, da es, innerhalb seines immer schwieriger zu überblickenden Kolonialreichs durch andere Aufgaben in Anspruch genommen, dem Balkan nicht die nötige Aufmerksamkeit widmen könnte — man darf nie vergessen, daß Englands Machtmittel zu tatkräftigem Eingreifen auf dem Lande sehr beschränkt sind — und dann wäre der Augenblick für Rußland gekommen, das, einmal im tatsächlichen Besitz von Konstantinopel, schwerlich wieder daraus würde verdrängt werden können.

Es ist also vor allen Dingen nötig, die Darbanellentür geschlossen zu halten. Dies zu erreichen, gab es zwei Wege. Entweder man stärkte dem Besitzenden, der Türkei, den Rücken. Oder man setzte eine starke, aber uninteressierte Macht nach Konstantinopel. Der erste Weg schien nicht gangbar. Einmal weil man sich offenbar von dem Ägyptens, Mesopotamiens und Syriens wegen allzuoft wieder-

holten Axiom von der Aufteilung der Türkei nicht mehr frei machen konnte (allzu ungestüm drängten auch Frankreich, Italien und Griechenland), dann auch, weil eine direkte Verstärkung des englischen Einflusses in Konstantinopel wegen des aus alter Tradition dort noch immer beträchtlichen französischen zu unliebsamen Reibungen mit Frankreich geführt haben würde, die man vermeiden sehen wollte, um sich den auf dem Festland vorderhand einzig wirksamen Gegner Deutschlands erhalten zu können. Gangbarer und englischen Gepflogenheiten mehr entsprechend schien der zweite Weg. Dann kam als uninteressierte starke Macht weder Griechenland, das vom Lande her zuviel Angriffspunkte hat, noch Frankreich, das dem alten Bundesgenossen Rußland gegenüber eines Tages eine schwache Stunde haben könnte, sondern nur Amerika in Betracht. Daher denn der Plan, die Türkei überhaupt aus Europa zu verdrängen und Amerika, das vorderhand im Mittelmeer kaum ein ernsthafter Konkurrent werden könnte, ein Völkerbundsmandat über die Dardanellen zuzusprechen. Immerhin hat es den Anschein, als ob die englische Politik in diesem Punkte nicht ganz einheitlich geführt wird, daß es eine ungestüm zugreifende und eine vorsichtig abwartende Richtung gibt. Es läßt sich wenigstens nicht übersehen, ob die Erklärung Sir Montagu, die Vertreibung des Sultans aus Konstantinopel werde eine ungünstige Rückwirkung auf die Mohammedaner Indiens ausüben, den Tatsachen entspricht, oder ob man damit nur den von französischer Seite auftauchenden Plan, Stambul entweder den Griechen zu geben (die sich inzwischen durch ihre gewaltsame Besitzergreifung in Kleinasien, die ärgerliche Widerstände der Türken hervorrief, unmöglich gemacht haben), oder durch die Großmächte gemeinsam verwalten zu lassen, durchkreuzen wollte. Sicher ist, daß gewisse englische Kreise an dem Amerikaplan festgehalten haben. Nun aber, da die Verhandlungen in Amerika eine so bedrohliche Richtung nehmen und es möglich ist, daß Amerika überhaupt jede Beteiligung an europäischen Verwaltungsfragen ablehnt, scheint die andere Anschauung wieder Oberhand zu gewinnen und man ein englisches Völkerbundsmandat vorzubereiten. Wenigstens hat der Berichterstatter der Times unlängst entdeckt, daß der türkische Kaiser wieder englandfreundlich geworden ist, derselbe der, wie die Times berichtet, schon zu Abdul Samids Zeiten äußerte: „Daß England kommen und Menschen aus uns machen, niemals werden wir das Joch der Paschas ohne es abschütteln können.“ Und die Morning-Post vom 7. schreibt: „Griechenland in Konstantinopel, das würde eine Tragödie bedeuten, zunächst für die Türken und dann für die Griechen. Die Griechen sind ein glänzendes Volk und jedermann gibt zu, daß sie eine glorreiche Vergangenheit haben. Aber wir fürchten, daß sie gegenwärtig nicht über genug Achtung und Popularität bei den Türken verfügen, um viel Hoffnung auf eine erfolgreiche Verwaltungstätigkeit zu geben. Man muß bedenken, daß Konstantinopel nicht gut von der Türkei getrennt werden kann. Wer die Stadt hält, regiert das Reich. Sowohl Frankreich wie Italien werden zweifellos durch diese Erkenntnis davon abgehalten, Ansprüche zu stellen, denen sie mit ihren Kräften kaum Genüge tun könnten. Daß aber die verbündeten Mächte eines ihrer Mitglieder als Verwalter Konstantinopels und des türkischen Reiches ernennen müssen ist klar. Geschicht das nicht, so werden die Bolschewisten Konstantinopel als Zentrum und Brennpunkt ihrer finsternen Pläne im nahen Osten, die in enger Verbindung mit den deutschen Absichten auf diese Gegenden stehen, machen. Warum sollte nicht England diese Aufgabe übernehmen? Wir begreifen, daß unsere Regierung diesen Reich gerne vorübergehen lassen möchte. Sie fürchtet die Bürde einer neuen Verantwortlichkeit, glaubt, daß das Britische Reich bereits überlastet ist und weist auf unsere jüngsten Erwerbungen in Kleinasien. Aber wir glauben, daß gerade diese der triftigste Grund zu neuen sind. Können wir Palästina, Ägypten und Mesopotamien in Ruhe halten, wenn Konstantinopel in den Händen einer fremden und fast unvermeidlich feindlichen Macht ist? Die Türken selbst wünschen England Konstantinopel zu sehen.“

Das ist berechtigt genug und in Frankreich sind bereits die ersten Anzeichen neuer Verstimmung bemerkbar. Aber es ist kaum wahrscheinlich, daß England sich in dieser Angelegenheit von andern Rücksichten als denen der Zweckmäßigkeit leiten läßt. Eine so günstige Gelegenheit wird kaum jemals wiederkehren. Kann man die Amerikaner nicht dazu bekommen, das Odium der Besetzung auf sich zu nehmen und die Russen aus dem Feuer zu holen, will man es lieber selbst tun, zumal gerade jetzt alle übrigen Mitbewerber, Österreich sowohl wie Rußland, ohnmächtig sind und Frankreich an den Wunden des Krieges danieder liegt. Bezeichnend für diese Tendenz ist dann auch, daß man sich bei den Verhandlungen über den bulgarischen Frieden ein paar Möglichkeiten offengelassen hat, eine englische Konstantinopelbeherrschung gleich gehörig auszunutzen. Man bemüht sich nämlich ganz unversteckter Weise einen Bund der Balkanvölker zustande zu bringen, denen gegenüber England dann etwa dieselbe Stellung einnehmen würde wie einstmal Rußland, oder falls dies unmöglich sein sollte, entweder ein neutrales Mazedonien zu schaffen oder die thrakische Küste zwar Griechenland zu überlassen, Saloniki aber zu neutralisieren.

Die französische Diplomatie aber ist fortbauern durch den Budapester Regentessel und die Angst vor einer Habsburg-Restauration abgelenkt!

Menenius



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die deutsche Burschenschaft hat in der ersten Augustwoche ihren ersten ordentlichen Burschentag nach dem Kriege in gewohnter Weise zu Eisenach abgehalten. Diese Zusammenkunft beansprucht eine besondere Bedeutung voll geschichtlicher Schwere, da der Zug der mehr als fünfhundert Teilnehmer zur Wartburg, der am Sonntagmorgen im regenfrischen Grün des sonnig durchleuchteten Bergwaldes stattfand und in einer ernstesten Gedenkfeier für die Gefallenen im stillen Burghofe seinen Sinn hatte, einem zweiten Wartburgfeste glich und da in den arbeitreichen Verhandlungen tiefere Fragen als sonst besprochen und wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Nebenbeobachtet nahm bei dieser Gelegenheit die Burschenschaft auch zu der Frage des Wechsels der Reichsfarben, die in diesen Blättern bereits verschiedentlich behandelt wurde, ungefähr im Sinne des Aufsatzes „Das Banner schwarz-rot-gold“ in Nr. 25 unserer Zeitschrift Stellung. Es wurde der Farbenwechsel für unnötig und beklagenswert erklärt. Die Zeitungen brachten darüber näheres. Indessen muß es auffallen, daß der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom

10. August zwar diese Entschließung zum Anlaß einer etwas eigenartigen Polemik nimmt, doch im übrigen vom Burschentage gar nichts zu sagen weiß. Aus zweierlei Gründen muß das entschieden sehr auffallen. Der „Vorwärts“ hielt es wieder für richtig, etwas dünselhaft und von oben herab über „diese buntbemühten Jünglinge“ usw. zu reden. Demgegenüber wäre zu bemerken, daß dort wirklich nicht unreife Jünglinge in Betracht kamen, sondern Kriegsteilnehmer gegen Mitte und Ende der zwanziger Jahre, die zum großen Teil sich ihre inneren Organe zugrunde richteten oder ihre Glieder zusammenschießen ließen. Ehemalige Offiziere traten in reicher Anzahl hervor, auch Kampfflieger waren darunter. Aber die Teilnehmer-schaft beschränkte sich nicht auf Studenten. Es gab unter den Vertretern der Altenherrenkreise angesehene Gelehrte von Ruf, führende Männer der Industrie, bekannte Namen aus der parlamentarischen Welt und Schriftsteller von Geltung. Jedoch selbst wenn es sich nur um sehr junge Studenten gehandelt haben würde, wäre der Einwurf des „Vorwärts“ immerhin merkwürdig genug. Denn diese

geflissentliche Herabsetzung des akademischen Nachwuchses muß ganz unverständlich sein bei einem Blatte, das den Ideengehalt einer Regierungspartei vertritt, die das revolutionäre Wahlrecht der Zwanzigjährigen erfand, und das außerdem kein Wort der Erwiderung hatte, als der Kommunistenführer Herrfurth in seiner unausstehlichen Manier das „Recht“ der Achtzehnjährigen der Straße verlangte.

Der andere Grund, warum die Bemerkung des „Vorwärts“ auffallen muß, liegt in folgendem. Wie leider ebenfalls der größere Teil der sogenannten bürgerlichen Presse sah er davon ab, die auf diesem Burschentage vollzogene Vereinigung mit der österreichischen Burschenschaft zu einem gemeinsamen Verbände, der den alten Namen „Deutsche Burschenschaft“ weiterführt, aus seiner Regierungsweisheit heraus zu begutachten. Der „Vorwärts“ hat einfach ein böses Gewissen. Denn längst pfeifen es die Späken von sämtlichen Dächern Europas, daß der einzig richtige und geschichtlich notwendige Zeitpunkt für die Vereinigung mit Deutsch-Osterreich in den

ersten Wochen nach der Novemberrevolution von der damaligen sozialistischen Regierung aus Mangel an Entschlußkraft und an Instinkt für das politisch Wahrfähige, aus kleinlicher Angst vor der Entente und vielleicht auch aus Mangel an gesundem Sinn für die nationalen Erfordernisse verpaßt worden ist. Damals hätte es sich um die ehrliche Ausführung eines echten „Volkswillens“ gehandelt, eines Volkswillens von ursprünglicher und darum unwiderstehlicher Kraft. Es wäre freilich geschmacklos behaupten zu wollen, daß der Beschluß des Burschentages diesen Fehler wieder gut machen könnte. Aber wie das alte Wartburgfest und der erste Burschentag vom Jahre 1818, welche die ehemalige „allgemeine deutsche Burschenschaft“ schufen, in der Idee schon eine Vorwegnahme der deutschen Reichseinheit bedeutet hatten, genau so werden dieses zweite Wartburgfest und die Vereinigung mit der Burschenschaft Österreichs in der Idee eine Vorwegnahme der politischen Verwirklichung der gesamtdeutschen Volkseinheit bedeuten.



Neue Bücher

Verbotene Kriegsmittel im Seekriege. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Juristischen Doktorwürde der Hohen Juristischen Fakultät der Universität Greifswald, vorgelegt von Fritz Neuf, Referendar. (Hamburg 1919.)

Eine höchst zeitgemäße Arbeit liegt hier vor uns: denn gerade darüber, welche Kriegsmittel im Seekriege erlaubt waren und welche nicht, herrschte allseits soviel Unkenntnis und Unsicherheit, daß es hier unseren Feinden leicht wurde, maßlose Anklagen und Dekretierungen gegen die deutsche Seekriegsführung zu verbreiten, ihr insbesondere Völkerrechtsbrüche vorzuwerfen, wo keine solchen vorlagen. Die umstrittensten Kriegsmittel waren in dieser Hinsicht die Seesperre und das Unterseeboot als Sperrmittel. Mit der Seesperre war England vorausgegangen, indem es das ganze Gebiet zwischen Schottland und Norwegen als Kriegsschauplatz bezeichnet hatte. Es lag also eigentlich kein Grund zu der Note des neutralen Amerika vom 22. Februar 1915 vor, in welcher dieses dagegen protestierte, daß Deutschland die Gewässer ringsum Großbritannien und Irland als Kriegsschauplatz erklärte. Wenn die amerikanische Note sich darauf berief, daß eine Blockade effektiv sein müsse, so verwechselte sie Seesperre und Blockade. Ebenso kam Amerika von alten, nicht angebrachten Völkerrechtsanschauungen nicht los, wenn es die Normen der Ueberseekriegsschiffe auf Unterseeboote angewandt wissen wollte. Zutreffend hat demgegenüber Binding in der Sammlung der Urteile deutscher Gelehrter über den Lusitaniafall ausgeführt: „Nun bilden die Unterseeboote eine vollständig neue Kriegswaffe. Eine analoge Verwendung wie die der

bisherigen Kriegsschiffe ist bei ihnen undenkbar, sie können sich nicht aufs Brisen-machen verlegen, deshalb ist es auch unmöglich, es von ihnen zu fordern. *Impossibilium nulla obligatio.*

Für die Verwendung dieser ganz neuen Waffe im Seekriege fehlen bisher völkerrechtliche Vereinbarungen. Es ist also auch undenkbar, in der Verwendung dieser Waffe eine Verletzung des Völkerrechts finden zu wollen. Recht muß erst da sein, ehe es verletzt werden kann.“ — Diese Ausführungen sowie die anderer Juristen zu den in diesem Kriege aufgetauchten Fragen der erlaubten und verbotenen Seekriegsmittel hat Neuf in seiner Dissertation in fleißiger und geschickter Zusammenstellung verarbeitet. Er bringt keine selbständigen neuen Gedanken, aber das, was anderwärts zu den Fragen der Beschießung feindlicher Küsten, der Hilfskreuzer und bewaffnete Handelsschiffe, der Minen, der Kabelzerstörung, der Konterbanden, der Grenzen des Wirtschaftskrieges gesagt ist, hat er so glücklich zusammengefaßt, daß seine vier Bogen starke Arbeit als ein wertvolles erstes Orientierungsmittel zu den genannten Fragen bezeichnet werden darf.

Oberlandgerichtsrat Dr. Sontag

Richard Dehmel. Zwischen Volk und Menschheit. Kriegstagebuch. S. Fischer Verlag Berlin. 1919 Preis M. 15.—

Begierig greift man zu diesem starken Bande, um zu erfahren, wie unsere großen Dichter den Krieg erlebten. Enttäuscht legt man es aus der Hand. So rückhaltlos es Anerkennung verdiente, daß der Einundfünfzigjährige zu Beginn des Krieges freiwillig als Rekrut eintritt, anstatt, wie er sagt, den „guten Europäer“ zu mimen wo der schlichte Arbeitsmann als der Prügelknabe für den bösen Willen aller Welt dienen sollte, der Unteroffizier, der im Offiziersabteil mit an die Front fährt, der mit Offizieren Umgang hat und dann sehr rasch Feldwebel und Leutnant wird, hat eben doch kein Mannschafts-Erlebnis des Krieges, das auf die Dauer einzig wertvolle, gehabt und daher mag es kommen, daß der Krieg hier nur aufgezeichnet, nicht geschildert und erlebt ist wie in Barbusse's „Feuer“ (das man übrigens, um es zu würdigen, französisch lesen muß) dem einzigen Buch, das wirklich den Mannschaftskrieg wiedergibt. Dennoch ist das Buch trotz der ermüdenden Breite und der auf die Länge unerträglichen Monotonie, die es mit allen echten und unbearbeiteten Tagebüchern gemein hat, sehr lesenswert wegen der rückhaltlosen Ehrlichkeit und Vorurteilslosigkeit der in ihm niedergelegten Beobachtungen. Wer von den Daheimgebliebenen lernen will, kann hier manches über die wahren Ursachen des Zusammenbruchs lernen von einem, der, wie seine immer wieder hervorbrechende Liebe zum Volk beweist, wahrhaft unparteiisch ist. Es ist längst nicht alles in dem Buch und die letzten zwei Jahre fehlen ganz, aber auch sehr viel frühzeitig schon richtig Bemerktes, und auf jeden Fall nichts „berspanntes, nichts, das auf bloßes Hörensagen, auf tyrannifizierender Hurra-Stimmung oder kleinmütigen Pessimismus hingeschrieben wäre, es ist, trotzdem es nicht ganz ohne Literateneitelkeit abgeht (der Schützengrabenbrief mit seinem zweifelhaften Französisch (S. 37) ist eine recht fatale Leistung), das Buch eines unabhängigen Charakters, was in diesen Tagen bekanntlich nicht wenig besagen will.

Dr. R. Schacht

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: Dr. Rathilde Reichner in Berlin-Galenlee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Dichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Skagow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
 Druck: „Der Reichsboten“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87.



Wiens Bedeutung für Österreichs Anschluß an Deutschland

Von Dr. Hans Rechberger

Wien, 14. August 1919.



Der Anschluß Österreichs an Deutschland ist wohl definitiv verpaßt. Der alte österreichische Gedanke fängt wieder an lebendig zu werden und zu erstarren. Er wird wohl oder übel zur Donauföderation führen, zu dem Wirtschaftsband, der berufen ist, Deutsch-Österreich erst wirtschaftlich und dann auch politisch für alle Zeiten unter die slawisch-französische Herrschaft zu bringen und es aufzusaugen. Nur noch ganz wenig Hoffnungsblinde gestatten die Verhältnisse. Die bedeutendste und eigenartigste Rolle hat in der ganzen Anschlußfrage Wien gespielt und spielt sie noch. Die heutigen Verhältnisse Wiens sind es, die wohl den Selbstständigkeitsdrang der Länder aufrecht erhalten und vielleicht sogar noch verstärken können, falls der Druck und Terror der Wiener sozialistisch-kommunistischen Arbeiter- und Soldatenräte und das Treiben der sozialistisch-kommunistischen Volkswehr anhält. Wenn nicht bald eine ganz andere mehr bürgerliche Zusammensetzung der Regierung und die Ausschaltung der Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt, dann ist jeder neue Akt des Terrors und der einseitigen Parteiherrschaft ein neuer Antrieb zur Loslösung der Länder. Es darf nur noch ein richtiger Kommunismepuich in Wien, ein unvorsichtiger Gesetzes- oder Verwaltungsakt der Wiener Zentralregierung kommen und die Absichten der Loslösung der Länder von Wien werden Wirklichkeit. Nochmals neun Monate ertragen die Länder die Wiener Revolutionsmiskwirtschaft nicht. Sie haben die Diktatur der von Juden geführten Arbeiterräte und der Wiener Sozialdemokratie gründlich satt. Wäre der Friede schon unterzeichnet, so wäre es ohnehin wohl bereits zur Loslösung der Länder gekommen. Es gibt zurzeit in ganz Österreich nichts, was veralteter und verhaßter wäre als das einst in tausend Liedern besungene Wien, die unsterbliche Kaiserstadt, das eine Wien, zu dem in Lugers Tagen die Österreicher aller Länder wie zu einem heiligen Mekka pilgerten. Und alle möchten los von diesem Wien der Juden, dieser sozialistisch-kommunistischen Willkürherrschaft, möchten in einem Staat wieder sein, wo Ordnung und Recht und Sicherheit garantiert sind. Jede neue großsprecherische Drohung der Arbeiterräte, jeder Willkürakt der sozialdemokratischen und kommunistischen Volkswehr bringt es den Ländern von neuem zum Bewußtsein, daß es im heutigen Österreich diese ersehnte Staatsordnung und Rechtssicherheit nicht gibt. Jede solche Erfahrung erhöht die Abfall-

stimmung und die Anschlußbewegung. Diese Stimmung ist beachtenswert namentlich für uns Deutsche. Aus ihr heraus kann der Anschluß der Länder an Deutschland verwirklicht werden.

Vielleicht entfacht der Luftzug, der jetzt aus Ungarn weht, den rechten Sturmwind für Österreich, den wir brauchen, damit er die reifen Äpfel schüttelt. Er hat bereits Sozialisten und Kommunisten in Wien aufgeschreckt, wie ein Wetter das Alpenvieh. Man fühlt den sozialdemokratischen und kommunistischen Führern bereits die helle Angst und Nervosität an, daß es auch in Wien und Österreich zu einem Rückschlag gegen die versteckte sozialistisch-kommunistische Herrschaft kommen könnte. Namentlich die Arbeiter- und Soldatenräte sind mobil geworden. Die Sorge um alle die guten Versorgungs- und Protektionsposten hat sie gepackt. Ärger, Angst und Nervosität sind schlechte Berater. Die Kommunisten im Hintergrund treiben voran, weiter als vielleicht die Sozialisten selber jetzt schon wollen. Die gestrige Parade der sozialistisch-kommunistischen Volkswehr und der dazu gehörigen Polizeimannschaften ist zu einer einseitigen Kundgebung für die Revolution geworden. Führer waren Kommunisten und Sozialisten. Ihre Neben waren einseitig revolutionär. Nur rote Fahnen durften im Zug mitgeführt werden. Die weiß-roten Fahnen des Parlaments sogar wurden auf Bunsch und um nicht die roten „Fahnen“ zu reizen, eingezogen. Alles das ist geschehen, obgleich die „Reichspost“ am Tage zuvor einen ernststen Warnungsruf der christlichen Bauernorganisationen gegen die weitere einseitige rote Parteidiktatur veröffentlicht hat. Die rote Parade hat darum mit ihrer einseitig sozialistisch-kommunistischen Führung bei den Christlich-Sozialen und namentlich bei den nicht-sozialistischen Führern der Länder neuen starken Unwillen erregt. Kommt es unter dem ungarischen Gegendruck noch weiter zu solchen kommunistisch-sozialistischen Ausbrüchen einseitiger Parteiherrschaft, dann wird nach Unterzeichnung des Friedens die Loslösung der Länder von Wien und der Wiener kommunistisch-sozialistischen Zentralregierung gar nicht mehr länger aufzuhalten sein.

Nicht als ob etwa eine monarchistische Bewegung in den Ländern draußen wie in Ungarn die Volksmassen gepackt hätte! Ja! einst waren die Tiroler, die Salzburger usw. kaisertreu bis ins Mark und habsburgisch bis in den Tod. Heute sind sie Republikaner wie die Schweizer, und wollen weder von Karl, noch von den Parmas und der Erzherzogs- und Adelswirtschaft etwas wissen. Soweit haben Kaiser Karl und der Adel es gebracht. Aber wenn's so weitergeht mit der sozialistisch-kommunistischen Herrschaft in Wien und ihren Ausstrahlungen in den Arbeiterräten der Provinz, dann könnten die österreichischen Bauern und Bürger doch auch einmal vor die ungarische Alternative sich gestellt sehen: die Rechtsunsicherheit und Willkür, die Ordnung und Sicherheit und dann wird's auch in Österreichs Ländern über Nacht so sein wie in Ungarn. Wien lassen sie dann einfach im eigenen sozialistisch-kommunistischen Zett der Arbeiter- und Soldatenräte schmoren. Bereits so sehr haben sich die Einzelländer gegen Wien abgeschlossen, daß es leichter ist, nach Deutschland als nach Tirol und Vorarlberg zu kommen. Wien ist heute schon isoliert und die Volkswehr in Wien beteiligt sich noch indirekt an dieser Abschnürung Wiens. Am meisten schließt sich Tirol ab. Tirol ist durch den von dem sozialdemokratischen Staatssekretär Dr. Bauer mitverschuldeten Frieden und den Verlust Südtirols bis ins Herz getroffen. Das Wort der kommunistischen Führerin Friedländer in Wien, man werde dem Verlust Tirols keine Träne nachweinen, hat die Tiroler empört, zumal es zu Anwesenheit der sozialistischen Führer und des Präsidenten der Nationalversammlung Seig ohne Protest hingenommen wurde. Wenn Bayern eine christliche, feste Regierung hätte, die Ordnung und Rechtssicherheit und die christlichen Staatsgrundsätze garantieren könnte, dann gäbe es nach dem Friedensschluß in Österreich nichts leichteres als den Anschluß Tirols und Salzburgs an Bayern bzw. an Süddeutschland und damit ans Reich. So sehr ist die Stimmung gegen Wien gewachsen, daß bereits zu Niederösterreich zählende Gebiete von Wien und Niederösterreich los und sich Steiermark anschließen wollen. Im

herrlichen, fruchtbaren Gebiet unter dem Semmering hat eine solche Loß von Wien-Bewegung eingelegt und zu ernststen Debatten geführt. Selbst aus Westungarn kommen Berichte, die von einer Bewegung gegen den Anschluß an Wien Bemeise bringen, obwohl noch eben erst westungarische Deputationen zu Anschlußverhandlungen bei der Regierung und der Nationalversammlung vorstellig waren. Sie wollen jetzt lieber in dem Ungarn bleiben, das Rechtssicherheit und Ordnung sichert, als in das einseitiger, roter Parteiherrschaft ausgelieferte Österreich eintreten.

So läuft die ganze innere Politik Österreichs dank der Wiener Arbeiterrats- und Volksmehrpolitik mehr und mehr in einer Richtung, die zu einer Isolierung Wiens führt. Sie kreuzt sich mit der neuerdings von der Entente wieder stark begünstigten Föderationspolitik. Es war interessant, hier in Wien das Spiel und Gegenspiel der beiden Parteien und der Entente bei der Budapester Union zu beobachten. Die Italiener suchen schon seit langem ein möglichst enges Bündnis mit Rumänien. Sie brauchen Rückenbedeckung gegen Jugoslawien und gegen das Slaventum überhaupt, das unter der Gunst der Entente zu einer gewaltigen Macht und zu einer dauernden Bedrohung Italiens und Rumäniens sowie Ungarns wird. Die Italiener begünstigten darum den rumänischen Einmarsch in Ungarn und Budapest, weil sie davon eine Stärkung Rumäniens und wohl sogar eine ungarisch-rumänische Personalunion erwarteten. Die italienische Militärmission in Wien und Budapest aber stellte sich der Öffentlichkeit gegenüber dumm. Schon während der Kommunistenherrschaft lieferten die Italiener Munition aus österreichischen Beständen nach Ungarn oder ließen die Munitionslieferungen zu, solange als die Ungarn damit gegen Tschechen, Südslawen und Franzosen kämpfen wollten. Der Haß der Italiener gegen die Jugoslawen und gegen die Franzosen ist groß. Man kann es von jedem italienischen Offizier und Soldaten hier hören, daß der Krieg Italiens gegen Frankreich bald kommen werde. Die Franzosen aber durchkreuzten die italienisch-rumänischen Pläne und stärkten Ungarns eigene Politik. Mit Frankreichs Hilfe allein war es möglich, daß Erzherzog Josef so schnell und ungefährdet Ungarns Gouverneur und vielleicht Ungarns König werden kann, denn die ungarische Bauernschaft ist wie das Bürgertum durch die Kommunistenhölle durchgegangen und von der sozialistischen Revolutionskrankheit gründlich geheilt. Frankreich hat mit seiner ungarischen Politik wieder einen Schritt auf den ursprünglichen Weg französischer Absichten zurückgemacht. Frankreichs Kriegsplan war es, Deutschland zu zerstückeln und Österreich-Ungarn unter slawischer Führung und unter französischem Einfluß möglichst zu festigen. Das Gegenteil ist gelungen. Deutschland ist dank der entschlossenen Haltung der bürgerlichen Parteien und dank vor allem Hindenburg mit seiner kleinen waderen Truppe im wesentlichen als einiges deutsches Reich erhalten geblieben. Österreich aber ist zerstückelt. Aus dem zerstückelten Österreich ist ein Balkan im Kleinen entstanden, dessen losgelöste Staatsgebilde in unersättlicher Ländergier eine Gefahr für den europäischen Frieden und den Frieden der kleinen Raubstaaten der Entente untereinander bilden. Sie stehen heute schon alle gegeneinander, denn losgelöst voneinander kreuzen sich ihre Interessen, vereinigt ergänzen sie sich. Dazu kommt, daß Österreich mit dem ihm zugemuteten Frieden und dem Verlust der wertvollsten Gebiete fast aller Kohlen und Erze, aller Zuckerrfabriken, ebenso wenig für sich allein bestehen kann, als das durch den Kommunismus ruinierte und ebenfalls zerstückelte Ungarn. Wirtschaftlich, verkehrspolitisch, finanziell, und schließlich sogar politisch sind alle diese losgelösten Gebiete, nicht lebensfähig, aufeinander eingestellt und angewiesen. Zum mindesten liegt allen dieser große Klumpen Wien im Weg und doch auch wieder als Knotenpunkt und Mittelpunkt sehr günstig. Ein einziger Spaziergang durch Wien zeigt ja dem aufmerksamen Beobachter, daß dieses Wien mit seinen Banken, seiner Industrie und seinem Verkehr bisher nur groß geworden ist durch die böhmisch-tschechische Bergwerks- und Zuckerindustrie, durch das galizische Petroleum, und durch die landwirtschaftlich überschüssige ungarische Tiefebene. Das alles hat in Wien seinen Markt

und ist hier gehandelt worden, weil hier geographisch und politisch der Mittelpunkt lag. Hier haben darum die großen Bank-, Finanz- und Versicherungsinstitute ihren Sitz gehabt. Wenn die Tschechen ihren nationalen Rausch ausgetobt und wieder die klugen Realpolitiker von ehedem werden, wenn die Kroaten und Slowenen sich wieder aus der allzu stürmischen Umarmung der Serben losgelöst haben, wofür sie sich alle Mühe geben, dann werden sie alle finden, daß doch Wien der bequemste und beste verkehrspolitische und wirtschaftliche Mittelpunkt sein kann für alle die jetzt losgelösten Staaten, vielleicht das größt-wahrscheinliche Polen ausgenommen. Diese Gedanken und Zukunftsmöglichkeiten nimmt Frankreich klug jetzt schon vortweg und bereitet den Aufbau der Donauföderation vor. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieser Bund auch tatsächlich in irgendeiner Form zustande kommt, zuerst vielleicht als loser Zweckverband. Aber er wird, wenn von Deutschland aus richtig und klug gehandelt wird, den Abfall der Länder und ihren Anschluß ans Reich nicht verhindern können.

Wien bekommt durch eine solche Donauföderation seine eigene Bedeutung. Angesehene Wiener Wirtschafts- und Finanzkreise rechnen nicht erst seit heute damit, daß beim Zustandekommen der Donauföderation Wien der Mittelpunkt dieser Vereinigung bleiben und auch bei einem Anschluß der Länder ans Reich sich nicht mit anschließen wird, ja nicht einmal anschließen kann.

Schon bisher hat die Wiener Frage ganz die Haltung vieler Politiker und Parlamentarier, namentlich unter den christlich-sozialen, gegen den Anschluß stark beeinflusst. Gewiß, im ersten Schmerz nach dem Zusammenbruch dachten auch die Wiener an den Anschluß. Sie sind ja so gute Menschen und von so großem Idealismus. Als aber der Alltag wieder nüchterner wurde, fand der Wiener doch gar viele aber. Nicht die akademische Jugend und nicht die Intelligenz. Sie ist heute noch für den Anschluß. Aber das Wiener Bürgertum, der Wiener Geschäftsmann und Industrielle. Man fürchtet in Wien förmlich den deutschen Arbeitsgeist und Geschäftssinn. Der normale Wiener hat gerne Beschäftigung, aber diese Beschäftigung darf doch wahrhaftig nicht in Arbeit ausarten, wie das die Deutschen und vor allem die Preußen lieben. Der Wiener ist schon mehr Orientale, auch im Geschäftsleben. Die Gelegenheitsmacherei ist in jeder Art beliebt. Grundsatz des Wiener alten Geschäftsmannes ist nicht möglichst kleiner Gewinn bei möglichst öfteren Umsatz, denn das bedeutet möglichst viel Arbeit. Wiener Art ist es vielmehr, am einzelnen Gegenstand möglichst viel zu verdienen. Die Preise für ein und denselben Gegenstand sind darum rein zufällig, im zweiten Laden wenige Schritte vom ersten entfernt, zehn bis zwanzig Prozent höher als im ersten. Die Bestechlichkeit, das Protektionswesen ist in Österreich durch den Krieg und vor allem durch die Revolution mehr als russisch und orientalisches geworden. Beim Handwerker ist es genau so. Du bist ein verlachter Fremdling, wenn du dem Handwerker die ganze Rechnung ohne Abzug zahlst. Er rechnet schon selber mit dem Abzug. Die streng reelle und solide Art des deutschen Geschäftsmannes hat der Wiener nicht, die ist ihm ebenso zuwider wie die deutsche Arbeitsmuth. Drum fürchtet er die deutsche Konkurrenz im Gewerbe, im Handel und in der Industrie. Drum ist er auch Gegner des Anschlusses, der Handwerker, der Bürger, der Industrielle von Wien. Zum großen Teil ist er ja auch gar nicht deutscher Abstammung, er ist Tscheche, Südslawe, Italiener, Serbe, Pole. Deutschland ist ihm Fremde, Ausland, das er bisher bewundert und geachtet hat, das er bis zu einem gewissen Grad vielleicht heute auch wieder bewundert, weil es bereits wieder eine anständige Truppe, nicht bloß eine Volkswehr nach Wiener Muster hat. Aber eine Liebe oder gar nur Vorliebe für Deutschland hat dieses Wiener Gewerbe oder Handwerk nicht, von dem die meisten Namen auf *ch* und *sti* und *oni* enden. Lieber die Amerikaner als die Deutschen, sagte mir ein christlich-sozialer Politiker.

Wien, die Kaiserstadt, die Hauptstadt des Habsburger Reiches, war auf große Verhältnisse eingestellt, war eine Stadt der Eleganz, des Wohllebens, der Kunst und Musik, ein Kulturzentrum und fing an, eine große Industrie- und

Handelsstadt zu werden mit vielem Reichtum. Kurz, Wien war eine Stadt, wo viel Geld ausgegeben wurde für nichtwerbende Kapitalzwecke. Wien hatte viele und teure Passionen, hatte die ersten Theater und Konzerte und nach Paris die erste Mode. Heute hat Wien kein Kaiserhaus, es hat keinen Adel mehr, die viel Geld, ja eigentlich all ihr Geld in Wien ausgegeben haben. Das darf man heute dem Volk natürlich noch nicht sagen, denn das Wiener Volk muß glauben, daß es durch den Weggang des Hofes und des Adels etwas gewonnen habe. Die Gewerbe Wiens werden bald dahinter kommen, daß ihnen diese guten Käufer abgehen. Mit dem Hof und dem Adel ist aber auch die tschechische Industrie, das galizische Öl, der ungarische Magnat verschwunden. Sie lassen bestenfalls Filialen in Wien zurück. Was bedeutet das? Bei einer Gesamtproduktion von 438 Millionen Meterzentner Kohlen wurden vor dem Krieg 370 Millionen in der Tschecho-Slowakei erzeugt. Aus dem Zusammenbruch hat Österreich noch nicht einmal 0,5 Prozent der alten österreichischen Lager gerettet. Sehr schlecht schneidet Deutsch-Österreich in der Eisenindustrie ab, namentlich soweit es sich um die Produktion von Halbfabrikaten handelt. Die drei größten Betriebe, Skoda, Polbhütte und Ringhoffer, liegen im tschechischen Gebiete. In Deutsch-Österreich verbleiben nur noch Felten und Guillaume, Böhler in Kapfenberg, Blickmann, die St. Egidyer, Bre villier. Von den sieben Waggonfabriken, die Österreich einstmals zählte, liegen nur die Simmeringer und die Grager in Deutsch-Österreich. Dagegen fallen Messelsdorf, Stauding, Königsfeld und Smichow an die Tschechen und Sanok an die Polen. Von den sechs Lokomotivfabriken verbleiben vier bei Deutsch-Österreich, während der Rest den Tschechen anheimfällt. Die Maschinenindustrie ist noch immerhin nennenswert, aber die wichtigen Maschinenbauzentren Prag, Pilsen, Brünn fehlen ihm. Das gleiche gilt von der deutsch-österreichischen Eisenwaren- und Metallindustrie und nicht zuletzt von den Magnesitwerken in Beisch. In der Textilindustrie bleiben nur noch Bruchteile bei Österreich, ein Viertel der Spindeln und ein Zehntel der Webstühle für Baumwolle, in der Kammgarnspinnerei nur noch ein Betrieb mit einem Fünftel der Spindeln. An der Leinen-, Seiden- und Wollweberei hat Deutsch-Österreich nur noch einen minimalen Anteil, höchstens zehn Prozent, nicht viel besser steht es mit der Jute- und Hanfindustrie. Die paar Wollspinnereien und Webereien reichen nicht einmal aus, um den Wiener Bedarf zu decken.

Auch die chemische und die Glas- und Porzellanindustrie hat ihren Hauptsitz in Böhmen, und nur in der Papierindustrie verschiebt sich das gegenseitige Verhältnis zugunsten Deutsch-Österreichs. Sehr schlecht schneidet letzteres dagegen in der Zuckerindustrie ab, nicht einmal ein Vierzigstel verbleibt Österreich. Andere wichtige Industriezweige, wie die Brauereibetriebe müssen Hopfen, Malz, Zucker aus Böhmen und Ungarn beziehen. Wien aber ist als Hauptkonsument auf alle diese Dinge am meisten angewiesen. Es verliert nicht bloß die Produktion im eigenen Land, sondern den Sitz der Industriegesellschaften in Wien und damit die Steuerkraft. So zahlte 1913 allein an Zuckersteuern Böhmen 90, Mähren 70, Niederösterreich nur 9 Millionen. Österreichs und Wiens Lasten aber sind durch den Krieg und den Zusammenbruch ins ungeheure gestiegen. Deutsch-Österreichs erstes Budget weist ein Defizit von 5 Milliarden auf. Wiens erster Voranschlag hat 403 Millionen Defizit vorgesehen. Das wird nicht reichen. Es werden mehr werden. Wien wird, wie schon angekündigt, unter die Hand und Kuratel der Entente kommen. Französische und amerikanische Geldleute werden die von Rueger glänzend ausgebauten Wiener öffentlichen Institute, Straßenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke, Wasserwerke unter Zwangsverwaltung nehmen und die sozialistische Gemeindeverwaltung wird darüber noch heilfroh sein. Durch ihre Politik der Lohn- und Gehaltsversprechungen haben sie heute schon alle diese Institute ruiniert und Wien zur teuersten Stadt gemacht. Die Ententefuratoren werden Wien in der Hand behalten und die Löhne wieder abbauen. Sie werden die Werke wieder rentabel machen, aber sie werden sie in der Hand halten. Daraus folgt der klarste Schluß, daß Wien seine Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfähigkeit

verliert, daß es sich in eine Donauföderation hineinzwingen lassen muß, ja daß es ein sehr starkes finanzielles und wirtschaftliches Interesse an einer solchen Föderation hat. Darum wird Wien den Abfall der Länder verschmerzen, wenn es als eigene Republik im Verband der Donauföderation bleiben kann.

Damit muß man sich in Deutschland abfinden. Der Anschluß Deutsch-Osterreichs darf nicht von der Wiener Frage abhängig gemacht werden. Die Wiener Frage kann für sich allein gelöst werden. Die sozialdemokratische Regierung und Stadtverwaltung aber kann, wenn Wien allein bleibt, so recht nach Herzenslust das alte Lied singen:

O du lieber Augustin
Alles ist hin, ist hin,
S'Geld ist hin,
S'G'wand ist hin,
S'Volk ist hin,
S'Land ist hin,
O du lieber Augustin!
Wien aber bleibt Wien!



Die Aufhebung des Extraordinariates

Keßereien zur Hochschulreform

Von einem noch Hoffenden



elbst in den heiligen Hallen der Alma Mater rauscht es: „Reform“, — „Hochschulreform“! Eine wichtige Sache! Und mit dementsprechend unendlicher Wichtigkeit tagen an allen Universitäten die Reformkommissionen. Sitzungen ohne Ziel und Zahl werden abgehalten, von den Senaten, von den Fakultäten, von den Extraordinarien- und von den Privatdozentenvereinigungen. Denkschriften und Reformprogramme werden ausgearbeitet und den Ministern überreicht. Sogar der Unterstaatssekretär der Universitäten im preussischen Kultusministerium greift in die Erörterung ein und veröffentlicht seine „Gedanken zur Hochschulreform“.

Vor allem eine Gruppe an den Universitäten ist zu neuem Hoffen und neuen Taten erwacht. In jedem Universitätsorganismus kennt man sie. Sie waren von jeher ein fester Bestandteil des Universitätsganzen: Die Eigengebliebenen, die Verbitterten, die altgewordenen Privatdozenten, die ewigen Extraordinarien. Nicht jeder hat Ordinarius werden können. Gewiß, mancher ist bei aller persönlicher Tüchtigkeit an der Mißgunst der Verhältnisse gescheitert, — ein Stück Tragik, wie alle Berufe es kennen. Aber meist ist es doch so, daß eben unter denen, die die akademische Laufbahn einschlagen, immer auch solche sind, bei denen es zum Ordinariat „nicht reicht“. So wie auch nicht jeder Pastor Generalsuperintendent, nicht jeder Richter Reichsgerichtsrat, nicht jeder Schulmann Rektor werden kann. Einzelne waren so weise, wenn eine Reihe von Jahren der sehnlich erwartete Auf ausgeblieben war, daß sie rechtzeitig den Übergang in eine andere Laufbahn zu gewinnen suchten. Die meisten aber hatten diesen Augenblick verpaßt und führten nun ein bescheidenes Dasein, teils in stiller Ergebung, die Mehrzahl wohl ein wenig griesgrämig und verärgert und ein Gefühl des Vertannuseins. Im ganzen aber ein harmloses, ungefährliches Völkchen, für deren mancherlei Sonderbarkeiten immer noch die Universität das

beste Asyl darstellte; sie bot ihnen die Möglichkeit, sei es ihren gelehrten Liebhabereien ungestört und ungehemmt zu leben, sei es, ihrer Eigenart entsprechend, in einem kleineren Kreise zu wirken. In den Vereinigungen der Nichtordinarien ließen sie gelegentlich ihren Schmerzen und ihren Wünschen freie Bahn, ohne daß darum die akademische Welt allzu wesentlich erschüttert wurde; die Beachtung, die ihnen zuteil ward, entsprach der ihnen eignen, im ganzen eben doch recht begrenzten, Bedeutung.

Das ist mit einem Schläge völlig anders geworden. Überall grünen neue Hoffnungsbreiter, selbst an den abgestorbenen Zweigen des akademischen Gaiens. Jene akademischen „Gewerkschaften“ sind zu ungeahnter, für sie selbst gewiß überraschender, Bedeutung emporgeschwollen. Wie über Nacht sind sie Ausgangspunkt und Mittelpunkt der gesamten Hochschulembewegung geworden. Ihre Vorstände sind schier die wichtigsten Persönlichkeiten im heutigen Universitätsleben. Wehe dem Senat und dem Rektor, der es heute noch wagen wollte, ihre Beschlüsse und Forderungen nicht als Dokumente von fast weltpolitischer Bedeutung zu würdigen.

Daß es mit diesen Beschlüssen meist seine eigene Bewandnis hat, verschlägt zwar nicht viel, mag aber doch der Pikanterie halber einmal festgestellt werden. Auch in den Nichtordinarienvereinigungen jammert man über die allgemeine Interessenlosigkeit. Mit gutem Recht; denn wer einmal hinter die Kulissen geschaut hat, weiß, um welche lächerliche Wichtigtuerei im Grunde es sich handelt. Jedermann, Rektor, Minister und Öffentlichkeit, macht den tiefsten Büchling vor diesen mit Emphase vorgetragenen Ansprüchen; jedermann nimmt sie als bare Münze. Es ist sonderbarerweise noch niemandem aufgefallen, zu fragen, wie viele denn eigentlich dahinter stehen. An einer unserer größten Universitäten mit über hundertfünfzig Nichtordinarien ist es festgestelltermaßen dem Vorstande noch zu keiner Reformierung gelungen, auch nur die Hälfte der Beteiligten zusammenzutrommeln; Forderungen von der grundsätzlichen Bedeutung sind an derselben Universität von einem Plenum der Nichtordinarien mit einer Gesamtstimmenzahl von sage und schreibe — siebzehn anwesenden Kollegen beschlossen worden. Aber das hindert natürlich in gar keiner Weise, daß man mit vollen Backen „die“ Forderungen „der“ Nichtordinarien präsentiert. In Wirklichkeit ist es ein offenes Geheimnis, daß Extraordinarien und Privatdozenten in zwei große Gruppen zerfallen: die Hoffenden und die nicht mehr Hoffenden, und daß ein Interesse an der ganzen Universitätsreform, wenigstens was die Hauptfragen anlangt, im wesentlichen nur die letzteren haben. So wie die Reform sich anläßt, läuft sie im wichtigsten Punkt hinaus auf eine Nivellierung der Stellung der ordentlichen Professoren. Jeder aber, der da hofft, noch einmal „auf natürlichem Wege“ dies Ziel zu erreichen, wäre ein völliger Tor, wenn er den Ast absägte, auf dem er selbst einmal zu sitzen hofft. Wo die Stimme erhoben wird gegen die mit der Prärogative der Ordinarien gegebenen angeblichen Krebschäden im Hochschulleben, da wird man fast ohne Ausnahme die Rufer im Streite dort suchen dürfen, wo die enttäuschten und begrabenen Hoffnungen sind. So kommen jene Programme und programmatischen Beschlüsse von Minderheiten zustande. Von den Hoffenden haben die wenigsten Zeit und Lust, vollends nach vier Kriegsjahren, um diese Standesfragen sich viel zu kümmern, am wenigsten endlose Sitzungen mitzumachen. Es kann gut sein, daß der eine und andere von ihnen, vielleicht auch der Schreiber dieser Zeilen, noch einmal selbst in den Zustand jener verbitternden und verbitterten Hoffnungslosigkeit kommt. Vorläufig aber hoffen sie noch, und es dünkt ihnen wichtiger, mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit ihre Zukunft zu bauen. Der Fehler ist höchstens, — sei es, weil die Dinge ihnen zu unwichtig sind, sei es, weil sie das Odium mangelnder Kollegialität scheuen, — daß kaum einer die Mühe sich macht, den Aspirationen der anderen entgegenzutreten. So bleiben jene Betriebamen im allgemeinen sehr unter sich; so werden jene Beschlüsse zwar, wie geschildert, mit geringen Stimmenzahlen, dafür aber meist mit um so ungehörterer Einmütigkeit gefaßt.

Dies alles wäre nun nicht so sehr schlimm, wäre nichts als eine der mancherlei Grotesken der Zeit, wenn nicht eben von allen Seiten diese Reform-

forderungen sehr ernst genommen würden, ja, wenn sie nicht geradezu von den entscheidenden Stellen zum Angelpunkt der gesamten Hochschulreform gemacht würden. Der preussische Kultusminister hat am 19. Mai 1919 alle Senate und Fakultäten der ihm unterstellten Universitäten einen Erlaß gerichtet, der offiziell die Beratung über die Hochschulreform einleitet: ein Dokument also allerersten Ranges. In diesem Schriftstück ist zwar von mancherlei zu erörternden Problemen die Rede; eine einzige Frage aber wird kurzerhand als „spruchreif“ bezeichnet: die Stellung der außerordentlichen Professoren. Hier sei eine baldige Neuordnung „nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich“. „Die völlige Aufhebung des Extraordinariates und die Schaffung einer einzigen Klasse von planmäßigen Professoren ist in Anregung gebracht.“ Es seien demgemäß sämtliche planmäßigen Extraordinariate (und zwar, wie ausdrücklich angeordnet wird, ohne die endgültige gesetzmäßige Regelung abzuwarten!) in Ordinariate überzuführen.

Diese Verordnung ist ein gewaltiger Sieg jener Extraordinarienvereinigungen; mit einem Schläge scheint allen jenen Hoffnungslosen die Tür zum Ziel aufgetan. Auch sie ist, wie es scheint, mit erstaunlicher Devotion und Ergebenheit hingenommen worden. Und doch würde eine Verwirklichung des ministeriellen Planes von geradezu verhängnisvoller Wirkung für die deutschen Universitäten sein, — in einem Maße, daß hier jedes von kollegialer Rücksicht bisher diktierte Schweigegebot aufhören muß. Zwei Wirkungen werden die völlig unvermeidliche Folge der Aufhebung des Extraordinariates sein: eine Mediokratisierung der Universitäten, ein Sieg der Mittelmäßigkeit die eine, der Tod des Privatdozentenstandes die andere.

Das erste, sollte man meinen, ist eigentlich so selbstverständlich, daß man kaum ein Wort darüber zu verlieren brauchte. Norm jeder ernsthaften Hochschulreform kann nur eines sein: die Höhenlage des gesamten Universitätskörpers. Ob es wohl irgendeinen Menschen gibt, der wirklich meint, das Niveau irgendeiner Universität werde gehoben, wenn nun plötzlich alle jene Männer, die gewiß wacker und achtbar sind, denen man gewiß von Herzen alles Gute gönnen mag, aber die nun einmal es nicht weiter gebracht haben und wahrscheinlich in der Mehrzahl auch nicht weiter bringen würden, die den Typus eines Extraordinarius darstellen, aber eben auch nicht mehr, — wenn sie alle mit einem Schläge in die Reihe der Ordinarien eintreten sollen! Jeder kennt doch diese Typen: — es mag hart sein, aber der Ernst der Gefahr zwingt zu einem offenen Wort, — man gehe doch einmal die Listen einer unserer großen Fakultäten durch, ob das wirklich Männer sind, denen ein gleichberechtigter Platz gebührt in den Fakultäten neben Harnack oder neben Wilamowitz oder neben Stammler!

Es ist sehr bezeichnend: weder in den Reformprogrammen der Extraordinarienvereinigungen noch in dem Erlaß des Ministers noch in der Broschüre des Unterstaatssekretärs Professor Becker liegt der Nachdruck auf der Schaffung neuer Ordinariate. Das wäre eine Forderung, die man nur begrüßen könnte; ihre Erfüllung bedeutete eine jedem Universitätsfreund erwünschte Bereicherung unserer Hochschulen. Aber die Forderung heißt anders (der Laie wird kaum den Unterschied wahrnehmen): „Überführung der bestehenden Extraordinariate in Ordinariate.“ Das letztere heißt eben: die bisherigen Extraordinarien werden kurzerhand Ordinarien. Das erstere dagegen: wie bei jeder Berufung stellt die Fakultät in Vorschlagslisten die Namen der drei besten verfügbaren Köpfe des Faches fest, — es kann sein, daß der Extraordinarius mit unter ihnen ist, vielleicht sogar, wenn seine Qualifikationen dem entsprechen, an erster, am Ende sogar einziger, Stelle; ebenso gut kann es sein, daß sein Name, sicherlich dann nicht ohne Grund, in der Liste fehlt. Was in diesem Falle aus dem Extraordinariat wird, ob es erhalten bleibt, oder ob es nach dem Tode oder Abgang des augenblicklichen Inhabers eingeht, ist cura posterior. Jedenfalls sollte man meinen, diese Form der Besetzung etwaiger neuer Ordinariate, nämlich nicht nach persönlichen, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten, müßte überall, wo man die Qualität der Gesamthochschule im Auge hat, einfach selbstverständlich sein.

In Wirklichkeit haben an einem solchen Verfahren ein Interesse weder die Auser im Streite, — für sie handelt es sich eben darum, daß sie das Ziel erreichen —, noch die Regierung. Auch mit Bezug auf sie sollte man sich ja nicht täuschen lassen! Die Universitätspolitik preußischer Personalreferenten, mögen sie Althoff, Elster oder Becker heißen, ist seit jeher klug gewesen. Wirklich, eine großmütige Regierung, die im Augenblick der wirtschaftlichen und finanziellen Katastrophe des Landes mit einer eleganten Handbewegung so und so viele neue Ordinate schaffte, als gäbe es keinen Finanzminister, der im Gegenteil schon jetzt bei jeder erledigten Professur anfragt, ob ihre Neubesetzung wirklich nötig sei und ob die Stelle nicht am Ende eingehen könne! Timeo Danaos et dona ferentes! Oder: wär' der Gedant' nicht so verwünscht geachtet . . .! Die vorgeschlagene Methode hat nämlich verschiedene Vorzüge. Einmal: es ist gar nicht zu leugnen, es sieht allerdings ungeheuer fortschrittlich und in der Tat geradezu großartig aus, wirklich als eine Reform nicht bloß der Worte, sondern auch der Taten, wenn mit einem Schläge aus allen außerordentlichen ordentlichen Professoren werden. Das ist doch eine Regierung, die durchgreift! Ferner, die Regierung vollzieht einen Akt sehr hoher staatspolitischer Weisheit: aus einer ganzen Klasse von unzufriedenen Menschen werden glückliche, dankbare Staatsbürger, auf die sich das Kultusministerium (typisch preußische Universitätspolitik Althoff'scher Tradition!) in den Fakultäten verlassen kann. Endlich aber: die ganze Aktion ist ein glänzendes Geschäft, sie ist die billigste Form der Reform, die überhaupt möglich ist. Daß es bei den bisherigen Extraordinariengehältern von 2600 bis 4800 Mark, wenn alle Beamten aufgebessert werden, nicht bleiben konnte, ist selbstverständlich; wenn man, wie geplant, eine einheitliche Professorenklasse „mit möglichstem Spielraum zwischen unterster und oberster Gehaltsstufe“¹⁾ schafft, so schlägt es, auf die finanzielle Seite gesehen, sehr wenig, ob man den aufgebesserten Extraordinarius in Zukunft Extraordinarius oder Ordinarius nennt. Sein neues Gehalt wird in beiden Fällen dasselbe sein. So hat für den Augenblick das betreffende Fach zwei gleichberechtigte Vertreter; scheidet aber über Jahr und Tag einmal der eine von beiden aus, sei es der frühere Ordinarius, sei es der frühere Extraordinarius, so wird mit einer Wahrscheinlichkeit, die angesichts der latenten Finanzmisere niemand mit 99,9 Prozent als zu hoch bemessen ansehen wird, der Finanzminister die Einziehung der einen Stelle fordern und erreichen. Sollten diese Konsequenzen wirklich für so weitschauende Männer wie einen preußischen Unterstaatssekretär und Universitätsprofessor nicht auf der Hand liegen? So wird dies höchstönend angekündigte Stück der Universitätsreform, auf dem Umwege über die Vermittelmäßigung der Fakultäten, statt zu einer Bereicherung in Wirklichkeit zu einer Reduzierung der Universitäten führen. Und die die Kosten dieses Sparmanövers werden zu tragen haben, das sind — die Privatdozenten.

Will man die Zukunft eines Berufes sicherstellen, so muß man seinen Nachwuchs, seine Jugend sicherstellen. In der Tat versichert Kultusminister Haenisch in seinem Erlaß mit rührender, fast patriarchalischer Gönnermiene: „Mit großer Besorgnis blicke ich auf die wirtschaftliche Not unseres akademischen Nachwuchses. Vorschlägen zu seiner Sicherstellung sehe ich entgegen.“ Und doch bedeuten die Vorschläge seines Unterstaatssekretärs, trotz der vielen Worte des Wohlwollens, eine enorme Verschlechterung, besser noch Herabdrückung der Lage der Privatdozenten; der Vorschlag aber auf Abschaffung des Extraordinariates ist geradezu das Todesurteil für diesen Stand.

Zuerst: man will die *venia legendi* befristen. Wer nach fünf oder zehn Jahren nicht Professor geworden ist, soll nach Becker in Zukunft „ausgeschifft“ werden. Weil an den Universitäten jene sitzengebliebenen ewigen Nichtordinarien zu einer Landplage geworden sind, sollen ausgerechnet die Jungen es büßen und aus den Privatdozenten sollen Probekandidaten werden, über denen das Damokles-

¹⁾ Becker, S. 86.

schwert, Entziehung der *venia*, hängt. Von allem anderen abgesehen, es ist klar, daß die Stellung des Privatdozenten den Studenten gegenüber damit eine völlig andere wird, wenn er nicht mehr freier, ungehemmter Dozent ist, sondern gewissermaßen auf Kündigung angestellter „junger Mann“. Und wo im Universitätsleben kann man denn die Jahreszahl nennen, nach deren Ablauf jemand die rettende Berufung haben muß? Vollenbs aber, wenn man nun das Extraordinariat beseitigt: wie viele, selbst unter den Tüchtigsten, gibt es denn, die unmittelbar von der Privatdozentur in ein Ordinariat den Ruf erhalten haben?

Was ist ein Extraordinariat? Gewiß, es gibt Einzelfälle, daß man für irgendein Fach aus Sparsamkeit sich mit einer außerordentlichen Professur begnügt. Das war dann ein Fach, entweder das man für minder wichtig hielt, oder das noch in einem gewissen Versuchsstadium war. Es ist völlig richtig, wenn man in diesen Fällen Überführung in ein Ordinariat fordert. Aber in der Regel bedeutet Extraordinariat seinem ursprünglichen Sinne nach doch etwas völlig anderes: daß neben dem Hauptvertreter des Faches ein jüngerer steht, der dasselbe Fach vertritt, aber eben als jüngerer noch in einer Zwischenstellung. Wenn den Privatdozenten das Extraordinariat als Durchgangsposten genommen wird, so ist das für den größten Teil derselben fast gleichbedeutend mit einer Abschneidung ihrer Zukunft. Jedes beliebige Beispiel kann das ohne weiteres verdeutlichen. In K. ist die Anglistik vertreten durch ein Ordinariat und ein Extraordinariat. Scheidet der Extraordinarius einmal aus, so wird normalerweise ein jüngerer fähiger Privatdozent sein Nachfolger, normalerweise wieder, um nach einer Reihe von Jahren diese Übergangsstellung mit der Endstellung eines Ordinariates zu vertauschen. Völlig verschoben wird jedoch die Lage, wenn aus dem Extraordinariat jetzt durch die Hochschulreform ein zweites Ordinariat wird. Das wahrscheinlichste ist, davon war schon die Rede, daß in ein paar Jahren bei der ersten Vakanz die eine Stelle eingezogen wird; so bleibt das eine Ordinariat übrig, — das alte Extraordinariat, das dem jungen Dozenten den Übergang zum Ordinariat vermitteln sollte, ist in der Versenkung verschwunden. Sollte aber je wider Erwarten die Fakultät durchsetzen, daß tatsächlich beide Stellen weitergeführt werden, dann scheiden gerade die Jungen diesmal in den allermeisten Fällen als Bewerber aus. Denn nun handelt es sich ja um die Neubesezung eines Ordinariates, und mit Recht wird man hierfür in der Regel eine schon bewährte Kraft zu gewinnen suchen. Der Erfolg der Reformation ist evident: jedes verschwundene Extraordinariat bedeutet für den akademischen Nachwuchs eine Wahrscheinlichkeit weniger des Weiterkommens. Sind die Extraordinariate einmal nach den Plänen des preussischen Kultusministers überhaupt beseitigt, so ist damit das Minimum von Zukunftsmöglichkeit für den Privatdozentenstand gegeben. Professor Veder wird kaum recht behalten: niemand werde dem verschwundenen Extraordinariat eine Träne nachweinen, es sei denn der Finanzminister. Aber sein Chef wird dann erst recht allen Grund haben: „Mit Besorgnis blicke ich auf die Not unseres akademischen Nachwuchses — — —.“

Richtig ist allerdings, daß nicht immer heute das Extraordinariat dem entspricht, was das Beispiel meinte. Tatsächlich gibt es nicht wenige Fälle, in denen es zum Mutterboden eben für jene fatalen Fälle der ewigen Extraordinarien geworden ist. Aber diese bedauerlichen Erscheinungen im Universitätsleben kommen zustande, ganz gewiß nicht, weil es Extraordinariate gibt, sondern weil die Extraordinariate sehr oft widersinnig besetzt werden. Hier mögen Fakultäten und Ministerien an ihre Brust schlagen. Ließe man stets den Grundsatz walten, in das freigewordene Extraordinariat einen tüchtigen Anfänger zu berufen, von dem man erwarten kann, daß es für ihn in der Tat ein Durchgangsposten wird, dann würde es sehr viel weniger sitzengebliebene und darum sehr viel weniger alte, verärgerte, verunglückte Extraordinarienerfassen geben. Aber man hat vielfach aus Mitleid, aus Sentimentalität, um den Betroffenen endlich einmal unterzubringen und damit einstweilen zufrieden zu stellen, das Extraordinariat nicht dem Tüchtigsten, sondern einem schon als Privatdozent Altgewordenen, Sitzengebliebenen gegeben. Damit

hörte allerdings das Extraordinariat auf, Durchgangsposten für junge Dozenten zu sein; was daraus wurde, war: Abfindungsposten für Mittelmäßigkeiten. Damit ist es in der Tat eine Quelle der Unzuträglichkeiten geworden, damit dann auch die durchaus abschaffungswürdige Institution. Aber daß man für alle diese Sünden die Schullosseken büßen läßt, ist nicht recht. Und daß man damit ausgerechnet diejenigen trifft, die die Zukunft der Hochschulen sind, ist nicht nur nicht recht, sondern mehr als dies: ist ein Fehler!

Anderer mögen die Hochschulreform begrüßen und aus ihr Vorteile erhoffen. Für die Jugend innerhalb der Dozentschaft bedeutet sie: Degradierung zu einer Probefandidatur, von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Es wäre sachlich richtiger, diesen Konsequenzen Rechnung zu tragen und gleichzeitig mit dem Extraordinariat auch die Privatdozentur überhaupt abzuschaffen. Es mag ja sein, daß sich dann andere Formen eines akademischen Nachwuchses bilden, vermutlich, trotz aller Beschwörungen von oben, beamtenmäßigerer, assessoralerer, vielleicht auch bequemerer Art. Darum brauchen wir absterbendes Geschlecht uns nicht zu sorgen. Aber man schaffe klare Verhältnisse und schide uns beizeiten nach Hause. Es wäre auch menschenfreundlicher: Had' der Rake den Schwanz ab, had' ihn aber gleich ganz ab!



Der neue Umschwung in Südrußland¹⁾

Von G. Franz, Major im Generalstabe



s darf wohl als sicher gelten, daß Besslura Kiew wiedererobert hat. Unwahrscheinlich klingt diese Nachricht nicht. Sowjetrußland, das alte etwas verstümmelte großrussische Rußland, auf allen Seiten von Feinden umgeben, ist nicht stark genug, sich gleichzeitig auf allen Fronten zu behaupten, wohl aber seiner zentralen Lage nach imstande, an den operativ wichtigsten Stellen seiner Peripherie mit überlegenen Kräften erfolgreich zu kämpfen. So kann man fast durchgehend feststellen, daß Erfolge an einer Front von Mißerfolgen an anderen Frontenteilen begleitet sind. Nirgends lassen sich aber die erzielten Erfolge mit Nachdruck soweit verfolgen, daß der eben geschlagene Gegner endgültig abgetan wäre; denn inzwischen zieht an einer anderen Stelle die bedrohliche Lage Verstärkungen an. Und je nach der Initiative dieser nicht einheitlich und in planmäßiger Zusammenarbeit handelnden Gegner wechselt das Kriegsglück im Norden, Osten und Süden. Die Feinde Sowjetrußlands sind, einzeln genommen, den Bolschewiken nicht gewachsen. Zusammengeschlossen könnte es ihnen nicht schwer fallen, der Räte-republik den Garaus zu machen. Aber ihnen haften die Mängel des Koalitionskrieges in verschärftem Maße an. Der allen gemeinsame Feind bedingt für sie noch lange nicht gemeinsame Kriegsziele! Wie will man Polen, Esthen, Finnen, Kolischak, Denikin und schließlich Besslura unter einen Hut bringen! Und selbst — wäre es politisch gelungen, militärisch diese heterogenen Elemente bei den gewaltigen Entfernungen und Verkehrs-schwierigkeiten zu einer einheitlichen, Erfolg verheißenden Operation zusammenzufassen, das wäre zwar eine unendlich reizvolle Aufgabe, die aber Voraussetzungen fordert, die vorläufig nicht vorhanden sind. Diesen von allen Seiten umspannten Koloß zu erdrücken, wäre ein Gegenstück zu Deutschlands militärischer Leistung, das sich vier Jahre gegen eine ähnliche Umklammerung mit Erfolg gewehrt hat.

¹⁾ Vgl. Grenzboten 1919, Heft 27.

Vielleicht mag im Norden, Osten und Südosten der Wille zu gemeinsamem Handeln gegen die Bolschewiken zeitweise vorhanden gewesen sein; Vereinbarungen zwischen Finnern, Koltschak und Denikin in diesem Sinne sind wohl denkbar; aber die Durchführung gemeinsamen Handelns ist nachdrücklich bisher kaum in die Erscheinung getreten. Große Schwierigkeiten sind hierfür vorhanden; gemeinsame Oberleitung, der zu gehorchen alle Teile verpflichtet sind, fehlt. Aber selbst volle Übereinstimmung über die beabsichtigten Operationen vorausgesetzt, unüberwindliche Fraktionen können sie bei den verschiedenen klimatischen und schwer einzuschätzenden Verkehrsverhältnissen sehr schnell wieder zum Scheitern bringen. Dazu kommt als sehr wesentliches Moment die sicherlich sehr verschiedenartige Schlagfertigkeit der Kampfgruppen. Die Innehaltung vereinbarter Fristen und Zeiten ist nur möglich bei annähernd vorauszubestimmender Verwendungsfähigkeit der Verbände; diese zu beeinflussen sind die Führer hier nicht imstande. In Bewaffnung und Ausrüstung ihrer Armeen sind alle gegen Sowjetrußland operierenden Gruppen vom guten Willen der Ententeländer und von sehr langen, mehr oder wenig diffizilen Nachschubwegen abhängig. Am besten ist es in dieser Beziehung noch mit Denikin bestellt. Die Zuführung von Heeresgerät über das Schwarze Meer ist weniger von unvorhergesehenen Zufälligkeiten abhängig als die über Sibirien für Koltschak oder über die Murmanküste.

Die Bolschewiken haben die aus diesen Nachteilen ihrer Gegner sich für sie ergebenden Vorteile bisher anscheinend ganz geschickt wahrzunehmen verstanden. Der Vormarsch auf Petersburg ist von ihnen zum Stehen gebracht worden. Der Vormarsch Koltschaks ist in einen anscheinend sogar ziemlich verlustreichen Rückzug verwandelt worden, wodurch die Gefahr aus dem Osten für einige Zeit, zum mindesten für dieses Jahr, beseitigt ist; dafür droht die laut angekündigte Offensive auf Petersburg.

Mit den Gegenoperationen bei Petersburg und an der Wolga waren aber die Kräfte der Bolschewiken scheinbar erschöpft. Die Erfolge hier wurden mit Verlusten an den anderen Fronten erkauft. Wilna wurde preisgegeben, an der westlichen Front sind die Polen leztlich dauernd im langsamen Fortschreiten. Wohl mit Recht können hier die Bolschewiken Gebietssteile, deren Bevölkerung überwiegend fremdstämmige ist, und wo eine nachdrückliche Unterstützung durch die Entente am leichtesten durchführbar und am wahrscheinlichsten wäre, würde die Lage kritisch — am ehesten verschmerzen. Schmerzlich aber muß ihnen der Verlust der Ukraine sein; ob der Gewinn der getreidereichen Gebiete an der Wolga den Verlust der produktionsreichen Ukraine aufwiegt, dürfte sehr fraglich sein. Ein zeitliches Zusammenarbeiten von Koltschak, Denikin und Petlura in dem Bogen, der die Sowjetrepublik von Osten und Süden umspannt, ist unverkennbar. Während sich aber die Bolschewiken mit Überlegenheit und Erfolg auf Koltschak warfen, konnten sie den Siegeslauf Denikins nicht hemmen. Die beste Gegend, das eigentliche alte historische Kleinrußland um Poltawa, hat er bereits besetzt und den Dnjepr südlich Kiew bei Tscherkassy erreicht. Unklar ist es noch, wie weit er gegen die Küste des Schwarzen Meers vorgebrungen ist; es heißt, er habe Odessa erobert.

Mit Denikins Erfolgen aber wuchs wieder die Sorge der Nationalukrainer um ihre Heimat. Denikin verfolgt großrussische Tendenzen, Petlura kleinrussische auf Selbständigkeit der Ukrainer gerichtete. Er war in schwierige Lage geraten in diesem Sommer. Eingekesselt in Ostgalizien hatte das Direktorium nach Verlust fast der ganzen Ukraine auf kleinem Raum mit der Front nach Osten gegen die Bolschewiken und nach Westen gegen die Polen kämpfend ein beneidenswertes Dasein geführt. Diese Lage war eine vorauszu sehende und natürliche Folge der in einer völligen Vertennung der eigenen Kraft begründeten Politik; sie konnte dem Direktorium keineswegs unerwartet gekommen sein. Im Winter war von dem deutschen Oberkommando oft genug auf die größte der Ukraine drohende Gefahr aus der Sowjetrepublik hingewiesen. Durch den verhältnismäßig leicht errungenen Sieg über den Hetman und mehrere lokale Erfolge gegen die völlig der Hand ihrer Offiziere entglittenen deutschen Truppen aber übermütig geworden,

hatten die Ukrainer völlig den Maßstab für ihre eigenen Leistungen verloren. Statt sich politisch mit ihren Nachbarn zu verständigen, suchten sie auf allen Fronten Gebietsverweiterungen mit Waffengewalt. Statt weiser Mäßigung wurden sie immer anspruchsvoller und herausfordernder bis noch im Januar die Ereignisse ihrer Machtlosigkeit belehrten. Während sie die Küstenorte des Schwarzen Meeres nicht bezwingen konnten, während sie Operationen gegen Lemberg und Chelm rüsteten, drangen die Bolschewiken auf Kiew ständig vor, so daß das Direktorium bereits am 28. Januar Kiew mit dem sicheren Aufenthalt in Winniza vertauschte. Im Laufe des Sommers blieb den Ukrainern wenig mehr als ihre engere Heimat in Ostgalizien um Stanislaw. Vorübergehend schoben sie gegen die Polen ihre Linien bis in die Gegend von Lemberg vor, bis die dort eingetroffenen Verstärkungen, vornehmlich wohl Hallertruppen, sie wieder zurückdrückten. Durch Nachspruch der Entente wurde in dem Wettwinkel Ostgaliziens zwischen Polen und Ukrainern dann einige Ruhe geschaffen.

Während dessen begann aber die Ukraine erneut ihren Besitzer zu wechseln. Die Schwächung der Bolschewiken in der Ukraine zugunsten des Wolgakriegsschauplatzes begünstigte die Unternehmung Denikins, so daß es ihm gelang, verhältnismäßig schnell über Charkow hinaus vorzustoßen. Hoffnung und neue Sorgen mögen das Direktorium erfüllt haben. Man muß wohl annehmen, daß eine Verständigung mit Polen vorausgegangen ist — ob mit oder ohne Einwirkung der Entente, mag dahingestellt bleiben — ehe man zu einer Rückeroberung der verlorenen Ukraine rüstete. Die Schwächung der Bolschewiken durch die Waffen Denikins hatte natürlich eine Entlastung der ukrainischen Ostfront zur Folge gehabt und mag deshalb willkommen gewesen sein. Aber andererseits brachte der neue Herr der Ukraine keineswegs die Verwirklichung ihrer nationalen, auf politische Selbstständigkeit gerichteten Bestrebungen. Und so mag die Angst den eilenden Schritt beflügelt haben. Zunächst hat im Wertlauf auf Kiew Petlura gewonnen. Ob Denikin ihm den Besitz dieser Stadt streitig machen wird, diese Frage muß zunächst offen bleiben. Petluras Hilfsmittel aus dem Lande und der Bevölkerung sind reicher, aber Denikins Truppen sind besser und durch die Entente leichter zu versorgen. Die langen Verbindungen Denikins zu seiner Operationsbasis im Donland und dem unzuverlässigen Kaukasus durch eine ihm keineswegs wohlgesinnte Bevölkerung müssen seine Kräfte derart schwächen, daß für die Operationen an der Front nur ein Bruchteil verfügbar bleiben kann. Petlura dagegen steht mitten im eigenen Lande.

Eine Verständigung beider und ihr Zusammenarbeiten gegen den gemeinsamen Feind ist erwünscht, aber nur dann möglich, wenn sie sich politisch auf einer gemeinsamen Linie finden. Das aber wird bei der bisherigen Unversöhnlichkeit beider Parteien schwer sein. Finden sie keinen Ausgleich, dann ist zu befürchten, daß die Bolschewiken den Hader ihrer Gegner sich erneut zunutze machen, nach Heranführung von Verstärkungen über einen von beiden herfallen und ihm die verlorenen Gebiete wieder entreißen. Es bleibt abzuwarten, welchem Kriegsschauplatz als dem wichtigeren die Bolschewiken ihre im Osten frei gewordenen Kräfte zuführen werden.

So ist denn nun die unglückliche Ukraine zum zweiten Male monatelang der Schauplatz bolschewistischer Terrors gewesen, nachdem ihr nur wenige Monate friedlicher Arbeit unter der Hetmansregierung vergönnt gewesen waren. Von den hohen wirtschaftlichen Werten des Landes sind weitere vernichtet. Zwar erholt sich ein Agrarland schneller, die Zuckerproduktion wird aber nachhaltig gelitten haben. Wann das Land dazu kommen wird, in Ruhe seine Produktion wieder aufzunehmen, ist auch nach diesen neuesten Ereignissen noch nicht abzusehen.

Wahrscheinlich hat inzwischen heute schon Petlura in Kiew zum zweiten Male seinen feierlichen Einzug gehalten, der aber in dieser schwer geprüften Stadt kaum den Widerhall finden wird, wie das erste Mal am 19. Dezember 1918. Nachdem damals der treffliche Oberst Konowalez die Tage seit der von ihm geleiteten Einnahme der Stadt am 14. Dezember dazu benutzt hatte, einigermaßen

Ruhe und Ordnung zu schaffen, war der offizielle festliche Empfang auf den 19. Dezember angelegt. Langsam fuhr der mit Fahnen und Tannenzweigen geschmückte Zug, der das Direktorium mit Petlura und Winnitschenko brachte, unter den Klängen der Musik in den mit ukrainischen und roten Fahnen geschmückten Bahnhof Kiew ein. Zahlreiches Publikum und Abordnungen aller Behörden und ausländischen Vertretungen waren trotz des scharfen Frostes und frischen Schneefalles am Bahnhofe versammelt. In dichtem Gewühl wurden von allen Vertretern kurze Ansprachen an das Direktorium gehalten. Mit theatralischer Handbewegung auf die über der Halle wehende rote Fahneweisend, sand der Vorstand des deutschen Soldatenrates die Worte: „Als Vertreter der deutschen Soldaten begrüße ich Sie unter dieser roten Fahne im Namen des internationalen Proletariats.“ Ob er auch im Sinne jener braven Truppen sprach, die kämpfend mit Petluras Horden einen verlustreichen Heimweg hatten?!

Ataman Grigorjew²⁾ — er war schon einmal im Februar totgesagt — ist tot, von einem anderen Bandenführer erschossen; so berichten die Zeitungen. In dem Herzen manches Deutschen wird die Erinnerung an diesen von fanatischem Haß gegen die Deutschen erfüllten Bandenführer fortleben. Im besonderen werden ihn alle die nicht vergessen, die erst spät im Sommer 1919 aus Nikolajew die Heimat erreichten. Monatelang, bis zum März, hat er den Rest deutscher Truppen in Nikolajew drangsaliert, nachdem er ihnen im Winter den Landweg durch die Ukraine verlegt hatte. Ursprünglich ein Unterführer von Petlura, zeigte er sich nicht im geringsten geneigt, den Befehlen des Direktoriums aus Kiew Folge zu leisten. Alle Befehle konnten es nicht erreichen, daß er die Bahn von Nikolajew nach Norden frei gab. Ein Opportunist, der nur selbstsüchtige Zwecke verfolgte, sagte er sich von Petlura los, als dieser aus der Ukraine vor den Bolschewiken flüchten mußte. Er ging stets mit dem, der ihm der stärkere schien, und benutzte sogar eine ihm günstige scheinende Gelegenheit, um sich zum Hetman der Ukraine auszurufen. Praktisch war diese eigenmächtige Rangerhöhung wertlos. Sein Ziel waren immer die Hafenstädte am Schwarzen Meer, und je aussichtsloser deren Einnahme war, um so häßlicher und maßloser war der Ton seiner Rufen an das deutsche Kommando in Nikolajew. Ihm danken es tausende von deutschen Soldaten, die ein ehrenvolles, wenn auch hartes, Soldatenlos schmadvoller Kapitulation vorzogen, daß sie erst nach einem entbehrungsreichen Winter in Nikolajew und mancherlei Mühsalen im Sommer in die Heimat gelangten.



England und Persien

Von Dr. jur. Kurt Ed. Imberg



or einigen Tagen brachten die französischen Zeitungen die Nachricht von einem Vertrage zwischen Großbritannien und Persien, durch den letzteres vollkommen unter englische Kontrolle gestellt worden sei. Die Pariser Blätter, allen voran der „Temps“ und das „Journal des Débats“, beides Organe, die den regierenden Kreisen in Frankreich nahestehen, regten sich über diesen Schritt ihres englischen Bundesgenossen auf, als ob der neue Vertrag eine ganz unerhörte Neuigkeit wäre und nicht nur der Schlußstein in einer langjährigen asiatischen Politik Englands. Wozu auf einmal die Aufregung, da man doch in Frankreich selbst diesem Treiben Englands und früher des anderen Ententegenossen Rußlands

²⁾ Bgl. Grenzboten S. 24 Nr. 27

jahrelang zugeesehen hatte, ohne auch nur den kleinen Finger für das von seinen beiden mächtigen Nachbarn gefnebelte und ausgefaugte Persien zu rühren. Allerdings ist dies ja leicht verständlich; man brauchte noch jenseits des Rheins England und Rußland, um seine Revanchegelüste Deutschland gegenüber zu befriedigen. Dank der Revolution ist dies besser gelungen, als man je erwartet hatte, und so kann man jetzt wieder seine Augen hinaus in die Welt schweifen lassen, und mit Staunen wird man gewahr, daß England im Orient langsam aber sicher so gut wie alles verschlungen hat, was von Wert ist, während man an der Seine seinen Revanchegedanken nachhing.

Es ist jetzt zur Tatsache geworden, was man seit dem Frieden von Brest-Litowsk als sicher kommend hat voraussehen können, wenn nicht die Zentralmächte noch in letzter Stunde imstande waren, durch Kräftigung des persischen Staatswesens im Innern die englischen Pläne zunichte zu machen. Aus dem Verhalten der Mittelmächte beim Friedensschluß mit Rußland konnte man schließen, daß Deutschland und seine Verbündeten auch bei dem allgemeinen Friedensschlusse sich Persiens annehmen würde, das trotz vielfacher Versuche seitens der Entente seine Neutralität strikte gewahrt hat. Mit dem heillosen, völligen Zusammenbruche der Mittelmächte war auch das Schicksal Persiens besiegelt; England hatte jetzt vollkommen freie Hand im Orient.

Wie wir schon erwähnten, ist die Vernichtung der persischen Selbständigkeit der Schlusstein in der Kette der englischen Politik. Seit Jahrzehnten waren es zwei Gedanken und Pläne, die die englische Kolonialpolitik beherrschten: die Verbindung Kapstadt-Kairo und der Landweg nach Indien. Beides hat England im Weltkrieg erreicht. Nachdem es zu Anfang des Krieges das seit 1882 wiederrechtlich belegte Ägypten auch offiziell unter sein Protektorat gestellt und ganz zu einem britischen Vasallenstaat gemacht hatte, war die nächste Aufgabe, Arabien und Mesopotamien in seine Hand zu bringen. Auch dies ist den Engländern gelungen; in Arabien unterstützte man die schon seit langen bestehenden Loslösungsbewegungen von Konstantinopel, die man durch die Errichtung des Königreichs Neffa frönte. Mesopotamien wurde nach anfänglichen Mißerfolgen mit indischem und australischem Blute erobert. Auch der Emir von Afghanistan, der sich den liebevollen Händen Englands nicht ganz anvertrauen wollte, wurde mit Geld und Waffengewalt zur Anerkennung der englischen Herrschaft gezwungen und hat diese im Friedensvertrag von Rawalpindi am 8. August 1919 ausdrücklich anerkannt. Jetzt fehlte nur noch Persien, und der Landweg Kairo-Kalkutta war in englischer Hand.

Bis zur russischen Revolution, die den Zusammenbruch der gesamten russischen Außenpolitik naturgemäß zur Folge hatte, besaß England im zaristischen Reich einen gefährlichen, wachsenden, eifersüchtigen Rivalen im Reiche des Schahinschahs. Rußland drängte zum offenen Meere hin, und hierfür gab es zwei Wege: Ostasien und Persien. Letzterer war der nähere, aber auch geographisch unbequemere. Deshalb wählte man zunächst den Ausweg durch Sibirien an das Gelbe Meer und den Stillen Ozean, während man im Süden sich darauf beschränkte, Persien in wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit zu bringen. Anfang der neunziger Jahre wurde dem geldbedürftigen Schah Nasir-eddin die erste Anleihe von Rußland gegeben; das war der Anfang vom Ende. Wenn man erst angefangen hat zu borgen, hört man schwer wieder auf. So ging es auch Persien: Nasir-eddins Sohn, Muzaffer-eddin nahm 1900 und 1902 zwei weitere Anleihen von Rußland und 1904 und 1905, da im russischen Geldbeutel infolge des Krieges mit Japan und der Revolution im Innern starke Ebbe war, zwei Anleihen von England auf, die die persische Staatsschuld um 71 Millionen Mark vergrößerten und das Land immer mehr in Abhängigkeit von seinen beiden Gläubigern brachte. Im Privatleben hätte man diese „Transaktionen“ zweifellos als „Bucher“ bezeichnet, aber im politischen Leben galt — und wird auch weiterhin der Satz gelten: „erlaubt ist, was gefällt“, vorausgesetzt, daß du die Macht hast oder einen Dummen findest, der sich gefallen läßt! In brüderlicher Eintracht arbeiteten

Rußland und England in Persien zusammen — zum eigenen Vorteile und im eigenen Interesse, dabei aber stets mit einem wachsamem Auge auf den anderen, damit dieser ja keinen Vorsprung bekomme. Der Sieg Japans in Ostasien 1904 und 1905 verlegte Rußland den Weg ans offene Meer im Osten und drängte es wieder nach Süden und Südwesten, nach Persien und Konstantinopel. Die russische Politik ging nun schärfer in Persien vor, als sie es früher getan hatte, da die Hauptinteressen in St. Petersburg mehr nach Ostasien gingen. Der Zusammenstoß der nordsüdlichen Politik Rußlands mußte sich mit der westöstlichen Politik Englands in Persien schneiden: Rußland strebte nach dem indischen Ozean, England nach der Landverbindung Indiens mit Ägypten. Noch einmal wurde der Zusammenprall der beiden europäisch-asiatischen Weltmächte vermieden: am 31. August 1907 schlossen England und Rußland einen Vertrag, der Persien in zwei Interessensphären, einer russischen und englischen, und in eine neutrale Zone teilte, um — wie sich der englische Gesandte in seiner Note an den persischen Minister des Auswärtigen ausdrückte — „die persische Unabhängigkeit für immer zu sichern“, und um zu verhindern, daß der eine oder der andere der beiden kontrahierenden Staaten „unter dem Vorwande des Schutzes seiner Interessen“ in Persien interveniere.

Persiens Schicksal war besiegelt. Noch einmal flammten schwache Anzeichen auf, als ob Persien sich im Innern erholen werde und so noch einmal sich den festen Armen seiner Erpresser werde entwinden können. Im Jahre 1911 wurde der Amerikaner Morgan Shuster zum persischen Generalschatzmeister ernannt, und bei seiner hervorragenden organisatorischen Befähigung war alle Aussicht vorhanden, daß die vollkommen zerrütteten Finanzen, der Lebensnerv eines jeden Staatswesens, wieder in Ordnung kämen. Das sahen auch England und Rußland ein; man mußte deshalb den lästigen Ausländer in Persien loswerden, da eine staatliche Gesundung Persiens absolut nicht im Interesse der beiden europäischen Mächte lag. Verschiden — wie immer — ließ man in London dem russischen Freunde den Vortritt dabei, in der richtigen Erkenntnis, daß man sich durch derartige Manipulationen auch in Persien nicht beliebt macht. Rußland zettelte daher auf englischen Wunsch einige kleine Unruhen an, immer mehr russische Truppen marschierten zum Schutze des russischen Lebens und Eigentums in Persien ein, die diplomatischen Beziehungen zwischen Teheran und St. Petersburg wurden abgebrochen, und schließlich mußte sich Persien neuen drückenden Bedingungen seiner beiden „Gönner“ unterwerfen, die ja lediglich bestrebt waren, „die persische Unabhängigkeit für immer zu sichern“. Unter diesen Bedingungen stand auch die Entlassung Shusters, der durch den Belgier Monard ersetzt wurde, der — genau wie ehemals sein Landsmann Naus — die persischen Finanzen noch weiter in Grund und Boden wirtschaftete, soweit dies überhaupt noch möglich war.

Nicht besser als dem Amerikaner Shuster ging es den schwedischen Offizieren, die von England selbst nach Persien berufen waren, um die Gendarmerie zu reorganisieren und für die Sicherheit der Landstraßen zu sorgen, die dem englischen Handel zu unsicher waren. Auch in der Uneigennützigkeit und Gewissenhaftigkeit der schwedischen Instruktionen hatte man sich verrechnet. Man hatte geglaubt, sie würden lediglich Handlangerdienste für die englische Politik leisten. Als man nun sah, daß man sich hierin geirrt hatte, machte man denselben kurzen Prozeß mit ihnen wie seinerzeit mit Shuster: man zwang die persische Regierung, sie zu entlassen.

Rußland und England hatten alles erreicht, was sie wollten; der Wiederaufbau eines persischen Staates war glücklich verhindert. Noch herrschte gute Freundschaft zwischen den beiden Rivalen, die sie auch trotz des Vertrages von 1907 geblieben waren, man brauchte in London den Petersburger Freund für seine europäische Politik der Einkreisung Deutschlands. Der Weltkrieg hat die Lösung der Frage dann zunächst verschoben; in England sowohl als in Rußland war man zu sehr mit dem Kriege gegen Deutschland und seine Verbündeten

beschäftigt. Rußland unterlag; durch die deutschen Waffen von außen, vom Bolschewismus im Innern getroffen, brach der „Koloß auf tönernen Füßen“ zusammen und mußte Frieden schließen. Im Frieden von Brest-Litowsk verpflichtete sich Rußland, seine Truppen aus Persien zurückzuziehen und die völlige Unabhängigkeit Persiens anzuerkennen. Mit einem weinenden und einem lachenden Auge hat John Bull sicherlich die russische Tragödie mitangesehen; denn fiel auch Rußland nunmehr aus der Zahl der Feinde Deutschlands aus, so war man doch gleichzeitig seinen langjährigen Rivalen in Asien losgeworden, mit dem die Auseinandersetzung über die persische Erbschaft sonst über kurz oder lang doch unvermeidlich geworden wäre. Jetzt hatte man freie Hand in Persien und brauchte sich um niemand mehr zu kümmern. Der für die Mittelmächte unglücklich auslaufende Krieg befreite England auch noch von dem letzten und einzigen wahren Freunde Persiens, der sich eventuell für die Selbständigkeit des persischen Staates „ins Zeug gelegt“ hätte, — des Deutschen Reiches.

Persien war während des Krieges neutral geblieben, es gehörte somit nicht zu den „affizierten Mächten“ und wurde deshalb auch nicht zur Friedenskonferenz in Paris hinzugezogen. Aber man ahnte im Reiche des Silbernen Löwen, was Persien bevorstand, und so wandte man sich in seiner Not an die Pariser Konferenz, die ja im Interesse der kleineren und schwachen Völker wirkte, wo Wilson für die Gerechtigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker „kämpfte“ (notabene: um es als Tauschobjekt für amerikanische Interessen zu verwenden), wo der Rat der Vier, der — trotz Völkerbund und der sonstigen schönen Phrasen — das Schicksal der Welt für die Zukunft nach eigenem Gutdünken und nach seiner Gunst entschied. Eine Abordnung persischer Patrioten ging nach Paris, um dort bei der Konferenz vorstellig zu werden und ein „Memorandum relatif aux vœux et aux aspirations de la Perse“ zu überreichen. Diese von dem Teheraner Abgeordneten S. S. Zaqqadeh unterzeichnete Denkschrift gibt zunächst einen kurzen Überblick über Land und Leute in Persien; sie weist darauf hin, daß Persien ebenso groß wie Frankreich, daß die persische Nation „ein homogenes Volk“, und daß das Reich des Silbernen Löwen eine große Vergangenheit hat und eine Kultur, die älter ist als diejenige der europäischen Staaten. Persien sei entwicklungsfähig; wenn dies bisher so gut wie gar nicht zutage getreten sei, so liegt der Grund hierfür an den ewigen Unruhen im Innern, an denen gewisse europäische Staaten nicht ganz schuldlos seien. Nachdem kommt der zweite Teil der Denkschrift: „Was Persien fordert?“ oder sagen wir besser: „um was Persien bittet!“, denn zu fordern hat ein so ohnmächtiger Staat wie Persien nicht, selbst nicht auf der Pariser Konferenz, wo doch alle Staaten gleich sind, bzw. gleichgemacht werden sollten durch den Völkerbund. Persien „verlangt nur das natürlichste Recht eines jeden unabhängigen Staates, nämlich befreit zu sein von jedem äußeren Zwange, zu gleichem Recht in den Völkerbund aufgenommen zu werden und die freundschaftliche Unterstützung dieses Bundes zu erhalten, damit das Land die Möglichkeit habe, sich zu erneuern und an seinem Wohlstande zu arbeiten“. Sechs Punkte sind es, die das persische Volk von der Pariser Konferenz erfüllt haben möchte: 1. „die Besprechung und Regelung der persischen Angelegenheiten auf der Internationalen Konferenz“ unter Hinzuziehung und nach Anhörung von Vertretern Persiens. — 2. „Räumung des persischen Bodens von fremden Truppen, deren Anwesenheit weder notwendig noch gerechtfertigt ist.“ — 3. Ungültigerklärung der ungerechten und größtenteils veralteten Verträge, der Anleihen sowohl als auch der politischen und wirtschaftlichen Verpflichtungen und Zwangsmaßnahmen, die, gänzlich unvereinbar mit der wahren Unabhängigkeit des Landes, gegen die Entwicklung seiner Hilfsquellen gerichtet sind, und denen ein ohne jeden Zwang gewähltes persisches Parlament niemals seine Zustimmung geben würde.“ Hier wird besonders auf den oben genannten englisch-russischen Vertrag von 1907 hingewiesen, der als „einer der unheilvollsten Verträge“ bezeichnet, und dessen Aufhebung deshalb in erster Linie verlangt wird. — 4. „Abtassung der Kapitulationen“

lationen.“ Nachdem diese Einschränkung der Souveränität orientalischer Staatswesen fast überall beseitigt ist, fordert auch Persien die Befreiung von dieser lästigen Fessel. Ob aber Gesetzgebung und Rechtsprechung in Persien schon jetzt soweit fortgeschritten sind, daß die persische Justiz in der Tat in der Lage ist, Leben, Eigentum und sonstige Rechte der Ausländer zu schützen, das möchten wir noch sehr in Frage stellen. — 5. „Moralische und finanzielle Unterstützung durch den Völkerbund.“ Vor allem eine Anleihe von 100 Millionen Dollars „ohne jegliche politische Gegenforderung“, mit der man die auswärtigen Schulden tilgen und wichtige Staatszweige, ganz besonders Finanz und Gendarmerie, reorganisieren will. Für diese Reformen bittet Persien um Überlassung von sachverständigen Ratgebern für die einzelnen Ressorts, die es aber selbst frei auswählen will, da man mit den in früheren Zeiten aufgedrängten „Ratgebern“ meist recht üble Erfahrung gemacht hatte. — 6. „Zulassung Persiens zum Völkerbunde als völlig gleichberechtigtes Mitglied.“

„Das sind die bescheidenen Hoffnungen des persischen Volkes, die man von der Friedenskonferenz erfüllt erwartet“, so schließt die Denkschrift der persischen Patrioten. Und die Antwort? Sie steht noch aus; aber während die persischen Patrioten sich mit ihren Bitten hauptsächlich an Frankreich und die Vereinigten Staaten wandten, hat England den besseren Teil erwählt: es hat gehandelt. Auch in Persien ist keine Mauer so hoch; daß nicht ein mit Gold beladener Esel hinüber käme. Das haben die Engländer richtig erkannt, und so wurde Mitte August die Welt eines Tages durch die Zeitungsüberschrift überrascht: „Persien — englische Kolonie.“ Am 9. August war zwischen der englischen und persischen Regierung in Teheran ein Vertrag geschlossen worden, durch den Persien unter englisches Protektorat gestellt wird. Das ist, kurz ausgedrückt, die Quintessenz dieses Vertrages, wenn es natürlich auch nicht mit diesen Worten gesagt ist. Das Gegenteil möchte man annehmen, wenn man im ersten Artikel liest — genau wie im Vertrage vom 31. August 1907 —, daß der Vertrag nur die Unabhängigkeit und Integrität Persiens bezwecke. Gewiß, noch niemals ist ein Vertrag zwischen einer europäischen Großmacht und einem kleinen außereuropäischen Staate geschlossen worden, in dem diese feierliche Versicherung nicht enthalten gewesen wäre. Aber bei der Auslegung eines Vertrages ist ja nicht an dem Buchstaben zu haften, sondern der „wirkliche Wille zu erforschen“. Und der läßt den Vertrag in ganz anderem Lichte erscheinen. Denn nach Artikel 2 sollen englische Ratgeber („advisers“) in die verschiedenen Zweige der persischen Verwaltung eingestellt werden, also keine freie Wahl wie die in Paris überreichte Denkschrift es möchte, sondern ausschließlich Engländer, die gewiß die persische Staatskasse — von „Korajje“ kann man hier kaum reden — in die britische Kasse zu lenken wissen werden. Im Artikel 3 verspricht England, Waffen und Munition an Persien zu liefern und englische Instrukteure zur Errichtung eines modernen Heeres — sc. für britische Zwecke! — zu entsenden. Der nächste Artikel 4 regelt die finanzielle Frage. England wird eine persische Anleihe bei sich unterbringen, deren nähere Bedingungen in einem „Zusatz“ enthalten sind. Die Höhe wird zwei Millionen Pfund Sterling betragen, zu 7 v. H. verzinslich sein und muß in zwanzig Jahren amortisiert werden. Diese Anleihe wird ebenso wie die englische Anleihe von 1911 durch Verpfändung der Zolleinkünfte sichergestellt, zu deren Reform Artikel 6 die Schaffung eines gemeinsamen Ausschusses für Zolltarifreform vorsieht. Artikel 5 endlich behandelt den Ausbau der Verkehrsmittel, in erster Linie der Eisenbahnen, die — nicht zum mindesten infolge der bisherigen russisch-englischen Rivalität — wohl oft projektiert, aber niemals gebaut worden sind. Einige Anlagen befassen sich dann noch mit der „Imperial Bank of Persia“, der Revidierung der früheren englisch-persischen Verträge — zu Englands Gunsten? — und „eventuelle“ Begünstigung persischer Grenzberichtigungsansprüche.

Unwillkürlich wird man an die Verträge erinnert, die das England des Ostens“, Japan, während des Weltkrieges mit China abgeschlossen hat, und die nichts anderes bedeuten als die „Koreanisierung“ der Republik der Mitte. In

diesem Falle ist also der gelehrige Schüler seinem Lehrer auf diplomatischem Gebiete mit guten Beispielen vorangegangen. Beiden Staaten wird dasselbe Schicksal beschieden sein, wenn es auch in Persien schneller und gründlicher gehen dürfte als im Fernen Osten.

Wie bereits zu Anfang erwähnt, regt man sich jetzt in Paris künstlich auf; aber es ist dies weiter nichts als eine diplomatische Geste, die vielleicht zurückzuführen ist auf die „Union franco-persane“, die für den französischen Kultureinfluß in Persien kämpft und die die hervorragendsten Politiker Frankreichs zu ihren Mitgliedern zählt. Aber mehr wird man auch in Frankreich für das arme Persien nicht tun; vielleicht hofft man noch, durch diesen Entrüstungsschrei von England weitere Konzessionen in Syrien oder Afrika herauszuschlagen. Der Ruhhandel in Paris ist um ein weiteres klassisches Beispiel bereichert, der — bei uns — so gefeierte Völkerbund hat einen neuen Erfolg aufzuweisen: die Vernichtung der persischen Selbständigkeit. Vgl. Artikel 10 der Pariser Völkerbundsakte!



Ungarn



Es wäre interessant, einmal dem Einfluß der Sommerferien auf die Führung der Politik nachzugehen. In den großen Linien ändert sich natürlich nichts, aber im einzelnen sind doch lehrreiche Hemmungen und Unklarheiten zu beobachten. Besonders die Arbeit der Presse läßt an Intensität zu wünschen übrig. Die großen politischen Mitarbeiter der Tageszeitungen gönnen sich Ruhe und schließen sich nach Möglichkeit hermetisch ab, die Berichterstatter verlassen ihren gewöhnlichen Standort und sowie etwas außerordentliches geschieht (was freilich gegen den Komment ist) sind die Vertreter, die das alltägliche Getriebe aufrecht erhalten sollen, aufgeschmissen. Sie werden ängstlich, reden um die Sache herum, warten auf Direktiven und hinken auf diese Weise kläglich hinter den Ereignissen her.

Dieser Zustand wird besonders deutlich, wenn man die Diskussion der Auslandspresse über das ungarische Problem verfolgt. Die Meldungen überstürzen sich, sind verworren oder nichtsagend, man möchte Sensationsblitze schleudern und tappt im Dunkeln, man möchte Stellung nehmen und fürchtet sich, dementieren zu müssen. Am besten — wir werden noch sehen warum — arbeitet die italienische, Presse, am schlechtesten und verworrensten die französische — und auch das wird seine Gründe haben — aber im großen ganzen kann man sagen: die Kommentare der großen politischen Presse sind uninteressant, weil sie ziellos sind.

Aber vielleicht liegt es auch daran, daß die Regierungen keine Parole ausgeben und selber keine fest umrissenen Ziele haben? Versuchen wir einmal die Lage, soweit es auf Grund des keineswegs einwandfreien Nachrichtenmaterials möglich ist, zu entwirren.

Der Hauptfeind, „der“ Feind bleibt, nachdem Rußland, das den Balkankonkurrenten los sein wollte, ausgeschieden ist, für die Entente Deutschland. Um ihm den Weg nach Osten zu verlegen, mußte die österreichisch-ungarische Monarchie zerstückelt werden. Ideologen, die Politik auf Grund der Landkarte treiben, sprachen von der durch Litauen, Polen, Böhmen und das Südslawenreich gebildeten slawischen Barriere. Leider aber ergab sich dann, man kann sagen mit mathematischer Notwendigkeit, der Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland, den die Franzosen unter allen Umständen vermieden sehen wollten. Der Barrierenplan mußte daher zurückgestellt und statt seiner ein Donaubund in Aussicht genommen werden. Da dies praktisch auf ein durch Rumänien und Serbien ver-

größtenteils Österreich-Ungarn hinausgekommen wäre, dem sich vielleicht Polen und der Not gehorchend höchst wahrscheinlich auch Bulgarien angegliedert hätten, waren die Italiener begreiflicherweise gegen diesen Plan. Diese Meinungsverschiedenheit bildete die erste Schwierigkeit. Die zweite ergab sich aus der Frage: wer trägt die Kriegsschuld Österreich-Ungarns? Einerseits konnte nicht daran gedacht werden, sie ganz allein Deutsch-Österreich und Ungarn aufzubürden, besonders da beide Staaten auch noch beträchtliche Gebietsverluste erlitten, andererseits traten sowohl die Tschechen wie die Kroaten so eindringlich als „Verbündete“ auf, daß es nicht wohl anging, diese neuen Staaten, deren wirtschaftliche Selbständigkeit ohnehin nicht ganz gesichert erschien, gleich in der Wiege mit Schulden zu belasten. Es ist also begreiflich, daß man in Paris die Erörterung dieser Fragen einstweilen hinausschob, besonders da auch die neuen Regierungen in Prag und Belgrad mit mannigfachen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und man daher allen Grund hatte, in diesen Ländern keine Mißstimmung gegen die Entente aufkommen zu lassen, die von unzufriedenen Elementen hätte ausgenutzt werden können. Mit diesem Hinauszögern war aber wiederum den Rumänen nicht gedient, die, von den zerstörenden Einflüssen des Bolschewismus bedroht, tatkräftig an den Wiederaufbau ihres vom Kriege schrecklich mitgenommenen Landes gehen wollten, was ohne möglichst rasche Einbeziehung der ihnen in Aussicht gestellten ungarischen Gebiete nicht möglich war. Da man nun, im März, die Rumänen auch gerne gegen den russischen Bolschewismus gebraucht hätte, mußte notgedrungen etwas geschehen, weshalb denn der General de Lobitz an Ungarn jene verhängnisvolle Note richtete, auf Grund derer die in der beim Waffenstillstand abgeschlossenen Belgrader Militärkonvention bestimmte vom Szamos-urprung (an der bukowinischen Grenze) über Klausenburg bis Szegedin und Barcs laufende Demarkationslinie weiter nach Westen, von Szatmar-Nemeti über Großwardein, Békés, Gyula bis Arad, ja, durch eine „neutrale Zone“ von Bafarosz-Nemeti (bei der Mündung der Szamos in die Theiß) bis Szegedin, verlegt wurde. Die Folge ist bekannt: zur Zerstörung der gesamten Entente trat der Graf Karolyi die Regierung an die Kommunisten ab.

Das besonders Peinliche an diesem Umschwung war nicht nur die hierdurch deutlich sichtbare Ausbreitung des Bolschewismus, dessen Übergreifen nach Deutschland nun erst recht zu befürchten war, sondern vor allem der Umstand, daß man es hier nicht mit deutschen Unabhängigen zu tun hatte, die aus Daz gegen das alte Regime (vielleicht auch aus Furcht vor ihm) bereit waren, blindlings alle Bedingungen der Entente zu unterschreiben, sondern daß es eine nationalistische Bewegung war. Hier wurde nicht von Völkerveröhnung phantasiert, sondern hier sprach ein nationaler Wille, der das Land nicht unter Fremdherrschaft geraten lassen wollte, ein Wille, den man andererseits trotz seiner imperialistischen Färbung nicht zu bekämpfen die Macht hatte, weil er von Sozialisten ausging. Man ließ also den General Mangin, den man in der ersten Energieanwandlung zur Erörterung tatkräftiger Gegenmaßnahmen nach Paris berufen hatte, vorsichtigerweise wieder nach Mainz zurückkehren und legte sich aufs Verhandeln. Da, man gebot aus Scheu vor den Ansprüchen des rumänischen Imperialismus den Rumänen, die Wiene machten, sich selbst zu helfen, zwei Tagemärsche vor Budapest Einhalt und verhandelte weiter. Die Lage der ungarischen Kommunistenregierung ist eine Zeitlang denkbar günstig gewesen. Sie wurden in geheim von den Italienern, die mit jedem anbandelten, der ihnen gegen die Südslawen Hilfe oder Rückhalt zu versprechen schien, unterstützt und sogar Clemenceau mußte sich, gegen die Ansichten der französischen Rechtsparteien dazu bequemen mit Bela Kun in einem Notenwechsel einzutreten. Wäre die Kommunistenregierung tatsächlich imstande gewesen, das Land zu reorganisieren, hätte sie anstatt das Geld für eine törichte, nutzlose und lediglich aufreizende Auslandspropaganda aus dem Fenster zu werfen, es zum Ankauf von Rohstoffen benutzt, hätten ihre Anhänger sich nicht zum größten Teil als arbeitsscheues und grobmateriellistisches Gefindel erwiesen, dem kommunistisch experimentierende Bauernfängerei wichtiger gewesen zu sein scheint als

aufbauende Arbeit, es hätte ihr recht wohl gelingen können, ein so auch kräftiges Ungarn zu erhalten. Sie ist daran gescheitert, kommunistische Ideologie wichtiger war als politisch fruchtbringende. Sie, von inneren Schwierigkeiten bedroht, verhandeln mußte anstatt den großen militärischen Erfolg gegen die Tschechen fruchtbringend auszu. Nachdem sie aber auf diese Weise den Siegeswillen des Heeres und den idealen nationalistischen Kräfte gehemmt und geschwächt, nachdem sie gegen die Friedenskonferenz auch nach der Unterzeichnung des Friedens durch Deutschland weiterhin einschüchtern zu können, und verkannt hatte, welche reale Macht, das schlagbereite Heer der Rumänen bildete, war sie reif zum Fall. Die Rumänen, fest entschlossen sich den Siegespreis nicht noch einmal aus der Hand winden zu lassen, und alle Pariser Mahnungen zur Mäßigung mit Recht in den Wind schlagend, zogen in Budapest ein.

Da die Kommunistenregierung solcher Art ihre Unfähigkeit zur Genüge erwiesen hatte, war es klar, daß jetzt ein gewaltiger Sturz nach rechts einsetzen mußte. Ein zum großen Teil aus Mitarbeitern der Kommunistenregierung zusammengesetztes Kabinett verschwand so rasch wie es aufgetaucht war, als der „Staatsstreich“ des Erzherzog Joseph erfolgte. Daß es sich tatsächlich um einen Staatsstreich handelte, geht klar aus dem Bericht des früheren Staatssekretärs Beck in der Wiener „Neuen Freien Presse“ vom 9. August hervor, nicht minder klar ist, daß dieser Staatsstreich nur mit Begünstigung der in der Hauptstadt allmächtigen Rumänen möglich war, es scheint aber, daß auch die alliierten Militärmissionen ihr Einverständnis erklärt oder sich jedenfalls mit der vollzogenen Tatsache rasch abgefunden haben. Eines aber ist sicher, daß die offizielle französische Regierung von dieser Entwicklung der Dinge durchaus überrascht gewesen ist. Allerdings scheinen die in Ungarn stehenden französischen Militärs nicht ganz unbeteiligt gewesen zu sein, man muß berücksichtigen, daß in den alten royalistischen Kreisen Frankreichs der Plan, durch ein österreichisch-ungarisches Reich, dem sich Bayern anschlüsse, dem preussischen Einfluß die Spitze zu bieten und auf diese Weise, die besonders in der rechtsstehenden französischen Presse noch immer gefürchtete und sich ja auch tatsächlich immer mehr festigende deutsche Einheit zu zerbrechen, nie ganz aufgegeben worden ist. Selbst das Bedenken gegen einen Habsburger würde man um diesen Preis (mit Recht) zurückstellen. Hinzukam, daß die Rumänen, denen zunächst einmal daran gelegen sein mußte Ruhe zu schaffen, jede Regierung zu unterstützen bereit waren, die einigermaßen Gewähr für eine stabile Entwicklung bot. Weniger deutlich ist die Rolle, die die Italiener, insbesondere der Oberst Romanelli dabei gespielt haben. Ihnen ist lediglich daran gelegen, die Verbindung mit Ungarn, das an einem italienischen Flume, seinem einzigen Ausgang zum Meer, mehr Interesse als an einem südslawischen haben muß, aufrecht zu erhalten, die Form der Regierung kann ihnen gleichgültig sein. Wie sie die Regierung Bela Kuns unterstützt haben, lediglich weil sie eine nationale Größe bildete, so konnten sie sie ohne weiteres fallen lassen, wenn eine andere Regierung an ihre Stelle trat. Manches deutet aber darauf hin, daß sie auf ein, in der Hauptsache gegen die Südslawen gerichtetes Bündnis mit Ungarn und Rumänien hinarbeiten, wenigstens lassen die Gerüchte von einer bevorstehenden Vermählung des (inzwischen aus privaten Gründen von seinen Rechten zurückgetretenen) rumänischen Thronfolgers mit einer Prinzessin des Hauses Savoyen das vermuten und auch die Erwägungen über ein rumänisch-ungarisches Bündnis oder gar eine Personalunion dürften diesem Plan nicht fernstehen.

Es ist übrigens keineswegs berechtigt, ohne weiteres von einer „Reaktion“ in Ungarn zu sprechen, wie die französische und die sozialistische Presse das tut. Daß nach dem Mißerfolg der Extremisten ein gemäßigtes Regime einsetzt, ist wie gesagt, selbstverständlich, daß die Vertreter der Szegediner Gegenregierung sich bemühen ans Ruder zu kommen, daß bei der Verfolgung der unbeliebten Kommunisten Voreiligkeiten vorgekommen sind, ist selbstverständlich, aber man hat sich doch auch alle Mühe gegeben, die Sozialisten zum Eintritt in das neue Kabinett

zu bewegen und es ist noch sehr die Frage, ob deren Weigerung aus anderen Gründen als ideologischer Scheu vor der Person des Erzherzogs zu erklären ist. Allerdings sind die Verwahrungen des Kaisers Karl nicht gerade dazu angetan gewesen, die Stellung des Reichsverwesers zu stärken, hat man wirklich insgeheim auf eine monarchische Restauration hingearbeitet, so gab es nichts Ungeschickteres als diese voreiligen zeitfremden Vorbehalte. Es ist jedoch auch noch sehr die Frage, ob nicht der von der Entente erzwungene Rücktritt des Erzherzogs weit eher reaktionäre Elemente ans Ruder bringen wird, man darf wenigstens nicht außer acht lassen, daß die Szegediner Gegenregierung, die wirklich reaktionär ist, mit Rücksicht auf die Entente gegen den Erzherzog war und den Südslawen, mit denen sie um Unterstützung gegen Bela Kshun verhandelt hatte, ausdrücklich sich hatte verpflichten müssen, keinerlei Versuch zu habsburgischer Reaktion unternehmen zu wollen. Es ist also trotz aller Reporterphantasien und Sozialisten-ängste recht wohl möglich, daß sich der populäre Erzherzog einfach in den Dienst seines Landes hat stellen wollen. In welcher Weise aber die Entente sich der Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten enthält, ersieht man aus der gewundenen Erklärung der „Temps“, daß, da ein Staatsstreichregime keine genügende Gewähr für die Freiheit der Wahlen zur Konstituante gewähre, den Ententemissionen nebst den Rumänen, die die Entwaffnung des Landes durchzuführen hätten, die Aufgabe zufiele, die Wahlen zu „kontrollieren“.

Wie sich diese Konstituante zusammensetzen und was dann weiter geschehen wird, läßt sich natürlich noch nicht absehen, klar ist nur soviel, daß vor einer endgültigen Regelung in und mit Ungarn auch an einen endgültigen Friedensschluß mit Österreich nicht gedacht werden kann. Die Entente empfindet das auch recht wohl und weiß, daß die Zeit, die während des Krieges ihr Verbündeter war, sich gegen sie wendet und ihr die Möglichkeit, einen wirklich heilsamen Frieden zu schließen, von Monat zu Monat mehr entgleitet, besonders da jetzt, wie das Bekanntwerden des englisch-persischen Abkommens gezeigt hat, auch die inneren Gegensätze im eigenen Lager mehr und mehr hervor treten. Dennoch ist auch hier vor allzu voreiliger Hoffnung auf ernsthafteste Zermürbnisse dringend zu warnen, die allgemeinen Kohlen-, Finanz-, Ernährungs- und Streitmöte titten die Länder der Entente vorläufig viel zu sehr aneinander, und der angelsächsische Block ist viel zu stark, als daß ihm irgendwelche Verstimmungen der romanischen Völker ernsthaften Schaden tun könnten. Wir leben eben nicht mehr in der Nachkriegsperiode des europäischen Gleichgewichts, sondern in einer neuen, die man späterhin als die des englischen Übergewichts bezeichnen wird. Und damit haben wir uns bis auf weiteres abzufinden.

Menenius



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Nochmals das Führertum im Heer. Die Ausführungen in Nr. 21 der Grenzboten — „vom wahren Führertum“ — sind vielen ehemaligen und gegenwärtigen Angehörigen des Heeres aus dem Herzen gesprochen. Dem Leser wird das Vorbild eines an die Spitze einer Truppe gestellten Führers vorgeführt, er verfolgt mit Vergnügen des Verfassers Dienstlaufbahn von unten bis zum hohen

Wirkungskreis und fühlt, daß das, was der Verfasser über das Führertum mitteilt, der Ausdruck seiner innersten Überzeugung ist. Und doch kann dem Lob, das der Verfasser dem ehemaligen Führer, dem Berufssoldaten, in reichem Maße spendet, nicht in allen Punkten beigetreten werden. Wenn wirklich alle oder die meisten Berufsoffiziere von dem hohen Pflichtgefühl und Gerechtigkeitsinn durch-

drungen waren, von welchem der Verfasser bei seiner Schilderung ausgegangen ist, so wäre es geradezu unerklärlich, daß die Schüler und Untergebenen solcher vorbildlicher Führer am Ende des Krieges, und schon früher, in so hohem Grade der Verhegung und Verführung anheimgefallen sind, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist. Diese so unerwartet und so allgemein bei den Truppen hervorgetretene Widerseßlichkeit, die sich teilweise bis zum offenen Aufruhr steigerte, läßt sich nicht allein durch die Kriegsmüdigkeit und die zermürbenden Einflüsse der täglich erneuten Lebensgefahr erklären, sie muß vielmehr zum Teil hervorgegangen sein aus einem im Lauf der Zeit bei den Mannschaften angehäuften Widerwillen gegen den Vorgesetzten, gegen die bereits im Frieden üblich gewesene Art der Ausbildung und Erziehung. Schon bei dieser Ausbildung und Erziehung sind zweifellos Fehler gemacht worden, Fehler, die vielleicht mehr dem ganzen System des Friedensdienstes, als der Unfähigkeit oder gar mangelnden Charaktereigenschaften der einzelnen Führer zur Last zu legen sind. Die Ausbildung des Rekruten war, das ist wohl nicht zu bestreiten, vorwiegend auf äußerlichkeiten zugeschnitten, deren militärischer Wert nicht bestritten werden soll, die aber ohne gleichzeitige Hebung der Willens- und Verstandeskkräfte des Untergebenen eben doch äußerlichkeiten bleiben. Der Führer wurde von seiner Vorgesetzten wesentlich danach beurteilt, wie sich seine Truppe auf dem Exerzier- und Paradeplatz, im Anzug, beim Schießen zeigte. Auf den theoretischen Unterricht wurde wenig Gewicht gelegt, infolgedessen blieb er ein ziemlich vernachlässigter Dienstzweig, während doch gerade beim Unterricht auf Geist und Gemüt des Schülers besonders stark eingewirkt werden kann. Es ist bekannt, daß teilweise die Führer zur Erzielung einer — vermeintlich — höheren Exerzierleistung Mittel anzuwenden pflegten, die nicht einwandfrei waren und bei den Mannschaften nachhaltige Erbitterung erzeugten.

Diese hat oft für die Dauer der ganzen Dienstzeit und noch darüber hinaus nachgewirkt. Es sei in dieser Hinsicht nur auf die Urlaubs- und Ausgangsbeschränkung für die ganze Kompagnie infolge den Ausschreitungen einzelner, an das Nachüben ganzer Züge wegen des Fehlers eines einzigen Mannes erinnert. Es konnte nicht ausbleiben, daß der Unwille der Mannschaft gegen den einen, wegen dessen sie zu leiden hatte, für diesen oft recht unerfreuliche Formen angenommen hat. Gegen schlechtes Schießen wurde teilweise mit empfindlichen Strafen und Urlaubsentzug vorgegangen, während doch feststeht, daß es unter Tausenden von Schützen noch nicht einen gibt, dem es etwa einfiele, absichtlich die Scheibe zu fehlen. Der rauhe, schmarrende Kasernenhofston konnte den inneren Zusammenhang zwischen Vorgesetzten und Untergebenen ebensowenig fördern, als gelegentliche Prüfte und Quälereien, über welche die Gerichtsakten Auskunft geben, soweit solche Vergehen nicht — unbeobachtet geblieben sind.

Das Führertum war dem Zuge der Zeit nicht gefolgt, es hatte neben den Pflichten der Untergebenen deren Rechte nicht erkannt und infolge übermäßiger Betonung des Herrenstandpunktes der Führer, die sich noch aus der fredericianischen Zeit erhalten hatte, ein seelisches Band zwischen Führer und Untergebenen nicht zu knüpfen verstanden. Der Führer hatte sich nicht darauf eingestellt, daß sich der Bildungsgrad der Ausgehobenen, etwa seit der Einführung der allgemeinen Schul- und Wehrpflicht, wesentlich gehoben hatte.

Es ist schon oben angedeutet worden, daß dem System, mit welchem in Friedenszeiten gearbeitet wurde, ein beträchtlicher Teil der Schuld an der verhängnisvollen Entfremdung zwischen Führern und Mannschaften beizumessen ist. Dieses System ging davon aus, einen starken fortgesetzten Druck auf die Führer auszuüben, das Unmögliche zu verlangen, um das Mögliche zu erreichen. Die Folge

dabon war eine dauernde hochgradige Überreizung der Nerven der Führer und eine rasche Abnützung ihrer Kräfte. Dabei konnten sich keine gesunden Beziehungen zwischen Führern und Mannschaften ergeben. Der Führer war seinem Vorgesetzten bedingungslos ausgeliefert, dieser entschied nach freiem Ermessen über dessen Schicksal, über Beförderung, Vorpatentierung, Verwendung in bevorzugten Dienststellen, aber auch über dessen Verabschiedung, die so oft der Laufbahn tüchtiger Männer ohne ersichtlichen Grund ein jähes, frühzeitiges Ende bereitet hat. — Der höheren Führung pflegten gefügsige, sich leicht anpassende Untergebene bequemer zu sein, als solche mit festem, unbeugsamem Charakter, daher hatten die ersten, besonders wenn sie über persönliche Verbindungen verfügten, mehr Aussicht,

höhere Stellen zu erreichen, als die letzteren. Zum Schaden der Sache. Denn damit war einem ungefunten Strebertum die Bahn geöffnet.

Man könnte die Frage aufwerfen, wozu diese Erwägungen jetzt dienen sollen, da doch der sogenannte Militarismus am Boden liegt, und die erwähnten Mißstände bei der kommenden Reichswehr nicht mehr oder doch nur in geringem Maße in die Erscheinung treten werden. Wenn man aber davon ausgeht, daß diese Reichswehr in Zukunft vielleicht doch nicht die letzte, endgültige Form des deutschen Heerwesens darstellen wird, so mag es immerhin nützlich sein, diejenigen Bemerkungen klar zu legen, welche bisher ein inneres Zusammenwachsen von Führern und Mannschaften verhindert haben.

v. K.



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Redaktion sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: Dr. Rathilbe Rechner in Berlin-Gatensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
Herausgeber: Amt Richterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Sägow 6516.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Deffauer Straße 26/27.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

den Bezug zum IV. Vierteljahr 1919
 erneuern zu wollen. — Bestellungen
 nimmt jede Buchhandlung und jede
 Postanstalt entgegen. Preis 12.— M.

Verlag der
Grenzboten

G. m. b. H.

Berlin SW 11



Volkstum und Weltgeltung

Von E. Franz-Creutler fr. a. o. Prof. a. d. Handelshochschule Antwerpen



en gewaltigen Aufschwung der deutschen Außenwirtschaft in den letzten 50 Jahren verdankten wir im wesentlichen unserer genauen Kenntnis der ausländischen Konkurrenzfabrikate. Sie ermöglichte uns wertvolle Rückschlüsse auf die Art der begehrten Waren und auf den Geschmack des kaufenden Publikums. Deutsche Gründlichkeit und Gebiegenheit, Preiswürdigkeit der Erzeugnisse im Verein mit soliden Geschäftsgrundsätzen taten das übrige, um in den meisten Fällen fremdländische Wettbewerber zu überflügeln. Den ersten greifbaren und für die meisten unter uns überraschenden Beweis für die Höhe des Volksvermögens bot uns unsere Kriegsanleihe, die ohne nennenswerte Stütze auf das neutrale Ausland aufgebracht werden konnte und uns instand setzte, durch organische Ergänzung von innen heraus den heillosen Anforderungen während der Kriegsjahre gewachsen zu sein. Gewiß, eine ungeheure Schuldenlast luden wir auf unsere Schultern und unser Volk wird auf ein Menschenalter hinaus an ihr zu tragen haben. Doch ihre schwierige Tilgung ist die Folge der erdrückenden Friedensbedingungen. Ein glücklicher Ausgang des Krieges hätte uns auch ohne den geringsten finanziellen Gewinn diese viereinhalb Jahre passiver Volkswirtschaft mit Elastizität wettmachen lassen. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands wäre eine verzweifelte, wenn uns nicht das Vertrauen auf unsere gewohnte Arbeitsfreudigkeit und Willensstärke aufrecht erhielt. Wohl hat der Versailler Vertrag uns vieles genommen, und wenn es nach den geheimsten Wünschen der Friedensdiktatoren gegangen wäre, hätte man uns am liebsten die Luft zum Atmen beschlagnahmt. Doch unsere deutsche Tüchtigkeit und Fähigkeit konnte man nur töten, wenn man uns selbst ganz und gar ausgerottet hätte. Und in diesem Samenkorn nationaler Kraft wird sich, gleichwie in jenen, die vor tausend und mehr Jahren in die Gräber ägyptischer Könige als Sinnbild der Begierde gelegt wurden, die Fähigkeit, zu keimen und Wurzel zu fassen, nach noch so langer Zeit nicht ersticken lassen. Dafür bürgt deutsche Art.

Unser Selbstvertrauen ist, auch ganz nüchtern betrachtet, vollauf berechtigt, weil eine Ausschaltung deutschen Wettbewerbes auf dem Weltmarkt auf die Dauer undurchführbar ist. Die Verbraucher in allen Ländern sind in dem Maße an Güte und Wohlfeilheit der deutschen Waren gewöhnt, daß in ihnen selbst und in den Herstellern unbewußt der Wunsch nach „Made in Germany-Artikeln“ allmählich immer lauterem Ausdruck finden wird. Mit dem schließlichen Ergebnis, daß auf dem internationalen Markte immer offener der Ruf vernehmbar werden wird: „Germans to the front!“

Der Trieb zur Selbsterhaltung wird uns überdies zwingen, durch Industrieausführung uns so rasch und zahlreich als möglich Quellen zu erschließen, die Geld ins Land bringen. Deutschlands größte Kornkammern und landwirtschaftlich wertvollste Nutzungsgebiete sind uns genommen und im Interesse gesicherter Volkswirtschaft ist Ausgleich durch teilweise Umstellung der Landesausfuhr geboten. Darum, am Ziele ferner Zukunft winkt deutschem Fleiß der Preis, vorausgesetzt, daß alle Kreise des Volkes die Erkenntnis davon durchbringt, daß die Neuerfindung deutscher Weltgeltung nur erreichbar ist auf dem Wege der Arbeit. Aber lang und steinig ist der Weg dahin. Die Hemmungen, die man uns entgegenstellen wird, werden gewaltige sein. Um so notwendiger ist es, daß wir neue Mittel und Wege erfinden, ihnen die Bucht des Widerstandes zu nehmen, daß wir aus Giftblüten Honig saugen. Zwingt der Feind uns zum äußersten Mittel der Bevölkerungsabgabe, zur Auswanderung, so wird der Deutsche aus diesem Mittel die Hauptwaffe schmieden müssen, um dem Wiederaufstieg des Außenhandels die Bahn zu ebnen. Allem feindlichen Bemühen zum Trotz werden wir — hierin liegt unsere geschichtliche Aufgabe — aus allen Teilen deutschen Volkstums in der Welt ein starkes Ganzes schaffen müssen, werden wir einen „Trust of the Germans“ — einen Ring der Deutschen — schaffen müssen, einen wirtschaftlichen Ball, an dem alle Versuche, die Sicherung und Erweiterung deutschen Warenabfages zu behindern, vergeblich abprallen.

Die wertvollsten Bindeglieder in einem solchen Ringe sind aber die Auslandsdeutschen. Sie waren es schon bisher, denn ohne ihre Vermittlung und Hilfe, ohne sie als Brücke zwischen zwei Handelspolen, als Dolmetscher zweier Begriffswelten, ohne ihre unvergleichlich wertvolle Pionierarbeit, wäre der Sturmschritt deutscher Erfolge auf dem Weltmarkt und somit ein Widerstand gegen eine riesenhafte Übermacht auf die Dauer von über vier Jahren nicht denkbar gewesen. Wohl zog kaum einer von ihnen hinaus in die Fremde im idealen Drange, nur ausschließlich der alten Heimat zu nützen, die ihn zudem nicht einmal an sich zu fesseln vermocht hatte. Nein, vorwärts bringen im Leben sich und die Seinen wollte jeder von ihnen. Aber ganz unmerklich vollzog sich in ihnen die Wandlung dahin, daß sie — bewußt oder nicht — zum Werkzeug einer höheren Zweckmäßigkeit wurden, daß sie im Dienst einer größeren Gemeinschaft wirkten. Und sowie ein Volkstum um so bewußter und bestimmter sich kundtut, je näher es den Grenzen eines Landes wohnt und je lebendiger es die Gegensätzlichkeit und Wesenverschiedenheit fremdem Volkstum gegenüber empfindet, um so ausgeprägter entwickelt es sich auch nach dem mechanischen Gesetz der Abstoßung, je härter die Gegensätze sich berühren. Daraus erklärt sich die vielen schwer verständliche Tatsache, daß um so deutscher sich der Deutsche fühlt, je weiter entfernt er ist vom heimatischen Mittelpunkt. Das Gesetz der Zentripetalkraft gilt eben für den Bereich alles Irdischen, auch für Teile des Volkstörpers. Das Stammesbewußtsein mag der einzelne verlieren oder preisgeben, nicht aber ganze Völker oder größere Volksteile.

Viele unserer Auslandszioniere haben also ohne Erkenntnis der innerlichen Zusammenhänge die Aufgabe erfüllt, die ihnen im Banne ihrer Stammeszugehörigkeit zufiel. In vielen nahm diese Erkenntnis die schon klarere Form praktischer Berechnung an, sie erkannten die Überlegenheit deutscher Waren und bahnten ihrem Absatz die Wege, daraus sich selbst eine Quelle des Erwerbes bildend, oder sie bedienten sich deutscher Produktionsmittel (Maschinen, Werkzeuge usw.) und regten dadurch die andersstämmigen Erzeuger zur Nachahmung an. Diejenigen, in denen sich geschäftskluger Einsicht mit tieferem Erfassen der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge verband, bildeten dann die Führer der internationalen Finanz- und Handelskongresse. Ein nicht geringer Bruchteil Deutscher im Auslande trat allerdings offenkundig in Gegensatz zur heimischen Industrie, er bevorzugte ausländische Erzeugnisse ohne Nachgiebigkeit gegen Gefühlsregungen, nur den Standpunkt des größeren Vorteils vertretend, der nicht allein in der Güte der Ware begründet zu sein brauchte, und glich darin reichsdeutschen Exporthäusern, die

ebensoviele fremde wie einheimische Produkte auf den Weltmarkt brachten. Ja, manche von ihnen handelten in dieser Weise selbst wider besseres Wissen, weil irgendwelche Erfahrungen im Mutterlande sie verstimmt hatten, so daß die Zahl derer, die gegen die Interessen der Heimat oder gleichgültig handelten, nicht unbedeutend ist. So bebauerlich solche Gleichgültigkeit für uns ist, so hilft doch alles Ungehaltensein nicht darüber hinweg, ja sie entbehrt der Berechtigung. Denn die Schuld trifft uns, die wir so wenig taten für die Aufrechterhaltung der Fühlung mit den losgelösten Volksteilen, daß sie ihr Deutschtum vergessen oder gering achten konnten.

Wenn eine Mutter ihr Kind in die Fremde ziehen läßt, so statet sie es nicht nur mit dem notwendigsten aus, gibt ihm einen Zehrpennig und gute Ratsschläge mit auf den Weg, sondern sie sucht auch fernerhin in Verbindung mit ihm zu bleiben, sucht stets das Gefühl der Familienzugehörigkeit wachzuhalten, schreibt ihm mütterlich besorgte Briefe und stärkt die Sehnsucht nach der Heimat in ihm, die Pforte des Elternhauses ihm stets offen bereithaltend. Was die Heimat dem deutschen Auswanderer aber als Wegzeherung mitgab, bestand zumeist in nichts mehr als in einer leidlich guten Volksschulbildung. In vielen Fällen ging der Abschied in Unzufriedenheit und Erbitterung vor sich und aus dem Fernsein wurde Losgerissenheit. Nichts tat die Heimat, um mit dem Kind ihrer Erde in Verbindung zu bleiben oder um gar Sehnsucht in ihm zu entfachen. Und wenn Jahre darüber hingegangen waren, verstand man sich in den Ansichten nicht mehr, hatte das Kind von eigenem Fleisch und Blut sich an die neue Zieh- und Nährmutter gewöhnt und ihre Gewohnheiten und Lebensauffassungen angenommen. Entfremdung war eingetreten. Für die Pflege des Gefühls der Dankbarkeit und Verbindlichkeit gegen die alte Heimat war nie etwas getan worden. Wenn nunmehr von diesen Söhnen unseres Volkes, die in selbständiger Sicherheit eigenen Weg gegangen waren und nie Hilfe begehrt hatten, erwartet wird, daß sie mehr mit dem Herzen als mit dem Verstand an der alten Heimat hängen, so ist dies so unbillig wie nur möglich. Trotzdem trieb starkes Abstammungsbewußtsein draußen herrliche Blüten. Und selbst dort, wo die täuschende Oberfläche keine Ansätze vermuten läßt, ist mit Erfolg anzuknüpfen. Doch sei man in der Methode behutsam, ungeschickte Behandlung kann den fargen Nest vernichten. Nicht mit dem Herzen suche man den im Kampf ums Leben Abgehärteten zurückzugewinnen, sondern ausgehend von verstandesgemäßen Beweisgründen.

Die neue Zeit und mit ihr die veränderte Sachlage verlangt ein durch bittere, aber nicht unverschuldete Erkenntnis geschärfte Auffassung. Der Krieg und das heldenhafte Standhalten hat selbst in den innerlich Fernsten wieder an dünnen Herzenssaiten leise gerührt, hat Stolz in ihnen erwachen lassen, daß das Volk, das ihnen Vater und Mutter gab, so Übermenschliches aushielt, daß es darum trotz aller vorübergehenden Krankheitserscheinungen ein starkes, im Kern wertvolles Volk sein müsse. Alle unter uns, die seit dem Tage des Zusammenbruchs mit den Söhnen unseres Stammes sprachen, draußen und bei uns, sind einer Stimme, daß nicht zu Boden gedrückte Scham, sondern einmütiger Trost und verdoppeltes Selbstbewußtsein sie zusammenhält und daß jeder von ihnen nunmehr erst recht erkennt, daß nur ungebrochene Festigkeit und gemeinsame Arbeit zum Besten des einen Vaterlandes dem Schicksal den Stachel nehmen kann.

Diesen Augenblick, der einzig dasteht in der Geschichte nicht nur des deutschen Volkes, sondern der ganzen Menschheit, gilt es zu nützen. Jetzt oder nie ist die Gelegenheit gegeben, alles, was die deutsche Zunge spricht auf Erden, zusammenzuführen und allmählich zu einem untrennbaren Ganzen zusammenzuschweißen.

Dieser Zusammenschluß muß zunächst Ausdruck finden darin, daß die vorübergehende Not des einzelnen diejenige der Gesamtheit wird. Die im Lichte der Geschichte winzig erscheinende Fürsorge für alle, die für ihr Volkstum gelitten haben, muß von allen Schultern gemeinsam getragen werden. Darüber darf nur eine Meinung herrschen.

Ferner muß der Zusammenschluß unter Zuhilfenahme aller Erfahrungen und sorgfältigen Erwägungen, unter Heranziehung aller Möglichkeiten und Hilfsmittel zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgen, als Grundlage zu einem festgemauerten Bollwerk. Nicht nur der deutsche Kaufmann und Techniker, der deutsche Handwerker und Bauer müssen die Träger dieser gewaltigen Idee werden. Nicht nur ein Reiz von Helfern aus diesen Erwerbsständen muß sich über alle Gegenden spannen, wo Deutsche wohnen, auch der geistige Pionier, der deutsche Lehrer, Schriftsteller, Journalist, Künstler und jeder Hüter deutschen Geistesgutes muß seinen Stein herbeitragen zum Wiederaufbau des zertrümmerten Werkes. Deutsche müssen Deutschen über den Erdball hinweg die Hand reichen, endlos in der Kette, lückenlos in der Umspannung, einig im Ziel.

Vorerst gilt es aber die Not des Augenblicks zu stillen, gilt es unsere aus dem Ausland und den Grenzmarken vertriebenen Vandsleute durch tatkräftige Hilfe in der Behauptung ihres Deutschtums zu stärken, sie zu überzeugen, daß das Reich zu ihnen hält, Regierung und Volk, und daß ihre Nöte auch unsere Nöte sind. Ihren Dank werden sie dadurch abtragen, daß sie uns über die wirtschaftlichen und geistigen Bedürfnisse ihrer geopfertem zweiten Heimat unterrichten und uns die Wege weisen, auf denen wir gemeinsam schreiten müssen, um deutsche Weltgestaltung wieder aufzurichten und um der Welt ein machtvollles Bild davon zu bieten, was Deutsche vermögen, wenn die Not sie einl.



St. Germain

Don Professor Dr. Robert Siegel



Wenn ich der Einladung der Grenzhoten nachkomme, einige Gedanken über St. Germain auszusprechen, muß ich den Schein vermeiden, mich zu den „Eingeweihten“ zu zählen. Ich bin in Wien am 5. Mai unerwartet eingeladen worden, als „Experte“ für Geographie zu den Friedensverhandlungen zu gehen und war in dieser Eigenschaft vom 14. Mai bis 10. Juni in dem Seinstädchen. Ich hatte also Gelegenheit, an den eingehenden internen Beratungen über Grenz- und Minderheitsfragen teilzunehmen, die „Ländervertreter“ in ihrer Arbeit zu beraten und zu unterstützen und den „Generalkommissären“ einiges Material vorzulegen, ferner bei der Festlegung der Grenzvorschläge vom 2. Juni auf Karten verschiedenen Maßstabs und der Herstellung der Grundlagen ihrer statistischen Auswertung mitzuarbeiten. Auf Grund dessen habe ich eine zusammenfassende geographische Kritik dieser Grenzlinie den Generalkommissären überreicht. Die Fertigstellung der Antwortnote in Grenzfragen, welche bekanntlich im wesentlichen an dem Staatsgebiete des deutsch-österreichischen Geseßes vom November 1918 festhielt, erfolgte auf Grund von Besprechungen der Generalkommissäre mit den einzelnen Ländervertretern, aber erst nach der Abreise dieser „Sachverständigen für die Abgrenzungsfragen“, die zugleich als Vertrauensmänner der Länder angesehen wurden und deren Berufung im Einvernehmen mit den Landesregierungen erfolgt war. Ihre zeitweilige Heimfendung erschien aus verschiedenen Gründen geboten und mußte, da man baldmöglichst Raum für finanzielle Sachverständige benötigte, schon am 10. Juni erfolgen. Mit ihnen wurden die „Experten“ für Völkerrecht, Geographie und Statistik vorläufig entlassen. In den Alpenländern wurde die Bevölkerung

dadurch beunruhigt. Man verlangte vielfach, daß die Vertrauensmänner auch bei den Verhandlungen über nichtterritoriale Fragen in St. Germain bleiben sollten, mindestens aber ihre baldige Rückberufung. Der dort herrschende Raumangel bewirkte aber, daß diese Forderung der Landesregierungen nur unvollkommen erfüllt und nach der zweiten Rundgebung der Gegenseite vom 20. Juli nur eine geringe Zahl von Landesvertretern einberufen wurde. Ich bin daher über alles, was sich nach dem 10. Juni zutrug, nur aus Zeitungsnachrichten und gelegentlichen privaten Mitteilungen unterrichtet. Indem ich dies feststelle, ist auch klargestellt, inwieweit die vielfach auch im Deutschen Reich als besonders erfreuliche Neuheit begrüßte Heranziehung eines geographischen Sachverständigen den Friedensverhandlungen zugute kommen konnte und in welchem Maße diesem Sachverständigen Mitverdienst und Mitverantwortung zukommen kann.

Immerhin glaube ich dadurch, daß ich die Umwelt in St. Germain, die maßgebenden Personen der Friedensgesandtschaft und die französische Presse fast einen Monat lang vor Augen hatte, in manchem ein unbefangeneres Urteil gewonnen zu haben, als daheim möglich gewesen wäre. Dort kann man sich schwer ein richtiges Bild von der Absperrung machen, durch die nicht nur inoffizielle oder unverbindliche Privatverhandlungen, sondern auch jederlei freier Verkehr mit französischen oder anderen Bekannten ebenso ausgeschlossen wurde, wie die erhofften offiziellen Besprechungen. Als ich einem Berliner Freund meine Darstellung dieser Lebensverhältnisse im Grazer Tagblatt vom 7. und 21. Juni schickte, schrieb er mir: „Deine Berichte entsprechen genau dem, was unsere Leute von Versailles erzählen, nur daß dort die Grammophone eine große Rolle spielen, die man losließ, um das Hören der Beratungen mittels des Mikrophons zu vereiteln.“ Solche Vorsichtsmaßregeln schienen bei uns nicht nötig. Wir hatten den Eindruck, als ob man unseren Beratungen, die ja natürlich bei geschlossenen Türen stattfanden, nicht soviel Beachtung schenke, um über ein geringes und leicht unschädlich zu machendes Maß von Spionage hinauszugehen. Die Absperrung und Beauffichtigung, die uns keinen Ausgang oder keine Ausfahrt ohne Begleitung erlaubte und auch die wenigen Spazierfahrten nicht in die Nähe von Versailles oder über den Bois hinein in die Stadt Paris gelangen ließ, verhinderte auch Besuche, auf die insbesondere unsere christlich-sozialen Gefährten unter dem Eindruck der Politik des Wiener Gesandten Allizé gehofft hatten, so gut wie völlig. Nur General Slatin empfing häufiger namentlich englische und amerikanische Offiziere; mit ihm wurde auch vom 10. Juni an mündlich über Kriegsgefangenenfragen verhandelt, wie auch einzelne Mitglieder der Delegation an den Besprechungen über Lebensmittelfversorgung und wohl auch später an jenen über Entsendung von Arbeitern nach Frankreich teilnahmen. Ob der Sekretär Clemenceaus nach dem Besuche, den er dem Staatskanzler am 29. Mai zur Entschuldigung des letzten Aufschubs abstattete, gelegentlich wiederkam, ist — abgesehen von einem ähnlichen Anlaß im Juli — nicht berichtet worden. Jedenfalls waren die persönlichen Berührungen, die über die zugeteilte Militärmission hinausgingen, nicht wohl für diplomatische Arbeit zu benutzen und die Behandlung nicht, wie viele gehofft hatten, von jener der Versailler Gesandtschaft vorteilhaft unterschieden.

Dieser Vorgang hatte eine um so größere Erschwerung der Arbeit für die Delegierten zur Folge, als auch die Verbindung mit der Heimat recht eingeschränkt war. Sie wird bezeichnet durch eine Äußerung eines früh von St. Germain heimgekehrten Finanzmannes, er habe erst angefangen, wieder unterrichtet zu sein, als er französischen Boden hinter sich hatte. So wie die

Aufklärungsarbeit, die sich an die Öffentlichkeit und besonders die wissenschaftlichen Kreise des Auslandes wandte,¹⁾ von Wien ausgehen mußte und besonders in der Schweiz ihre Zwischenstation fand, mußte daher Wien auch als Boden wieder zur Geltung kommen, auf dem sich freier und unverbindlicher Fühlung nehmen ließ — waren doch dort die Leitung des Auswärtigen Amtes und die fremden Missionen. Die Gefahr, daß die Politik des Staatsamtes mit jener der Gesandtschaft nicht übereinstimme, wurde durch Rücksprache in Feldkirch, sowie durch Kenners diplomatisches Geschick und durch das Band der Parteizusammengehörigkeit zwischen ihm und dem Staatssekretär Bauer hintangehalten. Auch der Umstand, daß der Vertreter des Kanzlers in Wien, der Vorarlberger Fink, also ein Angehöriger eines Landes wirken mußte, dessen Ablösungsbestrebungen immer deutlicher zutage traten, scheint keine politischen Folgen gehabt zu haben. Wohl aber mußte die Stellung der „Wiener Entente-Mission“, deren diplomatische Rolle durch den Abgang einer Friedensgesandtschaft zunächst wesentlich beeinträchtigt schien, im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnen. Es scheint, als ob ihr Einfluß, und insbesondere jener Allizés, wieder für die äußere und auch die innere Politik Deutsch-Österreichs belangreich wurde. Einerseits gewahren wir den Rücktritt Bauers, dessen Ursachen wir nicht genau kennen, der aber auch den formellen Ausdruck des Übergangs von der „italienischen Orientierung“ zur „französischen“, das äußere Eingeständnis, daß die Anschlusspolitik in bezug auf Deutschland vorläufig aufgegeben sei, und ein spätes und kaum ganz freiwilliges Abrücken von der duldsamen Haltung gegen Bela Kun bedeutet, und auch im Innern eins der vielen Hindernisse gegen eine entschiedeneren Bekämpfung der Kommunisten beseitigte. Die „italienische Orientierung“, die insbesondere für die Innerösterreicher naturgemäß war und in den geographischen Grundlagen und Interessengemeinsamkeiten des ehemaligen Dreibundes ihre tiefere Begründung fand, sich vornehmlich gegen die Südslaven richtete, war Anfang Juni durch die Hartnäckigkeit, mit der Italien auf der Brennergrenze bestand und durch die Preisgabe des steirischen Drautals unmöglich geworden. Die Italiener, welche immer wieder erklärt hatten, Marburg sei ihnen nicht weniger wichtig als Triest, hatten offenbar durch den Gewinn von Tarvis und Sexten sich ihr Interesse an der Drautalbahn ablaufen lassen, und gegen eine „Internationalisierung“ der Bahn, über deren Wert sie sich bei der bekannten jugoslawischen Vertragstreue keiner Täuschung hingeben können, in eine Verriidung der Grenze weit in deutsches Gebiet herein bis an und über die Mur eingewilligt. Dadurch ging auch ein Rückhalt gegenüber den Forderungen Allizés verloren. Wie weit diese bei dem späten Rücktritt Bauers mit wirksam waren, ist meiner Beurteilung entrückt. Die „Wiener Missionen“ waren aber — und das erscheint mir weiter als Grund und Anzeichen ihrer veränderten Stellung — der einzige Faktor innerhalb der Entente, an den man sich wenden konnte, um für die deutsch-österreichischen Auffassung eine Stütze oder Fürsprache zu finden. Es scheint, daß sich unsere Vertretung in Wien und St. Germain geradezu auf seine Kenntnis der sachlichen und örtlichen Verhältnisse gegenüber den Fälschungen und gehässigen Einflüsterungen der „österreichischen Nachfolgestaaten“, die als Bundesgenossen das Ohr des obersten Rates haben, berufen hat. War doch aus dem Texte der Friedensbedingungen zu erkennen, daß diese nicht von den sachverständigen Kommissionen, die an Ort und Stelle die Tatsachen erhoben hatten, sondern von Politikern formuliert wurden, die

¹⁾ Vgl. die Flugblätter für deutsch-österreichisches Recht und zahlreiche Einzelschriften.

vielfach unwissend und gehässig waren. Wir Innerösterreicher vermögen das z. B. genauer in bezug auf die amerikanischen Kommission festzustellen, welche die Verhältnisse in Steiermark und Kärnten studiert hatte, und hier wie dort den Eindruck sachlichen Ernstes und unbefangener Gerechtigkeitsliebe zurüdließ. Slovenische Politiker haben selbst erzählt, wie sie diese verdächtigt haben, als ob sie durch die Grazer Geselligkeit und die Reize der Grazerinnen bestochen worden sei; diese Slovenen haben dafür in letzter Stunde in Paris Druckschriften mit geradezu unsinnigen und längst erledigten Behauptungen über Sprachgrenze und geographische Verhältnisse verbreitet, die wir so spät kennen lernten, daß eine Widerlegung erst nach dem 2. Juni erfolgen konnte. Da unsere Feinde bei den Leitern der „fünf Hauptmächte“ unbehindert aus- und eingehen, konnte man auf einen Erfolg dieser Widerlegung nicht rechnen. Der amerikanische Kollege, der mir selbst sagte, er solle bei den Friedensverhandlungen als geographischer Betrat anwesend sein, hätte die Unhaltbarkeit der slawischen Erfindungen sofort erkannt und darlegen können; aber, soviel ich höre, hat man ihn nach seiner Rückkehr aus Österreich rechtzeitig mit einer Mission — in die Ukraina betraut. Dies Beispiel für viele zeigt, daß kaum ein anderer Weg als durch die Wiener Vertretungen der Entente übrig blieb, um die schriftlichen Darlegungen Kenners zu stützen. Wie weit dieser Weg geführt hat und an welche Bedingungen sein Betreten etwa geknüpft war, kann ich nicht beurteilen.

Sollte die Absperrung von der Bevölkerung verhindern, daß diese von den tatsächlichen Verhältnissen und von der Ungerechtigkeit der Bedingungen erfahre, die man uns zumutete, dem eigenen Volk aber nicht voll mitteilte, so hatte die Ablehnung mündlicher Verhandlungen (in St. Germain weit mehr und weit ausschließlicher als in Versailles) den Zweck, uns an der Beobachtung und Ausnützung der inneren Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zu verhindern, die bei den Gegnern bestehen. Diese sind deutlich zu erkennen. Z. B. ist auf Grund der Abweichungen zwischen dem Texte des Entwurfs vom 2. Juni und dem gleichzeitig der Presse gegebenen „Résumé“, sowie auf Grund slovenischer Äußerungen deutlich, daß die Slovenen wiederholte Änderungen in bezug auf Kärnten erreichten. Als aber die „Hauptmächte“ durch die Unterzeichnung des Versailler Friedens von ihren kleinen Bundesgenossen unabhängiger wurden, zogen sie sofort wieder Abänderungen in Betracht, die in dem Text vom 20. Juli mehr oder weniger durchgeführt sind, und für uns immerhin eine Milde rung bedeuten. Das Auftreten der Rumänen, Polen, Tschechen und Südslawen am 28. Mai, an dem sie eine nochmalige Einsicht in den Entwurf forderten und dadurch dessen Überreichung um drei Tage verzögerten, zugleich auch die Ausscheidung gewisser Bestimmungen bis auf weiteres erreichten, ist geradezu als eine Revolte gegen die fünf anzusehen. Unter solchen Umständen kann man nur den Weg einschlagen, daß man durch umständliche Beratung einen für alle Verbündeten unbedingt verbindlichen Wortlaut festlegt und Änderungs vorschläge, wenn sie sich nicht ablehnen lassen, nicht mit der Gegenseite, sondern nur unter sich erörtert. Man müßte denn einem Kongreß zustimmen! Diese Starrheit der Verhandlungsform stellte unsere Unterhändler vor eine schwere Aufgabe. Durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrags wurde diese teils erschwert, da durch ihn vieles festgelegt wurde, was man sonst vielleicht hätte ändern können, aber auch zum Teil erleichtert, da der Abschluß in St. Germain dadurch weniger dringlich wurde und man Deutsch-Österreich, das nun endgültig isoliert, klein und ungefährlich erschien, auch eher entgegenkommen kann und

vielleicht auch mag. Am schwersten wiegt aber wohl, daß dadurch mittelbar der Anschlußgedanke aufgegeben oder auf weithinaus vertagt und daß uns jeder Rückhalt bei einer Ablehnung der uns zugemuteten Bedingungen entzogen wurde. Ob Deutsch-Österreich eine solche wagen kann oder ob eine der vielen verhängnisvollen Folgen des Entschlusses der deutschen Reichsregierung, die Waffenstillstandsbedingungen unverändert anzunehmen, auch die sein muß, daß Deutsch-Österreich (oder wie es nach dem Vertragsentwurf heißen soll, Österreich) zu einer Kolonie der Entente herabsinkt, wird die Zukunft lehren und der Historiker ferner Zeit erst voll beurteilen können. Die gegebene Politik für den Staatskanzler bestand darin, durch Vorstellungen und Aufklärungen die furchtbaren Bedingungen der Gegner zu mildern und den baldmöglichsten Eintritt unseres Staats in den Völkerbund anzustreben.

Diese Politik hat Renner klug, zäh und gewandt verfolgt. Er hat niemand einen Zweifel darüber gelassen, daß er aus der ihm zukommenden alleinigen Vollmacht und Verantwortung auch das Recht und die Pflicht ableitet, die endgültige Form aller von der Gesandtschaft ausgehenden Äußerungen selbst zu bestimmen. Und er scheint auch in der Auswahl seiner engeren vertrauten Mitarbeiter innerhalb der Delegation vollkommen selbständig vorgegangen zu sein. Schon die beiden Reden beim Austausch der Vollmachten und bei der Entgegennahme der Vertragsbedingungen tragen unverkennbar das Gepräge seiner Persönlichkeit und in einigen wichtigen Sätzen auch seiner Parteizugehörigkeit. Ich denke dabei auch an die Anklagen gegen das alte Österreich und den Satz, daß es ein Gefängnis für seine Völker gewesen sei. Jedenfalls verstand er seinen Ausführungen die achtungsvolle Aufmerksamkeit der Gegner zu gewinnen und sich, auch durch kleine Äußerlichkeiten in seinem Auftreten, eine „gute Presse“ zu schaffen, obwohl unsere Gesandtschaft von den Pariser Blättern geradezu mit Hohn begrüßt worden war. Engherziger Parteigeist hat leider heimische Blätter verleitet, sich zum Echo des „Matin“ zu machen und uns als würdelose, immer lächelnde Fresser und Säufer hinzustellen. In Wahrheit ist es ihm und seinen Mitarbeitern gelungen, die nachdrückliche Behauptung unserer Grundanschauung, daß Deutsch-Österreich nicht der Rechtsnachfolger der Monarchie, sondern ebenso ein „Sukzessionsstaat“ ist, wie Polen oder der Tschechenstaat, mit einer bescheidenen Form glücklich zu verbinden. Die Übermacht der Gegner wurde rückhaltlos anerkannt, aber gerade aus dieser „Schiedsrichterstellung“ ihre Pflicht abgeleitet, alle Teile zu hören; so wurden unsere Einwände und Widerlegungen als Aufklärungen und Ratschläge vorgebracht und immer wieder betont, daß wir zu weiteren wahrheitsgetreuen Auskünften jederzeit bereit sind, aber die Lebensbedingungen unseres Staates und seiner Bewohner nicht aufgeben können. Angesichts der starren Gebundenheit der Gegenseite an den zwischen ihren Regierungen vereinbarten Wortlaut der Paragraphen, die es sehr erschwerte, Änderungen im Vertragstexte selbst zu erzielen, schlug der Staatskanzler einen Weg ein, der eine Verständigung erleichtert. Er suchte den durchführenden Organen, etwa der Entschädigungskommission, in möglichst vielen Fällen die Vollmacht zu sichern, daß sie auf Grund ihrer Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und im Hinblick auf die künftigen Möglichkeiten und Entwicklungen die abstrakten Forderungen der Vertragsartikel unserer wirklichen Leistungsfähigkeit anpassen können. Es ist zu hoffen, daß dies in wichtigen Punkten erreicht wird. Ein erster Erfolg war die Aufhebung des im Artikel 49 des zehnten Teiles festgelegten Rechtes der „Sukzessionsstaaten“, deutsch-österreichischen Besitz auf ihrem Staatsboden mit Beschlagnahme zu belegen und zu liquidieren. Auch in Gebietsfragen sind einige

kleine Zugeständnisse gegenüber den Forderungen vom 2. Juni auf die erste Antwort hin erzielt worden.

Diese beispielsweise angeführten und andere erreichte oder zu erhoffende Milderungen können dem Vertrag freilich nur einen kleinen Teil der fürchterlichen Härten nehmen, die in den Flugblättern für Deutsch-Österreichs Recht knapp, aber eindringlich geschildert sind²⁾ und welche die wirtschaftliche Vernichtung des jungen Staates bedeuten. Auch wenn Darlegungen, wie die der eben genannten Schrift und der Friedensgesandtschaft selbst, die das mit Nachdruck tat, die Entente überzeugen, daß manche dieser einem verblendeten Haß entsprungenen Bestimmungen nicht ihrem eigenen Interesse entsprechen und durch eine einseitige Begünstigung der „Sukzessionsstaaten“ die andern verbündeten Mächte sogar schädigen müßten, so werden doch so gut, wie alle jene Härten bleiben, von denen ihre Staatsmänner diese Überzeugung nicht gewinnen. Und selbst wenn sie einsehen, daß das alte Österreich eine einzige gemeinsame Liquidationsmasse darstellt, selbst wenn sie für diese eine gerechte, von slawischen Einflüsterungen unbeirrte Liquidation durchführen wollen und — können, bleibt der Friede noch unerträglich. Er nimmt Deutsch-Österreich einen großen und wertvollen Teil geschlossenen, deutschen Volkshodens mit Millionen von Einwohnern, er nimmt ihm sein geschlossenes Verkehrsnetz und die freie Verfügung über seine Verkehrswege, er nimmt ihm seine produktivsten Gebiete. Selbst wenn uns Deutschwestungarn ehrlich vermeint ist und uns die doktrinaire Bedenklichkeit des Staatskanzlers und der Regierung, die nicht zugreifen, sondern eine durch magyarische Gewalttaten vorbereitete Volksabstimmung abwarten wollen, diese reife Frucht nicht schon verscherzt hat — selbst dann bleibt Deutsch-Österreich in seiner Ernährung, seinem Kraft- und Rohstoffbezug von den unfreundlichen Nachbarn abhängig. Es wird belastet mit einseitiger Meistbegünstigung für die Gegenseite und mit finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen von erdrückender Wucht. Es wird seine Valuta, die durch die Lebensmittel- und Kohlenversorgung allein von Tag zu Tag mehr verschlechtert wird, auch durch Verpfändung seiner bescheidenen Kapitals- und Bodenschätze nicht in Ordnung bringen können (diese sind ja größtenteils schon an die „hilfreiche“ Entente verpfändet) und selbst, wenn die feindlichen Mächte in ihrem eigenen Interesse ihm zu Hilfe kommen und die drückenden Umrechnungsbestimmungen aufheben wollen, ist es keineswegs vor dem drohenden Bankrott gesichert. Die Lebensbedingungen Wiens sind schwer bedroht und mit der Hauptstadt muß der ganze Staat schwer mitleiden. Darüber können uns alle Loslösungsbestrebungen der Länder nicht täuschen und nicht hinweghelfen. Die Grenzführung muß diese Bestrebungen verstärken. Nordtirol und Vorarlberg werden fast gezwungen, ihren Anschluß anderswo zu suchen. Es ist mehr als fraglich, ob der Staat, dem der Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich unterbunden werden soll, allein lebensfähig ist. In einer „Donaukonföderation“ aber wäre er dem überlegenen Druck der Slawen und Rumänen ausgeliefert, würde zu einem Helotenstaat. Nicht einmal ausreichenden Minderheitenschutz für die abgetretenen Deutschen, nicht einmal eine freie Volksabstimmung im Großteil der deutschen und der wirtschaftlich mit ihnen eng verbundenen deutschfreundlichen Grenzgebiete gesteht man uns zu; einen kleinen Teil Kärntens allein können wir durch eine solche retten. Dagegen sollen die nicht deutschen Minder-

²⁾ Vgl. insbesondere die Festsätze 33, 34 und 37: Unser Friede! 1. Die Kundgebung der Nationalversammlung vom 7. Juni. 2. Die Antwort der Vertreter der deutschen Subetengebiete. 3. Josef Schenzl, Finanzminister a. D., Der wirtschaftliche Vernichtungsfriede, Wien, Hölzler 1919. —

heiten in unserem Staat so weitgehende Sonderrechte genießen, daß er den Namen eines Nationalstaates nicht verdienen würde. Ein solcher Friede bedroht uns mit Mangel, Not und innerer politischer Verwirrung. Selbst wenn er angenommen wird, bleibt er undurchführbar, kann nicht von Dauer sein. Wir müssen uns durch Arbeit wieder kräftigen und den großdeutschen Gedanken festhalten, bis er zur Verwirklichung gelangen kann. Aber selbst die Möglichkeit des inneren Wiederaufbaus durch Arbeit, den das Deutsche Reich so großzügig in Angriff nimmt, droht uns die durch die Friedensbedingungen geschaffene Verwirrung zu nehmen. Darum muß die Bemühung unserer Regierungen auf eine „Revision“ des Friedens gerichtet sein. Der Beitritt zum „Völkerbund“ vergrößert — das müssen wir uns eingestehen — die Hoffnung auf eine baldige Erreichung dieses Zieles einigermaßen, aber nicht so wesentlich, daß wir uns mit ihm trösten können, selbst wenn er uns zugestanden wird. So bleibt fast nur die Hoffnung auf eine unerwartete Wendung der weltpolitischen Verhältnisse, auf die Nemesis, die der Hybris zu folgen pflegt. Für ihre Zeit müssen wir unser Volkstum rüsten, indem wir es sittlicher und seelischer Genbung zuführen, von der es heute weit entfernt ist.

Abgeschlossen am 26. August 1919.



Über deutsch-polnische Handelsbeziehungen



achdem der Friede von Versailles abgeschlossen, und die Blockade aufgehoben ist, wird nun auch in Deutschland ernstlich daran gedacht, zur Friedenswirtschaft überzugehen. In allen mittelbar oder unmittelbar am Kriege beteiligten Ländern herrscht Warenhungers. Deutsche Industrie und deutscher Handel, die vor dem Kriege einen bedeutenden Teil des Weltmarktes beherrschten, sollen nach teilweiser Einstellung und nach Anpassung an die Kriegsverhältnisse ihre Tätigkeit wieder aufnehmen und ihr zerrüttetes und zerstückeltes Erbe wieder antreten. Mit den internationalen Handelsbeziehungen kommt neues Leben in die durch Kriegsoffer, Inlands-handel und erdroffelnde Friedensbedingungen verarmten deutschen Lande.

Politische Unsicherheit im In- und Auslande, sowie die endlosen Streits drängen die nach Kunden und Lieferanten ausschauende deutsche Handelswelt von den wirtschaftlichen Beziehungen gewaltsam zurück. Von einer Aufnahme regulärer internationaler Handelsbeziehungen kann daher nur im bescheidenen Umfange die Rede sein.

Rußland kommt, solange dort keine geordneten Zustände herrschen, für wirtschaftliche Beziehungen nicht in Betracht. Auch kann heute an die Deckung der riesigen Bedürfnisse Rußlands und der Ukraine an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten (für die Ukraine Mindestbedarf im Jahre 1915 festgestellt auf eine Million Pflüge, 250 000 Erntemaschinen, 80 000 Drill- und Sämaschinen) aus Mangel an Rohprodukten bei uns nicht gedacht werden. Für die Erze, die wir heute aus Schweden beziehen, liefern wir dorthin Maschinen und zwar verhält sich die Lieferung der Erze zu der der Maschinen wie 15 zu 10. Dieser Überschuß an Erzen muß zur Inbetriebsetzung und Aufbesserung unserer Industrie verwendet werden. Die deutsche Erzgewinnung ist mit der Vorkriegszeit Elßaß-Vosbringens vom Deutschen Reich stark zusammengeschrunken. Wann Deutschland spanische Erze erhält, ist noch nicht vorauszusehen. Günstiger ist die Lage einiger anderer Industriezweige.

Vor allem kommen für Deutschland wirtschaftliche Beziehungen mit den Nachbarstaaten in Betracht, schon aus Gründen der leichteren Transportmöglichkeiten.

Frankreich sperrt sich gegen die deutsche Einfuhr von Fertigfabrikaten ab, Tschechien besitzt eine gut entwickelte, wenn auch nicht sehr mannigfache Industrie, und die übrigen Staaten des alten Österreichs haben Kinderkrankheiten durchzumachen, ringen mit dem Bolschewismus und haben all ihre Aufmerksamkeit und Kräfte auf die innere Politik gerichtet. Es bleibt außer den skandinavischen Ländern, der Schweiz und Holland der östliche Nachbar, der neue Polenstaat, der, man kann ruhig sagen, bloß und blank dasteht und an allen Fertigfabrikaten, vor allem an Maschinen, Maschinenteilen, Chemikalien, medizinischen Instrumenten, Papier, Bureau- und Gummiartikeln, Düngemitteln usw. den größten Mangel leidet.

Die zurzeit in Berlin weilende polnische Kommission will außer über Grenz- und rechtliche Fragen auch über wirtschaftliche Fragen verhandeln. Noch ehe diese Kommission nach Berlin kam und an die Bildung von Unterkommissionen, darunter auch eine wirtschaftliche, herantrat, wurden in deutschen Kaufmannskreisen Stimmen laut, daß hinter dieser polnischen Kommission zweifelsohne ein polnischer wirtschaftlicher Block stehe, der auf die Kommission, wenn sie nicht schon von der polnischen Regierung den Auftrag hat, wirtschaftliche Verträge mit Deutschland abzuschließen, einen scharfen Druck ausüben wird. Polen braucht Waren nötiger denn je. Der polnische Kredit bei der Entente ist äußerst gering. Der „Przeglad Wieczorny“ vom 5. August berichtet, daß alle Bemühungen Polens, eine Anleihe im Auslande unterzubringen, bisher ohne Erfolg waren, außer gewissen Bestimmungen für die polnische Armee und die Realisierung einer gewissen Anleihe in natura. Ungünstig muß bei Handelsabschlüssen mit der Entente der Tiefstand der polnischen Valuta einwirken, der weiter unten besondere Erwägung finden soll. Es bleibt daher Polen nichts übrig, als sich an Deutschland zu halten. Diese Ansicht findet in Polen immer mehr Anhänger, und die rechtsstehende polnische Regierung, die bisher eine Ententepolitik betrieben hatte, wird wohl auch bald zu dieser Erkenntnis kommen müssen. Auch scheint das Ansteigen des Agios auf die deutsche Mark in Polen ein Zeichen dafür zu sein, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Anlehnung Polens an Deutschland allgemein wird, und daß aus diesem Grunde schon im polnischen Staate eine starke Nachfrage nach der deutschen Mark vorhanden ist. Für einhundert deutsche Mark werden zurzeit einhundertdreißig polnische gezahlt. Es liegt auch im Interesse Deutschlands in Polen großen wirtschaftlichen Einfluß zu erlangen, denn um so größer wird auch der politische sein.

Die früher an leitenden Stellen in Deutschland oft vertretene Ansicht, Polen dürfe nicht unterstützt werden, weil ein starkes Polen für Deutschland gefährlich ist, muß, wenn es nicht schon geschehen ist, der klügeren wirtschaftlichen Erkenntnis und Forderung Platz machen. Andernfalls müßte Polen auch wirtschaftliche Beziehungen mit der Entente eingehen auf die Gefahr hin, ungünstige Verträge abzuschließen, um wenigstens das allernotwendigste zu erlangen, was ein junger Staat und ein Volk haben muß, das Anspruch erhebt, dem westlichen Kulturkreis anzugehören und sich in demselben behaupten will.

Die Kohlenfrage ist in Polen ebenso auf der Tagesordnung wie bei uns. Die Kohlennot ist allgemein. Daher das Verlangen nach den oberschlesischen und tschechisch-schlesischen Kohlenbergwerken. Der Grund für den Kohlenmangel in Polen bilden die ungenügende Ausnutzung der Kohlengruben von Dombrowa und Kratau, sowie die ganz schlechten Verkehrsverhältnisse. Der Mangel an rollendem Material ist in Polen empfindlicher als bei uns. Der größte Teil desselben ist im schlechten Zustande und fast unbrauchbar. Schon im Frühjahr erklärte ein polnischer Abgeordneter im Warschauer Reichstag, daß 50 Prozent des Eisenbahnmaterials, sowohl der Güter- als auch Personenwagen, unbrauchbar ist. Eisenbahnwerkstätten sind in Polen nicht vorhanden. Hier bietet sich der deutschen Industrie ein weites Arbeitsfeld. An Maschinen, Maschinenteilen, Eisenträgern, Eisenbahnschienen, Schrauben und Nägeln besitzt Polen so gut wie gar nichts.

Man zählt, wie uns eine aus Warschau zugereiste fachkundige Person erzählte, für Eisenröhren in Polen geradezu unerhörte Preise. In Deutschland gibt es noch zahlreiche ältere Eisenwarenlager, die ebenso wie Blechwaren für eine Ausfuhr nach Polen in Betracht kommen. Die durch den Übergang zur Friedenswirtschaft bei uns außer Betrieb gesetzten zahlreichen Drehbänke und anderen Maschinen können zum Teil auch nach Polen abgestoßen werden. Nach Kali und Phosphaten herrscht auf dem polnischen Markte eine starke Nachfrage. Groß sind die Bedürfnisse in der elektrischen und Lampenindustrie. Die Kabel, Telephon- und Telegraphenwerke befinden sich, wie der Postminister Linde vor polnischen Pressevertretern erklärte, in einem sehr schlechten Zustande und können aus Mangel an Kupferdrähten und anderen Baustoffen nur mangelhaft ausgebessert werden. Die gesuchtesten und teuersten Artikel in Polen sind Chemikalien, medizinische Präparate und Instrumente. Es genügt hierbei ein Hinweis auf die traurigen sanitären und hygienischen Zustände im polnischen Staate. Soweit es sich ermitteln läßt, werden jetzt nur photographische Artikel in beschränktem Maße nach Polen ausgeführt. An optischen Artikeln, mit denen Deutschland vor dem Kriege die ganze Welt versah, ist in Polen nichts vorhanden. Als Ausfuhrartikel wären noch Glas- und Porzellanwaren zu nennen. Die Polen besitzen zwar eine eigene Glasindustrie im Gegenstahauer Industrierayon, doch stellen sie nur einfache Glasarten her und können den polnischen Markt nur ungenügend beliefern. Auf dem Gebiete der Gummiindustrie besitzt Polen gar nichts. Die Gummiaartikel erreichen dort horrenden Preise. Zurzeit sollen fremde Kapitalien eine polnische Gummiindustrie schaffen (vgl. „Dziennik Berlinski“ vom 12. August 1919 Nr. 181). Eine polnisch-brasilianische Gesellschaft gründet in Polen eine Kautschukfabrik mit einem Grundkapital von 25 Millionen Mark. In der bedenklichsten Lage steckt die polnische Zuckerindustrie. Dieser Industriezweig ist aber auch im heutigen deutschen Wirtschaftsleben das Schmerzenskind.

Wie groß der polnische Warenhunger ist, beweist die Tatsache, daß im Warschauer Reichstag ein Regierungsantrag angenommen ist, der die Aufhebung der Zölle für Maschinen und Materialien zum Wiederaufbau des Landes und seiner Industrie, sowie Aufhebung der Zölle für dringendste Bedarfsartikel vorsieht. Statt dessen sollen Luxusartikel in weitestem Sinne einem hohen Zolle unterliegen.

Weiter fragt sich, was Deutschland im Austauschhandel von Polen beziehen kann. An Lebensmitteln, die wir heute ebenso nötig haben, wie Rohstoffe, kann uns Kongregpolen nichts liefern, im Gegenteil, es braucht selbst welche. Die Warschauer Regierung hat daher schon oft mit Polen verhandelt und in der ersten Hälfte dieses Jahres größere Getreide-, Kartoffel- und Zuckermengen für Kongregpolen und dem Krakauer Bezirk geliefert bekommen. Wie sich die polnische Ausfuhr von landwirtschaftlichen Artikeln für die Zukunft gestalten wird, ist von den Ergebnissen der radikalen Agrarreform in Polen abhängig. Der polnische Kreditmangel im Auslande läßt sich mit der nachteiligen Wirkung, die die Agrarreform in Paris hervorgerufen hat, in Verbindung bringen. Jedenfalls wird sich die polnische Regierung in Anbetracht der Not, die Polen an Fertigfabrikaten leidet, dazu hergeben, gegen Industrieerzeugnisse einen Teil der in Polen überschüssigen landwirtschaftlichen Produkte einzutauschen.

An Rohprodukten ist in Polen nicht viel vorhanden. Der Kohlenmangel ist bereits erwähnt worden. Die polnische Erzproduktion kann nicht einmal einen Teil der Bedürfnisse des Landes befriedigen. Erst durch die Besitzergreifung von Ostgalizien ist Polen in den Besitz der Petroleumquellen bei Borslawow gelangt. Ein Fachmann des „Kurier Warszawski“ berechnet die jährliche Produktion an Steinöl (Raffut) auf 700 000 Tonnen. Außerdem sind an Vorräten noch 400 000 Tonnen vorhanden. Derselbe Fachmann sagt: es besteht die Möglichkeit eines Exports aller Naphtaprodukte in großem Maßstabe, der uns sehr nötig ist, um die polnische Valuta zu heben, wie auch zur Hebung des Austauschhandels mit dem Auslande.

Die Valutafrage ist der schmerzlichste Punkt im heutigen Wirtschaftsleben Polens. Die polnische Mark besitzt gegenüber der deutschen einen wesentlichen

Unterturs. Wie der „Kurier Warszawski“ vom 27. Juli schreibt, wurde für den deutschen Tausendmarkschein 1265 polnische Mark bezahlt, für die Hundertmarknote 115 polnische Mark. Heute wird sogar für einen Tausendmarkschein 1350 und für einen Hundertmarkschein 130 Mark bezahlt (s. o.). Eine polnische Zeitung beklagt sich, daß das eben erstandene Polen in wirtschaftlicher Hinsicht weniger Vertrauen genießt, als das verarmte deutsche Land und beinahe dem verwüsteten Rußland gleicht.

Polen führt viel aus den skandinavischen Ländern über Danzig ein. Das „Staatliche Amt für Ankauf von Artikeln der ersten Notwendigkeit“ (P. U. Z. U. P. P.) registriert sie und wenn Warschau die Einfuhrerlaubnis erteilt, werden sie nach Polen eingeführt. Rechnungen und Faktura sind in der Valuta der nordischen Länder zahlbar. Die Importeure aber bezahlen nicht in dieser Valuta, sondern in deutscher in der Weise, daß sie Einzahlungen an eine deutsche Bank in deutscher Mark machen, und die Bank schreibt sie der skandinavischen Firma gut. Die Verrechnung mit Polen erfolgt also schon jetzt nicht auf der Grundlage des Verhältnisses der polnischen Valuta zur skandinavischen, sondern nur zur deutschen Valuta. Auf diese Weise werden die Deutschen Banken die Vermittler und Bankiers zwischen Polen und dem Auslande. Die Folge ist, daß man auf der Warschauer Börse deutsche Valuta sucht, um mit ihr nach Deutschland zu zahlen. Schon der Tiefstand der polnischen Valuta wird den polnischen Unternehmer und Kaufmann veranlassen, Waren von Deutschland zu beziehen, das mit denselben Valutaschwierigkeiten zu kämpfen hat.



Die Möglichkeit einer Monroe-Schiffahrts-Doktrin

Von Dr. Richard Hennig



Die Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823 ist im Laufe der Zeit über ihren ursprünglichen Sinn, der nur auf einen Sonderfall zugeschnitten war und lediglich aktuelle Bedeutung hatte, ganz erheblich hinausgewachsen. Es scheint aber, daß der Grundsatz immer mehr erweitert wird und als ob wir, trotz Internationalismus und Völkerbund, noch durchaus nicht beim Zustande der Höchstentwicklung dieser nationalen Willensbetätigung angelangt sind. In Japan ist eine starke Bewegung für eine „ostasiatische Monroe-Doktrin“ oder gar eine „asiatische Monroe-Doktrin“ im Gange, in Australien wünscht man sich wieder gegen japanische Begehrlichkeit durch eine Art von australischer Monroe-Doktrin zu schützen, und in den Vereinigten Staaten von Amerika hat man nicht nur erst kürzlich mit aller wünschenswerten Bestimmtheit erklärt, daß die ganze Völkerbunds-idee des Präsidenten von vornherein nur diskutabel sei, wenn die Monroe-Doktrin davon nicht berührt werde, sondern es hat überdies durchaus den Anschein, als ob die Monroelehre eine neue, sehr einschneidende Ausdeutung in dem Sinne erfahren soll, daß fortan der Schiffsverkehr zwischen amerikanischen Häfen ausschließlich von Schiffen amerikanischer Nationen gepflegt werden darf, also im wesentlichen ein Monopol der Vereinigten Staaten werden soll.

Eine solche Maßnahme wäre natürlich eine Katastrophe für die bisher in Süd- und Mittelamerika tätigen englischen Reeder. Diese sahen während des Krieges ihr Tätigkeitsfeld in Südamerika infolge der schweren Frachtraumknappheit ohnehin mehr und mehr an vereinsstaatliche Schiffe übergehen. Sie verließen sich aber darauf, daß sie im Frieden, nach Wiedertehr normaler Verhältnisse, un schwer in der Lage sein würden, das verlorene Gebiet zurückzuerobern, da die englische Schiffahrt stets mit viel niedrigeren Betriebskosten als die amerikanische

arbeitete, der letzteren also im Wettbewerb überlegen war. Nun aber erkennen die englischen Reeder, daß sie sich getäuscht haben: die gewaltig gestiegenen Löhne, Kohlen- und Schiffspreise haben die Betriebskosten der englischen Schiffahrt den amerikanischen empfindlich genähert; dazu ist die Regierung der Vereinigten Staaten offenbar entschlossen, durch ein großzügiges Subventionsystem die nationale Handelschiffahrt wettbewerbsfähig zu erhalten. Auch ist die englische Schiffahrt durch die noch immer anhaltende Regierungskontrolle der Fahrzeuge in ihrer Bewegungsfreiheit arg gehemmt, und die amerikanischen (und japanischen) Reeder, die im Kriege weite Teile des Südamerikahandels für sich erobert haben, treffen leider gar keine Anstalten, diesen bei Wiederkehr des Friedens dem „rechtmäßigen“ englischen Besitzer wieder zu überlassen und sich selbst schweigend zurückzuziehen. Im Gegenteil sie sind dauernd bestrebt, ihren Einflußbereich weiter auszu dehnen, wie es die ungeheuer rasche Vermehrung der amerikanischen Handelsflotte übrigens durchaus unvermeidlich macht, und daß das drohende Gespenst der Schiffahrts-Monroe-Doktrin keineswegs nur ein leeres Hirngespinnst ist, beweist eine Notiz des New Yorker Fachblattes „Journal of Commerce“, wonach diese besonders bedeutsame Erweiterung der Monroelehre zwar bisher nirgends proklamiert wurde, tatsächlich aber bereits im vorigen Herbst in Wirksamkeit war. „Journal of Commerce“ schrieb nämlich schon am 31. Oktober 1918:

„Die Vereinigten Staaten scheuen keine Anstrengungen, um sich den im Kriege geschaffenen Südamerikahandel zu erhalten. Englische Reedereien beschwerten sich, daß bei der Verteilung von requirierten neutralen Schiffen das amerikanische Schiffsbauamt für die Fahrt Vereinigte Staaten—Südamerika nur amerikanische Linien berücksichtigt und die englischen übergeht, obwohl diese schon lange vor dem Kriege die Verbindung mit den südamerikanischen Republiken aufrecht erhielten, während die amerikanischen Linien alle erst neu eingerichtet worden seien. Mit Hilfe der Regierung hat sich eine Art von Schiffahrts-Monroe-Doktrin herausgebildet, die das Recht des Handels mit Südamerika allein für den amerikanischen Kaufmann beansprucht.“

Das war im vorigen Herbst. Die Gefahren, die für die englische Vormachtstellung zur See aus der forcierten Vermehrung der amerikanischen Handelsflotte entspringen mußten, hatte gleichzeitig ein schottisches Blatt, der „Glasgow Herald“, am 29. August 1918 schon deutlich genug gekennzeichnet:

„Zweifelloß müssen wir mit einer großen amerikanischen Handelsflotte rechnen, für die Beschäftigung gefunden werden muß und für die keine Beschäftigung gefunden werden kann, ohne die bisher von der englischen Handelsmarine gepflegten Felder zu beackern.“

Die gewaltige Vermehrung der nordamerikanischen Handelsflotte aber, die bei der heutigen Lage der Dinge in der Tat so gut wie ausschließlich auf Kosten des englischen Seehandels auf Betätigung rechnen kann, hat sich seit dem Herbst 1918 in immer rascherem Tempo fortgesetzt. Der englische „Statist“ stieß am 12. April folgenden Alarmruf aus:

„Man schätzt, daß sich im nächsten Jahr die Ozeanstaftschiffe unter amerikanischer Flagge auf 16 $\frac{2}{3}$ Millionen Tonnen belaufen werden. Das ist eine erstaunliche Zahl, nicht viel weniger als die Hälfte der Welt Handelsflotte. Die Schätzung wird sich vielleicht als übertrieben erweisen, aber wenn sie sich auch nur zum Teil bewahrheitet, mag die Todesglocke unserer Ozeanvormachtstellung bald erklingen.“

Diese Melodie wird fortgeführt im „Daily Telegraph“ vom 5. Juni:

„In England gehen Schiffahrt und Schiffbauindustrie einer kritischen Zeit entgegen, da wir keine Möglichkeit haben, uns gegen die Konkurrenz der Vereinigten Staaten und Japans zu schützen . . . Haben wir erst einmal unsere Vormachtstellung eingebüßt, so nützt uns kein Diskutieren über hohe Löhne und kurze Arbeitszeiten: unsere Schiffahrt, unser Schiffbau und unser Welthandel sind dann nicht mehr zu retten.“

Nach amtlichen amerikanischen Angaben umfaßte die nordamerikanische Handelsflotte zu Anfang Dezember 1918 10334000 dead weight t = 7956000

Brutto Registertonnen, gegenüber einer Meeresflotte von nur 2069637 Brutto Registertonnen im Juni 1914. Seither ist nun die Vergrößerung der Flotte in ein immer stürmischeres Tempo geraten. Allein in dem einen Monat Mai 1919 wurden 768000 dead weight t = 591000 Brutto Registertonnen neu in Dienst gestellt und eine fast ebenso große Schiffsmenge wurde außerdem vom Stapel gelassen (Deutsche Allg. Ztg., 10. Juni 1919), während die englischen Werften in ganzen sechs Monaten (1. Nov. 1918 bis 30. April 1919) nur 331620 Tonnen neu hervorbrachten. Dazu haben die Vereinigten Staaten im Mai die gesamten 664500 Tonnen beschlagnahmten deutschen Schiffsraum ihrer Flotte einverleibt; durch Verkauf von 750000 Tonnen englischen Schiffsraums der „International Mercantile Marine Co.“ an Amerika hat die vereinsstaatliche Handelsflotte neuerdings eine merklliche Kräftigung auf Kosten der englischen erfahren, auf japanischen Werften werden im Laufe dieses Jahres ebenfalls 230000 Tonnen auf Rechnung der Vereinigten Staaten erbaut (Board of Trade Journal, 22. Mai); im Senat liegt ein Antrag vor, 134 637 660 Pfund Sterling zur Durchführung des Schiffbauprogramms neuerdings bereitzustellen, und das italienische Fachblatt „Economista d'Italia“ schätzte die Größe der gesamten vereinsstaatlichen Handelsflotte bereits für das Frühjahr 1919 auf 15 Millionen dead weight t = fast 12 Millionen Brutto Registertonnen, und wenn auch hiervon noch die Flotte der fünf großen Seen mit 2 Millionen Tonnen in Abzug zu bringen ist, so verbleibt doch immerhin schon jetzt eine Meeresflotte, die rund doppelt so groß ist, als die deutsche im Juli 1914 war. Die eigentliche Hochseeflotte der Vereinigten Staaten war von 1,9 Millionen Tonnen am 30. Juni 1914 bis Anfang 1919 schon auf 5,1 Millionen Tonnen gestiegen (Statist., 12. April 1919), dürfte aber seither durch die Einreihung der deutschen Schiffe und andere Neuerwerbungen bereits auf sechs Millionen Tonnen gestiegen sein¹⁾.

Eine Durchführung der neuen amerikanischen Schiffahrtspolitik und des riesenhaften Schiffbauprogramms ist schlechterdings eine Unmöglichkeit ohne eine entsprechende weitere Verdrängung des englischen Seehandels aus den von den Amerikanern in Aussicht genommenen Häfen. Das vornehmste Ziel der Amerikaner scheint fürs erste die möglichst restlose Eroberung des Südamerikaverkehrs zu sein, dem sich der Mittelamerikaverkehr wohl bald genug anschließen wird. Noch sind ja die kommenden wirtschaftlichen Probleme in der ersten Entwicklung begriffen, aber man erkennt doch immerhin schon die Umrisse des künftigen Bildes. Zunächst dürfte Amerika versuchen, die seinem Handel im Kriege bereits geglückten Eroberungen weiterhin durch erlaubte Mittel zu vermehren. Gelingt aber die Verdrängung des englischen Wettbewerbs nicht auf legalem Wege, so mag eines Tages sehr wohl die Monroe-Schiffahrts-Doktrin offen als Axiom verkündet und ein de facto schon heute angestrebter Zustand de jure sanktioniert werden. Aller Voraussicht nach wird die rasche Ausbreitung der japanischen Schiffahrt im Stillen Ozean über kurz oder lang die Nordamerikaner zu derartigen Schutzmaßregeln zwingen.

Die Monroe-Schiffahrts-Doktrin würde, im Grunde genommen, nichts anderes sein, als eine auf amerikanische Verhältnisse zugeschnittene Neubelebung der alten Cromwellschen Navigationsakte vom 9. Oktober 1651, die Englands heutige Stellung zur See begründet hat. Man kann es einer werdenden Seemacht nicht verdenken, daß sie sich bemüht, dieselben Mittel zur Anwendung zu bringen, die einst den englischen Seehandel groß und stark gemacht haben. Da eine solche merkantilistische Politik aber nur durchgeführt werden kann, wenn eine

¹⁾ Während der Drucklegung wird durch das neueste, zum ersten Male seit 1914 unsensuriert erschienene Lloyds Register bekannt, daß die obigen, für Englands „Rule the waves“-Anspruch alarmierenden Zahlen völlig zutreffend sind: im Juni 1919 umfaßte die vereinsstaatliche Flotte 9 778 000 Brutto Registertonnen Meeres- und 2 160 000 Brutto Registertonnen Binnenschiffe, zusammen also 11 938 000 Brutto Registertonnen gegenüber einer englischen Ozeanflotte von nur noch 16 345 000 Brutto Registertonnen!

sehr große wirtschaftliche und militärische Macht dahinter steht, so ist es begreiflich, daß im ganzen neunzehnten Jahrhundert keine Nation eine Navigationsakte zu verkünden wagte, da sie eine scharfe Herausforderung anderer Seemächte und vor allem der seit 250 Jahren an erster Stelle stehenden Seemacht England bedeutet hätte. Nichts kann deutlicher die ungeheure Machtvermehrung illustrieren, die der europäische Krieg den Vereinigten Staaten gebracht hat, als die Tatsache, daß man jetzt in den Vereinigten Staaten ungeschert mit dem Gedanken einer Monroe-Schiffahrts-Doktrin zu spielen wagt! — Schon einmal, im Jahre 1787, haben die Vereinigten Staaten eine Navigationsakte erlassen, die den übermächtigen Einfluß des englischen Seehandels brechen und der eigenen Kauffahrteiflotte das Rückgrat stärken sollte. Doch blieb jener erste Vorläufer der jetzt wieder erörterten Monroe-Schiffahrts-Doktrin im wesentlichen nur eine Geste, eine Episode; es stand noch weder ein entschlossener, zäher Wille, den Kampf um die Seeherrschaft aufzunehmen, noch eine ausreichende militärische Seemacht dahinter. Heute liegen die Dinge ganz anders. Gleichviel ob die Vereinigten Staaten sich in einigen Jahren offen zum Grundsatz der Monroe-Schiffahrts-Doktrin bekennen oder ob sie ohne ein ausdrückliches Verbot der Betätigung nicht-amerikanischer Schiffe im Verkehr zwischen amerikanischen Häfen in der Praxis mit allen Mitteln dahinstreben, der unausgesprochen bleibenden Erweiterung der Monroe-Doktrin Geltung zu verschaffen, ohne sie von offizieller Stelle aus als neuen politischen Glaubenssatz zu verkündigen — die Gefahr, die der englischen Vormachtstellung von Amerika her droht, bleibt im einen wie im andern Falle dieselbe und muß mit automatischer Sicherheit schon bald zu einem ernststen Konflikt führen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß die überragende Bedeutung des Union Jact in allen Meeren der Erde bereits in wenigen Jahren endgültig der Vergangenheit angehört, ist um so größer, als auch die japanische Schiffahrt im Stillen Ozean sich während des Krieges zu einer imponierenden Macht entwickelt hat, und zwar wieder vornehmlich auf Kosten Englands. Man gibt sich in britischen Handelskreisen auch hierüber keiner Täuschung hin. Im „Daily Express“ erklärte am 14. Mai 1919 der Tokioter Korrespondent Hugh Dhaß offen:

„Japan wird bald ein furchtbarer Rivale der britischen Schiffahrt werden.“

Zwar hat sich die japanische Handelsflotte im Kriege nicht annähernd so stark vermehrt wie die amerikanische: von 1 826 000 Tonnen um Mitte 1914 stieg sie bis Ende 1918 auf 2 672 000 Tonnen; aber ihre Finanzkraft und ihre Leistungsfähigkeit ist ungleich stärker erhöht als ihr Tonnagegehalt, für dessen rechte Würdigung zu beachten ist, daß Japan eine große Menge von alten, wenig tauglichen Fahrzeugen in den Zeiten der schärfsten Kriegsfrachtraumknappheit zu fabelhaften Preisen an England, Frankreich und die Vereinigten Staaten verkauft hat. Einer amtlichen Angabe des japanischen Verkehrsdepartements aus jüngster Zeit zufolge besteht die gesamte japanische Kauffahrteiflotte, die heute die drittgrößte der Welt ist, zurzeit aus 2578 Dampfern und 12 236 Seglern, unter denen sich jedoch nur 599 für eigentliche „große Fahrt“ geeigneten Ozeandampfer befinden. Gewaltig gestiegen sind auch die Leistungen des Schiffbaues: 1918 erzeugten die japanischen Werften 489 724 Tonnen, d. h. ungefähr ebenso viel wie Deutschland im letzten vollen Friedensjahre 1913 einschließlich der Bauten für ausländische Rechnung hervorbrachte. Für 1919 aber rechnet man laut „Japan Advertiser“ gar auf eine Fertigstellung von 1 189 285 dead weight t = zirka 915 000 Brutto Registertonnen Schiffsraum. Schon nach Kriegsausbruch spielte sich der Handel des Stillen Ozeans zu 56 Prozent auf japanischen Schiffen ab, die mit ihren billigen Herstellungs- und niederen Betriebskosten leicht jeden Wettbewerb aus dem Felde zu schlagen vermochten. 1918 aber war der Anteil der japanischen Flagge am pazifischen Seehandel gar auf 74 Prozent gestiegen. Dabei steht auch dieser Aufschwung erst in seinen ersten Stadien. Bisher nämlich war Japan in bezug auf seinen Stahlschiffbau noch von den

amerikanischen Stahllieferungen abhängig, und als die Vereinigten Staaten 1917 ein Stahlausfuhrverbot erließen, das vornehmlich gegen Japan gerichtet war, kam dieses Land in eine recht üble Lage. Inzwischen aber haben die Japaner Vorkehrungen getroffen, um sich unter Ausbeutung von Erzlagern im Sanganstetal und in Korea eine nationale Stahlindustrie zu schaffen und in ihrem Schiffbau vom Ausland unabhängig zu werden. So ist gar nicht abzulehnen, welchen Zielen die sehr großzügig und geschickt geleitete japanische Schifffahrtspolitik in Zukunft noch zustreben wird. Sobald sie genügend auf eigenen Füßen steht, ist es sehr leicht möglich, daß auch eine japanische Monroe-Schifffahrts-Doktrin für Ostasien in Frage kommen wird. Ausdrücklich zu verkünden braucht Japan einen solchen Grundsatz kaum; mit seinen billigen Frachttarifen und seiner finanziellen Macht kann Japan vermutlich schon in wenigen Jahren eine Art von japanischer Navigationsakte faktisch verwirklichen, ohne der Welt feierliche Mitteilung von diesem seinen Willen zu machen.

Jedenfalls wird von 1919 an das Bild der Weltschifffahrt ein wesentlich anderes Gesicht zeigen als vor 1914, und dieses Bild dürfte von Jahr zu Jahr fremdartigere Züge annehmen. Die Zeit der unbedingten europäischen bzw. britischen Vorherrschaft zur See ist anscheinend für immer dahin; Amerika tritt als gleichberechtigter Faktor, Japan als zumindest sehr beachtenswerter und gefährlicher Konkurrent auf den Plan. In den amerikanischen und ostasiatischen Meeren, vielleicht aber auch anderswo, wird der Kampf um das „rule the waves“ schließlich viel schärfere Formen als jemals in früheren Zeiten annehmen, und politisch-kriegerische Konflikte als Folge davon sind auf die Dauer wohl nur schwer oder gar nicht zu vermeiden.

Englands Stellung in der Welt aber mag politisch durch den Krieg noch gewaltiger geworden sein; wirtschaftlich ist sie empfindlich geschwächt worden — und kaum auf irgend einem Gebiet stärker und nachhaltiger geschwächt worden als in der Beherrschung des Seehandels. Die offen oder verhüllt künftig voraussichtlich geltende Monroe-Schifffahrts-Doktrin wird vermutlich eine neue Epoche der Weltschifffahrt einleiten, die mit der europäischen Vormachtstellung zur See endgültig aufräumen wird. England hat zwar das Ziel erreicht, um dessentwillen es den Krieg entfesselte: die völlige „Niederbrogung“ des deutschen Konkurrenten; aber besser ist seine wirtschaftliche Stellung dennoch ganz und gar nicht geworden — im Gegenteil! Es befindet sich heute durchaus in der Lage des Herkules, der der lernäischen Hydra den Kopf abgeschlagen hat, der nun aber mit Schrecken wahrnehmen muß, daß an der Stelle des abgehauenen deutschen Kopfes zwei neue, ein amerikanischer und ein japanischer, von viel größerer Gefährlichkeit hervorgewachsen sind.



Des Großen Generalstabes Erben

Von Dr. Max von Szczebanfski



er deutsche Große Generalstab und alle anderen ähnlichen Formationen werden aufgelöst und dürfen unter keiner Gestalt neu gebildet werden.

So ist im Artikel 160 des Friedensvertrages zu lesen und, wie aus den Tagesblättern zu entnehmen, mit der Einrichtung des also Beurteilten bereits begonnen worden. Dennoch dürfte es weniger an der Zeit sein, dieser aufzulösenden Einrichtung eine Art ehrenden Nachrufes zu widmen als vielmehr, sich zu fragen, wie nach Zerstörung des Rahmens die inneren Werte, welche dem deutschen Generalstab eigen waren, gesichert und erhalten bleiben.

Das Arbeitsgebiet des Großen Generalstabes war im Jahre 1914 für den Frieden wie folgt eingeteilt. Unter dem Chef des Generalstabes der Armee, dessen Stellung, nach einem Ausspruch des Generalfeldmarschalls Grafen v. Schlieffen, seit dem 3. Juli 1866 die ehrenvollste von der Welt war, standen unmittelbar die Zentralabteilung und die Manöverabteilung, sowie sechs Oberquartiermeister, unter deren besonderer Leitung die übrigen Abteilungen zusammengefaßt waren. D. D. I, wie die abgetürzte Bezeichnung lautete, bereitete in drei Abteilungen alles vor, was auf Landesverteidigung, Mobilmachung, Aufmarsch des deutschen Heeres Bezug hatte; ihm war auch die Eisenbahnabteilung unterstellt. Unter den D. D. II und IV wurden in je zwei Abteilungen die westlichen Armeen und deutschen Kolonien bzw. die östlichen Armeen bearbeitet. Die unter D. D. III vereinigten beiden Abteilungen widmeten ihre Tätigkeit der Ausbildung der Generalstabsoffiziere sowie den Angelegenheiten der Kriegsakademie. Dem D. D. V unterstanden die Abteilungen für Kriegsgeschichte sowie das Kriegsarchiv; der sechste Oberquartiermeister war zugleich Chef der Landesaufnahme. Mit dieser Einteilung war der Generalstab so recht eigentlich das Herz des Heeres; von ihm gingen die belebenden Ströme belehrender Anregung auf praktischem und wissenschaftlichem Gebiet auf das gesamte Offiziercorps und durch dieses auf die Truppe über; in ihm wieder vereinigte sich durch sorgsamste Auswahl seiner Angehörigen die aus dem Ganzen gesammelte lebensschaffende Kraft.

Es liegt nun auf der Hand, daß die meist nur technischen Arbeiten der Landesaufnahme, nämlich Vermessungswesen und Kartendruck, sowie die Aufgaben des Transportwesens, die — auch auf dem Gebiet der Wasserwege — der Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabes oblagen, auch bei Angliederung dieser Formationen an schon bestehende Zivilbehörden, sachlich werden fortgeführt und weitergebildet werden können. Deshalb wird die Landesaufnahme beim Reichsamt des Innern, die Eisenbahn-Abteilung zum preussischen Eisenbahnministerium oder späteren Reichsverkehrsamt übertreten. Die dem Nachrichtenwesen und der Kenntnis fremder Heereseinrichtungen bestimmten Abteilungen dagegen dürften auf das Auswärtige Amt übernommen werden. Denn hier wird, solange die übrigen Staaten der Erde nicht abgerüstet haben und auswärtige Beziehungen überhaupt gepflogen werden, die Mitarbeit sachverständiger Offiziere nicht zu entbehren sein, auch wenn eine Verwertung des dabei gewonnenen Wissens für Anwendung auf die eigene nationale Verteidigungskraft zunächst nicht mehr in Frage kommt, da das Deutsche Reich ja nur Objekt, nicht Mitglied des geplanten Völkerbundes sein soll. Aus eben diesem Umstande ergibt sich, daß diejenigen Abteilungen, welche im Kriege als Operationsabteilung tätig, in Friedenszeiten den D. D. I unterstanden, aufgelöst werden, desgleichen die Manöverabteilung, welche früher die dem Gewinn praktischer Erfahrungen im Felddienst dienenden größeren Truppenübungen bearbeitete. Fernerhin sieht, da der militärdienstliche Wert der zur praktischen Heranbildung und Ausbildung von Generalstabsoffizieren bestimmten Abteilungen durch die polizeiliche Bestimmung unseres künftigen Heeres in Fortfall kommt, der völligen Auflösung jener ebenso wenig im Wege wie derjenigen der Zentralabteilung, die nach Sprengung des Ganzen keinen Zweck mehr hat. Ebenso ist es natürlich der nur für den Krieg geschaffen gewesenen Presseabteilung gegangen, deren Aufgaben ja beim Reichswehrministerium miterledigt werden können, das selbst einer ähnlichen Einrichtung natürlich nicht wird entbehren wollen.

Zu entscheiden bliebe dann noch das Schicksal der Abteilungen für Kriegsgeschichte und des Kriegsarchivs, für die der Anschluß ebenfalls an das Reichswehrministerium oder an das Kultusministerium in Frage käme. Denn nach dem Willen der Entente und nicht minder unserer gegenwärtigen Regierung soll das Kriegswesen in Deutschland ja künftig der Vergangenheit angehören. Alles Vergangene hat nun aber das Recht, wissenschaftlich behandelt, also durchforscht und gewertet zu werden. Deshalb wird man uns auch die kriegswissenschaftliche Forschung nicht verwehren und verbieten dürfen noch etwa die aus ihr sich

ergebende wissenschaftliche Belehrung über Krieg und Heerwesen. Denn nicht für die Archive, sondern für das Leben arbeitet jede Wissenschaft, und der Deutsche hat das Recht, durch sie auf allen Gebieten zu den historischen Grundlagen der einstigen Größe des Reichs hingeführt zu werden. Das wird freilich in lebendigerer Weise geschehen müssen, als durch entsprechende Versorgung des Büchermarktes mit den Erzeugnissen der Privatgelehrsamkeit oder gar einer kriegswissenschaftlichen Behörde, der wie bisher die bezüglichen Archive allein zur Verfügung stehen. Es wird vielmehr darauf ankommen, die Verbreitung der historisch-wissenschaftlichen Erkenntnis vom Wesen und Wert der einstigen Wehrmacht auf eine geordnete Grundlage zu stellen, für die unsere Universitäten und technischen Hochschulen das geeignete Feld bieten. Dort wird ja wie so manches andere auch die Geschichtswissenschaft längst spezialisiert: Kultur-, Wirtschafts-, Kolonial-, Osteuropäische Geschichte haben oder erstreben gesonderte Lehrstühle. Soweit nicht zünftige Historiker, wie sie in der Schule Delbrücks gezüchtet werden, diesem Sonderfach sich zu widmen gedenken, dürften aus der Zahl der schon vor dem Kriege im Generalstab verwendeten und dort durchgebildeten Offiziere, die ja durch den Friedensvertrag zahlreich zum Ausscheiden aus dem Dienst gezwungen sind, ausreichende Kräfte zur Verfügung stehen, denen es in kurzer Zeit gelingen wird, auch die wissenschaftlichen Vorbedingungen nachzuholen, die heute noch an die Ausübung eines akademischen Lehramtes geknüpft sind.

Freilich: der Artikel 177 des Friedensvertrages verlangt, daß Universitäten sich mit keinen militärischen Dingen befassen dürfen. Hier jedoch handelt es sich um wissenschaftliche Arbeit und wissenschaftliche Werte. Die riesenhafte Stoffmenge, die in den vier Jahren des Weltkrieges sich angesammelt hat, an einer einzigen Stelle zu verarbeiten, wie das noch nach dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 bei der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Generalstabes geschehen ist, erscheint ausgeschlossen. Aber auch für zurückliegende Zeiten fehlt noch viel an wissenschaftlicher Erfassung und Vollenbung auf dem Gebiet der Kriegs- und Heeresgeschichte, nicht minder auf dem der militärischen Biographien; in letzterer Hinsicht sei nur an Gestalten wie den Freiherrn Edwin von Manteuffel und an Albrecht von Stosch erinnert. Hier liegen große Aufgaben, für die ein Geschlecht junger Historiker herangezogen werden könnte, eben unter Anleitung kriegs- und militärdienst erfahrener Persönlichkeiten von wissenschaftlicher Begabung. Mit der Öffnung des Kriegsarchivs und der sonstigen militärischen Archive für allgemein-wissenschaftliche Zwecke wäre ja auch jede „tendenziös-militaristische“ Geschichtsschreibung ausgeschlossen, wie sie denjenigen Büchern aus der Feder von Offizieren so leicht unterzuliegen scheint, die in der Hauptsache Lehrzwecke verfolgen. In solchem Falle tat ja sogar ein Mann wie Generalfeldmarschall Graf Schlieffen, der Geschichte gelegentlich Gewalt an, wie sein Mitarbeiter, General von Stein, in den „Erlebnissen und Betrachtungen“ zum Weltkriege bezeugt. Für eine derartige Arbeitsmethode fehlt zudem nunmehr wohl die Voraussetzung — unser neues Friedensheer kann seiner Bestimmung nach von den kriegsgeschichtlichen Erkenntnissen der Zukunft kaum Gebrauch machen: ein Umsetzen dieses Wissens in Können zur Führererziehung scheidet also aus. Dennoch wird die Zeit kommen, da wir wieder Führer brauchen. Sie werden sich finden, sobald nur im Volke die Erkenntnis sich durchgerungen hat, daß „die wichtigsten materiellen und geistigen Besitztümer der Nationen nur an einem durch Macht gesicherten Dasein sich entwickeln.“



Frankreich und Elsaß-Lothringen



oll Elsaß-Lothringen aufhören, der Zankapfel zweier großer Nationen zu sein, deren Sprache und Nationalität von altersher auf seinem Boden vertreten waren, soll es aufhören, eine ständige Bedrohung des Weltfriedens zu bilden und auch im Frieden als nichts anderes zu gelten als ein Glazis gegen den Feind und Aufmarschgebiet für den Kriegsfall, dann darf nicht Waffengewalt und Sieg allein über sein Schicksal entscheiden. Die Bevölkerung, der von Gottes Gnaden und von Rechts wegen das Land gehört, das sie bewohnt, soll darüber entscheiden, wie sie ihre staatliche Zukunft geregelt wissen will und ihre Entscheidung soll unantastbares Recht schaffen.“ So lautete die Erklärung, die im Herbst 1918 von sämtlichen elsäß-lothringischen Reichstagsabgeordneten beschlossen, bald darauf jedoch wieder durch den Abgeordneten Ricklin umgestoßen wurde mit dem Hinweis, daß alles, was in Berlin und von der neuen Regierung in Straßburg unternommen würde, bei dem derzeitigen Stand der elsäß-lothringischen Frage, die durch Annahme der vierzehn Wilsonpunkte zu einer internationalen geworden sei, keinen wesentlichen Einfluß auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen mehr ausüben könne. Dennoch betonte auch Ricklin, die Elsässer wollten selbst über ihr Schicksal entscheiden und hielten den Auftrag, dem Lande die politische Autonomie zu geben, für überholt. Auch in englischen und amerikanischen Kreisen war man, besonders vor dem über Erwarten furchtbaren Zusammenbruch Deutschlands dafür gewesen, daß die Elsaß-Lothringer, damit künftigen Revanchekriegen vorgebeugt würde, selbst über ihre Staatszugehörigkeit entscheiden sollten. Die Franzosen dagegen hatten wohl jedesmal mit Behagen darauf hingewiesen, wenn in Deutschland ein elsäß-lothringisches Plebiszit von der Hand gewiesen wurde, waren aber, von Einheimischen wie Blumenthal und Wetterlé selbst gewarnt, vorsichtig genug gewesen, auf den Vorschlag eines Plebiszits nicht einzugehen, vorgeblich, um ihren „Rechts“ansprüchen auf die „geraubten“ Provinzen nichts zu vergeben, in Wirklichkeit aber, weil ihnen das Resultat einer solchen Abstimmung trotz aller durch die Härten des Kriegszustandes und mancherlei Mißgriffe im einzelnen wieder sehr hoch angeschwollenen Reichsverdrossenheit im Elsaß doch noch zweifelhaft erscheinen mußte. Im Grunde wollte im Elsaß, abgesehen natürlich von einzelnen Kreisen, denen das oft genug aber leider vergeblich getadelte Verwaltungssystem und mehr noch der Tenor dieses Systems unglücklicherweise immer neuen Propagandastoff lieferte, ja auch niemand so sehr zu Frankreich; was man wollte war im wesentlichen Autonomie, bundesstaatliche Selbstständigkeit. Das müßen irgendwie auch die Franzosen geahnt haben, deshalb lehnte Ribot noch nach dem Siege den Gedanken der Abstimmung durch Hinweis auf Beteiligung des Elsaß an den Föderativfesten von 1790, durch die es sich für Frankreich entschieden habe, ab (in Wirklichkeit handelte es sich 1790, wie bereits die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nachgewiesen hat, lediglich um eine Revolutionsfeier, bei der die Frage nach Deutschland oder Frankreich gar nicht gestellt war) und deshalb ergriff der schlagfertige Poincaré die Gelegenheit, bei seiner ersten, einem Triumphzug gleichkommenden Fahrt durch die wiedergewonnenen Provinzen, angesichts all der hochgehenden Begeisterung laut und vernehmlich zu äußern: „Voilà le plébiscite!“ Was brauchen wir noch eine Abstimmung, da haben wir sie ja.

Immerhin, den Amerikanern war nicht durchaus zu trauen! Darum entfaltete man jene in allen Ländern während des Krieges aufgekommene Rührigkeit um jeden Preis, um das wiedergewonnene Land, das auf allen Propagandabildern als dem „poilu“ unter Tränen der Rührung und des Dankes an die Brust sinkend dargestellt war, schleunigst und möglichst fest dem Mutterlande wieder einzuverleiben. Man kann sich denken, welch ein Hun jezt auf die neuen Ämter einsetzte, wie Minister, Würdenträger und einflußreiche Deputierte mit Empfehlungsschreiben überschüttet, von Stellenjägern überlaufen wurden. Es bedarf auch keiner großen Sachkenntnis weiter, um zu ahnen, daß diese Über-

eifrigen, denen bisher ein Amt versagt worden war, und die das Mutterland für die neuen Provinzen um des Karrieres willen aufzugeben entschlossen waren, nicht durchweg gerade die tüchtigsten Elemente der mit verwaltungstechnischen Kapazitäten sowieso nicht gerade gesegneten, angesichts der ungeheuren Wiederaufbauarbeit aber um solche geradezu verlegenen Landes waren. Schon von dem Chef der neuen Verwaltung, Maringer, hieß es, daß er seine Stelle nur dem Fürspruch seines Schwagers, des Unterstaatssekretärs Jeanneney verdankte. Dazu kamen dann die anscheinend unvermeidlichen Reibungen zwischen Zivil- und Militärverwaltung, die Mißbräuche der Lebensmittel- und Rohstoffschieber, die in der ersten Zeit ungeheuerliche Geschäfte machten, und vor allem die rücksichtslose und geradezu brutal durchgeführte Abschiebung aller altdeutschen oder altdeutschen Gesinnung verdächtigen Beamten und das Chaos war fertig.

Der siegreich einziehende, als Befreier sich fühlende französische Soldat, der aus irgendeinem gottverlorenen Provinznest herbeigeholte französische Beamte mögen große Augen gemacht haben, als sie hörten, wie man überall in den angeblich urfranzösischen Provinzen, in denen die Bevölkerung vierzig Jahre lang unter dem deutschen Joch geknirscht, vierzig Jahre sich nach Frankreich gesehnt hatte — deutsch sprach. Wahrhaftig! sie sprachen deutsch. Sie stüdtien hier und da ein paar unverständliche Brocken Französisch ein, aber in der Hauptsache war diese Sprache deutsch. Auch nachdem man alles Deutsche, namentlich diese berüchtigte fremdkämmige, landfremde Beamtenschaft ausgetrieben hatte, sprachen sie deutsch. In Metz sogar mußte man der Bevölkerung, die den Befreier zugejubelt hatte, in der Straßenbahn und des Nachts auf den Straßen das Deutschsprechen ausdrücklich verbieten. Französische Volksschullehrer mußten mit Dolmetschern arbeiten, und es ereignete sich, daß die Kinder dem kein Wort deutsch verstehenden ahnungslosen Lehrer während des Unterrichts zum allgemeinen Gaudium die lieblichsten Schimpfnamen als Antwort zuriefen. Die ganze Verwaltung wurde zeitweilig durch diese Doppelsprachigkeit lahm gelegt.

Aber es kam noch schlimmer. Die Elsässer waren keineswegs gesonnen, die Trennung von Staat und Kirche mitzumachen und da auch in Frankreich selbst dies Gesetz trotz aller hauptstädtischen und radikalen Freigeisterei niemals recht eigentlich populär geworden ist, griffen die Klerikalen die Sache auf und beantragten Wiederherstellung offizieller Beziehungen zum Vatikan, die jedoch den Regierungsvertretern beim nächsten Wahlkampf das Mandat hätte kosten können. Auch die elsäß-lothringischen Sozialisten, die sich zunächst der französischen Confédération générale du Travail angeschlossen hatten, wurden unzufrieden, als sie über die Sicherstellung ihrer unter deutscher Herrschaft errungenen sozialen Vorrechte keinen befriedigenden Aufschluß erhalten konnten. Es war auch zu fatal, daß die Arbeiter unter der Junkerherrschaft beträchtlich besser gestellt gewesen waren als die Arbeiter im demokratischen Frankreich, unter denen es bedenklich kriselte und die leicht z. B. in bezug auf Kranken- und Invaliditätsversicherung die gleichen Ansprüche erheben konnten, derer ihre lothringischen Genossen sich erfreuten.

Die Elsässer ihrerseits aber gewahrten bald, daß die „Befreier“ in Wirklichkeit doch beträchtlich anders aussahen, als man sich vorgestellt hatte. Das deutsche Militär war man ja nun glücklich losgeworden, zu essen gab's auch die Fülle und Fülle und zu kaufen, was das Herz begehrt, die entwerteten Markscheine wurden bereitwillig gegen 1,25 Franken umgetauscht und von Spartakus, der im Reich sein Unwesen trieb, bekam man Gottlob nichts zu spüren. Aber es schien doch bald, als ob das Militär bei allen Nationen gleich war, und die Deutschen hatten wenigstens keine Schwarzen mitgebracht. Die deutschen Beamten hatten auch nicht mit freidenkerischen Redensarten um sich geworfen, die Lebensmittel wurden nach dem ersten Schub wieder teurer, die ganze Versorgung klappte längst nicht mehr so gut wie unter den Deutschen, die Notenumwechslung ging nur bis zum Höchstbetrag von 10 000 Mark (wie sollte man Löhne zahlen), die Franzosen hielten am Zehnstundentag fest, gingen gegen Streikende mit Maschinengewehren vor und führten Arbeitszwang ein. Die Studenten, namentlich die

Naturwissenschaftler, führten Klage, daß sie an der französischen Straßburger Universität nichts lernten und wie Schuljungen behandelt würden. Beamte, die sich zur Verfügung gestellt hatten, jammerten über ausbleibende, niedrigere oder hinter den Gehältern der französischen Kollegen zurückbleibende Bezahlung und die Suspendierung der altdeutschen Justizbeamten hatte eine fast vollständige Dahmlegung der Gerichtstätigkeit zur Folge. Noch jetzt ist ein großer Teil der Amtsgerichte unbesezt und wird nur in größeren oder geringeren Zeitabständen von auswärtigen Richtern „bereist“, wobei natürlich nur die dringendsten Sachen erledigt werden können. Daß bei diesen Zuständen der anfängliche Optimismus in großen Pessimismus umschlug, war unvermeidlich.

Auch die Franzosen merkten, daß es mit der rücksichtslos zentralisierenden Angliederung nicht ging. Maringer wurde abberufen und zum April durch den tüchtigen und allgemein anerkannten Millerand ersetzt. Millerand erkannte bald, daß hier mit der bloßen verwaltungstechnischen Routine nichts auszurichten war, daß eine wirkliche Rückeroberung nicht mit bureaukratischen, sondern mit kulturellen Mitteln und nur unter vorsichtiger Beachtung der völkischen Eigenart zu bewerkstelligen sei. Noch unlängst hat er im „Reit Journal“ erklärt, die völlige Angliederung an Frankreich im Sinne einer Zentralisation sei weder wünschenswert noch möglich, Elsaß-Lothringen halte an seinen Einrichtungen, von denen manche wie die Hypotheken- und Bodengesetzgebung besser als die französische seien, fest. Der Elsässer sei gutherzig aber empfindlich, er liebe die französische Freiheit, wolle sie aber in hohem Maße, er wünsche zwar keine Autonomie, aber Selbstverwaltung. Auch dürfe man nicht daran denken, die deutsche Sprache zu unterdrücken, das Ziel müsse nur sein, den Elsässer durch Erziehung und Sprachkurse dahin zu bringen, daß er auch das Französische beherrschen lerne.

Trotz dieser an sich löblichen Grundsätze hat sich die Stimmung den Franzosen gegenüber, soweit man von außen beurteilen kann, nicht gebessert. Bei den Ausweisungen ist vielfach ganz verständnislos, lediglich auf Denunziationen hin, vorgegangen worden, während namentlich in der Industrie Protektion und Reklamierung Unentbehrlicher eine beträchtliche Rolle gespielt zu haben scheinen, die Geldumwechslungsfrage ist noch immer nicht gelöst, die durch den Krieg Geschädigten klagen über das langsame und verständnislose Arbeiten der Entschädigungskommission, die Geschäftsleute über die durch den Fortzug der Deutschen sehr beträchtlich geschwächte Kaufrast des Publikums und über die kleinliche Sparsamkeit der Franzosen, über mangelhaftes Funktionieren der Postbehörden, der Post- und Eisenbahnverbindungen, und ein Streik folgt dem andern. Dabei ist es vorgekommen, daß z. B. beim letzten Trambahnstreik in Straßburg Offiziere, die als Streikbrecher fungierten, von der erbosten Volksmenge mißhandelt und in die Ill geworfen wurden. Dazu kommen dann französische Heißsporne, die, wie der Abgeordnete Blumenthal, auf dem Kongreß der französischen Radikalenpartei nach wie vor für unbedingte Zentralisierung eintreten, und gewohnheitsmäßige Deutschentreffer, die das Land noch weiter durch Austreibung „zugewandelter“ Deutscher entvölkern möchten, alle entstehenden Unruhen lediglich auf deutsche Umtriebe zurückführen und alles, was „elsässerdietsch“ spricht, schlechtweg als „hoches“ beschimpfen, worüber es mehrfach zu heftigen Prügeleien gekommen ist. Daran werden auch die vielen Propagandareisen, wie die jetzige Poincarés, mit ihren Potemkinschen Dörfern, und die häufigen Massenbesuche von Kindern und Lehrern nicht viel ändern. Eine gewisse Enttäuschung ist sogar in Frankreich bereits bemerkbar, im Elsaß aber äußert sie sich in dem langsam immer deutlicher werdenden Ruf nach Selbstverwaltung, wenn nicht nach Autonomie.

Mit Spannung darf man daher dem Ausfall der Wahlen entgegensehen. Millerand hat erklärt, sie würden die von Deutschland verlangte Volksabstimmung bilden. Er habe keineswegs die Absicht einzugreifen, riete aber den Deutschen, sich unter allen Umständen in dem Lande, das ihnen Obdach böte, ruhig zu verhalten. Das ist, in einem, auch nach der Demobilisierung überaus stark mit Garnison belegten Lande gesprochen, deutlich genug. Die französischen Rechtsparteien,

namentlich die der „*Démocratie nouvelle*“, entfalten bereits beträchtliche Tätigkeit, die Parteien im Lande selbst haben sich, ähnlich wie die Presse, noch nicht ganz klar gegeneinander konsolidiert. Die alten freiheitlichen Zentrums männer haben bereits Anfang Februar die „*Union populaire républicaine*“ gebildet, neben den alten fortschrittlichen Liberalen, die jetzt als „*démocrates*“ aufstehen, stehen die *radicaux-socialistes* um Blumenthal, die sich, falls eine Verhängung der *Union populaire* einerseits und der Demokraten andererseits mit den Sozialisten, die die Tagesordnung des Pariser Sozialistenkongresses abgelehnt, am Oberrhein aber dennoch den Bürgerlichen scharfen Kampf angesagt haben, fehlschlägt, möglicherweise, trotzdem sich die Demokraten an Blumenthal stützen, mit diesen einigen werden. Alle elsass-lothringischen Parteien aber, auch die anfänglich ablehnenden Sozialisten, sind ausgesprochene Regionalisten, kein Kandidat, der sich nicht zu strikter Wahrung der heimischen, man sagt sogar, patriotischen Interessen verpflichtet, hat Aussicht auf irgendwelchen Erfolg. Das haben sich die Franzosen allerdings anders vorgestellt.

Menenius



Neue Bücher

Deutschunterricht und Deutschkunde. Auf die beiden ersten Hefte, die der deutsche Germanistenverband in einer vom Studienanstaltsdirektor Dr. Vojunga herausgegebenen Sammlung von Arbeiten über Zeitfragen des deutschen Unterrichts auf den höheren Schulen¹⁾ veröffentlicht hat und die ich seinerzeit an dieser Stelle angezeigt habe, sind nunmehr drei neue Hefte gefolgt. In Heft 3 handelt Professor Dr. Oskar Weise in sehr anregender und belehrender Weise von deutscher Heimat und Stammesart im Unterricht an höheren Schulen, indem er zunächst in einer Einleitung die Eigenart des deutschen Volkes charakterisiert, wie sie uns in der Geschichte, so vor allem bei Tacitus, ferner in französischen und deutschen Zeugnissen, in deutschen Dichtungen und im deutschen Sprichwort entgegentritt. Alle diese Quellen zeigen, daß das Wollen und Denken unseres Volkes vom Gefühl bestimmt wird, in dem die deutsche Frömmigkeit, das sittliche Pflichtgefühl, die deutsche Treue, aber auch die deutsche Poesie und Musik wurzeln. Neben dem Gemütsreichtum steht die Willenskraft, die sich als Tapferkeit und als Zähigkeit und Ausdauer äußern. Dazu kommt auf geistigem Gebiet eine tiefbohrende Gründlichkeit, die besonders auf dem Gebiete der Philosophie hervortritt und die uns den Titel des Volkes der Dichter und Denker eingebracht hat. Aber die deutsche Eigenart zeigt dabei auch Fehler dieser Tugenden; dahin sind zu rechnen das Hängen an Besonderheiten und die Neigung zur Absonderung in kleineren Kreisen (Kastengeist), Mangel an Selbstvertrauen und Überschätzung alles Fremden, Vernachlässigung der Form auf den verschiedensten Gebieten, starrköpfige Rechthaberei, Hang zum Zweifeln und Haarspalten usw. Aber alles in allem kann man P. Lorenz zustimmen, der in einer Programmabhandlung des Gymnasiums zu Sorau im Jahre 1900 über die deutsche Eigenart zusammenfassend sagte: „Führt das Wollen, das nicht immer ein rasches ist, zur Tatkraft, so das innige Empfinden zum Sinnen, zum Betrachten, zum Schauen. In der innigsten Verknüpfung beider gleich stark vorhandenen Seelenrichtungen ist die Eigentümlichkeit germanischen Wesens beschlossen.“ — In der eigentlichen Ausführung zeigt dann Weise, wie sich die deutsche Eigenart in den einzelnen deutschen Volkstämmen, so bei den Baiern und Alemannen, Franken und Thüringern, Sachsen und Friesen wieder in verschiedener Art offenbart und

¹⁾ Berlin 1857, Otto Salle.

so jeder einzelne Volksstamm für ihn besonders charakteristische Züge aufweist. In dem Unterricht der höheren Schulen wird darauf vor allem an der Hand des deutschen Schrifttums hinzuweisen sein, aus dem der Verfasser besonders bezeichnende Beispiele anführt; aber auch die deutsche Schriftsprache, so vor allem Orts- oder Personennamen, liefert interessantes Material, das ebenfalls im Unterricht berücksichtigt werden muß; auch die deutschen Mundarten steuern dazu bei. Dieses Material wird der deutsche Unterricht zu verarbeiten haben; aber auch andere Lehrfächer, so Geschichte, Erdkunde, Religion und fremdsprachlicher Unterricht können für die Belehrung der Schüler über deutsche Heimat und deutsche Stammesart nutzbar gemacht werden. —

Biel zu wenig Berücksichtigung findet im allgemeinen im deutschen Unterricht der höheren Schulen noch immer die deutsche Mythologie. Die amtlichen Lehrpläne weisen auch nicht die leiseste Andeutung darüber auf, ob und in welchem Umfange sie im Unterricht zu behandeln sei. Und doch gehört sie, besonders seitdem in den letzten fünfundsiebzig Jahren die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Mythologie außerordentliche Fortschritte gemacht hat, unbedingt mit in den deutschen Unterricht der höheren Schulen hinein. Darauf weist Professor Dr. Paul Herrmann hin, der Heft 4 und 5 der Bojunga'schen Sammlung verfaßt hat; Heft 4 führt den Titel: „Glaube und Brauch der alten Deutschen im Unterricht auf der Oberstufe höherer Schulen“, und Heft 5 will eine „Einführung in die deutsche Mythologie auf höheren Lehranstalten“ geben. In Heft 4 zeigt Herrmann, der über eine erstaunliche Belesenheit auf dem von ihm behandelten Gebiete verfügt, welche Erzeugnisse unserer Literatur besonders geeignet sind, in der Sekunda und Prima die Schüler mit Glauben und Brauch der alten Deutschen bekannt zu machen. Und auch in Heft 5 erörtert er im ersten Teil in außerordentlich anregenden Darlegungen wieder, wie die Schüler an der Hand deutscher Gedichte und deutscher Kunst in die deutsche Glaubenswelt eingeführt werden können. Hier weist er dann aber in einem zweiten Teil zugleich nach, daß auch die anderen Lehrfächer, so vor allem Geschichte, Erdkunde, Naturkunde, Religionslehre, der fremdsprachliche Unterricht, der Einführung der Schüler in die deutsche Glaubenswelt dienlich gemacht werden können.

So weisen auch die neuen drei Hefte der Bojunga'schen Sammlung wieder in dankenswerter Weise auf wichtige Aufgaben des deutschen Unterrichts an den höheren Schulen hin. Wenn ich lese, was in diesen Heften und auch schon in den beiden ersten Heften der Sammlung dem deutschen Unterricht an Lehrstoff und Aufgaben zugewiesen wird, dann verstehe ich vollenends nicht, daß Vertreter des Germanistenverbandes die Zeitforderung, die ich für den deutschen Unterricht an den höheren Schulen stelle, für übertrieben halten können. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß, wenn dieser Unterricht neben den alten Aufgaben auch noch die mancherlei wertvollen neuen Aufgaben erfüllen soll, die der Germanistenverband ihm zuweist, auch selbst die ihm von mir zugedachte Zeit noch kaum ausreichen würde. Jedenfalls müßte ein noch geringeres Zeitmaß bei der Fülle der Aufgaben notwendig zu einer flüchtigen und oberflächlichen Behandlung führen; damit würde aber der ganze Fortschritt, den der Germanistenverband für den deutschen Unterricht bringen will und kann, wieder in Frage gestellt werden.

Gerhard Budde

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: Dr. Mathilde Reiskner in Berlin-Galensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 86a.

Korrespondenz des Herausgebers: Amt Bismarckstraße 48a, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bayern 6610.

Verlag: Verlag der Grenzboten: G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 86a.

Verd: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Bismarckstraße 46/37.



Zurück zum Geist von 1807!

Von Professor Dr. G. U. G. Collischonn

„Ein tobend Schlachtroß oder eine Mähre,
die das Ohr hängt, was ist edler?“



Unsere wahren Erbfeinde sind die Engländer. Sie sind es gewesen in aller Vergangenheit, und sie werden es sein für alle Zukunft. Dem haben wir ins Auge zu sehen. Emerson sagt von den Engländern: They have more constitutional energy than any other people. Mit dieser constitutional energy haben sie den Krieg gewonnen und die Welt unter ihre Füße gebracht. Energie ist Macht. Was haben wir dieser organischen, angeborenen, animalen Energie der Engländer, die uns fehlt, entgegenzusetzen? Den Geist, von dem wir mehr haben als sie. Aber Geist ohne Energie ist machtlos. Die Frage ist für uns: Wie wird aus Geist Energie? Wie können wir die reichen geistigen Kräfte Deutschlands, deren Reichtum gerade der Zusammenfassung widerstrebt, trotzdem zusammenbinden zur Energie, die dann eine ungeheure Stoßkraft entwickelt, wie die erste Hälfte des Krieges zeigte? Nur ein Ziel, das alle Kräfte auf sich zieht, vermag dies. Erst der auf ein Ziel gerichtete Wille setzt die Kräfte in Energie um. Englands Energie resultiert aus nationaler Borniertheit, wir können Energie nur erwerben durch Erziehung. Erziehen heißt nichts weiter als dem Willen ein Ziel stecken und dadurch die Kräfte zusammenbinden zur Energie. Wille, Persönlichkeit, Charakter, Form, Stil, Energie sind Synonyme. Schon einmal standen wir vor dieser Aufgabe. Fichte erkannte sie in ihrer ganzen Tiefe und Tragweite, und Humboldt unternahm es, sie durch seine Neugestaltung des Gymnasiums zu lösen. Die Geschichte stellt ein Volk immer wieder vor dieselbe Aufgabe, bis es sie gelöst hat oder daran zugrunde geht. Damals wurde sie nur halb gelöst, weil Fichtes und Humboldts Gedanken nur halb durchgeführt wurden, während Schopenhauers Ideen, voll verwirklicht, auch den Sieg brachten.

Werden wir die Lösung diesmal mit dem Ernste angreifen, den die große Not des Volkes erheischt? Begreifen wir es heute, wo wir es mit tausend Schmerzen am eigenen Leibe erfahren, daß unsere Existenz von der Lösung dieser Frage abhängt? Wir begreifen es nicht. Von Analphabeten der Wissenschaft und Kultur läßt Deutschland heute seine Schulen reformieren. Dieselben, die unsere militärische und unsere industrielle Kraft zerstört, die den Geist und den Willen des Volkes gegen seinen eigenen Geist und seine eigene Geschichte umgebogen haben, sie sind an der Arbeit, auch die wissenschaftliche und kulturelle Kraft des Volkes zu zerbrechen. Und neben diesen Geistesblinden stehen die Irrlehrer des Geistes, die einen Geist predigen, der schlimmer ist als Geisteslosigkeit, den Geist

des Klosters, des Verzichts auf das Ziel jedes gesunden Volkes, auf Staat und Macht, den Geist der Resignation, von der Hölberlin sagt, daß sie „bei allem Scheine von Weisheit, womit sie von den Feigen geprebigt wird, gewiß das Nichtswürdigste ist, worin der Mensch geraten kann.“ Es sind dieselben verhängnisvollen Stimmen, die die Demobilisation der Geister predigten, als die Entente alle Geister zum letzten Stoß mobil machte. Der einzelne, das Volk, die Nation sind eine organische Lebensgemeinschaft. Tötet man die nationale Energie, so tötet man die Energie jedes einzelnen und des ganzen Volkes. Machtvolle Kultur ohne machtvollen Staat hat es nie gegeben. Geist ohne Wille, den hatten eben die von den Römern verachteten Graeculi, die energielosen, staatenlosen Nachkommen der Marathonkämpfer. Nicht der Geist der Graeculi, sondern der Geist der alten staatsstolzen Griechenkultur bezwang den Geist der Römer und der Welt. Und so war Weimar nicht das Land des eingeschlaferten Willens der Resignation, sondern das Land des noch schlummernden Willens, in dem doch Deutschlands große Vergangenheit, seine Zukunftshoffnung und Friedrichs des Großen offensiver Geist lebte. Kloster und Resignation schaffen Ameisen des Geistes, wir aber brauchen Löwengeist. Der Geist ist seinem Wesen nach das kriegerischste Tier. Kampf ist seine Lebenslust, er braucht Eroberungsziele, oder er schießt dahin. Die süße, opiumdurchtränkte Melodie des reinen Geistes ohne Machtwille ist tödendes Gift für den Geist. Aus der Macht der Nation erst zieht auch der einzelne die Kräfte, um zu seiner vollen Höhe zu wachsen. Nicht als Mensch zuerst, sondern als Engländer tritt der Engländer überall auf. Und aus diesem Bewußtsein zieht er seine Energie. „Wohl dem Manne, dem ein blühend Vaterland das Herz erfreut und stärkt.“ Mit unsäglichlicher Verachtung hätte Fichtes Blick diese Klostergeister, Bazilliten und Morphiniten gestreift, die noch nicht einmal das Abc der Biologie des Geistes buchstabieren können und sich zu Beratern des Volkes aufwerfen. Wir brauchen den Geist der Tatkraft und der starken Hoffnung. Es ist uns eine ungeheure Aufgabe zuteil geworden. Wir dürfen den Blick nicht verzagt auf die Not der Zeit richten, sondern auf die Größe der Aufgabe. Wir müssen groß werden im Angesicht dieser Aufgabe. Wir müssen stolz werden über dieser Aufgabe und die Jugend zu diesem Stolz erziehen.

Die deutsche Einzelpersönlichkeit ist zu schaffen, die das Leben meistert aus der Energie des Willens zum Deutschen, aus der Energie des deutschen Gedankens: es gibt keine Deutsche, wie es Engländer gibt. Die deutsche Volkspersönlichkeit ist zu schaffen, deutscher Wille in der Energie einer typischen Kulturform des ganzen Volkes: es gibt kein deutsches Volk, wie es ein englisches Volk gibt. Die deutsche politische Persönlichkeit ist zu schaffen, deutscher Wille in der Energie der im Staat zusammengefaßten Volkskräfte: es gibt keine deutsche Nation, wie es eine englische Nation gibt. Wir hatten einen Staat, aber wir waren keine Nation. Der Staat ist nur die Grundlage der Nation, die Kriegsformation des Volkes im Kampf ums Dasein. Keine Nation ohne Staat, zur Nation aber, zur politischen Persönlichkeit, wird das im Staat geeinte Volk erst durch einen in allen lebenden nationalen Zukunftswillen und durch gemeinsame, von allen geteilte politische Erlebnisse. Das Fehlen des politischen Zieles, des politischen Willens, der politischen Energie des Volkes war die Ursache unserer Niederlage, und es würde in Zukunft auch die Ursache unseres kulturellen Niederganges werden. Der Dreieinigkeit der individuellen, völkischen, politischen Persönlichkeit und Energie hat deshalb alle unsere Erziehungsarbeit zu gelten, denn diese Dreieinigkeit allein kann uns die Kräfte der Auferstehung geben. Dazu können wir die Ziele für Individuum, Volk und Nation nicht hoch genug stellen. Nur ein großes Ideal weckt alle Geister, nur ein großes Ziel schafft große Charaktere und große Energie. Wer sich aber selbst aufgibt, der hat die Macht und das Recht auf das Leben unwürdig verwirkt.

Wir machen eine furchtbare seelische Krankheit durch. Der Krieg hat sie akut gemacht, aber sie lag lange vorbereitet im Volksleben vor dem Krieg. Sie hat ihre Ursache in der Veranlagung, in den historischen Erlebnissen und in der

verfehlten Erziehung des Volkes im neunzehnten Jahrhundert. Nur auf die Erziehung haben wir Einfluß. Diese muß sich jetzt mit aller Energie klarer Erkenntnis ihrer dreifachen Aufgabe zuwenden. Welche Art Schulen brauchen wir dafür? Eine Schule, wie zur Zeit Fichies und Humboldts, genügt dafür nicht mehr. Dazu sind die Aufgaben des Kulturlebens viel zu differenziert geworden. Die uniforme Einheitschule ist die Ausgeburt des Analphabetismus in Fragen der Kultur. Die Einheitschule, die den Volksaufgaben genügen soll, muß höchste Differenzierung aufweisen gemäß der Differenzierung der Aufgaben und Begabungen. Aber jede Gattung und Stufe dieser Einheitschule muß dasselbe biologische Ziel der Erziehung zur Persönlichkeit haben. Hier haben alle unsere Schulen versagt vom Gymnasium bis hinunter zur Volksschule. Uns aber kann nur eins retten: derselbe Geist in den breitesten Massen, die Schließung des Risses, der durch das ganze Volk klappt. Deshalb darf auch die Volksschule, und zwar besonders die auf dem Lande, keine Abschule bleiben. Sie muß eine Schule nationalen Denkens und Wollens werden nach dem Vorbild der dänischen Volksuniversitäten. Die Bauernschaft muß aus dem bloßen Ernährer des Volkes ein Teil der Nation werden. Eine Schule aber muß die Führung haben und die anderen mit ihrem Ziele und Geist durchbringen. Dies kann nur die Schule sein, die mit der Aufgabe der Persönlichkeitsbildung in die Welt trat: das Gymnasium Humboldts. Und dazu muß es zum Sinne seines Stiefers zurückgeführt werden. Gerade von den Verufensten erfolgt heute laut dieser Ruf der Rückbildung des Gymnasiums. Es handelt sich dabei nicht um die Verteidigung eines ehrwürdigen Erbstücks aus der Väter Zeiten, sondern allein um die Frage: Wie kommen wir zur höchsten Energie des Geistes? Dafür müssen wir uns nach einem pädagogischen Werkzeug umsehen, nach Kulturgütern, die aus solchem Geiste selbst geboren sind, um ihn wieder erzeugen zu können. Suchen wir in den Jahrtausenden der Geistes- und Willensgeschichte der Menschheit! Nirgends liegen gerade diese Kulturgüter gehäuft als in der Antike, denn nie war der Geist jugendfrischer, freiwaltender, entdeckungsfreudiger, unüberbraucher, lebensfroher als in jenen Jahrhunderten seiner Geburt, nirgends war der Wille mächtiger, unbeugsamer, eroberungslustiger, zäher, schärfer zugreifend, nirgends die Persönlichkeit energischer im Individuum, im Volk, im Staat. Mit jedem antiken Schriftsteller ist man sofort in jenen beiden Welten, die wir zur Erziehung brauchen: der Welt der Persönlichkeiten und der Welt des Staates. Lehren die Griechen den Weg zur kulturellen Persönlichkeit, so lehren ihn die Römer zur nationalen Persönlichkeit.

Es sind vor kurzem zwei Bücher¹⁾ erschienen, als letzter großer Bed- und Warnungsruf von Männern aller Verufe, die vom Geiste leben. In höchster Sorge liegt ihr Blick auf der Schule als der Kinderstube des Geistes. Sie reden nicht aus der Theorie oder der Voreingenommenheit für eine Schulgattung; sie reden aus der Praxis des Geisteslebens, und aus dem, was sie reden, löst sich eine ganze Geistesbiologie ab. Die Kapitalfragen für die geistige Auferstehung der Nation werden hier behandelt. Es ist eine Fundgrube für den Pädagogen wie für den Politiker, für jeden, den diese Fragen angehen. Und wen gingen sie nichts an, sei es als Vater, als Staatsbürger, als Deutscher? Es fehlt der Raum, die Fülle der Probleme für den Geisteshaushalt und die Geistigkeit der Nation auch nur zu streifen, die hier aufgeworfen oder gelöst werden. Nur zwei Punkte seien hervorgehoben: die Frage der Wissenschaft und die Frage des Staates.

Greifen wir in der Organisation der Schule fehl, so entsteht die ungeheure Gefahr der Senkung des Niveaus der Wissenschaft, dies aber ist, da die ganze moderne Volkswirtschaft samt Industrie und Landwirtschaft auf den Ergebnissen der Wissenschaft aufgebaut ist, gleichbedeutend mit unserer endgültigen Versklavung unter das Ausland.

¹⁾ Neues Leben im altsprachlichen Unterricht. Weidmannsche Buchhandlung. Berlin 1918. Das Gymnasium und die Neuzeit. B. G. Teubner. Leipzig 1919.

Zum Gedeihen des Staates forderte bereits der Geist von 1807 durch die Stimme Fichtes vernehmlich die politische Pädagogik, deren Nichteinführung vor hundert Jahren uns heute an den Rand des Todes gebracht hat. Das Werkzeug dieser politischen Pädagogik liegt im römischen Altertum bereit. Wir müssen dazu nur den literarischen Philologenblick für das Lateinische ablegen und das Römische im Lateinischen herauslesen lernen: den römischen Menschen und den römischen Staat. Dies muß zum Zentrum des lateinischen Unterrichts werden. Mit dem untrüglichen biologischen Blick von Machiavellis „Fürsten“ müssen wir das Wesen und Werden des römischen Staates und damit des Staates überhaupt durchforschen und erkennen, um die deutsche Ideologie in der Politik und den irrigen Staatsbegriff zu überwinden, der seit Spinoza und Rousseau die Köpfe verwirrt hat. Die Römer sind die großen Baumeister des Staates, sie, und nicht die griechischen Theoretiker, sind daher auch seine großen Lehrmeister. Aber die Römer schwiegen über ihren Staat, die Griechen rebeten. So tat man den gerade für den deutschen Geist verhängnisvollen Mißgriff, bei den letzteren in die Schule zu gehen. Der Mißgriff hat sich schwer an uns gerächt, denn aus ihm leitet sich das deutsche Mißverständnis her, das innere Politik gleichsetzt mit Politik und das an den Ursprung des Staates aus der inneren Politik glaubt. Hätte man sich von den Römern belehren lassen, so hätte man seinen Ursprung in der äußeren Politik, an der Reibungsfläche der Völker, erkannt, daß er seinem Wesen nach die Kampfformation des Volkes ist, daß er also, Rechtsstaat im Innern, doch Machtstaat bleiben muß in der äußeren Politik, solange es Staaten und Nationen gibt. Die römische Lehre ist auf den ersten Blick verblüffend, sie lautet: zuerst war der Staat, dann die Nation. Das gibt volles Licht darüber, warum wir, trotz aller Reden von Kulturnation, mit denen man nur die Wahrheit verbirgt, noch keine Nation sind. Ehe man Kulturnation sein kann, muß man Nation sein. Wir aber lebten nicht lange genug in Bismarcks Staat, um Nation zu werden. Und wir werden nicht zur Nation werden, bevor wir dies erkannt und den zerbrochenen Staat wieder aufgerichtet haben. Ohne daß er ein lebendiger Teil einer Nation ist, ist auch der einzelne kraftlos, und wäre sein Geist ein Riese. Wir werden diese harte Erfahrung machen, sobald der Friede den Verkehr unter den Nationen wieder hergestellt hat. Zurück zum Geist von 1807, zurück zum Gymnasium Humboldts! Der Ruf bedeutet kein „Rückwärts“, er ist im Gegenteil das Anzeichen einer neuen Kraft, die sich regt, die zum Sprung ausholt, und er bedeutet damit ein energisches „Vorwärts“. Alle Renaissanceen waren ein solches Zurück, das ein Vorwärts bedeutet. Die Renaissance kann uns nur werden, wenn die führenden Stände (es werden in Zukunft Menschen aus allen Klassen sein!) da lernen, wo das, was uns fehlt, am ursprünglichsten, faßlichsten, eindringlichsten lebendig ist. Das ist das Altertum. Dessen Durchbringung ist die Aufgabe des Gymnasiums. Blicken wir nicht auf seine noch unzulängliche Gestalt, sondern darauf, was es sein kann und sein muß als führende Geistes-schule. Es besteht die atemraubende Gefahr, daß unser letztes Rettungsmittel, der Geist, unter uns ausgelöscht werde, wenn den Analphabeten der Kultur und Wissenschaft die Neuordnung unseres Erziehungswesens überlassen wird. Werdet wach über die Bedeutung, die diesem Kampf um das Gymnasium zukommt für das Leben der Nation! Nicht braucht der einzelne als Fachvorbereitung, sondern braucht die Nation das Gymnasium? das ist die Frage. Es ist keine pädagogische Fachfrage, sondern die brennendste Nationalfrage. Wird sie gegen das Gymnasium entschieden, so wird das vom Gymnasium geschehen, was Hebbel einst prophetisch von Deutschland und seinen Feinden sagte: „Haben sie den Deutschen erst ins Grab gebracht, sie werden ihn mit ihren Nägeln wieder heraus-ziehen wollen.“



Die Karlsbader Beschlüsse

Auch eine Jahrhundertenerinnerung

Von Dr. Paul Wenzke



Ein seltsamem Kreislauf verbinden sich die großen geschichtlichen Gedenktage des letzten Jahrtausends zu einem Spiegelbild der politischen Entwicklung Deutschlands. Das Vorspiel geradezu zur neuen Erhebung der unvergeßlichen Augusttage von 1914 boten seit dem Frühjahr 1913 die wundervollen Jahrhundertfeiern der Befreiungskriege. Der Tag von Belle-Alliance, der erste wahrhaft nationale Sieg, den Preußen-Deutschland in bewußter Einheit über seinen Erbfeind im Westen errang, fand seinen Widerhall in unerhörten Erfolgen in Ost und West. Die hundertjährige Wiederkehr des Wartburgfestes vom 18. Oktober 1817 endlich schien aus neue ungeahnte Kräfte im Inneren zu wecken, um in einem letzten großen Aufbäumen der nationalen Energie die hereinbrechende Flut abzdämmen und fernzuhalten. Noch einmal berührten und verknüpften sich die inner- und außenpolitischen Probleme der deutschen Einheitsbewegung, wie sie schon in den Jahren 1818 und 1819 zur endgültigen Lösung drängten. Reform von oben, nicht Revolution von unten war damals und im Frühjahr 1918 die Lösung. Außenpolitischer Druck aber verdammt im zweiten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts die besten Kräfte Preußens und Deutschlands zur Untätigkeit. Außenpolitischer Druck löste auch im zwanzigsten die innerpolitischen Kräfte aus, die damals wie heute die friedliche Entwicklung jäh unterbrachen. In beiden Fällen war ausschlaggebend und entscheidend die Unterstützung, die das Ausland in den deutschen Parteien selbst fand: im Jahre 1818 in den legitimistischen Bestrebungen, die mit offener Unterstützung der Habsburger von Osten her Deutschland im Völkerbund der Heiligen Allianz umklammerten, in der jüngsten Novemberrevolution in der radikalen Bewegung, die wiederum von Rußland aus durch das unheilvolle Versagen der habsburgischen Hauspolitik Eingang auch im Herzen des neuen Reiches finden konnte, während neue Lockungen von Völkerfrieden und Völkerveröhnung die deutsche Aufklärung des zwanzigsten Jahrhunderts zu schmachvoller Kapitulation fortrissen. Am 20. September 1819 schloß die Annahme der Karlsbader Beschlüsse durch den deutschen Bundestag die Zeit der Freiheitskriege endgültig ab. In den gleichen Wochen dieses Jahres werden wir selbst die Ratifizierung und damit die endgültige Bestätigung des sogenannten Versailler Friedens durch den Bundestag der Entente zu erwarten haben.

Rein äußerlich knüpft die Bewegung, die in den böhmischen Bädern zu so unheilvollen Verhandlungen führte, unmittelbar an das Wartburgfest an, dessen Bedeutung seinerzeit an dieser Stelle bereits ausführlich gewürdigt wurde¹⁾. Selbst die große liberale Werbung für verfassungsmäßige Einführung von Landständen in allen deutschen Einzelstaaten, die schon 1814 eingesetzt hatte, verhallte über dem Lärm, den unsaubere Geister, aber auch ehrliche Anhänger einer gesegneten, konservativen Welt- und Staatsanschauung nach Verbrennung der legerischen Büchertitel auf dem Wartenberg bei Eisenach erhoben.

Im Frühjahr 1818 lehnte es der Bundestag überhaupt ab, vorläufig auf die Erfüllung des berühmten Artikels 13 der Bundesakte, der ständische Vertretungen zu verheißen schien, von sich aus einzugehen. Der preussische Vertreter erklärte, daß es ihm und seiner Regierung fern liege, „den Forderungen einiger unruhiger Köpfe, denen es mehr um einen geschlossenen Zustand als um irgend eine gesetzliche Verfassung zu tun ist, das Wort zu reden.“ Auf's neue versagte sich

¹⁾ Grenzboten, 76. Jahrgang (1917) II. — Meine dort erwähnte Geschichte der Deutschen Burschenschaft, der auch die hier verwerteten Forschungen entnommen sind, liegt nun bereits im sechsten Jahre druckfertig, im vierten Jahre im Satz vor, ohne daß sich der Verlag (Winter-Heidelberg) zur Ausgabe des Buches entschließen kann.

damit die deutsche Großmacht, auf deren freiheitliche Entwicklung die südwestdeutschen Liberalen seit den Tagen von Belle-Alliance ihre politischen Hoffnungen gesetzt hatten, dem Drängen der Verfassungsfreunde.

Sie versagte sich ihnen, trotzdem gerade damals im Schoße der Berliner Regierung selbst Stimmen laut wurden, die warnend und mahnend hinauswiesen auf die größere Aufgabe Preußens. „Die Blide von Deutschland“, schrieb Zerboudi Epofetti, der Oberpräsident von Posen, „hängen richtend an dem, was aus uns hervorgehen wird. Es ist kein Rausch einer entzündeten Phantasie, kein verbrauchender Freiheitsschwindel, welcher die besseren Köpfe in Deutschland in Bewegung setzt und ihnen die Forderungen an die Fürsten diktiert: durch einen feierlichen, ihre gesamten Pflichten und Rechte umfassenden Vertrag alles Unbestimmte und Zweideutige aus den Verhältnissen mit ihren Untertanen zu verbannen. Es sind nüchterne, fest und kräftig an den großen Weltbegebenheiten aufgefaßte Resultate, die sich selbst schon das Volk anzueignen beginnen, die durch jede Gegenwirkung tiefer wurzeln, die nicht mehr zu vertilgen sind. Die Zeit ist gekommen! Ihr Geist ist nur zu beherrschen, indem man ihn in sich selbst aufnimmt. Es liegen große Ereignisse im Schoße der Zukunft. Sie wird sie an Preußen anknüpfen. Wir haben keinen Nebenbuhler, wenn wir die Rolle begreifen, die uns zugefallen ist.“ Und ähnlich berichtete amtlich ein preußischer Diplomat selbst vom Petersburger Hofe, „daß alle Männer von Gediegenheit auf Preußens Regierung schauen und fest daran glauben, daß sie die freisinnigen Ideen ernsthaft pflegen und besonnen darzustellen bemüht sein, überall an Deutschland nie und unter keinen Umständen verzweifeln werde.“

Dieselben Töne fast werden hier angeschlagen, die just hundert Jahre später dem großen Versagen auch der Regierung Wilhelms des Zweiten vorausschallen. Preußen, so sagten im Frühjahr 1918 in Stralsburg wohl gute Elsäßer Vaterlandsfreunde, gleicht einem Magnet, dem der kräftige Strom einer wahren Volksbewegung fehlt. Gelingt es in letzter Stunde noch, ihn im Kern des neuen Deutschland in Parlament und Regierung einzulassen, so fällt das Reichsland selbst, so fallen auch die anderen Bundesstaaten kampflös dem Sieger im innerpolitischen, wahrhaft nationalen Streite zu.

Wir alle wissen, daß gerade in diesem entscheidenden Augenblick Fürst und Volksvertretung, Beamtentum, Stände und Parteien versagten, weil sie die Verantwortung einer Revolution von oben scheuten, und gerade nach diesen eigenen Erfahrungen können wir es verstehen, daß auch vor einem Jahrhundert die Gegner jeder freieren Entwicklung, die auch ihnen damals als revolutionär gelten mußte, die Oberhand behielten. Der Staatskanzler Hardenberg, der wie der große Reformator des preußischen Heerwesens Hermann von Boyen theoretisch noch an der „Repräsentation des Volkes“ festhielt, wurde überstimmt. Die altständische Partei, die nur Provinzialstände, nicht Reichsstände für den Ausbau der Staatsverfassung wünschte, trat mit immer größerem Erfolg dem „in Deutschland beginnenden merkwürdigen Entwicklungsgang der Veränderung der Landstände in Volksvertretung“ entgegen.

Die öffentliche Meinung in Südwestdeutschland zog sich eben unter diesen Folgeerscheinungen des Wartburgfestes langsam von Preußen zurück und wandte sich dem neuen Ideal eines konstitutionellen, dritten Deutschland zu, das dann die Wiege der internationalen demokratischen Grundstimmung werden sollte, die die Mehrheitsparteien von heute beherrscht. Die Heilige Allianz, die bereits 1815 unter dem Eindruck der Rückkehr Napoleons von Elba ins Leben getreten war, bereitete eine stärkere Bindung ihrer Mitglieder vor und suchte durch diplomatische Warnungszeichen ebenfalls jede engere Vereinigung Preußens und Deutschlands zu verhindern.

In Aachen traten im Herbst 1818 die Fürsten und Staatsmänner der Großmächte zusammen, um die großen politischen Fragen des Tages in persönlichem Meinungsaustausch zu erörtern. Sehr bald rückte hier für Metternich wie für die Ratgeber des russischen Kaisers die Notwendigkeit, mit „moralischer

Kraft die öffentliche Ordnung Europas" aufrecht zu erhalten, in den Vordergrund. Als Träger aber der revolutionären Bewegung, die in Deutschland jetzt ihren Kern zu finden schien, galt ihnen die akademische Jugend.

Hatten die sattsam bekannten „Bulletins“ des russischen Agenten und deutschen Lustspielbüchters August von Rogebue die Aufmerksamkeit des russischen Kaisers vor allem auf die Zügellosigkeit der Weimarer Presse und der Jenaer Professoren gelenkt, so ergänzten jetzt weitere Berichte über die Lehren des Wartburgfestes dies Bild zu einem umfassenden Gemälde vom revolutionären Treiben auf deutschen Universitäten. Würdig trat dem unglücklichen Rogebue, der schon am 23. März 1819 unter dem Dolche Karl Ludwig Sands fallen sollte, in haßerfüllten Angebereien der frühere Jenaer Anatom Loder zur Seite, der sich jetzt in Moskau auch politisch eine glänzendere Stellung zu sichern suchte. Seine ausführlichen Berichte sind dann in dem großen Memoire verwertet, das der Balache Alexander Stourdza „über den gegenwärtigen Zustand Deutschlands“ erstattete. Religiöse Schwärmerei vor allem hatte ihn beherrscht, als er wenige Jahre zuvor bereits Alexander dem Ersten die Urkunde der Heiligen Allianz entwarf, in der „die christlichen Monarchen aller Bekenntnisse den religiösen Absolutismus zum weltpolitischen Gesetz erhoben“, und religiöse Furcht vor einer Entgötterung der eigenen russischen Welt durch die liberalen Einflüsse der deutschen Einwanderung führte ihm auch bei der Abfassung der neuen Denkschrift die Feder. Darüber und dahinter aber stand der nackte Egoismus des russischen Selbstherrschers, der in Gemeinschaft mit den Genossen des neuen Völkerbundes die deutschen Teilstaaten so „unabhängig“ zu halten suchte, daß an eine innere, widerstands- oder gar angriffsfähige Gemeinschaft Deutschlands fernerhin nicht mehr zu denken sei.

Mit scharfem Blick aber sah gerade Stourdza, ein geistig hochstehender Mann, eben in der jungen burschenschaftlichen Bewegung die Ansätze zu einer neuen Einigung, die mit logischem Zwange auch die politische Selbstständigkeit ganz Deutschlands nach sich ziehen mußte. Die Universitäten vor allem sind ihm daher „gotische Trümmer des Mittelalters“, unvereinbar mit den Bedürfnissen der Zeit, Staaten im Staate, deren Kastengeist und ererbte Anmaßung die Jugend und den Geist der öffentlichen Meinung irreführen muß. Besserung kann nur die Aufhebung der akademischen Sonderrechte bringen, die zugleich die unter dem Namen „Burschenschaft“ bekannte revolutionäre Verbindung, deren Mittelpunkt Jena ist, der akademischen Gerichtsbarkeit entzieht und der schärferen Aufsicht der ordentlichen Behörden unterstellt.

Auf dem Aachener Kongreß selbst führten diese Anregungen, die im Grunde ihrem sachlichen Inhalt nach auf Ersetzung der Universitäten durch Fachschulen hinausliefen, nicht zu besonderen Beschlüssen. Wie wenige Monate vorher der Bericht Rogebues aber gelangten auch Stourdzas Vorschläge alsbald an die Öffentlichkeit. Der ursprünglich literarische Streit wurde zu hochpolitischer Bedeutung. Mit einem Schlage fast sah sich die ursprünglich und auch jetzt noch rein akademische Reformbewegung der Burschenschaft vor das Forum der europäischen Politik gezogen. Dem Kämpfen der österreichischen Reaktionspolitik, Friedrich von Gentz, verdarb der Anblick der „grotesten und widerlichen Figuren, die in schmutzigen altdeutschen Trachten die falsche Weisheit ihrer ruchlosen Professoren einholten“, die ganze Freude an dem Paradies, das ihm Heidelberg bei der Rückkehr vom Aachener Kongresse bot. Frohlockend konnten die Freunde und Helfer Metternichs, die mißtrauisch die „deutsche“ Richtung der staatsrechtlichen Entwicklung beobachteten, die Tat Sands „politisch auszuheuten“ versuchen. In ihrer Verfolgung, die zugleich dem liberalen Treiben in Süd- und Mitteldeutschland galt, war in der Tat, wie sich einer der Diplomaten ausdrückte, „Ruhm und Ehre zu verdienen“. Außerdem durfte die Wiener Regierung hoffen, damit auch in Preußen die Bestrebungen nach einer Gesamtverfassung und Volksvertretung ins Herz zu treffen.

Ein Umschwung in der innerpolitischen Lage Preußens kam diesen Wünschen entgegen. Unabhängig von den Einflüssen, die Metternich nach dem Wartburgfest entfesselte und doch wieder mannigfach von ihnen gestützt, bereitete er sich vor. Im Herbst 1818, kurz vor dem Aachener Kongreß, erschien der vierte Band von Ernst Moritz Arndts „Geist der Zeit“, der noch einmal wuchtig und leidenschaftlich für eine nationale Einigung Deutschlands, für Reformen in Verfassung und Verwaltung Preußens, für Preß- und Redefreiheit eintrat. Aus dem Widerstand, den die alten Gegner Arndts gegen diese Schrift zu entfachen wußten, entwickelte sich bereits im Januar 1819 der erste Angriff gegen die Lehr- und Lernfreiheit der preußischen Universitäten, die kurz vorher noch in der Gründungs-urkunde der rheinischen Hochschule aufs neue feierlich verkündet worden war.

Selbst die Tat Sands aber fand zunächst im Schoße des Berliner Ministeriums nur ernste Entrüstung, ohne unmittelbar zu scharfen Schritten gegen Professoren und Studenten Anlaß zu geben. Vorsichtig und bestimmt lehnte es der Staatskanzler ab, „den Gesinnungen und Bestrebungen der in falscher Richtung aufgeregten Jugend eine noch höhere Bedeutsamkeit zu geben, als sie es in der Wirklichkeit und selbst in den eigenen Augen der verführten und überspannten Jünglinge haben.“ In der Preussischen Staatszeitung ließ er offen jeden Verdacht auf Mitschuldige an der Ermordung Rogebues zurückweisen, solange nicht die Untersuchung ernstere Belege zutage gefördert habe. Und ebenso lag es ihm in diesen Wochen durchaus fern, die Zeichen der Zeit, die sich in der Ermordung Rogebues offenbarten, zur Bekämpfung der eigenen Verfassungswünsche in Preußen auszubenten.

Am 3. Mai 1819 vollendete Hardenberg vielmehr einen neuen Entwurf, der das königliche Versprechen vom 22. Mai 1815 aufs bestimmteste wiederholte. „Wenn in einer Zeitung gesagt wird“, so hieß es hier: „furchtbare Anzeichen sind da, daß eine scheußliche Verbrüderung feig im Finstern schleiche, so hätten diese Anzeichen klar und bestimmt angegeben werden sollen. So düstere Worte darf man nicht öffentlich aussprechen, wenn man nicht Beweis führen kann.“ Ganz im Sinne der Vaterlandsfreunde verhielt er die Einführung einer „allgemeinen Landesversammlung“ mit zwei Kammern. Im Schoße der Bundesversammlung und in den Vorschlägen, die die Regierungen über die Verbesserungen des Universitätswesens austauschten, konnte sogar die Idee greifen, „der allgemeinen Burschenschaft eine förmliche Organisation zu geben und sie als ständige Körperschaft unter obrigkeitlicher Leitung zu stellen“. Es blieb jedoch bei einer mehr zufälligen Anregung, ohne daß sie, wie es scheint, auch nur von einem einzigen Bundesstaat aufgegriffen wurde. Ein Antrag Weimars, die Frage der Burschenschaft „als einen, das gemeinsame Interesse Deutschlands umfassenden Gegenstand, an den Bundestag zu bringen“, fiel ebenfalls ohne weitere Verhandlung. Das bayerische Ministerium lehnte ihn geradezu mit der Begründung ab, daß „dadurch das Universitätswesen als eine Nationalsache erklärt werde“, und ihm eine größere Wichtigkeit beigelegt werden dürfte, „als es wirklich hat oder doch in den Augen der Menge haben soll.“

König Friedrich Wilhelm dem Dritten dagegen ward es unheimlich im Sturm der ihm zufließenden Gerüchte. Den Wünschen Hardenbergs, „die bisherige, täglich mit vermehrter Kraft schlimmer wirkende Ungewißheit nicht fortbauern zu lassen“, blieb er fremd. Mehr und mehr gewannen die Einflüsterungen Metternichs sein Ohr. Immer aufs neue wies dieser warnend auf die Verbindung der „zuchtlosen“ Studenten mit den jakobinischen Umlieben der Professoren und ihrer Gesinnungsgenossen in der Staatsverwaltung hin. Den preussischen König zuerst und vor allem beeinflussten die Warnungen des Aachener Kongresses vor dem Unheil, das von den Universitäten drohte, aufs nachhaltigste.

Ein Kabinettsbefehl rügte schon Anfang Januar 1819 ernstlich die Sucht der Studenten, „in die Weltthätel einzugreifen“ und das „leidenschaftliche Verfolgen unbestimmter Ziele.“ Zur Abwehr kündigte er kräftige Maßregeln an und zwar in erster Reihe strengere Überwachung der Universitäten, Einfügung des Turnwesens in den Schulplan und ein scharfes Preßgesetz. Warnend setzte er hinzu, daß die geplante angemessene ständische Verfassung nur vollendet werden

könne, wenn die Verwaltung Achtung genieße. Die Abberufung der preussischen Studierenden aus Jena nach der Lat Sands war ein sichtbares Zeichen, daß der König mit diesem Vorgehen Ernst machen wolle. Zugleich mahnte der Minister des Auseren, Graf Bernstorff, in seinem Schreiben nach Weimar, daß es vor allem gelte, den Fanatismus der Jugend „nicht in seinen Wirkungen, sondern auch in seinen Ursachen zu bekämpfen.“ Die Universitätslehrer sollten hinfür „nicht nur, was ihre öffentliche Lehre betrifft, sondern auch in Hinsicht ihres ganzen, sich in Schrift und Rede, im Leben und im Handeln aussprechenden Strebens einer strengeren Verantwortlichkeit“ unterzogen werden. Der österreichische Gesandte in Berlin konnte freudig berichten, daß dem König „über den jetzigen gefährvollen Zustand vollständig die Augen geöffnet seien.“ Auf's besten fand Metternich den Boden bereitet, als er jetzt Friedrich Wilhelm dem Dritten einen von seinen Vertrauten Adam Müller und Friedrich von Gentz sorgfältig ausgearbeiteten Feldzugsplan vorlegte.

Beim Bundestag, dem gegebenen Forum, gemeinsame Maßregeln gegen die „deutschen Jakobiner“ und ihre Wortführer zur Anregung zu bringen, widerstrebte ihnen. Mit Schrecken hatte Gentz gesehen, daß die Frankfurter Versammlung einen Vortrag Weimars über die Verhältnisse in Jena sehr wohlwollend anhöre, ohne dem Redner „ein Bekenntnis des Abscheus, den solche Lehren in einem solchen Augenblick erwecken mußten, auf der Stelle ins Gesicht zu werfen.“ Er schlug daher unter dem Beifall Metternichs vor, mit Preußen allein und unmittelbar die nötigen Schritte zu vereinbaren. In weiteren Verhandlungen der wichtigsten sicheren Höfe sollte „alles, was auf die Universitäten, auf Pressefreiheit und selbst auf das Verfassungswesen in Deutschland Bezug habe, so viel als erschöpfend“ geregelt werden. Die allgemeine Burschenschaft erschien ihm schon in dieser ersten Anregung als „ein so durchaus verwerfliches, auf so gefährvolle und frevelhafte Zwecke gerichtetes Institut, daß kein Stein davon auf dem anderen bleiben dürfe.“ Sie ist, führte er dann wenige Wochen später aus, „wie sich aus ihren Statuten ergibt, ausdrücklich und wesentlich auf die Idee der Einheit Deutschlands, und zwar nicht bloß einer idealen oder wissenschaftlichen oder literarischen, sondern einer leidhaftigen politischen Einheit gegründet. Sie ist also im höchsten und furchtbarsten Sinne des Wortes revolutionär.“

Die Untersuchungen, die bald darauf aufs schärfste in Preußen selbst einsetzten, schienen in der Tat alle die Warnungen und Befürchtungen, die von Wien her und aus den Mittelstaaten in Berlin laut wurden, zu bestätigen. Die Staatszeitung verkündete, daß die hier aufgedeckten Umtriebe den ausgesprochenen Zweck hätten, mittels Vernichtung der jetzt bestehenden Regierungen und der Bundesverfassung Deutschland in eine auf Einheit, Freiheit und sogenannte Volkstümlichkeit gegründete Republik zu verwandeln und dieses Ziel durch Verführung der Jugend und des Volks, und wenn dies nicht genügt, durch Blut und Gewalt zu erreichen. Am 26. Juli folgte ein neuer Bericht, der auf Grund zahlreicher, zum Teil fast sinnlos aus dem Zusammenhang gerissener Briefstellen den Beweis erbringen sollte, daß die Regierung nur „eine ihrer heiligsten Pflichten gegen alle redlichen Untertanen und gegen das ganze deutsche Volk“ ergriff, als sie den auf „Fürsten- und Bürgermord“ gerichteten Umtrieben entgegentrat, „den Kreislauf der Revolution zu schließen“.

Drei Tage später, am 29. Juli, traf Friedrich Wilhelm der Dritte mit Metternich im böhmischen Bade Teplitz zusammen, wo 1813 die Bündnisverträge gegen Napoleon abgeschlossen worden waren. Der König sah dies Zusammentreffen als ein günstiges Vorzeichen für den neuen Feldzug gegen die Demagogen an. „Mit Gottes Hilfe“, schrieb er, „hoffe ich die deutsche Revolution zu schlagen, wie ich den Eroberer der Welt überwunden habe.“ Freudig überrascht sah auch Metternich, daß der Herrscher niemals „den gewagtesten aller Schritte“, die Gewährung einer Verfassung für den preussischen Gesamtstaat, tun werde. Hardenberg selbst, der den König begleitete, hielt den im Mai vorgelegten Entwurf schon zurück und ließ dem österreichischen Minister nur arg verkümmerte Ideen zu einer landständischen Verfassung sehen, die sogar vor dessen mißtrauischem Auge Gnade

finden konnten. Schon in diesen Vorbesprechungen versagte das preußische Selbstbewußtsein vollständig. Mit leichter Mühe setzte Metternich die Annahme von Grundsätzen durch, „nach welchen die Höfe von Österreich und Preußen in den inneren Angelegenheiten des Deutschen Bundes zu verfahren entschlossen sind.“

Drei Punkte wurden darin als die wichtigsten Gegenstände genannt: Die Verichtigung der Begriffe über die im Artikel 13 der Bundesakte in Aussicht genommene landständische Verfassung, allgemeine Verfügungen über die Pressefreiheit und endlich Maßregeln in Hinsicht auf die Universitäten, Gymnasien und Schulen. Die studentische Bewegung selbst erschien Metternich nicht einmal so gefährlich. Die Burschenschaft bezeichnete er wohl seinem getreuen Genz gegenüber als ein „unpraktisches Puppenspiel“. Aber er brauchte das Mißtrauen und den Argwohn des preußischen Königs gegen ihr Treiben, um die eigentlichen Gegner, die Pressefreiheit der Universitäten und die Presse, um so schärfer treffen zu können.

Schon bei Beratung und Beschlußfassung des ersten Punktes verleugnete in der That Hardenberg die ganze Richtung seiner inneren Politik, die er noch knapp drei Monate zuvor durch seinen Verfassungsentwurf endgültig und dauernd hatte festlegen wollen. „Preußen“, hieß es in der am 1. August 1819 unterzeichneten Punktation, „ist entschlossen, zur Repräsentation der Nation keine allgemeine, mit der geographischen und inneren Gestaltung seines Reiches unverträgliche Volksvertretung einzuführen“. Zur Sicherung der Presse verabredeten die Staatsmänner, „keinem der heute berücktigten Redakteurs den Eintritt in neue Zeitungsredaktionen zu gestatten und überhaupt die vielen Zeitungsblätter zu vermindern“. Zur Beratung der in der Universitätsfrage zu unternehmenden Maßregeln endlich sollte ein eigener Ausschuß eingesetzt werden. Als unumgänglich wurde jedoch schon hier der Satz aufgestellt, „daß notorisch schlechtgefinnte und in die Umtriebe des heutigen Studentenunfugs verflochtene Professoren alsbald von den Lehrstellen entfernt werden“ sollten.

So gerüstet und verbunden, traten die Staatsmänner Österreichs und Preußens am 6. August vor eine Versammlung deutscher Minister und Diplomaten, die zu zwanglosen Besprechungen, amtlich hieß es „zum Kurgebrauch“, auf Metternichs vertraulichen Wunsch in Karlsbad zusammengekommen waren. Außer den beiden Großstaaten waren Hannover, Sachsen, Nassau, Bayern, Baden, Württemberg und Mecklenburg vertreten. Kurhessen und Sachsen-Weimar, die ebenfalls wohl als Universitätsmächte ein Recht zur Teilnahme haben konnten, mißtraute der österreichische Staatsminister. Nur als Gäste duldete man schließlich ihre Vertreter, die sich ungerufen einfanden. Besonders der Abgesandte Großherzog Karl August von Weimar wurde, wie Genz höhnisch schrieb, „anfänglich wie eine Art von wilden Tieren von jedermann geflohen“. Die Bundesversammlung in Frankfurt erfuhr nichts von all diesem Treiben. Der Präsidialgesandte ließ sogar die Bevollmächtigten diesmal besonders spät in die Ferien gehen, um desto gewisser das Geheimnis der Karlsbader Konferenzen zu bewahren.

In der That gingen deren Beschlüsse weit über das Maß dessen hinaus, was man im Schoße des Bundestages inzwischen bereits zu äußern gewagt hatte. Nur die Auslegung des Artikels 13 mußte auf spätere Verhandlungen verschoben werden, da sich denn doch die Vertreter der jungen konstitutionellen Staaten des Südwestens im Innersten sträubten gegen die gewissenlose Rückkehr zu den alten Landständen. Für sie waren und blieben Volksvertretung und Verfassung die Wurzeln staatlichen Gemeinschaftsgefühls. Dagegen wurden die übrigen von Österreich und seinem Gefolgsmann Preußen vorgelegten Punkte widerstandslos und überraschend schnell angenommen. Eine vorläufige Exekutionsordnung ermächtigte den Bundestag, die Vollziehung aller Bundesbeschlüsse durch einen besonderen Ausschuß überwachen zu lassen. Weiter wurde der Anstellung eines außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten an jeder Hochschule zugestimmt, der den Geist der Lehrer zu beobachten und ihm eine heilsame Richtung zu geben hätte. Wer wegen Pflichtverletzung oder Verbreitung verderblicher Lehren vom Rathgeber entfernt würde, sollte in keinem deutschen Staate jemals ein Lehramt erhalten. Vor allem wurden die alten Gesetze gegen alle akademischen Verbindungen

wieder eingeschränkt und ausdrücklich auf die Burschenschaft ausgedehnt, da „diesem Verein die schlechterdings unzulässige Voraussetzung einer fortdauernden Gemeinschaft und Korrespondenz zwischen den verschiedenen Universitäten zum Grunde liegt.“

Wie der briefliche Verkehr zwischen Angehörigen verschiedener Bundesstaaten, so mußte auch die literarische Aussprache unter die strenge Obhut der Regierungen gestellt werden. Alle Zeitschriften und alle Bücher unter zwanzig Bogen sollten, zunächst während der folgenden fünf Jahre, der Zensur unterliegen. Jeder Staat war dem Bunde gegenüber für die Innehaltung dieser Bestimmung verantwortlich. Den Schlüsselstein der Beschlüsse bildete die Einsetzung einer Zentral-Untersuchungskommission in Mainz zur Unterdrückung der demagogischen Umtriebe. Die preussischen Staatsmänner waren unter dem Einfluß des überall Revolution wüthenden Kampfs bereit, ihr sogar richterliche Befugnisse zuzuteilen. Sie wollten also zugunsten einer Behörde, die in der Mehrheit naturgemäß von den Mittel- und Kleinstaaten besetzt werden mußte, selbst auf die Justizhoheit ihres Königs verzichten. Nur dem Einspruch Bayerns und Österreichs war es zu danken, daß Preußen vor dieser letzten und äußersten Demütigung bewahrt blieb.

Der Sieg der Staatskunst Metternichs und Gengs war auch so groß genug. Einer ihrer Gesinnungsfreunde konnte beim Abschluß des schönen Werkes am 1. September 1819 wohl gar vorschlagen, den Ambrosianischen Lobgesang anzustimmen. Die geistige Einheit des engeren Deutschlands, die seit dem Befreiungskampf im Aufblühen war, schien dauernd vernichtet. Österreich sah sich vor jeder selbständigen Regelung Preußen-Deutschlands sichergestellt. Nur eine einzige gemeinsame Behörde hatte das deutsche Volk jetzt aufzuweisen, einen Ausschuß, der durch Anzeigen, Befehle und Verhaftungen selbstherrlich und unverantwortlich in die regelmäßige Rechtspflege eingreifen durfte: in Wahrheit ein Herrbild des Heiligsten, das sich Deutschland seit dem Zeitalter der Erhebung erträumt hatte.

Mit bewundernswertem Geschick verstanden es die österreichischen und preussischen Staatsmänner, die Karlsbader Beschlüsse auch im Bundestage zu Frankfurt zur Annahme zu bringen, ohne daß die vergewaltigten Kleinstaaten sich zum Widerstand aufrafften. Wohl erhielten die Präsidialpropositionen nur mit Mühe eine ganz geringe Mehrheit. Selbst das preussische Staatsministerium, das in seiner Gesamtheit ebenfalls durch die vollendete Tatsache überrascht wurde, hatte sie „schändlich, unnational, ein denkendes Volks aufregend“ genannt. In der veröffentlichten Registratur des Bundestages aber wurden sie am 20. September 1819 als einstimmig angenommen gebucht. Erst ein Menschenalter später hat das deutsche Volk erfahren, in welcher schmählicher Weise die Hoffnungen und Wünsche, zu deren Erfüllung es berechtigt schien, zu Grabe getragen worden sind.

Die Folgen der Karlsbader Beschlüsse waren furchtbar. Selbst Männer wie der Freiherr vom Stein, die selbst durchaus nichts von dem neuen Wesen und Treiben der akademischen Jugend und der unruhigen Professoren hatten wissen wollen, sahen jetzt „das Reich der Willkür“ im Anzug. In der Mainzer Zentral-Untersuchungskommission, zu der Österreich, Preußen, Bayern, Hannover, Baden, Nassau und Hessen-Darmstadt je ein Mitglied stellten, entstand den bereits begonnenen Demagogenverfolgungen ein starker Mittelpunkt. Vor allem aber war wichtig, wie weit sich Preußen zur Ausführung der hinter dem Rücken des Staatsministeriums vereinbarten Bestimmungen bequemen werde. Wie ein Hohn klang es, als hier gerade am Jahrestage der Leipziger Schlacht, am 18. Oktober 1819, die Karlsbader Beschlüsse und ein besonderes Zensuredikt veröffentlicht wurden.

Wohl verliefen die Untersuchungen und Maßregeln, die unmittelbar danach gegen die deutschen Universitäten eingeleitet wurden, scheinbar zunächst fast ergebnislos. Insbesondere die Burschenschaft selbst, der in der Öffentlichkeit der Hauptkampf galt, konnte sich an allen Hochschulen nach wenigen Wochen oder Monaten schon auf's Neue wieder aufbauen und in neuer Geschlossenheit die alten Ideale der deutschen Einheit und Freiheit pflegen. Aber ein Großes, unendlich Großes war doch unrettbar verloren: die Möglichkeit, sich frei und offen zu den ersehnten Zielen zu bekennen, sie in offener Auseinandersetzung mit dem Staate selbst zu erstreben und durchzuführen. Die Lehr- und Lernfreiheit der deutschen Universitäten

sah sich der schönsten Errungenschaft des Zeitalters der Erhebung und der Freiheitskriege beraubt, als Professoren und Studenten zur Geheimbündelei hinausgedrängt wurden, sobald sie das kaum erwachte Interesse am Staate bewußt und klar zu pflegen trachteten. In diesem künstlichen Abschluß der Gebildeten von der Beschäftigung mit politischen Fragen vor allem liegt ja die Wurzel für all das unpolitische Wesen der deutschen Nation, das nicht im letzten Grunde das verhängnisvolle Versagen des ganzen Volkes in der schweren Prüfung der letzten Jahre verschuldet hat. Die Demagogenverfolgungen, die aus den Karlsbader Beschlüssen erwuchsen, zwangen die besten Kräfte Deutschlands in die Fremde hinaus, wo sich der weltbürgerliche Grundzug, den schon die deutsche Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts besaß, vertiefte und zum Haß und Spott über das eigene politische Leben wandelte. Unter der wuchsenden Last der Ausnahmegesetze, die der Bundestag am 20. September 1819 erließ, nahm die deutsche Demokratie schon in ihren Jugendjahren den unpolitischen, internationalen Charakter an, der sie vor allen anderen Völkern auszeichnet und brandmarkt. In dieser Umbildung des deutschen Parteiwesens sind die Folgen der Karlsbader Beschlüsse auch heute noch nicht überwunden. —

In seltsamem Kreislauf verbinden sich die großen Gedenktage des letzten Jahrzehnts zu einem Spiegelbild der politischen Entwicklung Deutschlands. Am Anfang stehen die Augusttage von 1914, die in überreichem Maße in Wahrheit das ganze Volk aufriefen zu einer Erhebung, der hundert Jahre zuvor doch immer nur ein Bruchteil der Nation, die unter der Fremdherrschaft Napoleons politisch gereifte Bevölkerung Altpreußens und einzelne Kreise der akademisch Gebildeten Nord- und Mitteldeutschlands, gefolgt waren. Am Ende der Epoche scheinen die Versailler Beschlüsse alle die köstlichen Früchte, die wir selbst noch von den ersten Jahren des Weltkrieges erhofften, im innersten Kern zu verderben: auch jetzt wieder erfüllt sich das Wort, daß Deutschland auch durch den Gegenstoß einer ganzen Welt nicht niedergeworfen werden kann, wenn es allen Angriffen nur einmütig und einig standhält. Erst eine Revolution von innen konnte in der Tat den Zusammenbruch von 1819 mit umgekehrten, „demokratischen“ Vorzeichen aufs Neue herbeiführen.

Wiederum steht das deutsche Volk vor einem Trümmerhaufen seiner Ideale, mögen Voraussetzungen und Folgen seiner Innen- und Außenpolitik in sich auch grundverschieden sein. Wiederum müssen wir tief in den Schuttmassen der Vergangenheit schürfen, um uns selbst die Hoffnung auf einen neuen Aufschwung zu beleben. In köstlicher Frische aber erheben sich aus den trüben Erinnerungen dieser neuen Jahrhundertfeier die Worte, mit denen die Jenaer Burschenschaft damals in stolzem Selbstbewußtsein die durch die Karlsbader Beschlüsse erzwungene Auflösung rechtfertigte: „Jetzt ist die Schule geschlossen,“ so hieß es in einer Eingabe an Großherzog Karl August. „Jeder geht hinweg mit dem, was er in ihr gelernt hat; er wird es behalten und es wird in ihm fortleben. Was als wahr begriffen ist vom Ganzen, wird auch wahr bleiben im einzelnen.“ Zu neuen Taten rief das schönste Lied August von Vinzers, das unmittelbar nach der letzten öffentlichen Zusammenkunft zum ersten Male in Jena erklang:

Wir hatten gebauet
Ein stattliches Haus
Und drin auf Gott vertrauet
Trotz Wetter, Sturm und Graus.

Das Haus mag zerfallen —
Was hat's denn für Not?
Der Geist lebt in uns allen,
Und unsre Burg ist Gott!“

Unsere mangelhafte politisch-nationale Organisation

Von Dr. Manfred Eimer



Es ist jüngst in der Stuttgarter Presse der Wunsch laut geworden, daß nach dem Muster des französischen „Journal officiel“ ein billiges deutsches Orientierungsblatt herausgegeben werde, welches die reichsamtlichen Verordnungen, die vom Reichstag verabschiedeten Gesetze und den stenographischen Wortlaut der im Parlament gehaltenen Reden in kürzester Zeit jedermann zugänglich machen würde. Zweifellos verdient diese Anregung nachdrückliche Unterstützung. Erstens ist es ein Mißstand, daß der an der deutschen Politik und Gesetzgebung Interessierte zumeist auf die oft höchst unzulänglichen Berichte in der Tagespresse angewiesen ist und daß daher oft ein falsches Bild, zum mindesten ein vielfach ziemlich lückenhaftes und willkürlich zurechtgestutztes Bild verbreitet wird; zweitens wirkt es viel unmittelbarer und daher erzieherisch, wenn man den authentischen Wortlaut zur Verfügung hat. Drittens sind die Verhandlungen auf der Reichsbühne doch nicht nur das Privilegium der Abgeordneten, sondern auch das der Wähler.

Wir Deutsche haben es wahrlich nötig, uns mehr selbständiges Urteil zu verschaffen und das allgemeine Interesse an den Vorgängen im Reichstag zu vertiefen. Die jetzige Art der Behandlung der Dinge in der Tagespresse ist aber eher geeignet, dies Interesse zu verringern. Wie oft steht der Leser vor einem ungeklärten Etwas, in das er nicht eindringen kann, weil die Berichterstattung die große Ungeschicklichkeit begeht, bei den Verhandlungsberichten das Thema hinterm Berg zu halten, nur von Antrag A und Gegenantrag B zu sprechen, oder von § 1 und § 2, ohne zu erwähnen, was der Inhalt dieser Anträge und Paragraphen ist! Dieser unmethodische Brauch ist gerade bei den wichtigen Verfassungsdebatten oft ganz empfindlich zu verspüren gewesen. Auch hier sollte künftig eine anders gestaltete Manier der Presseberichterstattung in Aufnahme kommen. Zumal wenn ein Antrag längere Zeit zurückliegt, ist es überaus schwierig, ohne Wiederholung des Inhalts bei der Verhandlung selbst diese richtig zu würdigen; ja, wenn in der Kommission inzwischen ein Abänderungsantrag beschlossen worden ist, so ist es dem Außenstehenden geradezu unmöglich, die Vorgänge im Parlament und die Tragweite der Beschlüsse zu würdigen. Daß jedermann hierzu imstande sein soll, ist aber ganz gewiß eine dringende und zeitgemäße Forderung.

So wünschenswert es aber ist, die Selbstorientierung und die Selbständigkeit der Kritik des einzelnen zu fördern, so wünschenswert wäre es andererseits, daß auch seitens der Reichsregierung eine Einrichtung geschaffen würde, die es ermöglichte, das ganze Volk in bestimmter Weise aufzuklären, oder Teile desselben in einer Richtung zu belehren, die dem deutschen Allgemeininteresse entspricht. Ein politisches Orientierungs- und Aufklärungsbureau fehlt in Deutschland, und ein solches wäre nicht nur für die Aufzuklärenden gut und nützlich, sondern auch für die Reichsregierung selbst.

Ich möchte das an zwei praktischen Beispielen erläutern, an der Lebensmittelversorgung im Kriege und an dem Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Über die Lebensmittelversorgung, bzw. die Zentralisation durch das Reichslebensmittelamt im Kriege (Batoki) gehen die Meinungen straks auseinander. Die einen haben die Zentralisation von Anfang an bekämpft und sind dabei geblieben (z. B. im Stuttgarter Gemeinderat); andere sind der Meinung, daß ohne Zentralisation überhaupt nicht durchzukommen gewesen wäre.

Die Gegner der Zentralisation, welche sie noch heute für schädlich erklären — auch in Baden geschieht das mit Vorliebe — verkennen, daß die Stimmung gegen diese Maßnahme von vornherein da war, weil dies Reichsamt seinen

Sie in Berlin hatte, und weil in dieser Magenfrage sofort partikularistische Triebe lebendig wurden. Der Egoismus des Magens hat da verwüstend gewirkt, und nicht nur sofort vollständig falsche Vorstellungen erzeugt (Angst um das liebe Ich an erster Stelle), sondern diese falschen Vorstellungen auch aufrecht erhalten und alle deutsche Brüderlichkeit zunichte gemacht. Drohbriefe aus Württemberg empfangen Batocki in seinem Amtszimmer, und es ging — und geht auch noch heute — in ganz Süddeutschland unausrottbar die Sage, „Preußen“ müßte von Süddeutschland mit allem möglichen „verhalten“ werden. Es ist nachgewiesen, daß dies nicht der Fall war, daß sehr viele wichtige Lebensmittel nach Süddeutschland aus Norddeutschland hereinbefördert worden sind, ohne die der Süden, dem es ja z. B. mit Fleisch recht gut ging, brotlos geworden wäre. Andererseits wäre es ebenfalls nur eine Frage der Aufklärung gewesen, zu zeigen, warum die im Norden viel zahlreicheren Großstädte und die im Süden ganz unbekannten gewaltigen norddeutschen Industriebezirke am Verhungern waren. Es war ferner nur Sache gutwilliger und einsichtiger Aufklärung, nachzuweisen, warum der Süden trotz fast völligen Mangels an Kohlenlagern nicht erfroren ist, d. h. wie notwendig die Unterstützung der hungernden Bergwerksdistrikte aus dem Inhalt süddeutscher Speckkammern war, um im Austausch Kohle und überdies auch Salz zu erhalten. Eine vernünftig organisierte Aufklärung hätte zweifellos viel partikularistisches Unheil verhütet. Statt dessen ließen sich die Einzelregierungen von der gehässigen, blinden Volksstimmung leiten, und schließlich ging Batocki vom Amte weg, weil die aus Berlin kommenden Lebensmittelkontrolleure in den Einzelstaaten fast umgebracht wurden und weil die Widerstände der Einzelregierungen gegen seine Maßnahmen so groß waren, daß er sein Amt nicht fortführen konnte. Noch heute, z. B. bei den Vorfragen der Erzberger'schen Steuereinheit, tauchte es wieder auf: keine Reichssteuerbeamten aus Preußen! Wir haben noch genug von den Lebensmittelkontrolleuren! Und zwar gibt es Leute in ganz angesehenen Stellen, die genau in dasselbe Horn blasen, die Zentralisation während des Krieges noch heute als ein großes Übel schelten, aber niemals sagen, wie es denn ohne diese hätte gehen sollen, auch in bezug auf Kohle und Salz in Süddeutschland. Do ut des! Dieser einfache Grundsatz, der dem ganzen zugrunde lag, wird von diesen Partikularisten noch heute verkannt, obschon er aus den verschiedensten Gründen der einzig mögliche war. Man konnte von den Bergleuten im Kohlen- und Salzgebiet doch nicht verlangen, daß sie für kohlen- und salzlose deutsche Landschaften arbeiten sollten, die sie kalten Herzens wollten Hungers sterben lassen, aber dennoch nach Brennmaterial für den Winter und für die Eisenbahnen schreien!

Es mag zur Illustration des wahren Inhalts der Verneinung des praktischen Wertes der zentralisierten Lebensmittelversorgung während des Krieges ihren Gegnern nunmehr die Frage entgegengehalten werden, wie sie sich die Verhältnisse in Deutschland — sei es nun hinsichtlich der Lebensmittel- oder der Brennstoffversorgung — angesichts der uns bevorstehenden Schrecknisse des kommenden Winters eigentlich vorstellen? Will z. B. der Stuttgarter Gemeinderat, der so viel böses Blut in Württemberg gegen die „Diktatur“ des Herrn v. Batocki erweckte, die Lebensmittel für sich behalten, auf Kohlenlieferungen jedoch verzichten? Do ut des! Ich glaube, der Stuttgarter Gemeinderat wird mit allen Fingern nach den Quoten preußischer Kohle greifen, die er für Württemberg und Stuttgart einfach — „beansprucht“! Damit ist aber auch die Berechtigung der Kriegswirtschaft in Beziehung auf die Lebensmittel erwiesen, der gegenüber jede Aufklärung, wo nicht geradezu böswillig, so doch mindestens überaus kurzfristig seitens der Einzelregierungen gescheitert unterblieben ist!

Es steht als Ergebnis dieser bedauerlichen Tatsache fest, daß in Deutschland jede Vorbereitung auf eine Zentralisation gegenüber den partikularistischen zentrifugalen Neigungen und Strömungen für den Notfall gefehlt hat. In genau dem gleichen Mißstand befinden wir uns aber auch gegenüber den Erscheinungen, welche der Grundsatz der „Selbstbestimmung der großen und kleinen Nationen“ auslöst hat.

Es ist ganz klar, daß dieser pompöse Grundsatz nur in bezug auf gewisse Gebiete erfunden worden ist, und es läßt sich sehr darüber streiten, ob die bedingungslose Annahme desselben durch die deutsche Diplomatie und den Reichstag nicht ein schwerer Fehereinschlag war. Wir sehen, daß er auf Irland und Ägypten nicht angewandt wird, daß er in bezug auf Südtirol, Deutsch-Böhmen und Danzig mit Füßen getreten, aber zugunsten der nichtdeutschen Völkerschaften des früheren Österreich-Ungarn bis ins allerkleinste gehandhabt wird, und daß er überdies hauptsächlich zugunsten Frankreichs (Elsass-Lothringen) und Polens (Posen, Westpreußen, Oberschlesien) von unsern Feinden als heiliger „Grundsatz“ der Welt aufdickt wird. Die Einseitigkeit dieser Behandlung ist weltkundig. Aber ungeschont wird dieser Grundsatz gegen Deutschland von unseren Feinden, unter denen Rom immer deutlicher hervortritt, ausgenützt. Er bedroht den Bestand des Deutschen Reiches auch innerhalb der ihm durch den Frieden belassenen Gebiete aufs deutlichste. Er beginnt auch sonst in den durch den Krieg niedergeworfenen Gebieten mächtig zu werden. Wir meinen damit nicht eigene Nationalitäten, wie in den baltischen Ländern, sondern Gebiete, wie z. B. Borarlberg, welches sich von den bisher ihm verbundenen Tirolern plötzlich trennen möchte, um ein Schweizer Kanton zu werden, und das Rheinland und die Pfalz, welche die bedenklichsten Extratouren machen, gestützt auf dies Selbstbestimmungsrecht „der großen und kleinen Nationen“.

Dabei geht völlig verloren, daß es sich im Grunde bei diesem Selbstbestimmungsrecht nicht darum handelt, daß sich ein beliebiger Teil eines Volkes von diesem lösen kann, wenn es ihm eines Tages so einfällt, oder wenn es durch irgendwelche heimtückische Mächenschaften Versführern ohne Charakter und völkisches Bewußtsein anheimfällt, sondern daß dies Selbstbestimmungsrecht eine freiwillige Befreiung von Fremdherrschaft und zwar namentlich von völkisch fremder Herrschaft bedeutet. Unter diesem Schein ist Elsass-Lothringen von unseren Feinden als französisches Volksland betrachtet worden; so ist Deutsch-Polen losgelöst worden; so soll Oberschlesien „frei“ über sich verfügen (eine Lüge um die andere; das schadet aber den Humanitätsaposteln, auch bei den Neutralen, gar nichts); daß aber nicht die Loslösung sprachlich verwandter oder völkisch blutsverwandter Landesteile gemeint war, ist sonnenklar. Dennoch grassiert das Selbstbestimmungsfieber, unterstützt durch finstere, schwer zu fassende Mächte, unterstützt auch ganz offen durch die Begünstigung jeder undeutschen Regung und die Unterdrückung jeder deutschnationalen Betätigung in den besetzten deutschen Gebieten. Es regt sich hier und dort; auch in Hessen unter der Begünstigung der preußenfeindlichen Regierung, in Hannover, im klerikalen Bayern. Aber wo regt sich, der nationale Impuls, diesen Dingen zu begegnen?

Überaus schwächliche Leitartikel, meist rein betrachtender und berichtender Natur, sind das Höchste, was geleistet wird. Man denke sich einmal eine französische, tschechische oder italienische Zeitung, wenn nur ein Dorf Wiene machte, sich dem Nachbarlande zuzuwenden! Welch ein nationales Treibjagen würde gegen dieses Dorf losgehen! Wie würden die Beamten abgesetzt, wie würde die Bevölkerung mit nationalen Leuchtkugeln bombardiert und wie würde nicht alles darangesetzt, dies närrisch gewordene Dorf zur Besinnung zu bringen? Bei uns handelt es sich manchmal um Dörfer, aber leider meistens um Großstädte, Provinzen und Industriebezirke ersten Ranges, die sich loszulösen anschicken, und gegen die eine nationale Propaganda auch dann kaum zu bemerken ist, wenn sie uns erreichbar sind, d. h. nicht im Bereich der feindlichen Besatzungsgenerale liegen.

Hier geht es genau wie bei der Lebensmittelfrage: es fehlt jede organisatorische Propaganda, jedes autoritative Eingreifen. Es steht demnächst jedem Einzelstaat und jeder Provinz frei, Landesverrat zu üben, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts „der Nationen“, welches bei uns den bezeichnenden Weg geht, daß die Einzelteile sich von der Nation wegorientieren, wodurch der an sich ganz annehmbare Grundsatz zum Unsinn und zum nationalen Unglück wird.

Wie kommt es, daß dem nicht gesteuert wird?

Liegt das allein an der Revolution, an unserer Haltlosigkeit infolge der Kriegsleiden und des Zusammenbruchs? Manches ist daraus zu erklären und leider auch aus der Steuerangst. Aber das Grundübel ist doch der partikularistische Geist des ganzen Reichswesens, wie er 1871 nicht beseitigt werden konnte. Ohne diesen Geist wäre die Leichtigkeit der Abspaltung, dieses Gefühl der Erleichterung, Gelegenheit zu haben, selbständig und „autonom“ zu werden und dem größeren Verband des Vaterlandes zu entfliehen, gar nicht zu erklären.

Diesem partikularistischen Geist aber, der auch das Kennzeichen für die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung war, fehlt das nötige Gegengewicht. Das Reich nimmt nur zarte Rücksichten auf ihn; es hat keine Handhabe, ihm wirksam zu begegnen. Daher aber macht es auch keine Anstrengungen in dieser Richtung, und was in anderen Nationen als ein ungeheuerliches Unglück und als Verbrechen Sturm um Sturm hervorrufen würde, wird bei uns mit pedantischer Objektivität womöglich noch als begreiflich verteidigt, zum Teil auch mit hämischer Freude verteidigt, weil es dabei ja vielfach Preuken an den Kragen geht. Die deutsche Gefäßigkeit geht dabei unbedenklich den Weg, den unsere Feinde als den für sie allergünstigsten protegieren und zu ebnen suchen. Das Reich ist demgegenüber passiv. Ein heftiger Minister erklärt: „Wir fragen niemand um Erlaubnis!“ und in der Nationalversammlung tönt ihm kein einziges Wort über dieses Bekenntnis zur Deutschland tief treffenden Abgabe an die Reichsgemeinschaft entgegen! Die Einzelstaaten üben das Selbstbestimmungsrecht aus. Deutschland sieht zu; die Entente und Rom triumphieren. Es fehlt an jeder sozusagen polizeilichen Organisation im nationalen Sinne in Deutschland. Das ist ein schwerer Fehler. — Aber die neueste Zeit erlaubt da vielleicht doch etwas mehr Autorität des Reichs? Die Extratouren und Wodspünge sollten doch nicht gar so leicht gemacht werden! Der Bau des Reichs ist, in normale Zeiten hineinverlegt, doch so viel fester geworden, es ist so vieles mehr „reichseigen“ geworden, als früher, daß die Autorität des Reichs auch zu einer Organisation den Mut fassen könnte, der Strömungen und Äußerungen, die sich als national schädlich erweisen — seien es nun Bohrunge von außen her oder partikularistische Schwären von innen heraus — entsprechend begegnet; auflärend, und unter Umständen nachdrücklich und von oben her.

Es gibt wohl keinen Staat auf der Erde, der solche Erscheinungen, wie sie hier geschildert wurden, zu seinem Schaden auf sich beruhen ließe. Jeder Staat hat die Pflicht, solche Schäden zu studieren und die Mittel zu erdenken, wie ihnen am besten beizukommen ist. Nur das Deutsche Reich hat seiner Struktur zuliebe auf dies Vorrecht, das im Wesen eines Staates nach dem Prinzip der Selbsterhaltung ganz natürlich begründet ist, bisher verzichten müssen. Das Reich muß zusehen, wie die Einzelstaaten es treiben. Das ist natürlich so unpolitisch wie möglich, und die Folgen haben sich gezeigt, sobald unnormale Verhältnisse eintraten.

Um dem aber so rasch wie möglich den Garau zu machen und die Gefinnungslosigkeit und die Auflehnung gegen das nationale Wohl gerade in schweren Zeiten zu bekämpfen, bedarf es der bewußten Einsicht in diese widerstrebenden und oft so leichtfertig feindseligen Strömungen und Vorstellungen, bedarf es der Sammlung solcher Anzeichen und deren Niederdrückung durch offene Aussprache darüber zwischen den einzelnen Faktoren der Länder und der Reichszentrale. Durch ängstliche Schonung, wie sie bisher aus Unantastbarkeit der „inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten“ seitens des Reichs üblich war, kommen wir nicht vorwärts, fördern wir auch das gegenseitige Verständnis nicht und beseitigen die Strebschäden nicht, als welche sich die einzelstaatlichen Gefäßigkeiten und Loslösungsbestrebungen immer deutlicher seit 1915 gezeigt und erwiesen haben.

Eine Reichsbehörde zum Studium der inneren Festigkeit und zur Aufklärung im Reichsinteresse täte bitter not. Sie würde, einmal auf die richtige Spur gebracht und mit dem nötigen Zeitungsmaterial versehen, eine überaus reichhaltige Tätigkeit zu entfalten haben, und viel Torheit und gefährliche Sonderstreberei

würde durch entsprechende autoritative Belehrung und Widerlegung gestützt werden; auch durch Vorträge und national fördernde Darbietungen anderer Art, z. B. Ausstellungen, könnte diese Anstalt überaus kräftigend und belebend wirken.

Diese Aufklärungszentrale müßte eine Abzweigung einer Zentralbehörde sein, die das Reich noch nicht besitzt, nämlich einer Reichskulturzentrale. Nicht Kultus, sondern Kultur. Diese Reichskulturzentrale müßte einerseits das Gegenteil von der besonders in Süddeutschland so gefürchteten Kulturzentralisation sein. Sie müßte eine Stelle im Reich sein, die ein Sammelpunkt für alles kulturelle Sonderum wäre, um dies verstehen zu lernen und zu lehren. Im letzteren Sinne, als belehrender Faktor, wäre diese Kulturzentrale politisch nicht ein sozusagen polemisches, Unfrieden stiftendes Institut, sondern im Gegenteil eine Einrichtung, deren vornehmste Aufgabe es wäre, gegenseitiges Versiehn und Gewährenlassen in Deutschland von Land zu Land und von Stamm zu Stamm zu fördern und zu fordern. Es würde sich um verständige Aufklärung handeln müssen, die Vorurteile abweist, Irrtümer beseitigt, den Patriotismus hebt und stärkt. Zu diesem Zweck dürften die Beamten dieser Aufklärungszentrale freilich keine Alltagsmenschen, vor allem keine Bureaukraten sein. Es müßten deutsche Männer von weitem Horizont sein, namentlich auch solche, die selbst über Vorurteile und politische Kleinlichkeit erhaben sind, die Deutschland in seinen Teilen und Völkern, in Charakteren und Eigenarten kennen, und die auch in der Reichs-, Stammes- und Landesgeschichte, in der Kulturgeschichte und in den Mundarten bewandert sind. Mit einem Wort, die *praeceptores Germaniae*, die dort vereinigt würden, müßten die gewöhnlichen Politiker und Parlamentarier, wie sie uns besichert zu sein pflegen, in manchem weit überragen. Eine solche nationale Organisation ist ein Bedürfnis. Wer es mit Deutschland ehrlich meint, wird dem nicht widersprechen können. Aber es fehlt uns bezeichnenderweise eben noch der Kern der Sache: ein Reichskulturministerium.

General Ludendorff als Persönlichkeit

Nach seinen Kriegserinnerungen

Von Dr. Max v. Szczepanski



Im Mittelpunkt der zahlreichen Veröffentlichungen aus den Tagen des großen Völkerkampfes stehen augenblicklich die Kriegserinnerungen des General Ludendorff.¹⁾ Das Lesen des Buches ist ein Erleben: wie eine Symphonie von gewaltiger Wucht und von tragischem Ernst stürmt der Inhalt auf den Leser ein, eine Symphonie, welche das Ringen eines Mannes mit seinem Schicksal und mit dem Schicksal seines Volkes wiedergibt.

Als Vorpiel haben wir da den Tag von Rütlich, an dem der junge General die wertvolle Erfahrung des Kampfes inmitten der Truppe, die glückliche Gelegenheit zu entscheidendem Eingreifen als Führer im Felde, die erste heißersehnte und heißermorbene Siegesfreude findet: es ist der helle Klang der ersten Bewährung dieser Persönlichkeit als Kriegsmann — und dieser Bewährung folgt alsbald eine neue Berufung, aber nicht als Truppenführer, sondern auf das Gebiet der Heerführung. Der damit einsetzenden zweijährigen Tätigkeit als Chef des Generalstabes im Osten mit ihrer fast von Monat zu Monat sich erweisenden Steigerung der Aufgaben und der geistigen Kraftäußerung gilt der erste breite Satz dieses schriftstellerischen Tonwerks. Der großartige zweite Satz, der die Zeiten als Erster Generalquartiermeister, also vom 29. August 1916 bis zum 26. Oktober 1918 schildert, ist vielfach als *Furioso* komponiert und wird besonders in dem Abschnitt über die Grundlage der

¹⁾ Berlin, E. S. Mittler u. Sohn. Geb. 88.— M.

weiteren Kriegführung und das Kriegsinstrument im Jahre 1917 zu einer Anlage von erschütternder Schärfe, die sich gegen Reichsregierung und Heimatfront richtet. Als Abgang folgt eine markig-tiefe Klage um das gesunkene Vaterland mit dem weichen Ausklang einer wunschoollen Hoffnung für das deutsche Volk, dem seine Leistungen während der vier Kriegsjahre das Recht zum Leben geben und gebieten.

Mit der Wiedergabe dieses Eindrucks auf den Geist und das Herz des Lesers ist aber erst das wenigste über das Buch gesagt, das eine Fundgrube des Wissens werden wird. Von hohem, wissenschaftlichem Werte für die Kenntnis des Kriegsverlaufs in seinen großen Zusammenhängen bietet es eine umfassende Bereicherung auch der grundlegenden Lehre vom Kriege. Nicht minder hoch ist die allgemein-historische Bedeutung des Wertes einzuschätzen, wenngleich natürlich an manchen Stellen und in Einzelheiten die Nachprüfung der Vorgänge aus Dokumenten, der Urteile durch Vergleichung mit denen anderer nicht wird ausbleiben dürfen. Denn immerhin ist der Anlaß zu diesen Aufzeichnungen und ein Beweggrund für ihre Veröffentlichung doch der Gedanke einer Rechtfertigung des dienstlichen, des verantwortlichen Handelns des Generals vor dem deutschen Volke, vor der Welt, vor der Geschichte gewesen. Es ist aber irrig, wenn eine einseitig gerichtete Kritik glaubt, dieserhalb von vornherein vieles als haltlos, anderes als übertrieben bezeichnen zu dürfen. Das Buch ist keineswegs nur Anklage — es ist auch Bekenntnis, nicht nur bewußtes Bekenntnis wie in dem allerersten: „Mein Denken und Handeln“ überschriebenen Abschnitt: noch manches steht in und, vielleicht dem Verfasser selbst unbewußt, zwischen den Zeilen, was manchen Verehrern vielleicht nicht nur rühren, sondern auch schmerzen wird. So sind denn die Kriegserinnerungen des General Ludendorff zugleich ein von ihm selbst gezeichnetes Bild seiner Persönlichkeit, das der spätere Biograph ziemlich klar aus dem Buche wird herauslesen und herauschreiben können. Aber schon die Gegenwart hat das Recht, ja die Pflicht, mit dieser Seite des Buches sich zu beschäftigen. Anscheinend zwar hat der noch im kräftigen Mannesalter stehende General vor der Öffentlichkeit militärisch und politisch völlig abgedankt. Unser Volk jedoch braucht, wie er selbst am Schlusse seines B.ches schreibt, „Männer, die verantwortungsbewußt wie die Führer im Felde mit starkem Willen und hartem Willen es leiten und dem niedergetretenen Volksleben frischen und kräftigen Odem geben, Männer, die mit vertrauensvoller Gefolgschaft der Besten des Volkes in schöpferischer Tat die nationalen, schaffenden Kräfte eimen“. So muß denn sein Buch uns die Antwort geben, ob nicht der General selbst noch zu den Männern gehört, deren Aufgabe es sein wird, an der deutschen Zukunft mitzubauen.

General Ludendorff erwähnt gelegentlich, daß er einer pommerschen Kaufmannsfamilie entstammt, die zeitweilig in der Provinz Polen sich angesiedelt hatte. Vielleicht dürfen wir auf dies väterliche Erbeil sein „ruhiges und schweres Denken“ in Anrechnung bringen und die harte Arbeitswilligkeit, der ein durch die militärische Erziehung noch gesteigertes Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein sich gesellte. Aber es mischt sich in Erich Ludendorff mit dem bürgerlichen Blut des Vaters auch das einer alten Adelsfamilie, der seine Mutter angehörte, und seinem ganzen Wesen nach ist der General von jeher mehr Aristokrat gewesen. Sein hohes und berechtigtes Selbstgefühl, mit dem eine gelegentlich hervortretende persönliche Stellungnahme des Kaisers gegenüber dem General diesem „unvereinbar und unerträglich“ erschien, was wohl überhaupt leicht verleglich; und wenn er meint: „Mich trennte von Seiner Majestät vieles, unsere Naturen waren zu verschieden“, so scheint mir im Gegenteile das gleiche reizbare Selbstgefühl nicht zum wenigsten dem vollen

Verständnis zwischen dem Obersten Kriegsherrn und seinem zweiten Strategen — denn der erste Feldherr blieb dem Namen und auch der Verantwortung nach immer Generalfeldmarschall v. Hindenburg — hinderlich und auch die Ursache manchen Mißbehagens und Mißverstehens gegenüber den Staatsmännern gewesen zu sein. Aus dem zweiten Bande des Weltkriegsbuches, das Staatssekretär Helfferich erscheinen läßt, kennen wir das Urteil des Reichskanzlers v. Bethmann: „Lubendorff sei geneigt, seinem Temperament zu unterliegen und in ernstern Situationen übereilt zu handeln; er habe an ihm mehrfach das Schwergewicht der inneren Ruhe und Sicherheit vermisst; er sei ihm zu sehr himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt“. Daß diese Beurteilung nicht ganz unberechtigt ist, läßt sich aus den in den Kriegserinnerungen enthaltenen Stimmungsbildungen entnehmen. Nur wird man ebenda heraus erkennen, daß solche seelische Unsicherheit dem General weder je die Willenskraft getrübt, noch den Blick auf das Ziel verschleierte hat; daß das, was ihn drückte, häufig genug eben die Last des Befehlenden war, der die Last aller Gehorchenden mitträgt.

Man darf ferner bei Beurteilung seiner Entschlüsse und seines Auftretens nie vergessen, daß dieser Feldherr vom ersten Kriegstage an vom Schicksal berufen war, immer dort führend und fördernd einzugreifen, wo die Verhältnisse mächtiger als die zu ihrer Überwindung bestellten Menschen gewesen: so war es bei Rütich, als Lubendorff kurz entschlossen den Befehl über eine Brigade für deren gefallenen Kommandeur übernahm; so vor Tannenberg, als die achte Armee in ihren Operationen nicht die von der Obersten Heeresleitung erhofften glücklichen Wege ging; so als es galt, den Feuerkopf Falkenhayn durch einen vollstümlicheren und glückhafteren Feldherrn zu ersetzen. Gerade diese Umstände mußten mächtig das Selbstgefühl dessen heben, der, an zweiter Stelle wirkend, doch die erste Leistung zu vollbringen hatte und der sich für sein tiefgegründetes Wollen auf eine mehr als gewöhnliche Gewissenhaftigkeit in der Arbeit berufen durfte, eine Gewissenhaftigkeit, die so weit geht, daß man oft zu dem Eindruck kommt, eine Natur wie diese könne überhaupt nie das ganz reine Gefühl der Freude erfahren. Wie daher diesem geistigen Ringer vor allem jedes Hasardieren fernlag, lehrt auch den nicht kriegswissenschaftlich durchgebildeten Leser jede Seite des Buches. Aber was in schwerem, in nervenspannendem Denken und Erleben als geistige Gemüßheit errungen war, das wurde aufgenommen in einen harten, manchmal wohl auch starren Willen — denn bei diesem Stahlkopf „brannte das Feuer auf der Seele“ — und die Eigenart seines Temperamentes wie seiner Bildung führten dann wohl zu jenem, von ihm selbst bedauerten, bisweilen harten Verlehrston mit denjenigen Stellen, bei welchen ein schleppender Geschäftsgang oder ein Verkennen der Kriegsnotwendigkeiten vermutet werden mußte.

General Lubendorff hat seine Erziehung im preußischen Kadettenkorps genossen und als junger Offizier mit geringen Mitteln sich redlich durchs Leben schlagen müssen. Seine Zeit gehörte der eisernen Pflicht; die wenigen Mußestunden waren dem Lesen von Geschichte, Kriegsgeschichte und geographischen Schriften gewidmet. Das ist schwerlich der Weg, um Weltkenntnis und Weltflugsheit, Menschenkenntnis und Menschenbehandlung oder gar jene innere Abgeklärtheit sich erwerben zu können, die einen Mann wie Moltke, den späteren Feldmarschall, nach seinen Diensten in der Türkei, seinem mehrjährigen Aufenthalte in Rom, seinen höfischen Beziehungen und den daraus sich ergebenden Reisen im Auslande auszeichneten. Und während dieser dank seiner Dienststellung als Chef des Generalstabes im Frieden eine tiefgehende Kenntnis der politischen Lagen und Fragen schon vor seinem ersten Feldzuge sich hatte

aneignen können, ist General Ludendorff bis zum Jahre 1915 der Beschäftigung mit Politik offenbar ziemlich ferngeblieben. Bei der dann eintretenden Notwendigkeit, auch ihr sich zu widmen, konnte dies unmöglich mehr in ganz freien Erwägungen geschehen, sondern lediglich vom Standpunkt der Aufgabe her, die ihm gesetzt war und die er sich gesetzt hatte: sie hieß siegreiche Beendigung des Krieges. „Es gibt für einen Soldaten nichts Größeres, aber auch nichts Schwereres als an der Spitze einer Armee oder des ganzen Feldheeres zu stehen. Von diesem hängt dauernd das Wohl und Wehe vieler Hunderttausende, ja ganzer Nationen ab.“ Aus dieser Empfindung und Erfahrung heraus auferlegt sich General Ludendorff große Zurückhaltung in der Besprechung der Kriegsereignisse, für die seine Amtsvorgänger die Verantwortung tragen, so beispielsweise über das Abbrechen der Schlacht an der Marne, für den „Wahnsinn von Verdun“, ein ihm früher vielfach zugeschriebenes Wort über diese Operation. Seinen hartnäckigen Gegner auf dem Kriegsschauplatz im Osten, den Großfürsten Nikolaus, nennt er einen ganzen Soldaten und Feldherrn. Den Vorschlägen, die aus der Front oder seitens der Heerführer hervortraten, hat er gelegentlich mehr nachzugeben gewußt als ihm selbst nachher zweckmäßig erschienen.

Die gleiche Pieglosigkeit des Urteils und des Willens gegenüber der politischen Leitung vermochte dieser ausgeprägte Charakter nicht zu üben. „Nur das Staatsoberhaupt, der Staatsmann, der sich zum Krieg entscheidet, trägt, wenn er dies klaren Herzens tut, gleiches und mehr als der Feldherr. Bei ihm handelt es sich um einen einzigen gewaltigen Entschluß, an den Führer treten sie täglich und stündlich heran.“ Darin liegt gewiß eine große Wahrheit; aber doch sind die Zeiten vorüber, wo nach dem Entschluß zum Kriege der leitende Staatsmann das Heft vertrauensvoll in die Hände des Feldherrn legen kann — schreibt doch dieser selbst: „Die Regierung hatte große Aufgaben im Dienste des Volkes für die glückliche Beendigung des Krieges zu lösen. Größeres wurde noch von keiner deutschen Regierung gefordert, als die geeinte Kraft des deutschen Volkes dem Kaiser auf dem Schlachtfelde zur Verfügung zu stellen und den Kampf gegen den Geist und die Stimmung der feindlichen Völker zu führen. Das Arbeiten und Handeln der Regierung gewannen so eine kriegsentscheidende Bedeutung.“ Das verlangt also nach dem ersten gewaltigen Entschluß ebenfalls neue verantwortliche Entscheidungen, zu deren Umsetzungen in die Tat der Staatsmann vielfach verhandeln muß, während der Feldherr befiehlt. Allerdings ist nun ja jene Gedankenwelt Ludendorffs nicht auch die der leitenden Staatsmänner in Deutschland gewesen; wo sie nicht Widerstand zeigten, da doch Schwanken oder Schwäche, die dem deutschen Volke und dem führenden Feldherrn zum Verhängnis geworden sind. Eigene Fehler, die sich auch auf dem militärischen Gebiet nicht vermeiden lassen, gibt dieser zu — für die allerdings weit schwerwiegenderen auf dem Gebiet der inneren und äußeren Politik kennt er keine Vergebung: Das Unglück des Vaterlandes, nicht das eigene, macht ihn zum furchtbaren Ankläger. Hier spüren wir etwas von der Blut bismarckischen Hassens in der Seele des vorzeitig verabschiedeten Feldherrn, und leider scheint sich ähnliches wie bei Bismarcks Abgang am 26. Oktober 1918 im Schlosse Bellevue abgespielt zu haben: „einige der bittersten Minuten seines Lebens“ hat der verdienstvolle General da durchgemacht.

Eng, aber anständig nennt ein englisches Urteil den Kern seines Wesens. Ob das in dieser Beschränkung zutrifft, mögen die Leser des Buches selbst urteilen. Dessen erzählender Teil schließt mit dem Gedanken an Rüttich bei Rückkehr in die Heimat. „Ich hatte dort meinen Mann gestanden und mich seitdem nicht geändert.“ Sollte der Mensch Ludendorff mit seinen höheren

Zwecken wirklich nicht gewachsen sein? Wir vermögen das nicht zu glauben. Seine Kriegserinnerungen selbst sprechen dagegen. Unverändert geblieben ist sein, aus der beschworenen Treue und der Kenntnis der Geschichte seines Volkes erwachsenes, tiefinneres Gefühl der Hingabe an das Vaterland. Wie der einstige Feldherr über das Deutschland von heute denkt, sollen drei lapidare Sätze aus dem Nachwort des Werkes erhärten:

„Die von Deutschen vollzogene Zertrümmerung der deutschen Wehrmacht war ein Verbrechen und von einer Tragik, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte. . . . Es war ein frevelhaftes Spiel, das mit dem deutschen Volke in seiner schwersten Stunde gespielt ist. Es bezahlt dies ungeheure Verschulden mit seinem Leben und mit seinen Idealen. . . . Durch die Revolution haben sich die Deutschen zu den Parias unter den Völkern gemacht, nicht mehr bundesfähig nach außen, Heloten im Dienst fremder Männer und ausländischen Kapitals, der Achtung entkleidet vor sich selbst.“

Wer ihnen dennoch das Recht zum Leben zuspricht und die Kraft wünscht, die Schlacken zu beseitigen, die sie auf sich gehäuft, der wird nicht beiseite treten dürfen, wenn es den Aufbau gilt. Als ersten Schritt dafür darf man die Veröffentlichung dieser Kriegserinnerungen begrüßen, mit denen ein deutscher Mann furchtlos und in freiem Stolz vor unser Volk tritt.

Die Sowjetrepublik und ihre Gegner

Von G. Franz, Major im Generalstabe



ie Sowjetrepublik befindet sich in zentraler Lage auf allen Seiten im Kriege mit den Nachbarn, nur auf die eigenen Mittel und Kräfte angewiesen, von jeder Zufuhr abgeschnitten, ohne je auf Unterstützung von außerhalb rechnen zu können; eine gewaltige eingesehnürte Festung. Damit sind mancherlei Nachteile — aber auch nicht zu unterschätzende Vorteile verknüpft. Es herrscht ein Wille, keine langen Verhandlungen sind nötig zwischen Gruppierungen, die politisch verschiedene Ziele verfolgen, der Wille kann innerhalb des eigenen Machtgebietes unverzüglich in die Tat umgesetzt werden; die militärischen Streitkräfte können direkt von einer bedrohten Front an die andere geworfen und deshalb schneller verschoben werden, als die der Gegner, bei diesen einheitliches Handeln vorausgesetzt. Die Vorteile dieser operativ inneren Linie und der Uneinigkeit des Gegners haben sich die Bolschewiken bisher stets geschickt zunutze gemacht.

Solange die Leistungen der Eisenbahn auf der Höhe bleiben, werden die Bolschewiken in der Durchführung der Truppenbewegungen ihren Gegnern gegenüber stets im Vorteil und in der Lage sein, genügende Streitkräfte an den bedrohten Fronten zu versammeln. Daß die Bahnen versagen, ist vorläufig nicht zu erwarten. Heizmaterial liefern die unermesslichen Wälder zur genüge, schon im Frieden wurde in Großrußland mit Holz geheizt. Auch der Wagenpark wird vorläufig ausreichen, handelt es sich doch nur um geringe Kräfte im Vergleich zu den Massen, die unsere Bahnen im Weltkriege zu bewegen hatten. Bleibt nur die Schmiermittelfrage und die der Lokomotiven. Wenn auch zwangsweise gearbeitet wird, so muß man doch wohl annehmen, daß allmählich ein Rückgang in der Zahl der verwendbaren Lokomotiven eintritt. Bis aber darin ein für die militärischen Verhältnisse bedrohlicher Zustand eintreten wird, kann noch geraume Zeit vergehen.

Die von der Sowjetrepublik aus dem alten Regime übernommene Rüstungsindustrie müßte ausreichen, die jetzige Armee zu bewaffnen und auszurüsten. Mit den vorhandenen Vorräten der alten Zarenarmee hat sie auch bisher den Bedarf des Heeres gedeckt. Aber auch hierin wird sich die Lage dauernd verschlechtern, je mehr mit der Zeit die Leistungsfähigkeit der abgenutzten Fabrikanlagen nach-

läßt. Immerhin bleibt zu bedenken, daß der Verbrauch an Waffen und Munition in den dortigen Kämpfen gering ist, gemessen an den Verbrauchsziffern des Weltkrieges. Massenverbrauch scheitert auf beiden Seiten an den allgemeinen Kampfverhältnissen und Nachschubschwierigkeiten. Überhaupt darf man wohl generell annehmen, daß die eigentliche Kampfätigkeit im allgemeinen unbedeutend ist; es besteht wenig Neigung, das Leben einzusetzen und zu verlieren; die Entscheidung bringt meist die Zahl, das Versagen einzelner Verbände und der Mangel an Geeresbedarf.

Die Bevölkerung Rußlands ist auf die Lebensmittel, im besonderen Getreide, aus dem Wolgagebiet und der Ukraine angewiesen. Ob es der Sowjetrepublik gelungen ist, in der vorübergehend besetzten Ukraine nennenswerte Mengen zu erfassen und vor allem abzutransportieren, und ob die Ernte an der Wolga sehr ergiebig sein wird, muß dahingestellt bleiben. Immerhin wird man genügend haben, um das Heer, die Rüstungsindustrie und die sehr zahlreiche Beamtenchaft satt zu machen; der Rest kann hungern.

So kann es noch einige Zeit dauern, bis die Sowjetrepublik infolge wirtschaftlicher Nöte ihre militärische Kampfkraft verliert. Vorläufig ist sie noch in der Lage, den Kampf mit ihren Gegnern aufzunehmen, nicht mit allen gleichzeitig, aber da, wo die nächste Gefahr droht. Die politische Zersplitterung der Gegner überhebt sie der Sorge vor einem gleichzeitigen einheitlichen Angriff auf allen Fronten. Die Führung hat sich bisher ihren Aufgaben gewachsen gezeigt; die teilweise zwangsweise angestellten ehemaligen Zarenoffiziere werden gut bezahlt. Wenn auch die Truppe stellenweise versagt hat, scheint sie zumeist doch besser, vor allem disziplinierter zu sein als die der Gegner. —

Auffallend frühzeitig und laut wird eine Offensive auf Petersburg für die nächste Zeit angekündigt. An der Einnahme von Petersburg haben die Engländer ein verständliches Interesse; sie wollen auch noch das letzte und bedeutendste Einfallstor von der Seeseite nach Rußland unter ihren Einfluß bringen. Außerdem ist es für sie am günstigsten, von dort aus gegen den Bolschewismus einzugreifen; der Weg über die Ostsee ist nicht so lang wie der um Europa zu Denikin; und bei der Vermittelung zwischen den vielen Parteien der Nordwestgruppe sind die Aussichten am größten, mit diplomatischem Geschick eigene Interessen durchzusetzen. Hat sich doch angeblich Dianosow, der Führer der neuen in Reval unter Englands Vormundschaft gegründeten Regierung für Nordwestrußland bereits verpflichtet müssen, Englands besondere Interessen im Baltikum, im Kaukasus (Olgebiet) und in Persien anzuerkennen und für die künftige Staatsform Großrußlands nach englischen Wünschen zu wirken. Vorläufig aber sieht es mit dieser Offensive sehr traurig aus; nach den letzten Nachrichten haben die Esten bereits den Engländern die Gefolgschaft gekündigt und sogar schon ein Waffenstillstandsangebot von den Bolschewiken erhalten; auch die Finnen haben in letzter Zeit wenig Neigung für eine Offensive gezeigt. Findet also ein ernster Angriff auf Petersburg wirklich in absehbarer Zeit statt, so trifft er die Bolschewiken wohl vorbereitet, die Zeit genug gehabt haben, von der Wolgafront Verstärkungen heranzuführen. Die nächste Zeit muß zeigen, ob die Lage bei Petersburg wirklich so bedrohlich ist; schließlich läßt sich auch der Verlust Petersburgs verschmerzen und bis Moskau ist es noch weit. Vielleicht ist die angebliche eifrige Tätigkeit der Engländer bei Petersburg auch als Demonstration gedacht zur Ablenkung von ihren Unternehmungen vom Eismeer her; dort sollen weiter dauernd englische Verstärkungen eintreffen.

Im Süden und Südosten aber ist eine andere Gefahr im Anzuge. Denikin und Petlura haben sich wieder in den Besitz der Ukraine gesetzt. Denikin bisher im allgemeinen östlich des Dnjepr, Petlura westlich. Gleichzeitig haben die Polen längst aufgehört, von Polen bewohnte Gebiete an sich zu reißen; östlich Minsk-Łuzk sind sie mitten in weißrussischem Gebiet! Anzeichen liegen vor, daß die Bolschewiken auch nach Süden wieder zur Gegenoffensive übergehen werden, wogegen sie an der polnischen Front eine auffallende Latenzlosigkeit zeigen. Denikins gegen den Dnjepr gerichtete Front bietet nach Norden gegen die

Volschewiken eine breite Flanke, die zum Angriff herausfordert. Entweder muß er diese lange Flankenlinie ausreichend schützen, dann wird seine Stoßkraft in westlicher Richtung allmählich erlahmen. Oder er hält die Westfront stark, um dort schnell zu einem Abschluß zu gelangen, und nimmt die vorübergehende Gefährdung seiner Nordflanke in Kauf. Er kann dies bis zu einer gewissen Grenze wagen, da die Kriegsführung mit den Volschewiken in anderen Formen zu verlaufen pflegt, als dies im letzten großen Kriege der Fall war. Der Besitz bestimmter Straßen, Bahnen und namentlich Ortschaften, sei es ihres Namens oder irgendwelcher wichtiger Anlagen wegen, hat dort wieder mehr an Bedeutung gewonnen. Es gibt weder zusammenhängende Fronten noch Vormarsch in geschlossener Front mit mehreren Kolonnen nebeneinander. Auch die Gelegenheit für schnell und überraschend geführte Operationen ist dort nicht gegeben. Dazu sind die Verkehrsmöglichkeiten zu schlecht, die Vorbereitungen zu umständlich und die Gefahr des Verrates durch Überläufer zu groß. Meist schieben sich an den Bahnen in Panzerzügen Spitzen des Angreifers gegen eine vorher als schwächer erkundete Stelle der feindlichen Front vor. Durch Heranführung beiderseitiger Verstärkungen erringt dann eine Partei die zahlenmäßige Überlegenheit, vor der die Gegenpartei abbaut; Munitionsverbrauch und blutige Verluste sind meist gering. Die vielfach gemeldeten, aber mit äußerster Vorsicht aufzunehmenden hohen Beutezahlen sind durch die schlechten Wege und die bei der allgemeinen Minderwertigkeit der Truppen erklärliche mangelhafte Aufklärung und Sicherung begründet.

Den Volschewiken war es im Frühjahr gelungen, den konzentrischen Vormarsch der verschiedenen Nordgruppen auf Petersburg, der schon bis Gatschina in bedrohliche Nähe der Hauptstadt geführt hatte, anzuhalten. Ausbrechende Uneinigkeit unter den russischen, estnischen, lettischen und baltischen Verbänden, die stellenweise zu gegenseitigen Kämpfen führte, gab den Volschewiken Gelegenheit, die antibolschewistische Linie auf Narwa, den Peipussee und auf Pskow wieder zurückzudrücken, bei Olonjez einen nicht unbedeutenden Erfolg über die Finnen davonzutragen; erneutes Versagen der Truppen bei Pskow verhalf kürzlich den Volschewiken zur Einnahme der Stadt. Die Gefahr für Petersburg war damit im Sommer zunächst beseitigt, droht nun aber von neuem.

Im Juni folgte gegen den anfangs so verheißungsvollen Einbruch Kollschats die erfolgreiche Gegenoffensive, die letzteren bis über den Ural zurückwarf. Berdne-Uralst, Tobolsk, Kurgan sollen schon wieder in der Hand der Volschewiken sein. Kollschat hat angeblich den Oberbefehl niedergelegt. Die Erfolge auf diesen beiden Kriegsschauplätzen mußten mit dem Verlust der Ukraine erkauft werden. Hier konnten es die Volschewiken nicht verhindern, daß Denikin, der die verschiedenen Kosakentruppen für sich gewonnen hatte, unaufhaltsam bis an den Dnjepr und das Schwarze Meer vorstieß und dadurch den in Ostgalizien zwischen Polen und Volschewiken eingeklemmten Ukrainern unter Petlura Luft machte. Nach Verständigung mit den Polen, denen sie Ostgalizien sowie die Gegend um Cholm und Brest-Litowsk streitig machen, konnten die Ukrainer nunmehr die Offensive Richtung Kiew wieder aufnehmen und haben sich angeblich wieder in Besitz der Stadt gesetzt, während Denikin weiter südlich bei Zischlawegrad und Kriwoirog schon über den Dnjepr hinaus ist. Neuerdings soll er auch Kiew besetzt haben, nachdem Petlura in weiterer Verfolgung der Volschewiken nach Norden vorgehoben war. Hier liegt nun der Brennpunkt der Ereignisse der nächsten Zeit. Es muß sich alsbald klären, ob Denikin und Petlura sich verständigen oder den Besitz der Ukraine streitig machen werden. Denn Denikins Bestrebungen waren bisher auf die Wiederherstellung eines einigen monarchischen russischen Reiches gerichtet. Mit diesem Programm setzt er sich im politischen Gegensatz zu Petlura, dem Führer der national-ukrainischen Bewegung, die eine selbständige Ukraine auf demokratischer Grundlage schaffen will. Beide Führer müssen sich jetzt der Verantwortung bewußt sein, die ihre weiteren Entschlüsse nicht nur für das Schicksal der Ukrainer und Rußland haben werden. Geben sie ihrem politischen Programm nicht versöhnlich nach, so muß die eben befreite

Ukraine erneut der Schauplatz größerer Kämpfe werden; den Bolschewiken wird wiederum die Rolle des tertius gaudens zugeschoben; sie werden dann auch wie stets bisher den Nutzen aus dieser Situation ziehen.

Denikin befindet sich politisch und militärisch in einer schwierigen Lage. Seine Operationsbasis liegt in dem von jeher unruhigen Kaukasusgebiet. Wenn die dortigen Kosaken sich ihm auch jetzt zur Verfügung gestellt haben, so ist doch kein unbedingter Verlaß auf sie. Auch die junge Republik Aserbeidschan in Transkaukasien hat sich stets als ein unsicherer Nachbar erwiesen. Denikin hat mit der Ukraine ein Gebiet erobert, dessen Bevölkerung andere politische Interessen als die von ihm vertretenen verfolgt; er hat sie von den Bolschewiken befreit, bringt ihr aber eine keineswegs erwünschte neue Herrschaft. Auf Unterstützung aus der Bevölkerung heraus kann er demnach kaum rechnen. Petlura dagegen hat die Masse der Bevölkerung hinter sich; er bringt ihr die Verwirklichung ihrer politischen Wünsche. Trotzdem könnte es Denikin auf einen Kampf gegen Petlura mit Aussicht auf Erfolg ankommen lassen, da er über sehr viel bessere Truppen verfügt. Aber der Gewinn dieses Kampfes selbst bei siegreichem Ausgange ist durchaus fraglich. Mit Truppen, die durch diese Kämpfe erneut geschwächt sind, würde er alsdann die innerpolitisch unzuverlässige Ukraine gegen die zu erwartenden Wiedereroberungsversuche der Bolschewiken verteidigen müssen, falls er nicht den Gewinn seines Sommerfeldzuges kampfflos preisgeben will. Im Kampfe gegen die Sowjetrepublik würde er ohne Entlastung auf der bolschewistischen Nord- und Ostfront einen recht schweren Stand haben! So ist es eigentlich das Gegebene, daß Denikin politische Konzessionen machend, eine Verständigung mit Petlura sucht und beide sich zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind verbinden.

Die Besetzung Kiwsk durch Denikin im Rücken der Ukrainer deutet zunächst nicht auf eine bevorstehende Versöhnung der beiden Parteien hin. Andererseits scheint nach englischen Zeitungen politisch die Möglichkeit dazu gegeben zu sein, indem Denikin neuerdings weitgehende Autonomie der einzelnen Landesteile in dem wieder vereinigten Großrußland zugestehen und die künftige Staatsform von dem Entschluß der einzuberufenden Nationalversammlung abhängig machen will. Darin liegt die Bereitwilligkeit zum Verzicht auf Wiederherstellung des alten Zarentums und die Möglichkeit einer republikanischen Verfassung auch auf föderativer Grundlage. Im Rahmen dieses politischen Programmes wäre also ein militärisches Zusammengehen mit Petlura und Diansow gegen den gemeinsamen Feind denkbar und auch die sibirischen Gruppen könnten sich mit diesen politischen Richtlinien abfinden. Alsdann würde im Süden der Sowjetrepublik ein ernstster Gegner erstehen, der zunächst schon durch den Besitz der Getreide- und Kohlengebiete die Bolschewiken wirtschaftlich schwer schädigt und mit seiner Nordfront bei Kamyschin — südlich Woronesch — südlich Kursk von allen Gegnern Moskau am nächsten steht. Die weitere Entwicklung der Lage in Südrußland darf man deshalb mit gespanntem Interesse erwarten. Nach neuesten Nachrichten scheint es, daß Denikin an der Grenze seiner Erfolge angelangt ist.

Die Nachrichten über die Vorgänge in Rußland sind oft widersprechend, unwahrscheinlich und tendenziös entstellt, dabei meist schwer auf die Richtigkeit nachzuprüfen. Rußland hat schon so viele Überraschungen gebracht, daß wir auch weiter mit unerwartetem Verlauf der Ereignisse rechnen müssen.

Die bisherigen Ereignisse des Sommers lassen aber mit Klarheit erkennen, daß eine militärische Niederwerfung der Sowjetrepublik nicht leicht und in der bisher verfolgten Methode nicht zu erreichen ist.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: Dr. Kathilde Reiskner in Berlin-Galensee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 55a.
 Fernsprecher des Herausgebers: Amt Richtersfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Ritzow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 55a.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dönhofs-Strasse 36/37.



Zusammenbruch und Wiederaufbau

Von Professor Dr. Fritz Hartung



aß das alte Deutschland zusammengebrochen ist, darüber braucht man heute nicht mehr viele Worte zu machen. Politisch, wirtschaftlich, moralisch stehen wir vor dem Ruin; wieder wie einst im Jahre 1806 könnte heute eine Broschüre geschrieben werden über Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung. Die Hoffnungen, die die Sozialdemokratie auf die Revolution gesetzt hat, sind nicht erfüllt worden. Nicht nur das Ausland hat sie enttäuscht, indem es uns statt des Verständigungsfriedens den Versailler Frieden diktiert hat, auch das eigene Volk beweist nicht die politische Reife, die ihm zugetraut worden ist. Für uns, die wir an Weltgewissen und Völkerverbrüderung nie geglaubt, die wir die einseitige Betonung der inneren Politik und in dieser die einseitige Klassenpolitik der Sozialdemokratie stets bekämpft haben, wäre es leicht, uns mit einer gewissen Schadenfreude von der Not unseres Volkes abzuwenden, uns darauf zu berufen, daß wir die unerbittliche Notwendigkeit der Bewahrung unserer Macht immer betont haben, und es den heute regierenden Parteien zu überlassen, die Dinge besser zu machen als das von ihnen geschmähte alte Regierungssystem.

Aber nicht nur zur hämischen Schadenfreude, auch zur müden Resignation ist die Lage zu ernst. Deutschlands Erneuerung ist die Aufgabe, die uns gestellt ist; an ihr müssen wir alle mit allen unseren Kräften mitarbeiten. Gerade wer sich als Gegner des heutigen Regimes fühlt, wer brennende Scham darüber empfindet, daß Dilettanten und Demagogen den letzten Rest von Bismarcks Erbe verwirtschaften, gerade der hat die Pflicht, nicht bloß über die Schlechtigkeit der Zeit und der Menschen zu klagen, sondern am Wiederaufbau Hand anzulegen.

Freilich ist die Lage so trostlos, daß der Zweifel wohl entstehen kann, ob wir überhaupt noch die Kraft haben werden, uns dereinst zu erheben. Mag auch manches als Nervenzusammenbruch nach vierjährigen Entbehrungen und als Revolutionspsychose zu erklären sein, so treten doch auch manche alte Charakterfehler des Deutschen in dieser Krisis häßlich zutage, vor allem die gehässige Tadelssucht, die alle Schuld auf den Nächsten abzumwälzen sich bestrebt, und der Hang nach Freiheit, nach „Libertät“, wie es früher hieß, der lieber

dem Feind sich unterwirft, als die geordnete Herrschaft des Deutschen erträgt. Dieser deutschen Erbfehler werden wir wohl nie ganz Herr werden. Aber ernstester noch ist die Frage, ob wir nicht überhaupt am Ende unserer Kultur angelangt sind. Es ist leicht, zwischen unserer Zeit und der des untergehenden Römerreichs gewisse Analogien aufzudecken. Die Einheitlichkeit der religiösen Weltanschauung ist zerbrochen. Das Christentum hat heute ähnlich wie damals das Heidentum seinen Einfluß auf die Bevölkerung der Städte fast ganz verloren; ob es sich neu beleben und weiterhin die Grundlage unseres geistigen und sittlichen Lebens sein kann, muß einstweilen dahingestellt bleiben. Mit der Möglichkeit einer physischen Erschöpfung unserer Rasse müssen wir nach den verheerenden Folgen des Hungerkriegs immerhin rechnen, so daß etwa die Slawen uns ablösen würden, wie einst die Germanen der Römerherrschaft ein Ende gemacht haben. Und wer solchen Analogien weiter nachgehen will, mag in dem vom Osten kommenden Bolschewismus einen erneuten Sklavenaufstand des Judentums in der Moral erblicken.

Aber mit derartigen Zweifeln geben wir uns selbst auf, darum dürfen und wollen wir sie nicht aufkommen lassen. Auch dem heutigen Geschlecht ruft Fichte zu: Es hängt von euch ab, ob ihr das Ende sein wollt und die letzten eines nichtachtungswürdigen und bei der Nachwelt gewiß sogar über die Gebühr verachteten Geschichts . . . oder ob ihr der Anfang sein wollt und der Entwicklungspunkt einer neuen, über alle Vorstellungen herrlichen Zeit.

Der Historiker, der neue Wege in eine unbekannte Zukunft bahnen will, sucht naturgemäß zunächst nach geschichtlichen Vorbildern. Sie helfen ihm freilich nicht viel, weder die Entwicklung Frankreichs nach 1871, noch die deutsche Erhebung nach 1807, noch auch der Verlauf der deutschen Revolution von 1848. Auch die Zustände Deutschlands nach dem westfälischen Frieden, an die nur zu vieles heute erinnert, weichen in so vielen wesentlichen Punkten von unsern heutigen Verhältnissen ab, daß wir nicht viel aus ihnen für die Gegenwart lernen können. Und selbst wenn das anders wäre so würde doch auch für uns der Satz Hegels gelten, daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus denselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben.

Über unsere unmittelbare Vergangenheit aber müssen wir uns klar sein, bevor wir Zukunftspläne machen können; wir müssen die Wege und Irrwege kennen, auf denen wir bis heute gegangen sind, damit wir die richtige Bahn einschlagen können. Das soll nicht heißen, daß ich mich an der Suche nach den Schuldigen beteiligen möchte, deren unwürdige Gehässigkeit nur zu sehr an den Ruf nach dem Verräter erinnert, den die Franzosen nach 1870 ausgepfanzt haben. Auch von den Schmähreden auf unsere Vergangenheit, mit denen jetzt ebenso wie nach 1806 viele Deutsche das eigene Reich besudeln, müssen wir uns fernhalten; denn sie schaden uns für den Augenblick und entwürdigen uns für die Dauer. Aber eine historische Betrachtung der Ursachen unseres Zusammenbruchs brauchen wir, wenn diese Niederlage uns zur Einkehr, zur Selbstprüfung, zur Besserung dienen soll. Mit oberflächlichem Gerede über die innere Haltlosigkeit der bisher herrschenden Schichten und dergleichen ist uns nicht geholfen. Denn vor blinder Anerkennung aller Tatsachen, vor nackter Bewunderung jedes Erfolgs müssen wir uns hüten. Der Satz: *victrix causa diis placuit, sed victi Catoni*, behält auch für uns sein Recht. Wie die günstigen Ziffern des wirtschaftlichen Aufschwungs von 1871 bis 1914 kein sicheres Zeichen nationaler Gesundheit gewesen sind, so kann auch unsere Niederlage nichts über den sittlichen Wert dessen, was wir bis 1918 erstrebt

haben, oder gar über die bessere sittliche Berechtigung der englisch-französischen Politik ausagen. Die historische Objektivität, die in allem, was geschieht, die Vernunft des Geschehens erblickt und alles zu rechtfertigen unternimmt, darf nicht zur Charakterlosigkeit und ebenso wenig zur politischen Willensschwäche führen. Wohl aber brauchen wir die Geschichte zur politischen Belehrung und Vertiefung, wie der Arzt seine Diagnose und vor allem seine Therapie nicht allein auf den augenblicklichen Befund, sondern auch auf die Vorgeschichte der Krankheit gründet.

Denn an die Heilbarkeit unserer Leiden glaube ich. Ein Volk, das vor 1914 eine so erstaunliche Leistungsfähigkeit, auf Ordnung und Fleiß aufgebaut, gezeigt hat, das sich in den unvergeßlichen Augusttagen 1914 wie ein Mann zur Verteidigung seines Daseins erhoben, das während des Krieges so Großes vollbracht und so Schweres ertragen hat wie das deutsche, ein solches Volk kann nicht in seinem Kern faul sein. Es gilt also zu erklären, warum die Begrißterung des August 1914 sich nicht in zähe Energie umgesezt hat, sondern wie ein Rausch verfliegen ist, an den sich viele nur mit müßtem Gel erinnern mögen.

Die Erklärung möchte ich darin sehen, daß wir bisher zu sehr in den Tag hineingelebt, zu wenig an unsere Pflichten gegenüber den kommenden Generationen gedacht haben. Ich kann das hier nicht ausführlich nachweisen, ich müßte die ganze deutsche Geschichte seit 1871 oder wenigstens seit 1890 schreiben. Aber die Grundzüge unserer Entwicklung sind klar. Seitdem mit der Reichsgründung dem deutschen Volk die politische Aufgabe, an deren Lösung es sich zwei Menschenalter hindurch abgemüht hatte, erfüllt schien, hat es uns an klaren politischen Zielen, überhaupt an politischem Interesse gefehlt. Volk stolz darauf, daß wir es so herrlich weit gebracht hatten, voll Vertrauen darauf, daß die Regierung wie bisher so auch künftig die Politik besser besorgen werde, als es dem Volke möglich sei, hat sich die große Mehrzahl des Volkes wirtschaftlichen Aufgaben überlassen und versucht, in kurzer Zeit die Entzählung nachzuholen, die die politisch mächtigeren Nationen des Westens im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts genommen hatten. Das ist erstaunlich schnell gelungen. In Technik, Industrie und Handel ist großes geleistet worden, auch die Landwirtschaft hat, unter dem Schutze der Zollpolitik des Reichs, die kritische Lage der siebziger Jahre überwunden und dank intensiverem Betrieb ihre Erträge gewaltig gesteigert. Aber diese einseitig wirtschaftliche Einstellung des deutschen Lebens hatte doch auch ihre Schattenseiten. Die rasche Industrialisierung unserer Wirtschaft trieb uns immer mehr über die Grenzen Deutschlands hinaus, wir wuchsen notgedrungen in die Weltpolitik hinein, ohne uns über die Gefahren klar zu werden, die gerade für ein so zentral gelegenes Land wie Deutschland damit verbunden sein mußten. Wohl hat unsere amtliche Politik — und hinter dieser stand in dieser Frage gewiß die überwiegende Mehrheit aller Politiker — unser weltpolitisches Ziel so bescheiden wie möglich zu formulieren versucht. Wir wollten außer unseren wenigen Kolonien gar nichts für uns, bloß Gleichberechtigung mit den anderen Völkern, bloß die offene Tür in den Gebieten, die noch nicht unter die europäischen Mächte aufgeteilt waren. Aber diese Zurückhaltung hat uns nichts geholfen. Wir galten als die Störenfriede, die überall dabei sein und Geld verdienen wollten, die nur nehmen wollten, aber keine Kultur zu geben hätten, und wenn auch diese Vorwürfe gewiß übertrieben und ungerecht sind — von der Kriegsliteratur des Auslands ganz zu schweigen — so dürfen wir doch nicht achtlos an ihnen vorüber gehen. Wir können daraus lernen, wie unser Wesen auf

die andern wirkt. Und ein berechtigter Kern steckt doch auch dahinter. An die mühevollen Arbeit der Kolonisation haben wir uns nur langsam herangemacht; wir wollten lieber durch die bereits von andern geöffneten Türen als Konkurrenten eintreten. Und in dem bescheidenen Verzicht auf Vorrechte lag zugleich der überhebliche Glaube an die Überlegenheit unseres Könnens, daß sich unter den gleichen Bedingungen gegen alle Mitbewerber durchsetzen werde. Die Einsicht, daß sich aus dem Wettbewerb an den offenen Türen Interessengegensätze herausbilden würden, die eines Tages zur Auseinandersetzung mit Blut und Eisen führen mußten, hat uns gefehlt. Nicht diejenigen, die den Krieg haben kommen sehen, sondern diejenigen, die stolz auf augenblickliche Erfolge die Gefahren des kommenden Tages nicht gewürdigt haben, tragen die Hauptschuld am Weltkrieg. Über den Drang nach Erwerb haben wir es unterlassen uns historisch-politisch zu bilden, aus der Geschichte zu lernen. Wir Historiker sind viel zu sehr rückwärts gewandte Propheten gewesen und haben es veräumt, die Blicke rechtzeitig vorwärts zu wenden, aus der Geschichte die Aufgaben herauszuarbeiten, die unserm Volk in der Welt gestellt waren. Denn wie der einzelne Mensch so braucht auch ein ganzes Volk eine positive Lebensaufgabe, an die es seine Kraft mit Bewußtsein setzen kann und mag, der zuliebe es auch Mühen und Entbehrungen, Kampf und Not auf sich nimmt.

Auch die innere Politik hat unter dem Mangel einer über den Alltag hinaushebenden, in die Zukunft weisenden großen politischen Aufgabe schwer gelitten. Wir hasteten am Äußerlichen, am Gegenwärtigen, freuten uns über die Ruhe und Ordnung, die im Lande herrschte, über die günstigen Ziffern unserer wirtschaftlichen Entwicklung und übersahen dabei vollkommen die Wucht der Tatsache, daß bei jeder Reichstagswahl etwa ein Drittel aller Wähler sich als Gegner des Staates bekundete. Unsere lediglich auf den Erwerb eingestellte Betrachtung rächte sich zwiefach. Der Staat wurde in die wirtschaftlichen Kämpfe hineingezogen, die Unzufriedenheit mit der geltenden Wirtschaftsordnung richtete sich darum unmittelbar gegen den Staat, die politische Idee verschwand vor der wirtschaftlichen Begehrlichkeit. Der natürliche Unterschied der sozialen Klassen wurde zum schroffen Gegensatz der Klassen, und das Gefühl der über alle Geldinteressen erhabenen Volksgemeinschaft verflüchtigte sich. Wir haben überhaupt nicht erkannt, daß wir die 1871 erst äußerlich verwirklichte Einheit zu einem geistigen Besitz noch zu machen hatten. Wesen und Ergebnis dieser Politik hat Goethe treffend gezeichnet:

Man freut sich, daß das Volk sich mehrt,
nach seiner Art behäglich nährt,
sogar sich bildet, sich belehrt,
und man erzieht sich nur Rebellen.

Diese Vernachlässigung der bewußten Pflege des nationalen Gedankens nannten wir stolz Realpolitik. Wir glaubten damit, in Bismarcks Wegen zu wandeln. Aber wahrhafte Realpolitik bedeutet nicht ideenlose Politik, sondern illusionlose Politik. In seiner von unsern Politikern leider viel zu wenig beachteten „Politischen Geographie“ sagt Razel sehr mit Recht: „Die Politik, die dem wachsenden Volke den unentbehrlichen Boden für die Zukunft sichert, weil sie die ferneren Ziele erkennt, denen der Staat zustrebt, ist eine echtere Realpolitik als die, die sich diesen Namen beilegt, weil sie nur das Greifbare vom Tag und für den Tag leistet.“

Ein leitender Gedanke hat unserer Politik im Innern wie nach außen hin gefehlt. Daß wir niemals ein klares Kriegsziel hatten, ist nur die Folge unserer ideenlosen Friedenspolitik, und darum hat unser Volk die furchtbare

Kraftprobe dieses Krieges nicht ausgehalten, es hat gewiß großes geleistet, das Heer vor allem, aber auch Wissenschaft und Technik, Landwirtschaft und Industrie. Aber der große Gedanke, der der ganzen Kraft des Volkes Richtung und Ziel gegeben hätte, der uns in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft über die Sorgen und Kummernisse der Gegenwart hinausgehoben hätte, der hat uns gefehlt. So haben die Völker von älterer und stärkerer Geschlossenheit, von klareren politischen Zielen uns trotz unserer beispiellosen militärischen Erfolge doch überwinden können.

Gewiß trifft an unserm Zusammenbruch das alte System ein voll gerüttelt Maß an Schuld. Es trägt die volle Verantwortung für die Unterlassungen unserer Politik, denn es fühlte sich stark genug, die Dinge allein zu machen, lehnte jede Kritik, ja selbst jede Unterstützung durch die Regierten bewußt ab, hat uns lange Zeit — das ist vor allem Bülow's Fehler — die Lage beschönigt und hat zum Schluß — das ist der durch Bethmann Hollweg's Betrachtungen zum Weltkrieg erneut erweckte Eindruck, den die deutsche Politik vor dem Weltkrieg machte — sich resigniert in den Weltkrieg hineintreiben lassen.

Aber das alles entlastet unser Volk nicht. Es wäre ein gefährlicher Irrtum zu wähnen, daß das Volk und seine Vertreter die Dinge nun ohne weiteres besser machen werden. Auch wir haben unendlich viel Versäumnisse gut zu machen, müssen versuchen, daraus für die Zukunft zu lernen. An der rechten Kritik unserer Politik haben wir es vor dem Kriege — die Kriegszeit mit der Zensur scheidet natürlich aus — fehlen lassen. Die große Masse war zufrieden, wenn sie sich um Politik nicht zu kümmern brauchte, ärgerte sich, wenn die Steuern erhöht wurden, und ersah gelegentlich erstaunt und entrüstet, wie gefährlich die Krisis gewesen war, durch die Deutschland hindurchgegangen war.

Wohl haben wir auch eine patriotisch besorgte Kritik gehabt. Die Alldeutschen und der Wehrverein haben die politischen Gefahren erkannt. Aber sie haben doch zu sehr unter dem Eindruck der Bismarckschen Erfolge gestanden, die Schwierigkeiten unserer Lage unter-, unsere Kräfte aber überschätzt. Vor allem: sie haben den Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik verkannt: Weltpolitik läßt sich nur treiben, wenn das Bewußtsein der Nation dahinter steht. Unsere Arbeiterschaft war für diese Politik nur zu gewinnen, wenn wir unser Staatswesen im Innern freier ausgestalteten. Es handelt sich hier nicht um parteipolitische Streitigkeiten, nicht um Einzelfragen wie etwa die preußische Wahlreform. Aber die Tatsache scheint mir klar zu sein, daß auch die Alldeutschen und die ihnen nahe stehenden Kreise die Notwendigkeit einer Politik auf lange Sicht hinaus und einer sorgfältigen innerpolitischen Grundlegung dieser Politik verkannt haben.

Genau den entgegengesetzten Fehler hat die pazifistische und sozialdemokratische Opposition gegen unsere Regierung begangen. Sie hat die Frage der inneren Politik mit verbissener Einseitigkeit in den Vordergrund geschoben, als ob das Leben, die Behauptung der Existenz gegenüber feindlichen und konkurrierenden Mächten, nicht immer die erste Voraussetzung einer behaglichen Ausgestaltung des Lebens wäre. Sie hat ferner durch ihre gehässige Kritik am Bestehenden im Ausland falsche Vorstellungen von unsern Zuständen und im innern eine gefährliche Gleichgültigkeit gegen unser staatliches Dasein hervorgerufen, ohne daß es gelungen wäre, die Sympathie, die das Ausland dem alten Deutschland angeblich wegen seines Militarismus nicht entgegenbrachte, nun für sich zu erwecken. Das Schicksal dieser internationalen Bestrebungen

beweist am schlagendsten die jedem Kenner der Geschichte freilich längst bekannte Tatsache, daß nicht unser Militarismus, auch nicht unser Sozialismus, sondern schon unser Dasein als Nation dem Auslande un bequem ist.

Ich bin auf die Gründe unseres Zusammenbruchs so ausführlich, wie es der Raum gestattet, aber freilich doch noch zu knapp, um ein abgerundetes Bild zu entwerfen, eingegangen, weil wir daraus für die Zukunft lernen können und lernen müssen, aber noch immer nichts gelernt haben. Auch heute noch lebt das deutsche Volk in den Tag hinein, ohne sich über die ihm gestellten Aufgaben klar zu werden. Daß der Ernst der Lage der großen Masse noch nicht deutlich geworden ist, beweist jeder Blick in den Vergnügungsanzeiger unserer Zeitungen, jeder Gang durch unsere Städte. Das Volk als Ganzes bleibt eben immer kind und bedarf der Führung, ein demokratisch regiertes erst recht. Dank ihrer energischen, rücksichtslos durchgreifenden Führer haben die Demokraten des Westens während des Krieges mehr Kraft entfaltet als unser monarchischer Staat, dessen Leitern der Mut, die Zivilcourage, um mit Bismarck zu sprechen, gefehlt hat. Aber von Führerbewußtsein, von Führerverantwortlichkeit ist bei unserer heutigen Regierung nichts zu spüren. Ich mag nicht persönlich werden, obwohl die Männer, die sich zur Regierung berufen fühlen, auch mit ihrer Person einzustehen haben für das, was sie tun und nicht tun. Aber man braucht nur die Frage aufzuwerfen, ob wir denn wirklich in Deutschland keine dringlichere Aufgabe haben, als Öl ins Feuer zu gießen und uns über die Vorgänge in der Kriegszeit zu streiten. Regieren heißt leiten, heißt die Ziele aufstellen, nach denen das Volk zu streben hat, daß sie sich in geruhigen Zeiten damit begnügt hat, die Dinge ihren gewohnten Gang gehen zu lassen, statt sie nach einem klar erkannten Ziele zu leiten, ist ihr zum Verhängnis geworden, als die Zeiten kritisch wurden. Ich zweifle nicht daran, daß auch die heutige Regierung über kurz oder lang vom Schicksal ereilt werden wird.

Für die nationale Opposition aber erwächst aus dieser Lage der Dinge die Pflicht, den Weg in eine bessere Zukunft für das deutsche Volk aus eigener Kraft zu bereiten. Sie darf nicht wie bisher dem vergangenen nachtrauern und in der Regierung bloß die Revolution, die Zerstörung des alten uns teuren Deutschland bekämpfen. Sondern sie muß mit den Regierungsparteien und auch mit den Parteien, die weiter links stehen, ringen um die Seele des Volkes, um seine Zukunft. Der Boden, auf dem dieser Kampf geführt werden muß, ist die neue Verfassung. Wir müssen uns entschlossen auf ihn stellen, mag auch vielen der Verzicht auf die Monarchie schwer sein. Die Frage der Staatsform kommt erst in zweiter Linie. Deutschland kann auch als Republik gedeihen, wenn in seinem Volk der rechte Geist lebt. Diesen Geist zu wecken, das ist meiner Ansicht nach die Aufgabe, die uns jetzt gestellt ist. Wir müssen die Jugend gewinnen für eine neue Politik, die wohl die heutigen Grundlagen als gegeben hinnimmt, die Verfassung sowohl wie den Frieden, die aber darüber hinausweist in eine bessere Zukunft, für die zu arbeiten und zu kämpfen des Schweißes der Edlen wert ist.

Ich mute niemandem die Verleugnung seiner Grundsätze zu, indem ich verlange, daß wir die Tatsachen anerkennen, aus dem Geschehenen lernen und den Kampf der Regierung nicht mit Vergleichen von Gegenwart und Vergangenheit, sondern durch Aufstellen eines neuen Zukunftsideals führen. Wir glauben auch jetzt nicht an die einheitliche Menschheit, in der sich alle nationalen Gegensätze auflösen sollen, sondern bleiben der auf Kenntnis der Geschichte aufgebauten und durch die jüngsten Ereignisse erhärteten Überzeugung treu, daß die Menschheit aus einer Vielheit von großen und kleinen, starken und schwachen,

alten und jungen, aufsteigenden und absterbenden Nationen besteht, daß jede Nation, die sich behaupten will, einer gewissen Macht bedarf. Wir halten es nach wie vor für eine Illusion, zu glauben, daß sich ein selbständiges geistiges Leben ohne feste nationale Grundlage dauernd führen lasse. Diese Überzeugung gilt es zu verbreiten; und sie wird sich auch in den bisher alles nationale Denken ablehnenden Schichten verbreiten lassen, je mehr durch die Ausführung der Friedensbedingungen auch unsere unabhängigen Internationalisten, die noch während des Krieges meinten, es sei gleichgültig, ob man für das deutsche oder das englische Kapital arbeite, am eigenen Leibe spüren werden, daß es doch ein Unterschied ist, ob man zu einem starken geachteten oder zu einem schwachen geknechteten Volke gehört. Die zur Wahrung unseres Volkstums unentbehrliche politische Stellung wieder zu erringen, das ist unsere nächstliegende Aufgabe. Der Völkerbundgedanke steht ihr nicht im Wege. Der Gedanke, daß die Welt eine organisierte Gemeinschaft selbständiger Nationen sein soll, liegt uns Deutschen näher als den andern großen Nationen. Wir haben uns nie angemaßt, durch eine Monroe doktrin uns einen ganzen Erdteil vorzubehalten, wir haben auch niemals unser Ziel darin gesehen, die ganze Welt unserer politischen und kulturellen Herrschaft zu unterwerfen. Wenn Schiller den Tag des Deutschen pries, wenn Geibel vom deutschen Wesen die Genesung der Welt erwartete, wenn Wilhelmsbrück Deutschland als die Seele der Welt feierte, wenn wir Deutschland, Deutschland über alles singend in den Kampf hinausjagen, so sprach daraus nur der berechtigte, jedem Volk unentbehrliche und auch dem unsern wiederzugewinnende Stolz auf die eigene Nation, kein politisches Herrschaftsgelüst. Wir haben es im Gegenteil immer als ein besonderes Kennzeichen der Neuzeit gegenüber dem Altertum und Mittelalter angesehen, daß statt eines einheitlichen Weltreichs eine Vielheit gleichberechtigter Staaten bestand. Und wie aus schweren Kämpfen sich in Europa ein Gleichgewichtssystem der Großmächte herausgebildet hat, so wird sich auch ein Gleichgewichtssystem für die Weltmächte entwickeln; der jetzige Krieg ist wohl nur der erste Akt der Kämpfe um dieses neue Prinzip. Gegen den Völkerbund an sich brauchen wir also uns gar nicht so sehr zu wehren. Den jetzigen freilich müssen wir bekämpfen, weil er allein den Zweck hat uns niederzuhalten. Das Recht zu leben und zu wachsen hat jeder Mensch und jede Nation; und dieses Recht zu verteidigen ist zugleich eine Pflicht, die wir den kommenden Geschlechtern gegenüber haben. Keine Organisation, kein Völkerbund kann uns dieses Recht dauernd nehmen, solange wir selbst die rechte Lebenskraft haben.

Die ganze organische Natur ist grausam und verschwenderisch. Überall herrscht der Kampf ums Dasein, schaffen sich die Organismen Wachstumsraum auf Kosten anderer Organismen. Das Völkerleben zeigt bisher das gleiche Bild. Die Pazifisten wünschen, daß es der menschlichen, Vernunft gelingen möchte, diesen Kampf auszuschalten. Ich meine, wir haben es nicht nötig, über die Berechtigung dieses Ideals viel zu streiten. Aber dafür haben wir zu sorgen, daß unsere Politik nicht so geführt wird, als ob dieses Ideal in der realen Welt bereits verwirklicht wäre.

Einer solchen Politik, die das Daseinsrecht unseres Siebzigmillionenvolkes zur Grundlage und die Gleichberechtigung unter den andern Völkern zum Ziel hat, werden sich meiner Ansicht nach auch viele aus den Kreisen anschließen, die schon vor dem Kriege jeder weltpolitischen Beistätigung des deutschen Volkes abhold gewesen sind und in dem Ausgang des Krieges eine Bestätigung dieser Meinung sehen. Auf die Gewinnung der Masse kommt es aber jetzt mehr als früher an. Wir brauchen einen Resonanzboden, wenn wir im Ausland gehört

werden wollen. Wir brauchen aber auch ein einheitliches Ziel für den Wiederaufbau unserer ganzen inneren Zustände.

Auf diesem Gebiet harret unser eine Fülle von Aufgaben. Wir müssen vor allem unsern Staat neu gestalten. Die neue Verfassung ist nur die äußere Form; den Inhalt müssen wir ihr erst geben, vor allem müssen wir einen Ausgleich suchen und finden zwischen dem Bestreben der Masse nach Selbstverwaltung durch Leute ihres Standes und dem Bedürfnis des Staates, der Gesamtheit, nach einem sachverständigen Beamtentum. Das Verhältnis des Staates zur Kirche und das Schulwesen müssen neu geregelt werden. Wichtiger und schwieriger aber ist die geistige Neuorientierung, die Auseinandersetzung mit den geistigen Mächten der Vergangenheit. Ob das Christentum noch einmal eine lebendige Macht über die Gemüter der großen Mehrzahl des Volkes gewinnen wird, steht dahin; aber gerade wenn das nicht möglich sein sollte, erwächst uns die Pflicht, das geistige und sittliche Erbe dieses stärksten Kulturfaktors unserer bisherigen Geschichte in die Zukunft hinüberzuretten. Dazu kommen die wirtschaftlichen Probleme. Wir müssen unsere Volkswirtschaft wieder in Gang bringen. Unsere Industrie steht ähnlich wie die Landwirtschaft vor 100 Jahren in der Zeit der Bauernbefreiung vor der Aufgabe, sich eine neue Betriebsverfassung zu geben. Unsere Landwirtschaft bedarf der Pflege nach dem Raubbau der Kriegszeit um so mehr, als sie künftig mehr zu leisten und auch bei der unvermeidlichen Einschränkung unserer Industrie mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen haben wird.

Wenn ich dieses Zukunftsprogramm nicht ausführlich unter Besprechung aller oder wenigstens der wichtigeren Einzelfragen behandle, so leitet mich nicht sowohl die Rücksicht auf den Raum als vielmehr die Überzeugung, daß alle Einzelheiten nebensächlich sind, solange es nicht gelingt, die geistige Verfassung des Volkes von Grund aus zu ändern. Der moralische Zusammenbruch unseres Volkes, wie wir ihn heute in dem schamlosen Treiben von Kriege- und Revolutionsgewinnlern, in allgemeiner Arbeitsunlust und Vergnügungssucht schauernd erleben, ist nicht bloß die Folge von Krieg und Revolution, nicht bloß der Rückschlag nach den Entbehrungen und Sorgen der Kriegszeit, sondern Folge und Ausartung des materialistischen Geistes, der schon in den Friedensjahren geherrscht hat, des ungehemmten Strebens nach Erwerb und materiellem Genuß.

Daß diese Gesinnung uns ins Verderben bringen muß und daß es erst besser werden kann, wenn sie überwunden sein wird, das geben auch die Sozialdemokraten in führenden Stellungen zu. Nur wissen sie kein Mittel, um dieser Zügellosigkeit Herr zu werden. Mit moralischen Reden und Ermahnungen ist nichts zu erreichen, und staatlicher Zwang könnte selbst dann nichts helfen, wenn sich die heutigen Machthaber entschließen könnten, ihn anzuwenden. Der Taumel muß austoben, bis die Menschen, die von ihm ergriffen sind, seiner überdrüssig werden und die innere Hohlheit und Leere eines bloß auf Geld und Genuß gerichteten Lebens selbst empfinden. All denen aber, die zu dieser Einsicht kommen werden und besonders allen denen, die noch nicht von diesem Taumel ergriffen sind, unserer gesamten Jugend müssen wir etwas Positives bieten, wenn wir sie für die Mitarbeit an Deutschlands Erneuerung gewinnen, wenn wir sie nicht in Verzweiflung stürzen wollen. Der alte fromme Glaube, daß das Leben auf Erden nur die Vorbereitung eines besseren Lebens im Jenseits sei, ist unserem Volke verloren gegangen. Wir müssen seinem Leben ein neues überpersönliches Ziel geben, wenn wir die sozialistische Gesinnung, die nur die nie ganz zu stillende Begehrlichkeit kennt, überwinden wollen. Und

dieses überpersönliche Ziel ist die nationale Gemeinschaft, in die jeder hereingeboren wird und mit der man durch Kinder und Kindeskinde ebenso wie durch die Vorfahren über die kurze Spanne des Lebens verknüpft ist. Wie diese Gemeinschaft einen jeden von der Geburt bis zum Tod umgibt und schützt, so gewährt sie nicht nur, was heute ausschließlich betont wird, Rechte, sondern sie hat auch Rechte, und der einzelne hat auch die Pflicht, für die Gemeinschaft zu arbeiten. In diesem Gedanken der Pflichterfüllung gegenüber der Nation klingen innere und äußere Politik zusammen.

Daß es schwierig sein wird, diesen Ideen bei der teils stark verheßten, teils gleichgültigen Masse der Bevölkerung Eingang zu verschaffen, verlasse ich nicht. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß wir den einen ein Ärgernis und den andern eine Torheit sein werden und daß es Mühe und Zeit kosten wird, bis wir von einer sittlichen Erneuerung unseres Volkes sprechen können. Aber die Zeit haben wir. Denn so wenig wir die äußeren Folgen des Krieges von heute auf morgen überwinden werden, ebenso wenig wird das mit den inneren Folgen gelingen und vor der Mühe dürfen wir nicht zurückschrecken. Wenn wir unserem Volk wieder Ehrfurcht von stiller ernster entsagenden Arbeit beibringen wollen, müssen wir selbst darin vorangehen, zu arbeiten ohne auf den äußeren Erfolg zu sehen, zu säen, ohne gleich ernten zu wollen, müssen wir selbst zeigen, wie wir den Dienst für die Gemeinschaft verstehen. Nichts wäre falscher, als wenn wir unsere Aufgabe darin sehen wollten, nur der Arbeiterschaft die Notwendigkeit ernster Arbeit zu predigen. Wir alle tragen — das war der Sinn meiner geschichtlichen Betrachtung — Schuld am Zusammenbruch, wir alle haben die Pflicht, in uns zu gehen, zu lernen und zu arbeiten. Nur wenn wir Gebildeten unsere Pflicht erfüllen, wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen, statt abzuwarten, bis die Arbeiterschaft zur Vernunft gekommen sein wird, nur dann werden wir von dieser Pflichterfüllung verlangen und erlangen können. An der Fähigkeit unseres Volkes zu moralischer Erhebung brauchen wir nicht zu verzweifeln. Wer Soldat gewesen ist, der weiß, daß der sogenannte gemeine Mann, richtig angefaßt, zu großen Leistungen zu bringen ist. Und selbst wenn das heutige revolutionäre Geschlecht für nichts mehr zu brauchen wäre, dann wollen wir auf die Jugend hoffen. Die Geschichte rechnet nicht nach Jahren, sondern nach Generationen. Aber die Jugend gewinnen wir nur, wenn wir nicht Abgelebtem tatenlos nachtrauern, sondern neuen Zukunftszielen entschlossen nachstreben.



Der Zins als Kriegursache

Von P. Koch, Geh. Admiraltätsrat a. D.



Deutschlands Bücherschatz ward vor kurzem durch ein ebenso eigenartiges wie wertvolles Werk bereichert, die bei Hauschild in Bremen erschienenen „Briefe“ von Ludwig Roselius. In diesen Briefen vertritt der bremische Großkaufmann seine politischen Anschauungen, in denen er „den Gegensatz zwischen den bürgerlichen und den sozialdemokratischen Parteien“ keinesfalls mitmachen will, weil seine Ansichten „von ganz links nach ganz rechts reichen“ und stellt Grundlinien für den Neubau auf, die, auch wenn man ihm nicht überall zustimmt, doch im höchsten Grade Beachtung verdienen.

Durch diese Briefe zieht sich ein seltsamer Grundgedanke, eine Anschauung, die sich sonst kaum vertreten findet, und der man doch, wenn man sich näher damit vertraut macht, eine tiefbegründete Berechtigung nicht verlagen kann. Für den Krieg, der hinter uns liegt, und der das deutsche Volk seiner mit so schwerer Mühe erworbenen Weltmachstellung für Menschenalter beraubte, macht Roselius nicht den Haß oder die Schuld der Völker verantwortlich, sondern das Gesetz: „das die Welt beherrscht, und das diesen Krieg um seiner selbst willen fordern mußte und erzwang, das Gesetz der Zinsen.“ „Niemals“, so sagt Roselius an anderer Stelle, „wurde ein nichtswürdigerer Machtgedanke als der des Wachstums eines an und für sich toten Körpers erfunden. Das mathematische Gesetz der Verdoppelung eines Kapitals innerhalb siebenzehn Jahren hat diesen Krieg hervorgerufen. Der Kampf gegen den Zins wird eine der wichtigsten Aufgaben des neuen sozialen Staates sein.“ Die Schwere dieses Kampfes, dem die deutsche Monarchie unterlegen, kennzeichnet Roselius gleich darauf mit den Worten: „Er wäre leicht, wenn Deutschland allein auf der Welt wäre; er ist schwer und muß mit großer Behutsamkeit und Sorgfalt geführt werden gegen eine Welt von Feinden.“

Roselius knüpft in seiner Erörterung an die bekannte Zinseszinsberechnung an, nach der ein Tropfen des im Jahre 1653 in den Ratskeller in Bremen eingelagerten Rosenweines zurzeit mehr als 15000 Mark kosten würde; er hätte auch anknüpfen können an den zur Zeit von Christi Geburt zinsbar geliehenen Pfennig, dessen Rückzahlung heut bei Zinseszinsberechnung Summen fordern würde, die ähnlich anschwellen, wie das auf dem ersten Felde des Schachbrettes niedergelegte Getreidekorn, das sich bis zum letzten Felde in arithmetischer Progression vermehren sollte. Mit diesen beiden Beispielen könnte man den „seltsamen Unfinn“ des Zinseszinsanspruches für erledigt ansehen, denn weder konnte jener Pfennig die ihm zugemutete wirtschaftliche Kraft entwickeln, noch wird irgend jemand auf den Gedanken kommen, dem Bremischen Senat seinen Rosenwein für 176 Milliarden Mark abzukaufen, wenn man nicht tatsächlich behaupten könnte, daß die ganze bürgerliche Gesellschaft auf diesen Grundlagen aufgebaut ist.

Die Berechtigung des Zinsanspruches an sich wird selbstverständlich niemand bestreiten wollen; es erscheint als eine nach jeder Richtung begründete Forderung, daß ich für die leihweise Hergabe einer mir gehörigen, wohl erworbenen Geldsumme von einem Dritten eine Entschädigung fordere, denn ich beuge mich damit der Möglichkeit, diese Summe für meine eigenen Zwecke zu verwerten, und muß mich mit der Entschädigung auch gegen die Verlustgefahr, wenigstens teilweise, decken, die für mich mit der Herausgabe der Summe aus einem Gewahrjam an einen noch so zuverlässigen Schuldner als immerhin möglich erscheint. Freilich tritt uns hier schon die Erwägung entgegen, daß mit dem Verbrauch der Geldsumme für mich auch deren wirtschaftlicher Wert sich erledigt, während ich mir mit dem Zins einen Gebrauch bedinge, der solange fort dauert, bis der Schuldner den Betrag zurückerstattet, und daß ich an der Gefahr nicht mehr beteiligt bin, die dem Schuldner aus der Verwertung der Schuldsumme erwächst, denn wenn auch das damit gekaufte Saatgut mitraten oder das dafür erbaute Haus abbrennen sollte, meine Forderung besteht fort, und ist mit Zins und Zinseszins vollstreckbar, mag der Schuldner dabei wirtschaftlich zugrunde gehen.

Indessen diese Erwägung ist bei der Forderung und der Bewilligung von Zinsen niemals angestellt worden. Zinsen wurden gezahlt, soweit unsere

Kenntnis des Wirtschaftslebens zurückreicht, und das römische Recht hat die Lehre vom Zins und Zinseszins mit allen hierher gehörigen Einzelfragen in ein System gebracht, auf dem die spätere Rechtsbildung aufbaute. Mit Zinsen und zwar mit außerordentlich hohen Zinsen arbeitete ganz besonders auch der mittelalterliche Handelsverkehr, der seinen Weg vornehmlich von Italien durch Deutschland nach England suchte, und in diesen sehr hohen Zinsen für Verbindlichkeiten, die meist in sehr kurzer Zeit sich abwickeln sollten, ist neben der Betrügnung des Gläubigers an den Gewinnaussichten besonders auch der Unsicherheit der Verkehrsverhältnisse auf See wie an Land, wo den reisenden Kaufmann Wegelagerer aller Art bedrohten, Rechnung getragen worden. Zinsen von 20 Prozent, meist in monatlichen Teilraten zahlbar, fanden damals Anerkennung als landesüblicher Satz und niemand kam auf den Gedanken, darin eine Bemerkung des Schuldners zu sehen. Höchst interessante Einzelheiten bieten die Schilderungen von Schaubes über den Handel der romanischen Völker des Mittelmeergebietes in der Zeit bis zum Ende der Kreuzzüge, der von Italien ausgehend sich gleicherweise nach dem Land der Sarazenen wie nach Deutschland, Flandern und England erstreckte. Auch von Staatsschulden oder doch sehr ähnlichen Verbindlichkeiten gibt uns bereits die mittelalterliche Geschichte Kunde, aber wenn es sich dabei um auch für jene Zeit bereits recht beträchtliche Summen handelte, so war doch schnelle Abwicklung und Einhaltung bestimmter Termine der Rückzahlung nebst Pfandbestellung und ähnlichen Sicherungen hierbei die Regel, und an die scheinbar bequeme Verbindlichkeit der fundierten Schuld ist in jenen weit hinter uns liegenden Zeiten niemals gedacht worden.

Die „fundierte Schuld“ aber ist es, an die Roselius offenbar denkt, wenn er die Zinspflicht für den Krieg wie überhaupt für alle die unbefriedigenden Zustände des heutigen Wirtschaftslebens verantwortlich macht. Er hätte seine Anklage auch etwas anders formulieren können: Die ungeheure technische Entwicklung, die das letzte vergangene Jahrhundert mit sich brachte — *l'expansion sordaine du machinisme*, wie ein französischer Schriftsteller sich ausdrückt, — die daraus sich ergebenden grundstürzenden Änderungen innerhalb der hergebrachten Weltordnung, die nie vorhergesehene Vergrößerung aller Maßstäbe und die daraus sich ergebende Erweiterung der Aufgaben der Staaten wie der Städte brachten eine Anspannung des Kreditbedürfnisses und eine so rücksichtslose Ausnutzung der Kapitalkräfte mit sich, wie noch keine frühere Zeit sie kannte. Hieraus erwuchs die Rentenschuld in einem Umfange, die niemand vordem für möglich und erträglich erachtet hätte, und die Unfähigkeit aus diesem Wirrsal und Widerstreit sich herauszufinden, und eine neue Ordnung der Dinge auf friedlichem Wege herbeizuführen, war die letzte Ursache, daß gerade die Völker, die in ihrer geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung am höchsten standen, noch einmal wieder zur *ultima ratio regum* griffen, um mit bis zum äußersten angespannten Vernichtungswillen eine neue Weltlage zu schaffen, die für die Zukunft ein friedliches Nebeneinander ermöglichen sollte. Ob dies Ziel erreicht wurde, ist eine andere Frage; sehr wahrscheinlich ist es leider nicht. —

Staatsschulden in großem Umfange sind bekanntlich eine ziemlich neue Erscheinung. England nahm, als es nach dem Frieden von Tilfit allein noch gegen Napoleon im Felde stand, neben einer starken Ausnutzung der Steuerkraft einen Kriegskredit von zwölf Millionen Pfund in Anspruch, Preußen ging aus den Befreiungskriegen mit einer Schuldenlast von 170 Millionen Talern hervor, aber Macaulay preist für England die Wirkung jener Anleihe, unter deren anfangs mit schweren Besorgnissen betrachteten Last der Handel erblühte,

der Reichtum anwuchs, und die Wohlhabenheit des gesamten Volkes höher und höher stieg. Es soll nicht bestritten werden, daß englischer Wagemut, der die Belastung der kommenden Geschlechter nicht scheute, viel dazu beigetragen hat, die englische Weltmachtstellung zu begründen und zu befestigen. Auch bei uns gab es Lobredner der Anleihe. Der Abgeordnete von Rardorff vertrat bei Beratung der Flottengesetze den Standpunkt, daß Deutschland noch viel zu wenig Anleihen hätte, aber Macaulay kannte ebensowenig wie Herr von Rardorff die ungeheuren Summen, um die es sich bei der „fundierten Schuld“ und die dafür zahlbaren Zinsen heute handelt, und schon Adam Smith erkannte „die verderbliche Praxis der fundierten Renten“ und des Hinausschiebens der Tilgung auf einen Zeitpunkt, an dessen Eintreten nicht zu denken sei, und er wies darauf hin, daß die ungeheuren Schulden, die schon jetzt alle großen Nationen Europas bedrückten, sie mit der Zeit wahrscheinlich zugrunde richten würden.

Man führt zur Rechtfertigung der Anleihe gemeiniglich an, daß man für einen unmittelbar notwendigen großen Aufwand und zur Abwendung einer unmittelbaren Gefahr auf das langsame Eingehen neuer Steuern nicht warten könne; eine Rechtfertigung freilich, die gegenüber der heutigen unverhüllten „Pumpwirtschaft“ nicht mehr Platz greift. Es ist richtig, daß die Bereitstellung von Anleihemitteln die Durchführung großer Pläne in kürzester Frist ermöglicht, zumal wenn diese volkstümlich sind, und die kapitalkräftigen Schichten der Bevölkerung an ihrer Verwirklichung ein lebhaftes Interesse haben. Auch die Vorwegnahme der wirtschaftlichen Leistungen kommender Geschlechter durch die Zinsbelastung ist nicht unberechtigt, sofern dadurch die Voraussetzungen für eine erleichterte Herstellung von Gütern, für eine Verbesserung des Verkehrs oder für die bleibende Beseitigung von Hindernissen des wirtschaftlichen Gedeihens geschaffen werden. Hierhin mag man die auf die Umgebung der Städte übergreifende Kanalisation und Ähnliches rechnen. Nicht verkannt werden darf aber, daß man von dieser erleichterten Möglichkeit der Bereitstellung von Bau- und Betriebsmitteln doch allmählich allenthulben in Staat und Stadt mit immer größerer Leichtfertigkeit Gebrauch gemacht hat, daß ferner auch die neu hergestellten Verkehrsmittel vergänglich und der Anpassung an sich verändernde Verhältnisse bedürftig sind, und daß sie sich selbst bei planmäßiger Tilgung der Schuld mindestens doppelt so teuer stellen, als wenn man für die Beschaffung der Mittel den Weg des ordentlichen Hausvaters gewählt und Soll und Haben im Gleichgewicht gehalten hätte. Daß man die Vorteile der Herrichtung des Baugeländes den Millionenbauern überließ, ist eine weitere fast verbrecherisch zu nennende Kurzichtigkeit.

Eines der augenfälligsten Beispiele für die Leichtherzigkeit im Eingehen von Staatsschulden in beträchtlichem Umfang ist die Erbauung der deutschen Kriegsflotte aus Anleihemitteln, die bei Scapa Flow ein rühmlich-tragisches Ende fand. Es heißt nicht, die Ideale in den Staub ziehen, oder auf das, was unser Stolz und unsere Zuversicht war, aus dem Hinterhalt Steine schleudern, wenn wir heut das Geschick nüchternen Blicks zu betrachten versuchen, das über unser armes Vaterland hereingebrochen ist, und zu dem Ergebnis kommen, daß der Bau der von Kaiser Wilhelm gewollten und von Admiral von Tirpitz geschaffenen und trotzdem unzulänglichen Flotte in seinem Ergebnis ein politischer Fehler genannt werden muß. Hätten wir bei Wahrnehmung unserer Seeinteressen weniger das militärische Moment betont, hätten wir der Wirkung unseres wirtschaftlichen Vorwärtsdrängens noch einige Jahrzehnte lang freien Lauf gelassen, so kann es mindestens als fraglich

bezeichnet werden, ob die gesamte übrige Welt sich in Waffen uns gegenüber zusammenfand, und ob es uns nicht erspart geblieben wäre, unter so völlig veränderten und so sehr viel ungünstiger gestalteten Verhältnissen wieder von vorn anfangen zu müssen. Es ist das für mich keine Weisheit post festum; ich habe diesen Standpunkt persönlich trotz meiner amtlichen Stellung seit langen Jahren vertreten. Verhängnisvoll aber war es, diese Flotte aus Anleihemitteln zu bauen, da ihren Schiffen nach gesetzlicher Vorschrift, der militärischen Notwendigkeit entsprechend, nur eine zwanzigjährige Lebensdauer beschieden war, während selbst bei planmäßiger Tilgung der Anleihe mit zweieinhalb Prozent vierzig Jahre vergehen mußten, bis die für ihren Bau verausgabte Schuldsomme abgetragen war, so daß in Anrechnung der aufzuwendenden Summe mit ihren Zinsen ein Linienschiff dem deutschen Volksvermögen nicht 50 Millionen, sondern 120 Millionen kostete, die abzutragen waren, nachdem das Schiff aus der Liste der Kriegsschiffe gestrichen und längst schon wieder ersetzt war. Näheres hierüber habe ich seinerzeit in den *Hirth'schen Annalen* ausgeführt. Die planmäßige Tilgung der Anleihe aber ist leider diejenige Pflicht, um die sich die Finanzverwaltungen der Kulturvölker die allergeringste Sorge machten. Den Inhabern der Staatsschuldverschreibungen lag ja gar nichts daran, wieder in den Besitz der dargeliehenen Summe zu kommen und sich um ihre erneute Anlage Sorgen machen zu müssen; sie zogen die sichere Rente bei weitem vor, und so war es auch für den Fiskus nach jeder Richtung das bequemere, den Wechsel auf die Zukunft immer von neuem zu prolongieren, unbelümmert darum, welche eigenen Bedürfnisse die kommenden Geschlechter einmal zu decken haben würden.

Die Summe unserer eigenen Staatsschuld können wir aus dem Etat und sonstigen Reichstags- und Staatsdrucksachen entnehmen, auch für die Schulden unserer Städte und sonstigen politischen Gemeinwesen besitzen wir allgemein zugängliche Unterlagen; schwieriger ist es, gleichwertige Belege für die übrigen Staaten zu gewinnen, doch genügt für unseren Zweck eine von Professor Balloß in seinem *Grundriß der Statistik* gebotene Tabelle, welche die Schulden der Großmächte für die Jahre 1908 und 1911 erkennen läßt. Demnach betrugen für das Reich, die Einzelstaaten und die kommunalen Körperschaften die Schulden:

	1908	1911	1907/08
für Deutschland	26 036 Mill. M.	26 606 Mill. M.,	für den Kopf 413 M.
„ Frankreich	28 166 „ „	— „ „ „ „ „	717 „
„ England	24 082 „ „	24 692 „ „ „ „ „	557 „
„ Italien	12 080 „ „	12 050 „ „ „ „ „	360 „
„ Japan	4 782 „ „	5 240 „ „ „ „ „	98 „
„ Österreich	3 846 „ „	6 001 „ „ „ „ „	140 „
„ Ungarn	4 040 „ „	5 340 „ „ „ „ „	204 „
„ Rußland	18 511 „ „	19 345 „ „ „ „ „	123 „
„ Vereinigte Staaten	11 593 „ „	12 097 „ „ „ „ „	146 „

oder insgesamt für 509 Millionen Menschen 133 136 Millionen Mark, was einer Verschuldung von 261,56 Mark für den einzelnen gleichkommt.

Nach einer weiteren Tabelle aus derselben Quelle enthielt ein Ausgabeetat auf den Staatsschulden dienst im Jahre 1911 — also ohne die Belastung der Kommunen usw.

Im Etat für 1908	Im Deutschen Reich	176	Mill. M. oder	2,6	M. auf den Kopf
	In Frankreich	810	" " "	20,2	" " " "
	" England	411	" " "	9,0	" " " "
	" Belgien	141,1	" " "	19,28	" " " "
	" den Niederlanden	61,9	" " "	10,60	" " " "
	" Schweden	18,4	" " "	3,43	" " " "
	" Norwegen	12,0	" " "	5,16	" " " "
	" Spanien	327,6	" " "	17,06	" " " "
	" Portugal	134,0	" " "	24,00	" " " "
	" Brasilien	189 2	" " "	9 80	" " " "
	" Argentinien	128,3	" " "	22,12	" " " "
	" Australien	199 2	" " "	47,5	" " " "

230 Millionen Menschen hatten also im Jahr 2609 Millionen Mark an Zinsen aufzubringen, so daß auf den Einzelnen rund 11,14 M. im Durchschnitt entfielen.

Keiner dieser Staaten denkt daran, oder ist in der Lage, die Tilgung seiner Schulden ernstlich in Angriff zu nehmen, in ungeheuerlichem Maße ist vielmehr die öffentliche Schuld in allen kriegsführenden Ländern in den letzten Jahren gesteigert worden, hieß es doch in einer Zeitungsnotiz, daß sich Englands Schuld durch den Krieg um das Zwölfwache vermehrt habe, und daß 800 Millionen Pfund in den nächsten Jahren für den Schuldendienst zu bestreiten sein würden.

Deutschlands Anleihen sind auch im Kriege durchweg innerhalb der deutschen Grenzpfähle untergebracht worden; der Zins kommt danach dem deutschen Volke zu Gute, andererseits ist es sich selbst im vollen Umfange für den Betrag der Schuld und seine Tilgung verantwortlich, und es ist in allen seinen Schichten daran beteiligt, da auch die Ärmsten ihr Scherflein beitrugen und insbesondere die Sparlassen, die Banken der „kleinen Leute“, Millionenbeträge gezeichnet haben. Irgend welche bleibenden Werte sind mit den Kriegsanleihen nicht geschaffen worden, die Aufwendungen für die Zwecke des Krieges müssen vielmehr nach seinem unglücklichen Ausgang, während die Zinspflicht bestehen bleibt, in vollem Umfange auf das Verlustkonto verbucht werden. Einen Etat hat die neue Regierung bisher nicht vorgelegt, man wird aber die Höhe der Kriegsschuld des Deutschen Reiches, auch wenn erhebliche Beträge durch Steuerzahlungen oder den Verkauf von Heeresgut getilgt sein sollten, auf mindestens 100 Milliarden Mark zu berechnen haben. Die Einwohnerzahl innerhalb der nunmehr verengerten Grenzen möge in Anbetracht der Kriegsverluste und der zu erwartenden Abwanderung auf 50 Millionen Köpfe geschätzt werden, demnach würde auf jeden einzelnen ein Schuldbeitrag von 2000 Mark und eine Zinsverpflichtung von 100 Mark entfallen, eine Belastung, die alles, was bisher in den Schuldnerstaaten in Ansatz zu bringen war, weit hinter sich läßt. Mögen auch die übrigen am Kriege beteiligten Staaten gezwungen gewesen sein, ihre Schuldenlast beträchtlich zu vermehren, so kann uns doch dies, namentlich in Anbetracht der Friedensbedingungen, denen wir uns unterworfen haben, nur in sehr geringem Maße zum Trost gereichen.

Die Zinsenlast ruht auf dem gesamten Volke, am schwersten aber werden davon die mittleren Einkommen betroffen. In mehreren Versuchen, die Belastung des bürgerlichen Haushalts mit direkten und indirekten Steuern sowie mit steuerähnlichen Lasten zu berechnen, kam der Schreiber dieser Zeilen zu dem Ergebnis, daß

ein Haushalt von 10 000 Mark Einkommen 11,5 Prozent an öffentlichen Abgaben zu entrichten hatte.

ein solcher von 7000 Mark 12,5 Prozent

" " " 5000 " 13 "

" " " 2000 " 11,6 "

Diese vor dem Kriege berechneten Prozentziffern werden aber durch den Zutritt der Anleihezinsen eine wirklich unerträgliche Höhe erreichen und es ist ein ganz unbedingtes Erfordernis, hier für Abhilfe zu sorgen. Daß diese Abhilfe nicht in der Annulierung der Kriegsanleihe bestehen darf, ist selbstverständlich ein Gebot der Gerechtigkeit. Nur verbrecherischer, gewissenloser Leichtsinns könnte einen solchen Gedanken aussprechen. Er läme trotz allem einer „Enteignung“ gerade der Ärmsten gleich.

Daß die Neigung oder die Notwendigkeit, neue Schulden zu machen, auch nur einstweilen wegfällig geworden sein sollte, wird auch der kühnste Optimist nicht annehmen wollen, es liegt vielmehr sicherlich schon jetzt der zwingendste Anlaß vor, auf diesem Wege neue Mittel bereit zu stellen, um auch nur die dringendsten Schäden zu beseitigen, die beispielsweise unserem Eisenbahnbetriebsmaterial, unserer Schifffahrt und überhaupt dem größten Teile unserer öffentlichen Einrichtungen und Anlagen durch den langen opferreichen Krieg erwachsen sind.

Mit den Staatsschulden aber ist der verderbliche Einfluß der Zinsen noch nicht abgetan. Mögen die Industrie und das sonstige Wirtschaftsleben die Kapitalbeteiligung auf Gedeih und Verderb also die Aktie bei weitem vorziehen, so sind doch auch hier Schuldverbindlichkeiten in der Form fundierter Anleihen in weitem Umfange in Anwendung, und für diese alle gilt der verhängnisvolle Unfinn der Ewigkeit des Anleihezinses und die Tatsache, daß selbst bei planmäßiger scharfer Tilgung die wirtschaftlichen Ergebnisse des geliehenen Geldes sich infolge des Zinses mehr als doppelt so teuer stellen als die Erzeugnisse, für deren Herstellung bereite Mittel Verwendung fanden. Das Gesetz der Zinse hat also, wie Roselius mit vollem Recht betont, innerhalb unseres Wirtschaftslebens eine geradezu verderbliche Wirkung aus der einen Ausweg zu finden, ein Gebot zwingendster Notwendigkeit sein sollte.

Es wäre nicht ganz so schwer, sich aus dem Netz der Zinsverbindlichkeit herauszuwinden, wenn es sich dabei lediglich um eine deutsche Anglegenheit handelte. Ob später einmal der Völkerbund diese Frage zu einer gemeinsamen machen wird, muß die Zukunft lehren, bis dahin besteht die Gefahr, daß ein einseitiges deutsches Vorgehen zu einer Abwanderung der baren Kapitalien in weitem Umfange den Anlaß gibt, was ja im Wege der Banküberweisung und selbst des Funkspruches in der einfachsten Weise zu ermöglichen ist. Immerhin gibt es, wenn Deutschland allein versuchen will, dieser Frage näher zu treten, jetzt schon Möglichkeiten, eine wenigstens teilweise Lösung herbeizuführen. Schon Adam Smith redet von jenen reichen Leuten, die am Heiraten keinen Gefallen finden, oder deren Stand das Heiraten unschädlich oder unbequem macht, die sich wenig oder nichts aus ihrer Nachkommenschaft machen, und für die es nichts Bequemereres geben könnte, als ihr Kapital mit einem Einkommen zu vertauschen, das gerade nur so lange dauert, als sie es zu haben wünschen. Eine sachlich zweifellos begründete Aufgabe erfüllt im Wirtschaftsleben der Rentengenuß oder der Kapitalzins bei den einsam gebliebenen alten Fräuleins, die keine unmittelbare Verwandtschaft haben, und die nicht voll leistungsfähig sind, um sich durch ihrer Hände Arbeit ihr Brot zu erwerben. Für beide, für die alten Junggesellen wie für die alten Jungfern hat der Zins seine

Pflicht erfüllt, wenn er für ihre Lebenszeit vorhält, bei ihrem Ableben aber kann ohne alles Bedenken der Fiskus eintreten. Selbst den Geschwistern wird selten ein wesentlicher Schaden zugefügt, wenn sie auf eine derartige Erbschaft verzichten müssen, denn sie werden in den meisten Fällen wirtschaftlich selbstständig sein, und über ein Einkommen verfügen, sodaß ihnen durch das Ableben des unvermählt gebliebenen Bruders eine nicht notwendige Bereicherung zuwächst. Besonderen Fällen kann durch die Gesetzgebung Rechnung getragen werden, auch für alte Dienerinnen oder Pfleger kann durch gesetzliche Ausnahmehewilligungen Fürsorge getroffen werden. Ein weiterer Ausweg, um einen solchen Vorschlag seine Härte zu nehmen, wäre eine von Staats wegen herbeizuführende zwangsweise Leibrentenversicherung, die den erwähnten Personen eine über den Zins hinausgehende Rente zusicherte, in der sie eine auch dem Rechtsbewußtsein genügende Gegenleistung für die ihnen abgeschnittene Vererbung ihres Vermögens zu erblicken hätten. Kinderlose Eheleute pflegen des öfteren ihr Vermögen an vorhandene wohlthätige Stiftungen zu vererben, oder solche mit einer gewissen Zweckbestimmung neu zu errichten. Auch die Abschneidung dieser Möglichkeit und der darin liegenden Verringerung des Zinses wäre nicht von Übel, zumal wenn der auf sozialer Grundlage beruhende Staat die Aufgaben übernimmt, die zurzeit noch den Stiftungen zufallen. Wie häufig findet man z. B. im „Staatsanzeiger“ Aufrufe, in denen Anwärter auf Stipendien oder sonstige stiftungsmäßige Wohltaten als Abkömmlinge der und der Familie, oder sonst dem Stifter Verwandte gesucht werden, ein Beweis, daß selbst die wohlmeinendste Absicht der Fürsorge im Werden und Vergehen der Geschlechter wegfällt, so daß schließlich nur noch der Fiskus als erbberichtigt übrig bleibt. Auch hier wird kein Unrecht begangen, wenn eine solche Vererbungsmöglichkeit von vornherein ausgeschlossen und damit dem Zins die Möglichkeit seiner Fortdauer und der Aufsaugung des Volkswohlstandes abgeschnitten wird. Auch bezüglich dieser Frage hat der Schreiber dieser Zeilen schon im Jahre 1898 im Werft- und Hafenboten der Enterbung des „lachenden Erben“ das Wort geredet. Eigentum ist ganz gewiß nicht Diebstahl, ein sozialer Staat, der seine sämtlichen Angehörigen zur Mittagszeit in einem gemeinsamen Speisesaal und zur Nacht in die Kaserne berufen wollte, würde auch von den begeistertsten Kommunisten als eine unerträgliche Zwangsanstalt empfunden werden, bezüglich der Verschreibung des Privateigentums an die lachenden Erben aber schrieb ich damals schon in dem genannten Blatt: „Wo keine Gemeinschaft der Interessen mehr bestand, wo die Entwicklung der Verhältnisse entfernte Verwandte auseinanderriß, daß sie sich kaum kannten, da liegt auch kein Grund vor, sie aus dem Ableben eines ihnen Fremden Vorteil ziehen zu lassen.“ Ich erinnerte dabei zugleich an die unendliche Schwierigkeit der Klarlegung solcher sich weit verzweigenden Erbschaftsberechtigungen, wobei nach Abzug der Gerichtskosten oft nur Pfennige für die einzelnen Seitenlinien übrig bleiben.

Eine weitere auch für Deutschland mögliche Ablösung des Zinses wäre in der von vornherein planmäßigen vielfach von findigen Finanzministern nachträglich vorgenommenen Zinsreduktion zu erblicken. Wenn bei der Ausschreibung einer Staatsanleihe beispielsweise für die ersten zehn Jahre fünf Prozent, für die zweiten vier Prozent und so fort bis nach vierzig Jahren nur noch zehn Jahre lang ein Prozent bewilligt würden, so bezöge der Verleiher von 100 Mark in einem Zeitraum von fünfzig Jahren insgesamt 150 Mark an Zinsen und behielte den Anspruch auf sein Kapital. Allerdings würde wohl die Börse dafür sorgen, daß die betreffenden Papiere nach fünfzig Jahren auf Null entwertet wären, und wie sich „das Kapital“ zu einer solchen Zins-

regulierung verhalten würde, bliebe abzuwarten, aber der Staat könnte ja die Verpflichtung übernehmen, dem Verleiher oder seinen unmittelbaren Leibeserben — in der vorstehend angedeuteten Beschränkung des Erbrechts — den Nennwert seines Kapitals zu erstatten, wenn er den Nachweis erbringt, daß die betreffenden Papiere die fünfzig Jahre hindurch in seinem Besitz geblieben waren; jedenfalls scheint auch hier ein Weg für die Ablösung des Zinses angedeutet, deren weitere Prüfung das Für und Wider zulassen sollte, und dessen gesetzliche Regelung den Volkskörper von einer „ewigen Krankheit“ befreien, die Vernunft an die Stelle des Wahnsinns setzen würde.

Auch die im Hypothekenverkehr längst übliche allmähliche Tilgung durch Amortisation wäre ja natürlich anwendbar, wenngleich sie für den Fiskus sowohl wie für die Inhaber der Schuldtitel weniger vorteilhaft wäre, zumal hier für kleine Renten die Gefahr vorliegt, auch den Amortisationsbetrag mit aufzuzehren, so daß sie am Schluß der Tilgung ihrer Einkommensquelle gänzlich beraubt wären.

Die Annahme von Roselius, daß eine sehr geringe Zahl von Zinsgläubigern einer sehr großen Menge von Schuldnern gegenüberstehen, trifft für deutsche Verhältnisse oder doch mindestens zurzeit für die deutsche Staatsschuld nicht ganz zu, Tatsache aber ist es, daß diese schwere und auf gewöhnlichem Wege nicht abzutragende Last die Steuerzahler und unter diesen ganz besonders die am wenigsten tragfähigen Schichten mit drückender Schwere belastet, wie sodas darin ein sehr wesentlicher Bestandteil der sozialen Bedrängnisse unseres Volkskörpers zu erblicken ist. Daß unser Wirtschaftsleben der Kapitalansammlung bedarf, ist ein Tatbestand, mit dem sich auch der rötteste Kommunist wird abfinden müssen, daß aber die Kapitalschuld die Fähigkeit besitzen soll, in alle Ewigkeit Früchte zu bringen, auch wenn ihre wirtschaftlichen Voraussetzungen längst erloschen sind, ist ein Trugschluß, von dem sich die bürgerliche Gesellschaft unter allen Umständen befreien muß, wenn sie nicht zugrunde gehen will; die Kapitalzinsen in der heutigen gesetzlichen Form sind saugende Polypenarme, deren furchtbare Kraft erst die heutige wirtschaftliche Entwicklung zu voller Geltung gebracht hat. Keine soziale Umwälzung kann vollen Erfolg haben, wenn nicht in bezug auf den Kapitalzins ein vollständiger Wandel in den Anschauungen und in den gesetzlichen Vorschriften eintritt. Die heutige Auffassung aber belastet die kommenden Geschlechter in alle Ewigkeit, die Geschlechter, für die ebenso wie für uns jeder Tag seine eigene Plage haben wird. Auch der Präsident v. Dombos mußte in seiner Schrift über den Kursstand der deutschen Staatsanleihen keinen besseren Rat als „die Beschränkung des Angebots“. Staats- und Finanzverwaltung sollten sich gegen den Rat von Dombos über neue Anlagentypen und die Zwangsrückzahlung schlüssig werden, und endlich anfangen, in bezug auf das allzu bequeme Aus Hilfsmittel der Anleiheauschreibung weniger leichtfertig zu Werke zu gehen.



Die tschechoslowakische und die deutsche Wirtschaftspolitik

Don Martin Ehrenforth



öhmien war von jeher die schönste Perle in Habsburgs Krone. Kaum ein anderes Land ist mit so reichen Wirtschaftsquellen aller Art gesegnet und zugleich von einer so arbeitsamen Bevölkerung bewohnt. Dazu verschont von den Schrecken einer Revolution, von der Entente auf jede Weise bevorzugt, welche Zukunft mußte diesem jungen Freistaate bevorstehen? Und in Wirklichkeit? Sieht nicht der augenblickliche Zustand dieses Landes einem Bankrott verzweifelt ähnlich?

Das ist der Erfolg einer Politik, die geleitet ist vom Haß gegen jeden dritten Untertanen und von eigener Selbstüberhebung. Mit welcher Leichtigkeit meinten die Herren Kramarisch und Raschin alle auftauchenden Wirtschaftsprobleme lösen zu können. Die große Inflation des Papiergeldes, eine der unangenehmsten Folge der Weltkriege, wird einfach beseitigt, indem beim Umtausch in die neuen Staatsnoten 50 Prozent zurückbehalten werden, ohne zu bedenken, daß es der Geschäftswelt gar nicht einfallen wird, sofort danach auch ihre Preise einzurichten. Und die Folge ist, überall größte Geldknappheit.

Auch das Kriegsanleiheproblem ist schnell gelöst. Die tschechoslowakischen Bankinstitute bekommen einen geheimen Wink, so daß sie sich rechtzeitig ihres Kriegsanleihebesitzes entledigen können (denn alle waren im Besitze ganz ansehnlicher Mengen dieser Papiere, als sie noch eine angenehme Kapitalanlage bedeuteten), dann behauptet der Staat eines Tages, daß ihm die ganze Kriegsanleihe überhaupt nichts angehe. So war man auf leichte Art diese große Schuld los und hatte zugleich den verhassten Deutschen einen derben Schlag versetzt. Übersehen haben die Herren dabei ganz, wie sie bei dieser verkappten Konfiskation deutschen Eigentums, jede Unternehmung und Arbeit ihrer deutschen Untertanen lähmen, die sie zur Hebung ihrer Handelsbilanz so notwendig brauchen, und sich nebenbei auch ihre Hauptsteuerquelle verstopfen.

Noch gefährlicher wirkte jedoch auf die deutsche Industrie die Zollpolitik dieser Herren. Hermetisch wurde der Staat gegen das Ausland abgeschlossen. Die so dringend notwendigen Rohstoffe kamen nicht herein oder in ganz geringer Anzahl und zum Teil auf Schleichwegen. Der günstige Augenblick auf dem Weltmarkt ist verpaßt, und schon drohen Italien, Deutschland und andere, die böhmischen Exportindustrien überall zu verdrängen.

Plötzlich brachen die Folgen dieses Systems wie ein Gewitter herein. Die große Geldknappheit und das mangelnde Vertrauen zu den Sparkassen und ähnlichen Instituten mit großem Kriegsanleihebesitz zwingt zur Verkündung eines Moratoriums. Dieses wiederum, sowie die schlechte Handelsbilanz des Landes läßt plötzlich den künstlich hochgeschraubten Kronenkurs in ungeahnte Tiefen stürzen. Da hilft alles Suchen nach deutschen Intrigen nichts, unerbitlich zeigt die Börsennotiz von Genf und Paris, daß so die Wirtschaftsführung nicht weitergehen darf.

Eine neue Staatsanleihe wird ausgeschrieben, selbstverständlich ohne die Deutschen vorher zu befragen. Sie könnten ja die Gelegenheit benutzen, die ungeheuren Ausgaben für das Heer und den gewaltig angewachsenen Beamtenapparat zu kritisieren. Wenn nun diese Anleihe ohne Hilfe der Deutschen den erwünschten Erfolg nicht bringen sollte, was dann? —

Das Ministerium Tufar ist wirklich ernstlich bemüht, den großen Nationalitätenhaß schleunigst zu überbrücken. Aber was helfen alle seine schönen Reden, wenn sich seine Landsleute darum nicht kümmern. So schreitet der Deutsche zur Selbsthilfe. Die Kriegsanleihebesitzer schließen sich zu großen Verbänden zusammen und schon bilden sie einen Machtfaktor, das zeigen die Angebote der Gegenseite. „Individuelle Einlösung“, ist ihr neues Schlagwort. Doch die Deutschen werden darauf nicht hineinspringen, wenigstens nicht, solange sie nicht die Gewähr haben, daß diejenigen, die die Entscheidung zu treffen haben, auch wirklich objektiv urteilen werden. Selbst die Sozialdemokratie tritt geschlossen für die Anerkennung der Kriegsanleihe ein; denn hier gilt es nicht den Schutz großer Kapitalisten, sondern die Ersparnisse des kleinen Mannes zu retten.

Das große Kapital weiß sich schon selbst auf seine Weise zu schützen. Das zeigen die neuesten Bankmanöver der Wiener Banken. Daß durch dieses Untertauchen in tschechische Unternehmungen der deutschen Wirtschaft unendlicher Schaden zugefügt werden kann, wird nicht weiter beachtet, wenn nur der eigene Vorteil dabei gewahrt wird. Die Zukunft wird beweisen, wie kurzfristig diese Wirtschaftspolitik auch für die Betroffenen selbst ist. Die Deutschböhmen haben von ihnen keinerlei Unterstützung für den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft zu erhoffen. Für diese Kreise ist die deutsche Industrie dasselbe Ausbeutungsobjekt, wie jede andere und wird ganz nach ihrer augenblicklichen Leistungsfähigkeit mehr oder weniger beachtet. Das wäre noch hinzunehmen, wenn daneben nicht tschechische Banken beständen, die anders denken. Und wie systematisch von dieser Seite vorgegangen wird, gegen jeden Versuch der Deutschen, sich wieder wirtschaftlich emporzurichten, das zeigt doch recht deutlich ihr Kampf gegen die Reichenberger Messe. Welches Petergeschrei erhob sich nach Ausbruch dieses Planes in der ganzen Tschechenpresse. Wirtschaftliche Gründe spielen dabei keine Rolle, nur nach nationalen Grundsätzen wird geurteilt. So wird Prag als Ort für die Messe vorgeschlagen, und wie man sich diese Messe denkt, das zeigt deutlich der Vorschlag, sie mit den Sokolfeierlichkeiten zu verbinden. Die Tschechen sollen sich doch nur nicht einbilden, daß die Geschäftswelt aller Länder hierhin zusammenströmen wird, um sich von ihnen vormachen zu lassen, was sie für ein glänzender Volksstaat sind. Vor allem wird dies den Deutschen nicht einfallen und gerade Deutschland ist doch das Land, mit dem die Tschechoslowakei in erster Linie wirtschaftlich zusammenarbeiten muß. Ich brauche nur die Elbschiffahrt zu erwähnen. Daß den leitenden Kreisen dieses auch schon klar geworden ist, das zeigen nicht nur die Ministerreden, sondern auch die neuesten Handelsverträge mit Deutschland. Aber daß der beste Weg nach Deutschland über die Deutschen im eigenen Lande geht, zu der Erkenntnis scheint man sich bisher noch nicht durchgerungen zu haben. Es wäre doch den Tschechen sehr zu raten, nicht ins Wollenkuckucksheim zu steigen (Handel mit Sibirien usw.), ehe sie nicht im eigenen Lande die Grundlage dazu geschaffen haben.



S H S



unter der äußerlich so schön abgerundeten Formel S H S (Kraljevstvo Srba, Hrvatata i Slovenanija (Königreich der Serben, Kroaten, Slowenen) bergen sich zwei Tendenzen, zwei Religionen, zwei Staatswillen: die der Kroaten und die der Serben. Die Serben sind Monarchisten, die Kroaten Republikaner, die Serben orthodox, die Kroaten römisch-katholisch, die Serben wollen Großserbien, den großen, unabhängigen, ausschlaggebenden Balkanstaat, die Kroaten wollten ursprünglich bekanntlich gar nicht aus dem Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie heraus, für die sie ja auch, zum Unterschied von den Tschecho-Slowaken, von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, mannhaft und tapfer gestritten haben, strebten vielmehr lediglich an, als drittes gleichberechtigtes Glied neben Österreich und Ungarn zu treten. Daß dieses Streben berechtigt war, hat schon 1848 Cavour anerkannt, daß die großserbischen Bestrebungen vom serbischen Standpunkt ein hohes und edles Ideal bilden, wird kein Verständiger bestreiten können, daß beide Tendenzen der in vielen Dingen nahe verwandten Völker in der Not der Zeit zusammenfloßen, wird niemanden wundernehmen, ebensowenig aber, daß nach, man kann auch sagen, infolge dieser Vereinigung sich sogleich Trennendes bemerkbar machte. Die Kroaten wollten innerhalb Österreichs Autonomie, sie wollten sie auch jetzt innerhalb Groß-Serbiens. Sie fühlen sich kulturell den Serben überlegen und sind keineswegs damit zufrieden, die österreichisch-ungarische Herrschaft aufzugeben zu haben, um sie mit einer serbischen zu vertauschen. Auch in Serbien hat es, bevor die von Rußland protegierten Karageorgewitsch 1903 die austrophilen Obrenowitsch mit Gewalt verdrängten, eine Strömung für den Anschluß an den großen österreichisch-ungarischen Staatsverband gegeben, um gemeinsam mit den Kroaten den dritten großen Pfeiler des Donaureiches zu bilden, eine Kombination, die vielleicht dem rein deutschen Element der Donaumonarchie nachteilig, an sich jedoch durchaus denkbar gewesen wäre. Die Geschichte hat anders, hat für ein selbständiges Serbien entschieden, aber bei den Kroaten ist die Föderatividee lebendig geblieben und wird jetzt von den Anhängern der Zentralstaatsidee als Hemmung empfunden.

Als am 7./20. Juli 1917 der Vertreter des Londoner Südslawenkomitees mit dem serbischen Ministerpräsidenten Pašitsch den Pakt von Korfu abschloß, ließ man sich im wesentlichen von dem Gedanken Einheit macht stark leiten und machte sich darüber, wie diese Einheit im einzelnen aussehen würde, noch keine Gedanken, zumal ein Volksvotum von seiten der Kroaten damals ja noch nicht möglich war. Das wichtigste war eben, daß überhaupt ein Ziel aufgestellt wurde. Jetzt aber, da man von seiten der Serben energisch an die Verwirklichung der Zentralidee geht, machen sich alle Mischlichkeiten, die jede ungewohnte Zentralisierung mit sich bringt, unvermeidlich geltend. Es ist klar, daß die Serben nach so vielem Erduldeten darauf brennen, das Ideal, für das sie gekämpft und gelitten haben, möglichst rasch verwirklicht sehen wollen, klar, daß es dabei ohne Gewalttaten nicht abgehen kann. Die Regierung Protitsch-Pribitschewitsch ging rücksichtslos ihrem Ziele nach. Alle Abmachungen und Pakte, die beim Umsturz vom Agrar Nationalrat beschlossen worden waren: bis zur Einberufung der Konstituante keine Grundgesetze abzuändern oder neu zu schaffen, keine wirtschaftlich oder sozial bedeutsamen Fragen endgültig zu regeln, endlich, die Wahlen innerhalb des ersten Halbjahres durchzuführen, wurden über den Haufen geworfen. Im Berordnungswege, seltener durch das

Votum der ernannten, nicht gewählten, Volksvertretung, dehnte diese Regierung die Gesetze des Königreichs Serbien auf alle übrigen Gebiete des Südslawenstaates aus, ohne Rücksicht darauf, ob sie den einzelnen Teilländern entsprachen oder nicht. Sie löste soziale und wirtschaftliche Fragen, ohne Fachleute und Interessenten anzuhören. Es ist klar, daß dieses Vorgehen das einfachste und schnellste war, aber die Probleme des neuen Staates sind viel zu mannigfaltig, als daß durch allzu schneidiges Vorgehen nicht große Verwirrung entstanden wäre. Man braucht nur an die Valutafrage oder das Zollproblem zu denken, man braucht sich nur klar zu machen, was es heißt, Gebiete, die siebenerei verschiedenes Regime hatten (Österreich, Ungarn, Kroatien, Bosnien, Serbien, Montenegro, Albanien) in einem halben Jahr unter einen Hut zu bringen, und man bekommt eine Ahnung von den Schwierigkeiten, die sich ergeben müssen. Dazu kommt die Verschiedenheit der Wirtschaftsstruktur und Tendenzen. Ein Teil des neuen Reiches gravitiert nach der Donau, ein anderer zur Adria, ein dritter nach Saloniki, die mohamedanischen Großgrundbesitzer Bosniens sehen die serbische Kleinbauernwirtschaft scheel an, die Küstenstriche stehen im Gegensatz zu Italien, Nordserbien wegen des Banats zu Rumänien, die Besetzung der Bischofsstellen hat erst kürzlich zur Demission Protitsch geführt, Kroatien ist ungarischer Regungen verdächtig, kurz, eine Regierung hat alle Hände voll zu tun.

Das Regime des Ministers des Innern Pribitschewitsch wird als überaus scharf geschildert. Jede Regung der Kritik wird mit eiserner Faust niedergehalten. Die Zensur mütet, die Polizei ist eifrig hinter „Hochverrätern“ her, die Gefängnisse sind überfüllt von Unzufriedenen, ehemaligen österreichisch-ungarischen Offizieren und solchen, die einem König nicht schwören wollen, der sich zwar „nach dem Willen des Volkes“ nennt, aber nicht ist. Die Königsfrage ist von Pribitschewitsch ein für alle mal für indiskutabel erklärt worden. Eine Reihe von Gemeindevertretungen in Kroatien, Dalmatien und Slavonien, die den Eid nicht schwören wollten, wurden aufgelöst oder verhaftet. Zeitschriften und Zeitungen werden verboten, gewaltsame Eintreibung von militärischeits verhängten Geldstrafen, Prügel und Drangsalierungen der Bevölkerung sind an der Tagesordnung.

Ob ein derartiges Vorgehen auf die Dauer Erfolg haben wird, kann von weitem natürlich nicht beurteilt werden, nach allem, was man über den kroatischen Volkscharakter weiß, ist es nicht wahrscheinlich. Die Seele des Widerstandes ist die seit 1904 bestehende kroatische Bauernpartei, die bereits im Februar ein Protesttelegramm an Wilson sandte, auf ihrer Tagung am 8. März aber erklärte, daß sie weder das Königtum noch den Nationalrat anerkenne, der ohne Ermächtigung des kroatischen Volkes zustande gekommen sei, und nachdrücklich gegen die Verschleuderung ihres Staatsgeldes, gegen die Zwangsaushebung, die Verhaftungen und gegen die Unterdrückung ihrer Zeitung „Dom“ protestierte und die Einsetzung einer unabhängigen Republik verlangte. Die Folge war, daß die drei Parteiführer Joseph Pazman, der Advokat Prebig und der rasch populär gewordene Stephan Raditsch trotz parlamentarischer Immunität verhaftet wurden, was übrigens wenigstens Raditsch nicht verhindert hat, weitere Protesttelegramme in die Welt zu senden. Der Widerstand gegen die serbische Gewalt Herrschaft würde noch stärker sein, wenn die westlichen Gebiete und namentlich Dalmatien nicht aus Furcht vor den Italienern zum Ganzen ständen. In Belgrad behauptet man denn auch, daß hinter der Bauernpartei die Italiener stehen, was wenig wahrscheinlich ist, weniger weil die Bauernpartei auch gegen Italiens Wünsche auf Dalmatien protestiert hat, als weil Italien unzweifelhaft

mehr Interesse an einem schwachen, unterdrückten, als einem föderativ starken Kroatien hat, dem gegenüber ein zentralisiertes Serbien die geringere Gefahr bieten dürfte, da Zentralisierung auf dem Balkan noch lange nicht dasselbe bedeuten würde, wie etwa in Deutschland oder Frankreich. Dagegen ist es recht wohl möglich, daß die in Intrigen gegenwärtig sehr fruchtbaren Italiener bei den sommerlichen Soldatunruhen in Marburg (wo zur Niederwerfung der Meuterer immerhin Artillerie herbeigeführt werden mußte), Bardzin, Agram, Esseg usw. ihre Hand im Spiele gehabt haben, allerdings scheint es sich dabei mehr um Bolschewismus denn um Äußerungen kroatischer Sonderbestrebungen gehandelt zu haben. Auch die Arbeiter haben gelegentlich demonstriert, z. B. als am 28. April der serbische Ministerrat Maifeier und Kundgebungen unterlagte. Darauf kam es am 30. April in Agram zum Generalstreik, was um so peinlicher empfunden wurde, als gerade an diesem Tage die sterblichen Überreste der aus Wiener-Neustadt heimgeführten nationalen Märtyrer Priny und Franpopan feierlich zu Grabe getragen werden sollten. Die Stimmung war derart erregt, daß der Prinzregent Alexander, der sein Erscheinen zugesagt hatte, es vorzog, in Belgrad zu bleiben, doch ist kein Zwischenfall gemeldet worden.

Auch in Bosnien, Dalmatien und in der Herzegowina sind Strömungen bemerkbar, die auf ein Föderativsystem des südslawischen Staates ausgehen, während andererseits die Slowenen unter ihrem Führer Korosec, der bezeichnenderweise in Agram eine bedeutende Rolle spielte, weil sich Serben und Kroaten das Regime gegenseitig nicht gönnen wollen, aus Furcht vor Italien dem großserbischen Programm zuneigen. Dagegen bildet Montenegro einen Herdbauernder Unruhen. Der Montenegriner ist unabhängig und freiheitsliebend. Man liebt es, daran zu erinnern, daß Montenegro bereits eine gewisse Selbstständigkeit besaß, als Serbien noch unter türkischem Joch stand, daß auf montenegrinischem Boden die erste südslawische Druckerei bestanden hat. Auch hier stehen regionale Interessen gegen großserbische Wünsche. Schon zur Zeit des erneuten Entstehens der großserbischen Bewegung, bei Feststellung des slovenisi Zug, des geheimen revolutionären Statuts von 1907, erklärten die Belgrader „Kaponji“, die Hauptmänner der großserbischen Propaganda, daß Montenegro Groß-Serbien einzuverleiben sei, und das mißglückte Bombenattentat der „Klubadits“ gegen das Palais des Fürsten im November 1907 stand mit diesen Umrtrieben in Zusammenhang. Freilich muß zugegeben werden, daß die Regierung Nikolaus, selbst wenn man den patriarchalischen und den stark türkisch-orientalisch gefärbten Praktiken und Verhältnissen des Landes Rechnung trägt, mannigfachen Anlaß zur Unzufriedenheit bietet. Die Tatsache, daß die Anbaufläche des Landes von 240 000 Joch im Jahre 1880 auf 170 000 im Jahre 1910 zurückgegangen war, spricht Bände und der Vorwurf, daß Nikolaus in einem selbst im Orient als unerlaubt angesehenen Maße in die eigene Tasche wirtschaftete, ist kaum unberechtigt. Auch beschuldigt man ihn in Belgrad den Krieg nicht energisch genug geführt zu haben und sein Sonderfriedensangebot an Österreich 1917, durch welches er wenigstens sein Land vor dem seelischen Zusammenbruch retten wollte, ist ihm nicht vergessen. Hinzu kommt, daß während des Krieges viele Auswanderer namentlich aus Amerika ins Land zurückgekehrt sind und freiere Anschauungen mitgebracht haben, und endlich bestehen ähnlich wie in Dalmatien ausgesprochene Befürchtungen vor italienischer Herrschaft, wozu namentlich die voreilige Besetzung von Dulcigno und Antivari und die Ausschiffung von 2000 italienischen Soldaten bei Cattaro beigetragen hat. Auch hier glaubten die Serben energisch vorgehen zu können und zu müssen. Bereits im Dezember brachten

sie in Podgoriza eine Skulpturina zustande, die Nikolaus absetzte. Nikolaus, der bis dahin halb und halb als Gefangener, in Neuilly gefesselt hatte, protestierte und wies darauf hin, daß von den fünf Mitgliedern des montenegrinischen Direktoriums drei schon 1907 wegen Teilnahme an dem Komplott von 1907 verurteilt worden wären. Aber die Serben ließen nicht locker, und am 20. April proklamierte eine montenegrinische Nationalversammlung die Vereinigung Montenegros mit Serbien und bestätigte die Absetzung des Königs. Aber die Anhänger Nikolaus waren nicht minder rührig. Bereits Anfang März überreichte der frühere Justizminister Dr. Čotić der Friedenskonferenz montenegrinische Sonderforderungen, im Juni aber brachte ein neuer Protest ein langes Beschwerdeprogramm gegen die serbische Unterdrückung zutage. Vierzehn Beschwerdepunkte wurden aufgezählt und ausführlich begründet: Massakrierung von Zivilisten, Mordereien und Schikanen gegen Einwohner, Aus Hungierung, Gewalttaten und Raub, Internierung von Zivilpersonen unter barbarischen Bedingungen, Annäherung der Regierungsgewalt, Zwangsaushebungen, Plünderungen, Konfiskation, ungesetzliche Requisitionen, künstliche Entwertung des lokalen Geldes, Verwüstung und Eigentumsbeschädigung, Zerstörung von historischen Denkmälern, ungesetzlichem Gebrauch der weißen Flagge. Wer den Balkan kennt, kann sich leicht vorstellen, wie es im Lande aussieht und wird zugeben, daß diese Beschwerden, wenn auch vielleicht einseitig dargestellt, jedenfalls nicht der Begründung ermangeln. Infolgedessen ist es denn auch beständig zu Unruhen, Schiebereien und Aufständen gekommen, bereits im Januar gab es bei Cetinje zwischen „Weißen“ und „Grünen“ (nach der Farbe der Stimmzettel, für oder gegen Groß-Serbien) eine regelrechte Schlacht, die nur durch die Dazwischenkunft einer französischen Abteilung unter General Bessel geschlichtet werden konnte. Wenn aber schon in Mitteleuropa über Räuberunwesen und öffentliche Unsicherheit geklagt wird, kann man sich vorstellen, wie es auf dem Balkan aussieht. Noch kürzlich soll es Aufständischen gelungen sein, die Eisenbahn Bir Bazar—Antivari zu unterbrechen und eine interalliierte Kommission hat sofortiges Eingreifen anglo-amerikanischer Truppen für unerlässlich erklärt. Auch die 500 Mann, die sich angeblich unter Führung des Prinzen Peter, der nebenbei bemerkt in Heidelberg studiert hat, und ebenso angeblich (aus durchsichtigen Gründen) von Italien ausgerüstet, am 1. September in Gaëta nach Montenegro eingeschifft haben, werden kaum zur Beruhigung des Landes beigetragen haben. Aussichtslos ist der Kampf der Montenegriner nicht, die Engländer, die den südslawischen Staat anerkannten, haben ausdrücklich erklärt, daß Montenegro nicht einbegriffen sei, Amerika und Italien sollen sich diesem Vorgang angeschlossen haben, augenscheinlich hält man es, namentlich im Hinblick auf den wegen des Banats entstandenen Gegensatz Serbiens zu Rumänien nicht für möglich, einen auf dem Balkan absolut ausschlaggebenden Staat zu schaffen, und möchte daher lieber jeden Anlaß zu neuen Unruhen oder Intrigen, die Albanien wegen besonders von Italien angesponnen werden würden, von vornherein aus der Welt schaffen.

Trägt man all diesen Schwierigkeiten Rechnung, so wird es verständlich, daß Protitch vor etwa einem Monat zurückgetreten ist. Angeblich geschah dies wegen Differenzen mit dem Kollegen Pribitschewitsch, namentlich in der Frage der Besetzung des Bischofsitzes und des dabei zu wählenden Modus, doch wird ihm vorgeworfen, daß er lediglich aus persönlichen und Parteirücksichten eine Krise habe herbeiführen wollen, weil er gedacht habe, in einem Moment der größten inner- und außerpolitischen Schwierigkeiten, seine Unentbehrlichkeit zu dokumentieren und zu festigen. Tatsächlich ist seinem Rücktritt

eine Gesamtbildung des Kabinetts gefolgt. Die radikale Partei, die eigentliche Trägerin des großserbischen Gedankens ist Oppositionspartei geworden, während das Kabinett sich auf eine fortschrittliche Koalition unter Mitarbeit der Sozialisten stützt. Danach würde eine Revision in föderalistischem Sinne, der, wenn man der „Perseveranza“ Glauben schenken darf, auch der Prinzregent Alexander keineswegs ablehnend gegenüber stehen soll, zu erwarten sein. Dagegen spricht aber, daß die offizielle Vertretung Südslawiens sich auch weiterhin weigert, den Friedensvertrag von St. Germain mit Österreich zu unterzeichnen mit der Begründung, der von ihm verlangte Schutz der Minderheiten, auch auf altserbischem Gebiet stelle einer ungerechtfertigten Schmälerung seiner Hoheitsrechte dar. Immerhin soll man für die neu angegliederten Gebiete bereit sein, den Wünschen der Friedenskonferenz Rechnung zu tragen. Und es ist anzunehmen, daß man das schließlich tun wird. Der Schwierigkeiten auch nach außen hin sind zu viele, als daß man es auch noch mit der Friedenskonferenz verderben wollte. Gegen Italien und Bulgarien ist man allerdings Frankreichs Beistand sicher, aber Frankreich ist, wie der Krieg bewiesen hat, wenn es darauf ankommt, weit und ob es z. B. die Serben auch gegen Rumänien unterstützen würde, erscheint zweifelhaft. Mehr Vorteil scheint, besonders nach dem Ausscheiden Rußlands, eine Politik der inneren Festigung zu versprechen und die letzten Veränderungen im Kabinett deuten darauf hin, daß es in der Tat diese Politik ist, die man einzuschlagen gedenkt. Der Erfolg aber hängt von unendlich viel Faktoren ab, die klar zu bewerten erst nach einer endgültigen Festsetzung des Friedens mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei möglich sein wird.

Menenius



Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: Dr. Rathilde Rechner in Berlin-Galersee. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
Korrespondenz des Herausgebers: Amt Richterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bögem 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 85a.
Druck: „Der Reichshof“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Postamt: Straße 84/7.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

den Bezug zum IV. Vierteljahr 1919

erneuern zu wollen. — Bestellungen

nimmt jede Buchhandlung und jede

Postanstalt entgegen. Preis 12.— M.

Verlag der
Grenzboten

G. m. b. H.

Berlin SW 11

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Pommerns und Westpreußens

Nr. 17	Verantwortlich: Carl Georg Bruns Schriftleitung: Bromberg, Welzienplatz 1 III Fernruf Nr. 321	2. Juli 1919
--------	---	--------------

Inhalt: Ende und Anfang — Materialien zur ostdeutschen Frage: Deutsche Abende. Deutsch-polnischer Ausgleich. Die Unterdrückung der Deutschen in Kongreßpolen, ein lehrhafter Vorgang für die Ostmarkendeutschen — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen — Kleine Nachrichten.

Ende und Anfang

„Es scheint uns unmöglich, daß feierliche Erklärungen der Regierung und der Parteien gebrochen werden sollten, jetzt, wo es sich zeigen soll, daß hinter den Worten auch der unbeugsame Wille zur Tat stand. . . . Die neuen Bedingungen sind „diese Bedingungen“, deren Unannehmbarkeit für Regierung und Nationalversammlung unfraglich feststand. . . . Und wenn die Entente in allen anderen Punkten reslos auf die deutschen Gegenvorschläge eingegangen wäre, diese Forderung (die Abtretung der Ostmarken) allein macht es für jede deutsche Regierung zur unabweißbaren Pflicht, dem Friedensvorschlag der Gegner ein durch nichts zu erschütterndes „Nein“ entgegenzusetzen.“

So hieß es an dieser Stelle in der letzten Nummer der „Mitteilungen“. Urterdessen sind die Ereignisse mit rauber Hand über unsere Hoffnungen und Forderungen hinweggegangen. Wenn diese Zeilen gelesen werden, dann ist in Versailles die Abtretung der deutschen Ostmarken durch deutsche Unterschrift besiegelt. Es ist zwecklos, Unabweisbares zu beklagen. Es liegt uns fern, in der schwersten Stunde des deutschen Volkes Gegenläge zu schaffen und zu vertiefen. Aber die einfache Pflicht der Ehrlichkeit gebietet es uns, festzustellen, daß wir über den Entschluß der Nationalversammlung und der Reichsregierung nicht nur den tiefsten Schmerz empfinden, sondern — es muß offen gesagt werden, sonst frißt der Gedanke unter der Oberfläche fort — daß wir uns vom deutschen Reiche verraten fühlen. „Die Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens soll überzeugt sein, daß die Regierung der Republik das Äußerste aufbieten wird, um diese Gefahr abzuwehren.“ So hieß es in der Kundgebung der Reichsregierung und der Preussischen Regierung vom 8. Mai. Wir sind nicht der Ansicht, daß die Regierung das Äußerste aufgeboten hat. Das Äußerste war die Ablehnung der schmachvollen Bedingungen, und wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Ablehnung ein aussichtsvoller Weg war.

Das deutsche Reich hat uns nicht das Maß Treue gehalten, das wir von ihm erwarten zu müssen glaubten. Wir wollen heute keine Anklage erheben. Aber gerade wenn wir die Hoffnung auf weiteren innigen Zusammenhang mit dem gesamten deutschen Volkstum nicht fahren lassen, dann ist es nötig, daß man im Reiche weiß, wie wir denken. Gewiß, wir wissen, daß die Entscheidung, die in Weimar getroffen werden mußte, den Beteiligten schwer geworden ist. Aber sie billigen! Nein, das können wir nicht.

Und nun? Es ist hier nicht der Platz auszuführen, welche Hoffnungen wir zu Grabe getragen haben. Aber das eine sei doch gesagt, daß niemand sich der Pläne zu schämen braucht, die er erwogen hat zum Schutze unseres Volkstums. Und was wir weiter planen und fassen werden, das soll auch in Zukunft nur

diesem Ziele gelten. Dunkel steht die Zukunft vor uns. Welche Gefühle heute durch unsere Herzen ziehen, wo wir am Grabe des deutschen Reiches stehen, das wir Ostmarkdeutschen mit heißer Seele geliebt haben, das auszusprechen, geht über die Kraft. Die seelische Erschütterung, die die Ereignisse der letzten Wochen auslösen mußten, wird noch lange fortwirken, und wir wollen die Gefahr, die darin liegt, jetzt zu erschaffen in unserem Willen zur deutschen Zukunft, nicht verkennen. Alles, was wir in Generationen erarbeitet und erstrebt haben, ist vernichtet. Wir müssen vom ersten Anfang an neu beginnen, und das ist bitter schwer. Aber wir wollen es tun, und unserem Willen wird die Zukunft gehören trotz Allem!

Materialien zur ostdeutschen Frage

Deutsche Abende

Mit diesem Namen möchten wir Veranstaltungen bezeichnen und unseren Deutschen Volksräten ans Herz legen, die unseren früheren Konzerten, Gesangsaufführungen, Lichtbildervorträgen, Rezitationsstunden, Volksunterhaltungsabenden, Gartenmusiken und Volksfesten in den äußeren Formen ähnlich sein können, die aber vom Geiste eines neuen, großen Zwecks durchströmt sein sollen: dem notgeborenen Ziel, deutsches Denken, Fühlen und Wollen in Stadt und Land zu beleben und zu festigen.

Denn neben der deutsch-politischen, organisatorischen Arbeit unserer Volksräte, die diese Abende, an denen viel Volk zuströmen wird, durch kurze Vorträge auch für jene Zwecke nützen können, ist hier ein wichtiges Stück Arbeit für unser Volkstum zu tun. Wir müssen alle Kräfte in den Dienst unserer deutschen Sache stellen. Dienten die oben aufgezählten Formen öffentlicher Veranstaltungen bisher nur der Freude und einer mehr oder minder veredelten Unterhaltung, so müssen und können wir sie jetzt in der einen oder der anderen Form hineinziehen und teilhaben lassen am ganzen Ernst der Zeit. Konnten wir es uns früher leisten, uns in diesen Dingen behaglich zu zersplittern, so müssen wir uns jetzt zusammenraffen und auch von dieser Seite her den großen Kampf um Erhaltung und Befestigung unseres Volkstums aufnehmen.

Das klingt nun großartig und wird doch im Einzelfall sich immer nur zu einem kleinen Tropfen verdichten lassen. Nun, wenn er nur den Stein höhlt!

Neben wir zunächst von Veranstaltungen im geschlossenen Raum. Unser neuer Wille kann in das Konzert hinein seinen Weg so finden, daß wir ein paar Jahre lang einmal die Ausländerei von uns abtun und ganz überwiegend unsere deutschen Meister pflegen. Es strömt etwas über aus den Klängen Wachs, was nachwirkt und uns aufrechter durch die unendlich schweren Jahre gehen lassen kann, die kommen werden! — Im gesungenen Wort, im Liede, ist durch die Wahl des Textes die Möglichkeit einzuwirken schon unmittelbarer gegeben. Da unsere Vaterlandslieder uns heute meist schmerzlich erregen, muß unser Volkslied, dieser Schutzhüter deutschen Gefühls, seine Kostbarkeiten, die wie das Eisblei bed deck dich, unerschöpflich sind, reichlicher austreuen! Unsere Männergesangschöre, die sich nach der Zerstreuung der Kampfjahre nun wieder zusammengefunden haben, finden da eine größere Aufgabe vor als früher! Und sie sollten weniger das verzwickte schwierige Kunstlied pflegen, als den einfach zu Herzen gehenden Gesang zur Vervollendung steigern!

Das gesprochen vorgetragene Dichterwort, das schon eher noch vaterländische Schöpfungen finden kann, die wir heute noch hören mögen — die Deutsche Vereinigung Bromberg macht gerne Angaben — kann zusammen mit Gesang und Instrumentalmusik und etwa einem kurzen Zeitvortrag „Deutsche Abende“ von

tiefer Wirkung gestalten helfen. Auch die Dichtung der Ostmark, die von Heimat und Deutschland singt, ist reicher als viele wissen —, auch da stehen von der D. B. Br. Programme zur Verfügung.

Dem Dilettantentheater, soweit es bereit ist, dem faden Schwanz zu entsagen, böten sich schöne Aufgaben, namentlich, wenn es sich statt mit ganzen Stücken einmal auch mit herauslösbaren, leicht darstellbaren Szenen großer Dichtung begnügen lernt. Auch unsere Lichtbilderakten müssen ihr Gesicht wechseln. Der „patriotische“ Bilderklimbim freilich ist heute in all seiner Geschmacklosigkeit abgetaner als je. Aber das echt deutsche Kunstwerk, sei es Gemälde oder Skulptur, wenn das Wort richtig darauf eingestellt, und das mit der Photographie gewonnene Heimatbild, oder die Bilder alter deutscher Städte können Liebe zu deutscher Art wecken.

Und dann: die Kirchen auf! Es wäre eine segensreiche Nebenwirkung der Revolution, wenn diese alte, in der Schweiz längst erreichte Forderung allgemein befriedigt würde! Gewiß: der parteipolitischen Arbeit soll sich dieser geweihte Versammlungsraum nicht erschließen! Ist der Streit ja auch nicht der — böse — Vater der Dinge — der bleibe vor der Kirchentür! Aber unserer deutschen Volksratsache, vor der — wie alle Menschen vor Gott — alle Menschen und Parteien, soweit sie nur einen deutschen Staat wollen, gleich viel und gleich wert sind, sollten die Türen der deutschen Kirchen sich doch öffnen! Namentlich auch zu mit Dichtung, Musik und Gesang erfüllten Abenden, die sich nicht nur an den Kopf wenden, sondern das deutsche Herz zu erheben trachten. Der Hausbewohner: die Orgel kann da ein mächtiger Bundesgenosse sein!

Und dann: es scheint so, als wolle uns dieser Sommer mehr sonnige Tage bieten, wie das deutsche Sommer sonst im Gebrauch haben. Und wie viele Menschen haben unter freiem Himmel Platz! Nicht überall ist, wie auf der „Schweden-Schanze“ in Gorden ein natürliches Amphitheater da, dem der deutsche Strom und die deutsche Kulturarbeit der längsten Eisenbahnbrücke den rechten Hintergrund bauen, aber etwa eine Waldwiese steigt überall an, so daß ein Raum zum Spielen und zum Schauen entsteht. Ein feierlicher Bläserchor beginnt, eine Rede und ein Reigentanz folgen, und wenn die nahe Stadt mithilft, führt man etwa Szenen aus Schillers „Tell“ auf: erster Aufzug, vierte Szene und den ganzen zweiten Aufzug, d. h. die Melchtal-Szene, das Ruden-Attinghausengespräch, den Rüttelschwur. Das löst sich gut heraus. Die „Tell“-Szenen selbst entziehen sich einfacheren Darstellungsmitteln, weil einmal ein beträchtlicher Schauspieler nötig ist, und weil sie auch mehr Szenerie erfordern; doch läßt sich im vierten Aufzuge, zweite Szene, Attinghausens Sterbeszene noch anfügen. Schillers Kraft, unser Volk neu zu begeistern, ist unausschöpfbar. Ein Prolog, der Eink und Heute verbindet, steht von der Deutschen Vereinigung, Bromberg zur Verfügung. Und andere Vorschläge auch!

Müssen unsere Gartenmusiken immer nur triviale Lustbarkeiten mit Kaffeeplätzchen und Regelspiel sein? Sind sie nicht durch Beeinflussung der Programme im ganzen, und z. B. durch eine Rede, der etwa ein gemeinsamer Gesang folgt, auf kurze Zeit der deutschen Sache dienstbar zu machen? Der Deutsche Volksrat Mejeritz hat am Himmelfahrtstage mit einem Gartenkonzert tiefe Wirkung erzielt. Das treffliche Programm steht von der Deutschen Vereinigung, Bromberg, zur Verfügung.

Nebenbei gefragt: Was läßt sich an Jahrmakktstagen tun? Nicht wenig! z. B. eine Bude aufmachen, in der gute, deutsche Bildbrüche, farbige und schwarze, zu haben sind. Das ist im Westen schon oft geschehen. Der Dürerbund Dresden-Blaſewitz schickt Listen und hat auch Wandersammlungen. Und unsere guten, billigen Bäckereien, die von der Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg, der Schackgräber und die anderen lassen sich ausbieten. Diesen Gesundbrunnen für unsere deutschen Volksleser machen heute weniger die 10 Bg.-Kolportage-Schundhefte, als allerhand äußerlich ganz nobel ausgestattete Sammlungen voll feichten Schauersehndes wahrhaft unsaubere Konkurrenz.

Und dann, warum fangen wir unsere deutschen Demonstrationzüge nicht häufiger ab und geben ihnen auch über die Ansprache hinaus in Garten, Platz oder Kirche ein schönes, alle vereinigendes Ende in Volkslust oder Volksernst? Ein Männer- oder Jugendchor, der im Volksliede vom Vaterland singt oder ein Volksfest, von Reigen, Gesang und Bläserchor belebt oder ein Orgelspiel von Bach, zu dem alle zum Schluß die Kirche betreten!

Wie ist es mit den Erntefesten? Wer schafft aus den Resten alter Bräuche neue? Und verwurzelt in ihnen gerade die Erinnerung an diese harte Zeit der Not? Damit die Enkel sehen, daß die Väter trotz allem den Mut zu deutscher Freude hatten! — Liegen überall in den Kuppeln der Kirchtürme schon Dokumente und Erinnerungszeichen an diese Zeiten? Wie viele junge Stämmchen wachsen schon den Gefallenen zum Gedächtnis in kommende Tage hinein? Wurden in Kirchen- und Gemeindebüchern schon überall in besonderer Linie die Namen der Gefallenen verbucht? Man kann eine schöne, ernste, feierliche Handlung daraus machen!

An die Arbeit ihr Herren! Und besonders ihr Herren Pfarrer und Lehrer auf dem Lande! Die Ruhe lohnt sich im Gelingen!

Die Deutsche Vereinigung, Bromberg, Belgienplatz 1, hilft gern mit Rat und, wo es sein kann, mit der Tat. — Und es ist genug erreicht, wenn die Teilnehmer an alledem nur das Gefühl mit wegnehmen:

Wir sind etwas, wir deutsches Volk!

Deutsch-polnischer Ausgleich*)

Die polnische Presse innerhalb des deutschen Gebietes lehnt den von den Deutschen Volksräten geforderten Ausgleich zwischen der deutschen und der polnischen Bevölkerung einmütig ab. Abgesehen von den in den Spalten der polnischen Blätter nun einmal unvermeidlichen gehässigen Ausführungen gegen das Deutsche überhaupt, sind es im wesentlichen zwei Gründe, die dagegen angeführt werden: erstens, die Forderung komme zu spät, zweitens, das Mißtrauen gegen Deutschland sei so stark und so gerechtfertigt, daß der Ausgleich nie und nimmer innerhalb eines deutschen, sondern ausschließlich im Rahmen eines polnischen Rechtsstaates stattfinden könne. Interessant ist auch das hin und wieder zutage tretende dritte Argument, daß ein Ausgleich nur insoweit zustande kommen dürfe, als er nicht gegen die Bestimmungen des Versailler Friedens verstoße, da Polen gehalten sei, sich ihnen zu fügen. Besonders scharf betont der „Dziennik Bydgoski“ den Standpunkt mit den Worten: „Verlangt jedoch von uns nicht,

daß wir uns dem Urteil der Entente widersetzen, welche in diesem Falle das Werkzeug in der Hand der Vorsehung darstellt.“ Diese Begründung ist mehr als oberflächlich und auch innerlich unehrlich, denn die Entscheidung über das Schicksal im Osten ruht auch in Polens eigener Hand, das ebenso oft wie Deutschland betont hat, die Versailler Beschlüsse keineswegs als unbedingt bindend anzuerkennen, falls sie seinen Wünschen nicht Genüge geben sollten. Die Schwierigkeiten, über die man jetzt im Rat der Vier bezüglich der Ostfrage hinwegkommen möchte, liegen ferner, abgesehen von der unversöhnlichen Haltung des auf seinen eigenen Vorteil bedachten Frankreichs, gerade in den weitgehenden polnischen Forderungen. Bis jetzt liegt die Sache doch so, daß die Versailler Friedenskonferenz in den wesentlichsten Punkten die polnischen Wünsche erfüllte und daß das Friedenswerk hauptsächlich ihretwegen zu scheitern droht. Die Forderung nach dem Ausgleich soll die Polen keineswegs zwingen, sich den Versailler Beschlüssen, auf die sie doch selbst den maßgebendsten Einfluß haben, zu widersetzen, sondern sie in

*) Geschrieben am 20. Juni.

ihrem eigenen Interesse dazu bewegen, auf ihre vernunftgemäße und gerechte Abänderung einzuwirken. Der dritte Einwand fällt demnach in sich selbst zusammen. Über die beiden ersteren ließe sich reden.

Das von der polnischen Presse so geschildert betonte Mißtrauen der Polen gegen alles, was deutsch ist, erscheint schließlich als durchsichtige Masche, denn die „Marienburger Entschließung“ der Volksräte hat im Innern des polnischen Volkes doch anders gewirkt, als seine Presse öffentlich ausgeben möchte. Jedenfalls besteht Grund zu der Annahme, daß es für die polnische Bevölkerung noch keineswegs zu spät ist, auf dem Irrweg, in den sie die amtliche großpolnische Satz- und Verleumdungspropaganda hineingeführt hat, umzukehren und sich von vorentsfaßten Meinungen wieder frei zu machen. Daß die Forderung nach einem Ausgleich in polnischen Kreisen gewirkt hat, beweist auch der Schlußsatz eines in der „Danziger Zeitung“ vom 3. Juni — Nr. 252 — wiedergegebenen Briefes eines polnischen Geistlichen, in dem gegen die Auffassung eines früher dort erschienenen Artikels „Die Polen und die Religion“ Einspruch erhoben wird. Es heißt darin: „Jedenfalls hat der Verfasser des Artikels „Die Polen und die Religion“ dem polnisch-deutschen Ausgleich, von dem in dem letzten Aufrufe der Deutschen Volksräte die Rede war, einen Bären-dienst erwiesen.“

Beachtet wurde die Entschließung mithin, und das ist die Hauptsache.

Die Unterdrückung der Deutschen in Kongreßpolen — ein lehrhafter Vorgang für die Ostmark-deutschen

Nichts Gutes haben die ostmärkischen Deutschen, die gegen ihren Willen an einen fremden Staat verschachert werden sollen, unter polnischer Herrschaft zu er-

warten. Die Regierungsmänner und Publizisten dieses neuen Staates, die bei jeder Gelegenheit die hohe Toleranz des polnischen Volkes rühmen, sind schon jetzt dabei, die 600 000 Deutschen im ehemaligen Russisch-Polen zu verfolgen und vollständig zu vernichten. Wir erhalten hierüber von einem aus Kongreßpolen zurückgekehrten Kenner der dortigen Verhältnisse folgende Mitteilungen:

Was waren die ersten Regierungshandlungen in diesem Lande, das kein geordnetes Gemeinwesen besitzt, dessen Arbeiterschaft vergebens nach Brot und Beschäftigung verlangt, dessen schnellgeschaffene Beamtenschaft schon jetzt im Kerne faul der Korruption verfallen ist? Maßnahmen gegen die nationalen Minderheiten!

Mit der rücksichtslosen Entlassung der einen deutschen Namen tragenden, evangelischen einheimischen Beamten und Angestellten in behördlichen und privaten Bureaus fing es an, auch die Juden wurden dabei nicht geschont. Tausende fleißig schaffende Menschen wurden auf diese Weise um Existenz und Ansehen gebracht. Mit der unter strengster Strafandrohung befohlenen Beseitigung deutscher und jüdischer Aufschriften an Ladengeschäften und Privatwohnanstätten ging es weiter: man nahm dabei keine Rücksicht, selbst nicht in solchen Orten, die eine deutsche oder jüdische Bevölkerungsmehrheit haben oder der Arbeit deutscher und jüdischer Staatsbürger ihr Dasein, Aufblühen und Gedeihen verdanken. So hat die zweitgrößte Industriestadt Rußlands, Lodz, auch heute noch, trotz der in der Kriegszeit erfolgten mächtigen Abwanderung, 70 000 deutsche Einwohner, vier Fünftel der ganzen Industrie befindet sich in deutschen und jüdischen Händen, vier Fünftel der ganzen Steuern werden von diesen Bevölkerungsschichten getragen, die niemals staatsfeindlich waren, deren deutsche oder jüdische Sprache nun aber doch aus dem Antlitz der Stadt verbannt wird, — eine Maßnahme, die

der „russische Bedrücker“ von früher niemals getroffen hat.

Die für die kulturellen Rechte ihrer Volksgenossen eintretenden Persönlichkeiten werden verfolgt. Vorwände werden gesucht, um unschuldige Menschen ins Gefängnis zu bringen und damit „abschreckend“ zu wirken. Der wüßteste Terror gegen Andersstämmige und Andersgläubige wird von der polnischen Geistlichkeit und von den nationalistischen Agitatoren offen gepredigt. „Polen ist nur für die Polen da.“ „Die Deutschen, die in Holzpantoffeln ins Land gekommen sind, die Juden, die als Lumpensammler groß wurden, fort mit ihnen!“

Das Koalitionsrecht ist von der Regierung des neuen Staates für die deutsche Minderheit kurzerhand beseitigt worden. Die einzige große Organisation der Deutschen in Polen, der annähernd 30 000 Mitglieder zählende Deutsche Verein, wurde im Februar dieses Jahres ohne Gerichtsbeschuß, ohne eine Begründung, durch rein administrative Anordnung einfach unterdrückt. Das ganze Vermögen des Vereins und seiner 300 Ortsgruppen wurde beschlagnahmt, die Führer wurden verhaftet und wochenlang gefangen gehalten. Wohlacemerkt, ohne daß eine Anklage gegen sie erhoben wurde! Um die Teilnahme der Deutschen an den städtischen Wahlen zu fördern, wurde die Bürgerschaft durch Verhaftungen erschreckt. Deutsche Wählerversammlungen wurden teilweise verboten. Die deutschen Zeitungen stehen unter strengem Zensurdruck.

Die 500 deutschen Dorfschulen, durch die weitgehendste Opferwilligkeit der deutschen Bauern errichtet, und seit einigen Jahren in einem Selbstverwaltungskörper, dem deutsch-evangelischen Landesschulverband, zusammengeschlossen, sind im März dieses Jahres durch ein Dekret d. s. Ministeriums, ohne daß der Landtag Beschluß faßte, dem Staate angegliedert worden, was ungefähr soviel bedeutet wie die Vernichtung des deutschen Schul-

wesens überhaupt. Denn wenn dieses Dekret auch bestimmt, daß auf besonderen Antrag der Eltern überall dort, wo mindestens vierzig deutsche Kinder sind, eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache bestehen darf, so wird dieser besondere Antrag, diese Willenserklärung der Eltern, wo es nur irgend geht, unterdrückt. Bei der erstmaligen Einreichung dieser Erklärungen, der die deutschen Bauern fast ausnahmslos nachgekommen sind, haben die unteren behördlichen Organe alle möglichen Schwierigkeiten gemacht. Zahlreiche deutsche Schulen sind auf diese Weise mit dem ersten Anstich beseitigt worden, zahlreiche andere werden folgen und der Rest wird durch verwaltungstechnische Maßnahmen der Polonisierung verfallen. Denn der Wille zur völligen Vernichtung der deutschen Schule ist vorhanden.

Doch auch damit ist es nicht genug. Selbst die rein wirtschaftlichen Einrichtungen der Deutschen in Polen sind nicht sicher. Eine Reihe von Raiffeisenkassen wurde unter falschen Vorwänden durch widerrechtliche Beschlagnahmen oder auch Schließung schwer geschädigt.

Zu alledem kommt ein verwerfliches abenteuerliches Spießsystem hinzu. Niemand ist vor Denunziationen sicher. Die „schwarze Liste“ ist überall zu finden. Den Juden ergeht es ähnlich oder noch schlimmer. Es haben nicht nur die bekannten Pogrome stattgefunden, auch in vielen kleinen Orten kam es zu pöbelhaften Ausschreitungen wildester Natur. Der jüdische Kaufmann und Händler ist buchstäblich zu keiner Stunde des Tages und der Nacht sicher, seine Warenvorräte an echte oder falsche Polizisten und Soldaten zu verlieren.

So sieht die Freiheit, die Gerechtigkeit und vielgerühmte Toleranz im neuerstandenen Polen aus. Und diesem Staate sollen noch größere nationale Minderheiten angegliedert werden! Die alliierten Regierungen täten besser, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß — wenn auch

entgegen dem Willen des Herrn Baderowski — ein wirklich großzügiger Minderheitenschutz die Rechte der zu polnischen Bürgern vierter Klasse gemachten Andersstämmigen garantiert. Nicht aber, daß neue, im polnischen Staate fremd-

stämmige Massen den unfähigen Direktanten in Warschau ausgeliefert werden, die, den chauvinistischen Treibereien gegenüber machtlos, immer nur an eine Erweiterung ihrer Grenzen denken.

Aus den Deutschen Volksräten

Versammlung der Volksratsvertreter in Bromberg. Am 17. d. M. hielt in Bromberg Geheimrat Kleinow, Obmann des Volksrates des Nehebistritz und des Volksratsausschusses der Vereinigten Volksräte der Ostmark in Danzig, vor der Versammlung der gewählten Volksratsvertreter des Nehebistritz einen Vortrag, in dem er die Stellung der Ostmark im Hinblick auf die Versailler Antwort und die Entwicklung ihrer inneren Lage schilderte. Er erstattete Bericht über die Tätigkeit des Danziger Volksratsausschusses, dessen Tagung ein inniges Zusammengehen mit den Zielen des parlamentarischen Aktionsausschusses und den Bestrebungen des Reichskommissars Winnig, sowie den Zusammenschluß der gesamten Ostmark von Memel bis Kreuz und Rattowik und die einheitliche Zielrichtung der in ihr vertretenen Organisationen der Volksratsbewegung und des ostpreussischen Heimatdienstes ergeben habe. Kleinow wies darauf hin, daß die gesamte Ostmark ohne Unterschied der Provinzgrenzen und der Parteizugehörigkeit sich als unteilbares deutsches Gebiet betrachte und daher den zweiten Versailler Friedensentwurf als unannehmbar zurückweise, da er die Einheit der Ostmark in Frage stelle. Die Ostmark sei entschlossen, ohne Rücksicht auf die Forderungen der Entente ihr Deutschtum zu bewahren und werde ihr Geschick selbst in die Hand nehmen, wenn das Deutschtum auf andere Weise nicht gerettet werden könnte. Kleinow unterstrich noch einmal die Marienburger Entschliehung der Volksräte, von deren Forderung auf friedlichen deutsch-polnischen Ausgleich die polnische Presse vorgäbe, daß sie nicht beachtet werden könne. Die deutsche Ostmark sei aber gewillt, sich die Gleichberechtigung, die ein derartiger Ausgleich voraussetze, mit

allen Mitteln zu erringen. Die deutsche Ostmark erwarte von ihren Führern, daß sie in diesen Stunden, die für die Zukunft der deutschen Volksgenossenschaft der Ostmark entscheidend seien, den richtigen Entschluß finden werden, um sie vor dem drohenden Untergang durch den polnischen Vernichtungswillen zu retten.

Die von dem Ernst der Stunde durchdrungenen und von fichteschem Geiste getragenen Ausführungen fanden den einmütigen Beifall der Versammlung, aus deren Mitte heraus ein entschlossenes und ernstes Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt wurde. Von den erschienenen 200 Volksratsvertretern wurde darauf nach einstimmiger Billigung in geheimer Abstimmung nachstehendes Telegramm an die Reichskommissare Winnig und Höring, den parlamentarischen Aktionsausschuß der Gruppe Nord, z. B. des Reichskommissars Gehl in Danzig, die Oberpräsidenten von Batocki-Rönigsberg, Schnafenburg-Danzig und Regierungspräsident von Bülow-Bromberg abgesandt:

„Die in Bromberg nach Bekanntwerden der Versailler Antwort zusammengetretenen gewählten Vertreter der Volksräte des Nehebistritz erklären einmütig, daß die Antwort für Deutschland und für die Ostmark unannehmbar ist und ihre Annahme die Vernichtung des ostmärkischen Deutschtums bedeutet. Der Nehebistritz ist entschlossen, sein Deutschtum unter allen Umständen zu behaupten und reicht den deutschen Brüdern in der gesamten Ostmark von Memel bis nach Kreuz und Rattowik die Hand zu einigem Zusammenschluß. Der Nehebistritz vertraut den Führern des Volkes, die jetzt das Geschick der Ostmark leiten, und erhofft von ihnen, daß sie in dieser schweren

Stunde ihre ganze Kraft aufbieten, um die Gefahr von der Ostmark abzuwenden und die Ostmark geschlossen auf den Weg zu führen, der die Rettung von polnischer Knechtschaft bringt. In dieser Hoffnung und in diesem Vertrauen begrüßt Sie der Volksrat des Regedistrikts und versichert

Ihnen, daß der Regedistrikt bereit ist, sich Ihrer Führung zu unterstellen, sobald Sie im Verein mit den Führern in Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien die einige Ostmark zur Entscheidung rufen.

Der Volksrat des Regedistrikts.

J. A.: Kleinow, Obmann."

Pressestimmen

Polnische Presse

Eine Erinnerung.

Der Pariser Korrespondent des „Kurjer Warszawski“ berichtete am 29. April:

„Was unsere Frage anbetrifft, und zwar die Frage der polnisch-deutschen Grenze, so ist es gekommen, wie wir es vorausgesehen haben. Im Verlaufe einer großen Reihe von Sitzungen kreuzten sich sehr zahlreiche dilettantenhafte ausgearbeitete Projekte in der polnischen Frage. Infolge des dringenden Termins war die Konferenz gezwungen, zu einem konkreten Projekte zurückzukehren, das in allen seinen Einzelheiten nach langen und gewissenhaften Studien in der Kommission für polnische Angelegenheiten unter dem Vorsitz von Cambon ausgearbeitet worden war. Der Rat der fünf kam sehr bald zu der Einsicht, daß er allein in der kurzen Zeit die Fragen der Grenzen nicht werde lösen können und übergab am 26. April seine Vollmacht zu Händen des Cambon (mit nur geringen Einschränkungen). Also wurde die Kommission für polnische Angelegenheiten (bis dahin „Bureau d'étude“) die entscheidende letzte Instanz. Nach sechsöchentlichen, unnützen, wie es scheint, und die polnische öffentliche Meinung erregenden Diskussionen wird der Text der Kommission des Cambon mit kleinen Korrekturen schwarz auf weiß in dem Präliminarfriedensentwurf mit Deutschland erscheinen. Der Text Cambons ist im allgemeinen bekannt. Danach fallen an Polen Oberschlesien, die Provinz Posen,

ein Teil Westpreußens mit über 120 Kilometer Meeresgestade.“

So wurde mit dem Schicksal von über 4 Millionen Deutschen umgesprungen! Wir Deutschen waren Ware für die Leute in Versailles.

„Gazeta-Iskry“ (Allenstein) Nr. 68 vom 12. Juni 1919.

Polnische Panzerzüge.

Am 29. Mai hat in Posen auf dem Bahnhof vor dem früheren kaiserlichen Pavillon die Feier der Einweihung der ersten zwei polnischen, in Groß-Polen erbauten Panzerzüge stattgefunden.

General Henrys in Warschau.

In den nächsten Tagen wird General Henrys aus Paris nach Warschau zurückkehren. . . . Sein Verweilen in Paris hat die Sache der technischen Ausbildung der polnischen Armee bedeutend vorwärtsgebracht, so daß er wahrscheinlich schon mit einer Anzahl von Offizieren abreisen wird, welche mit den polnischen Faktoren an der technischen Ausbildung der Armee zusammen wirken werden.

Lederriemen für Lodz.

Sald wird in Lodz ein Transport Lederriemen aus England eintreffen, welche speziell für Fabriken bestimmt sind. Ein Waggon dieser Riemen befindet sich bereits in Danzig. Der zweite Transport ist für Warschau bestimmt.

Litauen und Weißrußland.

Die Vertilbenden in Litauen. Als die Stadt Schirwint, welche unsere Truppen den Bolschewisten abgenommen haben, nach der Entfernung der polnischen Abteilungen von

litauischem Militär besetzt wurde, hielt der bekannte Geistliche Nowicki (ein Litauer) eine niederschmetternde Predigt gegen die Polen und forberte das Volk auf, daß es das Land vor „diesem niederträchtigen Volke schützen soll“. In derselben Stadt Schirwint hat der Ortsvikar dreizehn unserer Soldaten mit Revolvergeschüssen getötet.

„Dziennik Bydgosky“ (Bromberg) Nr. 139 vom 19. Juni.

Auf falschem Wege befinden sich die Deutschen. Sie sind diesen Weg so lange geschritten, bis sie an den Rand des Abgrundes gekommen sind. Die Entente hätte sie in denselben durch ihren letzten Schlag hineinstoßen können, zu welchem sie vorbereitet war. Da sie sich aber durch Rücksichtnahme gegenüber dem aufs Haupt geschlagenen Feinde leiten ließ, so hat sie den Schwung ihrer mächtigen Armeen aufgehalten.

Ein kleiner Teil Leute in Deutschland hat diese großherzige Geste verstanden. Die Mehrheit vergaß den furchtbaren Fall bald und lehrte zu den Wegen zurück, auf welche sie von dem preussischen System geleitet wurde. Die Zeitungen gewisser Art reden heute dem deutschen Volke ein, daß es eigentlich gar nicht geschlagen worden sei und gutwillig die Waffen gestreckt habe. Solch eine Hinterlist übersteigt alle Grenzen, aber der Durchschnittsdeutsche hat die furchterliche Niederlage bald vergessen und glaubt, daß eine Möglichkeit der Wiedervergeltung existiert.

Und wenn nicht einer Wiedervergeltung hinsichtlich der Entente, so doch gegenüber den Polen. Dadurch erklärt sich die nie dagewesene Aufgeblasenheit und Tollwütigkeit, welche die deutsche Bevölkerung in unseren Gebieten erfährt hat. Die Stimmen der Vernunft und des Verstandes sind vollständig totgeschwiegen, und die Kriegsfanfaren melden sich lauter denn je. Wo ist hier der Verstand? Die Entente hört Klagen und Jammer der Deutschen lange geduldig an. Sie weiß, daß die Friedensbedingungen schwer sind, leichtere konnte jedoch

wohl niemand erwarten. Wir wissen doch genau, was die Deutschen der Entente für Bedingungen aufgelegt hätten, wenn sie Sieger geblieben wären. Das beweisen die amtlichen und halbamtlichen Emunziationen. Die ganze Welt sollte geradezu eine Fußbank für Deutschland werden. Die Entente dagegen verlangt wieder gar nicht so viel, wird aber hart zu sein verstehen, wenn Deutschland ihre Forderungen nicht annimmt. Die Folgen können für das ganze Volk fatal sein. Besonders aber die Deutschen in unseren Gebieten, welche einen derartig großen Spektakel machen und der Entente geradezu drohen — wie stellen sie sich die Zukunft vor? Sie glauben wohl selbst nicht daran, daß sie sich dem Urteil der Entente ständig widersetzen könnten. Und dennoch kündigen sie einen Widerstand an und zwar einen Widerstand bis zum letzten Atemzug. Daraus kann das schrecklichste Unglück für die ganze Bevölkerung, ebenso für die polnische wie für die deutsche entstehen. Wenn die Drohungen gewisser Kreise in Erfüllung gehen, wird die polnische Bevölkerung noch viel leiden müssen. Aber ihre Leiden werden früher oder später ein Ende haben. Was wird jedoch mit der deutschen Bevölkerung geschehen? Sie wird doch auf diesem Boden auch weiterhin mit den Polen zusammen leben wollen! Wie soll später das Verhältnis zur polnischen Bevölkerung sein? Aus dem vergossenen Blute und der sittlichen Bedrückung wird gewiß keine gemeinsame Liebe und Wille zur Einigkeit entstehen.

Deshalb wenden wir uns an jene Deutschen, welche vom Fatalismus nicht verblendet sind, daß sie sich von den Aufhebern abwenden und die Verhältnisse nicht noch mehr verschlimmern sollen. Die polnische Bevölkerung ist ruhig und denkt gar nicht daran, irgend jemand unrecht zu tun. Eine Herde Schafe ist sie aber auch nicht und wird das erlittene Unrecht nicht vergessen.

Ganze Jahrhunderte lebten wir unter preussischer Herrschaft als geborene Rin-

der dieses unseres Landes und erlitten zahlloses Unrecht, ohne selbst jemanden Unrecht zuzufügen. Wir haben deshalb auch das Recht, zu verlangen, daß die deutsche Bevölkerung die Arbeit ruhen lasse, welche zum gegenseitigen Aufreissen führt. Die preußischen Ideale mögen zur Vergangenheit gehören und ihr Platz ist in der Kumpfkammer der Menschheit. Wer sie jetzt noch hegt, der ist ein Schädling gegenüber den Idealen der Menschheit im allgemeinen und der größte Schädling seines eigenen Volkes. Unsere deutschen Bürger, welche diese Ideale pflegen, befinden sich auf falschem Wege. Es ist die höchste Zeit, daß sie von denselben abweichen im Interesse ihres eigenen Volkes.

(So wenig wir uns mit den vorstehenden Ausführungen im ganzen einverstanden erklären können, so zeigt sich doch in ihnen ein Geist des Sichverständigenwollens, auf dem vielleicht weitergebaut werden kann.)

Gazeta Toruńska (Thorn), Nr. 129 v.

11. Juni 1919.

Am 6. Juni wurde im polnischen Landtage vom Marschall Trapezynski ein Dringlichkeitsantrag des nationalen Volksverbandes verlesen, der folgendermaßen lautete:

Um die Rechte der nationalen Minderheit.

Angeichts der Nachricht, daß die polnische Delegation auf dem Kongreß von den Mächten einen Traktat Polens mit den Verbündeten erhalten habe in Sachen der Sicherung der Rechte nationaler und konfessioneller Minderheiten in Polen, als in einem entsprechend dem Artikel 93 des Vertrages mit Deutschland entstandenen neuen Staate, wolle der hohe Landtag beschließen:

Der Landtag der polnischen Republik stellt fest, daß Polen kein neuer Staat

sei, sondern eines der ältesten Reiche Europas, welches eine ununterbrochene Tradition der Freiheit und Gerechtigkeit besitzt. Die polnische Republik hat nie ein Volk bedrückt, auch keine Annexionen vollzogen, keine religiösen Verfolgungen unternommen. Diese Tradition und der von Anbeginn kategorisch ausgedrückte Wille des jetzigen gesetzgebenden Landtages, den nationalen Minderheiten und allen Konfessionen volle Rechte und Garantien einer freien Entwicklung in Polen zu geben, sichern die Rechte dieser Minderheiten zur Genüge — entsprechend den edlen Grundsätzen des Völkerbundes, welche für Polen nicht neu sind, sondern eine ewige Grundlage seiner ganzen inneren und äußeren Politik bilden. Der Landtag der Republik stellt fest, daß die nationalen und konfessionellen Minderheiten in Polen stets volle Freiheit und alle Rechte genießen werden, welche ihnen bei den edlen Demokratien des Westens eingeräumt werden (vgl. Irland!), welchen Polen oft in Hinsicht der Gleichberechtigung der Konfessionen und Nationalitäten voraus war.

Dagegen stellt der Landtag der Republik hiermit fest, daß der Artikel 93 des Vertrages mit Deutschland, welcher Polen einer internationalen Kontrolle, sowie Abhängigkeit von internationalen Verpflichtungen in Sachen der selbstverständlichen und immer in Polen geübten Rechte der Minderheiten aufzwingt, vom ganzen polnischen Volke als eine schmerzliche Verminderung der Rechte der souveränen Republik angesehen wird und als Beweis eines durch nichts motivierten Vertrauensmangels seitens der verbündeten Mächte aufgefaßt wird.

Der Landtag drückt die Ueberzeugung aus, daß die Verbündeten das Unrecht erkennen werden, welches Polen in diesem Vorschlag zugefügt wird und daß dieser Artikel verändert werden wird. Die Dringlichkeit, sowie der Antrag selbst wurde einstimmig ohne Diskussion angenommen.

Kleine Nachrichten

Notenwechsel über die Haller-Armeen

(vgl. Nr. 16 der Mitteilungen)

Auf die Note, die Reichsminister Erzberger am 13. Juni an General Dupont gerichtet hatte, ist folgende Antwortnote eingegangen:

Ich habe hinsichtlich der in Ihrem Briefe vom 13. Juni behandelten Fragen die Antworten aus Warschau und Spaa erhalten. General Henry in Warschau, dem ich den Befehl: Posen, vom 8. Juni gemeldet hatte, antwortete nur dies: „Dieser Befehl ist unwahrscheinlich, denn keine Division Haller ist unter den Befehl des Generalstabes gestellt. Außerdem haben wir in Posen keine Angriffsabsichten.“

Es ist in der Tat kaum anzunehmen, daß ein Offizier des Generalstabes in Posen proprio motu erklären könne, daß Posen sich im Kriegszustande mit Deutschland befände. Sie und ich hätten dies gewußt. Ich habe noch nicht herausgebracht, ob dieser Befehl wirklich erteilt worden ist und im bejahenden Falle von wem. Ich werde die Ehre haben, Ihnen mitzuteilen, was ich in Erfahrung bringen werde, obwohl dies nur mehr von historischem Interesse ist.

Aus Spaa ließ mir Marschall Foch telegraphieren, daß er keinerlei „mündliche Zusicherungen“ gegeben habe für Einschränkungen über die Verwendung, die die polnische Regierung von den nach Posen beförderten Truppen machen könnte.

Wir halten uns demnach an den Wortlaut des Waffenstillstandes. In der uns beschäftigenden Angelegenheit kenne ich nur den Artikel XVI des Abkommens vom 11. November 1918, modifiziert durch die Veränderung der Transportlinie. — Es ist außer Zweifel, daß dieser Text genügt, um jeden Gedanken an eine Angriffsverwendung der auf diese Weise beförderten Truppen gegen Deutschland auszuschalten, da diese Truppen die Ordnung in den von Deutschland geräumten Gebieten aufrecht erhalten werden.

Nachdem das Telegramm des Generals Henry in allen Punkten mit dieser Auffassung übereinstimmt, sehen Sie, daß die von Ihnen bekundeten Befürchtungen keine andere Begründung zu haben scheinen, als die zu beiden Seiten der Demarkationslinie vorherrschende Nervosität.

Genehmigen Sie, Excellenz, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.
gez. Dupont.

(„Dtsch. A. Z.“, 18. Juni, Nr. 285.)

Berlin, 17. Juni. Auf das Schreiben des Generals Dupont vom 14. Juni hat Reichsminister Erzberger ein zweites Schreiben an den General folgenden Wortlauts richten lassen:

Herr General! Im Auftrage seiner Excellenz des Herrn Reichsministers Erzberger habe ich die Ehre, Ihnen den Empfang des Schreibens vom 14. Juni zu bestätigen. Der Herr Reichsminister hat die Meldung gern entgegengenommen, daß Ihre Excellenz sofort nach Warschau telegraphiert haben, um seinen Standpunkt dort mitzuteilen. Seine Excellenz spricht die Erwartung aus, daß bei Übermittlung der Antwort aus Warschau Eure Excellenz in der Lage sein werden, die gewünschten, im oben erwähnten Schreiben Eurer Excellenz nicht enthaltenden präzisen Angaben zu machen, ob der in der Note vom 12. Juni erwähnte Befehl an Generalmajor Dombrowski den Tatsachen entspricht und welche Garantien gegeben werden können, daß die Hallersche Division tatsächlich nicht gegen Deutschland verwandt und ein Angriff durch die Polen nicht beabsichtigt ist.

In der Note des Herrn Reichsministers vom 13. Juni an Marschall Foch hat die deutsche Regierung durch die lokale Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen vor aller Welt bewiesen, daß sie ernstlich gewillt ist, den Spaac Vertrag vom 4. April restlos durchzuführen, allerdings

nur unter der Voraussetzung, daß auch von polnischer Seite nicht gegen den Vertrag verstoßen wird. Da bisher keine präzise Erklärung vorliegt, daß die Hallerschen Truppen nicht zu Angriffszwecken gegen Deutschland verwandt werden, hat sich begreiflicherweise die Erregung der Bevölkerung Deutschlands und des Grenzschutzes der deutschen Ostprovinzen so gesteigert, daß schwerwiegende Folgen entstehen können. Ich darf daher im Auftrag des Herrn Reichsministers Erzberger nochmals wiederholen, daß die Waffenstillstandskommission einer möglichst umgehenden und präzisen Erklärung entgegensteht.

Im Auftrag gez. v. Brentano.

Der Weg zur bedingungslosen Annahme

Die deutsche Note vom 22. Juni.

„Die Regierung der deutschen Republik hat von dem Augenblick an, wo ihr die Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen bekannt gegeben wurden, keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volk diese Bedingungen als im schroffen Widerspruch mit der Grundlage befindlich ansehen muß, die vor den alliierten und assoziierten Mächten einerseits und Deutschland andererseits völkerrechtlich verbindlich für den Frieden vor dem Abschluß des Waffenstillstandes angenommen worden war. Sie hat unter Berufung auf diese zwischen den Verhandlungsteilen vereinbarte Rechtsgrundlage und unter offener Darlegung der Verhältnisse in Deutschland nichts unversucht gelassen, um zu unmittelbarem mündlichen Meinungsaustausch zu gelangen, um derart eine Milderung der unerträglich harten Bedingungen zu erwirken, die es der Regierung der deutschen Republik möglich machen sollte, den Friedensvertrag vorbehaltlos zu unterzeichnen und seine Durchführung zu gewährleisten. Diese im Interesse des Weltfriedens und

der Völkerverböhnung unternommenen Versuche der Regierung der deutschen Republik sind an dem starren Festhalten an den Friedensbedingungen gescheitert. Weitergehende Gegenvorschläge der deutschen Delegation fanden nur in einzelnen Punkten Entgegenkommen. Die gewährten Erleichterungen vermindern die Schwere der Bedingungen nur in geringem Maße. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die Regierung der deutschen Republik durch ein am 23. Juni ablaufendes Ultimatum vor die Entscheidung gestellt, den von ihnen vorgelegten Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Für den letzteren Fall würde ein völlig wehrloses Volk mit der zwangsweisen Auferlegung der geforderten Friedensbedingungen und der Vermehrung der schweren Lasten bedroht. Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des blutigen Krieges, es will aufrichtig einen dauernden Frieden. Es hat keine andere Macht in der Hand, als die Berufung auf das ewige unveräußerliche Recht eines selbständigen Lebens, das, wie allen Völkern, so auch dem deutschen Volke zusteht. Die Regierung der deutschen Republik kann diesem heiligen Recht des deutschen Volkes durch Anwendung von Gewalt keinen Nachdruck verleihen. Sie kann nur auf die Unterstützung durch das Gewissen der Menschheit hoffen. Kein Volk, auch keine der alliierten und assoziierten Mächte, werden dem deutschen Volke zumuten, einem Friedensinstrument aus innerer Überzeugung beizustimmen, durch das lebendige Glieder vom Körper des Deutschen Reiches ohne Befragen der in Betracht kommenden Bevölkerung losgelöst, die deutsche Staatshoheit dauernd verlegt und dem deutschen Volke unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen. Die deutsche Regierung hat aus der im Osten abzutretenden Gebieten leidenschaftliche Kundgebungen der Bevölkerung erhalten, daß sie sich einer Abtrennung dieser größtenteils seit vielen

Jahrhunderten deutschen Gebiete mit allen Mitteln widersehen werde. Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, alle Verantwortung für etwaige Schwierigkeiten, die sich aus dem Widerstand der Bewohner gegen ihre Loslösung von Deutschland ergeben können, abzuwehren.

Wenn die Regierung der deutschen Republik gleichwohl bereit ist, die Forderung der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen, so geschah dies nicht aus freiem Willen. Die Regierung der deutschen Republik erklärt feierlich, daß ihre Haltung dahin zu verstehen ist, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volk einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen. Das deutsche Volk erwartet in Ansehung der gewaltigen Lasten, die es übernehmen muß, daß sämtliche deutsche Kriegs- und Zivilgefangenen mit Beginn vom 1. Juli an in ununterbrochener Folge und in kurzer Frist zurückgegeben werden. Deutschland hat die feindlichen Kriegsgefangenen in zwei Monaten zurückgeführt. Die Regierung der deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit rückhaltloser Klarheit äußern, um jedem Vorwurf einer Unwahrhaftigkeit, der Deutschland jetzt oder später gemacht werden könnte, von vornherein entgegenzutreten. Die auferlegten Bedingungen übersteigen das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. Die Regierung der deutschen Republik fühlt sich daher zu der Erklärung verpflichtet, daß sie alle Vorbehalte macht und jede Verantwortung ablehnt gegenüber den Folgen, die über Deutschland verhängt werden können, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch

bei schärfster Anspannung des deutschen Leistungsvermögens in Erscheinung treten muß. Deutschland legt weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß es den Artikel 231 des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen kann und durch seine Unterschrift nicht deckt. Daraus folgt ohne weiteres, daß Deutschland es auch ablehnen muß, die Übernahme der ihm auferlegten Belastung aus der ihm zu Unrecht zugeschobenen Urheberschaft am Kriege anzuerkennen. Ebenso wenig kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, die Artikel 227 bis 230 anzunehmen und auszuführen, in denen Deutschland zugemutet wird, Angehörige des deutschen Volkes, die von den alliierten und assoziierten Mächten der Verletzung internationaler Gesetze und der Vornahme von Handlungen gegen die Gebräuche des Krieges bezichtigt werden, den alliierten und assoziierten Mächten zur Aburteilung auszuliefern. Weiter legt die Regierung der deutschen Republik entschieden Verwahrung ein gegen die Wegnahme des gesamten deutschen Kolonialbesitzes und die hierfür gegebene Begründung, die Deutschland die Befähigung zur kolonialen Betätigung dauernd abspricht, obgleich das Gegenteil feststeht und überdies in den Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen unwiderlegbar nachgewiesen ist. Die Regierung der deutschen Republik nimmt an, daß es den alliierten und assoziierten Regierungen erwünscht ist, daß sie offen gesprochen hat. Obwohl sowohl, was ihren guten Willen als auch ihre Vorbehalte angeht, sie glaubt daher, unter Hinweis auf die Zwangslage, in die die Forderungen der Alliierten das deutsche Volk versetzen, eine Zwangslage, wie sie drückender und folgenschwerer einem Volke noch nie auferlegt worden ist und unter Berufung auf die ausdrückliche Zusage der alliierten und assoziierten Regierungen in ihrem

Memorandum vom 16. Juni 1919 berechtigt zu sein, folgendes billige Ersuchen an die alliierten und assoziierten Regierungen zu richten in der Erwartung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die nachstehende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Vertrages ansehen werden.

Innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages ab gerechnet, werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem Hohen Rat der Mächte, so wie er vom Völkerbund nach Artikel 4 eingelegt ist, zwecks Nachprüfung unterbreiten. Vor diesem Hohen Rat sollen die deutschen Bevollmächtigten dieselben Rechte und Vorrechte genießen, wie die Vertreter der anderen kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie gleichberechtigte wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands behindert wird.

Die Regierung der deutschen Republik gibt hiernach die in dem Schreiben vom 16. Juni 1919 geforderte Erklärung ihrer Zustimmung in folgender Form ab:

Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen."

gez. Bauer, Ministerpräsident.

Die Ablehnung durch die Entente.

Versailles, den 23. Juni

Herr Präsident!

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Abordnung vom heutigen Tage (22. Juni) geprüft, und halten es für ihre Pflicht, mit Rück-

sicht auf die Kürze der Zeit sofort zu antworten.

Von der Frist, in der die deutsche Regierung ihren endgültigen Entschluß über die Unterzeichnung des Friedensvertrages fassen muß, sind nicht einmal mehr 24 Stunden übrig. Die alliierten und assoziierten Mächte haben mit größter Aufmerksamkeit alle von der deutschen Regierung zum Friedensvertrag vorgebrachten Einwände geprüft. Sie haben sie mit vollem Freimuth beantwortet und die Zugeständnisse gemacht, die ihnen gerecht und notwendig schienen. Aber die letzte Note der deutschen Delegation enthält kein Argument, keine Bemerkung, die nicht schon Gegenstand ihrer Prüfung gewesen wäre.

Die alliierten und assoziierten Mächte glauben sich daher zu der Erklärung verpflichtet, daß jetzt nicht mehr der Zeitpunkt zu Diskussionen ist. Sie können Abänderungen und Vorbehalte weder annehmen noch anerkennen und sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine unabweisende Willenserklärung zu fordern, ob sie diesen Vertrag in seiner Gesamtheit und in seiner endgültigen Form unterzeichnen oder ablehnen. Nach der Unterzeichnung müssen die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Ausführung des Vertrages in allen seinen Bedingungen verantwortlich machen.

Empfangen Sie usw.

gez. Clemenceau."

Die bedingungslose Annahme.

Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Vol-

tes nicht berührt. Sie nach außen zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten vier Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, „daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.“

Der polnische Ausrottungskrieg gegen die Ukrainer

Berlin, 14. Juni. (Priv.-Tel.) Der ukrainische Pressedienst meldet:

In ihrem Ausrottungskriege gegen die Ukrainer wüthen die Polen in den von ihnen besetzten ukrainischen Gebieten in der schrecklichsten Weise. Alle Baracken und Kerker in Polen, in denen seinerzeit Österreich-Ungarn und Deutschland ihr Militär und ihre Sträflinge hielten, sind überfüllt von internierten Ukrainern. In den Baracken in Dombie bei Krakau, in Wadowitz, Wisznitz, in den Kerkern von Scheghpiorno und Powiazki bei Kalisz, in den Kajematten bei Modlin, Zwangorod und Warschau, in den finsternen Gefängnissen von Brest-Litowsk, Tomaszow, Cholm, Grubieszow, Wlodawa, Biala, Wilska und Sotolow schmachten Zehntausende von Soldaten und Internierten ukrainischer Nationalität, Opfer des alles nieder tretenden polnischen Imperialismus. In Warschau auf dem berühmtesten „Molotowski“ sind die ukrainischen Volksschullehrer aus Wolhynien, Polesien und dem Cholmerlande interniert. Diese Unglücklichen teilen ihre Zellen mit Schwerverbrechern und sind daselbst den schwersten physischen und seelischen Qualen ausgesetzt. Diese Gefängnisse wurden bisher von den Abgesandten der einzelnen, das Land besuchenden Rote Kreuzmissionen nicht inspiziert, weil die Polen diese Häftlinge vor den

Fremden als Bolschewiki bezeichnen und eine unmittelbare Berührung mit den Gefangenen verhindern. In diesen Gefängnissen befindet sich auch eine größere Anzahl höherer ukrainischer Beamten, die gleichfalls mit Schwerverbrechern eingekerkert, wegen der niedrigsten Vorwände mit der Prügelstrafe belegt werden, so der gewesene Gouverneur von Polesie und Cholm, Alexander Skoropusch-Nalutowski und der Delegierte des ukrainischen Ministerrates Schelest. Die Zahl der Internierten beträgt hier über 1200, darunter sämtliche Priester und Lehrer aus Polesie, Podlasie und Cholm. Außerdem befindet sich in der Zitadelle von Brest-Litowsk und in den Gefängnissen von Lemaszow, Cholm und Grubieszow Tausende ukrainischer Bauern, die dem Glauben ihrer Väter treu geblieben und die Weigerung, zur römisch-katholischen Kirche überzutreten, nurmehr mit schwerster Gefängnisstrafe büßen. Diese Gefängnisse sind geradezu das Grab für die Internierten, da Hunger und epidemische Krankheiten zahlreiche Opfer fordern.

Bei den Arretierungen und Verhaftungen sind die polnischen Legionäre und Gendarmen sofort mit der Konfiskation des Vermögens der Betroffenen vorgegangen. In Brest-Litowsk allein wurden Bauernwirtschaften im Werte von 15 Millionen konfisziert. Am 12. Februar 1919 haben polnische Soldaten in Kobry die Staatskasse erbrochen, den darin enthaltenen Betrag von 450 000 Rubel geraubt und nach Einäscherung des Dorfes die gefuchte ukrainische Intelligenz in der Zitadelle Modlin interniert. In besonders schrecklicher Weise wütheten die Polen in Brest-Litowsk. An den Raubzügen der polnischen Soldateska beteiligten sich auch polnische Offiziere. Das ukrainische Hab und Gut wurde vollständig ausgeraubt, die Ukrainer selbst in den Militärbaracken in Scheghpiorn bei Kalisz interniert. Am 16. März überfielen polnische Soldaten den Obmann des Cholmer Rettungskomitees Salikowski und raubten eine

Million Rubel öffentliches Geld. Dem griechisch-katholischen Pfarrer Nit wurden sogar die Priesterkleider weggenommen.

• Alle diese Raubzüge der polnischen Soldateska geschehen mit Wissen der höheren polnischen Kommandanten. Ja, es ist erwiesen, daß der polnische General Listowski den Befehl erteilt hat, alle ukrainischen Kulturdenkmäler einzuziehen und zu vernichten. Die einen unschätzbaren Wert besitzenden historischen ukrainischen Kirchengemälde, Kirchenbücher und Bibliotheken wurden konfisziert und verschleppt. 50 ukrainische Kirchen, die wegen ihrer bedeutenden ukrainischen Kulturdenkmäler historischen Wert besitzen, wurden von den Polen verbrannt, 500 andere ukrainische Kirchen wurden für den ukrainischen Bischof Kujanowski. Mit Stumpf Pfarrer und Mönche wurden interniert. Die berühmte Kathedrale von Cholm fiel der Konfiskation durch den polnischen Bischof Kujanowski. Mit Stumpf und Stiel wird alles Ukrainische ausgerottet, ja selbst Ortsnamen, die an die

ukrainische Geschichte anknüpfen, werden in polnische umgewandelt. In den Baracken und Gefängnissen Polens schmachten mehr als 100 000 ukrainische Soldaten. Es sind dies nicht nur Gefangene von der ostgalizischen und wolhynischen Front, sondern auch ukrainische Soldaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee, die je auf ihrer Rückkehr aus der Gefangenschaft polnisches Territorium öftrreten haben. In den Kasematten der Festung Modlin allein sind bisher über 10 000 ukrainische Soldaten an Hunger und epidemischen Krankheiten zu Grunde gegangen.

Die Ukrainer erheben vor der gesamten zivilisierten Welt gegen diesen Raub- und Mordzug des polnischen Imperialismus gegen das ukrainische Volk flammenden Protest und erwarten, daß das zivilisierte Europa diesen Verzweiflungsruf eines 40 Millionenvolkes hören und rasch und tatkräftig eingreifen wird.

(„Frankf. Ztg.“ vom 16. Juni Nr. 436.)

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Polens und Westpreukens

Nr. 18

Verantwortlich: Carl Georg Bruns
Schriftleitung: Bromberg, Belgienplatz 1 III
Fernruf Nr. 321

9. Juli 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Aus der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte. Eine bössartige Entstellung — Pressestimmen: 1. Deutsche Presse.
2. Polnische Presse — Kleine Nachrichten.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Aus der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte

Wir geben nachstehend den Teil der feindlichen Denkschrift, der sich auf die Ostmarken bezieht. Aktuelles Interesse bieten die Ausführungen nach der Unterzeichnung des Friedens ja nicht mehr. Aber wir dürfen nie vergessen, mit welcher Leichtfertigkeit in Versailles mit unserem Schicksal umgesprungen ist.

.....

Sektion VII

Polen

Bei der Behandlung des Problems der deutschen Ostgrenze müssen zwei Grundprinzipien festgestellt werden.

Das erste ist, daß die alliierten und assoziierten Mächte sich in besonderem Maße verpflichtet erachten, den von ihnen errungenen Sieg dazu zu benutzen, um der polnischen Nation die Unabhängigkeit wiederzugeben, deren sie vor mehr als einem Jahrhundert in ungerechter Weise beraubt worden ist. Dieser Raub war eine der größten Ungerechtigkeiten, welche die Geschichte verzeichnet, ein Verbrechen, das mit den von ihm hinterlassenen Erinnerungen und Folgen für lange Zeit das politische Leben eines großen Teiles des europäischen Kontinents vergiftet hat. Die Besignahme der Westprovinzen Polens ist für Preußen eines der wesentlichsten Mittel gewesen, durch welche es seine militärische Macht aufgebaut hat. Die Notwendigkeit, diese Provinzen streng unterworfen zu halten, hat erst das ganze politische Leben Preukens und später das Deutschlands verdorben.

Die erste Pflicht der Alliierten ist: die Wiedergutmachung dieser Ungerechtigkeit. Sie haben sich zu dieser Pflicht ohne Unterbrechung während des Krieges bekannt, selbst in den Tagen, in denen es manchem hätte scheinen können, daß die Aussicht auf den Enderfolg sehr entfernt war. Jetzt, nachdem der Sieg errungen ist, ist die Erreichung des Zieles, das man sich gesetzt hat, möglich. Die Wiederherstellung Polens war bereits freiwillig von der russischen Reichsregierung bewilligt worden. Ihre Verwirklichung ist durch den Zusammenbruch der Zentralmächte gesichert.

Das zweite Grundprinzip, das die Alliierten aufgestellt haben und zu dem sich Deutschland förmlich bekannt hat, lautet dahin, daß dem wiederhergestellten Polen diejenigen Gebiete wiedergegeben werden, die heute von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnt werden.

Das sind die Grundsätze, welche die Alliierten bei der Festsetzung der östlichen Grenzen Deutschlands geleitet haben; und auf ihnen bauen sich die Friedensbedingungen streng auf.

Posen und Westpreußen

In den wesentlichsten Teilen des alten Königreichs Polen, die in diesem Augenblick einen Teil der preussischen Provinzen Posen und Westpreußen bilden, ändert die Anwendung des zweiten Grundsatzes nur wesentlich die des ersten. Im Augenblick der Teilung waren diese Gebiete von einer polnischen Majorität bewohnt; mit Ausnahme einiger Städte und gewisser Bezirke, wo deutsche Kolonisten sich eingenistet hatten, war das Gebiet nach Sprache und Nationalgefühl vollkommen polnisch. Hätten die alliierten und assoziierten Mächte das Gesetz des historischen Rechts in all seiner Strenge angewandt, so wäre die Rückgabe fast dieser ganzen beiden Provinzen an Polen gerechtfertigt gewesen. In Wahrheit haben die alliierten und assoziierten Mächte dies nicht getan. Sie haben in wohlbedachter Absicht den auf das geschichtliche Recht gegründeten Anspruch unbeachtet gelassen, weil sie auch den Anschein der Ungerechtigkeit vermeiden wollten, und sie haben Deutschland die Gebiete überlassen, die im Westen an das deutsche Territorium angrenzen und in denen in unbestreitbarer Weise das deutsche Element überwiegt.

Außerhalb dieser Gebiete bestehen, dies ist richtig, gewisse oft weit von der deutschen Grenze entfernte Zonen, wie z. B. Bromberg, wo die Deutschen in der Mehrzahl sind. Es wäre unmöglich eine Grenze zu ziehen, die die umgebenden rein polnischen Gebiete zu Polen schließe und diese Zonen an Deutschland überließe. Die eine oder andere Partei muß zum Opfer bereit sein; wird dies Prinzip anerkannt, so ist kein Zweifel darüber möglich, welcher Partei das Vorzugsrecht zuzubilligen ist. So zahlreich die Deutschen in diesen Regionen sein mögen, die Zahl der Polen, die hier betroffen werden, ist ihnen überlegen. Diese Gebiete Deutschland überlassen, hieße die Majorität der Minorität opfern. Aberdies muß man sich die Methoden ins Gedächtnis zurufen, mit denen die Deutschen in gewissen Gebieten ihr Übergewicht erreicht haben. Die deutschen Kolonisten, die deutschen Einwanderer, die deutschen Bewohner sind nicht allein auf Grund natürlicher Ursachen gekommen. Ihre Anwesenheit ist die unmittelbare Folge der von der preussischen Staatsregierung befolgten Politik; die preussische Regierung hat ihre ungeheuren Hilfsmittel nutzbar gemacht, um die eingeborene Bevölkerung des Besitzes zu entsetzen und an ihre Stelle eine nach Sprache und Nationalität deutsche Bevölkerung hinzusetzen. Sie hat in dieser Weise zu handeln bis zum Vorabend des Krieges fortgesetzt, und zwar mit einer ausnehmenden Härte, die selbst in Deutschland Protestunabgebungen hervorgerufen hat. Wollte man zugeben, daß eine Politik dieser Art dauernde Rechte auf ein Land schaffen könne, so hieße das die flagrantesten Handlungen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung ermutigen und belohnen.

Um jede Möglichkeit von Ungerechtigkeiten auszuschalten, haben die Alliierten und assoziierten Mächte von neuem die westlichen Grenzen Polens sorgfältig geprüft; diese Prüfung hat gewisse einzelne Veränderungen zur Folge gehabt, die in der Absicht geschehen sind, in noch genauerer Weise die Grenze der Linie der ethnographischen Demarkation anzupassen. Diese Veränderungen werden im ganzen eine Verminderung der Zahl der an Polen kommenden Deutschen zur Folge haben. Insbesondere haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, sich streng an die geschichtliche Grenze zwischen Pommern und Westpreußen zu halten, so daß in dieser Gegend kein Teil Deutschlands, der außerhalb des alten Königreichs Polen gelegen wäre, an Polen gelangt. Es ist nicht sicher, daß diese Veränderungen in der Praxis Verbesserungen bedeuten werden. Es ist sogar möglich, daß die Tatsache einer genaueren Befolgung der Volksgrenze lokale Unbequemlichkeiten hervorruft.

Oberschlesien

Ein großer Teil der deutschen Antwort ist der ober-schlesischen Frage gewidmet. Es wird zugegeben, daß dieses Problem von dem Posener und dem westpreussischen

geteilt wurde, nicht diesem Staate angehörte. Man kann der Auffassung sein, sich unterscheidet, und zwar deswegen, weil Oberschlesien zu der Zeit, als Polen das Polen keinen rechtlichen Anspruch auf die Abtretung Oberschlesiens hat; aber feierlich muß erklärt werden, daß die Behauptung, es hätte keine Rechte darauf, die durch die Prinzipien Wilsons gestützt würden, nicht der Wahrheit entspricht. In den Bezirken, deren Abtretung in Frage steht, ist die Mehrheit der Bevölkerung unbestreitbar polnisch. Alle deutschen Spezialwerke, alle Schulhandbücher lehren die deutschen Kinder, daß die Bewohner nach Ursprung und Sprache Polen sind. Die alliierten und assoziierten Mächte hätten vollkommen die Grundsätze verlegt, zu denen die deutsche Regierung sich selbst bekannt hat, wenn sie nicht den Rechten der Polen auf dieses Gebiet Rechnung getragen hätten.

Die deutsche Regierung indes bestreitet jetzt diese Schlußfolgerungen. Sie weigert sich, die polnischen Bestrebungen der Bewohnerschaft anzuerkennen. Sie behauptet, daß die Trennung des Gebiets von Deutschland weder den Wünschen noch den Interessen der Bevölkerung entspricht. Unter diesen Bedingungen sind die alliierten und assoziierten Mächte geneigt, die Entscheidung der Frage denjenigen zu überlassen, die besonders davon betroffen werden. Sie haben demnach beschlossen, daß das Gebiet nicht unmittelbar an Polen abgetreten werden soll, sondern daß Maßnahmen getroffen werden, um dort ein Plebiszit stattfinden zu lassen.

Sie wären glücklich gewesen, hätten sie dieses Plebiszit vermeiden können, denn die Maßregel wird erst nach Verlauf einer beträchtlichen Zeit vorgenommen werden können; sie wird die zeitweilige Okkupation des Gebiets durch fremde Truppen notwendig machen. Um die volle Freiheit der Abstimmung zu sichern, wird die Schaffung einer unabhängigen Kommission (im französischen Text: Commission indépendante, im englischen Text: separate Commission) mit der Aufgabe, das Gebiet während der dem Plebiszit vorangehenden Zeit zu verwalten, erforderlich sein.

Überdies ist in der Absicht, es zu verhindern, daß Deutschland willkürlicherweise der für seine Industrie notwendigen Rohstoffe beraubt würde, dem Vertrage ein Artikel hinzugefügt worden, welcher bestimmt, daß die Mineralprodukte, einschließlich der Kohle, die in irgendeinem an Polen übertragenen Teile Oberschlesiens erzeugt werden, von Deutschland zu denselben Bedingungen wie von den Polen selbst gekauft werden können.

Um jeder Kritik, die sich auf die Folgen einer Gebietsübertragung an Polen bezieht, Rechnung zu tragen, machen die alliierten und assoziierten Regierungen, geleitet von dem Wunsche, Sicherungen hinsichtlich der Liquidation deutschen Eigentums zu schaffen, Vorschläge, deren Einzelheiten weiter unten bei den Bestimmungen, die sich auf Eigentum und Interessen beziehen, sich finden.

Die Wiederherstellung des polnischen Staates ist eine große geschichtliche Tat, die sich nicht vollziehen kann, ohne viel Beziehungen zu zerbrechen, ohne viel zeitweilige Schwierigkeiten zu verursachen und ohne eine größere Anzahl von Personen in Unruhe zu setzen, aber die alliierten und assoziierten Mächte haben es sich ganz besonders angelegen sein lassen, den Deutschen, die an Polen kommen sollen, ebenso wie allen anderen in Religion, Rasse oder Sprache sich ergebenden Minderheiten ernsthaften Schutz angedeihen zu lassen. Eine Klausel des Vertrages sichert ihnen Religionsfreiheit, das Recht des Gebrauchs ihrer Sprache und auch das Recht, ihre Kinder in ihrer eigenen Sprache erziehen zu lassen. Sie werden keinerlei Verfolgung kennen, die der ähnlich wäre, die die Polen von Seiten des preußischen Staates zu erdulden hatten.

Sektion IX

Ostpreußen

Die deutsche Reichsregierung erklärt, sie könne keinerlei Lösung annehmen, durch welche Ostpreußen vom übrigen Deutschland getrennt werde. Demgemäß ist es notwendig, daran zu erinnern, daß Ostpreußen mehrere Jahrhunderte hindurch tatsächlich so vollkommen für sich bestand, daß es bis 1866 in keinem Augenblick in Wahrheit als innerhalb der politischen Grenzen Deutschlands liegend angesehen wurde; die deutschen Geschichtsschreiber haben stets anerkannt, daß Ostpreußen kein Land deutschen Ursprungs ist, sondern eine deutsche Kolonie. Zweifellos wäre es für Deutschland bequem, daß dieses durch das deutsche Schwert eroberte und seinen Ureinwohnern entrissene Land in unmittelbarer Berührung mit dem wahren Deutschland bliebe, aber das, was für Deutschland erwünscht wäre, gibt keinen genügenden Grund ab, um die Fortsetzung der Zerreißung und Zerstückelung einer anderen Nation zu rechtfertigen. Aberdies sind die Interessen an einer Landverbindung mit Deutschland, die bei den an Zahl noch nicht zwei Millionen erreichenden deutschen Einwohnern Ostpreußens obwalten, nicht in demselben Maße vital wie das Interesse der ganzen polnischen Nation an der Erlangung eines direkten Zugangs zum Meere.

Der Handel Ostpreußens mit dem übrigen Deutschland vollzieht sich größtenteils über See. Für den Handel der Provinz wird es wenig bedeuten, daß Westpreußen an Polen zurückgegeben wird; aber für Polen ist es wesentlich, unmittelbare und ununterbrochene Verbindungen mit Danzig und der übrigen Küste zu haben, vermittelt Eisenbahnlinien, die ganz unter der Kontrolle des polnischen Staates stehen. Die Unbequemlichkeiten, die sich aus der neuen Grenzziehung für Ostpreußen ergeben, fallen nicht ins Gewicht, wenn man sie mit denen vergleicht, die jedes andere Arrangement für Polen verursachen würde.

Aberdies ist die Bedeutung des Schienenweges, der Ostpreußen mit Deutschland verbindet, vollkommen im Vertrage anerkannt worden, und es sind Bestimmungen zu diesem Zwecke in ihm aufgenommen worden. Diese Bestimmungen sind einer sehr sorgfältigen Revision unterzogen worden, und sie geben die vollkommenste Gewißheit, daß die Verbindungen durch das polnische Territorium auf keinerlei Hindernis treffen werden.

Es ist schwer, die Einwendungen zu begreifen, die von deutscher Seite gegen das Plebiszit erhoben werden, das in gewissen Gebieten Ostpreußens stattfinden soll. Nach allen Informationen gibt es in dem Gebiet von Allenstein eine beträchtliche polnische Majorität. Demgegenüber behauptet die deutsche Note, daß dieses Gebiet nicht von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnt sei, und sie deutet an, daß die Polen eine Trennung von Deutschland nicht wünschen. Gerade wegen der Zweifel, die möglicherweise in bezug auf die politischen Sympathien der Bewohnerschaft bestehen, haben die alliierten und assoziierten Mächte die Veranstaltung eines Plebiszits in diesem Gebiet beschlossen. Wo die Zugehörigkeit einer Bevölkerung nicht zweifelhaft ist, ist ein Plebiszit nicht vonnöten; wo Zweifel bestehen, drängt es sich auf. Man bemerkt mit Überraschung, daß die Deutschen in demselben Augenblick, wo sie sich zur Annahme des Grundsatzes der freien Verfügung der Bevölkerung bekennen, diejenigen Mittel verweigern, die die Anwendung dieses Grundsatzes in deutlichster Weise ermöglichen.

Sektion X

Memel

Die alliierten und assoziierten Mächte weigern sich, zuzugeben, daß die Abtretung des Gebietes von Memel dem Rationalitätenprinzip entgegengesetzt sei. Das fragliche Gebiet ist immer litauisch gewesen, die Mehrheit der Bevölkerung ist nach Ursprung und Sprache litauisch. Die Tatsache, daß die Stadt Memel selbst zu einem großen Teile deutsch ist, rechtfertigt in keiner Weise das Verbleiben des ganzen Gebietes unter deutscher Hoheit, insbesondere deswegen nicht, weil der Memeler Hafen Litauens einzigen Ausgang zur See darstellt.

Es ist beschlossen worden, daß Memel und das benachbarte Gebiet den alliierten und assoziierten Mächten überlassen werden, weil die staatliche Zugehörigkeit der litauischen Territorien noch nicht bestimmt ist.

Sektion XI!

Danzig

Die deutsche Note erklärt, daß die deutsche Reichsregierung „den Raub zurückweisen muß, der an Danzig begangen werden soll und den Anspruch auf das Verbleiben Danzigs und seiner Umgebung beim Deutschen Reiche aufrecht erhalten muß“. Eine solche Sprache beweist, so scheint es, eine gewisse Verleugnung der wirklichen Lage. Die für Danzig vorgeschlagene Lösung ist mit genauester Sorgfalt ausgearbeitet worden und wird den Charakter bestätigen, den die Stadt Danzig durch Jahrhunderte bis zu dem Tage gehabt hat, an welchem sie durch Gewalt und entgegen dem Willen ihrer Bewohner dem preussischen Staate einverleibt worden ist. Die Danziger Bevölkerung ist der großen Mehrzahl nach deutsch und ist dies seit langer Zeit gewesen. Eben aus diesem Grunde geht der Vorschlag nicht dahin, die Stadt dem polnischen Staate einzuverleiben. Aber als Danzig eine Hansestadt war, befand es sich wie viele andere Hansestädte außerhalb der politischen Grenzen Deutschlands und war mit Polen vereinigt, bei welchem Staate es jahrhundertlang weitgehender lokaler Unabhängigkeit und einer großen Handelsblüte sich erfreut hat. Es wird sich nun von neuem in einer Lage befinden, die der während so vieler Jahrhunderte von ihm eingenommenen ähnelt: Die wirtschaftlichen Interessen Danzigs und die Polens sind identisch. Danzig, der größte Weichselhafen, braucht vor allem enge Beziehungen zu Polen. Die Einverleibung Westpreußens mit Danzig in Deutschland hat Polen des direkten Zugangs zur See, auf den es ein Recht hatte, beraubt. Die alliierten und assoziierten Mächte schlagen vor, daß dieser direkte Zugang ihm zurückgegeben wird. Es genügt nicht, daß Polen das Recht erhält, sich deutscher Häfen zu bedienen. Von so geringer Ausdehnung der Teil der Küste, der polnisch ist, auch sein mag, er muß an Polen zurückgegeben werden. Polen verlangt, und zwar gerechterweise, daß die Verwaltung und Entwicklung desjenigen Hafens, der seinen einzigen Meerausgang darstellt, in seinen Händen sich befinden, und daß die Verbindungen zwischen diesem Hafen und Polen keiner fremden Kontrolle unterworfen werden, so daß unter diesem Gesichtspunkte, der für die nationale Existenz Polens einer der wichtigsten ist, der polnische Staat auf den Fuß der Gleichheit mit den anderen Staaten Europas gestellt wird.

Eine bössartige Entstellung

Die „Danziger Zeitung“ Nr. 289 vom 26. Juni bringt folgenden Bericht unter der Überschrift: „Die aktiven Unteroffiziere Danzigs gegen bewaffnete Sonderaktion im Osten. Mahnung zur Ruhe, Besonnenheit, Gehorsam und ordnungsmäßigen Räumung.“ Die Vereinigung aktiver Unteroffiziere der Garnison Danzig hatte zu gestern nachmittag im großen Saale der Sporthalle eine Vollversammlung der aktiven Unteroffiziere sämtlicher Danziger Formationen einberufen, die einen außerordentlich starken Besuch aufwies. Es sprachen zunächst die Vertreter der politischen Parteien, sowie ein Mitglied des

Ausschusses der Vereinigten Deutschen Volksräte und schließlich als Vertreter des Generalstabes des 17. Armeekorps Major Wagner. Die Stimmung der Versammlung wandte sich einmütig gegen jede bewaffnete Sonderaktion im Osten, die als heller Wahnsinn verurteilt wurde. Als Forderungen des Augenblicks wurden von dem Vertreter des Generalstabes bezeichnet: Ruhe, Würde, Gehorsam gegen die Regierung in Berlin, sowie peinlichste Ausführung aller Verpflichtungen, die das Reich anordne und befehle.

Über die mehr als dreistündigen Verhandlungen geht uns folgender Bericht zu:

Als erster Redner nach Eröffnung der Versammlung sprach das Mitglied der Rati-

onalversammlung Hermann Schulz-Elbing namens der mehrheitssozialistischen Partei. Redner führte aus:

Die Würfel sind gefallen. Die Nationalversammlung hat die Regierung beauftragt, die Friedensbedingungen der Entente zu unterschreiben. Die schwere Frage für den Osten sei jetzt: Was tun? Es gäbe ja leichtsinnige Stimmen, die dazu raten, hier im Osten auf eigene Faust vorzugehen und bewaffneten Widerstand zu leisten. Hiervor müsse man energisch warnen. Wir würden auf diese Weise in denselben Taumel hineingehen, wie im August 1914, aus dem wir so furchtbar ernüchtert herauskamen. Auch im August 1914 ist das deutsche Volk in eine Siedehitze hineingeheßt worden. Das sollte uns eine Lehre sein, und wir sollten uns hüten, uns wieder von gewissenlosen Hezern in einen derartigen chaubinistischen Taumel hineinhegen zu lassen. Es muß niedriger gehängt werden, wenn Geheimrat Kleinow-Bromberg in der „Täglichen Rundschau“ alle diejenigen, die den Friedensvertrag angenommen haben, als Lumpen bezeichnet. Im Westen und in Mitteldeutschland bis tief nach Ostdeutschland hinein sei die Stimmung für Unterschreiben gewesen. In Weimar seien Stöße und abermals Stöße von Telegrammen eingelaufen, in denen aufgefordert wurde: „Unterschreibt!“ Die Entente hat heute noch zehnmal soviel Truppen im Westen, als wir augenblicklich besitzen. Auch unsere eigene Generalität in Berlin hat von bewaffnetem Widerstand abgeraten, denn mit der heroischen Geste und Phrase sei es nicht getan. Man müsse den Tatsachen nüchtern ins Auge sehen.

In dem Augenblicke der Ratifikation des Vertrages müssen wir im Osten uns fügen. Andernfalls würde die Entente das als einen Bruch des Vertrages ansehen und einfach im Westen einmarschieren. Schon aus diesem Grunde sei es gegen die deutschen Brüder in der Republik geradezu ein Verbrechen, hier zu bewaffneten Sonderaktionen aufzureizen. Das Ende dieser Sonderaktion würde ein Ende mit Schrecken sein. Möge man dem deutschen Volke nicht vorreden, die Entente rücke nicht ein. Wir wissen es besser. Die Abgeordneten aus den besetzten Gebieten

haben uns die Wahrheit erzählt: die Entente hätte es lieber gesehen, wir hätten nicht unterschrieben, damit sie hätten einrücken können. Seien wir einig! Stellen wir uns hinter die Regierung! Verwerfen wir sämtliche Putzche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, denn genau wie 1914 würden auch jetzt die eigentlichen Hezer nicht kämpfen, sondern hinten in Sicherheit sitzen und andere für sich kämpfen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Neubauer gab im Namen der Zentrumspartei die Erklärung ab, daß seine Partei allezeit eine gut deutsche Partei bleiben und auch nach der Abtretung Westpreußens ihr Deutschtum nie verleugnen werde. Auch dieser Redner betonte, daß man sich mit den vollendeten Tatsachen abfinden und daher jeden bewaffneten Widerstand verurteilen müsse.

Herr Raube von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei unterstrich im wesentlichen die Ausführungen des Abgeordneten Schulz-Elbing. Er bezeichnete die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, hier im Osten einen neuen Krieg zu entfesseln, als eine Verantwortungslosigkeit sondergleichen und als ein Verbrechen am ganzen Volke. Der Plan des Geheimrats Kleinow, der auf die Ausrufung zweier Ostrepubliken hinging, war nicht nur ein grenzenloser Leichtsin, sondern verbrecherischer Hochverrat. Bei der Partei des Redners seien Hunderte von Briefen von Freiwilligenverbänden eingelaufen, die energisch gegen einen weiteren Kampf nach Friedensunterzeichnung protestierten. Die Truppe hätte die verdamnte Pflicht und Schuldbigkeit, die Maßnahmen der Regierung auszuführen, andernfalls sie die Volks- und Reichsinteressen empfindlich schädige. Redner verurteilte die Versenkung der deutschen Flotte in der Scapa Flow; diese sehr erhebliche Summe werde dem deutschen Volke natürlich angerechnet werden. Weiter wandte sich Redner scharf gegen die deutscherseits vorgekommenen Provokationen an der polnischen Demarkationslinie.

Als Vertreter der deutschen demokratischen Partei sprach deren Sekretär, Herr Miro. Er verurteilte den Gewaltfrieden und be-

merkte, daß die Mitglieder der Demokratischen Partei die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt hätten wegen der Undurchführbarkeit der Bedingungen. Trotzdem sei er überzeugt, daß den Mitgliedern der jetzigen Regierung, die die Verantwortung der Unterzeichnung auf sich genommen haben, in dieser Stunde das Herz schwerer gewesen sei als denen, die Nein gesagt hätten. Er sei der Meinung, daß es jetzt, nachdem wir vollendeten Tatsachen gegenüberstehen, keinen Zweck mehr habe, im Osten auf eigene Faust Sonderaktionen zu unternehmen. Wir würden mit der zertrümmerten Heeresmacht im Osten allein auf uns angewiesen sein. Wenn die Entente Danzig besetze, würden unsere Truppen vor sich die Polen und hinter sich die Entente haben. Der dann kommende Zusammenbruch sei mit der kühnsten Phantasie nicht auszumalen. Dann wäre das Deutschtum im Osten ganz und gar niedergeworfen. Statt unsere Kraft mit nutzlosen Putsch zu vergeuden, müssen wir in Zukunft darauf bedacht sein, das Deutschtum in den abgetretenen Gebieten zu erhalten und zu stärken. (Lebhafter Beifall.)

Sodann sprach als letzter Referent Herr Wittmeyer als Mitglied des Ausschusses der Vereinigten Deutschen Volksräte Ostpreußens, Westpreußens und des Regedistrikts. Er gab zunächst eine ausführliche Schilderung der Aufgaben, Zwecke und Ziele der Deutschen Volksratspolitik und erklärte, daß an verschiedenen Stellen Mißgriffe der Volksräte gemacht worden seien. Der Fehler sei gegangen, daß man die Volksräte nicht auf demokratischer Grundlage, sondern auf aristokratischer Basis organisiert habe. Das habe sich bitter gerächt. Man habe den Volksräten deshalb vorgeworfen, Förderer der Reaktion zu sein, und sie monarchistischer Putschversuche bezichtigt. Nur so hätte das Verückt entstehen können, daß die Volksräte im Osten eine Monarchie mit dem Herzog von Mecklenburg an der Spitze errichten wollten. Die Volksräte wollten allerdings, so führte Redner weiter aus, die Errichtung einer Ostrepublik, die nach einer Unterschrift des Friedensvertrages selbständig bewaffneten Widerstand leisten sollte. Heute stände man aber vor dem Zusammenbruche der Volks-

räte-Politik, denn alles sei wie ein Kartenhaus zusammengefallen. Da nach diesem Zusammenbruche keine Veranlassung mehr vorliege, die Pläne, die man ausführen wollte, zu verschweigen, könne er (Redner) hierüber folgendes mitteilen:

In der nördlichen Ostrepublik sollte Reichskommissar Winnig die Führung übernehmen, die Oberpräsidenten von Batocki und Schnaakenburg, sowie der stellvertretende Oberpräsident v. Bülow sollten eine Regierung auf demokratischer Grundlage bilden, die übrigen Behörden sollten weiterarbeiten, General v. Below sollte die militärische Leitung des Abschnittes übernehmen. Die Heerführer seien zugesichert, alles sei bereit gewesen, noch vor drei Tagen habe Below gesagt: „Ja, ich mache mit!“ Verpflegung und Löhnung für die Mannschaften war für drei Monate gesichert. In Weimar, bei der Besprechung der Generale, sei jedoch nun alles zusammengebrochen. Gröner habe sich zuerst freigemacht. Noske habe fünf Stunden lang gekämpft, bis er von zwei anderen so weit gebracht wurde, umzufallen. Diese beiden waren Erzberger und Hörsing. Letzterer habe im Geiste schon die Reaktion marschieren sehen, er habe Furcht gehabt, daß man den Spieß umdrehen und statt gegen Polen nach Berlin marschieren und den Kaiser auf den Thron setzen werde. Die vorige Regierung Scheidemann habe den Plan gehabt, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen und die Entente bis zur Elbe vormarschieren zu lassen. An der Elbe wollte man dann entschiedenen Widerstand leisten. Auch dieser Plan sei zerbrochen, alles infolge Eifersüchteleien zwischen hohen Regierungsstellen und Generalen. Wenn Danzig denke, mit der Entente und Polen ein Bombengeschäft zu machen, so werde es sich irren, denn Königsberg werde einen Freihafen errichten und Danzig Konkurrenz machen. Die Verhandlungen seien bereits angeknüpft.

Nachdem man in Berlin umgefallen sei, wären auch die Regierungspräsidenten und Landräte umgekippt; überall werde abgelassen. Batocki habe gesagt, das Militär müsse die Sache machen, das Militär habe aber gesagt, man müsse eine Regierung haben. Dies sei verhindert worden. Winnig sei nicht durch-

gedrungen, die Abgeordneten seien sogar daran verhindert worden, eine Kundgebung an die Bevölkerung zu erlassen. Below ist entlassen worden. Im letzten Augenblicke habe man jetzt noch den Versuch gemacht, mit den Polen zusammen einen Oststaat gründen zu wollen. Auf den Vorschlag der Deutschen Volksräte, sich mit den Polen in Posen zu verständigen, hätten die Polen geantwortet: „Das hättet Ihr vor zehn Jahren tun müssen.“ Am 25. Juni seien noch vier Herren im Kraftwagen nach Posen gefahren, um mit den Polen zu verhandeln. Es sei jedoch mehr als zweifelhaft, ob dabei etwas herauskomme. Im Süden der Provinz Westpreußen greife bereits der Bolschewismus um sich.

Der Redner schloß seine Ausführungen, die in der Versammlung das größte Aufsehen erregten, mit dem Hinweis darauf, daß er persönlich den Unteroffizieren keinen maßgebenden Rat geben könne. Er könne es nicht über sich bringen, zu sagen: Geht in das gewisse Elend oder in den Tod.

In der Aussprache brachten fünf Unteroffiziere ihre Meinung über das Für und Wider eines bewaffneten Widerstandes zum Ausdruck. Es herrschte die Meinung vor, sich hinter die Regierung zu stellen und keine Sonderaktionen zu unternehmen. Man dürfe sich nicht zu läbeltraffenden Komödianten machen und Phrasen schmieden, aus denen nachher nichts herauskomme.

Major Wagner vom Generalstabe des 17. Armeekorps bekannte sich zum Glauben an die Machtpolitik; ein Angriff auf Polen wäre die richtige Lösung gewesen. Jetzt bleibe natürlich nichts weiter übrig wie Gehorsam gegen die Regierung in Berlin. Zu warnen sei vor einer panikartigen Flucht aus den abgetretenen Gebieten. Zwischen den Generalstäben der deutschen und der polnischen Armee würden Räumungsfristen und Zonen vereinbart werden, und Sache der Truppe sei es, darüber zu wachen, daß diese Zonen ordnungsmäßig geräumt würden und die Polen nicht über sie hinaus vorstießen. Der Redner mahnte zur Ruhe, Würde, peinlichster Erfüllung aller Verpflichtungen, Anerkennung der Befehle höherer Kommandostellen und einer würdigen Haltung den Polen gegenüber.

Bezüglich der wirtschaftlichen Befürchtungen der Unteroffiziere betonte Herr Wittmeyer, daß man in der zu bildenden Ostrepublik im Falle eines erfolgreichen Vorgehens gegen Polen den Großgrundbesitz in Ost-, Westpreußen und Schlesien aufzuteilen gedachte, um Siedelungen für die Kriegsteilnehmer zu schaffen.

In seinem Schlußwort mahnte der Vorsitzende des Vereins und Leiter der Versammlung, Registrar Westermann, die Ruhe zu bewahren und den Friedensverpflichtungen nachzukommen. Man würde durch einen bewaffneten Widerstand, der Wahnsinn sei, durch eigene Schuld in Blut und Elend kommen und keiner würde später für die Unteroffiziere sorgen. Am 28. Juni werde in Berlin beim Reichsverbande eine Konferenz stattfinden, die sich mit den Maßnahmen betr. die Räumung des abzutretenden Gebietes durch die Unteroffiziersfamilien beschäftigen werde. Auf der Berliner Tagesordnung ständen die finanzielle Sicherstellung der Unteroffiziersfamilien, die zurückbleiben, die Sicherstellung des persönlichen Eigentums dieser Familien sowie die Bereitstellung von genügendem rollenden Material für die Räumung. Das Kriegsministerium habe sich bereits mit dem Eisenbahnministerium bezüglich der Zurverfügungstellung von ausreichendem rollenden Material in Verbindung gesetzt.

Mit einem Hinweis auf das heute nachmittag im Gutenberghain stattfindende Wohltätigkeitskonzert schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Dagegen wird festgestellt:

Herr Wittmeyer hat weder im Namen noch im Auftrage des Ausschusses der Volksräte gesprochen. Wir können nicht annehmen, daß Herrn Wittmeyers Ausführungen so lauteten, wie die „Danziger Zeitung“ berichtet hat, bemerken aber schon jetzt zu deren Bericht:

Die Deutschen Volksräte sind überall auf breiterer demokratischer Grundlage aufgebaut. Reaktionäre Strömungen haben sie stets nicht nur abgewiesen, sondern aufs schärfste bekämpft. Die berichtete Oststaatspolitik war nicht Politik der Deutschen Volksräte, sondern der früheren Regierung. Der Ausschuß der Deutschen Volksräte hat sich selbstverständlich

nach Angabe der Winnigschen Erklärung vom 14. Juni hinter diese gestellt. Irgendwelche anderen Erklärungen in dieser Richtung sind dem Ausschuß der Volksräte weder durch Herrn Winnig, noch durch die Herren von Below, von Batocki, von Bülow oder Schnaakenburg gegeben worden. Die Deutschen Volksräte haben zwar stets einen friedlichen Ausgleich mit den Polen erstrebt, es haben auch unverbindliche örtliche Besprechungen mit deutschen Mitbürgern polnischer Zunge stattgefunden, aber der Ausschuß der Deutschen Volksräte hat sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt.

Der Ausschuß der Deutschen Volksräte und des Heimatdienstes des Ostens.

J. A.: gez. Dr. Kaufmann.

Erklärung des Herrn Wittmeyer.

Oliva, den 27. Juni 1919.

An die Redaktion der „Danziger Zeitung“.

Im Verfolge meines Schreibens vom 26. Juni bitte ich, nachfolgende Berichtigung Ihrer Berichterstattung vom 26. Juni über meine Ausführungen vor dem Verein der aktiven Unteroffiziere aufnehmen zu wollen:

1. Ich habe nicht erklärt: Die Volksräte seien nicht auf demokratischer Grundlage, sondern auf aristokratischer Basis organisiert gewesen.

Ich habe vielmehr ausgeführt: Wir sind bei der Ausführung unserer Bestrebungen vielerlei Angriffen ausgesetzt gewesen, trotzdem wir auf rein demokratischer Basis ohne Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit usw. aufgebaut sind. Fehler kommen allerwärts vor, und wenn an einigen Stellen zuerst Volksräte auf aristokratischer Basis organisiert gewesen sind, so hat sich das bitter gerächt, denn trotzdem man diesen Fehler alsbald beseitigt hat, sind uns von nichtunterrichteten Leuten reaktionäre, ja, sogar monarchistische Bestrebungen angedichtet worden.

2. Ich habe nicht gesagt: Die Volksräte wollten allerdings die Errichtung einer Ostrepublik, die nach einer Unterschrift des Friedensvertrages selbständig bewaffneten Widerstand leisten sollte. Heute stände man aber vor dem Zusammenbruch der Volksratsrepublik, denn alles sei wie in einem Kartenhaus zusammengebrochen. Da nach

diesem Zusammenbruch keine Veranlassung mehr vorliege, die Pläne, die man ausführen wollte, zu verschweigen, könne er, Redner, hierüber folgendes mitteilen: In der nördlichen Republik sollten Reichskommissar Winnig, usw. bis noch vor drei Tagen habe Below gesagt: „Ja, ich mache mit.“

Ich habe hingegen ausgeführt: Unsere Bestrebungen, unsere mühevollen, monatelangen Arbeiten zur Erhaltung des Deutstums in den bedrohten Ostprovinzen sind von der Regierung nicht nur dauernd unterstützt, sondern weit überholt worden. So hat vor etwa vierzehn Tagen die Regierung durch den Mund des Reichskommissars Winnig erklären lassen, daß niemals unterschrieben und kein Fußbreit Land abgetreten werden würde. Besonders weise ich auf die letzten drei Absätze der Winnigschen Rundgebung hin, in welchen der Reichskommissar sagt, daß, falls diese Regierung durch eine andere ersetzt werden sollte, welche den Friedensvertrag unterschreibe, die Ostprovinzen mit der Waffe in der Hand sich wehren würden, um von hier aus das Deutsche Reich zu retten, und gelänge das nicht, die Ostprovinzen dem Deutschen Reich zu erhalten, und mißlänge auch dies, dann wenigstens in Ehren unterzugehen.

Auf dieser von der Regierung angegebenen Basis haben die Volksräte zur Rettung der Ostprovinzen gearbeitet, und es ist jetzt, nachdem die Friedensbedingungen bedingungslos angenommen sind, nicht der geringste Grund vorhanden, zu verschweigen, daß die Regierung schmähslich umgefallen ist.

Falls es zu einem bewaffneten Widerstand der Bevölkerung und der Truppen gegen die Polen gekommen wäre, dann hätten in diesem deutschen Oststaate die Oberpräsidenten der beteiligten Provinzen, Batocki, Schnaakenburg und Bülow, die politische Regierung behalten und unter dem Reichskommissar Winnig die Geschäfte weiterführen müssen.

Für die Kampfhandlungen hat man an einen Führer denken müssen, und so hatte man alle Hoffnungen auf den Kommandierenden des 17. Armeekorps, Erzellenz v. Below, gesetzt; dieser wird wohl noch vor drei Tagen bereit gewesen sein, die Führung

zu übernehmen, aber die Regierung ist soweit umgestimmt, daß sie Erzellenz v. Below den Abschied mit gesetzlicher Pension erteilt hat. (Ich bemerkte nachträglich hierzu, daß ich Erzellenz v. Below hiernach zu fragen gar keine Gelegenheit hatte und mithin von ihm auch die unterstellte Antwort nicht habe bekommen können.)

3. Ich habe nicht gesagt: Im letzten Augenblick habe man jetzt noch den Versuch gemacht, mit den Polen zusammen einen Oststaat gründen zu wollen. Auf den Vorschlag der Deutschen Volksräte, sich mit den Polen in Polen zu verständigen, hätten die Polen geantwortet: „Das hättet ihr vor zehn Jahren tun müssen.“ Am 25. Juni seien noch vier Herren im Kraftwagen nach Posen gefahren, um mit den Polen zu verhandeln, usw.

Gesagt habe ich vielmehr: Seit langer Zeit voraussehend, daß die Regierung ihr Unannehmbar doch nicht verwirklichen würde, hatten Mitglieder der Deutschen Volksräte mit führenden Polen Westpreußens unverbindlich verhandelt, um einen Ausgleich zu erzielen, und, statt unter Warschauer Regierung zu kommen, sich in einem demokratischen

Oststaate zu einen. Es ist aber in den polnischen Blättern immer wieder gesagt worden: „Vor zehn Jahren hättet ihr damit kommen müssen und keinen Galatismus treiben sollen!“ Trotzdem sind noch im letzten Augenblick westpreussische Polen an Volksratsmitglieder herangetreten, um unverbindlich mit ihnen zu verhandeln. So sind am 25. Juni vier deutsche Polen im Kraftwagen nach Posen gefahren, um mit dortigen Führern zu verhandeln.

Ich bemerkte noch, daß noch in vielen anderen Punkten Ihre Berichterstattung inhaltlich wie dem Sinne nach von meinen am 25. Juni gemachten Ausführungen abweicht und daher Vermutungen zuläßt, die aufkommen zu lassen ich weder berechtigt war noch beabsichtigt habe. Dieses zu betonen, bin ich um so mehr verpflichtet, als ich zwar Mitglied des Ausschusses der Volksräte bin, aber auf Wunsch einer privaten wirtschaftlichen Vereinigung, nämlich des Bundes der aktiven Unteroffiziere, meine persönliche Auffassung wiedergegeben habe.

Hochachtungsvoll

gez. Wittmeyer.

Pressestimmen

1. Deutsche Presse

„Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 27. Juni Nr. 302.

Die Kriegsbelastung Polens.

Besserstellung der strittigen Gebiete? Von polnischer Seite wird mit großem Nachdruck bei der Agitation für die Abstimmung zugunsten der Polen darauf hingewiesen, daß der Übergang an Polen aus wirtschaftlichen Gründen im dringenden Interesse der Bevölkerung liege.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die agitatorische Behauptung der Polen, sie bräuchten keine Kriegslasten zu tragen, nicht zutrifft. Zwar ist richtig, daß der Friedensvertrag, wie die Entente ihn uns vorgelegt hat, die Polen nur mit einem Anteil an der

vor dem Kriege vorhandenen Staatsschuld belastet. Es muß von deutscher Seite selbstverständlich mit allem Nachdruck verlangt werden, daß Polen für die abzutretenden Gebiete auch einen entsprechenden Anteil der deutschen Kriegsschulden übernimmt. Aber selbst wenn dies nicht gelingen sollte, wird Polen doch in erheblichem Maße durch Kriegslasten getroffen werden. Nach zuverlässigen Mitteilungen hat die französische Regierung an die Polen das Ansinnen gestellt, 25 Milliarden Franken Anteil an den französischen Kriegslasten zu übernehmen. Außerdem sollen die Polen dem Vernehmen nach auch einen wesentlichen Teil der russischen Schulden übernehmen, und zwar wird behauptet, daß es sich um 11 Milliarden Rubel handelt. Zu diesen Schulden kommen die nicht unerheblichen Kosten, die die Polen

aus ihrer gegenwärtigen Kriegstätigkeit an allen Fronten zu zahlen haben.

Neben diesen Lasten, die ohne weiteres vom kommenden polnischen Staat bei Friedensschluß schon zu tragen sind, kommen die großen Ausgaben in Betracht, die dem polnischen Staat bevorstehen, wenn er daran gehen muß, in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung den gegenwärtigen Tiefstand Kongreßpolens zu heben. Es ist bekannt, daß das Eisenbahnnetz und das Straßennetz in Kongreßpolen auf einer äußerst tiefen Stufe stehen. In kultureller Beziehung marßiert Polen mit 680 Analphabeten auf 1000 Einwohner so ziemlich an letzter Stelle in Europa. Das Volksschulwesen ist in Rußisch-Polen ganz außerordentlich gering entwickelt. Es entfallen dort auf 1000 Einwohner 86 Volks- und 4 Mittelschüler gegenüber 201 Volks- und 6 Mittelschülern in der Provinz Posen. Polen wird also auch in kultureller Beziehung vor ganz außerordentlich großen Aufgaben stehen und sehr beträchtliche Mittel anwenden müssen, wenn die Bevölkerung in Kongreßpolen auf die westeuropäische Kulturstufe gehoben werden soll.

Bei der Armut Kongreßpolens ist aber nicht daran zu denken, daß der Staat die Mittel für diese wirtschaftlichen und kulturellen Zwecke dort aufbringen kann. Der Träger der Last wird im Gegenteil überall der gegenüber Kongreßpolen hoch entwickelte aus dem bisherigen preußischen Gebiet stammende Teil sein. Die Milliardenschulden, die Polen zugunsten der gedachten Zwecke aufnehmen muß, werden also voraussichtlich auf den bisher preußischen Gebietsteilen ruhen, während die ganzen Vorteile der Aufwendungen naturgemäß Kongreßpolen zufallen werden. Während bisher die preußischen Provinzen Westpreußen und Posen in ausgesprochenem Grade Aufschußprovinzen waren und ganz überwiegend auf Kosten der übrigen Provinzen lebten, werden sie künftig umgekehrt die Steuerquellen für Kongreßpolen bilden.

2. Polnische Presse

„**Dziennik Berlinski**“ (Berlin) Nr. 136
vom 19. Juni 1919.

In den Zeitungen sind Informationen erschienen, die alle Anzeichen hal-

amtlicher Nachrichten tragen und die beabsichtigten Ernennungen von Vertretern der Republik im Auslande betreffen. Den überwiegenden Teil der genannten Namen bilden Fürsten und Grafen, die entweder mit dem polnischen Leben gar nicht verbunden sind oder doch bis vor kurzem noch tätig teilnahmen an einer Versammlungspolitik gegenüber den Teilmächten und an einer Bekämpfung der Unabhängigkeitsbestrebungen. An der Spitze jener Liste, als eventueller Botschafter in London, steht Eustachius Fürst Sapieha, welcher den oberettenähnlichen „Staatsstreich“ im Januar dieses Jahres vollführte, derselbe, welcher im Augenblicke, als die russischen Truppen Litauen besetzten, militärische Verschwörungen unter den Offizieren bildete, welche die Grenzen des Landes schützen sollten.

Eine derartige Zusammenstellung der ausländischen Vertretung der Republik wäre ein unerhörter Skandal, wäre eine Provokation der Arbeiterklasse und der ganzen polnischen Demokratie.

Angesichts des Vorstehenden und angesichts dessen, daß die Regierung vernachlässigt hat, die Landtagskommission für ausländische Angelegenheiten über eine derartig wichtige Angelegenheit ihrerseits zu informieren, fragen wir den Ministerrat hiermit an:

1. ob die Liste, welche in der Presse veröffentlicht wurde, den Tatsachen entspricht?

2. Wenn ja, ob die Regierung bereit sei, die Motive vor dem Landtag zu rechtfertigen und zu erklären, welche sie bei der Zusammenstellung einer derartigen merkwürdigen Liste von Personen der ausländischen Vertretungen Polens geleitet haben? . . .

„**Przegląd Indu**“ (Graudenz) Nr. 134
vom 27. Juni 1919.

Verhaftungen von Deutschen in Polen.

Aus Warschau berichtet ein Funktelegramm, daß die Polen 5000 in Polen ansässige Deutsche verhaftet haben. Es ist dies angeblich die Vergeltung für die zahlreichen

Verhaftungen von Polen und Geistlichen in Westpreußen und Schlesien, welchen man nicht nur kein Verbrechen, aber auch keinen Fehltritt vorwerfen kann. „Für einen Polen werden zehn Deutsche verhaftet werden.“ Dies hat seinerzeit die polnische Regierung bekannt gegeben.

„Gazeta Olsztynska“ (Allenstein) Nr. 75
vom 28. Juni 1919.

An erster Stelle bringt die Zeitung einen Aufruf, betitelt „Deutsche Mitbürger“ in deutscher Sprache, ähnlich dem, wie er bereits im „Dziennik Bydgoski“ und anderen Zeitungen erschienen ist.

Vollsabstimmung vor dem 1. Oktober.

Aus englischen Quellen wird mitgeteilt, daß die Angliederung derjenigen Ländereien, welche uns ohne Vollsabstimmung zuerkannt wurden, spätestens bis zum 15. September stattfinden wird. Die Vollsabstimmung dagegen im Ermland, Masovien, Ostpreußen, Oberschlesien soll am 1. Oktober erledigt sein.

Dann erst wird man nach gemeinsamer Beschlußfassung der Ententevertreter über die Demobilisierungsfrage sprechen können.

Wie bekannt, ist in den Friedensbedingungen die Zeit der Abstimmung nicht genannt worden.

Da erst gestern in Paris über die Grundlage der Vollsabstimmung verhandelt worden sein soll, so scheint es uns, daß vorstehende Mitteilung sehr unwahrscheinlich ist.

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 144
vom 26. Juni 1919.

Die Änderung der politischen Lage fordert von uns gleichfalls eine Änderung unserer Politik gegenüber der deutschen Bevölkerung. Die Unterlagen, auf welche unsere Politik sich bisher stützte, haben mit dem Augenblick der Annahme der Friedensbedingungen durch Deutschland aufgehört zu existieren. Bisher waren wir nämlich im Deutschen Reich eine regierte Bevölkerung, d. h. ein Objekt, an welchem die fremde Staatsmacht ihre Experimente ausführte. Von jetzt ab sollen wir ein Subjekt sein, d. h. ein Staat

und staatsbildender Faktor, dessen Aufgabe es sein wird, sich nicht nur um das Wohl unserer Stadt und Provinz, sondern auch des ganzen großen Reiches zu bemühen.

Die Deutschen haben uns gegenüber eine Politik geführt, welche wir heute nicht näher zu bezeichnen brauchen, weil sie bereits zur Vergangenheit gehört. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir infolge dieser Politik viel gelitten haben, andererseits ist es aber auch sicher, daß dieselbe für uns ihre guten Seiten hatte. Niemand anders, als die gegenpolnische Politik hat es zustande gebracht, daß wir heute eine sehr starke, innerlich zusammengeschlossene Allgemeinheit bilden, welche durch einen ganzen Abgrund einer Bedrückung von den Deutschen abgesondert ist. Sie hat es auch fertig gebracht, daß wir im Deutschtum nicht untergegangen sind, und daß unter den schwersten Bedingungen die breiten Massen des polnischen Volkes nationale Aufklärung und Geistesstärke erlängten. Das Reich konnte uns nicht verdauen.

Heute wissen wir, daß das preussische Reich, vom staatlichen Standpunkte aus gesehen, einen großen Fehler begangen hat, indem es uns unterdrückte. Wir wollen also aus den historischen Erfahrungen lernen und wollen nicht denselben Fehler wiederholen, und wir werden uns überzeugen, daß die deutsche Bevölkerung sich bald mit dem polnischen Staatsstum zufrieden geben wird.

Wir verlangen nicht und werden es von den Deutschen nie verlangen, daß sie Polen werden sollen. Eine derartige Forderung wäre unmoralisch. Wir haben einzig und allein das Recht, von ihnen zu fordern, daß sie loyale Bürger des Reiches sind, und außerdem können sie gute Deutsche bleiben.

Diese unsere Stellungnahme sollen die Deutschen kennen, damit die Unruhe um ihre Zukunft ihnen ihre Stellung während der Übergangszeit nicht schwert. Es ist dies übrigens nichts

Neues, denn auf der Basis der Prinzipien, welche während des Teilgebietslandtages in Posen beschlossen wurden, stehen alle polnischen Behörden. Die Deutschen sind jedoch zu wenig darüber informiert, denn ihre Zeitungen haben in dieser Hinsicht zu viel gesündigt.

Dies ist auch die Stellungnahme der Verwaltung des hiesigen polnischen Volksrates gegenüber der Verwaltung der „Deutschen Vereinigung“, und die gestrige Plenarversammlung des polnischen Volksrates hat einstimmig ihr Einverständnis mit derselben erklärt.

Auf dieser Grundlage ist eine gegenseitige Verständigung möglich, welche uns Blutvergießen ersparen wird, das schon in Aussicht stand. Das Vermeiden einer blutigen Auseinandersetzung ist ebenso im politischen wie im deutschen Interesse erwünscht, denn was heute den Polen bezeugen würde, das würde sich morgen gewiß an den Deutschen rächen. Das gemeinsame Zusammenleben würde gewiß für lange Jahre unmöglich gemacht werden, und dadurch würde am meisten die deutsche Bevölkerung leiden, indirekt aber auch das Interesse des jungen Staatengebildes.

Eine Verständigung liegt also im Interesse beider Parteien. Das wird von den Deutschen anerkannt, wenn auch mit schwerem Herzen, was übrigens verständlich ist. Den Beweis ihres guten Willens werden sie uns geben, wenn sie die Aufseher zum Schweigen bringen, welche nicht aufhören zu träumen von einem bewaffneten Widerstand und Blutvergießen. Unsererseits fehlt es nicht an gutem Willen.

In der Aula der Knabenmittelschule hat gestern eine Volksversammlung stattgefunden, die von der Deutschen Vereinigung einberufen worden war. Die einzelnen Redner, wie Kleinow, Jahn und andere, besprachen die jetzige Lage und forderten in ruhiger Weise zur Vernunft auf. Ein Teil der Versammelten gab

deutlich seine Unzufriedenheit mit einer derartigen Stellungnahme der Führer zu erkennen.

(Soweit der „Dziennik Bydgoski“. Man möchte nur wünschen, daß die in dem vorstehenden Aufsatz vertretene Meinung in weitesten polnischen Kreisen zum Durchbruch kommt und von den vernünftigeren Elementen des polnischen Volkes mit starker Ehrlichkeit auch gegen diejenigen vertreten wird, die aus innerstem chauvinistischen Eries, in wildem Siegestaumel, alles deutsche Wesen mit Gewalt ausrotten möchten. Der Wille zur Verständigung ist bei den Deutschen in der Ostmark vorhanden, er kann aber nur dann zur segensreichen Auswirkung kommen, wenn der Unterdrückungs- und sogenannten Vergeltungspolitik der polnischen Regierung und ihrer unteren Organe gegenüber den Deutschen in Kongresspolen und Posen unverzüglich Einhalt getan wird. Solange die Maßnahmen der polnischen Behörden in so scharfem Widerspruch stehen mit den vielangewendeten Versprechungen von Gerechtigkeit und Duldsamkeit, werden die Deutschen in der Ostmark ein allertiefstes Mißtrauen nicht überwinden. Den Schaden, der dadurch entsteht, daß die als Staatsbürger zweiter Klasse behandelten Deutschen sich widerwillig in die neuen Verhältnisse einfügen und ihre wertvollsten Kräfte in der Absonderung für sich behalten, trägt der Staat. Möge der „Dziennik Bydgoski“ an seinem neugewonnenen Standpunkte festhalten, er wird auf diese Weise mehr erreichen als die Anhänger der Gewalt.)

* * *

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 145
vom 27. Juni.

Unbegründete Gerüchte.

In der Stadt kreisen Gerüchte, daß Verhandlungen zwischen den Polen und Deutschen in Sachen der Bildung einer Ostrepublik aus unseren Gebieten nach einem deutschen Plane stattfinden. Diese Gerüchte haben nicht die kleinste Unterlage, kein Pole wird zu einer solchen Kombination seine Hand reichen, am allerwenigsten aber der polnische Volksrat.

* * *

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 146
vom 28. Juni 1919.

Unter dem Titel

„Polnisch-deutsche Verständigung in Thorn“
bringt die Zeitung die diesbezügliche Mit-
teilung aus der „Gazeta Torunsta“ und
sagt dazu:

Wie wir sehen, haben die Verhandlungen
in Thorn bereits ein gewisses Resultat ge-
zeitigt. Bei uns in Bromberg geht diese
Angelegenheit nicht so glatt vor sich, was
teilweise auch daraus folgt, daß die Ver-
hältnisse hier mehr gespannt sind.

Es erschweren auch die Verständigung,
welche wenigstens für die Übergangszeit eine
sehr wichtige Bedeutung haben könnten, ge-
wisse Leute, welche unkluge Klatschereien
verbreiten, als ob der polnische Volksrat
mit den Deutschen ein Teufelsmischel im
Sinne einer „Diktirepublik“ habe, ferner be-
züglich der Ernennung oder auch Belassung
der Beamten usw. Es sind das alles grund-
lose Klatschereien, welche erfunden worden
sind von Leuten, die keine andere Beschäfti-
gung haben. Der polnische Volksrat, wenn
er sich überhaupt in Verhandlungen mit den
Vertretern der „Deutschen Vereinigung“ ein-
gelassen hat, hat es nur deshalb getan, daß
unserer Stadt blutige Abenteuer erspart
bleiben. Übrigens ist nicht nur die Ver-
waltung, sondern auch der ganze polnische
Volksrat in dieser Sache einig, wie sich das
auf der Plenarsitzung am Dienstag ge-
zeigt hat.

Wir warnen dringend vor Klatschereien
und Klatschern, welche unserer Sache nur
schaden können.

„Gazeta Torunsta“ (Thorn) Nr. 144
vom 29. Juni 1919.

Eine Delegation aus Thorn in Posen.

Die Thorer Deutschen haben sich durch
Vermittlung ihres „Volksrates“ an den
polnischen Volksrat in Thorn in Sachen des
weiteren Zusammenlebens der Einwohner
beider Nationalitäten gewandt. Die Polen
antworteten, daß sie auf eigene Hand keine
Verhandlungen führen können. Man wurde
einig, daß mit Genehmigung der polnischen
Behörden in Posen und in Danzig, an die
man sich wandte, am Sonnabend früh eine
Abordnung von Thorn nach Posen reiste. Von
polnischer Seite sind mitgefahren die Herren
Szumann, Kosiński und Dr. Dandelski aus
Thorn, deutscherseits der Oberforstrat Loewe
und der Domänenpächter Hahbach.

Das Resultat ist abzuwarten.

* * *

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 147
vom 29. Juni 1919.

Nach Posen ist heute eine polnisch-deutsche
Kommission gereist, um die Fragen zu be-
sprechen, welche aus der Änderung der Lage
unserer Gebiete entstehen. Von polnischer
Seite gehören zu dieser Kommission die
Herren Dr. Wigiel, A. Czarnedi, Szumann
aus Korolewo und J. Tesla, deutscherseits
die Herren Dr. Pfeiler (Deutsche Vereinigung)
und Wolff (Vorsitzender des Kartells
sozialistischer Vereinigungen). Die Kommission
hat mit einem Auto die Front passiert
mit spezieller Genehmigung der Militär-
behörden.

Kleine Nachrichten

Ein Aufruf der Reichsregierung

An das deutsche Volk!

Die Reichsregierung hat mit der Zu-
stimmung der Nationalversammlung er-
klärt, den Friedensvertrag zu unterschreiben,
schwersten Herzens, unter dem Druck der

rücksichtslosesten Gewalt, nur in dem einen
Gedanken, unserem wehrlosen Volke neue
Kriegsopfer und Hungerqualen zu ersparen.

Der Friede ist geschlossen! Nun wahrt
und sichert den Frieden! Das erste Er-
fordernis ist: Vertragserfüllung!

Jede Anstrengung muß an die Erfüllung dieses Vertrages gesetzt werden; soweit er ausführbar ist, muß er ausgeführt werden! Nimmer werden wir derer vergessen, denen die Abtretung droht. Sie sind Fleisch von unserem Fleisch. Wir werden für sie eintreten, wo wir können, wie für uns selbst. Aus dem Staatsverband können sie gerissen werden, aber nicht aus unserem Herzen.

Das zweite Erfordernis ist Arbeit!

Die Lasten dieses Friedens können wir nur tragen, wenn keine Hand müßig ist. Für jede nicht erfüllte Leistung können die Gegner mit Vormarsch oder Blockade antworten. Wer arbeitet, verteidigt den heimischen Boden.

Das dritte Erfordernis heißt: Pflichttreue!

Wie wir trotz aller Gewissensnot auf dem Posten geblieben sind, so muß es jeder einzelne machen! Der Soldat, und zwar Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, der Beamte, jeder muß um des Ganzen willen seiner Pflicht treu bleiben, auch in diesen bösesten aller bösen Tagen. Man zwingt uns, Deutsche an feindliche Gerichte auszuliefern. Wir haben uns bis zum Äußersten dagegen gewehrt. Für die tiefe Erbitterung unserer braven Truppen haben wir volles Verständnis. Aber wenn nicht Offizier und Mann jetzt noch fester für innere Ordnung eintreten helfen, so liefern wir nicht nur ein paar Hundert, sondern Millionen von Landsleuten aus und zwar der Okkupation, der Annexion, dem Terror! Deutschland muß lebensfähig bleiben. Ohne innere Ordnung keine Arbeit! Ohne Arbeit keine Vertragserfüllung! Ohne Vertragserfüllung keinen Frieden, sondern Wiederaufnahme des Krieges!

Wenn wir nicht alle mithelfen, ist die Unterschrift unter dem Vertrage wertlos, dann kann es keine Erleichterungen, keine Revisionen und kein schließliches Abtragen der ungeheuerlichen Lasten geben. Was heute an Tagen versäumt wird, kann unsere Kinder Jahre der Knechtung kosten. Von heute müssen Volk und Regierung an die Arbeit gehen. Es darf keine Pause geben und kein Weisheitestehen. Es gibt nur einen Ausweg aus der Finsternis dieses Vertrages:

Erhaltung von Reich und Volk durch Einigkeit und Arbeit.

Helft uns dazu, Männer und Frauen!

Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung:

Bauer. Erzberger. Hermann Müller.

Dr. David. Dr. Mayer. Bissell. Robert Schmidt. Noske. Giesberts. Dr. Bell. Schlöde.

Deutscher Protest gegen polnische Willkür

Berlin, 28. Juni. Da die Polen fortfahren, deutsche Männer und neuerdings sogar Frauen zu internieren, wurde von seiten der Waffenstillstandskommission in Berlin an den französischen General Dupont folgendes Schreiben gerichtet:

„Im Anschluß an die Note vom 27. Juni, worin ich mitteilte, daß nach zahlreichen hier eingelaufenen, aus zuverlässiger Quelle stammenden Nachrichten die Polen alle deutschen Männer über hiebzehn Jahre interniert und verschleppt haben, beehre ich mich, Eurer Excellenz im Auftrage des Reichsministers Erzberger noch folgendes zur Kenntnis zu bringen: Die Internierung der Deutschen in Polen soll sich nicht nur auf die Männer, sondern sogar auch auf die Frauen erstrecken. Einige davon betroffene, sehr bekannte Persönlichkeiten wurden der Waffenstillstandskommission bereits namentlich genannt. In Brest-Litowsk, Nowel und Nowo Georgiewsk wurden Konzentrationslager hierfür vorbereitet. Die preußische Regierung wandte sich in einem Funkspruch an den Obersten Polnischen Volksrat mit der Mitteilung, daß sie sich genötigt sehen wird, zum Schutze der Deutschen gegen weitere Gewalttätigkeiten zu Maßnahmen zu schreiten, die die polnische Bevölkerung auf preußischem Gebiete hart betreffen müssen, wenn nicht von seiten des Obersten Polnischen Volksrats binnen drei Tagen eine befriedigende Aufklärung erfolgt. Die begreiflicherweise schon ohnehin verzweifelte Stimmung der deutschen Bevölkerung hat sich zur Siedehitze gesteigert, und alle Beruhigungsversuche der deutschen Regierung müssen an einer solchen Grausamkeit und Willkür der Polen illusorisch werden.“

Die deutsche Regierung steht sich daher veranlaßt, gegen diese jeder Menschlichkeit hohnsprechende Willkür schärfsten Protest zu erheben. Sie würde sich, falls die Polen die verschleppten Deutschen nicht umgehend in die Heimat zurückführen sollten, genötigt sehen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Ehe jedoch die deutsche Regierung diesen Schritt unternimmt, wäre ich Eurer Exzellenz dankbar, wenn Sie mir baldmöglichst Aufschluß über das Obenerwähnte zukommen ließen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn es dem Einfluß Eurer Exzellenz gelänge, die Polen von ihrem verwerflichen Vorgehen abzubringen, um so bedauerndwerten Vorkommnissen vorzubeugen. Im Auftrage des Reichsministers Erzberger darf ich Eure Exzellenz um beschleunigte Mittheilung ersuchen.

Genehmigen Eure Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) von Brentano.

Eine polnische Toleranzverpflichtung

Der Bevollmächtigte Polens, Paderewski, wurde gestern vom Biererrat empfangen und unterzeichnete ein Schriftstück, das Polen zur Anerkennung der konfessionellen Gleichberechtigung seiner Bewohner sowohl hinsichtlich des Kultus wie auch des Unterrichts verpflichtet. Es kommt hier vor allen Dingen der von Wilson geforderte Schutz der jüdischen Rasse in Betracht.

„Dtsh. Allg. Ztg.“ vom 30. Juni Nr. 300.

Rücktritt des Oberpräsidenten von Westpreußen. Der erst seit wenigen Wochen im Amte befindliche Oberpräsident von Westpreußen, der frühere Altonaer Oberbürgermeister Schnackenburg, hat sein Amt niedergelegt. Gestern nachmittag wurde in Danzig folgende Aufforderung des Oberpräsidenten veröffentlicht:

Westpreußen! Als ich mein Amt übernahm, war ich der festen Überzeugung, daß der uns angebotene Schmachfriede die gebührende Ablehnung erfahren würde, daß nimmermehr unser gut deutsches Land den Polen ausgeliefert werde. Ich hoffte, nach Ablehnung gemeinsam mit euch mein Bestes und Letztes hergeben zu können, um Westpreußen vor dem Schlimmsten zu bewahren. Die Annahme des Friedensangebotes und damit die Aufgabe des größten Teiles der Provinz stellen mich vor die Pflicht, eine Politik der Staatsregierung zu vertreten, zu der ich im entschiedensten Gegensatz stehe, um bei der Auslieferung meiner Heimat mitzuwirken. Das kann und will ich nicht. Ich habe daher der Staatsregierung den Rücktritt von meinem Amte erklärt, werde jedoch auf meinem Posten ausharren, solange es mir irgend möglich ist. Ich rufe euch zu: Glaubt trotzdem alle fest an eure Zukunft. Das ungeheure Unrecht, das euch jetzt angetan wird, kann unmöglich Bestand haben.“

„Germania“ Nr. 282 vom 25. Juni.

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 19

Verantwortlich: **Carl Georg Bruns**
Schriftleitung: **Bromberg, Belgienplatz 1 III**
Fernruf Nr. 321

16. Juli 1919

Inhalt: Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: 1. Deutsche Presse. 2. Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.

Aus den Deutschen Volksräten

Um Wendepunkt

Eine denkwürdige Versammlung der deutschen Vereinigung zu Bromberg.

Eine von der deutschen Vereinigung für Dienstag, den 24. Juni, einberufene Versammlung fand wegen des starken Besuches im Hofe der Knaben-Mittelschule statt und gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung des Bromberger Deutschtums. Die ernststen Sorgen der Stunde hatten tausende deutscher Männer und Frauen herbeigeführt, um aus dem Munde des Führers und Obmannes der Deutschen Volksratsbewegung in Posen, Westpreußen und Ostpreußen, Geheimrat Kleinow zu vernehmen, was unter der veränderten Sachlage zu tun ist, um Heimat und Volkstum vor der drohenden Gefahr zu retten. Geheimrat Kleinow führte ungefähr folgendes aus:

„Ich weiß nicht, ob ich noch oft, ob ich überhaupt noch einmal Gelegenheit haben werde, hier vor Deutschen zu sprechen. Das Schicksal hat es gewollt, daß die deutsche Regierung, oder wir wollen lieber sagen, jene Männer, die sich diesen Namen anmaßen (stürmische Zustimmung), einen Frieden abgeschlossen haben, der uns in Knechtschaft führt. In uns allen bäumt sich das Beste, was wir in uns tragen, dagegen auf. Alle heiligen Gefühle der Liebe zur Heimat und zu unserem Volkstum, zu unseren glorreichen Eltern, und unsere Gefühle für unsere Kinder und Kindesfinder suchen uns zu übermächtigen, und doch wird heute von uns mehr wie

Mitteilungen

jemals im politischen Leben ein kühles Herz, ein klarer Verstand gefordert. Wir sind am Rande der Verzweiflung. Das ist die Stimmung, die mir aus der ganzen Provinz Posen, aus Westpreußen und von überall her aus den Kreisen entgegenschallt, die sich in der Deutschen Vereinigung, in den Deutschen Volksräten gesammelt haben, um das Deutschtum im Osten, wenn es geht, vor der Katastrophe zu retten, aber auch gesammelt, um, wenn die Katastrophe eintritt, ein Fels zu sein, an dem die polnische Flut sich bricht; wenigstens kulturell wollen wir unser Deutschtum auch unter den veränderten ungünstigen Verhältnissen erhalten. (Zustimmung.) Wir haben zu entscheiden, wir allein, ob wir noch einmal zu den Waffen greifen müssen. (Rufe: ja, ja!) Wir wollen über die Fragen sprechen, die als ruhige, kühle Männer und Frauen, über das Schicksal jedes einzelnen und des deutschen Volkes hier entscheiden, wir wollen mit kühlem Herzen das anhören, was ich Ihnen zu sagen habe. Lassen Sie mich aussprechen: es sind ernste und schwere Gedanken, die alle Überlegenheit und moralische Kraft erfordern.

Geheimrat Kleinow zeichnete dann in kurzen Strichen die Entwicklung seit der November-Revolution: das Wert der Zerstörung des Heeres durch die Männer, die sich zu Regierungsmännern aufwarfen, das erste Preisgeben und den Verrat Posens, die Bemühungen zum Aufbau einer neuen Armee, Koslos Aufforderung zur Verteidigung, des Mannes, der jetzt mit unterdrückt hat.

Da schien es, als ob die Regierung hier die Stimmung des deutschen Volkes unterstützte. Der Redner wies hin auf die oft von ihm betonte Notwendigkeit einer Armee, wenn wir hier Ordnung und Selbstbestimmung haben wollen — eines pflichtbewußten Offizierkorps, pflichtbewußter Mannschaften und Unteroffiziere. Mit großer Sorgfalt hätten sich diese alle an das schwere Werk gemacht. „Wir haben heute eine große Armee hier im Osten, die bereit ist, auch heute noch unser Vaterland und unsere Heimat zu verteidigen (Bravo!), und die Regierung dankt in diesem schwersten Augenblick ab. Hinter der Kulisse kamen die Männer hervor, die bisher gehindert haben, zu tun, was wir konnten. Und nun fühlen wir uns verraten und verkauft. Zuerst durch gewisse Gewerkschaftsführer der Sozialdemokratie, heute durch die Minister aus der Sozialdemokratie, die uns alle in allen Volksschichten preisgeben einem Feinde, von dem wir nur wissen können, daß er heute in einem gewaltigen Siegesbrausch die Früchte seines Sieges auch ernten will. In dieser Stunde tritt die Frage an uns heran, ob wir heute noch irgend einen Zusammenhang mit dieser Regierung haben. (Stürmische Rufe: Nein, nein!) Auch ich sage: Wir haben mit den Männern in Berlin, die uns in diese Stunde geführt haben, keine Gemeinschaft! (Nochmals Zurufe: Nein, nein!) Die Deutsche Vereinigung, gebildet und darauf hin arbeitend, daß die Selbstbestimmung in der Provinz gewahrt bleibe, umfaßt heute über 2 Millionen Männer in Ost- und Westpreußen und im Regedistrikt, und ihre Organe sind die Deutschen Volksräte. Und nun sollen wir entscheiden. Als ich vor acht Tagen hier in Bromberg den Gedanken erörterte, daß wir unter Umständen gesagt sein müßten, unsere eigenen Wege zu gehen, und für unser Deutschtum zu retten, was zu retten ist, da wurde in Weimar beschlossen, mich als Landesverräter zu verhaften (Pfeifrufe), beschlossen von denselben Leuten, die unser Vaterland so schmählich verraten haben. Ich bin nicht verhaftet worden, es haben sich Männer gefunden, die dagegen protestierten. (Bravo!) Es handelt sich darum, über unser Geschick, unser eigenes und das unserer Kinder zu entscheiden. In

Danzig tagen heute und morgen Männer, um die Bildung einer Gemeinschaft im Osten durchzuführen und Freunde von uns haben Fühlung genommen mit den polnischen Landesleuten, um einen friedlichen Weg für die Zukunft zu finden. Ob es gelingen wird oder nicht, wir müssen heute alle Wege, die noch da sind, versuchen und betreten, um das Deutschtum, um unsere Heimat vor Verwüstung, Untergang, Vernichtung und bössiger Auslieferung an die polnische Nationalität zu retten. Das ist die Lage. Und nun, in dieser Lage, haben wir hier eine gewaltige Kraft angesammelt: die Armee, die mit allem Enthusiasmus, mit aller Liebe und Blut zu den Waffen greifen möchte, um doch noch den Frieden zu korrigieren, der uns zugebracht ist. Wenn die ungeheure Kraft, die in dieser Armee heute liegt, nicht genutzt wird, muß sie sich einen Ausweg suchen, der sich in die nächste Umgebung richtet, und wahllos, ziellos und planlos um sich greift. (Volkschwismus! Sehr richtig!) Die Regierung in Berlin hat keine Autorität in dieser Armee. So haben wir auf der einen Seite ein zusammenbrechendes Regierungssystem, auf der anderen eine kraftvolle Armee und auf der dritten den Feind, der uns heute noch die Hand bieten kann, um das Vaterland, die engere Heimat vor dem Äußersten zu bewahren. Nur ein Staatswesen, das geeignet ist, die nationalen Kräfte und vor allen Dingen die Kräfte der Armee hinzusetzen an den Ort, wo es richtig ist, kann uns heute halten (sehr richtig!), und dieses Staatswesen kann bei dem Zustande, in dem sich heute die Berliner Regierung befindet, leider das Deutsche Reich nicht sein. Wir können in dieser Lage im Osten nur zusammen mit den Polen ein Staatswesen bilden, das die Kräfte beider Nationalitäten für das Wohl der Gesamtheit und jedes einzelnen von uns verwerten kann. Das ist der Weisheit letzter Schluß nach der Arbeit, die wir geleistet haben.“

Geheimrat Tietnow ging dann des näheren darauf ein, wie sich ein friedliches Verhältnis zu und mit den Polen herstellen ließe: Achtung unseres Selbstbestimmungsrechtes, kulturelle Freiheit, Gleichberechtigung in der Regierung, gemeinschaftliche Entscheidung über die Geschicke der Provinz.

Die Entscheidung darüber muß bald fallen. Für diese Zeit fordert er Besonnenheit und Ruhe und absolute Gefolgschaft hinter der Parole, die von den Führern gegeben wird, um das Furchtbarste, das uns winkt, abzuwenden. Dieselbe Aufforderung richtet er auch an das Militär: Disziplin halten in dieser Stunde, sich nicht von Gefühlen hinreißen lassen, auf die Parole warten. Und diese Parole wird die sein, die besonnene Männer, die bewiesen haben, daß sie keine Feiglinge sind, für richtig halten. Gewehr bei Fuß ist jetzt das Gebot. Der Redner warnte vor falschen Berichten über polnische Angriffe. Wenn der Pole angreift und den Krieg haben will, dann werden wir uns zur Wehr zu setzen wissen. (Bravo!) Aber in diesen Tagen hat er nicht angegriffen. Tut er es, dann bekommen wir den Befehl zum Gegenangriff. In den weiteren Ausführungen beschäftigte sich Geheimrat Kleinow dann mit der Gegnerchaft der Gewerkschaftsführer und stellte der Parteiorganisation die nationale Organisation gegenüber, die auch den Respekt und die Achtung der polnischen Landsleute herausfordern werde. Damit könne der Weg zum gemeinsamen Wiederaufbau gefunden werden, die Überbrückung der Gegensätze, der Weg zu friedlicher Arbeit, zu einem geordneten Rechtsstaat. „Wir sind Deutsche, preisgegeben von der deutschen Regierung und dem Parlament, so gezwungen, an uns selbst zu denken, an unsere Zukunft, und alle Mittel anzuwenden, um uns zu erhalten und nicht in dem Dreck zu erlaufen, in den uns die Regierung und ihre Männer hineingebracht haben. (Lebhafte Zustimmung.) 4 Millionen Deutsche sollen in den polnischen Staat übergeführt werden, aber 4 Millionen Deutsche lassen sich nicht ohne weiteres von der Erde vertilgen, es sei denn, daß sie sich selber verscharren.“ Mit der nochmaligen Aufforderung, die Parole der nächsten Tage abzuwarten und zu arbeiten und nicht zu verzweifeln, schloß der Redner unter lebhaftem Beifall.

Aus den Ausführungen der nachfolgenden Redner Dr. Jahn, Oberlt. Heibels, Abg. Streß (Rasomowo), Dr. Hille und anderen und den wiederholten stürmischen Beifallstundgebungen der Versammelten ging unzwei-

deutig hervor, daß Geheimrat Kleinow durch seine besonnene Haltung in den letzten Monaten und auch in dieser Stunde ernstester Gefahren die Masse der Ostmark-Deutschen hinter sich hat. Es war ein feierlicher Augenblick als einer der Redner den Führern der Volksratsbewegung das Vertrauen der deutschen Ostmark aussprach und im Namen der Versammelten gelobte, ihnen zu folgen, komme, was da wolle. Ihren Ausklang fand die Versammlung durch die Annahme folgender Entschließung:

Eine nach Tausenden zählende Versammlung deutscher Männer und Frauen aller Schichten der Bevölkerung hat folgende Entschließung angenommen: Nachdem Regierung und Nationalversammlung den Friedensvertrag der Entente angenommen haben, haben wir keine Möglichkeit mehr, für unser Verbleiben beim deutschen Reiche einzutreten. Um so mehr sind wir bereit, für unsere nationalen Rechte zu kämpfen. Wir verlangen, daß unsere militärische Macht im vollsten Umfange ausgenutzt wird, um diese Rechte zu sichern. Wir fordern daher, daß der militärische Führer sich findet, der die Truppen einheitlich zusammenfaßt. Wir wollen keinen Angriff gegen die Polen, verlangen aber die nachdrücklichste Verteidigung gegen jeden polnischen Angriff. Wir verlangen, daß die Waffen erst aus der Hand gelegt werden, wenn uns nicht nur die Polen, sondern auch die Entente unsere Gleichberechtigung durch Vertrag zugesichert haben.“

Vor dem Auseinandergehen sang die ganze Versammlung das alte Schutz- und Trutzbild „Ein feste Burg ist unser Gott“.

An die Deutschen in den zu Polen fallenden Gebieten.

(8. Juli 1919.)

Nach Inkrafttreten des Friedens kommen die deutschen Volksräte erst zu den Aufgaben, die bei ihrer Gründung als Hauptaufgaben bezeichnet wurden: Schutz der deutschen Minderheiten unter Polen. Der polnische Staat gewährleistet durch sein Koalitionsrecht die freie Arbeit der Volksräte. Die polnische Regierung beabsichtigt nicht, Deutsche wegen ihres bisherigen nationalen Wirkens zu verfolgen. Sie achtet den nationalen Geist um

so mehr, als sie selbst aus nationalem Geist geboren wurde. Unter der Voraussetzung, daß wir vom Reiche ausgestoßenen Deutschen uns loyal auf den Boden des polnischen Staates stellen, wird unsere kulturelle und wirtschaftliche Eigenart von der polnischen Regierung geachtet werden. Natürlich müssen in erster Linie wir selbst dafür arbeiten. Dazu ist Zusammenschluß und überparteiliche Organisation nötig. Deutsche und polnische Volksräte sind bereits in Beziehungen zu einander getreten, um den Übergang aus der deutschen in die polnische Staatshoheit im Interesse der gemeinsamen Heimat durchzuführen. Ständige gemischte Kommissionen arbeiten an diesem Ziel für die tägliche Praxis. Daraus folgt, daß überall, wo die Volksratsorganisation noch nicht völlig durchgeführt ist, alle deutschgesinnten Männer und Frauen sich an die Arbeit machen und sich als „Deutsche Vereinigung“ zusammenschließen. Zentralitz der „Deutschen Vereinigung“ wie auch der Volksratsbewegung für die abzutretenden Kreise Posen und Westpreußens ist Bromberg, Belgienplatz 1. Deutsche Mitbürger, laßt den Kopf nicht hängen. Morgen erfolgt eine Rundgebung der polnischen Regierung gemeinsam mit den deutschen Volksräten, die Euch in vieler Hinsicht Beruhigung bringen wird.

Deutsche Vereinigung:

J. A.: Kleinow.

Aus den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Nachdem die polnischen und deutschen Volksräte in Thorn und Bromberg zusammengetreten waren, um für Ruhe und Ordnung in der Bevölkerung zu sorgen, sind Vertreter beider Nationalitäten aus den Kreisen Bromberg und Thorn nach Posen und Warschau gefahren, um mit dem Obersten Polnischen Volksrats in Verbindung zu treten. Das Ergebnis der Verhandlungen ist in folgendem Aufrufe des Kommissariats des Obersten Polnischen Volksrates als Mandata der polnischen Regierung niedergelegt worden.

An unsere Mitbürger deutscher Nationalität.

Das lange von der Menschheit ersehnte Wort „Frieden“ ertönt endlich in der Welt. Sonnabend, den 28. Juni, wurden in Ver-

sailles die Friedensbedingungen von den kriegführenden Mächten unterzeichnet. Durch diesen Friedensschluß fallen ehemalige polnische Landesteile wieder an die entstandene Republik Polen zu. Die Entscheidungen der Versailler Friedenskommission sind endgültig und unabänderlich. Es gibt keine Macht in der Welt, welche die Erfüllung der Friedensbedingungen zu hindern imstande wäre. Wir richten daher an unsere deutschen Mitbürger in den der Republik Polen zufallenden Teilen Westpreußens, Posen und Schlesiens die Aufforderung, sich den Verhältnissen zu fügen und die Friedensbedingungen so loyal zu erfüllen, wie sie von der polnischen Regierung und Bevölkerung erfüllt werden. Das Interesse des Landes und das Interesse jedes einzelnen Bürgers erfordert jetzt kategorisch, daß bei dem Übergange in die neuen Verhältnisse jede Gewalttat, jedes Blutvergießen und jede Vernichtung von Hab und Gut vermieden wird. Wer sich mit Gewalt dem neuen Stand der Dinge widersetzt, wird über sich und seine Mitbürger nur namenloses Elend heraufbeschwören und die härtesten Strafen zu gewärtigen haben. Die friedlich gesinnten Mitbürger deutscher Nationalität, welche sich mit den neuen Verhältnissen abfinden und loyale Bürger der Republik Polen werden wollen, haben für ihre Zukunft nichts zu befürchten. Im Einklang mit ihren freiheitlichen Traditionen wird die Republik Polen ihren Mitbürgern deutscher Nationalität volle Gleichberechtigung, völlige Glaubens- und Gewissensfreiheit, Zutritt zu den Staatsämtern, Freiheit der Pflege der Muttersprache und nationale Eigenart sowie vollen Schutz des Eigentums gewähren. Für die Stellung im Staatsleben und für das Ausmaß der bürgerlichen Rechte ist in der Republik Polen weder das Glaubensbekenntnis noch die Muttersprache entscheidend, sondern lediglich die persönliche Lichtheit.

Deshalb fordern wir alle Zivilbehörden und ihre Beamten, die sich loyal den neuen staatlichen Verhältnissen fügen wollen, hiermit auf, auf ihrem Posten zu beharren, denn sie können versichert sein, daß sie nach Möglichkeit in den polnischen Staatsdienst übernommen werden.

Allen Deutschen, welche gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages die deutsche Staatsangehörigkeit wählen, geben wir hierdurch die Versicherung, daß sie vollständig freien Abzug nach Deutschland erhalten, unter Mitnahme von Haß und Gut und voller Möglichkeit der Liquidation ihrer Vermögensverhältnisse. Wir bemerken jedoch, daß jegliche Veräußerung, Entfernung, Beschädigung und Zerstörung von staatlichem Gut den Bestimmungen des Friedensvertrages zuwiderläuft und nicht nur unter Strafe fällt, sondern auch Wiedergutmachung zur Folge hat.

Die Ansiedler dürfen im Rahmen des Friedensvertrages in ihren Eigentum verbleiben, und, soweit sie infolge der Kriegsoperationen ihr Heim haben verlassen müssen, können sie nach Abschluß der Kampfhandlungen in ihre Grundstücke zurückkehren. Alle wohlerworbenen Rechte der Bürger, wie Rechte aus den Arbeiterversicherungen und den Gesetzen über die Versorgung kriegsbeschädigter Soldaten sowie der Witwen und Waisen gefallener Krieger, Rechte über Pachtverträge ufm. werden hierdurch gewährleistet.

Wir versprechen hierdurch feierlichst, auf die Regierung der Republik Polen dahin einzuwirken, daß kein Bürger wegen seiner bisherigen politischen Betätigung verfolgt oder bestraft wird mit Ausnahme von Personen, die sich gemeiner Verbrechen schuldig gemacht haben.

Wir erwarten, daß die deutsche Regierung in derselben Weise die in ihrem Machtbereich verbleibenden Polen behandeln wird.

Wir werden unsere Kraft dafür einsetzen, daß in Polen sämtliche festgesetzte Geiseln und Zivilpersonen in Freiheit gesetzt, die wegen Vergehen gegen den Staat Abgeurteilten sofort begnadigt werden und selbst das Verfahren gegen die solcher Vergehen und Verbrechen Verdächtigten sofort niedergeschlagen wird und daß diese Personen sofort ihre Freiheit wieder erhalten.

Die aus militärischen Gründen festgesetzten Personen sollen ihre Freiheit sofort nach Abschluß der Kampfhandlungen erlangen, und wir erwarten, daß die deutsche Regierung

auch in dieser Hinsicht im Gebiete ihres ganzen Machtgebietes die Polen ebenso behandelt.

Die Deutschen Volksräte fordern wir hiermit auf, im Einvernehmen mit den polnischen Volksräten für die Zeit unmittelbar nach Abzug der deutschen Truppen zwecks Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit gemeinsame und den örtlichen Verhältnissen entsprechende Bürgerwehren zu gründen.

Mitbürger! Nach den furchtbaren Leiden des Krieges ruft uns die Veröhnung Gottes zu neuer friedlicher Arbeit zu unserm gemeinsamen Wohl und zum Wohl des Staates, welcher uns in der Zukunft Schutz und Hort sein soll. Laßt uns vergessen alten Haß und Haß.

Alle Bürger eines Staates, der aufgebaut ist auf den Grundlagen von Recht, Freiheit und Gerechtigkeit, laßt uns gemeinsam mit allen Kräften eine glückliche Zukunft erstreben, um so an dem Aufbau einer neuen Weltordnung mitzuarbeiten.

Das Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrates als Mandatur der Regierung der Republik Polen.

Posen, den 30. Juni 1919.

Łazewski, K. Adamski, Korfanty, Seyda,

Poszynski, Rynicz.

Wir ersuchen die gesamte Bevölkerung der abgetretenen Landesteile die Friedensbedingungen loyal zu erfüllen, insbesondere bitten wir alle Zivilbehörden und Beamten in ihren Stellungen zu verbleiben, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern. Ebenso bitten wir die Truppen, die Bestimmungen des Friedensvertrages zu beachten und die Räumung des abgetretenen Gebietes reibungslos zu vollziehen. Je ruhiger die Abwicklung vor sich geht, um so leichter wird es auch fallen, die noch schwebenden Verhandlungen über die Rechte und das Verbleiben der nach 1908 angesiedelten Bauern, Beamten und sonstiger Bevölkerungsteile in einem die gesamte Bevölkerung befriedigenden Sinne zu Ende zu führen. Nur durch einmütiges Vorgehen und friedliches Zusammenleben der Nationalitäten in allen Schichten kann das Gedeihen unserer

gemeinsamen Heimat gewährleistet und unheilbares Unheil vermieden werden.

Unterschriften:

Deutscher Volksrat Bromberg Stadt
Deutscher Kreisvolksrat Bromberg Land
Deutsche Vereinigung für den Regedistrikt.

Rada ludowa
na miasto Bydgoszcz i przedmiescie
Rada ludowa
na powiat Bydgoski-wies.

Rede gehalten von Geheimrat Kleinow in einer gemeinsamen Sitzung der deutschen Volksräte und der Osthparlamentarier am 25. Juni im Beamtenhause in Danzig.

Ich habe mich gefreut, daß der Vorlesende bei der hochgehenden Erregung, die uns alle erfaßt hat, so ruhige Worte in seinen Ausführungen fand. Diese ruhigen Worte sind ein Zeichen für die Verstandeskühle, mit der unsere Parlamentarier und unsere Regierung den Bedrängnissen des deutschen Volkstums im Osten gegenübersteht. Diese Verstandeskühle ist ein sehr nützlicher und wichtiger Faktor für eine ruhige Politik; aber uns, die wir in der Kampffront stehen, die wir jeden Tag Hunderte von Zuschriften, von Beschwörungen, Bitten und Klagerufen aus den bedrängten Dörfern, den in höchster Gefahr liegenden Orten erhalten, uns dürfen Sie es nicht verargen, wenn wir auch unsere Gefühle zum Ausdruck bringen. Ich hätte nur das eine gewünscht, daß Regierung und Parlament für die Gefühle des hartbedrängten Ostmarkenvolkes Verständnis gefunden hätten.

Wir alle, die wir nicht Sozialdemokraten sind, haben uns ohne weiteres hinter die sozialdemokratische Regierung gestellt, da sie kräftig genug schien, ihr wiederholt gegebenes Versprechen, die äußerste Gefahr vom Osten fernzuhalten, einzulösen.

Ich kann feierlich erklären, daß ich und meine Organisation irgendeinen reaktionären oder sonderbündlerischen Gedanken nie gehegt haben. Wo ich erkannte, daß in unserer Bewegung sich leise ein Wille bemerkbar machte, der auf das Stürzen der Regierung ausging, habe ich sofort einen klaren Strich zwischen uns und solchen Leuten gezogen.

Die Aufgabe der Deutschen Volksräte war und ist, das tiefgefuntene und erkrankte Volk wieder gesund zu machen und alle Voraussetzungen zu schaffen, um hier im Osten den Wiederaufbau des deutschen Volkstums zu ermöglichen. Ein gesundes Volkstum wird sich nachher diejenige Staatsorganisation geben, die es braucht. In diesem Sinne habe ich oft mit führenden Sozialdemokraten gesprochen.

Wir spielen ein offenes Spiel.

Allem Volk, auch den Sozialdemokraten, lagen die Ziele der deutschen Volksratsbewegung klar vor Augen. Und trotzdem hat man versucht, uns als Träger der Reaktion hinzustellen, ja, sozialdemokratische Führer gingen wider besseres Wissen so weit, zu sagen, daß die Volksräte sie um die Errungenschaften der Revolution bringen wollten, obwohl diese Führer Kenntnis davon hatten, daß wir in wirtschaftlicher Hinsicht fest auf sozialem Standpunkte stehen. Die sozialdemokratische Regierung freilich hat die Bedeutung der Deutschen Volksräte erkannt und sie gestützt.

Wir haben die Deutschen Volksräte geschaffen in einer Zeit der Auflösung und der bittersten Not, und jetzt können wir mit vollster Berechtigung sagen, daß die Deutschen Volksräte heute schon

die Grundlage des Deutschtums im Osten für alle Zukunft sind. In dem Augenblick, da für die ganzen Ostmarkdeutschen die schwerste Stunde kam, erschien plötzlich der Parlamentarische Ausschuß auf der Bildfläche. Kleine Geister, bewußt oder unbewußt von Parteinteressen erfüllt, suchten eine neue Organisation neben die kräftige, aus dem Volke selbst hervorgegangene Volksratsbewegung zu stellen. Wir hätten ohne weiteres den Parlamentarischen Ausschuß lahmlegen können, wir haben aber unsere persönlichen Gefühle zurückgestellt und unsere Organisation im Interesse der Ostmark dem Osthparlament zur Verfügung gestellt. In der gleichen Zeit aber, wo wir so loyal vorgingen, hat man sich auf parlamentarischer Seite nicht gescheut, gegen uns in Berlin die Klage zu erheben, als ob wir reaktionäre Ideen verfolgten. Wenn eine Politik so kaleidoskopartig gemacht wird, wie wir es in

den letzten Wochen gesehen haben, dann dürfen Sie es uns nicht verübeln, wenn wir aus dem Volksempfinden heraus unsere eigenen Richtlinien für die Politik schaffen, die den Ostmarkdeutschen von Nutzen ist.

Die ganze Ostmark hatte gehofft, daß die Regierung ihr Versprechen hält, daß sie innere Kraft genug aufbringe, den schimpflichen Frieden von uns abzuwenden. Es ist anders gekommen. Es war die heiligste Pflicht des Parlamentarischen Ausschusses, dieses deutsche Volk im Osten zu erhalten, sich mit aller Kraft gegen die Preisgabe zu wenden. Wir Volksräte blieben aber ganz allein, auf uns selbst angewiesen, wir fanden keine Hilfe bei den Parlamentariern. Im Gegenteil, der Volksratsbewegung sollte das Rückgrat gebrochen werden. Wir wurden schließlich des Landesverrats geziehen, und eine unheilvolle Fete setzte gegen uns ein. Alles Dinge, die das deutsche Volk in der Ostmark zu zersplittern drohten. Und doch hätte der Ruf ergehen müssen von rechts bis links: Einigkeit gegen das Polentum!

Was uns jetzt so erschüttert, das ist: gerade in diesem Augenblick, wo sich das Schlimmste ereignet, was ein Volk treffen kann, wird dieser Keil in das Deutschtum getrieben. Diese Schuld, meine Herren, und die Verantwortung hierfür wälzt Ihnen niemand ab. Sie sind in erster Linie daran schuldig, daß ein solches Gewäch gegen die Deutschen Volksräte in der Berliner Presse gebracht werden konnte! (Lebhafte Zustimmung.) Wenn heute Herr Gehl uns droht und sagt, daß die deutsche Arbeiterschaft uns in den Rücken fallen werde, so sagen wir: das schreckt uns nicht, unser Leben ist nach dem, was wir erfahren mußten, nicht mehr kostbar. Wer heute leben will, darf es nur, um für sein Vaterland zu arbeiten. Machen Sie mit uns Volksratsführern, was Sie wollen! Die deutsche Volksratsbewegung bringen Sie, meine Herren, nicht zu Tode. Die deutsche Volksratsbewegung wird sich trotz alledem durchsetzen.

Es wird der Tag kommen, meine Herren, wo Sie die deutschen Arbeiter genau so steinigen werden, wie Sie die Männer der alten Politik gesteinigt haben.

Wir vermessen hier im Osten die Liebe zum Volkstum, das Herz, das Gefühl für die Arbeit, die hier am deutschen Volkstum notwendig ist.

Der kühle Verstand von Weimar, der sich nicht zu einem nationalen Opfer erheben konnte, der nur rechnet, was wird verdient, was verloren, hat das Deutschtum in den Ostmarken in den Abgrund geführt. Das empfindet das Volk. Daher schreibt sich auch, daß sich in unserem Volke eine solche Wut gegen die deutsche Reichsregierung entwickelt hat. Ich bin der letzte, der unsere Landsleute auffordert, unter die schützenden Flügel der Polen zu gehen. Und doch, was wollen wir unseren deutschen Brüdern anderes sagen als dies, nachdem die Regierung uns verraten, Sie uns verlassen haben?? Hat die Regierung, haben Sie in den letzten Tagen etwas getan, um das Deutschtum für die Übergangszeit zu schützen? Können Sie uns sagen, welche Übergangsbestimmungen im Sinne des Artikels 93 des Friedensvertrages die Regierung vorbereitet hat, um sie der Entente vorzuschlagen, damit unsere Ostmarkenbevölkerung wenigstens mit einer gewissen Beruhigung in den polnischen Staat eintreten kann? Nein, Sie haben nichts getan. Ich habe neulich in Berlin angefragt, ob und wie wir irgendwelche Sicherungen gewinnen können für die Zukunft, besonders in der Übergangszeit. Darauf wurde mir von einer Regierungsstelle geantwortet: „Ihr könnt nur zu Marschall Dupont gehen!“ Meine Herren, mit einer solchen Antwort speist man die Deutschen der Ostmark ab! Ist das nicht fürchterlich, wenn man den verratenen Deutschen im Osten so wenig Liebe entgegenbringt? Das geht über das Menschliche hinaus.

Run wollen wir uns selber helfen!

Wir wissen, daß der Kern des deutschen Volkstums gesund ist, wir haben zu jedem einzelnen unserer Volksgenossen Vertrauen, auch zum Arbeiter. Wir werden unser Volkstum durchsetzen! Heute steht unser einziges Ziel fest:

Die Vereinigung aller zum Deutschtum.

Entlassen Sie die verratenen, aus dem Reiche ausgestoßenen Deutschen der Ostmark

wenigstens mit einem Segen, den jeder Vater seinem Sohn gibt. Lassen Sie Ihr Gefühl mitsprechen und kommen Sie als kluger Arzt, um unser Volk auf den richtigen Weg zu führen! Lassen Sie uns hier nicht dahin kommen, daß nackte Interessenpolitik unser deutsches Volkstum im Osten ergreift. Wenn der Kaufmann sich nur zum Kauf-

mann, der Arbeiter sich nur zum Arbeiter gefeilt, dann herrscht reinster Materialismus, der unser Deutschtum in den Abgrund führen wird, dann sind uns die Slawen über, weil sie ein Ideal, weil sie Gott im Herzen haben und sich emporwinden können an dem Ideal ihrer Religion. (Lebhaftes Bravo.)

Pressestimmen

1. Deutsche Presse

„Ostdeutsche Rundschau“ v. 29. Juni Nr. 149.
Der Deutschen Schicksal.

Mit dem heutigen Tage beginnt für das deutsche Volk ein neuer Wendepunkt seiner Geschichte: der 28. Juni, an dem um 8 Uhr nachmittags der Schmadsfriede von Versailles unterzeichnet wird, ist ein Lusttag in seiner Geschichte. Mit ihm steht das deutsche Volk, stehen insbesondere wir Ostmärker am Grabe höchster sittlicher Güter, am Grabe unserer schönsten und hehrsten Hoffnungen. Aber an ihn knüpft sich auch der Gang unserer ferneren Entwicklung an, und da gilt es für unser Volk, aus dem Schiffsbruch das wichtigste Gut zu bergen, den Glauben an die Zukunft.

Einer übermächtigen Völkervereinigung ist es gelungen, nach fünfjährigem schwersten, opferreichsten Kampf einer der führenden Kulturnationen, die nicht freiwillig ihr Recht aus Dasein darangeben wollte, mit Gewalt ihr Selbstbestimmungsrecht zu rauben. Entsetzliches haben wir auf uns nehmen müssen und mit wundem Herzen sehen wir unser ganzes nationales Leben vernichtet. Doch das deutsche Volk wird wieder gesunden! Der Tag wird kommen, an dem es bis in sein letztes Glied hinein die brennende Wunde fühlen wird, die ihm seine Feinde geschlagen haben. Dann wird auch bei unseren Gegnern die Erkenntnis dämmern, daß man ein edles Volk wohl bis aufs Blut peinigen, aber nicht auf die Dauer ehrlos machen kann. Wer die Geschichte kennt, weiß, daß es nichts Unabänderliches gibt, und daß jede Schuld sich auf Erden rächen wird. Ein Volk, das sich nicht selbst aufgibt, ist niemals verloren, am

allerwenigsten ein Volk, dem wie dem deutschen die höchsten Gaben des Geistes und der Kraft in die Wiege gelegt sind. So dunkel darum auch die Zukunft vor dem deutschen Volke liegen mag, so furchtbar der Niederbruch auf ihm lastet, es wird dennoch nicht verzweifeln in der Hoffnung, daß es auch für das deutsche Volk wieder einen Weg in die Höhe gibt, und daß es nur an ihm liegt, ihn zu beschreiten.

Uns Ostmärker trifft der mit der heutigen Unterzeichnung des Friedensvertrages geschaffene Zustand doppelt schwer, werden wir doch in Zukunft auf Schritt und Tritt daran erinnert werden, daß unsere eigenen Volksgenossen ihre nationale Opferpflicht der Ostmark gegenüber aufs schimpflichste vergessen haben. Vergessen war im übrigen Deutschland, was der Osten vor und während des Krieges für das Reich geleistet und gelitten hat, und ohne Bedenken hat man uns fallen lassen. Das ist es, was uns Ostmarkdeutsche mit ganz besonderer Bitterkeit erfüllt!

Ob dieses nationale Trauerspiel ein stummes bleiben oder mit Blut und Tränen, Tod und Vernichtung enden wird, steht heute noch nicht fest. Wir würden es aber unendlich bedauern, wenn alle Stimmen, die zur Vernunft mahnen, ungehört blieben und ein neuer Krieg entfesselt würde. Wir verstehen und würdigen vollkommen die Gefühle unserer tapferen Truppen, die in ihrer Entschlossenheit nur sehr schwer zu halten sind, aber aus vielen Anzeichen bei uns ebenso wie in Ostpreußen, Westpreußen und Oberschlesien geht doch hervor, daß auf einen einheitlichen erfolgreichen Widerstand nicht mehr zu rechnen ist. Die Truppenführer, die dieser

Tage ab dankten, mahnten zur Einsicht, die obersten Verwaltungsbeamten der zunächst beteiligten Provinzen forderten zur Kampfenfaltung auf, der ostpreussische Provinzialrat wiegelte ab und auch von anderen Seiten kamen allerlei Bedenken, daß die vorhandenen Nachtmittel nicht ausreichen, um mehr zu erzielen als vielleicht kühne Anfangserfolge, die fürs Ganze belanglos wären, aber das Deutschtum nur aufs schwerste gefährden müßten. Das ist auch der Standpunkt, den heute die meisten deutschen Volksräte vertreten. Zimmerlin ist die militärische Lage der Ostmark stark genug für erfolgversprechende Verhandlungen mit den Polen, und zwar auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung. Dafür die polnische Zusage und eine Bestätigung durch die Entente zu erlangen, muß für die nächsten Tage unsere ernsteste Sorge sein.

Daß auch auf polnischer Seite Neigung für eine Verständigung besteht, haben die gestern von uns veröffentlichten Ausführungen des „Dziennik Bydgoski“ erkennen lassen. Man kann vom deutschen Standpunkte aus nur wünschen, daß die in diesem Artikel vertretene Meinung in weitesten polnischen Kreisen zum Durchbruch kommt und von den vernünftigen Elementen des polnischen Volkes mit starker Ehrlichkeit auch gegen diejenigen vertreten wird, die aus innerstem Chauvinistischen Trieb, in wildem Siegestaumel, alles deutsche Wesen mit Gewalt ausrotten möchten. Der Wille zur Verständigung ist bei den Deutschen in der Ostmark vorhanden, er kann aber nur dann zur segensreichen Auswirkung kommen, wenn man auf polnischer Seite sich zur Erkenntnis durchringt, daß das neue polnische Staatswesen auf die Deutschen angewiesen ist. Den Schaden, der dadurch entsteht, daß die als Staatsbürger zweiter Klasse behandelten Deutschen sich widerwillig in die neuen Verhältnisse einfügen und ihre wertvollsten Kräfte in der Absonderung für sich behalten, trägt der Staat.

Möge es daher der Einsicht aller an den schwebenden Verhandlungen beteiligten Kreise gelingen, die dringend notwendige Einigung herbeizuführen, um unsere Ostmark vor unübersehbarem Unheil zu bewahren!

„~~Stadts~~zeitung“ vom 30. Juni Nr. 297.

Die polnische Schreckensherrschaft in Posen.

Nach den in den letzten Tagen aus allen Teilen der Provinz Posen durch Flüchtlinge erneut überbrachten Nachrichten findet Internierung der Deutschen in dem gesamten polnischerseits besetzten Gebiete in größtem Umfange statt; es handelt sich nach diesen Berichten nicht mehr um Hunderte, sondern um Tausende aller Stände. In erster Linie sind es alle irgendwie hervorragenden Deutschen, so in kleinen Städten die Beamten, Richter, Anwälte, Geistliche, Arbeiterführer, Handwerksmeister usw., vielseitig z. B. in Samter, alle überhaupt Wehrfähigen. Aus dem teilweise deutschen Ansiedlungsdorfe Polajewo sind z. B. allein 60 Deutsche fortgebracht, in Schilberg bislang 25, jetzt weitere 75, an anderen Orten werden sogar Frauen interniert, so eine 70jährige Dame. Die wehrfähigen Deutschen sollen nach der Volksgewissensfront, und zwar nach Brest-Litowsk und Lemberg gebracht und dort zwangsweise gegen die Volksgewissen verwandt werden. Nach weiteren Nachrichten werden im Innern der Provinz alle diejenigen Deutschen interniert, die sich weigern, sich in die polnische Stammrolle eintragen zu lassen, weil sie keine Verpflichtung fühlen als Deutsche gegen die Ukrainer zu stehen.

Mehrfach wird ferner berichtet, daß den Deutschen Formulare zur Unterzeichnung vorgelegt werden, inhalts deren sie den Wunsch aussprechen, zu Polen zu kommen; im Weigerungsfalle erfolgt gleichfalls Internierung. So wird die Internierung der genannten alten Frau auf solche Weigerung zurückgeführt. Die Internierungen erfolgen in solchem Umfange, daß mehrfach die Ansicht zum Ausdruck kommt, es geschehe, um jede Volksabstimmung unmöglich zu machen. Ganz abgesehen von der deutschen ist auch die polen-polnische Lokalpresse durch verschiedene Anordnungen derart geknebelt, daß die Zeitungen fast nur noch Geschäftsanzeigen und amtliche Bekanntmachungen enthalten. Auch der polnischen Bevölkerung ist die Posener Regierung aber nicht mehr überall sicher, wozu namentlich der Schendrian in der Verwaltung und die ungeheure Bestechlichkeit beiträgt.

So hat sich der militärische Abteilungschef in der Mada Ludowa, General von Raszewski, in den letzten Tagen veranlaßt gesehen, öffentlich in der Presse vor der weitgehenden Bestrafung der Militärpersonen zu warnen. Während früher von deutschen Bauern abgeliefertes Getreide und Kartoffeln noch bezahlt wurden, hat die Bezahlung gänzlich aufgehört. Deutsche, die auswandern wollen, haben zunächst eine halbe Jahressteuer zu entrichten, hinterher wird ihnen die Ausreise verweigert.

Jeder mögliche Grund wird zur Erpressung von hohen Geldsummen von deutschen Ortschaften oder den deutschen Bewohnern der Ortschaften benutzt. So sind in einem Dorfe in der Nähe von Czarnikau zwei polnische Gendarmen, wahrscheinlich von einer bewaffneten polnischen Deserteur- und Einbrechergesellschaft ermordet worden, hierfür wurde den Deutschen ohne nähere Untersuchung eine Geldstrafe von 80 000 M. auferlegt. Offenkundige Mordtaten an Deutschen zur Verfolgung zu bringen, ist dagegen unmöglich.

2. Polnische Presse

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 144 vom 28. Juni.

Das Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrates in Posen und die Warschauer Regierung.

Mit Rücksicht auf die bisherigen Zustände haben wir den Aufruf des Kommissariats, in welchem das Verhältnis desselben zur Warschauer Regierung bekannt gegeben wird, bisher nicht abgedruckt. Jetzt nehmen wir an, daß es an der Zeit, unsere Leser mit den wichtigsten Punkten dieses Aufrufes bekannt zu machen. Wir lesen dort:

Das Kommissariat des obersten polnischen Volksrates hat von Anfang an in der Richtung gewirkt, daß die Aufnahme der von Preußen abgetrennten Ländereien vorbereitet werde. Zu diesem Zweck hat sich Mitte Februar d. J. das Präsidium und Kommissariat des D. P. B. nach Warschau begeben, um dem Mi-

nisterpräsidenten eine mündliche und schriftliche Erklärung zu überreichen, daß das Kommissariat die administrative Macht in der bisher gehandhabten Weise nur noch bis zum Augenblick der endgültigen Festsetzung der polnischen Grenzen ausüben könne. Mit dem Moment der Festsetzung dieser Grenzen möge aber die polnische Regierung die Administration dieser Polen anerkannten Ländereien übernehmen. Der Präsident und das Kommissariat des D. P. B. hat dem Ministerpräsidenten einen Antrag überreicht, welcher fordert, dem Kommissariat mitzuteilen, in welcher Weise die Regierung beabsichtigt, die Uebernahme der Administration zu vollziehen, damit das Kommissariat seine Maßnahmen mit den Projekten der Regierung vereinbaren könne.

Einen Monat später, also im März des laufenden Jahres hat sich das Kommissariat des D. P. B. erneut an die polnische Regierung gewandt mit einem bereits positiven Vorschlag, baldigst ein Staatsorgan zu ernennen, welches sich mit der Vorbereitung der nahestehenden Uebernahme der polnischen Ländereien des ehemaligen preussischen Teilgebietes beschäftigen möge. Nach dem Durchsprechen dieser Angelegenheit auf dieser Versammlung des Ministerrates unter Anteilnahme der Mitglieder des Kommissariats des D. P. B. hat der Ministerrat am 28. März beschlossen, das Kommissariat des D. P. B. zu einem staatlichen Organ zu ernennen, welches bevollmächtigt ist, im Namen der polnischen Regierung die Ländereien des ehemaligen preussischen Teilgebietes zu übernehmen, wobei er gleichzeitig das Kommissariat ersucht hat, auf dem von Preußen übernommenen Territorium folgende Tätigkeit auszuüben:

a) Die allgemeine Leitung und Kontrolle jeglicher Behörden und Ämter zu übernehmen;

b) vorübergehende Vorschriften und Verfügungen zu erlassen, um in juristi-

scher, administrativer und ökonomischer Weise die Abtrennung der Polen anerkannten Gebiete von Deutschland zu bewirken;

c) die nötigen Änderungen in den Personen auf den einzelnen Ämtern durchzuführen, um ein regelrechtes Funktionieren der Ämter des Handel- und Geldverkehrs, der Verkehrsmittel usw. zu bewirken;

d) Verfügungen zu erlassen, welche notwendig sind, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, des Verkehrs und der regelrechten Handels- und Verdienstbewegung;

e) die deutsche Bevölkerung zu überwachen, um Polen vor den Schäden der Sabotage usw. zu bewahren;

f) Vermitteln bei der Übernahme einzelner Zweige der Administration seitens der Zentralregierung;

g) für die Regierung das nötige Liquidierungsmaterial zwecks einer Abrechnung mit den Deutschen vorzubereiten;

h) die Polonisierung der Ämter zu überwachen.

Das Kommissariat des D. B. B. bereitet auf Ersuchen der polnischen Regierung alles vor, was nötig und notwendig ist, um Ländereien in den Westgrenzen zu übernehmen, wobei es sich gleichzeitig mit der Warschauer Regierung berät, bezüglich der weiteren Übernahme der Administration des Landes.

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 150, vom 8. Juli.

Auf dem Wege zur Verständigung.

Die deutschen Kreise, die noch unlängst die Politik der Unversöhnlichkeit gegenüber den Polen betrieben haben, sind zum Verständnis dessen gelangt, daß infolge Annahme und Unterzeichnung der Friedensbedingungen durch die deutsche Regierung sich eine neue Lage gebildet habe, welche eine Revision der bisherigen Politik verlangt. Bis zum letzten Augenblick rechneten die Deutschen mit der Möglichkeit und Notwendigkeit des Krieges.

Sie hatten, daß die Regierung sie nicht verlassen wird, daß im schlimmsten Falle aber eine Ostrepublik gebildet wird, welche nach gehöriger Ausrüstung mit Menschen, Waffen, Geld und Lebensmitteln durch das ganze Reich und mit Hilfe geheimer Unterstützungen desselben den Polen und der Entente Widerstand wird leisten können.

Diese Berechnungen haben getäuscht. Die Regierung kapituliert auf der ganzen Linie vor der Entente, denn sie hat es begriffen, daß die Folgen des Widerstandes für das ganze deutsche Volk fürchterlich sein könnten. Verschiedene Würdenträger, welche sich schon vorbereitet hatten zur Übernahme der Gewalt in der Republik des Ostens, haben es sich wieder bedacht, hohe Militärs, welche die Armeen zum Kampf gegen die Polen führen sollten, sind in den Ruhezustand versetzt worden, oder auch „haben sich bekehrt“. Die auf diese Weise verlassenen Deutschen unserer Landesteile haben den einzigen Weg beschritten, welcher ihnen noch verblieben ist und welchen ihnen ihr Verstand diktierte. Sie drückten den Wunsch aus, mit der polnischen Allgemeinheit auf den bisher von den deutschen Truppen besetzten Gebieten zur Verständigung zu kommen, ebenso mit der polnischen Regierung. Zu diesem Zwecke haben sich die Deutschen Volksräte in Bromberg und Thorn an die polnischen Volksräte in beiden Städten gewandt, welche diesen Schritt im ersten Augenblick mit Vorsicht aufnahmen, mit einer Vorsicht, die geboten war gegenüber denjenigen, die noch unlängst die Sturmposaunen bliesen, jetzt aber diesen Ton vollständig geändert haben und erklärten, daß sie loyale Bürger des polnischen Staates werden wollen.

Die Vertreter der Deutschen haben im Namen der deutschen Allgemeinheit eine Reihe Wünsche vorgelegt und versichert, daß, sobald dieselben berücksichtigt werden, der Übergang unserer Gebiete unter die polnische Herrschaft in Ruhe und Frieden, sowie ohne Blutvergießen vor sich gehen wird. Die Sache ist sehr wichtig und tatsächlich wert, daß man sich um dieselbe bemüht. Die Vertreter der polnischen Volksräte konnten den Deutschen keine Garantien geben, daß ihre Wünsche berücksichtigt werden, denn sie

besitzen keine Macht. Deshalb beschloßen beide Parteien eine Abordnung nach Posen zu schicken, damit diese den zuständigen Behörden die ganze Situation vorlege und erfahre, wie die polnische Regierung den Deutschen gegenüber aufzutreten gedenke. Eine solche Delegation reiste am Sonnabend, wie dies bereits in der Sonntagsnummer mitgeteilt wurde, mit Genehmigung der deutschen Militärbehörden in Autos nach Groß-Neudorf, wo sie ein Offizier nach den vorgeschobenen deutschen Posten brachte. Von hier aus fuhr die Abordnung unter dem Schutz der weißen Fahne die Chaussee entlang bis zur polnischen Linie, wo sie von polnischen Soldaten in Empfang genommen und zum Stabe des Abschnitts gebracht wurde. Von dort sandte man die Abordnung, welche im Stabe einen äußerst höflichen Empfang erlebte, in Wagen nach Hohenfalka. Da es infolge verschiedener Formalitäten bereits ziemlich spät geworden war, trat die Abfahrt erst am Sonntag ein. Überall wurde die Abordnung natürlich von polnischen Soldaten, die ihr speziell beigelegt wurden, begleitet. In Posen wurden die Bromberger Abgeordneten von einem Vertreter des Kommissariats empfangen, der sich auch weiterhin um jegliche Erleichterungen bemühte. Gleich nachmittags fanden Konferenzen, zuerst mit den Vertretern aus Thorn (zwei Deutsche und drei Polen) statt, sodann informierten die polnischen Vertreter auf einer besonderen Sitzung die Posener Behörden über unsere Verhältnisse, über die Stimmung der polnischen wie auch der deutschen Bevölkerung. Nachher fand eine Konferenz im größeren Kreise statt, während welcher die polnischen Abgeordneten die umfangreichen Wünsche der Deutschen darlegten. An der Konferenz nahmen auch Vertreter der Entente teil — nämlich Vertreter Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas. — Den Vorsitz führte der französische Oberst Marquet, welcher die ganze Sache so auffaßte, daß die deutsche Bevölkerung Forderungen stelle, von deren Erfüllung sie ihr Benehmen gegenüber Polen abhängig macht. Er erklärte, daß die Entente Polen nicht dazu die Souveränität erteilt habe (staatliche Unabhängigkeit), damit irgend jemand von den zukünftigen Untertanen dieselbe durch Stellung von Be-

dingungen ins Wanken bringen könne. Als man ihm erklärte, daß es sich nicht um Bedingungen, sondern um Wünsche handelt, gab er zu, daß die Sache in Ordnung ist. Dasselbe sagte er den Deutschen, welche an der nachfolgenden Konferenz teilnahmen, wobei man eine ganze Reihe Einzelheiten besprach. Der Oberst Marquet versicherte den Deutschen, daß Polen ihnen kein Unrecht zufügen werde, weil es auf gerechte und freiherrliche Grundlagen erbaut werde.

Da die Mitglieder des Kommissariats infolge sehr wichtiger Beratungen in Warschau weilten, so reisten die Herren Rechtsanwalt Szuman, Leeme und Hachbach aus Thorn bereits am Sonntag nach Warschau, um von den höchsten Instanzen eine Bestätigung derjenigen Versicherungen zu erhalten, welche die Posener Behörden geben. Inzwischen hatten die übrigen Abgeordneten am Sonntag um eine Audienz bei dem General Dowbor-Mużniaki, in dessen Hand zurzeit — angesetzt des Ausnahmezustandes — die ganze Ausführungsmacht ruht. Die Audienz dauerte über zwei Stunden und machte auf die Abgeordneten den besten Eindruck. Der Herr General versteht die Schwierigkeit der Lage vollständig und ist bereit den Deutschen, sofern sie weiter mit der Waffe in der Hand nicht mehr kämpfen werden, jegliche Rücksicht zuteil werden zu lassen. Es geht nämlich um diejenigen Deutschen, welche aus Posen stammen und in den Grenzschutz eingetreten sind. Es soll ihnen eine Amnestie (Begnadigung) erteilt werden, wenn sie die Waffen sofort niederlegen. Weiter besprach man die Herausgabe der Gefangenen und Internierten. Herr General Dowbor-Mużniaki ist zu diesem Austausch bereit.

Da als Vergeltungsmaßnahme für die Internierungen in Lissa und in Oberschlesien aber auch in Posen und auch auf den von polnischen Truppen besetzten Gebieten zahlreiche Internierungen stattfanden, so wurden Bemühungen gemacht zwecks Vermeidung einer neuen beiderseitigen Vergeltungsmaßnahme, damit die Internierung aufhöre.

Daß geschah am Montag zur großen Freude aller mit dieser Maßnahme Bedrohten. Eine besondere polnisch-deutsche Kommission soll sich aus Posen in dieser Sache sofort

nach Berlin begeben, damit man auch deutscherseits mit jeglichen Gewalttaten aufhöre.

Am Dienstag früh kehrte die Abordnung aus Warschau zurück und brachte schriftlich diejenigen Versicherungen, um welche es sich für die Deutschen am meisten handelte. Dieses Schriftstück werden wir morgen bekanntgeben, außerdem werden in besonderer Form Aufrufe in polnischer und deutscher Sprache erscheinen. Es betrifft — im Rahmen der Friedensbedingungen — Garantien für die Kolonisten, welche in den Grenzschutz eingetreten sind, das weitere Verbleiben der Beamten in ihren Stellungen, Rechtsschutz für die Deutschen, ihre Gleichberechtigung in bürgerlicher, kultureller Hinsicht usw.

Die Abfahrt von Posen erfolgte am Dienstag nachmittag in einem speziellen Zuge nach Hohenhausen, von wo die Abordnung nach Erledigung jeglicher Formalitäten nach der Front kam und abends nach 7 Uhr die Demarkationslinie überschritt. Die Ankunft in Bromberg erfolgte um 11 Uhr abends.

Aus den Verhandlungen in Posen und Warschau haben wir den Eindruck davongetragen, daß es den polnischen Behörden darum zu tun ist, eine polnisch-deutsche Verständigung zustandezubringen, denn nur auf diese Weise kann man ein Blutvergießen und Zerstörung unserer Arbeitswerkstätten erlangen. Das polnische Reich braucht in der Periode der Bildung seiner Grundlage Ruhe. Ob diese Ruhe möglich sein wird, das hängt von der deutschen Bevölkerung ab, deren Vertreter sich überzeugt haben, daß die Polen gar nicht an eine Bedrückung denken, sie muß auch wissen, daß weiterer

bewaffneter Widerstand nicht nur eine Rache seitens der polnischen oder der Entente-truppen hervorrufen würde, sondern daß außerdem für lange Zeit die gegenseitigen Verhältnisse sich bis zur Unmöglichkeit verschärfen würden. Die Polen denken gar nicht daran, den Deutschen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, wenn sie ihre bisherige Politik auf vernünftige Weise leiten, denn sie verstehen ausgezeichnet, daß das Interesse des Reiches und ihr eigenes Interesse es fordert, daß der Übergang zu jenen Verhältnissen in friedlicher Weise stattfindet.

Gazeta Brodnica (Straßburg) Nr. 56
vom 24. Juni 1919.

Eisenbahnmateriel und Munition für Polen. Die Pariser Zeitung „Polar“ schreibt: Wir erfahren, daß von den 5000 Lokomotiven und 150 000 Waggons, welche Deutschland der Entente ausgeliefert hat, Polen 100 Lokomotiven und 1000 Waggons zugesprochen sind. Eine ebensolche Menge hat die Ankaufskommission des Generals Romer von den Amerikanern gekauft. Diese Lokomotiven werden polnische Lokomotivführer, die nach Frankreich gekommen sind, abholen.

General Raczyński ist nach 10tägiger Rundreise zur Besichtigung französischer Munitions- und Kriegsmaterialfabriken zurückgekehrt. Der General erklärte, daß er viele äußerst interessante und wertvolle Sachen gesehen habe. Frankreich habe große militärische Vorräte und Polen werde noch viel Material ankaufen können.

Kleine Mitteilungen

Die Oberpräsidenten der drei Ostprovinzen haben nachstehende Rundgebungen erlassen:

Danzig, den 24. Juni 1919.

An die Deutschen in Ostpreußen, Westpreußen und Posen!

Nationalversammlung und Reichsregierung haben sich zu unserem tiefsten Schmerz

für bedingungslose Annahme der Friedensforderungen der Feinde entschieden. Große und blühende Gebiete der deutschen Ostmark sind der polnischen Herrschaft auszuliefern; über andere wollen die Feinde später Entscheidung treffen nach einer Bestimmung, auf deren „ehrlische, freie und geheime“ Durchführung wir keinen Einfluß haben.

Hunderttausende von Deutschen der Ostmark haben den glühenden Wunsch, ihr Recht auf ihr deutsches Vaterland mit den Waffen zu verteidigen. Stände die Ostmark allein, so wäre das der gegebene Weg, Selbstbestimmungsrecht und Ehre zu wahren. Wir dürfen aber die Regierung an der Einlösung des einmal den Feinden gegebenen Wortes nicht hindern. Die Rücksicht auf unsere Volksgenossen im Reiche, welche die Folgen solchen Vorgehens mit zu tragen hätten, legt uns die schwere Pflicht auf, dem Kampf zu entsagen und uns der getroffenen Entscheidung zu beugen.

Auch die Fremdherrschaft und der uns aufgezwungene Friedensvertrag können niemals unser Deutschtum und den Glauben auf unsere Zukunft vernichten.

v. Batocki,

Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

Schnadenburg,

Oberpräsident der Provinz Westpreußen.

v. Bülow, Regierungspräsident,

als stellvertretender Oberpräsident der Provinz Posen.

Die endgültige Ostgrenze.

Nach der dem endgültigen Friedensvertrage beigelegten amtlichen Karte sind am Verlauf der Ostgrenze Deutschlands die nachstehenden Änderungen vorgenommen worden:

Die Ostgrenze setzt jetzt an der Ostsee an der Piasniz-Mündung ein, läuft durch den Zarnowitzer See und erreicht südwestlich von Warschau die pommerisch-westpreussische Grenze, der sie bis westlich Abl. Briesen, südwestlich von Bütow folgt. Von hier geht die Grenze nach Südosten, so daß Groß Peterkau, Steinfort, Neuguth und Samphol bei Deutschland bleiben, Kelpin und Konargin an Polen fallen. Dem Flußlauf der Brahe nach Osten folgend, wird die im ersten Vertrage festgelegte Grenze nördlich Konitz erreicht. Riesewanz bleibt bei Deutschland, Konitz fällt an Polen. Südlich Konitz verfolgt die Grenzlinie eine andere Richtung derart, daß die Bahnlinie Konitz—Platow—Krojanke—Schneidemühl bei Deutschland bleibt. Die Grenze überschreitet die Bahn-

linie bei Jenzniz südlich Konitz und verläuft so, daß die Orte Grunau, Böd, Battrow, Ejsklowo und Gr. Buzig bei Deutschland bleiben und der Nogatfluß und später die bisherige westpreussisch-polensche Grenze bis zum Bakuntersee westlich Stahren die Grenze bildet. Von hier zieht sich die Grenze in gerader südwestlich gerichteter Linie nach der Einmündung der Raddow in die Nege südlich Ußh, das an Polen fällt. Sie folgt dann der Nege bis zur brandenburgischen Grenze südlich Kreuz, wobei Egarnitau und Filschne an Polen fallen, und schließt sich im weiteren Verlauf nach Süden dem ersten Vertragsentwurf an bis zu dem Punkt, wo die schlesische Grenze östlich Übersdorf erreicht wird. Sie folgt nunmehr der alten polen-schlesischen Grenze derart, daß der schlesische Zipfel nordöstlich von Tschirnau und die ganze Bahnlinie Lissa—Kawitsch an Polen fällt. Im übrigen bleiben die schlesischen Kreise Gohrau und Militsch bei Deutschland.

Bei dem Orte Bogdaj westlich Adelnau greift die Grenze wieder in schlesisches Gebiet ein dergestalt, daß die Orte Modzenow, Johannisdorf, Konradau, Tscheschen, Riesten, Styppine, Schreibersdorf, Gr. Rosel, Schleiße und Kungendorf an Polen fallen, während Neu-Mittelwalde und Gr. Wartenberg bei Deutschland bleiben. Dergleichen bleiben bei Deutschland die Orte Reesewitz, Dalbersdorf, Kaulwitz, Vozendorf, Strelitz, Eckersdorf, Schwirz, während Kungendorf, Trembatschau, Reichthal an Polen fallen. Südlich Schwirz folgt die Grenze des ober-schlesischen Gebietes der alten im ersten Vertrage festgelegten Linie.

(Dtsch. Allg. Ztg. vom 26. Juni Nr. 299.)

Batocki über seinen Rücktritt.

In Königsberger Blättern teilt der jetzt zurückgetretene Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Batocki die Gründe seines Rücktritts mit. In dieser Erklärung heißt es:

„Nach Annahme des Friedens, der uns neben anderen gegen Deutschlands Ehre und Zukunft gerichteten Bedingungen die Polonisierung der deutschen Ostmark bringt, haben Bewohner der Ostprovinzen an mich das Ersuchen gerichtet, mich mit anderen von ihnen bezeichneten Männern an die Spitze eines der Form nach vorläufig vom Reich zu

trennenden, die Nordostmark umfassenden Staatsgebildes zu stellen, um so die Möglichkeit bewaffneter Abwehr der Polen, unabhängig von der durch den Friedensvertrag gebundenen Reichsregierung zu schaffen. In voller Würdigung der vaterländischen Absichten der Urheber dieses Planes habe ich meine Beteiligung daran abgelehnt und vor seiner weiteren Verfolgung gewarnt.

Mit wenigen anderen habe ich vorausgesehen, daß die Feinde die Polonisierung der Ostmark fordern, und daß das Reich und Preußen unter dem Druck der Feinde zur Preisgabe der Ostmark sich gezwungen sehen würden. Als einziger Rettungsweg erschien mir damals die Schaffung größerer Selbständigkeit für die Ostmark, zunächst durch die Auflösung Preußens. Dieser Gedanke ist damals im Reime erstickt worden durch die Regierung, die fälschlich vermeinte, die Ostmark, wenn sie sich selbständiger Entschlüsse enthielt, ihrerseits vor der Polonisierung schützen zu können durch die Parteien der Linken, die in solchem Plane fälschlich kapitalistische und imperialistische Absichten witterten und jetzt sehen müssen, daß weite Teile der Ostmark der Herrschaft polnischer Kapitalisten und Imperialisten anheimfallen, durch die Parteien der Rechten, die in der Erhaltung des fest geschlossenen preußischen Staates auch unter den neuen Verhältnissen das Heil erblickten und die so sehen müssen, wie diesem Staat durch die Polonisierung der Ostmark das Rückgrat gebrochen wird. Ein rechtzeitig vorbereiteter, auf eine geschlossene deutsche Bevölkerung sich stützender, nach dem Scheitern von Verhandlungen einsetzender Freiheitskampf des ostmärkischen Deutschtums hätte, selbst wenn ihm der Erfolg schließlich ver sagt blieb, unter Umständen die Rettung der Ehre und damit die innere Wiederaufrichtung des deutschen Volkes herbeiführen können. Auch unsere polnischen Nachbarn hätten bei dem ritterlichen Charakter ihrer Nation vielleicht Verständnis für ein solches Vorgehen gehabt, und dieses hätte als reinigendes Gewitter die für die Zukunft erwünschten gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den ostmärkischen Deutschen und den Polen herbeiführen können. Lagen die Dinge dann zum gegebenen Zeitpunkt günstig, so

wäre ein Handeln mit Aussicht auf Erfolg möglich gewesen.

Heute ist es zu einem solchen Vorgehen zu spät. Von der zum Kampf nötigen Geschlossenheit der ostmärkischen Bevölkerung ist angesichts der entschiedenen ablehnenden Haltung beider sozialdemokratischer Parteien und beträchtlicher anderer Kreise, namentlich auch in den am unmittelbarsten betroffenen Provinzen Westpreußen und Posen keine Rede, und das Reich kann, ohne die Folgen eines Bruches des eben schweren Herzens geschlossenen Friedensvertrages auf sich zu nehmen, ein selbständiges Vorgehen der Ostmark nicht mehr dulden. Ein heute vorgenommener Versuch, unter staatlicher Selbständigkeitserklärung der Ostmark den Kampf zu beginnen, müßte, wie die Dinge liegen, schnell und ruhmlos zusammenbrechen und könnte nur eine neue Schmach und neues Unglück über unser engeres und weiteres Vaterland bringen."

„Kol.-Anz.“ Nr. 292 vom 29. Juni.

Minoritätenschutz im Polenstaat.

Aus dem Vertrag der Entente mit Polen über den Schutz der Minoritäten, der in Artikel 98 der Friedensbedingungen vorgesehen ist, sind bisher die nachfolgenden Artikel bekannt geworden:

Artikel sieben: Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetz gleich und genießen gleiche bürgerliche politische Rechte ohne Unterscheidung von Rasse, Sprache und Religion. Der Unterschied der Religion, des Glaubens oder der Konfession darf keinem polnischen Staatsangehörigen, in bezug auf Genuß bürgerlicher politischer Rechte insbesondere für Zulassung zu öffentlichen Ämtern, Dienst und Ehrenstellungen oder bei Ausübung verschiedener Berufe und Gewerbearbeiten hinderlich sein. Es darf keinerlei Beschränkungen des freien Gebrauches irgend einer Sprache seitens aller polnischen Staatsangehörigen geben, sowohl im Privatverkehr wie Handelsbeziehungen, sei es in Angelegenheit der Religion, der Presse oder Publikationen jeglicher Art, sei es in öffentlichen Versammlungen. Ungeachtet der Festsetzung einer offiziellen Sprache durch die polnische Regierung sollen den polnischen Staats-

angehörigen mit anderer Sprache ~~als~~ der polnischen angemessene Erleichterungen bezüglich mündlichen oder schriftlichen Gebrauchs ihrer Sprache vor den Gerichtshöfen gewährt werden.

Artikel acht: Diejenigen polnischen Staatsangehörigen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minorität angehören, genießen gleiche Garantien wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Sie haben insbesondere das gleiche Recht, auf ihre Kosten Wohlfahrtsseinrichtungen, religiöse oder soziale Institutionen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu gründen, leiten, überwachen mit dem Rechte, dort von ihrer eigenen Sprache freien Gebrauch zu machen und ihre Religion frei auszuüben.

Artikel neun: In bezug auf das öffentliche Unterrichtswesen gewährt die polnische Regierung in denjenigen Städten und Distrikten, wo eine beträchtliche Anzahl polnischer Staatsangehöriger mit anderer Sprache als polnischer wohnen, angemessene Erleichterungen. Es darf in Elementarschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen in ihrer eigenen Sprache Unterricht erteilt werden. Diese Bestimmung verhindert die polnische Regierung nicht, den Unterricht in polnischer Sprache in besagten Schulen obligatorisch zu machen. In Städten und Distrikten, wo eine beträchtliche Anzahl polnischer Staatsangehöriger wohnen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minorität angehören, soll diesen Minoritäten ein angemessener Anteil an Erträgen und Verwendung der Summen gesichert sein, die aus öffentlichen Mitteln von städtischen oder anderen Budgets zum Zwecke der Erziehung, Religion oder Wohltätigkeit beigetragen werden sollen. Die Bestimmungen dieses

Artikels sind auf polnische Staatsangehörige deutscher Sprache nur in den Gebieten Polens anwendbar, die am 1. August 1914 deutsches Territorium waren.

Artikel zehn: Den von den jüdischen Gemeinden in Polen eingesetzten lokalen Schulkomitees liegt unter allgemeiner Kontrolle des Staates die Verteilung des proportionellen Teiles der Gelder, die aus öffentlichen Mitteln gemäß Artikel neun, für die jüdischen Schulen bestimmt sind, ob, ebenso wie die Organisation und Leitung der Schulen.

Artikel elf: Die Juden können nicht zu irgendwelchen Handlungen gezwungen werden, die ihren Sabbat verletzen. Sie dürfen keine Entrechtung erleiden, wenn sie ablehnen, Sabbat vor Gericht zu erscheinen oder gerichtliche Handlungen zu begehren. Diese Bestimmung befreit die Juden nicht von der allen Staatsangehörigen auferlegten Verpflichtung betreffs Militärdienst für nationale Verteidigung oder betreffs Erhaltung der öffentlichen Ordnung. Polen erklärt die Absicht, davon Abstand zu nehmen, allgemeine oder lokale Wahlen auszuschreiben oder gutzuheißen, die am Sabbat stattfinden. Für Wahlen oder andere Zwecke darf obligatorisch am Sonnabend keinerlei Einschreibung stattfinden.

Artikel zwölf: Polen anerkennt, daß diese Bestimmungen der vorstehenden Artikel in dem Maße, wie sie Personen betreffen, die Minoritäten der Rasse, Religion oder Sprache angehören, Verpflichtungen von internationalen Interessen bilden und unter Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Sie können nicht ohne Zustimmung der Majorität des Rates des Völkerbundes geändert werden.

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Polens und Westpreuhens

Nr. 20	Verantwortlich: Carl Georg Bruns Schriftleitung: Bromberg, Welshienplatz 1 III Fernruf Nr. 321	23. Juli 1919
--------	--	---------------

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Der Artikel 93 des Friedensvertrages —
Kleine Mitteilungen.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Der Artikel 93 des Friedens- vertrages

Paris, den 24. Juni 1919.

Herr Präsident!

Der Vorsitzende des Biererrats, Clemenceau, hat dem polnischen Minister Paderewski den endgültigen Text des Vertrages nach Artikel 93 mit folgendem Anschreiben übersandt:

Im Namen des Obersten Rates der alliierten und assoziierten Hauptmächte habe ich die Ehre, Ihnen hiermit endgültig den Text des Vertrages, welcher sich auf Artikel 93 des Vertrages mit Deutschland bezieht, mitzuteilen. Derselbe wird Polen bei Gelegenheit der Anerkennung Polens als unabhängigen Staat zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Es ist ihm beigelegt die Übergangsbestimmung über die Gebiete, welche dem ehemaligen Deutschen Reiche angehörten und welche in dem genannten Vertrage erwähnt sind. Die hauptsächlichsten Verfügungen sind bereits der polnischen Delegation in Paris im vergangenen Mai bekanntgegeben und sind außerdem direkt der polnischen Regierung durch Vermittelung des französischen Ministers in Warschau mitgeteilt worden. Inzwischen hat der Rat Gegen-
vorschläge, welche Sie die Güte hatten, in

Mitteilungen

Ihrem Memorandum vom 16. Juni zu machen, wohlwollend geprüft und nach dieser Prüfung mit einigen Abänderungen in den Text des Vertrages eingefügt. Der Rat glaubt, daß dank dieser Abänderungen (modifications) die Hauptpunkte, auf welche Ihr Memorandum die Aufmerksamkeit gelenkt hatte, soweit sie die Einzelbestimmungen des Vertrages betreffen, weitgehendst berücksichtigt worden sind.

Indem ich Ihnen offiziell die endgültige Entscheidung der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte über diesen Gegenstand mitteile, möchte ich die Gelegenheit ergreifen, Ihnen in formellerer Art als es bisher geschehen ist, die Richtlinien darzulegen, welche die alliierten und assoziierten Hauptmächte geleitet haben, als sie sich mit dieser Frage beschäftigten.

1. In erster Linie bemerke ich, daß der Vertrag kein Novum darstellt. Es ist eine seit langem im öffentlichen europäischen Recht festgelegte Handhabung, daß, wenn ein Staat geschaffen wird, oder wenn ein bereits bestehender Staat erhebliche Gebietsabrundungen erfährt, seine Anerkennung im ganzen durch die Großmächte von einer Versicherung begleitet sein muß, daß dieser Staat sich verpflichtet, unter der Form einer internationalen Konvention gewisse Regierungs-

prinzipien zu beobachten. Dieses Prinzip, für welches zahlreiche Präzedenzfälle vorliegen, hat seinen schärfsten Ausdruck gefunden, als die unabhängige Souveränität Serbiens, Montenegros und Rumäniens durch die große Versammlung der Europäischen Mächte auf dem Berliner Kongreß anerkannt wurde. Es ist am Platze, an die bei dieser Gelegenheit von den britischen, französischen, italienischen und deutschen Bevollmächtigten ausgesprochenen Worte zu erinnern nach dem Protokoll vom 28. Juni 1878. „Lord Salisbury anerkennt die Unabhängigkeit Serbiens, aber erachtet es für notwendig, daß das große Prinzip der religiösen Freiheit in den Fürstentümern besonders festgelegt wird.“ „Waddington glaubt, daß es wichtig sei, diese feierliche Gelegenheit zu benutzen, um durch die Repräsentanten Europas das Prinzip der religiösen Freiheit festzulegen. Seine Excellenz setzt voraus, daß Serbien, welches seine Zulassung in die europäische Familie auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den anderen Staaten verlangt, gleichzeitig die Prinzipien annehmen muß, welche die Unterlage der sozialen Organisation in allen Staaten Europas bilden und diese Annahme als notwendige Bedingung betrachten soll, die ihm zugunsten seiner Aufnahme gestellt wird.“

„Fürst Bismarck, sich dem französischen Vorschlag anschließend, erklärt, daß Deutschland stets für jede Regung zugunsten der religiösen Freiheit eingenommen ist.“ „Graf de Launay im Namen Italiens erklärt, daß er gleichfalls dem Prinzip der religiösen Freiheit zustimmen wüßte, welches eines der Hauptstaatsgrundsätze seines Landes sei, und daß er sich den Erklärungen, welche von Deutschland, Frankreich und Großbritannien abgegeben worden seien, anschließe.“

„Graf Andrassy spricht sich in demselben Sinne aus, und die ottomanischen Bevollmächtigten erheben keinen Ein-

spruch.“ „Fürst Bismarck erklärt, nachdem er das Ergebnis der Erklärungen zusammengefaßt hat, daß Deutschland die Unabhängigkeit Serbiens annehme, aber nur unter der Bedingung, daß die Religionsfreiheit in dem Fürstentum anerkannt werde.

Seine Durchlaucht setzt voraus, daß die Redaktionskommission, indem sie diese Entscheidung formuliert, auf dem Zusammenhang bestehen muß, welchen die Konferenz zwischen der serbischen Unabhängigkeitserklärung und der Anerkennung der religiösen Freiheit festgesetzt hat.“

2. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte sind der Meinung, daß sie es an der ihnen zugefallenen Verantwortlichkeit fehlen lassen würden, wenn sie sich von dem entfernten, was für sie eine feste Tradition ist. Bei dieser Gelegenheit muß ich Ihre Aufmerksamkeit an die Tatsache erinnern, daß es den Anstrengungen und den Opfern der Mächte, in deren Namen ich mich an Sie wende, zu danken ist, daß die polnische Nation ihre Unabhängigkeit wiedererlangt hat. Es ist ihrer Entscheidung zu danken, daß die polnische Souveränität auf dem Wege ist, auf die in Frage stehenden Gebiete wieder ausgebreitet zu werden und daß die Bewohner dieser Gebiete der polnischen Nation einverleibt werden.

Um der Stütze willen, die die Hilfsquellen dieser Mächte der Gesellschaft der Nationen gewähren werden, von der Polen in Zukunft in reichem Ausmaß abhängig sein wird, muß es diese Gebiete in voller Sicherheit besitzen können.

Daraus erwächst für diese Mächte die Verpflichtung, welcher sie sich nicht entziehen können, in der dauerhaftesten und feierlichsten Form die Garantien festzulegen für die grundlegenden Verpflichtungen, welche den Einwohnern den nötigen Schutz gewähren, welches auch immer die Veränderungen seien, die in der inneren Konstitution des polnischen Staates sich ereignen könnten.

Auf Grund dieser Verpflichtung ist die Klausel 93 in den Friedensvertrag mit Deutschland eingefügt worden. Diese Klausel bezieht sich nicht nur auf Polen, sondern eine ähnliche Klausel sichert die Anerkennung derselben Prinzipien durch die Tschechoslowakei, und andere Klauseln sind in den Friedensvertrag mit Österreich aufgenommen und werden in die Verträge mit Ungarn und Bulgarien aufgenommen werden, um ähnliche Verpflichtungen den anderen Staaten aufzuerlegen, welchen die verschiedenen Verträge erheblichen Gebietszuwachs zusichern.

Es wird genügen, diese Tatsache in Erwägung zu ziehen, um zu sehen, daß das an Polen gerichtete Verlangen in dem Augenblick, wo in der feierlichsten Art die Wiederherstellung seiner Souveränität und seiner Unabhängigkeit anerkannt wird, und wo ihm wichtige Gebietsteile zugesprochen werden, nicht den geringsten Zweifel über die Ernsthaftigkeit dieses Verlangens in sich schließt, welches die Regierung und die polnische Nation beschwört, die Hauptprinzipien der Gerechtigkeit und der Freiheit aufrecht zu erhalten. Dieses liegt den Absichten der alliierten und assoziierten Hauptmächte ferner als ein Zweifel dieser Art.

3. Es ist wahr, daß der neue Vertrag in seiner Form von früheren Übereinkommen abweicht, welche von Fragen gleicher Art gehandelt haben. Der Formwechsel kommt notwendigerweise und ist ein grundlegender Bestandteil des neuen Regimes der internationalen Beziehungen, welche jetzt durch die Errichtung des Völkerbundes aufgestellt werden. Unter dem alten Regime waren die Garantien zur Ausführung der Bestimmungen dieser Art den Großmächten anvertraut. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in der Praxis dieses System nicht durchführbar ist. Man kann es gleicherweise kritisieren von dem Standpunkt aus, daß es den Großmächten, einzeln oder zusammengekommen,

das Recht einräumen könnte, sich in die innere Verfassung der interessierten Staaten einzumischen, eines Rechtes, dessen man sich zu politischen Zwecken bedienen könnte. Unter dem neuen Regime sind die Garantien dem Völkerbunde anvertraut. Die Klauseln, welche sich auf die Garantien beziehen, sind mit der größten Sorgfalt redigiert, derart, daß man klar sehen kann, daß Polen in keinem Falle unter die Vormundschaft der Signatarmächte gestellt wird.

Ich möchte Sie weiterhin darauf aufmerksam machen, daß eine Bestimmung in den Vertrag aufgenommen ist, welche es erlaubt, jede Differenz, welche sich aus der Erfüllung dieser Klausel ergeben könnte, vor den Gerichtshof des Völkerbundes zu bringen. Auf diese Weise werden Streitigkeiten, welche entstehen könnten, der politischen Sphäre entrückt, um einem Gerichtshof übertragen zu werden, welcher, wie man hofft, unparteiische Entscheidungen erleichtern wird, und jedenfalls die Gefahr der Einmischung der Mächte in die inneren Angelegenheiten Polens vermeiden wird.

4. Die Einzelbestimmungen, zu welchen Polen und die anderen Staaten ihre Zustimmung zu geben gebeten werden, weichen nur wenig von denjenigen ab, welche den neuen Staaten bei dem Berliner Kongreß auferlegt worden sind. Aber die den neuen Staaten auferlegten Verpflichtungen, welche anerkannt werden sollen, haben jederzeit nach den Einzelumständen gewechselt. Das vereinigte Königreich der Niederlande im Jahre 1814 erkannte formell ganz genaue Bestimmungen gegenüber den zu jener Zeit von dem Königreich annektierten belgischen Provinzen an, Verpflichtungen, welche eine erhebliche Einschränkung der unbeschränkten Ausübung der Souveränitätsrechte bedeuteten. Später, bei der Aufrichtung des Königreiches Griechenland wurde entschieden, daß die Regierung dieses Staates eine bestimmte Form annehmen solle, die in diesem Fall die kon-

stitutionelle Monarchie war. Als Thessalien Griechenland angegliedert wurde, wurde festgesetzt, daß die Personen, die Güter, die Ehre, die Religion und die Gewohnheiten derjenigen Einwohner der an Griechenland abgetretenen Ortschaften, welche unter hellenischer Verwaltung blieben, ganz genau respektiert werden mußten, und daß sie sich genau derselben bürgerlichen und politischen Rechte erfreuen sollten, wie die ursprünglichen hellenischen Untertanen. Es wurden unter anderem ganz genaue Bestimmungen zum Schutz der mohammedanischen Bevölkerung dieser Gebiete eingefügt.

Es ist eine neue Lage, über welche die Mächte jetzt zu entscheiden haben, und die Erfahrung hat gezeigt, daß neue Bestimmungen notwendig sind. Die Gebiete, welche jetzt an Polen und andere Staaten übergehen, umfassen unbestreitbar eine Bevölkerung, welche eine andere Sprache spricht und einer anderen Rasse angehören, als diejenige des Volkes, welchem sie einverleibt werden. Unglücklicherweise sind diese Massen durch feindlichen Haß lange Jahre hindurch getrennt gewesen. Es ist anzunehmen, daß diese Völker sich leichter in ihre neue Lage finden werden, wenn sie von Anfang an wissen, daß sie sicher sein können, beschützt und tatsächlich sichergestellt zu sein gegen jedes Risiko einer ungerechten Behandlung oder Unterdrückung. Die einfache Tatsache, zu wissen, daß diese Garantien vorhanden sind, werden hoffentlich die von allen gewünschten praktische Verständigung erleichtern und in der Tat dazu beitragen, es zu verhindern, daß es notwendig sein könnte, sie mit Gewalt durchzuführen.

5. Was die individuellen Klauseln des vorliegenden Vertrages angeht, so garantiert Artikel 2 allen Bewohnern die elementaren Rechte, die ihnen in allen zivilisierten Staaten tatsächlich zustehen.

Die Klauseln 3—6 sollen dazu dienen, jeder Person, welche ordnungsmäßig in dem unter die polnische Souveränität kommenden Gebiet wohnt, alle die-

jenigen Privilegien zu sichern, welche dem Mitbürger gebühren. Die Artikel 7 und 8, mit den vorgehenden im Einklang, bestimmen, daß kein Unterschied in der Behandlung gemacht werden soll hinsichtlich der polnischen Bürger, welche durch ihre Religion ihre Sprache oder ihre Rasse von der großen Menge der polnischen Bevölkerung verschieden sind. Wir glauben zu wissen, daß, weit davon entfernt, irgend einen Zweifel über den Grund dieser Artikel aufkommen zu lassen, die polnische Regierung bereits ihrerseits ihre feste Entschlossenheit erklärt hat, die zum Ausdruck gebrachten Grundprinzipien zum Grundsatz ihrer Einrichtungen zu machen. Die folgenden Artikel haben einen in diesem Sinne nur wenig abweichenden Charakter, indem sie gewissen Minoritätengruppen noch einige Einzelrechte zugestehen.

Bei der endgültigen Revision dieser Artikel haben sich die Mächte die von ihnen in ihrem Memorandum vom 15. Juni gemachten Anmerkungen zu eigen gemacht, und demzufolge sind diese Artikel einigen textlichen Abänderungen unterzogen worden. Der endgültige Text des Vertrages läßt klar erkennen, daß die Wohltat der besonderen Privilegien, welche in Artikel 9 festgelegt sind, ausschließlich auf die polnischen Bürger deutscher Zunge ausgedehnt sind, aus denjenigen Teilen Polens, welche der Vertrag mit Deutschland von Deutschland an Polen überführt hat, ausgedehnt sind. Die Deutschen der anderen Teile Polens können diesen Artikel, um an den Privilegien teilzuhaben, nicht für sich in Anspruch nehmen. Sie können sich also nur auf die Großmut der polnischen Regierung beziehen und werden sich tatsächlich also in derselben Lage befinden, wie die deutschen Mitbürger polnischer Zunge in Deutschland.

6. Die Klauseln 10 und 12 beziehen sich hauptsächlich auf die jüdischen Mitbürger Polens. Die Nachrichten, welche die alliierten und assoziierten Haupt-

mächte über die Beziehungen, welche zwischen den Juden und den anderen polnischen Mitbürgern bestehen, besitzen, haben sie zu dem Entschluß geführt, in Anbetracht der historischen Entwicklung der Judenfrage und der großen Animosität, welcher sie unterliegen, daß es notwendig sein wird, den Juden in Polen einen besonderen Schutz angedeihen zu lassen. Diese Klauseln sind auf ein Minimum beschränkt, welches unter den obwaltenden Umständen notwendig erscheint, und zwar: die Unterhaltung jüdischer Schulen und der Schutz der Juden bei der Beobachtung ihres Sabbats. Es ist anzunehmen, daß diese Bestimmungen keinen Hinderungsgrund zur politischen Einigkeit Polens bilden werden. Sie bedeuten nicht eine Anerkennung der Juden als eine besondere getrennte politische Gemeinde im polnischen Staat. Die auf den Unterricht bezüglichen Bestimmungen enthalten nichts, was nicht bei den Unterrichtseinrichtungen in vielen modernen gutorganisierten Staaten für die Erziehungseinrichtungen vorgeesehen wäre.

Es ist nicht unvereinbar mit der Souveränität des Staates, Schulen anzuerkennen und zu unterstützen, in welchen die Kinder unter demselben religiösen Einfluß stehen, welchen sie von Hause aus gewöhnt sind. Indem ausdrücklich anerkannt wird, daß die Bestimmungen dieses Vertrages dem polnischen Staate keineswegs unterlagen, die polnische Sprache in allen Schulen und Erziehungsanstalten obligatorisch zu machen, befinden sich in demselben vollkommen ausreichende Garantien gegen den Gebrauch der nichtpolnischen Sprache, zu dem Zwecke, separatistische Tendenzen im Innern des Staates zu verfolgen.

7. Die ökonomischen Klauseln, welche in dem Kapitel 2 des Vertrages enthalten sind, sind mit dem Ziele redigiert worden, um die Aufrichtung lebensfähiger Handelsbeziehungen zwischen dem unabhängigen Polen und den anderen alliierten

und assoziierten Mächten zu erleichtern. Sie umfassen Bestimmungen, welche sich auf diplomatische und konsularische Vertretungen beziehen, auf die Freiheit des Durchgangsverkehrs und die Zustimmung der polnischen Regierung zu einer gewissen Zahl internationaler Vereinbarungen.

Bei der Redaktion dieser Klauseln haben die alliierten und assoziierten Hauptmächte nicht den Wunsch in den Vordergrund geschoben, sich besondere wirtschaftliche Vorteile zu sichern. Man wird bemerken, daß die ihnen zugebilligten Rechte durch diese Bestimmungen gleichmäßig auf alle Mitglieder der Liga der Nationen ausgedehnt sind. Eine gewisse Anzahl dieser Bestimmungen haben einen rein zeitlichen Charakter und sind nur zu dem Zwecke eingefügt, um die kurze Unterbrechung zu überwinden, welche eintreten wird, bis Polen selbst ein bestimmtes allgemeines Reglement geschaffen hat oder durch Handelsverträge oder allgemeine Abkommen, welche von der Liga der Nationen anerkannt sind.

Um zusammenzufassen, bin ich beauftragt, ihnen im Namen der alliierten und assoziierten Mächte die tiefste Gernugung darüber auszudrücken, daß es ihnen vergönnt ist, Polen als unabhängigen Staat wieder aufgerichtet zu sehen. Von ganzem Herzen bringen sie der polnischen Nation, welche ihren Platz in der Familie der Nationen wieder einnimmt, ein Willkommen entgegen. Sie erinnern sich der hervorragenden Dienste, welche Polen Europa geleistet hat im öffentlichen Leben und durch den Anteil, welchen es an dem Fortschritt der Menschlichkeit genommen hat, an der gemeinsamen Stunde aller zivilisierten Nationen. Sie sind überzeugt, daß die Stimme Polens nunbringend ertönen wird in ihren gemeinsamen Aussprüchen über den Frieden und die Harmonie, daß dann Einfluß dazu gebraucht werden wird, den Geist der Freiheit und Gerechtigkeit in den auswärtigen Angelegenheiten zu entwickeln, und daß sie ebenso mitarbeiten wird an

dem Verständigungswerk der Nationen, welches nach Friedensschluß die Hauptaufgabe der gesamten Menschheit sein wird.

Der Vertrag, durch welchen Polen feierlich vor der Welt seinen Entschluß, die Prinzipien der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Toleranz aufrechtzuerhalten erklärt, welches die grundlegenden Prinzipien des alten Königreiches Polen waren, und durch es auf die ausdrückliche und formellste Weise die Bestätigung seiner Rückkehr in die Familie der unabhängigen Nationen empfängt, wird durch Polen und durch die alliierten und assoziierten Hauptmächte bei Gelegenheit der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland und zu gleicher Zeit unterzeichnet werden.

gez. Unterschrift.

Aus dem Vertrag selbst sind jetzt auch die Artikel 1 bis 8 bekannt geworden.

(Vergl. Nr. 19 der Mitteilungen auf S. 287.)

In Artikel 1 wird bemerkt, daß die nachstehenden Artikel „als fundamentale Gesetze anerkannt sind, daß kein Gesetz, keine Verfügung und keinerlei offizielle Handlung im Widerspruch zu den Bestimmungen stehen oder ein Hindernis für sie sein dürfen, daß kein Gesetz, keine Verfügung und keinerlei offizielle Handlung mehr Geltung haben wird als sie.“

Artikel 2. Die polnische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Bedingung der Geburt, Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion umfassenden und völligen Schutz ihrer Freiheit zu gewähren. Alle Einwohner Polens haben das Recht der freien, sowohl öffentlichen als privaten Ausübung jeden Glaubens, jeder Religion und jeder Glaubenslehre, deren Ausübung mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten nicht unvereinbar ist.

Artikel 3. Polen anerkennt als polnische Staatsangehörige vollen Rechtes und ohne irgendeine Formalität die deutschen, österreichischen, ungarischen oder russischen Staatsangehörigen, die am Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages in demjenigen Gebiete wohnen, das auf Grund der gegenseitigen Verträge mit Deutschland, Österreich,

Ungarn und Rußland als Teil von Polen erklärt ist oder wird, aber unter dem Vorbehalt jeder Anwendung der genannten gegenseitigen Verträge auf Personen, die später, an einem bestimmten Datum, auf diesem Gebiete ansässig sind. Jedoch sollen die oben bezeichneten Personen im Alter von über achtzehn Jahren das Recht haben, innerhalb der in den genannten Verträgen vorgesehenen Bedingungen für jede andere Staatsangehörigkeit, die ihnen offen sein wird, zu optieren. Die Option des Ehemannes hat diejenige der Frau zur Folge und die Option der Eltern ist für ihre Kinder im Alter von unter achtzehn Jahren gültig. Diejenigen Personen, die das Recht der vorstehenden Option ausgeübt haben, müssen nach Ablauf von zwölf Monaten und sofern der Friedensvertrag mit Deutschland nicht gegenteilige Verfügungen enthält, ihren Wohnsitz in demjenigen Staat verlegen, für den sie optiert haben. Sie haben das Recht, das unbewegliche Vermögen, das sie besitzen, in polnischem Gebiete aufzubewahren, sie können ihr Vermögen und ihre bewegliche Habe jeder Art wegchaffen. Es darf ihnen aus diesem Grunde keinerlei Ausgangsgeld auferlegt werden.

Artikel 4. Polen anerkennt als polnische Staatsangehörige vollen Rechtes und ohne irgendwelche Formalität diejenigen Personen deutscher, österreichischer, ungarischer oder russischer Staatsangehörigkeit, die auf dem besagten Territorium von Eltern geboren sind, die zur Zeit des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages noch dort wohnen, selbst wenn sie selber dort nicht wohnen. Jedoch können diese Personen während der dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages folgenden zwei Jahre vor den kompetenten polnischen Behörden des Landes, in dem sie wohnen, erklären, daß sie auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichten, und sie hören dann auf, als polnische Staatsangehörige angesehen zu werden. In dieser Beziehung wird die Erklärung des Ehemannes für seine Ehefrau und diejenige der Eltern für ihre Kinder im Alter von unter achtzehn Jahren Gültigkeit haben.

Artikel 5. Polen verpflichtet sich, der Ausübung des Optionsrechtes, das in den

abgeschlossenen und abzuschließenden Verträgen der alliierten und assoziierten Mächte mit Deutschland, Österreich, Ungarn oder Rußland vorgesehen sind, kein Hindernis zu bereiten und den Interessierten zu gestatten, die polnische Staatsangehörigkeit zu erwerben oder nicht.

Artikel 6. Die polnische Staatsangehörigkeit soll vollen Rechtes durch die einzige Tatsache der Geburt auf polnischem Territorium von jeder Person erworben werden, die sich nicht auf eine Staatsangehörigkeit stützen kann.

Die Artikel 7—12 haben wir bereits veröffentlicht.

Kleine Mitteilungen

Deutsche Aufforderung zu Verhandlungen mit Polen.

Paris, 8. Juli.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Freiherr v. Versner, übermittelte heute mittag dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note:

„Die Ausführung des Friedensvertrags im deutschen Osten macht unmittelbar nach der Ratifikation umfangreiche Vorbereitungen erforderlich. Insbesondere würde eine unvermittelte Zurückziehung der deutschen Behörden aus den abzutretenden Gebieten unzweifelhaft große Verwirrung hervorrufen. Dies gilt vor allem für die innere Verwaltung, die Rechtspflege und das Verkehrswesen. Sicherheit und Ordnung erscheinen um so schwerer gefährdet, als die nationalen Gegensätze in den in Frage kommenden Gebieten bereits jetzt zu einer starken Erregung der ganzen Bevölkerung geführt haben. Die deutsche Regierung hält deshalb die beschleunigte Einleitung unmittelbarer Verhandlungen mit der polnischen Regierung für unerlässlich. Das Ziel dieser Verhandlungen würde sein, unter Zugiehung vor allem auch der beteiligten preussischen Ressorts eine geordnete Übergabe und Überleitung der einzelnen Verwaltungszweige sicherzustellen und die Einzelheiten über eine planmäßige Zurückziehung der preussischen Beamten festzulegen. Die Verhandlungen würden mit Rücksicht auf den Umfang der Beteiligung der preussischen Dienststellen und die notwendigen sachlichen Unterlagen am besten in Berlin stattfinden. Den polnischen Delegierten würden für diesen Fall alle erforderlichen Erleichterungen gewährt werden.

Es wird um eine baldgefallige Mitteilung darüber gebeten, ob die polnische Regierung

diesem Vorschlage zustimmt und bereit ist, mit größtmöglicher Beschleunigung ihre Vertreter zu benennen und den Zeitpunkt ihres Eintreffens in Berlin mitzuteilen.“

„Berl. Tagebl.“ Nr. 811 vom 10. Juli.

Die Einteilung Polens.

Nach dem jetzt vorliegenden Plane der Einteilung Polens in Verwaltungsbezirke soll Polen aus 15 Wojewodschaften bestehen, darunter die Wojewodschaften Posen, Thorn, Westpreußen, Ostpreußen mit dem polnischen Grenzlande, Teschen, Tarnobrzeg, Stanislaw, Przemyśl mit einem weit hinter den San reichenden Bezirk Kolomeja. Dem wirtschaftlichen Charakter einer jeden Provinz, die noch in besondere Bezirke eingeteilt wird, soll auf Grund einer weitgehenden Autonomie Rechnung getragen werden. Da die Stadt Thorn zur Wojewodschaft erhoben wird, werden die gesamten preussischen Verwaltungsbehörden von Danzig nach Thorn verlegt werden.

Polnischer Verfassungsentwurf.

Zu der Mitteilung, daß Polen in 15 Wojewodschaften eingeteilt werden soll, berichtet der „Głos Narodu“:

Gegenwärtig schweben Verhandlungen über die Einführung einer besonderen Verwaltung in denjenigen Wojewodschaften, die früher zu preussischem und österreichischem Teilgebiet gehört haben. Sie sollen eine besondere Vertretung, ein besonderes Ministerium mit breiten Vollmachten und eine volle Autonomie erhalten. Diese Beschlüsse sind infolge der besonderen wirtschaftlichen Bedingungen, in denen diese Provinzen gelebt haben, wie auch mit Rücksicht auf ihre besondere Gesetzgebung verfaßt worden. Im Zusammenhang damit bringen die polnischen Blätter folgende Meldung aus Warschau:

Der Abgeordnete Professor Buzel von der Universität Warschau hat ein Verfassungsprojekt für die polnische Republik ausgearbeitet, welches in Warschauer politischen Kreisen weitgehendes Interesse gefunden hat. Ein großer Teil der Presse hat es warm empfohlen, und in einflussreichen Abgeordnetentreifen ist es zum Gegenstand lebhafter Diskussionen geworden. Im Gegensatz zu allen bisherigen Projekten, die auf der Grundlage der Zentralisation fußten und die örtliche Selbstverwaltung als eine Nebensache behandelten, berücksichtigt das Projekt Buzel eine umfangreiche Autonomie der einzelnen Gebiete. Es sieht die Einteilung des polnischen Reiches in eine Anzahl Ländereien vor, etwa in der Art von Einzelstaaten und Kantonen. Diese Ländereien haben aber eine vollständige Selbstverwaltung mit einem Landtag an der Spitze und können für sich lokale Verfassungen beschließen. Die Frage einer umfangreichen, nicht nur administrativen, sondern auch gesetzgebenden Selbstverwaltung der einzelnen Gebiete ist die wichtigste Eigenschaft dieses Projektes. In anderen Punkten sieht es folgendes vor: Polen ist eine Republik, an deren Spitze ein Präsident steht, der auf die Dauer von sechs Jahren gewählt wird, und zwar nach amerikanischem Muster durch besondere Abgeordnete. Das aktive und passive Wahlrecht haben alle Bürger, die mindestens 21 Jahre alt sind, und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes. Das gleiche Prinzip ist auch ausschlaggebend für die lokalen Wahlen. („Dtsch. Allg. Ztg.“ vom 15. Juli Nr. 334)

Rechtsverwahrung der Ostmarkenparlamentarier in der Deutschen Nationalversammlung.

Nachstehende Rechtsverwahrung wurde am 7. Juli nach Annahme der Ratifikation des Friedens von sämtlichen Abgeordneten der betroffenen ostmärkischen Wahlkreise unterzeichnet und von dem Reichskommissar August Winnig zur Verlesung gebracht: Die im Frieden von Versailles vorgesehene Regelung der Ostfragen steht in unvereinbarem Widerspruch zu den Noten und Äußerungen des

Präsidenten Wilson, die wir und unsere Feinde gleicherweise als vertragsmäßige Rechtsgrundlage für die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen angenommen haben. Im deutschen Osten wird dieses Grundrecht der Völker mit Füßen getreten, wenn uns große Teile der Provinzen Westpreußen und Posen, wenn uns Memel und Teile Schlesiens genommen werden, ohne daß die Bevölkerung dieser Gebiete befragt worden ist, und wenn weitere große Teile Ostpreußens und Westpreußens sowie Oberschlesiens der Volksabstimmung in Formen unterworfen werden, die das Selbstbestimmungsrecht zu einem Herrbild machen. Der deutsche Charakter dieser Gebiete könnte freilich durch das Ergebnis einer solchen Abstimmung niemals berührt werden. Die polnische Republik sollte die Gebiete mit einer unbestreitbaren polnischen Bevölkerung umfassen. Wortlaut und Geist aus dieser Bestimmung sind durch den Frieden von Versailles gräßlich verletzt, und weder Polen noch die Entente werden jemals Gebiete zu Recht besitzen, in denen das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachtet wurde. Die Bestimmungen des Versailler Friedens über den deutschen Osten entbehren somit in ihrer Gesamtheit der von den verbündeten und vereinten Mächten selbst geforderten Rechtsgrundlage. Darauf gestützt, legen die unterzeichneten Abgeordneten des Ostens, zugleich im Namen der von ihnen vertretenen Bevölkerung, in dieser weltgeschichtlichen Stunde, da die Mehrheit der Deutschen Nationalversammlung die Unterschrift der Regierung unter den Frieden von Versailles durch Reichsgesetz bestätigt hat, vor aller Welt einmütig feierlich Verwahrung ein gegen die Zerstückelung des deutschen Ostens. Unser unveräußerliches Recht auf Zugehörigkeit zum deutschen Mutterlande kann durch gewaltsame Losreißung niemals getroffen werden. Diese Verwahrung ist getragen von der festen Zusage, daß sich Recht und Gerechtigkeit auf die Dauer stärker erweisen werden als die heute triumphierende Gewalt. Einst kommt der Tag, da der Sieg des Rechts das Unrecht von Versailles wieder gutmachen wird.

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Polens und Westpreukens

Nr. 21

Verantwortlich: Carl Georg Bruns
Schriftleitung: Bromberg, Belgienplatz 1 III
Fernruf Nr. 321

6. August 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Ziele und Aufgaben der Volksratsbewegung.
— Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Ziele und Aufgaben der Volksratsbewegung

Die Verhältnisse in der Ostmark haben sich seit dem 22. Juni so grundlegend verschoben, daß es angebracht ist, die neuen Probleme, die sich für die Volksräte ergeben haben, grundsätzlich zu erörtern.

Durch das Fehlen eines Zusammenschlusses des Ostmarkendeutschtums, war die politische Entwicklung in den Ostmarken schon lange ungünstig beeinflusst, dieser Mangel drohte aber verhängnisvoll zu werden, nachdem der Zusammenbruch des 9. November eine einheitliche behördliche Führung der Ostmarkenpolitik, hinter die sich das Deutschum hätte stellen können, unmöglich erscheinen ließ. Daraus ergaben sich für die Volksratsbewegung zwei Aufgaben; die Schaffung einer das gesamte Deutschum umfassenden Organisation und durch sie die Gewinnung eines eigenen politischen Verhältnisses zu den Polen. Die erste Aufgabe konnte nur durch den Aufbau der Volksräte auf breitester demokratischer Grundlage gelöst werden. Sie ist in einem Umfange gelöst worden, wie auch großer Optimismus es kaum hätte erwarten können. Die Lösung der zweiten Aufgabe, wurde in gewissem Sinne gerade dadurch erleichtert, daß auf eine starke Führung des Ostmarkendeutschtums durch die Regierung nicht gerechnet werden durfte und daher durch die Notwendigkeit, vom Ostmarkendeutschum aus selbst Richtlinien für eine einheitliche Stellung den Polen gegenüber zu gewinnen, auch solche Kreise zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt wurden, die früher verschiedene polnische Ziele verfolgt und nach der Lage der Dinge ihre Durchsetzung weniger in der Ostmark selbst als bei der Regierung zu erreichen versucht hatten. Dazu kam weiter, daß das Wilsonprogramm — es ist das wohl das einzige positive Verdienst, das Wilson sich um uns erworben hat — mit seinem Schlagwort von dem Selbststimmungsrecht der Völker in seiner Anwendung auf die Polen mit dazu beitrug, eine Befinnung auf die Eigenartigkeit des Ostmarkenproblems herbeizuführen. Daraus folgte das weitere mit logischer Folgerichtigkeit eigentlich von selbst. Die Gemengelage, in der Deutsche und Polen miteinander wohnen, zwang dazu, einen Weg zu finden, auf dem man zu einem wirklichen Frieden in den Ostmarken kam, es mußte ein deutsch-polnischer Ausgleich erstrebt werden, und die Voraussetzung eines solchen Ausgleiches war wieder, daß Deutsche und Polen in gleichwertigen Organisationen einander gegenüberstanden. Da Erhaltung und Kräftigung des Deutschums bei alledem oberster Leitsatz war, konnte das Ziel nur sein, den deutsch-polnischen Ausgleich im Rahmen des deutschen Reiches zu erreichen. So ist wohl kein deutscher Volksteil mit größerer Leidenschaftlichkeit dem Gang der Friedensverhandlungen gefolgt, und nirgend ist die-

Bereitswilligkeit, die Unversehrtheit des deutschen Reiches mit Gut und Blut zu verteidigen, größer gewesen als in der Ostmark.

Es ist anders gekommen. Das deutsche Reich gab uns preis. Die Art und Weise, wie die deutsche Reichsregierung uns aus dem Reiche entließ, ist wohl geeignet gewesen, manche Bande, die uns an unser Mutterland knüpften, zu zerreißen. Aber es ist jetzt nicht an der Zeit, dieses traurigste Kapitel der deutschen Geschichte wieder aufzuschlagen. Daß wir auf uns selbst gestellt waren, diese Erkenntnis begann schon vorher immer stärker bei uns zu werden. Jetzt wissen wir es alle, daß wir ohne fremde Hilfe selbst in die Hand nehmen müssen, was not tut.

Wir gehören nicht mehr zum deutschen Reich. Diese Tatsache ist wohl erheblich genug, eine völlige Revision der Politik der Volksräte herbeizuführen. Und es ist kein Zeichen großer politischer Einsicht, wenn den Volksräten daraus ein Vorwurf zu machen versucht wird, daß sie doch noch vor kurzem so ganz andere Ziele verfolgt hätten als jetzt. Wenn Politik die Kunst des Möglichen ist, dann müssen zunächst einmal alle Tatsachen so genommen werden, wie sie sind, und es darf sich der klare Blick durch irgendwelche Gefühle, mögen sie auch noch so schön und menschlich berechtigt sein, nicht trüben lassen. Wir haben gegen unsere Ausstoßung aus dem deutschen Reich bis zum letzten Augenblick uns gemehrt und sind bereit gewesen, mit den Waffen in der Hand das drohende Geschick abzuwenden. Die Ereignisse sind nicht durch unsere Schuld darüber hinweggegangen. Es heißt jetzt, auf den neuen Tatsachen neu aufbauen. Die Volksratspolitik begann mit dem Ziel des deutsch-polnischen Ausgleichs. Dieses Ziel aufzugeben, sind wir auch jetzt nicht gezwungen. Wir sind dadurch in der Lage, gradliniger als mancher andere auf den einmal beschrittenen Wegen fortzuschreiten. Wir wollten den Ausgleich im Rahmen des deutschen Reichs, wir können ihn jetzt nur erreichen im Rahmen des neuen Polenstaates.

Nun ist es gewiß begreiflich, wenn es manchem Deutschen schwer fällt, sich ohne weiteres auf diesen Standpunkt zu stellen. Es ist deshalb gut, wenn wir einmal mit aller Offenheit erwägen, ob es nicht auch andere Möglichkeiten für uns gibt. Ist es nicht richtiger, die neuen Tatsachen von vornherein nicht anzuerkennen, den Polen den Kampf anzusagen und das gesamte Verhalten des Deutschtums auf ein möglichst baldiges Zurückfallen der Ostmarken an das deutsche Reich einzustellen? Das Mittel zu diesem Zwecke wäre dann, mit allen Kräften die Festigung des polnischen Staates zu verhindern, die destruktiven Elemente, die in ihm reichlich enthalten sind, zu fördern und durch die Herbeiführung des Auseinanderfallens des polnischen Staates der Möglichkeit einer Wiedervereinigung mit dem Mutterland die Wege zu ebnen. Die Volksräte haben diesen Weg mit voller Klarheit abgelehnt und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ihnen die Erhaltung des Volkstums an erster Stelle steht. Es ist durchaus möglich, daß eine entschlossene deutsche Politik eine innere Erstarkung des Polenstaates verhindern könnte. Aber das könnte nur erreicht werden auf Kosten des Deutschtums. Das wollen wir nicht mitmachen und müssen nun auch ohne Halbheiten bereit sein, uns auf den Boden der Legalität zu stellen und damit an dem Aufbau Polens mitzuarbeiten. Aber da uns unser Volkstum an erster Stelle steht, so tun wir dies nur, soweit wir die Möglichkeit haben werden, in Polen unser Deutschtum zu erhalten und zu entwickeln. Wir wollen Deutsche in Polen sein. Die Folgerungen sind damit klar gegeben.

Was bedeutet deutsch-polnischer Ausgleich unter diesen Verhältnissen? Genau so wie wir eine Germanisierungspolitik abweisen, so lange unser Ziel die Erhaltung der Ostmarken beim deutschen Reich war, genau so müssen wir jetzt verlangen, daß die Polen von jedem Versuch einer Polonisierung abstehen. Das bedeutet zunächst, daß kein Deutscher wegen der Tatsache seiner Stammeszugehörigkeit in Polen anders behandelt werden darf als der Pole. Es bedeutet aber ein weiteres. Der deutsch-polnische Ausgleich hat zur Voraussetzung, daß Deutschtum und Polentum als gleichberechtigte Faktoren nebeneinander anerkannt

werden, d. h. nicht nur der einzelne Deutsche und der einzelne Pole haben die gleichen Rechte, sondern Deutschtum und Polentum werden als besonders in sich geschlossene Volksteile anerkannt, die in gleicher Weise ihr Volkstum nach seinem inneren Wesen pflegen dürfen. Nur dann werden wir in der Lage sein, lokale polnische Staatsbürger zu sein, wenn Polen uns eine deutsche Gemeinschaftsarbeit vorbehaltlos ermöglicht.

Die Pflege der deutschen Zusammengehörigkeit als kulturmäßige Einheit ist somit die vornehmste Aufgabe des Deutschtums. Diese Aufgabe kann gelöst werden nur von einem einheitlich zusammengeschlossenen Deutschtum. Der polnische Staat kann nicht die Aufgabe einer positiven Förderung deutschen Wesens haben. Seine Aufgabe ist es nur, dafür zu sorgen, daß die Deutschen sich ungehindert der Pflege ihres Wesens widmen können. In erster Linie werden wir Deutschen uns ein eigenes Bildungswesen zu schaffen und zu erhalten haben. Hier genügt es nicht, daß der polnische Staat dem einzelnen Deutschen ein Recht auf Berücksichtigung seiner Sprache zuerkennt, sondern Maß und Art dieser Pflege müssen bestimmt werden von den Deutschen selbst. Dazu ist erforderlich nicht allein eine formelle Anerkennung eines solchen Rechts, sondern es ist nötig, daß die polnische Gesetzgebung auf kulturellem Gebiet sich die Schranken auferlegt, innerhalb derer Konflikte zwischen den deutschen kulturellen Ansprüchen und den Ansprüchen der polnischen Gesetzgebung von vornherein ausgeschlossen sind. Für die deutschen Volksräte, deren Aufgabe es bisher lediglich war, eine einheitliche Vertretung des Deutschtums neben dem Polentum zu schaffen, handelt es sich nunmehr darum, das ganze weite Gebiet deutscher Bildung mit reichem Leben zu erfüllen.

Und weiter, Pflege des Volkstums bedeutet nicht nur Erziehung des einzelnen in Sprache, Sitte und Art seines Volkes, sondern das Volkstum muß eine lebendige, höhere gesellschaftliche Einheit darstellen. So muß der Zusammenhang der Deutschen untereinander auf jedem Gebiete gepflegt werden. Unser Ziel muß sein, eine einzige große Familie zu bilden, in der jeder den andern fördert und stützt. Die Aufgaben, die daraus erwachsen, lassen sich im einzelnen nicht aufzählen. Leitsatz muß sein, daß es nichts geben darf, was der polnische Staatsbürger deutscher Stammesangehörigkeit nicht als Deutscher tun darf. Erreichen wir das, wird man uns die Möglichkeit geben, in jeder Hinsicht als Deutsche zu leben, dann werden auch die Polen einsehen, daß sie sich damit in ihrem Staatswesen eine starke Kraftquelle schaffen. Der deutsch-polnische Ausgleich wird dann nicht nur eine gesetzmäßige Form sein, sondern er wird das Wort werden, das den tatsächlichen Zustand friedlichen Zusammenlebens der beiden Nationalitäten am besten kennzeichnet. Wir verkennen die Schwierigkeiten, die sich einem solchen Ziel in den Weg stellen, nicht. Auf beiden Seiten gibt es zu viel Erinnerungen, und auf beiden Seiten sind zu viel tatsächliche Verschiedenheiten der Charakteranlage vorhanden, als daß nicht immer wieder ein Gegensatz zwischen Deutschen und Polen in die Erscheinung treten könnte. Aber wir müssen uns doch alle darüber klar sein, daß die Lage in den Ostmarken den deutsch-polnischen Ausgleich zu einer einfachen Notwendigkeit macht. Ausgleich oder Kampf mit dem Ziel der Vernichtung des anderen Teiles, das ist die Alternative, vor der wir stehen. Wir glauben den Polen, daß sie die zweite Alternative nicht wählen wollen. Dann müssen wir aber auch verlangen, daß sie die erste Alternative mit voller Konsequenz ergreifen. Darüber jedenfalls darf von Anfang an ein Zweifel nicht bestehen. Versagt man uns das Recht, als Deutsche in deutscher Gemeinschaft zu leben, dann hat es mit der Loyalität ein Ende. Schwierigkeiten werden sich ergeben auch beim besten Willen beider Teile. Gelöst werden können sie im deutschen Interesse nur, wenn die Deutschen einheitlich zusammenstehen und bereit sind, gemeinsam für die Rechte jedes einzelnen und ihrer Gemeinschaft einzutreten. Ziele und Aufgaben der Volksratsbewegung sind damit eindeutig umrissen: Pflege deutschen Wesens in deutscher Gemeinschaft, Festigung der Stellung des Deutschtums im polnischen Staat, die dem Deutschtum seiner inneren Bedeutung nach zukommt und damit auch Mitarbeit am polnischen Staat.

Aus den Deutschen Volksräten

Neue Richtlinien zur Gründung Deutscher Kreisvolksräte.

Zweck der Deutschen Volksräte.

1. Begründung des sozialen Friedens unter den Deutschen,
2. Kulturelle und wirtschaftliche Förderung der Deutschen im Rahmen des polnischen Staates.

Kein Mittel ist unberührt gelassen, auf das angestrengteste ist gearbeitet worden, die Ostmark beim Deutschen Reich zu erhalten. Die Übermacht der Entente und die trostlose innere Lage des Reiches waren entscheidender als der Wille der Ostmark. Die deutsche Ostmark mit ihren vier Millionen Deutschen ist dem polnischen Reich einverleibt. Das darf für die Deutschen nicht heißen: Ihr müßt Polen werden! Im Gegenteil, Euer Deutschtum werdet Ihr auch unter den veränderten Verhältnissen bewahren, wenn Ihr es in Eurem Herzen unerröckbar festhaltet, Eure kulturellen Kräfte in einer festen deutschen Organisation sammelt und Eure deutsche Gesinnung mutig bekennet, wenn auch ohne Herausforderung.

Der Deutsche Volksrat ist die Vereinigung aller Deutschen und die polnische Regierung hat ihn als solche anerkannt. Allein durch den Deutschen Volksrat könnt Ihr also in Zukunft Eure berechtigten Interessen nachdrücklich vertreten. Je vollzähliger die Deutschen dem Deutschen Volksrate beitreten, desto tatkräftiger können dessen Führer für Eure und damit alle deutschen Rechte eintreten.

Was ist und was will also der Deutsche Volksrat?

1. Er ist keine Kampforganisation gegen die Polen, er will vielmehr einen friedlichen Ausgleich zwischen deutschen und polnischen Mitbürgern schaffen, weil Deutsche und Polen in Zukunft aufeinander angewiesen sind.
2. Er will unter den Deutschen unbedingt geschlossene Einigkeit, sozialen Frieden, Ausgleich aller politischen, konfessionellen und Standesunterschiede im Hinblick

auf die gemeinsamen deutschen Interessen von Mann und Weib herstellen.

3. Er will die Deutschen kulturell und wirtschaftlich fördern, ihre deutsche Art und deutsches Wesen wacherhalten, namentlich auch den Sinn für deutsches Heim und deutsche Familie schärfen.
4. Er will die berechtigten gemeinsamen Interessen der Deutschen bei den polnischen Behörden durchsetzen und die polnischen Behörden in förderlichen Maßnahmen für die Deutschen durch Rat und Tat unterstützen.
5. Er will auf eine deutsche Vertretung in dem Landesparlament hinwirken und den Zusammenschluß der Deutschen für die Wahlen zum Landtag und anderen Körperschaften nachdrücklich fördern.
6. Der Deutsche Volksrat will durch den Zusammenschluß sämtlicher wirtschaftlicher Organisationen der Deutschen ihre wirtschaftliche Festigung und durch Inanspruchnahme und Ausbau der kulturellen Selbstverwaltung ihre kulturelle Hebung sichern.

Der Deutsche Volksrat will alle deutschen Männer und Frauen in eine große Familie zusammenschließen, er will den Rastengeiß vertreiben und will unserem Volkstamm sich unter den neuen Verhältnissen geblühliche Lebensbedingungen schaffen. Solches Ziel ist nur erreichbar nach Überbrückung aller Hindernisse, die sich trennend zwischen die einzelnen Schichten des deutschen Volkes geschoben haben. Darum keine Sozialistenhölerei, kein Antisemitismus, keine konfessionellen und parteilichen Gegensätze, keine Betonung des Trennenden, sondern stete Hervorhebung aller derjenigen Lebensäußerungen, die uns als Deutsche verbinden.

Der Deutsche Volksrat.

Alle deutschen Männer und Frauen über achtzehn Jahre ohne Unterschied des Bekenntnisses, der Parteien und Stände treten zur Deutschen Vereinigung zusammen.

In ländlichen Bezirken schließen sich Ortschaften, die zusammen 150 bis 250 Familien

zählen, gruppenweise zusammen. Größere Städte, wie Bromberg, Thorn, Graubenz, teile man in entsprechende Bezirke.

Ist die Vereinigung der Deutschen eines Bezirks oder Ortes erfolgt, so wird zur Wahl des Volksrates dieser Vereinigung geschritten. Es werden je nach der Größe dieser Vereinigung drei und mehr Volksratsmitglieder gewählt, und zwar möglichst aus allen Berufen.

Auf dem Lande wählt man Vertreter des bäuerlichen und großen Grundbesitzes, landwirtschaftliche Arbeiter, Gewerbetreibende und Lehrer oder Pfarrer, sowie Beamte und Angestellte.

In der Stadt müssen vertreten sein: Der Kaufmann und Industrielle, der kleine Gewerbetreibende, die freien Berufe, alle Kategorien der Beamtenschaft und der Angestellten, der Handwerker, der Arbeiter und der Heeresangehörigen. Nach vollzogener Wahl des Volksrates entfernen sich die Erschienenen bis auf die Gewählten. Diese wählen nun aus ihrer Mitte einen Obmann, derselbe ist gleichzeitig Kreisdelegierter, außerdem werden je nach der Größe der Bezirke ein bis zwei weitere Kreisdelegierte gewählt.

Diese Kreisdelegierten bilden den Kreisvolksrat. Die Verhandlungen des Kreisvolksrats sind öffentlich. Sobald es der Fortschritt der Organisation im Kreise gestattet, versammeln sich die Kreisdelegierten und wählen sich einen Obmann und elf Mitglieder, die zusammen den Arbeitsausschuß bilden. Den Mitgliedern des Ausschusses sollen Reisekosten und Aufwendungen ersetzt werden.

Der Kreisvolksrat unterhält ein ständiges Bureau, das von einem Geschäftsführer verwaltet wird, der nach Möglichkeit besoldet ist. Es ist zu erstreben, einen Geschäftsführer im Hauptamt anzustellen.

Zur Schaffung eines Kreisvermögens zählt grundsätzlich die ländliche Bevölkerung 0,50 Mark pro Morgen, Gewerbetreibende, Beamte, Arbeiter einen entsprechenden Teil ihres Einkommens als einmaligen Beitrag. Für nicht im Erwerb stehende Familienmitglieder braucht ein Beitrag nicht erhoben zu werden. Die Beiträge werden auf ein Konto des Deutschen Volksrats des Stadt-

oder Landkreises eingezahlt und bleiben der Verwendung für die Bedürfnisse des Kreises vorbehalten. Ihre Verwaltung erfolgt durch den Kreisvolksrat gemeinsam mit einem „Rassenbeigeordneten“ der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vereinigung.

Alle Anfragen sind zu richten an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vereinigung Bromberg, Belgienplatz 1, III, Fernspr. 821.

„Wir wollen endlich in Frieden miteinander leben“.

Die von dem Deutschen Volksrat Neuenburg (Wpr.) am 14. Juli abgehaltene öffentliche Volksversammlung war von Deutschen und Polen außerordentlich stark besucht. Charakteristisch für die bisherige gute Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Volksräten war die Tatsache, daß der Vertreter der „Maba Ludowa“ an dem Vorstandstisch des Deutschen Volksrates der Versammlung beizuhönte. Nach Begrüßungsworten des Obmanns, Herrn Apothekenbesitzer Tieg, richtete auch Herr Biecki als Obmann des Polnischen Volksrates an die polnischen Teilnehmer der Versammlung einige Worte. Herr Rukmann-Bromberg sprach sodann über die politische Lage, Herr Sygealdirektor Treut über die Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses der Deutschen in den Volksräten und über die für Deutsche und Polen dieser Gebiete gemeinsamen Interessen gegenüber Kongresspolen und Galizien. In der Aussprache nahm Herr Biecki vom Polnischen Volksrat das Wort und führte als Antwort auf die Ausführungen der beiden Redner, die ungeteilten Beifall gefunden hatten, folgendes aus:

„Vor kurzer Zeit haben wir uns zusammengeschlossen mit den Vertretern der Deutschen Volksräte und mit ihnen zusammen beraten. Wir begreifen die Stimmung der Deutschen, weil wir selbst unter fremder Herrschaft waren, und ihren Kummer verstehen wir sehr wohl. In den letzten Monaten haben sich Deutsche Volksräte gebildet. Das war gut, denn die Deutschen müssen zugeben, daß Verbände wie die Vaterlandspartei den Deutschen nichts nützen, sondern ihnen nur schaden. Die Idee der Deutschen Volksräte erkennen wir dagegen an. Wir begrüßen es,

daß an der Spitze der Deutschen Volksräte ein Mann wie Herr Kleinow steht. Es gab in Westpreußen Volksräte, die wir nicht als berechtigt und verhandlungsfähig bezeichnen konnten, da sie nicht richtig zusammengesetzt waren und daher nicht den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck brachten. Mit den Deutschen Volksräten aber, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind, wollen wir gerne zusammengehen.

Wir Polen haben nun unsere nationalen Rechte und wünschen, daß dieselben Rechte auch unseren deutschen Mitbürgern zuteil werden. Die polnische Regierung darf keine Ausnahmegeetze gegen die Deutschen machen, sonst stehen wir dagegen auf und lassen das nicht zu. Wir wollen nicht, daß gegen sie die Politik der früheren preußischen Regierung uns gegenüber angewandt wird, die namentlich in den letzten Jahrzehnten Gewaltpolitik gewesen ist. Wenn die preußische Regierung nach den Grundsätzen der Gleichheit gearbeitet hätte, dann stände es besser um uns Polen und Deutsche. Ungeschmälert sollen die Rechte der Deutschen sein. Wir müssen uns zusammenfinden im Frieden, wie wir uns auf den Schlachtfeldern zusammengefunden und gemeinsam in Russisch-Polen gekämpft haben. Der Deutsche soll im neuen Staate als Deutscher leben und sterben, der Pole als Pole. Diesen Grundgedanken wollen wir festhalten. Wir werden es keinem Deutschen verdenken, wenn er seiner Art, seiner Gesinnung und seiner Sitte treu bleibt, ja, wir müßten denjenigen Deutschen mit Verachtung strafen, der sagt: „Ich bin ein Pole“, denn das ist ein Ver-

räter an seinem Volk. Und solche Leute können wir in unserm Staate nicht achten. Der Deutsche soll sich nur den polnischen Gesetzen fügen und friedlich mit uns am Aufbau des polnischen Staates mitarbeiten. Dann darf ihm nichts geschehen. Seine deutsche Seele aber soll er sich bewahren, wie wir unsere polnische Seele 147 Jahre lang bewahrt haben.

Ich betone zum Schluß nochmals ausdrücklich und will von unserer Seite nochmals feststellen:

Wir verlangen von unserer polnischen Regierung gleiches Recht für alle Bewohner und — mit erhobener Stimme — wir werden mit allen Mitteln dagegen auftreten, wenn sie der deutschen Bevölkerung dieses Recht nicht gewähren sollte.

Wir bitten die Herren von der Deutschen Vereinigung in Bromberg, daß Herr Geheimrat Kleinow veranlaßt, daß alle Deutschen Volksräte so eingerichtet werden, wie es uns durch die Herren Redner heute vorgetragen worden ist. Denn so ist es recht und gut, und dann werden wir auch das Vertrauen zu den Deutschen haben, daß sie den Willen haben, zusammen mit den polnischen Volksräten für das Wohl der ganzen Bevölkerung zu sorgen. Dafür wären wir Herrn Geheimrat Kleinow sehr dankbar. Denn Blut ist doch schon genug geflossen. Wir wollen endlich in Frieden miteinander leben.“

Die Versammlung zeigt den Weg, der zum Frieden führt. Und sie zeigt besonders, daß dieser Weg nur von einem einheitlich zusammengeschlossenen Deutschtum mit Aussicht auf Erfolg beschritten werden kann.

Pressestimmen

Polnische Presse

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 160
vom 15. Juli 1919.

Um unser Verhältnis zu den Deutschen.

Infolge des Aufrufes des O. B. B.-Kommissariates und der Bemerkungen, die diesem Aufruf hinzugefügt wurden, sind bei unserer Allgemeinheit verschiedene Zweifel entstanden, denen wir in unserer Zeitschrift

gern Ausdruck zu geben wünschen. Sachliche Bemerkungen, die nicht reizen und beunruhigen, können beitragen zur Klärung unseres Verhältnisses zu den Deutschen und unsere Politik auf ein Gleis bringen, auf welchem wir bei dem Aufbau unseres Staates uns weiterbewegen müssen. Die größten Zweifel beziehen sich auf die Beamten, die sich auf dem Gebiete der gegenpolnischen Politik ausgezeichnet haben, sowie auf die

Kolonisten neuerer Zeit, besonders diejenigen, die auf dem enteigneten polnischen Lande (Boden) angehebelt worden sind. Diese Angelegenheiten sollen durch einen besonderen Vertrag zwischen der polnischen Regierung und der Entente geregelt werden. Es ist jedoch gut, daß die polnische öffentliche Meinung sich in dieser Hinsicht ausdrückt. Der Ausdruck dieser Meinung ist in nachstehender Korrespondenz enthalten:

Es gibt unter der polnischen Allgemeinheit keinen Meinungsunterschied darüber, daß im polnischen Staate unsere deutschen Mitbürger keine Zurücksetzung erleiden dürfen und auch nicht erleiden sollen. Es hat niemand von uns daran gedacht, daß gegenüber Leuten anderer Nationalität in Wiederbergeltung früher erlittenen Unrechts die Politik der Entnationalisierung geübt werden soll! Von dieser für uns ganz klaren Angelegenheit muß man die an die Unterdrückung der Schwächeren durch die Stärkeren gewöhnten Deutschen erst überzeugen.

Aus diesem Grunde sind auch die von den polnischen und deutschen Bromberger Volksräten unternommenen Schritte, sowie der Aufruf des Kommissariates des O. P. B. an die Mitbürger deutscher Nationalität mit lebhafter Befriedigung zu begrüßen. Aber beim Lesen dieses Aufrufes und des Communiqués der vorstehend genannten Volksräte entstehen gewisse Zweifel.

So versicherten die früheren Aufrufe des Kommissariates, daß die polnische Regierung die früheren deutschen Beamten annehmen werde, sofern sie nicht feindlich gegen die polnische Bevölkerung aufgetreten sind. In dem letzten Aufruf ist aber dieser notwendige Vorbehalt ausgelassen. Sollte dies bedeuten, daß das Kommissariat seine Meinung geändert hat und alle Beamten ohne Ausnahme behalten will? Also auch diejenigen, welche für die Enteignung stimmten und ihre hauptsächlichsten Anhänger waren. Und auch diese, die vor der Welt unser Volk beschimpften und es fast mit den wilden afrikanischen Stämmen gleichstellten! Ferner auch diejenigen, die durch ihre gemeinen Angebereien die polnische Bevölkerung ins Gefängnis stürzten!

Das kann doch nicht sein. Eine solche Beleidigung kann man der polnischen Bevölkerung nicht zufügen, daß ihre Heiter und Bedrückter auf ihren oft sogar hohen Posten weiter verbleiben. Unser Volk hat und wird kein Verständnis für eine derartige Rücksichtnahme haben.

Kein vernünftiger Mensch wird es einem deutschen Beamten verübeln, daß er sein deutsches Vaterland liebte und daß ihm schwer ist, sich mit dessen Verlust abzufinden. Dafür allein ginge es nicht an, ihn seiner Stellung zu entheben. Diejenigen aber, die als Beamten das polnische Volk ausrotten wollten und sich seinem Gedächtnis schmerzhaft eingeprägt haben, weiter zu behalten, das übersteigt alle berechtigten Forderungen. Auch die ehrlichen Deutschen müssen selbst zugeben, daß man von uns nicht verlangen kann, wir sollten auch im polnischen Staate diejenigen, die uns von ganzer Seele haßten, auch weiter über uns haben. Wir wünschen nicht ihnen unrecht zu tun, wir wollen uns nicht an ihnen rächen. Man könnte sogar einverstanden sein, ihnen irgend eine Entschädigung zukommen zu lassen, daß sie nicht sagen können, Polen habe ihnen unrecht getan, aber fort mit diesen verhassten Feinden des Polentums! Die neue Regierung in Preußen und Deutschland entfernt ja doch auch peinlichst die Anhänger des früheren Systems von ihren Posten. Was sollte also Polen bewegen anders aufzutreten mit denjenigen, die ihre Kinder quälten? Die deutschen Drohungen? Das ist eine miserable Politik, die mit Drohungen rechnet.

Es ist auch eine gewisse Verwunderung in den polnischen Kreisen hervorgerufen, daß die polnischen Volksräte gemeinsam mit den deutschen noch größere Zugeständnisse für die Deutschen erhandeln wollen, als das Kommissariat solche vorstelt, und als sie der Friedensvertrag anerkennt. Das gemeinsame Communiqué spricht nämlich über das Weiterverbleiben der 1908 angehebelten Bauern, Beamten und anderer Bevölkerungsschichten. Das heißt, daß auch jene Deutschen, die nach 1908 in unseren Gegenden ansässig geworden sind, von obenherein gegen alle Friedensvorschriften die polnische Staatsangehörigkeit

erhalten und dadurch das Recht haben sollen, im Lande zu verbleiben.

Ein solches Zugeständnis geht entschieden zu weit. Für Polen können daraus große Schäden entstehen.

Man könnte das schließlich machen, aber nur in dem Falle, wenn uns seitens des westlichen Nachbarn keine Gefahr drohen würde. Indessen, wie steht es mit der Lage des von den Toten auferstandenen Polens?

Die Deutschen haben nur gezwungen den Frieden unterschrieben und ihr Einverständnis mit der Herausgabe der geraubten polnischen Ländereien erklärt. Sie haben dies aber mit dem stillen Vorbehalt getan, daß sie bei der ersten sich bietenden Gelegenheit die Hand danach ausstrecken werden, was sie abtreten mußten. Man konnte dies deutlich in den Erklärungen der Regierung, aus ihren Versicherungen, daß niemand dem deutschen Volke die unter fremde Herrschaft hinübergehenden Landsleute aus dem Herzen reißen könne, lesen. Die offiziellen und nichtoffiziellen Kreise trösteten sich, daß ein Augenblick kommen wird, wo sie „das fern-deutsche Land“ zurückerobert werden.

Was die Absicht der Deutschen in der Zukunft betrifft, kann es also keinen Zweifel geben. Welche Maßnahmen wird nun Polen demgegenüber treffen?

Das mächtige Frankreich fühlt sich auch weiterhin, nachdem es mit Hilfe seiner Verbündeten die Deutschen geschlagen hat, nicht sicher und macht besondere Verträge mit England und Amerika zu seinem Schutze. Bei uns sehen die Deutschen in ihren Landsleuten vorgeschobene Posten, die ihnen erleichtern sollen, das Land zurückzubekommen. Deshalb hat man der hiesigen deutschen Bevölkerung seitens verantwortlicher Stellen die Parole gegeben, die polnischen Gebiete nicht zu verlassen, um die deutsche Bevölkerungszahl dadurch nicht zu verringern.

Und wir, wir sollten diese deutschen Bestrebungen unterstützen, indem wir allen Deutschen, die nach dem Jahre 1908 hier angehebelt wurden, die polnische Staatsangehörigkeit geben und sie im Lande behalten? Wir sollten unborthätigerweise den feindlichen Überfall auf unser Vaterland erleichtern?

Der Artikel meint dann weiter, man hoffe, daß die deutschen Mitbürger zufriedene Untertanen des polnischen Staates werden würden. Wer garantiere aber dafür, daß sie nicht im Falle von Verwickelungen sich für ihr früheres Vaterland erklärten, besonders wenn sie hier erst frisch ansässig geworden seien. Aber auch aus einem anderen Grunde müsse man eine ablehnende Stellung einnehmen. Die Kolonisten seien nur deshalb hierher gekommen, um die polnische Bevölkerung auszurotten. Es sei unmöglich, daß die Polen nicht die Gelegenheit ergriffen, dieses fürchterliche Unrecht, welches ihnen zugefügt sei, wieder gut zu machen. Soweit, wie die französische Regierung in Elsaß-Lothringen gegangen sei, wollten die Polen ja nicht gehen. Sie seien nicht für eine rücksichtslose Anwendung der Vorschriften des Friedensvertrages. So würde es sich aus Menschlichkeitsrücksichten empfehlen, einen Unterschied zu machen zwischen denen, die nur infolge von Familienverhältnissen, Verdienstmöglichkeiten usw. in die Ostmarken gekommen und denen, die wie die Kolonisten und Beamten von der preussischen Regierung zu Germanisationszwecken geschickt seien.

Zum Schluß erklärt der Artikel, daß weder die Warschauer Regierung noch das Posener Kommissariat irgendwelche Versprechungen geben könne, da in dieser Hinsicht nur allein der polnische Landtag entscheidend sei.

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 162
vom 17. Juli 1919.

Die Unterzeichnung des Vertrages.

Herr Präsident Paderewski hat den Vertrag unterschrieben, welcher die nationalen Minderheiten betrifft. Der ganze Wortlaut ist, wie wir erfahren, im polnischen Ministerium des Innern noch nicht bekannt. Man weiß nur, daß der anfängliche Wortlaut großen Veränderungen im Sinne unserer Forderungen unterlegen ist. In diesen Vertrag ist auch ein Absatz über das Recht der verbündeten Mächte zur Schifffahrt auf der Weichsel eingeschaltet. Am 18. ds. Mts. nach der Rückkehr Paderewskis wird der Friedensvertrag dem polnischen Landtag zur Bestätigung vorgelegt werden.

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 22	Verantwortlich: Carl Georg Bruns Schriftleitung: Bromberg, Belgienplatz 1 III Fernruf Nr. 321	20. August 1919
Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Die Aufgaben des Deutschen Volksrates. Die deutsche Partei in Polen — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.		

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die Aufgaben des Deutschen Volksrates

(Aus dem „Nachrichtenblatt des Deutschen Volksrats Posen“ Nr. 10 vom 9. Juli)

In dem Leben jedes einzelnen von uns wie in dem der deutschen Volksgemeinschaft in Gestalt unserer Provinz hat der Friedensschluß Änderungen hervorgerufen, wie sie einschneidender nicht sein können. Sie verschieben die Grundlagen unseres Daseins so vollkommen, wie etwa Naturereignisse von elementarer Gewalt; und wie die Menschen die Wirkung eines solchen in der ersten Betäubung nicht klar übersehen, so können wir uns auch heute noch keine deutliche Vorstellung machen davon, wie sich unser persönliches und staatliches Leben in Zukunft gestalten wird, wenn wir auch die Dinge seit Monaten sich haben entwickeln sehen.

Trotzdem ist es notwendig, der Zukunft mit möglichster Klarheit entgegenzusehen. Jeder einzelne und die Gesamtheit der Deutschen muß versuchen, schon jetzt der Schwierigkeiten, welche die neuen Verhältnisse mit sich bringen, Herr zu werden, die innerlichen und äußerlichen Reibungen und Konflikte zu überwinden, die keinem erspart bleiben, der gezwungen ist, sich einer neuen Ordnung der Dinge anzupassen. Nicht einfach ist unter diesen Verhältnissen die Stellung des Deutschen Volksrates, der sich naturgemäß zur einzigen Instanz entwickelt hat, welche die deutsche Volksgemeinschaft in Stadt und Provinz vertritt. Es ist klar, daß auch der Volksrat in gewissem Sinne sich neu orientieren muß. Durfte er bisher mit Recht sich als Vertreter der deutschen Reichsangehörigen in den von Polen besetzten preußischen Gebietsteilen fühlen, so ist er in Zukunft die Vertretung polnischer Staatsangehöriger deutscher Nationalität und der übrigen Deutschen, die auf dem Posener Gebiet des souveränen polnischen Staates leben. Welche Konsequenzen sich hieraus ergeben, ist klar ausgesprochen in dem Aufruf, den der Deutsche Volksrat vor kurzem an seine deutschen Mitbürger gerichtet hat. Der Volksrat muß also seine Tätigkeit aufbauen auf dem Boden der neuen staatlichen Verhältnisse unter strengster und rückhaltloser Beobachtung der Verfassung und der Gesetze des Landes, er muß die durch den Friedensschluß geschaffene Ordnung der Dinge anerkennen. Es kann keine Rede davon sein, wie es in einem Artikel des „Dziennik Poznański“ vom 8. Juli angedeutet ist, „an die Vorbereitung einer Irredenta in Polen“ zu denken. Wir haben das dringende Bedürfnis nach fünf Jahren aller Leiden des Krieges, der Unruhe und Aufregungen, der Zerrüttung und des Niederganges unserer Wirtschaft, endlich zu geordneten friedlichen Verhältnissen zurückzukehren; und wir wissen aus

der Geschichte zur Genüge, daß dies nicht möglich ist, wenn innerhalb eines Staates ein Teil des Volkes nach Loslösung strebt.

Wenn wir somit gewillt sind, uns loyal dem durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnissen zu fügen, müssen wir auf der anderen Seite verlangen, daß uns alle die Rechte gewährt werden, auf welche wir als Staatsbürger Anspruch haben; wir wollen nicht als geduldete Periode, sondern als gleichberechtigte Vollbürger in dem Lande leben, das unsere Heimat ist. Die Rechte, die wir unbedingt fordern müssen, können nicht treffender ausgedrückt werden, als es in der Kundgebung des Obersten polnischen Volkstrates vom 30. Juni geschehen ist. Die vornehmste Aufgabe des Deutschen Volkstrates ist es, Vertreter und Anwalt in allen diesen Rechten für jeden einzelnen Deutschen und die Gesamtheit der Volksgenossen zu sein.

Diese Gesamtheit ist etwas anderes und ist mehr als die Summe der einzelnen Individuen. Eine Volksgemeinschaft ist ein Organismus für sich mit eigenen Lebensbedingungen. Daß diese Lebensbedingungen des deutschen Volkstums innerhalb des polnischen Staates nicht verkümmern — auch dafür zu sorgen, muß Sache des Volkstrates sein. Hierfür ist es notwendig, aufrecht zu erhalten die innige Fühlung mit den Deutschen im Reich, die Kultur- und Bildungsgemeinschaft aller Deutschen, gleichviel ob sie innerhalb oder außerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle wohnen.

Wenn der Deutsche Volktrat bestrebt sein wird, diese Gemeinschaft lebendig zu erhalten, so wird er nicht nur zum Nutzen seiner Volksgenossen, sondern des ganzen Staates wirken. Es wird sich immer mehr zeigen, daß Deutschland und die Republik Polen aufeinander angewiesen sind. Ist Deutschland auch niedergerungen und politisch vielleicht auf lange Zeit zur Ohnmacht verdammt, so kann ein Sechzigmillionenvolk von der Lächerlichkeit des deutschen Volkes inmitten Europas nicht geistig und wirtschaftlich ausgeschaltet werden. Es wird immer ein wichtiger Faktor in der europäischen Völkerfamilie sein. Und den Deutschen in Polen kann, wenn sie ihre Stellung richtig auffassen, und wenn von der andern Seite das notwendige Verständnis hierfür aufgebracht wird, die Aufgabe zufallen, eine Brücke zu bilden, auf der beide Völker zu gemeinsamer Arbeit einander die Hände reichen können. Auch in diesem Sinne kann der Volktrat segensreiche Arbeit leisten.

Soll der Volktrat die hier in großen Umrissen angedeuteten Aufgaben erfüllen, so sind die Vorbedingungen hierfür zum großen Teil erst noch zu schaffen. Zunächst ist die Organisation vollkommener auszubauen, als es unter den bisherigen Beschränkungen des Verkehrs, der Vereins- und der Versammlungsfreiheit möglich war. Es ist zu hoffen, daß, nachdem der Frieden geschlossen ist, recht bald wieder auch bezüglich der bürgerlichen Freiheiten die normalen Verhältnisse eintreten, unter denen allein eine volle Betätigung für die Interessen der Allgemeinheit möglich ist.

Sodann muß die finanzielle Grundlage weit gesicherter werden, als sie es bisher ist. Sind auch die meisten Deutschen dem Volktrat als Mitglieder beigetreten, und hat sich auch in vielen Kreisen eine anerkennungswerte Opferwilligkeit gezeigt, so stehen doch bei weitem noch nicht die Mittel zur Verfügung, deren der Volktrat für seine großen Aufgaben bedarf. Notwendig ist es, daß jeder Deutsche nach Maßgabe seiner materiellen Leistungsfähigkeit regelmäßige Beiträge leistet. Keiner glaube, daß es auf die geringe Gabe des einzelnen nicht ankomme.

Und dann noch eins, was am meisten nottut: die Zurückstellung aller Sonderinteressen von Stand und Beruf hinter denen der gesamten deutschen Bevölkerung. Das schwere Leid, das alle Deutschen gemeinsam getragen haben, muß auch dazu führen, daß wir uns alle in erster Linie als Volksgenossen fühlen, daß alles das, was uns als Gewerbetreibende, Landwirte, Arbeiter und Beamte angeht, erst in zweiter Reihe kommt.

Mögen sich alle Deutschen in diesem Sinne zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

Die deutsche Partei in Polen

Der größte Teil Westpreußens und Posen wird in Kürze nach den Bestimmungen des Friedensvertrages ein Teil des polnischen Staates sein. Dem Deutschen erschien dies noch vor wenig Monaten so unmöglich, daß es ihm noch heute schwer wird, diese Friedensbedingung als Wirklichkeit zu empfinden. Und doch ist es so. Millionen Deutsche werden nach Ratifizierung des Friedensvertrages durch drei feindliche Staaten eine kleine Minderheit im neuen großpolnischen Staate bilden, ein scharfer Trennungsschnitt wird sie von tausendfältigen Verbindungen in politischer, wirtschaftlicher und persönlicher Beziehung vom Deutschen Reiche scheiden. Wie werden diese Deutschen sich im neuen Staate in ihrem Deutschtum zusammenfinden?

Von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses sind alle deutschen Kreise überzeugt; schon seit Monaten verlangt das deutsche Volk diesen Zusammenschluß. Infolge der Heftigkeit des Parteikampfes bei den Wahlen zu den Nationalversammlungen war für den einfachen Gedanken, daß das Deutschtum sich in den mit Abtretung bedrohten Gebieten nur durch Einigkeit durchsetzen könne, kein Raum. In der Hitze der Wahlkämpfe, die den inneren Ausbau des Deutschen Reiches entscheiden sollten, wurde immer wieder vergessen, daß der Krieg noch nicht beendet war, daß der Bestand des Deutschen Reiches auf das schwerste gefährdet war. So war es nicht möglich, durch die Führer der Parteien, die Deutschen in den Abtretungsgebieten zusammenzuschließen. Die Einigungsbestrebungen entwickelten sich örtlich in der verschiedensten Weise; in einzelnen Orten traten die Deutschen zu Volksräten zusammen, im Nekebidistrikt und in Bromberg bildete sich die Deutsche Vereinigung, in anderen Orten schlossen sich die deutschen Parteien zu Arbeitsgemeinschaften zusammen. In all diesen Vereinigungen wurde gute Arbeit im Interesse des Deutschtums von allen Deutschen, ohne Unterschied der Partei, geleistet. Die einzelnen örtlichen Organisationen blieben aber ohne Fühlung zum gesamten Deutschtum, ein Zusammenschluß aller dieser Vereinigungen zu einer Einheit im ganzen Abtretungsgebiet entwickelte sich nicht.

Am eingehendsten und erfolgreichsten in ihrem Bezirke hatte die „Deutsche Vereinigung“ gearbeitet unter der Führung des Geheimrats Kleinow; ein Versuch dieser Vereinigung, die Deutschen auf berufständiger Grundlage zu sammeln und für das ganze Abtretungsgebiet zusammenzuschließen, wurde aber als nicht gangbar aufgegeben.

Zu einem weiteren Zusammenschluß kamen die Arbeitsgemeinschaften unter der Führung des parlamentarischen Ausschusses Nord. In den örtlichen Arbeitsgemeinschaften waren aber alle Parteien stets darüber einig, daß dieser Zusammenschluß mit der Vollziehung der Abtretung aus staatsrechtlichen Gründen aufhören muß. Der Gedanke, überall Arbeitsgemeinschaften zu gründen und diese für die Abtretungsgebiete zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen, ist in letzter Zeit wohl ausgesprochen worden, von erfolgversprechenden Schritten auf diesem Wege ist aber nichts zu bemerken. Ein Erfolg erscheint auch ausgeschlossen, nachdem die unabhängigen Sozialdemokraten sich überall aus den Arbeitsgemeinschaften zurückgezogen haben und die Mehrheitssozialisten für Posen durch Wende und für Westpreußen durch den Reichskommissar Gehl erklärt haben, daß sie im polnischen Staate mit der polnischen Sozialdemokratie Verbindung suchen werden. So blieb nun noch ein Weg gangbar, es mußte der Zusammenschluß der nicht-sozialistischen Deutschen durch Aufgabe der alten Parteien und Zusammenschluß zu einer neuen deutschen Partei versucht werden. Nachdem die Deutschnationale Volkspartei für die Abtretungsgebiete eine besondere Organisation geschaffen hatte und diese Organisation sich grundsätzlich für einen Zusammenschluß aller Deutschen erklärt hatte, übernahm es die Deutsche Volkspartei für Posen von Bromberg aus und die Deutsche Volkspartei für Westpreußen von Dirschau aus, für den Zusammenschluß aller deutschen Parteien in den Abtretungsgebieten zu wirken. In Bromberg stimmten die Führer der Deutsch-demokratischen Partei und der

Christlichen Volkspartei alsbald zu, in Westpreußen verhielten sich diese Parteien abwartend. Am 3. August hat die Demokratische Partei auf ihrem Parteitag in Dirschau beschlossen, der neuen deutschen Partei nicht beizutreten. Ein dahingehender Antrag des Wahlkreisvorsitzenden von Thorn, Justizrat Aronsohn-Thorn, wurde abgelehnt. Die Mehrheit war der Ansicht, daß für den Zusammenschluß aller deutschen Parteien in den Abtretungsgebieten die Zeit noch nicht gekommen sei.

Auch in Bromberg hat der Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei, augenscheinlich durch den Einfluß der Parteileitung, entgegen dem Wunsche des Wahlkreisvorsitzenden die Zusage zurückgezogen. Diese Entscheidungen entsprechen nicht dem Willen und den Wünschen weitester Wählerkreise der Demokratischen Partei. Dies beweisen zahlreiche Zustimmung- und Beitrittserklärungen aus diesen Kreisen zur deutschen Partei. Auch durch den am 26. Juli in Bromberg einstimmig gefaßten Beschluß der Volksräte und der Deutschen Vereinigung zu Bromberg, mit all ihren Organisationen in der deutschen Partei aufzugehen, werden zahlreiche demokratische Deutsche der Partei zugeführt. Die deutsche Partei für die Abtretungsgebiete ist daher ins Leben getreten.

Sie ist nicht eine Verschmelzung der Deutschnationalen Volkspartei mit der Deutschen Volkspartei. Sie ist eine neue Partei, der nach dem Inhalte ihres Programms und nach dem Geiste ihrer Gründung, alle Deutschen in den Abtretungsgebieten ohne Rücksicht auf ihre bisherige Parteistellung und ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Weltanschauung angehören können. Die deutsche Partei wird auch gegen die Demokratische Partei keinerlei Kampfstellung einnehmen, sie hält sich jederzeit bereit, alle im neuen polnischen Staate lebenden Deutschen aufzunehmen, auch die sich jetzt noch nicht zum Beitritt entschließen können. Die Partei wird ihren Weg gehen und sie wird Erfolg haben, denn ihre Gründung war eine Notwendigkeit; sie bedeutet den letzten und jetzt allein noch gangbaren Weg, daß im neuen polnischen Staate sofort eine Organisation vorhanden ist, die als Vertretung der deutschen Interessen anerkannt werden wird, und die bereit ist, diese Interessen ohne jeden Unterschied der Parteirichtung, des Berufes und der Konfession zu vertreten. Der Gedanke, im neuen Staate alles zurückzustellen, was uns trennt, und alles einzusetzen für die Erhaltung des Deutschtums, hat Stokkraft, er muß sich durchsetzen und wird sich durchsetzen.

Aus den Deutschen Volksräten

Aufruf des Deutschen Volksrats

Posen

Deutsche Mitbürger!

Der Friede ist unterzeichnet. Die Befürchtungen, die wir seit Monaten bangen Herzens gehegt haben, sind Wirklichkeit geworden. Jeder billig Denkende, welcher Rationalität er auch sei, wird es verstehen, daß tiefe Trauer uns niederdrückt in dem Gefühl, daß unsere heimatlische Scholle losgerissen ist vom Vaterlande, an dem wir und unsere Vorfahren mit allen Fasern unseres Herzens gehangen haben.

Aber wir müssen uns mit dem Geschehenen abfinden, uns in das Geschick er-

geben, das uns auferlegt ist. ~~Die~~ die deutsche Regierung die Pflicht zur aufrichtigen Erfüllung aller ihr durch den Friedensvertrag auferlegten Bedingungen übernommen hat, so müssen auch die Deutschen, die in dem an Polen fallenden Teile der Provinz Posen wohnen, die neu geschaffene Lage anerkennen und den sich für jeden daraus ergebenden Pflichten der Republik Polen gegenüber rückhaltlos nachkommen.

Die aufrichtige Erfüllung aller staatsbürgerlichen Pflichten wird jedem Deutschen erleichtert durch die Erklärungen, die das Kommissariat des Obersten polnischen Volksrats als Mandatar der Regierung der Republik Polen am 30. Juni 1919 abgegeben hat.

Wir vertrauen darauf, daß die der deutschen Bevölkerung in feierlichster Form gegebenen Zusicherungen völliger Gleichberechtigung, völliger Glaubens- und völliger Gewissensfreiheit, des Zutritts zu den Staatsämtern, der Freiheit der Pflege der Muttersprache und nationalen Eigenart sowie des vollen Schutzes des Eigentums erfüllt werden, und fordern die deutsche Bevölkerung auf, alles zu tun, um mit unseren Mitbürgern polnischer Nationalität in Frieden und Eintracht zu leben, den Gesetzen des Landes gehorham zu sein und in ehrlicher Zusammenarbeit das Wohl des Ganzen zu fördern.

Deutscher Volksrat Posen.

Nachrichten aus dem Deutschen Volksrat Posen

Ausschuß für das höhere Schulwesen.

Schon lange wurde es als ein Mangel empfunden, daß das höhere Schulwesen nicht seine besondere Vertretung im Deutschen Volksrat hatte, während die Volksschulen ihre Vertreter schon seit längerer Zeit zu einem Ausschuß vereinigt hatten, der ihre Interessen vertritt. Es wurde deshalb in einer Sitzung, die von Vertretern der Gymnasien, der Privatschulen und der früheren Luisenstiftung besucht wurde, vorgeschlagen, daß ein entsprechender Ausschuß aus Vertrauensmännern der genannten Schulen gebildet werden sollte. Jedes Kollegium wählte demnach zwei Vertrauensleute und deren Vertreter und beschloß, daß sich diese als dauernder Ausschuß zusammenschließen sollten. In der ersten Sitzung wurde nun je eine Auskunftsstelle für die Lehrer und Lehrerinnen der höheren Schulen gegründet. Diese Auskunftsstelle soll der Lehrer-Fürsorgestelle entsprechen und steht selbstverständlich noch besonders den Lehrkräften aus der Provinz zur Verfügung. Zu erfragen sind sie im Deutschen Volksrat Posen. Alsdann wurden Einzelausschüsse für die Besprechung finanzieller, praktischer und ideeller Notstände und Fragen eingerichtet. Die Einrichtung des Ausschusses wurde als dringend betrachtet, da die Lehrerschaft der höheren Schulen bis jetzt noch nicht als solche zusammengeschlossen war und noch keine Vertretung ihrer besonderen Interessen besaß.

Lehrer-Fürsorgeausschuß.

Der Zeitpunkt rückt heran, an dem die verlängerte Frist für die Räumung der Dienstwohnungen abläuft, und es sind noch lange nicht alle gekündigten Lehrer in neue Stellen berufen. Aber auch die, bei denen dies der Fall ist, können wegen der augenblicklichen strengen Grenzsperrung nicht ausreisen. Verschiedene haben die bereits angetretene Ausreise unterbrechen und mit ihren Familien in Posen, Ostrowo und anderen Orten unfreiwilligen Aufenthalt nehmen müssen, da eine Rückkehr nach dem bisherigen Wohnort ausgeschlossen ist. Mehrfach hat hier in letzter Zeit unsere Fürsorge durch Beschaffung von Notunterkunft und Bewilligung von Geldunterstützungen eintreten müssen. Wenn die Unmöglichkeit der Ausreise und die völlige Unterbrechung des Briefverkehrs mit Deutschland auch nur noch eine Zeitlang anhalten sollten, so ist zu befürchten, daß sich die Notfälle häufen und der Ausschuß vor schwere Aufgaben gestellt wird. Um diesen begegnen zu können, muß wiederholt mit dem Ruf nach Wohnungen und Geldmitteln an unsere deutschen Mitbürger herangetreten werden, und der Lehrer-Fürsorgeausschuß hofft, daß dieser Ruf, wie in früheren Fällen, nicht ungehört bleiben wird.

Beratungsstunden.

Zur Beratung solcher Familien, die infolge der durch Internierung oder durch andere Gründe veranlaßten Abwesenheit ihres Ernährers in Not geraten sind, hat der Deutsche Volksrat Posen Beratungsstunden eingerichtet, die täglich, mit Ausnahme von Sonnabend, von 4—5 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle, Raiferring 2, abgehalten werden. Anträge auf Unterstützung aus der Provinz können jedoch nur berücksichtigt werden, wenn das Gesuch durch den örtlichen Volksrat oder durch die zuständige Kirchenbehörde befürwortet ist.

Deutsche Landwirte, organisiert Euch!

Das Haupternährungsamt in Posen hat mit dem Abbau der landwirtschaftlichen Zwangswirtschaft begonnen und den Verkehr mit Milch, Geflügel, Eiern, Gemüse, Obst, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und anderem

freigegeben, die Freigabe weiterer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Aussicht gestellt.

Das landwirtschaftliche Degernat beim Kommissariat des Obersten polnischen Volksrats weist aus diesem Anlaß die Landwirte darauf hin, daß ihnen dadurch ernste Pflichten für die freiwillige Lösung ihrer Aufgaben, die preiswerte Ernährung der Bevölkerung, entstehen und fordert sämtliche Landwirte auf, sich zu diesem Zwecke zu organisieren.

Wenngleich in unserer Heimat ein Zusammenschluß der Landwirte deutscher Abstammung bereits vielfach besteht, so ist diese Organisation doch lückenhaft und lose. Wenn wir der sehr richtigen und nützlichen Anregung des landwirtschaftlichen Degernats beim Kommissariat des Obersten polnischen Volksrats gerecht werden wollen, so muß unsere Organisation lückenloser, straffer und geschlossener werden; sie muß sich vor allem aber an die wirtschaftlichen Genossenschaften eng anlehnen.

Demgemäß ist ein Organisationsplan entworfen worden, der örtliche Bauernvereine, Kreisbauernvereine und einen Hauptverein der deutschen Bauernvereine vorsieht.

Kein Landwirt, kein Freund der Landwirtschaft darf diesen Vereinen fernbleiben; mit größter Beschleunigung muß jeder deutsche Landwirt diesen Vereinen beitreten. Wo landwirtschaftliche Vereine bestehen, werden sie ihre Satzung entsprechend dem neuen Plan abändern müssen; wo kein Verein ist, wird schleunigst ein solcher zu gründen sein.

Nur wenn es gelingt, baldigst eine möglichst geschlossene Organisation auch der deutschen Landwirte herbeizuführen, werden wir im Sinne der Anregung des landwirtschaftlichen Degernats beim Obersten polnischen Volksrat am besten für die Allgemeinheit wie für unsere eigene Zukunft sorgen.

Etwas weitere Auskunft in dieser Frage erteilt auch der landwirtschaftliche Ausschuß des deutschen Volksrats Posen.

Aufruf zur Gründung einer deutschen Partei

Durch die Abtretung großer Teile Westpreußens und Posen an Polen werden

Millionen Deutsche dem polnischen Staate zugeteilt.

Deutsche Männer und Frauen, wenn Ihr Euer Deutschtum bewahren, wenn Ihr Eure deutsche Muttersprache, Schule und Kirche Euch erhalten wollt, dann laßt ab von dem Kampfe unter und gegeneinander und schließt Euch zusammen, gleichviel welcher Partei Ihr bisher angehört habt, zu einer großen

deutschen Partei, deren Zweck und Ziel es ist, uns unser Deutschtum zu erhalten und die Interessen aller Deutschen zu wahren. Das soll geschehen durch zielbewußtes Eintreten für:

1. gleiche staatsbürgerliche Rechte der Deutschen aller Konfessionen mit den übrigen Staatsbürgern,

2. Erhaltung der deutschen Sprache, auch im öffentlichen Verkehr, der deutschen Schulen und Kirchen und der deutschen Beamten in den überwiegend deutschen Gebieten,

3. Schutz und Förderung der wirtschaftlichen Lage aller Deutschen, der Arbeiter, Handwerker und Beamten der freien Berufe, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft,

4. Schutz der deutschen Ansiedler,

5. Schutz der wirtschaftlich Schwachen bei Krankheit, Invalidität und im Alter, und Sorge für die Kriegsinvaliden.

In Würdigung der versöhnlichen Zusicherungen der polnischen Regierung wollen wir mitarbeiten am Aufbau des neuen Staates, mit sorgen für Ruhe und Ordnung und Aufrechterhaltung der Staatsgewalt, unter voller Wahrung aller freiheitlichen Volksrechte in Staat und Gemeinde; den Kommunismus und Bolschewismus dagegen bekämpfen wir.

Beim Übergang der abgetretenen Gebiete an den polnischen Staat muß die Partei bereits fest organisiert sein, damit sofort eine deutsche Interessenvertretung vorhanden ist, an die sich jeder Deutsche wenden kann, und die jedem Deutschen mit Rat und Tat zur Seite steht. Darum richten wir an alle, die Ihr Euch um den deutschen Gedanken sammeln wollt, den Auf:

Meldet Euch sofort bei einer der unterzeichneten Geschäftsstellen als Mitglied der Deutschen Partei.

Hauptgeschäftsstelle für Posen und Westpreußen
Bromberg, Belgienplatz 1.
Hauptgeschäftsstelle für Posen Nordgau,
Bromberg, Danzigerstr. 185 und 184.
Bisher bestehende Geschäftsstellen in den
abgetretenen Teilen der Provinz Posen:
Birnbaum, (Justizrat Voß).
Kilehne, (Oberlehrer Willmann und Direktor
Beheim-Schwarzbach, Ostrau).
Jordon, (Lehrer Glander).
Friedheim, (Lehrer Kelm).
Grünkirch, (Pfarrer Krause).
Kolmar i. P., (Amtsgerichtsekretär Goebel).
Kafel, (Rektor Kampmann).
Kehlal, (Lehrer Groß).
Samotichin, (Pfarrer Hemmerling).
Wissel, (Bürgermeister Seberin).

Weitere Geschäftsstellen werden in den nächsten Tagen bekannt gemacht.

Erklärung.

Wir treten mit unseren Organisationen der neuen deutschen Sammlungspartei bei und bitten unsere Mitglieder, deren Arbeit mit allen Kräften zu unterstützen.

Deutsche Vereinigung (Deutsche Volksräte der abgetretenen Teile von Posen und Westpreußen) Bromberg.

Deutschnationale Volkspartei, Landesverband der abgetretenen Teile Westpreußens.

Deutsche Volkspartei, Landesverband der abgetretenen Teile Westpreußens.

Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Bromberg.

Deutsche Volkspartei, Landesverband Posen in Bromberg.

Pressestimmen

Polnische Presse

„Radwislanin“ (Cułmsee) Nr. 29. vom 2. August 1919.

Ein Selbstverwaltungsplan für die Provinzen des preußischen Teilgebietes in Polen.

Wir schreiben bereits, daß der Abgeordnete Korfanty angeblich zusammen mit den anderen Posener Abgeordneten das Projekt eines Selbstverwaltungsgesetzes für Posen, Westpreußen und Oberschlesien zusammengestellt habe, sofern im letzteren die Abstimmung auch eine polnische Mehrheit erweisen wird.

Wir geben nachstehend den Wortlaut dieses Projektes als eine Sache, die uns sehr angeht.

1. Die bisherigen Rechte und Verfügungen, die am Tage des Inkrafttretens vorliegenden Gesetzes in den Gebieten des früheren preußischen Teilgebietes, welche Polen zuerkannt werden, in Kraft sind, bleiben auch weiterhin in Kraft, sofern sie von dem vorliegenden Gesetz nicht abgeändert werden.

2. Alle Einwohner dieser Provinzen, die das Recht der Staatsangehörigkeit der Republik Polen besitzen, sind gleichberechtigt.

3. Alle Ausnahmeregime, welche zuungunsten irgendeines Bevölkerungssteiles er-

lassen worden sind, die das Bürgerrecht besitzen, werden aufgehoben.

4. Die Provinzen des gewesenen preußischen Teilgebietes werden in Hinsicht der Staatsverwaltung in drei Wojwodschaften eingeteilt:

a) die groß-polnische Wojwodschaft, welche besteht aus den Ländereien der gewesenen Posener und eines Teiles der schlesischen Provinzen, die Polen ohne Plebiszit zuerkannt wurde;

b) die preußische Wojwodschaft (baltische), welche aus den Ländereien der gewesenen westpreußischen Provinzen (königlichen) und Ostpreußen (Fürstentum) bestehen;

c) die schlesische Wojwodschaft, welche aus Teilen der schlesischen Provinz besteht, die Polen zuerkannt werden auf Grund der Volksabstimmung.

5. Die Wojwodschaften werden eingeteilt in Kreise, an deren Spitze ein Starost mit den Eigenschaften der preußischen Kreisräte (Landräte) steht.

6. Den Ländereien, welche zu dem gewesenen preußischen Teilgebiet gehören, wird in Hinsicht der Verwaltung und Gesetzgebung Autonomie erteilt. Zur ausschließlichen Kompetenz der Arbeiten und des Landtages der Republik gehören folgende Angelegenheiten:

- a) Erteilung der Staatsangehörigkeit.
- b) Die ausländische Politik.
- c) Militär und Marine mit Ausnahme der Landesgendarmarie.
- d) Eisenbahn, Wasserwege, Aeronautik, Post, Telegraph und Telephon.
- e) Saluta.

f) Zoll und indirekte Steuern, sofern sie zu den Einkünften des Deutschen Reiches gehören und sofern sie in Zukunft von der Republik eingeführt werden sollten.

g) Die Zivil-, Handels-, Wechsel-, Straf-, Patent- und literarische Eigentumschutz-Gesetzgebung.

7. Die Einkünfte, welche aus den den Boywodschaften übrig gebliebenen Steuern und Gütern fließen, die sich in der Administration der Boywodschafts-Regierung befinden, werden bestimmt für die Bedürfnisse der Boywodschaft. Wenn diese Einkünfte zur Deckung dieser Bedürfnisse nicht ausreichen sollten, dann wird der Ausfall von den Provinzen der Republik für die entsprechende Boywodschaft gedeckt.

8. An der Spitze der Boywodschaftsverwaltung steht ein Boywode, welchen auf Vorschlag des Ministeriums das Staatsoberhaupt ernannt. Die bisherigen Ämter der Ober- und Regierungspräsidenten werden aufgehoben.

9. Der Boywode vereinigt in sich die Kompetenzen des Ober- und Regierungspräsidenten, außerdem ernannt er, verabschiedet und versetzt sämtliche Staatsbeamten, die seiner Kompetenz unterliegen.

Zur Ernennung oder Abberufung höherer Beamten ist die Bestätigung des Boywodschaftsrates nötig. Der Boywode kann von den bestellten Beamten der Boywodschaft selbständig einen oder mehrere Vertreter ernennen und ihre Kompetenzen bestimmen.

10. In jeder Boywodschaft wird ein Boywodschaftsrat gegründet, der zusammengesetzt ist aus

a) aus dem Boywoden oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden,

b) aus einem Mitglied, welches ernannt wurde durch den Minister der preussischen Gebiete von den Beamten der Boywodschaft oder den Mitgliedern des Oberlandesgerichts in Posen;

c) aus fünf Mitgliedern, die von dem Landtag der Boywodschaft gewählt wurden und ebensoviel Vertretern. Die bisherigen Vorschriften bezüglich des Provinzialrates, die in den §§ 10—15 des Landesadministrationsgesetzes vom 18. Juli 1893 enthalten sind, werden hinsichtlich des Boywodschaftsrates entsprechend angewendet.

11. Der Rat der Boywodschaft hat dieselben Kompetenzen wie der bisherige Provinzialrat. Außerdem hat der Boywodschaftsrat das Recht, Verfügungen und Maßnahmen des Boywoden zu bestätigen in allen denjenigen Fällen, in welchen nach den bisherigen Gesetzen die Verfügungen und Maßnahmen des Ober- oder Regierungspräsidenten eine königliche oder ministerielle Bestätigung erforderten.

12. Das Administrationsgericht der Boywodschaft — der frühere Bezirksausschuß — unterliegt dem Boywoden nur hinsichtlich der dienstlichen Aufsicht. Dagegen hört der Boywode auf Vorkommender von Amts wegen zu sein und kann auch nicht durch Wahl Mitglied dieses Gerichtes werden.

13. An Stelle des Oberverwaltungsgerichts in Berlin tritt der höchste Landesgerichtshof der fraglichen Boywodschaft bis zur Bildung eines gemeinsamen Verwaltungstribunals für sämtliche drei Boywodschaften des gewesenen preussischen Teilgebietes.

14. Der Landtag der Boywodschaft besteht aus gewählten und 25 durch den Boywoden ernannten Mitgliedern. Die Wahlen zum Provinziallandtag werden auf denselben Grundlagen abgehalten, wie zum Landtag der Republik. Der Minister für die gewesenen preussischen Teilgebiete schreibt die Wahl für den Provinziallandtag der Boywodschaften aus und ernannt den Wahlkommissar. Der Provinziallandtag der Boywodschaft entscheidet durch Stimmenmehrheit und erläßt für sich selbst die Geschäftsordnung.

15. Zu den Kompetenzen des Boywodschafts-Provinziallandtages gehört die gesetzgebende Macht in allen denselben Angelegenheiten, die nicht zu den Kompetenzen des Landtages der Republik gehören. Der Landtag bestatigt das Budget der Boywodschaft, welches vom Boywoden vorgelegt wird.

16. In das Ministerium der Republik tritt ein Minister mit Portefeuille für die preußischen Gebiete ein. Seine Pflicht ist es, die Ausführung vorliegenden Gesetzes zu überwachen. Sämtliche Ministerien müssen sich mit allen Verfügungen, welche das gewesene preußische Teilgebiet betreffen, an den Minister wenden, dem das Einspruchsrecht gegen diese Verfügungen zusteht.

17. Streitigkeiten zwischen dem Boywoden und dem Provinziallandtag der Boywodschaft werden vom Provinzialminister geschlichtet.

Die Zeitung schreibt dazu: Dieses Projekt, ein Werk des Abgeordneten Korfanty, muß man mit entsprechender Vorsicht aufnehmen. Wir werden nicht unterlassen, deutlich gegen dasselbe Stellung zu nehmen. Wir möchten jedoch schon heute bemerken, daß dieses Projekt die Ursache allgemeiner Unzufriedenheit im Lande werden könnte, da es gewissermaßen der Ausdruck oder doch der Schatten eines Partikularismus und Separatismus ist, der von uns betrieben wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß endlich die Vereinigung sämtlicher Teilgebiete eingetreten ist, welche wir doch alle ersehnten, und heute sollten wir mit eigenen Händen das wieder zerstören, was der Gegenstand unseres Sehnsens war und dessen schlechte Seiten gar nicht bewiesen sind, wogegen die evtl. guten Folgen gewisse Zweifel hervorrufen, denn schließlich wäre die einzige Partei, die allein durch die Inkraftsetzung dieses Projektes Nutzen erhält — die deutsche?

„Dziennik Berlinski“ (Berlin) Nr. 174 vom 3. August 1919.

Was sagen die Warschauer Zeitungen über das Selbstverwaltungsprojekt Korfantis.

Unsere Leser haben bereits das Selbstverwaltungsprojekt kennen gelernt, welches von dem Abgeordneten Korfanty und anderen Posener Abgeordneten zusammengestellt worden ist. Heute bringen wir die Stimmen der Warschauer Zeitungen hinsichtlich des Projektes und zwar nur die Stimmen einiger Zeitungen, da momentan uns nicht alle zugehen.

„Kurjer Polski“, früher ein aktivistisches jetzt parteiloses Organ, schreibt:

„Das Projekt des Abgeordneten Korfanty, aus dem preußischen Teilgebiet eine besondere Provinz zu bilden, welche hinsichtlich der Regierung, der Finanzen und der Gesetzgebung Autonomie besitzt, ist etwas mehr als ein Projekt der Dezentralisierung der Regierungsmaschine. Es ist dies eine Offenbarung jener unwilligen Vereinigung mit dem anderen polnischen Gebiete, jenes Separatismus, welcher in den Seelen der Großpolen fast vom ersten Augenblick des Umfallens der deutschen Übermacht leimte. Dieser Separatismus erfand bis jetzt verschiedene Scheinursachen, um seine Zurechtaltung und Fernbleiben zu begründen, wie wir dies im Posenschen sahen. Erst im Projekte des Herrn Abgeordneten Korfanty tritt er ohne jeglichen Deckmantel auf.

Wir sind keineswegs Anhänger einer überschwenglichen Zentralisation der Staatsverwaltung in Polen. Rücksicht auf die Notwendigkeit des stufenweisen Überganges von den früheren Existenzbedingungen einer jeden Provinz, im besonderen mit Hinblick auf die Erbschaft einer anders gearteten Gesetzgebung, ist am Platze. Außerdem ist es schwer, zu einer sofortigen Zentralisierung zu derselben Zeit aufzurufen, wo das Zentrum selbst nicht organisiert und ungeordnet ist, und wo es in den andern Gebieten eher ein Muster für sich suchen könnte, als diese nach diesem Muster umzugestalten.

Es muß also in Zukunft irgend ein Gleichgewicht zwischen dem Prinzip der Unifizierung aller staatlichen Einrichtungen und dem Prinzip der Dezentralisierung gefunden werden.

Die früheren Gebietsgrenzen werden in gewissem Umfange die Grenzen der administrativen Bezirke bleiben, die vielleicht sogar mit einer breiten Selbständigkeit bedacht werden.

Unter Berücksichtigung all dessen — wenn die Vereinigung der polnischen Ländereien in der Tat stattfinden und zur Verwischung der Gebietsunterschiede führen soll, nämlich zur wirklichen Vereinigung zu einem Volke — ist es uns nicht erlaubt, von dem Gedanken einer gemeinsamen Staatsverwaltung für ganz Polen zurückzutreten, dem ein starkes Zusammenleben der Polen aus allen

Teilgebieten, ein gemeinsames Schicksal in Glück und Unglück, gemeinsame Sorgen und gemeinsame Verantwortung folgt."

"Kurjer Poranny" schreibt in zwei Artikeln u. a. folgendes:

"Es wäre dies ein augenscheinlicher Staatsstreich von Seiten des Landtages, der den Verfassungsbestimmungen vorgreift. Überhaupt kann das Gesetz über die administrative Einteilung des Landes nur eine Entfaltung derjenigen Grundlage sein, welche in der Verfassungspartei enthalten sein wird. Das Gesetz, mit welchem der Abgeordnete Korsantj dem Landtag vorgreifen will, berührt das Grundprinzip der Unteilbarkeit des Vaterlandes, ein Prinzip, welches wir alle bis jetzt als eine Sache angesehen haben, die keiner Diskussion unterliegt."

Es bildet ein tatsächliches „geteiltes Polen“, kehrt zurück zu den Traditionen der Provinzen der Ära des Königs Boleslaus Krzywosty, formt keine gesamte ganze Republik, sondern gewissermaßen föderative Stände. Sie dringt also mit einem Male in den Kern der Verfassungskarte des Vaterlandes ein, und man darf nicht vergessen, daß diese verblüffende Initiative sehr weitgehende und böse Folgen nach sich ziehen wird."

Das gewesene österreichische Teilgebiet, in welchem noch partikularistische Anstößkeime stecken, wird natürlich daselbe Beispiel nachahmen wollen, welches ihm die Großpolen geben. Die Galizier werden eine ebensolche Autonomie für das gewesene österreichische Teilgebiet fordern."

Sie haben sogar einen ausgezeichneten Vorwand dazu, nämlich jenes Postulat der Autonomie für Ostgalizien, welches uns angeblich durch den Willen der Großmächte aufgezwungen wird. Die Autonomie Ostgaliziens könnte eine peinliche Notwendigkeit sein, welche durch die gemischte nationale Zusammensetzung der Bevölkerung gebildet wird."

Die jedoch mit derselben parallel gehende Autonomie Westgaliziens neben der Autonomie des Teschener Bezirks und Oberschlesiens, des Posenschen Gebiets und West-

preuhens reißt ganz Polen in Stücke und gibt im endgültigen Resultat Kongreßpolen auch nur noch den Charakter eines autonomen Gebiets irgendeiner wunderlichen Föderation polnischer Republiken."

Es kann leider gar keine Zweifel geben, daß wir es mit dem Versuch einer ständigen Aussonderung des gewesenen preussischen Teilgebietes zu tun haben. Die ganze bisherige Posener Politik hat diese Aussonderung unterstützt und dieselbe eifrig bewacht. Die Motive, auf Grund deren sie dies getan haben, sind für alle klar, und man hat weder in der Parteipresse noch in den Landtagsgesprächen daraus ein zu großes Geheimnis gemacht."

Die Rede des Geistlichen Adamski während der Raifeier in Posen hat diese Motive sogar in ganz zeremonieller Weise entwickelt. Die Tendenzen zur Autonomisierung der gewesenen Teilgebiete sind zu sehr bekannt; wenn der Abgeordnete Korsantj ihr Anhänger und Apostel im Posenschen ist, so ist auch der Abgeordnete Graf Starbel derjenige, der sie in Galizien vertritt. Diese Pläne sind vom allgemeinen polnischen Gesichtspunkt unerfüllbar."

"Der Robotnik", das Organ des P. P. C., schreibt infolge des Projekts des Herrn Korsantj:

Faßt die ganze Allgemeinheit ist über das Projekt vor Schreck erstarrt. Ein Märchen? Eine Provokation? Das ist doch ein neuer Staatsstreich!

Diese verblüffende Initiative — wie es die Presse der Bourgeoisie ausdrückt, welcher der national demokratische Wahnsinn noch nicht den Verstand genommen hat — wird die Bildung der posenschen föderativen Stände nach sich ziehen! Es ist dies doch eine Zergliederung Polens; anstatt einer organischen Zusammenfassung ein Zerreißen, Schwächen, Vernichten des Vaterlandes."

So ist es. Aber all dies ist Kleinigkeit, wenn es sich um die Aufrechterhaltung der Domäne für national-demokratische Einflüsse handelt, für den Merkantilismus. Alles nur der Macht wegen. Alles für die Reaktion."

Kleine Mitteilungen

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Thorn.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Thorn, über die bisher nur eine kurze Mitteilung erschienen war, betrafen hauptsächlich die Vorbereitung der militärischen und verwaltungstechnischen Übergabe der abzutretenden Gebiete, die Angelegenheiten der Beamtenenschaft, die Fragen der Eigentumsliquidation, des Minoritätenschutzes und insbesondere der Antriebler, die Militärdienstfrage, sowie die Vorbereitung der Aufnahme der gegenseitigen Verkehrsbeziehungen. Einen breiten Raum nahm auch die Frage der Strafverfolgungen und der Internierungen ein.

Aus dem am 23. ds. Mts. in Danzig gemeinsam festgestellten Thorer Protokoll sind die folgenden Einzelheiten von besonderem Interesse:

Die Lage an der Grenze und Räumung.

Die Besprechung der immer noch an der Demarkationslinie und deren Grenze vorkommenden örtlichen Kämpfe und Schießereien führte zu einer eingehenden Erörterung der militärischen Fragen. Als Ergebnis wurde festgestellt:

1. Die bereits begonnene Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete durch die deutschen Truppen muß planmäßig fortgesetzt und die endgültige Räumung zwischen den beiderseitigen militärischen Kommandostellen des näheren verabredet werden. Diese Verabredung muß sobald als möglich erfolgen, damit die Durchführung ohne Schwierigkeit gewährleistet wird.

2. Inzwischen muß für den nötigen Schutz der Bevölkerung gesorgt werden und zwar durch paritätisch organisierte Einwohnerwehren. Ein entsprechender Erlaß seitens des Oberpräsidenten von Westpreußen ist bereits ergangen. Der Regierungspräsident von Bülau erklärt für die Provinz Posen, daß bei ihm in ähnlicher Weise verfahren werde.

3. Eine Vereinbarung zwischen den militärischen Sachverständigen ist auch betreffs der Inventarisierung und der Übernahme der

militärischen Einrichtungen und der zurückbleibenden Heeresgüter nötig.

Die vorstehend erwähnten militärischen Abmachungen sind bereits in die Wege geleitet. Eine polnische Militärkommission wird in nächster Zeit mit den deutschen militärischen Kommandostellen in Verhandlung treten.

Die deutschen Beamten.

Aus der Besprechung der verwaltungstechnischen Übergabe und der damit zusammenhängenden Beamtenfragen ist folgendes hervorzuheben:

1. Es wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Behörden und Beamten aller Art ihre Tätigkeit weiter ausüben, wenigstens bis zu einem gewissen noch zu bestimmenden Zeitpunkt.

2. Es wird ausdrücklich nochmals festgestellt, daß in dem Aufruf vom 30. Juni 1919 eine bindende Erklärung der polnischen Regierung zu erblicken ist.

3. In der Beamtenfrage werden ferner aus den früheren Verhandlungen mit den Kommissaren des obersten polnischen Volksrats in Posen folgende Punkte als unstreitig nochmals festgestellt, um das Verbleiben der Beamten und damit der Behörden zu ermöglichen:

a) bis zum 1. Oktober werden alle Beamten in ihren jetzigen Stellungen belassen werden, gegebenenfalls unter Zuteilung polnischer Kontrollorgane.

b) Nach Möglichkeit werden danach alle Beamten in den polnischen Staatsdienst übernommen werden.

c) Allen Beamten, auch den nach dem 1. Januar 1908 zugezogenen, wird die Möglichkeit der Liquidation ihres Eigentums und freier ungehinderter Abzug mit ihrem beweglichen Hab und Gut gewährleistet.

4. Zur Klärung der Frage, inwieweit die preussische Regierung die Behörden und Beamten zur Fortsetzung ihrer Amtstätigkeit zur Verfügung stellt, wird es jedoch noch einer genauen Behandlung der dabei in Be-

tracht kommenden Fragen im einzelnen bedürfen."

Die endgültigen Abmachungen werden in Berlin von Regierung zu Regierung getroffen werden. Erwähnt sei aber noch, daß der vorstehend angezogene und bereits bekannte Aufruf des Kommissariats des obersten polnischen Volksrats „An unsere Mitbürger deutscher Nationalität" vom 30. Juni 1919 von diesem als Mandatar der Regierung der Republik Polen erlassen worden war auf Grund der Verhandlungen, die in Posen und Warschau Ende Juni mit Vertretern der deutschen und polnischen Volksräte Westpreußens und zwar den Herren Stadtförst Rat Loewe-Thorn, Oberamtmann Hasbach-Schloß Birglau, Rechtsanwalt Szuman-Thorn und Kosiński-Thorn, stattgefunden hatten.

Amnestie auf beiden Seiten.

Aus der weiteren Besprechung sind folgende Punkte hervorzuhoben: „Die Versammelten gaben dem gemeinsamen Wunsch Ausdruck, daß die wegen politischer Vergehen und wegen mit politischer Betätigung im Zusammenhang stehender Verfehlungen (z. B. Verletzung der Passbestimmungen) Verfolgten, durch beiderseitige Amnestie außer Verfolgung gesetzt, die Verhafteten und Verurteilten unter Rückgabe der Kautionen und beschlagnahmten Gelder freigelassen werden sollen, sowie, daß die Internierungen und Aufenthaltsbeschränkungen durch Vereinbarung der beiderseitigen militärischen Behörden aufgehoben werden und den beiderseitigen Flüchtlingen die Rückkehr in die Heimat gestattet wird.

Die Ansiedler.

Bezüglich der Ansiedler erklärt auf Anfrage von deutscher Seite Kommissar von Laszewski, daß er von der bindenden Erklärung des Kommissariats des obersten polnischen Volksrats vom 30. Juni 1919 nichts zurückzunehmen habe. Er glaubt, daß die Befürchtungen der nach dem 1. Januar 1908 zugezogenen Ansiedler, daß sie alle liquidiert und entfernt werden würden, nicht begründet seien. Es werde sich wahrscheinlich um die Prüfung im Einzelfalle handeln. Auf Antrag von deutscher Seite will Kommissar von Laszewski dafür eintreten, daß bei physischen

Personen sich die Beschlagnahme und Liquidation auf Grundeigentum beschränke und ferner den Personen, die liquidiert würden, auch den Ansiedlern, eine angemessene Frist zur freihändigen Liquidierung ihres Vermögens gewährt werde.

Stadtförst Rat Loewe beantragt eine Erklärung der polnischen Regierung über folgende zwei Punkte:

1. Daß sie sich grundsätzlich bereit erklärt, den nach dem 1. Januar 1908 zugezogenen Personen, einschließlich der Ansiedler, die Aufnahme in die polnische Staatsangehörigkeit zu gewähren und sie nur in gewissen Einzelfällen abzulehnen,

2. daß nach dem 1. Januar 1921 keine Liquidation mehr eingeleitet werden darf.

Kommissar von Laszewski will die Stellungnahme der polnischen Regierung zu den obigen Anträgen herbeiführen.

Militärdienstpflicht in Polen.

Erdörtet wurde im ferneren Verlauf der Unterredungen auch die Frage der polnischen Militärdienstpflicht in den abzutretenden Gebieten. Ihre baldige Klärung durch die Warschauer Regierung soll herbeigeführt werden.

Die Übergangszeit.

Einen großen Raum nahm in den Beratungen in Thorn und Danzig endlich die Besprechung über auch nach außen sichtbare Maßnahmen ein, die ergriffen werden könnten, um die Bevölkerung zu beruhigen und um eine möglichst ungestörte Überleitung in die neuen Verhältnisse zu gewährleisten. Die deutschen und polnischen Vertreter entschieden sich schließlich übereinstimmend dahin, vorzuschlagen, daß polnische Beauftragte bei den politischen Kreisbehörden bestellt werden sollen, die die Aufgabe haben, die Interessen der polnischen Bevölkerung wahrzunehmen und aufklärend und beruhigend zu wirken. Über die Art und Weise der Durchführung muß bei den Verhandlungen in Berlin endgültig entschieden werden. Man war sich aber darüber einig, daß die Wiedereröffnung des polnischen Unterkommissariats in Danzig und die ungestörte Zulassung der polnischen Volksräte geboten sein wird. Auch zu diesem Zweck werden die Beratungen in Berlin nach Möglichkeit zu beschleunigen sein.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit Polen.

Wir hatten kürzlich die Mitteilung gebracht, daß die verbundenen und verbündeten Regierungen unter der Bedingung ihrer Teilnahme als „Garanten des Friedensvertrages“ unmittelbaren deutsch-polnischen Verhandlungen ihre Zustimmung gegeben hätten.

Gegenstand der Verhandlungen ist der gesamte Umfang der politischen, wirtschaftlichen und Verkehrsfragen, die mit der Übergabe verbunden sind. Von deutscher Seite wird besonders für den Schutz derjenigen Deutschen eingetreten, die sich nach dem 1. Januar 1908 innerhalb der abzutretenden Gebiete angesiedelt, die polnische Staatsangehörigkeit aber nicht erworben haben und durch den Friedensvertrag in ihren Besitzrechten gefährdet sind.

In der gestrigen Abendausgabe waren die einzelnen Vertreter der Verbandsmächte namentlich aufgeführt. Auch Japan ist vertreten, während Amerika an den gestrigen Verhandlungen nicht teilgenommen hat. Die Ernennung des Generals Dupont zum Vertreter Frankreichs ist der Reichsregierung bisher nicht notifiziert worden. Gestern war Frankreich durch einen Hauptmann vertreten.

Die Verhandlungen wurden vom Unterstaatssekretär von Haniel eröffnet; er betonte, daß die deutsche Regierung schweren Herzens an die Verhandlungen über die Gebietsabtretungen herangehe. Der Zweck der Verhandlungen sei, eine tragfähige Verbindung zu schaffen, welche die beiden Nachbarvölker befähige, in Frieden und unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen miteinander zu leben. Deutschland sei vor allem an einer loyalen Behandlung derjenigen deutschen Staatsangehörigen gelegen, die sich in den abzutretenden Gebieten befänden. Von polnischer Seite sprach daraufhin der Unterstaatssekretär Dr. Broblewski, der vor allem die Absicht Polens betonte, die Deutschen in den abzutretenden Gebieten mit voller Loyalität zu behandeln. Etwas anderes sei nach den freiwilligen Überlieferungen Polens nicht zu erwarten. Daraufhin nahm das Wort der italienische Delegierte Bencivenga als der älteste Vertreter der Verbandsmächte. Er sprach in herzlichster Form seinen Dank für die Einladung zu den Verhandlungen aus.

Seine Ansprache — in Italienisch gehalten — wurde ins Französische übertragen. Von polnischer Seite wurde polnisch, von deutscher Seite deutsch gesprochen — ebenfalls unter späterer Übersetzung ins Französische.

Die gestrige Sitzung beschränkte sich auf die gegenseitige Begrüßung. Eine Fortsetzung der Verhandlungen wurde für heute angesetzt. Es ist wahrscheinlich, daß, entsprechend den Gruppen von Fragen, die erledigt werden müssen, drei Ausschüsse gebildet werden, und zwar ein politischer, ein zweiter für die Auseinandersetzung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse, so der Kommunal- und Landesversicherungsbünde, ein dritter endlich für die Verkehrs- und Wirtschaftsfragen. Bei der Masse des zu bearbeitenden Materials wird jede einzelne Kommission voraussichtlich noch Unterausschüsse bilden.

Bei den Verhandlungen wird von deutscher Seite auch die Amnestiefrage in den Vordergrund gerückt werden, d. h. vor allem die Entlassung der deutschen Internierten und Gefangenen, wobei hervorgehoben wird, daß es polnische Zivilgefangene auf deutscher Seite nicht mehr gibt, sondern daß diese schon längst entlassen sind.

Die Reichsregierung hat eine größere Anzahl Vertreter und Sachverständige zu den Verhandlungen zugezogen. Wir nennen u. a. die beiden Bürgermeister Miglaff-Bromberg, Haffe-Thorn, den Zentrumsabgeordneten Dr. Fleischer, den Staatskommissar Hörning, Professor Hörsch von der Berliner Universität, als Vertreter des deutschen Volkstages in Posen Dr. Scholz und Regierungsrat Brose, die Oberpräsidenten Philipp aus Breslau, Schnadenburg aus Danzig, den Regierungspräsidenten von Bülau aus Bromberg, Reichskommissar Winnig, Stadtforsrat Löwe-Thorn.

Durch die große Anzahl der hinzugezogenen Sachverständigen und Interessenvertreter dürfte den Wünschen und Bedürfnissen der in Betracht kommenden Bevölkerungskreise durchaus Genüge geschehen.

(„Dtische. Allg. Ztg.“ Nr. 385, 12. August 1919.)

Die Agrarreform in Polen.

Der Beschluß des gesetzgebenden Landtags über die Agrarreform in Polen vom 10. Juli

lautet in seinen wichtigsten Bestimmungen wie folgt:

Der Zweck der Agrarreform ist die Bildung neuer Wirtschaften auf dem Wege der Kolonisation; die Vergrößerung vorhandener Zwergwirtschaften zu selbständigen Einheiten; die Bildung kleiner Wirtschaften für Obst- und Gemüseproduktion; und schließlich die Bildung von Arbeiter-, Beamten- und ähnlichen Kolonien und Gärten in der Nähe von Großstädten und Industriezentren.

Eigentümer oder Besitzer von Ackerland können nur Personen sein, die eine selbständige Wirtschaft persönlich führen oder ihre Erben.

Das grundsätzliche Maximum des individuellen Besitzes, das dem Zwangsankauf nicht unterliegt, soll durch das Gesetz für die einzelnen Bezirke in den Grenzen von 60 bis 180 Hektar festgesetzt werden.

Für das preussische Teilgebiet und für die Länder im Osten kann die Grenze, wo das Staatsinteresse es erfordert, vorübergehend auf 400 Hektar erhöht werden.

Unrichtig bewirtschaftete Güter, die die Landesproduktion schädigen, unterliegen der vollständigen Zwangsenteignung.

Der Staat, produktive landwirtschaftliche Verbände und die Gemeinden können auf einer Fläche, die über 800 Morgen geht, Wirtschaften bilden.

Zur Parzellierung und Kolonisation sollen folgende Liegenschaften herangezogen werden:

- a) Güter, die das Eigentum des Staates bilden (Kaisliche und Majoratsgüter);
- b) die durch den Staat übernommenen Güter, die den Mitgliedern der herrschenden Dynastien oder den Mitgliedern ihrer Familien gehören;
- c) die Güter der russischen Bauernbank und der preussischen Ansiedelungskommission;
- d) die Güter der toten Hand (Kirchengüter, Bischofs-, Domkapitular-, Kloster-, Pfarrgüter) nach dem Einvernehmen mit dem Apostolischen Stuhle, und die Güter anderer öffentlichen Einrichtungen;
- e) die nicht parzellierten, früher der Geistlichkeit und den Klöstern gehörigen Güter nach dem Einvernehmen mit dem Apostolischen Stuhle;

f) die während des Krieges aus den Buchergewinnen erworbenen Güter und die Güter der Bodenspekulanten;

g) Güter bzw. Teile von Gütern, die auf Grund des gesetzlichen Zwanges von Privatgrundbesitzern zu durch das Gesetz festgelegten Preisen nach dem Maße des Fortschritts der Parzellierung aufgelauft werden.

Beim Auktionskauf wird nach Möglichkeit diejenige Reihenfolge eingehalten, daß zuerst die schlechtbewirtschafteten oder durch den Krieg zerstörten Grundbesitze der Parzellierung unterworfen werden, sowie die Güter, deren Servitute nicht reguliert worden sind.

Alle Wälder, zu welcher Kategorie der genannten Güter sie auch gehören mögen, mit Ausnahme der Gemeindewälder und kleiner Privatwälder, die sich für die Staatsbewirtschaftung nicht eignen, werden Staatseigentum nach entsprechender Liquidierung der Servitute.

Zur Durchführung und Sicherung der landwirtschaftlichen Reformen, die dann im einzelnen in ihren Zielen dargelegt werden, wird ein Hauptlandesamt ins Leben gerufen, dem wieder Kreislandesämter mit Kreislandeskommissionen unterstellt werden. Das Hauptlandesamt erwirbt den Boden und wird das Recht der Emission einer Staatslandesrente haben. Rentenbriefe werden sein Zahlungsmittel sein. Seine nächste Aufgabe ist die Ansammlung eines Bodenvorrates für die Koalition und Erleichterungen für die Käufer der neugebildeten Wirtschaften.

Wie der Landwirtschaftsminister Janicki einem Warschauer Pressevertreter mitteilte, soll schon in der allernächsten Zeit an die Parzellierung der dafür am reifsten Güter, der Staatsgüter, herangetreten werden, die in Kongresspolen allein 100 000 Morgen umfassen.

Befriedigt werden sollen zunächst die landwirtschaftlichen Arbeiter der parzellierten Rittergüter, dann soll die besitzlose oder wenig besitzende übrige Bevölkerung folgen und schließlich ist ein bestimmter Vorrat den aus dem Kriege zurückkehrenden Soldaten vorbehalten.

Die Bodenpreise werden durch ein besonderes Gesetz bestimmt. Man wird für die

verschiedenen Bezirke verschiedene Preise festsetzen, um den Überschuß der allzu dicht bevölkerten Gegenden in diejenigen Landesteile zu lenken, in denen das Staatsinteresse eine Verstärkung der Landbevölkerung erfordert.

Mit der Durchführung der Agrarreform soll sobald als möglich begonnen werden.

(Nach der „Kreuzzeitg.“ vom 21. Juli Nr. 887.)

Das Gesetz über die Administration des gewesenen preussischen Teilgebietes.

Das vom Landtag angenommene Gesetz, welches wir gestern erwähnten, hat folgenden Wortlaut:

1. Die Ländereien des gewesenen preussischen Gebietes, welche auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 einen unzertrennbaren Bestandteil der Republik Polen bilden, unterliegen vollständig der Macht der Zentralorgane der Republik, des Landtages, des Staatsoberhauptes und der Minister.

2. Die bisherigen Gesetze und Erlasse, welche am Tage des Inkrafttretens vorliegenden Gesetzes auf diese Ländereien verpflichten, bleiben auch fernerhin in Kraft, sofern sie keiner Änderung des vorliegenden oder späteren Landtaggesetzes unterliegen.

3. Jegliche Ausnahme Gesetze und Verfügungen, herausgegeben zu Ungunsten irgendeiner Nationalität oder Konfession werden hiermit aufgehoben.

4. Es wird ein Ministerium des gew. preussischen Teilgebietes mit dem Sitz in Warschau gegründet.

5. Der Minister des gew. preussischen Teilgebietes ist Mitglied des Ministerrates und besitzt eine dienstliche Stellung sowie jegliche Rechte der Minister der Republik.

6. Der Minister des gew. preussischen Gebietes hat folgende Aufgaben:

a) Übernahme aller Behörden und Beamten vom Kommissariat des O. P. B. und von den deutschen und preussischen Staatsorganen.

b) Verwaltung des gew. preussischen Gebietes nach den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes, gerechnet von dem Zeitpunkt an, wo sämtliche Gebiete dieser Verwaltung unter die direkte Leitung der zuständigen Minister gestellt werden.

c) Vorbereitung des Überganges sämtlicher Behörden und Ämter des gew. preussischen Gebietes unter die direkte Leitung der entsprechenden Minister, sowie Durchführung der Reorganisation dieser Behörden entsprechend den Grundsätzen, die für das ganze Reich angenommen sind.

d) Erlass nach Verständigung mit den zuständigen Ministern von Ausführungsbestimmungen zur Einführung polnischer Gesetze und Verfügungen, die Änderungen der preussischen und deutschen Gesetze und Verfügungen beabsichtigen, was zur vollständigen Abtrennung der Behörden und Ämter von Deutschland und zur Anpassung ihrer Form und Prozedur an die neuen politischen Bedingungen, die aus der Angliederung an die Republik Polen folgen, nötig ist.

7. Der Minister des gew. preussischen Gebietes ist dienstlicher Vorgesetzter der Behörden und Ämter dieses Gebietes, mit Ausnahme derjenigen, welche durch Beschlüsse des Ministerrates dem zuständigen Minister überwiesen werden.

Die Angelegenheiten der ausländischen Politik, militärische und Zollfragen unterliegen den zuständigen Ministern direkt.

8. Das Amt des Oberpräsidenten der Provinz sowie der Bezirksregierung wird aufgehoben. Anstatt dessen werden Wojwodschaftsämter mit Wojwoden an der Spitze geschaffen. Die Wojwoden haben die Machtbefugnisse der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten und die Wojwodschaftsämter die Machtbefugnisse der Bezirksregierungen.

9. Es werden zwei Wojwodschaften gebildet, eine Posener für das Gebiet des Großherzogtums Posen und eines Teiles des Raminower und Sztogower Kreises, welcher Polen zuerkannt ist, — und eine Pommerische für die übrigen Teile des gew. preussischen Teilgebietes, die jetzt bereits dem polnischen Staate angegliedert sind.

Den Sitz der Wojwodschaftsbehörden wird der Ministerrat auf Antrag des gew. preussischen Gebietes bestimmen.

10. Die Wojwoden werden vom Staatsoberhaupt auf Antrag des Ministers des

gew. preußischen Gebietes, der vom Ministerart bestimmt wird, ernannt.

11. Höhere Beamten, die dem Boywoden unterstellt sind, ernannt der Minister des gew. preußischen Gebietes; mittlere und niedrige Beamten ernennen die Boywoden oder andere Organe entsprechend den verpflichtenden Bestimmungen.

12. Die Hauptleiter der einzelnen Teile der Administration im Ministerium des gew. preußischen Gebietes werden vom Staatsoberhaupt auf Antrag des Ministers des gew. preußischen Gebietes ernannt, welcher Antrag nach Verständigung mit dem zuständigen Minister und mit Einverständnis des Ministerrates gefaßt werden wird. Andere Beamten dieses Ministeriums werden in der für alle Minister vorgeschriebenen Weise ernannt.

13. Die Präsidenten und Mitglieder der Oberlandsgerichte, die Oberstaatsanwälte bei denselben, sowie die ersten Staatsanwälte bei diesen Gerichten und bei den Landgerichten werden vom Staatsoberhaupt auf Antrag des Ministers des gew. preußischen Gebietes, welcher Antrag im Einverständnis mit dem Justizminister gefaßt wurde, ernannt. Die Richter und Staatsanwälte niedrigerer Rangstufen ernannt der Minister des gew. preußischen Gebietes im Einverständnis mit dem Justizminister.

14. Der Minister des gew. preußischen Gebietes hat das Recht, die im Dienste stehenden Beamten im Augenblick des Inkrafttretens vorliegenden Gesetzes zu entlassen und sie zu versetzen, auch diejenigen nicht ausgenommen, welche auf Grund der bindenden Verfügungen vom Rechte der Nichtversetzung Gebrauch machen könnten.

15. Die für Lebenszeit ernannten Beamten müssen einen Staats Eid ablegen nach der Formel und in der Weise, wie dieselben für die Beamten der Republik Polen vorgeschrieben sind.

16. Die Gerichte und Ämter fällen ihre Urteile und Aussprüche im Namen der polnischen Republik.

17. Die Machtbefugnisse des deutschen Reichsgerichts in Leipzig als Kassations-

(Revisions-) und Berufungsinstanz gehen über auf das Allerhöchste Gericht in Warschau.

Die Machtbefugnisse des Oberverwaltungsgerichts in Berlin gehen bis zur Schöpfung eines Administrations-Tribunals auf das Oberlandesgericht über.

18. Die Zuständigkeit des preußischen Ministerrates sowie des Bundesrates mit Ausnahme ihrer gesetzgebenden Zuständigkeit gehen im Rahmen des von dem polnischen Reiche übernommenen Gebietes auf den Ministerrat der Republik über.

Ebenso dient dem Ministerrat das Recht, die Verfügungen und Maßnahmen des Boywoden in allen denjenigen Fällen zu bestätigen, in welchen nach den bisherigen Gesetzen die Verfügungen und Maßnahmen des Oberpräsidenten oder Regierungspräsidenten die königliche beziehungsweise ministerielle Bestätigung erforderten.

19. Falls infolge der stattzufindenden Volksabstimmung noch während der Wirkungskraft dieses Gesetzes dem polnischen Reiche entsprechend dem Friedensvertrage weitere Gebiete der gem. preußischen Monarchie zurückergeben werden sollten, so bezieht sich die bindende Kraft des vorliegenden Gesetzes auch auf diese Gebiete.

Der Beschluß des Ministerrates, der auf Antrag des Ministers des gew. preußischen Gebietes gefaßt werden wird, wird die Einteilung dieser Territorien in neue Boywodschaften beziehungsweise deren Angliederung an die bestehenden Boywodschaften bestimmen mit Vorbehalt der späteren Bestimmungen seitens des Landtages.

20. Das Kommissariat des O. P. B. als Machtorgan wird liquidiert in einer Weise, welche der Minister des gew. preußischen Gebietes im Einverständnis mit dem Kommissariat bestimmen, und die er selbst durchführen wird.

21. Die Ausführung des vorliegenden Gesetzes gehört zum Ministerpräsidenten und den zuständigen Ministern.

22. Das vorliegende Gesetz tritt in Kraft am Tage seiner Bekanntgabe.

(Nach „Dziennik Wydzgosi“ Nr. 180 vom 7. August.)

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Pommerns und Westpreußens

Nr. 23	Verantwortlich: Carl Georg Bruns Schriftleitung: Bromberg, Welzienplatz 1 III Fernruf Nr. 321	27. August 1919
--------	---	-----------------

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Wann tritt der Friedensvertrag in Kraft?
— Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Wann tritt der Friedensvertrag in Kraft?

Dem Nichtjuristen wird es merkwürdig vorkommen, daß man diese Frage überhaupt aufwerfen und über sie viel Worte verlieren kann. Er wird meinen, daß sich das doch eigentlich von selbst verstehen müsse. Er wird, wie so oft im Leben, geneigt sein, schon in der Frage „wieder nur eine Spitzfindigkeit“ zu sehen, mit der der Jurist dem gesunden Menschenverstand Fuhangeln zu legen versucht. Aber auch in diesem Falle handelt es sich, wie in der Mehrzahl ähnlicher Fälle, darum, daß der Text des Gesetzes, Vertrages, oder was sonst auszulegen ist, unglücklich, unklar, nicht völlig eindeutig gefaßt ist. Und immer, wenn dies der Fall ist, entstehen solche juristischen Doktorfragen, die aber ausgeworfen und gelöst werden müssen, weil das Leben ihre Beantwortung erfordert. Denn von der Art der Antwort hängt die Gestaltung wichtiger Rechts- und Lebensverhältnisse ab, die für das persönliche und vermögensrechtliche Schicksal der spottenden Laien selbst von entscheidender Bedeutung sind. Dies gilt natürlich in ganz besonderem Maße von der Frage, wann der Friede von Versailles mit seinen gewaltigen Anforderungen und all seinen Rechtsfolgen für die Ostmark in Kraft tritt.

Die einschlägigen Bestimmungen am Schlusse des Friedensvertrages lauten: „Die Niederlegung der Ratifikationsurkunden soll so bald wie möglich in Paris erfolgen.“

„Den Mächten mit Regierungssitz außerhalb Europa steht es frei, sich auf die Mitteilung an die Regierung des französischen Freistaates durch ihren diplomatischen Vertreter in Paris zu beschränken, daß ihre Ratifikation erteilt ist. In diesem Falle sollen sie die Ratifikationsurkunde darüber so schnell wie möglich übermitteln.“

„Ein erstes Protokoll über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden wird errichtet, sobald der Vertrag von Deutschland einerseits und von drei alliierten und assoziierten Hauptmächten andererseits ratifiziert ist.“

„Mit der Errichtung dieses ersten Protokolls tritt der Vertrag zwischen den Höhen vertragschließenden Teilen, die ihn auf diese Weise ratifiziert haben, in Kraft. Dieser Zeitpunkt gilt zugleich als der Zeitpunkt des Inkrafttretens bei Berechnung aller in dem gegenwärtigen Vertrage vorgesehenen Fristen.“

„In jeder anderen Hinsicht tritt der Vertrag für jede Macht mit der Niederlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft.“

„Die französische Regierung wird allen Signatarmächten eine beglaubigte Abschrift der einzelnen Protokolle über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden übermitteln.“

Um diese Bestimmungen zu verstehen, muß man folgende völkerrechtliche Grundsätze im Auge behalten.

Die Unterzeichnung eines völkerrechtlichen Vertrages durch die Bevollmächtigten der kontrahierenden Staaten hat noch nicht die Bedeutung, daß damit der Vertrag „geschlossen“ ist. Ihre Vollmacht geht im allgemeinen nur dahin, daß sie befugt sind, einen Vertragsentwurf aufzustellen, der so lange bloßer Entwurf bleibt, bis die Staatsorgane, denen die Verfassung ihrer Staaten die Befugnis zur völkerrechtlichen Vertretung, d. h. das Recht, ihre Staaten anderen Staaten gegenüber zu berechnen und zu verpflichten, beilegen, in einem förmlichen Akte, den Entwurf „gutgeheißen“, ihn „ratifiziert“ haben. Im allgemeinen werden sie diese „nach außen“ wirkende Ratifikation erst vornehmen, wenn die Gesetzgebungsorgane, also namentlich die Volksvertretungen, ihre verfassungsmäßige Zustimmung gegeben haben, ohne welche die Normen des Vertrages „im Innern“ des Staates keine Wirkungen entfalten können. Wie ein vom Parlament „verabschiedetes“ Gesetz noch nicht „gilt“, bevor es zunächst einmal die Gutheißung oder Sanktion des Monarchen erhalten hat, so wird auch ein von den Bevollmächtigten unterzeichneter völkerrechtlicher Vertrag erst wirksam, wenn er von allen Kontrahenten gutgeheißen, ratifiziert worden ist.

Aber auch mit der Sanktion tritt das Gesetz ebensowenig in Kraft, wie der Vertrag mit der Ratifikation. Das Gesetz wird erst wirksam, wenn es seinen Adressaten, den Gesetz-Untworfenen, in gehöriger Form bekanntgegeben, wenn es ausfertigt und verkündet ist. Entsprechendes gilt für den völkerrechtlichen Vertrag. Ein Unterschied besteht freilich darin, daß das Gesetz ein einseitiger Befehl des Staates an seine Bürger, an seine Untertanen ist, während der Vertrag ein zwei- oder mehrseitiges Rechtsgeschäft unter zwei oder mehreren gleichgeordneten Parteien darstellt. Darum kann der Rechtsakt, der den Vertrag „vollendet“, ihn „perfiziert“, nicht ein einseitiger Publikationsakt sein, sondern es muß ein Rechtsakt sein, bei dem alle Kontrahenten, die ja gleichgeordnete Parteien sind, zusammenwirken. Dieser komplizierte Rechtsakt besteht darin, daß die Bevollmächtigten der vertragsschließenden Staaten die von ihren Staatshäuptern vollzogenen Ratifikationsurkunden untereinander prüfen und dann „austauschen“ und schließlich über diesen Austausch eine gemeinsame Niederschrift aufstellen. Darum wird ein völkerrechtlicher Vertrag grundsätzlich erst wirksam, nachdem die „Ratifikationsurkunden ausgetauscht“ sind und über den Austausch ein „Protokoll errichtet“ worden ist.

Von diesem an sich, d. h. wenn im Vertrage nichts anderes ausdrücklich bestimmt ist, notwendigen Verfahren pflegt man in neuester Zeit bei großen Kollektivverträgen, d. h. bei Verträgen, an denen eine große Zahl oder fast alle Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft beteiligt sind, etwas abzuweichen und ein im Vertrage besonders zu regelndes, vereinfachtes Ratifikationsverfahren anzuwenden, weil der Apparat durch den erneuten Zusammentritt aller Bevollmächtigten an einen Ort zu kompliziert und auch zu kostspielig sein würde. Das für den Versailler Frieden gültige vereinfachte Ratifikationsverfahren ist in den oben angeführten Sätzen geregelt. Man wird sie nur richtig auslegen können, wenn man die Grundsätze im Auge behält, von denen sie Abwandlungen bzw. Vereinfachungen darstellen sollen.

Die Vereinfachung besteht danach in folgendem:

Es findet kein „Austausch“ der Ratifikationsurkunden statt. Die Bevollmächtigten brauchen darum nicht noch einmal alle gleichzeitig persönlich nach Versailles zu kommen; sondern die Ratifikationsurkunden werden zunächst einmal nur in Paris „niedergelegt“, d. h. aufgestapelt, bis eine genügende Anzahl da ist. Für die außereuropäischen Mächte, deren Reise nach Paris ja Wochen dauert, bedarf es nicht einmal dieser Niederlegung, sondern es genügt die „diplomatische“ Mitteilung an die französische Regierung, daß die Ratifikation erteilt ist. Die betreffende Urkunde soll dann aber so schnell wie möglich nach Paris übermittelt werden.

Die erste „Zusammenfassung“ der einzelnen niedergelegten Ratifikationsurkunden soll erfolgen, sobald mindestens Deutschland einerseits und drei Haupt-

mächte andererseits ratifiziert haben. Diese Zusammenfassung geschieht durch die „Errichtung eines ersten Protokolls“ über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden. Daher kann auch erst von dieser Errichtung an ein Inkrafttreten des Friedensvertrages in Frage kommen. Bis dahin liegen nur einzelne, von einander unabhängige Rechtshandlungen der einzelnen Mächte vor, die einen Vertragschluß naturgemäß nicht herbeiführen können.

Der Friedensvertrag sagt daher auch: „Mit der Errichtung dieses ersten Protokolls tritt der Vertrag zwischen den Höhen vertragsschließenden Teilen, die ihn auf diese Weise ratifiziert haben, in Kraft.“ Wenn die polnische Ratifikationsurkunde bei dem ersten Protokoll bereits mit vorlag, tritt damit der Friedensvertrag auch zwischen Deutschland und Polen in Kraft.

Nun heißt es aber weiter im Friedensvertrage, daß dieser Zeitpunkt der ersten Protokollerrichtung „zugleich“ als der Zeitpunkt gilt für die Berechnung aller in dem Vertrage vorgesehenen Fristen, und daß „in jeder anderen Hinsicht“ der Vertrag für jede Macht mit der Niederlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft tritt. Daraus haben einige den Schluß ziehen wollen, daß der Vertrag, nachdem Deutschland seine Ratifikationsurkunde schon niedergelegt hat, zwischen Deutschland und den anderen Mächten bereits in dem Augenblick, wo die eine oder andere Macht ihre Urkunde niederlegt, also unter Umständen bereits vor der Errichtung des ersten Protokolls, in Kraft tritt. Diese Auffassung ist aber unbedingt unrichtig. Denn nach ihr würde sich die ganze Bedeutung der ersten Protokollerrichtung darin erschöpfen, daß durch sie die Fristen zu laufen beginnen. Daß das nicht die Meinung des Friedensvertrages ist, geht schon aus dem Worte „zugleich“ hervor. Es folgt aber vor allem aus dem Wesen der Sache und aus dem Sinn des vereinfachten Ratifikationsverfahrens, das eben nur eine Vereinfachung und keine das Wesen verändernde Methode darstellt. Auch praktisch würde die irrige Auffassung in eine Sackgasse führen. Die Durchführung des Friedensvertrages auch zwischen Deutschland und den Mächten, die nicht zu den Hauptmächten gehören, erfordert vielfach die Mitwirkung gerade auch der Hauptmächte. Ein Inkrafttreten des Vertrages z. B. zwischen Deutschland und Polen allein würde gar nicht durchführbar sein. An den Grenzfestsetzungskommissionen, den Verwaltungsausschüssen in den Abstimmungsbezirken sind die Hauptmächte beteiligt; sie befinden über das Ergebnis der Volksbefragungen; sie legen Polen einen Vertrag über Minderheitenschutz auf; sie übernehmen die freie Stadt Danzig und regeln deren Beziehungen zu Polen; sie entsenden die ständigen Mitglieder in den Wiedergutmachungsausschuß usw. Es hat also seinen wohlbegründeten sachlichen Sinn, daß der Friedensvertrag vor der Ratifikation durch die Mehrzahl der Hauptmächte in keiner Hinsicht und für keine Macht in Kraft tritt.

Wenn es in dem vorletzten Absatz des Vertrages heißt, daß „in jeder anderen Hinsicht“ als bezüglich des Beginnes des Fristenlaufes der Vertrag „für jede Macht mit der Niederlegung ihrer Ratifikationsurkunde“ in Kraft tritt, so bedeutet das nach dem Wesen des ganzen Ratifikationsaktes und nach dem Zusammenhange der Bestimmungen, daß die Niederlegung der Ratifikationsurkunden nach dem ersten Protokoll nur die Bedeutung hat, daß die betreffenden Mächte damit ihren Beitritt zu einem bereits in Kraft gesetzten Vertrage erklären: die bloßen parallelen, voneinander unabhängigen Niederlegungen ohne Zusammenfassung oder ohne Beziehung auf eine bereits erfolgte Zusammenfassung können keinen völkerrechtlichen Vertrag in Wirkung setzen. Die Worte „in jeder anderen Beziehung“ bedeuten, daß auch für diese Mächte die Fristen bereits von dem ersten Protokoll an laufen, und daß nur die anderen Wirkungen für sie erst mit der Niederlegung ihrer Ratifikationen eintreten. Darum werden auch über die Niederlegungen vor dem „ersten Protokoll“ keine besonderen Protokolle errichtet, sondern nur über die späteren Niederlegungen. Und diese Protokolle werden nicht nur aufgenommen, sondern auch allen Signatarmächten übermittelt, wie der Schlußsatz des Friedensvertrages vorschreibt.

Aus den Deutschen Volksräten

Thorn-Land. Am 8. August fand eine Ausschuß-Sitzung des Deutschen Volksrats Thorn-Land statt. Herr Forstrat Loewe sprach über seine Erfahrungen bei den Verhandlungen mit den Polen in Posen. Die Polen können das abgetretene Gebiet erst übernehmen, wenn sie selbst den Friedensvertrag neben den drei Großmächten ratifizierten. Das verzögert sich noch, so daß bis zur Übernahme noch längere Zeit vergehen wird. Die Vorbedingungen für die Übernahme werden durch die Verhandlungen in Berlin zwischen der polnischen und deutschen Regierung geschaffen. Eine besondere Frage bildet das Währungswesen in der Republik Polen. Sie will die Beschaffung der Geldmittel schnell und einheitlich durchführen. — Die Bürgerwehr soll überall in der Provinz paritätisch durchgeführt werden. — Die Eigentumsfrage für Beamte und Anflebler ist erst teilweise für die nach dem 1. Januar 1908 zugezogenen erledigt. Die polnische Regierung wird sich über die Anträge, erstens den nach dem 1. Januar 1908 zugezogenen Personen einschließlich der Anflebler die Aufnahme in die polnische Staatszugehörigkeit zu gewähren und sie nur in gewissen Fällen abzulehnen und zweitens nach dem 1. Januar 1921 keine Liquidationen mehr einzuleiten, noch erklären. — Zugeländnisse sind auch betr. der deutschen Sprache, der Kirche und deutschen Schule gemacht worden. Auch unsere gute deutsche Rechtsprechung werden wir behalten, wenn unsere Richter hier bleiben. Gehen sie aber fort, so müssen die Polen galizische Richter hierher versetzen und das galizische Recht einführen, womit ein bedeutender Schaden für die Deutschen erwächst. — Betr. der Militärfrage hat der polnische General Dowbor-Musnicki erklärt, er denke nicht daran, in den nächsten fünf Jahren die Deutschen einzuziehen, weil sie ihm militärisch zu unsicher seien. Wenn erst Ruhe und Frieden in Polen eingetreten seien, wird dieses laut Friedensvertrag auch nur ein kleines Heer unterhalten. Sodann kam Forstrat Loewe auf wirtschaftliche Fragen zu sprechen. Die Zwangswirtschaft für

Kartoffeln, Fleisch usw. wird in Polen aufgehoben, sie bleibt nur für Getreide bestehen, doch soll sie auch hier allmählich abgebaut werden. Die Aussichten für Kohlenversorgung in Industrie und Landwirtschaft sind sehr schlecht. Die Entente hat sich die Oberaufsicht über die galizischen und obereschlesischen Kohlenbergwerke gesichert und wird die Verteilung nach Guldunkten vornehmen. Auf englische Kohlen ist wegen des zu hohen Preises nicht zu rechnen. Besonderes Augenmerk richtet die polnische Regierung auf die Arbeitsfrage. Durch die nasse Bitterung werden hier Roggen, Gerste und Hafer zu gleicher Zeit reif. Unsere Arbeitslosen stellen sich nicht derart, daß von ihnen viel zu hoffen ist. Die polnische Regierung wird deshalb nötigenfalls die Ernte durch eine großzügige Organisation polnischer Erntearbeiter sichern. Herr Loewe schließt mit der Mahnung, uns eng zusammenzuschließen, Parteigeiz und Eader schwinden zu lassen. Bleiben wir politisch getrennt, so kann der Pole mit uns machen, was er will. Sind wir aber in einer großen Partei geeinigt, so muß die polnische Regierung mit uns rechnen. — Hierauf bespricht Herr Rechtsanwalt Buischowski den Artikel in der „Thorn-er Presse“ gegen Geheimrat Kleinow. Dieser Artikel geht von dem Volksrat Danzig aus, der versucht, Uneinigkeit in die Volksratsbewegung zu bringen und Brombergs Bedeutung und Führerschaft zu unterbinden. Das Danziger Vorgehen wird allseitig verurteilt. Herr Polzin berichtet, daß der Südgau der Deutschen Volksräte in Westpreußen sich in einer Sitzung am 18. Juli, in der auch Herr Archivrat Dr. Kaufmann und andere Danziger Herren anwesend waren, mit überwiegender Mehrheit sich für den Anschluß an Bromberg erklärten. Der Arbeitsausschuß des Volksrats Thorn-Land beschloß ebenfalls den Anschluß an Bromberg, den schon vor acht Tagen Herr Buischowski bei einer Tagung in Bromberg unter Vorbehalt ausgesprochen hatte. — Hiernach folgte eine Rechnungslegung. Darauf erfolgten Ergänzungswahlen für den Arbeitsausschuß. Herr Rechtsanwalt

Butschkowskii-Culmsee ist auf Grund des Kreisdelegiertenbeschlusses vom 11. Mai 1919 an Stelle des nach Danzig verzogenen Herrn Kriebel stellvertretender Kreisobmann geworden. Für Herrn Rechtsanwalt Butschkowskii ist nun vom Ortsvolksrat Culmsee Herr Basler in den Arbeitsausschuß gewählt. An Stelle des verzogenen Dr. Janzen in Podgorz tritt Herr Lokomotivführer Karog in den Arbeitsausschuß. Frä. Rümenapf-Lufau hat ihr Amt niedergelegt. Eine Neuwahl wird von den Kreisdelegierten in Gostyn, Lufau und Steinau alsbald erfolgen. Die Versammlung beschloß, den Ortsvolksrat Gramschen zu teilen, um die Organisation besser durchführen zu können. Zum Schluß wurde dem Ortsvolksrat Culmsee aus dem Kreisvermögen ein Darlehn von 8000 M. bewilligt zum Ausbau des „Deutschen Hauses“ als Versammlungslokal aller Culmseeischen Deutschen. Das Grundstück hat einen Wert von 62 000 Mark.

Die Frauen der Ostmark und die Deutsche Partei.

Die Frauen Thorns veröffentlichen nachstehenden Aufruf:

Im Anschluß an den Aufruf vom 5. August an alle deutschen Männer und Frauen zur Bildung einer Deutschen Partei möchten wir Unterzeichneten insbesondere alle deutschen Frauen dazu aufrufen. Es handelt sich darum, eine Partei zu schaffen, die in dem neuen polnischen Staate die deutschen Interessen einmütig vertritt. Für uns deutsche Frauen sind die folgenden Punkte besonders wichtig:

1. Erhaltung deutscher Schulen und Kirchen. — Das ist Pflicht gegen unsere Kinder.

2. Schutz der arbeitenden und ärmeren Bevölkerung bei Krankheit, Invalidität und im Alter. Sorge für Kriegerwaisen, -witwen und Beschädigte. — Der polnische Staat muß die Aufgaben der deutschen Regierung restlos übernehmen und erfüllen, aber die deutschen Schwestern und Brüder müssen auch ohne Unterschied der Konfession und Partei einander helfen, das ist die einfachste Nächstenpflicht; der Reiche muß sich neben den Armen stellen, ohne Unterschied der Bildung wollen wir einander stützen.

3. Die deutsche Kultur muß hoch gehalten werden. — Es darf nicht geschehen, daß Westpreußen kulturell zurückgeht. Die deutsche Frau muß ein Beispiel für Schlichtheit, Treue und Fleiß sein.

Indem wir diese drei Forderungen als die höchsten der neuen deutschen Partei aufstellen, dienen wir uns, unseren Kindern und zugleich der neuen Herrschaft. — Dabei wollen wir uns bewußt bleiben: „Deutsch sein heißt: stark sein, treu bis ins Mark sein.“

So nur werden wir Achtung und Gleichberechtigung im Polenreich erringen.

Frau Albertine Olwig. Helene Duwensee.

Frau Kreisbaumeister Krause.

Frau Bisingendorf. Lucia Lettan.

Elisabeth Kriesel.

Der Aufruf trägt die Unterschriften einer großen Anzahl von Frauen Thorns. Beitrittserklärungen werden in der Geschäftsstelle Thorn, Culmer Straße 7, entgegengenommen.

Pressestimmen

Polnische Presse

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 170 vom 26. Juli 1919.

Was dürfen wir nicht vergessen?

In unserer Politik gegenüber den Deutschen ist es uns nicht erlaubt zu vergessen, daß ein großer Teil unserer Landsleute auch weiterhin unter preussischer Regierung verbleiben wird. Teile des Königer, Flatower, Kolmarer, Fraustädter und anderer Bezirke in Schlesiens, welche bei Deutschland

verbleiben, werden von Tausenden von Polen bewohnt. Weiter ungeachtet der großen Rückwanderermenge unserer Landsleute aus der Fremde wird doch diese Menge durch wirtschaftliche Verhältnisse in ihrem bisherigen Wohnort in Deutschland verbleiben müssen. Auf alle diese unsere Landsleute müssen wir Rücksicht nehmen, damit wir durch unvernünftiges Auftreten ihnen keinen Schaden zufügen. Es ist kein Kunststück, scharf gegen die Deutschen aufzutreten, wenn man mit voller Sicherheit weiß, daß man zu Polen

gehören wird. Dazu ist zwar nicht viel Verstand nötig, um einen Tapferen zu markieren, unserer Meinung nach ist uns jetzt mehr Verstand als Troß nötig, aber wir glauben, daß trotz alledem es uns nicht erlaubt ist zu vergessen, daß unsere Politik einen Widerhall bezüglich des Verhältnisses zu unseren Brüdern finden wird, die unter preußischer Regierung auch weiterhin verbleiben. Wir befürchten, daß gewisse Faktoren bei uns das ganz vergessen haben, und machen sie deshalb auf diesen Zustand aufmerksam.

Wir werden Gleichberechtigung und Schutz von dem Völkerbund für unsere Brüder, die weiterhin unter preußischer Regierung verbleiben, fordern, jedoch werden wir nach denselben Grundsätzen auch den Deutschen gegenüber auftreten müssen, die unter polnische Herrschaft kommen.

Ansprache Paderewskis.

Zu der der Reihe nach dritten Sitzung der Ratifizierungskommission beim Landtage war auch der Ministerpräsident Paderewski gekommen. Nach Beginn der Beratungen durch den Vorsitzenden, Abgeordneten Glabinski hielt Paderewski eine Ansprache, welche wir in Kürze nachstehend wiedergeben:

„Roman Dmowski und ich haben den Vertrag in der tiefen Überzeugung unterschrieben, daß es uns nicht erlaubt war, anders aufzutreten. Wir fühlten alles tief, was uns im Vertrage unangenehm war, aber auch alles, was uns freudig stimmte. Wir haben unsere Pflicht erfüllt. Besser arbeiten konnten wir nicht. Im polnischen Vertrage mit den Deutschen sind für uns ungünstige Änderungen enthalten. In dieser Hinsicht haben die Bankiers, Kapitalisten, amerikanischen Juden, sowie die englische „Labour Party“ Einfluß ausgeübt. Es ist merkwürdig, daß unter diesen Bedingungen das fremde Kapital und die fremde Presse sich zu ungunsten Polens ausgezeichnet verhält.“

Die Bedingungen des Vertrages über die nationalen Minderheiten sind augenscheinlich für uns unangenehm. Diese Rechte der Minderheiten waren beschlossen, ehe man

den Waffenstillstand unterschrieben hatte. Daran arbeitete fremdes Kapital.

Besonders schädigt uns in dem Vertrage die Anerkennung der sprachlichen und kulturellen Rechte für die Deutschen, die in Polen wohnen, wogegen den Polen in Deutschland ebensolche Rechte nicht garantiert worden sind.

Es ist notwendig, daß der Landtag auch für die Polen in Deutschland gelegentlich der Aufnahme der Deutschen in den Völkerbund Rechte verlange.

Unsympathisch und die Souveränität des Reiches bedrohend ist die Internationalisierung der Weichsel. Als wir protestierten, erklärte man uns, daß der Völkerbund danach streben werde, sämtliche Flüsse zu internationalisieren.

Die Frage der Einteilung Polens in Sachen der Abtragung der russischen Schuld muß man nur als unangenehm bezüglich ihrer Form ansehen. Wir waren darauf vorbereitet und sehen diese Sache als unvermeidlich an. Unangenehm war es uns jedoch, daß diese Klausel kurz vor unserer Abreise nach Versailles, im letzten Augenblick vor der Unterzeichnung des Vertrages überreicht wurde, angesichts dessen unsere Proteste erfolglos blieben.“

Zum Schluß seiner Rede hat der Ministerpräsident die Kommission, den Vertrag im guten Glauben anzunehmen und ihn der Kammer zur Ratifizierung vorzulegen.

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 166 vom 22. Juli 1919.

Die Neunmalkungen.

Unter diesem Titel bringt das Blatt einen Leitartikel folgenden Inhalts:

Von verschiedenen Seiten berichtet man uns, daß man in verschiedenen Kreisen gegen den polnischen Volksrat zu murren beginnt. Die einen sagen, daß der Volksrat alles falsch macht — sie würden es besser machen. Die andern, daß er nichts macht — sie dagegen können nicht mehr die Zeit erwarten, zur Tat überzugehen. Einmal kritisieren sie, daß der polnische Volksrat sich in Verhandlungen mit den deutschen Behörden und den Deutschen überhaupt einläßt, dann wieder, daß er bei der Behörde dies oder jenes nicht

durchgesetzt habe. Fast alle jedoch sind darüber einig, daß der Volksrat gegen die deutschen Behörden scharf auftreten und Befehle und Verfügungen erlassen müßte.

Auf alle diese Kritiken geben wir kurz folgende Antwort: Bis jetzt ist noch keiner geboren worden, der es allen zu Recht tun würde. Der Volksrat muß sich von den Rücksichten auf das nationale Interesse und den Wünschen der polnischen Regierung leiten lassen und kann sich nicht an die persönlichen Ansichten der hausbadenen Politiker halten, die sich früher hauptsächlich damit beschäftigten, ein Programm aufzustellen, wie sie auftreten müßten, um sich den Deutschen nicht unbeliebt zu machen. Das sind diejenigen, die da behaupten, daß der Volksrat es schlecht mache. Die zweite Art, welche sagt, daß er nichts tut, das sind die, welche früher am nationalen Leben überhaupt nicht teilnahmen, weil sich dies schlecht lohnte. Die dritte Art Kritiker sind die Politiker der Macht, aber natürlich einer fremden Macht, denn ihre eigenen Kräfte möchten sie nicht gerne hergeben. Diesen antworten wir, daß der polnische Volksrat alles getan hat, was unter den jetzigen Verhältnissen möglich war. Mögen sie aber beachten, daß vom juristischen Standpunkte aus noch die deutschen Behörden bei uns regieren, nicht aber der polnische Volksrat. Damit müssen wir rechnen.

Schließlich gibt es noch eine Art Kritiker, denen es nicht gefällt, daß der Volksrat sich in Verhandlungen mit den Deutschen einläßt. Wir brauchen wohl nicht hinzuzufügen, daß die Radikalsten in dieser Hinsicht gerade diejenigen Leute sind, die noch unlängst eine Versöhnungspolitik betrieben haben und sich mit denjenigen verschwägerten, welche seitens der polnischen Allgemeinheit als Schädlinge der polnischen Sache angesehen wurden.

Die Leute, welche an der Spitze des polnischen Volksrates stehen, haben in nationaler Arbeit ihre Kräfte aufgerieben und standen stets auf der Wacht der nationalen Interessen, wogegen diejenigen Kritiker es zu ihrem höchsten Ideal gemacht haben, still zu sitzen und — Geld zu machen. Heute wäre es besser, wenn sich alle aufrichtig an die Arbeit machen möchten und der Verwaltung des Volksrates Hilfe leisten, denn

die kleinste Hilfe bedeutet mehr, als leeres Gerede.

„Dziennik Berlinski“ (Berlin) Nr. 188
vom 25. Juli.

Unser Verhältnis zu den Kongreßpolen.

Es glaubt wohl niemand, wie tief sich die Unterschiede in die Seelen der Polen hineingefressen haben, die hervorgerufen sind durch die Absonderung, durch die Grenzlordons. Es schien, daß das Leben des ganzen Volkes wie ein Strom seinem neuen Ziel entgegenfließen wird, wenn die Grenzpfähle fallen, indessen was sehen wir jetzt? Die drei Strömungen, welche in ein Bett geleitet wurden, können sich doch nicht vermengen, sie fließen nebeneinander, zanlen sich und stoßen aufeinander. Zwischen den Kongreßpolen und den Polen aus dem früheren preussischen Teilgebiet haben die Unterschiede bei näherem Zusammentreffen sich nicht nur nicht verringert, sondern eher noch mehr vertieft. Ebenso ist es übrigens zwischen den Kongreßpolen und den Galiziern eine merkwürdige Unlust, Mangel an Vertrauen und Wohlwollen gegenüber den Brüdern hinter den Grenzpfählen — das ist eine traurige Erscheinung, die wir in diesen Tagen des Wiederaufbaus Polens erblicken.

Als Vertreter derjenigen Parteien, welche den allpolnischen Gedanken seit Jahrzehnten auf seiner Standarte vermerkt hat, beklagen wir es tief, daß der Augenblick der Wiederversteherung Polens uns innerlich noch nicht gereift genug gefunden hat, zur vollständigen Verschmelzung zu einem polnischen Typus, welcher alle Unterschiede überragt, die durch Hand der teilenden Mächte gehegt wurden. Besonders schmerzhaft ist es, zu sehen, wie nicht etwa irgendwelche tatsächlichen Unterschiede, die auf einer besonderen Denk- und Schätzungsweise der Angelegenheiten basieren, sondern einfach egoistische Motive wie Eifersucht, Eitelkeit und lokale Selbstliebe gegenüber den Landsleuten von hinter dem Rordon hier eine Rolle spielen. Das sind Symptome eines ungesunden Partikularismus, welche man rücksichtslos verdammen muß. . .

Es ist kein Geheimnis, daß in gewissen Kreisen bei uns ein Unwillen gegen die Offiziere

im Königreich verbreitet wird, von denen übrigens nur zehn Prozent in unserem Offizierskorps vorhanden sind. Man schreibt ihnen verschiedene Fehler und Schulden zu, Mangel an offiziersmäßiger Ausbildung, die Unfähigkeit, die Leute zu behandeln usw. Wir wollen nicht behaupten, daß die Wahl aller Offiziere aus dem Königreich glücklich gewesen sei. Wir hörten ernste Stimmen darüber, daß die jungen Offiziere aus dem Königreich in erstaunlich kurzer Zeit hohe Rangstufen und Posten erhalten. Wir behaupten aber mit voller Entschiedenheit, daß alles dies, was man in verschiedenen Kreisen und bei verschiedenen Gelegenheiten gegen die Offiziere aus dem Königreich hervorbringt, in bedeutendem, wenn nicht überwiegendem Maße aus egoistischer Unlust, aus Eifersucht und phylisterhaftem Partikularismus entsteht. Mit diesem allgemeinen Herumhadern muß man einmal zum Schluß kommen. Wer positive Vorwürfe gegen die Offiziere aus dem Königreich vorzubringen hat, möge sie bei der entsprechenden Instanz vorlegen, gewiß wird dann Remedur eintreten. Aber diese Sachen in den Kaffeehäusern geschwatzig herumzutragen zusammen mit geheimnisvollen Prophezeiungen, daß dies oder jenes geschehen werde, wenn man die Offiziere aus dem Königreich nicht entferne — eine derartige Arbeit fñt Demoralisation und ist verdammenstwert. Wir warnen alle davor, besonders aber unsere intelligenten Kreise, die in dieser Hinsicht oft durch Gedankenlosigkeit sich versündigen. Wer patriotischen Instinkt und verantwortungsvolles Gefühl besitzt, der hat die Pflicht, sich den Versuchen der Unterschiede zwischen uns und den Kongregipolen entgegenzustellen.

(Aus dem „Kurjer Pognanski“)

„Gazeta Słansta“ (Danzig) Nr. 175 vom 14. August 1919.

Sitzung der polnischen Kreisvolksräte in Dirschau.

Am 6. d. M. fand eine Versammlung der Kreisvolksräte für Westpreußen in Dirschau statt, die Kommissar Dr. Wybidi leitete. Nach Eröffnung gab Dr. W. einen Überblick über unsere Lage und Bestrebungen. Seine Ausführungen hatten folgenden Inhalt: Am

25. Juli fand in Danzig eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der Kreisvolksräte statt, aber unter den Bedingungen, unter denen wir jetzt leben und bei der allgemeinen Abspannung, die infolge des Schnedenganges der Bestätigung des Friedensvertrages entstand, wurden die Delegierten der Kreisvolksräte nochmals nach Dirschau berufen, um gemeinsam über unsere Not und Sorge zu beraten. Der Beginn der Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland fand in Thorn statt, auf Wunsch des Deutschen Volksrates. Der Vorsitzende des Thorer Kreisvolksrats und mit ihm der ganze Rat befanden sich in unangenehmer Lage; da sie dies Land vor den Schrecken des Krieges bewahren wollten, wünschten sie durch Verhandlungen zu gegenseitigem Verständnis zu kommen und da der Ausbruch des Kampfes nicht mit dem deutschen Reiche, sondern mit den Banden des aufständischen Heeres jederzeit eintreten konnte, mußte man die Gelegenheit benutzen. Der Vorsitzende des Thorer Volksrates wandte sich an das Unterkommisariat für Westpreußen nach Posen. Da er dort keinen von den Kommissaren antraf, begab er sich direkt nach Warschau, wo sich die Kommissare aufhielten. Die Folge dieser Reise war der Aufruf des Obersten Volksrats vom 30. Juni und die Verhandlungen in Thorn, Danzig und Berlin. Alle diese Verhandlungen hatten bisher rein vorbereitenden Charakter und waren nicht verpflichtend. Trotzdem war die Enttäuschung der ganzen Gemeinschaft verständlich, da man unter anderem las, daß alle Beamten zurückgehalten werden sollen. Der Irrtum entstand bei der Übersetzung durch Auslassung der Worte „nach Möglichkeit“. Wenn man durch diese Verhandlungen Westpreußen die Vernichtung ersparte, und wenn wir erwägen, daß wegen der tödlichen Vernichtung im Königreich und Galizien man nicht bis zur Ernte 1920 durchhalten wird, muß man denen dankbar sein, die diese Tätigkeit begannen. Natürlich müssen diese Angelegenheiten ohne Beeinträchtigung der polnischen Ehre und ohne Schaden für das polnische Volk durchgeführt werden. Die polnische Regierung in Warschau gab ihre Ermächtigung zu den Verhandlungen, also kann von irgendeiner Behandlung dieser

Sache nach eigenem Belieben nicht die Rede sein. Sobald die Provinz nicht mit dem Schwert in der Hand, sondern auf friedlichem Wege gewonnen werden sollte, mußten auch so einmal Verhandlungen eintreten. Unsere Gesellschaft wurde durch Referate in den Zeitungen über alles das, was man zur öffentlichen Kenntnis bringen konnte, benachrichtigt und bildete sich eine Meinung über die Lage. Die Delegierten waren alle überzeugt, daß sie sich hier versammelten, um gemeinsam über die heute wichtigste Angelegenheit zu beraten, d. h. über die Ausfuhr von Getreide aus unseren Gegenden. Jeder Volksrat bemühte sich bisher auf eigene Hand um Hilfe. Man muß sich aber um Einheitlichkeit in dieser Tätigkeit bemühen, denn nur auf diese Weise wird sie erfolgreich. — Das Referat über die Thorn-Danziger Verhandlungen erstattete Graf Potocki. Herr P. gab einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Verhandlungen, die zwischen der deutschen und der polnischen Regierung geführt wurden, indem er bemerkte, daß die Anregung zu diesen Verhandlungen von deutscher Seite kam und zwar gleichzeitig vom Danziger Oberpräsidenten wie auch vom Thorer Volksrat. Der Thorer (polnische) Volksrat nahm die deutsche Anregung in Posen auf und unterstützte in Warschau die Vorschläge des deutschen Volksrates. Der Thorer (deutsche) Volksrat bemerkte, daß er auf diese Weise die Treibereien der Deutschen zum Kriege mit den Polen zurückhalten könne. Unsererseits mußte man also dies Mittel versuchen. Gleichzeitig gab der Oberste Volksrat in Posen den bekannten Aufruf vom 30. Juni betreffs der Beamten und Ansiedler heraus. Dieser Aufruf trug einerseits zur Beilegung der deutschen Befürchtungen bei, veranlaßte aber auf polnischer Seite eine gewisse Erbitterung, deren Folgen sich in dem verminderten Vertrauen zum Unterkommissariat zeigte. Der Oberpräsident erklärte bei den Danziger Beratungen den Vertretern des ehemaligen Unterkommissariats, daß es ihm sehr um die Beruhigung der aufgeregten Deutschen und die Beeinflussung der polnischen Presse, den scharfen reizenden Ton in ihren Artikeln zu unterlassen, zu tun sei. Andererseits bemerkte er, daß die Ein-

mischung der Volksräte in die Verwaltung der Kreise — wo sie unter anderem die Ausfuhr usw. verboten — unmögliche Verhältnisse schaffe, die er nicht dulden könne. Weiter wünschte er zu einer Verständigung zu kommen und die Polen zur Kontrolle der regierenden Behörden zuzulassen. Die Vertreter des ehemaligen Unterkommissariats stellten ihrerseits folgende Bedingungen auf: 1. Die Wiedergulassung des Unterkommissariats und der aufgelösten Volksräte zu ihrer früheren freien Wirksamkeit. 2. Die Erlaubnis zur sicheren Rückkehr für den Kommissar und alle Faktoren, gegen die eine Untersuchung angeordnet ist. 3. Die Anstellung von Kontrolleuren bei den Ämtern. Der Oberpräsident war mit diesen Forderungen einverstanden, stellte eine Legitimation für die Hinreise des Kommissars aus und bat, daß ihn jemand hole und er mit Vollmacht der polnischen Regierung die Verhandlungen durchzuführen komme. Der Abgesandte des Unterkommissariats sollte sofort nach Warschau fahren und das Kommen Herrn Laszewski veranlassen. Inzwischen erschien in Danzig ein Vertreter des Thorer Volksrats und meldete, daß am festgesetzten Tage Herr Laszewski mit einer vollständigen Kommission nach Thorn zur Durchführung der Verhandlungen kommen werde. Demgegenüber beschloß der Oberpräsident, zu jenen Verhandlungen zu kommen, und auf diese Weise kam die Zusammenkunft in Thorn zustande. Auf die Tagesordnung der Beratungen der Thorer Zusammenkunft kamen auf Wunsch der Deutschen auch Angelegenheiten, die über den Bereich der Provinz hinausgehen, besonders die Bromberger Angelegenheiten des Kanalbaus, des Austausches der Geiseln, auch die Fragen der Beamten und Ansiedler. Die Beschlüsse sollten rein informativen, aber nicht entscheidenden Charakter haben, da die Vollmachten beider Seiten nicht soweit gingen. Man beschloß also, eine Woche später nochmals in Danzig zusammenzukommen, nachdem man sich mit entsprechenden Vollmachten versehen hatte. Die Zusammenkunft in Danzig erfolgte am 23. und 24. v. M. Auf ihr wurde der Text des Thorer Protokolls festgestellt und zwei Kommissionen gebildet, eine politische und

eine zweite wegen Eröffnung der Regelschiffahrt. Im Laufe der Erörterung über diese Angelegenheit zeigte sich, daß keine Partei zur vollen Erledigung der Angelegenheiten entsprechende Vollmacht besaß. Auf Antrag des Geheimen Rats Loesch war Kommissar Laszewski mit einer neuen endgültigen Zusammenkunft in Berlin einverstanden. Die Regelschiffkommission beschloß eine Zusammenkunft von Fachleuten in Thorn, die politische Kommission faßte einen grundsätzlichen Beschluß betreffs der Beamten und Ansiedler. Diese sind bekannt aus dem veröffentlichten amtlichen Sitzungsprotokoll. So verbreitete sich die Angelegenheit, die durch den Oberpräsidenten als Lokalsache begonnen war, zu internationalen Ausmaßen. Die Zusammenkunft in Berlin sollte am Mittwoch, den 30. Juli, stattfinden. Sie wurde aber im letzten Augenblick durch die deutsche Regierung abgesagt, angeblich weil die Verbündeten Mächte die Teilnahme ihres Vertreters an den Verhandlungen forderten. Die deutschen hohen Beamten versicherten ihrerseits, daß ihnen sehr daran liege, daß die Verhandlungen möglichst schnell durchgeführt würden. Sie baten auch, die Verbündeten Staaten zu beeinflussen, den Vertreter möglichst schnell zu bezeichnen. Die Berliner Zusammenkunft soll wahrscheinlich diese Woche stattfinden. Das Unterkommissariat schickte Herrn P. nach Berlin, damit er, bekannt mit den Verhältnissen der Provinz, den Kommissar über die Wünsche der Bevölkerung entsprechend informieren könne. Der Referent war der Ansicht, daß man von deutscher Seite bei diesen Verhandlungen die Wünsche der Beamten und Kolonisten durchzuführen wünsche. Er hält diesen Schritt deshalb für gefährlich, da es eintreten könnte, daß wir gegen untergeordnete Zugeständnisse zu unserem Vorteil auf Dinge eingehen müssen, die der ganzen Angelegenheit Schaden bringen könnten. Er empfahl, in dieser Hinsicht auf dem Standpunkte des Friedensvertrages auszuharren, wenn dies auch die deutsche Regierung zur Zurückziehung der versprochenen Erleichterungen in der Provinz veranlassen sollte. — In der Erörterung über obiges Referat wurde dem Thórner Volksrat der Vorwurf gemacht, daß er, durch niemanden bevollmächtigt, die Ver-

handlungen zum Vorteil der Deutschen begann und sich in Sachen einließ, die ihm nichts angingen. Man bemerkte, daß Rechtsanwalt Szuman diese Schritte auf eigene Hand tat, daß man ihn aber dafür nicht anklagen dürfe, da die politische Lage so unsicher war, daß der Krieg drohte; obgleich das deutsche Parlament in Weimar die Unterschreibung des Friedensvertrages beschlossen hatte, stand doch eine Parteigängertätigkeit der deutschen Truppen im Osten in Aussicht. Gerade in diesem kritischen Augenblick unternahm Thorn den Schritt, um Blutvergießen vorzubeugen. Wegen dieser Verhandlungen erschien in Warschau der bekannte Aufruf vom 30. Juni, der in der polnischen Gesellschaft viel böses Blut machte, der aber vielleicht dazu beitrug, den kriegsrischen Eifer der westpreussischen Deutschen zurückzuhalten. Weiter machte man der polnischen Regierung den Vorwurf, daß sie sich mit der Verlängerung der fiskalischen Pachtungen (Domänen und Ansiedlungen) einverstanden erklärt haben sollte. Der Vorwurf wurde hinfällig, denn es wurde bewiesen, daß die polnische Regierung weder durch den Zusatzvertrag noch durch ihren Aufruf vom 30. Juni diese Verpflichtungen übernommen hatte. Endlich wurde die Angelegenheit des Verbleibens der deutschen Beamten auf ihrem Posten berührt. Allgemein war das Gefühl, daß nach dem Aufruf vom 30. Juni die deutschen Beamten übermütig wurden und meinten, daß sie hier alle bleiben müssen, denn die polnische Regierung könne sie nicht abschieben. Es wurde bemerkt, daß die polnische Regierung solche Verpflichtung nicht übernommen habe. Im Danziger Protokoll ist angegeben, daß die Beamten „nach Möglichkeit“ bleiben. Natürlich werden nur solche Beamte möglich sein, für die eine entsprechende Stelle da ist und die die polnische Regierung für geeignet hält. Es wurde auch berührt, daß die deutsche Regierung ihren verbleibenden Beamten ein fünfjähriges Gehalt sicherte, wenn sie auch nicht amtierenden wollten. Ein Mittel gegen einen möglichen Streik wäre aber nicht schwer, da wir von den Deutschen Mittel gelernt haben, Widerspenstige zum Gehorsam zu bringen, und der Kriegszustand, der mit der Übernahme der Provinz durch-

geführt wird, gibt uns Mittel zu sanftem aber energischem Vorgehen mit widerspenstigen Beamten. Weiter wurde bemerkt, daß die deutschen Beamten schon jetzt erklären, daß das Deutsche die Amtssprache bleibt. Es wurde die Tatsache bestätigt, daß der Friedensvertrag wie auch der Zusatzvertrag zwischen Polen und den Verbündeten Mächten die polnische Sprache als Amtssprache anerkennt, und nur gewisse Erleichterungen für die Minderheit in Gerichtsangelegenheiten bringt. Es soll ihnen die Möglichkeit, sich der Muttersprache zu bedienen, gegeben werden. Der Danziger Kreiskrat stellte den Antrag, der in folgender Weise geführt, durchging: „Die Vertreter aller Volksräte, versammelt in Dirschau am 6. Aug. 1919, fordern auf Antrag des Danziger Volksrats das Unterkommissariat für Westpreußen auf, daß es in den in Aussicht stehenden Verhandlungen den Deutschen keine Zugeständnisse, die über die Bedingungen des Friedensvertrages hinausgehen, besonders betreffs der Beamten, der deutschen Kolonisten und der Domänenpächter macht.“ Sogleich wurde Herr Nagorski nach Berlin geschickt, mit dem Auftrage, Herrn Laszewski die obige angenommene Resolution einzuhändigen.

Über die Getreideausfuhr. Allgemein herrscht die Befürchtung, daß die Deutschen die diesjährige Ernte ausführen. Die Befürchtung ist nicht ungerechtfertigt. Verschiedene Anzeichen weisen darauf hin. Unsere Zeitungen haben davon schon gemeldet. In mehreren Kreisen versuchte die Bevölkerung beider Rationalitäten Selbsthilfe in der Weise, daß Bürgerwehren auf den Bahnhöfen Waggons mit Getreide anhielten, aber die Regierung widersetzte sich dem und vollführte oft unter dem Schutze des Grenzschutzes die Ausfuhr. Um der massenhaften Ausfuhr vorzubeugen, wurden verschiedene Mittel vorgeschlagen, z. B. Aufrufe, die über die verderblichen Folgen des Drusches und der Ausfuhr von Getreide belehren. Es wurde auch vorgeschlagen, eine Bekanntmachung der künftigen, bereits festgesetzten Getreidehöchstpreise des polnischen Staates, die um hundert Prozent und mehr höher werden als die jetzigen. Weiter wurde geraten, im schlimmsten Falle einen Streik

seitens der Landarbeiter herbeizurufen, einen Austausch von Getreide für Kohlen, Maschinen, künstlichen Dünger usw. Die Diskussion über diese Vorschläge zeigte aber, daß keiner von ihnen ein vollständig sicheres Mittel ist. Die bisherigen Erfahrungen scheinen sich zu bestätigen. Man beschloß, daß die einzelnen Kreisträte versuchen müßten, die Ausfuhr zu hindern, solange keine einheitliche Tätigkeit in folgender Weise zustande kommt. Wo es möglich ist, muß man mit den Deutschen in Verbindung treten, um die Ausfuhr zu hindern: 1. durch Verständigung mit dem Landrat bzw. dem Kreisausschuß, 2. die Ausfuhr kann nur im Austausch für notwendige Materialien zugelassen werden, 3. im Falle des Zwanges muß passiver Widerstand geleistet werden, 4. im schlimmsten Falle muß eine Verabredung mit den Arbeitern betreffs des Ausdrusches von Getreide über den Ortsbedarf hinaus getroffen werden, 5. der Drusch muß so organisiert werden, daß die Kreisvolksräte allein oder im Einvernehmen mit den deutschen Institutionen den Ausdrusch im Kreise regulieren. Es wurde weiter die Bildung einer „Lebensmittelabteilung“ aus den Volksräten heraus beschloffen.

Es wurde mitgeteilt, daß das schon bestehende Festkomitee für Westpreußen in nächster Zeit Richtlinien zur Rationalfeier herausgibt und den Tag des Festes bestimmt. In freier Aussprache wurde über die Arbeiten zur Vorbereitung der Abstimmung informiert. Dann besprach man die dringende Angelegenheit der Vernichtung der Wälder durch die Bevölkerung, auch durch die polnische. Ein Mittel zur Abhilfe wäre es, überall Forstwächter anzustellen. In dieser Hinsicht macht die Bezahlung der gewaltigen Zahl von Wächtern Schwierigkeiten. In einigen Kreisen geben der Landrat und der Kreiskrat Zuschüsse. Die Mittel der Kreisträte sind gering und werden dem Übel nicht für längere Zeit abhelfen. Man schlug also vor, sich an die polnische Regierung zu wenden, um Gelder für die Bezahlung der Wächter anzugeben oder das dafür ausgelegte Geld zu garantieren. Der Kreis Löbau erreichte durch die Ankündigung im amtlichen Kreisblatt gute Erfolge und es wird allen Kreisträten geraten, dasselbe zu tun.

Kleine Mitteilungen

Ein Rundschreiben des polnischen Ansiedelungsamtes Posen.

In den letzten Tagen weilte der Präsident des polnischen Ansiedelungsamtes (früher preussische Ansiedelungskommission) Dr. Karasiewicz auf westpreussischem Gebiete. Bei dieser Gelegenheit übergab er polnischen Blättern ein Rundschreiben des polnischen Ansiedelungsamtes in Posen zur Veröffentlichung. Da dieses Rundschreiben Dinge enthält, die auch für die deutsche Bevölkerung von Bedeutung sind, so geben wir den Inhalt des Rundschreibens in seinen wesentlichsten Punkten wieder. Es heißt darin:

Das polnische Ansiedelungsamt wird niemand für die weitere Ansiedelung Geld geben. Das Ansiedelungsamt muß sich jetzt auf eigene Füße stellen und aus denjenigen Gütern, welche die preussische Ansiedelungskommission Polen überlassen hat, Fonds und finanzielle Grundlagen bilden für die weitere innere Kolonisation. Daraus folgt, daß das Ansiedelungsamt den Boden nicht verschenken kann, ihn auch nicht zu einem Spottpreis weggeben kann. Die Aufgabe des Amtes wird es sein, daß jeder, der eigenes Land bearbeiten will, die Möglichkeit erhalten soll, ein Stück Land zu kaufen. Das polnische Ansiedelungsamt muß sehr sparsam wirtschaften, denn die Preußen haben fast das ganze Geld der Ansiedelungskommission nach Berlin ausgeführt.

A. Bemerkungen beim Ankauf von Grundstücken von den Ansiedlern (Kolonisten).

Die Meinung ist falsch, daß die Kolonisten nicht Eigentümer ihrer Ansiedelungen, sondern deren Pächter sind, welche die polnische Regierung jeden Augenblick herausschreiben kann. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß $\frac{4}{5}$ der Kolonisten als berechnigte Besitzer dieser Ansiedelungen eingetragen sind, aus denen sie niemand hinauswerfen kann. Der einzige Unterschied ist folgender:

1. daß sie keine Hypothekenschuld haben, sondern eine ewige Rente zahlen,
2. daß die Kolonisten für den Verkauf die Erlaubnis der Kolonisationskommission haben müssen.

Der Kolonist ist somit Herr seiner Ansiedelung und kann dieselbe jeden Augenblick verkaufen, und zwar für einen Preis, den er erhalten kann.

Jedem ehrlichen Polen wird das Ansiedelungsamt eine Erlaubnis zum Ankauf einer Ansiedelung von einem Ansiedler erteilen.

Beim Unterzeichnen des notariellen Vertrages muß aber der Käufer darauf achten, daß

1. die Rente von 8 auf 5 Prozent erhöht werden wird,
2. daß der Kauf abhängig ist von der Genehmigung des Ansiedelungsamtes.

Der Käufer darf deshalb den Rest des Kaufpreises nicht früher bezahlen, bis er die Genehmigung von dem Ansiedelungsamt hat. Sobald der Vertrag unterzeichnet ist, ist derselbe zusammen mit einem Antrag unserem Ansiedelungsamt zu übersenden und zugleich eine versiegelte Bestätigung vom Starosten oder dem katholischen Geistlichen über die Person des Antragstellers hinzuzufügen.

Bevor das Ansiedelungsamt eine Genehmigung für den Übergang des Eigentums auf den neuen Besitzer erteilt, muß der Ansiedler

1. die Renten zurückgeben, welche ihm in den ersten Jahren gezahlt wurden,
2. seine Schulden bezahlen, welche er beim Ansiedelungsamt gemacht hat,
3. die für ihn verauslagten Reisen zurückerkennen,
4. die erste geschenkte Ernte zurückgeben,
5. eine Kaution einzahlen in Höhe der Steuer vom Zuwachs.

Das Ansiedelungsamt wird sich darum bemühen, daß der Ansiedler diese Angelegenheit schnelllest erledigt.

B. Bemerkungen bei Verpachtungen.

Ein gewisser Teil der Kolonisten (gegen $\frac{1}{5}$) hat seine Ansiedelungen in Pacht. Diese Pachtgüter werden verkauft, sobald der Pachtvertrag abläuft. Diese Ansiedelungen werden in den Zeitungen zum Verkauf bekanntgegeben werden. Jeder gut beleumundete Pole kann sie kaufen. Unter der Hand werden sie nicht verkauft. Das Ansiedelungsamt wird unter denjenigen, die sich melden die entsprechendste Person auswählen können.

Borrang werden diejenigen haben, welche jetzt im polnischen Militär dienen, sodann Militärinvaliden bzw. Kriegervitwen. Der Käufer muß die Gebäude bezahlen und für das Land wird er eine Rente in Höhe von 5 Prozent und $\frac{1}{2}$ Prozent Amortisation zahlen.

C. Bemerkungen zur Parzellierung der Güter.

Infolge großen Mangels an Land wird die Parzellierung zurzeit nicht so schnell vor sich gehen, wie das der Wunsch des Ansiedelungsamtes und unserer Allgemeinheit ist. Die frühere Ansiedelungskommission hatte 300 Landmesser, wir aber haben augenblicklich kaum 15 zur Verfügung, da die übrigen seitens der preussischen Regierung zurückbeordert sind. Wir haben sehr wenig polnische Landmesser, deshalb werden wir alle unsere Kräfte anstrengen, um eine größere Anzahl von Feldmessern zu schaffen. Zu diesem Zwecke haben wir Feldmesser und Techniker aus Galizien zu stellen und außerdem eine Feldmesserschule zu errichten. Die Allgemeinheit könnte in dieser Angelegenheit sehr viel helfen, wenn sie jüngere Leute im Alter von 16—18 Jahren nach der hiesigen Baugewerkschule leiten würde, damit diese Leute das Feldmessen erlernen würden.

Bei der Parzellierung wird man in erster Linie Adjazenten (Anlieger) berücksichtigen, d. h. diejenigen, an deren Güter das zu parzellierende Vorwerk grenzt. Erst von dem Gebiete, welches übrig bleibt, nachdem der Adjazent seinen Teil bekommen hat, können Ansiedelungen bzw. Hofsitze gebildet werden. Im Prinzip wird man zweipferdige (etwa 60 Morgen) Wirtschaften, daneben eine gewisse Zahl einpferdiger Wirtschaften (etwa 30 Morgen), einige größere Wirtschaften, einige Handwerker- und Arbeiteransiedelungen schaffen. Man wird in der Nähe der Städte besondere Arbeiterkolonien bilden.

Die Verkaufsbedingungen der unbebauten Parzelle werden folgende sein:

a) Der Käufer wird für das Land eine fünfprozentige Rente und einhalbprozentige Amortisation bezahlen. Diese Rente wird bei Amortisierung nach 60 Jahren mit Ausnahme von einer Mark zurückgezahlt, die ewig bestehen bleibt.

b) Die Gebäude muß der Käufer selbst herstellen. Möglichenfalls wird man ihm eine in gewissen Grenzen gehaltene Anleihe für

den Bau erteilen, welche von dem Ansiedler im Laufe von 20 Jahren durch Amortisation zurückgezahlt werden muß.

c) Lebendes und totes Inventar muß der Käufer in die Parzelle hineinbringen. Um den Bau zu erleichtern, wird das Ansiedelungsamt in seinen Ziegeleien Ziegel ausbrennen und einen Vertrag mit Lieferanten der Baumaterialien schließen.

Damit die Dörfer ein gehöriges Ansehen bekommen, wird der Ansiedler verpflichtet werden, den Bauplan dem Ansiedelungsamt zur Bestätigung vorzulegen. Sofern man nicht Zeit haben sollte, vor der Parzellierung den Boden zu meliorieren, muß sich jeder Ansiedler im Vertrage dazu verpflichten, in den zu gründenden Meliorationsverband einzutreten. Man muß hinzufügen, daß in allen Verträgen mit den Ansiedlern ein Vorbehalt eingeschaltet sein wird, daß unsere Ansiedler für den weiteren Verkauf der Ansiedelung (auch diejenigen, welche von den Kolonisten oder sonst gepachtete Grundstücke gekauft haben) die Genehmigung des Ansiedelungsamtes benötigen. Das Ansiedelungsamt wird sich nämlich mit aller Kraft bemühen, einer Spekulation mit Ansiedelungen vorzubeugen, denn der Ansiedler kauft eine Kolonie nicht deshalb, um mit derselben wie mit einem Pferde Handel zu treiben, sondern um auf derselben zu arbeiten und wohlhabend zu werden.

Schließlich bemerken wir zur Beruhigung, daß der Boden auf lange Jahre für die Parzellierung reicht. Das Ansiedelungsamt hat nicht nur genug Vorrat an Boden für lange Jahre, sondern es wird auch noch aus Privat Händen im Wege der Parzellierung der einzelnen Güter, auch die früheren königlichen Domänen, Boden zur Parzellierung bekommen. Außerdem haben die Mittellandsklasse und die Bauernbank, welche auf den größeren Gütern und Bauernlandwirtschaften die Hypotheken regulierten, auf einem jeden solchen Besitztum hypothekarische Vorbehalte gemacht und das in der Weise, daß ohne Erlaubnis des Ansiedelungsamtes es nicht gestattet sein werde, diese Besitztümer zu verkaufen. Diese Güter und Landwirtschaften müssen also später oder früher in polnische Hände kommen. Im Posenischen hat die Mittellandsklasse auf diese Weise 90 Güter

geregelt, welche über 200 000 Morgen umfassen, sowie etwa 6300 Bauerngüter mit einem Umfange von über 400 000 Morgen. In Westpreußen aber hat die Bauernbank in dieser Weise 159 Landgüter mit einem Umfange von etwa 800 000 Morgen geregelt und an Bauerngütern 5400 Stück mit etwa 500 000 Morgen Umfang.

Es ist zu bemerken, daß das Ansiedelungsamt ganze Güter nicht veräußert, denn die Aufgabe des Ansiedelungsamtes besteht in deren Kolonisierung, nicht aber im Verkauf von ganzen Landgütern. Solange die jetzigen Baubedingungen noch existieren, wird geraten, vor allen Dingen bereits bebaute Ansiedelungen von den Kolonisten zu kaufen.

In unserem Ansiedelungsamt haben wir eine Aufstellung verschiedener Ansiedelungen von Kolonisten, die ihre Ansiedelungen verkaufen wollen, geg. Dr. Karasiewicz.

Höher Kurs des deutschen Geldes in Posen.

Der lokale Teil der „Posener Neuesten Nachrichten“ bringt eine interessante Notiz, die geeignet ist, die Befürchtungen wegen einer etwaigen Entwertung des deutschen Geldes unter polnischer Verwaltung zu zerstreuen. Die Zeitung schreibt: „Uns liegt z. B. ein Avis einer hiesigen Expeditionsfirma vor, worin ein Betrag von 852 M. in Rechnung gestellt wird und wozu bemerkt wird: „In deutschem Gelde 249 M.“ In einem andern Falle wird der Betrag von 52,40 M. auf 49,10 M. gekürzt, wenn die Zahlung in deutschem Gelde erfolgt. Diese Beispiele für viele.“ Dieser Tatsache gegenüber dürfte die polnische Regierung kaum in der Lage sein, die Währungsfrage zuungunsten des deutschen Geldes zu lösen. — In Posen wurde eine Börse gegründet und vom O. P. B. bestätigt.

Die Sonderstellung der preussischen Gebiete Polens.

Die durch den polnischen Fabrikantenverband vertretene großpolnische Industrie hat in einer Versammlung in Posen eine die Sonderstellung des bisher preussischen Gebietes betr. Entschliezung gefaßt, der sich fast alle polnischen wirtschaftlichen Verbände und Organisationen angeschlossen haben.

Diese Entschliezung fordert, daß das bisher preussische Gebiet die bisherigen wirtschaftlichen Einrichtungen solange beibehält, bis die sozialen und wirtschaftlichen Einrichtungen der anderen Gebiete sich ungefähr auf gleicher Höhe mit den hiesigen Einrichtungen befinden würden. Im Sinne dieses Grundsatzes wird im einzelnen gefordert: a) die Erhaltung der Post-, Telegraphen- und Telefonverwaltung auf der bisherigen Stufe, b) die Erhaltung des Eisenbahnverkehrs, Erweiterung der Eisenbahnspreisen, der Chausseen und Ausbau der Landesschiffahrt im bisherigen Umfange, c) die Erhaltung der sozialen Einrichtungen, Arbeiterversicherungen gegen Krankheit, Invalidität, Unfall und zur Sicherung einer Altersrente, ebenso die Witwen- und Waisenrenten- sowie Privatbeamtenversicherung in vollem Umfange, d) die Garantierung der den invaliden Soldaten bisher zustehenden Kriegssrenten und den Witwen sowie Waisen von gefallenen Soldaten zustehenden Witwen- und Waisenrenten, e) unentgeltlichen und obligatorischen Schulunterricht für alle Fortbildungs- sowie Fachschulen für Handwerk, Handel und Industrie, f) die Beibehaltung der Gesetze über unlauteren Wettbewerb, den Schutz für Erfindungen und den Schutz der Warenmusterzeichen im Interesse des gesunden sowie ehrlichen Handels und Gewerbes, g) die Beibehaltung der Gesetze zum Schutze der Kunstwerke und zur Sicherung des Autorenrechts im Interesse der Literatur und Kunst sowie die Beibehaltung der Gesetze über Bücher, Nahrungsmittelfälschung, Kinder- und Frauenarbeitschutz, ansteckende Krankheiten und Seuchen, Fleischuntersuchungen und aller hygienischen sowie sanitären Einrichtungen auf der bisherigen Höhe im allgemeinen Interesse.

Annahme des Friedensvertrages durch das polnische Parlament.

Das polnische Parlament hat den Friedensvertrag mit Deutschland und den Vertrag, der den Minderheiten in Polen ihre Rechte verbürgt, am 31. Juli mit 285 gegen 41 Stimmen genehmigt.

Ein deutscher Lehrerverband im Osten.

Graudenz, 2. August. In einer heute hier tagenden Lehrerversammlung, die von der deutschen und polnischen Lehrerschaft Westpreußens stark besucht war, wurde über die Neuorganisation der Lehrerschaft der abzutretenden Gebiete beraten. Eine die gesamte Lehrerschaft umfassende Organisation hielt man im Hinblick auf die kommende Teilung des Schulwesens nach den beiden Kultusgemeinschaften von deutscher und polnischer Seite für nicht möglich. Der Vorschlag vom Lyzealdirektor Treut von der deutschen Vereinigung Brombergs, einen deutschen und einen polnischen Lehrerverband entstehen zu lassen, deren Vorstände sich über ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm einigen sollten, fand den ungeteilten Beifall der Versammlung. Die Vertreter der polnischen Lehrerschaft stellten die baldige Gründung eines polnischen Lehrerverbandes in Aussicht, erklärten sich zur Anerkennung eines deutschen Lehrerverbandes und für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesem bereit. Im Anschluß an die gemeinsame Tagung beschloß dann die Versammlung der deutschen Lehrerschaft Westpreußens, die Gründung eines deutschen Lehrerverbandes für die abzutretenden Gebiete. In diesem neuen Lehrerverband werden die bisherigen Lehrervereine aufgehen. Die Ausarbeitung der Richtlinien des neuen Verbandes wurde einem Arbeitsausschuß anvertraut. In den Richtlinien befindet sich die Forderung der Vervollständigung des deutschen Schulwesens in einem deutschen Selbstverwaltungskörper, der dem gesamten polnischen Schulwesen organisch eingegliedert ist. („Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 369, vom 8. August 1919).

Unsere Rechte in Polen.

Tagtäglich begegnet man in den deutschen Zeitungen Notizen und Meldungen, die über irgendeine der vielen neuen Rechtsfragen in der abgetretenen Ostmark Aufschluß geben. Einen Tag später kann man dann häufig über dieselbe Sache eine entgegengesetzte Auskunft lesen. Auch von amtlicher Seite sind über die Rechtslage des deutschen Eigentums schon „Aufklärungen“ gegeben worden,

die in keinem Punkte dem tatsächlichen Stand der Dinge gerecht wurden. Der Grund für die verschiedenartige Auslegung der Rechtsverhältnisse der Deutschen in der Ostmark ist in der Grundlage dieser Rechtsverhältnisse zu suchen, nämlich in dem Friedensvertrag von Versailles. „Die Redaktion und die juristische Durcharbeitung der einzelnen Artikel (des Friedensvertrages) ist“, so sagt der bekannte Berliner Rechtslehrer Prof. Dr. Kaufmann, „trotz aller Raffiniertheit im Aufbau und Ausbau des Ganzen, oft recht mangelhaft“.

Jeder Ostmarkdeutsche hat aber jetzt den lebhaften Wunsch, etwas Bestimmtes und Zuverlässiges über seine Rechtslage zu erfahren. Einen klaren und zuverlässigen Einblick in die gesamten durch den Friedensvertrag und den Ententevertrag mit Polen geschaffenen Rechtsverhältnisse gibt das im Auftrag der Deutschen Vereinigung von Dr. E. Kaufmann, ordentl. Professor der Rechte an der Universität Berlin, verfaßte und soeben erschienene Werk: *Die Rechtsverhältnisse der an Polen abgetretenen Ostmark*.

Was das Werk jedem Ostmarkdeutschen bedeutet, geht am besten aus der Inhaltsübersicht des Buches hervor. In den ersten vier Kapiteln werden behandelt: Das Inkrafttreten des Friedensvertrages, die territorialen Grundlagen; abgetretenes Gebiet und Abstammungsbegirke, Verlust der Staatsangehörigkeit, das Recht. Das Kapitel „Die Rechtsnachfolge in die staatlichen Vermögensrechte und -Pflichten“ gliedert sich in folgende Abschnitte: Staatseigentum und Staatsschulden, die Eisenbahnen, die sozialen und staatlichen Versicherungen, weitere Fälle, insbesondere Staatszuschüsse an Kirchen und Versorgungsansprüche der pensionierten Beamten.

Dann folgen die Kapitel über die Rechte der Einwohner. Zuerst die Rechte der polnischen Staatsangehörigen: I. Grundrechte; II. Insbesondere die Sprachenfreiheit (private, gesellschaftliche und öffentliche Sprachenfreiheit) sowie die „öffentliche Sprache“. Besonders Interesse wird das Kapitel „Das öffentliche Unterrichtswesen“ finden, das in Unterabteilungen Ausführliches über Rationale Kataster, die Sprache im Unterricht

und die nationale Selbstverwaltung des Schul- und Wohlfahrtswesens bringt. Die Rechtsgarantien finden eingehende Würdigung (Polen und die Entente, Garantie des Volksbundes).

Die größte Beachtung wird der Teil des wichtigen Buches finden, in dem die Behandlung der Privatrechte deutscher Reichsangehöriger dargestellt ist. Dieses Kapitel gliedert sich folgendermaßen: I. Grundsätzliches; II. Die Liquidation der Privatrechte: 1. Die liquidierbaren Personen, 2. die kontrollierten Gesellschaften, 3. die liquidierbaren Rechte, 4. die ausführenden polnischen Gesetze, 5. der Liquidationserlös, 6. die Entschädigung, 7. die Aushändigung der Urkunden und Wertpapiere, 8. die Verfügungsbeschränkungen; III. Die Fortdauer der außerordentlichen Kriegsmaßnahmen; IV. Der internationale Rechtsschutz gegen unbillige Preisbeeinflussung und für andere Rechtsstreitigkeiten; V. Öffentliche Unternehmungen und KonzeSSIONen; VI. Gewerbliches Eigentum. Im Schlußkapitel werden dann die Handels- und Verkehrsbeziehungen besprochen, darunter die Zollverhältnisse und die Verkehrsverhältnisse. Als Anhang ist dem Buche der Vertrag der Entente mit Polen in französischer Sprache und in der Übersetzung des Verfassers des Buches beigegeben.

Aus dieser Übersicht des Inhalts geht ohne weiteres hervor, daß kein Volksratsmitglied, kein Jurist, kein Gewerbetreibender, kein Kaufmann, kein Landwirt in der abgetretenen Ostmark das Buch entbehren kann. Es bringt allen Deutschen der Ostmark noch etwas ganz Wesentliches, eine Auslegung in all den Fällen, wo die Rechtsgrundlage eine verschiedenartige Auffassung zuläßt. Und die

in dem Buche gegebene Auslegung, die man als die „deutsche“ Rechtsauffassung bezeichnen kann, werden die Deutschen der Ostmark als Norm ansehen, sie müssen alles tun, um dieser Auslegung Geltung zu verschaffen. Über die Auslegung sagt der Verfasser: „Vor allem aber dürfen wir nie vergessen, daß — wie die Schaffung dieses Werkes eine politische Machfrage war — auch die Auslegung eine solche sein wird. Zunächst jedenfalls sind wir in der Lage, daß, wie wir den Vertrag sozusagen mit verbundenen Augen unterschrieben haben, wir seiner Auslegung mit gebundenen Armen gegenüberstehen. Nicht wie unsere Rechtsauffassung und unser Rechtsempfinden die Normen des Vertrages auffaßt, wird maßgebend sein, sondern der Geist, den die siegreiche Entente und das „Regrettable“ „unabhängige“ Polen in sie hineinlegen werden. Alles das entbindet uns aber nicht von der Aufgabe, unsererseits den „gerechten Sinn“ des Friedensvertrages zu ermitteln, und damit schon heute zur ersten Orientierung der beteiligten Kreise, die meist dem Ganzen ziemlich ratlos gegenüberstehen, vor die Öffentlichkeit zu treten.“

Wenn wir den weitesten Kreisen die Anschaffung des Werkes empfehlen, so erfüllen wir damit eine doppelte Pflicht: Nur die Kenntnis unserer Rechtsverhältnisse wird die Volksgenossen in der Ostmark vor Schaden bewahren, und kennt das Ostmarkendeutschtum den „gerechten Sinn“ des Vertrages, dann wird es ihn mit Nachdruck zur Geltung bringen können. Das im Verlag der Grenzboten, Berlin SW 11, erschienene Werk ist in allen Buchhandlungen und von der Geschäftsstelle der Deutschen Vereinigung Bromberg, Belgienplatz 1, III, zu beziehen. (Preis 3.50 M.)

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Pommerns und Westpreußens

Nr. 24	Verantwortlich: Carl Georg Bruns Schriftleitung: Bromberg, Belgienplatz 1 III Fernruf Nr. 321	3. Sept. 1919
Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Volksrat und Partei — Pressestimmen: Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.		

Materialien zur ostdeutschen Frage

Volksrat und Partei.

Als im November v. J. in der Ostmark die Volksratsbewegung einsetzte, um in überraschend kurzer Zeit zu großer innerer und äußerer Stärke zu erwachen, da handelte es sich darum, das Deutschtum für die bevorstehende Auseinandersetzung mit dem Polentum einheitlich zusammenzufassen. Es mußte gelingen, und in der Volksratsbewegung ist es gelungen, unter Beiseiteschiebung aller beruflichen und parteilichen Sonderinteressen eine einheitliche deutsche Organisation ins Leben zu rufen. Von politischen Idealisten ist es im deutschen Reiche unter der Parole „Das Vaterland über die Parteien“ oft versucht worden, einen parteilosen Zusammenschluß des deutschen Volkstums zum Wohle des Volksganges zu finden. Diese Versuche mußten an den harten Tatsachen des politischen und wirtschaftlichen Lebens scheitern, und es war auch kein Schade, daß sie scheiterten, solange die Einheit des deutschen Staatswesens die Grundlage war, auf der auch die Parteien aufbauten. Ein reges politisches Leben braucht gruppenmäßige Zusammenfassungen, um besondere Auffassungen verfechten zu können, und damit ist die Notwendigkeit der Parteibildung gegeben. Vießen sich im deutschen Reiche, abgesehen von der Reichseinheit, Gesichtspunkte zu gemeinsamer Gruppenbildung nicht finden, so lagen doch die Verhältnisse in der Ostmark in dieser Hinsicht anders und das um so mehr, als nach dem Zusammenbruch der deutschen Macht die kommende Auseinandersetzung mit dem Polentum sichtbar war. Erhaltung und Pflege des Deutschtums gegenüber dem Polentum war jetzt eine so starke Forderung, daß es möglich war, unter diesem Gesichtspunkt eine Organisation zu schaffen, die von allen Parteigegegensätzen absehen durfte.

Aber das Deutschtum in der Ostmark blieb zunächst ein Glied des deutschen Reichs und solange die Notwendigkeit bestand, innerhalb des Reichsganges zu wirken, blieb auch für den einzelnen Ostmarkdeutschen die Notwendigkeit bestehen, sich den politischen Gruppierungen des Reiches anzuschließen. Es wäre damals ein verhängnisvoller Fehler gewesen, zu glauben, mit der Volksratsbewegung das Parteileben selbst überflüssig machen zu können. Gewiß stand es zu hoffen, daß durch die gemeinsame Arbeit, die die Ostmarkdeutschen zum Schutze ihres Deutschtums in den Volksräten unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit leisteten, die Parteigegegensätze zunächst im Osten an Schärfe verlieren würden, und daß dieser Gesundungsprozeß sodann auch heilsam auf die Verhältnisse im übrigen Reiche einwirken würde.

Die Annahme des Friedensvertrages schlug den größten Teil der Ostmark zu Polen, und damit mußte das Schergewicht einer Organisation, deren Einheits- und Lebensprinzip lediglich Schutz und Förderung des Deutschtums ist, von selbst gewinnen. Die wirtschaftlichen und beruflichen Differenzierungen der Bevölkerung sind hiervon gewiß nicht berührt worden, auch bleiben gewisse Gegensätze der politischen Weltanschauung unter den neuen Verhältnissen noch bestehen. Die Frage muß aber doch ernsthaft geprüft werden, ob nicht verglichen mit dem großen gemeinsamen Deutschtumsinteresse diese Gegensätze so stark zurücktreten, daß sie zu einer besonderen Gliederung des Deutschtums in verschiedene politische Parteien nicht mehr den Grund bilden. Maßgebend für die Bildung der politischen Parteien ist in erster Linie die Stellung zum Wesen des Staats. Genau wie im deutschen Reichstag die Polen als geschlossene Fraktion aufgetreten sind, wird sich auch für die Deutschen, wenn sie auf der Basis der polnischen Gleichberechtigung in das parlamentarische Leben Polens eintreten, der Zwang herausstellen, geschlossen vorzugehen, da ja die grundsätzliche Stellung zum polnischen Staate nur die gleiche sein kann. Die Lage hat sich eben dadurch, daß die Ostmarkdeutschen im parlamentarischen Leben in der Minorität stehen werden, grundlegend verschoben. Der einheitliche Zusammenschluß zum Schutze des Deutschtums im Zusammenleben mit den Polen könnte im Rahmen des deutschen Reichs nur eine von vielen Aufgaben sein, vor die die Deutschen der Ostmark sich gestellt sehen. Nunmehr tritt diese Aufgabe aber so in den Vordergrund, daß es rein sachlicher Überlegung selbstverständlich erscheint, von diesem Zusammenschluß aus auch die Vertretung des Deutschtums im parteipolitischen Kampfe des polnischen Staates zu finden. Mußten die Volksräte innerhalb des deutschen Reiches es auf das peinlichste vermeiden, Aufgaben an sich zu reißen, die zur Domäne der Parteipolitik gehörten, so liegt ein Zwang zu gleicher Vorsicht innerhalb des polnischen Staates nicht vor, da der Gesichtspunkt für den parteipolitischen Zusammenschluß für den Deutschen auch hier nur das Deutschtum sein kann.

Solche Erwägungen ließen die Volksräte aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraustreten und den Versuch unternehmen, durch die Mitbeteiligung an der Gründung der Vereinigung des Deutschtums in Polen, der „Deutschen Partei“, das Deutschtum von vornherein in den polnischen Staat als geschlossene Partei hineinzuführen. Dieser Versuch, unternommen im Rahmen des deutschen Reichs hätte notwendig zu einer Verfälschung des Volksratsgedankens geführt. Denn da hier eine Stellungnahme zu den einzelnen politischen Parteien des Reichs erforderlich geworden wäre, hätte eine Zuordnung zu bestimmten Parteirichtungen nicht ausbleiben können. In der neuen Lage besteht diese Gefahr nicht. Da alle Fragen künftig unter dem Gesichtspunkt, ob sie dem Deutschtum schaden oder nützen, behandelt werden müssen, fällt die Möglichkeit einer parteipolitischen Geflügelung fort, und sie tut es besonders unter dem Gliederungsgeichtspunkt der Parteien des deutschen Reichs. Da die tätige politische Mitarbeit jedes einzelnen, die Schaffung einer lebendigen deutschen Gemeinschaft, Voraussetzung für die Erhaltung des Deutschtums in Polen ist, fallen die Gegensätze konservativer, demokratischer und sozialistischer Weltanschauung für das Deutschtum im polnischen Staat nicht mehr ins Gewicht.

Eine Existenzberechtigung der alten deutschen Parteien für die Ostmark läßt sich nicht mehr verfechten. Aber es kann allerdings nicht übersehen werden, daß auch jetzt noch innerhalb des Deutschtums verschiedene Interessen und Verschiebungen nach Betätigung streben werden. Aber die Verschiedenheit ist doch nicht groß genug, um eine parteipolitische Sonderung zu rechtfertigen. Die deutsche Einheitspartei ist unter den neuen Verhältnissen keine Utopie, sondern eine Notwendigkeit, die sich über kurz oder lang durchsetzen muß. Solange aber diese Notwendigkeit noch nicht als Gemeingut eingesehen ist, wird das Deutschtum wohl oder übel zusehen müssen, wie es parteipolitische Sonderungen unter den Deutschen ertragen kann. Um so mehr ist es dann aber nötig, an dem Volksrats-

gedanken festzuhalten. Den Polen auch im politischen Parteienkampf gegenüberzutreten, können die Volksräte gar nicht vermeiden. Ihnen gegenüber sind sie „deutsche Partei“, das ist ihre Hauptaufgabe und die Forderung nach parteipolitischer Neutralität auch in diesem Punkt, würde die Volksräte zu politischer Unfruchtbarkeit verdammen. Innerhalb des Deutschtums aber bleibt diese Forderung in voller Stärke bestehen und solange Ostmarkendeutsche noch glauben ihre besonderen Interessen in besonderen politischen Parteien vertreten zu müssen, wird es gerade für sie um so notwendiger sein, einen politischen Sammelpunkt zu haben, dessen Einigungsprinzip ausschließlich das Deutschtum ist und dieser Sammelpunkt ist der deutsche Volksrat.

Pressestimmen

Polnische Presse

Zu dem „Gesetz über die Administration“ des gewesenen preußischen Teilgebietes, das wir in Nr. 22 der Mitteilungen auf Seite 319 abdruckten, schreibt „Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 180 vom 7. August:

Vorstehendes Gesetz führt eine gewisse Selbständigkeit der einzelnen Landesteile des gew. preußischen Gebietes ein. Ähnlich wird übrigens das gew. russische Teilgebiet behandelt werden. Ein derartiges Prinzip hat Galizien zuerst angewandt. Eine solche Selbständigkeit ist so zu verstehen, daß sie in keiner Hinsicht die innere Zusammengehörigkeit und Verbindung mit dem übrigen Polen berührt. Der große Unterschied dagegen, welcher in der Entwicklung der einzelnen existiert, ist begründet. Jeder dieser Landesteile lebte sein besonderes Leben. Und die Verhältnisse derselben haben sich in jedem derselben anders gestaltet.

Ihre vollständige Gleichstellung ist also unmöglich, und wenn man dieselbe plötzlich durchführen wollte, könnten daraus unerwünschte Reibungen und Schwierigkeiten entstehen. Deshalb müssen sie sich zuerst miteinander einleben und die Unterschiede ausgleichen. Deshalb hat auch das Gesetz einen Übergangscharakter. Der Geistliche Adamski hat in der Begründung dieses Gesetzes folgendes gesagt:

In demselben Maße, wie man bei der Angliederung Galiziens über eine ganze polnische Beamtenarmee verfügte und diese Angliederung in friedlicher Weise vor sich ging, mußten wir bei der Übernahme des

gew. preußischen Teilgebietes vorläufig gewisse Unterschiede beibehalten. Bei gleichzeitiger Bildung einer Organisation, die notwendigerweise eine Dezentralisierung einführt, werden wir dies bei der Übernahme Westpreußens nicht in der Form einer militärischen Okkupation vollziehen dürfen. Daraus folgt, daß man dies mit Beibehaltung großer Vorsicht wird tun müssen.

Die Administration war nicht ideal, sie ist aber viel umfangreicher als die Anfängerorganisation Kongreßpolens. Wir werden alle Organisationsysteme prüfen und das für Polen am meisten entsprechende heraussuchen. Die Organisation der preußischen Provinz besitzt gewisse Anfänge einer Selbstverwaltung, die jedoch weit entfernt ist von einer Autonomie. Alle diese Kompetenzen werden auf Warschau übergehen. Mit Rücksicht jedoch auf die administrativen Absonderungen, unter welchen wir Westpreußen übernehmen werden, hat man beschlossen, daß die administrativen Änderungen einer einzigen Person unterstellt werden müssen die mit derartigen Angelegenheiten vertraut ist. Somit wird also die Administration während der Übergangszeit sich in der Hand irgendeines Generalabgeordneten oder Ministers befinden.

Im Ministerrat wurde beschlossen, daß ein besonderes Ministerium gebildet werden soll, welches den Beschlüssen des Ministerrates unterliegt. Die Stellung des Ministers für das gew. preußische Teilgebiet ist eine vorläufige und wird verschwinden, wenn die einzelnen Administrationsteile auf die Minister

übergegangen sind, was auf Grund des Ministerratsbeschlusses stattfinden wird.

Artikel 6, der über die Zuständigkeit des Ministers handelt, hat eine große Diskussion hervorgerufen. Zweifelsohne gehen die Kompetenzen des Ministers über den Rahmen der üblichen Rechte eines Ministers hinaus. Anders kann es nicht sein, weil er besondere Rechte haben muß als General-Kommandeur der Truppen, der einen Teil des Landes besetzt und dort die frühere Administration hinauswirft und eine neue einführt. Der Minister wird das Recht haben, Änderungen in der deutschen und preussischen Gesetzgebung durchzuführen. Die Kommission beschloß dem Artikel 6 noch folgenden Zusatz zu geben:

Sofern eine Verfügung die Änderung von Gesetzen einschließen sollte, die bisher in den Landesteilen des preussischen Gebietes in Kraft waren, so erfordert eine derartige Verfügung, damit sie bindende Kraft erhält, die Unterschrift des Staatsoberhauptes und muß dem Landtag zur Bestätigung vorgelegt werden.

In der Kommission entspann sich eine umfangreiche Diskussion. Es wurde von allen anerkannt, daß Verfügungen, die die Gesetze ändern, dem Landtag vorgelegt werden müssen, sei es auch erst später. Eine längere Debatte wurde durch eine sehr kluge Frage hervorgerufen, nämlich, ob derartige Verfügungen die Unterschrift des Staatsoberhauptes erfordern. Die dagegen Opponierenden behaupteten, daß eine derartige Vorschrift den Erlaß von Verfügungen sehr verzögern würde, wenn der Minister für das gew. preussische Teilgebiet zum Beispiel in Thorn oder Danzig wohnen oder weilen und von dort aus die Verfügungen erlassen würde. Die Forderung der Unterschrift des Staatsoberhauptes würde die Gesetzmäßigkeit dieser Verfügungen um mehrere Tage oder Wochen verzögern. Man könnte sehr leicht annehmen, daß diejenigen, welche sich diesem Zusatz widersetzen, gewissermaßen mutwillig das Staatsoberhaupt von der Bevölkerung des neuen Gebietes trennen und dadurch die Popularisierung dieses Namens erschweren wollten. Das ermächtigt mich zu der Erklärung, daß wir in dem preussischen Gebiet eine starke Achtung vor dem Recht haben,

und daß wir uns in jeder Sache auf die Basis des realen Rechtes stellen werden. Und da nun das Staatsoberhaupt diesen Posten auf Grund eines Beschlusses des souveränen Landtages bekleidet, so stehen wir auf dem rechtlichen Standpunkt, und es wird niemand unter uns dem Staatsoberhaupt diejenigen Rechte absprechen, welche ihm von dem Landtag zuerkannt wurden, ebenso wird ihm niemand die Anerkennung und Achtung verweigern, welche diesem Vertreter der Macht gewährt wird. Ich bin überzeugt, wenn unser Gebiet die Möglichkeit erhalten wird, das Staatsoberhaupt zu begrüßen, so werden wir diese formelle Stellungnahme nicht nur verstehen aufrecht zu erhalten, sondern die Anerkennung des sichtbaren Vertreters der staatlichen Macht wird einen derartigen spontanen Ausdruck bekommen wie es damals geschah, wo die Herren Abgeordneten uns besuchten.

„Przypiaciel Ludu“ Nr. 179

vom 19. August 1919.

(Nachstehende Erklärung bringen das vorliegende Blatt sowie fast sämtliche polnischen Zeitungen des unbefetzten Gebietes Westpreußens. — Anm. d. Übers.)

Keine Ursache zur Beunruhigung.

In den breiten Kreisen Westpreußens ist eine lebhafteste Beunruhigung aus Anlaß der polnisch-deutschen Verhandlungen in Thorn, Danzig und Berlin entstanden. Man befürchtete zu große Konzessionen von polnischer Seite und dies besonders in Sachen der Beamten und Ansiedler. Diese Befürchtungen sind teils auf Grund unbefestigter Gerüchte, teils infolge einseitiger Information durch die deutschen Zeitungen entstanden. Wir hatten Gelegenheit die amtlichen Protokolle dieser Verhandlungen zu prüfen und glaubwürdige Informationen zu erlangen. Auf Grund dieser Daten, die vollständig sicher sind, stellt sich die Angelegenheit der Beamten und Kolonisten folgendermaßen dar:

1. Die höheren politischen Beamten (Landräte, erste Bürgermeister) werden sämtlich durch polnische Kräfte ersetzt werden.

2. Andere Beamte werden entsprechend den Bedürfnissen des polnischen Staates zurückgehalten werden. (Es ist das der

amtliche Wortlaut des polnischen Thórner Protokolls; wenn die Zeitungen anders berichtet haben, so hat dies an Ungenauigkeiten des Informierenden gelegen.)

3. Nötfenfalls werden sie entweder auf Grund eines besondern vorläufigen Vertrages oder auf Grund eines ihnen von den deutschen Behörden erteilten Urlaubs zurückbehalten werden. Nach Verlauf der Vertrags- oder Urlaubsfrist können sie selbst über ihr bewegliches Hab und Gut verfügen, es mitnehmen oder liquidieren.

4. Sämtliche Beamten, welche von der polnischen Regierung nicht eingestellt werden und alle anderen (z. B. Kolonisten), sofern sie in Polen ihren Wohnsitz nach dem 1. Januar 1908 genommen haben, unterliegen nach den Vorschriften des Friedensvertrages rücksichtslos einer Liquidierung bezüglich ihres unbeweglichen Hab und Gutes und Forderungen.

5. Betreffs der Ansiedler ist man polnischerseits nur insofern verpflichtet, wie dies in der Erklärung des Kommissariats des O. B. vom 30. Juni gesagt war, d. h. daß sie auf ihrem Besitztum verbleiben können, sofern der Friedensvertrag dies vorschreibt. (Hinterher folgt der deutsche Wortlaut, wie nachstehend: „Die Ansiedler dürfen im Rahmen des Friedensvertrages in ihrem Eigentum verbleiben.“) Auf die weitergehenden deutschen Forderungen, man solle die Kolonisten nicht entfernen, welche nach dem 1. Januar 1908 sich hier angesiedelt haben, antwortete in Thörn Herr Kommissar Laszewski, daß er keine Vollmacht zu irgend welchen Versprechungen in dieser Hinsicht hat, daß er aber bereit sei, diese Wünsche der polnischen Regierung vorzulegen, welche ihrerseits eine Entscheidung treffen wird.

6. Betreffs der Sprache erklärte laut dem Protokoll aus Thörn Herr Kommissar Laszewski ausdrücklich, daß die Amtssprache nur polnisch sein könne.

Irgendwelche anderen Versprechungen oder Erklärungen als die vorstehenden sind polnischerseits in jenen Verhandlungen nicht gegeben worden, wie wir hiermit ausdrücklich versichern können. Befürchtungen, welche in dieser Richtung entstanden sind, müssen als unbegründet angesehen werden. Es darf

auch kein Mißtrauen im Verhältnis zu denjenigen Verhandlungen eintreten, die in Berlin begonnen haben. In welchem Geiste man sie polnischerseits führt, folgt daraus, daß der Vorsitzende der polnischen Abordnung, Herr Vizeminister Broblewski ausdrücklich erklärt hat, daß dieselben nur nach der Richtschnur des Friedensvertrages vor sich gehen werden.

„Gazeta Toruńska“ (Thörn)

Nr. 186 vom 19. August 1919.

Die polnisch-deutschen Verhandlungen in Berlin. Seit einer Woche ungefähr werden in Berlin Verhandlungen zwischen der Warschauer polnischen Regierung und der deutschen und preussischen Regierung geführt. Nach den Vorverhandlungen mit den Deutschen, die in Warschau, Thörn und Danzig stattfanden, und die nur einen Vorbereitungscharakter hatten und keine verpflichtende Beschlüsse angenommen, hatte sich die polnische und die deutsche Regierung überzeugt, daß zur Übernahme der Administration der zuerkannten Gebiete des preussischen Landesteils unbedingt eine Vorbereitung des Übergangs aller Ämter aus deutscher in polnische Hand notwendig ist. Deshalb wandten sich beide Regierungen an die Entente mit der Frage, ob sie darauf eingehe, daß diese Übernahme durch polnisch-deutsche Verhandlungen vorbereitet wird. Die Entente hat sich damit einverstanden erklärt, aber nur unter der Bedingung, daß sie an den Verhandlungen durch eine besondere Delegation teilnimmt. Aus praktischen Rücksichten und besonders deshalb, weil alle maßgebenden Zentralen, sowohl preussischen wie deutschen Ämter für die bis jetzt Polen zuerkannten Lande in Berlin sind, auch die Ämten, die diese Lande betreffen, dort haben, so ist Berlin zu dieser Konferenz gewählt worden. Warschau hat eine Delegation nach Berlin abgesandt, die aus fünf Mitgliedern besteht, darunter ist unser Unterkommissar Dr. Laszewski aus Graudenz und Wojciech Korzantny unter der Führung des Unterstaatssekretärs im

Ministerium des Aeußeren Dr. Broblewski aus Warschau. Er leitet als Oberhaupt der ganzen Delegation den Lauf der Verhandlungen und der nötigen Arbeiten. Er wohnt im Hotel „Adlon“ in Berlin. Die Delegation hat 40 polnische Beamte der Zentralämter und Kenner der örtlichen Verhältnisse der Gebiete des preußischen Landesteils mitgebracht, und im Falle des Bedarfs wird sie die Zahl ihrer Beiräte und Mithelfer vergrößern, indem sie noch andere Persönlichkeiten nach Berlin beruft. Auf solche telegraphische Berufung mußte sich der Vorsitzende des Thorer Volkstrates, Herr Bobyslaw Szuman, in Berlin stellen, ferner der jetzige Vorsitzende der Kolonisationskommission in Posen, Dr. Karasiewicz aus Tuchel, und andere, so daß die Zahl dieser polnischen Rätekommission bei der Delegation in Berlin bis 50 Personen umfaßt, und beinahe jeden Tag größer wird. Außerdem haben die einzelnen Kreisvolksräte der Polen der noch nicht abgetretenen Gebiete ihre Abgeordneten zur polnischen Delegation in Berlin abgesandt, die den Auftrag haben, unsere Delegierten auf die verschiedenen neuesten Vorgänge im Lande aufmerksam zu machen, von diesen Abgeordneten habe ich den Rechtsanwalt Dr. Ossowski aus Culm, den Redakteur Kulerski aus Graudenz angetroffen, die nach Erfüllung ihres Auftrages wieder zurückkehren. Unsere Delegation hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß erstens die Fragen Westpreußens und des Negebistrits nicht einzeln erledigt werden, sondern daß die Übernahme der Ämter in diesen Gebieten ein Ganzes mit der Übernahme der Ämter der Provinz Posen bildet, daß man zweitens mit den Deutschen nicht über die Art der Verwaltung der Gebiete des preußischen Landesteils nach ihrer Übernahme verhandeln wird — denn dieses ist eine ausschließlich innere Angelegenheit des neuen polnischen Staates —, sondern daß man über die Vorbereitung der Uebernahme der Macht

für die Uebergangszeit bis zu der endgültigen Auslieferung dieser Gebiete an Polen nach der Ratifikation des Friedensvertrages beraten wird. Deshalb sind die Befürchtungen fruchtlos, die unsere Bevölkerung hegt, daß nämlich die polnische Regierung bereit ist, in Berlin Zugeständnisse zu machen, die den Deutschen irgendwelche Ausnahmerechte für die weitere Zukunft — wenn diese Gebiete schon ein Teil des polnischen Staates sein werden — garantieren würden. Die Deutschen werden als Staatsangehörige des polnischen Staates Gleichberechtigung haben, wie es ihnen der Friedensvertrag gesichert hat, und ihre Bestrebungen, für sich irgendwelche besondere Vorzüge zu gewinnen, werden nicht nur auf einen entschlossenen Widerstand unserer Regierung stoßen, sondern auch schon an der Wachsamkeit der Entente-delegation scheitern, die gerade deshalb an den Berliner Verhandlungen teilnimmt, um den Standpunkt ihres Verbündeten — Polens zu unterstützen. Charakteristisch war die erste gemeinschaftliche Sitzung der ganzen polnischen Kommission, der deutschen Kommission und der Delegation der Entente. Die Versammelten wurden vom Vorsitzenden der deutschen Kommission, S. Erz. v. Haniel, in deutscher Sprache begrüßt. Der Vorsitzende unserer Delegation, Dr. Broblewski, antwortete ihm darauf höflich, aber natürlich in polnischer Sprache, und erst an die Delegation der Entente wandte er sich mit einer französischen Anrede. Von den Vertretern der Entente hielt der Vertreter Italiens eine Rede, und zwar in italienischer Sprache, so daß alle Reden den Versammelten sofort in ihren Muttersprachen übersetzt werden mußten. Diese Verhandlungen, an denen mehr als hundert teilnahmen, würden zu keinen praktischen Ergebnissen führen. Deshalb wurden die Arbeiten sofort in Kategorien eingeteilt, die der Einteilung der Verwaltung im Ministerium entsprechen. Zu jeder Kategorie hat unsere Delegation eine besondere Kommission abgesandt, die meistens aus einem der Delegierten als

Vorsitzenden und aus einer Zahl Sachbeamten und Sachkenner besteht. Unser Unterkommissar, Dr. Sasjewski, und unser Vorsitzender des Volkstrates, Wladislaw Szuman, saßen in der Kommission für Gerichtsfragen und in der Kommission für Landesadministration. Diese Kommissionen führen beständig besondere Verhandlungen und nachher gemeinschaftliche Verhandlungen mit den Deutschen, und man kann jetzt nur sagen, daß diese Verhandlungen äußerst langsam vorwärtstommen, weil die Deutschen dachten, daß, solange sie noch formell Herren im Lande sind, — und als solche fühlen sie sich sogar in Posen —, solange der Friedensvertrag noch nicht endgültig durch Frankreich, Amerika und England ratifiziert ist, hat die polnische Regierung hierin nichts zu sagen, und die Polen sind der Meinung, daß nach der Ratifikation durch Deutschland und Polen, die schon stattgefunden hat, die deutsche Regierung kein Recht mehr hat, in unseren Gebieten selbständig zu walten. Die Deutschen wollten darüber verhandeln, was die Polen in unseren Landen nach der endgültigen Abtretung dieser Gebiete tun werden, — und die Polen darüber, was die Deutschen vor der endgültigen Abgabe dieser Gebiete hier noch anordnen werden. Die erste Woche der Verhandlungen wurde dazu gebraucht, dieses prinzipielle Mißverständnis zu enthüllen, und nun haben alle drei versammelten Mächte, Deutschland, Polen und die Entente, ihre Vertrauensmänner zu ihren Hauptmächten wegen neuer Instruktionen entsandt.

Stanislaw Tempfski.

„Gazeta Torunska“ (Thorn)

Nr. 183 vom 15. August 1919.

Eine Versammlung der Polnischen Berufsvereinigung fand am vergangenen Mittwoch unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder statt. Besprochen wurde die jetzige Lage der Arbeiter und Abhöfemittel, besprochen die

Entstehung und Entwicklung der Polnischen Berufsvereinigung und ihre wichtigen Aufgaben im freien Polen, daß jeder Pole, jede Polin nur in der Berufsvereinigung sich vereinigen kann zum Schutze ihrer materiellen Interessen. Im freien Polen, das durchaus demokratisch sein wird, sichert sich der polnische Arbeiter im Laufe der Zeit, mit Hilfe seiner beruflichen und politischen Organisation, ein menschenwürdiges Dasein. Der polnische Arbeiter hat es durchaus nicht nötig, in fremde Verbände einzutreten, denn er findet im eigenen den gebührenden Schutz seiner Rechte und Interessen, wie dies die ganze bisherige Tätigkeit der Berufsvereinigung beweist. Wer zu fremden Verbänden gehört, schädigt sich selbst und verrät seine Landsleute, verrät Polen, denn wir wissen, daß die Deutschen ohne Rücksicht auf die politische Färbung Todfeinde Polens sind und nur darauf sehen, wie sie es schädigen können. Der Pole darf sich nicht mit dem Deutschen verbinden, auch nicht mit den Sozialisten, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich deutsch nennen oder, um dem polnischen Volk die Augen zu verblenden, polnische Sozialisten, denn sie alle sind Feinde der polnischen Sache. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die auf der Versammlung der Polnischen Berufsvereinigung am 13. August 1919 im Victoria-park in Thorn erschienenen 4000 polnischen Arbeiter beschließen: 1. Die polnischen Arbeiter und Handwerker beiderlei Geschlechts, organisiert in der Polnischen Berufsvereinigung, protestieren gegen die unterschiedliche Behandlung unseres Teilgebiets gegenüber dem übrigen Mutterlande, da hier doch nur die deutsch-jüdischen Interessen unterstützt und die breiten Massen des polnischen Volkes benachteiligt wurden. Wir stehen auf dem Standpunkt eines unabhängigen einheitlichen Polens. 2. Wir fordern energisch von der Warschauer Regierung, daß über das Geschick unseres Teilgebiets nicht eher entschieden wird, als bis die erwähnten

Abgeordneten aus diesem Teilgebiet im Warschauer Reichstag Platz genommen haben und das hiesige Volk durch ihren Mund seinen Willen und seine Wünsche erklärt. 3. Wir fordern von der Warschauer Regierung, daß sie sich streng an den Friedensvertrag hält, der den Bürgern anderer Nationalitäten volle Garantie der Freiheit im polnischen Staate gibt, weitere Zugeständnisse aber würden die Interessen unseres arbeitenden Volkes schädigen. 4. Wir fordern weiter energisch, daß die deutschen Beamten und Kolonisten, die auf dem Polen zuerkannten Gebieten nach dem 1. Januar 1908 zugezogen sind, nach Übernahme dieser Gebiete durch die polnischen Behörden abgehoben werden gemäß dem Friedensvertrag, da die erwähnten Elemente die polnische Bevölkerung am meisten bedrückt haben. 5. Wir bitten die polnische Regierung, nach der Übernahme unseres Teilgebiets ihre Kommissare zu schicken, damit sie mit Hilfe von Personen aus unserem Teilgebiet, die durch die Bevölkerung erwählt sind, bis zu den rechtsgültigen Wahlen die Regierung führen.

„Pielgrzym“ (Pielplin) Nr. 96 v. 16. Aug. 19.
Unterstützen wir die Unseren!

Unter diesem Titel bringt das Blatt eine Aufforderung an die Polen, daß sie nur bei den Polen kaufen sollen und auf diese Weise eine eigene polnische Industrie durch eigene polnische Arbeit bilden sollen. Es heißt da u. a.:

Je größeres Besitztum Polen zu verwalten haben wird, um so größer wird sein Einfluß und seine Bedeutung in der Welt sein. . . Deshalb muß es der Grundsatz eines jeden aufrichtigen Polen werden: „Jeder Pole zum Polen“ oder mit anderen Worten: „Unterstützen wir die Unserigen!“ Lernen wir am Beispiel anderer Völker! Schütteln wir den germanischen und jüdischen Staub ab. Kaufen wir also bei unseren Polen, unterstützen wir die Unserigen, unsere Ersparnisse wollen wir nur nach unseren polnischen Banken bringen, ferner wollen wir tätigen Anteil an der Industrie und dem Handel nehmen, Fabriken und Arbeiterinstitutionen allein anzulegen. . .

Denn nur in der Einigkeit liegt die Macht! Wir werden uns damit einen wichtigen und bequemen Platz auf der Welt erkämpfen.

(Versöhnlich klingt das gerade nicht. Aber es ist eine Mahnung für uns. Nur Einigkeit kann das Deutschtum retten. Ann. d. R.)

Kleine Mitteilungen

Eine deutsche Note über Danzig.

Wie B. L. W. mitteilt, hat die deutsche Regierung in Versailles eine Note des Inhalts überreichen lassen, daß die Bevölkerung von Danzig über wichtige, in den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht klar gestellte Fragen dringend Auskunft zu erhalten wünsche, vor allem über die staatliche Zugehörigkeit von dem Augenblick des Ausscheidens von Danzig aus dem Deutschen Reich bis zu ihrer Begründung als freie Stadt, sowie eine Entscheidung über den künftigen Anteil des Freistaates an öffent-

lichem Eigentum. Ferner wünscht die Bevölkerung, daß möglichst bald an die Ausarbeitung einer neuen Verfassung gegangen werde und das Verhältnis Danzigs zu Polen eine Klärung erfahre. Da sich aus der augenblicklichen ungewissen Lage erhebliche politische und wirtschaftliche Unzuträglichkeiten für die Danziger Bevölkerung ergeben, so bittet die deutsche Regierung um baldmöglichste Einleitung von Verhandlungen hierüber.

(Kreuz-Ztg. v. 16. Aug. Nr. 885.)

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Polens und Westpreuens

Nr. 25	Verantwortlich: Carl Georg Bruns Schriftleitung: Bromberg, Welsteinplatz 1 III Fernruf Nr. 321	10. Sept. 1919
Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Zur Lage — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.		

Materialien zur ostdeutschen Frage

Zur Lage

Als nach Annahme des Friedensvertrages durch die deutsche Nationalversammlung in Weimar die politische Einsicht der führenden Deutschen in den nun an Polen abzutretenden Gebieten die bis zur Gefahr der Explosion gestiegene Erregung der deutschen Bevölkerung dämpfte und niederrang und das unendlich schwere Werk der Beruhigung von Zivil und Militär erreicht wurde, atmte die polnische Bevölkerung erleichtert auf. Sie hatte so gut wie wir begriffen, daß das Ende eines blutigen Aufstandes der Ruin der blühenden Provinzen gewesen wäre, daß Polen im besten Falle nur einen Trümmerhaufen hätte in Besitz nehmen können. Die ob ihrer versöhnlichen Arbeit viel getadelten deutschen Führer hatten sich von der Erkenntnis leiten lassen: Hier im Osten wohnen Deutsche und Polen so dicht nebeneinander, miteinander und durcheinander, daß beide Nationalitäten, ganz gleich, wie die staatsrechtliche Stellung des Landes sich gestaltet, immer aufeinander angewiesen sein werden. Der Ruin der einen bedingt immer den Ruin der andern. Da gab es nur einen Weg, den der Verständigung. Diese Verständigung sollte, so dachten und denken noch heute die deutschen Führer, zur Versöhnung der beiden Nationalitäten führen. Nicht angekränkt von leichtgläubigem Optimismus, der in diesem Falle ein völliges Verkennen der ganzen Verhältnisse wäre, sondern im vollen Bewußtsein der unendlichen Schwierigkeiten wurde deutscherseits der Weg der Verständigung beschritten. Daß man auf polnischer Seite den Versuch machte, entgegenzukommen, geschah wohl nicht nur aus reiner Spekulation, sondern lag sicherlich auch in der Einsicht politischer Notwendigkeiten begründet. Der Oberste Polnische Volksrat weiß recht gut, was dem jungen polnischen Staatswesen eine deutsche Bevölkerung bedeutet, die sich loyal auf den Boden der neuen Verhältnisse stellt und bereit ist, wenn auch zunächst im eigenen Interesse, an dem Aufbau des polnischen Staates mitzuwirken. Auch in den weiten polnischen Volkstreifen scheint man in den ersten Julitagen diese Einsicht gehabt zu haben, die gegen früher veränderte Haltung eines großen Teils der polnischen Blätter sprach damals wenigstens dafür. Gab man sich bei uns auch keinen allzu rosenigen Hoffnungen hin, so durfte man doch die Zuversicht hegen, daß ein Modus vivendi, ein Zustand erträglichen Nebeneinanderlebens sich schaffen lasse. Für den Anfang, für die Übergangszeit bis zu vollen friedlichen Verhältnissen wäre das schon ein Gewinn. Und sehe der polnische Staat später, daß es der deutschen Bevölkerung hier ernst ist mit ihrer Versicherung des Mitwirkens am Neubau des polnischen Staatswesens, wenn Polen seinerseits die gegebenen Zusagen hinsichtlich Gleich-

berechtigung und Einräumung kultureller und nationaler Rechte hält, dann werde auch einmal der Zeitpunkt der Versöhnung der beiden Nationalitäten kommen müssen. In ähnlichem Sinne klangen auch die Äußerungen des offiziellen Deutschlands; wir erinnern nur an die Rede des Außenministers Müller in der Nationalversammlung und an verschiedene Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Die leisen Hoffnungen der Deutschen hier wurden gestützt und teilweise gestärkt, als die deutsch-polnischen Verhandlungen in Berlin ihren Anfang nahmen. Unsere Volksgenossen im besetzten Gebiet der Provinz Posen, die großes Leid und Entrechtungen schlimmer Art erdulden mußten, hofften von dem bevorstehenden Ausgleich, von einem Vertrag zwischen den beiden Staaten den Beginn einer Zeit, in der sie von den Polen „nicht mehr als Bürger zweiter Klasse“ behandelt würden.

Leider — niemals ist ein Leider mit größerem Schmerz ausgesprochen worden — haben die Verhältnisse auf polnischer Seite in den letzten Wochen eine Veränderung genommen, die den von uns lebhaft genährten Verständigungsgedanken schwer beeinträchtigt. Auf polnischer Seite zeigt sich eine Nervosität, ein Aufklappen von nationalem Egoismus und Chauvinismus, der für die eingeleitete Verständigung von den übelsten Folgen sein kann. Den Polen, die nicht von so nüchterner und ruhig-fühler Denkart wie die Deutschen sind, dauert die Zeit von der Unterzeichnung des Friedensvertrages bis zur Inbesitznahme des Landes zu lange. Man muß zugestehen, daß für das Verhältnis zwischen den Polen und der deutschen Bevölkerung eine kürzere Zeitdauer bis zur Besitzergreifung zweifellos günstiger gewesen wäre. Aber einmal ist die deutsche Bevölkerung an dieser Verzögerung gänzlich unbeteiligt, und zweitens wird den Polen — trotz aller Gerüchte — die ihnen zugesprochene Herrschaft über unsere Provinzen jetzt niemand streitig machen können. Die verhältnismäßig wenigen Unbotmäßigkeiten einsichtsloser deutscher Soldaten gegenüber der polnischen Bevölkerung werden ausgeglichen durch das gleiche Verhalten einzelner polnischer Militärs gegen die deutsche Bevölkerung jenseits der Demarkationslinie. Alle diese Vorfälle sind lebhaft zu bedauern, schon deswegen, weil sie ganz unnötig eine gereizte Stimmung schaffen und so den führenden Kreisen die Verständigungsarbeit erschweren. Wenn die polnischen Kreise erregt sind über die Maßnahmen der deutschen Regierung wegen der Wegführung von verschiedenen Gütern, so mögen sie bedenken, daß die deutsche Bevölkerung dadurch am empfindlichsten betroffen wird; wir haben an dieser Stelle schon auf die Folgen solcher Maßnahmen hingewiesen und im Interesse der Ostmarkdeutschen Einspruch erhoben. Die Proteste der polnischen Zeitungen und eines Teiles der polnischen Bevölkerung gegen die Zusagen der polnischen Regierung und gegen Einräumung von Rechten an die Deutschen bei den Berliner Verhandlungen haben so gut wie keine Grundlage. Was der deutschen Bevölkerung gewährt werden soll, das sind doch nur die Mindestrechte, die den Minderheiten in jedem Nationalitätenstaate zu gewähren sind. Die meisten Deutschen in den Ostprovinzen wären froh, wenn ihnen jemand die felsenfeste Gewißheit geben könnte, daß sie sich so sicher und frei im polnischen Staate bewegen und entwickeln könnten, wie es den Polen in Preußen möglich war. Wozu der Lärm, wo doch Polen sich jederzeit seiner weiten Toleranz rühmt und die Gleichberechtigung im Vertrage mit der Entente durch Unterschrift hat zusichern müssen?

Den wahren Grund für das neuerliche Erwachen des nationalen Chauvinismus in Polen scheint der „Wiarus Polski“ in seiner Nr. 195 zu entschleiern, in der er u. a. schreibt:

„Der Wilson-Frieden, der sich auf das furchtbare Unrecht stützt, das Polen zugefügt worden ist, hängt aber noch in der Luft, weil er bis jetzt die vorgeschriebene Ratifizierung seitens der drei Hauptmächte noch nicht erlangt hat. . . Polen ratifiziert in der Überzeugung, daß man jetzt durch eine schnelle Ratifizierung danach streben müsse, die polnischen Gebiete, die Polen zugesprochen sind, und diejenigen, die der Abstimmung unterliegen, von der Kluft des Grenzschutzes

zu befreien.“ Nach einem Ausfall gegen Amerika, das nicht erlaube, Schantung an Japan zu geben, aber damit einverstanden sei, daß „Polen Danzig, das Marienburger Land, Ermland, Masuren und Oberschlesien los wird“, sagt das genannte polnische Blatt weiter: „Wenn der Versailler Frieden nicht bestätigt werden sollte, dann entsteht wiederum Kriegszustand, und die erste Stimme wird Joch als Hauptbefehlshaber der französischen Armee haben, die mit den Friedensbedingungen unzufrieden ist, und die zweite Stimme hat dann Pilsudski als Führer einer zweiten großen Macht an den Grenzen Deutschlands. Amerika, bedroht durch Japan, wird sich in die europäischen Angelegenheiten nicht einmischen können, und England, das sich machtlos gegenüber den Bolschewisten gezeigt hat, kann zwar die Regierung des Herrn Samm aus Bochum in Danzig unterstützen, aber nicht gegen Frankreich und Polen zum Schutze Deutschlands kämpfen. Das Umstoßen des Versailler Friedensvertrages würde zweifellos die Herrschaft des Grenzschutzes über das unglückliche polnische Volk noch eine Zeitlang verlängern, aber den Polen die Möglichkeit geben, gerechte Grenzen zu erkämpfen, besonders im Westen. . . . Da die Bevölkerung in Oberschlesien durch den bewaffneten Aufstand die Zweifel behoben hat, auf die sich Lloyd George berief, als er für eine Volksabstimmung eintrat, so befiehlt die einfachste Gerechtigkeit, Oberschlesien schon jetzt an Polen auszuliefern.“

Die hier vom „Wiarus Polsti“ angeschnittenen Probleme und Befürchtungen sind es, die den schon gut gediehenen Verständigungsgedanken hier bei uns so bedenklich getrübt haben. Der Ausdehnungsdrang Polens nach Westen über das hinaus, was der Friedensvertrag ihm zugesprochen hat, und Polens Furcht, vielleicht die Abstimmungsgebiete verloren gehen zu sehen, haben auf unsere Lage hier im abgetretenen Gebiete sehr ungünstig eingewirkt. Das hiesige Deutschtum erkennt die neuen Verhältnisse nicht, aber es gibt trotz alledem seine Hoffnung nicht auf. Die einsichtigen Kreise der Polen, die ebenso wie wir die neuerdings mit Schärfe einsetzende Verheerungsarbeit eines Teiles der polnischen Presse beklagen und verurteilen werden, erkennen heute schon, daß der polnische Staat ohne Verständigung mit seiner deutschen Minderheit sich der tatkräftigsten Hilfe bei dem staatlichen Aufbau seines Reiches beraubt. Die Mitwirkung der gesamten Entente-länder bei der Aufrichtung des polnischen Staatswesens fällt, schon weil sie vom kapitalistischen Geiste und nicht von freundschaftlicher Gesinnung allein geleitet ist, nicht halb so ins Gewicht, wie die Arbeit der Millionen Deutscher, wenn sie als polnische Bürger Interesse an dem werdenden Staat bekunden. Ein Staat wie Polen, im embryonalen Zustande schon von hundert Gefahren im Innern und von ebenso viel von Außen her bedroht, wird seine leistungsfähigste Minderheit nicht abschütteln, nicht ungestraft zurücksetzen können. Es kommen friedlichere und ruhigere Zeiten, wo auch den nationalen Heißspornen die Bedeutung der deutschen Minderheit im polnischen Staatswesen zum Bewußtsein kommt. Möge trotz aller nationalen Leidenschaft den führenden polnischen Kreisen der Blick für das Reale nicht verloren gehen. Eine Überspannung des Ausdehnungsdranges könnte leicht den Bestand des polnischen Staates gefährden und somit auch die nationalen Minderheiten mit ins Verderben ziehen.

Was aber auch kommen mag: Polen und Deutsche sind nun einmal gezwungen, nebeneinander und miteinander zu leben, und daher sind sie auch gezwungen, sich zu verständigen. Ob das Land polnisch wird und bleibt, ob der Friedensvertrag seine Gültigkeit für alle Zukunft behält oder ob eine neue Weltkonstellation früher oder später eine Revision des Friedensvertrages bringt, das ändert nichts an der unbedingten Notwendigkeit, daß hier Deutsche und Polen miteinander leben müssen und daß es für beide Teile vom Vorteil ist, wenn sie verträglich miteinander leben. Und weil das so ist, und weil wir hoffen, daß die führenden Männer des neuen Polenreiches in nicht ferner Zeit die Verständigung mit der deutschen Bevölkerung als eine Staatsnotwendigkeit betrachten, glauben wir trotz der trüben Erfahrungen der letzten Tage immer noch an eine Verständigung.

Aus den Deutschen Volksräten

Richtlinien für die Organisation der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen („Deutsche Partei“)

A. Zweck und Aufgaben der Deutschen Partei.

Der Vertrag der Entente mit Polen räumt der deutschen Minderheit im polnischen Staat gewisse Rechte ein, die zunächst theoretisch bestimmt, durch die deutsche Minderheit selbst genau umschrieben und begründet werden müssen. Die Rechte gipfeln in:

1. Völliger verfassungsmäßiger Gleichheit vor dem Gesetz aller Staatsangehörigen des polnischen Reiches.
2. Berechtigung zur Pflege deutscher Kultur, Sprache, Schule und Kirche.

Daraus folgt die Notwendigkeit einer deutschen Kulturvertretung im Parlament und Begründung derjenigen Organisationen, Vereine, Kulturgemeinschaften (Schule und Kirche), Schaffung von Presseorganen und Wirtschaftsunternehmungen, die geeignet erscheinen, den Schutz der deutschen Minderheit durchzuführen.

Die erste praktische Aufgabe ist der Zusammenschluß aller Deutschen ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Anschauungen und Bestrebungen und ihre bisherige Parteizugehörigkeit. Hieraus folgert die Notwendigkeit der Anwendung weiter demokratischer Gesichtspunkte für die Organisation der örtlichen Vertretung.

Eine weitere Organisation ist die Heranbildung und Auswahl geeigneter Abgeordneter für den polnischen Landtag, für die Provinziallandtage und die Selbstverwaltungsorgane, Stadtverordnetenversammlungen, Kreisversammlung usw. Die Abgeordneten müssen nach Lage der Dinge sowohl einen guten Überblick über die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Gesamtdeutschtums in Polen haben, wie auch die polnische Sprache so beherrschen, daß sie in öffentlichen Reden damit auftreten können.

Die dritte Aufgabe, die damit zusammenhängt, ist die Ausbildung der Presseorgani-

sation, Schaffung eines weitverzweigten wirtschaftlichen und kulturellen Nachrichtenaustausches und Schaffung entsprechender Organe zur Ausbildung des Publikums.

Mitglied der „Deutschen Partei“ kann nur sein, wer bewußt sich zum Deutschtum bekennt. Die „Deutsche Partei“

1. ist keine Kampforganisation gegen die Polen, sie will vielmehr einen friedlichen Ausgleich zwischen deutschen und polnischen Mitbürgern schaffen, weil Deutsche und Polen in Zukunft aufeinander angewiesen sind;
2. sie will unter den Deutschen geschlossene Einheit, sozialen Frieden, Ausgleich aller politischen, konfessionellen und Standesunterschiede im Hinblick auf die gemeinsamen deutschen Interessen von Mann und Weib herstellen;
3. sie will die Deutschen kulturell und wirtschaftlich fördern, ihre deutsche Art und deutsches Wesen wacherhalten, namentlich auch den Sinn für deutsches Heim und deutsche Familie schärfen;
4. sie will die berechtigten gemeinsamen Interessen der Deutschen bei den polnischen Behörden durchsetzen und die polnischen Behörden in förderlichen Maßnahmen für die Deutschen durch Rat und Tat unterstützen;
5. die „Deutsche Partei“ will durch Förderung des Zusammenschlusses sämtlicher wirtschaftlicher Organisationen der Deutschen ihre wirtschaftliche Festigung und durch Inanspruchnahme und Ausbau der kulturellen Selbstverwaltung ihre kulturelle Hebung sichern.

Die „Deutsche Partei“ will alle deutschen Männer und Frauen in eine große Familie zusammenschließen, sie will allen Kastengeist vertreiben und will unserem Volksstamm auch unter den neuen Verhältnissen gedeihliche Lebensbedingungen schaffen. Solches Ziel ist nur erreichbar nach Überbrückung aller Hindernisse, die sich trennend zwischen die einzelnen Schichten des deutschen Volkes geschoben haben. Darum keine konfessionellen

und parteiischen Gegensätze, keine Betonung des Trennenden, sondern stete Hervorhebung aller derjenigen Lebensäußerungen, die uns als Deutsche verbinden.

B. Aufbau.

Alle Erfahrungen der Organisation haben gelehrt, daß eine starke lebenskräftige Organisation nur möglich ist bei straffer, einheitlicher Leitung, im übrigen aber bei starker Dezentralisation, d. h. es muß einheitlich nach denselben Grundsätzen überall gearbeitet werden, im übrigen aber muß die Arbeit in den Kreisen durch die Kreiseingefessenen selbst geleistet werden. Jeder Wähler muß eine leicht erreichbare Ortsvereinigung haben, in die er seine kulturellen und wirtschaftlichen Interessen hineintragen kann.

1. Organisation der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen.

A. Innerhalb eines Kreises.

Die Deutschen schließen sich zu Ortsvereinigungen der Deutschen Partei (Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen) in den einzelnen Kreisen zusammen. Jede dieser Ortsvereinigungen umfaßt die wirtschaftlich mit ihr zusammengehörigen Ortschaften mit ihren deutschen Bewohnern (Männer und Frauen), die sich in Mitgliederlisten einzutragen und den satzungsgemäßen Beitrag zu zahlen haben. Die Mitglieder wählen sich ihren aus allen Berufsschichten zusammengefügten etwa zwölfköpfigen Vorstand (einen Vorsitzenden, Schriftführer, Kassierer, ihre Stellvertreter und etwa sechs Beisitzer). Die Ortsvereinigungen wählen für jedes angefangene Hundert Mitglieder einen Vertreter (Vertreterin) in eine Kreisvereinigung. Die in diese Kreisvereinigung entsandten Abgeordneten wählen sich aus ihrer Mitte einen geschäftsführenden Vorstand. Die Kreisvereinigung faßt alle Ortsvereinigungen entsprechend unter dem Namen „Kreisvereinigung des Kreises X.“ zusammen und läßt sich unter Zugrundelegung der hier beigelegten Normalsatzungen in das Vereinsregister einschreiben.

B. Innerhalb einer Provinz.

Die Kreisvereinigungen wählen für jedes angefangene Tausend Mitglieder der durch

sie vertretenen Ortsvereinigungen einen Abgeordneten in die Provinzialvereinigung der Partei, die aus sich heraus einen geschäftsführenden Vorstand wählt. Auf diese Weise kann sich der Provinzialvorstand, als von unten herauf gewählt, auf das volle Vertrauen der breitesten Wählerschichten stützen.

C. Innerhalb des polnischen Gesamtstaates.

Die Provinzialvereinigungen wählen je zwanzig Vertreter in eine über ganz Polen sich erstreckende Landesvereinigung, die sich einen Hauptvorstand wählt, in dem alle Provinzialvereinigungen vertreten sein müssen.

Die Landesvereinigung kann sich selbst bis zu zwanzig Personen hinzuwählen, deren Mitarbeit für das Deutschtum erwünscht erscheint. Die Landesvereinigung hat ein derart ausgebautes Bureau (Zentralbureau), daß sie imstande ist, alle kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen für die politische Behandlung in Presse und Parlament vorzubereiten und die Organisation des Deutschtums in Polen zu vertiefen und auszugestalten.

2. Die praktische Arbeit.

Träger der Kleinarbeit ist grundsätzlich die Kreisvereinigung; die Zentrallen geben im übrigen Richtlinien und Material für die Arbeit. Die Kreisvereinigungen halten in Gruppen von zwei bis drei Kreisvereinigungen zusammengeschlossen, möglichst einen eigenen hodenständigen, besoldeten Beamten, der in engster Fühlung mit der Zentrale in den Kreis- und Ortsvereinigungen für den Ausbau der Organisation und für reges deutsches Leben sorgt und in täglicher Verbindung mit weitesten Volksschichten deren Vertrauensmann wird.

3. Die Finanzierung.

Zur Beurteilung der finanziellen Erfordernisse stellen die Vereinigungen in allen Stufen Voranschläge auf. Die Voranschläge sind durch die entsprechenden Vereinigungen zu bewilligen.

Jeder ländliche Grundbesitzer verpflichtet sich, für die Dauer von drei Jahren mindestens zwanzig Pfennig pro Morgen, alle übrigen Mitglieder etwa zwanzig Prozent ihrer Einkommensteuer jährlich zu entrichten. Der Erlös dieser Auflage wird an die Kassen

der einzelnen Kreisvereinigungen abgeführt. Die aus Vertretern der einzelnen Kreisvereinigungen zusammengesetzte Provinzialvereinigung bestimmt alljährlich, welcher Anteil der freiwilligen Auflagen an ihre Kasse abzuführen ist, wobei sie die aus dem Voranschlag der Landesvereinigung sich ergebenden Anforderungen zu berücksichtigen hat. — Die Provinzialvereinigung führt den auf die Landesvereinigung entfallenden Betrag an diese ab. Für die Eintragung in die Mitgliederliste wird grundsätzlich für jede Person ein Beitrag von zwei Mark erhoben, der in besonderen Fällen (Kinderreichtum usw.) bis auf eine Mark ermäßigt werden kann. — Dieses Geld bleibt zur Hälfte zur Verfügung der Ortsvereinigung, zur Hälfte ist es an die Kreisvereinigung abzuführen.

Bei der ersten Lage, in der sich die Bevölkerung befindet, wird es an Opferwillen und Verständnis für die Notwendigkeit des starren Aufbaues des Zusammenschlusses aller nicht fehlen. Die Gelderhebung durch Verpflichtungsscheine ist daher der einzige Weg, der finanziell zum Ziel geführt und eine gleichmäßige dauernde Entwicklung sichert. Es bedarf nur rühriger Verbearbeit der Volksgenossen, um auf diese Weise die Finanzen der Vereinigung im Laufe von vier Wochen sicher zu stellen. Gleichmäßiges Werbematerial für Verpflichtungsscheine usw. stellen die Hauptgeschäftsstellen bereit.

4. Enge Verbindung untereinander.

Die Kreisvorsitzenden müssen stets enge Fühlung mit der Hauptgeschäftsstelle der Provinzial- und Landesvereinigung halten, vor allem sofort ihre und der Beamten genaue Adresse angeben.

Bromberg. Am 22. August fand eine Volksratsitzung des Deutschen Volksrats Bromberg statt. Herr Geheimrat Albinus und Dr. Pfeiler berichteten über die deutsch-polnischen Verhandlungen in Berlin, an denen sie teilgenommen haben. Herr Geheimrat Albinus behandelte besonders die Beamtenfrage. Er vertrat den Standpunkt, daß kein Beamter und keine Behörde abzutreten seien. Diejenigen, die einstweilen hierbleiben wollen, sollen auf drei Jahre beurlaubt werden, behalten dabei deutsche Staatsangehörigkeit und alle Rechte der preussischen Beamten. Herr Dr. Pfeiler wendete sich insbesondere der Ansiedlerfrage zu und betrachtete diese Frage als eine, die die Deutschen Volksräte besonders angeht. Er stellte folgenden Antrag: „Die Deutschen Volksräte müssen unbedingt eine ständige Vertretung bei den deutsch-polnischen Verhandlungen fordern. Dieser Vertretung müssen sämtliche Schlußprotokolle vor ihrem Abschluß vorgelegt werden, damit sie in der Lage ist, noch rechtzeitig Einspruch zu erheben.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Herr Unverferth berichtete über die Sitzung mit dem Aktionsausschuß in Graudenz und über eine Bezirksversammlung im Bezirk 14 der Stadt Bromberg. Ferner fanden Bezirksversammlungen statt am Sonntag in Jagdschütz, Schwedenhöhe und Jägerhof, am Montag in Schleusenau, am Mittwoch im Bezirk 1, am Donnerstag im Bezirk 8 der erste Deutsche Abend. Am Schluß berichtete Herr Richter über die Kriegsgefangenenfürsorge. Die Stadt hat dazu 1000 Mark zur Verfügung gestellt. Es ist festgestellt, daß ungefähr 480 Kriegsgefangene nach Bromberg zurückkehren.

Pressestimmen

Polnische Presse

„Radwisłania“ (Culmsee) Nr. 52
vom 29. August 1919.

In Sachen des Gerichtswesens.

Mit Ungeduld erwartet die Allgemeinheit des gewesenen preussischen Teilgebietes den Augenblick, wo die Staatsadministration

unseres Gebietes wirklich echt polnisch wird genannt werden können, besonders weckt ein zu verstehendes Interesse die Organisation der Institution zur Ausübung der Gerechtigkeit.

Wir würden wünschen, auf diese riesenhafte großen Vorbereitungsarbeiten mit den Augen nicht eines zusehenden Kritikers, son-

bern eines Bürgers zu sehen, der mit Liebe jeden Schritt verfolgt, welcher auf dem Wege des Wiederaufbaus des polnischen Staatswesens getan wird und gern seine Hand der heiligen Sache bieten möchte, sie durch eigene Arbeit und Lebenserfahrung stützen würde.

Die Abteilung für Gerichtswesen strebt zur Organisierung des Gerichtswesens im früheren preußischen Teilgebiet und mühte vor allem darauf achten, daß außer der Sicherung einer regelrechten und richtigen Funktionierung desselben ihm auch ein ausschlaggebender polnischer Charakter gegeben werde.

Man muß jedoch die schwierige Aufgabe unserer organisierenden Behörden bedenken, deren Bemühungen sich im großen Maße am Mangel polnischer sachmännischer Kräfte erschlagen und dadurch die Notwendigkeit der Einführung in die Gerichtsbarkeit eines nicht sachmännischen Faktors bedingen.

Angeichts dieser riesengroßen, auf jedem Schritte angetroffenen Schwierigkeiten wäre es da nicht besser, aus den Erfahrungen anderer Gebiete Polens Nutzen zu ziehen, welche dank den glücklicheren Bedingungen schon früher das Werk der Staatsadministration beginnen konnten? Es ist uns bekannt, daß im gewesenen Kongreßpolen neben den Gerichtsinstanzen, in welchen die Gerechtigkeit ausschließlich Rechtsgelehrte ausüben, eine ganze Reihe Gerichte niedriger Instanzen existiert, welche die sogenannten Friedensgerichte sind, an deren Spitze man Ortsbürger und zwar Nichtjuristen gestellt hat und ihnen in Zivilsachen das Einleitungsverfahren übergeben hat, welches zu einer Versöhnung strebt. In Strafsachen jedoch, in weniger wichtigen Sachen würde es das Niveau der Gerichtsbarkeit in gar nichts verringern, wenn wir unabhängig von den höheren Instanzen dem nicht sachmännischen Richter (Laien) sogar eine entscheidende Stimme geben und ihm die Mitwirkung in der Gerichtsbarkeit zuerkennen würden, weil dadurch das kernpolnische Bürgerelement mit großem Nutzen in die Gerichtsbarkeit hineingetragen wird. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob man auf die Posten der Friedensrichter Bürger berufen sollte im Wege ihrer Ernennung oder Wahlen, klar ist es jedoch,

daß ein Mensch, dem man das Recht der Ausübung der Gerechtigkeit anvertraut hat, in unserem Lande vor allem neben einer flectenlosen Vergangenheit rückichtsloses Vertrauen der Ortsbevölkerung, sowie eine große Lebenserfahrung besitzen muß. Die Arbeit dieser Leute, welche gerade auf diese Lebenskenntnis gestützt ist und durch das allgemeine Vertrauen unterstützt wird, würde zweifelsohne eine große Hilfe bei der Ausübung der Gerechtigkeit darstellen.

Die Organisation der Friedensgerichte ist für uns keine neue Sache. Es genügt, sich die Geschichte der Gerichtsbarkeit aus den Zeiten des Warschauer Fürstentums anzusehen, als die Institution der Friedensgerichte mit Rücksicht auf ihre Nützlichkeit sich einer besonderen Fürsorge erfreute. Der Warschauer Prinz Friedrich August hatte sogar einen speziellen Orden für die Friedensrichter gestiftet für Erledigung der größten Anzahl von Gerichtssachen; eine von solchen Prämien erhielt damals der Richter Wilczewski, welcher aus einer Anzahl von über 1000 Gerichtssachen, darunter viele Grenzstreitigkeiten, nur vier nicht im versöhnlichen Sinne erledigte den höheren Gerichtsinstanzen überwiesen hat. Die Tätigkeit eines derartigen Bürgerrichters kann unstreitig nur einen guten Einfluß haben, indem es die Klagesucht ausrottet und in der Bevölkerung eine große Achtung für die Gerichtsbehörden weckt.

Im gewesenen Kongreßpolen haben sich die Bürgerkräfte mit vollem Eifer an die Arbeit gemacht — dieses unser Gebiet steht in Hinsicht der Arbeitsfreudigkeit gewiß nicht hinter anderen zurück. — Werden wir keine Leute finden, die einmütig zur Zufriedenheit der Bevölkerung ihre richterliche Tätigkeit ausüben könnten? Sollten nicht auch wir um einen Anteil an der Gerichtsbarkeit bemüht sein, welcher schon vom Bürgertum in anderen Gebieten übernommen worden ist? Das ist unser Projekt, vielleicht will sich die Allgemeinheit selbst darüber aussprechen.

„Dziennik Berlinski“ (Berlin) Nr. 186 vom 17. August 1919.

Eine neue Spekulation.

Wir berichteten schon mehrmals über die Spekulation mit deutschem Gelde. Jetzt

werden damit geradezu Orgien gefeiert auf Kosten der breiten polnischen Volksmassen. Diesmal ist es um so gefährlicher, weil es dem ganzen Lande Milliarden Schaden zufügen kann. Die Spekulanten fischen nämlich die sich noch im Umlauf befindenden deutschen Zahlungsmittel heraus, tauschen sie in polnische Mark ein und verringern auf diese Weise die Zahlkraft der polnischen Zahlungsmittel. Der Valutaunterschied zu ungunsten der polnischen Mark beträgt im Verhältnis zur deutschen Mark in gewissen Geldarten, wie z. B. bei den Eintausendmarkbanknoten mit rotem Stempel, bis 80 Prozent.

Dieser Handel wird auf großem Fuße betrieben. Es betreiben ihn die Juden aus dem Königreich, indem sie ganz frech Inserate in den Warschauer Zeitungen veröffentlichen, daß sie „deutsche Banknoten in polnische umtauschen mit Zugahlung einer hohen Provision“,

es betreiben ihn unsere Kaufleute, die sich für die Ware mit deutschen Zahlungsmitteln bezahlen lassen und den Rest in polnischen Mark auszahlen. Wie weit diese freche Spekulation geht, beweist am besten eine Notiz der deutschen „Posener Neuesten Nachrichten“, daß eine gewisse Expeditionsfirma (angeblich eine polnische) eine Rechnung auf 852 Mark ausgestellt hatte mit der Bemerkung, daß man nur 249 Mark berechne, sofern die Bezahlung in deutschem Gelde erfolgt.

Vorstehendes Beispiel zeigt grell, daß die Spekulation den Wertunterschied zwischen der deutschen und polnischen Mark mit über 80 Prozent berechnet.

Es ist das eine deutliche Arbeit zum Schaden der polnischen Valuta. Werden unsere Behörden auch weiterhin sich diese Angelegenheit kraftlos mit ansehen? Es ist die höchste Zeit, diesem Bucher vorzubeugen.

Kleine Mitteilungen

Nachrichten aus Polen

Die Parteien im polnischen Landtage.

Die polnischen Landtagsabgeordneten zerfallen gegenwärtig, wie wir einer Mitteilung des „Dziennik Poznański“ entnehmen, in 14 Parteien, und zwar: Volksnationaler Landtagsverband (79 Abgeordnete), nationale Volksvereinigung (68), polnische Volkspartei — Befreiungsgruppe (67), polnische Volkspartei — Pflastengruppe (54), polnische sozialdemokratische Partei (35), christlich-nationaler Arbeiterklub (30), Klub der konstitutionellen Arbeit (17), nationaler Arbeiterverband (15), polnische Volkspartei — Stäpinski-Gruppe (12), Abgeordnete ohne Parteizugehörigkeit (12), freie Vereinigung der jüdischen Abgeordneten (10), deutsche Volkspartei (2), Sezessionisten der polnischen Volkspartei (8). Dazu tritt die in der vorliegenden Korrespondenz noch nicht berücksichtigte bürgerliche Partei, der 12 Abgeordnete angehören. Außerdem gehören zu den Neugründungen der letzten Zeit die nationale

Volksvereinigung, der christlich-nationale Arbeiterklub und die Sezessionisten der polnischen Volksvereinigung. Eingegangen sind vor kurzer Zeit die Partei der polnischen Volksvereinigung und der unabhängigen Volksparteiler.

W. Seyda zum Minister des gewesenen preussischen Teilgebietes ernannt.

Aus Warschau wird unter dem 14. d. Mts. folgendes berichtet:

Auf Vorschlag des Ministerrates hat das Staatsoberhaupt den Posten des ersten Ministers im gewesenen preussischen Teilgebiet dem Abgeordneten Wladislaus Seyda, früheren Vorsitzenden des polnischen Klubs in Berlin anvertraut.

In den nächsten Tagen soll die Ernennung amtlich bekannt gegeben werden. Minister Seyda ist aus Posen nach Warschau gekommen und wird in den nächsten Tagen sein Amt übernehmen.

„Dziennik Gdaniski“ (Danzig) Nr. 8 vom 19. August 1919.

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Polens und Westpreukens

Nr. 26	Verantwortlich: Carl Georg Bruns Schriftleitung: Bromberg, Weizienplatz 1 III Fernruf Nr. 321	17. Sept. 1919
Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Um unsere Zukunft — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen: Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.		

Materialien zur ostdeutschen Frage

Um unsere Zukunft¹⁾

„Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk,
Das höchste Gut des Volkes ist sein Staat,
Das höchste Gut des Staates ist sein Recht.“

Wir alle, die wir durch Abstammung, Religion, Sprache, Kultur, Geschichte und Wesensart zusammengehören, bilden jetzt im Polenreiche eine Familie. Wie eng wir zusammengehören, wurde uns erst klar, als der Versailler Gewaltspruch unheildrohend vor unseren Augen stand, als wir vor der nahen Gefahr um unsere gemeinsame Zukunft bangten. Da klang von Millionen Lippen das Treugelöbnis: „Wir sind Deutsche und wollen deutsch bleiben!“ Wir meinten die Zugehörigkeit zum deutschen Staat, dem höchsten Gut des deutschen Volkes, trotzdem dieser Staat krank und zerschunden aus tausend Wunden blutete.

Versailles nahm uns den deutschen Staat, riß uns mit Gewalt vom Vaterlande los. Und nun bleibt uns nur mehr die Zugehörigkeit zu unserem Volke. Sie kann uns kein feindlicher Machtpruch rauben, sie ist ein underräuerliches und ewiges Recht, wenn wir sie nicht selbst aufgeben. In kurzer Frist werden wir Bürger eines anderen Staates, dessen Geseze wir achten, dessen Aufbau wir schon im eigenen Interesse nicht stören werden. Aber wie im Frühling dieses Jahres geloben wir wieder: „Wir sind Deutsche und wollen deutsch bleiben!“ Und heute können wir nur mehr die Zugehörigkeit zur großen deutschen Familie, zum deutschen Volke damit meinen. Unser höchstes Gut ist jetzt unser deutsches Volkstum.

Niemals empfanden und erkannten wir den Wert unseres Volkstums so tief und innig, als gerade in diesen Wochen vor dem Übergang in polnische Herrschaft. Wir finden uns mit den Tatsachen ab und werden loyale Bürger des polnischen Staates, aber wir bleiben gute, uns des eigenen Wertes wohlbewußte Deutsche, innerlich und nach außen. Ja, auch nach außen! Offen und freudig wollen wir unser Deutschtum im neuen Staate bekennen, nicht vorlaut und vordringlich, aber immer und überall, wo ein Verleugnen unseres Volkstums eine nationale Schande wäre. Es ist ein erfreuliches Zeichen der erwachten Liebe zum Volkstum, daß gerade in dieser Zeit so häufig in den Blättern zu lesen steht, deutsche Familien im abgetretenen Gebiet, die einen polnisch klingenden Namen tragen, haben die Umänderung in einen deutschen Familiennamen erwirkt. Der Pole, der selbst fast 150 Jahre mit beispielloser Zähigkeit an seinem Volkstum

¹⁾ Die „Deutschen Nachrichten“ veröffentlichen diesen Aufsatz an erster Stelle der Nr. 49 vom 5. September.

gehangen, hat ein gutes Verständnis für den nationalen Willen, der Pole wird dem mit innerer Verachtung nrafen, der aus feiger Kriecherei sein Deutschtum verleugnet.

Und trotzdem ist unser deutsches Volkstum in großer Gefahr; die Geschichte der letzten Wochen beweist es. Wir sind eine völkische Minderheit in einer uns wesensfremden Nation, die — eben zu staatlichem Leben erwacht — uns ärgstes Mißtrauen entgegenbringt, die noch in der Freude über die wiedergewonnene Freiheit, dem „Herrenvolt“ (so drücken sich die polnischen Blätter aus) ihre staatliche Überlegenheit zeigen wird, die nach langem völkischen Gedrücksein den Deutschen die vertauschte Rolle gut fühlen lassen wird. Von den schweren Tagen, die uns als völkische Minderheit bevorstehen, befreien uns weder der Ententevertrag mit Polen über die Gleichberechtigung der Minderheiten, noch die feierlichen Zusicherungen der polnischen Regierung. Der genannte Vertrag läßt die weitesten Auslegungs- und Anwendungsmöglichkeiten zu, die Verheißungen der polnischen Regierung werden von der polnischen Presse und den polnischen Organisationen teils bekämpft, teils im Werte herabgemindert. Eine starke Bewegung im polnischen Volke wendet sich bereits heftig gegen Zugeständnisse an die Deutschen bei den — leider — abgebrochenen Berliner Verhandlungen. Dazu kommen die unsere künftige Stellung in Polen schwer beeinträchtigenden trüben Ereignisse in Oberschlesien und — nicht zuletzt — die leidvollen Erfahrungen unserer Volksgenossen im besetzten Gebiet.

Man braucht nicht gerade rohe Gewalt anzuwenden, um eine völkische Minderheit zu bedrücken, um alles, was das Volkstum ausmacht — Sprache, Religion, Kultur, Schule, Wirtschaft — zu knebeln. Es gibt Zwangsmittel aller Art, die sich nicht als Gewaltmittel äußern, es aber doch sind. Sie führen zum gleichen Ergebnis. Solche Zwangsmittel können unter dem Zeichen des Rechts erfolgen, sie werden mit der Zeit die völkische Minderheit abstupfen, den nationalen Willen brechen, die Grundlagen zerstören, auf denen allein nur das Volkstum gedeihen und sich entfalten kann. Es gibt „Einschränkungen“, bei denen von freier Regung kaum etwas übrig bleiben kann, die zum langsamen Erstikungstod des Volkstums, zum allmählichen Hinübergleiten in die herrschende fremde Nation führen. Wer anschauliche Beispiele will, lese Kaufmanns Buch „Die Rechtsverhältnisse der an Polen abgetretenen Ostmark“ und höre die deutschen Klagen aus dem besetzten Polen.

Wir Deutschen sind eben jetzt auf uns selbst gestellt. Haben wir die gleiche nationale Fähigkeit, wie sie bisher die Polen zeigten, dann werden wir uns im polnischen Staate behaupten, national, kulturell und wirtschaftlich. Voraussetzung für den Erfolg in dem Verteidigungskampf um unsere nationalen und kulturellen Güter und Rechte, wie um unsere wirtschaftliche Zukunft ist die Einigkeit, die feste Geschlossenheit aller Deutschen. Nur wenn wir eines Sinnes sind, als eine große Familie uns betrachten, wird unser deutsches Volkstum nicht Schaden leiden, werden wir uns im nationalfremden Staate behaupten und nichts von dem verlieren, was uns allen lieb und teuer ist.

Um aber diese Einigkeit übers ganze Land hin herzustellen, um das Gemeinschaftsgefühl dauernd zu erhalten, um einen Sprecher für unsere Rechte und Interessen zu haben, bedürfen wir eines geistigen Bindemittels, eines Organs, das alle Deutschen ohne Unterschied von Rang und Stand erreicht und umfaßt. Dieses Organ sind die „Deutschen Nachrichten“. Sie dienen lediglich den Sorgen und Interessen des gesamten Deutschtums im abgetretenen Gebiet. Sie werden in ausführlicherem Maße, als es eine Tageszeitung tun kann, die Deutschen einlen, aufklären, sie in dem neuen Recht und in den neuen Verhältnissen leiten und unterweisen, gegenüber Polen aber ein Fürsprecher und Anwalt der deutschen Sache sein. Der Welt werden sie ein Spiegelbild des deutschen Lebens in Polen geben.

Nur dann aber werden die „Deutschen Nachrichten“ die Kraft und Stärke haben, mit Erfolg die öffentliche Meinung und die Behörden in Polen zu überzeugen oder das Urteil des Auslandes, auf das wir jetzt besonderen Wert legen müssen, für uns zu gewinnen, wenn hinter dem Blatte der Deutschen in Polen

die große Mehrheit unserer Volksgenossen steht, wenn eine Riesenzahl von deutschen Lesern ihm die große moralische Bedeutung sichert. Dann wird das Blatt auch keine Befürchtung zu hegen brauchen, daß polnischer Einfluß es von seinen geraden, offenen, loyalen, aber auf den Schutz der deutschen Minderheit und des deutschen Volkstums gerichteten Zielen abdrängen kann.

Wir brauchen eine ungeheure Leserschaft, weil sie zum Schutz der deutschen Interessen unbedingte Notwendigkeit ist. In diesen Tagen hat im ganzen abzutretenden Gebiet die Werbearbeit für die „Deutschen Nachrichten“ eingesetzt. Bis zur Mitte des Monats sollen, nein, müssen 30000 Deutsche als Bezieher und Leser gewonnen sein. Wir hoffen sogar, daß diese Zahl nur ein Anfang ist. Wenn jeder Deutsche den Wert einer deutschen Zeitschrift nur halb so klar erkennt, wie die Polen den Wert ihrer Presse für ihr polnisches Volkstum erkannt haben, dann wird das erste Hunderttausend bald erreicht sein. Und wenn jeder Deutsche in dem zu Polen fallenden Gebiet die 50 Pfennige im Monat für sein deutsches Blatt so gern darbringt, wie die ärmsten polnischen Schichten, polnische Tagelöhner und Landarbeiter, ein Mehrfaches freudig gegeben haben, dann wird eine Riesenaufgabe der „Deutschen Nachrichten“ die Bürgerschaft sein nicht nur für eine glänzende, gut ausgestattete deutsche Zeitschrift, sondern auch für eine angesehenere, einflußreiche Vertretung des Deutschtums in Polen vor der breitesten Öffentlichkeit, vor den Augen aller Welt.

Aus den Deutschen Volksräten

Deutscher Frauenrat Schleusenau.

Am 1. September hielt der Deutsche Frauenrat Schleusenau unter dem Vorsitz von Fräulein Lehrerin Winkle eine Versammlung ab, in der das Aufgehen des Frauenrats in den Deutschen Volksrat beschlossen wurde, da die Ziele beider Organisationen dieselben seien. An den geschäftlichen Teil schloß sich ein Vortrag des Herrn Dobbermann aus Bromberg über: „Geschichte und Gesicht der Ostmark im ostmärkischen Gedichte“. Mit dem Gedichte Jacobowskis „Leuchtende Tage“ hob der Redner die Hörer auf die erste Sprosse der Stimmungsleiter, auf der er sie dann zu freudigem Stolz über die deutsche Kulturarbeit, zu stolzer Freude über die eigenartige Schönheit unserer Heimat, zu wehmütiger Ergriffenheit über das Verlorene und zu zukunftsgläubiger Hoffnung führte, die aus Karl Meißners Worten an die Ostmark spricht:

Dies Land, da du geboren,
Das du als Heimat liebst,
Es ist dir erst verloren,
Wenn du's verloren gibst.

Die Worte des Redners kamen aus dem Herzen und gingen zu Herzen und sein

Wunsch, daß die deutschen Frauen zur Umsezung der Stimmung in entschlossenem Tatwillen als besonders dazu Berufene beitragen möchten, fand gelohnkräftige Zustimmung.

Kreuz (Ostbahn). Am 31. August hatten sich 31 Vertreter östlicher Volksräte aus dem Teile des Regedistrikts versammelt, der nicht an Polen abgetreten wird. Es wurde mit 29 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Deutschen Volksräte in den bei Deutschland bleibenden Teilen der Ostmark weiter bestehen und weiter arbeiten zu lassen, da doch die Gefahr nicht ausgeschlossen sei, daß der Einfluß unverantwortlicher großpolnischer Kreise über die Grenzen des neuen Staatsgebildes hinausgreife. Es wurden ein vorläufiger engerer Arbeitsausschuß und ein weiterer Ausschuß gewählt. Als Zentralstelle wurde Kreuz bestimmt und zum geschäftsführenden Leiter Lehrer Hoeft ernannt. Der Arbeitsausschuß wird sofort mit den Volksorganisationen in Schneidemühl, Meseritz, Bromberg, Schwerin a. Barthe, Deutsch Krone und Schlochau in Verbindung treten, um einen Zusammenschluß der Volksräte des nicht abgetretenen Gebiets herbeizuführen.

Pressestimmen

Polnische Presse

„Dziennik Gdański“ (Danzig) Nr. 15 vom
31. August 1919.

Das Resultat der polnisch-deutschen Verhandlungen in Berlin.

Posen. Aus den Beratungen, welche in den Kommissionen und Unterkommissionen der polnisch-deutschen Konferenz in Berlin stattgefunden haben, ist das größte Resultat von der Kommission für Angelegenheiten der Internierten erzielt worden. Auf der zweiten gemeinsamen Sitzung wurde die Bereitschaft beider Parteien festgestellt, alle internierten Personen, Geiseln und Personen, die sich in Schutzhaft befinden, freizulassen. Außerdem sollen die Kriegsgefangenen freigegeben werden, diejenigen Personen aber, welche für politische Verbrechen verurteilt worden sind, werden begnadigt werden, die den Verhafteten abgenommenen Gegenstände werden zurückgegeben, bzw. soll ihnen eine Entschädigung ausbezahlt werden. Weitere Internierungen sollen aufhören. Der Ausbruch des Aufstandes in Oberschlesien hat bekanntlich die Frage der weiteren polnisch-deutschen Verhandlungen erschwert und die Unterbrechung derselben verursacht. In der Wirtschaftskonferenz wurde die Frage der Apportionierung und des Verkehrs besprochen. Die deutschen Abgeordneten machten die Kohlenmenge, welche aus Oberschlesien geliefert werden soll, abhängig von der Menge der Lebensmittel, welche Polen nach Oberschlesien liefern wird.

Was den Verkehr anbetrifft, so hat man vereinbart, daß der Eisenbahn-, und zwar Personen- und Güterverkehr auf allen möglichen Bahnstrecken aufgenommen werden soll, und daß der Post- und Telegraphenverkehr in Betrieb gesetzt wird. Außerdem wurde die Frage der freien Schifffahrt auf der Weichsel, sowie der Küstenseefahrt und die Frage des Fischereigewerbes besprochen. In der Handelskommission besprach man die Aus- und Einfuhr, die Lieferung schon bestellter Waren und die Frage der Einteilung angehäufter Gelder. Die Kommission

für Versicherungen hat eine Reihe provisorischer Maßnahmen für die Übergangszeit zusammenge stellt. Die Domänen- und Wälderkommission hat die Frage der Übernahme früherer polnischer Kron- und Staatsgüter durch die polnische Regierung besprochen, wie das der Friedensvertrag vorsieht. Schließlich hat die Gerichtskommission die Angelegenheit der Übernahme der laufenden Prozesse, Vollstreckungen, Exekutionen usw. seitens der polnischen Regierung besprochen. Die Schulkommission hat zwei Sitzungen gehabt, die administrativ-politische eine.

Schon aus dieser kurzen Zusammenstellung kann man sich ein Bild machen über den riesenhaften Umfang der Arbeiten der polnisch-deutschen Kommission. Es ist klar, daß die Deutschen sich bemühen, den größten Nutzen für sich herauszuschlagen, deshalb müssen die polnischen Abgeordneten auch eifrig darüber wachen und nicht einen Schritt zurücktreten, um so mehr, weil der Friedensvertrag auch so schon Polen große Verluste und Einschränkungen auferlegt. Die Beratungen werden also lang und beschwerlich sein.

„Dziennik Gdański“ (Danzig) Nr. 16 vom
2. September 1919.

Eine Zusammenkunft der polnischen Bezirks-Vollräte.

In Graudenz fand im BazarSaal am Donnerstag, den 28. August d. Js. eine gemeinsame Zusammenkunft von Abgeordneten der polnischen Kreisvollschräte statt.

Der Unterkommissar für Westpreußen hat in seiner Ansprache die jetzige politische Lage dargelegt und auf die langsame Ratifizierung des Friedensvertrages seitens der Ententemächte hingewiesen, ebenso wie auf das Resultat der Verhandlungen in Berlin für Westpreußen, d. h. die amtliche Anerkennung des Unterkommissariats für Westpreußen als eine Vertretung der Bevölkerung in Westpreußen und den Umstand, daß uns Bevollmächtigte — Polen auf den Kreis- und städtischen Ämtern zuerkannt worden.

Herr Dr. Rzepniowski aus Löbau leitete die Versammlung auf den Vorschlag des Herrn Unterkommissars und mit Einverständnis der Abgeordneten. Die Tagesordnung war folgende:

- I. 1. Besprechung der politischen Lage,
2. Festsetzung der Kompetenzen der Kreisvolksräte angesichts der Verfügung des Oberregierungspräsidenten vom 11. August 1919.
8. Erledigung des Antrages der Versammlung in Dirschau betr. der Bildung eines Volksgaueauschusses der polnischen Kreisvolksräte.
4. Die Beamtenfrage.
- II. 1. Schaffung eines Lebensmittelamtes der polnischen Kreisvolksräte.
2. Die Ausführfrage.
3. Die Arbeiter- und die Arbeitslosenfrage.
4. Die Heizungsfrage.

III. Nationalfeiertag.

Jedes Referat des Unterkommissars und der Unterkommissariatsmitglieder rief eine lebhafte Diskussion hervor, an der die Delegierten teilnahmen. (Weiter folgen die Namen dieser einzelnen Delegierten).

Zu Punkt I Nr. 8 der Tagesordnung wurde mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, daß die polnischen Kreisvolksräte aus ihrem Schoße zwei Abgeordnete wählen, welche den „Informationsrat“ bilden. Dieser Rat soll sich versammeln, bzw. wird er einberufen vom Unterkommissariat. Zeit und Ort dieser Ratsszusammenkunft bestimmt das Unterkommissariat.

Betreffs der drei ersten Punkte des Absatz II sind folgende Resolutionen gefaßt worden:

1. „Mit Rücksicht darauf, daß das diesjährige Korn feucht und zu einer entsprechenden Ausmahlung nicht tauglich ist und angesichts dessen, daß das Volk unzufrieden ist, sind die polnischen Kreisvolksräte der Ansicht, es sei Zeit, das Korn nunmehr bis 70 Prozent auszumahlen und der Bevölkerung je 1 Pfund Brot pro Kopf täglich zu geben. Den Abfall muß man den Wirten zum Verfüttern geben, um eine größere Menge Milch zu erzielen und ebenso für die Vieh- und Schweinezucht. Die polnischen Kreisvolksräte sind verpflichtet,

in dieser Beziehung bei den zuständigen Behörden die nötigen Schritte vorzunehmen.“

2. „Die Kreisvolksräte sind gehalten, schon jetzt einen Plan dringender Arbeiten fertig zu stellen, um nach Beendigung der Feldarbeiten den Arbeitslosen Arbeit zu geben.“

3. „Die polnischen Kreisvolksräte müssen sich im Einverständnis mit den zuständigen Behörden darum bemühen, daß normale Preise für Eier, Geflügel und Obst bestimmt werden. Diejenigen Personen, welche höhere Preise nehmen, sind in den Zeitungen namhaft zu machen.“

„Gazeta Torunsta“ (Thorn) Nr. 198 vom 2. September 1919.

Der Ausbau der polnischen Volksräte.

Man schreibt uns: Die polnischen Volksräte, sowohl auf den Gebieten, welche Polen zuerkannt sind, als auch auf denjenigen, welche der Abstimmung unterliegen, erwartet in der nächsten Zukunft eine wichtige Aufgabe. Deshalb muß man sie erneuern und ausbauen, damit sie die größte Bedeutung bekommen. Zu diesem Zweck muß man unverzüglich neue Wahlen auf folgenden Grundlagen aus schreiben:

1. Die Wahlen werden von einer Versammlung von Abgeordneten der bisherigen polnischen Volksräte ausgeschrieben, und diese werden auch die Wahltermine bestimmen und eine Wahlkommission aussuchen.

Der Vorsitzenden der Wahlkommission bestimmt die polnische Regierung aus der Gruppe der Wahlkommissionsmitglieder. Die Wahlkommission bestimmt Wahlkommissare für die Bezirke und diese für die Gemeinden.

2. Die lokalen polnischen Volksräte bestehen aus fünf bis fünfundzwanzig Abgeordneten, welche auf einer öffentlichen Versammlung gewählt werden, sowie aus Vertretern der lokalen polnischen Vereine, die zu jedem Hundert oder angefangenen Hundert einer Mitgliedergruppe einen Abgeordneten senden.

3. Die polnischen Bezirksvolksräte bestehen aus je fünfzehn bis fünfzig Mitgliedern, die auf einer Ratsszusammenkunft gewählt werden. Zu diesen Mitgliedern gehören:

- a) Die Vorsitzenden der polnischen lokalen Volksräte.

- b) Die Abgeordneten der Gemeinden — je einer auf jedes volle und angefangene Hundert Einwohner.
- c) Die Abgeordneten der im Kreife bestehenden Vereine — je einer auf die volle und angefangene Gruppe von fünfhundert Mitgliedern.

Die Wahl der Mitglieder des polnischen Kreisvolkrates ist geheim und proportionell.

4. Die Vorsitzenden der polnischen Bezirksvolkräte und die Kreisabgeordneten bilden einen polnischen Boywodschaftsrat. Jeder Bezirk wählt während der Kreisversammlung zwei Abgeordnete nach dem proportionellen System.

In der Warschauer Zeitung „Kurjer Poranny“ vom 7. August findet sich ein Brief aus Posen „Von unserem Spezialkorrespondenten“, in dem u. a. folgendes zu lesen ist:

Heute, bei einem Aufenthalt von einigen Tagen in der Hauptstadt Posen hatte ich die Gelegenheit, Vergleiche anzustellen und einen gewissen Abschluß des Aufbaues und der Organisation des Staatslebens in dieser Provinz rückschauend zu überblicken. Und man muß anerkennen, daß der Strom des Lebens dort in einem sehr zweckmäßig regulierten Bett dahinsirömt, daß das frühere System der deutschen Ordnung noch in den Adern derjenigen verblieben ist, die berufen wurden, die Gesamtheit gewisser Probleme des gegenwärtigen Lebens zu lösen, sowie auch in den Adern der Gesellschaft selbst, die schon die nötige Achtung vor den Anordnungen der Behörden hat und die nötige Disziplin zu der Bildung der Normen für das tägliche Leben zeigt. Daher dort diese Verhältnisse, die unter allen großen Städten Polens einzig dastehen. Als Beispiel führe ich an, daß nirgend wo anders Droschken und elektrische Bahnverbindungen mit einer so pedantischen Pünktlichkeit funktionieren und so unglaublich billig sind. Und dabei bildet Posen eine Ausnahme unter den Städten, da der Preis einer Droschkensfahrt vom Bahnhof nach der Stadt durch den Taxameter festgesetzt zwei Mark kostet, während ein Fahrchein für die Elektrische 12½ Pfennig kostet. Man kann zweifellos wohl verdiente

Hymnen zu Ehren dieser starken Ordnungsmomente schreiben, die bewirkt haben, daß der Warschauer sich in Posen etwas fremd fühlt, als ob er sich plötzlich mitten in einer anderen Welt befände, in anderer Kultur und unter anderen Sitten und Gewohnheiten. Und dieses hier ist vielleicht der Ausgangspunkt des Problems, das zu der Zeit, als ich in Posen weilte, fast im Runde aller war: Die Frage der Autonomie Posens, die Frage der Absonderung Posens durch einen neuen Grenzordon, der dieser Provinz eine von den Einflüssen der benachbarten Teile ungetrübte wirtschaftliche Entwicklung gestatten würde. Denn diese Frage ist heute das Problem, welches am meisten in Groß-Polen überlegt wird, dies ist nicht nur ein von diesem oder jenem politischen Jongleur aufgeworfener Gedanke, der ihn als einen Versuchsballon in unvollkommenem Zustande losgelassen hätte. Nein, dieser Gedanke bohrt und sitzt tief in den Herzen der hiesigen Patrioten, dieses Problem hier ist nicht unter dem Gesichtswinkel eines Krähwinkeler Partikularismus entstanden, der sich des zweifellos auf gewissen Gebieten höheren Fortschritts der wirtschaftlichen Kultur und Organisation dieser Provinz im Verhältnis zu anderen Teilen Polens bewußt ist.

(Eine bessere Anerkennung der Überlegenheit der deutschen Kultur über die polnische kann man sich kaum denken).

3

Über das Ministerium für das „frühere preußische Teilgebiet“ bringt „Dziennik Gdaniski“ (Danzig) einen längeren Leitartikel, in welchem Betrachtungen über die Bildung des neuen Ministeriums für das frühere preußische Teilgebiet angestellt werden. Es wird darin unter anderem gesagt, daß damit endlich der Streit zwischen Posen und Warschau gewissermaßen aus der Welt geschafft sei. Das Blatt führt in dem Artikel ferner Stimmen Posener Zeitungen an, besonders des „Dziennik Poznanski“, welcher bei Gelegenheit einer Besprechung der Ernennung Seydas diesen rühmte und scheinbar sehr erfreut ist, daß er eben diesen Posten erhalten hat, da er ein Mann sei, der in seinen sämtlichen Handlungen sich nicht nur stricke um das Wohl seiner Partei (der nationalen demokratischen

Partei) kümmern, sondern wenn es sich um das Volk handle, die Parteinteressen in den Hintergrund stelle. Dazu sagt der „Dziennik Gdaniski“: Das vorstehende Zeugnis eines derartig ernsten Organs, wie es der „Dziennik Pognanski“ ist, wäre für uns ein Grund zum Vertrauen, welches wir ebenso der Institution, sowie auch dem an ihre Spitze gestellten Manne entgegenbringen würden, wenn das Blatt gelegentlich der von ihm gebrachten Charakteristik des frisch ernannten Ministers nicht einige Sätze geschrieben hätte, die gerade in ihrer naiven Offenheit denjenigen Teil der großpolnischen Psyche entfleischern, welche ihre schwächste Seite bildet und ihrer Beliebtheit in anderen polnischen Provinzen schadet. Daselbe Organ schreibt nämlich: „Wir dürfen nicht vergessen, daß wir bei uns Einrichtungen besitzen, welche hinter dem gewesenen Kordon nicht einmal in Kinderstufen existieren, daß wir — kurz gesagt — hier Europa sind, und daß es deshalb ausgeschlossen ist, daß wir von den höheren Formen des sozialen Lebens zu den niedrigen heruntersteigen könnten und

wollten. . . . Die Konsolidierung der polnischen Republik wird ein Prozeß sein, welcher große Anforderungen an den Rest unserer Brüder stellen wird, und um so schneller und allgemeiner zustande kommt, je schneller und allgemeiner die Leute und Angelegenheiten auf der anderen Seite sich dieses großen Zieles gewachsen fühlen.“

In Großpolen, sagt nun der „Dziennik Gdaniski“, sind die Leute und Angelegenheiten also schon diesem Ziel gewachsen. Das Vertrauen auf sich selbst ist zweifellos ein schaffendes Moment und die Bescheidenheit ist manchmal geradezu eine Sünde. Jedoch muß das Selbstvertrauen, damit es nicht die Anzeichen gewöhnlicher Renommierungssucht annimmt, gestützt sein auf Grundwerte. Diese finden wir aber für die Unterstützung der Auslassungen des „Dziennik Pognanski“ nicht vor, denn die in Großpolen auf gewissen Gebieten des sozialen Lebens existierende höhere Entwicklungsstufe, wie diejenige hinter dem Kordon, rechtfertigt keineswegs die Behauptung, als ob hier Europa und dort Asien wäre.

Kleine Mitteilungen

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen sind am 20. August ausgesetzt worden, da die polnischen Vertreter sich auf den Standpunkt stellten, die Verschärfung der Lage in Oberschlesien mache es der polnischen Delegation unmöglich, die Verhandlungen fortzusetzen. In den Unterausschüssen sind im Verlauf der Verhandlungen verschiedene Fragen berührt worden, abschließende Ergebnisse wurden aber nicht erzielt.

Eine Bank der polnischen Kaufmannschaft.

„Dziennik Berlinski“ schreibt: Zweck starker Unterstützung der Interessen der polnischen Kaufmannschaft ist durch Erweiterung der galizischen kaufmännischen Aktienbank — eine Bank der polnischen Kaufmannschaft in Warschau gegründet worden. Zur Zeit zahlreicher Unsicherheiten und mächtiger Ent-

wicklung des Handels wird durchaus ein nutzbringender und großer Kredit für die polnische Kaufmannschaft nötig sein. Die polnische Kaufmannschaft wird sich zweifellos für dieses wichtige Unternehmen interessieren, welches speziell den Handelsinteressen dienen soll. Wir urteilen, daß auch das Interesse der ganzen Bevölkerung für diese neue Bank groß sein wird, so daß die Aktien derselben in kurzer Zeit vergriffen sein werden. Unsererseits fordern wir hiermit auf zum Ankauf von Aktien dieses wichtigen Unternehmens.

(Auch diese Sammlung der finanziellen Kräfte der Polen ist ein Beweis für die unbedingte Notwendigkeit, daß sich die Deutschen in eine große feste Organisation pressen müssen, wenn sie sich wirtschaftlich behaupten wollen. Wir Deutschen werden uns behaupten, wenn wir einig sind.)

Dekret für die Behörden des dem Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrates unterstehenden Gebietes.

Das Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrats erließ am 9. Mai die nachstehend abgedruckte Rundverfügung an alle unterstellten Behörden:

Behufs Polonisierung der Beamenschaft bei den einzelnen Ämtern und Büreaus der Behörden verordnen wir für das dem Kommissariat des O. P. V. unterstehende Gebiet folgendes:

1. Die Annahme neuer Beamten deutscher Nationalität und deren Einstellung in den Etat ist verboten. Ebenso ist die Annahme von Personal und Arbeitern nichtpolnischer Nationalität in die Büreaus der Behörden, sowie die staatlichen und fiskalischen Unternehmungen verboten.

2. Zu den durch die Ämter und Behörden eingerichteten Vorbereitungskursen dürfen Personen polnischer Nationalität zugelassen werden. Dasselbe gilt auch bezüglich der Gewährung von Stipendien.

3. Es sind unverzüglich bei jeder oberen Behörde, also bei den Oberpräsidien, der Posener Regierung, der Eisenbahndirektion, der Oberpostdirektion, der Oberzolldirektion, der Landeshauptverwaltung besondere Kommissionen einzurichten, die die Aufgabe haben, die Ämter zu polonisieren. Die Zuständigkeit dieser Kommission wird wie folgt festgesetzt:

I. Die eigentlichen Personalakten der Beamten behufs Erforschung:

a) ob und welche polnischen Beamten, die bis jetzt in der Beförderung aus politischen Gründen zurückgehalten worden sind, entsprechend ihren Fähigkeiten und Kenntnissen in höheren Stellungen gebracht werden können;

b) ob und welche Beamte deutscher Nationalität

1. mit Rücksicht auf ihren polnisch-feindlichen politischen Standpunkt, sowie mit Rücksicht darauf, daß sie

2. die polnische Sprache nicht in dem Grade beherrschen, der zur vorschriftsmäßigen Erfüllung ihrer Amtspflichten erforderlich ist, zu entfernen sind;

II. Unterbreitung von Vorschlägen zur Ernennung bei der zuständigen Behörde;

III. Aufforderung polnischer Beamten aus Kongreßpolen, Galizien und dem Auslande zur Meldung, Feststellung ihrer beruflichen Qualifikation und Vorschlag derselben für entsprechende Stellen;

IV. zur Erlangung neuer polnischer Beamten gehört:

a) Einrichtung von Kursen zur gründlichen Ausbildung von Kandidaten, sowie die Herausgabe der nötigen Handbücher und Schriften,

b) Annahme überzähliger Praktikanten in die einzelnen Büreaus und ihre praktische Einführung in die Verwaltungsarbeiten;

V. Überwachung der Ausführung oben angegebener Grundsätze zur Polonisierung der Ämter durch die Behörden und andere Ämter;

VI. über das Bedürfnis zur Bildung ähnlicher Kommissionen für die Polonisierung der Verwaltung der Städte entscheiden die Stadtverordnetenversammlungen;

VII. die Kosten der Bildung neuer Kommissionen in den Kommunalverbänden zur Polonisierung der Ämter tragen die Verbände, die staatlichen Ämter und Behörden haben uns baldigst den Nachtragsetat für den neu eingerichteten Ausschuß (Kommission) zur Bestätigung einzureichen.

VIII. Es empfiehlt sich allen Behörden und Ämtern, eine größere Zahl von Beamten auszubilden, als ihre Bedürfnisse gerade erfordern, namentlich ist eine größere Zahl von Beamten für jene Gebietsteile vorzubereiten, welche die polnische Regierung im Augenblick der endgültigen Feststellung der westlichen Grenze Polens übernehmen wird.

Posen, den 9. Mai 1919.

Kommissariat des Obersten Poln. Volksrates.
gez. Adam Pospawski. Adamski.

Dem Landeshauptmann.

(Stempel der Abteilung IV für Verwaltungs- und Gerichtssachen.)

Der Pole weiß, was er will! Er tut das, was er angesichts der Beamtenpolitik der deutschen Regierung in den abgetretenen Gebieten tun muß, um sein Ziel, die deutsche Ostmark zu polonisieren, zu erreichen. — Der leidende Teil ist natürlich das deutsche Volk im Osten. Die Schriftstg.

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Polens und Westpreukens

Nr. 27

Verantwortlich: **Carl Georg Bruns**
Schriftleitung: **Bromberg, Welzienplatz 1 III**
Fernruf Nr. 321

24. Sept. 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Zur Ansiedlerfrage. Die Stellung der evangelischen Kirche in Polen — Aus den Deutschen Volksräten — Pressestimmen: Polnische Presse.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Zur Ansiedlerfrage

Im Heft 3 der in Polen erscheinenden Zeitschrift „Der Landwirt“ wird das bereits in Nr. 23 der „Mitteilungen“ veröffentlichte, aber allgemein viel zu wenig beachtete Rundschreiben des Präsidenten des polnischen Ansiedelungsamtes Dr. Karasiewicz besprochen und dazu bemerkt, daß diese Erklärung sicherlich zur allgemeinen Beruhigung der deutschen Ansiedler beitragen werde. Diese Auffassung erscheint beinahe unerklärlich, wenn man bedenkt, daß das Rundschreiben zur Beruhigung der polnischen landhungrigen Bevölkerung dienen soll und in seinem einen Absatz folgendermaßen lautet: „Schließlich bemerken wir zur Beruhigung, daß der Boden auf lange Jahre für die Parzellierung reicht. Das Ansiedelungsamt hat nicht nur genug Vorrat an Boden für lange Jahre, sondern es wird auch noch aus Privathänden im Wege der Parzellierung der einzelnen Güter, auch der früheren königlichen Domänen, Boden zur Parzellierung bekommen. Außerdem haben die Mittelstandsklasse und die Bauernbank, welche auf den größeren Gütern und Bauernlandwirtschaften die Hypotheken regulierten, auf einem jeden solchen Besiztum hypothekarische Vorbehalte gemacht und das in der Weise, daß ohne Erlaubnis des Einsiedelungsamtes es nicht gestattet sein werde, diese Besiztümer zu verkaufen. Diese Güter und Landwirtschaften müssen aber später oder früher in polnische Hände kommen.“

Inwiefern diese Erklärung für die in schwerer Lage befindlichen deutschen Ansiedler eine Beruhigung bringen soll, ist unerfindlich, zumal Dr. Karasiewicz sich weiterhin ausdrücklich gegen die von deutscher Seite bei den Thorner Verhandlungen erhobene Forderung wendet, die dahin ging, auch denjenigen deutschen Ansiedlern die polnische Staatsangehörigkeit zu gewähren, die nach dem 1. Januar 1908 ansässig geworden sind. Vom polnischen Ansiedelungsamt ist ferner darauf hingewiesen worden, daß seit dem 1. Januar 1908 auf 400000 Morgen 7650 Familien angesiedelt wären, von denen auf Grund des Liquidationsparagraphen des Friedensvertrages 5700 Familien mit 340000 Morgen Land enteignet werden könnten, und daß diese 5700 gut bebauten Grundstücke für die Ansiedelung polnischer Rückwanderer aus dem rheinischen und westfälischen Industriegebiet unbedingt gebraucht würden.

Der Präsident des polnischen Ansiedelungsamtes spricht hier also ganz unverblümt die Absicht aus, 5700 deutsche Ansiedlerfamilien von ihrem Besiz zu vertreiben. Er stellt sich vollkommen auf den Boden des Friedensvertrages in seiner ganzen furchtbaren Härte.

Bisher haben die in Berlin gepflogenen deutsch-polnischen Verhandlungen noch keine Änderung oder Milde rung herbeigeführt. Es muß aber unbedingt von der deutschen Regierung gefordert werden, daß alles getan wird, um das Damoklesschwert der Liquidation von den Ansiedlern durch ein bindendes Abkommen mit Polen fernzuhalten. Nach dem ganzen bisherigen Verlauf der Unterhandlungen der beiden Regierungen gewinnt man diese Ansicht leider nicht. Allem Anschein nach werden in der Hauptsache in Berlin rein verwaltungstechnische und wirtschaftliche Fragen behandelt, d. h. wirtschaftliche insofern, als man deutscherseits bemüht ist, so viel als möglich noch aus den Abtretungsgebieten herauszuholen, ohne jede Rücksicht auf die in diesen Gebieten verbleibende deutsche Bevölkerung.

Es ist kaum anzunehmen, daß man von seiten der Polen bereit sein wird, auf irgendwelche Vorteile aus dem Friedensvertrage freiwillig zu verzichten. Allerdings dürfte die Vertreibung der Ansiedler eine politische Unklugheit sein, die sich unter Umständen schwer rächen würde, besonders auch im Hinblick auf die Erhaltung eines steuerkräftigen Bauernstandes. Setzt man aber auch diese Einsicht voraus, so bedeutet doch die Ungewißheit für unsere Ansiedler eine außerordentlich schwere Sorge. Pflicht der deutschen Regierung ist es daher, sobald als möglich Klarheit zu schaffen. Die deutsche Bevölkerung der Abtretungsgebiete aber hat die Pflicht gegen sich selbst, dafür Sorge zu tragen, daß nicht vom grünen Tisch aus in Berlin über ihr Schicksal entschieden wird, ohne daß man sie selbst befragt, und daß zu den Verhandlungen Persönlichkeiten hinzugezogen werden, und auch ganz genau über den Stand der Verhandlungen fortlaufend informiert werden, die wissen, wo sie der Schuh drückt, die selbst im Lande bleiben und unter polnischer Herrschaft leben müssen. Das sind die Vertreter der Deutschen Volksräte. Mit aller Macht muß darauf gedrungen werden, daß Volksratsmitgliedern die Möglichkeit gegeben wird, an den Verhandlungen in Berlin bestimmend mitzuwirken.

Die Stellung der evangelischen Kirche in Polen

In den letzten Wochen rückt eine bisher in die Öffentlichkeit wenig beachtete Frage immer mehr in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit. Es handelt sich bei ihr um die Stellung der evangelischen Kirche in Polen, soweit sie in dem an Polen fallenden Gebiet vertreten ist. Auch polnische Blätter befassen sich neuerdings mit ihr, z. B. der „Dziennik Poznański“ und der „Dziennik Berliński“. Bei den Erörterungen dreht es sich vor allem um die von deutscher Seite nachdrücklich erhobene und vertretene Forderung, daß die evangelische Kirche in den abzutretenden Landesteilen in Verbindung mit der altpreussischen Landeskirche bleiben soll. Von polnischer Seite wird darauf hingewiesen, daß es sich dabei um eine Verwaltungsgemeinschaft handle, die der polnische Staat nicht zulassen könne, weil er unmöglich dulden dürfe, daß deutsche Instanzen im Bereiche des polnischen Staates Entscheidungen treffen. Diese Auffassung ist irrig. Denn die Verwaltungsgemeinschaft tritt vollständig hinter dem religiösen Gesichtspunkt zurück. Die in dem bisherigen Polen vorhandene evangelische Kirche ist ausschließlich und streng lutherisch, während die evangelische Landeskirche Preußens in der Union Lutheraner und Reformierte zu einer kirchlichen Gemeinschaft zusammenfaßt, was auf die Bildung der religiösen Anschauungen nicht ohne tiefgehenden Einfluß geblieben ist. Wenn sie ihren Bekenntnisstand wahren will, muß sie den Zusammenhang mit der größeren preussischen Landeskirche aufrecht erhalten. Es geht dabei um den Schutz religiöser Güter. Jede andere Betrachtungsweise verschiebt den allein richtigen Gesichtspunkt. Wir dürfen uns dabei auf den großen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts und der Glaubensfreiheit berufen, die im Artikel 2 des zwischen der Entente und Polen geschlossenen Vertrages ausdrücklich gewährleistet ist. Tatsächlich hat auch das evangelisch-lutherische Konsistorium in Warschau eine ganz andere Auffassung von den in Frage

stehenden Verhältnissen. Das geht aus einem von ihm verfaßten und mit den Namen seiner beiden Vorsitzenden unterzeichneten Flugblatt hervor, das in Oberschlesien verbreitet wird, um die dortige evangelische Bevölkerung zur Abstimmung für Polen zu bewegen. Es heißt in ihm u. a.: „In diesem so wichtigen Augenblicke, da Ihr am Scheidewege steht und in Sorge seid um Euer Gewissen, wendet sich an Euch das polnische evangelische Konsistorium in Warschau, welches die Reinheit Eures evangelischen Glaubens bewacht, um Euch zu beruhigen und Euch aus ganzem Herzen zu trösten. . . . Vor allem wird der evangelische Schlesier in Polen das finden, was ihm lieber und teurer ist als das Leben, nämlich die Freiheit des Gewissens. Erinnert Euch des Gleichnisses, das uns Christus, der Herr, gegeben hat, wie der Säemann auszog, den Samen zu säen. Das eine Samen Korn fiel unter die Dornen, und das Samen Korn erstarrte unter den Dornen. Das andere Samen Korn fiel aber auf guten Boden und brachte tausendfache Frucht. Das Samen Korn, welches unter die Dornen fiel, ist der Schlesier unter dem preußischen Regiment, da der Fremdling Euch betrügen wollte, um selbst aus dem Betrüge den Nutzen zu ziehen. Das Samen Korn aber, das auf gute Erde fiel, ist der Schlesier aus den Kreisen Groß-Wartenberg, Namslau, Kreuzburg und Pleß, vereinigt in unserem lieben Polen mit den Masuren von Warschau, Pleß und Mlawa . . .“ Die Töne, welche das Warschauer Konsistorium in diesem Flugblatt anschlägt, klingen wenig Vertrauen erweckend für Evangelische, die auf dem Boden einer anderen religiösen Anschauung stehen. Sie verstärken die Befürchtung, daß in Polen den Angehörigen der evangelischen Kirche für die freie Ausübung ihres Bekenntnisses Schwierigkeiten gemacht werden dürften, denen nur ausgewichen werden kann durch den dauernd gewährleisteten Zusammenhang mit einer Kirche, die auf der Union steht.

Wenn von polnischer Seite eingewendet wird, der polnische Staat könne sich unmöglich von einer ausländischen Instanz Entscheidungen gefallen lassen, so kann diesem Einwande leicht dadurch begegnet werden, daß die evangelische Kirche der an Polen fallenden Landesteile das Recht erhält, sich eine eigene Verfassung zu geben. Dann werden die von der Leitung der preußischen Landeskirche ausgehenden Einflüsse rein auf das innerkirchliche Gebiet beschränkt bleiben. Auch das will dabei bedacht werden, daß bei einer Aufrechterhaltung der Verbindung mit der preußischen Landeskirche selbstverständlich die dem polnischen wie jedem anderen Staate zustehende Kirchenhoheit unangefastet bleiben soll. Aber etwas ganz anderes ist die Kirchengewalt, d. h. das Kirchenregiment. Dieses gebührt allein der Kirche, wie das ja auch für das Deutsche Reich durch die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung festgelegt ist und für Preußen entsprechend in der noch zu schaffenden Verfassung festgelegt werden wird.

Trotz des Einwandes, den der „Dziennik Poznański“ macht, daß auch in der katholischen Kirche die Grenzen der bischöflichen Diözesen den Staatsgrenzen angepaßt werden, bleibt das Beispiel der katholischen Kirche beweiskräftig. Denn tatsächlich gibt es gegenwärtig eine Anzahl von Fällen, in denen die Diözesangrenzen sich nicht mit den Landesgrenzen decken, z. B. Breslau. Und es ist doch noch mindestens zweifelhaft, ob die Kurie sich dazu verstehen wird, die Grenzen des Erzbistums Posen-Gnesen so abzuändern, daß sie künftig nicht nach Deutschland hinübergreifen und also der polnische Erzbischof deutsche Diözesanangehörige hat.

Eine besondere Bedeutung erhält der Zusammenhang der evangelischen Kirchengemeinden in den an Polen fallenden Gebieten mit der preußischen Landeskirche durch die Sorge um den Nachwuchs an Pfarrern. Bleibt der Zusammenhang, so versteht es sich von selbst, daß den jungen Theologen das Studium auf deutschen Universitäten gestattet werden muß. Dagegen wendet sich der schon mehrfach erwähnte Artikel des „Dziennik Poznański“ mit einer fast ans Leidenschaftlichen grenzenden Ausführlichkeit. Er beruft sich darauf, daß die deutschen Universitäten Pflanzstätten eines grenzenlosen Chauvinismus und die theologischen Fakultäten an ihnen Sitze des protestantischen Liberalismus seien. Das Regiere

ist, in dieser Allgemeinheit ausgesprochen, nicht richtig. Vielmehr finden sich an der deutschen Hochschule alle Richtungen vertreten. Im übrigen ist es nicht Sache des polnischen Staates, in dieser Beziehung die künftigen Diener der evangelischen Kirche zu bevormunden. Das wäre eine grobe Verletzung der Geistesfreiheit, gegen die nicht nachdrücklich genug Widerspruch erhoben werden kann. Die Ausbildung ihres Nachwuchses ist, was die Bildung der theologisch-wissenschaftlichen Anschauung angeht, allein Sache der Kirche selbst.

Die Furcht vor dem deutschen Chauvinismus, der von den deutschen Universitäten aus durch die auf ihnen vorgebildeten Theologen nach Polen getragen werden könnte, erscheint zum mindesten übertrieben. Will denn der polnische Staat um ihre Willen das Studium auf deutschen Hochschulen verwehren, so ist nicht einzusehen, warum er es gerade den evangelischen Theologen verwehren möchte. Oder besteht die gleiche Absicht auch für andere Studierende, Mediziner, Philologen, Juristen? Als ob es nicht außerdem noch genug andere Kanäle für die Verbreitung dessen gäbe, was der Verfasser des angeführten Artikels „Chauvinismus“ nennt! Geistige Strömungen lassen sich durch solche polizeilichen Maßregeln auf die Dauer niemals unterdrücken. Das sollten doch gerade die Polen aus ihrer eigenen Geschichte der letzten Menschenalter gelernt haben.

Die Auxiliismittel, eine geistige Akademie oder eine theologische Fakultät in Warschau für die Studierenden der evangelischen Theologie einzurichten, reichen nicht aus. Die evangelische Kirche hat die Bildung auf einem geistlichen Seminar — darauf würde eine Akademie hinauskommen — niemals als vollwertig anerkannt. Ihr Nachwuchs muß, um den an ihn zu stellenden Anforderungen zu genügen, in der Luft der universitas literarum aufwachsen. Eine theologische Fakultät in Warschau aber würde dafür nur ein notdürftiger Ersatz sein, schon aus dem Grunde, weil die Kenntnis der polnischen Sprache wenigstens in absehbarer Zeit bei den meisten Studierenden nicht ausreichen würde, um den Vorlesungen zu folgen. Und woher will man für eine solche die nötigen Lehrkräfte nehmen? Die wissenschaftliche evangelische Theologie ist nirgends in der Welt so reich und hoch entwickelt wie gerade auf den deutschen Universitäten. Die künftigen Pfarrer von ihr abschneiden wollen, wäre gleichbedeutend mit der Absicht, den Pfarrerstand in Polen zu geistiger Verkümmern zu verurteilen.

Es ergibt sich also für jeden gerecht und billig Denkenden, daß die Verwirklichung der völligen Losrennung der evangelischen Kirche in den abzutretenden Gebietsteilen von der preußischen Landeskirche tatsächlich eine Vergewaltigung sein würde, gegen die nicht laut genug Widerspruch erhoben werden kann. Die Befürchtung, daß sich hinter ihm national-politische Grundsätze verbergen, ist angesichts der wiederholten Erklärungen maßgebender Stellen nicht zu begreifen. Sie darf die berufenen Vertreter der evangelischen Kirche und des Staates nicht daran hindern, Forderungen, die sich sowohl auf die Grundsätze des Rechtes wie auf die unentbehrlichen Lebensnotwendigkeiten der evangelischen Kirche stützen, mit Aufbietung aller Kraft zu vertreten.

Denn auch der Umstand verlangt gebieterisch Berücksichtigung, daß sowohl zahlreiche Kirchengemeinden wie die Gesamtheit der evangelischen Pfarrer durch die Abschneidung von der preußischen Landeskirche in schwerste wirtschaftliche Bedrängnis geraten müssen. Es gehörte zu der Eigenart der evangelischen Gemeinden des Ostens, daß sie von jeher auf die Unterstützung aus Mitteln der Landeskirche angewiesen gewesen sind. Fällt diese fort, so stehen sie vor dem finanziellen Zusammenbruch. Auch die Existenz der evangelischen Geistlichen beruht auf ihrem Anschluß an die großen Versorgungskassen (Alterszulagen-, Ruhegehalts-, Hinterbliebenenkassen) der preußischen Landeskirche. Es handelt sich dabei um Summen, die in die Millionen gehen. Der polnische Staat aber wird bei seiner schwierigen Geldlage nicht imstande sein, solche Verpflichtungen zu übernehmen, selbst wenn er grundsätzlich sich dazu bereit finden ließe. Will er die Verantwortung dafür tragen, durch rigorose Ablehnung durchaus billiger Forderungen die Glaubensfreiheit und den Befreiungsstand seiner künftigen evangelischen Bürger zu ver-

gewaltigen, zahlreiche Gemeinden zu ruinieren und ihre Pfarrer dem bittersten Elend preiszugeben?

Auch die von polnischer Seite erhobene Forderung, polnische Gottesdienste „im gegenseitigen Verhältnis der Bevölkerung“ einzuführen, ist, im Licht der tatsächlichen Verhältnisse betrachtet, unhaltbar. Wo eine überwiegend polnisch redende Bevölkerung vorhanden ist, z. B. in Masuren und einigen Gegenden Südpommerns, sind sie längst vorhanden. Aber die Einführung solcher polnischen Gottesdienste in anderen Gegenden allein um die Gleichberechtigung der polnischen Sprache zum Ausdruck zu bringen, wäre ein Unding. Weder sind Pfarrer vorhanden, die dazu imstande wären, noch entsprächen sie einem Bedürfnis. Denn abgesehen von den eben erwähnten Gegenden ist die Muttersprache aller Evangelischen deutsch.

Wenn der polnische Staat jetzt, wie der „Dziennik Poglądowy“ es ausdrückt, für sich in Anspruch nimmt, für die Evangelischen summus episcopus zu sein, so ist das geschichtlich und rechtlich unhaltbar. Niemals hat der polnische Staat im Laufe der Geschichte seit der Reformation durch sein Oberhaupt den Summeepiskopat ausgeübt, hat ihn auch nicht ausüben können, weil keiner seiner Regenten evangelisch war. Rechtlich aber ist diese Behauptung auch dann hinfällig, wenn der polnische Staat für die an ihn abzutretenden evangelischen Kirchengemeinden sich als Rechtsnachfolger des preußischen Staates betrachtet. Denn in Preußen gibt es seit dem 9. November 1918 keinen summus episcopus mehr. Nach dem übereinstimmenden Urteil der maßgebenden Kirchenrechtslehrer ist der Summeepiskopat nicht mit dem Staat, sondern mit dem preußischen Könige verbunden gewesen. Mit der Niederlegung der Krone seitens des letzten preußischen Königs sind die von diesem ausgeübten Rechte an die evangelische Kirche zurückgefallen, die sie einst seinen Vorfahren übertragen hatte. Demnach kann keine Rede davon sein, daß der polnische Staat landesbischöfliche Rechte für die evangelische Kirche in Anspruch nehmen dürfe.

Uns will scheinen, als ob von polnischer Seite bei diesen Dingen ein wichtiger Gesichtspunkt aus den Augen gelassen wird: Je ehrlicher der polnische Staat berechnete Wünsche seiner künftigen evangelischen Bürger, deren Zahl etwa zwei Millionen beträgt, zu erfüllen geneigt ist, desto mehr wird er selbst sich die Bürgschaft ruhiger Entwicklung schaffen. Hoffentlich wird dieser Gesichtspunkt bei den bevorstehenden Verhandlungen über die kirchlichen Fragen den Ausschlag geben.

Aus den Deutschen Volksräten

Am 9. September tagten im Landeshause in Danzig unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fleischer die Vertreter der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen und die Vertreter der sogenannten Arbeitsgemeinschaften. Herr Dr. Fleischer, der geschickte Sprecher des für uns längst überflüssigen parlamentarischen Aktionsausschusses, fand schöne und treffliche Worte, die Notwendigkeit einer Einigung, von der wir alle längst überzeugt sind, klarzulegen. Er schlug eine Provinzialarbeitsgemeinschaft für Westpreußen und eine solche für Posen (Bromberg) vor, über beiden solle die Zentralarbeitsgemeinschaft stehen; damit würde eine „Gesamtvertretung des Deutsch-

tums unter Wahrung der Selbständigkeit und der grundsätzlichen Eigenart der bestehenden Parteien ermöglicht“.

Herr von Conrad legte als Vertreter der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen (Deutsche Partei) den unveränderlichen Grundsatz dieser Organisation dar, alle Deutschen in einen festen, einheitlichen Bau zusammenzufassen. Wenn das heute noch nicht möglich sei, dann müsse man eben, um das Deutschtum geschlossen in den polnischen Staat zu bringen, zu einem Notbehelf, der losen Verständigung, schreiten. „Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß die Vertretung des Deutschtums eine einheitliche sein muß, von einer einheitlichen Organi-

sation ausgehend, und daß wir nur vorübergehend in einer Zentralarbeitsgemeinschaft mitarbeiten wollen.“ Provinzialarbeitsgemeinschaften lehnte dieser Redner ab mit folgenden Worten: „Wir können uns überhaupt nicht recht denken, welche Aufgaben in den nächsten Monaten die Provinzialarbeitsgemeinschaft neben der Zentralarbeitsgemeinschaft haben soll. Diese sind für später wohl denkbar, wenn die Provinziallandtagswahlen kommen, aber zurzeit handelt es sich darum, eine einheitliche Front zu schaffen. Die lokalen Arbeitsgemeinschaften mögen bestehen, wo sie zweckmäßig sind, aber es fragt sich, welche Aufgaben eine Provinzialarbeitsgemeinschaft neben der Zentralarbeitsgemeinschaft zu erfüllen hat. Wir kennen keine Interessen Westpreußens im Gegensatz zu den Posener Interessen, sondern wollen vor allen Dingen eine gemeinsame, verhandlungsfähige Front der Deutschen schaffen. Soll dies erst geschehen auf dem Wege über die Provinzialarbeitsgemeinschaft, so befürchten wir, daß gerade das nicht zustande kommt, was uns zur Zurückstellung unserer ursprünglichen Idee bewogen hat. Das ist für uns die Voraussetzung für eine Einigung.“

Abg. Dr. Fleischer betonte darauf das Wesen der Arbeitsgemeinschaft: „Bei allen Fragen, die rein deutsche Interessen berühren, soll eine Verständigung herbeigeführt werden; diese Arbeitsgemeinschaft ist nichts anderes als ein Verständigungsbureau, in dem die Eigenart und Selbständigkeit der Partei unangetastet bleibt und keine Partei an irgend einer Aktion teilzunehmen braucht, die sich gegen ihre Eigenart richtet. Deshalb ist eine Majorisierung nicht möglich; wenn eine Partei erklärt, auf Grund ihres Parteiprogramms nicht mitmachen zu wollen, so kann man sie nicht zwingen.“

In seiner Rede unterstrich Herr Dr. Fleischer später noch einmal den Gedanken und sagte: „Es liegt der Arbeitsgemeinschaft fern, sich als ein unfehlbares, dauerhaftes Gebilde aufspielen zu wollen. Sie ist nichts weiter, als eine Verständigung zwischen den verschiedenen Parteien, um aus den mannigfachen Möglichkeiten den Standpunkt zu wählen, der dem Deutschtum am zuträglich-

lichsten ist.“ Herr Dr. Fleischer meinte dann, „man müsse von unten auf diese Arbeitsgemeinschaft aufbauen“. Das ist natürlich nach den vorhergegangenen Erklärungen falsch, ja, eine Unmöglichkeit. Wenn die Organisation keine Dauerhaftigkeit in sich trägt, wenn es sich nur um ein „Verständigungsbureau“ handelt, dann darf „unten“ nicht organisiert werden. Im Süden Westpreußens und im Regedistrikt ist, abgesehen von den erwähnten Ausnahmen, ein solches Organisieren zudem nicht mehr nötig, weil Volksräte und deutsche Vereinigungen schon die Orte und Kreise fast lückenlos umfassen.

Aus der Rede des Herrn Dr. Jahn-Bromberg (Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen) greifen wir folgende bemerkenswerte Sätze heraus: „Wir wollen keine politischen Parteien und halten diese für ein Unglück, wenn wir sie mit hinüber nach Polen nehmen. Wir sind eine kulturelle Vereinigung und haben unsere Richtlinien für die Deutsche Partei herausgegeben, um eine Plattform zu schaffen, auf der sich die politischen Parteien zusammenfinden konnten. Wir wollten zeigen, daß es möglich ist, politische Widerstände zu überwinden.“ Wir werden niemals den Weg zueinander finden, wenn wir unsere alten politischen aus dem Reiche übernommenen Überzeugungen, die aus ganz anderen Verhältnissen hervorgegangen sind, behalten. — Ich habe die feste Überzeugung, daß die Zukunft uns alle unrettbar zusammenschmieden wird. — Meiner Meinung nach besteht der Hauptfehler, daß wir nicht zusammenkommen, darin, daß wir diese Dinge hier so betrachten, wie wir es vom Reiche aus gewohnt sind. Am weitesten sind wir an der Demarkationslinie im Regedistrikt und im Südgau von Westpreußen. Wenn wir den Leuten da mit einer politischen Partei kommen, wird den Leuten schlecht. Je weiter wir von diesen Gebieten wegkommen, desto größer wird der Einfluß des Reiches, also der Einfluß der Parteien. Und am meisten tritt dies zutage in Danzig und in Berlin an den Stellen, von denen aus die Dinge nicht beurteilt werden sollen, weil sie nicht beurteilt werden können. Sie

sehen also, aus welchem Grunde wir unsern Weg unbeirrbar fortgehen müssen; aber um zu zeigen, daß wir es ehrlich meinen, wollen wir das Opfer bringen, und wir werden die Einigkeit in den allernächsten Stunden nötig brauchen."

Darauf berieten Vertreter der „Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen" in geheimer Sitzung und veränderten folgenden Beschluß:

Die Deutsche Partei (Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen) ist bereit, schon heute in eine provisorische Zentralarbeitsgemeinschaft für das gesamte an Polen abzutretende Gebiet einzutreten, und zu diesem Zwecke den seitens des Vertreters der Zentrumsparthei Klebba vorgeschlagenen Weg der Zuwahl von Vertretern des Regebistrits zu der Westpreussischen Arbeitsgemeinschaft zu betreten.

Die Bildung lokaler Arbeitsgemeinschaften muß von der Zustimmung der örtlichen Organisationen abhängig gemacht werden.

Herr Gehl hielt diese Erklärung für ungenügend. In weiterer Aussprache, an der sich seitens der Deutschen Partei nur Herr von Conrad beteiligte, ergab sich dann eine Einigung.

Über die Tagung wurde vom P. A. A.-Danzig folgende Meldung durch das Volks-Bureau verbreitet:

Im Landeshaus tagten gestern nachmittag die neun Delegierten der bereits zu drei Vierteln gebildeten Deutschen Provinzialarbeitsgemeinschaft Westpreußens, Vertreter der Parteivorstände Westpreußens und des Regogaues sowie der Vorstand der Deutschen Partei von Westpreußen und dem Regogau. Die Deutsche Partei gab die Erklärung ihrer grundsätzlichen Bereitwilligkeit ab, sich an den Arbeitsgemeinschaften zu beteiligen. Bis Montag werden Deutsche demokratische Partei, Christliche Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratische Partei je zwei Vertreter ernennen, welche die Provinzialarbeitsgemeinschaft für Bromberg-Regogau darstellen werden.

Nach dem Wegfall der Demarkationslinie wird durch Zuwahl je eines Vertreters die Mitgliederzahl wie in Westpreußen auf 12 erhöht und so die Arbeitsgemeinschaft Bromberg-Regogau zur Provinzialarbeitsgemeinschaft Posen erweitert. Die Deutsche Partei wird ferner in Verfolg ihres Grundsatzes, sich an den Arbeitsgemeinschaften zu beteiligen, bis kommenden Montag drei Vertreter zur Provinzialarbeitsgemeinschaft Westpreußen stellen, die damit auf die Zahl 12 gebracht und vollständig geworden ist. Die Deutsche Partei hat schließlich gestern im Landeshause den Wunsch geäußert, daß am kommenden Montag aus den beiden Provinzialarbeitsgemeinschaften Westpreußen und Bromberg-Regogau sogleich die Deutsche Zentral-Arbeitsgemeinschaft der an Polen abzutretenden Gebiete gebildet wird. Die Versammlung im Landeshause ist diesem Wunsche beigetreten.

Es wird also am Montag nächster Woche nach mehrwöchigen Verhandlungen das Werk der deutschen Einigung im Freistaat Polen seinen endgültigen Abschluß gefunden haben.

Die Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen (Deutsche Partei) ist mit diesem Schritt lediglich dem Gebot der Notwendigkeit der gefährvollen Stunde gefolgt, sie reichte den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften die Hand, um im Augenblick des Übergangs der Lande in polnische Herrschaft eine einheitliche deutsche Meinung, kein zersplittertes deutsches Volk zu sehen. Die Arbeitsgemeinschaft ist lediglich ein „Vorständigungs-bureau". Ausdrücklich wurde in Danzig erklärt, daß da, wo Volksräte oder Organisationen der Vereinigung des deutschen Volkstums Orte und Bezirke umfassen, keinerlei neue Organisationen arbeiten dürfen. Solche neuen Gebilde könnten nur zugelassen werden, wenn unsere Organisationen zustimmen. Überall, wo der größere Teil des Volkes in Volksräten oder Vereinigungen organisiert ist, hat die lose Arbeitsgemeinschaft keinen Platz mehr. Sie würde nur heillose Verwirrung anrichten und die deutsche Bevölkerung zersplittern. Ob übrigens bei der

geschlossenen Organisation des Regedistrikts noch eine Provinzialarbeitsgemeinschaft nötig oder möglich ist, werden die weiteren Beratungen ergeben.

An alle unsere Mitglieder aber richten wir den Mahnruf: Werbt ohne Unterlaß

für die Vereinigung des deutschen Volkstums! Dem ungeheuren Druck, den unser Deutschtum unter Polen ausgeübt sein wird, kann nur erfolgreich begegnet werden durch eine Organisation, die das gesamte Deutschtum einheitlich in sich schließt.

Pressestimmen

Polnische Presse

„Gazeta Toruńska“ (Thorn) Nr. 202 vom 6. September 1919.

Auf dem Wege zum Umsturz.

Aus Warschau schreibt man uns: Der Umsturz strebt nach einer Untergrabung der sozialen Einrichtungen, des Staatsorganismus und der Zukunft unseres Volkes auf verschiedenen Wegen vorwärts.

Wir wollen einige Tatsachen aus den letzten Tagen zusammenstellen:

1. Der Landkommissar für den Kreis Radzyn nimmt seit einigen Wochen Anmeldungen für die Übernahme von Vorwerkland an, welches Privatbesitzern gehört, wobei die sich Meldenden diejenigen Vorwerke angeben, welche sie übernehmen möchten. Der Kommissar notiert dies alles ganz kaltblütig und sucht die besten und reichsten Vorwerke aus.

2. Der Kongreß der Landarbeiter von Warschau hat beschlossen „die Nationalisierung größeren Landbesitzes“, „den Übergang desselben ohne Auskauf aus den Händen der Gutsbesitzer in die Hände der Vorwerk knechte, ferner derjenigen, die gar kein oder wenig Land besitzen“, sowie die Anwendung „jeglicher Kampfmittel, welche die Massen des arbeitenden Volkes gegen die Übergriffe von seiten der Gutsbesitzer, ihres Landtages und der Regierung schützen“. Das sind Revolutionen, welche die P. P. S. als Sieg über ihre Feinde — die Kommunisten — aufgestellt und durchgeführt hat.

3. Die Opposition der P. P. S. — die Vorhut des Kommunismus in dem Milieu,

in welchem die P. P. S. grassiert — hat gleichzeitig einen Aufruf an „Das arbeitende Volk auf dem Lande“, veröffentlicht, in welchem sie die P. P. S. als eine Partei von Verrätern und Reaktionären qualifiziert, die Nationalisierung des Bodens fordert und verlangt, daß derselbe den Gutsbesitzern ohne Auskauf abgenommen werde, sowie daß jegliche Kampfmittel gegen die Regierung und den Landtag angewendet werden.

Mit anderen Worten: Die Regierungsagenten ebnen den Agitationsweg der P. P. S. Die P. P. S. befruchtet die Gemüter mit kommunistischen Ideen, oder: die Kommunisten stellen äußerste umstürzlerische Parolen auf. Die P. P. S. greift sie auf zu demagogischen Zwecken und setzt sie dem unaufgeklärten Mob als Leimfange vor. Die Landkommissare bestätigen ferner die Irreführten in ihren sozialen und gegenstaatlichen Bestrebungen durch die Wichtigkeit ihrer amtlichen Tätigkeit und die Regierungsagenten erleichtern schließlich die Organisation der P. P. S., die P. P. S. aber bildet die Cadres der Kommunisten aus.

Ohne sich in einen Streit mit den Kommunisten und P. P. S.-Anhängern einzulassen, da die Rolle und der Wert der einen wie der anderen bereits gehörig beurteilt worden sind, kann man sich an die Regierung mit folgender Frage wenden:

„Was bedeutet dies alles? Wer hat der Regierung das Recht gegeben, das Land in einen Abgrund zu führen? Wessen Beamter ist der Landkommissar: Ist er Funktionär der Regierung oder Agent der Sozialisten?“

11
12
13
14
15

16
17
18

19
20
21

22
23
24

25
26
27

28
29
30

31
32
33

34
35
36

37
38
39

40
41
42

RETURN CIRCULATION DEPARTMENT
TO → 202 Main Library

LOAN PERIOD 1	2	3
HOME USE		
4	5	6

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS
Renewals and Recharges may be made 4 days prior to the due date.
Books may be Renewed by calling 642-3405.

DUE AS STAMPED BELOW

JUN 16 1989		

YD 11455

U.C. BERKELEY LIBRARIES



C006086064



AP30

G7

V7813

grenoblen

485428

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY
BERKELEY, CALIFORNIA

